

Philipp-Scheidemann-Sammlung

hrsg. u. kommentiert v. Christian Gellinek

II. Band *Erinnerungen eines [deutschen] Sozialdemokraten*

Münster, 2010

II. Band

Abstract

enthält die Memoiren des „einfachen“ Sozialdemokraten und Mitglieds des Reichstags, Philipp Scheidemann, aus der Sicht seiner gesamten politischen Erinnerungen bis 1927/28, verfasst in zwei Bänden in Berlin. Der gescant wiedergegebene Text richtet sich nach der unveränderten, gleich paginierten einbändigen „Volksausgabe“ des selben Verlags von 1930, und beträgt zusammen 886 S. Dadurch wird die Grundlage zu Vergleichen mit dem III. Band gelegt.

Abstract

contains the “Memoirs of a Social ‘Democrat’”, the former German chancellor, Philipp Scheidemann, written from the perspective of a member of the German Parliament in Berlin, treating his political life until 1927/28. The scanned text follows the two-volumes-in-one popular edition, called “Volksausgabe”, with identical pagination of 886 pages, which was issued by the same publishing house in Leipzig. Volume II lays the groundwork for comparisons with his subsequent revisions in volume III.

Inhaltsverzeichnis Band II

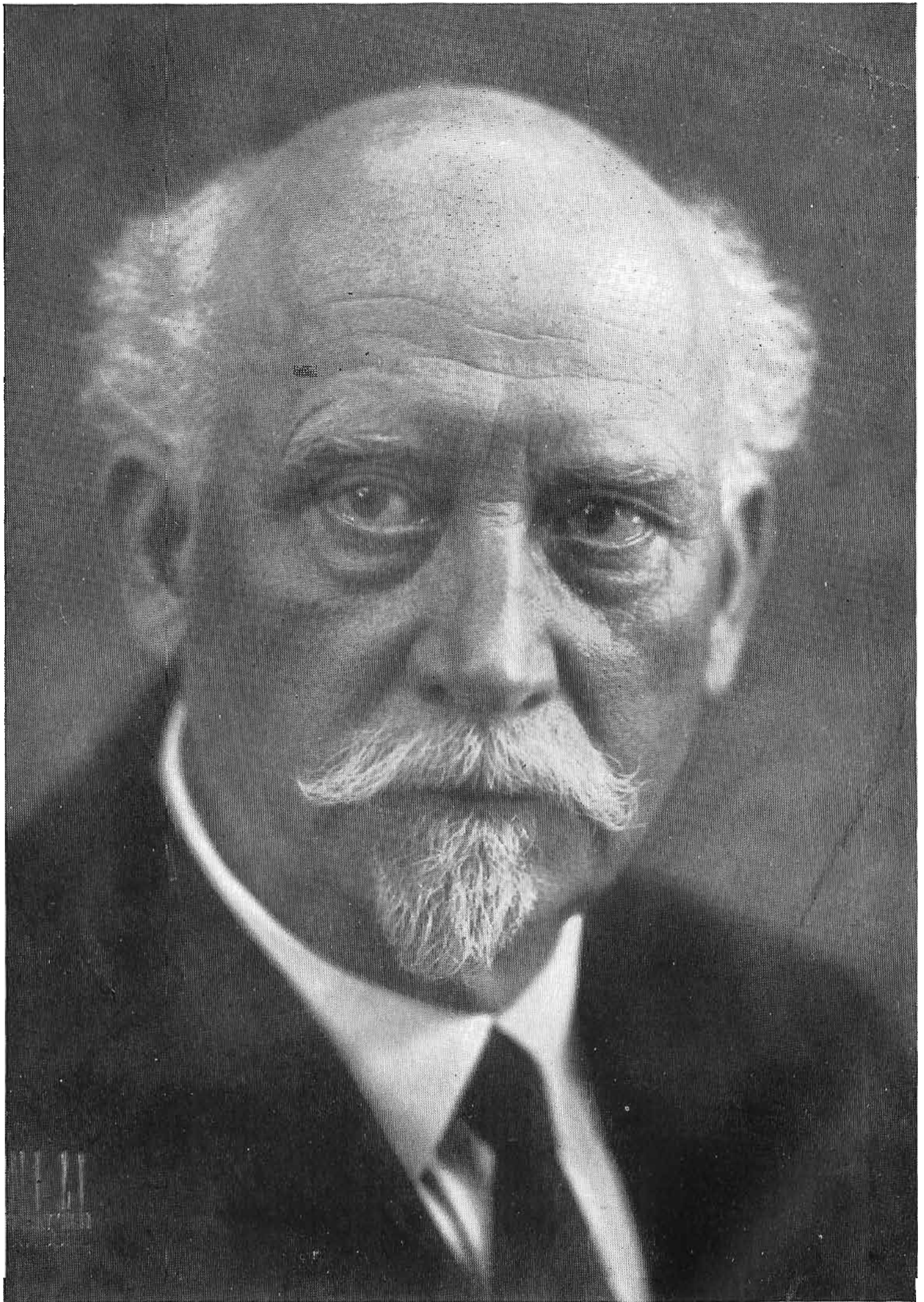
Erinnerungen eines [deutschen] Sozialdemokraten. 1928. Englische u. identische amerikanische Übersetzung 1929. [Rp. 1970]; Erster Teil bis Winter 1917, enthält *Memoiren I. Band* mit Kurzfassung im Sechsten Abschnitt von der Amerikanischen Agitationsreise, beschrieben in „Zwischen den Gefechten“, 14 S.

I. Band 1

454 S.

II. Band 2

432 S.



Bildniskunst Max Nehrdich, Kassel

PHILIPP SCHEIDEMANN

MEMOIREN
EINES
SOZIALDEMOKRATEN

Ungekürzte Volksausgabe

1930

CARL REISSNER / VERLAG / DRESDEN

Meiner Frau Johanna
zum Gedächtnis

Copyright 1928 by Carl Reissner, Dresden

Printed in Germany

Gedruckt bei Petzschke & Gretschel, Dresden-A

VORWORT ZUR VOLKSAUSGABE

Im Herbst 1928 brachte der Verlag Carl Reißner in Dresden meine „Memoiren“ heraus. Schon einige Wochen später, nämlich am 22. Dezember 1928, wurde mir die frohe Weihnachtsbotschaft, daß der Verlag unter bestimmten Voraussetzungen sogleich eine Volksausgabe auflegen möchte! Meine Freude war natürlich groß. Doch „zwischen Lipp' und Kelchesrand“ stellten sich mancherlei Hemmnisse ein, die erst 1930 restlos überwunden waren. Nun ist die billige Volksausgabe, nachdem eine englische Ausgabe schon vor Jahresfrist erschienen ist, Tatsache geworden! Abgesehen von kleinen Berichtigungen ist sie unverändert geblieben. Nur die Bilder mußten größtenteils geopfert werden, weil die große Preisermäßigung sonst nicht möglich gewesen wäre. Die Ermahnungen einiger Kritiker der ersten Auflage, hier und da Milderungen vorzunehmen, habe ich leider nicht berücksichtigen können. Wenn kritische Stellen geändert werden sollten, so könnte es sich nur um Ergänzungen handeln, die freilich alles andere als Milderungen sein würden.

In einem Zeitraum von kaum zwei Monaten nach dem Erscheinen der „Memoiren“ waren von einem bekannten „Ausschnittbüro“ mehr als tausend Zeitungen und Zeitschriften, die sich damit befaßt haben, festgestellt worden.

Zu Dank bin ich den aufrechten Freunden verpflichtet, die, trotz ihrer Ausstellungen im einzelnen, die „Memoiren“ sachlich gewürdigt haben. Merkwürdige Weggenossen dagegen sind die Männer und Frauen, die die „Memoiren“ am liebsten auf den Index setzen oder einstampfen möchten, weil sie auf mehr als 800 Seiten auch einige Feststellungen enthalten, die als unpassend und unbehaglich empfunden werden. Entscheidend ist doch wohl, ob Schilderungen wahr oder unwahr sind.

Alles andere ist nebensächlich. Auch viele mir feindliche Zeitungen haben meine Arbeit in ausführlicher Weise besprochen; der „historische Wert“ ist wiederholt betont, ebenso oft „die lebendige Art“ der Darstellung gelobt worden. Wie in sozialdemokratischen Blättern hervorgehoben wurde, daß auch „die Meinungsverschiedenheiten mit Ebert in sachlicher und kameradschaftlicher Weise“ zum Ausdruck gebracht worden seien, so konnte man auch in nicht sozialistischen Blättern lesen, „daß die gewandte Führernatur Eberts, trotz aller gelegentlichen Kritik, zu ihrem vollen Recht komme“.

Im Vorwort der ersten Auflage nannte ich es lächerlich und unehrlich, die Zerstörung der einen Legende zu vollziehen oder zu preisen, aber gleichzeitig neue Märchen zu verbreiten. Zur Zerstörung neuer Legenden glaube ich einiges beigetragen zu haben. Handelte es sich dabei, wie manche glauben oder glauben machen wollen, um unkameradschaftliche Schilderungen oder gar Verunglimpfung der in Betracht kommenden Männer? Davon kann im Ernst nicht die Rede sein. Bleibt etwa Hindenburg nicht auch dann noch ein Mann von geschichtlicher Bedeutung, wenn daran erinnert wird, daß ihn Byzantiner auf Kosten Ludendorffs „noch größer“ machen wollen? Ist das, was in den „Memoiren“ über den Prinzen Max gesagt wird, ohne Wert für die Erkenntnis der Politik und des Charakters dieses oft falsch beurteilten Mannes, der besten Willens ein Amt übernahm, dem er nicht gewachsen war? Bleibt der Nachkriegs-Stresemann nicht auch dann der gewandte Außenminister und verdienstvolle Vertreter deutscher Interessen, wenn man die Legende zerstört, daß er „immer für den Frieden“ und „stets gegen Eroberungen“ gewesen sei?

Es bleibt ein Wort zu sagen über die Behandlung der

Differenzen innerhalb der SPD. und das Verhalten ihres Vorsitzenden Ebert in bestimmten Situationen. In den Jahren nach dem Zusammenbruch haben Eugen Praeger, Eichhorn, Ströbel, Richard Müller und Emil Barth, durchweg ehemalige Unabhängige, Schriften herausgegeben, in denen die Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie, zum Teil sehr temperamentvoll und keineswegs immer unpersönlich, behandelt worden sind. Da war gar mancherlei zu lesen von sozial-imperialistischen Kriegstreibern und Sozialpatrioten. Aus den Reihen der SPD. ist danach nicht eine einzige Schrift erschienen, die die Parteidifferenzen von anderem Standpunkte aus schildert. Der nach der Wiedervereinigung der feindlichen Brüder paritätisch zusammengesetzte Vorstand der SPD. konnte und kann eine solche Schrift nicht herausgeben. Vielleicht hätte jedes andere Mitglied der SPD. Memoiren schreiben können, ohne auf dies oder jenes einzugehen. Das konnte ich nicht, weil ich leider, gewiß ohne persönliches Verschulden und nicht aus Liebhaberei, mit im Brennpunkte der sachlichen und persönlichen Differenzen gestanden habe.

Vorbild bei der Niederschrift meiner Erlebnisse ist mir, soweit es sich um die Behandlung kritischer Begebenheiten handelte, Bebel gewesen. Im Vorwort seiner Schrift „Aus meinem Leben“ (J. H. W. Dietz Nachf., Berlin) sagt der Unvergeßliche, daß er die Wahrheit auch dort gesagt habe, wo er vielleicht nach der Meinung mancher besser geschwiegen hätte. — Die Schwierigkeit, Memoiren zu schreiben, sollte niemand verkennen. Bebel sagt an der schon erwähnten Stelle: „Wollte ich die Wahrheit schreiben, so konnte ich mich nicht auf mein Gedächtnis verlassen. Nach einer Reihe von Jahren läßt einen das Gedächtnis im Stich... Ich habe nicht selten im besten Glauben Vorgänge früherer Jahre im Kreise von Freunden er-

zählt, die sich nachher, zum Beispiel durch aufgefundene Briefe, die unmittelbar unter dem Eindruck der Vorgänge geschrieben wurden, ganz anders darstellten."

Bebel ist vollkommen im Recht. Ich lege Wert darauf, erneut festzustellen, daß die Tagebücher, aus denen ich bei der Niederschrift meiner Memoiren geschöpft habe, vom Anfang bis zum Ende des Krieges, Tag für Tag, „unmittelbar unter dem Eindruck der Vorgänge“, geschrieben worden sind. So viel auch an meiner Arbeit getadelt worden ist, nicht ein Kritiker hat, soweit ich die Schustermannschen Ausschnitte nachprüfen konnte, eine irgendwie in Betracht kommende Unrichtigkeit nachgewiesen. Bedeutungslose Schnitzer oder Druckfehler scheiden natürlich ohne weiteres aus. Noch ein anderes möchte ich feststellen. In bedeutsamer Verhandlung einer Reichstagskommission, die sich 1926 mit dem Verhalten des früheren Reichskanzlers Michaelis gegenüber der päpstlichen Friedensnote vom Jahre 1917 in dem damaligen Siebener-Ausschuß des Reichstags beschäftigte, wurde ausdrücklich festgestellt, daß außer meinen Tagebüchern Aufzeichnungen offizieller, offiziöser oder privater Art über jene hochwichtigen Auseinandersetzungen nicht bekannt seien.

Auf eine andere Schwierigkeit, vor die sich jeder gestellt sieht, der Memoiren schreibt, soll nebenbei noch hingewiesen werden. Wer Memoiren herausgibt, will über sein eigen Tun und Lassen Rechenschaft ablegen, will über persönliche Erlebnisse berichten. Dabei entsteht die Gefahr, mehr von sich und über sich zu sagen, als viele Leser geschmackvoll finden werden. Dessen bin ich mir sehr wohl bewußt. Doch *qui s'excuse s'accuse* — ich verzichte darauf, mich selbst anzuklagen, die Zahl meiner Ankläger ist groß genug.

Mehr noch als die Schriften der fünf genannten Autoren veranlaßten mich die Bücher des Prinzen Max und Feldens, mancherlei zu sagen, das zu sagen ich bis dahin nicht für unbedingt notwendig hielt. Wollte wirklich ein Mensch, der ernst genommen sein will, mir zumuten, bei der Herausgabe meiner „Memoiren“ so zu tun, als hätten weder die ehemaligen Mitglieder der USP., noch Prinz Max, noch Pfarrer Felden, noch General Groener sich jemals über das verschiedenartige Verhalten bekanntester Sozialdemokraten, zu denen Ebert und ich gehörten, geäußert?

Für meine Aufzeichnungen trage ich allein die Verantwortung. Ich trage sie gern und leicht in dem Bewußtsein, daß ich bemüht war, sachlich und wahrhaftig zu schreiben. Allerdings stimme ich der Leipziger Volkszeitung zu, die am Schluß ihrer objektiven Besprechung der „Memoiren“ sagte: Keiner kann aus seiner Haut heraus!

Der Unterschied zwischen manchen Parteigenossen und mir in der Beurteilung Eberts ist der: ich wünsche, daß die Nachwelt den unvergeßlichen Parteiführer, der selbstverständlich auch dann nur die Interessen seines Vaterlandes und der SPD. im Auge hatte, wenn manche seiner Genossen ihm nicht beizustimmen oder zu folgen vermochten, so ehrt und im Gedächtnis behält, wie er wirklich gewesen ist. So scheint er manchen aber nicht zu genügen. Die wollen ihn deshalb, wie andere den Herrn v. Hindenburg, immer „noch größer“ machen. Wahrscheinlich merken sie gar nicht, einen wie schlechten Dienst sie Fritz Ebert damit erweisen. Wir haben Schriften lesen und Reden hören müssen, die den verstorbenen Kampfgenossen ebenso unähnlich zeigten, wie manche Bilder und Plastiken. Wer es gut und ehrlich mit Ebert meint, wird den Kitsch in Wort, Schrift und Bild, durch den er „noch größer“ gemacht werden soll,

ablehnen. Ernst Toller, zu dessen Bewunderern ich übrigens ganz und gar nicht gehöre, hat im Dezember 1928 im Berliner Tageblatt ein sehr gutes Wort gesagt: „Du glaubst nicht, wie glücklich du einen Menschen machen kannst, wenn du ihm sagst, daß du ihn achtest, so wie er ist.“

Berlin, im Juli 1930

Philipp Scheidemann

*

VORWORT ZUR ERSTEN AUFLAGE

Ende des Jahres 1922 hatte ich verfügt, an wen nach meinem Tode meine Aufzeichnungen zur Verarbeitung und Veröffentlichung ausgeliefert werden sollten. Die Leser meiner Erinnerungen werden die Gründe, die zu jener Verfügung den Anlaß gegeben hatten, erfahren und als stichhaltig anerkennen. Da ich dann alle, die so schöne Hoffnungen auf mich gesetzt hatten, enttäuschte, weder schwerer Krankheit erlag, noch an den nationalistischen Hetzereien starb, auch nicht nach der reichlichen Bespritzung mit Blausäure in ein besseres Jenseits abgerufen wurde, konnte ich die Herausgabe meiner Erinnerungen selbst besorgen.

Meine persönlichen Interessen, also die Darstellung und Beurteilung meiner politischen Tätigkeit, wären bestimmt besser wahrgenommen worden, wenn ein aufrichtiger Freund die Herausgabe meiner Aufzeichnungen besorgt hätte. Daß jeder andere an manchen Stellen meines Buches deutlicher hätte werden können, als gerade ich, wird der objektive Leser gewiß zugeben. Ich brauche kein Geheimnis daraus zu machen, daß ich wiederholt im Zweifel war, ob ich dies oder jenes sagen oder nicht sagen sollte. Manche, darüber war ich mir vollkommen klar, würden mir hier und da unlautere Beweggründe unterstellen, wie es so oft im

politischen Leben geschieht. Solche Bedenken mußten unbeachtet bleiben, so daß nur der Zweck dieses Buches entscheidend blieb.

Es soll ehrlichen Historikern Material geben, soll ihnen die Möglichkeit erleichtern, ein der Wahrheit möglichst nahekommendes Bild einer ereignisreichen Zeit und der Männer, die in dieser Zeit an sichtbarer Stelle gestanden haben, zu zeichnen. Die Zahl dieser Männer wird von Tag zu Tag kleiner, um so gebieterischer deshalb die Pflicht der noch Lebenden, der Wahrheit eine Gasse bahnen zu helfen.

Im Vorwort meiner Schrift „Der Zusammenbruch“^{*)} schrieb ich 1920 unter Hinweis auf bereits erschienene Kriegsbücher: es sei die Aufgabe objektiver Geschichtsforschung, „die Wahrheit über den Krieg und die Umgestaltung, die dem Zusammenbruch folgte, festzustellen. Dabei werden auch die Schriften derer zu beachten sein, die das Bedürfnis haben, sich zu rechtfertigen, zu entschuldigen oder zu verteidigen. Ein solches Bedürfnis hat der Verfasser dieses Buches nicht.“ — Heute habe ich ein solches Bedürfnis weniger denn je zuvor. Mein Tun als Politiker und Parteimann hat sich im allgemeinen öffentlich abgespielt. Über Verhandlungen und Unternehmungen, die aus zwingenden Gründen nicht vor aller Augen lagen, berichte ich in dieser Schrift, soweit die Öffentlichkeit ein Interesse daran haben könnte. Freilich spreche ich nicht nur von politischen Dingen. Ich erzähle auch die Geschichte meines Lebens.

Mein Vater lehrte mich frühzeitig aufrechtzugehen. „Junge, halte den Kopf hoch!“ Das war eine immer wiederkehrende Ermahnung, die ich beherzigt habe. Arm wie eine Kirchenmaus bin ich gewesen. Mein

^{*)} Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin 1921. — Französisch unter dem Titel „L'Effondrement“ bei Payot, Paris 1923.

heutiger Reichtum an Gold, Villen und Schlössern in allen mitteleuropäischen Staaten, an Pferden und Automobilen existiert leider nur in der Phantasie besonders begabter Gegner. Ich habe in meinen Jugendjahren gehungert, wie nur ein Mensch hungern kann. Oft genug war ich als Demokrat, der sich der Mehrheit fügen muß, zu Handlungen oder Duldungen gezwungen, die mir wider den Strich gegangen sind. Vor keinem Menschen, vor keinem König, keinem Präsidenten habe ich jedoch jemals den Nacken gebeugt. Da ich stets bemüht war, meine Pflichten zu erfüllen, hatte ich das Recht, den Kopf hochzuhalten; ein gutes Gewissen hat mir allezeit erlaubt, auf die Ohrenbläser, Streber und Ehrabschneider, die mir sehr zahlreich über den Weg gelaufen sind, mit Verachtung herunterzugucken.

Mein Buch wird nicht allen, die es lesen, gefallen. Das ist auch nicht sein Zweck. Es soll der Wahrheit dienen.

Mit großem Eifer haben viele die Hohenzollern splitterackt ausgezogen, um sie der staunenden Welt „so zu zeigen, wie sie wirklich gewesen sind.“ Das ist gegenüber den Bemühungen monarchistischer Kreise, die Hohenzollern als Halbgötter herauszustaffieren, verdienstlich, wenn auch nicht in jedem Falle geschmackvoll gewesen. Ist es jedoch nicht lächerlich und im höchsten Grade unehrlich, die Zerstörung der einen Legende zu vollziehen oder zu preisen, um gleichzeitig neue Märchen im Volke zu verbreiten?

Bei kritischen Stellen meines Buches bitte ich die Leser, mit mir an ein treffliches Wort Alfred Kerr's zu denken: „Ich stelle Ursprünge fest. Ein anderer tut's doch nicht. Da kann man lange warten. Laßt's mich aus mit der Zimmerlichkeit.“

Berlin, im Juni 1928

Ph. Scheidemann

INHALTSVERZEICHNIS

Erster Teil

Erster Abschnitt	Seite
Aus meiner Kindheit	1
Von meinen Eltern	3
Kindliches Hungerleiden	10
Kindliche Kaiserbegeisterung	13
Zweiter Abschnitt	
Wanderjahre	17
Hinaus in die Ferne!	23
An der Wiege des Sports	27
Bei Bismarck zu Tisch	29
Ich lerne meine Frau kennen	33
Junge Liebe	44
Zurück in die Heimat	49
Dritter Abschnitt	
Die Parteipresse in den Kinderjahren	50
Glückliche Jahre in Marburg	55
Vierter Abschnitt	
Im Parteidienst	59
Landagitation	63
Antisemitische Schimpfapostel	66
Versammlungen auf dem Lande	68
Reif fürs Gefängnis	74
Nürnberger Dienst	78
Wieder in Hessen	84
Nach Kassel versetzt	89
Der Reichsverband gegen die Sozi	93
Fünfter Abschnitt	
In der Parteileitung	98
Der Kampf um das Stichwahlabkommen	105
Zur Begründung des Abkommens	110
Nach Bebels Tod	114
Die Massenstreik-Debatte in Jena	122

Sechster Abschnitt	Seite
Werbetätigkeit im Ausland	128
Eine amerikanische Agitationstour	132
Amerikanische Versammlungen	137
Auf dem Podium	139
Die Schwierigkeit der Agitation	141
Siebenter Abschnitt	
Ein Vierteljahrhundert im Reichstag. Das Solinger Mandat	144
Meine ersten Eindrücke im Reichstag	158
Aus meiner Jungferrede	163
Beispiele agrarischer Agitationsmethoden	168
Die kaiserlichen Beamten in der guten alten Zeit	170
Soldatenbehandlung früher. — Etatsreden	172
Die Sondersitzungen der beiden Fraktionshälften	175
Kaiserliche Weltpolitik	177
Sätze aus meinen Etatsreden	180
Vom Unglückskanzler zum Katastrophenkanzler	187
Die internationale Versippung des Kapitals	188
Dem Völkerbund gehört die Zukunft	191
Die preußisch-deutsche Scherbenkiste	192
Kampfmethode der Reaktion	193
Für den Weltfrieden	195
Preußen das deutsche Sibirien?	197
Die letzte Etatsrede vor dem Kriege	199
Achter Abschnitt	
Im Reichstagspräsidium!	201
Drei kurze Sitzungen des Reichstags	206
„Der tüchtige Präsident“	213
Ich gehe nicht zum Kaiser!	216
Mein Abschiedsgruß: K wie Kamell!	217
Neunter Abschnitt	
Internationale Friedensarbeit	218
Siegeseier in Paris	221
Neue Friedensdemonstrationen	223
Der Kongreß in Basel	225
Die Konferenzen in Bern und Basel	227
Zehnter Abschnitt	
Aus friedlichen Bergen — in blutigen Krieg	231
Elfter Abschnitt	
Kritische Tage	235
Die Hetze des „Lokal-Anzeigers“	244
Erzberger als Scharfmacher	246
Für oder gegen die Kriegskredite	248
Müllers Bericht aus Paris	252
Zwölfter Abschnitt	
In der Stunde der Not	254
Sechstausend Konferenzen	260

	Seite
Sozialdemokratische Sendboten im neutralen Ausland	261
Allerlei Besuch	264
Liebknecht Vater und Sohn	265
Vom Vorwärts	266
Die Zensur ein schimpfliches Gewerbe	269
Machen Sie einen Putsch!	272
Eine Fahrt nach dem Westen	274
 Dreizehnter Abschnitt	
Der besorgte Kanzler	277
 Vierzehnter Abschnitt	
Alldeutsche Kriegsziele	280
Michel, horch!	286
Die Kapitalisten und ihre Professoren	290
 Fünfzehnter Abschnitt	
Kämpfe in der SPD.	297
Die Stimmung wird immer gereizter	306
„Neuorientierung nach dem Krieg!“	310
Landesverrat	313
Immer neue Schwierigkeiten	317
Der Reichskanzler über die Feinde	318
Kampf um eine Krediterklärung	320
Die zweite Fraktionserklärung	324
Das neue Jahr 1915	327
Rebellierende Frauen	332
Gegen die Opposition!	334
Das Gebot der Stunde?	339
Was wird Italien tun?	343
Des Kanzlers große Friedenssehnsucht	346
 Sechzehnter Abschnitt	
Der Weg zur Spaltung	351
Die Spaltung wird vollzogen	356
Im engsten Kreise	358
Der fröhliche Ebert	364
Die SPD. für den Frieden	367
Auf der Suche nach Friedensmöglichkeiten	374
1917 — das Jahr der Entscheidung	385
Der verschärfte U-Bootkrieg	388
„Zeit zur Tat“	394
Die Kanzlerstürzer	397
Die Massenstreiks	399
Die Kriegsverlängerer	407
Ein Wort über die Kriegsschuldfrage	408
 Siebzehnter Abschnitt	
Versuche zur Verständigung	414
Die Verschickung Lenins von der Schweiz nach Rußland	427
Borgbjergs Bericht	429

Zweiter Teil

Erster Abschnitt	Seite
Stockholm	5
Zweiter Abschnitt	
Reform- und Friedensarbeit	22
Die Friedensresolution	28
Der neue Mann	41
Der Wortlaut der Friedensresolution	48
„Wie ich sie auffasse“	49
Eine Begegnung mit dem Kaiser	53
Zwischenspiele	58
Michaelis und die Papstnote	60
Eine Sitzung des Siebenerausschusses	66
Besprechung mit Kühlmann	68
Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 10. Sept. 1917	71
Zweite Sitzung des Siebenerausschusses am 10. Sept. 1917	73
Zweideutige Diplomatie	81
Wiener Stimmung	88
Abschaffung der Geheimdiplomatie	93
Die Hetzarbeit der Eroberer	96
Eine Reise an die Ostfront	99
Eine Friedenstaube aus dem Norden?	101
Ein Parteitag im Kriege	104
Fürstliche Kanzlerkandidaten	108
Unterredung mit dem Fürsten Bülow	111
Unterredung mit dem Fürsten Hatzfeld	115
Der Kaiser geisteskrank?	117
Dritter Abschnitt	
In Fühlung mit den Russen	118
Die Bolschewiki rechnen auf deutsche Unterstützung	122
Wieder nach Schweden	125
Friedensresolution und Brest-Litowsk	138
Herr Wallraf packt ein	144
Was wird aus Polen?	154
Todesurteile zwischendurch	159
Die Laubfrosch-Annexionisten	161
Heitere Zwischenspiele	164
Vierter Abschnitt	
Die letzte Offensive	168
Fünfter Abschnitt	
Prinz Max meldet sich	175
Vor dem Zusammenbruch	180
Sechster Abschnitt	
Ludendorff schreit nach Waffenstillstand	184
Achtundvierzig Stunden kann die Armee nicht warten!	186
Der Kanzler und sein Kabinett	192
Ludendorffs Verzweiflung	197

	Seite
Peinliche Zweideutigkeiten	206
Zwischen Frage und Antwort	210
Prinz Max politisiert auf eigne Faust!	211
Wilson's erste Antwort	213
Die schlechten Nerven der OHL.	216
Die zweite Note an Wilson	219
Wilson's zweite Note	221
Die dritte Note an Wilson	226
Der Kaiser: „— bis auf den letzten Hieb!“	229
Die Amnestierung Liebknechts	233
Der Prinz redet wieder im Reichstag	234
Wilson's neue Antwort	235
Ludendorff macht Politik	241
Neue Antwort an Wilson	242
Kaiser Karl in treuer Freundschaft an Kaiser Wilhelm	246
Die Wiener bitten Berlin um Brot!	247
Reformen im Galopp	248
Bolschewistische Propaganda	250
Der Kaiser soll gehen!	253
Der Kaiser flieht ins große Hauptquartier!	256
Unbekannte Ratgeber	258
Eberts Stellung zur Kaiserfrage	263
Das Feuer von Kiel	266
Die Ursachen der Kieler Vorgänge	271
Der Kaiser für die weiße Flagge!	276
Hannemann, geh' du voran!	278
Des Prinzen Vertrauen zu Ebert	284
Am Tage vor dem Zusammenbruch	287
Der Kaiser sträubt sich	289
In der Fraktion am 8. November	290
Am Vorabend des 9. November	294
Der 9. November	296
Schießverbot und Thronverzicht	308
Ebert einen Tag Reichskanzler	309
Siebenter Abschnitt	
Die Republik wird ausgerufen	309
Fünf Minuten später	312
Keine Waffenruhe	316
Eine Basis für SPD. und USPD.	319
Der 9. November im Großen Hauptquartier	322
Achter Abschnitt	
Die Volksbeauftragten an der Arbeit	324
Verschiedenerlei Sorgen	327
Die Liebknechtschen Revolutionäre	330
Ein dunkles Unternehmen	332
Der Kampf um die Nationalversammlung	336
Otto Wels	341
Noske baut eine Wehr auf	343
Zur Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs	347
Die Wahlen zur Nationalversammlung	350
Ebert über die Aufgaben des Reichspräsidenten	352

Neunter Abschnitt	Seite
In Weimar	356
Die erste republikanische Regierung	358
Zehnter Abschnitt	
Das Versailler Diktat	362
Das Kabinett ändert meine Rede	365
In der Berliner Universitäts-Aula	366
Die Spaltung im Kabinett	369
Eine Erklärung der Minderheit	374
Elfter Abschnitt	
Urlaub von der Fraktion. — In der Schweiz	379
Meinungsverschiedenheiten	384
Der Feind steht rechts!	386
Zwölfter Abschnitt	
Der Kapp-Putsch	388
Der Kapp-Putsch in der Provinz	392
In Stuttgart	398
Aus meiner Rede zum Kapp-Putsch	400
Eine Fraktionsrede	405
Nachklänge zum Kapp-Putsch	410
Die reaktionäre Hochflut	413
Ein schlimmes Jahr	415
Warnungen vor Attentaten	418
Deutschland über alles	420
Das Ziel	424

Zur Beachtung für die Leser:

Die Bedeutung der Abkürzungen ergibt sich mit Leichtigkeit aus dem Text. SPD. bedeutet Sozialdemokratische Partei Deutschlands; L. A. ist die Abkürzung für Interfraktionellen Ausschuß; OHL. heißt Oberste Heeresleitung usw. Wo in „ “ ohne besondere Quellenangabe gesprochen wird, handelt es sich um wörtliche Zitate aus meinen Tagebüchern.

*

Gute und schlechte Zeichner haben mich oft karikiert. Einige gute Beispiele werden zur Erheiterung der Leser in meinen Memoiren gezeigt. Soweit die Namen der Künstler ermittelt werden konnten, sind sie angegeben.

E R S T E R T E I L

Erster Abschnitt

AUS MEINER KINDHEIT

Meine Wiege stand in einem schiefen Hause der Mengen und buckeligen Michelsgasse im alten Kassel. Wie vom Alter gebeugt neigte das vierstöckige Monumentalgebäude aus Fachwerk sich vornüber. Das Nachbarhaus machte es genau so, deshalb konnte man den Eindruck gewinnen, daß die beiden komischen Alten, wie in der guten alten Zeit, sich voreinander verneigen, und dann zum Menuett antreten wollten. Wenn ich am 26. Juli 1865, als ich das „Licht der Welt“ erblickte, der ganzen Umgebung wegen, mich sofort totgelacht hätte, so wäre das vielleicht das Gescheiteste gewesen. Mancher spätere Verdruß wäre mir erspart geblieben. Aber ich hatte wohl Verständnis für die Komik meiner Umwelt, strampelte lausbübisch mit den Beinen und schrie, die Fäuste geballt, aus Leibeskräften, meiner Umgebung leider unverständlich, tagelang unermüdlich: die Michelsgasse hurra!

Das Jahr 1865/66 ist das solideste Jahr meines Lebens gewesen und geblieben, ich habe damals ausschließlich von Milch gelebt. Das wurde aber, trotz aller Liebe zu meiner Mama, schließlich langweilig und hörte mit dem 66er Feldzug der Preußen gegen Kurhessen, den ich als Einjähriger miterlebt habe, endgültig auf. Dann habe ich mich gar nicht mehr für Milch interessiert.

Nachdem ich später erfahren hatte, daß die Preußen meinen angestammten Landesvater, den — ach! — so lieben und vielen unvergeßlichen dickköpfigen letzten Kurfürsten von Hessen verjagt und mein ganzes Vaterland annektiert hatten, da kam ein heiliger Zorn über mich. Ich habe damals beschlossen, alle Erlebnisse mir genau zu merken, um zu geeigneter Zeit den Preußen gehörig den Marsch blasen zu können.

Doch Scherz beiseite: ich kann mich tatsächlich bei der Schilderung von Vorgängen aus frühester Kindheit auf ein ausgezeichnetes Gedächtnis berufen. Kindliche Erlebnisse, die in die Zeit des Deutsch-Französischen Krieges fallen, leben heute noch so klar in meiner Erinnerung, als handle es sich um Vorgänge von gestern. Als ich 1905 im Alter von 40 Jahren, nach nahezu zwanzigjähriger Abwesenheit, in meine Heimat zurückkehrte, um die Redaktion des Kasseler Volksblattes zu übernehmen, begann ich sofort Erinnerungen aus meiner Kindheit zu schreiben und zwar in so waschecht Kasseler Mundart, als hätte ich nicht zwanzig Tage lang der Heimat den Rücken kehren müssen. Von diesen mundartlichen Skizzen sind viele in kleinen Schriften gesammelt und zu Tausenden verkauft worden. Mit ihnen, die ich wirklich aus den Ärmeln geschüttelt hatte, und die lediglich die üblichen Sonntagsplaudereien ersetzen sollten, befaßte sich bald, wie ich zu meinem Schrecken vernahm, der Verein für hessische Geschichte und Landeskunde sehr ernsthaft, vornehmlich deshalb, weil offenbar zum ersten Male der Versuch gemacht worden war, die Kasseler Mundart einheitlich zu schreiben. Dabei war mir der erlernte Beruf sehr zustatten gekommen. Ich schrieb nach phonetischen Grundsätzen, nämlich genau so, wie der echte Kasseler wirklich sprach. Die erste Sammlung erschien 1910 im Verlag

von Heinr. Bechmann & Co. in Kassel, die zweite Auflage im selben Jahre in der damaligen Hofbuchhandlung von Carl Vietor unter dem Titel „Casseläner Jungen, mundartliche Geschichderchen von Henner Piffendeckel“. Eine andere Sammlung wurde später von Dr. Helphand in seinem sozialwissenschaftlichen Verlag herausgegeben unter dem Titel: „Philipp Scheidemann, Zwischen den Gefechten.“ Es handelte sich hier um eine Schrulle Helphands, der ich mich vergebens zu widersetzen versuchte. Parvus, ein geborener Russe, hatte gelernt, die Mundart meiner Vaterstadt ganz glatt zu lesen, weil er ein großes Vergnügen an meinen Lausbubengeschichten fand. Er hat die Auswahl für das von ihm herausgegebene Bändchen selbst getroffen. Neu aufgelegt wurde die Schrift dann wiederum 1926 im Weser-Main-Verlag (J. Kämpfer) in Kassel.

Ich habe später die Erfahrung machen müssen, daß man nicht alle Erlebnisse so unvergänglich im Gedächtnis festhalten kann, wie die kindlichen. Sobald ich diese Entdeckung gemacht hatte, ging ich dazu über, mir besonders wichtig erscheinende Erlebnisse zu skizzieren. Bei allem, was ich in dieser Schrift berichte, stütze ich mich also entweder auf mein Gedächtnis, soweit ich mich bestimmt darauf verlassen kann, oder ich nehme eigene Aufzeichnungen zu Hilfe. Im übrigen schöpfe ich aus Quellen, die jedermann zugänglich sind.

VON MEINEN ELTERN

Mein Vater war ein selbständiger Handwerksmeister, Tapezierer und Polsterer, ein tüchtiger und angesehener Kasseler Bürger. Meine Mutter war ebenfalls in Kassel geboren. Meine Eltern stammten

aus kurhessischen Bürger- und Handwerkerfamilien. Die Scheidemänner, deren es übrigens nicht allzu viele gegeben haben dürfte — der Name kommt nur verhältnismäßig wenig vor, — stammen wahrscheinlich von der nordischen Wasserkante, sind die Weser hinaufgezogen und haben dann, von Münden an, ihren Weg teils die Werra, teils die Fulda hinauf genommen. Bis in das 14. Jahrhundert zurück haben einige landsmännische Namensvettern und Forscher den Ursprung meiner Vorfahren zurückverfolgt, so daß wir einen ganz respektablen Stammbaum nachweisen können. Die am weitesten zurückliegende Spur wird beiläufig auch in einer Marburger Doktordissertation von Alfred Herbst, 1913, genannt. Dort wird gesprochen von dem ältesten bisher nachweisbaren Scheidemann, dessen Vorname nicht zu ermitteln gewesen ist. Aus dem Titel dominus sei aber zu ersehen, „daß wir einen der angesehensten Bürger Hersfelds vor uns haben . . . Wir sind durch zahlreiche Urkunden instandgesetzt, verschiedene Mitglieder dieser in Hersfeld im 14. Jahrhundert sehr angesehenen Familie namhaft zu machen.“ Genannt werden dann u. a. Heinrich Scheidemann, der schon 1320 Schöffe war, Reinhold Scheidemann, Stadtpfarrer zu Hersfeld, der Schultheiß Stephan Scheidemann, sowie der Bürger Jordan Scheidemann. Schließlich wird in der Dissertation über das „Hersfelder Zinsenverzeichnis des 14. Jahrhunderts“ noch Ludwig Scheidemann als Domherr in Mainz genannt, 1371. Wenn im 14. Jahrhundert Träger eines bestimmten Namens bereits in derart wichtigen Ämtern gewesen sind, so ist die Annahme berechtigt, daß die weitere Rückverfolgung des Stammbaumes bis ins 13. Jahrhundert hinein für ernsthafte Forscher ein allzu schwieriges Kunststück nicht mehr sein kann.

Auf alle Fälle steht jetzt schon fest, was ich mit Behagen niederschreibe, daß die Scheidemänner mindestens 100 Jahre früher in Hessen ansässig gewesen sind, als die Hohenzollern in der Mark Brandenburg. Leider sind meine Stammväter nicht so sparsam gewesen wie die Hohenzollern (siehe Prof. Dr. Bredt in seiner Schrift: „Die Vermögensauseinandersetzungen zwischen dem Preußischen Staat und dem Königshause“, Stilke: Berlin 1925), sonst müßten sie mir, wenn nicht viele Schlösser, Land und Goldmillionen, wenigstens eine bescheidene Hütte hinterlassen haben. **Nichts von alledem.** Ja, ja, die alten Deutschen, die **Bärenhäute** und der Durst!

Meinen Großvater Philipp Scheidemann, der mich über den Taufstein hielt, als der Herr Pfarrer mich mit Fuldawasser bis zum äußersten reizte, habe ich sehr gut gekannt und seiner fröhlichen Stimmung wegen sehr gern gehabt. Er hat übrigens noch das erste meiner Kinder kennengelernt. Nahezu 80 Jahre ist er alt geworden. Bis zu seinem seligen Ende war er ein fröhlicher Zecher am Spundloch des Lebens.

Mein Vater hatte im kurhessischen Leibregiment gedient und die Feldzüge von 1866 und 1870/71, diesen als 81er Infanterist, mitgemacht. Er war ein überaus stattlicher Mann, der unter normalen Umständen gewiß ein hohes Alter hätte erreichen können. Bei der wochenlangen Belagerung von Metz hatte er sich aber, wie viele andere, erst die Ruhr und dann eine schwere Lungenentzündung zugezogen. Scheinbar wieder vollkommen gesund, kehrte er nach dem Kriege heim, den Todeskeim in der Brust. Er starb 1879 im Alter von noch nicht 40 Jahren.

* * *

Die kleinen Geschäftsleute, die den Deutsch-Französischen Krieg mitgemacht hatten, durchlebten Mitte und Ende der siebziger Jahre schwere Zeiten. Mit einem Gehilfen und einem Lehrling konnte in der väterlichen Werkstätte schließlich die gesamte Arbeit bewältigt werden, obwohl mein Vater in seinem Berufe geradezu als Künstler geschätzt wurde und die vornehmste Kundschaft „der Residenz“ hatte, nämlich den kurhessischen Adel. Als Junggeselle war er in der sogenannten kurhessischen Möbelkammer beschäftigt gewesen. Aus dieser Zeit und von den Soldatenjahren her datierten allerlei „vornehme Bekanntschaften“, so beispielsweise die mit dem General v. Loßberg, der in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu dem Prinzen Moritz von Hanau, einem Sohne des letzten Kurfürsten, stand. Prinz Moritz, der meinen Vater sehr gut gekannt hatte, war als Majoratsherr damals Beherrscher des kurfürstlichen Schlosses Horsovice bei Prag. Er hatte durch den General v. Loßberg meinen Vater unausgesetzt bearbeiten lassen, nach Horsovice überzusiedeln, um die Verwaltung des Schlosses zu übernehmen. Zunächst war das Anerbieten entschieden abgelehnt worden. Je schlechter jedoch die Erwerbsverhältnisse wurden, je häufiger sich auch die Erkrankungen meines Vaters einstellten, um so mehr wurde der Widerstand gegen das Anerbieten erschüttert. Eines Tages, nachdem das Fuhrwerk des Generals wieder stundenlang vor unserer Wohnung am Holzmarkt, Ecke der Leipziger Straße in Kassel, gestanden hatte, hörte ich, daß der Pakt geschlossen worden sei: binnen kurzer Frist sollte die Heimat verlassen werden.

Ich war Quintaner der Höheren Bürgerschule in der Hedwigstraße, als ich Abschied nehmen mußte. Die Reise ist für die Eltern wahrscheinlich eine

Riesenstrapaze gewesen, einmal meiner jüngeren Schwester wegen, besonders aber meinethalben. Für mich war sie ein Riesenvergnügen, das nur durch die — Eltern beeinträchtigt wurde. Damals war die bei Riesa über die Elbe führende Eisenbahnbrücke eingestürzt. Es mußte infolgedessen in Booten über die Elbe gesetzt werden. So ein Jux! Bei der Überfahrt kam es zu einem Streit zwischen einem Offizier und einigen zivilisierten Reisenden. Großes Geschrei, später sogar Verhaftung, weil einer der Beteiligten eine Pistole gezogen hatte. Das alles regte meine Phantasie sehr an, so daß ich die größten Hoffnungen auf Horsovice setzte. Zunächst gefiel es mir dort glänzend, weil ich gar keinen Schulunterricht hatte. Das erschien mir als ein kolossaler Fortschritt im Vergleich mit den Schulverhältnissen in Kassel. Die allgemeinen Zustände erwiesen sich aber, je länger desto mehr, als unmöglich für uns. Meinem Vater wurde zugemutet, ebenso wie allen anderen Angestellten, den Prinzen mit den Worten zu begrüßen: „Ich wünsche untertänigst guten Morgen.“ Das lehnte er ab und entschloß sich kurz und bündig, sobald als möglich nach Kassel zurückzugehen. Ich wurde nach etwa fünfmonatlichem Aufenthalt in Horsovice zunächst allein wieder nach Kassel zurückgeschickt und kam in Pension zu einem Oberfeuerwerker a. D. Becker, von dessen beiden Söhnen der eine Kunstmaler in Berlin, der andere Pfarrer in einem oberhessischen Landstädtchen geworden ist. Von dem Pfarrer habe ich wahrscheinlich das Malen, von dem Maler die Frömmigkeit gelernt. Mein Verbleiben in Horsovice hatte sich deshalb als unmöglich erwiesen, weil sich gar keine Möglichkeit eines geregelten Schulbesuches für mich ergab. Mein einziger Unterricht wurde mir erteilt von einem in Deutschland re-

legierten Studenten, der täglich eine Stunde zu uns kam. Wir besaßen eine schöne und sehr geräumige Wohnung im Schloß. Die eine Stunde Schulzwang hatte mir vollkommen genügt, weil mir dadurch Zeit genug blieb, mir wichtiger erscheinenden Geschäften nachzugehen. Das Umherstreifen in Feld und Wald, das Schießen nach Scheiben, Vögeln und wildernden Katzen gefiel mir viel besser, als der lächerliche Unterricht. Meine Eltern dagegen waren zu der Überzeugung gekommen, daß diese Lebensweise nicht die richtige für mich sei, deshalb schickten sie mich heim. Übrigens will ich erwähnen, daß auch oft genug das heulende Elend über mich kam — ich hatte Heimweh.

In Kassel konnte ich sofort wieder in die gleiche Klasse eintreten, die ich früher besucht hatte. Mein Ordinarius Dr. Ide, ein riesengroßer, stattlicher Mann, der mich sehr gern gehabt hatte, empfing mich mit offenen Armen. Als er, noch sehr jung, später von einer Lungenentzündung plötzlich dahingerafft wurde, weinte die ganze Schule. In der Quarta bekam ich den Oberlehrer Credé als Ordinarius. Ich habe ihm, der ein köstliches Original war, später in mancher Plauderei würdige Denkmale gesetzt. Credé war Junggeselle. Er trug Sommer und Winter Zylinder der komischsten Formen. Die strähnigen Haare schnitt ihm seine Schwester, eine alte Jungfer, mit der er gemeinsamen Haushalt führte. Wir Jungen schworen darauf, daß sie ihre Friseurkünste wie folgt ausübte: sie stülpe dem Bruder einen Kochtopf über den Kopf und schneide dann alle Haare ab, die darunter herausguckten. Ein Verwandter Credés, ein Stadtrat namens Wagner, der meine Plaudereien kannte, hat mir Jahrzehntelang später im Kasseler Rathause erzählt, daß sein Großonkel einmal auf einer Auktion, die ein

Hutmacher veranstaltete, um mit seinen unmodernen Ladenhütern zu räumen, ein ganzes Dutzend Zylinderhüte gekauft habe, weil das Stück nur fünf Silber Groschen kostete. Mit diesem Dutzend Hüten war dann der Bedarf Crédés an Kopfbedeckungen für mehr als 30 Jahre gedeckt gewesen. Wichtiger wurde für mich die Bekanntschaft, die ich damals mit dem Oberlehrer Dr. Hugo Brunner machte, der in unserer Klasse französischen Unterricht gab. Die Bekanntschaft mit diesem Manne, einem Onkel des späteren Kasseler Bürgermeisters Brunner, wuchs sich im Laufe der Zeit zu einer ganz regelrechten Freundschaft aus, einer geheimen Freundschaft allerdings, die jedoch vorhielt, als er Direktor der Landesbibliothek und ich längst als Sozialdemokrat bekanntgeworden war; sie dauerte an bis zum Tode des klugen, später allerdings verärgerten, verbitterten und eigensinnig gewordenen Mannes. Ich erinnere mich noch mit Freuden an einen Artikel über Monarchie und Republik, den Brunner mir für das Volksblatt 1906 oder 1907 geschrieben hat. Dieser Artikel, der selbstverständlich anonym erschien, war derart scharf gegen das Regime Wilhelms II. gerichtet, daß ich wahrscheinlich jahrelang wegen Majestätsbeleidigung hätte im Loch sitzen müssen, wenn ich mit dem Blaustift nicht noch fürchterlichere Musterung in dem Manuskript gehalten hätte, als Brunner drei Jahrzehnte früher in meinen französischen Extemporalien. Brunner hat mir immer wieder, bei aller Freundschaft bestätigt, daß ich einer seiner unerfreulichsten Schüler gewesen sei.

KINDLICHES HUNGERLEIDEN

W Weil die Krankheit meines Vaters hoffnungslos geworden war, mußte ich die Schule verlassen. Im letzten Schuljahr hatte ich Sommer und Winter — brrh! — frühmorgens zwischen sechs und sieben Uhr Frühstücksbrot ausgetragen, um etwas mit zu verdienen. Die wenigen Groschen, die ich für diese Arbeit bekam, machten mir um so größere Freude, je mehr ich hatte frieren müssen, wenn ich auf den dunklen Treppen herumkletterte. Wenn ich jetzt daran zurückdenke, sehe ich meine damalige Tätigkeit als eine Art primitiver Sportbetätigung an, die mir gewiß nichts geschadet hat. Im Alter von noch nicht vierzehn Jahren kam ich in die Buchdruckerei der Gebr. Gotthelft als Setzerlehrling. Die Arbeitszeit, damals nicht einmal für jugendliche Arbeiter geregelt, betrug täglich mindestens zwölf bis dreizehn Stunden. Sonnabends, namentlich in den Wintermonaten, bis zu 15 und mehr Stunden. Ich erinnere mich, daß wir vor Weihnachten von früh 6 Uhr bis nach Mitternacht haben arbeiten müssen. Diese Arbeit bestand zu erheblichen Teilen aus Handleistungen, die mit der Schriftsetzerei absolut nichts zu tun hatten, so vor allem im Falzen von Zeitungen und Einlegen der Beilagen. Falzapparate und Rotationsmaschinen kannte man in jener Zeit in Kassel nur aus märchenhaft klingenden Berichten. Als Entlohnung gab es im ersten Lehrjahre wöchentlich zwei Mark, dann von Jahr zu Jahr fünfzig Pfennige Zulage pro Woche, so daß im vierten Lehrjahre wöchentlich 3,50 Mark bezahlt wurden. Für die zahllosen Überstunden im Laufe eines Jahres gab es eine „Weihnachtsgratifikation“ im Betrage von fünf Mark. Ich mache diese Angaben nicht, um die Firma, bei der ich in die schwarze Kunst eingeführt wurde, herabzusetzen. Die

Verhältnisse waren damals in nahezu allen Betrieben gleich trostlos. Ich erwähne diese Zustände, um besonders die jüngeren Leser daran zu erinnern, was in jahrzehntelangen zähen Kämpfen von den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen schwer genug errungen werden mußte.

Wie die letzten Schuljahre, so waren meine vier Lehrjahre im wahren Sinne des Wortes schlimmste Hungerjahre. Frieren mußte ich besonders im Winter 1879/80. Wenn ich morgens vor 6 Uhr das Haus verließ, um an die Arbeit zu gehen, waren mir schon die **Hände steif und die Nase zugefroren**, bevor ich auf **der Straße** stand. Die furchtbare Kälte jenes Winters war für mich besonders schlimm, weil ich weder einen Mantel noch Handschuhe mein Eigen nannte. Solange mein Vater zu Bett liegen mußte, meine Mutter also ans Haus gefesselt war, so daß sie nichts verdienen konnte, habe ich oft genug bei Freunden meiner Eltern einige Groschen für ein Brot borgen, oft genug auch im Leihhause Haushaltungsgegenstände und Kleidungsstücke meiner Mutter aus besseren Zeiten versetzen müssen. Einige Stücke waren es besonders, die ich immer wieder verpfänden, oder, wenn der Verfalltag nahte, durch Versetzen eines neuen Stückes einlösen mußte: ein schwarzseidenes Kleid und ein großer türkischer Schal meiner Mutter, sowie eine Taschenuhr meines Vaters. Am peinlichsten war mir, daß ich auch hin und wieder, während mein Vater schon lange hoffnungslos darniederlag, zur Schule entweder väterliches oder mütterliches Schuhwerk anziehen mußte, wenn mein einziges Paar Stiefel in Reparatur war. Trotz dieser Elendsjahre war meine Kindheit, im ganzen gesehen, doch eine glückliche, denn ich hatte eine Mutter, wie ich sie allen Kindern wünsche, wie sie aber wahrscheinlich nicht allzuvielle

Kinder haben können. Sie war in allen weiblichen Handarbeiten eine wahre Künstlerin und wurde deshalb viel bewundert; sie hatte auch literarische und künstlerische Interessen; sie las gute Bücher und besuchte ab und zu, bevor das graue Elend bei uns eingezogen war, auch das Theater. Davon war später natürlich keine Rede mehr. Ich erinnere mich sehr wohl, daß sie mich als Schuljungen in die herrliche Bildergalerie meiner Vaterstadt führte und dort vor den Bildern Rembrandts mir allerlei aus dem Leben des Holländers erzählte. Später bin ich auf die Vermutung gekommen, daß meine Mutter mich schon so frühzeitig für bestimmte Dinge zu interessieren suchte, um anderen Einflüssen zu begegnen.

Mein Vater hatte eine parteipolitische Einstellung bestimmt nicht. Einer seiner besten Freunde, ein Berufskollege namens Eduard Auell, war Sozialdemokrat und begeisterter Verehrer Wilhelm Pfannkuchs. Er war ledig. Auell war meinen Eltern in den Stunden bitterster Not immer ein treuer Helfer. Ich erinnere mich an Zeiten, in denen er uns jeden Abend besuchte. Die Unterhaltung drehte sich fast stets um die schlechten Verhältnisse, um die große Not der kleinen Geschäftsleute und zum Schluß immer um die Sozialdemokratie. Ich hörte diesen Gesprächen mit der größten Aufmerksamkeit zu, wenngleich das meiste mir unverständlich blieb. Meine Mutter, das weiß ich noch genau, widersprach sehr oft, wenn Auell das Ende allen Elends von der Sozialdemokratie erwartete. Zu besonders lebhaftem Meinungs-austausch kam es in den Zeiten der Attentate Hödels und Nobilings auf den alten Kaiser Wilhelm I. Eine sozialdemokratische Presse gab es damals in Kassel nicht. Meine Eltern lasen das Tageblatt, standen also auch unter den Eindrücken der Berichte dieser Zeitung.

Daß damals der Christlichsoziale Hödel und der Nationalliberale Dr. Nobiling der Sozialdemokratie zu Unrecht an die Rockschöße gehängt wurden, könnte heute jeder politische ABC-Schütze wissen. Aber damals? Jedenfalls hatte Auell in jenen Tagen einen schwierigen Stand bei meiner Mutter.

Dann aber wurde mit der zunehmenden allgemeinen Not und der dauernden Krankheit meines Vaters das Hungerleiden in unserem Hause immer schlimmer. Und wenn schließlich kein Stück Brot im Hause war und meine arme Mutter mich um fünfzig Pfennige für ein Brot zu Auell schickte, dann pflegte ~~mein~~ Vater hinzuzufügen: der Sozialdemokrat hilft.

Nach dem Tode meines Vaters schaffte die unermüdliche Mutter von früh bis in die sinkende Nacht. Neben der Besorgung des Haushalts und ihrer beiden Kinder schneiderte sie für fremde Leute. Sie war in ihrem Bekanntenkreise wegen ihrer Klugheit und Geschicklichkeit ganz allgemein sehr beliebt. Ich habe sie nur selten über ihr Geschick klagen hören, sah aber oft genug, daß sie geweint hatte. Selbst meine schlimmsten Streiche verzieh sie schließlich, nachdem sie mir ins Gewissen geredet hatte. Sie mußte mir, wie ich zugestehen will, oft ins Gewissen reden.

Zum besseren Verständnis meiner Entwicklung aus der Schulzeit heraus über die Lehr- und Wanderjahre will ich ein kindliches Erlebnis erzählen.

KINDLICHE KAISERBEGEISTERUNG

Ich sehe noch mit aller Deutlichkeit, wie um die Plakatsäulen herum die Menschen zu Dutzenden standen, um die Extrablätter zu lesen, die über das Attentat des angeblichen „Sozialdemokraten“ Hödel

auf den Kaiser Wilhelm berichteten. Und ich weiß noch ganz genau, wie uns in der Schule von unserem Klassenlehrer Dr. Credé später das erfolgreichere Attentat des Dr. Nobiling in seiner ganzen Ruchlosigkeit geschildert wurde. Und da uns auch im Religionsunterricht die Hödel und Nobiling in den schauderhaftesten Farben als Sozialdemokraten geschildert wurden, so war es kein Wunder, daß wir schließlich in einen Zustand überpatriotischer Raserei hineinpädagogelt wurden. Das um so mehr, weil auch unser Geschichtslehrer nicht versäumte, den alten Kaiser uns als Halbgott zu schildern, der nicht nur das neue Reich gegründet habe, sondern dem es eigentlich auch zu danken sei, wenn wir Luft schnappen könnten.

Außerdem steigerte sich unsere Wut gegen die Attentäter deshalb, weil plötzlich im Religionsunterricht verlangt wurde, daß wir die Sprüche, die wir einpauken sollten, tatsächlich in der nächsten Religionsstunde im Gedächtnis haben und hersagen mußten. Das war bis dahin nicht ernstlich verlangt worden, aber nun, da zwei Menschen auf den Kaiser geschossen hatten, mußte der Religionsunterricht mit Dampf betrieben werden, damit so etwas nicht wieder vorkomme.

Unser Patriotismus erreichte seinen Höhepunkt, als die Nachricht einlief: der Kaiser kommt, der verwundete Kaiser kommt nach Kassel. Nun wußten wir zwar, daß Kaiser und Könige schließlich auch nur Menschen sind, trotz der Aufsätze, die wir schreiben mußten. Mindestens waren wir überzeugt davon, sahen wir doch täglich „Königskinder“, da die preussischen Prinzen Heinrich und Wilhelm — der letzte Kaiser — zur selben Zeit die nur wenige Minuten von unserem Schulhause entfernten Gymnasien besuchten.

Aber einen Kaiser zu sehen, auf den ein Doktor geschossen hatte, das war doch etwas besonderes. Na, und als uns gesagt wurde, daß alle Schulen und Vereine vor dem Schloß, in dem der Kaiser wohnen werde, auf dem Friedrichsplatz mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen aufmarschieren sollten, da waren wir aus Rand und Band.

Der Tag kam schließlich heran, an dem wir am Kaiser vorbeimarschieren und Hurra schreien sollten. Der Weller und ich sollten abwechselnd die Klassenfahne tragen, weil wir die Längsten in der Klasse waren. Die Sache ging gut, bis wir in die Nähe des Schlosses kamen. Bis dahin hatte ich dem Weller die Fahne gelassen. Vor dem Kaiser wollte ich sie tragen. Er weigerte sich — es gab im Zug eine böartige Pufferei: Unser Lehrer sah den Kampf gerade in einem Augenblick, der meinen Gegner im ungünstigsten Licht erscheinen lassen mußte. Der Lehrer entschied zu meinen Gunsten. Ich war ebenso glücklich wie Weller unglücklich. Mit welcher Begeisterung schwenkte ich die Fahne! Da stand ja der alte Kaiser, einen Arm in der Binde. Er grüßte zu uns herunter und es konnte gar keinem Zweifel unterliegen, daß er offensichtlich nach mir gegrüßt hatte. Natürlich! Ach, wenn ich da den Nobiling gehabt hätte — und ich haute mit der Fahne so unerhört patriotisch in der Luft herum, daß ich sie auf Geheiß unseres Lehrers wieder an Weller abgeben mußte, damit es keine Löcher in die Köpfe gab. . .

Ein Jahr später war ich schon in der Lehre, da hörte und sah ich gar mancherlei. Das Leben war doch wirklich anders, als es nach dem in der Schule Gelernten eigentlich hätte sein müssen. Ja, wer richtete sich denn eigentlich nach all den schönen Bibelsprüchen, die ich hatte erlernen müssen! Offen-

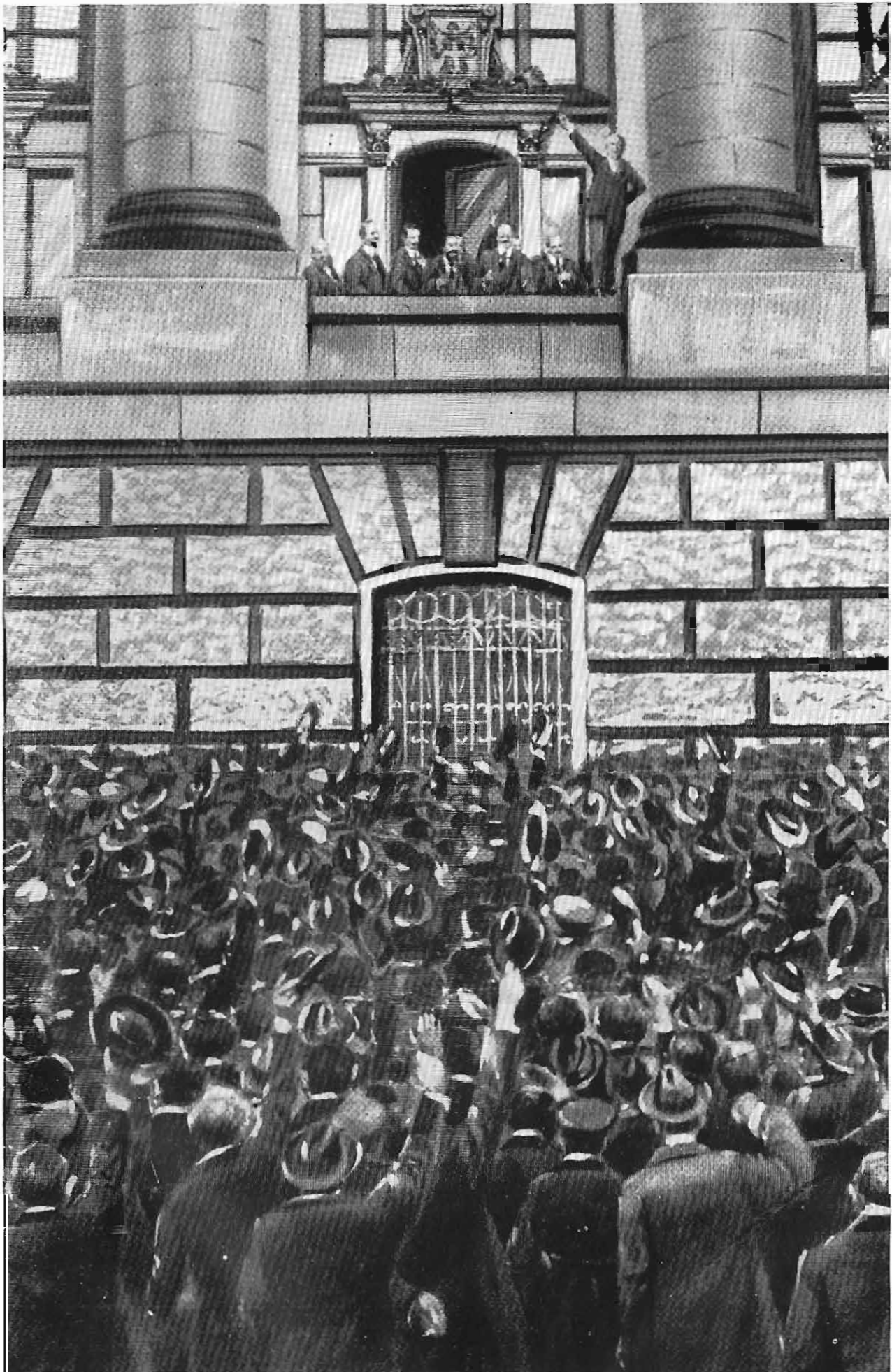
bar niemand, sicherlich nicht die Arbeitgeber, die ich kennenlernte.

Mein armes Mütterchen ging morgens fort zur Kleidermacherei; feuchten Auges rechnete und rechnete sie, wenn wir Kinder abends mit ihr zusammensaßen.

Mir fiel es immer mehr wie Schuppen von den Augen. War nicht mein Vater ein tapferer Soldat gewesen, der mit Auszeichnung gekämpft und dem Vaterland seine Gesundheit geopfert hatte? War er nicht ein geachteter Bürger gewesen, der sein Geschäft gründlich verstanden und fleißig betrieben hatte? Aber freilich! Und doch mußte nun nach seinem Tode unsre Mutter wieder für fremde Leute arbeiten, um sich und uns Kinder vor dem Hunger zu schützen.

Aber — wahrhaftig! Wohin ich auch blicken mochte in die Nachbarschaft, überall dasselbe: bei Schmidts und Müllers, bei Lehmanns und allen anderen! Und doch nicht bei allen. Die wenigen Fabrikanten in der Nähe vergrößerten ihre Betriebe immer mehr und erbauten sich immer schönere Villen.

Die Gehilfen, unter denen ich lernte, lasen gar mancherlei, was sie sorglos liegenließen. Das las ich dann mit großem Interesse. So lernte ich aus Lassalles Schriften begreifen, daß es Klassenunterschiede gibt. Das heißt: es gibt Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um sich und die Ihrigen ernähren zu können, und es gibt Menschen, die Arbeitskräfte kaufen, um möglichst hohen Gewinn daraus zu ziehen. Die letzteren sind die Kapitalisten in Stadt und Land, die Fabrikanten und Großgrundbesitzer; sie stellen nur einen winzigen Bruchteil der Bevölkerung dar, aber sie sind mächtiger als die große Masse der Arbeiter. Solange der Arbeiter seine



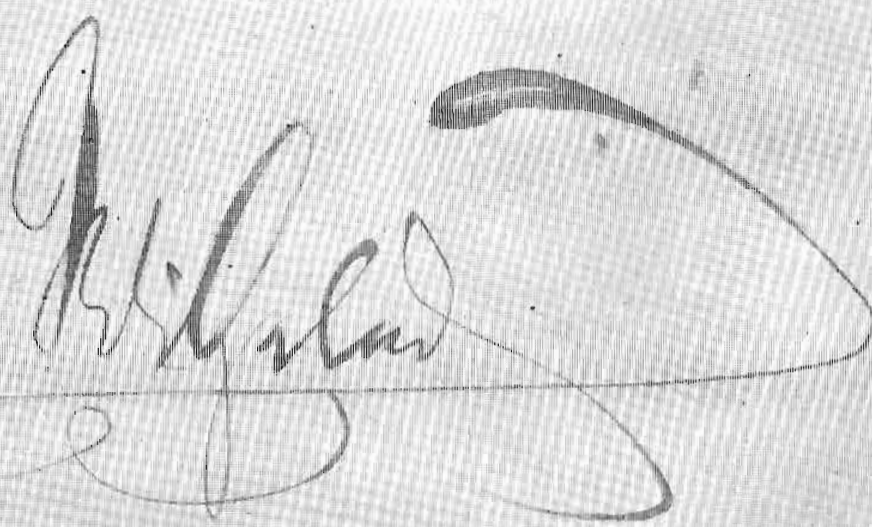
Scheidemann ruft am 9. November 1918 vom Reichstagsgebäude die Republik aus

Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preussen und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preussens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preussischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie Mir als ihren Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, dass sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Amerongen, den 28. November 1918.



The image shows a handwritten signature in dark ink, which is the signature of Kaiser Wilhelm II. The signature is written in a cursive, flowing style. To the left of the signature, a portion of a circular embossed seal is visible, showing intricate patterns and what appears to be a crown or similar royal symbol.

Abdankungsurkunde des Kaisers

Arbeitskraft verkaufen kann, solange ist die Möglichkeit gegeben, seine Familie kärglich zu ernähren. Erlischt die Arbeitskraft, dann stellt sich die Not ein. Das war so beim Urgroßvater und würde so sein beim Urenkel, wenn das Volk nicht inzwischen ein wenig zur Einsicht gekommen wäre. . .

Ich wurde schnell von dem „Patriotismus“, der mir in der Schule eingetrichtert worden war, kuriert. Sobald ich in die Schule des Lebens getreten war, lernte ich, was es heißt, wahrhaft patriotisch sein, das heißt: Sozialdemokrat sein!

Patriotismus heißt Vaterlandsliebe. Niemand kann sein Vaterland mehr lieben als wir Sozialdemokraten. Eben deshalb schüttelten wir auch nicht den Staub von den Schuhen, um auszuwandern, wie uns Wilhelm II. anempfohlen hatte. Ganz im Gegenteil! Wir blieben, um zu kämpfen, bis der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende gemacht, bis gleiche Rechte für alle errungen sein werden.

Zweiter Abschnitt

WANDERJAHRE

Das grausamste aller Geschöpfe ist der Mensch. Ein tiefes Schamgefühl kommt über mich, wenn ich daran denke, was ich meiner Mutter angetan habe, als ich auf die Wanderschaft ging. Im April 1883 hatte ich meine vierjährige Lehrzeit beendet. Nach altem Brauch wurde ich von dem Seniorchef des Hauses im Kreise des gesamten Setzerpersonals feierlich „freigesprochen.“ Damit nahmen die Gehilfen mich aber noch nicht für voll an. Zwar trat ich sofort dem Buchdruckerverbände bei und wurde auch Mitglied der sozialdemokratischen Geheim-

organisation, ein vollwertiger Kollege für die Setzer konnte ich aber erst an dem Tage werden, an dem es ihnen gelang, mich gründlich und für alle Ewigkeit zu „gautschen“, das ist eine besondere Art Taufe. Das Taufwasser wird nicht auf den Kopf geträufelt, sondern befindet sich in einem riesigen Schwamm, der auf einem etwa einen Meter hohen Korrigierstuhle liegt. Auf diesen Schwamm wird man dreimal mit erheblicher Wucht „gesetzt“, nachdem es den Gautschgesellen gelungen war, ihr Opfer zu packen und vollkommen wehrlos zu machen. Es werden bei dieser Prozedur gar seltsame Sprüchlein gemurmelt. Sobald dann der Gegautschte seinen „Einstand“ bezahlt hat, wird ihm der Gautschbrief ausgefertigt. Damit war der junge Gehilfe komplett und — reif für die Walze.

Die Gautschbriefe wurden nach Art feinsten Diplome hergestellt und zwar in den fünf Farben, die angeblich Kaiser Friedrich III. ebenso wie das Wappen und das „Recht“, bei feierlichen Gelegenheiten einen Degen zu tragen, den Buchdruckern verliehen haben soll:

„Purpur, Gold, Blau, Silber der Kaiser uns gab —
Und schwarz drucken stets unsre Lettern sich ab —
Frei ist die Kunst!“

Der mittelalterlich-zünftlerisch anmutende Text, der natürlich nur von der heiteren Seite genommen werden darf, lautete wie folgt:

Pakkt an! Laßt seinen Corpus posteriorum fallen
Auf diesen nassen Schwamm, bis triefen beide Ballen.
Der dürstgen Seele gebt ein Sturzbad oben drauff!
Das ist dem Sohne Gutenbergs die allerbeste Tauff.

Von Gottes Gnaden

Wir Jünger Gutenbergs des Heiligen Römischen Reichs
thun anmit Jedermänniglich unserer Kunstgenossen

kund und zu wissen, daß der Jünger der wohledlen
Buchdruckerkunst

Herr Philipp Scheidemann

nach altem Brauch und Herkommen heut mit Zu-
ziehung der Herren Gesellen der Gotthelft'schen
Buchdruckerei die Wassertauff ad posteriora erhalten
hat und damit in sämmtliche uns von Kaiser Fried-
rich III. verliehenen Rechte und Privilegien ein-
gesetzt ist.

Krafft derselben gebiethen wir allen unseren
Kunstgenossen, obenbenannten Jünger Gutenbergs
als richtigen Schwartzkünstler anzuerkennen und an-
zunehmen.

Gegeben usw. usw.

Unterzeichnet wurden alle diese Gautschbriefe
vom „Gautschmeister“, dem 1. und 2. „Pakker“, dem
„Schwammhalter“ und den übrigen Zeugen.

* * *

Ich arbeitete in der Lehrdruckerei bis Januar 1884,
dann hielt ich es nimmer aus. Am liebsten wäre ich
schon im Sommer 1883 losgegangen, aber ich scheute
mich doch, meine Mutter mit ihren Sorgen und meiner
kaum zehnjährigen Schwester allein zu lassen. Der
Gedanke, daß allein mein Fortgehen, mein Sprung
ins Dunkle, der Mutter herzerreißenden Kummer be-
reiten könnte, kam mir zunächst überhaupt nicht. Ich
sah nur die große weite Welt offen vor mir und wollte
sie kennenlernen. Hinaus! Ich sah mit 18 Jahren aus
wie ein Dreiundzwanzigjähriger, denn ich war 1,79
Meter lang und trug einen schmalen, kurzgeschnittenen
Backenbart. Jedenfalls sah ich so zuverlässig und
vertrauenerweckend aus, daß der Leiter der Kasseler
sozialdemokratischen Partei, ein prachtvoller Mensch

namens Heinrich Huhn, mit dem mich später innige Freundschaft bis zu seinem 1924 erfolgten Tode verbunden hat, mir eine Blechbüchse, die mit einem schmalen Schlitz versehen war, anvertraute, um Gelder für die auf Grund des Sozialistengesetzes Ausgewiesenen zu sammeln. Ich war kaum aus der Lehre, da war ich auch schon im vertrautesten Zirkel der Geheimorganisation und zwar mit Leib und Seele. Den streng verbotenen und von der Polizei eifrig gesuchten „Sozialdemokrat“, der unter dem Sozialistengesetz erst in Zürich und dann in London gedruckt wurde, verbreitete ich von Haus zu Haus an die Abnehmer. Andere Flugschriften half ich austragen von Dorf zu Dorf.

Mehr als einmal kam ich mit zerrissenen Hosen am Sonntagabend heim, wenn auf den Dörfern die Hunde hinter uns hergehetzt worden waren. An den vertraulichsten Besprechungen nahm ich teil. Glücklicherweise war ich, als mir einmal Grillenberger in Kassel überliefert wurde, damit ich ihn sicher vor den Augen der Polizei an die vereinbarte Stätte bringen konnte. Die Mitteilungen, die Wilhelm Pfannkuch, damals Reichstagsabgeordneter für den VI. Berliner Wahlkreis, aus Berlin mitbrachte, verschlang ich förmlich. Aus den Kreisen meiner Berufskollegen wurden mir häufig Vorwürfe gemacht, weil ich als junger Mensch mich zu sehr mit Politik und zu wenig mit Berufsfragen befaßte. Ich suchte deshalb beiden Anforderungen zu genügen, belastete mich aber nunmehr so, daß ich zu dem festen Entschluß kam, Kassel zu verlassen. Wiederholt war mir bereits die Polizei auf den Fersen gewesen. Einmal waren wir bei einer Zusammenkunft überrascht worden und zwar in einem Lokal, das sich an der Ecke der Wolfhager- und der Holländischen Straße befand: dem Österreichischen

Hof. Der ausgestellte Posten hatte nicht aufgepaßt, die Tür öffnete sich und herein trat ein uns allen bekannter älterer Schutzmann. „Was geht hier vor?“ — „Wollen Sie mitfeiern? Wir feiern Geburtstag!“ — „Das glaube ich nicht! Ich löse die Versammlung auf. Entfernen Sie sich sofort!“ — Natürlich ließen wir uns das nicht zweimal sagen, hatten wir doch alle die Taschen voll der neuesten „Winke“. Das war ein Instruktionsschriftchen mit Lehren, wie man sich bei Verhaftungen, Haussuchungen und Gerichtsverhandlungen als Angeklagter verhalten sollte. Wäre der Schutzmann nicht polizeiwidrig dumm gewesen, so hätte er uns alle für verhaftet erklärt und um Hilfe geschrien. Wahrscheinlich hat man ihn, nachdem er Meldung erstattet hatte, auch gerüffelt. Da er die meisten von uns dem Ansehen oder dem Namen nach kannte, so wird er wohl auf Befragen einige genannt haben. Ich war auf polizeilichen Besuch gefaßt und instruierte meine Mutter. Sie war mit mir darin einverstanden, daß die wertvollen „Winke“ nicht verbrannt werden dürften, sie nähte sie deshalb mit erstaunlicher Behendigkeit in alle ihre Unterkleider. Natürlich kam sie aus den größten Ängsten nicht heraus, bis ich nach einiger Zeit die kostbare Ware weitergeben konnte. Zwei meiner Kameraden, bei denen man die verbotenen Schriften gefunden hatte, wurden jeder zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Der Schutzmann hatte mich nicht denunziert, obwohl er mich gut kannte, wir verkehrten nämlich in der gleichen Kneipe.

Über die Art unserer geheimen Organisation interessieren vielleicht einige Angaben, weil daraus ersehen werden kann, wie schwer der Sozialdemokratie das Leben unter dem Sozialistengesetz gemacht worden ist, wieviel Opfermut und Begeisterung

damals dazu gehört hat, im Dienste der Partei zu arbeiten. Ich habe an jene Zeiten besonders dann denken müssen, wenn auch mir in den erregten Tagen nach dem Zusammenbruche des Reichs grüne Jungen in Berlin zubrüllten: „Nieda! Nieda mit die Arbeitavaräta! Nieda! Nieda!“ Die Seele unserer Organisation in Kassel war lange Jahre hindurch der in der Henschelschen Lokomotivenfabrik beschäftigt gewesene, weiter oben schon genannte Metallarbeiter Heinrich Huhn. Er stand in innigster Verbindung mit Wilhelm Pfannkuch, der aber aus guten Gründen außerhalb des rein organisatorischen Betriebes gelassen wurde. Huhn hatte fünf Mann an der Hand, die er innerhalb weniger Minuten mobil machen konnte. Von diesen fünf Mann hatte jeder wiederum fünf andere Männer zur Benachrichtigung usw. usw. Auf diese Weise war es möglich, ohne daß eine Liste geführt werden mußte, innerhalb kürzester Zeit viele hundert Mann auf die Beine zu bringen. Hatten wir in aller Vertraulichkeit eine Flugschrift zur Verbreitung fertig, dann war es eine Kleinigkeit, sie ohne große Vorbereitung sofort zur Verteilung zu bringen. Das mußte natürlich abends oder morgens vor Beginn der Arbeit geschehen. Nur ein einziges Mal ist Huhn der Polizei in die Hände geliefert worden und zwar infolge der unüberlegten Aussage eines jungen Arbeiters, der sein Zeugnis hätte verweigern müssen, wenn er gewissenhaft seine „Winke“ gelesen hätte. Beide mußten wegen Verbreitung verbotener Schriften je zwei Monate Gefängnis absitzen. Schlimmer war, daß beide dadurch um ihre Arbeit kamen.

Ein Hauptvergnügen war uns die Irreführung der Polizei und Gendarmerie. Mitunter waren die Landesgrenzen gegen die Schweiz und später gegen England nahezu hermetisch abgeschlossen, um die Einschmugge-

lung des „Sozialdemokrat“ auf jeden Fall zu verhüten. Wenn dann trotzdem die fällige Nummer im ganzen Reich pünktlich verbreitet worden war, haben die Berliner Bonzen natürlich gewütet. Sie sind niemals hinter das Rätsel gekommen, wie es möglich sein sollte, Zehntausende von Zeitungen über die Grenze zu bringen, obwohl jedes Grenzloch abgesperrt war. Dabei war die Geschichte so furchtbar einfach. Der „Sozialdemokrat“ wurde vielfach gar nicht im Auslande, sondern im Inlande gedruckt. Als Druckfirma wurden selbstverständlich die ausländischen Druckereien genannt. In diesen Fällen besorgte die deutsche Reichspost die Paketversendungen durch das Reich mit sicherer Pünktlichkeit. Und wenn dann von der Grenze aus durch die Polizei und ihre Helfershelfer nach Berlin berichtet wurde, daß der fällige Sozi — wir nannten ihn, weil er anfänglich aus der Schweiz kam und entsprechend deklariert war, den „Käse“ — diesmal ausgeblieben, ganz bestimmt nicht über die Grenze gekommen sei, dann rauften sich die Puttkameruner Geheimräte, die die neueste Nummer längst in den Händen hatten, verzweifelt die Haare und schimpften auf die Grenzposten, die wieder einmal nicht aufgepaßt hätten.

HINAUS IN DIE FERNE!

Im Januar 1884 wurde einigen älteren Gehilfen die Arbeit gekündigt; ich blieb nur deshalb von der Kündigung verschont, weil ich die komplizierten Arbeiten, die noch im Laufe waren, genau kannte. Ich setzte mich für einen verheirateten Kollegen ein und erreichte auch, nach längeren Verhandlungen mit dem Chef, daß er bleiben, ich aber gehen konnte.

Ich jauchzte auf. Nun konnte ich endlich fort. Der

Januar ist zwar gewiß nicht der schönste Walzmonat, aber was kümmerte das mich! Also los! Der Abschied von zu Hause war schlimm. Zwar sagte meine Mutter nicht viel, aber sie weinte und das war furchtbar für mich. Heute kann ich es verstehen, was das bedeutet, wenn ein Kind vor seine Mutter tritt, um zu sagen, daß es in die Welt gehen wolle, einfach — in die Welt. Ich ging von meiner Mutter, nicht um nach Frankfurt, Hamburg oder Berlin in eine andere Stellung zu fahren, ich ging, mit dem „Berliner“ auf dem Buckel, mit dem Stock in der Hand, um mir die Welt anzusehen, heute hier und morgen da . . .! Daheim aber eine Mutter, die sich in Gram verzehrt und abends wie morgens mit bangen Blicken fragte, wo wird jetzt dein Junge sein?

Schließlich riß ich mich los und eilte zur Bahn. Nur zunächst fort von Hause und von der Vaterstadt. Ich kaufte eine standesgemäße Fahrkarte nach Göttingen. Von dort ging's stramm gen Norden. Ich wollte über Hannover nach Hamburg, ach was — was wollte ich überhaupt, ich wollte in die Welt, gleichviel wohin ich zuerst auch kommen würde!

Der erste Abend auf der Wanderschaft wird mir unvergeßlich bleiben. In einem an der Bahn Göttingen-Hannover gelegenen Städtchen machte ich die erste Rast. In der Herberge hauste eine alte Frau, — was ich mit meinen achtzehn Jahren so unter einer alten Frau damals verstanden habe. Nur zwei oder drei Wanderburschen waren anwesend, alte Kunden, die mir wenig Vertrauen einflößten. Ich setzte mich hin und schrieb nach Hause, daß es mir ausgezeichnet gehe, und daß ich frohen Mutes sei. Dann meinte die Herbergsmutter, es sei Zeit zum Schlafengehen. Sie brachte die anderen Kunden zur Ruhe und rief dann auch mir zu: Komm! Wir gingen über einen

langen Hausflur in einen mit Steinfliesen belegten großen Raum, der zwei Betten enthielt. Die Pennenmutter setzte sich auf einen Bettrand und forderte mich auf, das Hemd auszuziehen. Was das bedeuten sollte, wußte ich natürlich längst aus der Erzählung älterer Kollegen. Das hieß: Jetzt wirst du gebient. Ich zog mich gehorsam aus, behielt nur die Beinkleider an, und übergab ihr, vor Frost zitternd, mein Hemd. Nebenbei gesagt kannte ich damals Unterwäsche nur vom Hörensagen. Durch Kopfnicken und nicht gerade unfreundliches Verdrehen der Augen, forderte sie mich auf, mich neben sie zu setzen. Sie hatte inzwischen einen großen Stahlzwickel aufgesetzt und untersuchte den Hemdenbündel mit der größten Gewissenhaftigkeit. Natürlich fand sie nicht das kleinste Bienchen. Nachdem ich ihr gesagt hatte, daß ich erst am Morgen desselben Tages meine Heimat verlassen hätte, meinte sie weise, dann nimm dich um so mehr in acht, denn reine Wäsche lockt die Bienen an, in durchgeschwitzte gehen sie weniger gern. Dann hing sie das Hemd über einen Stuhl und ich schlüpfte splitternackt in das eisigkalte Bett — — brrh!

Ein Tag glich zunächst dem anderen wie ein Ei dem anderen. Mitunter gab's freilich auch mal eine lustige Abwechslung. So habe ich mich eines Abends einmal regulär verliebt in die lustige Tochter der Herbergsmutter in Badebusch. Ich hatte mich, als ich die schlanke Maid zu Gesicht bekommen hatte, sofort fein gemacht. Ich zog, nach langem Überlegen, mein nach fünfwöchiger Wanderung wirklich ausgezeichnet bienensicher durchgeschwitztes Hemde aus, nahm das feine neue Leinenhemde aus dem „Berliner“, knüpfte einen neuen Papierkragen um und einen die ganze Heldenbrust schützenden Deckschlips. Was kostet

nun Badebusch! Das Mädcl war sehr nett zu mir und erzählte mir von allerlei Kollegen, die dort schon gearbeitet hätten. Wir erzählten uns, wir spielten Domino und würfelten auch zusammen. Schließlich kam die Frau Mama, winkte mit dem Finger und verschwand mit mir im Schlafsalon. „Zieh's Hemde aus!“ Sie prüft und prüft am Halsbändel herum und sagt schließlich unerbittlich: „Wenn ich noch eine finde, kommste nicht ins Bett, dann mußte Knacker machen!“ Ich war erschlagen — ich Biene? Unmöglich! Ich habe bisher nie eine gehabt und heute außerdem ein neues Hemd angezogen! — „Warum warste so dumm? Na, ich finde weiter nichts. Nacht!“ Das war also vorläufig das ganze Ergebnis der jungen Liebe: eine Biene und die Aussicht, auf der Bank oder im Stroh schlafen zu müssen. Das war nicht mein Fall. Ich biente selbst eifrig noch einmal nach, sperrte dann das „saubere“ Hemd wieder weg und zog die fettgestärkte Zigeunerstaude am nächsten Morgen wieder an. Liebreizend lächelte mir am frühen Morgen Emmi in die Augen, als sie mir das Frühstück gab. Ich wartete eine günstige Gelegenheit ab, um ihr einen Kuß aufzubrummen. Wie Napoleon oder Rinaldo Rinaldini kam ich mir vor, kühn und unerschrocken. Wie ich bald bemerkte, hatte eine gar so große Kühnheit gar nicht zu der Unternehmung gehört, denn fünf Minuten später, als die Luft vollkommen rein schien, legte sie mir den Arm um den Hals, reichte mir den frischen Mund und flüsterte: Wie schade, daß du wieder gehst! „Oho“, fuhr ich nun auf, zu den kühnsten Unternehmungen bereit, „heute gehe ich auf keinen Fall!“ Ich war gewillt, noch eine Biene zu riskieren. —

AN DER WIEGE DES SPORTS

Mit großem Vergnügen gedenke ich auch an einen Abend in Burg bei Magdeburg. In Magdeburg hatten wir uns gründlich an Berliner Weißbier gelabt, das uns bis dahin noch nicht bekannt war. Ob wir auf der Tour nach Berlin bis Burg gelaufen oder gefahren sind, weiß ich nicht mehr. Ich weiß nur, daß wir Montags gegen Abend auf der Herberge ankamen, und daß die Burger Schuster gerade Quartal feierten. Praktisch bedeutete das, wie uns Walzbrüdern scheinen wollte, daß halb Burg berauscht war. Die Gesellen luden uns ein, mit ihnen zu feiern. Da wir Dringlicheres und Wichtigeres gerade nicht zu tun hatten, nahmen wir die Einladung an. Das Abendessen war das übliche, Abend für Abend dasselbe, weil wir einfache Leute waren: Hering und Pellkartoffeln. Da ich das Kartoffelpellen niemals gelernt hatte — übrigens ein wirklicher Bildungsmangel, wie ich schnell genug empfand —, mußte ich die Pellen stets mitessen, andernfalls hätte ich mich aus der gemeinsamen Schüssel niemals sattessen können. Da wir in der Stimmung gegen unsere hochverehrten Gastgeber erheblich zurück waren, suchten sie uns ab und zu durch einen Schnaps zu fördern. Um Mitternacht, so schien es uns, war die Fröhlichkeit eine ganz einheitliche. Als wir schließlich in den Schlafsaal kamen, um uns zu legen, murrten einige der aus dem Schlafe Aufgescheuchten. Sie schrien unverschämt nach Ruhe, wir forderten sie in der bescheidensten Weise auf, das Maul zu halten. Innerhalb einer Minute wälzte sich in dem plötzlich vollkommen dunklen Raume ein Knäuel von etwa zwanzig Menschen, alle splitternackt, aber todesmutig, hauten, rangen, boxten, warfen mit Stiefelknechten, schimpften, traten, fluchten und stöhnten, bis schließlich der Herbergsvater mit einigen seiner Gesellen

kam, um uns in liebenswürdigster Weise zu beruhigen. Zu diesem Zwecke hatte sich jeder von ihnen einen kräftigen Lederriemen mitgebracht. Am anderen Morgen sahen wir allerlei verbogene Nasen und geschwollene Lippen, auffallend groß war die Zahl der „Äuglein blau, der Äuglein schön“. Mir wollte es scheinen, daß mein linkes Schienbein an Umfang bedeutend zugenommen hatte und einer Palette verflucht ähnlich sah. Ich werde den Gedanken nicht los, daß jener Abend in Burg vielleicht einer der Ausgangspunkte der deutschen Sportbewegung gewesen ist. Wer kann's wissen? Nahezu alle Betätigungsmöglichkeiten auf den verschiedensten Gebieten des modernen Sports waren an jenem Abend praktisch gezeigt worden. Goethe, der zu Übertreibungen neigte, hätte wahrscheinlich (wie nach Valmy) gesagt: von hier und heute geht eine neue Epoche aus — — und ihr könnt sagen, daß ihr dabeigewesen.

* * *

In Berlin blieb ich eine ganze Woche, um dann nach Stettin, Lübeck, Kiel und Hamburg zu wandern. In Lübeck war ich sehr schlecht bei Kasse. Infolgedessen fiel ich auf den Rat eines Kollegen hinein, der mir eine Pferdeschlächterei neben der Herberge zeigte und den Geschmack guter Roßwurst in den verlockendsten Farben schilderte. Nach längerem Zögern riskierte ich den letzten Groschen. Es kam dann aber ein solcher Abscheu in mir auf, daß ich nicht imstande war, auch nur einen Bissen von der Wurst zu essen. Meinem Kollegen schmeckte sie ausgezeichnet. Auf meinen Wanderungen im Norden Deutschlands war ich auch einmal Gast beim Fürsten Bismarck.

BEI BISMARCK ZU TISCH

Bismarck als Gastgeber ist schon oft geschildert worden. Hat doch so ziemlich jeder, der einmal „bei Bismarcks“ ein Glas Wein getrunken oder eine Zigarre geraucht hat, ein Buch darüber geschrieben. Wenn ich auch einen Beitrag zur Erinnerung an den berühmten Staatsmann beisteuere, so mögen die immerhin etwas eigenartigen Umstände, unter denen ich Tischgast des Fürsten Bismarck gewesen bin, die vielleicht an sich überflüssige Bereicherung einer ohnehin schon überreichen Memoirenliteratur einigermaßen entschuldigen.

Also: es war im Vorfrühling 1884 auf der Wanderschaft. Mir lacht auch heute noch das Herz im Leibe vor Vergnügen, wenn ich daran denke. Jung und lebensfroh und die ganze Welt offen! Hatte ich doch ermittelt, daß ich durchschnittlich 15 Groschen tägliche Einnahmen so gut wie gewiß hatte. Eine Mark gab es regelrechtes Reisegeld von der Organisation. Eine weitere halbe Mark bekam man damals mit Leichtigkeit noch nebenher, wenn man in den Druckereien „Gott grüß die Kunst“ sagte. Ab und zu gab es noch einige Briefmarken aus der Heimat, warum hätte ich da nicht froh und guter Dinge sein sollen!

Mitunter freilich ging es doch knapp her. Ich will's nicht verschweigen, nämlich dann, wenn wir in den größeren Städten nach Empfang der Gelder ein wenig über unsere Verhältnisse gelebt hatten.

Ich hatte zwei Reisekameraden, die sich auch dann zu helfen wußten: sie gingen einfach fechten. Das lag mir nicht, und ich habe es auch nie gelernt. Ein einziger Versuch scheiterte.

Der März 1884 bescherte uns eine Anzahl wunderbarer Vorfrühlingstage. Unsere „Berliner“ hatten wir in den Chausseegraben geworfen und schmauchten

unsere Pfeifchen. Wir debattierten lebhaft über hundert Dinge, stellten schließlich fest, daß es mit unseren Finanzen geradezu trostlos bestellt sei, und schimpften dann tüchtig auf Bismarck, der nun einmal nach unserer Ansicht an dem meisten Unglück in der Welt schuld war. Wir hatten beim Kaffeetrinken wieder allerlei über diesen Menschen in einer freisinnigen Zeitung gelesen.

„Bismarck! Habt ihr heute morgen nicht gehört, wie der Katzoff (Metzger) erzählt hat, daß es auf dem Bismarckschen Gut hier in der Nähe duftendes Mittagessen für die Kunden gibt! Gehen wir hin!“ So der Schwabe Hönle.

„Ja, ich hab's gehört. Man muß freilich zwei Stunden Umweg machen, wenn man das mitnehmen will. Ich bin aber dafür. Wir haben ja sowieso nichts zu versäumen.“ — So mein Landsmann Stefan.

Ich: „Ihr seid alle beide verrückt. Ich laufe nicht zwei Stunden um eine Suppe. Und dann will ich von Bismarck überhaupt nichts!“

Langer Streit. Schließlich marschieren wir weiter. Unsere Mägen knurrten immer lauter. Ich hatte gehofft, mir noch durch ein Pfeifchen den Appetit zu vertreiben, aber vergebens. Auf einmal standen wir am Scheidewege. Jetzt hieß es entweder geradeaus, dem ferneren Ziel zu oder links ab zu Bismarck, wo die würzigen Suppen dampften. Ich befand mich in einem schweren Gewissenskonflikt, aber die anderen hatten die Mehrheit. Und wenn ich auch noch so laut auf Bismarck und seine Bettelsuppe schimpfte, schließlich unterwarf ich mich gar nicht so ungern dem demokratischen Prinzip des „Mitgefangen — Mitgehangen!“ und ging mit.

Je mehr wir uns dem Gute näherten, desto mehr stieg unser Appetit. Wir suchten uns nun auszumalen,

was es wohl geben würde: Erbsen? Linsen? Bohnen? Und wieviel Speck würde wohl auf jeden kommen? Wir erzählten uns zum soundso vielten Male, was wir in der Heimat am liebsten gegessen hatten, und schwelgten im voraus in allerlei Genüssen, als wir endlich vor dem Gutshof standen. Ein riesiger Köter (ich überlasse es den Bismarck-Philologen zu untersuchen, ob es Tyras war) sprang auf uns zu und bellte fürchterlich. Aber wir hatten schon unsere Erfahrungen gemacht und wußten: „Hunde, die so bellen, beißen nicht.“

Ein Knecht wies uns, ohne ein Wort zu sagen, nach einer Tür. Wir klopfen an und traten dann ohne weiteres in eine riesige Küche ein. Eine mittelalterliche Köchin mit ein paar Armen, die mir ungeheuren Respekt einflößten, wies uns eine Bank an, auf der wir Platz nehmen sollten. Unsere „Berliner“ legten wir auf den Fußboden.

Es gab Erbsen. Darüber konnte nun kein Zweifel mehr bestehen. Dafür hatten wir alle drei erprobte Nasen. Das Wasser lief mir im Munde zusammen in Vorausahnung dessen, was nun kommen sollte. Mit wachsender Spannung sahen wir den Hantierungen der Köchin zu. Sie nahm ein großes Stück gekochten Speck, zerschnitt ihn in kleine Scheiben und warf dann alles in einen Topf von respektablen Dimensionen. Ich kam mir vor, wie in einem Märchen. Was war das für ein Glück, wenn jeder einen solchen Topf voll kriegte. Mein Magen stimmte mir beifällig knurrend zu.

Es sollte anders kommen. Die Köksch schob mit den Füßen ein dreibeiniges Gestell in die Mitte der Küche, stellte den Topf darauf und gab dann jedem von uns einen Löffel. Also so!? Wir sollten zu dritt aus demselben Topf essen! Das war mir nun eigent-

lich in meiner Praxis noch nicht vorgekommen. Aber alle aufsteigenden Bedenken knurrte mein Magen energisch nieder. Ich tauchte den Löffel in den Pott und labte mich. Ah, wie das schmeckte. Erbsen und Speck nach dreistündigem Marsch an einem frischen Märztage und dabei achtzehn Jahre alt! Ich sah auf meine Kameraden und bemerkte mit Vergnügen, daß es ihnen nicht minder schmeckte.

Da aber — zwischen Lipp und Löffelrand kam das Verhängnis. Während ich den Löffel wieder zum Munde führte, warf ich einen Blick auf Hönle und es war mir plötzlich, als hätte ich einen haarigen Kartoffelkloß im Halse stecken. Hönles Nase hatte sich in eine Tropfsteinhöhle verwandelt. Ich stieß verzweifelt Stefan an, der sofort die Maulsperrre kriegte, und wirklich, wir sahen nun, wie ein Tropfen fiel — mitten in die schönen Erbsen —!

Mit dem Tropfen fielen auch unsere Löffel in den Topf, und mit den Löffeln fielen Worte wie: „Schuft! — Schwein! — Zwei Stunden Umweg! — Alles vorbei! — Hunger! — Dreckiger Kerl! —“

Als Stefan auch zu Handgreiflichkeiten überging, hatte die Köchin wohl kein weiteres Interesse an der Entwicklung der Begebenheit. Sie riß die Tür auf und schrie nach einem gewissen Krischan. Da uns an neuen Bekanntschaften in Bismarcks Hause nichts gelegen war, nahmen wir unsere Berliner und zogen ab.

Die Abrechnung mit dem Tropfnasenkunden war zwar grausam, aber gründlich. Ich hätte nie geglaubt, daß einige Löffel Erbsen sich sofort in solche Gewandtheit und Kraft umsetzen könnten. Natürlich haben wir uns von dem ungebildeten Menschen sofort getrennt. Der Plebejer paßte nicht in unsere feine Gesellschaft.

Bei Bismarck habe ich dann nie wieder gespeist. „Grundsätzlich nicht.“

ICH LERNE MEINE FRAU KENNEN

Nach etwa sieben Wochen langer Wanderung fand ich Arbeit in Hamburg und zwar am Rödingsmarkt, den damals noch ein Fleet weniger durchflutete als durchstänkerte. Nach mehrmonatlicher Arbeit war ich in Kollegenkreisen sehr bekannt geworden. In die Parteikorpora zu kommen gelang mir nicht, obwohl ich die besten Absichten hatte. Die alten Hamburger Parteivertrauensleute waren, mit Recht, sehr vorsichtig. Einen so jungen fremden Dachs die Nase in die Geheimnisse der nordischen Wasserkante stecken zu lassen, hatten sie gar keinen Anlaß. Nahezu unbelastet mit irgendwelchen organisatorischen Verpflichtungen, frei nach jeder Richtung hin, war ich unter fröhlichen Kollegen und Genossen einer der fröhlichsten. Da, eines Tages, verkrachte die Druckerei, in der ich beschäftigt war, so daß ich mit vielen anderen auf die Straße flog. Das Glück war mir aber hold, denn es wurde in Kiel ein Setzer gesucht. Ich reiste nach dort, um in der Nähe Hamburgs zu bleiben. In Kiel hatte ich denn auch nur wenige Wochen gearbeitet, als mich Hamburger Freunde aufforderten, zurückzukommen, es gebe „Kunst“. Natürlich besann ich mich keine Stunde lang und fuhr Hals über Kopf sofort nach Hamburg zurück. Mit mehreren der bekanntesten Kollegen arbeitete ich in Uhlenhorst in einer ganz modern eingerichteten Druckerei. Nach wenigen Monaten lagen wir aber alle wieder draußen, denn die Arbeit, für die man uns engagiert hatte, ein sogenannter Schnellschuß, war fertig.

Ich habe übrigens auf der Wanderschaft einen ganz richtigen Roman mit allem Drum und Dran erlebt. Ein triftiger Grund, darüber zu schweigen, liegt

nicht vor, und da ich auch keine Ursache habe, besser erscheinen zu wollen als ich bin oder war, will ich den Roman erzählen.

* * *

Ich war also in Hamburg wieder arbeitslos geworden. Sollte ich dort liegenbleiben oder wieder in die Welt ziehen? Ich besann mich nicht lange, schnürte mein Ränzel und — fort muß er wieder, muß weiter ziehn! Es war März geworden, die Sonne meinte es schon recht gut, die Stiefel waren in heilem Zustand, die Kleidung in Ordnung. Was wollte ich mehr!

Wenige Tage später lagen wir auf einem kleinen Hügel in der Nähe von Brunsbüttel, dort, wo jetzt der Nordostsee-Kanal Kuxhaven gegenüber in die Elbe mündet. Unsere Stimmung war famos. Kein Wunder übrigens. Mein Reisegefährte, der lustige Katzoff, hatte die Taschen voll Wurst, und ich, stolz wie ein Spanier in der sauberen Kluft, hatte noch diverse Mark von der letzten Zahlung her. In jeder größeren Stadt, die ich besuchte, leistete ich mir einen „Bielefelder“ — einen Papierkragen. Immer nobel!

Dazu heller Sonnenschein. Waren das nicht Gründe genug, zwei gesunde junge Burschen, denen die Lebenslust aus den Augen blitzte, übermütig zu machen?

Hei, wie schmetterten wir unsere schönsten Lieder in die würzige Frühlingsluft! Dann wurde ein Pfeifchen angebrannt. Und nun setzte mir mein Reisekollege haarscharf auseinander, daß wir ein wahres Götterleben führen könnten, wenn ich die verdammte „Linkmichelei“ überwinden und das Fechten erlernen wollte. Er hole mit Leichtigkeit Wurst und Speck bei seinen Meistern, ich sollte das Brot beschaffen und mittags auch mein Essen fechten, damit wir das

ganze Bargeld zum Verjubeln hätten. Die Abstinenzler mögen mir verzeihen: damals hatte der Vorschlag etwas sehr Verlockendes für mich.

Raffiniert war der Katzoff zu Werke gegangen. Er hatte durchblicken lassen, daß er mich für einen Angstmeier halten müsse, wenn ich nicht fechten gehe. Und das ertrug ich nicht. „Noch heute wird gefochten!“

Je näher wir dem sauberen Städtchen Marne kamen, um so heftiger pochte mir aber das Herz und ich bemerkte wohl, wie mich der Katzoff immer von der Seite beobachtete. Ich biß die Zähne aufeinander und redete mir im stillen Mut zu: jawohl, du gehst fechten, du mußt fechten; das ist gar keine Hexerei, du gehst unter allen Umständen fechten. — —

Und nun stand ich vor der Tür eines kleinen Schreibwarenladens. Ich zitterte an allen Gliedern. Ach du lieber Gott — und nun hatte ich wirklich die Türklinke in der Hand — und nun ging die Tür auf — und es klingelte — und mir kam es vor, als ob mein ganzes Knochengerüst mit geklingelt hätte. Ach wäre ich wieder draußen, dieses schreckliche Schamgefühl — —!

Verzweifelt drehte ich den Filzhut in den Händen. Ich blieb an der Tür stehen und brachte kein Wort über die Lippen. Und dann reichte mir ein kleines vertrocknetes Männchen, ebenfalls ohne ein Wort zu sagen, ein Geldstück.

„Ich danke“ — wie es über meine Lippen kam, ich weiß es nicht. Dann war ich wieder draußen, und es war mir, als sei ich betrunken. Ich steckte das Fünfpfennigstück in die Westentasche, um es aufzubewahren zum ewigen Andenken.

„Na, man tau!“ rief mir da mein Reisekamerad zu, der auf der anderen Seite aus einem Hause heraus-

kam, um sofort in dem anderen zu verschwinden. Er klopfte nach allen Regeln der Kunst seine Straßenseite ab.

So schlimm war ja mein erster Fechtgang schließlich nicht gewesen. Und der Ertrag war eigentlich auch nicht schlecht. Aber in das nächste, nebenan gelegene Haus getraute ich mich doch nicht, ich ging also etwa hundert Schritte weiter und jedesmal, wenn ich hörte, wie dort die Klingel ging, wo mein Katzoff sich als armer Handwerksbursche vorstellte, war es mir, als erhielte ich einen Rippenstoß mit der Mahnung: mach's ihm nach, was ist denn dabei!

Ich rang und rang mit mir. Noch einmal wollte ich es versuchen. Einmal ist keinmal, aber zweimal ist für den Anfang und für den ersten Tag genug, so philosophierte ich.

Vor einem größeren Eckhause machte ich halt. Der flackernde Lichtschein, der durch die Scheiben oberhalb der Haustüre zu beobachten war, zeigte deutlich, daß der Korridor gerade beleuchtet werden sollte. Ich trat näher und drückte auf die Türklinke, die Glocke spektakelte und — drin war ich. Ach, hätte ich nur tausend Klafter tief in die Erde sinken können! Ich fühle heute noch, wie mir damals die Schamröte ins Gesicht und das Blut bis in die Haarwurzeln stieg — —. Vor mir sah ich ungefähr ein Dutzend junger, blitzblanker und hübscher Mädchen mit geröteten Wangen und strahlenden Augen: Schneiderinnen!

Zwei standen auf Tischen, um die großen Petroleum-Hängelampen anzuzünden. Aber noch bevor ich zu mir selber kommen konnte, war die mir zunächststehende Laternen-Anzünderin vom Tisch herunter gerade vor mich gesprungen. Unter großer Heiterkeit

der ganzen Gesellschaft machte sie eine ulkige Verbeugung und sagte zu mir:

„Erschrecken Sie nicht, Herr Direktor, was steht zu Diensten?“

Natürlich war alles, was ich hier berichte, das Werk eines Augenblickes. Ich weiß nicht, wie es kam, aber wenn ich im ersten Augenblick, als ich die jungen Mädchen sah, wirklich hätte versinken mögen — ich kam doch als Fechtbruder! — jetzt, nachdem die Schwarze den famosen Knicks vor mir gemacht hatte, steckte mich die Lustigkeit der Heldinnen von der Nadel an und ganz frei kam es heraus: „Entschuldigen Sie, mein liebes Fräulein, ich bin ein armer Handwerksbursche. — —“

Nun ging ein Höllenspektakel los. Als wenn das so sein müßte, oder als ob es sorgsam einstudiert wäre, stellten sich die Mädchen unter fröhlichem Gelächter im Kreis um die junge schwarze Hexe auf. Diese hatte einen Schürhaken genommen, klopfte damit an den Henkel eines Bügeleisens und zählte eins, zwei, drei!

Und nun sang die Rotte Kohra:

Ein Sträußchen am Hute,
Den Stab in der Hand . . .

Die übermütige Gesellschaft brachte mir also ein richtiges Ständchen, und die ganze Aufmachung hatte mich derart amüsiert, daß ich dem gebieterischen Winken der dirigierenden Hexe Folge leistete und den zweiten Vers kräftig mitsang. Dann wurde mir reichlich aufgetragen, Butter, Brot und Käse. Auch ein Grog wurde mir schnell gebraut. Und dann ging eine amüsante Plauderei los. Woher? Wohin? Haben Sie auch einen Schatz?

Und weiter erzählte mir die Schwarze, daß die „Olsch“ zum Kaffeeklatsch sei, und daß dann jedes-

mal sie, „die Verständigste und Gesetzteste“ die Aufsicht zu führen hätte. Bei dieser Erzählung wollten sich die anderen halbtot lachen. Diese kreuzfidele Hexe die „vernünftigste und gesetzteste“ — das schien mir allerdings auch zum Lachen. Da war im wahren Sinne des Wortes der Bock zum Gärtner gemacht worden.

Die Schwarze, — sie wurde Hanne genannt — drückte mir schließlich einige Groschen, die sie gesammelt hatte, in die Hand. Ich dankte und machte eine möglichst elegante Verbeugung. „Kommen Sie bald wieder!“ sagte mir meine Wohltäterin zum Abschied. „Das Glück wird mir kaum beschieden sein“, antwortete ich.

Es war mir ganz eigenartig zumute, als ich wieder auf der Straße war. Das Walzen kam mir weniger schön vor. Unter allen Umständen wollte ich die Walze so bald als möglich beenden. Irgendwo mußte es glücken, Arbeit zu bekommen. Es glückte wirklich: durch Inserate wurden Setzer in Hamburg gesucht. Merkwürdig, daß ich so häufig an Marne dachte. Es kam der Hochsommer und mit ihm die Kündigungen dutzendweise. Wieder arbeitslos! Peter Löhde, der Herbergsvater auf den Kohlhöfen, hatte mich in sein Herz geschlossen. Auf sein Zureden blieb ich, er wollte kreditieren, bis sich neue Arbeitsgelegenheit fände. Ich blieb eine, zwei und schließlich drei Wochen. Und da wurde ich aus Hamburg hinausgeknobelt.

Wir saßen ziemlich mißmutig bei Löhde am runden Tisch und bliesen Trübsal nach Noten. Wohl ein Dutzend kunstloser Typenfänger. Es war an einem Freitag nachmittag. Da trat Peter mit einem fremden Herrn zu uns und machte uns die Mitteilung, daß der Buchdruckereibesitzer Altmüller aus Marne nicht nur

ein paar Runden spendieren, sondern auch einen von uns engagieren wollte! Na, das wirkte wie ein — Blitz aus heiterem Himmel.

Die Runden waren bald getrunken, jedenfalls war die Rundenfrage viel schneller erledigt als die Engagementsfrage. Einige ältere lehnten es ab, Hamburg zu verlassen. Von den jüngeren waren verschiedene bereit zu gehen, aber keiner wollte dem anderen vorgehen.

„Ausknobeln!“ Dieser Vorschlag Peters war akzeptabel. Ausknobeln! Und ich war Sieger. Ich warf die höchste Hausnummer.

Am Sonntag sollte ich nach Marne kommen. Ich erhielt einen Vorschuß, von dem ich auch die Reisekosten bestreiten sollte. Natürlich begannen wir sofort Abschied zu feiern. Wir feierten Freitags und wir feierten Samstags weiter. Und als ich am Sonntag früh mit neuem Schuß vom braven Peter nach Marne fuhr, da quälten mich nicht nur Fragen, wie die: Wirst du sie wiedersehen? sondern auch ganz verfluchte Kopfschmerzen.

In Marne sollte eine provinzielle Gewerbe- und Industrie-Ausstellung stattfinden. Gerade deshalb wurde noch ein Gehilfe gebraucht. Wir hatten stramm zu tun und mußten notgedrungen Überstunden machen. Da wir bei unserem Herrn und Meister in Kost und Logis waren, kamen wir in der Mittagsstunde kaum einmal vor die Tür. Abends, wenn wir das Haus verließen, war es bereits ziemlich dunkel. Ich sah nichts von der schwarzen Schneiderin und war auch nicht in der Lage, mit Bestimmtheit zu sagen: In diesem Hause hast du gefochten, gegessen und gesungen. So vergingen an die vierzehn Tage.

Die Ausstellung wurde an einem Sonntag Mittag feierlich eröffnet. Wir durften selbstverständlich bei

solch einem wichtigen Ereignis nicht fehlen. Am Arme eines lieben Kollegen, der schon mehrere Jahre in Marne tätig war, — er stammte aus dem gottbegnadeten Schwiebus und hieß Gustav —, durchwanderte ich Raum für Raum. Gustav war bekannt wie eine bunte Kuh, mich kannte niemand, um so mehr guckten die Kleinstädter nach dem fremden langen Kerl.

Da — mein Führer schaute mich verwundert genug an, als ich plötzlich heftig zusammenzuckte — kein Zweifel! Das war sie. An der Wand hing als gewichtiges Reklamestück eines Photographen das lebensgroße Brustbild eines jungen Mädchens im Zigeunerkostüm. Das mußte sie sein. Genau so hatte sie mich angeschaut, damals, als ich sie anbettelte . . .

Du, Gustav, wer ist das?

Die Zigeunerin? Das ist Hanne Dibbern, die kenne ich. Oh, das ist ne fidele Kruke!

Na, fidele Kruke, das schien mir gerade keine sonderlich passende Bezeichnung. Aber daß sie fidel war, bestätigte mir von neuem das Zigeunerbild, ebenso, daß sie ganz verteufelt schwarze Haare und ebensolche Augen hatte.

Gustav versprach, so bald als möglich mit dem Mädchel eine Begegnung herbeizuführen. Schon am kommenden Abend würde das möglich sein. Zu dem Gartenkonzert, das anlässlich der Ausstellung stattfinden sollte, könne er das Fräulein in unauffälliger Weise einladen. Das sei um so leichter, weil er ihren Vater gut kenne.

Wie das nun so zu gehen pflegte in den achtziger Jahren: hier ein Glas Grog, da ein Glas Grog, und zwischendurch ein Glas Bier. Na, wir hatten am selben Abend gegen 10 Uhr zwei gediegene Affen durch Marne zu führen. Und mit etwa einem halben Dutzend an-

gesehener Bürgerssöhnen stand ich um 11 Uhr schon auf dem Duzfuße. Es gefiel mir großartig in Marne. Leider verlor ich später meinen Freund Gustav oder er verlor mich, genau ist das niemals festzustellen gewesen, und nun fand ich mich nicht ohne weiteres heim. Ich kam in eine schmale Verbindungsstraße, in der nur wenige Häuser standen, und hier begegnete mir ein kreuzfideler Kupferschmied, der mit steinerweichender Stimme sang: O Susanna, wie bist du doch so schön! Er nannte mich Bruderherz und fiel mir um den Hals. Er war ganz erstaunt, einen Menschen zu treffen, den er noch nicht kannte. Ich mußte mich mit ihm auf die Stufen vor dem Hause eines Barbiers niedersetzen. Und dann erzählte er und sang zwischendurch immer wieder: O Susanna, wie bist du doch so schön. Marne sei ein herrliches Nest, hier wohnten wirklich lustige Leute und er gehe keinen Abend zu Bett, er habe denn einen tollen Streich ausgeführt. Er sei ganz unglücklich, weil er nicht wisse, was er in dieser Nacht noch anstellen solle.

Na, das war sicher der, der mir an jenem Abend noch gefehlt hatte. Ach, und das Unglück kam so schnell. Hinter den Staketen auf der anderen Seite der Straße lachten uns zwei weiße Töpfchen entgegen, von denen man nie spricht, die man aber in allen Schlafstuben findet. Sie hingen an großen hölzernen Pflöcken. Und über uns klapperten die goldigglänzenden Becken des Barbiers. Das war eine Idee: die Töpfe an die Becken binden! Aber war das auch wirklich lustig genug? Wir hielten Kriegsrat. Und da knarrte das Eisenschild zweier alter Jungfern, die unserem Sitzplatz schräg gegenüber eine Damenschneiderei betrieben. Auf dem Schild, das der Wind zur Seite geweht hatte, konnten wir deutlich lesen: „Modewarenhandlung“. Nun waren wir vollkommen

einig. Geteilter Schmerz ist halber Schmerz, geteilte Freude ist doppelte Freude. Der Kupferschmied sollte den alten Jungfern und ich dem Putzbüttel je eines der schönen weißen Töpfchen an die Reklameschilder binden . . .

Mit Zuhilfenahme unserer Spazierstöcke hatten wir die zierlichen Erzeugnisse der Porzellanmanufaktur bald in unserem Besitz. Mit wahrer Todesverachtung begannen wir unser Kletterwerk. Der Kupferschmied bestieg die Staketenwand, ich mußte auf eine große Regentonne klettern, wie sie im Norden unter jeder Dachtraufe stehen, damit sich die Frauen ihr Waschwasser sammeln können. Ich band gerade den Knoten meines Taschentuches, da ich ein anderes Bindemittel nicht hatte, fest, als mein neuer Freund, wohl als Zeichen, daß er sein Kunstwerk glücklich vollendet habe, wieder zu singen begann: O Susanna. In unserem Eifer, ein wichtiges und gutes Werk zu tun, hatten wir nicht bemerkt, daß zwei gefährliche Menschen leise heranschlichen: einer der beiden Schutzmäner des Ortes und ein Nachtwächter. Und sie müssen uns wohl beide zu gleicher Zeit an die Beine geklopft haben, denn wie aus einem Munde erklangen unsere Schreckensrufe: Oha — ooh! —

Mit einer Gewandtheit, die ich ihm niemals zugetraut hätte, sprang mein Associé von dem Staketenzaun und lief auf und davon, der alte klapprige Nachtwächter hinter ihm her.

Ich konnte nicht auskneifen. Der Putz hielt mich krampfhaft an den Hosen fest und bei jeder heftigen Bewegung hätte ich in die Regentonne fallen können. Ich blieb also auf der Tonne stehen und hielt mich an der Dachrinne fest.

„Was machen Sie denn da oben?“

„Ich wollte nur mal sehen, wie sich so'n Topp zwischen den Barbierbecken macht.“

„So, na kommen Sie mal runter, ich will mal sehen, wie Sie sich zwischen uns beiden machen.“

Der alte Nachtrat kam nämlich gerade unverrichteter Sache pustend und hustend zurück; der Kupferschmied war ihm durch die Lappen gegangen. Ich machte gar keine Anstalten, von der Tonne herunterzukommen.

„Na, wird's bald? Kommen Sie jetzt bald herunter?“

„Nee, mir gefällt's ganz gut hier oben. Was wollen Sie denn eigentlich von mir?“

„Ich will Ihre Personalien feststellen, weiter nichts, wenn Sie jetzt vernünftig sind und herunterkommen.“

Na, das ließ sich ja hören, und ich kletterte herunter.

„Sie heißen?“

„Philipp Sowieso.“

„Was sind Sie?“

„Künstler.“

„Ach machen Sie keine faulen Witze, in Marne gibt's keine Künstler.“

„Ich muß aber doch sehr bitten, Herr Wachtmeister, ich bin Typograph.“

„Na ja! Wenn ich's mir nicht gedacht habe; wieder ein Buchdrucker von Altmüller. Sie wohnen auch dort?“

„Jawohl.“

„Wie heißt denn Ihr Kollege, der ausgekniffen ist?“

„Den kenn ich nicht.“

„Das ist doch fauler Zauber.“

„Herr Wachtmeister, mein großes Ehrenwort, ich habe den jungen Mann erst heute abend kennengelernt. Wie er heißt, weiß ich wirklich nicht.“

„Und dann machen Sie gleich solche Streiche mit einem Menschen, dessen Namen Sie nicht einmal kennen?“

„Aber Herr Wachtmeister, das kommt doch bei solchen Unternehmungen nur auf die Talente an und nicht auf die Namen!“

„Na, gehen Sie mal heim, wir werden Ihren Geschäftsfreund schon ausfindig machen.“

JUNGE LIEBE

Zu dem Konzert am Montag abend kam die schwarze Jungfrau nicht. Sie kam nicht, trotzdem sie mein Freund Gustav durch die Siebzehnjährige unseres nächsten Nachbarn ausdrücklich hatte einladen lassen. Und wie raffiniert hatte Gustav eingeladen. Ein junger netter Herr sei anwesend, den Fräulein Hanne von einer sehr lustigen Begegnung her kenne. Der betreffende Herr brenne darauf, das Fräulein wiederzusehen. Und dann hatte er der Zwischenträgerin noch versichert, was ich für ein lebenswürdiger Mensch sei, usw.

Neugierig hatte das kleine blonde Fräulein noch einmal bei uns in das Fenster gelugt, um zu sehen, ob ich wirklich ein netter Mensch sei. Und sie muß zufrieden gewesen sein. Spornstreichs war sie hinweggeeilt, der um ein Jahr älteren Freundin die Einladung zu überbringen.

Sie traf Hanne und deren Vater zu Hause.

„Du Hanne, ich soll dich einladen zum Konzert für heute abend.“

„Wer läßt mich einladen?“

„Gustav Wabersky.“

„Waaas? Wie kommt Gustav dazu, mich einzuladen?“

„Ja, weißt du, er lädt dich gewissermaßen nur im Namen eines anderen ein.“

„Eines anderen? Was soll das bedeuten? Wer ist der andere?“

„Ja, das soll ich nicht sagen; du sollst überrascht werden. Es handelt sich um einen jungen Mann, dem du schon begegnet sein sollst, und zwar unter ganz absonderlichen Umständen.“

Nun merkte der Alte, Hannes Vater, der in seiner Polizeiuniform an einem Tisch saß und schrieb, auch auf: „Was ist das für eine merkwürdige Einladung?“

„Oh, Herr Dibbern, es handelt sich wirklich um einen sehr anständigen Herrn, ich habe ihn gesehen“, versicherte jetzt das kleine Botenfräulein. „Es handelt sich um einen Freund Waberskys, und Gustav kennen Sie doch.“

„Ach was, ich will wissen, wer meine Tochter zum Konzert einlädt. Also: wie heißt der nette junge Mann?“

„Herr Sowieso.“

„Wa-wa-was? Wie — heißt der Kerl? Bei Altmüller?“ fuhr der Putz auf.

„Ja, ganz recht.“

„Aber den kenne ich doch gar nicht“, warf Hanne dazwischen.

„Oh, es handelt sich wirklich um einen „netten jungen Mann“,“ erklärte jetzt der Alte und setzte die ganz offizielle Polizeiuniform auf. „Du wirst den netten, anständigen, jungen Menschen allerdings schwerlich kennen; aber ich kenne ihn. Ich habe ihn diese Nacht so zwischen ein und zwei Uhr auf dem Stein-damm kennengelernt, den „netten jungen Mann“. So ein frecher Kerl! Wie kann sich der unterstehen! Es

ist selbstverständlich, daß du nicht zu dem Konzert gehst! Dem werde ich die Meinung sagen, sobald ich ihm begegne.“

* * *

Wir spazierten im Konzertgarten umher und schauten uns die Augen aus. Sie war nirgends zu entdecken. Da klopfte plötzlich ein Polizeimensch, der mir merkwürdig bekannt vorkam, meinem Freund Gustav auf die Schulter und sagte:

„Meine Tochter verbittet sich die Einladungen von gewissen „netten“ — das „netten“ betonte er in ganz auffälliger Weise — von gewissen netten jungen Herren.“

Damit verschwand der grimmige Schnauzbart. Gustav war baff.

„Was will denn der Putz“, fragte ich.

„Was der will, das war doch Hannes Vater!“

„Mensch, bist du verrückt? Das war —?“

„Das war Hannes Vater.“

„Ach du lieber Gott, dann ist alles aus. Dieser Putz hat mich ja diese Nacht arretieren wollen. —“

„Arretieren? Warum?“

Nun erzählte ich Gustav den Zusammenhang, so weit ich ihn selbst noch kannte. Er schüttelte sich vor Lachen.

„Das vergißt dir der Alte nie. Aber bei seiner Tochter schadet dir das nichts, die macht selber tolle Streiche, wo und wann sich Gelegenheit bietet.“

Wir sahen uns zuerst an einem Sonntagnachmittag. Gustav hatte die Begegnung mit feiner Diplomatie arrangiert. Wir trafen uns außerhalb des Städtchens, in der Nähe des Wohnhäuschens des Putz, das in einem hübschen Gärtchen stand. Und ich hätte laut

aufjubeln mögen! Sie erkannte mich auf den ersten Blick wieder. Und sie freute sich!

Wir sahen uns dann häufiger. Und an einem schönen Oktobertag spazierten wir hinaus nach Neufeld, einem kleinen Hafenort, mit einer Rettungsstation für Schiffbrüchige. Sie zeigte und erklärte mir die ganze Einrichtung. Auf einer kleinen Erhöhung, etwa 30 Meter vom Ufer entfernt, stand ein kleines Häuschen, aus dem heraus Schienen direkt in das Wasser führen. Im Häuschen selbst steht auf den Schienen das ausgerüstete Boot, bereit zur Ausfahrt, um in Seenot befindlichen Menschen zu helfen.

Das Mädchen in der schwarzen Sammettaille sprach sachverständig, wie ein alter Seemann. In mir kochte und brodelte es, wie die Flut, die dem Hafen zu unseren Füßen geräuschvoll ungeheure Wassermassen zuführte. Aber gerade heute schien mir der Mund den Dienst aufgesagt zu haben. Wir gingen schweigend den Deich entlang, der die Uferanwohner vor dem ungeberdigen Element schützt.

Es war ein wunderbar schöner Herbsttag. Die Luft war so klar, daß wir weit drüben über dem hier unendlich scheinenden Wasserspiegel Kuxhaven erkennen konnten.

Wie ein riesiges Spielzeug, dem der richtige Antrieb fehlt, schlich mit der Flut ein stolzer Segler langsam der Elbe zu. Und noch weiter drüben sahen wir zwei Dampfer der Nordsee zustreben.

Schweigend setzten wir uns nieder. Eine feierliche Stimmung war über uns gekommen. Ich nahm ihre Hand in die meine. Dann gab es eine lange Pause. —

„Fräulein Hanne, Sie haben mir die Rettungsstation so genau beschrieben, es war die erste, die ich gesehen habe . . . Das heißt die erste dieser Art. Eine andere habe ich doch schon gesehen.“

Sie blickte mich fragend an.

„Wissen Sie noch, wie ich zu Ihnen auf den Hausflur kam als Handwerksbursche?“

„Ob ich's noch weiß!“ antwortete sie mit vergnügtem Lachen.

„Ja, sehen Sie, Hanne, dieser Hausflur war für mich auch eine Rettungsstation. Ihre Freundinnen gehörten zur Besatzung und Sie waren die Führerin.“

„Der Vergleich hinkt.“

„Mag er hinken! Merken Sie nicht, wohin ich will? Im Rettungsboot kann man nicht immer bleiben, man muß auch an den Hafen denken! Ach, ersparen Sie mir das Reden, gerade heute will es nicht gehen. —“

Sie war schnell aufgesprungen und wandte sich ein wenig zur Seite, so daß es mir zuerst schien, als wollte sie davonlaufen. Aber sie blieb und drehte ihren großen Strohhut in den Händen, genau so, wie ich meinen Filzhut bei dem Fechtversuch auf dem Ausgang dereinst gedreht hatte.

Ich nahm wieder ihre Hand, die sie mir ohne Sträuben überließ.

„Sind Sie mir böse?“

„Nein.“

Wir waren glücklich. Je näher wir wieder nach Marne kamen, um so mehr schlug uns freilich das Gewissen. Was würde der Alte sagen? Der durfte zunächst nichts wissen von unserer jungen Liebe.

„Vater vergißt dir den Streich in der Nacht auf dem Steindamm nicht. Der hat schon damals, nachdem Betty, die die Einladung zum Konzert brachte, fortgegangen war, gesagt: ein Mensch, der solche Streiche macht, sei zu allem fähig.“

Uns schauderte die Haut wegen meiner Schlechtigkeit. Zum Trost gaben wir uns einen Kuß, vielleicht waren es auch zwei oder noch mehr.

Da ich zwar allerlei aus meinem Leben erzählen will, aber doch keine Liebesromane zu schreiben gedachte, will ich das Marner Kapitel hiermit schließen. Ich verließ den Ort bald und gab das Wanderleben auf. Ich dachte mehr an die Zukunft und war entschlossen, mir doch in absehbarer Zeit eine Existenz zu gründen, damit ich mit dem fröhlichen Mädels aus Marne eine Familie gründen könne. Der Alte wurde schließlich — ich greife hier den Ereignissen um mehrere Jahre voraus — versöhnt. Nachdem ich in Marburg eine nach menschlichem Ermessen dauernde Stellung gefunden hatte, wurden die Hochzeitspläne gemacht.

Genossen meiner Marner Jugendlust waren außer dem genannten Gustav Wabersky aus Schwiebus, der später Jahrzehnte lang am Hamburger „Echo“ Redakteur gewesen ist, noch Fritz Lesche, mit dem zusammen ich später jahrelang im Reichstage tätig war. Wir drei waren gut aufeinander abgestimmt in unseren Jugendjahren. Schließlich ist keiner von uns zugrunde gegangen, obwohl es damals eine Abstinenzbewegung noch nicht gegeben hat, durch die wir auf den richtigen Weg hätten aufmerksam gemacht werden können.

In die Heimat mußte ich schließlich der militärischen Ausmusterung wegen zurück, denn nur in der Heimat hatte ich Aussicht, auf Reklamation meiner Mutter freizukommen. Gleich bei der ersten Musterung wurde ich zur Garde-Infanterie nach Berlin ausgehoben. Nun war guter Rat teuer, aber es gelang wirklich, mich, als den alleinigen Ernährer meiner Mutter, freizubekommen.

DIE PARTEIPRESSE IN DEN KINDERJAHREN

Als in Kassel der Versuch gemacht wurde, trotz Sozialistengesetz und trotz unserer erbarmungswürdigen Armut ein sozialdemokratisches Blatt herauszugeben, war ich natürlich vom ersten Tage an dabei. Das war 1886. Die Drucker waren zwei Kollegen namens Eckert und Niehus. Als „Offizin“ wurde ein Konditoreiladen gemietet, Ecke Weißer Hof und Artilleriestraße. Durch eine spanische Wand wurde das „Etablissement“ in zwei Teile geteilt: die Setzerei und die Druckerei. Vor der Papierwand stand ein Ladentisch. Die „Redaktionsräume“ wurden dadurch hergestellt, daß ein Pappdeckel auf einen Setzkasten gelegt, die Schere aus der Schublade des Ladentisches und ein Kleistertopf von der Druckmaschine genommen wurde. Das Falzen der Zeitungen, sowie die gesamte Expedition wurde auf dem Ladentisch erledigt, an dem wir auch frühstückten. Die Druckmaschine, die wir abwechselnd mit der Hand drehten, war gepumpt und bald vor jedem brutalen Zugriff Unberechtigter durch die reizende Stempelmarke eines Königlich Preußischen Gerichtsvollziehers geschützt worden. Gegenüber unserer Druckerei, Expedition und Redaktion, also jenseits des Töpfermarkts, hatte Wilhelm Pfannkuch einen Zigarrenladen, von dem er zwar nicht leben konnte, in dem er aber von früh bis spät Auskünfte aller Art geben mußte. Hatte er durch seine Auskünfte den Fragesteller befriedigt, dann war es üblich, daß ihn der gute Freund bis zum nächsten Zahltag um einige Zigarren anpumpte. Diese nächsten Zahltage hat

Pfannkuch nur ausnahmsweise erlebt. Hatte seine Auskunft nicht befriedigt, das heißt, wenn er dem Fragesteller nicht hatte recht geben können, dann machte der Unzufriedene geräuschvolle Reklame für Pfannkuch: seine Auskünfte seien genau so schlecht wie seine Zigarren. In diesem Laden rang Pfannkuch sich hin und wieder einen Artikel für unser Blatt ab.

In der Regel wurden die Artikel für den „Volksfreund“ der „Voss. Zeitung“ entnommen, die auch fast den ganzen übrigen Stoff stellen mußte. Außer der Tante Voß wurde noch die „Frankfurter Zeitung“ gehalten, aus der wir uns die „Originalberichte“ aus dem Reichstage machten. Einige sozialdemokratische Blätter waren uns gratis überwiesen worden, da diese aber ihre „Originalberichte“ zumeist auch den beiden genannten Zeitungen entnommen hatten, kamen sie als Quellen für uns weniger in Betracht. Offiziell war bei uns Heinrich Zappay, der später in Brandenburg gestorben ist, Redakteur. In Wirklichkeit arbeiteten wir alle an der Redaktion mit. Übrigens hielt jeder einzelne von uns sich für viel gescheiter als alle anderen zusammen. Das Blatt glich denn auch häufig genug dem berühmten Arizona Kicker. Einmal gab es in der Redaktion eine ernsthafte Pufferei, die begreiflicherweise sehr schnell in die Setzerei und Druckerei hinüberspielte. Ich hatte vor dem jenseits gelegenen Ausspann-Wirtshaus „Weißer Hof“ eine lustige Szene von meinem Fenster aus beobachtet und darüber gleich einen Lokalartikel gesetzt, ohne ihn zuvor zu Papier zu bringen oder darüber zu reden. Auf einem bäuerlichen Leiterwagen hatte man eine trunkene Bäuerin herbeigefahren, die nun unter großem Hallo der Zuschauer abgeladen wurde. Die Angehörigen der Bäuerin waren ausnahmslos in höchst vergnügter Stimmung, so daß die Szene ungemein lustig war —

ein lebendig gewordenes Bild von Jan Steen. Alles spielte sich, wie gesagt, ohne jede Roheit ab. Als unser Chef diese Notiz in dem fertigen Blatte las, machte er Krach. Ich wurde natürlich gegen diese Tyrannei des Chefredakteurs von den übrigen Kollegen in Schutz genommen, wir ließen uns einige Krüge Bärenkammer-Bier holen und sangen Freiheitslieder. Wir schwuren: Eine Grenze hat Tyrannennmacht!

Abends von 6 bis 12 Uhr feierten wir in der Nachbarschaft Versöhnung. Am nächsten Morgen knobelten wir aus, wer die Redaktion machen mußte, denn unser Chef, so ließ uns seine Frau sagen, müsse sich in der vergangenen Nacht furchtbar erkältet haben, er sei überhaupt nicht munter zu kriegen. Schlimm waren die Tage, an denen weder Abonnementsgeld gebracht wurde, noch ein Inserat kam. Zwar tat uns jeder verstorbene Freund und Abonnent leid, aber, die Wahrheit über alles, jede Todesanzeige brachte doch mindestens 15 Groschen und gerade die gebrauchten wir täglich deshalb so dringend, weil das Papier für die Auflage des Blattes jeden Vormittag in der Papierhandlung von van der Linden & Neubert geholt und bar bezahlt werden mußte. Ein toter Abonnent war uns also in bestimmten Situationen wertvoller als ein lebendiger. Jedenfalls wurde der Schmerz um einen Verstorbenen wesentlich gemildert durch die paar Groschen für die Todesanzeige. So war es denn kein Wunder, daß wir alle die Hälse reckten, sobald die Türe ging, damit wir schnellstens erfuhren, wieviel Kasse gemacht wurde, ob wir selbst schließlich auch einmal ein paar Groschen bekommen könnten.

Nur an einer Stelle hatten wir unbeschränkten Kredit, das war eine Kneipe in der Nähe, die ein ganz vorzügliches Bier verzapfte. Wenn es tagelang kein Geld gab,

dann stellte uns der „Herr Buchdruckereibesitzer“, der brave Genosse Eckert — sein Kompagnon war schon nach vierzehntägigem Bestehen des Unternehmens davongelaufen — Bons aus auf 10 oder 20 Krüge Bier. Ein Krug war gleich 1 Liter, der damals 25 Pfennige kostete. Obgleich der Gastwirt Tag für Tag schwur, daß er nur am Bier, nichts aber an den Speisen verdiene, gab er uns für die Bierbons trotzdem mitunter auch Speisen und Zigarren. Als wir weder 15 Groschen für Papier noch 5 Groschen für Schmieröl, keine Farbe und auch keinen Bierbon-Kredit mehr hatten und nahezu der letzte Abonnent gestorben oder davongegangen war, hielten wir mit Pfannkuch ernste Beratung. Es war die höchste Zeit, daß wir in Ehren und Schönheit starben „als Opfer des Bismarckschen Schandgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Ohne eine Miene zu verziehen griff Pfannkuch in ein Schubfach und zog einen Artikel heraus, der schon in mehreren Städten das sofortige Verbot anderer Parteiblätter herbeigeführt hatte. „Soviel Papier habt ihr hoffentlich noch, daß ihr den Artikel morgen drucken könnt, wenigstens für die Polizei und die Landesbibliothek?“ — „Ja, Makulaturbogen sind genug da.“ 48 Stunden später traten wir alle pünktlich im Volksfreund-Etablissement an, in banger Furcht, daß der Artikel von der hohen Polizei oder der noch höheren Staatsanwaltschaft vielleicht übersehen sein könnte, wir also nicht in Ehren und Schönheit sterben, sondern ganz herkömmlich und schäbig dem Pleitegeier zum Opfer fallen müßten. Da sahen wir über den Platz die Botin kommen, die die „Frankfurter Zeitung“ brachte. Wir atmeten auf, denn die Frankfurter enthielt das Telegramm, demzufolge der „Volksfreund“ in Kassel auf Grund des Gesetzes usw. usw. verboten

worden sei. Gott sei Dank! Unsere Sehnsucht war erfüllt, wir waren wirklich brutal unterdrückt worden! Wir haben das Ereignis gebührend gefeiert und ich darf sagen, daß wir den „Volksfreund“ gründlich beigegesetzt haben.

Weil es damals neben vielen anderen auch ein Gewerbegericht noch nicht gab, meldeten wir sofort bei der zuständigen Stelle im Rathause unsere bevorrechtigten Forderungen an. Da wirklich so gut wie nichts da war, bekamen wir nur wenige Bettelpfennige.

* * *

Vor diesem herrlichen Jahre im sozialdemokratischen „Volksfreund“, dem ich mit Eifer vom ersten bis zum letzten Tage gedient, hatte ich ein Hungerjahr absolvieren müssen in einem nationalliberalen Betrieb, in der ehemals führend und sehr geachtet gewesenen „Hessischen Morgenzeitung“, die lange Jahre von Dr. Friedrich Oetker geleitet worden war. Nach dem sozialdemokratischen Jahr kam ich in die demokratisch-freisinnig redigierte „Kasseler Zeitung“, deren Chefredakteur der Gründer des „Hessenlandes“, Franz Zwenger war. Auch hier ging es nicht besser als in den eben geschilderten Betrieben. Franz Zwenger wurde abgelöst von einem demokratischen Schwaben namens Allgaier, der uns Sozialdemokraten nahestand und mit uns Setzern ab und zu kneipen ging. Eines Tages war der Besitzer des Blattes verschwunden. Wir standen wiederum mittellos auf der Straße.

GLÜCKLICHE JAHRE IN MARBURG

Nach längerer Arbeitslosigkeit stand ich schließlich vor der Wahl: Berlin oder Marburg. Meine Freunde wunderten sich, daß ich Marburg vorzog, meine damalige Entschliebung hat sich aber als wohlüberlegt und richtig erwiesen. Ich stand nunmehr im 24. Lebensjahre und hatte den Ernst des Lebens doch schon etwas kennengelernt. Außerdem war ich auch wirklich nicht nur jugendlich fröhlich gewesen, sondern, ich darf es wohl sagen, auch fleißig. Gehst du nach Berlin, dann bist du ein Sandkorn in der Wüste mehr, gehst du nach dem kleinen Marburg, dann wirst du vor allen Dingen Gelegenheit haben, dich selbst weiterzubilden. Das schien mir doch richtiger zu sein. Dreizehn volle Semester, sechs und ein halbes Jahr lang, habe ich in Marburg gearbeitet. Ich darf sagen, daß diese Jahre die glücklichsten meines Lebens gewesen sind. Hier gründete ich meine Familie, hier lernte ich hochgebildete Freunde, verehrte Lehrer und brave Genossen kennen. Als ich am 3. September 1888 nach Marburg kam, machten mir zunächst die Arbeiten, vor die ich in meinem Berufe gestellt wurde, große Freude. Wirklich künstlerische Akzidenzarbeiten, fast immer in den Farben der studentischen Korporationen, sowie wissenschaftliche Arbeiten in mannigfaltigster Art: Doktordissertationen aller Fakultäten mit teils ungemein schwierigem Satz, so bei den chemischen und mathematischen Arbeiten, dann aber auch bei den Arbeiten der Alt-Philologen: Griechisch, Lateinisch, Hebräisch usw. Was ich nicht konnte, erlernte ich schnell. Als ich schließlich Griechisch, ohne freilich die Sprache selbst zu verstehen, nahezu so flott las, wie Deutsch, machten mir die vielfach unleserlichen Schriften der Herren Professoren ein Hauptvergnügen. Schließlich galt ich

bei einigen Professoren als erfolgreicher Rätselrater für schwer leserliche Manuskripte.

Da keinerlei sozialdemokratische Organisation in Marburg bestand, gründete ich mit einigen Genossen sofort einen Klub unter dem harmlosen Namen „Gemütlichkeit“. Unter diesem Namen, so kalkulierten wir, würde die Polizei Staatsgefährliches nicht vermuten. Von diesem Verein aus besorgten wir alle Parteiarbeit, schrieben und vertrieben Flugblätter und agitierten in unserer Weise auch Sonntags in der Umgebung. Die Polizei hatte schließlich unserer „Gemütlichkeit“ gegenüber doch Verdacht geschöpft, so daß sie unsere regelmäßig stattfindenden Versammlungen durch einen Schutzmann überwachen ließ. Dieser Schutzmann, ein Berliner namens Schulze, dessen Kinderzahl, wie ganz Marburg wußte, enorm war, kannte jeden von uns, denn er verkehrte täglich in unserer Stammkneipe bei Konrad Müller am Hirschberg. Natürlich wußte er sehr bald, was bei uns los war, nahm aber eine wohlwollende Neutralität ein und bemerkte nichts. Als wir eines Abends einen Artikel der „Neuen Zeit“ besprochen hatten, war er eingeschlafen — übrigens kein Wunder. Als er gegen Mitternacht aufwachte und ein schwindsüchtiger Schneider allerlei über Hegelsche Philosophie sprach, schlug der Schutzmann Schulze mit der Faust auf den Tisch und fragte, ob mit dem Quatsch immer noch nicht Schluß gemacht würde; wenn wir nicht bald zum Gemütlichen übergängen, gehe er weg. Natürlich gingen wir sofort zum gemütlichen Teile über. Schulze blieb und spielte mit dem Hegelschen Philosophen Skat.

In Marburg wurde ich mit dem im ganzen Kreise hochangesehenen reichen Gutsbesitzer Heinrich Lauer in Niederwalgern bekannt, der sich offen zur Sozialdemokratie bekannte und auch für sie zum Reichstag

kandidierte. Lauer war in seiner Jugend lange Jahre in Amerika gewesen und hatte erst im reiferen Mannesalter das elterliche Gut übernehmen müssen. Zeitweilig besuchte ich Lauer jeden Sonntag und traf dann die merkwürdigsten Leute bei ihm. Sein Haus war das gastfreieste in ganz Kurhessen. Wer immer in das Haus kam, wurde zu der gerade fälligen Mahlzeit eingeladen: morgens, mittags, zur Vesper oder abends. Ich schrieb die Flugblätter, die wir in Kassel drucken ließen und gewissenhaft verbreiteten. Lauer hatte infolge eines Unfalls ein lahmes Bein, das ihn zwang, stets am Stocke zu gehen. Er war etwa 70 Jahre alt, hatte aber ein jugendfrisch-rötlich angehauchtes Gesicht, leuchtende blaue Augen, einen prachtvollen weißen Haarschopf und einen ebenso weißen Vollbart. Man kann sich schwerlich einen sympathischeren Menschen vorstellen als diesen alten kurhessischen Großbauern. In Marburg kam ich damals auch in nähere Berührung mit dem freisinnigen Professor Stengel, dem Neuphilologen, der später dem Reichstag als Mitglied angehört hat, von Marburg aber durch die Reaktion ebenso weggeekelt worden ist, wie später der demokratische Staatsrechtslehrer und Abgeordnete Schücking. Besonders wertvoll waren mir die Bekanntschaften, besser gesagt Freundschaften, die ich in Marburg mit Paul Bader und Kurt Eisner schloß. Diese beiden Männer gaben die „Hessische Landeszeitung“ heraus, die im besonderen den Kampf gegen den von Dr. Otto Böckel geführten Antisemitismus in Hessen ausfocht. Keiner von ihnen war Sozialdemokrat, als ich sie kennenlernte. Eisner lehnte den Klassenkampf ganz schroff ab. Aber je länger, desto mehr ging die Wandlung der beiden vor sich, nicht ruckweise oder gar sprunghaft, aus einer bestimmten Situation heraus, vielmehr auf Grund wahrhaft wissen-

schaftlicher Erkenntnis und aufmerksamer Beobachtung der gesamten politischen Umwelt und der wirtschaftlichen Entwicklung. Ich habe diesen beiden Männern viel zu danken, denn sie führten mich in Gebiete, die mir bis dahin so gut wie verschlossen waren, sie öffneten mir die Türen zur schönen Literatur und weckten mein Verständnis für mancherlei Kunstgebiete.

Ich las damals unter anderem Gerhart Hauptmanns „Weber“ und war glücklich, eine vollkommen unmögliche Regiebemerkung Hauptmanns zu finden. Hauptmann schilderte den einarmigen Weber Hilse, verlangt aber später, daß der unglückliche Mann die Hände faltete. Eisner empfahl mir, meine Entdeckung Hauptmann selbst mitzuteilen, das habe ich aber nicht getan, weil es mir zu unbescheiden vorkam.

Eines Tages fragte Wilhelm Liebknecht bei mir an, ob Eisner nicht bereit sein würde, für den „Vorwärts“ zu arbeiten. Eisner besann sich nicht lange. Meine vorsichtige Sondierung hatte schon stattgefunden, als ich durch eine neue Mitteilung Liebknechts überrascht wurde: Eisner hätte sich entschlossen, in die Redaktion des „Vorwärts“ einzutreten. Bader übernahm später die Redaktion der Magdeburger „Volksstimme“. In einem späteren Briefe lobte Liebknecht den neuen Kollegen Eisner sehr und pries den Tag, an dem er mit mir von Gießen nach Marburg gefahren sei, um Eisner kennenzulernen. Daß Eisner, dieser feine Ästhet, im Laufe des Krieges, besonders aber nach dem Zusammenbruch, politisch vollkommen entgleisen konnte, wie es seine Freunde mit wachsendem Erstaunen erlebten, ist uns allen ein Rätsel geblieben. Durch Eisner hatte ich auch den Professor Hermann Cohen kennengelernt, den ausgezeichneten Philosophen. Vorlesungen bei ihm habe ich noch besucht, als ich längst Redakteur in Gießen geworden war.

In Marburg war ich bis zum Fall des Sozialistengesetzes Vorsitzender des erwähnten politischen Klubs und, bis zu meiner Abreise nach Gießen, auch Bezirksvorsteher des Verbandes der deutschen Buchdrucker und zweiter Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Das war damals etwas! Viel Arbeit bereiteten mir diese Ämter nicht, so daß ich mich mit Eifer meinen Studien hingeben konnte. Ich studierte namentlich Volkswirtschaft und Geschichte. Nebenher schrieb ich für sozialdemokratische Blätter, ständig für das unter meiner Mitwirkung in Kassel neu gegründete „Volksblatt.“ Auch die „Hessische Landeszeitung“ druckte manchen Beitrag von mir. Mein Chef ließ mir jegliche Freiheit, auch im Betrieb, den ich leitete. Er hatte sich überzeugt, daß er mit mir und den Kollegen, die treu zu mir standen, nicht schlecht fuhr. Als es schließlich der Beredsamkeit des damaligen Gießener Gymnasiallehrers Dr. Eduard David, der sich offen zur Sozialdemokratie bekannte, gelungen war, mich zur Übernahme der Redaktion der von ihm begründeten „Mitteldeutschen Sonntags-Zeitung“ breit zu schlagen, und ich meinem Chef mitteilte, daß ich Marburg verlassen wollte, um mich mit Haut und Haaren meiner Partei zur Verfügung zu stellen, da hat er, der Mitglied der Nationalliberalen Partei war, tatsächlich bitterlich geweint.

Vierter Abschnitt

IM PARTEIDIENST

Durch eine von der Berufsorganisation Anfang der neunziger Jahre aufgenommene Statistik war festgestellt worden, daß ich in Marburg mit einem festen Wochenlohn von 30 Mark der am höchsten

bezahlte Setzer in ganz Hessen-Nassau war. Frankfurter Zeitung-Setzer, die in Akkord arbeiteten, verdienten natürlich erheblich mehr. Was diese 30 Mark damals bedeuteten, wird vielleicht einigermaßen verständlich, wenn ich den Preis für meine Wohnung angebe. Ich bewohnte im dritten Stock des Hauses Nr. 18 in „Zwischenhausen“, einer Parallelstraße der vielbesungenen „Ketzerbach“, eine Stube, zwei Kammern, Küche, Keller und Boden für monatlich 13,50 Mark. Dieses fette Leben hörte mit der Übersiedlung nach Gießen, also mit dem Eintritt in den Parteidienst auf, denn in Gießen mußte ich mich mit einem monatlichen Einkommen von 120 Mark begnügen. Es wurde auch dadurch leider kein Ausgleich geschaffen, daß ich, nunmehr im Großherzogtum Hessen wohnhaft, mehr Steuern und erheblich höhere Hausmiete zu tragen hatte. Der Hauszins war auch um deswillen höher, weil ich für die Redaktion und Expedition die Räume stellen und von meinem lumpigen Einkommen auch noch die Heizung, Beleuchtung und Reinigung zahlen mußte. Sehr schmerzlich war für meine Frau, daß von den 120 Mark nur 80 Mark wirklich garantiert waren. Diesen Betrag monatlich zuzuschießen hatte der Parteivorstand sich verpflichtet. Die fehlenden 40 Mark sollte ich aus dem Blatt, abgesehen von den Kosten für Druck und Expedition, ebenfalls herauswirtschaften. Besonders verlockend waren die Verhältnisse, unter denen ich in Gießen meine Tätigkeit beginnen sollte, also nicht.

Daß damals als Ersatz für das frühere Sozialistengesetz die berüchtigte Zuchthausvorlage ernstlich vorbereitet wurde, sei nur nebenbei erwähnt. Trotzdem ging ich mit Feuereifer ins Geschirr. Das Wochenblatt zu machen wäre eine Spielerei gewesen, wenn die ganze Arbeit an einem oder zwei Tagen hätte erledigt wer-

den können, und wenn das Blatt in Gießen gedruckt worden wäre. Der Druck erfolgte aber in Frankfurt am Main. Vertragsgemäß mußte das Manuskript Tag für Tag in bestimmter Menge geliefert werden. Der Druck erfolgte am Donnerstag, die Expedition von Gießen aus am Freitag, damit am Sonnabend alle Ortschaften versorgt sein konnten. Druck am Donnerstag hieß natürlich Redaktionsschluß am Mittwoch. Die größte Schwierigkeit bestand also darin, für den Mittwoch noch soviel Platz wie irgendmöglich aufzustapeln, um wenigstens in die politische Rundschau die wichtigsten Geschehnisse noch unterbringen zu können. Im Anfang war mir die umständliche Art der Redaktionsführung sehr lästig, besonders deshalb, weil ich, abgesehen vom Samstag und Sonntag, nicht mehrere Tage nacheinander von Gießen fortbleiben konnte. Das zu ermöglichen war für die Verhältnisse in Oberhessen jedoch besonders wichtig, wie ich sehr bald gemerkt hatte. In kürzester Frist war ich das Mädchen für alles, das nur deshalb weniger auf hohen Lohn sehen durfte, weil die Behandlung durch die Genossen eine wirklich kameradschaftliche und gute war.

Ich war Redakteur, Expedient, Arbeiter- und Parteisekretär, Inseratensammler und Einkassierer. (Sonst hätte ich die 40 Mark monatlich niemals zusammengebracht!) Ich schrieb die Flugblätter für alle Wahlen, setzte sie auch, wenn sie über Nacht in Gießen hergestellt werden mußten, half beim Falzen und, die Hauptsache, verbreitete die Blätter zum großen Teile auch selbst, soweit abgelegene Orte, in denen die Partei noch nicht Fuß gefaßt hatte, in Betracht kamen. Ich nahm dann den Rucksack auf den Buckel, setzte mich auf das Rad und strampelte von Ort zu Ort. Da Hessen kein Versammlungsrecht hatte, also außer den Verfassungsbestimmungen irgendwelche Hemmungen

nicht kannte, war eine Voranmeldung der Versammlung nicht notwendig. So konnte ich auf den Dörfern, wo die Gelegenheit günstig war, noch für den gleichen Abend durch den Ortsdiener eine Versammlung ausklingeln lassen. Auf diese Weise habe ich in Oberhessen von 1895 bis 1900 Hunderte von Versammlungen abgehalten. An Arbeit hat es mir in Gießen nicht gefehlt, schon deshalb nicht, weil ich sehr bald zum Kandidaten für alle Wahlen bestimmt worden war, gleichviel, ob es sich um die Stadtverordnetenversammlung, den Hessischen Landtag oder den Reichstag handelte. Ich war ein vom Glück besonders begünstigter Meisterschaftsdurchfaller. So oft und so schnell nacheinander, wie ich innerhalb fünf Jahren (dazu auch noch Nachwahlen und Doppelkandidaturen in Gießen und Solingen) durchgefallen bin, ist wahrscheinlich kein zweiter Sozialdemokrat in Deutschland durchgefallen. Aber ich war damals wirklich nicht klein zu kriegen, redete mir die Zunge wund und schrieb mir die Finger lahm. Fertigkeiten im Sparen haben wir damals entwickeln müssen, die sich sehen lassen konnten. Einige Abrechnungen aus dem Jahre 1895, die im Original vor mir liegen, erinnern daran mit aller Deutlichkeit. Der Genosse Wilhelm Hugo aus Eschwege, der die ländlichen Verhältnisse recht gut kannte und sehr eindringlich zu reden verstand, hatte mir acht Tage lang bei einer Agitation in einer Reichstagsnachwahl geholfen. Dafür wurden an ihn ausgezahlt:

Ersatz für Eisenbahnfahrten 4. Klasse .	Mk. 18.05
Rückvergütung für Zettelankleben in	
Rüddinghausen	„ —.50
Diäten für 8 Tage, à 6 Mk.	„ 48.—
Ersatz für entgang. Arbeitsverdienst .	„ 15.—
	<hr/>
	Mk. 81.55

Die Tätigkeit Hugos hatte an einem Sonntag begonnen und am Abend des nächsten Sonntag geendet. Innerhalb dieser acht Tage hatte er in elf Versammlungen geredet. Zweimal mußte er nachts durchmarschieren, weil ihm ein Nachtlager verweigert worden war; einmal war er nach der Versammlung aus dem Lokal hinausgeworfen, einmal in der Versammlung verprügelt worden. So fürstlich wie die „auswärtigen“ Referenten à la Hugo wurden wir, die wir dauernd das Brot der Partei essen durften, natürlich nicht bezahlt. Da wir zu Hause unser Brot hätten auch bezahlen müssen, wurde uns nur das Fahrgeld und der Betrag für das Nachtlager zurückvergütet. Vor mir liegt eine Abrechnung, derzufolge ich 1896 gelegentlich einer Ersatzwahl zum Reichstag hintereinander einmal 29 Versammlungen abhielt. Dafür wurden an Fahrgeldern ausgezahlt: Mk. 28.20, für 27 maliges Übernachten wurden vergütet Mk. 30.30. Glänzend muß ich damals in Effolderbach gewohnt haben, denn dort hat das Übernachten 2 Mark gekostet. Für die beiden Prügeleien und die uns zerrissenen Hemdkragen brauchten wir eine besondere Gebühr nicht zu zahlen. So mühsam es mitunter war, das richtige Lokal, in dem wir reden wollten, zu finden, so schnell waren wir manchmal, kaum, daß wir den Saal betraten hatten, schon wieder draußen, obwohl es Flugzeuge noch nicht gab.

LANDAGITATION

Die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“ war von Dr. David 1894 zu dem ausgesprochenen Zweck gegründet worden, für die Sozialdemokratie Anhang unter der Landbevölkerung, besonders unter den Kleinbauern, zu gewinnen. David, der im Anfang von Simon Katzenstein unterstützt worden war, hatte die

Zeitung ihrem Zweck entsprechend in wahrhaft vorbildlicher Weise redigiert. Dazu befähigten ihn, den vortrefflichen Kenner der sozialistischen Altmeister, in hohem Maße seine gründlichen Agrarstudien, außerdem aber auch seine hervorragende pädagogische Begabung. Die Stellung Davids als Lehrer am Gymnasium war schließlich unhaltbar geworden, weil er ganz offen als Sozialdemokrat auftrat und das von ihm ins Leben gerufene Blatt auch verantwortlich zeichnete. Wie sehr ihn sein Direktor, der in der pädagogischen Welt allgemein rühmlichst bekannte Professor Schiller, geschätzt hat, geht daraus hervor, daß Schiller die verzweifelten Eltern zurückgebliebener Schüler, soweit sie ihn um Rat fragten, stets an Dr. David auch dann noch verwiesen hat, als dieser längst aus dem Lehramte geschieden war und sich gänzlich dem sozialdemokratischen Parteidienste gewidmet hatte. Die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“ so weiterzuführen, wie David begonnen hatte, war mir natürlich vollkommen unmöglich, denn weder konnte ich mich auf pädagogische Begabung, noch auf besondere Kenntnisse ländlicher Verhältnisse stützen. Aber ich setzte mich auf die Hosen und führte in kurzer Zeit in den Dorfversammlungen mit den antisemitischen Agitatoren Debatten recht erfolgreich. Die Erfolge der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ und der Landagitation in ihrem Verwaltungsgebiet waren unverkennbar. Herr v. Gerlach, mit dem ich ebenso wie mit dem Pfarrer Friedrich Naumann damals oft die Klängen kreuzte, schrieb 1898 im „Politischen Wochenblatt“ nicht nur sehr anerkennend über die Redaktion der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“, sondern attestierte mir auch „bedeutendes Verständnis für die Agrarfrage“. Den Antisemiten wurde ich von Woche zu Woche unbequemer, denn sie konnten

kaum noch eine Versammlung abhalten, ohne daß sie sich mit mir herumschlagen mußten. Ich rückte ihnen von Dorf zu Dorf nach, gleichviel wer von ihnen als Referent auftrat, ob es Philipp Köhler, Zimmermann, Bindewald, Hirschel, Pickenbach, Ahlwardt, Boeckel, Liebermann von Sonnenberg, Werner-Hersfeld oder sonst wer war. Je länger dieser Kampf dauerte, um so gehässiger wurden die Herrschaften. Ich muß aber in den Versammlungen nicht ungeschickt operiert haben, denn schließlich kündigten sie ihre Versammlungen, die sie abends abhalten wollten, erst kurz zuvor durch die Ortsschelle an, so daß sie von Gießen aus nicht mehr rechtzeitig erreicht werden konnten. Da die Antisemiten jeden Saal, den sie haben wollten, zu jeder Zeit unter allen Umständen bekommen konnten, war ihre Taktik vollkommen durchsichtig. Köhler und Hirschel traten später, nachdem ich in kleinbäuerlichen Fragen wirklich sattelfest war und den Unterschied zwischen Großbauern- und Kleinbauern-Interessen sehr drastisch darzustellen vermochte, namentlich unter Hinweis auf die Wirkungen der Zölle, nur noch gemeinsam als Referenten auf. Beim Durchblättern der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ stoße ich, neben vielen anderen Beispielen für die damalige Art des Kampfes, auf eine von mir verfaßte Briefkastennotiz, die ich zitieren will, der ich aber folgendes vorausschicken muß. Während ich in jede antisemitische Versammlung ging, kamen die Antisemiten zu mir erst dann einmal, als sie dazu direkt gezwungen worden waren. Alle sozialdemokratischen Versammlungen, die vorher bestimmt waren, wurden öffentlich in der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ und in den in Betracht kommenden Kreisblättern bekanntgemacht und jedermann freie Diskussion zugesichert. Vor den Reichstagswahlen im Jahre 1898 zernierten wir den antisemi-

tischen Bürgermeister von Langsdorf, meinen Gegenkandidaten Köhler, nach allen Regeln der Kunst. Ich sprach in allen größeren Orten in der Nähe Langsdorfs und schickte an Köhler selbst alle Versammlungsankündigungen mit besonderer Einladung zur Teilnahme. Da kündigten wir wochenlang vor dem angesetzten Termin eine der Versammlungen in Langsdorf selbst an und forderten Köhler öffentlich auf, sich endlich einmal in einer von uns einberufenen Versammlung in seinem eigenen Dorfe zu stellen. Diesem Zweck sollte die bereits erwähnte Briefkastennotiz dienen, die folgendermaßen lautete:

„Nach Langsdorf. Sie behaupten, der Abgeordnete Köhler sei deshalb nicht in unsere Versammlung nach Lich gekommen, weil er sich überhaupt allein einem Gegner nicht zu stellen wagt und einen Hilfsredner nicht habe auftreiben können. Unsere eigenen Erfahrungen von früher her sprechen für Ihre Behauptungen. Um nun dem Abgeordneten Köhler die Möglichkeit zu geben, sich rechtzeitig Hilfe zu bestellen, teilen wir heute schon mit, daß wir an einem der nächsten Sonntage eine Versammlung in Langsdorf abhalten werden. Wir hoffen dann, Herrn Köhler und wenigstens eine seiner Redestützen am Platze zu finden.“

ANTISEMITISCHE SCHIMPFAPOSTEL

Köhler hätte sich natürlich um jedes Ansehen gebracht, wenn er auch dieser Versammlung ferngeblieben wäre. Er hatte sich den Abgeordneten Hirschel als Beistand kommen lassen. In der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ Nr. 20 von 1898 ist ein ausführlicher Bericht über die Versammlung erschienen. Danach ist es den beiden Antisemiten schlecht

ergangen. In der Marburger „Hessischen Landeszeitung“ erschien über die Versammlung, die weit und breit das größte Aufsehen gemacht hatte, sogar ein spaltenlanger Bericht in oberhessischer Mundart, offenbar von einem Langsdorfer verfaßt. Darin wurde zunächst geschildert, wie die Antisemiten von der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ zum Kommen direkt genötigt worden seien, dann heißt es weiter:

„... Ean he (Köhler) hott sich wohrhafdig ean (Redestütze) ohg'schaffd. Wer warsch? D's Hirschelche voh Offebach. Mir glaabte juo: earmer Scheidemann awweil beaste verlor'n, etzt hunnse däch. Oawwer was hare mir ins v'rreachelt; dessi' oss'n G'witterhond, do kammer d'r Deuwel off'm flache Feald met fange. Mir mahnt g'rad, der hätt e Schwätzmeaschin gefreasse. Aich glaawe, der ioß freuer emmol balwirer geweast, so horre se ingesäaft . . .“

Die Wut der Unterlegenen kam deutlich genug in ihrer Zeitung zum Ausdruck. Der Redakteur der „Hessischen Landeszeitung“, Paul Bader, der damals für die demokratischen Bürger und Bauern des Reichstagswahlkreises Marburg—Kirchhain—Frankenberg—Vöhl kandidierte, hatte zur selben Zeit in einer Versammlung einen Zusammenstoß mit Hirschel gehabt. Darüber quittierte dieser in seinem Blatt mit diesen Schimpfereien auf Bader: „Raffinierter Volksbetrüger, der bezahlte Agent ist gewissenlos genug“, „Hergelaufener Pommer“, „Bader, der Volksbetrüger, log und verleumdete“, „Bader mit seiner pommerschen Speckstimme“ usw. usw.

Zur Kennzeichnung der Tonart des Antisemitenblattes, das in Friedberg in Hessen gedruckt und von dem Architekten Hirschel redigiert wurde, mögen noch folgende Beispiele dienen, die in der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ zitiert worden sind: „Scheidemann,

das Subjekt, das in der ‚Mitteldeutschen Sonntagszeitung‘ sein Wesen treibt“; „er reißt sich eine Schleimhaut von seiner brandig roten Jammerseele“. Die Antworten in der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ waren natürlich dementsprechend: „Köhler hat dort, wo normale Menschen die Zunge haben, eine Dreckschippe.“ Im übrigen wurde er zumeist behandelt als „der verrückte Bürgermeister in Langsdorf“. Ein Blick in die alten Jahrgänge der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ ist jedesmal ein Quell ungetrübter Freude.

VERSAMMLUNGEN AUF DEM LANDE

Die jüngeren Arbeiter können sich kaum eine Vorstellung machen von der Gehässigkeit, mit der wir in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bei unserer Agitation auf dem Lande zu rechnen hatten. Wie oft sind wir mit Hunden aus den Dörfern gehetzt worden. Als ich von Gießen aus in Oberhessen tätig war, hatte die Sozialdemokratie schon vielerorts spärlich Wurzel gefaßt. So von Frankfurt aus bis in die gesegnete Wetterau, wo die fettesten Bauern saßen. Aber diese Wurzeln waren wirklich sehr spärlich. Was piffen die hessischen Bauern auf den armen Fabrikarbeiter, der in Frankfurt oder Gießen schaffte, aber in einem der reichen Wetterau-Dörfer noch seinen Wohnsitz hatte, weil ihm ein paar Morgen Land von seinen Eltern vererbt worden waren! In einem dieser Dörfer hatte ich einen Wirt, der wahrscheinlich Sinn für Humor hatte, zu bestimmen gewußt, mir für einen Sonntagabend seinen Saal zur Verfügung zu stellen. Obwohl ihm sofort von seinen Stammgästen heftig zugesetzt wurde, sein Wort zurückzunehmen, war er dazu doch zu stolz. Er ist

wohl der Meinung gewesen, daß ich überhaupt nicht würde zu Worte kommen können, und wenn schon, daß ich sicherlich fünf Minuten später hinausgeflogen — worden sei. Ich berief die Versammlung durch Handzettel, die ich von Haus zu Haus am Vormittag verbreitete, ein. Natürlich mußte ich die Versammlung auch selbst eröffnen, war ich doch als Sozi mütterseelenallein in diesem Dorfe. Daß die Musikantenkanzel, von der aus ich sprach, nur über eine Treppe, die vom Hofe aus betreten werden mußte, zu erreichen war, kam mir zuerst sehr zustatten, nachher aber wurde es doch sehr unangenehm. Die Versammlung war bombenvoll. Der Saal glich einer Räucherzimmer mehr als einem Versammlungsraum. Als ich hoch oben von der Wand herunter die Versammlung für eröffnet erklärte, sah ich unter mir außer Tabaksqualm und einigen düster brennenden Petroleumlampen überhaupt nichts. Ob die Versammelten mich sehen konnten, weiß ich nicht. Jedenfalls gab es sofort einen Höllenlärm, als die notleidenden Agrarier den ersten Ton von mir gehört hatten. Zu jener Zeit ließ ich mich aber noch weniger verblüffen als später, obwohl ich im Laufe der Jahre einiges hinzugelernt habe. Ich ließ die Gesellschaft zunächst toben, nahm mein Bierglas zur Hand und rief dann, als der erste Lärm sich gelegt hatte, in den Saal hinein: Prost! Diese Frechheit verblüffte die meisten derart, daß ich einige Sätze sagen konnte. „Heute abend wird's mit dem Teilen noch nichts, das sehe ich jetzt schon!“ Hundert Zwischenrufe. Ich sprach weiter: „Sie alle haben doch schon gehört, daß die Sozialdemokraten teilen wollen.“ Wieder zahlreiche Zwischenrufe, ich merkte aber ganz deutlich, daß schon manche, die neugierig waren, hören wollten. „Wenn wirklich einmal geteilt wird, dann müssen die meisten von euch doch noch Land

kriegen, denn die drei fettesten Bauern hier im Dorfe haben doch auch mehr als alle anderen zusammen.“ Einige Flegel lärmten immerzu, so daß ich oft genug eine Pause machen mußte, aber in dieser Beziehung hatte ich schon schlimmere Versammlungen erlebt. Der Erfolg des gewagten Unternehmens bestand darin, daß ich die Neugierde erregt und Zweifel geweckt hatte. Wenn die Sozialdemokraten alle so aussehen, wie „der“, dann ist das mit den Hemdzipfeln, die jedem Sozi aus der Hose gucken sollen, gewiß nicht richtig, und eine Schnapsflasche, die diesen Herrschaften aus der Brusttasche herausschauen soll, hatte auch niemand gesehen. Ich war meiner Sache insofern gewiß, daß man ein Flugblatt, das wir demnächst in diesem Dorfe verbreiten wollten, todsicher lesen würde. Nach Schluß meiner Rede, die noch häufig durch Zwischenrufe, aber nicht ein einziges Mal durch fliegende Bieruntersätze unterbrochen wurde, sind mir sogar einige Fragen zugerufen worden, die ich dann in der gründlichsten Weise beantwortete, denn solange ich auf eine Frage Antwort gab, das wußte ich aus langer Erfahrung, solange würde niemand mich unterbrechen. Die unangenehmste Überraschung erlebte ich erst, als ich meine Prediger- und Musikantenkanzel verlassen wollte: Man hatte die Tür abgesperrt, mich also buchstäblich gefangen. Ich wollte nicht sofort Lärm schlagen, wartete vielmehr, bis der Saal sich geleert hatte, dann aber reagierte auf mein Klopfen und Rufen lange Zeit kein Mensch. Schließlich hat ein Dienstmädchen mich freigelassen. Als ich den Wirt dann um ein Nachtquartier bat, verweigerte er ein solches. Den Saal herzugeben hatte er noch den Mut gehabt, mich aber auch zu beherbergen, das wagte er nicht. Es war eine frostige Winternacht. Die Uhr zeigte auf zwölf, und Bad Nauheim lag 15 Kilometer, also drei Wegstunden,

entfernt. Ich zündete eine Zigarre an und machte mich fröhlich und guter Dinge auf den Weg. —

Die Gelegenheit, mit Gegnern zu debattieren, wurde immer seltener, denn auch die nationalliberalen Professoren aus Gießen vermieden jedes Zusammentreffen. In einer Notiz der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ wird gebeten, schnellstens telephonisch oder telegraphisch zu berichten, wenn irgendwo eine gegnerische Versammlung angekündigt werde. Sei es möglich, mit der Bahn, mit dem Rad oder zu Fuß die Versammlung zu erreichen, so würde unser Kandidat pünktlich zur Stelle sein. Diese Kämpfe betrieben wir geradezu sportmäßig, wir waren allerdings auch auf die Wahrnehmung jeder Möglichkeit, öffentlich sprechen zu können, angewiesen, weil unserer Partei Säle vielfach für Versammlungen nicht zur Verfügung standen. In Gießen waren wir noch Ende der neunziger Jahre kaum imstande, eigene Versammlungen in größeren Sälen veranstalten zu können. Deshalb besuchten wir jede gegnerische Versammlung. In den Jahren von 1895 bis 1900 hat nur ein gegnerischer Redner in Gießen gesprochen, mit dem eine Diskussion unmöglich war, weil er seine Zusage für eine Versammlung nur unter der Bedingung gegeben hatte, daß eine Debatte nicht stattfinden dürfe. Dieser Redner war Eugen Richter. Seine Bedingung war uns zur Kenntnis gekommen durch den Bürovorsteher des Rechtsanwalts und hessischen Landtagsabgeordneten Metz, dem Vorsitzenden der Freisinnigen Volkspartei, mit dem Richter korrespondiert hatte.

Infolge meiner öffentlichen Tätigkeit wurde ich sehr schnell in ganz Oberhessen bekannt. Da ich 1896, also kaum ein Jahr nach meinem Einzug in Gießen, in einer notwendig gewordenen Reichstagsnachwahl gegen den Antisemiten Philipp Köhler als Reichstagskandidat auf-

gestellt worden war, sprach man auf dem Lande eigentlich nur noch von dem Langsdorfer Philipp und dem roten Philipp. Dieser Name wurde mir geradezu offiziell beigelegt. Ich erinnere mich einer Meldung aus dem Vogelsberg, derzufolge ein Ortsdiener ausgeschellt hatte: „Morgen abend 8 Uhr spricht der rote Philipp im Goldenen Engel.“

Hier einige Ziffern, durch die die politischen Fortschritte der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Gießen—Grünberg—Nidda innerhalb weniger Jahre eifriger Agitation ersichtlich werden. Es wurden Stimmen abgegeben:

	Nationall.	Freis. Vp.	Antisem.	Sozi.
1887	10 918	7 941	—	387
1890	4 363	5 905	4 566	1 732
1893	4 300	1 883	5 606	2 852
1896	2 442	2 192	4 177	3 371
1898		4 174	4 703	4 577

Gegnerische Stimmen: 8877 Sozi: 4577

Besonders bemerkenswert ist die Zerrüttung der liberalen Parteien in diesem Kreise. 1887 erhielten sie zusammen noch 18 859 Stimmen, 11 Jahre später hatten sie rund 10 000 Stimmen verloren.

* *

Die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“, die bei Freund und Feind in beiden Hessen allgemein beachtet wurde, redigierte ich mit einer so robusten Urwüchsigkeit, daß sie bald auch in der gesamten Partei auffiel. Ich bekam im Laufe der Jahre Anerbietungen von Dr. Bruno Schönlink, der mich an die „Leipziger Volkszeitung“ haben wollte, von Dr. Max Quarck, der die „Frankfurter Volksstimme“ leitete; Ullrich offerierte mir die Redaktion in Offenbach für den Fall,

daß ich einmal ernstlich daran denken sollte, Gießen zu verlassen; Franz Joseph Ehrhardt wollte mich für sein Gebiet, die Pfalz, gewinnen; die Kasseler Genossen baten mich wiederholt, in die Heimat zurückzukehren, um die Redaktion des „Volksblattes“, aber auch die Reichstagskandidatur zu übernehmen. Am schwersten fiel mir die Ablehnung der Anerbietungen aus der Vaterstadt. August Jordan schrieb am 13. November 1897: „Die Genossen sind zu der einstimmigen Auffassung gekommen, Sie zu bitten, die hiesige Reichstagskandidatur anzunehmen. Sie kennen die Verhältnisse und entsprechen allen unseren Wünschen. Wenn Sie auch bei der letzten Unterredung abgelehnt haben, so geschah das doch wohl hauptsächlich wegen Ihrer Kandidatur in Gießen. Der dortige Kreis ist in den nächsten zehn Jahren bestimmt nicht zu erobern, dagegen können Sie Kassel bei der nächsten Wahl gewinnen. Nehmen Sie mit den Genossen in Gießen Rücksprache und sagen Sie uns zu.“

Am gleichen Tage hatte der Redakteur unseres „Kasseler Volksblattes“, Paul John, späterer Berliner Bezirksbürgermeister, mir geschrieben: „Pfannkuch hat uns durch seinen Rücktritt in die größte Verlegenheit gebracht. Sie müssen helfen, denn Sie sind der einzig mögliche Ersatz, die ganze Partei steht geschlossen hinter Ihnen.“ Die Gießener Genossen wehrten sich, und ich stimmte ihnen zu, denn ein Jahr vor den ordentlichen Reichstagswahlen wollte ich sie nicht in Verlegenheit bringen. Ich lehnte also für Kassel ab. Trotzdem wurde mir schließlich für die 98er Wahlen eine zweite Reichstagskandidatur direkt aufgezwungen, und zwar durch den Parteivorstand, nämlich der Wahlkreis Solingen.

Wilhelm Liebknecht, dessen Vaterstadt Gießen war, besuchte uns jedes Jahr. Das waren immer Feier-

tage. Er kannte im alten Gießen jedes Haus und in Oberhessen jedes Dorf. Je näher ich Liebknecht kennenlernte, um so mehr lernte ich ihn auch schätzen, allerdings immer mehr als Mensch, Dichter und Stilisten, denn als Politiker. Er lebte politisch für uns, die wir ganz in der Agitationsarbeit des Tages aufgingen, teils zu sehr in der Vergangenheit, teils viel zu sehr in weiter Zukunft. Die Gegenwart kam ihm, wie uns scheinen wollte, vor, wie eine leicht zu überwindende Episode. Vielleicht tue ich ihm unrecht, was ich um keinen Preis der Welt tun möchte, denn ich habe ihn ehrlich geliebt.

REIF FÜRS GEFÄNGNIS

Vor Abschluß dieses Kapitels soll übrigens festgestellt werden, daß ich nur mit Mühe und Not in Gießen einer Gefängnisstrafe entgangen bin. Während einer mehrtägigen Abwesenheit auf einer Agitationsreise in den Vogelsberg hatte ich einen immer hilfsbereiten Freund gebeten, das von mir fertiggestellte Manuskript für die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“ Tag für Tag in der vorgeschriebenen Menge an die Frankfurter Druckerei zu senden. Gott bewahre uns vor unseren Freunden! Er wollte sich auch einmal selbständig betätigen und mir durch eigene Arbeit imponieren. Einer seiner Freunde — „Gott bewahre uns“ usw.! — hatte ihm eine Skandalgeschichte, an der so ziemlich das gesamte Gießener Offizierkorps beteiligt sein sollte, erzählt, und er, unerfahren im Paragraphengestrüpp des Strafgesetzbuches, tischte das alles nun im besten Glauben und in der ehrlichen Überzeugung, eine furchtbare „kapitalistisch-militärische Eiterbeule“ aufzustechen, all den Lesern der

„Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ auf. Das Offizierkorps hatte Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Die Sache sah deshalb sehr übel aus, weil an eine Beweisführung nicht zu denken war, obgleich in Gießen kein Mensch an der Richtigkeit des Gemeldeten zweifelte.

Der Rechtsanwalt Dr. Gutfleisch gehörte damals nicht nur in Gießen zu den angesehensten und beliebtesten Männern, sondern in ganz Hessen und weit darüber hinaus. Er galt als der hervorragendste Jurist in Hessen. Wiederholt hatte er das ihm angebotene Justizministerium abgelehnt. Ein Prozeß, den Gutfleisch führte, galt von vornherein mindestens als halbgewonnen. Als freisinniges Mitglied des Reichstages und engster Freund Eugen Richters war er zu jener Zeit einer der am meisten genannten Parlamentarier. Bei der Beratung der sozialen Versicherungsgesetze spielte er, der einflußreiche Führer der Liberalen aller Richtungen, eine den Arbeitern sehr unbequeme Rolle. In vielen Wählerversammlungen war ich mit ihm zusammengetroffen und hatte ihn mit der grenzenlosen Liebenswürdigkeit, die mich in meinen politischen Flegeljahren auszeichnete, für alle politischen Schlechtigkeiten und Rückschritte der letzten Jahrzehnte in erster Linie verantwortlich gemacht. Wir kannten uns also sehr gut. Im Hinblick auf die vielen Annehmlichkeiten, die ich ihm in den Wählerversammlungen bereitet hatte, Annehmlichkeiten, für die er als gebildeter Mensch auch Verständnis haben mußte, ging ich zu ihm, um ihn zu fragen, ob er in dem „zu Unrecht gegen mich anhängig gemachten politischen Tendenzprozeß“ mir nicht zu meinem Rechte verhelfen möchte. Die ihn erwartenden Ehren würden aller Voraussicht nach so groß sein, daß er sich schon deshalb mit einem mäßigen Honorar würde begnügen können, falls er

nicht gänzlich darauf verzichten wolle. Gutfleisch verschob eine geplante Urlaubsreise, übernahm meine Verteidigung und führte sie, wie kein Mensch anders erwartet hatte, glänzend.

Nachdem der gehässig kaltschnäuzige Staatsanwalt mich in den grellsten Farben karikiert und dreist behauptet hatte, daß keine Versammlung vor meinem Einbruch sicher sei, daß ich in der Zeitung die dreisteste Feder führe, kein gutes Haar an der göttlichen Weltordnung lasse, und daß deshalb die honette Gesellschaft zunächst einmal für mindestens drei Monate, die er beantragte, vor mir gesichert werden müßte, nahm Gutfleisch das Wort. Er schilderte mich wie ich wirklich war und wie aus diesen Zeilen ganz klar hervorgehen dürfte: zurückhaltend und bescheiden, im politischen Kampfe äußerst sachlich und dabei von einer bestechend vornehmen Liebenswürdigkeit. „Der Herr Verteidiger übertreibt ein wenig“, wollte ich dazwischenrufen, aber ich bezwang mich, ich wollte durch die Tat beweisen, wie recht er im Grunde genommen hatte, wie bescheiden ich wirklich war, deshalb schwieg ich, eingedenk des Wortes, daß Reden Silber, Schweigen aber Gold ist. Dem Staatsanwalt warf ich jedoch einen Blick zu, vor dem er beschämt die Augen senkte und innerlich bestimmt erzitterte. Wahrscheinlich rang er schwer mit sich, ob er seinen Antrag zurückziehen oder gar eine Prämie für mich beantragen sollte. Er hatte aber nicht die erforderliche Intelligenz, um die wahrhaftigen Schilderungen Gutfleischs vollkommen würdigen zu können. Vielleicht fehlte ihm aber auch der Mut, zuzugestehen, daß er sich vollkommen geirrt hatte in der Person des unschuldig Angeklagten. Gutfleisch fuhr indessen unbeirrt fort, seinen Klienten als einen wahrhaft vorbildlichen Menschen zu schildern. Wir könnten uns glück-

lich schätzen, wenn der politische Kampf überall so seriös geführt würde, wie von dem Manne, den zu vertreten er die große Ehre habe.

Ich sagte mir im stillen, daß Gutfleisch unmöglich Honorar verlangen könnte, denn er müsse sich doch wirklich etwas darauf einbilden, einmal einen so einzig dastehenden Angeklagten verteidigen zu dürfen. Ich ging sogar noch weiter in meinen Erwägungen. Daß Gutfleisch, falls ich eine Gefängnisstrafe kriegen sollte, für mich ins Loch gehen müsse, konnte man ihm vielleicht nicht zumuten. Immerhin war zu erwägen, ob er nicht eine etwaige Geldstrafe auslegen könne, denn er war als reicher Mann bekannt, woher wir aber das Geld nehmen sollten, falls ich nicht freigesprochen würde, das war meinen Freunden und mir vollkommen rätselhaft. Während der Ausführungen Gutfleischs ruhten die Augen der fünf Richter bewundernd auf seinem Klienten. Der Staatsanwalt warf mir gehässige Blicke zu, bezeichnenderweise über die Brille hinweg. Also nicht nur gehässig, sondern auch geizig war der Mensch: um die Gläser zu schonen, guckte er nicht hindurch, sondern darüber hinweg. Geiz ist die Wurzel allen Übels. Pfui! über diesen würdigen Vertreter des Klassenstaates. Er hatte auch noch die Dreistigkeit, meinem verehrten und wahrheitsliebenden Verteidiger zu widersprechen. Der hat dann aber einen geistigen linken Kinnhaken gelandet, der den geizigen Anwalt des Staates glatt erledigte. „Ich kenne diesen würdigen Mitbürger, den Sie ins Gefängnis bringen wollen — ich ringe um seine Freiheit und seine Freisprechung — eben weil ich ihn kenne. Sie kennen ihn nicht und nur deshalb drängen Sie, Herr Staatsanwalt, auf eine Verurteilung. Der Hohe Gerichtshof, das ist meine feste Überzeugung, wird über Ihren Antrag, Herr Staatsanwalt, zur Tagesordnung übergehen und meinem

Klienten Gerechtigkeit widerfahren lassen.“ — Resultat: Zweihundert Mark Geldstrafe wegen Beleidigung durch die Presse.

NÜRNBERGER DIENST

Ende 1899 wurde ich durch den früheren Reichstagsabgeordneten Philipp Wiemer, nicht zu verwechseln mit dem ehemals fortschrittlichen, später volksparteilichen Abgeordneten Otto Wiemer, gebeten, nach Nürnberg als Chefredakteur der „Fränkischen Tagespost“ zu kommen. Die Stellung würde zwar ausgeschrieben werden, das sei aber nur eine Formsache. Sobald ich meine Bewerbung einreiche, sei meine Wahl gewiß, denn man kenne alle in Betracht kommenden Genossen. Obwohl mein politisches Betätigungsgebiet in Gießen nichts zu wünschen übrig ließ, mußte ich allmählich doch auch mehr an meine Familie denken. Mit einhundertzwanzig Mark monatlich war auf die Dauer nicht auszukommen. Ich meldete mich also nach Nürnberg, nachdem ich mit Gießener Freunden gesprochen hatte, und wurde gewählt. Leider war Nürnberg, wie ich erst zu spät erfuhr, damals ein Hexenkessel schlimmster Art, so daß ich schon nach kurzer Zeit bedauerte, Gießen verlassen zu haben. Nach dem Tode Grillenbergers, den die Nürnberger abgöttisch verehrt hatten, stellte sich Karl Oertel als Besitzer der „Fränkischen Tagespost“ vor, obwohl allgemein angenommen worden war, daß sie Eigentum der Partei gewesen und noch sei. Man darf die damaligen Verhältnisse nicht vergleichen wollen mit den geordneten Zuständen, die ein Vierteljahrhundert später allgemein als ganz selbstverständlich betrachtet wurden. Grillenberger hatte die „Fränkische Tagespost“ während des Sozialisten-

gesetzes unter großer Mühe über Wasser gehalten. Oertel, der zu Lebzeiten Grillenbergers schon allgemein der „Kronprinz“ genannt wurde, war der Nachfolger seines Meisters im Reichstag geworden und wollte auch sein Nachfolger im Bayerischen Landtag bleiben. Nun trat ein Zustand ein, den Nazi Auer einmal sehr treffend gekennzeichnet hatte mit den Worten: „Bei uns menscht's ebenso, wie bei den anderen Parteien auch.“ Besitzer des Parteiblatts, Mitglied des Reichstages und Mitglied des Landtags? „Das koscht di d's Blättle“, hatte ihm der aus Württemberg stammende Parteisekretär Konrad Herrmann, der gern in den Landtag gewählt werden wollte, ins Gesicht gesagt.

Es hatte gerade eine systematische Hetze gegen Oertel eingesetzt, als ich am 1. April 1900 in Nürnberg antrat. Dabei war Oertel wenige Tage zuvor als schwerkranker Mann in eine Irrenheilanstalt überführt worden. Zwei oder drei Tage nach meinem Eintreffen in Nürnberg starb er, ohne daß ich ihn nur einmal gesehen habe. Mein Vorgänger war Dr. Südekum gewesen, dem Oertel, offenbar schon sehr krank, einen für damalige Zeit erheblichen Redaktionsetat bewilligt hatte, so daß Korrespondenzen direkt aus Wien, Paris und anderen Weltstädten bezogen werden konnten. Dabei hatte es sich schnell genug herausgestellt, daß das Geschäft mit erheblicher Unterbilanz arbeitete. Der mir eingeräumte Etat wurde sofort auf ein lächerlich geringes Minimum herabgesetzt. Der Redaktionsstab bestand aus dem Chefredakteur, dem verantwortlichen Redakteur Gärtner, der den lokalen Teil leitete, dem damals schon greisenhaften Heinrich Oehme, der den bayerischen Teil bearbeiten sollte, soweit der Arbeitersekretär und Landtagsabgeordnete Segitz ihn nicht von München aus lieferte, und dem

Lokalberichterstatler Westmeyer, der später in Stuttgart gestorben ist. Ich gab mir die größte Mühe, trotz der nach jeder Richtung hin unzulänglichen Mittel, ein anständiges Blatt zu machen, wurde aber viel zu schnell zu umfangreicher rednerischer Tätigkeit verlangt und zu zahllosen Sitzungen herangezogen. Die letzteren hatten sich als notwendig erwiesen, weil ein unerhörtes Kesseltreiben im gegnerischen „Fränkischen Kurier“, der damals noch freisinnig war, einsetzte gegen — ja, gegen wen eigentlich? Gegen alle und jeden, der verdächtig schien, daß er ein Mandat hätte erstreben können. Gegen mich, der ich kaum in Nürnberg und nicht einmal Bayer, also überhaupt nicht wahlberechtigt und wählbar war, wurden zweideutige Notizen lanciert, aus denen gefolgert werden sollte, daß ich in den Landtag gewählt werden wollte. Täglich gab es außerdem in dem Blatte unserer Gegner Mitteilungen über interne Parteivorgänge, ebenso Berichte über Konferenzen, an denen nur wenige Genossen beteiligt gewesen waren. Die Geschichte wurde immer mysteriöser. Nicht nur in Nürnberg und Bayern, sondern bald in der gesamten Partei Deutschlands kam eine sich mehr und mehr steigende Nervosität dieser Vorgänge wegen auf. Dr. Südekum, der inzwischen Oertels Nachfolger im Reichstag und Chefredakteur der „Dresdner Arbeiterzeitung“ geworden war, schrieb mir am 22. Dezember 1900:

„Lieber Scheidemann! Die letzte Kuriernotiz über die Versammlung im ‚Café Merk‘, in der Sie angeblich die Kosten der Unterhaltung getragen haben sollen, ist wieder einfach empörend. Da aber der Kurier selbst die Zahl der Teilnehmer auf nur 30 angibt, so müßte doch endlich der Lump zu eruieren sein, der den Lügenkurier bedient. Es kann doch gewiß keine Schwierigkeiten haben, die Namen der 30 Teilnehmer

festzustellen und davon — die oder den Verdächtigen herauszusondern. Dieser Skandal kann doch nicht immer so weitergehen.“ Einige Vorkommnisse hatten mich besonders stutzig gemacht. Ich besprach sie mit einem vertrauten älteren Freunde und zeichnete von da ab, auf seinen Rat hin, die verdächtigen Vorkommnisse auf. Diese Aufzeichnungen — zunächst nur Indizien —, zwangen eines Tages zu absolut eindeutiger Schlußfolgerung: Die Gewährsleute des „Fränkischen Kurier“ waren der Vorsitzende der SPD, der erste Parteisekretär und ein ihnen innig befreundeter Kassenbeamter! Es trat ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Genossen v. Vollmar zusammen, an dem vom Parteivorstand die Genossen Gerisch und Pfannkuch teilnahmen. Die glatt überführten Genossen, die sich so schwer vergangen hatten, wurden aus der Partei ausgeschlossen. Der böse Geist war der Parteisekretär gewesen, der den gutmütigen, etwas leichtgläubigen Vorsitzenden vollkommen betört, das heißt „überzeugt“ hatte, daß man im Interesse der Partei zu diesen ungewöhnlichen Mitteln seine Zuflucht hätte nehmen müssen. Dem in dieser Weise mißbrauchten Genossen, der der Partei viele Jahrzehnte lang treu und in Ehren gedient hatte, ist später verziehen worden, so daß er wieder in die Partei aufgenommen werden konnte.

Die beiden Vertreter des Parteivorstandes, Gerisch und Pfannkuch, haben mir damals nach der Sitzung unter v. Vollmar, auf die soeben hingewiesen ist, versichert, daß sie mancherlei Peinliches in ihrer schweren Amtstätigkeit erlebt hätten, ein Fall wie dieser Nürnberger stehe einzig da, und werde hoffentlich auch für alle Zeiten vereinzelt bleiben. So unglaublich es scheinen mag, ich will es doch feststellen: Mir sind damals von verschiedenen Seiten Vorwürfe gemacht

worden, weil ich die drei der geschilderten Handlungen überführt hatte. Ich schrieb empört an den Parteivorstand und bat um seinen Rat: „Wird man mir in Berlin übelnehmen können, wenn ich hier alles hinwerfe und ohne weiteres weggehe?“ Vor mir liegt die Antwort Gerischs in klarer Frakturschrift: „So sehr ich im Augenblick unter dem Eindruck stand, es sei besser gewesen, wenn wir, Pfannkuch und ich, vorher von den Dingen Kenntnis gehabt hätten, (von den Einzelheiten der raffiniert begangenen Hetze in dem gegnerischen Blatt und von den Schwierigkeiten der Aufdeckung), so unumwunden will ich zugeben, daß Dein Verhalten als völlig einwandfrei bezeichnet werden muß. Diese meine Auffassung habe ich auch hier, sowie den Genossen gegenüber, die sich lebhaft für die Vorgänge in Nürnberg interessierten, in aller Schärfe zum Ausdruck gebracht. Mit herzlichen Grüßen Dein A. Gerisch.“

Nur zwei Jahre blieb ich in Nürnberg. Als in einer Sitzung der Genosse Dr. Siegmund Freiherr v. Haller zu Hallerstein, der sich für einige Jahre in die Partei verirrt hatte, in dieser Zeit aber, dank der Vertrauensseligkeit vieler Genossen, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter geworden war, allerlei an der Zeitung mäkelte, weil ihm das Arbeiterblatt nicht vornehm genug war, benutzte ich sofort den günstigen Anlaß und bat die Preßkommission um Entbindung von meinem Vertrag: „Sie würden mich zu besonderem Dank verpflichten, wenn Sie veranlassen wollten, daß ich von meinem Vertrag entbunden werde. Es ist mir wiederholt von dem Genossen Ulrich in Offenbach die Stellung eines leitenden Redakteurs an unserem dortigen Parteiblatt angeboten worden, eine Stellung, die meinen Wünschen und Neigungen nach jeder Richtung hin entspricht und mir

Möglichkeit gibt, in meinem Wahlkreis (Solingen) mehr und wirksamer agitatorisch tätig zu sein, als von Nürnberg aus. Ich hoffe, daß mein Wunsch erfüllt wird, da Sie ja wissen, daß die unleidlichen Nürnberger Parteiverhältnisse in mir schon längst den Wunsch erweckten, aus meiner Stellung zu scheiden. Es kann Ihnen nichts daran liegen, mich in einer Stellung zu halten, die mir nach keiner Richtung hin mehr Befriedigung gewährt . . ." Da der Vorsitzende der Preßkommission, ein sehr verständiger Buchdrucker, im Betriebe der „Fränkischen Tagespost“ beschäftigt war, konnte ich schon am nächsten Morgen mit ihm auch persönliche Rücksprache nehmen. Die Sache lief infolgedessen nach Wunsch. Die Preßkommission gab meinem Antrag statt und dankte mir in einem liebenswürdigen Schreiben für meine Tätigkeit, „mit der sie durchaus zufrieden gewesen sei. Wir grüßen Sie herzlich und wünschen Ihnen in Ihrem neuen Schaffensort eine ruhigere Arbeitsmöglichkeit als in Nürnberg. Hans Pfötschler, Schriftführer der Pressekommission.“

Die Nürnberger Erlebnisse hatten geradezu erschütternd auf mich gewirkt. Als ich die herrliche deutsche Stadt Albrecht Dürers, Hans Sachsens und — Beckmessers verließ, gehörte ich der Partei fast 20 Jahre lang an. Hatte ich auch mancherlei Kleinlichkeiten erleben müssen, so hätte ich doch für unmöglich gehalten, daß in der Sozialdemokratischen Partei so unkameradschaftliche Vorgänge wie die in Nürnberg erlebten, vorkommen können. Die Erklärung dafür war allerdings nicht gar zu schwer zu finden. Das Sozialistengesetz hatte vielerorts die Leitung der ganzen Parteibewegung in engste Konventikel gedrängt. Die Nürnberger Arbeiterschaft, gesund an Leib und Seele, hatte als Führer einen Mann,

um den sie die gesamte Partei beneidete, Karl Grillenberger. Dennoch mußte das Verhältnis ein ungesundes werden, weil schließlich die ganze Bewegung am Orte in diesem einen Mann verkörpert war. Von einer demokratischen Leitung der Partei konnte damals nirgends die Rede sein, ebensowenig von demokratischem Leben in der Partei. Nur wenige Auserwählte waren in Nürnberg die Vertrauten des eigentlichen Führers, der alle anderen nicht nur körperlich — er war ein Hüne — um mehr als Haupteslänge überragt hatte. Cliques hatten sich gebildet, die schließlich nur persönliches Verschulden und Herrschsucht sahen, obwohl sich über das ganze Reich hinweg, auch dort, wo kein Belagerungszustand bestand, die ganz natürlichen Folgen des Ausnahmegesetzes bemerklich gemacht hatten. Noch viele Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes machten sich im Reiche, bald hier, bald dort, immer und immer wieder allerlei Cliques bemerklich. In Nürnberg zehrte das schleichende Gift, das Bismarck mit seinem Ausnahmegesetz über das Reich verspritzt hatte, viele Jahre lang am Körper der Partei, bis endlich, nach Überwindung heftigster Fieberschauern, die gründliche Reinigung einsetzte. Dann begann ein neuer Aufstieg, vorbildlich für die gesamte Partei, die, im Kriege gespalten, 1922 in Nürnberg wieder geeint wurde.

WIEDER IN HESSEN

Als ich Gießen mit Nürnberg Anfang 1900 vertauschen wollte, hatten die führenden Genossen mir heftige Vorwürfe gemacht, besonders Ulrich und David waren ungehalten. David schrieb mir noch im Februar 1900 aus dem Hessischen Landtage einen Brief, in dem er mir in den herrlichsten Farben eine

politische Zukunft schilderte, falls ich mich entschließen könnte, in Hessen zu bleiben. Das alles sollte mich nicht abhalten können, Hessen zu verlassen. Ich durfte damals weniger an meine „glänzende politische Zukunft“, vielmehr mußte ich an die elende Gegenwart und an meine Familie denken. Drei Kinder und ein Einkommen von 120 Mark monatlich, fünf Jahre lang, das ging einfach nicht mehr.

Kaum waren jedoch über die widerwärtigen Zustände in Nürnberg die ersten Mitteilungen nach außen gelangt, da schrieb mir schon Ulrich, der „rote Großherzog“, weshalb ich mich solchen Widerwärtigkeiten in dem „wilden Lande“ Bayern aussetzte, ich sollte zurückkommen nach Hessen, um die Redaktion des Offenbacher Parteiblattes zu übernehmen. Daß ich schließlich den weiteren Lockungen Ulrichs nicht länger widerstanden habe, ist den Lesern bereits bekannt. In Offenbach war ich dann drei Jahre tätig, nicht nur als Leiter unseres Parteiblattes, sondern vornehmlich auch als Redner in den Provinzen Oberhessen, Rheinhessen und Starkenburg.

An Offenbach habe ich Erinnerungen heiterer und trauriger Art in großer Menge. Ulrich wurde von einer Wirtschafterin betreut, die ein unvergleichliches Original war, die „Gnädige“, wie sie in den Parteikreisen der ganzen Provinz Starkenburg genannt wurde. Jeder in Offenbach und weiterer Umgebung kannte sie, aber auch sie kannte jeden und jede. Sie bemutterte Ulrich, den „Gnädigen“ — anders sprach sie von ihm in seiner Abwesenheit nie —, wie ihr Kind. Dabei waren beide wohl in gleichem Alter. Sie jagte von früh bis spät treppauf, treppab durch alle Räume der Druckerei und schimpfte ununterbrochen in Deutsch, Französisch und Englisch auf die Redaktion und die Expedition, die Setzer, den

Metteur, den Drucker und die Zeitungsträger, auf die Inserenten und alle Lieferanten, auf die Bäcker, die Metzger —, sie schimpfte unverdrossen und meinte es dabei doch mit allen gut. Je mehr sie einen Menschen beschimpft hatte, um so reicher war die Spende, die sie dann für die „Fraa“, für den „Moa“ oder für die „Kinner“ einpackte. Als Trostpreise hatte sie stets Obst, je nach der Jahreszeit, in großen Mengen zu Hause, aber auch Zigarren, Gemüse, Brot und Wurst, je nach den Bedürfnissen ihrer Opfer. Da ich sie einmal so ganz nebenbei in aller Harmlosigkeit einem alten Drachen verglichen hatte, war ich ihr besonderer Liebling geworden. Sie schimpfte täglich auf den „Glatzkopf in der Redaktion“, aber sie brachte als Sühne dafür stets irgendeine Liebesgabe zum Frühstück. Besonders köstlich war die Spende dann, wenn irgendeinem gehässigen Gegner Ulrichs im Blatte gehörig heimgezahlt worden war. Dann strahlte sie vor Freude. Als wir eines Morgens in die Redaktion gingen, fanden wir einen großen Teil der ganzen Marktstraße dick mit Stroh belegt. Ulrich war in der Nacht erkrankt und erst gegen Morgen eingeschlafen. Damit er durch die Marktwagen nicht gestört werden sollte, hatte sie schleunigst für den Strohbelaag gesorgt. Das holprige Straßenpflaster Offenbachs war übrigens weit und breit berühmt. Es hatte den Frankfurter Dichter Friedrich Stoltze zu einem fürchterlichen Fluch veranlaßt, dessen Schluß, entsprechend illustriert, zum Spottwort in ganz Hessen geworden war. „Krieh die Kränke, Offebäch! Die Staa binne se aa, die Hunn' losse se laafe!“ (Die Steine, mit denen man nach einem Hunde werfen könnte, pflastern sie ein, die Hunde lassen sie frei umherlaufen.)

Hessen ist in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das freieste deutsche Land gewesen. Die

inlichen preußischen Scherereien kannte man nicht. Mancherlei ist darüber schon in dem Kapitel aus Gießen berichtet worden. Etwa 1904 oder 1905 hatte uns Engelbert Pernerstorffer eine Versammlung in Offenbach zugesagt. Zu unserer großen Überraschung wurde unserem Freunde, sicherlich auf preußische Einflüsse hin, das Reden verboten. Die Versammlung wurde natürlich trotzdem abgehalten, und zwar am Vormittag des preußischen Buß- und Betttags mit Ulrich und mir als Referenten. Da wir Massenbesuch für selbstverständlich hielten, hatten wir vereinbart, daß Ulrich im großen Saale des Gewerkschaftshauses, ich unter freiem Himmel vor dem Hause reden sollte. Der Andrang war wirklich unbeschreiblich. Nicht nur aus Offenbach und allen Nachbarorten waren die Arbeiter in Massen erschienen, sie waren auch zu vielen Hunderten von „dribb d'r Bach“, von der anderen Seite des Mains, aus dem preußischen Frankfurt, gekommen. Wer im benachbarten Preußen nicht büßen und beten wollte, ging am Mittag über die Grenze nach dem „wildem Hessen“. Wir hatten vereinbart, daß Ulrich und ich das Verhalten der Polizei nicht nur rücksichtslos geißeln, sondern daß wir sie auch in Verlegenheit bringen wollten durch die Meldung, man hätte unserem Freunde zwar den Mund stopfen, aber die Beine nicht zusammenbinden können. Er weile mitten unter uns, um diese preußische Schmach in Hessen ganz mit empfinden und dann überall da, wo weniger preußisch gewirtschaftet werde, diese Kulturschande nach Gebühr brandmarken zu können! Im Saale sowohl, wie draußen unter freiem Himmel, waren die zahlreich erschienenen Geheimpolizisten durch diese Bemerkungen, die bei den Versammelten riesigen Jubel auslösten, in große Aufregung versetzt worden. Sie suchten eifrig nach dem verbotenen

Österreicher und wurden jedesmal ausgelacht, wenn sich ein ihnen verdächtig Erscheinender „mit langer Nase und spitz zugeschnittenem Vollbart“ als irgendein harmloser Bürger aus Hanau oder Frankfurt auswies. Tausendstimmige Hochs auf Pernerstorffer erschollen jedesmal, wenn die Polizei sich wieder vergriffen hatte. Diese preußische Betätigung in Hessen ist nur einmal und niemals wieder von der hessischen Regierung geduldet worden. Der propagandistische Erfolg für die Sozialdemokratische Partei war ungeheuer. Es wurden zahlreiche neue Mitglieder für die Partei und viele Hunderte Abonnenten für das Parteiblatt gewonnen. Bei aller Beredsamkeit unseres lieben Engelbert — den Erfolg hätte er durch seine schönste Rede nicht erringen können, den die Preußen mit dem Verbot erzielt haben.

In Offenbach wurde übrigens damals der politische Kampf von den Gegnern der SPD. so gehässig persönlich und verlogen geführt, wie man das bis dahin nirgends im Reich gekannt hatte. Verleumdungen und Unterstellungen, wie sie vor der Wahl 1907 zum ersten Male im Reiche allgemeiner praktiziert worden sind, tauchten zuerst in Offenbach schon 1903 auf. Offenbach war zweifellos das Probierfeld des im Entstehen begriffenen Reichsverbandes zur Bekämpfung der deutschen Sozialdemokratie. Die „Offenbacher Zeitung“ brachte dauernd verletzend und verhetzende Artikel über die angeblichen Vermögensverhältnisse Ulrichs und erging sich in persönlichen Anspielungen häßlichster Art. Gegenkandidat Ulrichs war 1903 ein katholisch-national-liberaler Arzt Dr. Jakob Becker aus Sprendlingen. Er war kaum in den Wahlkampf eingetreten, da kamen auch schon die nichtswürdigen Verdächtigungen in die Presse von „Drahtseilen, die nachts über die Straße gespannt worden seien“, um

den unvergleichlichen Herrn Doktor mitsamt seinem Auto ums Leben zu bringen. Es gelang den vereinten bürgerlichen Parteien tatsächlich, das alte sozialdemokratische Offenbacher Mandat mit derartigen Schwindeleien zu erringen. Ihr Appell an die niedrigsten Instinkte war von Erfolg gekrönt, allerdings nicht für lange. Der Redakteur der „Offenbacher Zeitung“, der typische Reichsverbändler, so wie wir sie später zu Dutzenden kennengelernt haben, ein gewisser Anton Beer, war plötzlich bei Nacht und Nebel aus triftigen Gründen verschwunden. Bei den nächsten Wahlen wurde das Mandat für die Sozialdemokratie zurückgeholt und selbstverständlich dann ununterbrochen gehalten. Der in so infamer Weise geführte Wahlkampf der vereinigten Besitzbürger hatte nur einmal gezogen.

NACH KASSEL VERSETZT

Nahezu drei Jahre war ich in Offenbach tätig, als eines Abends Albin Gerisch als Vertreter des Parteivorstandes sehr geheimnisvoll auftauchte. Er wollte mit mir vertraulich eine Sache besprechen, die er „für ebenso wichtig halte, wie die mit dir zu Ende geführte Solinger Angelegenheit“, die später geschildert werden soll. Ich erhob entsetzt die Hände und sagte mit Grausen: „Du, noch einmal Solingen oder so etwas ähnliches? Nein! Nein! Tausendmal nein! Hebe dich weg von mir, Satanas!“ Gerisch, ein braver Mensch, jedoch sehr ernst, lachte, was selten genug bei ihm vorkam, aus vollem Halse. „Versteh mich nicht falsch, es handelt sich um eine Sache, die für die Partei von großer Wichtigkeit ist, nicht um ein zweites Solingen!“ Allmählich rückte er dann heraus. Es handele sich um meine Vaterstadt Kassel. „Die Partei kommt dort

nicht hoch und unser dortiges Blatt ist das schlechteste der ganzen Partei.“ Der Parteivorstand will ein großes finanzielles Opfer bringen, wenn du dich bereit erklärst, nach Kassel zu gehen, um das Blatt zu machen.“ Ich bat eine Stunde Bedenkzeit aus und fragte dann, als wir beim Schoppen saßen, wie groß das finanzielle Opfer sei, das der Parteivorstand bringen wolle. „30 000 Mark!“ antwortete Gerisch, „die sollen natürlich auf etwa drei Jahre verteilt werden. Glaubst du, daß du damit das Blatt hochbringen kannst?“ Nach gründlicher Aussprache wurde klar, daß mit dem ausgeworfenen Betrag die gesamten redaktionellen Kosten, einschließlich der Redakteurgehälter, für die drei bis vier Jahre gedeckt werden sollten. In Wirklichkeit war die so groß klingende Summe also doch nur eine Lappalie. Ich stellte noch am gleichen Abend einen provisorischen Etat auf und erklärte mich dann bereit, die Mission zu übernehmen. Die Aufgabe reizte mich.

Vom Main verlegte ich meinen Wohnsitz wieder an die Fulda, aus Darmhessen in die kurhessische Heimat, freudig begrüßt von der übergelücklichen Mutter, die den verlorenen Sohn wieder ans Herz drücken konnte, aufrichtig aber auch begrüßt von den Genossen und Jugendfreunden, mit denen ich dann sechs Jahre lang Freud und Leid redlich geteilt, mit denen gemeinsam vor allem aber ein rücksichtsloser Kampf gegen die Reaktion in ihrer häßlichsten, dümmsten und brutalsten Form, nämlich der des Antisemitismus, geführt wurde.

Das „Kasseler Volksblatt“ war in der Tat geschäftlich und redaktionell vollkommen heruntergewirtschaftet. Eine eigentliche Redaktion hatte es seit Jahr und Tag nicht mehr gehabt. Ein in der Expedition beschäftigter Angestellter, ein braver Fuhr-

mann, der ausgezeichnet mit seinen Pferden zurechtgekommen war und im Laufe der Jahre später bewiesen hat, daß er ein ganzer Kerl war, schnitt aus einem anderen Parteiblatt „die Politik“ heraus und kaufte einigen zweifelhaften Reportern, von denen keiner einen Satz richtig schreiben konnte, für wenige Pfennige die Stadtneuigkeiten ab. Zumeist waren die Meldungen ebenso falsch, wie das Deutsch, in dem sie veröffentlicht wurden. Unter diesen Reportern hatte sich ein Original befunden, das, wenn gar nichts los war, irgendeine Schwindelnotiz erfand. Fiel ihm nichts besseres ein, so ließ er Pferde stürzen, Hunde überfahren, kostbare Vögel entfliegen oder Spitzbuben in nicht existierende Läden einbrechen. Gekauft wurden diese Berichte immer, denn sie waren ja furchtbar billig und wurden gern gelesen. Für zwanzig Pfennige konnte man ein halbes Dutzend der gewagtesten Einbrüche und ein ganzes Dutzend blau geschlagene Augen oder ebensoviel eingedrückte Nasen bewundern. Die meisten Abonnenten des „Volksblattes“ waren, wie sich bei einer Buchprüfung ergab, Leser honoris causa. Nachdem alle „Abonnenten“, die seit mehr als sechs Monaten kein Abonnementgeld bezahlt hatten, gestrichen waren, blieben keine 1500 übrig. Sobald nach und nach auch denen zu Leibe gerückt war, die nur mehr als drei Monate mit ihrer Zahlung im Rückstande waren, schrumpfte die Auflage des Blattes in beängstigender Weise zusammen. Das Blatt war bisher nur dadurch vor dem Eingehen bewahrt worden, daß der Parteivorstand alle paar Wochen einspringen und die aufgelaufenen Schulden zahlen mußte. Da es auf diese Weise wohl vor dem Sterben bewahrt, aber nicht gebessert und auf eigene Füße gebracht werden konnte, hatte der Parteivorstand den bereits erwähnten Entschluß gefaßt, einmal eine größere

Summe unter gewissen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Auf meine Anregung wurde Johannes Kämpfer von Rotenburg, ein regsamer, junger Genosse, der in Hessen Land und Leute kannte wie kein zweiter, als Geschäftsführer gewonnen, denn die geschäftliche Leitung des Blattes war noch schlechter als die redaktionelle gewesen.

In verhältnismäßig kurzer Zeit nahm das Blatt einen großen Aufschwung. Es erfreute sich in Arbeiterkreisen bald allgemeiner Beliebtheit und fand auch Eingang im Kleinbürgertum. Neben der vielen anderen Arbeit, die ich auf dem Halse hatte — ich gehörte bereits seit 1903 dem Reichstage an und mußte an den geschlossenen Sitzungen der örtlichen Parteikörperschaften teilnehmen — schrieb ich wöchentlich eine Plauderei in Kasseler Mundart, ein Beginnen, das gut einschlug und viele Leser aus Handwerkerkreisen brachte. Wenn der Reichstag zusammen war, machte ich den politischen Teil in Berlin, so daß der andere Redakteur, Richard Hauschildt, — wir waren nur zu zweit — den provinziellen und lokalen Teil zu bearbeiten, außerdem aber noch die morgens einlaufenden „Wolffstelegramme“ (die wir aus dem zweiten Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ ausschnitten) unterzubringen hatte. Seine Hauptsorge war, wie er immer wieder schrieb und stöhnte, die: „wohin soll ich mit all Ihren Manuskripten! Sie schicken zu viel, ich ersaue in Ihrer Politik.“ Im Vergleich zu den Hilfsmitteln, die einer Redaktion heute zu Gebote stehen, waren die damaligen Verhältnisse geradezu kläglich zu nennen. Trotzdem: wir hatten den Ehrgeiz, unser Blatt hochzubringen, und wir hatten die Freude, unsere Arbeit belohnt zu sehen. Je größer und sichtbarer unsere Erfolge waren, desto mehr wuchs die Erbitterung unserer Gegner, die alle rechts

von uns standen. Die Arbeiterschaft, soweit sie zum Klassenbewußtsein erwacht war, gehörte zu uns. Der Bolschewismus war noch nicht erfunden, Moskauer Hampelmänner gab es noch nicht. Wenn jemand damals gesagt haben würde, daß sich einmal deutsche Arbeiter finden könnten, die, auf jede eigene Meinung verzichtend, von Moskau aus wie Marionetten sich würden mißbrauchen lassen, so wäre ein Gelächter ausgebrochen von Königsberg bis Konstanz.

DER REICHSVERBAND GEGEN DIE SOZI

Als kleinbürgerliche Beamtenstadt war Kassel schnell ein Dorado des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geworden. An der Spitze des Reichsverbandes stand der Generalleutnant v. Liebert. Die Kasseler Ortsgruppe wurde geleitet von dem Generalleutnant v. d. Böckh, einem politisch beschränkten Gamaschenknopf. Bei der großen Abhängigkeit, in der zu kaiserlicher Zeit jeder Beamte sich befand, wurden die Listen zum Einzeichnen für den Reichsverband von Büro zu Büro geleitet, der Herr Vorsteher schrieb sich ein und — wer hätte es von den unteren oder mittleren Beamten wagen dürfen, seine Einzeichnung zu verweigern? Wiederholt wurde bekanntgegeben, daß Kassel die stärkste Ortsgruppe des „Lügenverbandes“, wie die Organisation in Arbeiterkreisen allgemein genannt wurde, hatte. Angeblich zählte sie mehr als 5000 Mitglieder. Der Verband entfaltete eine überaus rege Tätigkeit. Bei den Reichstagswahlen operierte er wie folgt: Alle bürgerlichen Parteien mußten sich verpflichten, für den Fall einer Stichwahl unter allen Umständen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen.

Gegen diese Verpflichtung genossen alle bürgerlichen Parteien für die Hauptwahl die Unterstützung des Reichsverbandes durch Lieferung von Flugschriften, sowie durch die Abhaltung von Versammlungen gegen die Sozialdemokratie. In den Versammlungen des Reichsverbandes wurde das Blaue vom Himmel heruntergelogen, um die Sozialdemokratie zu verdächtigen, freie Aussprache gab es natürlich nicht.

Fortgesetzt im „Volksblatt“ angegriffen, beriefen die Reichsverbändler einmal eine Versammlung ein mit dem Bemerkten, daß es eine freie Aussprache geben sollte. Wir hatten unter der Hand von einem der vielen Zwangsmitglieder gehört, daß die freie Aussprache zwar angekündigt, nachher aber dadurch unmöglich gemacht werden sollte, daß man fünf oder sechs eigene Redner sprechen ließ und dann wegen eingetretener Feierabendstunde Schluß machen wollte. Wir ermahnten die Arbeiter, ihre Groschen dem Reichsverbande nicht zu opfern, vielmehr zu Hause zu bleiben, um sich nicht narren zu lassen. Am nächsten Tage veröffentlichte der Verband Inserate in allen bürgerlichen Zeitungen an die Arbeiter: „Eure Führer fürchten sich!“ Nunmehr appellierten wir an die eiserne Disziplin unserer Genossen und verlangten erst recht, daß keiner in die Versammlung gehe; daß ihre Führer sich nicht fürchten, wüßten sie. Kein Wort weiter. Außer mir ging denn auch kein Arbeiter in die Versammlung. Als ich in den überfüllten Saal eintrat, steckten alle die Köpfe zusammen. So ein frecher Mensch! Mitten im Saale setzte ich mich auf einen für einen anderen belegten Stuhl. Als ob man nur auf mein Kommen gewartet hätte —

Der Herr Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit hochtrabenden Redensarten, die er für patriotisch

holt, und gab dann dem ersten Referenten, Herrn Sowieso, das Wort. Nachdem dieser Redner eine Stunde lang die Versammlung gelangweilt hatte mit Märchen aus den Kolonien, erhielt der zweite Redner das Wort, Herr Katzenbuckel aus Berlin. Hatten die tausend Menschen schon während der Rede des ersten Referenten mehr nach mir als nach dem Podium geschaut, so verwandten sie jetzt kaum noch einen Blick von meinem Platz, nachdem ich bei einer herzhafte blöden Behauptung des Redners einmal hell aufgelacht hatte. Die Versammlung langweilte sich offenbar zu Tode. Schließlich kam noch ein dritter Redner, und dann noch ein vierter, der über Handwerkerfragen sprechen sollte, zum Wort. Bei dieser Rede wurde gähnt und direkt gemurrt. Als der Handwerksredner mit seiner Rede in den letzten Zügen lag, sah ich den Vorsitzenden seine Vorbereitungen für das Schlußwort treffen. Er schlürfte Limonade, wahrscheinlich genau so dünn, wie die Reden, die wir gehört hatten, rutschte nervös auf dem Stuhle hin und her und wischte mit dem Schnupftuch bald über das Strategenhaupt, bald über den Schnauzbart. Richtig — das Schlimmste war überwunden, wenigstens für mich: der Herr Referent machte überhastet Schluß, er war am Ende seines Lateins. Da erhob sich der Herr Generalleutnant, dankte den Rednern für ihre „lehrreichen Ausführungen“ und machte unverkennbar Anstalten für sein patriotisches Schlußfeuerwerk, das stets, wie bekannt war, in ein „Hoch auf Seine Majestät unseren allergnädigsten Kaiser und König“ ausklang. Aber bevor noch Seine Majestät der allergnädigste Kaiser und König angehocht werden konnte, war ich durch den Saal gesprungen und verlangte energisch das Wort, denn es sei ausdrücklich zu der Versammlung mit dem Hinweis auf freie Aussprache eingeladen

worden. Der Herr Generalleutnant wollte Späne machen, wurde aber nun sogar aus der Versammlung heraus aufgefordert, mir das Wort zu geben — tausend Menschen platzten nahezu vor Neugier: Was werden wir erleben, wenn der jetzt redet!

„Gut, der Scheidemann hat das Wort, aber nur für zehn Minuten.“

Schon stand ich neben ihm und begann: „Nachdem der Böckh — es ist ja wohl, wie ich annehmen muß, hier Sitte, so zu reden — mir für zehn Minuten das Wort erteilt hat, werde ich zu beweisen haben, daß unter Umständen in zehn Minuten von Einem mehr gesagt werden kann, als von Vier oder Fünfen zusammen in 150 Minuten.“ Wie mir später von verschiedenen Seiten versichert wurde, ist „der Böckh“ bleich wie eine Leiche geworden nach meinen ersten drei Worten. Das wäre nicht mehr wie recht gewesen nach der Zurechtweisung wegen seines ungezogenen Benehmens. Natürlich hielt ich mich nicht lange mit den „belehrenden“ Referaten auf. Mit zwei Sätzen wischte ich sie aus dem Gedächtnis der Versammlung weg, wie man eine Wandtafel mit einem Schwamme säubert. Dann zeichnete ich, in dem Bewußtsein, Menschen vor mir zu haben, denen ich mit dem Abkommen müsse, die Klassenunterschiede. Gruppierte links die ungeheuren Massen der Kopf- und Handarbeiter, rechts das Häuflein der Besitzenden, die ihren Reichtum aus der Arbeit anderer gewinnen, und ihre politische Macht der Gleichgültigkeit und Denkfaulheit eben dieser anderen, nämlich der schaffenden Masse, verdanken. „Die Gänse und Hühner sind nicht so dumm, ihr Schicksal den Füchsen anzuvertrauen. Ihr aber, ihr kleinen Handwerker, Geschäftsleute, unteren Beamten usw., ihr lauft inaktiven Generälen und aktiven Fabrikanten nach, in dem Glauben, daß

dann eure Interessen am besten gewahrt werden ...
Wo ist der Arbeiter, der das Handwerk ruiniert? Den gibt es nicht! Die kleinen Schuster gehen zugrunde, weil ihnen die Schuhfabriken das Lebenslicht ausblasen. Wer steckt hinter den Fabriken? Die Kapitalisten ... Und dann die ‚Vaterlandsfeindschaft‘ der Sozialdemokratie! Sie ist erlogen. Von wem stammt das Wort ‚Ohne Kanitz keine Kähne‘! Von den engsten Freunden Ihres Vorsitzenden, den Konservativen. Sie wollten dem Vaterlande die angeblich unentbehrlichen Schiffe aus lauterer Vaterlandsliebe bewilligen, aber nur dann, wenn man ihnen auf lange Zeit hinaus festgelegte Mindestpreise für die Brotfrucht gewährleistete, wenn man ihnen das Recht einräumte, durch hohe Brotpreise das Volk auszuplündern. Das nennt die Gesellschaft dann Patriotismus ...“

So war ich gerade im schönsten Zuge, die Versammelten lauschten andächtig, wie bei einer aufpeitschenden Kanzelrede, als der Vorsitzende mich mit dem Bemerkten niederdingelte, daß meine zehn Minuten abgelaufen seien und die Versammlung geschlossen werden müßte, und zwar mit dem Rufe: „Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch! —

Tagelang ist in der kleinbürgerlichen „Residenz“ über diese Versammlung gesprochen und in allen Wirtshäusern debattiert worden, nicht zum Schaden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Es ging voran mit der Sozialdemokratischen Partei in Hessen. Nur unterbrochen durch die zwei Nürnberger Jahre, hatte ich von 1888 an unausgesetzt den Kampf besonders gegen den Antisemitismus geführt. Kassel mußte als letzte Burg dieser Kulturschande erobert werden, erobert für die Sozialdemokratie. Das war unser Programm, das wir durchgeführt haben. Bei den

Wahlen im Winter 1906/07 klappte der Schlag noch nicht. Das eine Jahr intensivster Arbeit hatte nicht genügt, die Feste zu Fall zu bringen. 1912 aber, nachdem wir besonders auch in der Stadtverordnetenversammlung, in die ich mit wenigen anderen Sozialdemokraten gewählt worden war, durch praktische Arbeit vielen den Star gestochen hatten, war sie sturmreif. Mit dem Antisemiten Lattmann flog der letzte Antisemit aus dem Deutschen Reichstag. Unser Kandidat Hüttmann aus Frankfurt a. M. zog für ihn in das Reichsparlament.

Bei den Wahlen im Jahre 1903 waren im Reiche 3 010 800 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden, 1907 3 258 000, 1912 aber 4 250 000. —

Meines Bleibens in Kassel war nicht länger als sechs Jahre gewesen. Auf dem Parteitage in Jena wurde ich 1911 in den Parteivorstand gewählt.

Fünfter Abschnitt

IN DER PARTEILEITUNG

Als im Jahre 1911 der Sozialdemokratische Parteitag in Jena zusammentrat, tobten die Finsterlinge im Lande. Das verpreußte Deutschland war ihnen noch viel zu freiheitlich. Im Reichstag herrschte der schwarz-blaue Block als feste Mehrheit. Die evangelisch-blauen Junker und Unternehmer waren vereinigt mit der schwarz-katholischen Klerisei. Ein Zustand so ganz nach dem Herzen aller Rückwärtser. Mit einer solchen Mehrheit in der Volksvertretung hatte der Kaiser dem schafsgeduldigen Volke übermütig zurufen können: „Herrlichen Zeiten werde ich euch entgegenführen!“ Von der Verwaltung, nament-

lich in Preußen, wurde die Arbeiterbewegung in der kleinlichsten Weise schikaniert und gequält. Die Richter fällten grausame Urteile. Innerhalb eines halben Jahres wurden von bekannteren Sozialdemokraten wegen angeblicher Majestätsbeleidigung vier zu insgesamt 23 Monaten Gefängnis verurteilt. Und doch, so hieß es in der Rechtspresse, sei mit den bestehenden Strafgesetzen gegen die Sozialdemokratie nicht mehr auszukommen. Es wurde Stimmung gemacht für neue Ausnahmegesetze. In Moabit war es infolge des brutalen Vorgehens der „Königlich preussischen Polizei“ gegen streikende Arbeiter zu einigen Krawallen gekommen. „Das ist der Anfang der Revolution!“ „Rote Petroleusen haben brennende Lampen nach der Polizei geworfen!“ So schrien die konservativen Gazetten wochenlang Tag für Tag.

Einige Straßendemonstrationen für das gleiche Wahlrecht in Preußen hatten die verschlafenen Leser der „nationalen“ Blätter, die ihre königlich preussische Ruhe haben wollten, aufgescheucht. Also: „Hilfe! Hilfe! Gegen die Sozialdemokratie!“ Wie der Kaiser in diesen Fragen gedacht hat, geht einwandfrei hervor aus den Schilderungen, die sein langjähriger Hofmarschall, Freiherr v. Zedlitz-Trützschler, aufgezeichnet hat in seinem Buche „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“. Gewissenlose Scharfmacher hatten bei einer Mittagstafel gegen die Arbeiterschaft aufgehetzt, darauf Seine Majestät: „Ja, ohne einen ordentlichen Aderlaß mit Dazwischenschießen wird es wohl in der nächsten Zeit nicht abgehen.“ Als die Berliner Straßenbahner im Jahre 1900 in einen Streik eingetreten waren, der, sicher infolge des taktlosen Verhaltens der Polizei, einige Unruhen am Dönhofsplatz im Gefolge gehabt hatte, telegraphierte der Kaiser an das Generalkommando des Gardekorps: „Ich erwarte,

daß beim Einschreiten der Truppen mindestens fünfhundert Leute zur Strecke gebracht werden!“ —

Als die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sich in Jena zusammenfanden, zählte die Partei nahezu 850 000 organisierte, regelmäßig Beiträge zahlende Mitglieder. Innerhalb Jahresfrist waren mehr als 116 000 neue Mitglieder gewonnen worden. Eine Kampfeslust ohnegleichen herrschte unter den Delegierten. Nur noch wenige Monate, dann mußte die große Abrechnung kommen mit den Schwarz-Blauen. Es galt also, alle Vorbereitungen zu treffen, das Waffenarsenal zu vervollständigen, den Generalstab zu ergänzen. Für den verstorbenen Paul Singer, der mit Bebel Vorsitzender der Partei gewesen war, wurde der Königsberger Rechtsanwalt Hugo Haase gewählt. Als Sekretäre wurden wiedergewählt: Ebert, Gerisch, Molkenbuhr, H. Müller und Pfannkuch. Hinzugewählt wurden: Otto Braun und Scheidemann. Für die Frauen wurde Luise Zietz dem Vorstand zugesellt.

Die Wahl in die Parteileitung bedingte für mich wieder einmal einen Umzug: von Kassel nach Berlin. Meine Frau, die nun schon zum siebenten Male mit Kind und Kegel hatte umziehen müssen, gab jetzt doch scherzhaft zu erwägen, einen Zigeunerwagen zu beschaffen, weil uns dann das sich immer wiederholende Ein- und Auspacken erspart bleibe.

Trotz der guten Kameradschaft mit den Freunden und Kampfgenossen in der Parteileitung war das Arbeiten in der Zentrale der deutschen Sozialdemokratie zunächst eine große Enttäuschung für mich. Bis dahin war ich in allen Stellungen vollkommen selbständig gewesen, obwohl ich als Redakteur natürlich überall mit Preßkommissionen hatte arbeiten müssen. Irgendwelche Schwierigkeiten habe ich damit nirgends

gehabt, im Gegenteil, überall waren die Preßkommissionen meine besten Helfer, sie sind mit mir durch dick und dünn gegangen. Die freie Feder des Redakteurs mußte ich nun mit Aktenbündeln vertauschen. Mit Ebert und Müller saß ich anfänglich im gleichen Zimmer. Wenn ein Besucher mit einem von uns verhandelte, waren die beiden anderen lahmgelegt. Und was bargen die Akten, was erzählten die Besucher? Zunächst Kleinkram, der mich nicht interessierte. Natürlich mußten alle diese langweiligen Klagen ertragen, mußten die zahllosen bürokratischen Arbeiten gemacht werden. Ich bewunderte die Geduld und den Fleiß meiner Kollegen, die mir mit bestem Beispiel vorangingen. Mit erstaunlichem Ernst trug Ebert in der Vollsitzung des Vorstandes vor, daß der Geschäftsführer Sowieso in Dortal oder Johsdorf neue Gardinen für sein Büro beschafft habe. Der Parteivorstand sei an diesem Unternehmen beteiligt. Er werde sich derartige Eigenmächtigkeiten bestimmt nicht gefallen lassen. Natürlich nicht! Dem Angestellten Erdkügler in der mit Beteiligung des Parteivorstandes errichteten Druckerei in Westfälingen wurden 30 Mark Gehaltszulage bewilligt. In Erdburg mußte ein Schiedsgericht zusammentreten, für das wir den Vorsitzenden zu ernennen haben. Gott ja, das war alles notwendig, aber, so frage ich mich, der ich mit solchen Geschichten niemals im Leben etwas zu tun gehabt hatte, ist das Arbeit für die Leitung einer Millionenpartei? Zu meinen Dezernaten gehörten u. a. die Parteischule, an der Mehring, Rosa Luxemburg, Heinemann, Stadthagen, H. Schulz, Heinrich Cunow und andere lehrten, sowie die Vertretung des Vorstandes in der Preßkommission des „Vorwärts“. Das waren Aufgaben, die im Notfall einigermaßen befriedigen konnten. Mehr nicht. Mir hing halt

immer und überall der Redakteur nach, der politisch das Neueste in größter Hast verarbeitet und Tag für Tag zu Tausenden von Menschen reden soll, der mitten im hastenden Leben steht ...

In Vertretung Müllers sollte ich einmal in einem Schiedsgerichtsverfahren bestimmte Vorschläge machen, wahrscheinlich handelte es sich um die Ernennung eines Vorsitzenden. Ich schilderte den bisherigen Verlauf des Verfahrens gegen das angeschuldigte Parteimitglied und stellte fest, daß der Mann mit Recht aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Wir sollten froh sein, einen solchen Menschen los zu sein, deshalb sei ich nicht für die Wiederholung des Verfahrens in einer neuen Instanz, denn es sei schade um jeden Pfennig, den wir deshalb noch opfern würden.

Alle meine Freunde schrien vor Vergnügen auf: „Kennst du denn das Organisationsstatut nicht? Danach muß doch auf Antrag die zweite Instanz berufen werden!“ Ich erklärte freimütig, daß ich das Organisationsstatut noch niemals gelesen hätte, auch gar nicht beabsichtige, es jemals in die Hand zu nehmen, weil es mich nicht im geringsten interessiere. Es war ein Glück für mich, daß die Kollegen damals auch gute Kameraden und Freunde waren, sonst hätten sie mir manchmal peinliche Scherereien machen können.

Für einen plötzlich erkrankten Kollegen sollte ich einen bestimmten Fall bearbeiten. Ich erledigte die Korrespondenz und legte sie in eine meiner Mappen. Nach längerer Zeit herrschte große Aufregung in den Büroräumen, weil die Korrespondenz mit dem angenehmen Zeit- und Parteigenossen X. nirgends zu finden war. Schließlich war es einem Kollegen eingefallen, daß ich einmal vertretungsweise mit diesem X. zu tun gehabt hatte. Drei Mann kamen auf einmal in mein Zimmer, das letzte in der durch Einziehen

von Rabitzwänden inzwischen eingerichteten Zimmerflucht:

„Philipp, wo hast du die Korrespondenz mit dem X.?“

„Die liegt in der Mappe.“

„Nein, da ist sie nicht.“

„Aber selbstverständlich, bitte, eine Sekunde.“

Ich griff in meinen Schrank, holte die betreffende Mappe heraus und übergab sie stolz einem der Kollegen. Er guckte erst die Mappe und dann mich an und sagte dann:

„Da steht drauf ‚Verrückte‘?“

„Ja — um alles in der Welt, wohin hätte ich denn den X. anders hintun sollen — —“

Zwei Jahre später wußte die ganze Partei, daß bei dem von mir richtig eingepackten Genossen einige Schrauben los waren.

Da Bebel das halbe Jahr in der Schweiz lebte, und Haase, der andere Vorsitzende, vielfach beruflich als Anwalt verhindert war, rechtzeitig zu den ordentlichen Plenar-Vorstandssitzungen zu kommen, führte Ebert zumeist den Vorsitz. Er war sehr geschäftsgewandt und kannte, da er schon zehn Jahre lang dem Parteivorstand angehörte, alle Vorgänge. Er herrschte, im besten Sinne ist das gemeint, sozusagen diktatorisch in dieser demokratischen Körperschaft. Was er wollte, setzte er fast immer durch, wenn auch manchmal erst nach zornigem Augenrollen. Schier unerträglich war mir die Art und Weise, wie Aufrufe und ähnliche Kundgebungen zustandekamen. In den acht Jahren meiner Zugehörigkeit zum Parteivorstand habe ich die meisten Entwürfe für politische Proklamationen machen müssen. Es wurde dann für jedes Mitglied ein Abzug angefertigt, und jeder brachte

seine Verbesserungen an. Wahrscheinlich kann nicht anders verfahren werden in einer demokratischen Partei, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß mir oft das Herz geblutet hat, wenn ich schließlich meine Entwürfe, nach manchmal stundenlangen Verhandlungen, schließlich in der Presse veröffentlicht sah. Jedenfalls litten unsere Aufrufe darunter, daß sie niemals wie aus einem Guß erschienen, sondern immer den Begabungs- und Willensdurchschnitt von acht oder zehn sehr verschieden veranlagten Menschen gar zu deutlich zur Schau trugen.

Obwohl wir in guter Kameradschaft miteinander lebten, stand dennoch mein Entschluß schon im ersten Jahre meiner Zugehörigkeit zum Parteivorstand fest, nach Ablauf von zwei, längstens drei Jahren wieder auszuscheiden, weil die Art der damals zumeist bürokratischen Tätigkeit mir nach gar keiner Richtung hin zusagte. 1914, ich war mit meinen Freunden in Kassel schon seit einem Jahre vollkommen einig, sollte und wollte ich bestimmt ausscheiden. Da brach der unglückselige Krieg aus und machte es mir natürlich zur Pflicht, auszuharren. 1917, als wir, etwas verfrüht, das Ende des Krieges in greifbarer Nähe glaubten, wurde ich in einer Sitzung der Kasseier Vertrauensmänner verpflichtet, die dortige Reichstagskandidatur und auch wieder die Chefredaktion des „Volksblattes“ baldigst zu übernehmen. Auch diese Abmachungen konnten leider nicht innegehalten werden, weil das Kriegsende ganz anders war, als wir erwartet hatten. Übrigens war ich Zeuge, als Ebert mit Vertretern des Genossenschaftswesens die Frage erörterte, ob er nach dem Kriege in der Zentrale in Hamburg eine für ihn passende Stellung übernehmen könne. Die in der Vorkriegszeit schon begonnenen, dann im Kriege bis zur Unerträglichkeit gesteigerten häßlichen Kämpfe

von allerlei Radikalinski gegen die Parteileitung hatten auch ihm „die Politik vereckelt“.

Oasen in der Wüste waren in den Jahren meiner Zugehörigkeit zum Parteivorstand die wenigen Parteitage, auf denen lebhaft gefochten wurde und auf denen auch ich Aufgaben zu erledigen hatte, die mir Freude bereiteten.

DER KAMPF UM DAS STICHWAHLABKOMMEN

Die gesamte agitatorische und organisatorische Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei war von 1910 an auf die Abrechnung bei den bevorstehenden Reichstagswahlen mit dem schwarz-blauen Block eingestellt. In einem dem Jenaer Parteitag 1911 vorgelegten Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte der Berichterstatter Adolf Geck über meine jüngste Etatsrede im Reichstage geschrieben:

„Scheidemann schilderte vorzüglich mit seinem lebhaften Rednertemperament die große Sündenschuld der herrschenden Gesellschaft an dem finanziellen Bankrottsystem, das aus der fortdauernden Wett-rüstungs- und Weltmachtspolitik entstand und weiterwuchert. Ein Reich, das etwa 98 Proz. seiner Nettoeinnahmen diesem kriegerischen Wahne opfert, dabei durch eine raffinierte Zöllnerei das arbeitende Volk ausbeutet und die besitzende Klasse schont, muß es sich gefallen lassen, daß die wenigen Versprechungen von der Regierung unerfüllt bleiben, die zur Linderung der schwersten Not, zum Beispiel jener der Veteranen, der aktiven Soldaten, gemacht wurden. Die vielen Versprechungen, die in Preußen-Deutschland gemacht worden sind, gleichen feinstem Porzellan; aber ,die Politik, die Sie getrieben haben, ist eine

einzig große Scherbenkiste, eine Scherbenkiste voll gebrochener Versprechungen, voll gebrochener Ehrenworte' ... Dem nimmersatten Junkertum, ‚menschgewordener Habgier, Frechheit und Brutalität‘, vermag das Reich keinen Wunsch abzuschlagen. Scheidemann bezeichnete ‚die Säuberung des Reichstages von der Junkerherrschaft als das nächste Ziel, wozu in erster Reihe die Eroberung des freien Wahlrechts für Preußen dienen müsse‘.“

Säuberung des Reichstages von der Junkerherrschaft! Zertrümmerung des schwarz-blauen Blocks! Das war es, worauf es ankam. Und ich hatte im Reichstag mit meiner Fanfare den Kampf eröffnen dürfen. Eine das ganze Reich aufrüttelnde, agitatorische Tätigkeit setzte ein. Das war eine Tätigkeit der Parteileitung, die mir gefiel: Flugschriften, Zeitungsartikel, Versammlungen, Konferenzen zur Anspornung der letzten Kräfte in allen Provinzen. Das Resultat war glänzend. Doch handelt es sich gerade hier um ein so interessantes Kapitel über gewisse Zustände in der guten alten Zeit, daß zunächst ganz trocken und nüchtern Zahlen reden sollen.

Kurz vor Jahresschluß 1906 war der Reichstag wegen Ablehnung einer kolonialen Forderung aufgelöst worden. Es gab eine wüste nationale Wahlmache gegen die Sozialdemokratie. Wie immer, so fiel auch diesmal der brave, deutsche Michel auf den nationalen Wahlschwindel hinein. Es gab eine selten starke Wahlbeteiligung der sonst Wahlfaulen zugunsten der „nationalen“ Parteien. Die Sozialdemokratie hatte in dem aufgelösten Reichstag über 81 Mandate verfügt, in den neuen Reichstag kehrte sie zurück mit nur 43 Abgeordneten. Das schien äußerst blamabel und gab dem damaligen Reichskanzler, Fürsten Bülow, auch Anlaß zu allerlei törichten Be-

merkungen über den „Rückgang der Sozialdemokratischen Partei“; das waren Redensarten, die ihm der die Kanzlerreden ausarbeitende Geheimrat Hammann aufgeschrieben hatte. Zahlen beweisen.

Es wurden für die Sozialdemokratie

	1903:	1907:	1912:
Stimmen abgegeben:	3 010 800	3 259 000	4 250 400
Sie hatte gewonnen in den Hauptwahlen	56	29	64
Sie war beteiligt an Stichwahlen	118	90	121
Mandate gewonnen in der Stichwahl	25	14	46
Sie war unterlegen in den Stichwahlen	93	76	75
Gesamtzahl der Mandate	81	43	110

Ein flüchtiger Blick auf diese Zahlen zeigt zur Genüge, wie ehemals die Wahlergebnisse von den nationalen Parteien gefälscht werden konnten. Fälschung ist ein hartes Wort — „corriger la fortune!“ nannte dergleichen Tun Lessings Monsieur Riccaut de la Marlinière. Zwar zog die SPD. 1907 wirklich mit nur 43 Abgeordneten in den Reichstag, den sie wenige Wochen zuvor 81 Mann stark verlassen hatte, ein. Das bedeutete aber keineswegs einen „Rückgang“ der Sozialdemokratischen Partei. Des Rätsels Lösung war im Grunde genommen sehr einfach. Infolge der Parteienzersplitterung in Deutschland konnte die absolute Mehrheit für einen Kandidaten in zahlreichen Wahlkreisen nicht schon in der Hauptwahl erzielt werden. Bei 397 Wahlkreisen, in die das Reich früher eingeteilt war, wurden sehr viel Stichwahlen notwendig, 1893: 180 mal, 1898: 187, 1903: 180, 1907: 158 mal. Ein Blick auf die oben abgedruckte Tabelle zeigt klar

und deutlich, wie die SPD. bei den Stichwahlen in den Jahren 1903 und 1907 von den bürgerlichen Parteien um die ihr zustehenden Mandate betrogen worden ist. In 118 Stichwahlen, in denen sie 1903 beteiligt war, fielen ihr nur 25 Mandate zu, 1907 in 90 Stichwahlen gar nur 14. Um ganz deutlich zu machen, wie die SPD. „national“ geprellt worden ist, bevor nach dem Zusammenbruch das Proportional-Wahlverfahren eingeführt wurde, soll ein einziger Kreis angeführt werden, der als typisch bezeichnet werden darf: Kassel. Dort gab es 1907

Wahlberechtigte:	44 919
Davon haben gewählt:	39 392
Sozialdemokraten:	17 073
Antisemiten:	11 788
Vereinigte Liberale:	9 477
Hessische Rechtspartei:	739
Splitterparteien erhielten insgesamt einige hundert Stimmen.	

Die absolute Mehrheit, nämlich mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen ($39\,392 : 2 + 1 = 19\,697$), hatte in der Hauptwahl keine Partei erhalten. Die relative Mehrheit hatte die SPD. auf sich vereint mit 17 073 Stimmen, die nächststärkste Partei war die der Antisemiten, die in der Stichwahl auch das Mandat erhielt, obwohl sie um 5 285 Stimmen weniger als die Sozialdemokraten auf ihren Kandidaten in der Hauptwahl vereinigt hatten. In der Stichwahl waren für die Sozialdemokraten 18 050, für die Antisemiten jedoch 21 555 Stimmen abgegeben worden. Da der Sozialdemokratischen Partei von der Hauptwahl zur Stichwahl nicht einmal 1000 Stimmen zugeflossen waren, während die Antisemiten mehr als 9 700 Stimmen gewannen, liegt klar auf der Hand, daß die in den „nationalen“ Parteien zusammengefaßten Anti-

semiten und Liberalen aller Schattierungen und Konfessionen restlos für den Antisemiten gestimmt haben. Unter dieser Stichwahlkorruption litten übrigens die fortschrittlichen Volksparteiler in manchen Kreisen ebensosehr wie die SPD.

Die große taktische Aufgabe für die SPD. und die wirklichen Demokraten unter den fortschrittlichen Volksparteilern bestand vor den Wahlen von 1912 darin, nach Möglichkeit falsche Stichwahlen zu verhüten und im übrigen Abmachungen zu treffen, die zu einem gegenseitigen Herauspauken bei den Stichwahlen verpflichteten. Die oben abgedruckte tabellarische Übersicht über die Wahlergebnisse von 1903, 1907 und 1912 zeigt deutlich genug, wie ersprießlich das Abkommen gewesen ist. In den Stichwahlen fielen der Sozialdemokratie 1912 46 Mandate zu, der Erfolg der Fortschrittlichen Volkspartei war relativ viel größer. Das Abkommen war natürlich zunächst vertraulich behandelt worden. Als es in den sozialdemokratischen Kreisen bekannt wurde, erhob sich manche Stimme heftig dagegen. Man sah „Prinzipien“ gefährdet. Bebel, der auch vor eine vollendete Tatsache gestellt worden war, hatte große Bedenken. „Wie wird der Parteitag verlaufen!“ Ich suchte ihn zu überzeugen, daß das Abkommen nicht nur klug, sondern auch eine politische Notwendigkeit gewesen sei. „Nicht den geringsten Zweifel habe ich, daß die große Mehrheit des Parteitages zustimmen wird — ich bin meiner Sache sicher und freue mich auf die Rede, mit der ich das Abkommen rechtfertigen werde.“ Ich war nämlich als Referent vom Parteivorstand für diesen Punkt der Tagesordnung bestimmt worden. Bebel blieb skeptisch bis zur letzten Stunde, hatte er doch schon die wunderlichsten Dinge auf den Parteitag erlebt.

ZUR BEGRÜNDUNG DES ABKOMMENS

Aus der zur Rechtfertigung des Stichwahlabkommens auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Chemnitz am 18. September 1912 von mir gehaltenen Rede sollen einige Sätze hier wiedergegeben werden. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß alle Kundgebungen des Parteitags während und am Schluß der Rede fortgelassen sind. Wer die Reden, aus denen in diesen Büchern Zitate abgedruckt werden, ungekürzt lesen will, muß zu den Stenogrammen greifen.

„Wir durften uns unter keinen Umständen unterkriegen lassen; wir mußten alles tun, was wir konnten, um dem Volke den Reichstag zu geben, den das Volk haben wollte. Den Reichstag, den das Volk haben wollte, konnten wir uns am Abend des 12. Januar sehr genau vorstellen; denn die Stimmenabgabe war wahrhaftig deutlich genug gewesen. Was für einen Reichstag das Volk aber bekommen würde, das stand auf einem ganz anderen Blatt! Sofort nach den Wahlen, die für uns einen so glänzenden Ausgang genommen hatten, ging das Treiben bei unseren Gegnern los, um für die Rechte soviel Mandate wie möglich herauszuschinden, den Sozialdemokraten aber möglichst viel von dem zu nehmen, was ihnen nach dem Spruche des Volkes zukommen sollte. Der Zweck der Übung war klar: es sollten Dreiklassenwahlen gemacht werden ohne das Dreiklassenwahlrecht. Nun, die Bemühungen unserer Gegner, uns an die Wand zu drücken, wie in früheren Jahren bei den Stichwahlen, sind zum guten Teil abgeschlagen worden. Die Experimente sind diesmal den Herrschaften zum großen Teil vorbeigelungen. Ich bin unbescheiden genug, zu sagen, daß ein kleiner Teil des Verdienstes da wohl unserer Parteileitung zuzusprechen

ist. Von den $12\frac{1}{3}$ Millionen Stimmen, die am 12. Januar abgegeben worden waren, erhielten Konservative, Reichspartei, Zentrum und Antisemiten zusammen $3\frac{3}{4}$ Millionen, das waren immerhin noch 400 000 Stimmen weniger, als wir für uns allein bekommen hatten. Trotzdem bestand die große Gefahr, daß je nach dem Ausgang der Stichwahlen die schwarz-blaue Parteikoalition als Mehrheit in den Reichstag zurückkehren könnte! Diese Parteien hatten zusammen rein zahlenmäßig nach den von mir schon wiedergegebenen Stimmen einen Anspruch auf insgesamt 127 Mandate, hatten aber in der Hauptwahl schon 116 errungen. Wir Sozialdemokraten dagegen hatten bei einem zahlenmäßigen Anspruch auf 138 im ganzen nur 64 Mandate errungen. Und die Liberalen? Die hatten bei $3\frac{1}{4}$ Millionen Stimmen sage und schreibe 4 Mandate erobert.

Ich frage Sie, hätten wir es verantworten können, daß die vom Volke verurteilte blau-schwarze Parteikoalition, dem klar ausgesprochenen Volkswillen zum Hohn und Trotz, wiederkehrte als Mehrheit im neuen Reichstag? Nein, wir hätten es nicht verantworten können! Es war unsere Pflicht, den Wahlfälschern, die uns um die uns zukommenden Mandate durch taktische Manöver betrügen wollten, gehörig in die Parade zu fahren. Dem klar und deutlich ausgesprochenen Willen des Volkes, soweit es irgendsmöglich war unter dem bestehenden Gesetz, Geltung zu verschaffen, das war in der damaligen Situation unsere zwingende Aufgabe.

Wir standen vor einer außerordentlichen Situation, wir haben das Problem mit außerordentlichen Mitteln gelöst. Je klarer man das den Massen darstellt, um so besser werden sie es begreifen und erkennen, daß und warum wir das Stichwahlabkommen in seinem

ganzen Umfange zur Wahrung unserer Grundsätze und zu ihrer Durchsetzung treffen mußten. Direkter Unsinn ist es auch, immer und immer wieder zu reden von der Ohnmacht des Reichstags. Wir wissen, daß der Reichstag sich ohnmächtig benommen hat nach oben hin. Wir wissen aber, daß er Macht genug entfaltet hat nach unten hin. Ist der Reichstag wirklich so ohnmächtig? Wer da behauptet, daß es gleichgültig ist, ob 70 oder 100 Sozialdemokraten im Reichstag sitzen, der ist gewiß kein politischer Kopf. Ist es gleichgültig, wieviel Sozialdemokraten im Reichstage sitzen? Ganz und gar nicht. Im Reichstage sind eine große Anzahl Gesetze von weittragender Bedeutung mit Mehrheiten von 5 bis 10 Stimmen zustande gekommen. Wenn die Erbschaftssteuer abgelehnt wurde mit 8 Stimmen Mehrheit, so bedeutet das in Wirklichkeit, daß auf der linken Seite nur 5 mehr zu sitzen brauchten, um das gegenteilige Resultat zu erzielen. Alles das hat der Parteivorstand bei dem Stichwahlabkommen in Betracht gezogen. Er hat gewissenhaft erwogen, was für die Partei und für das Volksinteresse auf dem Spiele stand.

Es lag uns selbstverständlich nichts ferner als die Absicht, bestehende Klassengegensätze zu verwischen. Wer das tun wollte, wäre ein Tor. Unser Ziel ist und bleibt die Verwirklichung des Sozialismus durch die siegreiche Demokratie der Arbeit. Wer vermag zu sagen, was für schwere Kämpfe uns noch bevorstehen auf unserem Wege? Aber wir sind entschlossen, den Weg zu gehen bis ans Ende, und wir alle sind überzeugt, daß er uns zum Siege führen wird. Noch sind feste Wälle zu stürmen, noch ist ein starker und skrupelloser Feind zu werfen. Schwer sind die Kämpfe, die uns bevorstehen, aber herrlich auch der Sieg, der uns winkt. So, meine ich, wollen wir kämpfen bis ans Ende, bis zum Siege. Und freudig wollen

wir in dem Bewußtsein für Freiheit und Gleichheit kämpfen: — ja, so ist es eine Lust, zu leben!“

Nach stundenlanger Debatte ging der Parteitag über alle zu diesem Gegenstand der Tagesordnung beantragten Resolutionen für und wider das Stichwahlabkommen zur Tagesordnung über, entsprechend einer Anregung des Referenten in seinem Schlußwort.

Der Ausgang dieser Aussprache war ein großer Erfolg für die Leitung der Sozialdemokratischen Partei, die in der Stichwahlfrage das Richtige getan hatte. Bebel und ich wohnten in dem Hotel, das den ganzen Parteivorstand beherbergte, Zimmer an Zimmer. Er war an einer heftigen Influenza erkrankt und mußte einige Tage das Bett hüten. Als ich nach Erledigung des Stichwahlkampfes in das Hotel zurückkehrte und ihn über den Ausgang unterrichtete, war er heilfroh. „Es gab wohl heftige Debatten? Hat man Ihnen den Kopf gehörig gewaschen?“

„Gar nicht! Zwei Radikale haben mich sogar riesig gelobt!“

„Da bin ich neugierig!“

„Bitte, der Schiller hat gesagt, daß ich ihm einen großen oratorischen Genuß bereitet hätte, und der Ludwig von Hagen hat sogar erklärt, daß der Parteivorstand keinen Besseren zu seiner Verteidigung hätte bestimmen können. Ich sei der Gerissenste. Na, wie stehe ich nun da —“

„Scheren Sie sich bloß raus! Übrigens“, so sagte Bebel nunmehr schmunzelnd, „ich war schon informiert. Sie sollen Ihre Sache wirklich nicht übel gemacht haben.“ Er gab mir die Hand und fügte hinzu: „Gehen Sie nun wirklich, denn sonst kriegen Sie die Grippe auch noch!“

Ich ging, als sei ich mit dem Roten Drachenorden erster Klasse dekoriert worden, mit dem Versprechen, auf sein Wohl trinken zu wollen.

NACH BEBELS TOD

Seit Jahr und Tag schon kränkelte Bebel, als er 1912 nach Chemnitz gereist war. Seine letzte Rede im Reichstag hat er von seinem Platze aus halten müssen. Der Klappsitz war schon vor Beginn der Sitzung von dem Fraktionsdiener hochgebunden worden, so daß unser Führer während seiner Rede „in seinem Platz stehen“ konnte. Derart eingekeilt zu reden war Bebels Sache nicht, er fühlte sich dabei an Händen und Füßen gebunden, im Gegensatz zu v. Vollmar, der stets in dieser Zwangsstellung geredet hatte. Aber v. Vollmar war seit seinen Verletzungen im Siebziger Feldzug nahezu vollkommen gelähmt und konnte gar nicht längere Zeit stehen, während der immer lebendige und bewegliche Bebel, als Redner auf dem Stuhl sitzend, oder zwischen Rücklehne und Stuhl eingeklemmt, ein schmerzliches Bild für uns alle war. Am 13. August 1913, mit den Vorbereitungen für seine Reise zum Jenaer Parteitag beschäftigt, war unser Führer in Passug in der Schweiz gestorben. Wir wußten seit Jahren, wie es um ihn stand, mit Angst und Sorge vernahmen wir die Berichte über An- und Anschwellen der Füße und Beine. Nun, da die Schreckenskunde eintraf, waren alle, die diesen einzigen Menschen gekannt, oder, wie wir, ihm auch persönlich nahegestanden hatten, doch wie vom Donner gerührt. Alle fühlten es: jetzt ist eine Lücke gerissen, die nie wieder geschlossen werden kann. Es ist so unerhört snobistisch, zu sagen, daß jeder ersetzt werden könne. Ach ja, es kann alles und jedes „ersetzt“ werden. Wenn wir uns aber klarmachen, daß das Hauptwort von ersetzen „Ersatz“ heißt, sollte es uns doch wie Schuppen von den Augen fallen. Wir sollten leicht begreifen, was das leichtfertige Wort bedeutet: „Nie-

mand ist unersetzlich, jeder kann ersetzt werden, auch Bebel." Im Kriege haben 70 Millionen deutsche Männer, Frauen und Kinder schließlich nur noch von Seifen-, Leder-, Leinen-, Wolle-, Brot-, Fett- und Fleisch,,ersatz" leben müssen. Gerade in Deutschland sollte die Redensart, daß alles und jeder ersetzt werden kann, nur mit größter Vorsicht gebraucht werden.

Bebel ist von Freund und Feind so häufig geschildert worden, daß hier wenige Sätze über ihn genügen mögen. Er war ein hinreißender Redner, der auch die Zuhörer, die ihm in seinen Gedankengängen nicht zu folgen vermochten, in seinen Bann zwang. Seine Stimme war von seltener Klarheit, scharf und schneidend, er hatte, wie man zu sagen pflegt, Metall in der Kehle. Humorvolle Darstellung lag ihm nicht. Zwar konnte er mitunter herzlich, wirklich herzlich lachen, aber sofort gewann ernste Stimmung doch wieder die Oberhand. Ich erinnere mich an folgenden Vorgang: Im Jahre 1904 oder 1905 hatten die Elsässer Winzer den Reichstag eingeladen zu einer Weinprobe, die in den Wandelgängen des Reichstages eines Abends veranstaltet wurde. Sämtliche Gänge waren festlich hergerichtet und mit Tischen und Stühlen ausgestattet. Natürlich wurde auch allerlei Ulkerei von Angehörigen nahezu aller Fraktionen, namentlich von den süddeutschen Abgeordneten, betrieben. So hatte Adolf Geck, der sangesfrohe Sozi, zusammen mit anderen Fraktionskollegen, die „Kapuzinerpredigt“ des Frankfurter demokratischen Dichters und Zechers Friedrich Stoltze vorbereitet. Eingehüllt in riesige, vom Restaurant des Reichstages entliehene weiße Tischtücher, die den ganzen Körper vom Kopf bis zu den Füßen bedeckten, rückten die roten Apostel, einer hinter dem anderen, in feierlichem Aufzug in die Wandelhalle. Adolf Geck sang mit prächtiger Baritonstimme die

Kapuzinerpredigt: „Hört, o hört, was euch der weise Paulus lehrt“:

Paulus, der schrieb den Ephesern:
Trinket nie aus leeren Gläsern!
Sintemal und alldieweil
Dieses ist dem Herrn ein Greul.

Wein, so schrieb er an die Römer,
Wein schmeckt auch viel angenehmer,
Und das Wasser, wie man weiß,
Schmeckt nach nichts. Gott tat's mit Fleiß.

Drum, schrieb er an die Philipper,
Seid nicht nur so bloße Nipper,
In dem Wein liegt Wahrheit, und
Kommt der Wahrheit auf den Grund!

Der Refrain, den zunächst nur die roten Apostel, schließlich alle Teilnehmer an der Weinprobe mit-sangen, lautete:

„Hört, o hört! Hört, o hört,
Was uns der weise Paulus lehrt.“

Als Bebel, der zwischen schlanken Junkern und feisten Zentrumsmännern Platz genommen hatte, von dem Geckschen Vorhaben hörte, kam er entsetzt gelaufen, um uns von dem Unternehmen abzuhalten. Im jetzigen Zeppelinzimmer des Reichstags, im Hauptgeschoß, fand die Einkleidung der Apostel in die weißen Mäntel statt. Mit hocherhobenen Händen bat Bebel, Abstand zu nehmen von dem Ulk. „Wer weiß, wie das aufgenommen wird!“

An dem Abend hatte August aber nichts zu melden, er wurde einfach ausgelacht. Er selbst war nicht zu bewegen, in die Wandelhalle zurückzugehen. Er blieb in dem kleinen Zimmer, bis die Apostel, belohnt mit Beifallssalven, wie sie weder vorher noch nachher jemals ein Redner im Reichstag gefunden hat, zurückkehrten.

„Wie ist euer Scherz aufgenommen worden?“ schrie er, als die Tür sich öffnete.

„Da haben Sie wirklich was versäumt! Gehen Sie schnell in die Wandelhalle, dann können Sie noch sehen, wie sich alle die Bäuche halten vor Lachen!“

Es sei hier ausdrücklich bemerkt, daß der persönliche Verkehr der Reichstagsabgeordneten untereinander früher, genauer gesagt: bis zum Beginn der Tätigkeit des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, ein leidlich kollegialer war. Trotz aller politischen Gegensätze und sachlich scharfen Kämpfe achtete man sich doch gegenseitig. Vielfach bestand sogar ein ganz angenehmer geselliger Verkehr, zum Beispiel an bestimmten Stammtischen. Es kann übrigens auch nicht ernsthaft bestritten werden, daß das Niveau des Reichstages, das unter den Antisemiten aller Couleuren freilich schon gelitten hatte, bis zum Eintritt der Völkischen und Kommunisten entschieden besser gewesen ist. Die Reden, wenigstens die offiziellen Reden der Parteiführer, an sogenannten großen Tagen, wurden sorgsamer vorbereitet und waren infolgedessen auch gehaltvoller als viele der Feld-, Wald- und Wiesenreden, die später dem Hohen Hause vielfach versetzt worden sind. Man vergleiche Reden der Kanitz und Heydebrand mit solchen der Hergt und Westarp! Oder man vergleiche Scholz mit Bassermann, um nur wenige Beispiele zu nennen. Um den Unterschied zwischen dem früheren und dem späteren Niveau des Reichstages sehr schnell festzustellen, braucht man nur ein paar Reden „zur Geschäftsordnung“ oder „persönliche Bemerkungen“ aus dem Jahre 1914 mit solchen etwa von 1927 zu vergleichen, nachdem die Deutschnationalen an die verschiedenen Lager der Nationalsozialisten und Völkischen Mitglieder ab-

gegeben, die Kommunisten sich aber in drei Lager auseinanderkrakeelt hatten.

Bebel war ein so begabter und gewandter Parlamentarier, daß er natürlich jederzeit rednerisch eingreifen konnte. Er war aber wiederum so gewissenhaft, daß er Reden, für die ihm zur Vorbereitung Zeit blieb, auch wirklich in der sorgsamsten Weise ausarbeitete. Als die Partei einmal in große Aufregung geriet — sachlich handelte es sich um Marokko, persönlich um Rosa Luxemburg —, schrieb ein Mitglied des Parteivorstandes an den in der Schweiz bei seiner Tochter weilenden Parteivorsitzenden Bebel, ob er nicht doch lieber einmal nach Berlin kommen wollte. „Wo denkt Ihr hin, noch habe ich keinen Strich für meine Etatsrede gemacht!“ Das war im Sommer, die Etatsrede hätte er frühestens vier Monate später halten können.

Andere Zeiten, andere Sitten! Andere Zeiten, andere Möglichkeiten und Pflichten. Das parlamentarische Leben im Frieden war schließlich eine Idylle im Vergleich mit der Zeit in und nach dem Kriege. Dieser Hinweis mag das Körnchen Salz für die oben angestellten Vergleiche der früheren und jetzigen Reden sein. Bebel konnte sich mitunter aufregen über ein politisches Geschehnis, das uns jetzt eine lächerliche Bagatelle ist. Er führte monate- und jahrelang Kämpfe um Prinzipien, die ihm — und uns damals mit — gefährdet erschienen. Man denke an die Kämpfe zwischen ihm und Bernstein um den Revisionismus! Was waren alle diese politischen und Parteierlebnisse für winzige Rheinkiesel im Vergleich mit den Felsblöcken, die die Sozialdemokratische Partei im Kriege und nach dem Kriege hat wälzen müssen.

Man hat häufig die Frage aufgeworfen, wie Bebel im Kriege sich verhalten haben würde, ob er für oder

gegen die Kriegskredite eingetreten wäre. Ich habe, besonders im Hinblick auf die „russische Dampfwalze“, von der Bebel selbst oft gesprochen hat, nicht den geringsten Zweifel, daß er für die Kredite gewesen wäre. Ob er diese Stellung dauernd beibehalten haben würde, ist eine andere Frage. Er entschied sich in allen Fragen zunächst stets ganz sachlich, hatte aber beständig den Daumen am Puls der Partei. Zweifellos gab es im Kriege Zeiten, in denen es bestimmt nicht leicht war, zu sagen, daß die Mehrheit der Partei noch hinter der Parteileitung stehe. Selbst auf die Gefahr hin, in die Minderheit zu geraten, hat die Leitung der Partei im Kriege sich aber ganz ausschließlich nach dem Gesichtspunkt gerichtet: „Wie vertreten wir nach ehrlicher Überzeugung die L a n d e sinteressen am b e s t e n?“ Da die große Masse des deutschen Volkes selbst über die wichtigsten Fragen und Vorgänge nicht immer unterrichtet werden konnte, war eine andere Haltung gar nicht möglich.

Männer, die in einer Parteileitung zusammen sitzen, also häufig genug gemeinschaftlich schwere Aufgaben erfüllen und noch schwerere Sorgen tragen müssen, stehen oft genug vor der Frage, was steht jetzt höher, die Vertretung der persönlichen Meinung oder die Kameradschaft, die uns verpflichtet, nicht nur nicht zu opponieren, sondern auch den Mund zu halten? Bebel anerkannte Kameradschaft in diesem Sinne nicht. Als in heftiger Debatte auf einem Parteitag die Parteileitung sehr scharf angegriffen wurde, nahm auch er, der Vorsitzende der Partei, das Wort, um dem Sinne nach öffentlich zu sagen: „Wenn ich nicht selbst mit zum Parteivorstand gehörte, würde ich euch noch ganz anders angreifen, als das hier geschieht.“ Dabei wußte jeder, daß er, wenn der Reichstag nicht versammelt war, zumeist in der Schweiz lebte, also un-

möglich das Recht in Anspruch nehmen konnte, nach Belieben Beschlüsse des Parteivorstandes in Fragen, die er gar nicht näher kannte, kritisieren zu können. Bei anderer Gelegenheit erklärte er gar, die Fahne der Rebellion in der Partei erheben zu wollen, falls dies oder jenes geschehen oder nicht geschehen sollte. Solche Naturen kommen selbstverständlich leicht in Konflikte mit anderen selbständigen Charakteren, werden aber leicht fertig mit Durchschnitts- oder Unterdurchschnittsmenschen. Das war früher so, ist jetzt so und wird vermutlich auch so bleiben, bis die Menschheit aus lauter hochintelligenten, charakterfesten Ebenbildern Gottes bestehen wird.

Bebel und Wilhelm Liebknecht, die jahrzehntelang Seite an Seite gefochten und der gesamten Sozialdemokratischen Partei als das vorbildliche brüderliche Kämpferpaar gegolten hatten, waren in Wirklichkeit jahrelang vor ihrem Lebensende miteinander verkracht. Vor aller Welt spielte zwischen Bebel und Auer, diesem scharfsinnigen, charaktervollen Mitglied des Parteivorstandes, sich folgende Szene ab: Bebel redete auf dem Dresdner Parteitag 1903 über taktische Fragen und wandte sich dabei in der stärksten Form gegen v. Vollmar, Auer und andere. Dabei sagte er: „. . . Ich habe diesmal nicht angefangen. Sobald Vollmar gesprochen, nahm fast die ganze Parteipresse klar und präzise Stellung gegen ihn. Es brach an allen Ecken los. In der ganzen Partei drang von unten her ein einziger Schrei der Entrüstung empor . . . Da hat Auer in den „Sozialistischen Monatsheften“ — die „Neue Zeit“ scheint für ihn nicht mehr zu existieren — in seiner bekannten witzigen Weise gesagt, daß eine sehr nebensächliche Angelegenheit zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht worden sei . . . Man hat gesagt, die Sache beruhe auf einer falschen Auf-

fassung von mir: Bebel glaube an eine Verschwörung. Dieser Glaube ist vielleicht angeregt durch Briefe von mir an Auer. (A u e r : „Die habe ich gar nicht gelesen. [Bewegung.] Ich lege immer alle Briefe während solcher Streitigkeiten zurück.“) Es handelt sich um mehrere Briefe, die ich dir vor 4 bis 6 Wochen, durch dich provoziert, geschrieben habe (Ja, ja!) und nun sagt Auer, er habe bis heute diese Briefe nicht gelesen. (Hört, hört.) Das ist mir lieb zu hören. Ich nehme mir von meiner kostbaren Zeit, um in einer so wichtigen Sache an dich zu schreiben — er hat mir ja auch seine Ansicht geschrieben — und du liest sie nicht! (Hört, hört.) Da ich meine Briefe nicht zum Vergnügen schreibe, werde ich künftig meine Konsequenzen ziehen.“

Bei der Lektüre des offiziellen Parteitageprotokolls müssen alle Teilnehmer an jener Sitzung in Dresden die Überzeugung gewinnen, daß wesentlich mildernde Korrekturen, besonders an dem Zuruf Auers, vorgenommen worden sind. Die Worte: „Ich lege immer alle Briefe während solcher Streitigkeiten zurück“ sind sicher erst später hineingeschrieben worden. Damals wirkte die Szene wie eine eiskalte Dusche.

Ich habe keinen Menschen kennengelernt, dessen ganze Charakterveranlagung in gleich deutlicher Weise im Kopf und Gesicht so zum Ausdruck gekommen wäre wie bei Bebel. Halb Löwe, halb Fuchs. Die mächtig hohe und breite Stirn mit der dichten Mähne darüber, und dann, von den klugen Augen aus, das nach dem Kinn zu spitz verlaufende Gesicht: das hieß Tapferkeit, Klugheit und Geschick. So war Bebel. Und so sah er noch aus, als Tausende Männer und Frauen an seinem offenen Sarge in Zürich vorüberzogen, um tränenden Auges Abschied für immer zu nehmen von diesem seltenen Manne, der Millionen Lehrer und Führer gewesen war.

DIE MASSENSTREIK-DEBATTE

IN JENA

Für den Jenaer Parteitag im Jahre 1913 war mir der ehrenvolle Auftrag geworden, den Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes zu erstatten, das hieß: über die gesamte politische Tätigkeit im allgemeinen und die gegen den Wunsch des Parteivorstandes lebhaft in Fluß gekommene Massenstreikfrage im besonderen zu sprechen. Da diese Auseinandersetzungen, besonders auch im Hinblick auf die später bei dem Kapp-Putsch gemachten Erfahrungen, große parteigeschichtliche Bedeutung hatten, sollen aus dem Referat einige Sätze wiedergegeben werden.

In der Einleitung meiner Rede hatte ich darauf hingewiesen, wie schikanös von der Polizei, den Gerichten und der Verwaltung sogar der Bildungsarbeit der Partei entgegengearbeitet worden war. Es sei unerhört, wenn man sehen müsse, wie Veranstaltungen rein gesellschaftlicher und künstlerischer Art unserer Jugendbewegung unterdrückt werden, wie man gewaltsam politische Veranstaltungen konstruiert habe aus Ausflügen, aus Vorträgen über Schubert und Beethoven.

„Jugendausschüsse hatten wir 1912: 574, im Jahre 1913: 655. Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ waren 1913: 99 540. Die Zahl der täglich erscheinenden Parteiblätter ist gestiegen auf 90 im Jahre 1913, die Zahl der Ortsvereine von 4827 im Jahre 1912 auf 4978 im Jahre 1913, die Zahl der verbreiteten Flugschriften usw. betrug 1912: 107,3 Millionen, 1913: 47,2 Millionen, die Zahl der Mitgliederversammlungen 1912: 42 241, 1913: 36 393, die Zahl der öffentlichen Versammlungen 1912: 29 685, 1913: 11 415.

Wir waren noch in der Protestbewegung gegen die Agrarpolitik begriffen, als der Balkankrieg ausbrach. Die K r i e g s g e f a h r rückte näher. Wir haben gegen den Krieg, der eine Gefahr wurde für die ganze westeuropäische Kultur, in der lebhaftesten Weise gekämpft. Das deutsche Proletariat hat damals im Kampfe gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr seine volle Schuldigkeit getan. Das gleiche gilt von den Genossen in Österreich und Frankreich, die vor allem mitbedroht waren.

„Es kam die Krönung der ganzen Protestarbeit durch den Internationalen Kongreß in Basel. So waren wir in einer großen Volksbewegung, die jeden von uns mit Freude und Stolz erfüllen konnte, als die neue Militärvorlage im Reichstag eingebracht wurde. Die imperialistischen Politiker suchten das Eisen zu schmieden, solange auf dem Balkan Dörfer brannten und Menschenblut floß. Die Heeresvorlage kam, ein neuer Schrei der Empörung ging durch die Reihen des deutschen Proletariats. So wie wir bis dahin allgemein gegen den Imperialismus gearbeitet hatten, so richtete sich nun die ganze Stoßkraft der Partei gegen die Militärvorlage im besonderen. Es wurde debattiert über alles mögliche. Da endlich fiel, meines Erachtens zur un-rechten Zeit, das Stichwort: Massenstreik. Als das Stichwort gefallen war, entwickelte sich eine merkwürdige Debatte, eine Debatte, von der ich sagen möchte, daß sie in ihrem Verlauf wenig erbaulich war und daß ihre bisherigen Ergebnisse mindestens keine große Freude bereiten können. Was war denn das Endergebnis der Auseinandersetzungen? Alle Redner, die sich über den Massenstreik öffentlich ausgesprochen haben — ich habe nicht von einer einzigen Ausnahme gehört oder gelesen —, kamen zu dem Ergebnis: j e t z t ist an einen Massenstreik nicht zu denken. Das haben

wir uns im Parteivorstand vor dem Beginn der Debatte auch schon gesagt, und deshalb haben wir den Mund gehalten, weil wir uns sagten, warum brauche ich denn dem Gegner, meinem Todfeinde, zu sagen, was ich jetzt nicht machen kann. Wir sind der Meinung gewesen, daß man dem Gegner nicht zu sagen braucht: „Du, ich habe noch eine Waffe, wenn ich die benutze, dann bist du verloren. Aber du kannst ruhig sein, ich kann sie augenblicklich nicht benutzen.“

Ich will Ihnen klaren Wein einschenken über die Stellung des Parteivorstandes zu dieser Frage. Der Parteivorstand steht auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim. Da ist u. a. beschlossen worden: „Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.“ Sie dürfen sich darauf verlassen, daß der Parteivorstand entschlossen ist, diese EntschlieÙung früherer Parteitage unter allen Umständen zu respektieren, danach zu handeln... Eins wird bei der Schilderung der Bewegungen in Schweden und Belgien immer vergessen, ein Imponderabile, von dem man niemals redet, das man aber nicht außer acht lassen sollte. Ohne daß unsere belgischen und schwedischen Genossen auch nur ein Wort über den beabsichtigten Massenstreik mit uns hätten zu sprechen brauchen — sie konnten ihren Streik beginnen, wann sie wollten, sie brauchten sich gar nicht vorher mit uns zu verständigen — sie konnten in den Kampf hineinziehen mit dem beruhigenden Gefühl, jenseits der Grenzen wohnt ein großer Bruder, der mir im schlimmsten Falle helfen wird! Parteigenossen, wir

haben einen größeren Bruder jenseits der Grenzen nicht . . ." Man habe lesen können: Warum sind nicht bei dem Besuche des Blutzaren in Berlin republikanische Aktionen gemacht worden?

In den früheren Resolutionen von Jena und Mannheim ist gesagt worden, daß der Massenstreik nicht nur anzuwenden ist, um drohende Attentate auf bestehende Rechte abzuwenden, sondern gegebenenfalls neue Rechte zu erobern. Darauf beziehen wir uns ausdrücklich. Es kann sich, wie die Dinge im Reiche liegen, zunächst nur um einen Massenstreik handeln im Hinblick auf das preußische Wahlrecht. Wir haben, nachdem wir von der Abstinenz bei der Wahl abgekommen waren, uns an den Landtagswahlen beteiligt. Wir haben das Volk für den Landtag zu interessieren versucht, das an den Verhandlungen dieses merkwürdigen Parlaments bisher kein Interesse genommen hatte. Wir haben Flugschriften verteilt und in ganz Preußen Versammlungen abgehalten; wir haben imposante Straßendemonstrationen erlebt. Die Arbeit ist nicht ganz vergeblich gewesen. Wir haben nicht nur die Arbeitermassen interessiert, wir haben auch höher hinauf aufmerksam gemacht auf Verhältnisse, die sehr bedrohlich geworden sind für Leute, die sich weigern, dem Volke die ihm zustehenden Rechte zu geben. Wir haben die Thronrede von 1908 erlebt, in der die Wahlreform angekündigt wurde als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Wir haben die verunglückte Wahlrechtsreform von 1910 erlebt und schließlich den Ausgang der letzten Landtagswahlen. Es scheint in der Tat aussichtslos, daß auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts die Frage gelöst werden kann. Eben deshalb unsere Parteitagebeschlüsse von Jena und Mannheim. Wir werden gegebenenfalls den Massenstreik haben, aber wir wollen uns an das halten,

was Bebel gesagt hat: der Massenstreik ist die Ultima ratio der Sozialdemokratie. Alles zu seiner Zeit!

... Der klassenbewußte Arbeiter weiß, daß er in der Stunde der Not, in der Stunde der Notwendigkeit, mit seiner ganzen Existenz, mit Leib und Leben einzutreten hat für das, was er für richtig hält, was seine Überzeugung ist. Über Massenstreik und Massen haben am meisten diejenigen geredet und geschrieben, die mit den Massen die wenigste Fühlung haben. Wer uns nachsagt, daß wir mit der Masse keine Fühlung haben, der sollte den Nachweis dafür versuchen. Wir kennen die Massen besser als diejenigen, die die revolutionären Artikel schreiben, mit denen man aber keine Massenbewegung machen kann. Ich kann Ihnen sagen, daß die Resolution, die als weiße Salbe bezeichnet worden ist und als Produkt einer mangelnden Fühlung mit den Massen, daß diese Resolution das Produkt ernster Beratungen nicht nur des Parteivorstandes und Parteiausschusses, sondern das Produkt ernster Beratung aller der in Frage kommenden Körperschaften ist. Deutlicher will ich nicht werden, aber ich hoffe, daß mich die Genossen verstehen, wenn ich sage, alle Körperschaften stehen dahinter, die bei einem Massenstreik in Betracht kommen.“

An der Debatte beteiligten sich auf der radikalen Seite die besten Köpfe der Partei: Dr. Gottschalk (Königsberg), Dr. Rosa Luxemburg, Dr. Karl Liebknecht, Klara Zetkin, Ledebour, der holländische Professor Dr. Pannekook (Bremen), Dr. Laufenberg (Hamburg) und Dr. Ludwig Frank, dieser ausgezeichnete Mensch und kluge Politiker, der in der Massenstreikfrage auf der radikalen Seite mit führend gewesen war, den Argumenten des Referenten sich aber nicht verschloß und deshalb schließlich für die Resolution

des Parteivorstandes stimmte. In meinem ausführlichen Schlußwort zur Massenstreikdebatte wandte ich mich besonders gegen Rosa Luxemburg: Sie habe mich sehr temperamentvoll geschildert als roten Struwelpeter, der einen Drachen ausgebrütet hat, um ihn dann zu töten. Ich kann beschwören, daß ich niemals einen Drachen ausgebrütet habe. Sie wollte damit sagen, ich hätte mir den Drachen künstlich konstruiert, ich hätte mich also an Dinge geklammert, die nicht vorhanden sind. Das stimmt nicht. Rosa Luxemburg war natürlich heute die lilienweiße Unschuld, und vor allem die große Weisheit, ich war die menschengewordene Unwissenheit. „Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir.“ Genossin Luxemburg, das haben Sie mir gesagt. Ich will Ihnen antworten mit einem andern Wort von Goethe aus dem „Tasso“: „Ich freue mich, wenn kluge Männer sprechen, daß ich verstehen kann, wie sie es meinen.“ Und daran will ich die Bemerkung knüpfen: Ich freue mich aber nicht, wenn kluge Frauen sprechen, und zwar so, daß man nicht verstehen kann, wie sie es meinen. Und dann noch ein Wort über die Art der Rosa, von oben herunter über alle diejenigen zu urteilen, die nicht mit ihr einer Meinung sind. Ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich immerhin klug genug bin, zu wissen, daß ich lange nicht so klug bin, wie Rosa Luxemburg. Ich kann auch gar nicht so klug sein, denn ihr alle wißt, daß ich ein ganz einfacher Arbeiter gewesen bin, der sich sein bißchen Wissen, über das Genossin Luxemburg spottet, in durchwachten Nächten erst hat aneignen müssen. Das wollte ich Ihnen sagen, Genossin Luxemburg, weil Sie nicht allein mir gegenüber in dieser Art operiert haben, sondern auch anderen Genossen, ja sogar ganzen Versammlungen gegenüber.

Rosa Luxemburg und ihre Anhänger erlitten eine

eklatante Niederlage. In namentlicher Abstimmung wurden für die „radikale“ Resolution Luxemburg-Lieb-knecht 142, für die von der Parteileitung eingebrachte Resolution 330 Stimmen abgegeben.

Sechster Abschnitt

WERBETÄTIGKEIT IM AUSLAND

Durch meine politische Tätigkeit, besonders im Reichstag, die in einem späteren Kapitel behandelt werden soll, war ich auch im Ausland bekanntgeworden. Schon bevor ich in der Parteileitung saß, hatte ich auf offizielle Einladung hin viele Werbeversammlungen im Auslande für den demokratischen Sozialismus gehalten. Die Schweiz mußte ich einmal vom Bodensee bis Genf beackern. Ich sprach innerhalb 14 Tagen in 12 Versammlungen, die von dem Sekretär so genial arrangiert waren, daß ich etwa in dieser Reihenfolge sprechen mußte: Romanshorn, Bern, Appenzell, Genf, St. Gallen, Zürich, Freiburg, Schaffhausen, Winterthur usw. Ich schreibe hier ganz nach dem Gedächtnis, da ich Aufzeichnungen über diese Schweizer Reise nicht besitze. Falls die Reihenfolge etwas anders gewesen sein sollte, als sie hier geschildert wird, ändert das nichts an der Kreuz- und Quersfahrerei. Als ich den Parteisekretär bei meiner Ankunft in Zürich wegen diesem Arrangement entsetzt befragte, meinte er, ohne eine Miene zu verziehen: „Sie haben doch ein halbes Monatsabonnement auf der Bahn, Sie können also nach Belieben jeden Tag durch die ganze Schweiz fahren!“

Das war ein Gemütsmensch, freilich war er noch lange nicht auf der Höhe wie ein deutscher Parteisekretär, der sich einmal folgende Scherze mit mir

erlaubt hatte. In einer Universitätsstadt mit etwa 20 000 Einwohnern, darunter mehr als 2000 Studenten, beherrschten die Völkischen das Feld. Hinter dem erwähnten Parteisekretär standen etwa 60 bis 70 organisierte Sozialdemokraten. Außerdem waren natürlich alle übrigen Parteirichtungen vertreten. In dieser Stadt mietete der Sekretär im Jahre 1924 vor der Reichstagswahl die riesige Festhalle, in der mehrere tausend Personen Platz finden, um eine öffentliche Versammlung abzuhalten, in der ich sprechen sollte. Ich sagte auch zu, obwohl ich über den Versammlungsverlauf und -ausgang gar nicht im Zweifel war. Für die Versammlung war weit und breit von den Gegnern meiner Partei, sowohl von den Deutschen-nationalen und Völkischen, wie auch den Kommunisten, lebhaft Propaganda gemacht worden, so daß die Halle überfüllt und draußen noch eine Menge von mindestens 1500 Männern und Frauen versammelt war. Als unser Stratege, ein sozialdemokratischer Ludendorff, ausgerüstet mit einem Glöckchen, das man bequem in einer Westentasche verstecken konnte, die Halle in meiner Begleitung betrat, gab es schon einen Höllenlärm. Zwei Stunden lang tobte der Kampf brüllender Studenten und kreischender Kommunisten gegen mich. Jeder meiner Sätze wurde unterbrochen von einem Orkan wüster Beschimpfungen. Wie alles einmal ein Ende nimmt, so ging auch diese Versammlung zu Ende. Als wir dann im engsten Kreise beisammensaßen, fragte ich den Arrangeur der Versammlung, wie er eigentlich dazu gekommen sei, eine solche Versammlung zu veranstalten. Wie wenig Parteigenossen er hinter sich habe, hätte er doch gewußt, daß gerade diese Stadt als vollkommen reaktionär verseucht allgemein bekannt sei, hätte doch auch ihm, der hier seinen Wohnsitz habe, kein Geheimnis bleiben können.

Ebenso hätte er wissen müssen, daß die Kommunisten aus allen Nachbarorten in großer Zahl herbeiströmen würden. Der Radau sei also vor auszusehen gewesen. Wozu eine solche Versammlung, die der Vorsitzende gar nicht in der Hand habe, die uns ganz gewiß auch nichts genützt hätte?

„Wozu?“ antwortete der Vorsitzende. „Ich habe doch Eintrittsgeld erhoben, wir haben ein sehr gutes Geschäft für die Partei gemacht!“ Meine Meinung, daß er ein noch viel besseres Geschäft hätte machen können, wenn er für doppelt hohes Eintrittsgeld den Besuchern das Recht eingeräumt hätte, nach dem Referenten mit Bierseideln zu werfen, teilte er vollkommen.

Auf die Schweizer Reise hatte ich meine Frau mitgenommen, damit sie das schöne Land kennenlernen sollte. Sie war natürlich begeistert von der Genialität des Sekretärs, der sich ausschließlich nach dem Wunsche der Ortsleitungen gerichtet hatte, ohne die geringste Rücksicht auf den Redner zu nehmen. Jeden Abend kam es nach meinem Vortrag, häufig bis nach Mitternacht, zu lebhaften Debatten mit allerlei hochinteressanten, aber vielfach auch merkwürdig verschraubten Menschen, die mir zu Leibe rückten als Syndikalisten und Abstinenten, Anarchisten und Nichtraucher, Freidenker und Grütlianer, radikale Sozialisten und religiöse Fanatiker, Revolutionäre, die die „direkte Aktion“ predigten . . . Todmüde gingen wir nachts ins Gasthaus, um am nächsten Morgen in aller Frühe wieder zu rüsten, damit ich abends rechtzeitig an dem bestimmten Orte zu neuen Boxkämpfen antreten konnte. —

Als Mitglied der deutschen Parteileitung wurde ich, ebenso wie die Kollegen, nicht nur zu Kongressen ausländischer Brudervereine delegiert, sondern auch mit

besonderen Missionen betraut. So kam ich wiederholt nach Wien, nach Holland, Belgien und Frankreich, nach Dänemark und Schweden. Eine große Agitationsreise durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika soll besonders behandelt werden. Diese Reisen brachten mich in engste Berührung mit den führenden Männern des demokratischen Sozialismus in vielen europäischen Ländern. Mit den meisten dieser Männer verband und verbindet mich noch innige Freundschaft. Wo das Freundschaftsband nicht mehr besteht, hat es die raue Hand des Todes zerschnitten. Es gibt keinen der bekannteren internationalen Sozialisten, den ich im Laufe der Jahre nicht kennen und schätzen gelernt hätte. Mit besonderem Vergnügen erinnere ich mich an die Pariser Zusammenkünfte mit Jaurès und Jules Guesde, sowie Edouard Vaillant und Camélinat, die beiden Kommunekämpfer von 1870, die der Vollziehung der über sie verhängten Todesstrafe nur durch die Flucht entgehen konnten. Wer hätte sich einen besseren Führer durch den Louvre wünschen können als Jean Jaurès!

Übrigens soll eine kleine Szene festgehalten werden: Wir waren zu viert im Dome des Invalides, der Ruhestätte Napoleons I., Jean Jaurès, Engelbert Pernerstorffer, der elsässische Sozialist Grumbach und ich. Kein Mensch sonst. Jaurès erzählte eine Episode aus Napoleons Leben. Da stieß Grumbach mich an, wies auf einen inzwischen eingetretenen Herrn jenseits der Galerie hin und flüsterte mir zu: das ist doch Bassermann. Richtig, der Abgeordnete Bassermann, der Vorsitzende der Nationalliberalen Partei. Ich sagte Jaurès Bescheid und erhielt natürlich die Erlaubnis, die Herren vorstellen zu dürfen, sobald wir uns begegnen würden. Bassermann aber sah uns von der anderen Seite des Grabmals an, hob die Nase noch

zwei Zentimeter höher und wandte sich dann dem Ausgang zu, in einer Gangart, durch die er wahrscheinlich bekunden wollte, was dieses armselige Napoleonchen doch ein Stümper gewesen sei im Vergleich mit ihm, dem großen Politiker. Jaurès lächelte, Grumbach witzelte, Pernerstorffer und ich — wir haben uns geschämt.

In lebhafter Erinnerung sind mir die vielen Begegnungen auf Kongressen und bei gemeinsamen Demonstrationen mit den Holländern Troelstra, Vliegen, van Kol, Albarda, de Roode, Vibaut u. a., mit den Belgiern Vandervelde, de Brouckère und Camille Huysman in Brüssel. Hier war besonders eindrucksvoll die demonstrative Einweihung des Ferrer-Denkmal. Durch Schweden und Dänemark habe ich wiederholt große Vortragsreisen gemacht. Zuletzt in den Jahren der Inflation, um für die Hergabe von Mitteln zu wirken, die den notleidenden Universitäten und Studenten auch wirklich in beträchtlichen Summen zugeflossen sind. Mit den Sozialisten der nordischen Länder verbindet mich besonders innige Freundschaft, so mit Möller und Engberg in Stockholm, mit Stauning, Borgbjerg, I. P. Nielsen, Kiefer und vielen anderen in Kopenhagen.

EINE AMERIKANISCHE AGITATIONSTOUR

Anfang Juni 1913 wurde ich von der German Language Federation — der deutschen Sprachgruppe der Vereinigten Staaten — zu einer Vortrags-tour eingeladen. Einschließlich der Hin- und Rückreise sollte ich mich für zwei Monate verpflichten. Da ich selbst längst gern einen Abstecher nach Amerika gemacht hätte, der Parteivorstand seine Einwilligung auch ohne weiteres erteilte, waren wir uns bald einig.

Die Tour sollte sofort nach dem Parteitag in Jena beginnen.

Ich reiste von Jena nach Berlin, packte meine Koffer und schiffte mich in Bremerhaven ein. Mir war, als ich an Bord der „Kronprinzessin Cäcilie“ ging, wieder zumute, wie 30 Jahre zuvor, als ich das Ränzeltuch auf den Buckel nahm, um in die weite Welt zu ziehen. Auf der Überfahrt erschloß sich mir, der ich aus harten politischen Kämpfen kam, geradezu eine neue Welt — ich lebte eine Woche lang auf diesem Märchenschiffe wie im Schlaraffenland. Das Herz schlägt mir höher, wenn ich dieser herrlichen Überfahrt gedenke, wenn ich sie im Geiste noch einmal mache. Ich lasse einige meiner damals geschriebenen Skizzen auszugsweise folgen:

„Auf dem Vorderdeck geht es bewegt zu. Viele Hunderte von Zwischendeckern, zumeist Italiener und Polen, drängen sich hier auf engem Raum. Das weibliche Geschlecht ist in der großen Mehrheit. Die Zahl der Kinder ist ungeheuer groß. Hier und da sitzen auch junge Mütter, ihre Säuglinge stillend. Traurig schauen sie in die Ferne. Wird die neue Welt gewähren, was die alte den Enterbten versagt hat?

Je länger ich dem bunten Treiben zuschaue, um so leichter wird es mir, die Männer und Frauen nach ihrer Herkunft mit einiger Sicherheit festzustellen. Farbenfroh scheinen sie alle zu sein, dafür sprechen die geradezu schreienden Farben ihrer mehr oder weniger phantastischen Kleidung. Einige junge Mädchen, unverkennbar Deutsche, passen absolut nicht in das Gewühl hinein. Sie wirken direkt störend im Rahmen dieses Bildes. Alle bewegen sich anscheinend unaufhaltsam durcheinander, wie die Steinchen im Kaleidoskop. Soeben sah ich noch den Polen mit dem feisten Salzhering in der Faust am Backbord. Jetzt steht er

schon auf der Steuerbordseite neben der hübschen Italienerin, die ihre gesunden Zähne in eine Orange gräbt. Hoffentlich läßt sie sich von dem schmierigen Kerl nicht beschwatzen, denn sie würde zu ihm passen wie die saftige Frucht zu dem Hering, mit dem er sich den Schnauzbart einsalzt.

Siegreich hat die Sonne ihren Weg durch die Wolken gebahnt — alles atmet im rosigen Licht. Ein Böhme hat seine Ziehharmonika aus dem Schlafraum geholt und spielt zum Tanze auf. Hei, wie dieser musikalische Quetschbeutel wirkt! Schon drehen sich zehn oder mehr Paare im Takt oder besser gesagt: sie versuchen, sich im Takte zu drehen.

Immer mehr der phantastischen Gestalten sind aus den schier unergründlichen Wohnräumen des Zwischendecks nach oben gekommen. Sie sperren den Tanzlustigen den Platz. So wandelt sich die Polka ganz von selbst in einen komisch wirkenden Schiebetanz. Die Paare suchen sich Platz zu schieben und zu wackeln. Die Fröhlichkeit ist immer größer geworden. Es tanzen nicht nur junge Männer mit gleichaltrigen Mädchen und Frauen, es tanzen auch ältere Semester miteinander — hier tanzen zwei junge Mädchen miteinander, dort gleich zwei männliche Paare, die in überaus komisch wirkender Tapsigkeit nach alter Melodei Tänze aufführen, wie sie noch kein Auge geschaut hat."

* * *

Das alles spielt sich ab auf der „Spitze“ eines der herrlichsten Schiffe, die der Norddeutsche Lloyd jede Woche von Bremen nach New York hetzt, wo sie zu meist mit der Pünktlichkeit eines Bäderzuges eintreffen.

Ganz hinten auf dem Schiffe haben sich die Passa-

giere zweiter Klasse häuslich niedergelassen. Das ganze Mittelschiff durch alle Decks hindurch ist den Passagieren erster Klasse reserviert. Die erste gemeinsame Mahlzeit an den Tischen mit fünf und sechs Gedecken vermittelt die ersten Reisebekanntschaften. Ich hatte, wie man zu sagen pflegt, „Schwein“. Ich war vom Obersteward einem Tisch zugewiesen worden, an dem kein Freund von Traurigkeit zu finden war. Der erste Arzt war unser Präside.

Wir hatten die erste Nacht hinter uns und fuhren durch den Kanal, die englische Küste immer zur Rechten. In Southampton konnte unser Schiff nicht vor Anker gehen, bevor die „Olympik“, das Schwester-schiff der unglückseligen „Titanic“ aus dem Hafen bugsiert war. Zwei Schlepper versuchten unsere „Cäcilie“ zu drehen — der eine drückte vorn rechts, der andere hinten links. Bei diesem Manöver war einem Tender eine starke Stahltrosse über Bord gefallen, die von der Schraube unseres Schiffes blitzschnell aufgewickelt worden war. Nun war Holland zunächst in Not. Es wurde ein Taucher zitiert, der nach stundenlanger Arbeit die Trosse wieder abwickelte und uns freimachte für die Weiterfahrt. War das wirklich ein böser unheilverkündender Anfang, wie viele befürchteten? Unser Kapitän wußte alle Bedenken zu zerstreuen und eine Stunde später dachte niemand mehr an die Störung, die freilich schon in alle Welt telegraphisch berichtet worden war und die Angehörigen der Passagiere nicht wenig beunruhigt hatte, wie man später erfahren konnte. Noch in derselben Nacht legten wir in dem französischen Hafen Cherbourg an, wo Passagiere, die fast ausnahmslos über Paris kamen, an Bord genommen wurden. Nun gab es keine Station mehr bis New York. Jetzt ging's hinein in den Atlantischen Ozean. Als ich am nächsten Morgen erwachte, tanzte

unsere „Cäcilie“ Polka. Bald bäumte sie sich vorn, bald hinten auf. Ein gar schauerliches Heulen schreckte die Ängstlichen auf, wenn das Boot sich vorn so tief in die Wogen legte, daß die Schrauben sich hinten über dem Wasser drehten.

Auf dem Zwischendeck war keine Menschenseele mehr zu schauen, hin und wieder spülte eine ungeheuere Wogen über den Boden hinweg, auf dem tags zuvor noch das „frohe Gezitter der Füße“ nach den Takten der Harmonika zu schauen war. Und auf den Promenadendecks lagen — lang ausgestreckt in bequemen Liegestühlen, der Seekrankheit erste Opfer mit bleichem Gesicht.

Zwei Tage lang hielt die rauhe See an, dann aber wurde es wieder schön wie im Frühling, obgleich der Kalender besagte, daß uns nur wenige Tage vom Oktober trennen. An Bord herrschte fröhliches Leben und Treiben. Auf dem Zwischendeck wurde wieder nach der Harmonika getanzt und für die Kajütspassagiere erster Klasse spielte die Steward-Kapelle zum Tanze auf festlich illuminiertem Deck. Und in den Gesellschaftsräumen spielten und sangen erste Opernsterne, die lorbeergeschmückt nach Amerika zurückführen oder dollarhungrig in der neuen Welt ihre Börse füllen wollten. . . .

Wir haben die Freiheitsstatue passiert; wir haben alle mehr oder weniger bekannten Orte und Befestigungen im Hafen gesehen. Nun bleibt unser Steamer plötzlich liegen, noch weit vom Pier entfernt. Die Quarantänestation ist erreicht und Ärzte kommen an Bord. Dann wird die Post abgeliefert und links und rechts legen Postboote an, in die nun eine ganze Stunde lang ununterbrochen zahllose Säcke mit Briefen und Karten aufgegeben werden. Ein ganzer Stab von deutschen Postbeamten hat während der Überfahrt die

deutsche Post vollständig sortiert. Einige amerikanische Postmensen haben die Post für New York sogar schon nach Bezirken und Straßen fix und fertig gemacht. Für mich persönlich ist dieser Aufenthalt vor dem Hafen keine angenehme Erinnerung. Denn mit den Postbooten zugleich ist ein ganzer Schwarm von Zeitungsreportern gekommen. Fünf Menschen zugleich versuchen mich bis aufs Hemd auszufragen. . .

Fünf Minuten später stand ich auf amerikanischem Boden, herzlich begrüßt von 20 bis 30 Männern und Frauen. Das Gepäck war schnell revidiert und nach dem Hotel dirigiert. Dann ging es von Hoboken unter dem Hudson hindurch nach New York.

AMERIKANISCHE VERSAMMLUNGEN

Über die Vereinigten Staaten mit ihren tausend Merkwürdigkeiten, ebenso über New York mit seinen Wolkenkratzern, imposanten Verkehrsmitteln und Straßenbildern, ist bereits unendlich viel geschrieben worden. Ich widerstehe der Versuchung, diese Schilderungen zu vermehren, begnüge mich vielmehr mit der Darstellung einiger persönlicher Erlebnisse. Wie so ganz anders als bei uns verläuft beispielsweise eine Volksversammlung in New York:

„ . . Mit Pauken und Trompeten! Vor einem Versammlungslokal wurde ich erwartet von einer Musikkapelle. Diese stellt sich auf und marschiert voran, einen echt amerikanischen Marsch blasend und trommelnd. Zwei Männer haben mich in die Mitte genommen, andere schieben uns voran. Ein unbeschreibliches Getön umfing uns beim Eintritt in den Saal. Mir wurde wohl tausendmal die Hand geschüttelt. Schließlich war ich mehr tot als lebendig bis an die

Bühne geschoben worden. Die Kapelle begann von neuem zu spielen, Hochrufe klangen dazwischen und dann berichtete ein Mann, was ich für ein Mensch sei. Er stellt dann einen anderen Mann vor, der die Versammlung leiten werde. Dieser andere Mann schildert zunächst, was ich in seinen Augen bedeute oder nicht bedeute. Er ist grausam genug, mir das Wort noch nicht zu erteilen. Er erteilt es einem Gesangsverein, der nun ein Begrüßungslied singt, und dann auf den Beifall hin noch eine Zugabe stiftet. Dann übergibt mir eine junge Dame einen riesigen Blumenstrauß, mit dem ich wirklich in dieser Situation nichts anzufangen wußte.

Schließlich wurde ich „vorgestellt“ und konnte mit meiner Rede beginnen. Aber ich war durch die vorausgegangenen Strapazen der letzten halben Stunde so nervös geworden, daß ich an diesem Abend wieder alles das in der Versammlung sah, was ich längst überwunden zu haben glaubte. Ich sah, daß in jeder Reihe drei oder vier Männer Gummi kauten; oh, das ist entsetzlich! Wohin ich blicken mag, hier kaut einer, da kaut einer! Unaufhörlich und anscheinend unermüdlich, sie kauen und kauen! Ich fing während meiner Rede an zu zählen: in der ersten Reihe kauten vier, in der zweiten drei, in der dritten aber neun. . . . Ich mußte zählen, ob ich wollte oder nicht; hier kauten drei, dort kauten sieben, im ganzen Saale kauten mindestens dreihundert.

Eine andere Versammlung: Es herrscht Kirchenstille im Saale. Man hat mir gesagt, daß mir Anarchisten, Syndikalisten und ähnliche Zeitgenossen entgentreten wollten. Schön, hatte ich gesagt, es soll mir recht sein; daß es den Herren an Anknüpfungspunkten für eine Debatte nicht fehlt, soll mein eifrigstes Bemühen sein. Ich streichelte und liebteste

die Anarchisten und Syndikalisten in meiner Rede also in wirklich aufreizender Weise. Aber Totenstille herrschte indes im Saale — bis plötzlich ein wirklicher Säugling ein furchtbares Geschrei begann. Ich schwieg einige Sekunden und sagte dann, da der Schreihals sich nicht beruhigte: „Nur ein junger Mann opponiert bis jetzt.“ Dabei sah ich sehr eindringlich nach der Mutter des Kindes. Diese drückte den kleinen Anarchisten daraufhin so fest an die Brust, daß er für einige Minuten wirklich schwieg. Dann begann er wieder zu schreien, als ob er am Spieße stecke. Da die Frau noch immer nicht Anstalten traf, mit dem Kinde hinauszugehen, sagte ich nun: der junge Mann opponiert weiter, aber die eigentliche Diskussion fängt erst nach meinem Vortrag an, vielleicht kann er sich entschließen, bis dahin draußen zu opponieren. Nun endlich ging die Frau mit dem Kinde hinaus.

Ich bin fest überzeugt, daß nicht nur sie mir mein Verhalten sehr übelgenommen hat; mindestens haben es die zwanzig anderen Frauen, die mit Kindern im Saale saßen, auch getan. Übrigens ist mir später gesagt worden, daß das Geschrei die Aufmerksamkeit der Versammlung nicht im geringsten gestört habe. Dergleichen Störungen bemerke der Amerikaner gar nicht, wenn die Aufmerksamkeit einmal auf einen bestimmten Punkt konzentriert werde.

AUF DEM PODIUM

In dieser Schrift wird oft auf Reden hingewiesen, die ich im In- und Auslande gehalten habe. Abgesehen davon, daß ein großer Unterschied besteht zwischen Reden vor landsmännischen oder fremdsprachlichen Hörern, sind die Erlebnisse auf dem Podium selbst un-

gemein vielseitig, keineswegs nur ernster, sondern mitunter auch sehr lustiger Art.

Vor fremdsprachlichem Publikum zu reden ist nicht leicht. Wer eine fremde Sprache nicht beherrscht, wie seine Muttersprache, sollte sie in öffentlicher Rede besser nicht anwenden. Während der Deutsche sich sehr gut amüsiert, wenn ein Ausländer deutsch radebrecht, ist es für den Franzosen eine Tortur, wenn er seine Sprache, auf die er ungemein stolz ist, nicht rein und richtig sprechen hört. Im Laufe der Jahre habe ich natürlich gelernt, wie man vor fremdsprachigen Hörern sprechen muß, wenn man sie nicht langweilen will. Erste Voraussetzung ist, daß man sich die größte Mühe geben muß, nicht zu schnell, dagegen sehr klar, deutlich und rein zu sprechen. Dadurch erleichtert man das Verständnis wenigstens den Zuhörern, die bemüht gewesen sind, Deutsch zu erlernen. Dann bin ich seit vielen Jahren davon abgekommen, erst meine ganze Rede zu halten und sie dann übersetzen zu lassen. Es muß eine Versammlung schließlich langweilen und unruhig machen, wenn ein Fremdling eine Stunde lang seine Sprüchlein hersagt, ohne daß ihm der größere Teil der Versammlung folgen kann. Für ebenso falsch halte ich die Methode, nach der besonders Redner der Heilsarmee vor fremdsprachigen Versammlungen zu reden pflegen. Sie lassen von dem neben ihnen stehenden Dolmetscher sofort jeden Satz übersetzen. Dadurch verliert der Redner allen Schwung, ertötet in sich selbst jede Spur von Temperament — die ganze Veranstaltung wird automatenhaft.

Sehr gut hat sich dagegen — ich kann nur von meinen persönlichen Erfahrungen sprechen — folgendes Verfahren bewährt. Ich arbeite die im Ausland zu haltende Rede sorgsam aus und zwar ab-

schnittsweise. Je nach der zu behandelnden Materie genügt es, die einzelnen Kapitel so abzufassen, daß ihr Vortrag in keinem Fall länger als jeweils acht bis zehn Minuten in Anspruch nimmt. Nach jedem vortragenen Kapitel übersetzt es der Dolmetscher, dem man natürlich vor dem Vortrag das Manuskript aushändigen muß. So ist es mir stets gelungen, mit drei-, höchstens viermaligen Pausen das gestellte Thema zu behandeln, ohne daß die Aufmerksamkeit der Versammelten nachgelassen hätte. Es ist selbstverständlich, daß der Redner sich nicht sklavisch an sein Manuskript zu halten braucht, das für den Übersetzer freilich bindend ist. Wer es versteht, am Schlusse eines jeden Kapitels durch eine Bemerkung, die der Übersetzer sofort aufgreifen kann, die Aufmerksamkeit der Hörer immer wieder von neuem zu wecken, wird mit dieser Methode des Redens gute Erfahrungen machen. Jedenfalls habe ich, sowohl in europäischen, wie auch in den amerikanischen Staaten diese Art, vor fremdsprachigen Hörern zu reden, als die beste gefunden.

DIE SCHWIERIGKEIT DER AGITATION

Unseren deutschen Arbeiter können sich kaum eine Vorstellung machen von der Schwierigkeit der sozialistischen Agitation in den Vereinigten Staaten. Zwar haben sie es noch leichter als wir, in drastischen Beispielen den Widersinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beleuchten. Was war und ist schließlich unser Krupp im Vergleich zu den vielen amerikanischen Milliardären à la Vanderbilt, Astor, Gould, Carnegie, Ford usw. Aber es genügt nicht, die drastischen Beispiele zu haben, man muß sie auch der proletarischen Masse vortragen können. Nun stelle

man sich eine amerikanische Stadt vor; ein Proletariat mit einheitlicher Sprache gibt es nicht; Tag für Tag wandern neue Tausende hinzu aus aller Herren Länder. Neben den wenigen Zuwanderern aus Ländern mit höherer wirtschaftlicher und politischer Entwicklung kommen oder kamen bis zu der streng durchgeführten Kontingentierung große Massen aus Polen, Italien usw. Unter diesen Einwanderern gibt es eine große Zahl, die sich schon wie Fürsten vorkommen, wenn sie in Amerika „nur zu dritt“ in einem Bett liegen, statt wie daheim zu fünf oder sechs auf elenden Pritschen und erbärmlichen Strohlagern. Diese armen Teufel für den Sozialismus zu gewinnen, wäre eine dankbare Aufgabe — wenn man nur an sie herankommen könnte. Aber selbst wenn man alle Sprachschwierigkeiten überwinden könnte, wenn man sprachkundige Genossen für die Dutzende von Sprachen, die in den Vereinigten Staaten gesprochen werden, fände, wie und wo findet man dann wiederum die, an die man sich wenden will. Man stelle sich die Verbreitung von Flugblättern vor; zwar wohnen bestimmte Nationalitäten zumeist auch in bestimmten Quartieren der Großstädte. Aber trotzdem! Es kann sehr leicht vorkommen, daß man ein in deutscher und englischer Sprache verfaßtes Flugblatt in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet und daß trotzdem nur hundert Exemplare die sprachenkundigen Leser finden. So hat auch die Parteipresse mit schier unüberwindlichen Schwierigkeiten zu rechnen. Wie die gesamte amerikanische Presse ist sie fast ausschließlich auf den Straßenverkauf angewiesen; feste Abonnements stellen Ausnahmen dar. . . .

* * *

Vorträge habe ich in den Vereinigten Staaten u. a. gehalten in Brooklyn (N. Y.), Bronx (N. Y.), Passaic (N. Y.), New Haven (Conn.), Newark (N. J.), Elizabeth (N. J.), Schenectady (N. Y.), Lawrence (Mass.), Providence (R. I.), Paterson (N. J.), New Britain (Conn.), Hartford (Conn.), Rochester (N. Y.), Buffalo (N. Y.), Cleveland (Ohio), Detroit (Mich.), Chicago (Ill.), Milwaukee (Wisc.), St. Paul (Minn.), Denver (Col.), St. Louis (Miss.), Staunton (Ill.), Springfield (Ill.), Pittsburgh (Penns.), Baltimore (Maryl.), Philadelphia (Penns.). Zum Schluß sprach ich wiederum in New York, und zwar in Manhattan. Die Tour war zwar nicht so eingerichtet, daß ich immer von dem einen Ort zum nächstgelegenen anderen hätte reisen können. Immerhin war sie, wenngleich strapaziös genug, doch erträglich. Als ich freilich in Denver (Cal.), durch zahlreiche Briefe und Telegramme aus San Francisco aufgefordert wurde, auch noch nach Kalifornien zu kommen, sagte ich ab. Bei den teils geradezu ungeheuerlichen Entfernungen, Tag für Tag in zumeist großen und stets überfüllten Sälen einen Vortrag zu halten und in der Woche bestenfalls einen freien Tag zu haben, das war schließlich zu viel. Eine grenzenlose Sehnsucht nach Weib und Kindern trug das übrige dazu bei, mich zu bestimmen, in Colorado Kehrt zu machen.

Die Presse, sowohl die deutsche, wie auch die englische, bürgerliche und sozialistische, hat mich überall in lebenswürdigster Weise behandelt und eingehend über meine Vorträge berichtet. . . . Die „New Yorker Staatszeitung“ behandelte mich geradezu überschwänglich: „Der hervorragende Arbeiterführer appelliert nicht an die Leidenschaft der Massen, verschmähst hochtönende Phrasen und blumenreiche Rhetorik, doch zeigt seine Rede von scharfer Logik und seine Aus-

führungen verraten gesunden Menschenverstand und Überzeugungstreue, und diese Eigenschaften eroberten ihm im Fluge die Herzen der ihm lauschenden Männer und Frauen, die denn auch mit demonstrativen Beifall seine Ansprache quittierten.“ — Die sozialdemokratischen Blätter berichteten überall von glänzenden Erfolgen, die Syndikalisten tobten. . . . In einem zusammenfassenden Bericht schrieb die sozialdemokratische „New Yorker Volkszeitung“: „Scheidemann hat einen tiefen Eindruck hinterlassen. Seine klare Vortragsweise, wie nicht minder die Furchtlosigkeit und Bestimmtheit im Ausdruck seiner Überzeugung, haben ihm die Herzen der Tausende, die ihn gehört, im Sturme erobert. Und mehr als das: Viele Hunderte, die im syndikalistischen Ansturm auf die altbewährten sozialistischen Kampfmethoden knieschwach und wankend geworden, erhielten von diesem Vertrauensmann der deutschen Sozialdemokratie neuen Mut, neuen Glauben an die Kraft der politischen Aktion eingeflößt. Es ging gleichsam wie eine frische Brise von Scheidemanns ganzer Persönlichkeit aus.“

Siebenter Abschnitt

EIN VIERTELJAHRHUNDERT IM REICHSTAG DAS SOLINGER MANDAT

Eines der peinlichsten Kapitel in der Geschichte der SPD. heißt: „Solingen“ — —

Wunderschön in die Wupperberge gebettet, von einer Bevölkerung bewohnt, die fleißig und geschickt, fröhlich und freiheitlich gesinnt, ist Solingen Heimstätte einer der eigenartigsten Industrien. Solingen ist die Stadt der „Schlieper“, der „Federmesserreider“ und der „Langen Tafelmesserschleifer“. Die Eigen-

artigkeit der Industrie hatte begreiflicherweise auch besondere Organisationsformen gezeitigt. Da es nur e i n Solingen im Reiche gibt, waren die Organisationen der Spezialarbeiter lokaler Art. In Solingen ist es vorgekommen, daß Unternehmer jahrzehntelang bestreikt worden sind, ohne daß nur ein einziger Arbeiter deshalb auch nur einen Tag gefeiert hätte. Das sind Tatsachen, die man außerhalb des Niederrheins nicht verstehen konnte, weil man die Eigenart der Messerfabrikation und Messerschleiferei nicht kannte. Natürlich gab es schon seit vielen Jahrzehnten auch große Unternehmer, die nur im eigenen Hause produzieren ließen. Das war aber nur die Ausnahme. In der Hauptsache handelte es sich um kleinere und mittlere Kapitalisten, die nur einen Teil der bis in das Kleinste spezialisierten Arbeit im eigenen Hause fertigten, die Hauptsache aber, das Schleifen, das eine wirklich große Kunstfertigkeit voraussetzt, von Spezialarbeitern besorgen ließen, die sich „Kotten“ (Werkstätten mit Wasserantrieb) mieteten und in ihrer besonderen Art wieder selbständige Unternehmer waren. Wurde also der eine Unternehmer bestreikt, so konnte man für einen der anderen um so mehr schleifen. Arbeit gab es immer in Hülle und Fülle. Wie an der Wupper die religiöse Muckerei, aber auch geradezu fanatisches Freidenkertum dicht beieinander wohnen, so bestehen in der Solinger Industrie modernste Arbeitsmethoden — kleinste Teilarbeit, die zu unerhörter Geschicklichkeit der Spezialarbeiter führte, und völlig veraltete Systeme, Fabrikbetrieb mit „Hausarbeit“ und deren Hilfsarbeitern — auch dicht beieinander. Da die Solinger Schleifer tatsächlich konkurrenzlos in der ganzen Welt waren — über die Sheffielder Konkurrenz wurde früher sehr geringschätzig geurteilt —, so befanden sie sich in verhältnismäßig guter sozialer Lage.

Wer erst einen „Kotten“ besaß, also selbständig war, der verdiente verhältnismäßig viel Geld. Mit einem Worte gesagt: die Solinger Spezialarbeiter stellten eine Elite unter den Metallarbeitern dar und hatten infolge ihrer gesamten sozialen Stellung begreiflicherweise auch gewisse zünftlerische Einstellungen. Jedenfalls brachten sie kein Interesse auf für die Zentralorganisationen, weil für sie Solingen alles bedeutete, sowohl in der Produktion, wie in der ihre Interessen vertretenden Organisation. Sie sträubten sich gegen den Metallarbeiterverband, da er ihnen angeblich ihre selbständige Stellung gefährde, „weil er alle Metallarbeiter über einen Kamm schere, alle in die Fabriken treibe“, dem modernen Produktionsprozeß Vorschub leisten, den „Schlieper“ aus seiner guten Position also verdrängen müsse, ob er wolle oder nicht. Aus diesen Gegensätzen heraus, die naturgemäß nur ganz knapp hier geschildert werden können, erwachsen zwischen den Arbeitern Konflikte, die zeitweilig die schlimmsten Formen annahmen. Und doch hatte Lassalle bekanntlich gerade in Solingen und Remscheid den ersten sozialistischen Samen ausgestreut und bei der für alle freiheitlichen Ideen leicht zu begeisternden Bevölkerung jubelnde Zustimmung gefunden. Die Richtigkeit der Marx-Engelsschen Theorie von der materialistischen Geschichtsauffassung wird in interessanter Weise illustriert auch durch die Kämpfe der Solinger Arbeiter untereinander. Übrigens sei nebenbei bemerkt, daß Konflikte, die Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an den Namen Schumacher knüpfen, viel früher schon in nahezu derselben Weise sich abgespielt hatten, sie wurden damals unter dem Stichwort „Rüddinghausen-Schumacher“ in der Partei behandelt.

Hier Zentralverband! Hier Lokalorganisation! In

Versammlungen und in der Presse wurde der Kampf der Arbeiter untereinander zum großen Vergnügen der Unternehmer in der heftigsten Weise geführt. Schließlich gab es sogar zwei Arbeiterzeitungen und zwei sozialdemokratische Reichstagskandidaturen. Ende der neunziger Jahre wollten die für die Zentralorganisation kämpfenden Arbeiter unter gar keinen Umständen den bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten Schumacher wiederwählen. Um so fester traten die Lokalisten für Schumacher ein. Der Kampf nahm immer heftigere Formen an und wurde schließlich in ganz persönlicher Weise geführt. Die Gegner der SPD. zehrten im ganzen Reich von dem Bruderkampfe in Solingen. Viele sozialdemokratische Parteitage mußten sich mit Solingen beschäftigen.

Da ich 1903 als Abgeordneter für Solingen gewählt wurde und mit dieser Wahl ein bedeutungsvoller Abschnitt meines Lebens begann, soll so knapp wie möglich dargestellt werden, wie gerade ich zu der besonderen Auszeichnung gekommen bin, Mitglied des Reichstages für Solingen zu werden.

* * *

Auf dem Hamburger Parteitag, der im Jahre 1897 stattfand, spielten die Solinger Streitigkeiten wieder eine große Rolle.

In der sogenannten Siebener-Kommission des Parteitages, deren Vorsitzender der verstorbene Berliner Privatdozent Dr. Leo Arons war, wurde sie eingehend behandelt, und zwar unter Hinzuziehung der am meisten beteiligten Genossen aus Solingen, vor allem also auch Schumachers selbst. Es kam eine Verständigung zustande, wie Gerisch sie vorausgesehen und zwischen den Zeilen einer Rede schon angedeutet hatte: Er traute den Genossen in Solingen, die gegenseitig von

unbeschreiblichem Mißtrauen und Haß erfüllt waren, überhaupt nicht mehr. Dr. Arons, einer der liebenswürdigsten Sozialdemokraten, die ich jemals kennengelernt habe, berichtete aus seiner Kommission, und zwar, da er die Verhältnisse in Solingen nicht so genau kannte wie Gerisch, in sehr optimistischer Weise:

„Der Siebener-Kommission ist es glücklicherweise leicht geworden, mit der Solinger Angelegenheit fertig zu werden, dank dem Entgegenkommen der Solinger Genossen von beiden Seiten. Ich bitte dieses Entgegenkommen nicht gering anzuschlagen, denn die Solinger Genossen waren sich wohl bewußt, daß sie mit der Vertretung derjenigen Resolution, der sie zugestimmt haben, einen schweren Standpunkt zu Hause haben würden. Die Siebener-Kommission beantragt folgende Resolution:

„Der Parteitag möge beschließen: Da der Genosse Schumacher erklärt hat, daß er die Wiederaufstellung seiner Kandidatur für die Reichstagswahl ablehnt, beschließt der Parteitag, die Parteileitung zu beauftragen, einen den Solinger Streitigkeiten fernstehenden Kandidaten aufzustellen.

Der Parteitag beauftragt die neue Parteileitung, die Verschmelzung der „Bergischen Arbeiterstimme“ und der „Solinger Freien Presse“, sowie die Überführung in das Eigentum der Gesamtpartei baldmöglichst in die Wege zu leiten.“

Die Genossen Inger und Schaal einerseits, Schumacher und Langenberg andererseits erklären, daß sie diesen Beschluß vor ihren Genossen vertreten wollen.

Noch einige kurze Bemerkungen zu der Resolution: Die meisten Genossen werden wissen, daß sich die Parteileitung nur höchst ungern mit der Aufstellung der Kandidaten befaßt. Das ist im allgemeinen Sache der Wahlkreise. Anders liegen die Dinge in So-

lingen. Hier bedarf es, wenn man ein Wort anwenden darf, das in der Kommission gefallen ist, für den Augenblick der Bevormundung. Selbstverständlich soll der Kandidat nicht aufgezwungen werden. Es werden Besprechungen mit der einen und der anderen Seite erfolgen, aber das letzte Wort soll die Parteileitung sprechen."

* * *

Wie jedem anderen Sozialdemokraten, der nicht direkt an diesen Auseinandersetzungen beteiligt war, so wurden auch mir die Vorgänge in Solingen ein Scheuel und Greuel. Der Krakeel widerte mich derart an, daß ich, sobald auch nur das Stichwort „Solingen“ auf dem Hamburger Parteitag gefallen war, den Saal verließ, um mir die Stadt anzusehen.

Weil ich seit 1896 Reichstagskandidat für Gießen war, also Inhaber einer vorläufig aussichtslosen Kandidatur, die mich befriedigte, hatte ich die schmeichelhaftesten Anträge aus Kassel, die dortige Kandidatur zu übernehmen, glatt abgelehnt. Ich war deshalb nicht wenig überrascht, als ich einen von Pfannkuch am 24. November 1897 geschriebenen Brief erhielt, der folgende Nachschrift hatte:

„PS. Noch eins! Würden Sie jetzt Ihre Meinung bezüglich der Kandidatur in Solingen nicht ändern? Gerisch und ich halten Sie für den Qualifiziertesten unter den in Betracht Kommenden. Aber äußern Sie sich bald.“

Schon auf dem Hamburger Parteitag hatte ich auf die Frage des Parteivorstandes, ob ich in Solingen kandidieren wollte, geantwortet: „Nein, ihr haltet mich offenbar für vergüngungssüchtiger als ich bin.“ Auf Pfannkuchs oben erwähnten Brief antwortete ich wieder ablehnend. Dann aber kamen steinerweichende

Briefe Gerischs, der sich auf Auer und Bebel berief. Er wies auf die Schwierigkeiten der Situation hin, ließ aber zwischen den Zeilen trostreich durchblicken, daß ich doch immerhin Chancen hätte, von den Solingern gar nicht akzeptiert zu werden, da der Parteivorstand beabsichtige, sechs Parteigenossen als „Kandidaten zur Auswahl“ in Vorschlag zu bringen. „Na“, sagte ich, „wenn ihr sechs alte und bewährte Parteigenossen empfiehlt, dann will ich es mit meinen 32 Jahren ruhig riskieren, ja zu sagen. Die Solinger werden auf mich wahrscheinlich dann nicht reflektieren.“ Es kam aber anders. Am 16. Dezember 1897 erhielt ich folgenden Brief Gerischs:

„Berlin SW., 15. 12. 1897“

Lieber Genosse Scheidemann!

Aus Solingen erhalten wir soeben die Nachricht, daß die zur Vorbereitung der Kandidatenfrage eingesetzte Kommission unter den von uns vorgeschlagenen Kandidaten einstimmig für Dich entschieden hat. Die Kommission wünscht nun, daß Du Dich, wenn irgendmöglich, am kommenden Sonntag, den 18. cr., dem engeren Kreise der Parteigenossen vorstellen möchtest. Da im engsten Anschluß an die Regelung der Kandidatenfrage auch noch verschiedene andere Angelegenheiten . . . zu ordnen sind, wäre es auch uns lieb, wenn Du dem Wunsche entsprechen würdest . . . Viel Glück im neuen Wirkungskreis.“

Nun half kein Mundspitzen mehr, jetzt mußte gepfiffen werden. Wie sag' ich's meinen Kindern, den Genossen in Gießen? 1898 sollte die allgemeine Reichstagswahl stattfinden, Mitte Dezember 1897 bekam ich zu der Gießener Kandidatur die zweite in Solingen, einem Kreise, den ich nur nach vielstündiger Bahnfahrt erreichen konnte. Ich reiste an dem gewünschten

Tage nach Solingen, immer noch in der stillen Hoffnung, daß die Versammlung, der ich mich vorstellen und die mich zum Kandidaten erklären sollte, nein sagen würde. Zwar hatte die Sechser-Kommission, die aus je drei Genossen beider Richtungen bestand, sich einstimmig für mich entschieden, aber hatte die Versammlung nicht das Recht, mich begeistert abzulehnen? In Solingen traf ich Gerisch mit sorgenschwerem Gesicht an. „Es wird von beiden Seiten gehetzt, die Versammlung, in der du reden sollst, wird sehr stürmisch verlaufen, vielleicht sogar gesprengt werden.“

„Das wäre mir fast das liebste!“

„Rede nicht so gotteslästerlich, hoffentlich geht noch alles gut. Rede so gut wie du noch nie in deinem Leben gesprochen hast, dann wird's schon klappen.“

Die Sechser-Kommission sprach sich erneut einstimmig für mich aus. Die Wählerversammlung, in der ich mich vorstellen sollte, fand dann ein oder zwei Wochen später statt, und zwar in einem häßlichen Saal, in dem nur Bänke standen. Die Beleuchtung war kläglich. Da eine Konzession zum Wirtschaftsbetriebe nicht bestand, hatten sich Hunderte von Arbeitern die ihnen unentbehrlich scheinenden Getränke in Flaschen selbst mitgebracht. Neben dem kräftigen Bier vom Niederrhein gab es, wie mir versichert wurde, und wie ich auch habe selbst sehen können, erheblich schärfere Getränke.

Gerisch sprach einleitend und mahnte zur Vernunft, zur Eintracht. Eine lange Geschäftsordnungsdebatte folgte. Hitzig ging es zu: „Wir wollen den hessischen Genossen, den uns der Parteivorstand aufzwingen will, gar nicht hören.“

Gerisch: „Wir zwingen euch keinen Kandidaten auf. Der Parteivorstand hat die Parteitagsbeschlüsse auszuführen. Er hat euch sechs Genossen zur Auswahl

vorgeschlagen. Eine paritätisch zusammengesetzte Kommission hat sich für Scheidemann entschieden. Wir kennen ihn, hört ihn zunächst an und dann entscheidet euch.“

„Nein! Nein! Wir wollen Schumacher wählen.“

Von der anderen Seite: „Wortbrüchige Gesellschaft!“

Hier und da soll es zwischendurch sogar Püffe gegeben haben. Nach einer weiteren Rede Gerischs stand ich plötzlich, ich wußte nicht, wie mir geschehen war, auf dem Podium und begann zu reden. Zu meiner großen Überraschung war sofort Ruhe eingetreten und es wurde, wie mir schien, immer stiller. Ich sprach über die politische Lage und legte die Möglichkeiten dar, sie zugunsten der werktätigen Bevölkerung zu ändern. Erste Voraussetzung sei selbstverständlich Geschlossenheit der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Es gab noch allerlei Geplänkel, schließlich wurde ich aber doch mit großer Mehrheit als sozialdemokratischer Kandidat für den Wahlkreis Solingen aufgestellt. Bis zu den Wahlen hatte ich nunmehr eine Arbeit zu leisten, wegen der mich wirklich niemand zu beneiden brauchte. Drei Tage Agitation in Oberhessen, drei Tage im Kreise Solingen — auf den Eisenbahnfahrten, natürlich vierter Klasse, machte ich das Gießener Blatt, einen Tag hielt ich mir in der Woche frei, um die Redaktion einigermaßen ordnungsmäßig abschließen zu können. —

Die Abmachungen in Solingen wurden nicht gehalten. Nicht lange vor der Wahl stellte Schumacher seine eigene Kandidatur doch wieder auf und so ging das sichere Mandat, eines der ältesten der deutschen Sozialdemokratie, verloren. Bei der Hauptwahl wurden im Kreise Solingen Stimmen abgegeben für: Scheidemann (Soz.) 6349, Schumacher (Soz.) 5411, Sabin (Ver-

einigte Liberale) 5838, Zentrum 5449. Vor der Stichwahl zwischen dem offiziellen Sozialdemokraten und dem Kandidaten der Vereinigten Liberalen gab Schumacher für seine Wähler die Parole aus: „Wählt den Liberalen!“ So wurde Sabin gewählt. Schmachvolles hatte die SPD. bis dahin nicht erlitten. Übrigens will ich nicht versäumen, einen Brief Liebknechts vom 30. Juni 1899, der mir bei der Durchsicht älterer Briefe wieder zu Gesicht gekommen ist, abzudrucken, weil er deutlich zeigt, daß nach der Auffassung Liebknechts, die ich teile, keineswegs alle Schuld für die Solinger Wirren, soweit persönliches Verschulden überhaupt in Betracht kommt, auf Seiten Schumachers gelegen hat. Der von Liebknecht in seinem Brief mit F. bezeichnete Genosse redigierte (der liebe Gott wird es ihm inzwischen verziehen haben) in kritischer Zeit das gegen Schumacher kämpfende Parteiblatt. Hier der Brief Liebknechts:

„Lieber Genosse! Gewiß haben Sie recht mit Bezug auf das Solinger Blatt. Sie werden sich wohl manchmal gewundert haben, daß ich gegen Schumacher so entgegenkommend und nachgiebig war. Sie beginnen, es zu verstehen. Gegen Schumacher ist mehr gesündigt worden als von ihm, und der Anfang liegt schon über 20 Jahre zurück. Seine Dickköpfigkeit bauschte Kleinigkeiten auf und erschwerte einen freundschaftlichen Verkehr mit Freunden. Andere waren jedoch nicht besser. Nach Hamburg hatte ich es soweit, daß Schumacher ruhig ging, wenn F. beseitigt werde. Das wurde versprochen, aber nicht gehalten. Nun gab es für Schumacher keinen Halt mehr. Er kam allmählich in die Stellung, in der wir ihn seit der Wahl sehen. Den Parteigenossen wildfeindlich, für die Partei verloren . . . Grüße an alle und auf Wiedersehen.

Wilhelm Liebknecht.“

Verärgert und verbittert ist Schumacher später nach Köln gezogen, wo er, zeitweilig von der SPD, unterstützt, sich kümmerlich durch schriftstellerische Tätigkeit über Wasser hielt. Er hat sich später mit der Partei wieder ausgesöhnt. —

* * *

Unter welchen Umständen der Wahlkampf im Jahre 1898 in Solingen hatte geführt werden müssen, können die Leser sich kaum vorstellen. Der Parteivorstand hatte mir große Zurückhaltung empfohlen, damit ich nicht auch noch in den Bruderkampf hineingezogen werde. Das ist auch gelungen. Es redeten damals zugunsten meiner Kandidatur Wilhelm Liebknecht und Bebel. Auer hatte es übernommen, die wichtigste Flugschrift zu verfassen. Auf beiden Seiten wurde im übrigen mörderisch gerauft. In einer Versammlung mit Liebknecht und mir als Referenten war auf besondere Einladung Liebknechts Schumacher erschienen. Liebknecht, der mit ihm gut gestanden hatte, setzte ihm in der eindringlichsten und wirklich brüderlichen Weise zu. Scheinbar kam Schumacher, der übrigens ein sehr guter Redner war, zur Vernunft — er wagte es nicht, dem alten Liebknecht in gehässiger Weise zu widersprechen. Am nächsten Tage begann er mit seinem Kampfe gegen den „fremden Kandidaten“ von neuem.

In den Monaten, die dem Wahltage vorausgegangen waren, hatte ich im Solinger Kreise zahlreiche prachtvolle Menschen kennengelernt. Freundschaften innigster Art haben mich seit jener Zeit mit dem Kreise verbunden. Zwar lehnte ich zunächst eine Wiederaufstellung für die Wahl im Jahre 1903 ab, gab aber schließlich doch nach, weil ich von Offenbach aus die Agitation leichter besorgen konnte. Bei den Wahlen im Juni 1903 wurde ich im ersten Wahlgange gewählt.

Es waren Stimmen abgegeben worden: für die Sozialdemokraten 17 225, für das Zentrum 6457, für die Vereinigten Liberalen 5767, für die Christl. Soz. 648. Zersplitterte Stimmen: einige Hundert.

Im Laufe der Jahre war ich im Kreise Solingen sehr bekannt geworden, die Gegensätze unter den feindlichen Brüdern schliffen sich mehr und mehr ab. Daß es mir gelungen war, außerhalb des Parteizwists zu bleiben, wurde mir hoch angerechnet. Von beiden Seiten brachte man mir immer mehr Vertrauen entgegen. Ja, mehr noch: einige Reden im Reichstage, ebenso erfolgreiche Schritte, die ich im Interesse der Solinger Industrie in Berlin getan hatte, brachten mir auch immer mehr Sympathien des Bürgertums ein. Meine Position im Kreise wurde immer besser und fester. Als der Reichstag im Winter 1906 aufgelöst worden war, wurde ich bei den Neuwahlen im Januar 1907 im ersten Wahlgang wiedergewählt, obwohl ein heftiger Wahlkampf vorausgegangen war, in dem auf seiten der Vereinigten Liberalen ein schneidiger junger Redakteur der „Kölnischen Zeitung“, Dr. Robert Brunhuber, als Kandidat focht, ein ausgezeichnete Redner und kenntnisreicher Mann, mit dem ich persönlich sehr gut stand. Häufig saßen wir abends, nach den heftigsten Redeschlachten, beim Glas Bier friedlich zusammen. In sozialpolitischen Fragen suchte er mir in seinen Reden immer um eine Nasenlänge voraus zu sein. Scharf, ja auf das Schroffste standen wir uns gegenüber in den Fragen des Militarismus, des Marinismus und der Kolonialpolitik. Nun war 1907 das Volk auf Grund der „nationalen“ Wahlmache wirklich in seinen tiefsten Tiefen aufgewühlt worden. Besonders die Liberalen, unter Führung des damaligen Kolonialministers Dernburg, den die Konservativen spöttisch als „Exzellenz Koofmich“ behandelten, machten die größten Kraft-

anstrengungen. Für Solingen spielten natürlich Kolonialfragen und Rüstungsfragen eine erhebliche Rolle.

Unvergeßlich bleibt mir eine Debatte mit Brunhuber in einem der größeren Orte des unteren Kreises Solingen — entweder in Leichlingen oder Opladen. Er hatte mit unerhörter Begeisterung die Kolonialpolitik gepriesen und auf die Absatzmöglichkeiten für die Solinger Industrie in Afrika hingewiesen. Ob das für die Messerfabrikanten und Messerschleifer etwa gleichgültig sei. Ich hatte darauf gesagt: Nein, gleichgültig ist's ganz gewiß nicht, aber wohin sollen denn die Neger die Taschenmesser tun — sie haben doch keine Hosen an! Es war unmöglich, die Auseinandersetzung fortzuführen. In einer unglaublichen Heiterkeit, die meinen Worten folgte, ging die Versammlung auseinander. Die Messerschleifer entschieden sich für mich.

Es wurden abgegeben: Sozialdemokratische Stimmen: 19 589, Liberale Stimmen: 10 833, Zentrumsstimmen: 7992, Zersplitterte Stimmen: einige Hundert. Mein unterlegener Gegenkandidat Dr. Brunhuber trat bald nach der Wahl eine Weltreise an, auf der er im Gebiete des Himalaya von Eingeborenen grausam ermordet worden ist.

* * *

Im Laufe der Jahre war ich im Kreise Solingen vollkommen heimisch geworden, so zwar, daß mich, wie man zu sagen pflegt, nahezu jedes Kind kannte. Die Wahl im Jahre 1912, bei der es sich um die Abrechnung mit dem schwarz-blauen Block handelte, war im Kreise Solingen eine Spielerei für die SPD. Es wurden am Tage der Hauptwahl 44 245 Stimmen abgegeben, von denen ich 24 571 erhielt, die Liberalen erhielten 10 201, das Zentrum zählte 8239 Stimmen.

In der „Bergischen Arbeiterstimme“ vom 11. Ja-

nuar 1912 ist die ganze erste Seite mit nur wenigen Zeilen in Riesenlettern (Plakatschrift) bedruckt. Diese wenigen Zeilen kennzeichneten die Situation, in der die SPD. sich damals befand, sehr gut. Sie lauteten wie folgt:

„Wen wählen wir? . . . Scheidemann! Mit Erfolg hat er im Reichstage gewirkt. Das liberale „Kreis-Intelligenzblatt“, das zur Empfehlung seines eigenen Kandidaten absolut gar nichts zu sagen wußte, außer bedeutungslosen Floskeln, stellte erst dieser Tage (am 5. Januar 1912) wieder fest:

„Es ist von liberaler Seite nie in Abrede gestellt, sondern stets neidlos anerkannt worden, daß sich Scheidemann der Interessen seines Wahlkreises stets mit Eifer angenommen hat . . .“

Jeder Wähler, der den Wunsch hat, daß die Interessen des Kreises Solingen auch fernerhin mit Eifer, Geschick und Erfolg vertreten werden sollen, der muß unseren Kandidaten wählen.“

Die Art, wie die „Bergische Arbeiterstimme“ damals aufgemacht worden ist, fand viel Nachahmung. Da der Solinger Redakteur Dittmann in Remscheid kandidierte und im dortigen Wahlkampf, sowie mit der Herstellung einer wöchentlich für seinen Wahlkreis erscheinenden Wählerzeitung vollauf beschäftigt war, hatte ich mich zu meiner großen Freude in der „Bergischen Arbeiterstimme“ nach Herzenslust ausarbeiten können. Ebert, der im benachbarten Wahlkreise Elberfeld-Barmen kandidierte, hatte ich in einer riesig besuchten Zirkusversammlung bei seinen Wählern eingeführt. Er fand besonderen Gefallen an der journalistischen Aufmachung der „Bergischen Arbeiterstimme“ und bat mich, als er zu seiner peinlichen Überraschung noch in der Stichwahl um den Sieg ringen mußte, auch in das Elberfelder Blatt „mehr Leben“ zu bringen. Nur

in bescheidenem Maße war das möglich, weil die damaligen Redakteure des Elberfelder Blattes so prinzipienfest waren, daß ihnen jede Neuerung, und läge sie auch nur auf dem Gebiete journalistischer Aufmachung, schon wie ein Prinzipienverrat erschien. Der Wahlkreis Elberfeld-Barmen war räumlich so eingengt, daß Ebert sich bedrückt fühlte, wenn er Tag für Tag Versammlungen abhielt, in denen begreiflicherweise immer ein kleiner Teil derselben Zuhörer erschien: in Elberfeld Barmer, in Barmen Elberfelder Wähler. Aus dem unbehaglichen Gefühl, das in Wahlwochen jeden Redner drückt, alle Abende inhaltlich das gleiche sagen zu müssen, machte er gar kein Geheimnis.

MEINE ERSTEN EINDRÜCKE IM REICHSTAG

In der Stärke von 81 Mann rückten wir Sozi nach den Wahlen im Juni 1903 in den Reichstag ein und zwar am 3. Dezember. Ein Gefühl verantwortungsschwerer Wichtigkeit kam über mich, als ich im Obergeschoß Zimmer 20 zum ersten Male an einer Fraktionssitzung teilnahm. Das Mobiliar dieses Zimmers war dem ehemaligen Sitzungssaale des alten Bundesrats entnommen. Der Lehnstuhl, auf dem Singer als Fraktionsvorsitzender saß, war früher Bismarcks Stuhl gewesen. Neben Singer saß Bebel, und dann kamen alle die Kämpen, die ich zum Teil von den Parteitagen her persönlich, alle anderen dem Namen nach und aus den Berichten über ihre Reichstagsreden kannte . . . Lang ist die Liste der Kollegen von damals, die inzwischen durch den Tod abberufen worden sind.

Singer und Bebel hießen die Neulinge willkommen und gaben ihnen allerlei Fingerzeige, ältere Kollegen

zeigten uns die zahlreichen Säle und Nebenräume. Nur an den ersten Sitzungstagen war das Haus gut besetzt, dann wurde es immer „leerer“ und schließlich war nur ein kleines Häuflein von Stammgästen zu sehen. Von den 397 Abgeordneten waren damals gewiß nicht mehr als höchstens 150 regelmäßig im Hause, so daß es an Platz zum Arbeiten nicht fehlte. Der schlechte Besuch war die Folge der Diätenlosigkeit. Die Ausübung der Mandate sollte im Reichsparlament mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht nach der Auffassung der herrschenden Klasse nur denen vorbehalten bleiben, die sich das Leben in Berlin ohne besondere Zuschüsse leisten konnten. Der Preußische Landtag mit seinem kläglichen Dreiklassenwahlssystem war vor der Wahl von armen Schluckern ziemlich sicher, deshalb bekamen die Herren Landtagsabgeordneten, die sich zum erheblichen Teil aus Landräten und anderen Verwaltungsbeamten, sowie reichen Industriellen zusammensetzten, 15 Mark Tagegelder. Im Reichstag gab es, wie gesagt, keinen Pfennig. Die Sozialdemokratische Partei mußte also ihren Abgeordneten, damit sie überhaupt nach Berlin kommen konnten, aus der Parteikasse bestimmte Zuschüsse geben. Diese Tagegelder waren sehr bescheiden, sie waren je nach dem Einkommen der Abgeordneten gestuft, von drei bis zu sieben Mark. Damit mußten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in Berlin auskommen. Wer ein Zimmer in Berlin mieten mußte, bekam noch einen kleinen Mietzuschuß monatlich. Damit die Parteikasse möglichst geschont blieb, wurde von dem Fraktionskassierer Hein Meister sorgsam darauf geachtet, daß kein Abgeordneter, der entbehrlich war, in Berlin etwa antrat. Wer aus irgendeinem Grunde einmal mehr als drei bis vier Tage in der Woche in Berlin gewesen war, mußte mit Hein

erst schwere Kämpfe durchfechten, bis ihm für jeden Tag die ihm zustehenden Diäten ausgezahlt wurden. Die Auszahlung der Diäten erfolgte am Freitag nachmittag, zumeist in dem jetzigen Zeppelinzimmer. Hein Meister, der ein Glasauge trug und in der Unterhaltung stotterte, während er in freier Rede ganz leidlich sprach, hatte dann einen der rabiatesten Genossen neben sich sitzen. Diese beiden fauchten jeden, der für mehr als drei Tage Diäten beanspruchte, an, als ob er Ungeheuerliches fordere. Während der Sekundant Heins — lange Jahre hindurch war das der brave Genosse Friedrich Brühne aus Frankfurt am Main — die Tagegelder heischenden Abgeordneten examinierte und die Quittungen unterschreiben ließ, fädelt Heins Meister, unausgesetzt knurrend, eigenhändig die Quittungen mit einer großen Nähnadel auf eine lange Schnur. Diese Stunde der Diätenauszahlung war immer ein großes Gaudium, denn jeder wußte natürlich, daß Meister und sein Helfer die besten Kerle von der Welt, aber eifrig bestrebt waren, jeden Pfennig, der für die Parteikasse gespart werden konnte, auch wirklich zu sparen. Wenn ein Kollege einmal für vier Tage in der Woche Diäten ausbezahlt bekommen hatte, ohne daß er für eine wichtige Abstimmung dringend notwendig gewesen war, dann wurde er angeschnauzt: „Nun laß dich bloß vier Wochen lang nicht mehr sehen, sonst kriegste überhaupt nix!“

Die Diätenlosigkeit hatte die abscheulichsten Wirkungen. Der Staatsminister Graf Posadowsky, der damals Staatssekretär des Reichsamts des Innern war, mußte oft bis zu drei Wochen lang im Reichstage sitzen und reden, bevor ihm sein Etat bewilligt wurde. Das Haus war niemals beschlußfähig, und erst, wenn wir Sozialdemokraten die Regierungsvertreter nach Strich und Faden „vorgenommen“ hatten, ließen wir eine Ab-

stimmung zu, ohne mit der Anzweiflung der Beschlußfähigkeit zu drohen.

Die übrigen Parteien litten schließlich ebenso unter diesen Zuständen, auch sie bekamen ihre Mitglieder nur auf dringende Telegramme für wichtige Abstimmungen nach Berlin. In den Fraktionen selbst wirkte die Diätenlosigkeit ebenfalls recht unangenehm. Der ganze parlamentarische Betrieb war in jeder Fraktion monopolisiert. Einige bestimmte Abgeordnete erledigten alles, während der große Haufen im wahren Sinne des Wortes „Stimmvieh“ war, das im Bedarfsfalle telegraphisch gerufen wurde. — —

Acht Jahre lang, bis zur Wahl in den Parteivorstand 1911, habe ich im Reichstag die gesamte politische Redaktion der von mir geleiteten Blätter besorgt. Wie der journalistische Betrieb der sozialdemokratischen Blätter damals war, ohne Korrespondenzbüros, Funkenrei und Telephondienst, ging das ausgezeichnet. Statt daß morgens am Erscheinungsorte der Zeitung die über Nacht eingelaufenen Berliner Abendblätter verarbeitet werden mußten, lag das fertige Manuskript schon vor.

Der am 16. Juni gewählte Reichstag, der „erste im 20. Jahrhundert“, wie der Präsident Graf v. Ballestrem einmal sagte, trat am 3. Dezember 1903 zum ersten Male zusammen. Wir „jungen Dachse“ saßen oft im Plenum wie auf glühenden Kohlen, wenn eine Debatte nicht so lief, wie wir sie erwartet hatten, oder uns wünschten. In jeder Volksversammlung wären wir aufgesprungen und hätten uns zum Wort gemeldet. Hier redeten die von den Fraktionen bestimmten Redner. Die Reihenfolge, in der sie sprachen, bestimmte der Präsident. Stramme Zucht herrschte im Reichstag. Auf die schlimmsten Unwahrheiten gegen unsere Partei konnte nicht sofort geantwortet werden.

alles ging schön der Reihe nach. Präsident war der Zentrumsgraf v. Ballestrem, ein fabelhaft geschickter, strenger Mann mit viel Humor. Unter diesem Präsidenten eine persönliche Bemerkung machen zu können, war eine Kunst, die viele Abgeordnete niemals erlernt haben. Ich paßte auf, wie ein Schießhund, um nicht zu entgleisen, wenn ich einmal in die Lage kommen sollte, mich persönlich bemerkbar machen zu müssen.

In der 27. Sitzung des neuen Reichstags, am 8. November 1904, hielt ich meine Jungfernrede. Eine andere Rede, die ich als „Jungfernrede“ sorgsam vorbereitet hatte, konnte ich dem Hohen Hause erst eine halbe Stunde später versetzen. Ich sprach also gleich zweimal in derselben Sitzung, und zwar zur großen Überraschung des ganzen Hauses, hatte ich doch durch die erste Rede einige Aufmerksamkeit erregt. Von dieser Rede konnte ich mit Fug und Recht berlinerisch sagen: „unvorbereitet, wie ick mir habe“. Zu dieser Rede kam ich auf folgende Weise. Die Sitzung hatte begonnen mit einer Geschäftsordnungsdebatte über die Tagesordnung, an der Bebel sich beteiligt und über die er sich geärgert hatte. Da alles anders lief, als er angenommen hatte, z. B. vorgesehene Gegenstände abgesetzt, andere aber aufgerufen wurden, für die von unserer Fraktion kein Redner gemeldet war, sagte er zu mir, der ich zufällig neben ihm saß: „Da hört doch alles auf, jetzt ist nicht einmal zum Reichsgesundheitsamt ein Redner von uns gemeldet, sonst drängt sich ein ganzes Dutzend dazu!“ Ich fragte ihn schüchtern, ob er mich „loslassen“ wolle, ich hätte in Solingen berechnigte Klagen über die Wupperverschmutzung studiert, sei für heute zwar nicht direkt vorbereitet, könnte aber über die Frage reden. „Wenn Sie sich sicher fühlen, melden Sie sich.“ Im selben Augenblick wurde

der Abgeordnete Paasche als Redner aufgerufen, der jedoch nicht im Saale war und — schon stand ich, kaum daß ich ein Kuvert mit einigen Zeitungsausschnitten und Reichstagsdrucksachen aus meiner Schublade hatte nehmen können, auf der Tribüne, denn der Präsident hatte gesagt: „Der Abgeordnete Scheidemann hat das Wort.“

AUS MEINER JUNGFERNREDE

Aha, eine Jungfernrede! Da waren die meisten Abgeordneten damals neugierig, viele waren sogar allezeit bemüht, Jungfernredner durch Zurufe in Verlegenheit zu bringen. Bei mir geschah nichts dergleichen, ich hatte vielmehr gleich das Ohr des Hauses. Ich wies auf Petitionen hin, durch die um Hilfe gerufen wurde gegen die Verunreinigung der Flüsse. Durchgreifende Hilfe könne nur ein Reichswassergesetz bringen. Ein solches zu erlassen, sei allerdings sehr schwierig, denn der Artikel 65 der Einführungsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches habe das Wasserrecht ausdrücklich der Reichsgesetzgebung entzogen und der Landesgesetzgebung überlassen. „Ich meine aber, wo ein Wille, da ist auch ein Weg!“ Für die Notwendigkeit, daß ein solcher Weg gefunden werden müsse, führte ich zwei Beispiele an: „Eines aus dem Wahlkreis, den ich zu vertreten die Ehre habe, das die Wupper betrifft, und ein zweites aus meinem Wohnsitz in Offenbach, das den Main betrifft.“

Über die Wupper hat schon im Jahre 1885 der preußische Gewerbeinspektor Dr. Wolf das aller schlimmste berichtet. Er hat damals ausgerechnet, daß die kleine Wupper täglich 150 Tonnen Schmutz mitführt und daß die 150 Tonnen Schmutz einen großen Gestank verbreiten, geradezu die Gegend verpesten,

daß sie die Ufer überfluten und dadurch die Landwirtschaft schädigen, daß das Publikum in außerordentlicher Weise dadurch belästigt wird. Ich meine, Sie auf der rechten Seite sollten sich schon dafür interessieren, weil die Landwirtschaft geschädigt wird. Wenn diese Schlammassen die Ufer überfluten, würde der Körnerbau zur Unmöglichkeit. Die Gesundheit wird aber auch außerordentlich gefährdet — das liegt auf der Hand —, wenn ein Fluß solche Unmassen von Schmutzzeug mit sich führt. Schon vor 18 Jahren zeigte Dr. Wolf, daß sicherlich infolge der Flußverseuchung und der Luftverstäucherung in Elberfeld im Gegensatz zu allen anderen Städten auf Infektionskrankheiten allein 12,8 Prozent aller Todesfälle zurückzuführen sind, während Düsseldorf und Köln, die mit dem Rhein zu rechnen haben, nicht einmal die Hälfte davon aufweisen. Herr Dr. Wolf sagte damals: „Die Gefahren, welchen die Anwohner der unteren und der mittleren Wupper im Falle einer Choleraepidemie ausgesetzt sein würden, will ich nur andeuten. Das Wupperbett mit seiner mit Kot und anderen tierischen Abfällen gedüngten Schlammmasse wäre die geeignete Unterlage für die Entwicklung der Verschleppung jener Seuche. Meines Erachtens muß gegen diese Übelstände sofort vorgegangen werden.“ Es sind seitdem 18 Jahre vergangen, und es ist nichts geschehen. Der schöne deutsche Fluß, die Wupper, die früher so fischreich war, hat seit Jahrzehnten keinen Fisch mehr aufzuweisen. Was man an Lebewesen darin jetzt noch findet, sind Wasserratten. Wenn man in die herrlichen Wupperberge kommt, nahe bei Solingen, in die Nähe von Müngsten, wo die deutsche Technik die gewaltige Müngstener Brücke, 107 Meter über dem Wupperpiegel, errichtet hat, und dort sieht, was unsere Industrie zu leisten vermag, was die Technik hat fertig-

bringen können, wie sie anscheinende Ungeschicklichkeiten der Natur zu korrigieren versteht, so geht einem vor Freude das Herz auf; aber es berührt doch sofort auch wieder sehr schmerzlich, wenn man unter dem Wunderwerk der Technik die tintenschwarze Wupper fließen sieht. Dieselbe Industrie, der wir gewiß freundlich gegenüberstehen, dieselbe Industrie, die die Natur in wunderbarer Weise korrigierte, hat auch die Naturschönheiten verwüstet. Das sollte uns zu denken geben, und es sollte nicht möglich sein, daß die Industrie einen Freibrief erhält, unsere schöne Natur in dieser Weise zu verwüsten. Auf allerlei Zwischenrufe, die mir gemacht wurden, antwortete ich: „Die Wupper ist unterhalb Solingens tatsächlich so schwarz, daß, wenn Sie einen Nationalliberalen darin untertauchen, Sie ihn als Zentrumsman wieder herausziehen können.“

Diese despektierliche Bemerkung eines Jungfernredners erschien dem Hause zunächst wohl unerhört, dann aber löste eine stürmische Heiterkeit die Spannung, so daß ich bald unter der größten Aufmerksamkeit meine Rede fortsetzen konnte.

Sofort nach dieser Rede erhob sich Graf Posadowsky, um zu erklären, daß es sich hier tatsächlich um eine Frage handele, die angesichts der wachsenden Industrie von Tag zu Tag wichtiger werde. Er führte an, was alles auf diesem Gebiete schon geschehen sei und weiter geschehen müsse, um dann wie folgt zu schließen: „Ich bin fest entschlossen, dieser ernstesten Frage fortgesetzt meine Aufmerksamkeit zu schenken und darauf zu drängen, daß die vorhandenen Zustände eine allmähliche Besserung erfahren.“

Die Fraktionskollegen waren zufrieden mit meiner Jungfernrede und beglückwünschten mich. Durch den merkwürdigen Lauf der Sitzung bekam dann der kon-

servative Abgeordnete Rettich Gelegenheit, das Fleischbeschaugesetz zu berühren und damit eine Frage anzuschneiden, die ich in allen ihren Verzweigungen gründlich studiert hatte und deren Behandlung eigentlich die Aufgabe meiner Jungfernrede hatte sein sollen. Ich meldete mich im Einverständnis mit Bebel sofort wieder zum Wort und sprach dann — ich bitte um Verzeihung! — einundeinehalbe Stunde lang über diese für die Volksernährung ungemein wichtige Angelegenheit. Das gleiche Thema habe ich später im Reichstag noch oft behandelt, teils bei Etatsberatungen, teils bei Interpellationen, die die Sozialdemokratische Fraktion einbrachte. Meine Aufgabe bestand darin, den Nachweis zu führen, daß viele der hygienischen Vorschriften nur Vorwände seien, die Hauptaufgabe der sanitären Schutzgesetze aber darin bestehe, die Einführung von Vieh und Fleisch, Fleischwaren und tierischen Produkten nach Möglichkeit abzusperren, um den Viehzüchtern und Agrariern die unbequeme ausländische Konkurrenz fernzuhalten, damit die Preise beliebig in die Höhe getrieben werden könnten.

* * *

Fragen der Landwirtschaft und der Viehzucht waren im Reichstag jahrelang meine Spezialität. Es kam mir nun sehr zustatten, daß ich in meiner fünfjährigen Tätigkeit in Gießen die ländlichen Verhältnisse hatte gründlich studieren müssen. Denn ohne Kenntnisse auf diesen Gebieten hätte ich im Kampfe mit den Bauernbündlern auf dem Lande nicht bestehen können. Große Heiterkeit hatte es in der Fraktion erweckt, als das Viehseuchengesetz beraten werden sollte und ich mich freiwillig als Mitglied für die Kommission stellte. Aus persönlicher Freundschaft mel-

dete sich weiter freiwillig der Kollege Stücklen. Wir zwei haben dann in der Kommission nach besten Kräften gearbeitet und auch auf eigene Faust zeitweilig Obstruktion gemacht. Dazu bot sich vorzügliche Gelegenheit, weil in der Kommission über alle Tierkrankheiten geredet werden konnte. Ich erinnere mich mit großem Vergnügen an eine Debatte über die Faulbrut der Bienen. Nach den Darlegungen der Sachverständigen, besonders der aus dem Reichsgesundheitsamt, schien es nahezu aussichtslos, gegen diese heimtückische Krankheit mit Erfolg anzukämpfen. Da hatte ich mit der ernstesten Miene von der Welt gefragt, ob man schon Versuche gemacht hätte mit der Einzelbehandlung der Bienen, wenn ganze Völker nicht gesund gemacht werden können!

Trotz der heftigsten Gegensätze in dieser Kommission ging es ganz kameradschaftlich zu. Ungehalten wurden die Herrschaften von rechts freilich, als bei dem Schlußparagraphen des Gesetzes, in dem gesagt wurde, daß die Ausführungsbestimmungen von den Landesregierungen getroffen werden müßten, Stücklen und ich mit den ernstesten Mienen anregten, etwa wie folgt zu formulieren: Die Ausführungsbestimmungen werden erlassen von den Regierungen der Bundesstaaten, die baldigst das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einführen müssen. Leider ist unser Versuch — es handelte sich natürlich nicht um einen förmlichen Antrag —, das preußische Wahlrecht auf dem Wege über das Viehseuchengesetz einzuführen, mißglückt.

* * *

AGRARISCHER AGITATIONSMETHODEN

Ich hatte wieder einmal eine die Fleischnot betreffende Interpellation zu begründen, schilderte (am 11. 12. 1906) an der Hand von Berichten der preussischen Fabrikinspektoren die Not der arbeitenden Bevölkerung und wandte mich sehr entschieden gegen die in der agrar-konservativen Presse erhobenen lächerlichen Vorwürfe, daß die — schlechterdings „die“ — ausländischen Produkte von Landwirtschaft und Viehzucht schlecht seien. Ein Beispiel mag zeigen, welcher Art die agrarischen Behauptungen und wie meine Stellungnahme war: Das dänische Pökelfleisch wird als besonders gefährlich geschildert. Über Holland schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ ähnlich: Die holländischen Bauern und Händler kaufen Margarine in ungeheuren Mengen, und der deutsche Michel ist so dumm, einer Ersparnis von ein paar Groschen wegen dieses Fabrikat den holländischen Gaunern abzukaufen, statt sich an reine deutsche Butter zu halten. Wer Gefühl hat für Gerechtigkeit und Wahrheit, den muß es unangenehm berühren, wenn er derartige unsinnige Auslassungen, derartig skandalöse Beschimpfungen des Auslandes zu lesen bekommt.

Von ausländischem Käse war allgemein behauptet worden, daß er schlecht und verfälscht sei. Dagegen sagte ich: Es sei wahrscheinlich, daß Butter- und Käsefälschungen auch im Auslande vorkommen. Aber wehe uns, wenn man jeden Einzelfall aus Deutschland im Auslande verallgemeinern wollte! „Was meinen Sie wohl, wenn wir in der Weise der „Deutschen Tageszeitung“ von den (deutschen) Herrschaften sprechen wollten, denen, rein zufällig natürlich, Wasser in die Milch gelaufen ist, wenn wir die alle als „Gäuner“

bezeichnen wollten! Solche Herrschaften sitzen bis in sehr hohe Kreise hinauf. Da wir gerade bei der Butter sind, will ich als Zeugin dafür, daß es auch bei der Butterproduktion in Deutschland nicht überall ganz sauber zugehen soll, eine antisemitische Zeitung zitieren. Sie schreibt über einen in der bekannten Buttergegend Hessens, der Schwalm, gewählten Reichstagsabgeordneten, der seine Wähler doch kennen müßte, er hätte einmal behauptet: Meine Bauern sind treu wie die Hunde, aber dreckig wie die Schweine. Ich bin diskret genug, den Namen des Abgeordneten nicht zu nennen; wer sich für die Geschichte interessiert, kann sie nachlesen in der antisemitischen „Hessischen Rundschau“ vom 19. August dieses Jahres unter der Überschrift: „Wie Herr v. Liebermann die Wähler einschätzt.“

* * *

Die freundlichen Leser werden gern zugeben, daß die Kapitel von den Zollsperrern, Käse- und Butterfälschungen, Geflügelcholera, sowie Maul- und Klauenseuche an sich gewiß nicht gerade erheiternd sind. Bei der Häufigkeit, mit der sich diese Debatten wiederholten, lag denn auch stets die Gefahr nahe, daß das Hohe Haus sich schnell leeren würde, sobald ein Abgeordneter erkennen ließ, daß er sich nunmehr irgendeiner Viehseuche zuwenden wolle. Man hat mir allgemein zugestanden, das wenig erfreuliche Thema jedesmal so behandelt zu haben, daß man „mit Vergnügen“ der Rede hätte zuhören können. Der alte Träger, der mir sehr wohlgesinnt war, setzte sich regelmäßig, sobald ich auf die Tribüne ging, neben mich auf einen der sogenannten Referentenplätze. Er war schwerhörig geworden, wollte sich aber nichts „von den Bosheiten, die Sie der notleidenden Gesellschaft sagen“, entgehen

lassen. Im allgemeinen sind die Monologe, die im Reichstag gehalten worden sind und noch gehalten werden, entweder so saft- und kraftlos, fast immer aber so witzlos, daß man die Gleichgültigkeit, die den meisten Rednern entgegengebracht wird, wohl verstehen kann.

Die Interessenpolitik, die die notleidenden Agrarier im Reichstag allzeit getrieben haben, war tatsächlich stark genug. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit gingen die Herrschaften vor. Als einmal die Nationalliberalen ein wenig widerborstig gewesen waren, also nicht so tanzten, wie die Drahtzieher vom Bunde der Landwirte piffen, da erinnerte Dr. Dietrich Hahn, einer der Landbundführer, in öffentlicher Sitzung die Nationalliberalen „an das Kontobuch des Bundes der Landwirte, in dem verzeichnet stehe, wieviel Wahlkosten für die Nationalliberalen bezahlt worden seien!“ Soweit meine rednerische Betätigung im Reichstag auf volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gebieten in Betracht kommt, kann hier nicht weiter darauf eingegangen werden. Dagegen sollen einige Stellen aus politischen Reden angeführt werden, weil sie grelle Streiflichter auf die „gute alte Kaiserzeit“ werfen.

DIE KAISERLICHEN BEAMTEN IN DER GUTEN ALTEN ZEIT

Beamte und Unterbeamte der Post in Kassel hatten mir Beschwerden vorgetragen, mit der Bitte, ihre Rechte wahrzunehmen, damit eine Untersuchung eingeleitet werde. Ähnlich war es dem Abgeordneten Zubeil ergangen. Nun lese man aus meiner Rede nach dem Stenogramm folgendes:

„... Ebenso wie mein Freund Zubeil von einer Gesangsabteilung der Postunterbeamten ein Entrüstungs-

schreiben bekommen hat, in dem Protest erhoben wird gegen das, was er hier (im Interesse der armen Teufel!) gesagt hat, so ist auch mir heute ein Schreiben zugegangen vom Vorstand des Post- und Telegraphen-Unterbeamten-Vereins, in dem die Unterbeamten erklären, daß der Inhalt der von mir vorgebrachten Beschwerde an Herrn Kraetke bei ihnen lebhaftere Entrüstung hervorgerufen habe. In diesem Schreiben heißt es wörtlich:

„Auch die von Ihnen angeführte Behauptung, daß sich Unterbeamte bei Ihnen beschwert hätten, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück, und zwar so lange, bis Sie uns das Gegenteil beweisen bzw. die Namen der Unterbeamten nennen.“

Dieses Schreiben ist ein Beweis für die *a b s c h e u - l i c h e A b h ä n g i g k e i t*, unter der die Unterbeamten zu leiden haben. Ich habe aber in meiner Eingabe nicht nur von Unterbeamten, sondern auch von Beamten geredet; ich sehe also dem Entrüstungsschreiben der Beamten für die nächsten Tage noch entgegen. Ich soll Namen nennen. Wenn ich einen Namen nennen würde, wäre ich nicht wert, auch nur noch einen einzigen Tag Mitglied des Reichstages zu sein! Wenn ich einen Namen nennen würde, wäre ich ein ebenso verächtliches Subjekt, wie es diejenigen sind, die ihre Macht mißbrauchen, um ihnen unterstellten Leuten Gesinnungen zu diktieren! Ich will schließen mit einer Frage an die Herren vom Reichspostamt; ich will sie fragen, ob sie sich nicht endlich des *S y s t e m s d e r M a m e - l u c k e n z ü c h t u n g* im Bereiche der Reichspostverwaltung schämen.“

SOLDATENBEHANDLUNG FRÜHER

In einer Rede brachte ich am 30. August 1908 die Behandlung der Soldaten durch Vorgesetzte zur Sprache und zwar an der Hand feststehender Tatsachen. Nach einem anstrengenden Manöver war die Mannschaft von Vorgesetzten als Säue, Schweine, Hammelherde, Lämmel, Lumpengesindel, Jammerlappen, blödsinnige Kamele usw. beschimpft worden. Ich nahm mich der Soldaten an und schloß so: Ich bin der Meinung, daß ein Mann, der ausgerüstet ist mit einer solchen Machtfülle wie ein deutscher Offizier, dem gegenüber die Mannschaften geradezu wehrlos dastehen, von denen geradezu Kadavergehorsam verlangt wird, — ich meine, daß auf einen Offizier, der solchen wehrlosen Leuten gegenüber Ausdrücke wie Lumpen, feige Memmen usw. gebraucht, diese Ausdrücke selbst zurückfallen.

Als Vertreter des Kriegsministeriums mußte Generalleutnant Sixt v. Armin die Richtigkeit meiner Schilderungen zwar zugeben, er suchte das Verhalten der Offiziere jedoch zu entschuldigen. Selbstverständlich! In der guten alten Zeit waren die Offiziere Halbgötter und wer einen von ihnen anklagte, wurde stets beschuldigt, „das Offizierskorps beleidigt“ zu haben, war ein vaterlandsloser Geselle, der sich auf dem besten Wege zum Landesverrat befand.

ETATSREDEN

Als bedeutsamste Aufgabe, die man einem Abgeordneten stellen könne, galt früher „die Etatsrede“. Die Etatsreden wurden denn auch und werden heute noch zumeist von den Vorsitzenden der Fraktionen gehalten, weil dadurch am deutlichsten zum Ausdruck kommt, daß offiziell für die Partei gesprochen wird.

Solange Bebel, Wilhelm Liebknecht, Singer und v. Vollmar gesundheitlich auf der Höhe waren, war es ganz selbstverständlich, daß sie die großen Etatsreden hielten. Der schwächste unter den genannten vier Abgeordneten als Redner war Singer.

Einen gleich geschickten Vorsitzenden wie Singer hat die Partei seit seinem Tode nicht gehabt, und neidlos wird jeder, der diesen Mann jemals auf einem Sozialdemokratischen Parteitag als Präsident erlebt hat, anerkennen müssen, daß ein besserer und mit größerer Autorität ausgestatteter Präsident schwerlich gedacht werden kann. Im Reichstag galt Singer als der beste Kenner der Geschäftsordnung. In jeder Geschäftsordnungsdebatte nahm er das Wort. Seine Auslegung bestrittener Bestimmungen galt eigentlich bei Freund und Feind als die richtige. Damit ist keineswegs gesagt, daß auch in seinem Sinne stets entschieden worden wäre. O nein, im Reichstag ist es allzeit viel mehr auf den Willen der Mehrheit, als auf die Richtigkeit ihrer Entscheidungen angekommen. Treffend kann das, abgesehen von vielen anderen Beweismitteln, erhärtet werden an den Entscheidungen der ehemaligen Wahlprüfungskommission über Gültigkeit oder Ungültigkeit eines angefochtenen Mandats. Es ist das übrigens eines der beschämendsten Kapitel aus der blamagenreichen Geschichte des Deutschen Reichstags.

Als Parlamentsredner trat Singer nicht sonderlich hervor. Der alte Liebknecht war 1900 gestorben, v. Vollmar, dessen Gesundheitszustand immer schlechter wurde, war zuletzt gänzlich an das Lager oder den Rollstuhl gefesselt, so daß er nur äußerst selten nach Berlin kam. Bebel und Singer waren kränklich geworden. Zwar verfügte die Fraktion über hervorragend begabte Kollegen, so, um nur wenige zu nennen, über Dr. Ludwig Frank und Dr. David Landsberg gehörte

dem Reichstag damals nicht an. Aber sowohl Frank wie David waren doch bei Bebel und Singer als „Revisionisten“ gar zu verdächtig, als daß sie einem von ihnen die erste Etatsrede hätten anvertrauen mögen. Von der radikalen Seite wäre Ledebour noch in Betracht gekommen, wenn ihn Bebel oder Singer für etwas zuverlässiger gehalten hätten. Ledebour, der mitunter, wenn er ganz aus dem Stegreif sprach, wirklich ausgezeichnet war und geistreiche Pointen sprühte, versagte mit tödlicher Sicherheit, wenn er mit einer Rede im voraus beauftragt worden war. Er konnte eine Rede nicht vorbereiten. Er wurde dann jedesmal viel zu breit, verzettelte sich in Nebendingen und ließ wichtige Fragen unerörtert. Bebel hat stets hart über Ledebour geurteilt und warf ihm besonders Mangel an Fleiß vor — ich wähle die mildeste Auslegung der positiven Darstellung Bebels. Sein Urteil wurde übrigens bestätigt durch alle Kollegen, die jemals mit Ledebour zusammen gearbeitet hatten, sei es im Berliner „Vorwärts“, sei es in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden. Wenn er in der Redaktion erschien, kam er jedenfalls zu spät. Entweder hatte ihn der Regen oder der Schnee, die Hitze oder die Kälte am rechtzeitigen Erscheinen gehindert. Die Erfahrungen, die wir im Vorstand der Fraktion mit ihm gemacht haben, bestätigten alle diese Urteile durchaus. Zu keiner Sitzung kam er zur rechten Zeit, jedesmal verlangte er stets, daß sinetwegen noch einmal von vorn mit der Beratung begonnen werden sollte. Ebenso selbstverständlich, wie wir diese Forderungen ablehnten, war dann sein Toben über Vergewaltigung. Er kam nicht nur in der Fraktion, sondern überall, selbst bei den wichtigsten Gelegenheiten, zu spät. Er kam selbst zu spät am 9. November 1918, so daß ihm sogar seine engeren Freunde den Vorwurf gemacht haben.

daß er „die Revolution verschlafen“ habe. Wir nannten ihn übrigens wegen seiner Unpünktlichkeit den Genossen „Zuspätebour“. Für Bebel und Singer kam Ledebour also als Etatsredner nicht in Betracht, obwohl er damals in der Fraktion einen geradezu unheimlichen Einfluß ausübte als Leiter der radikalen Fraktionshälfte. Darüber sollen einige Worte gesagt werden, weil sie mancherlei Unerfreuliches aus jener Zeit erklären.

DIE SONDERSITZUNGEN DER BEIDEN FRAKTIONSHÄLFTEN

Die sozialdemokratische Fraktion zählte 1907 43 Mitglieder. Davon stand die eine Hälfte auf radikalem, die andere auf revisionistischem Boden. Beide Teile hielten Sondersitzungen ab, bevor die Fraktion tagte. In diesen illegalen Sitzungen bestimmten beide Hälften, wer in der Fraktion zu diesem und jenem Punkte das Wort nehmen, welche Anträge gestellt, angenommen oder abgelehnt werden sollten, und wer für die einzelnen Gegenstände der Tagesordnung als Redner im Plenum zu bestimmen sei. Beide Teile suchten natürlich ihre Sondersitzungen zu verheimlichen. Der ganze Zustand war mir äußerst unbehaglich. Ich paßte eigentlich weder in die eine, noch in die andere Schablone, die überhebliche Art aber, mit der einige der revisionistischen Kollegen Fraktionsangehörige der anderen Couleur behandelten, sogar bei Begegnungen im Reichstag, wirkte so abstoßend auf mich, daß ich in das radikale Lager geriet. Das ist für die Fraktion jedoch kein Schaden gewesen, denn ich freue mich heute noch, wiederholt Beschlüsse, die mir reichlich töricht schienen, verhindert und schließlich die radikalen Sondersitzungen überhaupt

gesprengt zu haben. Das ist geschehen, sobald ich den Unfug in seiner ganzen Gefahr für die Fraktion und auch für die Partei erkannt hatte.

Da von den 43 Mitgliedern der Fraktion meistens nicht mehr als 34 bis 35 in Berlin gewesen sein dürften, betrug die Mehrheit, die jeden Beschluß in der Fraktion durchsetzen konnte, 18 bis 19 Stimmen. Da auch die Sondersitzungen niemals von allen Kollegen, die sich, sei es rechts, sei es links, engagiert hatten, besucht waren, wurden die in der Fraktion herbeizuführenden Entscheidungen in den Sondersitzungen mitunter von ganz wenigen Abgeordneten bestimmt. Das soll ganz deutlich gemacht werden, um die Verwerflichkeit solcher Sonderunternehmungen für eine Partei praktisch darzustellen. Nehmen wir an, daß von den etwa 20 Mitgliedern einer jeden Gruppe 9 bis 10 erschienen, dann hatten von diesen wiederum in Wirklichkeit 5 Mann die Entscheidung in der Hand, denn die „Mehrheit“ entschied natürlich nicht nur in der und für die Sondersitzung, sondern die dort getroffene „Mehrheitsentscheidung“ war auch bindend für alle der Gruppe sich zuzählenden Kollegen. Die radikale Gruppe wurde von Ledebour „geführt“. Ledebour suchte sich aber nicht erst in der Gruppensitzung vier oder fünf Genossen, um die Mehrheit zu erlangen, sondern er legte schon im Reichstag diesen und jenen ihm als radikal sicheren Kollegen fest. Mit anderen Worten: In Wirklichkeit herrschte dieser Mann in der Fraktion lange Zeit hindurch, denn auf der radikalen Seite standen ja, wenn auch nicht offiziell, die großen Autoritäten Bebel und Singer. Keiner von ihnen nahm jemals an einer der Gruppensitzungen teil, beide wurden aber stets informiert.

Das Verständnis für die politische Situation vor dem Kriege, für den Weltkrieg selbst, für den Zusammenbruch und die Revolution, dürfte besonders jüngeren Lesern erleichtert werden durch den Hinweis auf eine Auseinandersetzung, die am 10. und 11. November 1908 im Reichstag stattgefunden hat. Diese Auseinandersetzung beleuchtet die Zustände unter dem damaligen Kaiser Wilhelm II. so deutlich, daß jeder Kommentar überflüssig ist. Wie ein Kräutlein Rührmichnichtan haben zu jener Zeit alle bürgerlichen Parteien die auswärtige Politik behandelt. Als sei sie eine Geheimwissenschaft, so wurde damals von den bürgerlichen Abgeordneten über sie gesprochen — man müsse den leitenden Staatsmännern Vertrauen entgegenbringen. Dabei war die Arbeit der verantwortlichen Minister vielfach nur die, die Fensterscheiben zu flicken, die der Kaiser durch unverantwortliche Redensarten eingeworfen hatte.

Im November 1908 wurden nicht weniger als fünf verschiedene Interpellationen, die alle den gleichen Inhalt hatten, verhandelt. Es soll hier der Wortlaut der „kaisertreuesten“ Partei, der Konservativen, wiedergegeben werden:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, nähere Auskunft zu geben über die Umstände, die zur Veröffentlichung von Gesprächen Sr. Majestät des Kaisers in der englischen „Sonne“ geführt haben?“

Von den zahllosen Schwätzereien, mit denen der Kaiser bei allen unpassenden Gelegenheiten um sich warf, war zufällig einmal eine an die Öffentlichkeit gekommen und zwar durch den Londoner „Daily Telegraph“. Es handelte sich in der Hauptsache um vier Punkte:

„1. Der deutsche Kaiser habe einem englischen Staatsmann erklärt, daß er, der Kaiser, im Gegensatz zur Mehrheit des deutschen Volkes ein aufrichtiger Freund Englands sei.

2. Der deutsche Kaiser habe erzählt, daß er im Dezember 1899 an seine Großmutter, die Königin von England, einen von ihm selber ausgearbeiteten, von seinem Generalstab begutachteten Feldzugsplan wider die Buren gesendet habe und daß dieser Plan zum großen Teil übereinstimme mit dem von Lord Roberts wirklich durchgeführten Plan, der zur Niederlage der Buren führte.

3. Der deutsche Kaiser habe versichert, daß im Jahre 1899 Frankreich und Rußland an ihn herangetreten seien mit dem Vorschlage, England zur Beendigung des Krieges zu zwingen und es „bis in den Staub zu demütigen“, daß er aber die Ausführung dieses Planes verhindert habe.

4. Der deutsche Kaiser habe die Engländer aufgefordert, sich bereitzuhalten, mit den vereinigten deutsch-britischen Kriegsflootten gemeinsame Interessen im Stillen Ozean gegen Japan und China zu verteidigen.“

Steinerweichend klagten die deutschen Rechtsblätter. Der konservative „Reichsbote“ schrieb, daß es sich um einen schweren Schlag gegen die deutsche Politik handle, wie sie noch kein anderer getroffen habe. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Großindustrie, schrieb u. a.:

„Aufs tiefste aber wird es die deutsche Volksseele treffen, daß sein Kaiser den Kriegsplan ausgearbeitet hat, mit dem das tapfere stammverwandte Burenvolk vernichtet worden ist. . . .“

Auf den gleichen Ton war die gesamte Presse gestimmt. Der damalige Reichskanzler Fürst Bülow hatte den Kaiser um seine Entlassung gebeten. Das war die Situation, als die erwähnten Interpellationen zur Verhandlung kamen. Der Raumersparnis wegen führen wir nur die beiden Redner an, die am weitesten rechts, also dem Kaiser am nächsten standen.

Dr. v. Heydebrand (konservativ) sagte:

„ . . . Man würde der Erregung nicht gerecht werden, wenn man sie lediglich an die letzten Veröffentlichungen und an die letzten Erscheinungen anknüpfen wollte.

Man muß es ganz offen aussprechen, daß es sich hier um eine Summe von Sorgen, von Bedenken und, man kann wohl auch sagen, von Unmut handelt, der sich seit Jahren angesammelt hat, angesammelt hat auch in Kreisen, an deren Treue zu Kaiser und Reich bisher noch niemand gezweifelt hat . . .“

Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit):

„ . . . Was der Abgeordnete Singer gesagt hat, kann man sachlich in vielen Punkten mit unterschreiben. . . .

Mich, als treuen Anhänger der Monarchie, schmerzt nicht nur seelisch, nein, buchstäblich körperlich jedes Wort, was ich hier heute gegen die Allerhöchste Person aussprechen muß: das Vertrauen im Volke ist auf den Nullpunkt gesunken.“ . . .

Und der Reichskanzler sagte:

„ . . . Die Einsicht, daß die Veröffentlichung dieser Gespräche in England die von Seiner Majestät dem Kaiser gewollte Wirkung nicht hervorgerufen, in unserem Lande aber tiefe Erregung und schmerzliches Bedauern verursacht hat, wird — diese feste Überzeugung habe ich in diesen schweren Tagen gewonnen

— Seine Majestät den Kaiser dahin führen, fernerhin auch in Privatgesprächen jene Zurückhaltung zu beobachten, die im Interesse einer einheitlichen Politik und für die Autorität der Krone gleich unentbehrlich ist. Wäre dem nicht so, so könnte weder ich noch einer meiner Nachfolger die Verantwortung tragen.“

Fürst Bülow ging zunächst nicht, der Kaiser schickte ihn auch nicht fort, haßte ihn aber von nun ab wie die Sünde. Die bürgerlichen Parteien fanden nicht den Mut, die notwendige Folgerung zu ziehen und dem Kaiser durch entsprechende Verfassungsänderungen die notwendigen Fesseln anzulegen. Das Verhängnis nahm seinen Lauf.

SÄTZE AUS MEINEN ETATSREDEN

Auf Vorschlag Bebels war ich im November 1908 von der Fraktion einstimmig zum Etatsredner bestimmt worden. Am 5. Dezember 1908 konnte ich zum ersten Male „losgehen“. Ich zitiere wenig und nur solche Stellen, aus denen ersichtlich wird, wie die Fraktion zu bestimmten Fragen, besonders zu der Militärpolitik, gestanden hat.

„ . . . Ich vermisse einen Posten unter den Einnahmen. Es soll Herr Dernburg gesagt haben, daß in unseren Kolonien große Diamantfelder zu finden seien, die viel reicher seien, als irgend jemand in der Welt bisher gehaut habe. Herr Staatssekretär, wo sind Ihre Diamanten und Perlen?“

„ . . . Ich komme zurück auf das Wort Sparsamkeit. Die beste Sparsamkeit ist eine gute auswärtige

Politik. Mit einer guten auswärtigen Politik kann auch ein kleiner, weniger leistungsfähiger Staat eine erhebliche Rolle im Völkerkonzert spielen. Ein kleiner Staat mit einer guten auswärtigen Politik wird auch in der Lage sein, sich auf dem Weltmarkt eine günstige Position zu erringen; aber eine schlechte auswärtige Politik wird das niemals können. Eine schlechte auswärtige Politik wird Opfer über Opfer bringen, ohne damit irgend etwas zu erreichen. Sie wird Opfer an Gut und Blut bringen und weiter zu bringen bereit sein, ohne dem Staate dabei irgendwie zu nützen; im Gegenteil, durch die schlechte Politik den Staat in die größten Verlegenheiten stürzen . . .

Unter dem Eindruck, daß unsere auswärtige Politik in den letzten Jahren schlecht gewesen ist, ist man in sogenannten nationalen Kreisen zu der absurden Idee gekommen, daß wir unsere Position vielleicht durch einen Krieg wieder verbessern könnten. Auf dem alldeutschen Parteitag ist gesagt worden: „Was nicht in den Kopf geht, das muß in die Beine“. Also sozusagen eine Politik der Beine. Ich danke schön für eine derartige Politik. Aber sage mir einer, was auch bei einer derartigen Politik für uns gewonnen werden könnte. Man sagt, Kriege, die glücklich verlaufen, stellen den Abschluß einer guten Diplomatie dar. Aber ich meine, diejenigen, die mit Kriegsgedanken spielen, sollten sich vor allen Dingen eines Wortes erinnern, das da lautet, daß die Heerführer nicht besser sind als die Diplomaten, die zur selben Zeit am Werke sind. Ich meine, meine Herren, das müßte vor allen Dingen denjenigen, die unausgesetzt kriegerische Gelüste propagieren, unter allen Umständen zu denken geben.

. . . Eine Diplomatie, die appellieren läßt bald an das geschliffene Schwert, bald von Pulver sprechen

läßt, das trocken gehalten werden muß, eine Diplomatie, von der nach allen diesen Redereien das Ausland annehmen muß, sie sei bereit, jeden Tag Hunderttausende der Schlachtbank entgegenzuführen, ist schlecht, sehr schlecht. Sie muß zu dem führen, was der Herr Kollege Bassermann am Schlusse seiner Rede angedeutet hat, indem er sprach von immer neuen Gruppierungen der Mächte, aber dabei die Hauptsache vergaß, nämlich, daß bei dieser Neu-Gruppierung der Mächte das Deutsche Reich vollkommen auf dem Isolierschemel sitzt."

Ich besprach dann das weite Gebiet der auswärtigen Politik sowie die mühsam überwundene Marokkoaffäre und Reibereien mit Frankreich und England. Der Abgeordnete Bassermann habe sich darüber gewundert, daß im englischen Oberhaus Lord Roberts eine Resolution einbringt, in der er ein stehendes Heer verlangt! Ja, sind denn derartige Äußerungen englischer Politiker schließlich nicht verständlich für jeden, der unsere deutsche Politik verfolgt hat?

Mit jedem deutschen Schiff, das wir auf Stapel legen, mit jeder neuen Schiffstaufrede, die bei uns gehalten wird, steigt die Macht und der Einfluß Englands, nicht der Deutschlands.

Der Herr Abgeordnete Bassermann hat auch von Italien und Österreich gesprochen, er hat auf den Dreibund verwiesen, Äußerungen aus der italienischen Deputiertenkammer angeführt und als den wesentlichsten Punkt bezeichnet, daß Italien im Dreibund verbleibe. Ich hätte gewünscht, daß Herr Bassermann die Äußerungen Giolittis, eines doch auch bekannten Mannes, angeführt hätte, daß nach Ablauf des Dreibundes man zweifellos eine nähere Verbindung mit Rußland, Frank-

reich und England suchen müsse. Österreich ist sozusagen der letzte Mohikaner unserer Bundesgenossen."

Ich machte dann Ausführungen über die Unterhaltung von Spitzeln durch die Polizei, erinnerte an alle die nicht gehaltenen Versprechungen auf sozialpolitischem Gebiete und schilderte dann innerpolitische Zustände häßlichster Art. Hier einige Beispiele:

Der Kasseler Lehrer Kimpell war fortschrittlicher Reichstagskandidat gewesen, in der Hauptwahl aber nicht gewählt worden. Vor der Stichwahlentscheidung hatte man ihn gefragt, für wen er nun eintreten werde. Er hatte geantwortet, er könne weder für den Antisemiten noch für den Sozialdemokraten stimmen. Deshalb wurde er zu 90 Mark Geldstrafe verurteilt. In einer fortschrittlichen Versammlung hatte Dr. Theodor Barth dargelegt, daß nach Lage der Dinge jeder Fortschrittler in der Stichwahl für den Sozialdemokraten stimmen müsse. Ein Lehrer Brandau, der Vorsitzende in dieser Versammlung, wurde disziplinarisch zu 60 Mark verurteilt, weil er Theodor Barth nicht zur Ordnung gerufen hatte!

Schließlich schnitt ich noch die Wahlrechtsfrage an und verlangte, daß damit endlich ernst gemacht werde. Und dann gab ich den guten Rat, . . . daß Sie den Arbeitern gegenüber, die sich ihrer staatlichen Verantwortlichkeit sehr wohl bewußt sind, nicht in der Weise wie bisher weiter verständnislos verfahren möchten, sondern ihnen endlich die gleichen Rechte einräumen, wie im Reich, so im Staat und in den Gemeinden. . . . Wie ist es überhaupt erklärlich, daß Fürst Bülow heute noch als Kanzler hier sitzen konnte, daß er noch im Amte bleiben konnte? . . . Er hat neulich hier im Hause gelegentlich der Verhandlungen über das Kaiserinterview gesagt: Meine Herren, sorgen

Sie dafür, daß aus dem Unglück keine Katastrophe wird. Was heißt das? Fürst Bülow ist der Kanzler des Unglücks, der Unglückskanzler, und Sie, meine Herren, halten ihn, weil Sie den kommenden Mann, der ein Katastrophenkanzler sein könnte, fürchten.

* * *

In dieser Rede wurde, sechs Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges, mancherlei gesagt, das, damals verlacht, sich leider später als furchtbare Wahrheit erwiesen hat. Erstens: „Im Krieg sind die Heerführer zumeist nicht besser als die Diplomaten“; zweitens: Deutschland wird infolge seiner auswärtigen Politik eingekreist, sitzt sozusagen jetzt schon auf dem Isolierschemel; drittens: Italien wird sich England und Frankreich nähern; viertens: wenn Fürst Bülow ein Unglückskanzler ist, wird der nächste nicht schon der Katastrophenkanzler sein?

Während meiner Etatsrede war, wie aus dem Stenogramm hervorgeht, ein Vertreter des Kriegsministeriums auf der Ministerbank ohnmächtig zusammengebrochen. Bei einer früheren Etatsrede Bebels hatte bekanntlich Bülow einen leichten Schlaganfall erlitten, den übrigens Hofbeamte bestimmt als „fingiert“ bezeichnet haben. Beide Herren hatten sich bald wieder erholt, deshalb ist es gewiß kein besonderes Verbrechen gewesen, wenn gelegentlich im Reichstagsrestaurant scherzweise von dem „Umreden“ von Regierungsvertretern gesprochen worden ist. Man sprach einmal gerade wieder über Bülows Unfall bei der Bebelrede. Ich mischte mich ins Gespräch und sagte, zu Bebel gewandt, der mir gerade besonders gut gelaunt schien: „Was wollen Sie, Genosse Bebel, Sie haben 20 Jahre lang Etatsreden gehalten, bis Sie den

Bülow umgeredet haben! Ich hatte kaum 20 Minuten geredet, da lag schon einer von der Regierungsbank da!

* * *

Am 30. März 1909 hatte der Reichstag eine sozialdemokratische Resolution abgelehnt, in der wir wünschten, daß der Reichskanzler ersucht werde, die erforderlichen Schritte zu tun, um eine internationale Verständigung der Mächte zur gegenseitigen Begrenzung der Rüstungen zur See sowie zum Verzicht auf das Prisenrecht im Seekriege baldigst in die Wege zu leiten. Darauf kam ich am nächsten Tage zurück: „Sie haben damit im Auslande, wo man die Eigenart des Deutschen Reichstags nicht kennt, den Eindruck erweckt, als ob Sie grundsätzliche Gegner jeder Verständigung nach dieser Richtung hin wären . . .“ Als der Abgeordnete Ledebour vorgestern die sozialdemokratische Resolution begründet hat, hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags an die Arbeiterpartei im Englischen Unterhaus ein Telegramm folgenden Wortlauts gerichtet:

„Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag begründet heute einen Antrag auf internationale Einschränkung der Rüstungen zur See und auf Abschaffung des Seebeuterechts. In der Hoffnung, daß die englischen und deutschen Sozialisten in der Förderung des Friedens den Erfolg auf ihrer Seite haben werden, sendet sie der englischen Arbeiterpartei brüderlichen Gruß.“

Daß dieses Telegramm auf volles Verständnis gestoßen ist bei unserer Bruderpartei in England, beweist die Antwort, die noch an demselben Tage aus dem Englischen Unterhaus gekommen ist und folgenden Wortlaut hat:

„Die britische Arbeiterpartei ist von ganzem Herzen mit euch und mit euren Bestrebungen einverstanden, ein internationales Abkommen herbeizuführen, das den Ausgaben des Wettrüstens Einhalt tut und das Kaperrecht abschafft.

Mit dem besten Wunsche für euren Erfolg und mit brüderlichen Grüßen von der Arbeiterpartei

Henderson.“

Dann sagte ich u. a. weiter:

„Ich bin der Überzeugung, daß die Verständigung über das Flottenbauprogramm kommen wird, weil es kommen muß, wenn nicht der Krieg kommen soll, und wenn man sich die Frage vorlegt, wie ein solcher Krieg ausgehen müßte, so ist die Antwort verhältnismäßig leicht zu finden. Wir brauchen uns nur zu vergegenwärtigen, wie die Mächtegruppierung sich darstellt, und welche unerschöpflichen Hilfsmittel Großbritannien in der ganzen Welt zur Verfügung hat, und daß kaum ein deutsches Schiff in den Ozean hinausfahren könnte, wenn England das nicht dulden wollte. Jedenfalls liegen die Dinge derart ernsthaft, daß es wahrhaftig an der Zeit gewesen wäre, wenn die Mehrheit des Reichstags einen anderen Standpunkt eingenommen hätte.

. . . Unsere Regierung scheint zunächst nicht geneigt zu sein, irgendwelche Konzessionen zu machen. Sie sollte aber nicht vergessen, daß sie sich nicht nur in England und Frankreich, sondern im gesamten Ausland in das denkbar größte Unrecht setzt.

Die Stärke Deutschlands hängt nicht davon ab, ob wir zwei oder drei Dreadnoughts mehr bauen, sondern es kommt auf ganz andere Dinge an. Meine Herren, wollen Sie ein starkes Deutschland, an das

das Ausland glauben muß, wollen Sie ein Land der Kultur und des Friedens, dann schaffen Sie ein Deutschland, das stark ist durch die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes! Das ist das Deutschland, das wir wollen. Schaffen Sie ein solches Deutschland, das stark ist durch das, was ich anführte, und stark durch gesicherte und dauernde Freundschaftsverhältnisse mit den Nachbarvölkern, vor allem aber mit Frankreich und England!"

VOM UNGLÜCKSKANZLER ZUM KATASTROPHENKANZLER

In der Sitzung des Reichstags vom 10. Dezember 1909 nahm ich Stellung gegen die ungeheuerlichen Summen, die für das Heer, für die Marine, für Kolonialpolitik gefordert wurden: . . . Die Wirkung des Flottenfiebers ist in dreifacher Richtung eine verderbliche: in der inneren Politik durch die Treibereien des Flottenvereins, die auch die größte Verstimmung in Süddeutschland hervorrufen, in der Finanzwirtschaft durch die unerschwinglichen Ausgaben, in der auswärtigen Politik durch das Mißtrauen, das diese Rüstungen erweckt. England erblickt darin eine Drohung, durch die es dauernd an die Seite Frankreichs gefesselt wird. Dabei ist es gänzlich ausgeschlossen, auch bei höchster Steueranspannung, eine Flotte zu bauen, die den vereinigten Flotten von England und Frankreich gewachsen wäre.

Zu dem neuen Reichskanzler gewandt — Fürst Bülow war inzwischen durch Bethmann Hollweg abgelöst worden —, sagte ich dann, daß er in dem Augenblick erledigt sein werde, in dem er nicht tue,

was die eigentlichen Herrscher des Reichs, die preußischen Junker, von ihm verlangten.

Ich kam dann auf die Wahlrechtsversprechungen des Königs von Preußen zurück und erörterte, wie die Junker den Standpunkt vertreten hätten, daß ein König sein Wort nicht zu halten brauche. Aber auch kirchliche Blätter konservativer Richtung hätten den gleichen Standpunkt verfochten: „jeder Versuch, die Versprechungen der Thronrede einzulösen, sei ein Frevel!“ Dann fuhr ich fort: Es hat Leute gegeben und zwar Leute, die nicht zu uns gehören, leider noch nicht zu uns gehören, die der Meinung waren, daß jeden Tag eine Erklärung des Herrn Reichskanzlers kommen werde, in der er sich gegen die ihm zugemutete Schuf-tereie energisch wahre, in der er erklärte: ich und mein König, wir haben nichts zu tun mit Schuftereien, wie sie da verlangt werden. Der Herr Reichskanzler hat sich in Schweigen gehüllt. „Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, möchte ich doch bitten, daß Sie nicht etwa von mir annehmen, ich setze ein besonderes Vertrauen in ein Königswort. Ich kenne die preußische Geschichte gut genug, um zu wissen, daß der Wortbruch sozusagen zu den erhabensten Traditionen des in Preußen regierenden Hauses gehört.“

DIE INTERNATIONALE VERSIPPUNG DES KAPITALS

Mitte März 1910 kam es wegen der Mannesmann-Affären in Marokko zu lebhaften Auseinandersetzungen im Reichstag. Bebel hatte die Sache selbst behandeln wollen, fühlte sich schließlich aber zu schwach dazu und bat mich, zu reden. Ich entnehme aus dem Stenogramm nur wenige Sätze.

Man hat ein forscheres Auftreten verlangt. Das haben wir ja heute auch wieder aus dem Munde des Abgeordneten Stresemann gehört. Ich meine, man hätte doch aus dem Schaden klug werden sollen. Wenn gegenüber der klugen Diplomatie des Auslandes die Diplomatie der gesträubten Schnurrbartspitzen genützt hätte, dann hätten wir glänzende Erfolge erzielen müssen. Das Gegenteil ist eingetreten. Wir haben kläglichen Schiffbruch mit der Diplomatie der eisengepanzerten Faust erlitten.

Man kann auswärtige Politik treiben im Interesse der Dynastie, man kann sie treiben im Interesse der Junker, man kann sie treiben im Interesse der kapitalistischen Klasse, und man kann sie treiben im Interesse der werktätigen Masse des Volkes. Aber Unsinn ist es, den Anschein erwecken zu wollen, als könne man Politik treiben allen zum Nutzen. . . . Ich halte es für meine Pflicht, jetzt auszusprechen, daß monatelang die sogenannte nationale deutsche Presse bearbeitet worden, das deutsche Volk über die Mannesmann-Affäre belogen worden ist. Es wurde auch hier gesprochen von der absolut klaren Lage, von der wirtschaftlichen Rechtslage. Nachdem noch gar keine genügenden Unterlagen vorhanden waren, schrieb der „Hannoversche Courier“ das tollste, was in dieser ganzen Affäre, soweit ich die Sache habe verfolgen können, überhaupt geschrieben worden ist:

„daß Recht auch dann nicht aufhört, Recht zu bleiben, wenn vier Millionen Bajonette zu seinem Schutze bereitstehen.“

Ich schilderte ausführlich, um was es sich eigentlich handelte: in Marokko „herrschte“ der Sultan Abdul Asis, der mit seinem Bruder Muley Hafid verkracht war und deshalb mit ihm Krieg führte. Beide waren einander wert und konnten berlinerisch sagen: „Keen

Geld hamm'r ooch!" Sie pumpeten solange es ging überall, bekriegten sich weiter und vergaben „Konzessionen“ zur Ausbeutung von Minen. Der Kaiser mischte sich dummerweise in den Marokkokonflikt, fuhr nach Tanger und hielt eine seiner Reden, mit der er allerlei Fensterscheiben einwarf. Nun bestand eine von allen in Betracht kommenden Mächten anerkannte sogenannte Algecirasakte, die genau festsetzte, unter welchen Bedingungen Konzessionen nur vergeben werden durften. Entgegen diesen Bedingungen vergab der Sultan, nachdem ihm die Gebrüder Mannesmann Geld gepumpt hatten, unter vier Augen wertvolle Konzessionen an sie. Das waren die „verbrieften Rechte“, derentwegen Deutschland schließlich in einen Krieg getrieben werden sollte.

„Ein Gesetz, das nur zwei Personen kannten, das nicht veröffentlicht worden ist, das auch unserer Regierung nicht bekanntgegeben wurde — und dieses sogenannte Gesetz ist die Grundlage für die Rechtsansprüche der Gebrüder Mannesmann!“

Nehmen Sie den Fall an, daß die Geschichte umgekehrt läge, daß statt der Herren Gebrüder Mannesmann es einem Franzosen, Spanier oder Portugiesen gelungen wäre, den Sultan zu schmieren und ihn zu veranlassen, mit ihm unter vier Augen ein Gesetz zu machen. Den Spektakel hätte ich in Deutschland hören mögen, den man dann angestimmt hätte.

Im Laufe meiner Rede zeigte ich dann die internationale Versippung des Kapitals:

Eine interessante Erscheinung des internationalen Ineinanderarbeitens und Miteinanderarbeitens der kapitalistischen Gruppen ist bisher viel zu wenig berücksichtigt worden. Meine Herren, die wirtschaftlichen Fäden, die über die Grenze gehen, werden immer enger gesponnen, und es ist geradezu erstaunlich, in

welchem Maße deutsches Kapital in Frankreich und französisches Kapital in Deutschland arbeitet. Das sind charakteristische Zeichen der Zeit, und Sie sehen ja — um wieder den Namen Mannesmann zu nennen —, wie gerade hier der Kapitalismus international miteinander verwachsen ist. An der „deutschen Gruppe“ Mannesmann sind beteiligt Franzosen und, so viel ich weiß, Portugiesen und Angehörige anderer Nationen, und in der Gruppe der „Union des mines Marocaines“ sitzen die Firmen Krupp, Gelsenkirchen und „Deutscher Kaiser“.

Dieser Internationalität des Ausbeutertums stellen die Arbeiter die Internationalität des Proletariats gegenüber.

Ich warnte vor dem Wettrüsten und verlangte die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich und England. Damals hat kein gewöhnlicher Sterblicher in Deutschland gewußt, daß die Regierung von Großbritannien um die Jahrhundertwende dem Deutschen Reich dreimal ein Bündnis angeboten hatte, das der Kaiser und Fürst Bülow aus Liebedienerei vor Rußland zum Scheitern gebracht haben!

DEM VÖLKERBUND GEHÖRT DIE ZUKUNFT

Es handelte sich wieder einmal um eine Heeresvorlage. Am 9. Dezember 1910 kam die Fraktion durch mich zum Wort:

„Meine Herren, wir wollen uns auch nicht streiten über die Frage, ob Rußland gegenüber unter allen Umständen auf eine Brustwehr verzichtet werden könnte. Ich betone aber mit um so größerer Schärfe, daß wir weder im Westen noch jenseits der Nordsee einen

möglichen Feind sehen. Wir in Deutschland und unsere Freunde in Frankreich und England sind fest entschlossen, eine Katastrophe, wie sie ein Krieg im Innern Europas für die ganze Kulturwelt bedeuten würde, zu verhindern. So schwer der Kampf ist, den wir auf diesem Gebiet zu führen haben, — dem deutsch-französisch-englischen Völkerbunde gehört die Zukunft doch, und wir setzen unsere Ehre daran, dieser Zukunft vorzuarbeiten.

DIE PREUSSISCH-DEUTSCHE SCHERBENKISTE

In derselben Rede, aus der einige Kapitel soeben angeführt worden sind, besprach ich auch die inneren Verhältnisse im Reich. Die vielen Versprechungen, die in Preußen-Deutschland gemacht worden sind, dem Volke in seiner Gesamtheit, einzelnen Gruppen und Berufsschichten, gleichen feinstem Porzellan; aber die Politik, die Sie getrieben haben, ist eine einzige große Scherbenkiste, eine Scherbenkiste voll gebrochener Versprechungen, eine Scherbenkiste voll gebrochener Ehrenworte... Aus den kleinen obenaufliegenden Scherben in der großen Scherbenkiste Ihrer Mehrheitspolitik will ich noch eines herausgreifen: das ist die das persönliche Regiment betreffende Novemberverheißung vom Jahre 1908, jene Verheißung, die uns hier gegeben wurde, und über die neulich lang und breit debattiert wurde, von der es jetzt heißt, daß uns keine Versprechung gemacht werden sollte, von der also nun feststeht, daß es sich um ein Versprechen handelt, das nicht gehalten worden ist.

Ich habe nur ganz oben aus der Kiste einige Kleinigkeiten herausgenommen. Wenn wir tiefer hineingreifen würden, fänden wir noch eine ganze Masse

Porzellanscherben aus der Königlichen Porzellanmanufaktur, die alle geschmückt sind mit dem edlen preußischen Wappentier. Infolge des Bruches geht ein großer Riß durch das Wappentier quer durch Leib und Flügel; heilgeblieben sind nur die Krallen und der große preußische Schnabel.

Wenn wir in der Scherbenkiste der Mehrheitspolitik tiefer graben, dann drängt sich uns die Überzeugung auf, daß da Vandalen oder Bonner Borussen gehaust haben müssen. Was ist aus dem Königlichen Wahlrechtsreformversprechen geworden vom 20. Oktober des Jahres 1908; was ist aus der Wahlreform des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg geworden? Sie ist unter Junkerfäusten elendiglich zertrümmert worden. Ein Schicksal, das sie übrigens vollauf verdient hat. Sie war nicht dazu angetan, irgendeinem mit dem Volke es ehrlich meinenden Menschen Freude zu bereiten. Ein Seufzer der Erleichterung ging durch alle Schichten des deutschen Volkes, als die unwürdige Wahlrechtskomödie endlich zum Schlusse kam, als die widerliche Komödie aus war. Man muß lange suchen nach einem Beispiel so ausgesuchter Perfidie und politischer Unfähigkeit, wie es in ihrer Art die Wahlrechtsvorlage gewesen ist... Die ganze Wahlrechtskomödie ist mit unvergänglichen Lettern eingegraben in die deutsche Geschichte, und diejenigen, die sich bei dieser Wahlrechtsaffäre das Brandmal geholt haben, werden es niemals loswerden...

KÄMPFMETHODE DER REAKTION

Es folgte in der gleichen Rede eine eingehende Kritik des Wahlrechts und der Rechtsprechung, dann hieß es weiter:

„Wundern Sie sich nicht, wenn die letzten Spuren

des Vertrauens infolge dieser Justiz flötengehen. Die „Kreuzzeitung“, das Organ der Herren (nach rechts) schrieb vor ganz kurzer Zeit: „Wir brauchen bis zur Vernichtung gehende Ausnahmegesetze.“ Darauf redete Herr v. Heydebrand irgendwo: „Nein, wir brauchen keine Ausnahmegesetze, wir brauchen nur eine Verschärfung des gemeinen Rechts.“ Dann kam der „Reichsbote“ und schrieb: „Wir brauchen den Staatsstreich. Übrigens kann man auch die Sozialdemokratie polizeilich verbieten, denn sie steht ja außerhalb der Verfassung.“ Das ist die Politik, die Sie (nach rechts) in der letzten Zeit getrieben haben, die Politik der Scharfmacherei in der denkbar schlimmsten Form. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie imponieren uns mit Ihrer Scharfmacherei nicht. Sie beweisen uns durch Ihre Reden und Schriften bloß, wie gefährlich Sie wären, wenn Sie noch so könnten, wie Sie gern möchten. Wieviel hat jene Clique vergessen, ohne was hinzuzulernen! Mit Lug und Trug, mit Fälschungen, mit Aufforderungen zum Verfassungsbruch, mit der Aufforderung zum Eidbruch, mit allen möglichen Mitteln hat die Clique, die hinter der „Kreuzzeitung“ steht, seit Jahrzehnten gekämpft...

Ich wandte mich dann wieder einmal gegen die üble Methode des Verallgemeinerns. Wenn irgendein Arbeiter etwas ausgefressen habe, könne man nicht die Sozialdemokratie dafür verantwortlich machen. Was würden Sie antworten, wenn wir sagen wollten, alle konservativen Redakteure sind Esel, weil der Freiherr v. Stumm die „Post“redakteure als Esel zu bezeichnen pflegte. Und wenn wir Redakteure der „Kreuzzeitung“, Gödsche und Freiherr v. Hammerstein verallgemeinern wollten, ach, wie schlecht kämen sie alle weg, und alle diejenigen, für die der Freiherr v. Hammerstein die Zunge gerührt und die Feder geführt hat!

Wann war denn Ihre „Kreuzzeitung“ am sittlichsten und am religiösesten? Wann hat sie denn am meisten in Monarchismus und am meisten in Vaterlandsliebe gemacht? Das war zu der Zeit, als der verstorbene Hofprediger Stoecker an den Freiherrn v. Hammerstein den bekannten Scheiterhaufenbrief schrieb, in dem ausgeführt wurde, wie man von hintenherum, heimtückischerweise, Bismarck eine Falle stellen könnte! Das war die Zeit, wo Ihr größter und bester Führer, Ihr bester Redner und Ihr bester Schriftsteller „Kreuzzeitungs“-Chefredakteur war, das war die Zeit, wo an Ihrer Spitze ein Zuchthäusler stand! Wir verallgemeinern nicht, meine Herren, es fällt uns nicht ein, aus Einzelentgleisungen Schlüsse zu ziehen, wie Sie sie ziehen. Ich appelliere jedoch an Ihr Schamgefühl, da ich nicht an Ihren Verstand appellieren darf...

FÜR DEN WELTFRIEDEN

Es ist keine besonders angenehme Aufgabe, Kritik zu üben an der ausländischen Politik, weil jeder Sozialdemokrat, der sich untersteht, unsere ausländische Politik zu kritisieren, sich stets der Gefahr aussetzt, daß er als ein Agent des Auslandes, als ein Vaterlandsverräter bezeichnet wird. So sagte ich am 30. März 1911 im Reichstag. Ich fügte dann hinzu: Ich will von dieser Stelle erneut ausprechen, daß wir Sozialisten uns in brüderlicher Solidarität mit den arbeitenden Klassen aller Länder verbunden fühlen, daß wir den Krieg für ein Verbrechen, für einen Wahnsinn halten.

Ich will weiter feststellen, daß die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt nur einen gemeinsamen Feind kennen, das ist der völkerverhetzende Kapitalismus, der zum Völkermorde treibt.

Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß wir die ersten waren, die den Gedanken der Friedenspropaganda in die Massen hineingetragen haben. Es war eine große Tat jenes internationalen Arbeiterkongresses, der im Jahre 1889 in Paris tagte und die Einsetzung des 1. Mai auch als eines großen Protesttages gegen die Rüstungen, als eines großen Demonstrationstages für den Frieden beschloß. Diese Einsetzung des 1. Mai hat sich als eine große Kulturtat erwiesen. Da mag geschehen von bürgerlicher Seite was da will, Sie können noch so viele Ansprachen und Reden halten, — was will das bedeuten im Vergleich zu der Tatsache, daß sich alle Jahre am selben Tage Millionen von Menschen in allen Kulturstaaten der Welt zusammenfinden, um gemeinsam gegen die Kriegsrüstungen zu protestieren, um gemeinsam die Forderung aufzustellen: für den Weltfrieden, für die Abrüstung.

. . . Ich weiß, daß eine auswärtige Politik, wie wir Sozialdemokraten sie für richtig halten, nur dann gemacht werden kann, wenn die arbeitenden Klassen den herrschenden Einfluß gewonnen haben. Voraussetzung dazu ist, daß Europa, und in erster Linie Deutschland selber, demokratisiert wird. Wer dem widerstrebt, der trägt die Verantwortung für die Kriegsgefahren, die sich aus dem Konkurrenzkampf des Kapitalismus ergeben. Ich möchte mit aller Bestimmtheit sagen: für den Ausbruch eines europäischen Krieges haben allein der Kapitalismus und seine Träger die Verantwortung zu tragen, und mit dieser Verantwortung belasten wir die Mehrheit dieses Hauses, wenn sie sich den Friedensbestrebungen des internationalen Sozialismus entgegenstellt.“

PREUSSEN DAS DEUTSCHE SIBIRIEN?

In einer Rede über innerpolitische Fragen sagte ich am 17. Mai 1912 im Reichstag: „Darüber kann wohl kein Zweifel bestehen, daß wir in einer Zeit des Übergangs leben. Alte Autoritäten werden baufällig, neue Mächte steigen auf, neue Ansprüche machen sich geltend. Und dem Herrn v. Bethmann Hollweg ist die undankbare Aufgabe gestellt, Wankendes zu stützen, Sinkendes zu halten und Leichen einzureden, daß noch Leben in ihnen stecke. Unhaltbar und dem Untergang geweiht ist das System des persönlichen Regiments, das im Widerspruch steht zu den Empfindungen und Wünschen des ganzen Volkes, das von diesem Hause erwartet, daß es sich eine seiner Bedeutung entsprechende Machtstellung sichert, nötigenfalls erkämpft.

. . . Es sind Äußerungen des Kaisers bekanntgeworden, in denen die Rede davon ist, daß die elsass-lothringische Verfassung in Scherben geschlagen, und das Land zu Preußen einverleibt werden soll.

Wir begrüßen es als ein schwerwiegendes Geständnis, daß von kompetenten Stellen aus die Einverleibung in Preußen angedroht wird als die schwerste Strafe, die ein Land wegen Widerspenstigkeit treffen kann, als eine Strafe, die gewissermaßen gleich neben dem Zuchthaus steht oder Versetzung in die unterste Klasse der deutschen Reichsangehörigkeit, nämlich in die preußische Klasse. (Die Rechte tobte und verließ den Saal, ebenso der Reichskanzler an der Spitze sämtlicher Bundesratsbevollmächtigter.) Wir müssen den schärfsten Protest erheben dagegen, daß eine Stelle, die kein Faktor unserer Reichsgesetzgebung ist, aus eigener Machtvollkommenheit Maßregeln ankündigt, ohne zu fragen, ob denn die berufenen Stellen,

d. h. hier der Reichstag oder Bundesrat, ohne die die Sache doch nicht zu machen wäre, mit einer Ausführung der Drohung einverstanden seien.

Wir wollen mit den unheilvollen Zuständen, die ich geschildert habe, ein Ende machen: Nicht in Elsaß-Lothringen zurück, sondern in Preußen vorwärts! Das ist die Losung. . . .

* * * *

„Wir klagen Sie an, in unverantwortlicher Weise das große Werk der Volksversöhnung zwischen Deutschland und Frankreich zu stören, ein Werk, an dem wir zum Segen beider Völker und ganz Europas mit allen Kräften bisher gearbeitet haben und weiter arbeiten werden. Wir werden trotz aller Widerwärtigkeiten, die sich uns entgegenstellen, in dem Sinne weiterkämpfen, wie wir es bisher getan haben, und der Tag wird kommen, an dem sich die Hand der Deutschen freundschaftlich und vertrauensvoll in die Hand der Franzosen legen wird. Das wird ein Tag sein, der eine neue, bessere Zeit bringen wird; das wird ein Tag unseres Triumphes sein. In der Überzeugung, damit den wahren Interessen des deutschen Vaterlandes zu dienen, kämpfen wir gegen diese Heeresvorlage. Wir werden, wie sich ihr Schicksal auch gestalten mag, für das schöne, große Ziel weiterkämpfen: Friede und Freiheit vom Belt bis zu den Pyrenäen! Das arbeitende Volk Deutschlands und Frankreichs einig in der Arbeit für Freiheit und Kultur!“

DIE LETZTE ETATSREDE VOR DEM KRIEGE

Nachdem im Laufe der letzten Jahre vor dem Kriege immer und immer wieder auf die drohende Kriegsgefahr verwiesen worden, der Kampf gegen den Militarismus in schärfster Form geführt und die Völkerversöhnung gefordert worden war, bot sich am 5. April 1914 noch einmal Gelegenheit, die Polizeiherrschaft in Preußen zu kennzeichnen. Ich sagte u. a.: „Ich habe heute gegen die Behörden eines großen Teils des Reichs die Anklage zu erheben, daß sie die Reichsgesetze nicht beachten und daß sie in der Anwendung ungesetzlich und willkürlich verfahren zuungunsten der arbeitenden Klassen unseres Volks.

Viele Beispiele wurden angeführt, u. a. eins aus Königsberg i. Pr.: Dort wurde für Kinder eine „Schulentlassungsfeier“ veranstaltet. Diese Feier wurde als „politische Versammlung“ verboten und aufgelöst: . . . Nun hören Sie, um was es sich da gehandelt hat:

Der Veranstalter wird zweimal für verhaftet erklärt, mit Gewalt von der Tribüne heruntergeholt und stundenlang grundlos seiner Freiheit beraubt. . . . Mit Knüffen und Püffen werden die Jugendlichen zum zweiten Male hinausgetrieben. Ein zwanzigjähriges Mädchen wird unter dem furchtbaren Verdacht, daß es erst achtzehn oder weniger als achtzehn Jahre sei, festgenommen und auf das Polizeipräsidium geschleppt . . .

Meine Herren, ich würde es aber als eine große Unterlassungssünde ansehen, wenn ich Ihnen nicht sagen wollte, um was es sich bei diesem Jugendfest, das durch brutale Polizeieingriffe gestört worden ist, überhaupt gehandelt hat. Es ist ein Kulturdokument, was ich Ihnen jetzt vorlese, ein Dokument zugunsten der proletarischen Jugendbewegung und zur Schande

der Polizei. Erlauben Sie, daß ich das Programm vorlese:

„Schulentlassungsfeier.

1. Orgelpräludium. 2. Deklamation: An die Jünglinge. Friedrich Hebbel. 3. Gesangverein „Vorwärts“: a) Hymne, mit Orgelbegleitung. Ernst, Herzog von Sachsen. b) Märzluft. Angerer. c) Untreue. Fr. Silcher. 4. Festrede. 5. Klaviervorträge. 6. Orgelvortrag, Andante. Mendelssohn. 7. Baritonsoli: von Schubert und Schumann. 8. Deklamation: Wochenpredigt. Gottfried Keller. 9. Klaviervorträge. 10. Gesangsvorträge: a) Frühlingsreigen. Uthmann; b) Priesterchor aus „Zauberflöte“. „Mozart.“

Jeder verständige Mensch müßte sich freuen, daß die proletarische Jugend in dieser Weise auch zum künstlerischen Genießen erzogen wird. Da kommt aber die Polizei, greift brutal ein und jagt die jungen Leute auseinander. Sie verbietet Kompositionen von Liszt, Mozart, Schumann, Schubert und Gedichte von Hebbel und Keller — denn das sind die Merkmale der „politischen Versammlung“.

Ich will darüber nicht weiter reden. Das Beispiel spricht für sich, ebenso wie die Tatsache, daß man in Düsseldorf einen für Jugendliche bestimmten Vortrag verboten hat, in dem die Gefahren des Alkoholismus erörtert werden sollten. In Lichtenberg verbot man einen Vortrag über Zucht und Entwicklung der Seidenraupe. Auch das sollte eine politische Versammlung sein . . .“

IM REICHSTAGSPRÄSIDIUM!

Die „Prinzipienfestigkeit“, selbst sehr bedeutender sozialdemokratischer Parteiführer, war früher, wie uns jetzt scheint, mitunter geradezu grotesk. Gelegentlich des 100. Geburtstags Wilhelm Liebknechts habe ich seinen Freunden ins Gedächtnis gerufen, wie bitter „der Alte“ — so hieß Liebknecht allgemein in der Partei — sich darüber beklagt hat, daß man ihn nicht für „unbedingt radikal“ halte. Zum Nachweis seiner in Berlin angefochtenen radikalen Gesinnung und unbedingten Prinzipienfestigkeit hat er einmal ausdrücklich betont, daß er als Mitglied des Reichstags sich ganz entschieden sogar gegen eine Beteiligung der sozialdemokratischen Fraktion an den Beratungen des — Ältestenausschusses gewandt habe. Heute werden über eine derartige Stellungnahme zu meist nur Scherze gemacht. Und doch ist das ungerecht, sobald die Scherze auf Kosten Liebknechts gemacht werden. Man muß sich immer vergegenwärtigen, wie die Ältesten und Alten unserer Partei früher zeitweilig behandelt worden sind, nicht nur von Polizei, Verwaltung und Gerichten, sondern auch gesellschaftlich und von gegnerischen Parteien. Unsere führenden Genossen wurden zu bestimmten Zeiten ganz allgemein wie Strolche behandelt. Von Bebel sangen die „Komiker“: „Denn ob man Bebel saget oder Pöbel, das ist nach meiner Meinung ganz egal.“ Es hat lange genug gedauert, bis auch nur die Fortschrittler, also die Väter unserer heutigen Demokraten, allmählich begriffen hatten, daß die Sozialdemokraten keine Schnapsbrüder, „Teiler“, „immer wieder Teiler“ und zielbewußte Zuchthausstaatler

seien. Mit am häßlichsten hat auf diesem Gebiet übrigens Eugen Richter gewirkt. Jedenfalls war eine Stellungnahme wie die Liebknechtsche nicht unverständlich für die Sozialdemokraten, die, wie auch ich, noch viele Jahre des Sozialistengesetzes als tätige Parteigenossen miterlebt haben. Die jüngeren Arbeiter können sich kaum eine Vorstellung machen von dem Haß, der gegen „die bürgerliche Gesellschaft“ in den verfemten Genossen lebte.

Nun war freilich der Ältestenausschuß des Reichstags zur Zeit des alten Liebknecht genau so harmlos, wie er heutzutage ist. Er hat eigentlich keine andere Aufgabe als die, daß der Präsident mit den Parteiführern eine Einigung über die bestmögliche Abwicklung der Geschäfte herbeizuführen sucht, über Beginn der Sitzungen, über einzulegende freie Tage, Dauer der Redezeit und dergleichen mehr. Selbst derartige Verabredungen mit „bürgerlichen“ Parteileuten zu treffen, lehnte Liebknecht ab. Von weit größerer Bedeutung war die „radikale“ Einstellung führender Genossen zu den Fragen, ob die Partei sich an den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und zum Preußischen Landtag beteiligen dürfe oder nicht. In beiden Fällen kam, wenigstens in Preußen, das Dreiklassenwahlsystem mit öffentlicher Stimmabgabe in Betracht. Es hat lange gedauert, bis die Abstinenzpolitik bei den Stadtverordnetenwahlen aufgegeben worden ist, noch länger, bis die Wahlbeteiligung auch an den preußischen Landtagswahlen durchgesetzt werden konnte. Liebknecht war schärfster Gegner einer Beteiligung an den Landtagswahlen und vertrat den Standpunkt, „daß man den Landtag mit seinem erbärmlichen Wahlverfahren in sich selbst verfaulen lassen müsse“.

An diese längst erledigten Streitfragen mußte er-

innert werden, weil der Leser sonst kaum würde verstehen können, daß noch 1911 ganz ernsthaft die Frage in der Sozialdemokratischen Partei diskutiert worden ist, ob sie einen Anspruch auf Vertretung im Reichstagspräsidium erheben dürfe und ob, falls die Frage zustimmend beantwortet werden sollte, der als Opferlamm bestimmte Genosse gezwungen werden könne, „auch alle sogenannten höfischen Verpflichtungen zu übernehmen“. In der Presse und auf Parteitagen hat man dieser Fragen wegen lebhaft gestritten.

Nach den für die Sozialdemokratische Partei so glänzend ausgefallenen Reichstagswahlen im Januar 1912 wurde die Frage akut, ob die SPD, ihren Anspruch auf Vertretung im Präsidium geltend machen solle oder nicht. Nach parlamentarischem Herkommen hat die stärkste Partei Anspruch auf das Amt des Reichstagspräsidenten, wenngleich in der Praxis oft anders verfahren worden ist. Die SPD., die mit ihren 110 Mandaten die weitaus stärkste Partei des Reichstags war, konnte jedenfalls die Besetzung des Amtes des Reichstagspräsidenten mit Fug und Recht verlangen. Es wurde aber beschlossen, nur den ersten Vizepräsidenten zu beanspruchen, weil dann, so waren die Gedankengänge, die Frage der „höfischen Verpflichtungen“ ohne weiteres ausscheide, denn in den Gesetzen sei immer nur die Rede vom „Reichstagspräsidenten“, niemals vom Reichstagspräsidium.

Neben anderen Erwägungen kam auch die in Betracht, daß der schwarz-blaue „Schnapsblock“, der bei den Wahlen eine so empfindliche Niederlage erlitten hatte, dem Reichstagspräsidium ferngehalten werden müsse. Das hätte sehr leicht erreicht werden können, wenn die Nationalliberalen sich zu dem

bindenden Versprechen hätten verstehen können, als ersten Vizepräsidenten einen Sozialdemokraten zu wählen, nachdem die Sozialdemokraten den nationalliberalen Kandidaten als Präsidenten gewählt haben würden. Den zweiten Vizepräsidenten sollten die Fortschrittler stellen, darüber war nicht der geringste Streit.

„Diese Rechnung“, so schrieb damals Dr. Franz Mehring in der „Neuen Zeit“, „war ohne die unsicheren Kantonisten im nationalliberalen Lager gemacht, die durchaus auch die schwarzblaue Minderheit im Präsidium vertreten wissen wollten. Die Präsidiumfrage, die man an und für sich gewiß nicht überschätzen darf, gewann dadurch eine hohe politische Bedeutung. Begann jetzt schon, sozusagen am ersten Tage des neuen Reichstags, das nationalliberale Techtelmechteln mit den Besiegten des Schnapsblocks, dann war für die Zukunft das Schlimmste zu befürchten, und die sozialdemokratische Fraktion hatte den dringendsten Anlaß, auch nur die leiseste Berührung mit diesen elenden Machenschaften zu scheuen. Sie hatte sich bereit erklärt, einen nationalliberalen Präsidenten zu wählen, falls die liberalen Parteien ihr den Posten des ersten Vizepräsidenten überließen. Aber sie mußte natürlich ihre feste Bürgschaft haben, daß diese Zusicherung erfüllt würde; sie konnte es nicht darauf ankommen lassen, daß, nachdem sie die Wahl eines nationalliberalen Präsidenten gesichert hatte, statt ihres Kandidaten nunmehr ein Konservativer oder ultramontaner Brotwucherer zum ersten Vizepräsidenten gewählt wurde. Und da es die Nationalliberalen ablehnten, sich auf eine bindende Verpflichtung einzulassen, so war es ganz selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Fraktion bei der Wahl des Präsidiums auf eigene Faust vorging und für die Wahl

des Präsidenten einen eigenen Kandidaten in der Person des Genossen Bebel aufstellte.“

Da haben die Leser „in der Nußschale“ alles, was sie wissen müssen, um die damalige Situation verstehen zu können. Mehring, der an allem, was die Leitung oder die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei getan oder unterlassen hat, sehr viel auszusetzen wußte, hat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion damals vollkommen beigepflichtet. Die Fraktion sei sich natürlich klar darüber gewesen, „daß die Folge ihres Vorgehens die Wahl eines schwarzblauen Präsidenten werden konnte und tatsächlich auch wurde. Aber so unangenehm diese Möglichkeit sein mochte, so konnte sie doch nicht ins Gewicht fallen gegenüber der Riesenblamage, womit sich die sozialdemokratische Fraktion vor aller Welt bedeckt hätte, wenn sie sich durch die Nationalliberalen hätte düpieren lassen. Es war endlich einmal an der Zeit, jener ebenso alten wie perfiden Taktik des Liberalismus einen Riegel vorzuschieben, die durch allerlei Verrätereien am eigenen Prinzip der Reaktion die Wege bahnt und dann die Sozialdemokratie für den Sieg der Reaktion verantwortlich macht, weil sie sich auf keine Verrätereien einlassen will. Ein schwarzblaues Präsidium war gewiß eine unangenehme Sache, allein ein verhältnismäßig viel geringeres Übel, als wenn sich die Sozialdemokratie von Anbeginn durch die Nationalliberalen hätte nasführen lassen, wie die Nationalliberalen so oft durch Bismarck genasführt worden sind.“

Die Gefahr der Wahl eines Sozialdemokraten in das Reichstagspräsidium wurde in den nationalliberalen und konservativen Blättern wie eine unmögliche Ungeheuerlichkeit behandelt. Bebel war in großer Aufregung über die zu treffende Auswahl eines geeigneten

Kandidaten. Wie ich später erfahren habe, hatte er sich mit dem ihm persönlich nahestehenden Reichstagsabgeordneten Richard Fischer in Verbindung gesetzt, damit dieser ihn beraten möge. Eines Morgens wurde eine Sitzung von Mitgliedern der Parteileitung und des Fraktionsvorstandes einberufen, um die Frage zu erörtern, wer der Fraktion als Kandidat für das Reichstagspräsidium in Vorschlag gebracht werden sollte. Zu meiner nicht geringen Überraschung schlug Richard Fischer mich vor, Bebel stimmte zu, ein anderer Name wurde gar nicht genannt. Da auch die Fraktion einstimmig dem Vorschlag beipflichtete, war ich wieder einmal „Kandidat“.

DREI KURZE SITZUNGEN DES REICHSTAGS

I.

Am Freitag, dem 9. Februar 1912, wurde unter der Leitung des humorvollen Alterspräsidenten Albert Träger der neue Reichstag eröffnet. Dann wurden die Wahlen für das Präsidium vorgenommen. Bei der Wahl des Präsidenten, für die wir nach dem Verhalten der Nationalliberalen nunmehr Bebel in Vorschlag brachten, wurden drei Wahlgänge erforderlich. Im ersten Wahlgang erhielten Stimmen: Dr. Spahn 185, Bebel 110, Prinz v. Schönau-Carolath 88, Dr. Paasche 1, Heine-Dessau 1. Es hatte also keiner der Herren die absolute Majorität; es mußte daher eine engere Wahl stattfinden, bei der nach der Geschäftsordnung sämtliche fünf zur engeren Wahl gestellt wurden.

„Alterspräsident Träger: Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben C. . . .“

Abgegeben wurden 388 Stimmen, die absolute Majorität betrug bei 385 gültigen Zetteln 193. Erhalten

hatten: Dr. Spahn 186, Bebel 114, Prinz v. Schönau-Carolath 85 Stimmen. Es mußte eine zweite Stichwahl stattfinden. Es kommen jetzt nur die beiden Herren, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt hatten, zur Stichwahl, also Dr. Spahn und Bebel. „Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben D. . . .“ Es wurden 384 Stimmzettel abgegeben, darunter dreizehn ungültige. Von den gültigen 371 Stimmzetteln erhielt Dr. Spahn 196 Stimmen, Bebel 175. (Dr. Spahn nahm die Wahl an und übernahm das Präsidium.)

„Wir treten nunmehr in die Wahl des ersten Vizepräsidenten ein. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E. . . .“ Das Wahlergebnis war folgendes: Es sind abgegeben 386 Stimmen, davon sind ungültig 21. Die Mehrheit beträgt 183. Es haben erhalten: Scheidemann 188, Dietrich 174 Stimmen, Dr. Paasche 3 Stimmen, „gewählt ist mithin der Herr Abgeordnete Scheidemann“.

Der Abgeordnete Dr. Paasche wurde dann mit 274 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

* * *

Es setzte nun in der Rechtspresse eine Hetze gegen den „sozialdemokratischen Vizepräsidenten“ ein, die alles übertraf, was man bis dahin erlebt hatte. Fast ebenso heftig wurden die Nationalliberalen angegriffen, „die diese Wahl zu verantworten hatten“. Den Erfolg dieser Hetze, der später noch aufgezeigt werden soll, lernen die Leser aus den beiden folgenden Reichstagsberichten kennen.

II.

Am Dienstag, dem 13. Februar 1912, wurde die Sitzung durch den ersten Vizepräsidenten Scheidemann eröffnet. Er habe Urlaub erteilt den Herren

Bartling und Heine-Dessau für je drei Tage. Es suche für längere Zeit Urlaub nach der Abgeordnete Fürst Salm, für vierzehn Tage wegen Krankheit. Der Abgeordnete Dr. Freiherr v. Hertling habe infolge seiner Ernennung zum bayerischen Staatsminister sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niedergelegt. Das Erforderliche wegen der Ersatzwahl sei schon veranlaßt worden. Von dem Herrn Abgeordneten Dr. Spahn sei folgendes Schreiben eingegangen:

„Berlin, den 12. Februar 1912.

Dem Reichstagspräsidium teile ich ergebenst mit, daß ich das Amt des Reichstagspräsidenten hiermit niederlege. Spahn.“

Im Anschluß an diese Mitteilung wurde ein Antrag, die Sitzung nunmehr zu vertagen, angenommen.

III.

Mittwoch, den 14. Februar 1912. Vizepräsident Scheidemann eröffnet die Sitzung: Der Abgeordnete Dr. Paasche hat an das Präsidium des Reichstags folgendes Schreiben gerichtet:

„Berlin, den 14. Februar 1914.

Dem Präsidium des Reichstages teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich mein Amt als zweiter Vizepräsident hiermit niederlege. Dr. Paasche.“

„Ich schlage dem Hause vor, die nunmehr notwendig gewordene Wahl des zweiten Vizepräsidenten heute sofort nach der Wahl des Präsidenten vorzunehmen. Das ist nur zulässig, wenn kein Mitglied des Hauses widerspricht. Es erfolgt kein Widerspruch. Wir werden also nach der Wahl des Präsidenten die Wahl des zweiten Vizepräsidenten vornehmen.“ Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des Präsidenten. Der Namensaufruf beginnt

mit dem Buchstaben H. . . . Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es sind abgegeben 374 Stimmzettel, davon 174 weiße, also bleiben 200 gültige. Die absolute Mehrheit beträgt 101. Es haben erhalten: Der Herr Abgeordnete Kämpf 195 Stimmen. . . . Somit ist der Herr Abgeordnete Kämpf zum Präsidenten gewählt. Kämpf nimmt die Wahl an. Als zweiter Vizepräsident wurde der Abgeordnete Dove gewählt.

* * *

Es war ein Vergnügen, am 15. Februar 1912 die Berliner Morgenblätter zu lesen. So groß die Freude über die Wahl eines Parteigenossen bei der Sozialdemokratie und selbstverständlich in den Spalten des „Vorwärts“ war, um so katzenjämmerlicher wurde die Stimmung, je weiter rechts die Blätter standen.

Schier sprachlos vor Erstaunen war die konservative „Deutsche Tageszeitung“. Sie suchte auf das Zentrum einzuwirken. Es sei nicht anzunehmen, daß das Zentrum von seinem Beschluß abgehe, unter keinen Umständen in ein Präsidium zu gehen, falls in dieses auch ein Sozialdemokrat gewählt werden sollte.

Das agrarkonservative Blatt druckte mit einem Seufzer der Erleichterung unmittelbar unter seine Betrachtungen folgendes Telegramm ab:

Geheimrat v. Böttiger, Mitglied des Herrenhauses, erklärt in einem Telegramm aus Elberfeld: „Nachdem, wie ich soeben aus Berlin höre, eine große Zahl nationalliberaler Mitglieder bei der heutigen Reichstagspräsidentenwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat, bin ich genötigt, aus der nationalliberalen Partei auszutreten.“

Die von den konservativen Blockbrüdern an die Adresse Spahns gerichteten Mahnungen waren schnell

von Erfolg gekrönt. Dreimal 24 Stunden hat der lange Peter allerdings noch mit sich und Gott gerungen, da aber floh er entsetzt aus der Nähe des roten Vizepräsidenten. Paasche war nur schwer zu bewegen, seinen Rücktritt auszusprechen. Er hat mir in jenen Tagen sehr ärgerlich versichert, daß für ihn auch nicht der geringste Grund vorliege, aus dem Präsidium auszuscheiden. Paasche und ich waren seit dem Jahre 1888 persönlich bekannt. Bis er seinen Marburger Lehrstuhl mit einem solchen in Charlottenburg vertauschte, wohnten wir in Marburg jahrelang ganz nahe beieinander und sprachen oft miteinander, nachdem wir uns in einer Versammlung kennengelernt hatten. Es hatte sich infolgedessen, trotz der politischen Gegensätze, ein leidlich gutes persönliches Verhältnis entwickelt. Jedenfalls hat Paasche in den tragikomischen Tagen der Präsidentenwahl über seinen Parteifreund und Konkurrenten für das Präsidium, den sehr braven und harmlosen Prinzen von Schönau-Carolath, mir gegenüber sehr gotteslästerlich gescherzt. Er war sicherlich der Überzeugung, daß er definitiv aus dem Präsidium scheiden müsse; hätte er auch nur entfernt mit der Möglichkeit gerechnet, daß er wiedergewählt werden könnte, dann würde er bestimmt sofort, um ein gutes Beispiel nationalliberaler Parteidisziplin zu geben, mit großer Prinzipienfestigkeit demissioniert und nicht noch zwei Tage länger als Spahn mit sich selbst und seiner Fraktion gekämpft haben, bis er endlich, am 14. Februar, sein Rücktrittsgesuch einreichte.

In der Presse hatte es schon vor der von mir geleiteten Sitzung am 13. Februar, mehr aber noch nachher, ein sehr vergnügliches Rätselraten gegeben; wenn der gräßliche Sozialdemokrat, dieser wüste Hohenzollernbeschimpfer, bei der definitiven Wahl wirklich

wieder gewählt werden sollte, wird er dann zu Hofe gehen? Wie weit ist er überhaupt an die Erfüllung höfischer Verpflichtungen gebunden? Hat die sozialdemokratische Fraktion entsprechende Beschlüsse gefaßt? Wie steht er selbst zu diesen Fragen? Ach, was haben die Herrschaften von rechts sich für Sorgen gemacht! Es war gar ergötzlich zu genießen, in wie vielerlei Tonarten sie ihren Kummer verkündeten. Meine Partei hatte, im Einverständnis mit mir, sich bereit erklärt, alle mit dem Amt eines Vizepräsidenten verbundenen verfassungsrechtlichen Pflichten zu erfüllen. Mehr nicht. Von irgendwelchen Hofgängen war nirgends etwas schwarz auf weiß zu lesen. Weder in der Verfassung, noch in der Geschäftsordnung des Reichstags.

Es wäre kinderleicht gewesen, bei der definitiven Wahl, die am 8. März vorgenommen worden ist, den Prinzen von Schönaich-Carolath zum ersten Präsidenten zu wählen, wenn die Nationalliberalen nicht Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen hätten, die sie am 9. Februar bekundeten, als sie für mich stimmten. Aus Angst vor den davonlaufenden Böttingern, die bis dahin für die Füllung der nationalliberalen Parteikasse gesorgt hatten, aber auch aus Furcht vor den die Verwaltung Preußens beherrschenden ostelbischen Granden, gaben die Herren um Bassermann lieber den Präsidentenposten preis, als daß sie es noch einmal gewagt hätten, für einen Sozialdemokraten zu stimmen.

War in diesen Tagen Bebel schon ungewöhnlich aufgereggt, so wurde er am 13. Februar sinnfällig nervös. Er wohnte damals in der Schöneberger Hauptstraße, meine Wohnung war zwanzig Minuten entfernt, in Steglitz. Zweimal ließ er mich an dem genannten Tage, nachdem die Reichstagssitzung vorüber war, zu sich kommen, um immer wieder von neuem auf mich

einzuwirken, daß ich unter keinen Umständen mich aus dem Präsidium drängen lassen dürfe. Er war überzeugt, daß die Gegner alle Minen springen lassen würden, um mir das Amt derart zu verekeln, daß ich es in ärgerlicher Stimmung vielleicht wirklich abgeben könnte. Das war eine ganz unnötige Sorge, denn es war selbstverständlich, daß ich ohne Zustimmung meiner Freunde in solch schwieriger Situation nichts eigenmächtig unternehmen durfte. In einer unserer Unterredungen hatte Bebel zunächst — Etikettenfragen angeschnitten: Haben Sie auch einen anständigen Gehrock? Er atmete erleichtert auf, als ich mit hellem Lachen seine Frage bejaht hatte. Für Bebel war der Reichstag etwas wirklich Großes, Bedeutsames. Das kam nicht nur in gelegentlichen Bemerkungen und Erzählungen zum Ausdruck, sondern in seinem ganzen Verhalten dem Parlament gegenüber, sogar in seiner Kleidung. Ich kann mich nicht erinnern, Bebel im Reichstag jemals anders als im schwarzen Gehrock gesehen zu haben. Dagegen erinnere ich mich sehr wohl, daß er einmal einen sozialdemokratischen Abgeordneten, der sich in der kleinen Wandelhalle auf der linken Seite des Hauses eine kurze Pfeife angebrannt hatte, in schärfster Weise zur Rede stellte. Der Reichstag sei kein Dorfwirtshaus. Ich bin keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß Bebel sich energisch gegen die Neuerung gewandt haben würde, im Reichstag zu erscheinen, wie man ins Hochgebirge geht: mit kurzen Hosen und Gamaschen, ganz zu schweigen von den olivgrünen und schwarzen Hemden.

Für Bebel war der Reichstag tatsächlich das „Hohe Haus“, das er nur in Feiertagskleidung betrat, weil hierher das Volk seine Besten, jedenfalls die schicken wollte, die sein Vertrauen genossen und seine Inter-

essen vertreten sollten. In ein solches Haus, das war Bebel's Auffassung, geht man nicht, wie man in eine Kaschemme gehen kann. Wie ernst und feierlich Bebel alles nahm, was mit dem Reichstag zusammenhang, dafür will ich aus jenen Tagen ein ihn trefflich charakterisierendes Beispiel anführen. Durch die geschilderten Umstände war ich vorübergehend alleiniger Präsident des „Hohen Hauses“ geworden. Bevor die Reichstagssitzung am 13. Februar begann, hielt die sozialdemokratische Fraktion eine Sitzung ab, an der ich selbstverständlich teilnahm. Es wurde über den voraussichtlichen Verlauf der Sitzung debattiert. Als ich, der ich in einer wenig beleuchteten Ecke des Zimmers saß, mich auch zum Wort meldete, fuhr Bebel, der mich bis dahin nicht wahrgenommen hatte, sehr unangenehm überrascht auf und verlangte, daß ich die Sitzung verlasse! Es sei im Reichstage Brauch, daß der Präsident sogar aus seiner Fraktion ausscheide, um dadurch zu bekunden, daß er jetzt über den Parteien stehe. Da ich zur Zeit alleiniger Präsident sei, müsse ich die Sitzung verlassen. Wir dürften uns auf keinen Fall einen Verstoß gegen das parlamentarisch Herkömmliche zuschulden kommen lassen. Unter vergnüglichem Hallo der Fraktion mußte ich tatsächlich abziehen . . .

„DER TÜCHTIGE PRÄSIDENT“

In der damaligen Zeit scheinen alle Kreise, die der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstanden, der Meinung gewesen zu sein, daß ein Sozi selbstverständlich entgleisen müsse, sobald er das Präsidium übernehme. Eine andere Erklärung gibt es kaum für die zum Teil überschwenglichen Hymnen, die meinen sehr bescheidenen Leistungen auf dem Präsidentenstuhle in

der Presse aller Parteirichtungen gesungen worden sind. Die Berichte über die von mir geleiteten Sitzungen lesen sich so spaßig, daß die Wiedergabe einiger Presseäußerungen aus jener Zeit gerechtfertigt sein dürfte.

Das „Berliner Tageblatt“ meinte:

„Scheidemann unterscheidet sich durch nichts von einem „bürgerlichen“ Präsidenten und man bemerkt sofort, daß er sein Amt mit außerordentlichem Geschick, Ruhe und Geschäftskennntnis versieht. Herr Scheidemann erklärt mit sehr ruhiger, klarer Stimme — so, als ob er seit Jahren immer nur präsiidiert hätte —, die Sitzung für eröffnet... Auch die Rechte muß zugeben, daß „der Genosse“ — dem man mit ruhiger Neugier zugehört — seine Sache sehr gut macht.“

Die „Frankfurter Zeitung“:

„Einen historischen Moment nennen das einige Blätter, alle aber müssen konstatieren, daß Herr Scheidemann, der sozialdemokratische erste Vizepräsident, seine Sache gut gemacht habe. Als ob es überhaupt zu bezweifeln gewesen wäre... Ein schlanker Herr mit scharfgeschnittenem Kopf, den man für einen Schriftsteller oder Künstler halten würde, nahm auf dem Präsidentenstuhle Platz, als ob er das gewohnt wäre.“

Die „Berliner Morgenpost“ schrieb ganz begeistert:

„Ganz vorzüglich ist es gegangen. Ausgezeichnet hat Philipp Scheidemann, der rechtmäßig gewählte erste Vizepräsident des Deutschen Reichstages, die Schwierigkeiten einer immerhin eigenartigen Situation überwunden. Die kurze Sitzung hat genügt, um den ersten sozialdemokratischen Vorsitzenden des Reichstages einen geradezu glänzenden Befähigungsnachweis für die Kunst des Präsidierens erbringen zu lassen.“

Nicht viel anders meinten die Pressestimmen aus der Mitte. Die „Magdeburger Zeitung“ sprach von einem historischen Moment: „Würdevoll erhebt sich Herr Scheidemann, zupft sich nochmals die Weste zurecht, greift nach der Glocke und erklärt unter fast atemloser Spannung die Sitzung für eröffnet. Das kraftvolle Organ dringt auch in die entferntesten Ecken des Saales und macht jedes seiner Worte verständlich. Wie etwas Selbstverständliches teilt er mit, daß „er“ den Abgeordneten Fürst zu Salm und Bartling Urlaub erteilt, sowie daß Freiherr v. Hertling sein Mandat niederlege.“ — Von einem historischen Moment sprach auch das führende Zentrumsblatt, die „Germania“: „Mit sonorer Stimme verkündete er (der sozialdemokratische Präsident) die Entscheidungen, die er bisher getroffen hat.“

Die „Tägliche Rundschau“, das Organ der evangelischen Geistlichkeit, war ganz und gar aus dem Häuschen: „Als ob er auf dem hochgebauten Gestühl geboren wäre, nimmt er die Stelle des Grafen Schwerin ein. Der Historiograph des Hohenzollernhauses macht seine Sache gar nicht übel. Die Minister haben sich sanft unter das rote Joch gebeugt.“ — Selbst die äußersten Rechtsblätter finden Worte der Anerkennung, aber — sie konnten doch nicht aus ihrer Haut heraus. Den Ton für die agitatorische Ausschlachung der Situation im Lande gaben für alle, die konservativ und fromm, gleichviel ob evangelisch oder katholisch orthodox waren, die „Schlesischen Nachrichten“ an. Sie äußerten:

„Einen solch eleganten Reichstagspräsidenten wie den Genossen Scheidemann sah man noch nie an dieser Stelle; jeder Fremde mußte annehmen, daß ein millionenschwerer Bourgeois auf dem Präsidentensessel throne: hochelegant im Anzug, ausgeschnittene

Weste mit tadelloser Krawatte, kurzum: eine anstandslose Figur für den ersten Schneidermeister Berlins.“

Dann aber ging es los über den „wüsten Beschimpfer der Hohenzollern!“ Schwamm drüber.

ICH GEHE NICHT ZUM KAISER!

Bis zum 8. März gab es jeden Tag irgendeine neue Hatz gegen mich. Von durchschlagender Bedeutung für meine Ausschiffung aus dem Präsidium war schließlich, daß ich den Herren Kämpf und Dove auf ihre entsprechende Frage geantwortet hatte, sie möchten sich durch mich in keiner Weise abhalten lassen, den Kaiser zu bitten, sie zu empfangen, damit sie ihm von der erfolgten Konstituierung des Reichstags auch noch persönlich Mitteilung machen könnten; ich, so hatte ich hinzugefügt, bitte den Kaiser um nichts, am wenigsten um einen Empfang. Es mag heute lächerlich erscheinen, daß die Sozialdemokratische Partei über derartige Zwirnsfäden gestolpert ist. Ich bitte aber zu beachten, was ich bereits über die frühere Stellung der Partei zu den Stadtverordneten- und Landtagswahlen gesagt habe. Man kann das Verhalten von Personen und Parteien nur dann richtig würdigen, wenn man sich in die Zeiten versetzt, in denen die jetzt unverständlich erscheinenden Handlungen oder Unterlassungen vorgekommen sind. Meine Weigerung, zum Kaiser zu gehen, führte zu neuen heftigen Auseinandersetzungen in der Presse. Daß ich nunmehr unter keinen Umständen bei der definitiven Wahl in meinem Amte bestätigt werden würde, war ganz klar. Die Herren Kämpf und Dove hatten den Kaiser gebeten, sie zu empfangen. Der Kaiser ließ ihnen aber mit-

teilen, daß er ihnen für die löbliche Absicht, sich vorstellen zu wollen, bestens danke, jedoch verhindert sei, sie zu empfangen. Es lag ihm nichts an den beiden alten Herren, so wurde damals gescherzt, er wollte sie nur in Gemeinschaft mit dem ruppigen Genossen empfangen.

Diese Demonstration brauchte Herr v. Bethmann Hollweg damals, um die bürgerlichen Parteien einzuschüchtern. Er wollte ihnen bedeuten, daß sie vom Kaiser nicht mehr empfangen würden, falls sie sich noch einmal unterstehen sollten, einen Sozialdemokraten zu wählen.

MEIN ABSCHEDSGRUSS: K WIE KAMEL!

Inzwischen war der Tag der Abrechnung, der 8. März, herangekommen. Endlich konnte der Reichstag und sein Präsidium von dem sozialdemokratischen Vizepräsidenten wieder befreit werden. Vielseitige und kostspielige Vorarbeit in Wort, Schrift und Bild war der Abrechnung vorausgegangen. Was dieser gräßliche Revolutionär jemals gegen den Kapitalismus, gegen die Junker, gegen die Hohenzollern im allgemeinen, gegen Wilhelm II. im besonderen, gegen das Wettrüsten und den Krieg gesagt hatte, jeder Ordnungsruf, der „auf seinen kahlen Schädel“ niedergeprasselt war — alles, aber auch alles wurde herbeigeschleppt: jedes Scheitchen, jedes Splitterchen Holz war willkommen für den Scheiterhaufen, auf dem der Ketzer verbrannt werden sollte.

Nun war der Tag der Abrechnung, der Tag der wiederholten, nunmehr definitiven Wahl — vier Wochen nach der provisorischen — da!

Es ging alles ganz glatt am 8. März. Kämpf wurde zum Präsidenten, Paasche unter dem Vorsitz Kämpfs

zum ersten, Dove zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Für mich waren immerhin noch 155 (sozialdemokratische und fortschrittliche) Stimmen abgegeben worden. Die Wahl Kämpfs hatte ich leiten müssen. Selbst in diesen letzten Minuten wollten die Herrschaften von rechts mir Fallen stellen. Im letzten Augenblicke noch sollte ich in irgendeine Verlegenheit gebracht werden. Die blödesten Zurufe, die ich als amtierender Präsident selbstverständlich überhörte, wurden gemacht. Zu den beliebtesten Scherzenderer, die nach einem Bibelwort ganz bestimmt Gott schauen werden, gehörte der, den ich jetzt schildern will. Wenn der Präsident den Buchstaben nennt, mit dem ein Namensaufruf beginnt, also A, B oder C, dann hagelt es Zwischenrufe der geistig Armen: „Wie? H?“ „Was? K?“ Oder „C?“ „D?“ „E?“ Damit sollte auch ich noch geärgert, vielleicht gar in Verlegenheit gebracht werden. Die Versuche sind den Rufern aber schlecht bekommen. Ich hatte klar und deutlich gesagt, so daß man es in jedem Winkel hatte vernehmen können: „Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben K!“ Die Mitglieder des Reichstages und die Besucher der überfüllten Tribünen jauchzten denn auch minutenlang vor Vergnügen, als ich auf die blöden Zurufe von rechts: „Was — A?“ „Was — H?“ klar und fröhlich, gleichsam als Worte des Abschieds vom Präsidentensessel antwortete: „Nein, K wie Kamel!“

Neunter Abschnitt

INTERNATIONALE FRIEDENSARBEIT

Aus den in diesem Buche abgedruckten Teilen mancher Reichstagsreden haben die Leser ersehen können, mit welcher Entschiedenheit die Sozialdemo-

kratische Partei gegen das allgemeine Wettrüsten, das nach ihrer Überzeugung zum Kriege führen mußte, angekämpft hat. Dabei darf nicht vergessen werden, daß alle sozialdemokratischen Redner in ihrer grundsätzlichen Anschauung vollkommen übereinstimmen. Die deutsche Sozialdemokratie ist in ihrer Stellung zum Militarismus im allgemeinen, zu der des wilhelminischen Kaiserreichs im besonderen, niemals Gegnerin der Landesverteidigung gewesen, wie man ihr immer und immer wieder unterstellt hat. Für mißverständliche Wendungen, die zumeist aus dem Zusammenhang einer Rede gerissen worden sind, für Redewendungen eines verärgerten Mannes kann man eine ganze Partei ebensowenig verantwortlich machen, wie man die Konservative Partei oder ihre Nachfolgerin, die Deutsche nationale Partei, verantwortlich machen kann für die Handlungen ihres bedeutendsten Führers, des Freiherrn von Hammerstein.

Den besten und stärksten Schutz, der unserem Vaterlande gegen Angriffe gegeben werden konnte, verlangten die Sozialdemokraten in ihrem Parteiprogramm: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege!“ Keine andere deutsche Partei hat eine so weitgehende Ausbildung des gesamten Volkes für den Fall eines Abwehrkrieges verlangt, wie die Sozialdemokratie. Teils sind diese Forderungen als utopistisch, teils als „spießbürgerlich“, unter törichten Hinweisen auf 1848, verlacht und abgelehnt worden. Im dritten und vierten Kriegsjahre, also in der größten Not, wurden die jungen Leute „zur allgemeinen Wehrhaftigkeit“ herangezogen, sie wurden in wenigen Wochen schlecht und recht aus-

gebildet und dann ins Feld und in die Schützengräben geschickt. Wäre das sozialdemokratische Militärprogramm verwirklicht gewesen, so hätten, falls es dann überhaupt zum Kriege gekommen wäre, 1914 Millionen für den Kriegsdienst ausgebildete Menschen mehr zur Verfügung gestanden. Was das gerade zu Beginn des Krieges zu bedeuten gehabt hätte, liegt klar auf der Hand.

Ein anderer Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, den unsere Gegner für besonders gewichtig halten, ist der, daß die englischen Sozialisten in erster Linie Engländer, die französischen in erster Linie Franzosen seien, wir deutschen Sozialisten seien in erster Linie immer erst vaterlandslose, internationale Sozialisten und erst in letzter Linie, wenn überhaupt, Deutsche. Dieser Vorwurf ist so alt wie die sozialistische Bewegung. Er wird in Frankreich gegen unsere dortigen Genossen, in England gegen die Sozialdemokraten genau so erhoben wie in Deutschland gegen uns. In England und Frankreich werden wir als die patriotischen Musterknaben gegen unsere dortigen „vaterlandslosen“ Genossen ausgespielt. Wie unsinnig alle diese Vorwürfe sind, geht am besten aus den Beschlüssen der Internationalen Sozialistenkongresse hervor, ebenso aus dem Verhalten unserer Genossen in den Parlamenten Frankreichs, Englands, Belgiens und aller anderen Länder, soweit sie eine sozialdemokratische Vertretung überhaupt haben. Was besonders das gegenseitige Ausspielen der französischen und deutschen Sozialisten anbetrifft, so wirkt es für alle Kenner des internationalen Sozialismus direkt lächerlich. Die Tragik lag 1914 für beide Parteien gerade darin, daß sie beide bereit waren, das Menschenmögliche zur Verhütung des Krieges zu tun, daß jede der beiden Parteien aber der Überzeugung war, ihr Land sei das

frevelhaft angegriffene und „in der Stunde der Not“ dürfe niemand sein Vaterland im Stich lassen. Doch es soll hier später zu erörternden Situationen noch nicht vorgegriffen, vielmehr nur geschildert werden, was die französischen und deutschen Sozialisten in den letzten drei Jahren vor dem Kriege gemeinsam zur Bekämpfung des Krieges getan haben.

Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 hatte sich herausgestellt, daß schon mehr als jeder dritte Wähler in Deutschland sozialdemokratisch gewählt hatte. Mit anderen Worten: Deutschland würde bald eine sozialdemokratische Mehrheit haben. Dann, so wurde im In- und Auslande angenommen, wird es mit dem persönlichen Regiment, das allgemein als dauernde Kriegsgefahr angesehen wurde, vorüber sein. Man rechnete mit demokratischen Reformen. Das arbeitende Volk in Deutschland machte sich nach mancher Richtung hin zweifellos zu große Hoffnungen, in Frankreich aber atmete man auf, denn, so nahm man bestimmt an, das Schwert des Damokles wird weggenommen, wenn auch nicht jede Kriegsgefahr als beseitigt angesehen werden kann.

SIEGESFEIER IN PARIS

Wie die Wahlsiege unserer französischen Genossen von uns in Deutschland gefeiert worden sind wie eigene Siege, so hatten die Franzosen 1912 nach unseren wirklich großen Erfolgen das aufrichtige Bedürfnis, unseren Sieg auch öffentlich vor aller Welt als ihren Sieg, als einen Sieg des internationalen Sozialismus zu feiern. Ihre Glückwünsche an die deutsche Sozialdemokratie waren verbunden mit der Bitte, einen deutschen Genossen nach Paris zu schicken, damit er in einer großen Kundgebung über unseren gemeinsamen Willen, dem

Frieden, vor allem anderen dem Frieden dienen zu wollen, sprechen möge. Der Parteivorstand beauftragte mich, nach Paris zu reisen. Eine erhebende Demonstration, getragen von dem besten Willen, den Frieden zu sichern, belebt von echter Freundschaft und Brüderlichkeit, fand am 30. März 1912 zu Paris in der Salle Wagram statt. Die „Humanité“ berichtete über diese denkwürdige Kundgebung am nächsten Morgen unter der Überschrift: „Sechstausend Personen begrüßen enthusiastisch die Verheißungen des Friedens!“ Ich hatte die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie geschildert, die Mitgliederzunahme in den Organisationen, den Aufschwung der Parteipresse — der „Vorwärts“ zählte damals 170 000 Abonnenten! — und dann der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es unserer gemeinsamen Arbeit gelingen werde, den Frieden zu sichern. Nous luttons ensemble — — wir kämpfen zusammen, Seite an Seite. „Wenn die deutsche Solidität und Disziplin sich paart mit dem französischen Elan und Enthusiasmus, dann wird uns das unüberwindliche Kraft geben!“ — Die „Humanité“ sprach in ihrem Bericht von einer dann einsetzenden großen und langwährenden Ovation, die sich erneuerte, als Jean Jaurès vortrat, um das Wort zu nehmen.

Es spielte sich nun eine Szene ab, die jeder, dem ein solch seltenes Glück zuteil wird, sie zu erleben, für alle Zeit im Gedächtnis behält. Jaurès umarmte mich und sprang buchstäblich mit mir auf der Bühne herum, überglücklich, wie er sagte, weil ich den Ton getroffen, den er heiß ersehnt, dessen Klingen er aber kaum zu erwarten gewagt hätte. Das alles sagte er mir, bevor der Beifallssturm sich gelegt hatte und er endlich mit seiner Rede beginnen konnte.

Unsere französischen Genossen hatten damals harte Kämpfe mit anarchistelnden Syndikalisten zu bestehen.

Wenige Wochen erst waren vergangen, seit im selben Saale in einer Sozialistenversammlung Schüsse gefallen waren. Daran hatte Jaurès gedacht, als mir das Wort erteilt worden war. Heiß waren seine Wünsche, „daß der deutsche Redner darlegen möchte, was Einigkeit vermöge“. Ohne daß ich die besonderen Schmerzen und Wünsche Jaurès gekannt hatte, war es mir geglückt, den richtigen Ton anzuschlagen . . . Jaurès sprach leidenschaftlich, mit einer Wucht, die ich niemals vorher oder nachher bei einem anderen Redner erlebt habe. Wiederholt sprach Jaurès mehr zu mir gewandt, der ich am Tische der Versammlungsleitung Platz genommen hatte, als zu der Versammlung selbst. Bald glichen seine Worte einem süßen Flüstern, so, als ob er gut zureden, als ob er, wie ein Liebhaber die Geliebte, überzeugen wollte, dann wurde seine Stimme wieder zum Orkan, der alles hinwegfegte, was ihm etwa hätte widerstehen wollen.

Endloser Jubel folgte seinen Worten. Während der Beifall durch den Saal brauste, hatte er mich wieder an die Rampe gezogen und von neuem umarmt. Diese Pariser Feier des deutschen Wahlsieges, dem internationale Bedeutung beigemessen wurde, war eine Friedensdemonstration von ungeheurer Wucht.

NEUE FRIEDENSDEMONSTRATIONEN

Die Zeiten des braven Bürgers, der bei seinem Spaziergange am Ostermorgen nichts Besseres weiß, als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen“, waren vorüber. Als 1912 die Nachrichten vom Ausbruch des Balkankrieges die Welt in die größte Bestürzung versetzten, konnte sich kein verständiger Europäer abends sorglos zu Bett legen. Damals schon

glich, allen Friedenskundgebungen der internationalen Sozialdemokratie zum Trotz, Europa einem Pulverfaß. Wenn vom Balkan her ein Fünkchen übersprang, dann war die gräßlichste Explosion gewiß. Die internationale Sozialdemokratie war denn auch schnell am Werke, um alle europäischen Völker gegen den Krieg mobil zu machen. In den europäischen Weststaaten wurden Tausende von Versammlungen abgehalten, ungezählte Millionen von Flugschriften verbreitet. In allen Hauptstädten fanden Demonstrationen mit bekannten Rednern der Internationale statt. In Deutschland sprachen Franzosen, in Frankreich Deutsche; in London sprach Dr. Ludwig Frank, in Amsterdam Mollenbuhr; in Berlin sprachen Dr. Renner (Wien) und O'Grady (London). Jean Jaurès war das Reden in Berlin verboten worden. Ich durfte in Paris ungehindert sprechen. Zu meiner großen Freude wieder mit Jaurès, Edouard Vaillant, Jules Guesde, dem alten Kommunard und Engelbert Pernerstorffer aus Wien, sowie Mac Donald (London).

Die Versammlungen nahmen überall den imposantesten Verlauf. Die Kundgebung in Paris gehörte mit zu den größten Demonstrationen, die ich jemals erlebt habe. Die Massen waren eingeladen worden nach St. Gervais bei Paris und waren auch wirklich zu vielen Zehntausenden erschienen. Die „Humanité“ schrieb am nächsten Tage quer über die erste Seite: „Hunderttausend Manifestanten gegen den Krieg!“ Darunter druckte sie in riesigen Lettern einen von mir in meiner Rede gesprochenen Satz ab: „Nous ne voulons pas tirer sur vous!“, was zu deutsch klar und deutlich heißt: Wir wollen nicht auf euch schießen, nämlich deshalb nicht, weil wir ja gerade für den Frieden gemeinsam arbeiten: „Nicht schießen wollen wir auf euch, im Gegenteil, die Hände wollen wir euch

erschütteln, denn wir begrüßen euch als Freunde und Kampfgenossen, die einen gemeinsamen Feind haben, den internationalen Kapitalismus! Der Sinn meiner Rede war so eindeutig, daß die Kriegshetzer in Deutschland damit nichts anfangen konnten. Ihre Söldlinge griffen deshalb zu einem ihrer beliebtesten Mittel, sie fälschten! Sie machten aus dem „nous ne voulons pas tirer sur vous“ einfach „nous ne tirerons pas sur vous!“ Daraus dann einen eklatanten Landesverrat nachzuweisen, war ihnen natürlich eine Kleinigkeit: Sie, nämlich die deutschen Sozialdemokraten, wollten nicht auf die Franzosen schießen, selbst dann, wenn sie über uns herfallen sollten.

Im Reichstag gab es deswegen eine heftige Auseinandersetzung. Obwohl ich bei dieser Gelegenheit die nationalistische Fälschung schlagend nachgewiesen habe, wurde sie später trotzdem immer wieder benützt.

DER KONGRESS IN BASEL

Die Friedenskundgebungen in den europäischen Hauptstädten hatten zweifellos einen großen Eindruck auf die Kriegstreiber, die es in allen Ländern gab und leider noch gibt, gemacht. Übertroffen wurden alle Demonstrationen durch den vom Internationalen Sozialistischen Büro nach Basel für den 24. November 1912 einberufenen Internationalen Kongreß, der zum Entsetzen aller Philister im Münster eröffnet und von dem schweizerischen Regierungspräsidenten Blocher begrüßt wurde. Einstimmig wurde in Basel eine Resolution beschlossen, in der es heißt:

„Droht der Ausbruch des Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die

Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Ähnlich hatten schon die Beschlüsse der Internationalen Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen gelautet. Waren den Militaristen aller Länder die sozialistischen Kundgebungen zunächst sehr in die Quere gekommen, so suchten sie unter Hinweis auf die Balkanwirren für den Militarismus zu werben, indem auch sie auf die „ständigen Kriegsgefahren“, die „an Zahl ungenügenden Mannschaften“ und die „mangelhafte Ausrüstung“ hinwiesen. In Deutschland gab es neue Militärvorlagen, in Frankreich sollte durch Verlängerung der Dienstzeit das Heer gekräftigt werden, England nahm die deutschen Rüstungen zum Vorwand für weitere Schiffsbauten. So wurde die „militaristische Schraube ohne Ende“ in allen europäischen Ländern weitergedreht. Wie die deutsche Sozialdemokratie gegen diese wahnwitzige Rüstungspolitik angekämpft hat, geht aus den in diesem Buch knapp skizzierten Reichstagsreden einwandfrei hervor. Für Deutschland und Frankreich waren die Gefahren kriegerischer Verwicklungen am größten. Deshalb wollten die Sozialisten gerade dieser beiden Länder noch eindringlicher vor aller Welt bekunden, daß sie sich mit äußerster Kraft einem Kriege zu widersetzen gewillt seien.

DIE KONFERENZEN IN BERN UND BASEL

Auf eine Anregung der Genossen Stampfer und Ludwig Frank kamen die deutsch-französischen Verständigungskonferenzen in der Schweiz zustande. Die französischen Genossen waren sofort einverstanden. Die Sache wurde so arrangiert, daß von schweizerischen Volksvertretern der verschiedensten Parteirichtungen zu Pfingsten 1913 nach Bern eine „Verständigungskonferenz“ einberufen wurde, zu der die Parlamentarier aller Parteien aus Deutschland und Frankreich eingeladen werden sollten. Als Zweck der Konferenz wurde angegeben: Förderung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland. Es nahmen an der Konferenz 156 französische und deutsche Abgeordnete teil; während aber aus Frankreich auch 83 bürgerliche Parlamentarier, darunter verschiedene ehemalige Minister, erschienen waren, hatten sich aus Deutschland nur sechs bürgerliche Abgeordnete eingefunden. Davon waren vier Volksparteiler und zwei Elsässer. Die geringfügige Anzahl Bürgerlicher aus Deutschland war kennzeichnend für den Liberalismus, der bis auf einen kleinen Rest dem Imperialismus vollständig verfallen war. Das Ergebnis der Konferenz war in jeder Beziehung erfreulich und durchaus befriedigend. Das Bekenntnis einer so großen gemischten Parlamentarierschar zur unbedingten Friedensliebe, sowie die unbedingte Anerkennung des Prinzips der Schiedsgerichte, wie sie in unserem sozialdemokratischen Programm gefordert werden, waren erfreuliche Tatsachen. Es wurde eine permanente deutsch-französische Verständigungskommission eingesetzt. In der einstimmig angenommenen Resolution hieß es unter anderem:

„Die erste Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier, versammelt zu Bern am 11. Mai 1913, wendet sich mit aller Entschlossenheit gegen die verwerflichen chauvinistischen Hetzereien jeder Art und gegen die sträflichen Treibereien, die auf beiden Seiten der Grenze den gesunden Sinn und die Liebe der Bevölkerung zum Vaterlande irrezuführen drohen

Sie weiß und verkündet, daß die beiden Völker in ihrer ungeheuren Mehrheit den Frieden wollen, diese oberste Bedingung jeden Fortschrittes . . .

Sie lädt ihre Mitglieder ein, mit aller Kraft auf die Regierungen der Großmächte zu wirken, daß sie eine Beschränkung der Ausgaben für Heer und Flotte herbeiführen. Die Konferenz tritt warm ein für den von dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten Bryan in der Schiedsgerichtsfrage gemachten Vorschlag. Sie fordern demgemäß, daß Konflikte, die zwischen den beiden Staaten entstehen könnten und die auf diplomatischem Wege nicht zu schlichten sein sollten, dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden . . .

Sie ist überzeugt, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich die Verständigung zwischen den großen Mächtegruppen erleichtern und damit die Grundlage für einen dauernden Frieden schaffen werde . . .“

Die sozialdemokratischen Fraktionen der Deputiertenkammer und des Reichstages, sowie die Vorstände der deutschen und französischen Sozialdemokratie hatten vor Eintritt in die Tagesordnung eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der die prinzipielle Stellung des internationalen Proletariats zum Krieg und zum Militarismus präzisiert und zum Schlusse gesagt wurde:

„. . . Die französische und die deutsche Sozialdemokratie begrüßen deshalb aufs wärmste den Zu-

sammentritt der Konferenz zu Bern und spricht den Wunsch aus, daß durch sie, auch über die Kreise der Arbeiter hinaus, die Einsicht in die Zusammengehörigkeit der beiden großen Kulturvölker zum Wohle der Menschheit gefördert werde."

Mit diesen Friedensdemonstrationen gaben die Sozialdemokraten Frankreichs und Deutschlands sich keineswegs zufrieden. Sie verabredeten eine gemeinsam zu unterzeichnende Flugschrift gegen den Krieg, die, auf einem Blatt in deutscher und französischer Sprache gedruckt, am selben Tage in ganz Frankreich und Deutschland verbreitet worden ist. Das Flugblatt trug die Überschrift: „Gegen den Rüstungswahnsinn!“ Im Text hieß es unter anderem:

„... Die französische und die deutsche Sozialdemokratie erheben einmütig und einstimmig Protest gegen die unaufhörlichen Rüstungen, die die Völker erschöpfen, sie zur Vernachlässigung der wichtigsten Kulturaufgaben zwingen, das gegenseitige Mißtrauen steigern und, statt Frieden zu sichern, Konflikte heraufbeschwören, die zu einer Weltkatastrophe führen mit Massenelend und Massenvernichtung im Gefolge.. Die herrschenden Klassen hüben und drüben sind es, die die nationalen Gegensätze, statt sie zu bekämpfen, künstlich verschärfen, die gegenseitige Feindseligkeit schüren und dadurch die Völker von ihren Kulturbestrebungen und ihrem Befreiungskampf im Innern ablenken.

Um den Frieden, die Unabhängigkeit der Völker und den Fortschritt der Demokratie auf allen Gebieten in beiden Staaten zu sichern, fordert die Sozialdemokratie, daß alle Streitigkeiten zwischen den Völkern schiedsgerichtlich geschlichtet werden; sie empfindet die Entscheidungen auf dem Wege der Gewalt als Barbarei und Schande für die Menschheit.

Sie fordert weiter die Beseitigung des stehenden Heeres, das eine stete Bedrohung der Nationen bildet und an dessen Stelle die Einführung einer Volkswehr auf demokratischer Grundlage, die nur der Landesverteidigung zu dienen hat . . .

Derselbe Ruf gegen den Krieg, dieselbe Verurteilung des bewaffneten Friedens hallt in beiden Ländern wider. Unter der Fahne der Internationale, die die Freiheit und Unabhängigkeit jeder Nation zur Voraussetzung hat, werden die deutschen und französischen Sozialisten mit steigender Kraft den Kampf fortführen gegen den unersättlichen Militarismus, gegen den länderverwüstenden Krieg, für die gegenseitige Verständigung, für den dauernden Völkerfrieden.“

Unterzeichnet war diese Kampfschrift auf französischer Seite u. a. von Jean Jaurès, Pierre Renaudel, Camélinat, Albert Thomas, Sembat, Vaillant und sämtlichen sozialistischen Mitgliedern der Deputiertenkammer. Für die deutsche Sozialdemokratie hatten u. a. unterzeichnet: Bebel, Braun, Ebert, Haase, Molkenbuhr, Müller, Scheidemann und die gesamte Reichstagsfraktion.

Der Berner Konferenz, die einen sehr nachhaltigen Eindruck gemacht hatte, folgte im Sommer 1914 die Konferenz in Basel. Von den bekannteren Sozialisten aus Frankreich und Deutschland waren nahezu alle, die schon in Bern gewesen waren, wieder erschienen. Einer wurde schmerzlich vermißt: August Bebel, den der Tod inzwischen abberufen hatte. Mit seiner Rede für den Frieden hatte er in Bern Abschied genommen: „Wir vertreten die Wahrheit, die Gerechtigkeit, die Menschlichkeit, den Frieden und die Wohlfahrt der Nationen und vertrauen darauf, daß immer weitere und weitere Kreise auch derjenigen, die uns heute noch spöttelnd gegenüberstehen, eines Tages unsere Ideen

annehmen werden.“ In Basel wurde bekräftigt, was in Bern beschlossen worden war. Das Band zwischen allen Friedensfreunden diesseits und jenseits der Vögesen schien fester geknüpft, denn je zuvor.

Zehnter Abschnitt

AUS FRIEDLICHEN BERGEN — IN BLUTIGEN KRIEG

Parteipolitiker, die sich nur für Politik, sonst aber für nichts, wirklich für gar nichts anderes interessieren, haben mir immer aufrichtig leid getan. Ich bin gewiß ein hartgesottener Parteimensch von frühester Jugend an gewesen. Es wäre mir bis auf den heutigen Tag unerträglich, wenn ich frühmorgens nicht aus der Presse ersehen könnte, was in der Welt und in der Partei los ist. Aber daß ein Mensch für nichts anderes Interesse haben kann, als nur für Politik, habe ich niemals verstanden. Einseitigster Verkehr, immer in demselben kleinen Kreis, Verzicht auf den Besuch von Gasthäusern, Theatern und Konzerten, vollkommenes Desinteressement für jeglichen Sport — was sind das für Menschen, was weiß ein solcher Mensch überhaupt von der Welt, die er verbessern will? Vielleicht halten diese Politiker sich sogar für vorbildliche Zeitgenossen. Ich bin niemals maßlos bei irgendwelchem Tun gewesen, aber ich protestiere schon jetzt ein für allemal gegen die vielleicht auch mir nach meinem Tode drohende üble Nachrede, ein Musterknabe für lendenlahme Prinzipienreiter, für alkohol- und nikotinfreudliche „Revolutionäre“ gewesen zu sein. Die „Revolutionäre“ haben mir niemals imponiert, die Magenkrämpfe kriegen, wenn sie eine Maß Bier trinken sahen, oder die in Schreikrämpfe fallen, wenn ihnen

ein Arbeiter einen Zutrunck reicht. Als ich mich, ein politischer Säugling, an der Milch marxistischer Theorien zu laben versuchte — in Wirklichkeit war es selten ein Labsal, zumeist ein kummervolles Bemühen —, da war ich oft dem Verzweifeln nahe. So gescheite Menschen, wie diesen Karl Marx und seinen Spezel Friedrich Engels gab es wohl nicht zum zweitenmal in diesem irdischen Jammertale! Da las ich eines Tages, daß Marx seinen Freund Engels nicht nur regelmäßig anpumpte — aus offensichtlicher Not, sondern daß beide in London sich — mindestens einmal — regelrecht bekneipt und dann im Übermut Straßenlaternen eingeworfen haben. Da habe ich geradezu aufgeatmet und mich mit gesteigertem Eifer in das „Kapital“ und den „Anti-Dühring“ verbissen. Ich wußte nun, daß die beiden Gelehrten des Sozialismus nicht nur trockene Bücherwürmer waren . . .

Allen denen, die viel besser, klüger und vorbildlicher sind als ich, und deshalb nach dem Genuß vorstehender Zeilen von obenher über mich urteilen werden, verzeihe ich im voraus. Was sie auf Erden entbehren, mag ihnen im Himmel alles gutgeschrieben werden. Sie mögen mir dann von ihrem Überfluß recht viel abgeben, damit wir alle wenigstens oben „nach vernunftgemäßen Bedürfnissen“ leben können. — —

* * *

Nach aufregender politischer Tätigkeit und bürokratischer Fronarbeit im Jahre 1914 hatte ich mein Edelweiß des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins an den Hut gesteckt — ich war lange Mitglied der Münchner Sektion Oberland —, um in den Bergen wieder einen Vorschuß auf die Seligkeit zu nehmen. Oftmals hatte ich in nächtlichen Stunden, wie an verbotenen Früchten naschend, in der Zeitschrift des Deutschen

und Österreichischen Alpenvereins geschwelgt und nach den alpinen Karten neue Touren ausgearbeitet. Von den Gipfeln des Monte Christallo und der Marmolata aus hatte ich bis dahin noch nicht in Gottes herrliche Welt jauchzen können, obwohl ich die Dolomiten im übrigen kreuz und quer durchstreift hatte. Ludwig Frank hatte 1913 die Marmolata bestiegen und mir davon allerlei erzählt. Ich war nicht mehr zu halten . . .

Nicht weit vom Pordojoch entfernt, auf dem Wege zum Bamberger Haus, stießen wir, meine Tochter Luise und ich, auf österreichische Alpentruppen, die Geländeübungen machten. Sie fuhren, Pickel oder Bergstöcke als Steuer benutzend, stehend in Sandreißer ab, hatten aber zahlreiche Unfälle, so daß wir sehr viel Blut sehen mußten. In den meisten Fällen handelte es sich um Kopfverletzungen. Viele noch ungeübte Soldaten stürzten beim Abfahren und schlugen mit den Köpfen auf. Als wir die Hütte am Fuße der Marmolata erreicht hatten, roch es dort, wie in einem Krankenhaus, nach Karbol, ein im Hochgebirge erfreulicherweise nicht allzu häufiges Parfüm.

Unsere Touren gelangen, vom besten Wetter begünstigt, ausgezeichnet. Ich überwand die Strapazen spielend, wie ich ja auch fünf Jahre später noch den Pic Palü von den Berninahäusern aus machen konnte, ohne mich überanstrengen zu müssen.

Da unsere Urlaubszeit bald abgelaufen war, wandten wir uns von Bozen aus über Innsbruck wieder nördlich, um an der bayerisch-tirolerischen Grenze in Mittenwald, das mir seit vielen Jahren eine Zufluchtsstätte aus der Unrast kämpfereicher Tage war, noch eine Woche lang ganz dem Naturgenuß und der Erholung zu leben.

Am 24. Juli kamen wir in Mittenwald an. Aus den

Ruhetagen wurde nichts. Wir konnten der Versuchung nicht widerstehen und bestiegen am 25. Juli die westliche Karwendelspitze, die wir schon in früheren Jahren, ebenso wie den Wörner, wiederholt bestiegen hatten.

Das war eine köstliche Gipfelrast unter dem hohen Kreuz in nahezu 2400 Meter Höhe! Fünf lange Jahre habe ich von der Erinnerung an diese Rast zehren müssen! Die Sicht war klar, so klar, daß die nächsten Tage schlechtes Wetter mit Naturnotwendigkeit bringen mußten. Wir sahen die wunderbare Bergwelt in wahrhaft majestätischer Schönheit. Alle die Großen im Reiche der Tiroler Berge, vor allem die Ötztaler und Stubai-er Dreitausender, leuchteten in prachtvoll feierlich-weißen Seidengewändern, von goldiger Sonne bestrahlt . . . Weit und breit kein Mensch zu sehen, Ruhe und tiefster Frieden umgaben uns. Ein Glücksgefühl sondergleichen.

In Mittenwald wieder angekommen, erhielt ich die Nachricht von dem Ultimatum der Österreicher an die Serben. „Das ist der Krieg; offenbar will man den Krieg!“ Ich stürzte auf die Straße und traf einen mir bekannten Direktor aus der Personalabteilung des Kriegsministeriums. Er war ganz sorglos, glaubte nicht an einen Krieg und versicherte scherzend, daß er „erst in der übernächsten Woche wieder anfangen werde zu regieren“.

Mich hätte keine Macht der Erde halten können. Ich telegraphierte nach Berlin, gab meiner Tochter die notwendigen Anweisungen, riet ihr, schleunigst nachzukommen, fuhr selbst aber sofort über München nach Berlin . . .

Wenige Tage später standen sich Millionen bis an die Zähne bewaffnet gegenüber. Das große Morden nahm seinen Anfang.

Elfter Abschnitt

KRITISCHE TAGE

Hals über Kopf war ich aus dem Gebirge nach Berlin zurückgekehrt. Überall, gleichviel wo immer man ein Wort zu hören bekam, es war „ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei.“ Es gab nur ein Gesprächsthema: „Krieg“. Die Anhänger des Krieges schienen in der großen Mehrheit zu sein. Waren die kampfbegeisterten Jünglinge, Männer und Greise von allen guten Geistern verlassen? Waren sie alle so vollkommen im Unklaren über das Furchtbare eines Krieges? Zum Frieden mahnende Stimmen vernahm ich, abgesehen von den wenigen demokratischen Zeitungen, eigentlich nur im Kreise meiner Parteifreunde. Dabei war die ungeheure Mehrheit des Volkes ganz zweifellos unbedingt gegen den Krieg.

„Unter den Linden“ fanden Demonstrationen von gewaltigen Ausmaßen statt. Schüler und Studenten waren zu Tausenden vertreten, aber auch alte Semester im Germanenbart, mit bronzenen Denkmünzen und eisernen Kreuzen von 1870/71 auf der Brust, waren in großen Haufen erschienen. Treitschke und Bernhardt, ganz zu schweigen von den nationalliberal-alldeutschen Bierbankhelden, schienen sich tausendfach vermehrt zu haben. Der patriotische Lärm wirkte betäubend und putschte die kriegerischen Hetzer immer mehr auf. „Es braust ein Ruf wie Donnerhall!“ Heill! „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!“ Hurra! „Heil Dir im Siegerkranz!“ Hoch! Hoch! — — —

Die von den Berliner Sozialdemokraten sofort veranstalteten Gegendemonstrationen waren wuchtig und sicherlich disziplinierter als die Patriotenzüge, konnten den Lärm der Kriegswütigen jedoch nicht übertrumpfen. „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet, zu unsrer

Fahne steh' zu Hauf" Es lebe der Frieden! „Auf Sozialisten schließt die Reihen“ — Die sozialistische Internationale Hoch! — Zeitweilig wurden die Patrioten durch die Proletariermassen zur Ruhe gezwungen, dann aber waren sie wieder obenauf. Dieser Sängerkrieg „Unter den Linden“ setzte sich tagelang fort.

„Die Stunde haben wir ersehnt, unsere Freunde wissen es!“ so jubelten die Alldeutschen Blätter, die seit Jahren im Blutrausch zum Kriege gehetzt hatten. Die von dem freikonservativen Führer und Großindustriellen v. Stumm ausgehaltene „Post“ hatte schon 1910 bei der 40jährigen Gedächtnisfeier des Siebziger Krieges durch alle Spalten gestöhnt: „Vierzig weitere Friedensjahre wären ein nationales Unglück für Deutschland“. Jetzt sahen diese Hetzer ihre Blutsaaten reifen. Vielleicht hat auch in den Köpfen vieler, die damals berufen waren, alle Mittel zur Erhaltung des Friedens in Anwendung zu bringen, das Bernhardische Wort Unheil angerichtet, „daß die Erhaltung des Friedens niemals der Zweck der Politik sein kann und darf.“ Diese Worte haben eine verteilte Ähnlichkeit mit der geheimen Instruktion, die Baron von Holstein der deutschen Delegation zur ersten Haager Friedenskonferenz gegeben hat:

„Für den Staat gibt es keinen höheren Zweck als die Wahrung seiner Interessen; diese werden bei Großmächten nicht notwendig identisch sein mit der Erhaltung des Friedens, sondern viel eher mit der Vergewaltigung des Feindes und Konkurrenten.“

Der Vorstand der SPD. wollte jedenfalls tun, was in seinen Kräften stand, um dem drohenden Unheil entgegenzuwirken. Zum 28. Juli berief er telegraphisch eine gemeinsame Sitzung mit der Kontrollkommission ein, deren Mitglieder in allen Teilen des Reiches wohnten. Während der Parteivorstand von der K. K.

sonst immer, wie wir unter uns spöttisch zu sagen pflegten, „scharf verhört“ wurde, kamen wir in dieser Sitzung sehr gut weg. Wir waren sprachlos, als unsere Tätigkeit sogar gelobt wurde. Dergleichen hatte noch keiner erlebt.

Freilich ganz ohne Tadel ging es übrigens auch in dieser Sitzung nicht ab. Ein Mitglied der K. K. rügte, daß in so kriegerischer Zeit „der Genosse Ebert, einer der Parteivorsitzenden, nicht einmal aus seinem Urlaub zurückgekehrt sei. Das wird in Leipzig peinlich berühren und darf nicht wieder vorkommen.“

Am 28. und 29. Juli 1914 tagte das Internationale Sozialistische Büro in Brüssel. Zu den Teilnehmern gehörten u. a. Jaurès (Frankreich), Troelstra (Holland), Vandervelde (Belgien), Keir Hardie (England), Margorie (Italien), Haase u. a. Das Büro nahm energisch Stellung gegen den drohenden Krieg und forderte die Arbeiterschaft aller Länder zu Demonstrationen auf.

Für den Monat September 1914 war ein Internationaler Sozialistenkongreß in Wien und im Anschluß daran ein Sozialdemokratischer Parteitag in Würzburg geplant. Beide Kongresse wurden durch den Krieg vereitelt.

Bethmann Hollweg hatte durch einen seiner Büchsenspanner, den Unterstaatssekretär Wahnschaffe, einen seinem Herrn treu ergebenen, klugen und rechtschaffenen Mann, uns bitten lassen, unsere Presse zur Vorsicht zu mahnen, denn wenn es zum Kriege kommen sollte, müsse natürlich der Belagerungszustand verhängt werden, der für die Presse allerlei Gefahren mit sich bringe. —

Innerhalb weniger Tage hatte der Parteivorstand einen Aufruf veröffentlicht, ein Rundschreiben an die Presse geschickt und eine Extra-Ausgabe des „Vorwärts“ veranlaßt. Wir arbeiteten mit Hochdruck.

In einem schon am 25. Juli veröffentlichten Aufruf hatte der Parteivorstand gesagt:

„Noch dampfen die Äcker auf dem Balkan von dem Blute der zu Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen . . . Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber geopfert werden. Parteigenossen! Wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen . . .“

Am Nachmittag des 30. Juli, an dem wir im Parteivorstand unter dem Vorsitz Haases in meinem Zimmer eine Proklamation an die Partei fertigstellten, spielte sich eine bemerkenswerte Szene ab. Während wir Satz für Satz des Entwurfs durchnahmen, klingelte das Telephon. Ich nahm den Hörer und stellte fest, daß Genosse Stampfer, der damals eine von nahezu der gesamten Parteipresse benutzte Korrespondenz herausgab, in Stichworten einen Artikel über die Stellung der Partei zum Kriege zu skizzieren wünsche. Er habe über den Artikel mit Ströbel bereits heftig gestritten, ihn aber trotzdem soeben verschickt. Alle lauschten aufmerksam zu. Schon nach den ersten Sätzen sprang Haase erregt auf und protestierte gegen den Artikel Stampfers. Es gab eine hastige Aussprache, während der ich von einem Nebenzimmer aus weiter mit Stampfer telephonisch verhandelte. Schließlich mußte ich ihn im Auftrag der versammelten Vorstandsmitglieder der Partei und der Fraktion bitten, seinen Artikel telegraphisch zurückzuziehen, weil der Parteivorstand einen Aufruf formuliere, der durch den Artikel Stampfers erheblich tangiert werden dürfte. Stampfer war natürlich sehr ungehalten, denn er durfte

mit Recht annehmen, daß die meisten Mitglieder der genannten Vorstände sachlich mit seinem Artikel einverstanden seien; von mir wußte er das bestimmt. Trotzdem war die Parteileitung formell im Recht, denn in einem so kritischen Augenblick mußte sie zu verhüten suchen, daß ihren eigenen offiziellen Publikationen von dritter, parteioffiziell nicht verantwortlicher Seite, vorgegriffen wurde. Die vielen Dutzende Abruftelegramme verhinderten nicht, daß der Stampfersche Artikel in einigen Blättern am nächsten Tage abgedruckt wurde. Der Artikel zeigt die damalige Stimmung der Partei, nicht etwa nur die Stampfers, so klar und deutlich, daß ich ihn als wichtiges Parteidokument hier wiedergeben will:

Sein oder Nichtsein!

„Solange es die Möglichkeit gibt, den Frieden zu retten, gibt es nur eine Pflicht: für ihn zu arbeiten. In dem Augenblick aber, in dem das weltgeschichtliche Ringen beginnt — und wir wissen nicht, um wieviel Stunden wir von ihm noch getrennt sind — ändern sich auch die Aufgaben des deutschen klassenbewußten Proletariats.

Deutschland wird dann mit einem Bundesgenossen, der mit starker Heeresmacht auf einem anderen Kriegsschauplatz festgehalten ist, gegen zwei Fronten — vielleicht obendrein noch in der Nordsee gegen England — zu kämpfen haben. Das ist ein Krieg, gegen den der von 1870/71 ein Kinderspiel war.

Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes hat diesen Krieg nicht gewollt. Aber es gibt in ganz Deutschland keine Partei, keine Gruppe, und — wir glauben — keinen Menschen, der in diesem Kriege eine Niederlage Deutschlands will.

Diese Niederlage wäre etwas Unausdenkbares, Ent-

setzliches. Ist schon ein Krieg an sich der Schrecken aller Schrecken, so wird das Furchtbare dieses Krieges noch durch den Umstand vermehrt, daß er nicht nur unter zivilisierten Nationen geführt wird. Wir haben das Vertrauen zu unseren Klassen- und Volksgenossen in Uniform, daß sie sich von aller überflüssigen Grausamkeit fernhalten werden. Wir können dieses Vertrauen nicht haben zu den bunt gemengten Völkerschaften des Zaren, und wir wollen nicht, daß unsere Frauen und Kinder Opfer kosakischer Bestialitäten werden.

Wir müssen noch ein Ferneres bedenken. Die geographische Lage zwingt Deutschland und Österreich nach drei oder vier Seiten nach außen zu kämpfen. Die Verbündeten können nicht mit ihrer ganzen Macht nach einem Punkte hinwirken, und darum werden sie auch im Falle eines Sieges nicht mit jenem Übermut des Siegers auftreten können, der jetzt im voraus aus den unverantwortlichen Äußerungen gewisser Zeitungen spricht. Die Gegner aber streben dann mit all ihren Kräften konzentrisch dem Mittelpunkt des deutsch-österreichischen Länderblockes zu. Deutschland-Österreich können den Gegnern kaum eine so vollkommene Niederlage beibringen, wie es die Niederlage Deutschlands wäre, wenn die Gegner von allen Seiten siegreich eindringen.

Niederlage wäre gleichbedeutend mit Zusammenbruch, Vernichtung und namenlosem Elend für uns alle. Und unser aller Gedanken bäumen sich gegen diese Möglichkeit auf. Unsere Vertreter im Reichstag haben es unzählige Male für eine Verleumdung erklärt, daß die Sozialdemokraten ihr Land im Augenblick der Gefahr im Stiche lassen könnten. Wenn die verhängnisvolle

Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die „vaterlandslosen Gesellen“ werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen. Unsere Fraktion steht bei der Frage der Bewilligung der Kriegskredite vor einer furchtbaren verantwortungsvollen Entscheidung, die ihr durch keine Diskussion erschwert werden darf. Man wird sich vielmehr begnügen müssen, jede Entscheidung, die sie treffen kann, zu begreifen. Wer sie kennt, der weiß, daß ihr nichts fernerliegt, als den Krieg gutzuheißen, für seinen Ausbruch auch nur das kleinste Stückchen Verantwortung zu übernehmen und die Bande der Internationalität zu zerreißen, die nach dem Kriege wirksamer als je in Erscheinung treten werden. Wer sie kennt, weiß aber auch, daß die Ablehnung der Verantwortung für den Krieg keineswegs die Ablehnung der Verteidigung bedeutet, die für uns alle im Augenblick des Kriegsausbruchs zur unerbittlichen Lebenspflicht geworden ist. Selbstverständlich ist, daß die Fraktion in vollständiger Geschlossenheit auf den Plan treten wird.

Wir fordern aber auch von unsern innerpolitischen Gegnern, daß sie den tiefen sittlichen Ernst achten, mit dem unsere Fraktion an ihre schwere Aufgabe herangeht. Wer zu behaupten wagt, daß die Abstimmung der Fraktion den Sinn haben könnte, für die Sozialdemokratie die Pflicht der Landesverteidigung zu negieren, der spricht die Unwahrheit. Nochmals: es besteht kein Zweifel, daß die Sozialdemokraten diese Pflicht anerkennen und sie gewissenhaft erfüllen werden.

Unser Herz weiß nichts von Begeisterung für einen Krieg. Es ist erfüllt mit tiefem Abscheu vor dem

Krieg. Aber wenn kein Opfer mehr hilft, um das Verhängnis aufzuhalten, wenn wir uns dann der namenlosen Schändlichkeiten erinnern, die der Zarismus an seinen eigenen Volksgenossen verübt hat, wenn wir uns weiter vorstellen, die Schergen dieser barbarischen Gewalt könnten als trunkene Sieger unser Land betreten, dann dringt ein Schrei über unsere Lippen: Nur das nicht!

Jenseits aller Greuel der Verwüstung steigt uns ein anderes, freundlicheres Bild auf. Ein freies, deutsches Volk, das sich sein Vaterland eroberte, indem es dieses sein Land verteidigte. Dieses freie deutsche Volk nach billigen Friedensbedingungen im Bunde mit den großen Kulturvölkern des Westens. Unsere große Sache allüberall im Vordringen. Drüben aber im Osten die rauchenden Trümmer eines Zarenthrons."

* * *

Gleichzeitig mit diesem nur in wenigen Zeitungen abgedruckten Artikel Stampfers erschien in der gesamten Parteipresse ein Aufruf des Parteivorstands, in dem es hieß:

„Unsere immer wiederholten Bemühungen um die Erhaltung des Friedens waren erfolglos. Die Verhältnisse, unter denen wir leben, erwiesen sich noch einmal stärker als unser und unserer Arbeitsbrüder Willen. So werden wir jetzt dem, was kommen muß, mit Festigkeit ins Auge sehen. Nicht mit fatalistischem Gleichmut werden wir die kommenden Ereignisse durchleben. Wir werden unserer Sache treubleiben und fest zusammenhalten, getragen von der erhabenen Größe unserer Kulturmission. Die Frauen insbesondere, die die Ereignisse doppelt und dreifach treffen, haben

in diesen ernsten Zeiten die Aufgabe, im Geiste des Sozialismus zu wirken, damit eine Wiederholung dieses namenlosen Unglücks vermieden wird, damit dieser Krieg der letzte ist. Die strengen Vorschriften des Kriegsrechts treffen mit furchtbarer Härte die Arbeiterbewegung. Unbesonnenheit, nutzlose und falsch verstandene Opfer schädigen in diesem Augenblicke nicht nur den einzelnen, sondern unsere Sache.“

Die Parteileitung mußte sich selbstverständlich mit größerer Zurückhaltung äußern als Stampfer, weil die Fraktion noch nicht versammelt und ein Beschluß noch nicht gefaßt worden war.

* * *

Ebert verlebte seit einigen Wochen seinen Urlaub auf der Insel Rügen. Er konnte und wollte offenbar an den furchtbaren Ernst der Situation nicht glauben. In einem vom 27. Juli datierten Briefe an den Parteivorstand schrieb er, daß man „Basel“ — das hieß: den letzten Internationalen Sozialisten-Kongreß — nicht wiederholen könne. Dagegen schien ihm eine Kundgebung des Internationalen Sozialistischen Büros zweckmäßig. Daß die Mitglieder des ISB. bereits auf dem Wege nach Brüssel waren, wußte er nicht. „Ich bitte Euch sehr, mich schnell zu informieren. Selbstverständlich bin ich gern bereit, sofort zurückzukehren. Wir sind hier ja gut aufgehoben. Bei dieser Situation kommt man aber, wie gesagt, doch nicht zur Ruhe.“

Pfarrer Felden berichtet in seinem Ebertbuch über eine Unterhaltung zwischen Ebert und seiner Frau, aus der einwandfrei hervorgeht, daß Ebert, als einziger von allen seinen Kollegen, nicht nach Berlin zurückkehrte, weil er den Ausbruch eines Krieges für unmöglich hielt. „Das Ultimatum ist nur ein Schreck-

schuß!“ — „Im Parteivorstand sind sie anderer Ansicht.“ — „In Berlin sehen sie zu schwarz. Das habe ich ihnen auch auf ihren letzten Brief geantwortet, in dem sie meine Rückkehr erbitten...“ Frau Ebert bleibt im Zweifel, er ist seiner Sache gewiß: „Es ist ja Unsinn, es gibt keinen Krieg.“

Die Familie Ebert hatte einen Spaziergang gemacht; „als sie in ihr Logis kamen, fanden sie ein Telegramm des Parteivorstandes vor, das dringend des Vorsitzenden Rückkehr verlangte. Ebert lebte in einer Aufregung, wie sie die Seinen noch nicht erlebt hatten. . .“ — —

DIE HETZE DES „LOKAL-ANZEIGERS“

Am 30. Juli erschien das verlogene Extrablatt des „Berliner Lokal-Anzeigers“, durch das ein fait accompli geschaffen, der Funke ins Pulverfaß geschleudert werden sollte. Das Extrablatt hatte folgenden Wortlaut:

„Mobilmachung in Deutschland.“

Die Entscheidung ist gefallen, gefallen in dem Sinne, wie es nach den Nachrichten der letzten Stunden erwartet werden mußte: Wie wir erfahren, hat Kaiser Wilhelm soeben die sofortige Mobilisierung des deutschen Heeres und der deutschen Flotte angeordnet.

Der Schritt Deutschlands ist die notgedrungene Antwort auf die drohenden kriegerischen Vorbereitungen Rußlands, die sich nach Lage der Dinge gegen uns nicht minder wie gegen unsern Bundesgenossen Österreich-Ungarn richten.“

Selbstverständlich wurde der Inhalt dieses Blattes sofort in alle Welt telegraphiert. Er richtete unab-

meßbares Unheil an, war doch der „Lokalanzeiger“, wie aller Welt hundertmal verkündet worden war, „das einzige deutsche Blatt, das der Kaiser unzerschnitten liest“. Der Zweck der Hintermänner des „Lokalanzeigers“ war erreicht, wenngleich sie am Nachmittag desselben Tages gezwungen worden waren, folgende, nunmehr wirklich bedeutungslose Richtigstellung zu veröffentlichen:

„Durch einen groben Unfug sind heute mittag Extrablätter des „Berliner Lokalanzeigers“ verbreitet worden mit der Meldung, daß Deutschland die Mobilmachung des Heeres und der Flotte angeordnet habe. Wir stellen fest, daß diese Meldung unrichtig ist.“

Wenige Stunden nach dem Erscheinen des Extrablattes reisten Ebert, der in der Nacht zuvor nach Berlin gekommen war, und Otto Braun, der Hauptkassierer unserer Partei, nach Zürich. Diese Reise, die später vollkommen in Vergessenheit geraten, oder oft mit anderen Reisen Eberts nach der Schweiz verwechselt worden ist, hat sich bald als überflüssige Vorsichtsmaßnahme erwiesen. Zu den törichten Vorbereitungen der Behörden für den Fall eines Krieges gehörte auch, wie wir wußten, die Inhaftnahme des Vorstandes der SPD. und anderer „verdächtiger“ oder mißliebiger Personen. Da der Kaiser vom Ausbruch des Krieges an „nur noch Deutsche“ kannte, wurde aus der Inhaftnahme der vaterlandslosen Gesellen nichts. Daß wir die Partei nicht völlig köpfen lassen wollten und deshalb zwei unserer Genossen in die Schweiz schickten, wird jeder Politiker als eine Selbstverständlichkeit ansehen müssen.

Übrigens war es kein anderer, als der damals recht kriegslüsterne Zentrumsabgeordnete Erzberger, der zur Verhaftung sozialdemokratischer Redakteure ermunterte. In den letzten Julitagen des Jahres 1914 veröffentlichte er im „Tag“ einen Artikel, in dem es hieß:

„Das führende Blatt der deutschen Sozialdemokratie knüpft in der Nummer vom Samstag verblühte Drohungen an die kriegerischen Möglichkeiten des Wien-Belgrader Konflikts. In den Zeiten des Friedens braucht man solche nicht allzu tragisch zu nehmen, obwohl sie in manchen sprudelnden Köpfen viel Unheil anrichten können. Kommt es aber zu dem ernstesten Gange, wie das rote Blatt annimmt, dann gibt es nur einen „Willen des deutschen Volkes“, solchen gefährlichen Treibereien im Innern auf dem schnellsten Wege den Garaus zu machen und das auszuführen, was ein Kommandierender General vor einigen Jahren für solche Fälle klugerweise angeordnet hat. Revolutionierende Genossen in der Presse brauchen dann nicht um ihr Leben und ihre Gesundheit zu fürchten, wenn man sie sicher aufbewahrt. Das Verhalten der sozialdemokratischen Presse in diesen Tagen rechtfertigt die Vorbereitung von Maßnahmen der Schutzhaft; aber hoffentlich sind sie nicht notwendig, weil der originelle Dreibund sich in europäisches Wohlgefallen auflösen wird.“

Die „Münchener Post“, die damals von dem späteren deutschen Gesandten in der Schweiz, Dr. Adolf Müller, redigiert wurde, hing den Erzbergerschen Artikel niedriger unter der Spitzmarke: „Ein schwarzer Desperado.“

Aus den weiter oben angeführten Tatsachen, die

bereits 1921 öffentlich festgestellt worden sind, geht hervor, daß Ebert, abgesehen von der Sitzung am 30. Juli, in der seine Reise nach der Schweiz beschlossen worden ist, an keiner der Verhandlungen unmittelbar vor dem Kriege, weder im Parteivorstand, noch in der Reichstagsfraktion, teilgenommen hat. Es ist im Interesse einer objektiven Geschichtsschreibung, die freilich erst nach Jahrzehnten möglich sein wird, notwendig, das festzustellen, weil nach dem Tode Eberts zahlreiche unrichtige Behauptungen aufgestellt worden sind über seine Wirksamkeit gerade in den kritischen Julitagen 1914. Für Handlungen und Beschlüsse, an denen er nicht teilgenommen hat, kann er selbstverständlich auch nicht verantwortlich gemacht werden.

Am 31. Juli 1914 fand eine Sitzung des Parteivorstandes in Gemeinschaft mit dem Fraktionsvorstand statt, in der Haase und Ledebour Stimmung zu machen suchten für die Ablehnung der Kriegskredite. Ich wandte mich gegen jegliche Festlegung. Auf jeden Fall wollte ich mit den engeren Freunden, deren Einstellung ich genau zu kennen glaubte, sprechen, bevor die Fraktion zusammentrat. Der einzige positive Beschluß dieser Sitzung war der, Hermann Müller sofort über Brüssel nach Paris zu schicken, um dort Rücksprache zu nehmen mit den französischen Genossen. Es schien uns von äußerster Wichtigkeit, eine einheitliche Taktik mit den französischen Genossen zu vereinbaren. Es hätte zweifellos einen großen Eindruck in der ganzen Welt gemacht, wenn im Reichstag und in der Deputiertenkammer gleichlautende Erklärungen hätten abgegeben werden können.

Müller reiste noch am gleichen Tage ab, obwohl mittags schon der „drohende Kriegszustand“ erklärt worden war. Am nächsten Morgen, dem 1. August,

lief die Nachricht von der Ermordung unseres Freundes Jean Jaurès ein. Wir alle waren von der entsetzlichen Kunde geradezu betäubt. Den Auftrag, ein Beileidstelegramm abzufassen, konnte ich nur mit Mühe ausführen. Ich telegraphierte an die „Humanité“ in Paris: „Tief erschüttert vernehmen wir die entsetzliche Botschaft, daß Euer, daß unser aller Jaurès nicht mehr unter den Lebenden ist. Kein schwererer Verlust konnte Euch, konnte uns alle in dieser ernstesten Zeit treffen. Das deutsche Proletariat neigt sich vor dem Genius dieses großen Vorkämpfers und beklagt es aus tiefstem Herzen, daß gerade jetzt der Mann nicht mehr auf dem Platze sein kann, der sein Leben lang gekämpft hat für die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Sein Wirken wird unvergänglich sein in der Geschichte des internationalen Sozialismus und der menschlichen Kultur.“

Wie wir nach dem Kriege erfahren haben, ist das Telegramm niemals in Paris angekommen. Am Abend dieses schwarzen Tages wurde die ungeheure Spannung, die Millionen und Abermillionen, gleichviel, ob sie kriegerischer oder friedlicher Gesinnung waren, kaum noch zur Selbstbesinnung kommen ließ, gelöst: Mobilmachung! Das war eine grausame Klarheit, die von allen Zweifeln freimachte: nun würde das große Morden seinen Anfang nehmen.

FÜR ODER GEGEN DIE KRIEGSKREDITE

Am 2. August tagten die Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion gemeinsam im Sitzungssaale der Parteileitung. Am 4. August sollte der Reichstag zusammentreten, um die ersten Kriegskredite zu bewilligen; das war uns offiziell mitgeteilt worden. Haase und Ledebour befürworteten die Ablehnung der Kredite, alle anderen sprachen für die

Bewilligung. An eine Einigung war nicht zu denken, ebensowenig an Stimmenthaltung, denn eine politische Partei von unserer Stärke kann sich in der kritischsten Stunde des Vaterlandes nicht der Stimme enthalten. In dieser Stunde empfand ich mehr als jemals zuvor das Fehlen Bebels, der immer Sinn für die Wirklichkeit hatte. Haase versagte als Parteiführer nach meinem Gefühl in geradezu unverständlicher Weise. Der kluge Fischer wurde so aufgeregt, daß er während seiner Rede einen Nervenschock bekam und zu weinen begann. Haase und Ledebour waren nicht zu überzeugen, ich hatte nachher aber doch den Eindruck, als ob sie froh gewesen wären, in der Minderheit geblieben zu sein. Es wurde verabredet, abends um 9 Uhr in der Vorwärtsredaktion wieder zusammenzukommen und dann die beiderseits zu formulierenden Erklärungen für ein Ja und ein Nein zu beraten. Wir wollten wenigstens, gleichviel wer die Mehrheit in der Fraktion bekommen würde, von beiden Seiten einzuwirken versuchen auf den Wortlaut der abzugebenden Erklärung. Um 5 Uhr nachmittags kamen David, Fischer, Molkenbuhr, Schöpflin, Wels, Südekum und ich in dem Garten Goehres in Zehendorf zusammen und formulierten dort nach stundenlanger Beratung eine Erklärung. Abends 9 Uhr erneuter Kampf im „Vorwärts“ mit Haase und Ledebour. Von diesen hatte keiner eine Erklärung im Wortlaut, aber jeder hatte eine unfertige Skizze.

Wir gingen erst gegen Mitternacht auseinander. Ich verbrachte eine schlaflose Nacht. Wird es gelingen, die Mehrheit der Fraktion für Ja zu gewinnen oder nicht? In meiner Wohnung war im Laufe des Tages eine Einladung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg eingelaufen zu einer Besprechung am 3. August vormittags 12 Uhr.

Am 3. August trat die Fraktion vormittags 10 Uhr zusammen, nahm einige Berichte entgegen, vertagte sich dann aber, bis Haase und ich von der Besprechung beim Reichskanzler zurückgekehrt sein würden. An der Besprechung nahmen u. a. teil: Der Reichskanzler Bethmann Hollweg, Staatssekretär Delbrück, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, der Chef der Reichskanzlei, sowie die Abgeordneten v. Westarp, Spahn, Erzberger, Blankenhorn, Prinz Schönaich-Carolath, Kaempf, Wiemer, Fischbeck, Schultz-Bromberg, von Morawski, Scheele, Haase und ich. Wir sprachen zunächst in zwangloser Weise, ohne Platz zu nehmen, über die Vorlagen, die in Verbindung mit der Kreditvorlage angenommen werden sollten. Der Reichskanzler hielt uns dann die Rede, die er am nächsten Tage im Reichstage vortrug; hier und da flocht er mehr oder weniger vertrauliche Bemerkungen ein. Je näher er zum Schluß kam, um so bewegter wurde er; er wußte vor Aufregung nicht, wo er mit den langen Armen hin sollte. Zeitweilig schlug er mit beiden Fäusten auf den Tisch. Geradezu tonlos war seine Stimme geworden, als er sagte: „Mein Gewissen ist rein!“

Kaempf dankte dem Kanzler für die Mitteilungen, und Bethmann Hollweg bat, sich sofort entfernen zu dürfen, da ihn viel Arbeit erwarte. Delbrück wurde dann interpelliert wegen der Haltung Italiens, darüber habe Bethmann Hollweg nichts gesagt. Der gut unterrichtete Mann stellte sich unwissend. Unbefriedigt ging man über Italien zur Tagesordnung über und besprach die zweckmäßigste Behandlung der Gesetzentwürfe im Plenum des Reichstags. Da die Herren so taten, als ob die einstimmige Annahme aller Vorlagen, also auch der Kreditvorlage, absolut sicher sei, machten Haase und ich darauf aufmerksam, daß unsere Fraktion noch nicht endgültig beschlossen habe. Haase hatte durch

die ganze Tonart, in der er sich an der Aussprache beteiligte, bei keinem Menschen den Gedanken aufkommen lassen, daß er nicht für eine Annahme der Kredite sei. Das empörte mich geradezu, weil er bis in die letzte Minute hinein, bevor wir ins Reichskanzlerpalais gingen, alle Minen hatte springen lassen, um sein Nein durchzusetzen. Auf dem Wege vom Palais zum Restaurant „Zollernhof“, wo wir gemeinsam speisten, habe ich ihm das auch gesagt. Er antwortete: „Ich habe immer hervorgehoben, daß die Fraktion einen Beschluß noch nicht gefaßt hat.“ Das Verhalten Haases, ganz abgesehen von seiner prinzipiellen Stellungnahme, war mir überaus unsympathisch.

Es war dann noch vereinbart worden, daß Kaempf nach der Rede des Reichskanzlers kurz sprechen und die erfreuliche Tatsache betonen sollte, daß die Kredite einstimmig Annahme gefunden hätten. Selbst die Abgeordneten, die grundsätzlich Gegner des Krieges sind, hätten zugestimmt. Haase schluckte das, während ich noch einmal ausdrücklich auf die noch ausstehende Entscheidung der Fraktion verwies und den Präsidenten Kaempf bat, den Wortlaut seiner Erklärung je nach unserer Fraktionsentschließung mit uns zu vereinbaren. Damit waren alle einverstanden.

Dem Wunsche, daß nach Kaempf niemand das Wort nehmen möge, widersprachen wir, denn unsere Entscheidung, gleichviel wie sie ausfallen möge, mußten wir unter allen Umständen begründen. Nach längerer Debatte einigten wir uns schließlich auf dieser Grundlage: Der Wortlaut unserer Erklärung sollte den übrigen Parteiführern bis abends 9 Uhr übermittelt werden, damit sie Gegenerklärungen formulieren könnten. Haase gab hierzu das feierliche Versprechen ab, daß dazu auf keinen Fall Veranlassung gegeben werden solle. Unter gar keinen Umständen werde unsere Er-

klärung irgendeine Partei angreifen, sondern wahrscheinlich ganz allgemein die Verantwortung für die Politik ablehnen, die unseres Erachtens zum Kriege geführt habe. In der Form werde sie, dem Augenblick angemessen, würdig sein.

MÜLLERS BERICHT AUS PARIS

Die Fraktion trat nach Tisch sofort unter meinem Vorsitz zusammen. Die Aussprache war mitunter äußerst heftig. Im Laufe der Verhandlungen traf Müller aus Paris ein. Von der Kriegserklärung überrascht, hatte er nur mit großer Mühe wieder über die deutsch-französische Grenze zurückkommen können. Er berichtete u. a. wie folgt: Er sei von den französischen Genossen freundlich und liebenswürdig, wie immer, empfangen worden, zu einer Verständigung sei es leider nicht gekommen. Pierre Renaudel hätte in der Sitzung den Standpunkt der französischen Genossen wohl am klarsten gekennzeichnet:

„Die Lage der französischen und der deutschen Sozialdemokratie sei nicht ganz dieselbe. Die französischen Sozialisten würden von ihrer Regierung über die diplomatischen Vorgänge völlig auf dem laufenden gehalten, in Deutschland sei das nicht der Fall. Wenn Frankreich, dessen Volk und dessen Regierung den Frieden wolle, von Deutschland angegriffen werden sollte, so müßten die französischen Genossen für das Kriegsbudget stimmen, weil dann dem angegriffenen Frankreich die Mittel zu seiner Verteidigung gewährt werden müßten. In einer solchen Situation könnten sich die französischen Genossen nicht der Stimme enthalten. Die deutschen Genossen wären, wenn Deutschland der Angreifer wäre, in einer anderen Lage. Sie

könnten deshalb eventuell gegen die Kriegskredite stimmen.“

Nachdem dann ein anderer der französischen Genossen geschildert habe, daß Deutschland allgemein als der Schuldige am Ausbruch des Krieges angesehen werde, hätte er, Müller, geantwortet:

„Die deutschen Sozialisten seien gewohnt, ihrer Regierung in schärfster Weise die Wahrheit zu sagen. Wir hätten in der letzten Zeit noch in aller Öffentlichkeit unserer Regierung die heftigsten Vorwürfe gemacht, weil sie vor Absendung des österreichischen Ultimatums an Serbien sich nicht genügend um diese auch Deutschland berührende Frage gekümmert habe. Aber das sei eine Sache, die jetzt nicht mehr zu ändern sei, und nun stehe es so, daß die größte Gefahr von Petersburg drohe . . . Aber allgemein und bis weit in die Kreise der Partei hinein sei man in Deutschland der Auffassung, daß Rußland die Schuld treffen würde, wenn es jetzt zum Weltkrieg käme, und daß Frankreich in der Lage sei, den Weltkrieg zu verhindern, wenn es in Petersburg einen genügenden Druck für Aufrechterhaltung des Friedens ausüben würde.“

Es ist im Verlauf der Aussprache mit den französischen Sozialisten unserem Freunde Hermann Müller sehr bald klar geworden, daß die Franzosen für die Kriegskredite stimmen würden. Von gleichlautenden Erklärungen der Parteigenossen im Reichstag und in der Deputiertenkammer konnte also keine Rede mehr sein.

Nach dem Bericht Müllers setzte die Reichstagsfraktion die Diskussion über die Kriegskredite fort. Das Ergebnis war, daß nur 14 Abgeordnete gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmten. Daß einige Kollegen sich der Abstimmung enthalten haben sollen, wie später behauptet wurde, ist durchaus unglaubwürdig.

Zwölfter Abschnitt

IN DER STUNDE DER NOT

Von den Abgeordneten, die für die Bewilligung der Kriegskredite in der Fraktion gesprochen hatten, war auf die Auslassungen von Lassalle, Engels, Bebel und vielen anderen, die die Pflicht der Landesverteidigung vertreten hatten, hingewiesen worden. Obwohl Haase, Cohn, Liebknecht, Herzfeld, Ledebour und Lensch (vor dem Kriege Chefredakteur der hyperradikalen „Leipziger Volkszeitung“, nach dem Kriege Chefredakteur der übernationalen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“) heftig dagegen angekämpft hatten, wurde schließlich doch der erwähnte Beschluß gefaßt. Die Argumente der Gegner wirkten zumeist kläglich. Am leidlichsten war noch Haase, lächerlich wirkte Herzfeld.

Der Beschluß der Fraktion entsprach nicht nur der Situation, sondern machte wahr, was im Einverständnis mit der Fraktion auch von mir am 9. Dezember 1910 in einer Reichstagsrede gesagt worden war: „daß wir Sozialdemokraten bekanntlich im Gegensatz zu den verlogenen Behauptungen gewissenloser und verächtlicher Gegner durchaus für die Verteidigung des Vaterlandes sind.“ In der gleichen Rede war ich übrigens, um das nebenbei zu erwähnen, auch eingetreten für einen Völkerbund, der alles tun müsse, um besonders die drei großen Kulturnationen, England, Frankreich und Deutschland, zusammenzubringen und dadurch jeden Gedanken an kriegerische Verwicklungen ein für allemal unmöglich zu machen.

Einige Kollegen, darunter David und Wels, wurden beauftragt, die im Reichstag am 4. August abzugebende Erklärung abzufassen. An dem Entwurf wurde in der Fraktion noch dies und jenes bemängelt, abgesehen

von kleinen stilistischen Änderungen blieb er aber unverändert. Hier ist der offizielle Wortlaut nach dem amtlichen Stenogramm des Reichstages:

„Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu; wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich in innigem Einvernehmen mit den französischen Brüdern, für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir uns heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hingeben müssen, an die Frauen und die Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, und denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu diesen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr

Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes. Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.

Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.“

* * *

In der Sitzung der Fraktion am Vormittag des 4. August, in der der Wortlaut der Erklärung gutgeheißen worden war, hatte noch ein kurzer, aber überaus heftiger Kampf darüber stattgefunden, wer

die Erklärung im Plenum abgeben sollte. Da man später dem ernsthaftesten Gegner der Erklärung, dem Abgeordneten Haase, oft Vorwürfe gemacht hat, weil gerade er sich bereit gefunden habe, die Erklärung im Reichstag zu verlesen, soll hier zu seiner Rechtfertigung folgendes festgestellt werden: Als die Debatte geschlossen war, fragte Stolten, wer die Erklärung abgeben werde. Ich stellte fest, daß auf speziellen Wunsch Haases im Einverständnis mit dem Fraktionsvorstand die Erklärung von mir abgegeben werden solle. Alle Gesinnungsgenossen Haases sprangen auf und schrien, geführt von Dittmann, daß Haase die Erklärung abgeben müsse. Dieser lehnte aber entschieden ab. Das könne man ihm nicht zumuten. Neues Geschrei. Ich stellte fest, daß ich mich zu der Verlesung weder gedrängt, noch auch nur gemeldet hätte, nun aber doch betonen müsse, daß es nicht, wie in der Debatte gesagt worden sei, einen ersten und einen zweiten Vorsitzenden der Fraktion gäbe, sondern nur gleichberechtigte Vorsitzende. Hoch tobte und schrie immer wieder in den Saal hinein: „Haase ist aber gleichzeitig Vorsitzender der Partei!“ Oskar Cohn brach sich eine Gasse durch den Saal zum Vorstandstisch und übergab Haase einen Zettel, auf dem geschrieben stand: „Im Auftrage meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben.“ Viele schrien wild durcheinander: „Haase muß! Haase muß!“ Ich klingelte die Aufgeregten zur Besinnung und sagte, daß ich abstimmen lassen würde. „Wenn wir Haase einstimmig auffordern, daß er die Erklärung verliest, wird er sich wohl fügen.“ Ich selbst stimmte für Haase und „konstatierte“, daß „soweit ich sehe (ich sah allerdings absichtlich nicht sehr weit und nicht sehr genau!) einstimmig verlangt wird, daß Haase die Erklärung verliest.“ Haase erklärte sich jetzt bereit zur

Verlesung. Herzfeld, Dittmann, Hoch und Davidsohn jubelten. Haase stellte vor dem Auseinandergehen der Fraktion noch in Aussicht, daß er im Herbst Konsequenzen ziehen werde.

Als bemerkenswert soll noch die Tatsache festgestellt werden, daß am 4. August 1914 zwei Reichstagsitzungen stattgefunden haben. In der ersten, die um 3 Uhr begann, hielt Bethmann Hollweg seine Rede, in der er auch über den Einmarsch in Belgien sprach. Das Haus vertagte sich dann für eine Stunde. In dieser Pause fand eine Fraktionssitzung statt, in der Ledebour nur deshalb erheblichen Lärm machte, weil auch einige sozialdemokratische Abgeordnete bei der Kanzlerrede Bravo! gerufen haben sollten. Solche Kleinigkeiten sind ihm niemals entgangen. Damals glaubten wir alle an den Überfall auf Deutschland, an die von den Franzosen vergifteten deutschen Brunnen und an die französischen Fliegerbomben, die schon über Nürnberg und Fürth abgeworfen sein sollten. Es hat sich damals um Zeitungsmeldungen gehandelt, die später ausnahmslos als Schwindel entlarvt worden sind. Ebenso waren wir überzeugt, daß alle in Betracht kommenden deutschen Stellen das Menschenmögliche getan hätten, den Krieg zu verhüten. Die Fraktion stimmte am 4. August im Plenum des Reichstages den geforderten Kriegskrediten einstimmig zu, selbst Karl Liebknecht hat mit „Ja“ gestimmt, obwohl es ihm niemand übelgenommen hätte, wenn er der Abstimmung unauffällig ferngeblieben wäre, wie das der Abgeordnete Kuhnert getan hat.

* * *

Um die Mittagszeit des 4. August waren übrigens Abgeordnete aller Parteien, außer der Sozialdemokratie, im Schloß zur Eröffnung des Reichstags durch

den Kaiser versammelt. Es wurde damals erzählt, man habe dem Kaiser fälschlich berichtet, alle Parteien seien vertreten. Darüber soll der Kaiser so glücklich gewesen sein, daß er auf einen Abgeordneten mit den Worten zustürzte: „Es freut mich besonders, daß auch Sie erschienen sind, Herr Scheidemann!“ Der Abgeordnete, den er irrtümlicherweise für den Sozialdemokraten gehalten hatte, war ein bekannter Bürgersmann, der — infolge eines Schnupfens, nicht etwa, weil er den Kognak liebte — eine ziemlich rote Nase hatte! So wie der Kaiser die Sozialdemokraten auf Grund der ihm gemachten Schilderungen sich wahrscheinlich vorgestellt hatte, war es ihm als selbstverständlich erschienen, daß unter hundertfünfzig bleichnasigen Menschen der der Sozialdemokrat sein mußte, der sich einer verdächtig roten Nase rühmen konnte.

Am Abend jenes denkwürdigen Tages hatten viele Freunde aus der Fraktion sich im Garten des „Weihenstephan“ am Schöneberger Ufer zusammengefunden. Dort erhielten wir die Meldung von der Kriegserklärung Englands, dort sahen wir auch Ludwig Frank zum letzten Male. Ernster noch als alle anderen, war er, der lebhaft und geistreiche Plauderer, an diesem Abend vollkommen schweigsam. Ich begleitete ihn später nach seinem Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofs. Stumm schüttelten wir uns zum Abschied die Hände. Am nächsten Tage schon stellte er sich freiwillig zum Heeresdienst. Am 31. August ging er von Mannheim aus nach Frankreich, vier Tage später fiel er schon — ein Kopfschuß hatte das kostbare Leben eines guten Patrioten beendet und die Sozialdemokratische Partei um einen ihrer Besten beraubt.

Die Siegesbegeisterung der ersten Kriegswochen hatte auch weite Arbeiterkreise erfaßt. Ich erinnere mich eines Zahlabends im radikalen Steglitz, an dem

u. a. Konrad Haenisch und Daniel Stücklein teilnahmen. Dort wurde mit Entrüstung berichtet, daß selbst im Norden und Osten Berlins nach jedem Siegesbericht bis in die dritten und vierten Höfe hinein Fahnen ausgehängt worden seien. In den ersten Wochen schien militärisch ja auch alles glänzend zu gehen. Mit den Einfällen der Russen in Ostpreußen hatte man ganz allgemein gerechnet. Als jedoch Mitte August gemeldet wurde, daß bei Schirmeck die Franzosen uns Kanonen weggenommen hätten, ließen schon viele die Köpfe hängen. Es zeigte sich überhaupt sehr bald, daß gerade viele von den Kriegshetzern schon zusammenklappten, als sie zum ersten Male hörten, daß mancherlei Lebensmittel und Waren rationiert werden sollten.

SECHSTAUSEND KONFERENZEN!

Ebert war am Nachmittag des 6. August nach Berlin zurückgekehrt, Otto Braun folgte ihm am 10. August. Im Parteivorstand hatte es natürlich alle Hände voll zu tun gegeben. Wir gaben in Rundschreiben Fingerzeige an die Organisationen und die Presse. Im übrigen waren wir an zahllosen Verhandlungen mit den Staatssekretären und Geheimräten wegen Fragen der Zensur, der Ernährung und des Belagerungszustandes beteiligt, ebenso an Konferenzen hunderterlei Art. Dazu kamen die Besprechungen im Parteivorstand, solche mit den parteigenössischen Körperschaften, der Kontrollkommission und dem Parteiausschuß, den Gewerkschaften, später auch mit den Genossenschaften, dann Verhandlungen im Vorstand der Reichstagsfraktion und mit der Fraktion selbst, Besprechungen der Parteiführer, noch später regelmäßige Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuß, dazu kamen Sitzungen

der Ältesten, der Kommissionen und des Plenums, außerdem Sitzungen der Pressekommission des „Vorwärts“, Orts- und Bezirkskonferenzen usw.

Wenn wir die Dauer des Kriegs auf rund 1500 Tage und die Zahl der täglich abgehaltenen Besprechungen, Sitzungen und Konferenzen, deren es mehr als zehn an vielen Tagen gegeben hat, auf nur vier veranschlagen, dann ergibt sich daraus, daß jedes Mitglied des Parteivorstandes in den Kriegsjahren an ungefähr 6000 Besprechungen der verschiedensten Art beteiligt gewesen ist. Danach mag man die Albernheit der „rechten“ Advokaten bemessen, die in verschiedenen Prozessen bald dieses, bald jenes Mitglied der sozialdemokratischen Parteileitung viele Jahre nach dem Kriege gefragt haben: „Was haben Sie am soundsovielten Januar oder Juli anno Tobak in der und der Sitzung gehört und gesagt?“ Zur Verteidigung von Verleumdern, Fememördern und ihrer Helfer ist dagegen, wenn man sie, die vielleicht nur einen einzigen Gedanken im Leben gewälzt hatten, nach einfachen Vorgängen, die kaum ein, zwei oder längstens drei Jahre zurücklagen, fragen wollte, gesagt worden: „Wie kann man von einem Menschen verlangen, daß er sich nach so langer Zeit erinnere, ob er an einer Verabredung (zu einem Mord!!) teilgenommen hat?“

SOZIALDEMOKRATISCHE SENDBOTEN IM NEUTRALEN AUSLAND

Zu sehr schwierigen Aufgaben für sozialdemokratische Vertrauensleute kam es schon am Ende des ersten Kriegsmonats. Die Vorgänge in Belgien, besonders die Zerstörung von Löwen, hatte ungeahnte Wirkungen zur Folge. Am 21. August kam Eduard

Bernstein aufgeregt in den Parteivorstand mit einem Briefe des Genossen Vliegen in Amsterdam. „Vliegen ist entsetzt über die Greuelthaten des deutschen Heeres in Belgien. Er urteilt offenbar auf Grund irreführender Berichte“. Es wird vom Parteivorstand beschlossen, Südekum nach Mailand und mich nach Amsterdam zu schicken. Nach Stockholm schickten wir Wilhelm Janson, einen vollkommen deutschgewordenen Schweden, für diese Mission also besonders gut geeignet. Der eigentliche Zweck unserer Delegation war der, unsere Genossen der neutralen Länder zu bitten, unter allen Umständen ihre Presse neutral zu halten. Janson konnte nicht viel ausrichten, weil Branting, der Führer der schwedischen Sozialdemokraten und Chefredakteur des Stockholmer Parteiblattes, auf seiten der Entente stand. Südekum blieb längere Zeit vollkommen verschollen. Er kam eines Tages resultatlos nach Berlin zurück. Seine Berichte sind durch den Gang der Dinge später vollkommen bestätigt worden. In einer Sitzung des Parteivorstandes vom 7. Juli berichtete er: Seine Reise sei wenig erbaulich gewesen. Die dominierenden Genossen seien nach seiner Überzeugung durchweg Syndikalisten, die keine Ahnung von deutschen Verhältnissen haben. Es sei so halbwegs ein wenig Neutralität im „Avanti“ in Aussicht gestellt worden. Viel werde sich aber seiner Überzeugung nach nicht ändern, denn die Deutschenhetze hat, wie der Geschäftsführer des Blattes mit Stolz betont habe, es zuwege gebracht, daß die Auflage von 24 000 vor dem Kriege auf 70 000 gestiegen sei.

Mit dem Ergebnis meiner Mission in Holland war man allgemein zufrieden. Ich hatte allerdings auch mit sehr verständigen, uns befreundeten Genossen zu tun gehabt, kann also nicht von eigenen Verdiensten reden.

Anfänglich waren meine Verhandlungen deshalb

etwas kompliziert, weil ich mir die zur Debatte gestellten Zeitungsartikel und Erklärungen übersetzen lassen mußte. Nach drei Tagen konnte ich Holländisch fast wie Deutsch lesen.

Am 27. August hatte in der „Sparbank“ eine Sitzung stattgefunden, an der etwa 30 bis 35 Genossen teilnahmen, um meine Klagen und Bitten zu hören. Ich berichtete über einen die holländische Neutralität behandelnden Artikel im „Hamburger Echo“ über die Stellungnahme Vliemens in „Het Volk“, über den Brief Vliemens an Bernstein, und soweit ich wußte auch über die „Greuel“ und den Neutralitätsbruch an Belgien, schilderte das Verhalten und die Abstimmungen unserer Fraktion und bat die Genossen um objektive Beurteilung und strikte Neutralität gegenüber allen Mächten, also auch gegenüber Deutschland. Es entspann sich eine lange Debatte, in der vielfach der Neutralitätsbruch Belgien gegenüber hart verurteilt wurde. Das Ergebnis der Aussprache faßte Troelstra so zusammen: Neutrales Verhalten unsererseits ist selbstverständlich. Ebenso werden wir uns bemühen, die Objektivität unter allen Umständen zu wahren.

Durch Vermittlung des deutschen Generalkonsulats in Amsterdam berichtete ich täglich in chiffrierten Telegrammen an den Parteivorstand.

Am 30. August war ich unter den schwierigsten Umständen nach Berlin zurückgekehrt. Dort erfuhr ich, daß alle meine Depeschen viel zu spät vom Auswärtigen Amt übermittelt worden waren, daß Depeschen und Briefe an mich abgeschickt wurden, von denen mich nicht ein einziges Exemplar erreicht hatte. Leider! Ich hatte nämlich briefliche Weisung bekommen, eine weitere Mission zu übernehmen.

ALLERLEI BESUCH

Von den Besuchen, die der Parteivorstand in jenen ersten Wochen des Kriegs erhielt, soll hier einer vom 2. September erwähnt werden, den uns einige Russen machten, Schenkeli, Stickloff und ein Dritter. Sie „verhörten“ uns so dreist und gottesfürchtig, wahrscheinlich streng marxistisch nach ihrer Auffassung, daß wir alle ohne jede Verabredung den Mund hielten und Haase reden ließen. Er war über die Dreistigkeit der drei offenbar auch verschnupft, so daß er zu unserer großen Genugtuung mit Eifer das Verhalten der deutschen Fraktion einwandfrei schilderte und damit eigentlich glänzend rechtfertigte. Er wies auf die von ihm namens der Fraktion abgegebene Erklärung hin, die alle wesentlichen Gründe für Bewilligung der Kriegskredite enthalten habe. Die drei Russen waren offenbar wenig erbaut von den Ausführungen Haases.

Etwa zwei Wochen später, nämlich am 14. September, besuchte uns Viktor Adler und nahm an einer Sitzung unseres Parteivorstandes teil, um über die Lage in Österreich zu berichten. „Bei euch (in Deutschland) herrscht ja geradezu Pressefreiheit im Vergleich zu Österreich!“ Er ist glücklich über unsere Haltung, sie sei die einzig mögliche gewesen. Eine Partei wie die unsrige könne sich nicht mit dem ganzen Volke in Widerspruch setzen. Adler zieht hochinteressante Parallelen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich. Er kommt dabei auch auf das Verhältnis zu Serbien zu sprechen und läßt den Serben volle Gerechtigkeit widerfahren: „Bitt' schön, aber i bin kein Serbe.“ Deutlicher hätte er sich auch nicht ausgedrückt, wenn er gesagt hätte: „Bitt' schön, in solcher Stunde bin ich zunächst ein Deutscher.“ Haase ging mit keinem Worte sachlich auf Adlers Rede ein.

LIEBKNECHT VATER UND SOHN

In diesen Tagen war ein Brief Troelstras eingelaufen: Karl Liebknecht halte in Holland Konferenzen ab, in denen er seine besondere Stellungnahme preise. Pannekook schimpfe auf die deutsche Partei. Im übrigen ist Troelstra sehr pessimistisch, er fürchtet, daß die deutsche Partei, ebenso wie die holländische, die Situation nicht zu nutzen verstehen würden; daß die Partei hier wie dort vor lauter innerem Hader nicht daran denken werde, eine führende Rolle zu spielen, sobald der Krieg vorbei sei. „Ich fürchte“, so schrieb ich zur selbigen Stunde in mein Tagebuch, „daß Troelstra recht behält. Unsere verbohrten Dogmenfanatiker lassen lieber die Partei zugrunde und alles Erreichbare zum Teufel gehen, ehe sie ein i-Tüpfelchen preisgeben von dem, was sie sich als unverrückbare „Prinzipien“ konstruiert haben. Sie wollen weiter deklamieren.“

Die Berichte über die Taktik Karl Liebknechts in Holland gegen die SPD. weckten übrigens frohe Erinnerungen an die Tätigkeit seines Vaters in Holland für die SPD. in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Wilhelm Liebknecht war in seinem Auftreten so bescheiden, wie sein Sohn Karl anspruchsvoll. Nach einer Vortragstour in Holland schrieb der „Alte“, wie Wilhelm Liebknecht in der ganzen Partei genannt wurde, einige Reisebriefe über seine Erlebnisse. Er schilderte z. B., daß es erstaunlich sei, was für riesig große Beefsteaks in Holland sehr billig serviert würden. Er habe einmal ein solches vorgesetzt bekommen, das er trotz der besten Absichten nur halb hätte bewältigen können. Ein witziger Holländer löste das Rätsel später mit viel Humor. Liebknecht war nämlich in Begleitung eines holländischen Freundes

gewesen, als er jenes große Beefsteak vorgesetzt bekam, er hatte nur übersehen, daß es auf einer Platte für beide serviert worden war. Der Holländer hatte, als Liebknecht über die große Portion seine Freude äußerte, diese nicht trüben wollen. Er sah von einer aufklärenden Bemerkung ab und bestellte für sich etwas anderes zum Essen.

VOM VORWÄRTS

Der „Vorwärts“, das hatten wir sehr schnell eingesehen, war seiner Aufgabe in so kritischer Zeit in keiner Weise gewachsen. So hatte er über die geschilderten Arbeiterdemonstrationen Unter den Linden, statt ihre Bedeutung als politische Kundgebung gebührend zu betonen, unter der einfältigen Überschrift berichtet: „Jagows Demonstration!“ Jagow war damals Polizeipräsident von Berlin.

Sitzungen des Parteivorstandes, in denen wir zu unserem lebhaften Bedauern manchen radikalen Genossen gewiß recht boshaft erscheinen mußten, gab es sehr bald und sehr häufig. Eine solche Sitzung fand am 3. September 1914 statt. Arthur Stadthagen hatte zum Entsetzen der Redakteure des „Vorwärts“ in einer offiziellen, von einem kaiserlichen Offizier geleiteten Pressekonferenz, die tags zuvor stattgefunden hatte, ein ihm vom Militärkommando vorgelegtes Protokoll unterschrieben, in dem er sich „zum patriotischen Verhalten des Vorwärts“ verpflichtete. Seine Redaktionskollegen waren darüber empört und hatten dem Parteivorstand Mitteilung gemacht. Stadthagen versuchte sich rabulistisch zu verteidigen. Der Parteivorstand beschloß eine Protestschrift an den Staatssekretär Delbrück, in der Beschwerde geführt wurde gegen das an Stadthagen gerichtete Verlangen. Der

Unterstaatssekretär Wahnschaffe hatte auf Grund unserer Beschwerde entschuldigend gesagt, es sei bei den Militärbehörden üblich, daß sie alles protokollieren und zur Unterschrift vorlegen, was sie gern schriftlich haben wollten. So sei es auch im Falle Stadthagens gewesen.

Des „Vorwärts“ wegen kam es immer häufiger zu Konflikten zwischen der Redaktion und dem Parteivorstand. Hugo Haase hatte seit dem Ausbruch des Krieges jeden Abend die Vorwärtsredaktion besucht und neben seinen juristischen Ratschlägen wegen der Zensur, die „richtigen“ Wege gewiesen, die nach seiner Auffassung im „Vorwärts“ unter allen Umständen innegehalten werden mußten. Als die Vorwärtsredakteure, die fast nur aus späteren Unabhängigen bestanden, von ihm sicher einexerziert waren, überraschte Haase den Parteivorstand am 11. September mit dem Ansinnen, daß von nun ab ich abends in die Redaktion gehen möge. Ebenso höflich wie bestimmt habe ich diese Forderung abgelehnt, hätte ich doch schon am ersten Abend mit der gesamten Redaktion selbstverständlich den schlimmsten Krach bekommen, ohne jedes praktische Ergebnis.

In der gleichen Sitzung kam es übrigens zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Wels und Haase. Wels warf Haase mit Recht vor, daß er überall den Anschein zu erwecken suche, „als ob er immer alles allein mache“. Das habe er in den letzten Tagen wiederholt zum Ausdruck gebracht, „ich habe das gemacht“, „ich werde das machen“ usw. Haase war natürlich sehr entrüstet. Die Atmosphäre wurde immer schwüler.

* * *

Die Haltung des „Vorwärts“ rief in parteigenössischen Kreisen mehr und mehr Unwillen hervor. Hugo Heinemann, einer unserer besten Genossen, als hervorragender Strafrechtler bei den Gerichten ebenso angesehen, wie bei den Arbeitern wegen seiner steten Hilfsbereitschaft beliebt, hatte mich am 18. September aufgesucht, um mich nachdrücklich vor einigen radikalen Genossen zu warnen. „Wenn die der Partei den Rücken kehren würden, so wäre mir das hoch angenehm.“ Wenige Tage später kam es zwischen Ebert und Haase in einer Parteisitzung zu einer Szene, die nur noch durch Handgreiflichkeiten hätte gesteigert werden können. Ebert hatte einen sich radikal gebärdenden Menschen durch Janson öffentlich abschütteln lassen, ohne zuvor mit Haase zu reden.

Jeder neue Tag brachte neuen Zwist wegen des „Vorwärts“. Die Berliner Pressekommission, mit dem Parteivorstand in Angelegenheiten des „Vorwärts“ gleichberechtigt, war vollständig in den Händen von Rosa Luxemburg. Die KK., die höhere, in Konfliktsfällen entscheidende Instanz anzurufen, fiel dem Parteivorstand nicht ein, weil das nichts anderes gewesen wäre, als den Teufel bei seiner Großmutter, nämlich bei Klara Zetkin, zu verklagen.

Die Zensurrügen und Verbote des „Vorwärts“ wiederholten sich. Als am 28. September eine Konferenz der sozialdemokratischen Partei-Redakteure aus dem Reiche in Berlin stattfand, war der „Vorwärts“ wieder einmal verboten worden. Die damaligen Vorwärtsredakteure hatten gar kein Gefühl dafür, was unter dem Belagerungszustand geschrieben werden konnte und was nicht.

Ich schrieb in mein Tagebuch: „Sie sehen jetzt allmählich ein, daß es so wie seither nicht weitergehen kann. Sie offerieren uns folgenden Vorschlag für die

Zukunft: Däumig soll mit Diktaturgewalt ausgerüstet und dazu bestimmt werden, endgültig und ohne Debatte zu entscheiden, ob ein Artikel aufgenommen werden soll oder nicht. Als „obersten Zensor“ soll der Parteivorstand eines seiner Mitglieder jeden Abend in die Redaktion schicken, damit er entscheidet, wenn Däumig mit sich selbst in Konflikt gerät. Ich dankte für das Angebot, diese bedeutsame Stellung zu übernehmen. . .“

Der eben erwähnte Vorwärtsredakteur Däumig, der in den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch in den Kreisen der am revolutionärsten sich gebärdenden Arbeiter eine erhebliche Rolle spielte, war eine etwas abenteuerliche Natur. Mit guter Schulbildung ausgerüstet, war er, vermutlich aus Abenteuerlust, in die französische Fremdenlegion eingetreten und später, nach Aufgabe seiner Dienste als deutscher Schlafwagenkontrollleur, Redakteur am „Vorwärts“ geworden. Spötter, die es alle Zeit glücklicherweise auch in der Sozialdemokratischen Partei gegeben hat, führten die Langweiligkeit der von Däumig bearbeiteten Vorwärtsspalten auf seine vorausgegangene Tätigkeit im Schlafwagen zurück.

DIE ZENSUR EIN SCHIMPFLICHES GEWERBE

Daß es unter den zur Zensur abkommandierten Offizieren auch verständige und gebildete Herren gab, soll ausdrücklich festgestellt werden. Unvergeßlich wird mir eine Äußerung des Hauptmanns v. Vietsch bleiben, der gelegentlich zu mir sagte, daß die Handhabung der Zensur „wirklich ein schimpfliches Gewerbe“ sei, „wenn wir es ausüben, so nur, weil es im Interesse des Landes ausgeübt werden muß.“

Haase hatte einen Bittgang zu Wahnschaffe gemacht, um den „Vorwärts“ freizubekommen. Er berichtet darüber in sehr optimistischem Sinne. Ich traute diesem Berichte nicht. Der Parteivorstand ersuchte dann Müller, als Oberzensor in den „Vorwärts“ zu gehen, Müller akzeptierte auch unter gewissen Bedingungen. „Ich freue mich, daß der fleißige Hermann das Opfer bringen will, aber ich bin überzeugt, daß er dabei Schiffbruch erleiden und viel Verdruß haben wird!“

Haase hatte in der Tat die Situation viel zu optimistisch angesehen. Der Generaloberst von Kessel dachte gar nicht daran, den „Vorwärts“ bedingungslos freizugeben. Er hatte zur Bedingung gemacht, daß von nun ab im „Vorwärts“ „kein Wort von Klassenhaß und Klassenkampf erscheinen dürfe“. Dieser unerhörten Forderung wegen fand eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes und der Vorwärtsredakteure statt. Die Redakteure wollten sich fügen, und eine Erklärung veröffentlichen, in der es heißen sollte: „Da die Berliner Genossen und der Parteivorstand den „Vorwärts“ unter allen Umständen erhalten wissen wollen, sind die Vorwärtsredakteure sich zu unterwerfen bereit.“ Wir stiegen ihnen gründlich aufs Dach. Der Parteivorstand wolle den „Vorwärts“ nicht „unter allen Umständen“ aufrechterhalten, wolle aber klipp und klar wissen, wie die Redaktion sich stelle, dann werden wir Groß-Berlin fragen und zum Schluß selbst Stellung nehmen.“ In solchen Situationen konnte Ebert von wirklich goldener Rücksichtslosigkeit sein.

Am Nachmittag des gleichen Tages fand eine Sitzung mit der Pressekommission und dem Zentralvorstand von Groß-Berlin statt. Rosa Luxemburg hielt eine prinzipienfeste Rede gegen das Nachgeben. Lieber

keinen „Vorwärts“ als einen solchen, in dem monatelang nichts von Klassenkampf gesagt werden könne. Alle anderen, bis auf den Genossen Friedländer, der, wie er uns nachher sagte, „die Rosa nicht ganz allein lassen wollte“, schluckten die Bedingungen des Generalobersten von Kessel. Dieser erklärte sich daraufhin bereit, den „Vorwärts“ freizugeben, wenn er an der Spitze des Blattes den Brief des Generalkommandos abdrucke. Also nichts mehr von Klassenkampf! Die Pressekommission schluckte auch diese Pille.

Am 1. Oktober 1914 habe ich in mein Tagebuch geschrieben: „Der „Vorwärts“ ist wieder da, aber er hat einen Schönheitsfehler an der Stirn, der allen Aufrechten Schmerz bereiten muß, den Brief des Höchstkommandierenden in den Marken. Der Brief wird ein Zeichen der Schande bleiben für den Militarismus, nicht für die Partei, die sich der Gewalt fügen mußte.“

Zensurfragen waren an der Tagesordnung. Tag für Tag mußten wir bald für dieses, bald für jenes Blatt vorstellig werden. Auch in den Konferenzen mit den Staatssekretären kam das tapsige Verhalten der militärischen Zensoren zur Sprache. Die Zivilisten waren gegenüber den militärischen Halbgöttern, die auf die Literatur im allgemeinen und auf die Presse im besonderen losgelassen worden waren, vollkommen machtlos.

Ganz abgesehen von seiner „prinzipiellen“ Haltung — der „Vorwärts“ war auch journalistisch mehr als kläglich aufgemacht. Um den Berliner Genossen die Möglichkeit zu schaffen, Vergleiche mit anderen Parteiblättern anstellen zu können, hatte ich am 20. Januar 1915 in der Pressekommission einen Beschluß durchgesetzt, daß jedes Mitglied der Pressekommission das Recht haben sollte, nach eigener

Wahl vier sozialistische Provinzblätter zu bestellen. Der Erfolg war verblüffend. Schon nach vierzehn Tagen, in der Sitzung vom 9. Februar, wurde allgemein zugegeben, daß der „Vorwärts“ wenn man ihn mit den gewählten Provinzblättern (!!) vergleiche, freilich das kläglichste und ledernste aller Blätter sei. Die Redaktion hatte ein solches Resultat wahrscheinlich vorausgesehen und deshalb als ihren Verteidiger den Genossen Haase mitgebracht. Aber auch Haase, der mit der prinzipiellen Haltung des „Vorwärts“ vollkommen einverstanden war, mußte die „schweren redaktionellen Mängel“ zugeben. Richard Fischer, der sich stets sehr deutlich-bajuvarisch auszudrücken pflegte, urteilte am härtesten: „Saudumm, aber prinzipienfest!“

MACHEN SIE EINEN PUTSCH!

Am 16. Oktober 1914 sollten Ebert und ich in einer vertraulichen Besprechung mit einem sehr geschäftstüchtigen Geheimrat, der im Auftrage höherer Stellen — nicht etwa des Reichskanzlers — handelte, ausgehört werden, ob wir nicht in Finnland eine Revolution entfachen wollten. Wir hörten interessiert zu, blieben aber recht zugeknöpft. Es handelte sich, wie uns der junge Diplomat geheimnisvoll-komisch zuraunte, „um einen Vorfühler, oder eine vorläufige Information, weitere Aussprachen mit einflußreichen Herren sollten folgen.“ Um was handelte es sich? Die bürgerlichen Parteien in Finnland hätten wissen lassen, daß sie leider nicht über eine „Organisation über das ganze Land“ verfügten. Es hinge alles von der sozialistischen Partei ab; eine Minderheit hätte längst losschlagen wollen. Die Mehrheit halte das Experiment für zu unsicher. Die Ursache der Zurück-

haltung sei der Zweifel am deutschen Siege. Es käme keine Nachricht nach Finnland, die den Glauben an den unaufhaltbaren Sieg Rußlands ins Wanken bringen könne. Alles hänge davon ab, die Finnen zu überzeugen, daß Deutschland schon viele Siege erfochten habe und sicher als Sieger den Krieg beenden werde.“ Da der junge Mann offenbar seinen höheren Auftraggebern irgendeine Äußerung von uns in Aussicht gestellt hatte, sprach er immer eindringlicher auf uns ein. Wir wünschten zu wissen, mit was für abenteuerlichen Unternehmungen man „oben“ rechnete, lachten ihn deshalb nicht offen aus, sondern sagten ihm, daß wir uns bisher niemals in die Verhältnisse ausländischer Bruderparteien eingemischt hätten. Im übrigen verwiesen wir auf unseren Freund Janson, den wir jeden Tag aus den skandinavischen Ländern zurück erwarteten. Seine stets zuverlässigen Mitteilungen über die Situation im Norden mußten wir erst hören. Das Gespräch fand sein Ende durch den Einlauf eines Telegramms an den Geheimrat, demzufolge der englische Kreuzer „Hawk“ von einem deutschen Unterseeboot zerstört worden sei.

Wenige Tage später war Janson in Berlin. Wir unterhielten uns mit ihm natürlich auch über die Situation in Finnland. Er beurteilte sie sehr pessimistisch. Meine Schilderung wird wesentlich abgekürzt, wenn ich gleich informiere über die neue Aussprache in der Wilhelmstraße am 28. Oktober 1914, an der u. a. Graf Pourtalès, der Botschafter Deutschlands in Rußland bis zum Ausbruch des Krieges, teilnahm.

Nach Jansons Mitteilungen war bei den Finnen Neigung zu einer Erhebung im allgemeinen nicht vorhanden. Träger einer solchen Erhebung, darüber sei man sich in ganz Finnland einig, könne nur unsere

Bruderpartei sein. In dieser frage man sich jedoch, was wird nach einer siegreich verlaufenen Insurrektion, wenn der Krieg beendet sein wird? Dann wird das große Rußland über das kleine Finnland herfallen und es vollkommen russifizieren.

Die Herren von der Regierung machten allerhand Vorschläge, wie man die Wünsche der Finnen vielleicht befriedigen könne, „so z. B. durch Sicherstellung ihrer Freiheit im Friedensvertrag. Einer der Herren, der verständigste von ihnen, hielt es doch für seine Pflicht, ausdrücklich zu betonen, „man könne gewiß nicht so weit gehen, den Finnen einen zweiten Krieg gegen Rußland in Aussicht zu stellen, wenn Rußland über die Finnen herfallen sollte.““ Nachdem Ebert betont hatte, daß die Zurückhaltung der Finnen wohl zu verstehen sei, sprach ich ganz offen aus, daß es bisher nicht unsere Aufgabe gewesen sei, auf Wunsch Feuer anzuzünden. Die Herren, die in ihrer primitiven Kenntnis der Sozialdemokratie wohl damit gerechnet hatten, daß man Revolutionen sozusagen auf Bestellung haben könne, machten recht lange Gesichter.

EINE FAHRT NACH DEM WESTEN

Beschwerden aus dem Heere waren schon sehr bald nach Kriegsausbruch bei uns eingelaufen und hatten sich sehr schnell gehäuft. Unsere Gesuche um Abhilfe nützten offenbar nicht viel. Die Offiziere bestritten zumeist, daß es sich um berechtigte Beschwerden handele und sie beruhigten die Heimatsbehörden, an die wir uns wenden mußten, immer wieder von neuem. Schließlich wurde immer dringlicher verlangt, daß die Partei Vertrauensmänner an die Front und in die Etappen schicken möchte, um sich an Ort und Stelle von den Soldaten überzeugen zu lassen, daß sie

nicht zu Unrecht Klage führten. Natürlich müsse man die Soldaten, die auf unsere Anfrage dann Auskünfte geben würden, vor Schikanen oder gar Strafen schützen. Da wir in Berlin immer entschiedener vorstellig geworden waren, regten einige höhere Offiziere selbst Frontreisen an, damit die Abgeordneten sich von der „tadellosen Behandlung und Verpflegung“ der Soldaten überzeugen könnten. Wir machten zur Bedingung, daß uns nicht Potemkinsche Dörfer gezeigt würden, daß wir auch nach eigenem Ermessen die Soldaten befragen könnten, und zwar nicht in Gegenwart von Vorgesetzten. Es sprach für das gute Gewissen der höheren Stelle in Berlin, daß sie auf alle unsere Forderungen einging.

Am 17. September 1915 fuhren Dr. David, Ebert, Schöpflin und ich über Frankfurt und Metz nach Charleville, wo uns Genosse Dr. Köster, der damals Kriegsberichterstatter war, und Rittmeister v. Bunsen empfingen. Herr v. Bunsen sollte uns führen und alle gewünschten Auskünfte geben oder beschaffen. Er erwies sich als ein wirklich guter Führer. Wir lernten nicht nur große Etappen kennen, sondern kamen gegen die entschiedenen Proteste mancher Stäbe auch an weniger angenehme Stellen. Es stellte sich heraus, daß mancherlei Beschwerden unberechtigt waren, denn im Kriege kann natürlich nicht alles nach Wunsch gehen; die meisten Beschwerden erwiesen sich leider als berechtigt. Fast immer stellte es sich heraus, daß überall da, wo nicht objektive Ursachen zugrunde lagen, unverständige Offiziere und Unteroffiziere, die für ihre Stellungen ungeeignet waren, Ursachen zu Beschwerden gegeben hatten. Wir haben in zahlreichen Fällen Abhilfe schaffen können, wie uns später aus dem Felde immer wieder mitgeteilt worden ist. Wohlgemerkt, Abhilfe konnte geschaffen werden,

soweit es sich um persönliche Mißgriffe, schlechte Behandlung, Ungerechtigkeiten bei Urlaubserteilungen usw. handelte. Soweit die Verpflegung in Betracht kam, wurde die Zahl der Klagen natürlich um so größer, je kleiner die Rationen zugeteilt werden mußten. Um vollkommen objektiv zu sein soll ausdrücklich gesagt werden, daß uns damals im allgemeinen viel mehr Offiziere gelobt als getadelt wurden. Aber die Gelobten wurden nur in verhältnismäßig kleinem Gebiete bekannt und beliebt, während jeder, über den Klage geführt wurde, weit und breit verschrien war. So verhaßt solche Offiziere und Unteroffiziere waren, die den Mannschaften gegenüber sich unkameradschaftlich benahmen und den schnoddrigen Kasernenhofton auch im Felde beibehielten, so beliebt waren die Vorgesetzten, die sich kameradschaftlich benahmen und in jeder Beziehung dem Soldaten mit gutem Beispiel vorangingen. Geradezu rührende Beispiele für die Anhänglichkeit und Treue der Soldaten gegenüber solchen Offizieren haben wir damals kennengelernt.

Diese Frontreise war für uns wahrhaftig kein Vergnügen, sie war lediglich die Erfüllung einer Pflicht gegenüber den Soldaten, denen wir nach Möglichkeit Erleichterung verschaffen wollten. Daß wir als Zivilisten zwischen den braven Kriegern herumliefen, war uns peinlich genug, denn daß nicht alle den Zweck unserer Reise kannten, war uns klar. In Seebrügge mußten wir in einem Restaurant speisen, das als Offizierskasino beschlagnahmt worden war. Die Bezeichnung Offizierskasino war denn auch an dem Hause angeschrieben. Als wir das Restaurant verließen, machte ein Amateur eine Aufnahme, die später in einer Berliner illustrierten Zeitung veröffentlicht worden ist. Dieses harmlose Bild, gegen

dessen Herstellung und Veröffentlichung wir uns gar nicht hätten wehren können, war der radikalen Opposition Anlaß zu einer neuen Hetze. Sie fertigten Flugblätter unter dem Titel „Bilder ohne Worte“, druckten das erwähnte Bild ab und daneben eine Phantasiezeichnung: Klara Zetkin hinter Gefängnisgittern. Frau Zetkin war in Karlsruhe wegen irgendeiner Redewendung eingesperrt worden. Natürlich hatte der Parteivorstand Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um sie wieder frei zu kriegen. Am 13. Oktober 1915 telegraphierte denn auch unser Stuttgarter Genosse Dietz, daß es ihm gelungen sei, Klara frei zu machen, er werde sie sofort mit nach Stuttgart nehmen. Aber wie hatte er sie frei gemacht? Er hatte sie gegen 10 000 Mark Kriegsanleihe ausgetauscht! Das war ein ausgezeichnete Witz des Genossen Dietz. So etwas sollte ihm ein anderer nachmachen!

Dreizehnter Abschnitt

DER BESORGTE KANZLER

Kaum von der Frontreise nach Berlin zurückgekehrt, wurde ich am 29. September in dringlicher Form zum Reichskanzler gebeten. Es waren dort noch versammelt die Abgeordneten Bassermann, Spahn und v. Payer. Der Reichskanzler wollte uns ganz vertraulich mancherlei sagen, das wir nicht einmal unseren Kollegen weiter berichten sollten. Er schilderte Geschehnisse auf dem Balkan, insbesondere auch, wie es schließlich gelungen sei, Bulgarien für uns zu gewinnen. Schon im August 1914 sei ein Vertrag zwischen Bulgarien einerseits, der Türkei und Deutschland andererseits so gut wie perfekt gewesen. Da sei die Schlacht an der Marne ge-

kommen und alles sei in die Brüche gegangen. Sofort hätte die Entente mit ihrer Arbeit auf dem Balkan eingesetzt. Trotzdem sei es gelungen, mit den Bulgaren erneut in Verhandlungen zu kommen. Das sei aber nur möglich gewesen auf Grund eines Finanzgeschäftes, das die Diskontogesellschaft entrierte. Es hätte sich um 300 Millionen gehandelt. Alles schien glatt zu verlaufen, da kam die Niederlage der Österreicher in den Karpathen und alles war wieder aus. „Erneut ringen die Entente und die Zentralmächte um Bulgarien“. Wir hätten es schließlich auf Grund unserer militärischen Erfolge geschafft. Der Vertrag sei unterzeichnet und ratifiziert. Er läuft 5 Jahre und ist von allen Mächten geheimzuhalten. Irgendwelche Angaben könne er also nicht machen. — Von Rumänien hoffe er, daß es seine Neutralität aufrechterhalte. — In Griechenland seien die Verhältnisse wenig durchsichtig. Er wisse, daß der König deutschfreundlich sei; dagegen sei der Ministerpräsident ententefreundlich. Niemand könne sagen, wie sich dort die Dinge gestalten würden. In Rußland scheine die Duma sich mit der Macht der Reaktion abzufinden. Jedenfalls vermöge die Friedenspartei sich dort noch nicht durchzusetzen. Der Zar sei gewiß eine weiche Natur und wäre wahrscheinlich geneigt zum Frieden, wenn in Rußland willensstarke Männer wären, die ihm zusetzten. Es sei ein Unglück, daß Witte gestorben sei. Er warte auf den psychologischen Moment, um in Friedensverhandlungen eintreten zu können, aber wann wird er kommen? — In Frankreich ist man jetzt wieder voller Hoffnungen, nachdem die Offensive, wie man ohne weiteres zugeben muß, ihnen einen Erfolg gebracht hat. Dabei wolle er bemerken, daß ihm heute aus dem Großen Hauptquartier telegraphiert worden sei, man sei auf weitere Kämpfe gefaßt, halte die Krise aber für über-

wunden. Die Dinge lägen so, daß wir uns auf einen zweiten Winterfeldzug gefaßt machen müßten, alle seine Hoffnungen, früher zum Friedensschluß zu kommen, seien zuschanden geworden. England habe offenbar das Bestreben, uns unter allen Umständen kleinzukriegen. Sein Augenmerk sei deshalb in erster Linie auf Rußland und Frankreich gerichtet. In Italien sei die Stimmung enorm abgeflaut. Cadorna habe sich geweigert, Truppen für Frankreich und die Dardanellen abzugeben. Für uns komme alles jetzt darauf an, Konstantinopel zu halten. Gelingen das, dann flauge wohl die Kriegsstimmung in Rußland ab, vielleicht sei dann Hoffnung auf ein Einlenken. Mit Dänemark ständen wir gut, ebenso mit Schweden. Die Finnen seien bereit, Revolution zu machen, wenn — ihnen geholfen werde. Daß Amerika 500 Millionen Dollar Anleihe bei den Franzosen und Engländern unterbringe, sei bedauerlich genug, aber lange nicht so schlimm, als wenn wir uns mit Amerika offen verkracht hätten.

Daß der Krach mit Amerika später durch die Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Kriegs, allerdings gegen den Widerspruch Bethmann Hollwegs, geradezu provoziert worden ist, sei hier schon nebenbei erwähnt. Aus jedem Worte Bethmann Hollwegs leuchtete schwere Sorge heraus. Jeder Satz atmete Sehnsucht und den guten Willen nach Frieden. Um so wahnwitziger mußten allen Eingeweihten die Eroberungsforderungen der Konservativen und alldutschen Nationalliberalen erscheinen.

ALLDEUTSCHE KRIEGSZIELE

Je siegreicher unsere Truppen im Anfange des Krieges waren — von der verlorenen Marneschlacht erfuhr das Volk ja überhaupt nichts —, desto dreister wurden die alldeutschen Schreibstrategen, die den Ausbruch des Krieges seit Jahrzehnten ersehnt hatten. Zu den kurzsichtigsten Eroberungspolitikern gehörten bald nach Ausbruch des Krieges, abgesehen von den damaligen Konservativen und späteren Deutschnationalen, die Abgeordneten Bassermann, Stresemann und Erzberger. Letzterer stellte auf eigene Faust ein wüstes Eroberungsprogramm auf, das er den „zuständigen“ Stellen einreichte. Bassermann verlangte, daß kein Stück Land wieder herausgegeben werden dürfe, auf das ein Tropfen deutschen Blutes geflossen sei.

Herrn Stresemann müssen wir schon etwas mehr Raum widmen, nachdem übereifrige Freunde sich bemüht haben und weiter bemühen, die Legende populär zu machen, daß er nur „eine Lebensaufgabe“ gehabt hätte: die Völker zu versöhnen und den Weltfrieden zu sichern. Die Lebensaufgaben des Herrn Stresemann sind verschiedenartig gewesen. Der Tag, an dem seine Versöhnungspolitik begonnen hat, liegt weit hinter dem Friedensschluß. Deshalb ist es unangebracht, schlechtweg, auch wenn es sich nur um Interviews handelt, von seiner „Lebensaufgabe“ zu sprechen, ohne nähere Daten anzugeben. Noch törichter ist natürlich der Versuch, die Politik des Herrn Stresemann so darstellen zu wollen, als sei sie nicht nur in einer geraden Linie verlaufen, sondern auch gegen Eroberungen gerichtet gewesen.

Rochus v. Rheinbaben, offenbar ein begeisterter

Anhänger Stresemanns, hat für ein bei Carl Reißner in Dresden erschienenenes Stresemann-Buch biographische Notizen als Einleitung geschrieben. Er erinnert an ein Wort Lloyd Georges: „Meine größten Feinde sind meine Reden“. Daran knüpft er diese Bemerkung: „Demgegenüber zeigen die Reden und Aufsätze Stresemanns eine fortlaufende Linie der Politik, wenn auch im einzelnen bedingt durch die Umstände“. Wenn Worte einen Sinn haben sollen, können sie hier nur bedeuten, daß Stresemann eine konsequente Politik verfolgt hat — im Gegensatz zu Lloyd George —, eine Politik, die selbstverständlich beeinflußt worden sei durch die Umstände des Tages. Da haben wir die „fortlaufende Linie“! Herr v. Rheinbaben wird aber noch deutlicher: weil die deutsche Friedensliebe so schlecht vergolten worden sei, „folgte Stresemann, daß man, je nach Möglichkeiten, die ein Sieg gebe, Sicherungen für Deutschland schaffen müsse. Allerdings sprach er sich immer gegen eine Eroberungspolitik aus . . .“ Oh — oh!

Was sollen derartige Bärendienste und warum läßt Stresemann sie sich gefallen? Kein Mensch wird es ihm, dem ehemaligen Alldeutschen — deren Hetzpolitik wir nebenbei schon ein wenig gekennzeichnet haben —, nachtragen wollen, daß er zu Beginn des Krieges von dem berühmten Furor teutonicus besessen war. Deshalb wollen wir auch aus seinen Reden und Schriften aus dem ersten Drittel des Krieges Beispiele nicht anführen. Stresemann ist jedoch jahrelang vollkommen unbelehrbar gewesen und hat selbst am bitteren Ende des Krieges, sozusagen am Massengrabe der Eroberungsprogramme unserer Daheimkrieger, immer noch Hoffnungen wenigstens auf Kurland gesetzt.

Ein helles Schlaglicht auf den Kriegs-Stresemann

wirft die Schilderung einer Szene, die dem verstorbenen demokratischen Reichstagsabgeordneten Konrad Haußmann, in seinem 1924 erschienenen Buche „Schlaglichter“ (Frankfurter Societäts-Druckerei), zu danken ist. Haußmann hatte eine Aussprache mit dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen, also einem Amtsvorgänger Stresemanns:

Zimmermann: „Wissen Sie, dieser Stresemann, ich will kein Wort gebrauchen, es ist unerhört. Er greift jetzt an und hat im Dezember gejubelt über eine Torpedierung, weil sie den amerikanischen Krieg unvermeidlich macht.“ — „Ja, das widerspruchsvollste, was denkbar, leistet Stresemann und seine Nationalliberalen. Ich habe loyal mit Ihnen gesprochen“ — „Ja“ — „— und werde Sie unterrichten, wenn etwas besonders Neues in Beziehung auf Ihre Person eintritt.“

Daß gerade Herr Stresemann schließlich den Friedens-Nobelpreis bekommen hat, ist ein nicht übler Treppenwitz der Weltgeschichte. Als wenn er den Nachweis für die Richtigkeit dieser Behauptung und die Unrichtigkeit der Rheinbabenschen Stresemannbiographie hätte erleichtern wollen, ließ er selbst viele seiner Kriegsreden und Aufsätze fein säuberlich drucken — unter verschiedenen Titeln und bei verschiedenen Verlegern. Es ist infolgedessen leicht, einige Perlen auf die Schnur zu ziehen. Bei den Reden geben wir das Datum, bei den Schriften die Titel an:

„Wenn ein Deutscher auszusprechen wagt, daß Deutschland mit seinen 70 Millionen Einwohnern dasselbe Recht hat, daß es auch ein deutsches Gibraltar sich schaffen kann, wenn sein Schwert es erobert, dann hat er sich nicht nur zu wehren gegen die deutschen Feinde im Auslande, sondern auch gegen die Philister im Innern. Ich habe die feste Empfindung,

daß das englische Weltansehen, das nur künstlich aufrechterhalten war, zusammenbrechen wird in diesem Weltkriege.“ (7. Juni 1916.)

Am 19. Januar 1917 fand in Berlin eine Kundgebung eines sogenannten unabhängigen Ausschusses statt, in der Professor Dietrich Schäfer, ein wüster Nationalist, Graf Westarp, über den jedes Wort sich erübrigt, Dr. Pfleger vom Zentrum, der in München den Verein zur raschen Niederwerfung Englands erfunden hatte, Pfarrer Traub, der ehemalige Radikal-Liberale, der im Krieg wie in einem dauernden Blut- rausch redete und schrieb, sowie Dr. Stresemann als Redner auftraten. Es interessiert uns hier nur Herr Stresemann, weil von den anderen bisher niemand zu behaupten gewagt hat, daß sie Eroberungen abgeneigt gewesen wären. Genießen wir Herrn Stresemanns Ausführungen:

Er wandte sich gegen alle, die auf das verständige Verhalten Friedrichs II. hinwiesen, als er den Hubertusbürger Frieden schloß, und auf Bismarck, als er den Nicolsburger Frieden machte: „Sie scheinen doch die eine Kleinigkeit vergessen zu haben, daß es etwas anderes ist, Frieden zu schließen mit deutschen Blutsbrüdern, und etwas anderes, Frieden zu schließen mit Engländern und Serben.“ Übrigens habe Friedrich II. auch den Satz geschrieben: „Ein Krieg, der nicht zu Eroberungen führt, sei in seinen Augen ein verlorener Krieg . . .“

Wir brauchen landwirtschaftliches Neuland. . . . Ein solches Agrarland ist Kurland. Ich denke aber weiter daran und möchte dem Unabhängigen Ausschuß empfehlen, auch die Frage, inwieweit in Zukunft Rumäniens Ausfuhrüberschuß an Getreide für Deutschland und seine Verbündeten sicherzustellen ist, in den Kreis der Betrachtungen für den deutschen Frieden

einzubeziehen. (Beifallrufe: Petroleum!) Ebenso liegt es in bezug auf Polen und alle die Gebiete, die in ein politisches, staatsrechtliches oder wirtschaftliches Verhältnis zu uns kommen. . . . es ist traurig, wenn sich Deutsche finden, die heute sagen, daß wir auf eine Kriegsentschädigung verzichten sollten.“

Diese Versammlung endete mit der Annahme einer EntschlieÙung, in der sieben Forderungen aufgestellt wurden, die wir deshalb nur in knappster Form anzuföhren brauchen, weil auch dadurch noch vollkommen einwandfrei illustriert wird, wie die — einschœußliches Wort — „geradlinige“ Politik des Herrn Stresemann von Riga bis Longwy-Briey, von Calais bis Locarno und von Bukarest bis Genf verlaufen ist. Es wurde verlangt:

1. Günstigere Gestaltung unserer Grenzen im Osten und Westen;

2. bedeutende Erweiterung unserer landwirtschaftlich bebauten Flächen im Osten;

3. die Erwerbung feindlicher Grenzgebiete, deren Bodenschätze (Erze und Kohlen) unser Volk gebraucht;

4. der Besitz der flandrischen Küste, um der deutschen Handelsflotte den Weg zum Ozean offenzuhalten und einer Blockade wirksam entgegenzutreten zu können;

5. politische, wirtschaftliche und militärische Oberleitung in Belgien und Polen;

6. Kolonialbesitz, um unsere Macht und unsere Handelsbeziehungen über See stützen und sichern zu können;

7. Abwälzung eines möglichst großen Teils der Kriegskosten auf die Gegner in der Form von Geldzahlungen oder Landabtretungen.

In den Schlußsätzen dieser EntschlieÙung heißt es:
„Ein Friedensschluß, durch den diese unerläßlichen Bedingungen für die künftige friedliche Entwicklung

des deutschen Volkes nicht restlos erfüllt werden, trägt von vornherein den Keim eines neuen noch schwereren und blutigeren Krieges in sich . . . Wir können nur einen Frieden brauchen, der durch die Stärkung unserer Macht die Gewähr der Dauer in sich trägt . . . Wir sind bereit zu kämpfen, bis wir ihn durch unseren Sieg errungen haben . . .“

Wir? „Wir“ waren die Herren Prof. Schäfer, Graf Westarp, Dr. Pflieger und Dr. Stresemann. Keiner von ihnen hat während der ganzen Kriegsdauer anderswo gekämpft als auf Rednertribünen und an Schreibtischen. Sie waren jedoch bereit, auf diesen Plätzen zu kämpfen bis zum letzten Tropfen Blut — versteht sich: derer, die in den Schützengräben lagen!

In den Augen des Stresemann-Biographen v. Rheinbaben sehen so die Männer aus, die sich immer gegen eine Eroberungspolitik ausgesprochen haben.

Hören wir indessen Herrn Stresemann weiter an. Bei seinem ganz entschieden betonten Eroberungswillen mußte es ihm natürlich besonders darauf ankommen, England kleinzukriegen. Das wäre nur möglich gewesen, wenn der rücksichtslose U-Boot-Krieg gehalten hätte, was seine eifrigsten Befürworter, zu denen die Partei Stresemanns in erster Linie gehörte, von ihm versprochen hatten. Innerhalb weniger, genau berechneter Monate, sollte der U-Boot-Krieg England auf die Knie zwingen! In Wirklichkeit bestand der einzig praktische Erfolg dieses rücksichtslosen Krieges zur See bekanntlich darin, daß uns, wie alle Welt vorher gewußt hatte, die Vereinigten Staaten von Nordamerika den Krieg erklärten und damit auch das Kriegsende entschieden.

Der rücksichtslose U-Boot-Krieg war die große Hoffnung aller Eroberungspolitiker. Daß besonders Stresemann den U-Boot-Erfolg unter allen Umständen gebrauchte, wird vollkommen klar, wenn man liest, welche weitgehenden Ziele er 1916 in seiner Schrift „Michel, horch, der Seewind pfeift“ aufgestellt hat.

„Sind wir mit 70 Millionen Menschen nicht ebenso berechtigt, die Welt zu beherrschen, wie England mit 45 Millionen? Liegen wir denn nicht auch an der Nordsee, befahren wir nicht wie früher in der Hansazeit auch heute die Meere? Warum sollen wir einen Sieg nicht ebenso ausnutzen zu unserer Größe, wie es wahrscheinlich unsere Feinde tun würden, wenn der Sieg ihnen gehört! . . . Wir sind uns wohl alle einig in der Idee eines größeren Deutschlands der Größe Deutschlands und des Friedens der Welt wegen.

Wir wollen ein größeres Deutschland, namentlich nach der Seeküste hin . . . Uns fehlt nicht die Meeresküste, aber uns fehlt die Ausdehnung nach Osten und Westen. Um Kronstadt auf der einen Seite und Dover auf der anderen Seite in Schach zu halten . . . Deshalb muß unsere Küste verlängert, England für die Zukunft in Schach gehalten werden, damit ihm die Lust vergeht, abermals sein Spiel zu treiben. Haben wir nicht das Recht, auch ein deutsches Gibraltar zu schaffen, die Nordsee wieder zum deutschen Meer zu machen? England hat uns den Weg gewiesen. Wir haben in dem englischen größten Dichter, Shakespeare, einen guten Wegweiser; es ist, als wenn er vorausschauend die Verse für uns gedichtet hat: „Auf nach Calais, von dort nach England, nie sah ein Volk wohl frohere Überfahrt.“

Wer solche Pläne im Kopfe hatte, mußte natürlich zornig werden, wenn andere an den Erfolgen des U-Boot-Krieges zweifelten. Erzberger, dem — im Gegensatz zu Stresemann — die Augen allmählich aufgegangen waren, hatte den U-Boot-Taumel rücksichtslos bekämpft und auf die den Engländern zur Verfügung stehende Welttonnage aufmerksam gemacht gegenüber den Berechnungen der Marineleitung, die der Staatssekretär Helfferich stützte. Stresemann war empört:

„Darin irrt Erzberger unbedingt . . . Daß England den Kampf auf die Dauer nicht aushalten kann, ist unbestreitbar. Ein Ermatten im Kampf gegen die deutschen U-Boote zeigt sich schon heute.“ (Juli 1917.)

Stresemann glaubte an den Erfolg des rücksichtslosen U-Boot-Krieges und an den Zusammenbruch Englands, mußte daran glauben, wenn seine wiederholt erhobene Forderung eines „deutschen Gibaltars“ nicht direkt lächerlich wirken sollte. Nachdem er schon Goethe und Shakespeare zugunsten seiner Eroberungsziele bemüht hatte, rief er am 29. Januar 1917 auch noch Napoleon als Zeugen an:

„Napoleon vergleicht einmal England mit Carthago. Carthago sank von seiner Höhe herab. Auch England kann sinken und wird sinken. Denn auf unserer Seite ist das sittliche Recht und auf unserer Seite die Macht, den Stoß in sein Herz zu führen, wenn wir die Stunde zu nutzen verstehen.“ (29. Januar 1917.)

Vollkommen unfaßbar ist der Haß, der unversöhnliche Haß, den Stresemann England gegenüber zum Ausdruck gebracht hat. In seiner bereits erwähnten Kriegsschrift „Michel horch“ sagt er u. a.:

„Wir hoffen wohl alle, daß nach dem Kriege wieder eine Ära der Versöhnung mit Frankreich und Rußland kommen wird, daß hier die Jahre und Jahrzehnte

wirken werden, um eine Verständigung und Versöhnung herbeizuführen. Aber eins soll und darf man dem deutschen Volke nicht zumuten: eine Versöhnung mit England. Hier sitzt der Haß zu tief. Es ist ein Haß, der sittlich berechtigt ist . . . Deshalb ist in diesen Wochen nichts in Deutschland dem Volke mehr aus dem Herzen gesprochen worden, als das Gedicht, das der Kronprinz von Bayern an seine Truppen verteilen ließ, Verse als Waffe im Kriege, jenes Gedicht, in dessen letzter Strophe es heißt:

Was schiert uns Russe und Franzos,
Schuß wider Schuß und Stoß wider Stoß.
Wir kämpfen den Kampf mit Bronze und Stahl
Und schließen Frieden irgend einmal.
Dich werden wir hassen mit langem Haß,
Und werden nicht lassen von unserm Haß,
Haß zu Wasser und Haß zu Land,
Haß des Hauptes und Haß der Hand,
Haß der Hämmer und Haß der Kronen,
Drosselnder Haß von siebzig Millionen.
Sie lieben vereint, sie hassen vereint,
Sie haben alle nur einen Feind;
England!"

Ist es schon unverständlich, daß Herr v. Rheinbaben die erwähnten Sätze über Stresemanns politische Linie und seine angebliche Abneigung gegen Eroberungspolitik hat schreiben können, so ist es absolut unbegreiflich, daß Herr Stresemann diese Sätze, die er vor dem Druck seines Buches selbstverständlich gelesen hat, nicht strich! Alle Bemühungen, ihn als einen Politiker der „fortlaufenden Linie“, dem Eroberungen unsympathisch gewesen sind, zu frisieren, scheitern an der einfachen Tatsache, daß seine Reden und Schriften gedruckt vorliegen. — Übrigens ist Herrn Briands Politik ungefähr ebenso „geradlinig“ wie die des Herrn Stresemann, deshalb arbeiten beide Herren jetzt recht gut miteinander.

* * *

Nicht ohne Interesse ist natürlich die Beantwortung der Frage, wie Herr Stresemann sich den Bestrebungen gegenüber verhalten hat, die auf die Errichtung von Schiedsgerichten und eines Völkerbundes hinzielten.

In der Reichstagssitzung vom 28. Februar 1917 wandte er sich gegen die „Traumpolitik des ewigen Friedens“:

„Ich habe manchmal in diesen Tagen an das alte Goethewort und den Faust gedacht:

Träumt ihr den Friedenstag?
Träume, wer träumen mag.
Krieg heißt das Losungswort,
Sieg, und so klingt es fort.

Das war so, so lange die Welt bestand, das wird so bleiben. Das Verhältnis der Völker wird sich nie in Paragraphen vom Weltbund einschnüren lassen, denn die Paragraphen werden gesprengt werden in dem Augenblick, wo Lebensinteressen einer großen starken Nation in Frage stehen.“ (28. Februar 1917.)

Nahezu ein Jahr vorher schon hatte er sich noch schärfer über die Träumer und Idealisten, die an eine Völkerverbrüderung glaubten, ausgesprochen. Der dauernde Frieden könne nur ein Frieden sein, der uns stärker mache: „In diesem Sinne erstrebt das deutsche Volk eine Sicherung der deutschen Grenzen und ihre Ausdehnung . . . Die Losung für diese Sicherung aber heißt nicht ‚Vertrag‘, sondern Machtgeltung in Flandern und anderswo.“ (22. Juni 1916.)

Stresemann piff auf alle Völkerbunds-ideen und -Idealisten. Seine Eroberungsabsichten wären allerdings auch nicht entfernt in Einklang zu bringen gewesen mit den Anschauungen, die er zehn Jahre später als Vertreter Deutschlands im Völkerbund vertreten hat. Er wollte Land erobern im Osten und Westen.

Den Engländern aber wollte er von der eroberten flandrischen Küste aus die eisengepanzerte Faust dauernd unter die Nase halten können. Auf dem Wege einer Verständigung wäre ein solcher Gewaltfrieden natürlich nicht zu haben gewesen, deshalb erschien ihm als Ideal ein „Diktierfrieden“, wie ihn die Entente schließlich uns hat aufzwingen können:

„Wenn wir einen Diktierfrieden schließen könnten, dann wäre niemand unter uns, der sich in der Partei entgegenstemmen würde, wenn wir fremdes Gebiet uns aneignen, weil das der Verständigung der Völker widerstreben würde.“

DIE KAPITALISTEN UND IHRE PROFESSOREN

Es wäre natürlich ganz bedeutungslos gewesen, wenn nur Einzelpersonen ausschweifende Eroberungsforderungen aufgestellt hätten. Hinter sie stellten sich sehr geräuschvoll leider nicht nur weltfremde Professoren, sondern auch mächtige wirtschaftliche Organisationen. Sie brachten die Eroberungsforderungen erst in ein bestimmtes System. Und erst dadurch entstanden die großen Schwierigkeiten innerhalb der SPD., die noch zu besprechen sein werden. Wo immer deutsche Eroberer und politische Finsterlinge sich „patriotisch“ geregt haben, stets fanden sich hilfsbereite Professoren, um ihnen beizuspringen. Das giftige Wort eines Königs von Hannover, das von Rennpferden, Professoren und gänzlich eindeutigen Damen handelt, soll nicht wörllich zitiert, dagegen muß in gedrängter Form berichtet werden, wie deutsche Universitätslehrer, industrielle Weltmachtpolitiker, „notleidende Agrarier“ und sehr engstirnige „Festdruff“-Politiker sich gegenseitig an wahnwitzigen Er-

oberungsforderungen zu übertrumpfen suchten. Die von den Wirtschaftsverbänden erhobenen Forderungen, die hier in gekürzter Form angeführt werden, decken sich im wesentlichen mit den Kriegszielen der Akademiker.

Silentium! Deutsche Weltmachtpolitiker sprechen jetzt zur kaiserlichen Regierung:

„Exzellenz!

. . . Mit dem ganzen deutschen Volke ist auch die deutsche Erwerbstätigkeit in Landwirtschaft und Industrie, Handwerk und Handel fest entschlossen, in dem Deutschland aufgezwungenen Kampf auf Leben und Tod ungeachtet aller Opfer auszuharren bis zum letzten, damit Deutschland aus diesem Kampfe nach außen stärker, mit der Gewähr eines dauernden Friedens und damit der Gewähr einer gesicherten nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung auch im Innern hervorgehe . . .

Mit Befriedigung ist überall die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aufgenommen, daß kein Urteilsfähiger daran denken kann, die für Deutschland günstige Kriegslage zugunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses mit irgendeinem seiner Feinde preiszugeben . . . Also kein vorzeitiger Frieden. Denn von einem solchen steht ein ausreichender Siegespreis nicht zu erhoffen.

Aber auch kein lauer Frieden, kein Frieden, der nach den angedeuteten Richtungen hin nicht die volle politische Ausnutzung der von uns erhofften schließlichen militärischen Erfolge in sich begreift!

Denn es darf nicht verkannt werden, daß die volle Ausnützung der militärischen Lage für die äußere Machterweiterung Deutschlands nicht nur die Voraussetzung für die Sicherstellung unserer Zukunft nach außen, sondern auch die gleich wichtige Voraus-

setzung dafür bildet, daß die opferfreudige Geschlossenheit des deutschen Volkes auch für die innere Politik in kommenden Friedenszeiten nutzbar gemacht werden kann. Dem Blutopfer von Hunderttausenden muß auch der Siegespreis entsprechen!

Welche Forderungen im einzelnen — die militärische Durchführbarkeit vorausgesetzt — nach Ansicht der unterzeichneten Verbände erfüllt werden müssen, um Deutschland politisch, militärisch und wirtschaftlich so zu festigen, daß es allen Möglichkeiten der Zukunft getrost entgegensehen kann, ist in der nachstehend wiedergegebenen Eingabe ausgeführt, die unter dem 10. März d. J. . . . an Eure Exzellenz gerichtet wurde: Die Eingabe lautete:

„Die unterzeichneten Körperschaften haben sich mit der Frage beschäftigt, wie die in den letzten Monaten so oft gehörte Formel zu verwirklichen ist, daß diesem Kriege ein ehrenvoller Frieden folgen müsse, der den gebrachten Opfern entspricht und die Gewähr seiner Dauer in sich trägt.

Bei der Beantwortung dieser Frage darf niemals vergessen werden, daß unsere Feinde fortgesetzt verkünden, Deutschland solle vernichtet und aus der Reihe der Großmächte gestrichen werden. Gegenüber diesen Bestrebungen werden wir keinen Schutz finden in Verträgen, welche man im passenden Augenblick wiederum mit Füßen tritt, sondern nur in einer so starken wirtschaftlichen und militärischen Schwächung unserer Gegner, daß durch diese für absehbare Zeit der Friede gesichert wird.

Neben der Forderung eines Kolonialreiches, das den vielseitigen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands voll genügt, neben der Sicherung unserer zoll- und handelspolitischen Zukunft und der

Erlangung einer ausreichenden, in zweckmäßiger Form gewährten Kriegssentschädigung, sehen sie das Hauptziel des uns aufgedrängten Kampfes in einer Sicherung und Verbesserung der europäischen Daseinsgrundlage des Deutschen Reiches nach folgenden Richtungen:

Belgien muß . . . unserem Hauptindustrialgebiet, militär- und zollpolitisch, sowie hinsichtlich des Münz-, Bank- und Postwesens, der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden. Eisenbahnen und Wasserstraßen sind unserem Verkehrswesen einzugliedern. Im übrigen müssen Regierung und Verwaltung des Landes, unter Scheidung eines wallonischen und eines überwiegend vlämischen Gebietes und unter Überführung der für die Beherrschung des Landes wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen und Besitzungen in deutsche Hand so geführt werden, daß die Bewohner keinen Einfluß auf die politischen Geschicke des Deutschen Reiches erlangen.

Was Frankreich betrifft, so muß, aus dem gleichen Gesichtspunkte unserer Stellung zu England, der Besitz des an Belgien grenzenden Küstengebietes bis etwa zur Somme und damit der Ausweg zum Atlantischen Ozean als eine Lebensfrage für unsere künftige Seegeltung betrachtet werden. . . Jeder weitere französische Landerwerb hat, abgesehen von der notwendigen Angliederung der Erzgebiete von Briey, ausschließlich nach militärstrategischen Erwägungen zu geschehen. . . Mit dem Erwerb der Maaslinie und der französischen Kanalküste wäre, außer dem erwähnten Erzgebiete von Briey, auch der Besitz der Kohlengebiete des Departements du Nord und des Pas de Calais

gegeben. Auch diese Erwerbungen setzen — nach den elsäß-lothringischen Erfahrungen wohl selbstverständlich — voraus, daß die Bevölkerung der angegliederten Gebiete nicht in die Lage gebracht wird, politischen Einfluß auf die Geschichte des Deutschen Reiches zu erlangen, und daß die in diesem Gebiete vorhandenen wirtschaftlichen Machtmittel, einschließlich des mittleren und größeren Besitzes, derart in deutsche Hand überführt werden, daß Frankreich deren Eigentümer entschädigt und übernimmt.

Für den Osten muß zunächst die eine Erwägung maßgebend sein, daß der im Westen zu erwartende große industrielle Machtzuwachs ein Gegengewicht durch ein gleichwertiges im Osten zu erwerbendes Landwirtschaftsgebiet finden muß. . .

Hinsichtlich der Verleihung politischer Rechte an die Bewohner der neuen Gebiete und der Sicherung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses in ihnen gilt das hinsichtlich Frankreich Gesagte. Die Kriegsentuschädigung von seiten Rußlands wird in großem Umfange in der Übereignung von Land bestehen müssen. . .

Der Mangel an Häfen unmittelbar am Kanal würde nach wie vor unsere überseeische Betätigung einschnüren. Ein selbständiges Belgien wäre weiter der Brückenkopf Englands, sein Stützpunkt gegen uns. Die natürliche Festungslinie in Frankreich in den Händen der Franzosen bedeutete eine stete Bedrohung unserer Grenze. Rußland aber würde, wenn es ohne Landverlust aus dem Kriege hervorginge, unsere Leistungsfähigkeit und Kraft, die es an der Störung unserer Interessen hindern könnten, mißachten, während andererseits der Nichterwerb landwirtschaftlichen Gebietes an unserer Ostgrenze die

Möglichkeit verringern würde, die Wehrkraft Deutschlands durch genügende Vermehrung seiner Bevölkerung Rußland gegenüber zu stärken.

In Ergänzung dieser Eingabe soll hier aber noch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ziele, welche das deutsche Volk im Interesse der Sicherung seiner Zukunft erstreben muß, in engster Verbindung miteinander stehen und voneinander nicht getrennt werden können."

Unterzeichnet war diese Eingabe von den Vorsitzenden der folgenden sechs Verbände: Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine, zurzeit Westfälischer Bauernverein, Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Reichsdeutscher Mittelstandsverband.

Viel wissenschaftlicher als die Industriekönige, die ewig notleidenden Agrarier unter Führung des Landadels und die Männer des Mittelstands, trumpfen die deutschen Universitätslehrer auf. Bei ihnen ist natürlich jede Forderung „wissenschaftlich“ fundiert. Dafür als Beispiel ein Satz aus ihrem Kapitel Kriegsentschädigung:

„Kämen wir in die Lage, England . . . eine Kriegsentschädigung aufzuerlegen, kein Geldbetrag könnte hoch genug sein. . . Der Geldbeutel ist der empfindlichste Teil dieser Krämernation. Am Geldbeutel vor allem muß sie, haben wir die Macht dazu, rücksichtslos getroffen werden“.

Man kann sich, politisch gesehen, Dümmeres als diese kindischen Forderungen kaum vorstellen: „Kämen wir in die Lage — kein Geldbetrag könnte hoch genug sein!“ Wenn wir einmal einen Bären erlegen, dann —!

Wenn wir das große Los gewinnen — —! Die besondere Eingabe der Professoren war unterzeichnet u. a. von Herm. Schumacher, Professor der Nationalökonomie, Reinh. Seeberg, Professor der Theologie und Professor Friedrich Schäfer, Professor der Geschichte in Berlin. Mißbräuchlich waren die Namen der Professoren Meinecke und Oncken unter die Eingabe gesetzt worden. Dreist über alle Maßen war die Berufung auf das Volk und die Volksmeinung. Die Volksmeinung stimme überein mit den Forderungen der Industriekönige und der Professoren! Kein Wort braucht man darüber zu verlieren. Man braucht nur darauf hinzuweisen, wie die Eingaben von der Gegenseite ausgenutzt worden sind, wie sie das deutsche Volk unerhört geschädigt haben. Man ist versucht anzunehmen, daß das Versailler Diktat in seinen Hauptteilen nach den Forderungen der deutschen Eroberer, die sich nach einem Diktierfrieden sehnten, geformt worden ist.

* * *

Durch die im Umlauf befindlichen Legenden werden manchen Eigenschaften, die sie nicht besessen, und Taten, die sie niemals vollbrachten, angedichtet, während andere als minderwertige Menschen abgetan werden — man denke an Erzberger. Demgegenüber scheint es mir Pflicht zu sein, jede Gelegenheit wahrzunehmen, Legenden zu zerstören, um schließlich doch der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Auf Stresemann, den weitaus redelustigsten Politiker Europas, trifft viel mehr als auf Lloyd George das Wort zu, daß seine Reden seine schlimmsten Feinde sind. Er vermag auf Grund seiner literarischen Studien in Zitaten zu wühlen und kann sie in jeder Rede hundertfach verwenden. Nur von einem Wort scheint er niemals etwas gehört

zu haben: „Reden ist Silber . . .“ Doch trifft auch das Bibelwort auf ihn zu, daß im Himmel mehr Freude ist über einen Sünder, der Buße tut, als über siebenund-siebzig Gerechte, die niemals gestrauchelt sind. Wir wollen uns über seine gründliche Wandlung freuen, seine Freunde aber sollen aufhören, ihn so zu schildern, wie er nicht ist und niemals war. Der Stresemann, der Kurland, Polen und Belgien beherrschen wollte, der die flandrische Küste erobern wollte und nach einem deutschen Gibraltar schrie, der den ewigen Haß gegen England predigte, den Diktierfrieden ersehnte und jeden Gedanken an einen Völkerbund verwarf, war eben ein anderer als der Stresemann, der zehn Jahre später als Freund der Völkerversöhnung und des Völkerbundes den Nobelpreis bekommen hat. Wir wollen ihn und uns beglückwünschen wegen dieser Wandlung zum Besseren.

F ü n f z e h n t e r A b s c h n i t t

K Ä M P F E I N D E R S P D .

Je dreister die erörterten Forderungen, gegen die wir Sozialdemokraten sofort entschiedenen Einspruch erhoben haben, von den Eroberungspolitikern gestellt wurden, um so stärker wurde die Opposition in der Sozialdemokratischen Partei. Während die Mehrheit der SPD. den Standpunkt vertrat, daß wir die Kriegskredite nicht deshalb verweigern könnten, weil von kurzsichtigen Menschen Forderungen, die die Regierung nicht billigte, aufgestellt wurden, vertrat die Minderheit den Standpunkt, daß die Kriegskredite nicht weiter bewilligt werden dürften, denn es sei aus dem Verteidigungskrieg offensichtlich längst ein Eroberungskrieg geworden. Schauplätze dieser Kämpfe in der Partei waren nicht nur Mitgliederversammlungen

der Organisationen, besonders in Berlin und Leipzig, sondern auch die Sitzungen des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion. Anfänglich waren die Diskussionen in den zuletzt genannten Körperschaften mehr oder weniger leichtes Geplänkel, immer noch getragen vom Geiste der Brüderlichkeit, sehr bald aber wurde aus dem Geplänkel heftiger Kampf mit persönlicher Zuspitzung. Schließlich war von sachlichen Auseinandersetzungen kaum noch die Rede, es wurde vielmehr in der gehässigsten Weise gegen die Leitung der SPD. und ihre Reichstagsfraktion gewühlt. Immer deutlicher war auch zu bemerken, wie die früheren Kämpfe um die Parteitaktik Stachel zurückgelassen hatten.

Die Putschtaktik, von Rosa Luxemburg und Klara Zetkin, Karl Liebknecht und anderen verfochten, war von den Parteitag abgelehnt worden. Das hatte die Anhänger der Russentaktik, die für Deutschland wie die Faust aufs Auge paßte, schwer gekränkt. An anderer Stelle ist der Kampf auf dem Parteitag in Jena 1913 geschildert worden. Mit Ausbruch des Krieges glaubten die „Radikalsten“ ihre Zeit gekommen. Geradezu entsetzt war ich, als Heinrich Schulz, der spätere Staatssekretär im Reichsinnenministerium, mir über eine Unterredung berichtete, die er wenige Tage vor Kriegsausbruch mit Rosa Luxemburg gehabt hatte. Beide waren hervorragend im Bildungsausschuß der SPD. beteiligt gewesen, er als Leiter und Lehrer der Parteischule, die zu meinem Dezernat im Parteivorstand gehörte, sie als Lehrerin. Als in den letzten Julitagen 1914 ganz Deutschland fieberte, zwischen Furcht und Hoffnung lebte, ob der Frieden erhalten werden könne, sprach Heinrich Schulz, der sich mit Rosa Luxemburg allein in einem Lehrzimmer befand, aus tief bekümmertem Herzen: „Hoffentlich kann der

Krieg vermieden werden.“ Darauf rief ihm Rosa Luxemburg über den Tisch zu: „Hoffentlich nicht!“ Sie erwartete vom Kriege wohl, daß er die Weltrevolution bringen werde.

Eine Sitzung des Parteiausschusses hatte am 27. September stattgefunden. Haase führte den Vorsitz, wozu Ebert es nur in ganz seltenen Fällen kommen ließ. Ebert referierte über die Lage der Partei und sagte u. a.: „Was die Haltung der deutschen Parteipresse anbelangt, so hat in den ersten Tagen des Kriegsausbruchs sich gezeigt, daß eine Reihe von Blättern etwas vom Kriegsrausch erfaßt wurde. Wir haben in unserem Zirkular vom 11. August hiergegen Stellung genommen; nachher ist es besser geworden.“

Auch einige andere Auslassungen, die auf die damalige Stimmung innerhalb der Partei interessante Streiflichter werfen, sollen hier angeführt werden.

Meerfeld (Köln) führte aus: „In Köln lag ein mir bekannter Genosse, dem die Augen ausgestochen worden sind und der dann verstorben ist. In Belgien sind die Feldgrauen unbeliebt, aber der Landsturm ist beliebt. Wir sollten auch aus Gründen des späteren Zusammenarbeitens in der Internationale versuchen, Klarheit über die dortigen Verhältnisse zu schaffen.“

Für das Treiben der Opposition kennzeichnend waren einige Feststellungen des Genossen Keil: „In Stuttgart ist an der Fraktionshaltung in einer Weise Kritik geübt worden, die das trübste Licht auf die Parteiverhältnisse wirft. Nach dem Kriegsausbruch wurden sofort Vertrauensmännerverhandlungen einberufen und über die Haltung der Fraktion diskutiert. Die gesamte Fraktion, auch die Gegner der Bewilligung einbegriffen, wurden als Lumpen und Schufte deklariert, die vierzig Jahre lang die Partei belogen hätten.“

Fleißner (Dresden), der zur Opposition gehörte, verlangte, daß wir nicht preisgeben dürften, was wir in militärischen Dingen vierundvierzig Jahre vertreten hätten, aber, fuhr er wörtlich fort, „wir wünschen alle, daß Deutschland siegt. Später wird man vergessen, daß die Sozialdemokratie dazu viel beigetragen hat. Dann werden die Kriegstreiber sagen, daß die Rüstungen Deutschland gerettet haben.“

Haase hatte im Laufe der Debatte festgestellt, daß der Parteivorstand in der Frage der Annexionen einstimmig sei und einen ablehnenden Standpunkt einnehme. „Daß in der Fraktionserklärung nichts über den Neutralitätsbruch gesagt war, lag an den besonderen Verhältnissen damals. Nach vierundzwanzig Stunden haben wir schon bedauert, daß vorher niemand diese Frage anregte. Die Erklärung war eben vorher festgestellt und in ihren Einzelheiten gründlich geprüft. Es kam hinzu, daß an der Erklärung am Tage der Reichstagssitzung noch formell ein Satz geändert wurde, damit man in England aus dieser Erklärung nicht falsche Schlüsse zöge. Auch in dieser Pause kam keine Anregung, einen Satz über den Neutralitätsbruch aufzunehmen.“

Hilferding führte u. a. aus: „Wir haben es nicht mit der Haltung der Fraktion allein zu tun; es scheint festzustehen, daß auch die Stimmung der Masse für die Fraktion war, als sie für die Kredite stimmte. Die Parole gegen den Zarismus entsprach der Stimmung der Massen.“

Aus dem Schlußwort Eberts sollen noch einige Sätze angeführt werden: „. . . Wider Erwarten hat Hilferding hier versucht, auf die Ursache des Krieges einzugehen. Ich habe die Frage heute morgen nicht berührt, weil wir Wichtigeres und Dringenderes zu tun haben. Seine Rede war nicht sehr neu. Seine Auf-

fassung, daß der Imperialismus in allen Ländern die letzte Ursache sei, haben wir oft gehört, aber so steht die Frage nicht. Es handelt sich darum, was im letzten Zeitabschnitt vor dem Kriegsausbruch geschah. In dieser Zeit war Deutschland zweifellos bedroht und gezwungen aus Gründen der Selbsterhaltung, sich zu verteidigen. Wir haben uns in unserer Auffassung auch nicht von der Stimmung der Massen leiten lassen. Aber die Kriegserklärung hat gerade gezeigt, wie recht wir gehandelt haben. Die russischen Massen, die auftraten, lieferten den Beweis, daß Rußland den Krieg monatelang vorbereitet hat. In der Frage der Annexionspolitik stimme ich mit dem überein, was Haase gesagt hat. Wir waren allezeit gegen jede Annexionspolitik. Jetzt aber eine große Aktion gegen die Annexionspolitik zu machen, ist noch nicht an der Zeit. Noch stehen Franzosen im Elsaß, und aus Ostpreußen sind die Russen eben erst heraus, und sie versuchen an anderer Stelle wieder hereinzukommen. Die Presse haben wir mit aller Entschiedenheit durch unser Zirkular ermahnt. Wir sind alle einig darin, daß Neutralitätsverträge zu respektieren sind."

Der Verlauf dieser Sitzung ließ deutlich erkennen, daß die Partei vor weiteren großen Schwierigkeiten stand.

Als ein Beispiel für den „Kriegsrausch“, auf den Ebert hingewiesen hatte, mag angeführt werden der in vielen hunderttausend Exemplaren verbreitet gewesene „Wahre Jakob“. In seiner ersten Nummer nach dem Ausbruch des Krieges brachte er ein Titelbild mit der Unterschrift: „Nun Kinder, drauf los! Jetzt hilft nur noch das Dreschen!“ Das Bild zeigte deutsche Arbeiter, die, mit Dreschflegeln ausgerüstet, auf Franzosen, Engländer und Russen, die sich unter Strohbindeln versteckt hatten, losschlugen. Der Partei-

vorstand hat diese Nummer aufzuhalten versucht. Übrigens war die Nummer dem 50. Todestage Lassalles gewidmet und enthielt außer einem Porträt Lassalles ein Bild von Jean Jaurès, der damals bereits von einem französischen Nationalisten ermordet war. Ein Gedicht auf Jaurès und ebenso ein Nachruf waren nicht nur gänzlich frei von jeglichen Blutrauschspuren, atmeten vielmehr tiefe Sehnsucht nach Frieden und Freiheit im Sinne des teuren und geliebten Toten:

„Mit diesem Schwur auf unsern Lippen senken
Das rote Banner wir auf Deine Gruft.“

* * *

Schlimmer als in der geschilderten Septembersitzung des Parteiausschusses ging es im Januar 1915 zu. Liebknecht hatte inzwischen seine Sonderaktion unternommen, die Fraktionsbeschlüsse also unbeachtet gelassen. Ebert berichtete am 13. Januar 1915 im Parteiausschuß:

„Die französische Partei segelt heute völlig im Fahrwasser des Chauvinismus. Selbst die Kammerrede Vivianis, die ganz auf den Ton demagogischer Revanchehetze gestimmt war, hat die Partei gedeckt. Vaillant bemüht sich in der „Humanité“ sogar, die chauvinistischen Tiraden von Pichon und Clemenceau zu übertrumpfen. Die Parteipresse hat dieser Tage eine Blüte aus einem Vaillant-Artikel in der „Humanité“ gebracht:

„Vaillant protestiert in der „Humanité“ gegen einen vorzeitigen Friedensschluß und erklärt, die Verschärfung des Kampfes sei eine gebieterische Pflicht. Schon sei die Öffentlichkeit über die Verzögerung des Appells an Japan erstaunt, bald aber werde sie entrüstet sein. Es gäbe keine ostasiatischen Interessen Frankreichs, die den französischen und elsäßischen

Boden und für die Belgier das Belgienland aufwiegen könnten. Die völlige Niederlage Deutschlands sei Frankreichs Heil und die Freiheit der Völker. Die schleunigste Durchsetzung der japanischen Intervention mit allen geeigneten Mitteln sei der Wille der Nation und die Pflicht der Regierung."

In Italien hat die Parteileitung den Kriegshetzer Mussolini von der Chefredaktion des Zentralblattes entfernen müssen. Das offizielle Organ der Schweizer Partei, die „Berner Tagwacht“, bekundet ihren internationalen Brudersinn dadurch, daß sie fast tagaus, tagein die deutsche Partei in niedrigster und gehässigster Weise beschimpft.

Demgegenüber ergab sich für die SPD. eine ganz klare Situation: wir stehen treu zu unserem Vaterlande, bis die Gegenseite bereit ist, Frieden zu schließen."

Ganz anders war wieder die Stellungnahme Haases:

„Ich bedauere das Auftreten Vaillants auf das tiefste. Aber auch hier sind ähnliche Töne angeschlagen und deren Bekanntwerden könnte auch uns in der Internationale schwer schädigen. Auch bei uns hört man das Wort vom Durchhalten, bis der Feind am Boden liegt. Wir müssen beachten, daß Vaillant auch immer nur die Zertrümmerung des preußischen Militarismus, niemals die Unterwerfung des preußischen Volkes predigt. Ebenso spreche man bei uns davon, daß der Krieg den russischen Zarismus zertrümmern müsse. . ." Wir dürfen die englische Arbeiterschaft nicht verurteilen, weil sie für ihr Land eintritt. Dem täglichen God save the King im „Daily Citizen“ stehen die Aufrufe zur Bildung der Jugendkompagnien in Deutschland gegenüber, die auch für Kaiser und Reich eintreten."

Es war immer derselbe Unterschied zwischen

Haase und uns: Er klagte uns stets an, weil wir dem eigenen Lande die Mittel für den Verteidigungskrieg nicht verweigerten, während er bei den ausländischen Sozialisten die schlimmsten Auswüchse chauvinistischer Gesinnung zu entschuldigen oder gar zu verteidigen suchte.

Gegen Haase wandten sich sehr entschieden Leinert, Hermann Müller und Severing, während Dißmann, Dr. Hilferding, Luise Zietz und Fleißner ihrem Freunde beisprangen. Haase nahm dann selbst noch einmal das Wort. Auf Wunsch von Ebert hatte ich mich in die Rednerliste eintragen lassen, um ihn für das Schlußwort, das naturgemäß nicht stundenlang dauern durfte, zu entlasten.

Ich wies darauf hin, daß Haase, als geschickter Anwalt, jeden Augenblick für — die anderen plädieren könne; das habe er gestern mit erstaunlicher Fixigkeit zugunsten der Engländer, Franzosen und des „Vorwärts“ getan.

„Die Fixigkeit ist aber nicht gleichbedeutend mit Richtigkeit. Haase hat viel mit Wenn und Aber operiert, um die anderen zu entschuldigen. Was würden wir getan haben, wenn usw. Es kommt darauf an, unser Tun zu beurteilen aus der Situation, in der wir uns befanden, nicht aber darauf, wie wir uns hätten verhalten müssen, wenn es so und so gewesen wäre. Haase hat sogar eine Parallele gezogen zwischen der Bundesgenossenschaft der Russen mit den Preußen anno 1813 und dem Bündnis der Russen und Franzosen von 1914. Wenn das Bündnis damals keine Schande gewesen sei für Preußen, dann jetzt nicht für die Franzosen. Das erscheint mir als eine sehr merkwürdige Beweisführung. Für uns kommen nicht schlechtweg die Franzosen in Betracht, sondern die französischen Sozialisten, die von ihren „tapferen Ver-

bündeten“, den Russen, sprachen, die entschlossenen Schrittes auf Berlin marschieren, um — für die Freiheit zu kämpfen . . . Was die Fraktion zur Begründung ihres Verhaltens zu sagen hatte, ist kurz und bündig in der Erklärung gesagt worden: „In der Stunde der Gefahr usw.“ Neuerdings freilich wird man von manchen Genossen angefahren, wenn man das Wort Vaterland gebraucht. Man lese, wie z. B. Rosa Luxemburg im „Labour Leader“ über die „elende Phrase vom Vaterland“ schreibt. Ich wünsche nicht zweierlei Argumentation unsererseits, eine vaterländische vor und eine vaterlandslose nach den Wahlen . . . Meines Erachtens müssen diese Genossen als Demokraten sich fügen und im Interesse des Proletariats für die Geschlossenheit der Partei eintreten; denn wehe uns, wenn wir uns gegenseitig zerfleischen, sobald wieder öffentliche Betätigung möglich ist, statt einig und energisch an die großen Aufgaben zu gehen, die uns nach dem Kriege erwarten. Nur wenn wir nicht geschlossen dastehen, kann es wieder kommen wie nach 1813 und 1870, sonst aber nicht.“

Ebert verurteilte in seinem Schlußwort die Taktik Haases, das Benehmen der französischen und englischen Sozialisten immer in Parallele zu stellen mit dem Verhalten „bei uns“. Bei uns verhalten sich derart nicht die Sozialisten, sondern die Alldeutschen. Da von einer neuen Friedensaktion gesprochen worden war, erklärte Ebert kurz und bündig: Eine Friedensaktion hat nur dann einen Sinn, wenn sie gemeinsam mit den Parteien der kriegführenden Länder unternommen werden kann. Zunächst müssen also die Franzosen und Engländer ihre bisherige ablehnende Haltung aufgeben.

DIE STIMMUNG WIRD IMMER GEREIZTER

Von Sitzung zu Sitzung wurde die Stimmung gereizter. Im Sommer 1915 war es schon sehr schlimm. Haase, Bernstein und Kautsky hatten ihr Pronunciamiento gegen die Partei unter dem Titel „Das Gebot der Stunde“ veröffentlicht, nachdem vorher schon die Berner Tagwacht maßlos gegen die Partei gehetzt hatte und die wüstesten anonymen Flugblätter gegen die Politik der SPD. verbreitet worden waren.

Zu einer Aussprache von größerer Bedeutung kam es auf der Reichskonferenz im September 1916. Diese Reichskonferenz, ein Ersatz für einen Parteitag, den einzuberufen sich als eine Unmöglichkeit erwiesen hatte, fand im Sitzungssaale des Hauptausschusses im Reichstage statt. Sie war aus dem ganzen Reiche so stark besucht, daß der größte Kommissionssaal des Reichsparlaments die Delegierten kaum zu fassen vermochte. Die Stimmung war von Anbeginn an ganz ungewöhnlich gereizt. Johannes Timm, ein Mitglied der KK. der SPD., ein durchaus besonnener und ruhiger, allgemein beliebter Genosse, wurde während der Rede Eberts durch Zwischenrufe Stadthagens derart gereizt, daß er aufsprang und Stadthagen ins Gesicht schlug. Die Art der damaligen Arbeit der Opposition in der Partei wird anschaulich gekennzeichnet durch das Vorwort, das den von Ebert und mir auf der Konferenz gehaltenen Reden vorausgeschickt worden ist:

„Die stenographisch aufgenommenen Reden wurden den einzelnen Rednern zur Durchsicht und etwa notwendigen Berichtigung mit der Bitte zugestellt, die Korrekturen umgehend wieder zurückzugeben.“

Alle Korrekturen kamen schnellstens zurück, nur die von Haase nicht. Auf eindringliche Mahnungen

hin kamen sie endlich. Zu gleicher Zeit aber kam seine bereits als Flugblatt gedruckte Rede, die im ganzen Reich verbreitet worden ist. Nunmehr wurde vom Parteivorstand erst beschlossen, auch Eberts und meine Reden drucken zu lassen!

Ebert hatte auf der Reichskonferenz über die Tätigkeit des Parteivorstandes im Kriege berichtet, nachdem ich zuvor über die Politik der Partei gesprochen hatte. Ebert wandte sich bei dieser Gelegenheit scharf gegen Streiks, besonders natürlich gegen die gewissenlose Aufhetzung zum Streik. Darüber soll in einem späteren Kapitel noch einiges gesagt werden.

Aus meiner Rede möchte ich nur an zwei Stellen erinnern. Ich hatte auf die Einheitlichkeit hingewiesen, mit der bei Kriegsausbruch nahezu alle Genossen für die Bewilligung der Mittel zur Führung des Verteidigungskrieges eingetreten waren.

„Waren das alles Toren, die nicht wußten, was sie taten? Oder waren es Verräter, die ihre Überzeugung für einen Judaslohn verkauft hatten? Nein, es waren aufrechte Sozialisten, die an ihrem eigenen in Not und Sorgen befindlichen Volke ein Werk der Solidarität, der Hilfsbereitschaft übten. Sie fragten nicht mehr, wie das alles gekommen war, sie sahen die große Gefahr und traten in die Bresche, sie handelten so, wie sie ihrer Überzeugung nach handeln mußten, und sie handelten so, wie das ganze deutsche Volk damals wollte, daß gehandelt werde. Wenn damals am 4. August 1914 statt der Volksvertretung das Volk selber hätte abstimmen können, was glauben Sie, wie dann die Abstimmung ausgefallen wäre! Wenn es sich darum gehandelt hätte, abzustimmen für Krieg und Frieden, dann wäre natürlich das ganze deutsche Volk für den Frieden eingetreten. Das ist ganz selbstverständlich, dann hätten erst diejenigen, die anderer Mei-

nung waren, gesehen, was für ein klägliches Häuflein sie im Reiche sind. Ja, auch wenn der Reichstag damals abzustimmen gehabt hätte über Krieg und Frieden, glauben Sie dann, daß in der sozialdemokratischen Fraktion auch nur eine Spur von Meinungsverschiedenheit gewesen wäre? Selbstverständlich wäre die ganze Fraktion für den Frieden eingetreten. So lagen die Dinge aber nicht. Der Krieg war da — — der Krieg war da, als unbestreitbare, nicht mehr aus der Welt zu schaffende, furchtbare Tatsache, und nun handelte es sich nur noch darum, ob Rußland mit seinen Verbündeten siegen oder zurückgeworfen werden sollte. Was glauben Sie wohl, wenn damals die Frage der Kreditbewilligung einer Volksabstimmung unterzogen wäre, wie das Volk da gestimmt hätte? Unsere Vertrauensleute in der Partei und in den Gewerkschaften, unsere Versammlungsbesucher, in deren Ohren noch all die schweren Klagen gegen Rußland klangen, sie wären die ersten gewesen an den Wahlurnen. In einem Meer von Ja- und Ja-Stimmen wären die paar Nein-Stimmen vollständig ertrunken . . . Der unsinnige Grundsatz, daß man gegenüber dem Schicksal des eigenen Volkes gleichgültig sein könnte, kann nur vertreten werden von politischen Eingängern, von weltfremden Propheten. Aber ein solcher Grundsatz kann nicht vertreten werden von einer Partei, die ein großes Stück des deutschen Volkes selber bereits ist und die das ganze deutsche Volk werden will. Eine solche Partei kann die grundsätzliche Pflicht der Landesverteidigung nicht verneinen oder sie wird nicht bleiben können, was sie ist, sie wird niemals werden können, was sie werden will.“

Eine andere Stelle, die sich scharf gegen das Eroberungsgerede der Opposition richtete, lautete so:

„Genau so wie die Kritiker die Wirkung einer Ab-

lehnung der Kredite überschätzen, unterschätzen Sie die Gefahr, in der wir uns befinden. Diese Gefahr wird von weiten Kreisen innerhalb der Opposition zu niedrig eingeschätzt; sie glauben, wir wären über den Berg schon hinweg. Das ist aber nicht der Fall. Wir befinden uns jetzt im dritten Jahre des Krieges, wir leben in einer furchtbaren Gefahr. Als der Krieg kaum drei Wochen gedauert hatte, hat selbst einer der anerkannten Wortführer der Opposition, ein Mitglied der heutigen Arbeitsgemeinschaft, gesagt:

„Ganz gewiß ist es für Deutschland eine Lebensfrage, daß es diesen Krieg besteht. Belgien, Frankreich und England haben von einem Siege Deutschlands für ihre innere Entwicklung wenig zu befürchten. Für Deutschland aber wäre, wenn es der Koalition dieser Länder mit dem zarischen Rußland unterliege, seine ökonomisch-soziale wie kulturelle Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus, wenn nicht auf ein Menschenalter unterbunden. Was das für die deutsche Arbeiterklasse und die deutsche Arbeiterbewegung zu bedeuten hätte, braucht nicht erst gesagt zu werden.“

Das schrieb am 25. August 1914 Genosse Eduard Bernstein. Wenn die Gefahr damals schon so groß war, wie Bernstein sie geschildert hat, so sage ich, die Gefahr war damals eine Bagatelle im Vergleich zu der Gefahr von heute . . .

Wenn Deutschland die Niederlage erlitte, die unsere Feinde uns zgedacht haben, dann, Parteigenossen, würden wir sehr schnell merken, wie sehr uns das interessiert. Unser Land würde furchtbar leiden, die wirtschaftliche Entwicklung wäre unterbunden, unerschwingliche Kontributionen würden uns auferlegt. — Was soll dann aus dem Sozialismus werden? Was nützt uns eine gerechte Güterverteilung in einem Lande, dessen Volk einen gewaltigen Teil seiner Ar-

beitsprodukte nicht abzuliefern hätte an einheimische Kapitalisten, sondern an fremde Eroberer? Seit zwei Jahren stehen wir am Rande eines Abgrundes und keiner von uns ist imstande, die Tiefe dieses Abgrundes zu ermessen."

„NEUORIENTIERUNG NACH DEM KRIEG!“

So unverständig die kaiserliche Regierung sich bis zum Ausbruch des Krieges gegenüber der Arbeiterbewegung benommen hatte, so sehr war sie nach Ausbruch des Krieges bemüht, die Samtpfötchen zu zeigen. „Ich kenne keine Parteien mehr!“ Daß es so nicht weitergehen könne, wie bis 1914, hatten nun auch die Ratgeber ihres allergnädigsten Kaisers, Königs und Herrn, die bis dahin die Zeichen der Zeit so gründlich mißverstanden hatten, eingesehen. An einer Sitzung, zu der Staatssekretär Delbrück am 6. November 1914 eingeladen hatte, nahmen für die SPD. Haase und ich teil. Delbrück wies auf die bevorstehende Sitzung des Reichstages am 2. Dezember hin, in der neue Kriegskredite bewilligt, unter keinen Umständen aber geredet werden sollte. Um dem Reichstag Gelegenheit zu geben, zu den Vorlagen, die die Regierung ihm unterbreiten werde, Stellung zu nehmen, halte er es im Einverständnis mit dem Präsidenten Kaempf für zweckmäßig, wenn eine Kommission des Reichstages berufen werde. Er stelle sich vor, daß diese Kommission etwa in der Zusammensetzung der Budgetkommission die Vorlage durchsprechen und eine Verständigung über die Behandlung im Plenum herbeiführen könne. Es müsse ermöglicht werden, die gestellte Aufgabe in einer Sitzung zu erledigen. Das könne gehen, wenn von einer Debatte Abstand genommen würde.

Eine solche würde uns besonders im Ausland ungeheuren Schaden anrichten.

In der Aussprache wurde von nahezu allen Seiten darauf hingewiesen, daß man wohl nach dem Vorschlage Delbrücks in einer Kommission einen Ausgleich über allerlei Differenzpunkte herbeiführen müsse. Von allen Seiten wurden jedoch auch Beschwerden vorgebracht. Die Konservativen beschwerten sich, „weil die Sozialdemokratie volle Freiheit hätte, während sie, wenn sie ein Wort gegen die Sozialdemokratie schrieben, sofort energisch verwarnt worden wären.“ Natürlich wurde diesen absolut unwarhen Behauptungen von unserer Seite entschieden widersprochen. Wir betonten, daß eine Aussprache im Reichstag schon deswegen unumgänglich sein werde, weil man anderswo nicht die Möglichkeit habe, Kritik zu üben, weder in Versammlungen noch in der Presse. Das Gefühl der Rechtsungleichheit sei jetzt besonders stark.

Jede Fraktion hatte dann ihren Beschwerdesack geöffnet, so daß dem Staatssekretär immer unbehaglicher wurde. Der Pole Seyda wies auf das Verhalten seiner Landsleute in diesem Kriege hin. Dadurch seien alle Beschuldigungen zu Boden geschlagen. Ob seine Fraktion auf eine Aussprache verzichten werde, dürfte im wesentlichen davon abhängen, wie man die Polen nach dem Kriege zu behandeln gedenke. Groeber wies auf die Behandlung der Jesuiten hin! Delbrück bat immer eindringlicher: „Um Gottes willen nicht jetzt!“ Er halte es für selbstverständlich, daß nach dem Kriege eine Neuorientierung und Verschiebungen in der inneren Politik stattfinden müßten.

Ich betonte, gegen den gemurmelten Widerspruch Haases, die Bedeutung der hier zum ersten Male offiziell angekündigten Neuorientierung und fragte

Delbrück, ob man darüber nicht öffentlich sprechen dürfe, denn das könne vielleicht von großer Bedeutung sein oder werden. Darauf antwortete Delbrück: „Ich habe meine Erklärung im Einverständnis mit dem Reichskanzler abgegeben, bisher aber nicht seine Ermächtigung erhalten, sie zur Zeit zu veröffentlichen.“

Es soll hier im Hinblick auf die „Neuorientierung“ gleich an eine weitere Sitzung bei Delbrück erinnert werden, die mehr als drei Monate später stattgefunden hat, nämlich am 26. Februar 1915. Es handelte sich wieder um eine Kreditforderung von 10 Milliarden Mark. Die sozialdemokratische Fraktion war vertreten durch ihre drei Vorsitzenden: Haase, Molkenbuhr und mich. In dieser Sitzung forderte Haase die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung, eine Forderung, die von den Gewerkschaften seit Jahrzehnten verfochten worden war. Als Delbrück Einwände machte, fiel ich ihm ins Wort: „Ja, wie steht's vor allen Dingen mit dem Wahlrecht?“, worauf Delbrück antwortete: „Das einzuführen ist doch im Krieg ganz unmöglich, erstens fehlt es uns an Arbeitskräften für die Ausarbeitung von Entwürfen, zweitens ist es sehr bedenklich, in der Kriegszeit heiß umstrittene Materien anzuschneiden, wo bleibt da der Burgfrieden?“ Ich antwortete ihm, daß zweifellos erhebliche Schwierigkeiten entstehen würden, aber größere Gesetzentwürfe könnten doch mindestens in bestimmt programmatischer Weise angekündigt werden. Delbrück antwortete: „Das ist fast noch verhängnisvoller als die Vorlage von Gesetzentwürfen. Was soll die Regierung ankündigen, wenn sie über Einzelheiten im unklaren ist und wenn sie weiß, daß heftige Widerstände zu erwarten sind? Mit solchen Ankündigungen hat Bülow die schlimmsten Erfahrungen gemacht, z. B. bei der Börsengesetzreform, ebenso wie beim Wahlrecht.“ — Wahnschaffe wandte

ein: „Der jetzige Reichskanzler ist ein viel zu ernster Mann, als daß er Gesetze ankündigen würde, über deren Einzelheiten er nicht alles genau kenne.“

In meinem Tagebuch heißt es im Anschluß an den zitierten Sitzungsbericht wörtlich weiter: „Also es gibt zunächst nichts und wird auch nichts in Aussicht gestellt. Das hatte ich erwartet. Schließlich haben wir nicht für die Kredite gestimmt, um eine Belohnung dafür zu bekommen. Ich habe mir keine Illusionen gemacht. Es heißt eben, zu gegebener Zeit kämpfen, und zwar rücksichtslos kämpfen. Auf Grund unserer Haltung im Kriege wird es leichter sein, nach dem Kriege durchzusetzen, was bisher nicht möglich war.“

LANDESVERRAT

Eine Besprechung mit Regierungsvertretern jagte die andere, bald handelte es sich um sozialpolitische Fragen, bald um Getreide- und Kartoffelpreise. Am 10. Oktober 1914 schon hatte der Unterstaatssekretär Richter uns mitgeteilt, daß die Höchstpreise für Magnum bonum auf 2.75 bis 3.05 Mark pro Zentner (für den Großhandel) festgesetzt werden müßten, daß er im übrigen bereits fest schmuggelte, um Lebensmittel zu beschaffen. Die Preise für die geschmuggelten Waren seien enorm. Bei den Preisfestsetzungen komme die Notwendigkeit in Betracht, der Gefahr zu begegnen, daß Getreide aus dem Inlande hinausgeht, um einen Markt zu suchen, auf dem höhere Preise bezahlt werden. Wenn diese Differenz sehr groß ist, sei es trotz der peinlichsten Zollmaßregeln und der Grenzüberwachung nicht möglich, den Abfluß von Getreide nach dem Auslande vollständig zu unterbinden!

Nicht vergessen werden darf auch der Brief, den der bekannte frühere konservative Abgeordnete von Oldenburg-Januschau an den damaligen preußischen Innenminister von Loebell geschrieben hat. Hier ist er:

„Liebste Exzellenz Fritz!

Im Begriff, nach Polen auf meinen Posten zurückzukehren, danke ich Gott, die Schererei mit den Gütern und der Zivilverwaltung los zu sein. — Es ist auf dem Lande jetzt tatsächlich unerträglich mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht, und so machen es viele. Weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen viel zu groß ist. Die Sache mit den Kartoffeln ist jetzt einigermaßen vernünftig, von den Schweinen wird die Hälfte in den Pökeltonnen verfaulen. Die Erbitterung auf dem Lande ist sehr groß und wird sich nach dem Kriege entladen. Dazu kommt, daß das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung in allen Kreisen immer mehr schwindet. Daß das Vertrauen zur Obersten Zivilleitung längst fehlt, weißt Du. — Nun aber Schwamm drüber —“

Der Brief ist geschrieben und verschickt worden am 15. April 1915. Das war die Zeit der furchtbarsten Wirkungen der englischen Blockade! Wie viele, ließ der Junker das Land brach liegen, weil die Zwangswirtschaft ihm wider den Strich ging. Mochte der Krieg verloren und das Vaterland zugrundegehen — der Junkerstandpunkt über alles!

Diese Bemerkungen lassen deutlich genug erkennen, wie in gewissen Kreisen der Profit über alles ging, auch über die wichtigsten Lebensinteressen des kämpfenden, blutenden und hungernden Volkes. Die deutschen „Landesverräter“ müssen da gesucht werden, wo die Herrschaften sitzen, die die Bestellung

ihrer Äcker unterließen, weil ihnen die behördlichen Maßnahmen nicht paßten und weil ihnen die Preise zu niedrig waren. Schlimmster Landesverrat war natürlich auch die Ausfuhr deutscher Lebensmittel, weil im Auslande höhere Preise zu erzielen waren. Der deutschnationale Rechtsanwalt Brill in Kassel hat in einer Eingabe an eine Militärbehörde vom 21. Juli 1916, wie an Gerichtsstelle konstatiert worden ist, geschrieben:

„. . . Die Landwirte bereiten ständig allen Anordnungen der Behörden nach Möglichkeit schon ohne weiteres Schwierigkeiten, obwohl gerade sie es sind, die sämtlich infolge des Krieges glänzende Geschäfte gemacht haben . . .“

Viel wichtiger ist freilich, was der bayerische Bauernführer Dr. Heim im „Fränkischen Bauer“ 1916 Nr. 11 gesagt hat:

„Leider muß ich auf Grund von Berichten, die ich von einwandfreier Seite erhalten habe, konstatieren, daß es auch im Bauernstand Leute gibt, die, die Zeit und die Notlage des Krieges ausnützend, für ihre Produkte Wucherpreise verlangen. Wohl sind es nur einzelne, aber ihr Verhalten schädigt den ganzen Bauernstand für jetzt und für die Zukunft . . . Diese Nimmersatten gereichen ihrem Stand zu einem solchen Schaden, daß sie es gar nicht verantworten können. Wenn die Nahrung der Ärmsten der Armen, die Kartoffel, zum Gegenstand von Preiswucher gemacht wird, so ist das himmelschreiend, und ich stehe nicht an, zu sagen, daß solche Erzeuger oder Grundbesitzer, die Kartoffelwucher treiben, eine Schande für den ganzen Bauernstand sind.“

Und warum sind Volk und Heer schließlich vollkommen zermürbt? Weil sie jahrelang haben hungern müssen!

Es wäre ein großes Unrecht, in diesem Zusammenhang nur von den landwirtschaftlichen Sündern zu reden, obwohl die Industrie es auch verstanden hat, ihre vaterländischen Schäfchen zu scheren. Aus einem besonderen Anlaß setzte das Preußische Kriegsministerium im Kriege eine Untersuchungskommission ein, die zunächst in einen süddeutschen Betrieb hineinleuchten sollte. Das Ergebnis war geradezu unerhört und dennoch wurde gegen die Firma nichts unternommen. Sehen wir uns einige Sätze aus dem amtlichen Bericht über das Ergebnis der Untersuchung an:

„... es beträgt in 1917 der von der Prüfungskommission errechnete Fabrikationsgewinn fünfzehn Millionen Mark mehr, als die Gesellschaft ausgewiesen hat . . . Die Prüfungskommission zieht aus ihren gesamten Feststellungen den Schluß, daß in den besprochenen, mindestens 81 bzw. 96 Millionen Mark Mehrgewinn jene Wirtschaftspolitik ihren Ausdruck findet, die im Zusammenhang mit den organischen Fehlern der auftragerteilenden Stellen zu einem wesentlichen Teil dazu beigetragen haben, die Teuerung auf allen Gebieten heraufzubeschwören, unter der das deutsche Volk seit Jahren ächzt . . . Wenn die Geschäftsleitung auf Erzielung hoher Preise für Heereslieferungen bedacht war, so geschah es mit Recht, soweit dabei vorsichtigerweise die Tendenz der steigenden Materialpreise und Arbeitslöhne, wie auch die vielen anderen Risiken des Krieges und die Kosten der Wiedenumstellung des Kriegsgeschäfts auf das Friedensgeschäft zu berücksichtigen waren, mit Unrecht, soweit ein gesunder, kapitalistische Interessen übersteigender Überschub erzielt wurde, der in diesem Falle von dem in einer Notlage befindlichen auftraggebenden Staate zu tragen und infolgedessen von den steuerzahlenden Staatsbürgern aufzubringen war.

Über die Grenze zwischen Recht und Unrecht, hier gleichbedeutend mit mäßigen und übermäßigen Gewinnen, läßt sich streiten, solange die angewandten Mittel unanfechtbar sind.

Darüber, daß sich die Geschäftsleitung ihrer aus der Notlage des Reichs zu folgernden Verantwortung nicht oder wenigstens nicht voll bewußt war, bestand bei der Prüfungskommission keine Meinungsverschiedenheit. Darin bildet die Gesellschaft aber nicht eine einzelne Er-

scheinung, sondern nur ein typisches Beispiel für eine große Menge der für Rüstungszwecke herangezogenen Unternehmer, und es wäre nach Ansicht der Prüfungskommission ein Unrecht, wenn diese eine Gesellschaft anders behandelt und beurteilt werden würde wie jene große Zahl der im Kriege besonders begünstigten Geschäftskreise und Einzelpersonen" . . .

Also: In der Ausplünderung des hungernden Volkes, was gleichzusetzen ist der Zermürbung der Widerstandskraft des Volkes, das heißt der Vorschubleistung feindlicher Interessen, war die unter die Lupe genommene Gesellschaft typisch für eine große Menge der deutschen Rüstungsindustrie!

IMMER NEUE SCHWIERIGKEITEN

Nach einer offiziellen Besprechung unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Richter hatte ich Ende November 1914 eine Unterredung unter vier Augen mit dem damaligen Unterstaatssekretär Lewald. Ich sagte ihm, daß es am 2. Dezember im Reichstage nicht ruhig hergehen werde, wenn wir mit leeren Händen vor die Fraktion treten müßten. Die Arbeitslosenhilfe, gleichviel ob sie geleistet werde durch das Reich direkt, oder durch die Gemeinden mit Reichshilfe, sei das mindeste, was gewährt werden müsse. Lewald hatte Verständnis für die Schwierigkeiten unserer Fraktion und versprach mir, am nächsten Morgen mit Delbrück, der von der Beerdigung seiner Frau noch nicht zurück sei, sprechen zu wollen. Im Laufe der Unterhaltung zeigte es sich, daß Lewald über mancherlei Fraktionsinterna ausgezeichnet informiert war.

Ich ersuchte ihn im weiteren Gespräch, noch auf eine Milderung der Zensur hinzuwirken, sowie die Beseitigung des Belagerungszustandes für das Reichs-

innere vertreten zu wollen. Lewald blickte damals schon ziemlich pessimistisch auf den Kriegsausgang hin und glaubte die Möglichkeit, den Belagerungszustand beseitigen zu können, verneinen zu müssen.

In Stuttgart war inzwischen eine Palastrevolution ausgebrochen. Der radikale Redakteur Crispian war durch Wilhelm Keil ersetzt worden. Haase machte deshalb erheblichen Lärm. Ebert und Braun mußten nach Stuttgart fahren, um zu sehen, was los sei. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften klagte den „Vorwärts“, besonders Stadthagen an. Deshalb kam es in Lichtenberg zu einer Versammlung, in der Stadthagen den Parteivorstand in der wütesten Weise angriff. Otto Braun, der der Versammlung beiwohnte, regte sich in seiner Antwort an Stadthagen dermaßen auf, daß er infolge eines Nervenschocks zusammenbrach und dann tagelang das Bett hüten mußte. In den Vorstandssitzungen der Partei und der Fraktion kam es fortgesetzt zu wenig freundlichen Auseinandersetzungen. Am 21. November, kurz vor der neuen Tagung des Reichstags, hielt die Fraktion eine Sitzung ab. Ich begründete die Notwendigkeit weiterer Kreditbewilligung, Haase sprach dagegen.

DER REICHSKANZLER ÜBER DIE FEINDE

Herr von Bethmann Hollweg hatte Haase, Molkenbuhr und mich am 21. November 1914 zu einer neuen Besprechung gebeten. Zunächst hielt er uns im Auszug die Rede, die er tags darauf im Reichstag halten wollte. Auf meine Bemerkung, daß wir alle drei angenehm überrascht seien von seiner Zuversicht über die Kriegslage und den Kriegsausgang, wurde er stutzig und packte dann allmählich aus: „Alle unsere Feinde

haben wir unterschätzt, Österreich überschätzt. Die Verpflegung der Russen ist vorzüglich, ebenso ihre Ausrüstung. Ihre Mobilmachung klappte überraschend gut. Schwierigkeiten haben sie nur mit der Munition und mit den Offizieren. Ihr Menschenmaterial ist schier unerschöpflich. Die Franzosen sind besser in der Offensive als wir angenommen haben; daß sie in der Defensive brillant sind, wußten wir ja. Ihre Führung durch Joffre ist ganz vortrefflich.“ Eine Überraschung für uns sei auch die Leistung der Engländer. Niemand hat damit gerechnet, daß sie täglich neue Truppen über den Kanal würden schicken können. „Übrigens herrschen die Engländer in Frankreich zur Zeit vollkommen politisch und militärisch. Auf den energischen Widerstand der Belgier waren wir auch nicht gefaßt. Die Lage hätte sich für uns über alles Erwarten gestaltet, so daß man die Hilfe der Türken gern akzeptiert habe. Was durch das Eingreifen der Türken sich entwickeln werde, sei nicht zu übersehen, auf alle Fälle würden die Friedensverhandlungen dadurch kolossal kompliziert.“

Der Reichskanzler wollte dann wissen, ob wir im Reichstag im Einverständnis mit den anderen Parteien die Kredite bewilligen und alle etwaigen Wünsche in der freien Kommission (ein Ersatz für den Haushaltsausschuß) vortragen wollten. Wir gossen ihm sofort reinen Wein ein. Unsere Fraktion habe zu der Kreditbewilligung überhaupt noch nicht Ja oder Nein gesagt. Keinesfalls würde der neue Kredit ohne Erklärungen bewilligt werden. „Wir hätten die Verpflichtung, mancherlei zu sagen und offen zu bekunden, daß wir zu einem Frieden der Verständigung jederzeit geneigt seien. Bethmann war immer nervöser geworden und bat uns händeringend — buchstäblich —, von einer Erklärung Abstand zu nehmen und nichts vom Frieden

zu sagen. Jedes Wort von uns werde im Auslande ausgenutzt und zum Schaden Deutschlands gedeutet werden. Wir widersprachen dem entschieden. Er: Glauben Sie, ich würde nicht morgen sofort Frieden machen, wenn es angängig wäre, gleichviel, ob mit Frankreich oder Rußland! Aber wir dürfen jetzt nicht vom Frieden reden, sonst heißt es: Seht, sie sind fertig, nun erst recht aushalten. So werde das Gegenteil von dem erreicht, was wir durch unsere Friedensklänge bezwecken wollten. Es sei ein Unglück, daß Jaurès tot und Caillaux ausgeschifft sei. Wir hätten doch in unserer Erklärung vom 4. August gesagt, was wir für notwendig gehalten hätten, bereits Gesagtes brauchten wir doch nicht zu wiederholen."

Wir antworteten ihm, daß wir gewissenhaft über das uns Gesagte in der Fraktion berichten wollten. Nebenbei erzählte Bethmann uns, er habe in Gesprächen mit Franzosen, die ihn nicht gekannt hätten, den Eindruck gewonnen, daß sie keinen Haß gegen Deutschland hegten. Er habe auch keine Spur von Revanchegelüsten bemerkt, wenn er vom Hauptquartier aus unerkannt unter die Bevölkerung gegangen sei. Er sei der Überzeugung gewesen, daß die Revancheredereien immer nur von solchen Leuten ausgingen, die eine elsäß-lothringische Frage als Sprungbrett für ihre politische Karriere benutzen.

KAMPF UM EINE KREDITERKLÄRUNG

Im Fraktionsvorstand wurde beschlossen, der Fraktion die Abgabe einer Erklärung am 2. Dezember zu empfehlen. Drei Entwürfe wurden uns schließlich unterbreitet, je einer von Haase, Hoch und Heine. In dem Entwurf des klugen Heine waren einige Sätze enthalten, deren Ausmerzung uns später große Mühe ge-

macht hat. Sie waren unmöglich in der damaligen Situation, bewiesen aber, wie groß die Erbitterung selbst der Einsichtigsten über die Handhabung des Belagerungszustandes war. Um die Erklärung vom 2. Dezember 1914 ist gekämpft worden im Vorstand der Fraktion, dann in der Fraktion, in Konferenzen mit Wahnschaffe und Zimmermann, mit Bethmann und Delbrück, schließlich auch in einer von Delbrück einberufenen Sitzung der Vorsitzenden aller Parteien. Diese letztere Sitzung fand im kleinen Bundesratsaal des Reichstages statt. Von unserer Fraktion waren eingeladen worden Haase, Molkenbuhr und ich. Delbrück und Kaempf jammerten geradezu über unsere Erklärung, die wir ihnen nach der endgültigen Formulierung in der Fraktion auf Wunsch gegeben hatten. Jeder Satz wurde unter die Lupe genommen. Von uns sprach nur Haase „für die nicht mehr zu ändernde Erklärung“. Molkenbuhr und ich, die wir angesichts der gesamten Situation zu gewissen Konzessionen bereit gewesen wären, schwiegen. Wahnschaffe und andere sagten uns später, daß wir demonstrativer nicht hätten auftreten können. In der Vorstandssitzung der Fraktion begann der Tanz dann noch einmal, nachdem Haase über die Besprechung unter Delbrück berichtet hatte. Ich schlug einige Änderungen vor. Haase sprang daraufhin auf und erklärte: „Das ist die Spaltung, das mache ich nicht mit. Wir dürfen uns nicht von den anderen Parteien diktieren lassen, was wir erklären könnten und was nicht.“ Ich erklärte das für Unsinn. Wir könnten und müßten unbeschadet dessen, was andere Parteien sagten, erklären, was nicht unrichtig sei von unserem Standpunkte aus, wir dürften auch in der jetzigen Situation nicht mehr erklären, als wir vor uns und vor den Genossen in den Schützengräben und dem ganzen Lande

gegenüber verantworten könnten. David sprang mir bei. Ledebour unterstützte Haase. Ebert suchte zu vermitteln. Da wurde ich wieder herausgerufen. Wahnschaffe erwartete mich in großer Erregung: „Was meinen Sie, wenn Sie mit Haase noch einmal heute abend zum Reichskanzler gehen!“ Ich lehnte glatt ab, weil es absolut zwecklos sei. Ich sei mir über meine Aufgabe vollkommen klar und Haase lasse sich nicht mehr beeinflussen. Die Fraktion entscheide morgen endgültig. Er: „Natürlich will ich nicht Ihretwegen die Unterredung mit dem Reichskanzler, ich will sie wegen Haase. Unterschätzen Sie nicht gewisse Eigenschaften des Reichskanzlers. Es steht so ungeheuer viel auf dem Spiel, auch für Ihre eigenen Genossen im Felde! Wenn Sie einverstanden sind, lasse ich in einigen Minuten Haase bitten, mit Ihnen gleich ins Palais zu kommen.“ Ich antwortete: Meinetwegen!

Eine Viertelstunde später waren Haase und ich bei Bethmann. Ich will gar nicht erst darüber reden, wie Haase inzwischen wieder getobt hatte. Es war längst nach zehn Uhr abends geworden. Wahnschaffe war bei dem Reichskanzler, dieser war in Gesellschafts-toilette; um den Hals hing eine riesig lange, dünne goldene Uhrkette. Er nahm sich in dieser Aufmachung zu linkisch, zu lang, wenig imponierend aus, zu provinzial. Er nahm in seinem Stuhle vor dem Diplomatentische Platz. Haase und ich saßen auf der anderen Seite. Ich war vollkommen ruhig geworden, Haase dagegen bebte vor Aufregung an allen Gliedern. Dabei war er ganz in sich zusammengesunken, und zeigte tatsächlich kein erhebendes Bild. Bethmann nahm Bezug auf seine Rede vom vorausgegangenen Sonntagabend: „Ich habe Sie dringend gebeten, eine Erklärung diesmal zu unterlassen . . . Und nun gar diese Erklärung! Die können Sie nicht verantworten. Sie leh-

nen die Verantwortung erneut für den Krieg ab, das wird so gelesen: Die Regierung und die übrigen Parteien tragen die Verantwortung. Glauben Sie, daß ich nicht alles getan habe, um den Krieg zu verhüten?"

Es folgte eine Aussprache, die sich bis gegen Mitternacht ausdehnte. Für den nächsten Morgen um neun Uhr war die Fraktion bereits wieder einberufen. Ich war pünktlich im Saale. Im Fraktionszimmer standen nach einiger Zeit mehrere erregt debattierende Gruppen. Endlich kam Haase. Ich stürzte sofort auf ihn zu und fragte, ob er sich zu einigen Änderungen habe entschließen können. Haase: „Ich habe natürlich die ganze Nacht auch nicht geschlafen und mir die Sache durch den Kopf gehen lassen. Hier“, damit zeigte er mir seinen korrigierten Entwurf, „sehen Sie, was ich für Änderungen vorschlagen will.“ Ehe ich es eigentlich bemerkt hatte, war Haase von meiner Seite verschwunden und nach einer Zimmerecke geeilt, in der Ledebour aufgeregt das Wort führte. Ich eilte sofort Haase nach, um ihn zu bitten, die Änderungsvorschläge gleich zu machen. Kaum hatte ich mich der Gruppe genähert, da fuhr Ledebour mich sehr giftig an: „Sie sehen, daß wir uns hier besprechen wollen.“ Zornig wandte ich mich zu den übrigen Genossen mit den Worten: „Wenn es schon so weit ist, daß selbst im Fraktionssaal bestimmte Sondergruppen ihre Beratungen halten und Beschlüsse fassen, dann machen wir wohl am besten Schluß!“ Haase war mir nachgeeilt, hielt mich am Rockärmel und bat mich, zu bleiben. Andere Kollegen stürzten hinzu und fragten, was los sei. Ich berichtete mit einigen Worten, daß Ledebour eine Sonderkonferenz im Fraktionszimmer abhalte und die Saalpolizei ausübe, um seine Konventikel nicht stören zu lassen. Daraufhin wurde von mehreren Seiten festgestellt, daß es sich wohl um die Fortsetzung

einer Sonderkonferenz von gestern handele. Im Laufe des späten Nachmittages seien etwa dreißig Kollegen im Fraktionszimmer zusammengetreten, um zu beraten. Die Hauptmänner der Gruppe seien gewesen Ledebour und Dittmann, zu den Teilnehmern hätten im übrigen auch Bernstein, Wurm, Emmel gehört. Man hätte beraten, was geschehen solle, wenn die Mehrheit die Erklärung ändere. Der Beschluß sei dahin gegangen, daß dann die Minderheit die zuerst beschlossene Form der Erklärung für sich abgeben wolle. Ein weitergehender Antrag, dann überhaupt eine neue Erklärung abzugeben, die allen Anforderungen der sogenannten Radikalen entspräche, habe keine Zustimmung gefunden.

DIE ZWEITE FRAKTIONSERKLÄRUNG

Nachdem Ruhe in der Fraktion eingetreten war, berichtete Haase über die Aussprache und schlug dann seine Änderungen vor, die wirklich nicht unerheblich waren. David und andere wünschten noch zu debattieren über die den Neutralitätsbruch betreffende Stelle. Das wurde abgelehnt. Niemand hatte Lust, weiter zu diskutieren. Die Erklärung, wie sie schließlich im Plenum abgegeben wurde, hatte folgenden Wortlaut:

„Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über Belgien stelle ich namens meiner Fraktion fest, daß die nachträglich bekanntgewordenen Tatsachen nach unserer Überzeugung nicht ausreichen, um von dem Standpunkt abzugehen, den der Herr Reichskanzler am 4. August gegenüber Luxemburg und Belgien eingenommen hat. Im übrigen habe ich im Auftrage der Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

Die sozialdemokratische Fraktion steht auf dem

Standpunkt ihrer Erklärung vom 4. August. Den Krieg, dessen tiefere Ursache die ökonomischen Interessengegensätze bilden, haben wir bis zum letzten Augenblick bekämpft. Noch sind aber die Grenzen unseres Landes von feindlichen Truppen bedroht. Daher muß das deutsche Volk auch heute noch seine ganze Kraft für den Schutz des Landes einsetzen. Die Sozialdemokratie bewilligt deshalb die geforderten neuen Kredite.

In dankbarer Teilnahme gedenken wir aller tapferen Söhne des Volkes, die Leben und Gesundheit für uns hingegeben haben, und aller, die unter unsäglichen Entbehrungen und Mühen im Dienste des Vaterlandes stehen. Schon am 4. August haben wir, in Übereinstimmung mit der Internationale, den Grundsatz verkündet, daß jedes Volk das Recht auf nationale Selbständigkeit habe; und es ist unsere unverbrüchliche Überzeugung, daß eine gedeihliche Fortentwicklung der Völker nur möglich ist, wenn jede Nation verzichtet, Integrität und Unabhängigkeit anderer Nationen anzutasten und damit den Keim zu neuen Kriegen zu legen.

Wir bleiben deshalb bei dem, was wir am 4. August gesagt haben: „Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“

Die Sozialdemokratie verurteilt es, daß in allen Ländern kleine, aber rührige Kreise unter dem Deckmantel einer besonderen Vaterlandsliebe mit allen Mitteln den Haß gegen die anderen Völker zu erregen suchen und dabei jede Rücksicht auf Wahrheit und Würde außer acht lassen.

Solange der Krieg sich hinzieht, muß unermüdlich daran gearbeitet werden, die durch ihn geschaffenen

Leiden und Nöte zu lindern, reichlich zu sorgen für alle, die im Feldzug ihre Gesundheit verloren haben, für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer im weitesten Sinne, für die vom Feinde aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge, Arbeitsgelegenheit und Hilfe für die erwerbs- und arbeitslosen Volksgenossen zu schaffen, wie jede Hilfeleistung zu gewähren, die erforderlich ist, unsere Volkskraft zu erhalten, ferner die Versorgung des Volks mit Nahrung und Gebrauchsgegenständen zu organisieren. Die Anregungen unserer Partei und der Gewerkschaften zu sozialen Maßnahmen dieser Art sind bei der Reichsregierung zum Teil auf fruchtbaren Boden gefallen; doch muß nach unserer Überzeugung auf allen Gebieten noch mehr geschehen. Wir erwarten aber von der Reichsregierung auch Vertrauen zu unserem Volke, das im Kampfe für das bedrohte Vaterland einmütig zusammensteht. Die Ausdehnung, in der die Verhängung des Kriegszustandes und die Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte, namentlich der Presse, noch jetzt aufrechterhalten werden, ist durch nichts gerechtfertigt und geeignet, Zweifel an der Reife und Entschlossenheit des deutschen Volkes zu wecken. Die Handhabung der Zensur führt fortgesetzt zu Mißgriffen und wirtschaftlichen Schädigungen. Wir fordern schleunigst Abhilfe gerade im Interesse geschlossener Verteidigung und des Ansehens und der Wohlfahrt des Deutschen Reiches."

Übrigens gab es vorher noch einen lebhaften Auftritt in der Fraktion, weil sich Haase wiederum weigerte, die Erklärung abzugeben. Er weigerte sich unerbittlich und definitiv, gab sie dann aber doch ab. Auf sein Bitten besorgte ich ihm eine Tribünenkarte für seine Frau, „weil er inzwischen heimgehen und einen schwarzen Rock anziehen wollte.“ In letzter

Minute hatte Haase sich nach einer neuen Besprechung zwischen dem Staatssekretär von Jagow und mir noch bereit erklärt, die Erklärung nicht mit dem Satz über Belgien ausklingen zu lassen, sondern den Satz „halb und halb, mehr als persönliche Erklärung“ als Einleitung zu geben und dann fortzufahren: „Im übrigen habe ich usw.“

In dieser Sitzung des Reichstages stimmte Liebknecht, der am 4. August für die Kriegskredite gestimmt hatte, dagegen. Sein Verhalten wurde in einer Erklärung des Fraktionsvorstandes als ein Verstoß gegen die Parteidisziplin „bedauert“, ein noch milderer Verfahren wäre nicht möglich gewesen.

DAS NEUE JAHR 1915

Gleich in der ersten Sitzung, die der Parteivorstand im neuen Jahre abhielt, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Da ich im „Vorwärts“ nicht zu Wort kommen konnte, hatte ich die Hamburger oder auch andere Parteiredaktionen wiederholt um Gastfreundschaft ersuchen müssen, wenn ich etwas zu sagen wünschte. Das Blatt meines Wahlkreises Solingen war in den Händen Dittmanns, deshalb mußte ich dort im Inseratenteil Zuflucht suchen, als ich meinen Wählern einige Worte sagen wollte. In der Neujahrsnummer 1915 veröffentlichte ich in der „Bergischen Arbeiterstimme“ folgende Zeilen:

„Die besten Wünsche zum neuen Jahr!

Schwere Sorge lastet auf uns allen. Quälend sind die schlaflosen Nächte, in denen wir unserer Lieben gedenken, die im Felde stehen. Grausam wühlt der Schmerz im Herzen derer, die das Liebste schon haben hergeben müssen.

Hut ab vor den Helden, die für unser Vaterland

gefallen sind! Größer als die Sorgen und Schmerzen müssen unser unbeugsamer Wille, unsere unerschütterliche Entschlossenheit sein. Wir wollen die furchtbare Zeit nicht nur im klaren Bewußtsein mit offenen Augen durchleben, wir wollen auch die Absichten unserer Feinde zuschanden machen: Wir wollen siegen!

Und so wünsche ich zum Jahreswechsel allen die Kraft, Kummer und Schmerzen niederkämpfen zu können, ich wünsche allen den unerschütterlichen Willen zum Durchhalten, bis zum Sieg!

Unseren verwundeten und kranken Soldaten wünsche ich baldige und vollkommene Genesung. Ihnen und ihren Kameraden, die in den Schützengräben hausen, zur See oder auf der Wacht dem Vaterlande dienen — ihnen drücke ich herzlich die Hand!

Ihnen auch besonders rufe ich zu: Haltet aus! Von euch hängt es ab, was aus unserem Lande und was aus der deutschen Arbeiterschaft wird.

Möge das neue Jahr baldigen Sieg und dauernden Frieden bringen!"

Obwohl selbst Fleißner, der Radikale, wie wir bereits festgestellt haben, siegen wollte und obwohl ich in Versammlungen und in der Presse auseinandergesetzt hatte, daß die Abwehr der Entente ein glänzender Sieg für Deutschland sein würde und obwohl ich meines Wissens der erste war, der öffentlich für einen Frieden der Verständigung eingetreten ist, fiel Haase wegen meiner Neujahrswünsche wütend über mich her. Als ich ihm sagte, daß jeder, gleichviel wer er sei und ob es sich um Konflikte im Völkerleben, um persönlichen Streit oder gerichtliche Auseinandersetzungen handele, im Kampfe den Sieg zu erringen bestrebt sein müsse, wenn die Gegenseite eine Verständigung nicht wolle, antwortete er mir, daß mein Wunsch sicherlich

mißverstanden und mißdeutet würde. Das gab ich zu. „Aber“, so fuhr ich fort, „selbst auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden, sei ich nicht in der Lage, auch nur ein einziges Wort meiner Neujahrswünsche zurücknehmen zu können. „Es mag erwähnt werden, daß selbst ein so unkriegerischer Mann wie Kautsky die Forderung des Sieges für selbstverständlich hielt. Schon im Oktober 1914 hatte er geschrieben: „Solange nicht die Zeit zum Friedensschluß reif erscheint, lautet die praktische Frage nicht mehr: Krieg oder Frieden. Sie heißt: Sieg oder Niederlage des eigenen Volkes!“

Zu allen anderen Schwierigkeiten gesellten sich immer mehr schwere Sorgen um die Ernährung. Am 16. Januar 1915 fand im Reichsamt des Innern eine Konferenz statt, die sich mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen befaßte. Eingeladen waren u. a.: Bauer, Ebert, Legien, Dr. August Müller und ich. Wir forderten, daß die Höchstpreise, deren Erhöhung von Professor Eltzbacher verlangt worden war, unter keinen Umständen weiter hinaufgeschraubt würden; daß alle Bestände an wichtigen Lebensmitteln sofort beschlagnahmt und ein einheitliches Kriegsbrot gebacken werden sollte; auch daß sofort Vorsorge auf dem Vieh- und Fleischmarkt getroffen werde, damit dem einsetzenden Wucher nach Möglichkeit gesteuert werden könnte. Es gab z. T. sehr faule Ausreden: „Man weiß noch nicht genau!“, „Es schweben noch Erwägungen“. Ich wurde aber sehr deutlich und verlangte von den Herren, dem Staatssekretär Delbrück zu sagen, daß er sich überlegen solle, was es wohl für einen Eindruck machen müsse, wenn hungernde Menschen in ihrer Verzweiflung den ersten Bäckerladen stürmten. Die Herren machten lange Gesichter und versprachen dann, gewissenhaft berichten zu wollen.

Im Ausland erschienen nun immer häufiger Artikel, die über angebliche und wirkliche Vorgänge innerhalb der SPD. berichteten und ihrer ganzen Abfassung nach unsere Gegner mit neuen Hoffnungen erfüllen mußten. Gezeichnet waren diese Artikel zumeist „Homo“ (für Grumbach) und „Parabellum“ (für Karl Radek, der in Wirklichkeit Sobelsohn heißt). Die Differenzen innerhalb der SPD., die leider groß genug waren, wurden stark übertrieben. Die Darstellung war zumeist so, daß der Anschein erweckt werden mußte, als ständen neun Zehntel der Partei in Opposition zum Parteivorstand. Im Auftrage des Parteivorstandes schrieb ich gegen diese Artikel, genutzt hat das natürlich nichts, weil jenseits der Grenzen niemand Notiz davon genommen hat. Eines Tages waren der Reichskanzler und Wahnschaffe vollkommen außer Rand und Band, weil Sir Edward Grey ein Funktelegramm verschickt hatte, in dem es hieß: „Wie dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant“ aus London mitgeteilt wird, hat der Abgeordnete Liebknecht den Führern der Internationale mitgeteilt, daß — dem Sinne nach — die Stimmung in Deutschland gegen den Krieg enorm wachse. Nahezu alle Parteien seien schon seiner Meinung.“ Das Telegramm schloß mit dem Zusatz: „In Frankreich zu verbreiten! Grey.“ Funkentelegraphisch von England nach Paris (Eifelturm) weiterbefördert, war es von deutscher Seite aufgefangen worden. Wir sollten Liebknecht zur Ordnung rufen, weil die Regierung ihn nicht zum Märtyrer machen wolle. Selbstverständlich haben wir Liebknecht zur Rede gestellt, er hat aber versichert, derartige Mitteilungen an die Internationale nicht gemacht zu haben. Molkenbuhr wies auf die Wahrscheinlichkeit hin, daß die Liebknecht zugeschriebenen Äußerungen ein Destillat aus den ebenfalls verurteilungswerten deutschen Zu-

schriften an den „Labour Leader“ seien. Er dürfte recht gehabt haben.

Ich habe nach Möglichkeit versucht, diesen Schreibereien wenigstens in Amerika und von dort aus nach den anderen Ländern hin entgegenzuwirken. Bis jede Verbindung mit den Vereinigten Staaten in Fortfall gekommen war, habe ich wöchentlich für den in vielen hunderttausend Exemplaren verbreiteten „Jewish Daily Forward“ in New York Artikel geschrieben. Meine Manuskripte sind nach ihrer Übersetzung für das mit hebräischen Lettern gedruckte Blatt regelmäßig der deutschen „New Yorker Volkszeitung“ übergeben worden. Der letzte Artikel ist mit einem deutschen Unterseeboot untergegangen.

Anfang Februar 1915 wurden wir in der Wilhelmstraße wieder einmal ersucht, einen Putsch zu machen und zwar in St. Petersburg. Mindestens möchten wir „dort einen Beschluß herbeizuführen suchen, der sich zugunsten Deutschlands in England und Frankreich verwerten lasse.“ Man sieht, wie deutsche offizielle Stellen bemüht waren, die Methoden der Engländer und Franzosen nachzuahmen. Ich lehnte dankend ab. Darauf äußerte der Herr Rat sich über Liebknecht. Wir sollten ihn doch in unserem eigenen Interesse abschütteln. Was leiste Liebknecht für die Schatzkammer der Gegner! Die Konservativen und Klerikalen würden ebenfalls Liebknecht uns immer an die Rockschoße hängen und nach dem Kriege, wenn die Reformarbeit beginne, ernsthafte Schwierigkeiten machen. Vom Reichskanzler wisse er bestimmt, daß er entschieden vorwärts wolle. Was aber werde man ihm alles sagen von den rechtsstehenden Parteien! Alle würden immer wieder auf Liebknecht hinweisen, der alle seine Ausführungen mit Duldung der Partei hätte machen können. Ich sagte dem Herrn, daß ich

mit ihm in dieser Weise über ein Parteimitglied nicht verhandeln könne, wengleich die Partei dessen Verhalten unter gar keinen Umständen billige und wiederholt öffentlich Stellung dagegen genommen habe.

REBELLIERENDE FRAUEN

Je größer die Wirtschaftsnot geworden war, um so heftiger wurden die Auseinandersetzungen und Zwischenfälle in der Partei. Zur Kennzeichnung der Hetze, die damals gegen die Leitung der SPD. von radikaler Seite betrieben worden ist, soll noch das folgende Erlebnis geschildert werden, weil es blitzartig das Treiben gewisser Putschisten beleuchtet.

Am 30. Oktober 1915 trat im großen Sitzungssaale der SPD. in der Lindenstraße der Parteiausschuß zusammen, um gemeinsam mit der Leitung der Partei über die immer schwieriger gewordene Lebensmittelversorgung zu beraten. Dem Genossen Otto Braun, damals unser Hauptkassierer, später zunächst preussischer Landwirtschaftsminister, dann Ministerpräsident, war das Referat übertragen worden. Bevor er mit seiner Rede noch recht begonnen hatte, wurde uns mitgeteilt, daß eine Frauendemonstration in der Entwicklung begriffen sei, die sich gegen die Parteileitung und den Parteiausschuß richten werde. Im Hofe sammelten sich tatsächlich etwa hundert Frauen an. Plötzlich stürzte Frau Zietz, die sicherlich zu den Arrangeuren gehörte, aus ihrem Büro in den Saal, um mitzuteilen, daß eine Frauendputation den Vorstand sprechen und dann auch im Ausschuß reden wolle. Ebert ließ den Frauen sagen, daß wir jetzt unmöglich unsere Verhandlungen unterbrechen könnten — er hatte Braun kaum das Wort gegeben. Die De-

putation sollte mit den Berliner Mitgliedern des Parteiausschusses unterhandeln, damit diese dann mitteilen könnten, was man von ihnen gewollt habe. Inzwischen waren Pfannkuch, Bartels und Haase hinausgegangen, um mit den Frauen zu sprechen. Wir hörten, daß es schon recht lebhaft auf den Korridoren zuging. Plötzlich wurde die Tür aufgerissen und etwa zwölf Frauen stürzten mit ungeheurem Geschimpfe in den Saal. Sie gingen sofort wie nach einem sorgsam einstudierten Plan mitten in den Saal und schrien. Ebert (immerzu klingelnd): „Was wünschen Sie hier?“ Erste Frau: „Wir werden hier reden!“ Ebert: „Sie sind doch wohl Genossinnen?“ Viele Frauen (schreiend): „Jawohl und tüchtige, nicht so wie ihr!“ Ebert: „Wenn Sie Genossinnen sind, müssen Sie wissen, daß wir parlamentarische Ordnung halten müssen bei unseren Verhandlungen!“ Chor der Frauen: „Ach wagt, jetzt reden wir! Sie haben nichts zu sagen!“ Ebert: „Ich verbiete Ihnen zu reden!“ Alle (inzwischen sind mindestens dreißig Frauen in den Saal eingedrungen, wild durcheinander): „Sie haben nichts zu verbieten! Dett wäre ja noch scheena! Vollgefressene Kerle ihr (dabei knurrten unsere Magen vor Hunger)!

Ebert, der ununterbrochen geklingelt hatte, konnte die Frauen nicht übertönen, er vertagte deshalb in großer Erregung die Verhandlung auf eine Stunde. Treppen und Korridore hatten sich nun mit den Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts gefüllt.

Der Parteivorstand trat in der Pause zusammen, um zu beraten, was zu tun sei. „Gegen Ebert und Müller beschlossen wir, den Frauen zu sagen, daß sie eine Deputation mit einer Rednerin in den Parteiauschuß schicken könnten, daß die übrigen Frauen aber sich in den Räumen der Berliner Arbeiter-Bildungsschule aufhalten sollten. Damit waren die aufgehetzten

Frauen einverstanden. Eugen Ernst führte sie in die erwähnten Räume. Im Parteiausschuß las dann eine der Frauen eine Rede vor, die ihr irgendein radikaler Biedermann oder eine „bessere“ Genossin aufgeschrieben hatte. Als die Vorlesung zu Ende war und Ebert sagte: „So, wir danken Ihnen und fahren nun in unseren Verhandlungen fort“, da fingen die Frauen noch einmal an heftig zu schimpfen. . .

Braun konnte jetzt weiter reden. Er stellte fest, daß man den Frauen es nicht verargen könne, wenn sie am falschen Platze demonstrierten. Sie seien die Opfer der uns bekannten Hetzer, die nun schon ein Jahr lang gegen die Partei und ihre Vertrauensleute an jedem Zahlabend und in jedem Flugblättchen wüthen.

GEGEN DIE OPPOSITION!

Je mehr die Opposition sich regte, je demagogischer auch einzelne Vertreter der Opposition unsere Motive verdächtigten, um so eifriger wurde naturgemäß auch unsere propagandistische Gegenarbeit, um die Massen von der unbedingten Notwendigkeit unserer Politik zu überzeugen und bei der Partei zu halten. Schon wenige Wochen nach Kriegsbeginn hatte ich in vielen Versammlungen gesprochen, um unsere Stellung zum Kriege darzulegen. Überall fand ich auch große Zustimmung. Je länger der Krieg dauerte, um so ausgedehnter wurden meine Versammlungstouren. Sie führten mich von Königsberg und Breslau bis Karlsruhe und Mannheim, von Kiel über Nürnberg und Fürth bis München. Je größer die Not unseres Volkes und Vaterlandes wurde, je mehr ich aber auch erkannte, daß wir verloren sein würden, wenn nicht rechtzeitig eine Verständigung herbei-

geführt werden könne, um so eifriger wurde mein Eintreten für einen Frieden der Verständigung. Das österreichische Elend auf allen Gebieten kannte ich ebenso, wie das türkische und bulgarische, hatte Bethmann doch oft genug darüber mit mir gesprochen. Eine Verständigung, ein allseitiger „Verzicht“ auf Annexionen und Kontributionen lag ganz besonders in unserem Interesse und mußte deshalb frühzeitig vertreten werden! Man kann mir den Vorwurf nicht machen, daß ich mich denen zugesellen wolle, die später alles im voraus gewußt haben möchten. Ich kann mich ja vor allem auf meine Reichstagsreden und die Presseberichte über meine Versammlungen berufen.

Meine rednerische Tätigkeit trug mir bitterste Gehässigkeiten in hohem Maße ein. Das Verlangen einer Verständigung wurde von rechts her als Vaterlandsverrat ausgeschrien: „Auf den Sandhaufen mit ihm!“ Einmal wurde allen Ernstes in der Rechtspresse berichtet, daß ich von England bestochen, des Landesverrats überführt und verhaftet worden sei. Mehr als diese Beschimpfungen von rechts schmerzten die Verleumdungen von links, die freilich alle meine Freunde in nahezu gleicher Weise trafen: Aus den Sozialdemokraten seien „Sozialpatrioten“ geworden, die die Arbeiterinteressen verraten. Die „Scheidemänner“ wurde die SPD. genannt, mein Name sollte zum Schimpfwort für die Partei gemacht werden.

Von meinem eigenen Wahlkreise Solingen, den ich, wie selbst meine Gegner in ihrer Presse zugestanden, „mit Energie und Geschick“ im Reichstage seit vielen Jahren vertreten hatte, in dem ich mich, wie ich ohne Übertreibung sagen darf, einer großen Popularität erfreute, wurde ich ferngehalten. Der spätere Unabhängige Dittmann, der zunächst die „Kriegspolitik“ restlos mitgemacht, rednerisch und journalistisch ver-

teidigt hatte, war umgefallen. Er hatte nicht nur die „Bergische Arbeiterstimme“ als Redakteur in der Hand, sondern drängte auch den Organisationsleiter aus seiner Position. Ostern 1915 schrieb mir dieser alte Vertrauensmann der SPD. in Solingen, daß er den Vorsitz der Organisation niedergelegt habe, weil „die Treibereien Dittmanns und seiner Freunde unerträglich geworden“ seien. An demselben Ostertage suchte mich Dittmann in Berlin auf, um mir gute Lehren zu geben. Ich sagte ihm, daß die mir nach seinen Darlegungen nicht mehr freundliche Stimmung der Solinger Arbeiterschaft zurückzuführen sei auf sein Verhalten. Er machte allerlei Einreden, um mich schließlich zu bitten, ihm behilflich zu sein, sein Blatt wieder freizubekommen, es sei für drei Tage verboten worden. Selbstverständlich habe ich ihm geholfen und zwar mit Erfolg. Ganz zum Schluß dieses Ostergesprächs sprach er den „Wunsch der Parteigenossen in Solingen“ aus, daß ich zunächst in einer Versammlung der Vertrauensmänner, also seiner Vertrauensleute, dann in einer Kreisparteiversammlung reden möchte. Mit Freuden griff ich zu, war ich doch fest entschlossen, rücksichtslos zu zeigen, wie ungerecht man mich bis dahin behandelt, wie unwahrhaftig man meine Politik geschildert hatte.

Wenige Tage nach dieser Unterredung rief Dittmann mich von Solingen aus an. Der Landrat wolle die Kreisparteiversammlung ausnahmsweise gestatten, er verbiete aber jede Aussprache über meine Rede. Darauf lehnte ich die Rede ab, weil ich nicht reden wollte, wenn den Gegnern meiner Politik der Mund verboten würde. Wenige Wochen später, am 27. April, überraschte mich Haase, mein Vorstandskollege, Dittmanns Spezialfreund, mit der Frage, ob ich etwas dagegen hätte, wenn er in meinem Wahlkreise Solingen

in einer Versammlung rede. Ich sagte ihm, daß er meinethalben dort sprechen könne, machte ihn aber darauf aufmerksam, daß ich es abgelehnt hätte, in einer Solinger Versammlung zu sprechen, wenn den übrigen Genossen verwehrt werde, zu diskutieren.

Von Solingen aus wurde nun doch von mir nahestehenden Genossen verlangt, daß ich unter allen Umständen reden sollte, denn Haase würde es bestimmt tun. Es ging diesen Männern doch über die Hutschnur, daß man ihnen die Zeitung und die Organisation genommen hatte und nun auch noch Haase in meinem Wahlkreis gegen mich sprechen lassen wollte, nachdem ich aus den angeführten Gründen abgelehnt hatte.

Am 2. Mai fuhr ich nach Solingen, wo ich über das Treiben der „Radikalen“ gründlich eingeweiht wurde. Wie weit die Verhetzung gegangen war, erfuhr ich dann in der vertraulichen Sitzung der Funktionäre des Kreises. Es waren etwa hundertfünfzig Personen anwesend, von denen viele, die ich zum ersten Male sah, von vornherein eine überaus gehässige Gesinnung gegen mich bekundeten. Ich schilderte in mehrstündiger Rede die Haltung der Partei und setzte auseinander, daß ein anderes Verhalten vollkommen unmöglich gewesen wäre. Nach mir hielt die Frau des Redakteurs Merkel eine wohlvorbereitete Rede von mehr als einstündiger Dauer. „Wir haben kein Vaterland. Das Wort Vaterland ist ein bürgerlich-nationalistischer Humbug“ usw. „Wir wollen Frieden um jeden Preis.“ Das sind wenige Proben aus ihrer Rede. Ähnlich sprachen ihr Gatte und Frau Wasser, nicht wesentlich milder Dittmann. Er verurteilte die Politik, die die Fraktion getrieben, in Grund und Boden, obwohl er sie bis in den März hinein, mehr oder weniger begeistert, mitgemacht hatte.

Ich konnte nicht im Zweifel darüber bleiben, wie

die große Mehrheit dieser Funktionäre urteilte. Sie waren durch das Verhalten der „Bergischen Arbeiterstimme“ gegen die von mir verfochtene Politik ganz einseitig aufgeputscht. Einige der radikalen Funktionäre gingen so weit, von mir zu verlangen, daß ich am 3. Mai in der einberufenen Volksversammlung nicht reden solle, weil die Diskussion verboten und ihnen demgemäß die Möglichkeit genommen sei, gegen mich aufzutreten. Ihnen hätte es vollkommen genügt, wenn nur Haase geredet hätte. Das waren Kameraden!

Ich habe hier zitiert nach meinen Aufzeichnungen. Natürlich hätte ich, nachdem alles „verjährt“ ist, noch mehr mildern können, um niemandem wehe zu tun, und mich vor neuen Anfeindungen zu schützen. Aber wie kann man später die häßlichen Kämpfe, die Arbeiter gegen Arbeiter geführt haben, überhaupt verstehen, wenn man die Erlebnisse nicht unretuschiert schildern wollte? Die am Tage nach dieser Funktionärversammlung abgehaltene öffentliche Volksversammlung im Solinger „Kaisersaal“ war total überfüllt. Trotzdem viele Tausende im Felde standen, waren mehr als zweitausend Personen anwesend, darunter ganz verschwindend wenig Bürgerliche. Ich machte mit meinen Ausführungen offensichtlich großen Eindruck, es trat keinerlei Störung ein, obwohl eine solche von Wald aus angekündigt war. Ich erhielt riesigen Beifall. Aller persönlichen Angriffe hatte ich mich selbstverständlich enthalten und ganz sachlich gesprochen.

Vier Wochen später sprach im gleichen Saale Haase, um meinen Wählern zu beweisen, eine wie schlechte Politik der von ihnen seit 1903 in den Reichstag geschickte Abgeordnete mache. Die „Voss. Ztg.“ und der „Vorwärts“ berichteten über die Versammlung ganz richtig unter der Spitzmarke: „Haase gegen

Scheidemann"! Ein ähnlicher Fall ist mir aus der Geschichte der Sozialdemokratie nicht bekannt. Wohl bemerkt, die SPD. war damals noch nicht gespalten, wir waren beide noch, Haase und ich, Vorsitzende der Reichstagsfraktion der „einigen Partei“.

DAS GEBOT DER STUNDE?

Haase, Kautsky und Bernstein veröffentlichten in der zweiten Juni-Hälfte des Jahres 1915 in der „Leipziger Volksztg.“ einen Aufruf, der sich scharf gegen die Politik der SPD., ihrer eigenen Partei, wandte. Jeder einzelne Kollege sagte Haase zunächst die Meinung. Er suchte sein Verhalten zu rechtfertigen, indem er auf Artikel, die ich veröffentlicht hatte, hinwies. Etwas anderes hätte auch er nicht getan. Meine Artikel begründeten die Parteitaktik, erwiesen deren Notwendigkeit, sein Pronunciamento verurteilte diese Parteitaktik. Konnten wir eigentlich noch weiter auseinanderkommen? Meine Artikel gipfelten immer in dem Hinweis auf die verzweifelte Lage unseres Vaterlandes und des deutschen Volkes. Haases „Gebot der Stunde“ verlangte neue politische Wege, vor allem Ablehnung der Kriegskredite — sonst . . . Er sah immer die Partei in Gefahr. Ach, die Partei war uns allen, die wir ihr seit frühester Jugend dienten, ans Herz gewachsen, aber darüber waren wir uns doch alle einig, daß die Partei nur ein Werkzeug ist, dazu bestimmt, Volk und Vaterland zur höchsten wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung zu bringen, der ungeheuren Mehrheit des Volkes, den Kopf- und Handarbeitern aufs beste zu dienen! Das Vaterland ist das „Schatzkästlein“, das es zu schützen, zu schirmen und sorgsam zu hüten gilt, ist der Zweck des

politischen Kampfes überhaupt, die Partei aber ist nur Mittel zum Zweck.

Haase sah die Dinge anders als wir, aber er sah nicht ein, daß sein Verhalten als Parteivorsitzender unerträglich geworden war. In der Plenarsitzung des Parteivorstandes vom 26. Juni 1915 kam die Bombe zum Platzen. Am meisten setzten ihm in ihrer einfachen Art, aber gestützt auf reiche Erfahrungen, die Genossen Molkenbuhr und Pfannkuch zu. „Ebert behandelte ihn direkt brutal“, habe ich damals in mein Tagebuch geschrieben. Ich hielt mich möglichst zurück; je mehr die anderen, so besonders auch Müller, sich aufregten, desto besser konnte ich Haase beobachten. Er verfärbte sich wiederholt, schlug auf den Tisch, tat aber nicht, was jeder andere Mensch in dieser Situation getan hätte. Er blieb!

Der Fraktionsvorstand schloß sich der Mehrheit des Parteivorstandes an und stimmte einer im Parteivorstand formulierten Antwort an Haase und seine Freunde, die an die Presse gegeben werden sollte, zu. Der Parteiausschuß schloß sich der Verurteilung Haases mit allen gegen zwölf Stimmen an.

Die Erbitterung gegen Haase war bei seinen Vorstandskollegen deshalb immer größer geworden, weil sie die Überzeugung gewonnen hatten, daß er hinter ihren Rücken mancherlei tat, wozu er keinerlei Berechtigung, geschweige denn Vollmacht hatte. Immer besser verstanden wir Hugo Heinemann, der uns vor Haases Tun dringend gewarnt hatte. Im März 1915 kam uns ein Telegramm Troelstras an Haase in die Hände. Er erwarte Haases Besuch am 23. März. Daß Troelstra, der mit uns auf bestem Fuße stand und auch der Internationale gegenüber unser Verhalten jederzeit rechtfertigte, sich an Haase gewandt haben sollte, war gänzlich ausgeschlossen. Also konnte nur Haase

sich an Troelstra gewandt haben, ohne uns Mitteilung darüber zu machen. Er tat sehr harmlos und erklärte, „daß er dem Wunsch Troelstras Folge leisten und nach Holland reisen werde.“ Wir machten ihm einen Strich durch die Rechnung, indem wir beschlossen, daß alle Mitglieder des Parteivorstandes, die dem Internationalen Sozialistischen Büro angehörten, nach Holland gehen sollten. Das waren damals: Ebert, Molkenbuhr und Müller.

Es handelte sich bei der späteren Aussprache in Holland um die angebliche Geneigtheit der englischen Sozialisten, an einer Konferenz mit den Sozialisten der Zentralmächte teilzunehmen. Vier Wochen zuvor war schon ein ähnliches Gerücht verbreitet worden, das so bestimmt aufgetreten war, daß Viktor Adler und Seitz sich von Wien aus auf die Reise begeben und in Berlin Station gemacht hatten. Damals, Mitte Februar, hatte Troelstra zwar überall hintelegraphiert: „Konferenz verschoben“, aber Adler hoffte, daß es sich nur um einige Tage handelte, und da er von Wien nach dem Haag schon einmal den halben Weg zurückgelegt hätte, wolle er lieber noch einige Tage warten. Vielleicht — — —

Wieviel Hoffnungen, die wir im Laufe des Krieges auf Konferenzen mit ausländischen Genossen gesetzt haben, sind zerstört worden! Gelegentlich des eben erwähnten Besuches, den Viktor Adler und Seitz uns in Berlin machten, fand übrigens nebenher eine Unterhaltung über das Thema Annexionen statt, die doch erwähnt werden soll, weil sie die grundverschiedene Einstellung Haases und Adlers wiederum mit aller Deutlichkeit zeigte. Adler klammerte sich immer wieder an Strohhalme, soweit der gute Friedenswille der englischen und französischen Sozialisten in Betracht kam. Er hoffte unverdrossen: Vielleicht — ob-

wohl! Ich hatte nämlich kein Hehl daraus gemacht, daß ich von allen Kundgebungen von jenseits der Grenze immer nur das eine höre: Kein Frieden, bis der preußische Militarismus (nicht etwa auch der französische Militarismus und der englische Marinismus) zerschmettert ist! Im Laufe dieser Unterhaltung hatten sich allmählich Haase und Adler, sowie Frau Zietz in meinem Zimmer zusammengefunden, während Seitz und die anderen in einem der vorderen Zimmer bei Ebert oder Müller hängengeblieben waren. Die Rede war auf die Frage der Annexionen gekommen. Adler hielt es, wie auch ich, für richtig, „daß man, wenn es ginge, Polen helfen müsse von Rußland loszukommen.“ Haase, der selbst in diesem Fall eine „Annexion“ sah, war entsetzt. Nein! schrie er, denn wer A sagt, muß auch B sagen und er sei gegen alle Annexionen. Wir anderen suchten ihn zu überzeugen, daß er im Unrecht sei. Aber er sagte: „Nein, nein, sobald man sich da auch nur um Haaresbreite vom Prinzip entfernt, ist man verloren.“ Adler: „Wissen's, lieber Haase, i bitt', da kann ich Ihnen nit folgen. Wer A sagt, muß auch B sagen — ja, das mag überall in der Welt richtig sein, aber — bitt schön, nicht in der Politik.“ Auf eine Zwischenbemerkung Haases fügte er hinzu: „Was hat Politik mit Logik gemein?“ — Wir lachten aus Leibeskräften. Dann fuhr Adler fort: „Da handelt man, bitt', und nachher sucht man zu beweisen, daß man logisch oder aber, i bitt', daß man vernünftig gehandelt hat.“ Die Unterhaltung wurde beendet infolge eines telephonischen Zurufs aus der Wilhelmstraße, daß in Rom bei der Kammereröffnung sich Vorgänge abgespielt hätten, die Schlimmes befürchten ließen! —

WAS WIRD ITALIEN TUN?

Da Italien bei Beginn des Krieges nicht an die Seite seiner Bundesgenossen Deutschland und Österreich getreten war, mußte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß es eines Tages an der Seite Frankreichs gegen seine Bundesgenossen kämpfen würde. Es wurde der italienischen Regierung — je länger desto mehr — zwar jede Treulosigkeit zugestanden, dennoch griff jeder nach jedem Strohalm der Hoffnung. Am Abend des 3. März 1915 fand im Hause des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg eine vertrauliche Besprechung statt, bei der alle Parteien vertreten waren. Als Vertreter der SPD. waren eingeladen: Haase, Molkenbuhr, Robert Schmidt und ich. Es waren in dieser Sitzung auffällig viel Regierungsvertreter anwesend. Der Reichskanzler, der zwischen dem Reichstagspräsidenten Kaempf und dem Staatssekretär Delbrück saß, berichtete über die Kriegslage und bemerkte dann: „Ich habe noch eine wichtige Mitteilung zu machen. Zwischen Italien und Österreich ist die Geschichte nahezu im reinen, — aber um Gottes willen geheimhalten, sonst kann es noch schiefgehen, wenn die Presse dazwischenfährt.“ Alle stimmten zu; darauf der Kanzler mit gutem Humor, indem er heftig mit der Faust auf den Tisch schlug: „Also, meine Herren, ich stelle fest, daß ich kein Wort über Italien gesagt habe.“

Alle Teilnehmer hatten erleichtert aufgeatmet, ein Stein schien jedem vom Herzen gefallen zu sein. Der Kanzler hatte so zuversichtlich gesprochen, daß man angesichts der Vorsicht, mit der er zu reden pflegte, wohl die Überzeugung haben durfte, daß wirklich alles „nahezu im reinen sei“. Und doch sollte es anders kommen!

Monatelang blieb die italienische Frage noch in der Schwebe. Am 14. Mai 1915 fand beim Reichskanzler wieder eine vertrauliche Besprechung statt, zu der je zwei Vertreter aller Fraktionen eingeladen waren. Von der sozialdemokratischen Fraktion waren Haase und ich berufen worden. Der Reichskanzler wies auf den Rücktritt Salandras hin. Bülow, der seiner guten italienischen Beziehungen wegen bekanntlich zum deutschen Botschafter in Rom ernannt worden war, warne aber vor jeder voreiligen optimistischen Beurteilung. Im Senat sei eine größere Mehrheit für Giolitti. Leider seien der Hof, die Königin und deren Mutter kriegsfreundlich. Der König habe sich ebenfalls von Sonnino ungünstig beeinflussen lassen. Die Kriegspartei arbeite unausgesetzt. Sie wollen einen Grenzzwischenfall herbeiführen, um eine schlimme Tatsache — den casus belli — zu schaffen. Österreich sei ersucht worden und habe Anweisung gegeben, auf keinerlei Provokationen einzugehen. In der Behandlung der italienischen Krise sei die größte Vorsicht geboten. Bülow, der sich allezeit als ein guter Kenner der Pressebedeutung erwiesen habe, hätte heute dreimal telegraphisch gebeten, Vorsicht walten zu lassen. Keine Lobsprüche auf Giolitti, weil dadurch dessen Stellung sehr erschwert werde. Angesichts der gesamten Lage sei im Reichstag am 18. Mai eine politische Aussprache vollkommen unmöglich. Er habe reden wollen, müsse es nun aber unterlassen, das gelte natürlich auch für die Abgeordneten. Zunächst müsse jetzt Italien reden. —

Die Aussprache war auffallend dürftig. Der Reichskanzler machte dann noch einige Mitteilungen über die Kriegslage und fuhr fort: Friedensneigung sei nirgends vorhanden. Immerhin zeige sich in einigen russischen Blättern bessere Einsicht, und auch die

„Daily Mail“ habe einen bemerkenswerten Artikel („Der deutsche Stern“) gebracht; ebenso finden sich in den „Times“ hin und wieder verständige Ausführungen. Zur Zeit beherrsche jedoch der Fall „Lusitania“ die Stimmung. Er kam dann noch einmal auf Italien zurück: „Wenn Italien Neutralität bewahrt, darf wohl angenommen werden, daß sie uns gegenüber in wohlwollende Neutralität verwandelt wird. Der Triple-Entente gegenüber wird die Stellung Italiens unter Umständen sehr wenig angenehm werden. Selbst wenn Italien gegen uns losschlagen sollte, wäre unser Krieg nicht verloren. Es wäre unbequem, aber es sei nichts zu befürchten. Für Österreich wäre die Sache natürlich schlimmer.“ — An diesem Abend gefiel der Kanzler uns ganz und gar nicht.

Die Unsicherheit über die Entscheidung Italiens wirkte lähmend auf den gesamten politischen Betrieb. Als in einer Fraktionssitzung am 17. Mai der Abgeordnete Hoch eine Friedensinterpellation anregte, nannte selbst Haase, ein Jugend- und Studiengenosse Hochs, unter Hinweis auf Italien ein solches Beginnen in diesem Augenblick lächerlich. Die Nervosität nahm in allen Fraktionen zu.

Am 24. Mai lief die Nachricht von der Kriegserklärung Italiens an Österreich ein.

* * *

Am 27. Mai empfing der Reichskanzler die Vorsitzenden aller Fraktionen, von uns also Haase, Molkenbuhr und mich.

Auf Grund von Mitteilungen, die ich inzwischen erhalten hatte, fragte ich Bethmann Hollweg, „ob es richtig sei, daß der Bundespräsident der Schweiz bei Amerika und der deutschen Regierung sondiert habe

wegen eventl. einzuleitender Friedensverhandlungen, und ob Deutschland zugestimmt, Amerika, weil „noch nicht zeitgemäß“, abgelehnt habe.“ Der Reichskanzler antwortete: „Es sind natürlich von den verschiedensten Seiten aus neutralen Staaten, auch aus Freundeskreisen Wilsons, allerlei Fragen gestellt worden. Zu bestimmten Friedensvorschlägen habe sich bisher niemals eine Anregung oder Umfrage verdichtet.“ — Die Art und Weise, wie der Reichskanzler mir antwortete, bewies deutlich genug, daß er hätte Ja sagen müssen, wenn er meine Anfrage hätte glatt beantworten dürfen.

DES KANZLERS GROSSE FRIEDENSSEHNSUCHT

Nach der Kriegserklärung Italiens an Österreich fand eine bemerkenswerte Besprechung beim Reichskanzler statt. Außer Haase, Molkenbuhr und mir war auch endlich — auf meine bestimmte Forderung hin — Ebert eingeladen worden. Bis dahin war er nämlich vom Reichskanzler niemals hinzugezogen worden. Den Bericht für die Besprechung in der Fraktion skizzierte ich wie gewöhnlich, er wurde aber, auf mein Ersuchen, von den übrigen drei Kollegen auf seine unbedingte Richtigkeit geprüft. Wir waren uns vollkommen klar über die Bedeutung gerade dieses Berichtes, hatte der Reichskanzler doch nicht nur über seine Bereitschaft zum Frieden, sondern auch mancherlei über seine Kriegsziele gesagt. Hier der Bericht:

„Das Eingreifen Italiens in den Krieg ist wohl fatal, aber ich habe die Hoffnung, daß es uns militärisch nicht direkt gefährlich wird. Ich glaube nicht, daß Italien Truppen nach Frankreich

und an die Dardanellen schicken wird. Italien hat bisher der Türkei nicht den Krieg erklärt und es scheint sogar, als ob Italien im stillen Einvernehmen mit der Türkei sei. Ich nehme an, daß Italien seine ganze Kraft gegen Österreich richten wird. Sollte es freilich, wie mehrfach angenommen wird, drei- bis viermal hunderttausend Truppen durch das „Loch“ nach dem Ober-Elsaß schicken, dann könnte das für uns eine sehr gefährliche Sache werden. Ich habe jetzt den bestimmten Eindruck, daß Italien schon im Dezember entschlossen gewesen ist, sich der Triple-Entente anzuschließen. Seit Juli arbeite ich daran, Österreich zu bestimmen, Italien gewisse Konzessionen zu machen. Es ist ja aus der Geschichte bekannt, daß Österreich stets etwas spät seine Entschlüsse faßt. Übrigens hat Italien keine gute Presse, auch nicht in den neutralen Staaten. Selbst die Engländer, wenn sie es sich auch nicht merken lassen, halten das Vorgehen Italiens doch für gemein. Trotz alledem halte ich es für richtig, nicht die Wut gegen Italien aufzustacheln.

„Italien hat uns den Krieg nicht erklärt, wir ihm auch nicht. Wir haben die diplomatischen Beziehungen abgebrochen und Italien gesagt, daß unsere Truppen mit den Österreichern in gemeinsamen Heeresverbänden stehen. Falls diese angegriffen würden, müßten die Italiener also auch auf unsere Truppen stoßen. In Rumänien hat die Nachricht unserer Siege in Galizien größeren Eindruck gemacht, als die Kriegserklärung Italiens an Österreich. Ich hoffe, daß der Balkan ruhig bleiben wird. Man darf allerdings nicht vergessen, daß auf dem Balkan das Geld eine große Rolle spielt, bis in sehr hohe Kreise hinauf. Die Triple-Entente macht übrigens große Angebote auf Kosten anderer. Damit können wir in gar keiner Hinsicht in Konkurrenz treten. So ist den Rumänen nicht nur

ganz Siebenbürgen, sondern von Ungarn das ganze Banat bis an die Theiß versprochen worden.

Durch den Eintritt Italiens in den Krieg sind die Friedensaussichten leider wieder hinausgeschoben worden. Vorher hatte ich damit gerechnet, daß wir im Juli oder August den Frieden hätten haben können. In England und in Frankreich sind zur Zeit keine Friedensneigungen wahrzunehmen, obwohl ich mit großer Aufmerksamkeit alle Möglichkeiten verfolge. Ich habe, selbstverständlich nicht direkt, weil ich sonst aufgeschmissen wäre, in England und Frankreich durch Kanäle, die ja immer zur Verfügung stehen, zu verstehen gegeben, daß ich zu Friedensverhandlungen bereit sei. Ich glaube noch immer, daß schließlich Rußland erklären wird, es könne nicht weiter. Er wisse durch Agenten, daß am Hofe sich eine gewisse Kriegsmüdigkeit bemerkbar mache. Es würde dort gesagt: Wenn doch der entsetzliche Krieg erst zu Ende wäre! Rußland habe zwar den Vertrag vom 4. September 1914 (keinen Separatfrieden) unterzeichnet, da aber gewisse Verstimmungen zwischen den Regierungen Rußlands und Englands beständen, sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Rußland England gegenüber sagen werde: Bitte, wir machen Schluß und handeln eventuell gemeinsam mit Frankreich.

Die Basis für einen Frieden ist furchtbar schwer zu finden. Kein Mensch wird im Ernst daran denken, in Rußland auf Eroberungen auszugehen. Aber kein Staatsmann wird darauf verzichten können, vorausgesetzt, daß die militärische Lage ihm das gestattet, aus strategischen Gründen die Ostgrenze zu sichern. Denn es ist ein unhaltbarer Zustand, daß z. B. Thorn von russischem Gebiete aus mit weittragenden Geschützen beschossen werden kann. Im Westen kommen nur strategisch notwendige Änderungen in Be-

tracht. Die schwierigste Frage ist Belgien. Darüber kann ich mich nur in negativer Form aussprechen; wir müssen unter allen Umständen zu verhüten suchen, daß Belgien von England in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Beziehung gegen uns fruktifiziert wird. Ich denke an eine Zollunion; dazu gehört meines Erachtens ein Einfluß auf die Eisenbahntarife, Übereinstimmung in der sozialen Gesetzgebung und — wenn es zu erreichen ist — die Ersetzung des Code Napoleon durch das BGB. Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, daß auch noch Belgien von England abhängig wird, da ohnehin Frankreich nach dem Kriege ein Vasallenstaat Englands sein wird. Wir wollen doch nach dem Kriege nicht schlechter dastehen als vorher. Es kann niemand mehr baldigen Frieden wünschen wie ich.“

Hatte der Kanzler Anfang März, als er mit viel Humor in Aussicht stellte, daß Italien und Österreich bald im reinen sein würden, noch immerhin bedenklich klingende Ausführungen über Kriegsziele gemacht, hatte er dort von „Sicherungen, größerer Bewegungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeit für ein stärkeres und größeres Deutschland“ gesprochen, so atmete diese Rede, obwohl sie auch noch Stellen über Belgien und „Grenzsicherungen“ enthielt, die von uns heftig zurückgewiesen werden mußten, aufrichtige und tiefe Sehnsucht nach Frieden. „Es kann niemand mehr baldigen Frieden wünschen als ich!“ C'est le ton, qui fait la musique et — la politique! Er hatte immer Angst, daß er links oder rechts, oder bei der Obersten Heeresleitung anstoßen könne und befriedigte deshalb weder links, noch rechts, oder im Hauptquartier.

Eisig kalt war es mir in jener Märzszitzung über den Rücken gelaufen, als Bethmann Hollweg von dem größeren Deutschland gesprochen hatte. Molkenbuhr und

Robert Schmidt war es natürlich nicht besser gegangen. Haase dagegen hatte fröhlich genickt bei dem Worte des Reichskanzlers, hatte er doch wieder sein neues Stichwort für den „Eroberungskrieg“. Auf dem Heimweg begann ich Haase gegenüber zu erörtern, daß Bethmann Hollweg nach allen seinen sonstigen Darlegungen unmöglich ein durch Gebietszuwachs größeres Deutschland gemeint haben könnte; das erscheine mir ganz ausgeschlossen. Siegt Deutschland in diesem Kriege, dann stehe es doch tatsächlich stärker und größer da als vorher, auch wenn es nicht einen Quadratmeter an Gebiet gewinne. Haase widersprach lebhaft.

Es ist mir unverständlich geblieben, daß Bethmann Hollweg die eben erwähnte Äußerung hatte machen können, stand sie doch in schroffem Widerspruch zu allem, was er uns bei anderen Gelegenheiten gesagt hatte, so auch gelegentlich einer anderen Besprechung im März 1915. Er empfing damals nur Haase und mich. Er war sehr aufgeregt und sagte nach meinen Aufzeichnungen für den Bericht in der Fraktion — Haase und ich kontrollierten uns natürlich genau bei der Berichterstattung — folgendes: „Im tiefsten Vertrauen — sonst habe niemand Kenntnis davon: Zarte Keime sprießen in Rußland, Keime, aus denen ein Frieden entstehen könnte. Wir würden sie zertreten, wenn wir vom Frieden sprechen. Das werde man deuten als Schwäche und dadurch wachse in Rußland das Kraftgefühl noch einmal. Die Ziele, die die Alldeutschen verlangten, seien Unsinn! Ich denke nicht daran, sie zu verwirklichen. Belgien annektieren! Ein Land mit einer uns vollkommen fremden, auch sprachfremden Bevölkerung. Ich stelle mir vor, daß wir engere Wirtschaftsbeziehungen mit Belgien kriegen können, vielleicht auch Abmachungen militärischer

Art. Und wenn es mir gelänge, die Grenze der Vogesen ein wenig zu regulieren, die jetzt unterhalb des Kammes läuft, dann wäre das schon von großer Bedeutung, ebenso, wenn man die Schleifung Belforts durchsetzen könnte. An diesen Grenzen haben wir furchtbare Opfer bringen müssen.“

Haase und ich — Haase, wie auch in seiner Gegenwart in der Fraktion festgestellt worden ist, vor mir schon — erklärten, daß diese Darlegungen uns erheblich beruhigt hätten, mindestens hätten sie mancherlei Befürchtungen zerstreut. Bethmann Hollweg sprach dann noch über die Bereitwilligkeit, mit Rußland oder Frankreich Separatfrieden zu schließen, sobald es gehe. Die Hauptsache sei, den Dreibund zu sprengen. Immer wieder zwischendurch: Nicht vom Frieden reden. Witte habe kürzlich leise Versuche gemacht, die Presse schrieb darüber — sofort war Witte abgetan.

Der Reichskanzler war damals schon in einer nahezu unerträglichen Lage. Von allen Seiten wurde auf jedes Wort, das er über Krieg und Frieden sprach, aufgepaßt. Jedes seiner Worte wurde von rechts als Schlappmacherei, von der äußersten Linken als Sucht nach Eroberungen gedeutet. Dabei stand für mich und meine engeren Freunde fest, daß Bethmann Hollweg wirklich überzeugt war, das Menschenmögliche getan zu haben, den Krieg zu verhüten, daß er auch ehrlich bestrebt war, ihn schnellstens zu beenden.

Sechzehnter Abschnitt

DER WEG ZUR SPALTUNG

Am 4. August 1914 waren in der Fraktion nur vierzehn Abgeordnete gegen die Bewilligung der Kriegskredite aufgetreten. Bei der zweiten Kredit-

bewilligung im Dezember 1914 waren drei Abgeordnete hinzugekommen. Infolge der Wühlarbeit in der Partei wuchs die Zahl der Opponenten in der Fraktion bis zum März 1915 auf 25 an, im August 1915 waren es schon 36, im Dezember 1915 43 von insgesamt 110. Die Zunahme der Opposition war nicht allein zurückzuführen auf die eben erörterten Eroberungsziele, sondern auch auf viele innerpolitische Vorkommnisse. Die zumeist von beschränkten Kommißköpfen gehandhabte Pressezensur ließ den Rechtsparteien viel größeren Spielraum als den Linksparteien. Das wirkte ebenso verbitternd wie die Handhabung des Belagerungszustandes, das Verbot von Versammlungen und die Verhängung der Schutzhaft. Die Ernährungsfragen, die niemals zufriedenstellend geregelt wurden, wie auch die mangelhafte Unterstützung der Kriegerfrauen, sowie die hunderterlei Beschwerden über die ungerechte Behandlung der Soldaten kamen hinzu. Von manchen Stellen wurde berichtet, daß Offiziere im Überfluß schwelgten, während die Soldaten hungerten. Bei der Urlaubsgewährung wurde parteiisch verfahren u. a. m. Selbstverständlich gingen wir allen diesen Beschwerden nach und verlangten Abhilfe. Die Regierungsstellen, mit denen wir verhandelten, ebenso die in Betracht kommenden Militärs waren oft ehrlich empört über unsere Schilderungen und versprachen Abhilfe. Mitunter konnten sie Wort halten, zumeist nicht. Je schlimmer es die Soldaten in den Schützengräben hatten, desto leichtfertiger ging es vielfach in den Etappen zu. Es kam das Wort auf von den „Etappenschweinen“.

Die hier gemachten Bemerkungen lassen wohl deutlich genug erkennen, daß es der Opposition an Agitationsstoff wahrhaftig nicht gefehlt hat. Manche der Oppositionellen gefielen sich in der Rolle „tapfe-

rer Männer, die den Mut hätten, gegen Regierung und Oberste Heeresleitung Front zu machen". Karl Liebknecht, der seine Taktik zielklar auf das Gefängnis eingestellt zu haben schien, hätte das von sich sagen können, aber bei vielen anderen war der angebliche Mut gegenüber der Regierung nichts weiter als die Angst vor den eigenen Anhängern. Es wird unvergessen bleiben, daß einer der späteren Oppositionellen seine frühere Bewilligung der Kriegskredite vor seinen rebellisch gewordenen Wählern mit der wenig heldenhaften Bemerkung zu rechtfertigen suchte, daß die Abgeordneten, die am 4. August gewagt haben würden, gegen die Kriegskredite zu stimmen, aus dem Reichstag nicht lebendig bis ans Brandenburger Tor gekommen wären! Es handelte sich im Verlauf der Oppositionsbewegung um interessante Wechselwirkungen, einerseits wenig gefestigter Führer auf die Massen, dann der Massen auf die Führer. Mit den „prinzipiellen“ Wendungen von der „Verwirrungsphrase der Vaterlandsverteidigung“ allein wäre die Opposition nicht so zahlreich auf die Beine gebracht worden. Vor Männern, die bereits verwundet und verkrüppelt waren; vor jungen Leuten, die der Einberufung zum Heere täglich harren mußten; vor Frauen, deren Männer der Einberufung jeden Tag gewärtig sein mußten, oder deren Männer bereits verwundet oder irgendwo im Schützengraben, vielleicht auch längst schon im Massengrab lagen; überhaupt vor mangelhaft gekleideten, frierenden und hungernden Menschen, seelisch halb oder schon ganz gebrochen, war es kein Kunststück, Eindruck zu machen mit der Vertretung des „grundsätzlichen“ Standpunktes, daß es dem deutschen Arbeiter ganz gleichgültig sein könne, von wem er ausgebeutet werde. Von den Unterschieden zwischen den vorkriegszeitlichen Verhältnissen in Ruß-

land und Deutschland wurde natürlich ebensowenig gesprochen, wie von der unbedingten Gewißheit, daß es nach einem für Rußland und Frankreich siegreichen Kriege für die deutschen Arbeiter bestimmt nicht besser werden könne.

Die Mehrheit der SPD. war besonders ungehalten, weil die Opposition von der durch nichts erhärteten, vielmehr durch alle Erfahrung widerlegten Behauptung ausging, daß ein oppositionelles Verhalten in Deutschland die gleiche Opposition in den gegen uns kriegführenden Ländern hervorrufen werde. Die Sozialisten in den Ententeländern haben auf keine unserer Friedenskundgebungen mit ähnlichen Handlungen geantwortet. Sie sind zu keiner Begegnung bereit gewesen, sind ja auch der Stockholmer Konferenz ferngeblieben. Mit dem Hinweis auf die verweigerten Pässe ist ihr Verhalten nicht erschöpfend begründet, denn — um wenigstens eine Andeutung zu machen — kann man einer Regierung überhaupt noch weitere Gefolgschaft leisten, die Parteiführern, weil sie für einen ehrenvollen Verständigungsfrieden wirken wollen, die Pässe verweigert? Wie würde sich die deutsche Sozialdemokratie in solchen Fällen verhalten haben? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Es ist wahrhaftig keine angenehme Beschäftigung, an diese Erlebnisse erinnern zu müssen, zur Erklärung des Verhaltens der SPD. im Kriege ist es jedoch notwendig. Es gehört mit zu meinen bittersten Erinnerungen, daß Bethmann Hollweg einmal zu Haase, als dieser und ich über eine Friedensinterpellation mit ihm verhandelten, sagte: „Herr Haase, wenn Sie mir wenigstens einen französischen Sozialisten namhaft machen könnten, von dem Sie wissen, daß er Ihrem Beispiele folgt.“ Peinlicher als die Worte Bethmann Hollwegs war das

darauf folgenden Schweigen Haases in allen lebenden und toten Sprachen.

Neben der rührigen Tätigkeit der Gruppe Liebknecht, Rosa Luxemburg und Mehring (Herausgabe der „Internationale“, der „Junius-Broschüre“ und der „Spartakus-Briefe“) arbeiteten andere oppositionelle Personen auf eigene Faust, so Julian Borchardt, in der Partei bekannt unter dem Namen der „ökonomische Julian“, der eine Gruppe „Internationale Sozialisten Deutschlands“ auf die Beine zu bringen bemüht war. Keine dieser Gruppen und Grüppchen erlangte größere Bedeutung, bis 1919 aus der Spartakusbewegung die Kommunistische Partei hervorging. Neben der SPD, kam als sozialistische Arbeiterpartei schließlich nur die von Haase und Ledebour geführte USPD, in Betracht. Im Kriege und in dem ersten Jahre nach dem Kriege gewann sie große Bedeutung, freilich nicht zum Nutzen der deutschen Arbeiterbewegung. Als die Einigung zwischen SPD, und USPD, auf dem Nürnberger Parteitag im Jahre 1922 stattfand, waren die Unabhängigen als Partei, wie sich bald genug herausstellte, vollkommen erledigt. Die Redakteure und Sekretäre der bisherigen USPD, schlossen sich der geeinigten Partei an, die jahrelang aufgeputschten Mitglieder gingen zum weitaus größten Teile weiter nach links zu den Kommunisten.

Zweimal hat die deutsche Opposition im Laufe des Krieges auch im Ausland „Kongresse“ abhalten können. Der erste fand in Zimmerwald bei Bern statt, der zweite im Frühjahr 1916 in Kiental, ebenfalls im Berner Oberland gelegen. Diese Konferenz war von insgesamt 40 „Delegierten“ besucht, darunter angeblich solchen aus Frankreich, Italien, Serbien, Portugal und Polen. Diese „Delegierten“ waren zumeist Flüchtlinge aus den genannten Ländern, die seit Jahr und

Tag in der Schweiz als Emigranten lebten. In Kiental, wo man sich auf die Tagung in Zimmerwald berief, ging es kunterbunt genug zu. Die erste Sitzung begann damit, daß man den ältesten lebenden Sozialisten, den in der ganzen Internationale verehrten Greulich, hinaus-ekelte. Die Spartakusgruppe wandte sich gegen die Bremer Radekgruppe, diese wieder warf die Spartakiden in den „Sumpf“. Die Männer um Spartakus verwarfen Konferenzen und Manifeste, sie wollten „Taten“ sehen; Massenaktionen! Das schien den anderen zu gefährlich und den „wahren Tatsachen nicht entsprechend“. Karl Liebknecht ließ sich kurz darauf zu einer „Tat“ hinreißen. Er schrie am 1. Mai — als Soldat — auf dem Potsdamer Platz in Berlin: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ Was ihm jeder politische ABC-Schütze hätte voraussagen können, trat ein: er wurde eingesperrt und trotz aller unserer Bemühungen um seine Freilassung auch nicht wieder losgelassen. Erst im Oktober 1918 konnte ich seine Entlassung erzwingen.

DIE SPALTUNG WIRD VOLLZOGEN

Ledebour hat seinem Freund Haase das Leben in der Opposition reichlich schwer gemacht. In öffentlicher Reichstagssitzung krakeelte er einmal seinen Kollegen Haase privatim in gehässigster Weise an. Als ich damals zu Haase, mit dem ich persönlich noch einige Fühlung hatte, sagte: „Viel Glück zu dem Kameraden, ich beneide Sie wahrhaftig nicht“, da antwortete Haase sehr verlegen: „Sie wissen, daß sein Temperament das Beste an ihm ist.“ Ledebour und Liebknecht, ganz zu schweigen von den vielen kleineren prinzipienfesten Leuten, waren hervorragend veranlagt, alles zu stören oder kaputt zu machen, wo sie mitwirkten. Irgend

etwas Positives zu schaffen waren sie nicht imstande, „das lag ihnen nicht“. Für sie war das Glück am größten, wenn sie reden konnten, reden, reden. So schwer mich das Schicksal Liebknechts gepackt hat — ich hatte ihn schon kennengelernt, als sein Vater ihn als jungen Studenten zu Besuch mit nach Gießen brachte — so unerbittlich die feige Tat seiner Mörder zu verurteilen ist, so kann mich das alles nicht erschüttern in der Überzeugung, daß Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ledebour, besonders in den kritischen Tagen nach dem Zusammenbruch, das deutsche Volk, in erster Linie den Sozialismus, auf das schwerste geschädigt und die Republik in furchtbare Schwierigkeiten gebracht haben. Ein revolutionärer Arbeiter, der lange mit Liebknecht sympathisiert hat, der auch von den Unabhängigen in die Revolutionsregierung der Volksbeauftragten delegierte Emil Barth, hat mit Recht festgestellt, daß Liebknecht und Ledebour die Väter der Reichswehr sind.

Infolge der Konflikte in der sozialdemokratischen Fraktion war es zunächst — am 24. März 1916 — zur Gründung der sogenannten Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gekommen, die neben der sozialdemokratischen Fraktion auf eigene Faust operierte. Ostern 1917 hielten die Oppositionellen, die bis dahin organisatorisch noch zur Sozialdemokratie gehört hatten, eine Konferenz in Gotha ab und gründeten dort die USP. Leiter der Organisation waren Haase und Ledebour, ihr Theoretiker war Karl Kautsky. Der Historiker Dr. Bergsträsser nennt sie in seiner Geschichte der politischen Parteien nicht unzutreffend die „Gruppe derer, die zwischen Theorie und Praxis stehen“.

Völkerkriege sind, wie wir zur Genüge erfahren haben, furchtbar; Bürgerkriege, wie wir gleichfalls er-

leben mußten, sind grausamer; Bruderkriege aber sind das Gehässigste, was man sich unter Kampf überhaupt vorstellen kann. Ein solcher Bruderkrieg mußte nun jahrelang in Deutschland innerhalb der Arbeiterschaft ausgefochten werden.

IM ENGSTEN KREISE

Aus dem bisher Berichteten ist gewiß deutlich genug zu ersehen, unter wie schwierigen Umständen die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion haben arbeiten müssen. Sie sollten und mußten natürlich helfen, soweit sie konnten, wenn um Hilfe geschrien wurde wegen Bedrückung oder gar Verboten der Presse, wegen Inhaftnahme und Versammlungsverboten; wegen schlechter Behandlung der Soldaten und wegen Urlaubsverweigerung; wegen Mangel an Seife, Kartoffeln, Brot, Fett und Fleisch; wegen Mangel an Schuhen, Wäsche, Kleidern, schließlich wegen Mangel an allem, was zum Leben unentbehrlich war.

In tausend Besprechungen hagelten vertraulich zu haltende böse amtliche Nachrichten auf die Vertrauensmänner der Parteileitung hernieder; die Opposition ließ sie nicht aus dem Trommelfeuer der Beschimpfungen und Verdächtigungen heraus; wehklagende Angehörige gefallener Soldaten verlangten die Freigabe noch im Felde stehender Verwandten durch Reklamation. Hier war ein Parteiblatt in finanzielle Not geraten, dort machte wieder ein Redakteur oppositionelle Späne. Es gab noch Konflikte und Sorgen anderer Art. In die Redaktionsräume des „Vorwärts“, wo Hermann Müller seines undankbaren und unfruchtbaren Zensoramtes waltete, brach eines Tages eine halbe Hundertschaft aufgehetzter Frauen ein und

schrie nach dem Blute des „Verräters“. Müller mußte wirklich Blut lassen und die nächste Verbandstelle aufsuchen.

In zahllosen kleineren Parteiversammlungen wurde der Stab über die Parteileitung gebrochen. Gegen jedes einzelne Mitglied des Parteivorstandes wurde in seinem Wahlkreise gehetzt. Mit der angedrohten „Ab-sägung“ sollte Eindruck gemacht und der Umfall herbeigeführt werden. Eine durch hundert Gruppenversammlungen gehetzte und beschlossene Resolution lautete dahin, daß keinem der Mehrheitsabgeordneten jemals wieder irgendein Mandat anvertraut werden dürfe.

Gefangene Engländer und Belgier sollten revoltiert haben und wurden deshalb zum Tode verurteilt. Wir retteten sie durch Einsprachen. Aus den neutralen Ländern kamen unerfreuliche Nachrichten, weil auch sie immer mehr in Mitleidenschaft gezogen wurden. Im Felde fehlte es an diesem und jenem. Die Soldaten riefen uns immer wieder, ohne daß wir ihre Wünsche erfüllen konnten, an die Front, damit wir uns überzeugen sollten, wie sie selbst vor dem Feind von ungeeigneten Vorgesetzten ungerecht behandelt würden. Wir nahmen wiederholt Stellung gegen jegliche Eroberungspolitik. Sämtliche Kettenhunde der Reaktion wurden infolgedessen gegen uns losgelassen. Wir forderten das Volk zum Ausharren auf, weil alles auf dem Spiele stehe. Deshalb wurden wir von links als „elende Verräter“ beschimpft. Wenn wir bei dem Reichskanzler auf den Busch klopfen, „wollen Sie nicht vom Frieden sprechen“, hallte es uns entgegen, „um Gottes willen, jetzt nicht!“ Die Opposition wuchs, die Schwierigkeiten wurden immer größer . . .

In dieser furchtbaren Zeit war vor allem notwendig, daß die Führer der Partei, die in allen Kernfragen

tatsächlich vollkommen einig waren, eine geschlossene Front zeigen mußten, in der nicht die kleinste Spalte klaffte. Das ist auch gelungen, obwohl es an Differenzen nicht gefehlt hat. Freilich an Differenzen oft kleinlicher Art, die überhaupt nur erklärlich sind aus der Nervosität, die schließlich alle mehr oder weniger gepackt hatte. Es wäre klägliche Feigheit, hier ein Kapitel nicht anschneiden zu wollen, das so durchaus menschlich ist, daß jeder es verstehen müßte, daß nur Übelwollende es mißdeuten können. Alle Mitglieder des Parteivorstandes waren überzeugt, daß Ebert der Gescheiteste unter uns war. In allen partei- und verhandlungstaktischen Fragen war er jedem anderen von uns überlegen. Es ist jedoch unrichtig, wenn von wohlmeinenden Menschen, die ihm im Leben nicht besonders nahegestanden haben, nach seinem Tode gesagt worden ist, nur er sei inmitten hastender und nervöser Menschen die unerschütterliche Ruhe gewesen. Das Gegenteil ist richtig. Ebert war, als temperamentvoller Mensch, leicht aufgeregt und noch leichter verletzt. Dabei behielt er, was ich immer am meisten bedauert habe, Widerspruch selbst in kleinen Dingen viel zu lange im Gedächtnis; er war auch ein wenig jähzornig und konnte dann mitunter direkt ungenießbar sein. Dr. Wirth, der als Reichskanzler Ebert auch sehr gut kennengelernt hat, sagt in dem Buch „Friedrich Ebert und seine Zeit“: er habe das leicht erregbare Blut des Pfälzers gehabt. Zeitweilig wurde Eberts Heftigkeit um so größer, je kleiner uns die Ursachen dazu erschienen. Wenigstens erschien das allen denen so, die weder von der Galle gezwickt, noch von Brüchen gepeinigt wurden.

Pfarrer Felden, ein Freund Eberts, erzählt in seinem schon erwähnten Buch merkwürdige Geschichten aus der Kindheit Eberts. Er läßt den kleinen

Fritz schon als Kind so klug reden und handeln, daß der zwölfjährige Jesus im Tempel dagegen gehörig ins Hintertreffen kommen könnte.

Monatelang tobte der Krieg bereits, bevor Ebert, abgesehen von den zahllosen Besprechungen über sozialpolitische und Zensurfragen, zur Teilnahme an größeren politischen Konferenzen mit dem Reichskanzler eingeladen worden war. Immer wieder wurden mit Haase, Molkenbuhr und mir, den drei Fraktionsvorsitzenden, Dr. David, Robert Schmidt, Legien u. a., die alle seit vielen Jahren dem Reichstag angehörten, zu den Besprechungen eingeladen. Wiederholt hatte ich den in Betracht kommenden Herren gesagt, daß sie unter allen Umständen Ebert mit einladen möchten, denn er sei nicht nur Mitglied des Fraktionsvorstandes, sondern auch einer der Parteivorsitzenden. Das war immer wieder vergessen worden, bis ich einmal Wahnschaffe direkt aufsuchte, um ihn ernstlich zu bitten, die Einladungen nach unseren Wünschen ergehen zu lassen. Darauf antwortete Wahnschaffe genau das gleiche, was einige Tage zuvor der Reichskanzler zu uns gesagt hatte: „Ja, selbstverständlich, wenn das gewünscht wird. Wir laden für gewöhnlich die Fraktionsvorsitzenden ein. Herrn Ebert kennen wir ja kaum.“ Das war dem Reichskanzler aufs Wort zu glauben, denn Ebert war erst 1912 in den Reichstag gewählt worden und bis 1914 kaum hervorgetreten. Jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei kannte ihn, wie ihn heute jeder Deutsche kennen sollte. Über den Rahmen der Sozialdemokratischen Partei hinaus wurde Ebert jedoch erst im Laufe des Krieges, besonders natürlich später als Reichspräsident, bekannt.

Am 5. November fand eine Sitzung bei Delbrück, der den Reichskanzler vertrat, statt, zu der Dr. David, Haase und ich eingeladen waren. Bis zu Delbrück war

meine Bitte, Ebert stets mit einzuladen, also noch nicht gedrungen. Am 6. November wurde die Sitzung fortgesetzt. Zwischen den beiden Sitzungen fand jedoch eine Besprechung im Parteivorstand statt, bei der es zu einem Kampfe zwischen Haase und Ebert kam, in dem ich auf die Seite Haases, der einen nicht anfechtbaren Artikel veröffentlicht hatte, treten mußte. Ebert, der sehr gereizt war, wollte nämlich den Grundsatz aufstellen, daß kein Mitglied des Parteivorstandes einen Zeitungsartikel veröffentlichen dürfte, ohne ihn zuvor dem Parteivorstand vorgelegt zu haben. Ein solches Verlangen, gegen das Haase sich entschieden sträubte, erschien mir unberechtigt; eine solche Praxis wäre mir unerträglich gewesen. Wels, der selbst ein der Agitation in der Provinz Brandenburg dienendes Wochenblatt — die „Fackel“ — herausgab, und mir sicherlich in dieser Frage innerlich zustimmte, flüsterte mir zu, daß ich Haase nicht in die Karten spielen möge durch meine Ausführungen. In mein Tagebuch habe ich damals geschrieben: „Wenn Haase im Recht ist, wird er mich unbedingt auf seiner Seite finden.“ Wohl-gemerkt: Es war ganz allgemein von Zeitungsartikeln die Rede; die meisten hatte zweifellos ich geschrieben. Mit der Möglichkeit, daß einmal ein Mitglied des Parteivorstandes einen Aufruf gegen die eigene Partei veröffentlichen könnte, hat damals niemand gerechnet, weder Ebert noch Haase. Wenn damit zu rechnen gewesen wäre, hätte das Verlangen Eberts erst recht keinen Sinn gehabt, denn ein Mann, der bereit ist, die eigene Partei zu sprengen, wird nicht über Zwirnsfäden stolpern, die ihn von einer Redaktionsstube fernhalten sollen.

Der unleidliche Krakeel ging in jener Sitzung aus wie das Hornberger Schießen. Später wirkte die Auseinandersetzung sich jedoch praktisch aus und zwar

gegen mich. Nach dem gänzlich unfreiwilligen Ausscheiden der radikalen „Vorwärts“-Redakteure hatte ich auf Wunsch der neuen Redaktion einige Artikel im „Vorwärts“ veröffentlicht. Die unfreundliche Haltung Eberts nach dem Erscheinen eines jeden dieser Artikel, gegen deren Inhalt vom parteigenössischen Standpunkte aus nicht das geringste eingewandt werden konnte und auch niemals eingewandt worden ist, war mir aufgefallen. Zu einer Aussprache darüber kam es nicht, weil Ebert zu mir kein Wort darüber sagte. Eines Tages machte der Genosse Dietz aus Stuttgart mir gegenüber Andeutungen, die ich erst verstand, als am Tage darauf Richard Fischer in mein Zimmer kam, um mich unter vier Augen zu bitten, weitere Artikel mit meinem Namen im „Vorwärts“ nicht zu veröffentlichen: „Ebert (der selbst fast nie journalistisch tätig war) verträgt es nun einmal nicht.“ Des lieben Friedens halber schrieb ich nur noch auf besonderes Ersuchen oder dann, wenn mir das Schreiben so wichtig erschien, daß ich, um nach bestem Gewissen dem großen Ganzen zu dienen, auch persönliche Konflikte nicht hätte scheuen dürfen.

Mehr als einmal hat Ebert im Kriege Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit der Drohung, demissionieren zu wollen, verlassen, wenn er mit seinem Willen nicht durchdringen konnte. Aber weder David, noch Gradnauer und andere konnten ihm ebensowenig wie ich in allem recht geben. Ich erinnere mich noch, daß David einmal ganz verzweifelt rief: „In einer solchen Zeit muß man mit solchen Kleinlichkeiten rechnen!“

Es kann niemand die großen Vorzüge Eberts rückhaltloser anerkennen als ich. Wirkliche Freundschaft sehe ich aber nicht darin, aus einem ungewöhnlich begabten Menschen einen Übermenschen machen zu wollen. Gerade wenn es sich um Persönlichkeiten von

geschichtlicher Bedeutung handelt, sollen in erster Linie wirkliche Freunde der Wahrheit dienen und dadurch übler Legendenbildung — wer hätte davon nicht genug in Erinnerung an die Hohenzollern! — entgegenwirken. Ein Musterknabe ohne Fehl und Tadel, wie manche ihn schildern, würde das nicht geleistet haben, was Ebert zu danken ist.

DER FRÖHLICHE EBERT

Ein Prachtmensch war Ebert im Kreise fröhlicher Zecher. Dann sagte er sich sozusagen für Stunden von allem Geschäftlichen und Politischen los, schaltete „alles“ aus. Vor und auch noch bis in den Krieg hinein verkehrten wir abwechselnd im Weihen-Stephan in der Friedrichstraße und bei Ruperti (dem späteren Krausenhof) in der Krausenstraße, dem Klaußner schräg gegenüber. Sonntags trafen die Kollegen, die nicht auswärts zu tun hatten, sich in einem dieser Lokale, um Erlebnisse aus der Partei und goldener Jugendzeit auszutauschen.

Tage wirklicher Lebensfreude genossen wir vor dem Kriege beinahe regelmäßig zwischen Weihnachten und Silvester in Oberbayern. Am Abend des zweiten Weihnachtstages fuhren einige von uns gewöhnlich nach München und weiter nach Garmisch, um von dort aus, je nach dem Wetter, einige Tage zu wandern, sei es über den Fernpaß oder über Mittenwald und Scharnitz nach Innsbruck. Wir richteten uns stets so ein, daß wir am Silvesterabend wieder bei unseren Familien waren.

Als wir 1913 am dritten Weihnachtsmorgen in München, noch bei Nacht und Nebel, ankamen, machte Richard Fischer den Vorschlag, Weißwürste zu frühstücken. Da wir die beste Quelle kannten, gab es nicht

lange Erörterungen über ja oder nein, da oder dort. Eine Viertelstunde nach unserer Ankunft saßen wir hinter einem weißgescheuerten Tisch bei einer Halben „frisch vom Faß“ und ausgezeichnete Weißwurst. Richard Fischer ist übrigens, obwohl ein waschechter Bayer, ein sehr schwacher Biertrinker geblieben bis an sein Lebensende. Was seine Grobheit anlangte, die immer ehrlich gemeint war und niemals verletzend wirkte, so darf gesagt werden, daß sie echt war. Obwohl k. b. Sauwetter, Regen und Nebel eingetreten war, fuhren wir nach Garmisch-Partenkirchen in der Hoffnung, daß wir im Gebirge besseres Wetter haben würden und die vorgesehene Wanderung antreten könnten.

Von den Bergen war auf der Reise überhaupt nichts zu sehen. Als wir in Garmisch ankamen, regnete es Bindfaden. Wir beschlossen deshalb, uns durch ein zweites Frühstück für die uns bevorstehenden Wanderstrapazen zu kräftigen. Als wir so bis gegen drei Uhr nachmittags gefrühstückt hatten, wollten wir wenigstens versuchen, dem Fernpaß uns in Etappen zu nähern. Wir gingen los, den Rucksack auf dem Buckel, und kamen auch richtig, freilich sehr spät, bis zur „Schanz“, an der Tiroler Grenze, einem kleinen Gasthaus, in dem wir übernachten wollten. Wir waren, obwohl wir zeitweilig in freundlichen Gaststätten (mit herrlichen Gerstensäften) Zuflucht gesucht hatten, bis auf die Haut durchnäßt. Natürlich hätten wir schon viel früher irgendwo für die Nacht bleiben können, aber wir wollten uns gründlich auslaufen, hatte doch Ede Bernstein den von uns allen akzeptierten Grundsatz verkündet: „Die Bewegung ist alles!“ Bei der Bewegung vom „Werdenfelser Michel“ in Garmisch über den „Kainzen Franz“, den „Husaren“ und die „Post“ bis zur „Schanz“ waren wir, rein äußerlich, in einen unbeschreiblichen Zustand geraten. Das Wasser

quietschte vor Vergnügen uns aus den Stiefeln heraus. Richard Fischer schwor mir ins Ohr, daß jetzt auch bereits seine Brillengläser aufweichten.

In der „Schanz“ hauste damals ein freundliches Ehepaar, das uns als einzige und willkommene Gäste jubelnd begrüßte. Da wir außer Wäsche irgendwelche Reservekleidung nicht bei uns hatten, wurden wir sofort umgepuppt in Gewandel unserer Wirtsleute. Unsere eigenen Kleider wurden an Stangen in der Küche und im Wirtszimmer zum Trocknen aufgehängt. Da der Wirt einen Kopf kleiner war als ich, erfüllte die mir von ihm übergebene Kniehose ganz knapp die Aufgabe eines Schwimmhöschens. Dabei bestand keine Möglichkeit, sie zuzuknöpfen, denn der Wirt war nicht nur kleiner, sondern auch erheblich dünner als ich. Ein anderer von uns kam schon erheblich besser weg, weil er kleiner war. Am besten geborgen war der Dritte, der Dirndtkleidung anziehen mußte, weil irgendeine Männerhose im Hause nicht mehr aufzutreiben war. Wir spielten dann zunächst Tiroler Roten aus und sangen schließlich zu der Zupfgeigenbegleitung des Wirtes deutsche Volkslieder und Schnadahüpferl, die wir selber machten. Dergleichen Verse hat weder ein Goethe, noch ein Schiller zustande gebracht.

Der vierte Weihnachtsmorgen war längst angebrochen, als wir unsere Betten aufsuchten. Die Lager für Ebert und mich befanden sich im gleichen Zimmer, Richard Fischer, der älteste von uns, schlief nebenan allein. In der Nacht war Neuschnee gefallen. Unser Senior, der nicht besonders gut geschlafen hatte, war in aller Frühe aufgestanden und hatte von der Straße aus mit Schneebällen an unsere festverschlossenen Fensterläden geworfen. Mit unserer Ruhe war es damit zwar zu Ende, wir einigten uns aber, keinen Laut von uns zu geben und so zu tun, als ob

wir überhaupt nicht wachzukriegen seien. In Wirklichkeit machten wir uns vollkommen fertig und rasierten uns auch: Wir hörten, wie er inzwischen sich mit dem Wirt unterhielt und auf die „Saupreußen“ schimpfte. Ab und zu flog wieder ein Schneeball an unsere Fensterläden. Als wir hinunterkamen, machten wir ihm Vorwürfe, „weil er uns nicht geweckt hätte“. Nicht den leisesten Laut hätten wir vernommen. Da er uns bei den Wirtsleuten als Saupreußen beschimpft hatte, ging ich, „Rache schnaubend“, in die Küche, um dem Wirt, der keine Ahnung hatte, wer wir waren, ganz harmlos zu sagen, daß „Herr Fischer“ doch ein prachtvoller Jude sei. Beim Frühstück kamen wir natürlich auf das gestrige Hundewetter zu sprechen. Im Laufe der Unterhaltung wandte sich der Wirt an Richard Fischer mit der Bemerkung: „Ja, nehmen Sie mal an, Sie hätten Pech gehabt und wären gestern Nacht in ein antisemitisches Gasthaus gekommen, wo man Ihnen ein Nachtlager verweigert hätte.“ Fischer sperrte Mund und Nase auf, guckte erst den Wirt, dann uns an, dann fuhr es mit seiner ganzen unnachahmlichen Grobheit heraus: „Ihr verfluchten Saupreußen!“ Als ich schüchtern sagte, daß er dem Wirt die Bemerkung nicht übernehmen könne, denn er werde nicht bestreiten wollen, ein wenig jüdisch auszusehen, was doch gar keine Schande sei, da flogen die Bierfilze . . .

DIE SPD. FÜR DEN FRIEDEN

Während die Gegner der Sozialdemokratie von rechts im Laufe des Krieges — und erst recht nach dem Kriege — den verleumderischen Vorwurf erhoben, daß wir nicht genug für das Vaterland getan, ihm vielmehr Schwierigkeiten bereitet und durch

unsere Propaganda für einen Verständigungsfrieden großen Schaden zugefügt hätten, beschuldigen uns die Gegner von links, daß wir Kriegswüteriche, Sozialpatrioten und Annexionisten geworden seien, für den Frieden aber nichts getan hätten. Die einen frisieren uns als Landesverräter, die anderen als Volks- und Arbeiterverräter. Die Haltung der SPD. ist im Auslande zumeist gerechter beurteilt worden, als im Inland. Zwar sind wir auch in England und Frankreich als begeisterte Patrioten gefeiert worden, wie die französischen und englischen Sozialisten bei uns zu Lande, aber — was wichtiger ist gegenüber den unehrlichen Beschimpfungen von links her im eigenen Vaterlande — selbst ein so streng marxistisches Blatt, wie der „Populaire du centre“, das Organ der Richtung Longuet, schrieb am 22. Januar 1917, nachdem es Kenntnis von unserer später noch zu erörternden „Dokumentensammlung“ genommen hatte:

„Wir haben die Reichstagsreden Scheidemanns gelesen. Auch auf die Gefahr hin, von manchen Leuten deshalb angebrüllt zu werden, erklären wir ohne Zaudern, daß wir in diesen Reden sehr oft den reinsten, sozialistischen Geist wiedergefunden haben. So manche unserer Genossen könnten sich ganz gut an ihnen ein Beispiel nehmen.“ Unser Verhalten im Kriege liegt so klar vor den Augen aller Welt dar, daß wir gegen die wider besseres Wissen erhobenen Vorwürfe von rechts und links kein Wort zu verlieren brauchten. Was die Vorwürfe von rechts betrifft, so werden sie ad absurdum geführt durch jedes amtliche Reichstagsstenogramm, das die offiziellen Reden sozialdemokratischer Wortführer verzeichnet; sie werden widerlegt durch alle Abstimmungen über die angeforderten Kriegsmittel. Was die Vorwürfe von links anbetrifft, so ist es ebenso kinderleicht, ihre Unwahr-

haftigkeit nachzuweisen. Freilich, eines haben wir nicht getan; wir sind unserem Vaterlande nicht in den Rücken gefallen, „um den Krieg zu beenden“. Wir haben abgelehnt, was zur Ausdehnung des Krieges und damit bestimmt zu unserer Niederlage führen mußte — den U-Bootkrieg, von dem wir wußten, daß er die Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Krieg gegen uns zwingen werde. Wir sind dagegen von Anbeginn des Krieges für eine Verständigung mit den Gegnern eingetreten und haben immer wieder die Hände ausgestreckt, leider ohne jenseits der Vogesen oder des Kanals eine Hand zu finden, die bereit gewesen wäre, einzuschlagen. Wie klang denn das Echo auf unsere Parteikundgebungen, auf unsere Reichstagsreden, auf unsere Entschließungen in Berlin, in Wien und in Stockholm? Geradezu niederschmetternd. Trotzdem haben wir uns nicht irremachen lassen und immer wieder unsere Friedensbereitschaft betont, freilich niemals, wie es von „radikaler“, d. h. spartakistisch-kommunistisch-bolschewistischer Seite von uns verlangt worden ist, haben wir einen „Frieden um jeden Preis“ gewollt. Zu einer solchen gewissenlosen, die eigenen Landesinteressen Deutschlands mit Füßen tretenden Politik, durch die die Arbeiter in jeder Beziehung am schlimmsten geschädigt worden wären, hätte sich kein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei verstanden. Dagegen waren wir allezeit zu einem Frieden bereit, „der dem deutschen Volke die politische Unabhängigkeit, die Unversehrtheit des Reichs und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit sichert.“

Nach den von Haase abgegebenen, schon erwähnten Erklärungen der Fraktion am 4. August und 2. Dezember 1914 haben wir unseren Friedenswillen bis zum April 1917 ungefähr noch dreißigmal öffentlich

zum Ausdruck gebracht und zwar durch offizielle Erklärungen, Reichstagsreden und Interpellationen. Dazu kommen die öffentlich nicht bekanntgewordenen Denkschriften an den Reichskanzler, außerdem aber auch die Kundgebungen der SPD. und solche, die in Gemeinschaft mit den österreichischen und ungarischen Sozialdemokraten gemacht worden sind. Keine dieser Bekundungen zur Friedensbereitschaft hat an Deutlichkeit zu wünschen übriggelassen. Einige willkürlich gewählte Beispiele mögen das zeigen. In der gemeinsamen Kundgebung der deutschen und österreichisch-ungarischen Partei vom 13. April 1915 hieß es:

„Die sozialdemokratischen Parteien, die von jeher und ihrem Wesen nach für die Verbrüderung der Völker wirken, sind die berufenen Verkünder der Friedenssehnsucht. Diese entspringt dem Willen und der Kraft der Selbstbehauptung, nicht etwa dem Gefühl der Schwäche. Daraus aber folgt mit Notwendigkeit, daß nur ein Frieden möglich ist, der kein Volk demütigt, daß nur ein solcher Frieden das dauernde Zusammenarbeiten aller Kulturvölker gewährleisten wird.

Die bei der Zusammenkunft vertretenen Parteien stehen auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse und halten in diesem Sinne beim Friedensschluß folgende Sicherungen für notwendig:

Den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte zu obligatorischen Einrichtungen zum Zwecke der Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten.

Die Unterwerfung aller Staatsverträge und Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen.

Die internationale vertragmäßige Einschränkung

der Rüstungen mit dem Ziele der allgemeinen Abrüstung.

Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker.

Weiter erklären die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Österreichs und Ungarns: die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder ihr Land und Volk verteidigen, darf kein Hindernis dafür sein, die internationalen Beziehungen aller sozialistischen Parteien zueinander aufrechtzuerhalten, sowie die Tätigkeit ihrer internationalen Einrichtungen fortzuführen.“

Die Leitsätze, die die deutsche Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß am 16. August 1915 aufgestellt und veröffentlicht haben, decken sich mit der eben erwähnten deutsch-österreichisch-ungarischen Kundgebung. In einer Erklärung vom 23. Februar 1917, wurde gesagt:

„Durch die Ablehnung der von Deutschland und seinen Verbündeten angebotenen Friedensverhandlungen haben die Regierungen der feindlichen Mächte die schwere Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges auf sich geladen. Sie wollen ihre nunmehr unverhüllt ausgesprochenen Eroberungsziele durchsetzen, die die Zertrümmerung und dauernde Niederhaltung der Mittelmächte bedeuten würden. Angesichts dieser Sachlage erklärt die deutsche Sozialdemokratie erneut ihre feste Entschlossenheit, auszuharren bis zur Erreichung eines die Lebensinteressen des deutschen Volkes sichernden Friedens. Mit der gleichen Entschlossenheit, mit der wir uns zur Verteidigung unseres Landes bekennen, bringen wir aber auch heute wieder unsere Friedensbereitschaft zum Ausdruck. Wir erwarten, daß auch die Reichsleitung unbeirrt festhält an der in ihrer Note vom

12. Dezember 1916 bekundeten Friedensgeneigtheit und jederzeit bereit bleibt, in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziele eines Friedens, der die Lebensrechte aller Völker achtet und darum die Gewähr der Dauer in sich birgt. Aus diesen Erwägungen geben wir den geforderten Krediten unsere Zustimmung.“

Vor der Stockholmer Konferenz, die besonders behandelt werden muß, sprach ich im Auftrag der Fraktion noch einmal im Reichstag und zwar am 15. Mai 1917. Ich geißelte die Politik der „Eroberer“, die den von uns verlangten Verständigungsfrieden als „Scheidemann-Frieden“, „Schand- und Verzicht-Frieden“ verhöhnten: Wenn die Herren Professor Schäfer, Graf Reventlow schreien und schreiben, dann heißt es stets: „weiter kämpfen! keinen Verständigungsfrieden!“ Zerschmetterung des Gegners, damit wir ihm den Frieden diktieren können, das ist ihr Plan. „Sieg, Triumph und Beute, Beute!“ Das ist ihre Losung. „Durch diese alldeutsche Porzellanladen-Politik sind wir in den wahrhaft törichten Verdacht gekommen, ein Räubervolk zu sein, sozusagen eine national organisierte Räuberbande von siebzig Millionen. So wie unsere politischen Antipoden in Deutschland es treiben, so hetzen sie uns doch nachgerade alle Völker der Welt auf den Hals und schaffen damit allerdings die tröstliche Gewißheit, daß in ihrem Siane nichts erreicht werden kann. Es wäre ein Glück für ganz Europa, wenn wir schnellstens einen Frieden der Verständigung haben könnten: „Für die Verteidigung unseres Landes, für die Verteidigung von Heim und Herd wird und muß das Volk eintreten. Von der Führung des Krieges für irgendwelche Vergewaltigungsziele will unser Volk nichts wissen. Dem werden wir Sozialdemokraten — darüber täuschen Sie sich nicht — uns aufs entschiedenste widersetzen.

Über den Frieden der Verständigung, für den wir allezeit eingetreten sind, höhnen die Alldeutschen als über einen „Verzichtfrieden“. Was soll das heißen, und auf was verzichten wir überhaupt? Wir verzichten auf die Fortsetzung des Krieges; wir verzichten auf hunderttausende Tote und hunderttausende Krüppel; wir verzichten auf tägliche Lasten von hundert Millionen; wir verzichten auf die weitere Verwüstung Europas; wir verzichten aber auf kein Stück deutschen Landes und kein Stück deutschen Gutes; wir verzichten auf das, was wir gar nicht besitzen; wir verzichten auch auf die Illusion, daß der Krieg einen Gewinn bringen wird, der uns nicht zusteht, für den wir weitere furchtbare Opfer bringen müßten und den wir doch nicht erreichen würden; wir verzichten darauf, andere Völker zu vergewaltigen und zu unterdrücken; wir verzichten aber nicht darauf, daß das deutsche Volk als ein freies Volk aus diesem entsetzlichen Kriege hervorgeht. Das nennen die Alldeutschen einen „Verzichtfrieden“. Worauf wir verzichten, das sind die Alldeutschen und ihre dummen Schwätze-reien“ . . .

In dieser Rede war ich so deutlich geworden wie irgendsmöglich. Einmal, um die Reichsregierung zu bestimmen, öffentlich zu erklären, wie sie zu den Eroberungspolitikern und uns, den Verständigungspolitikern, stehe, dann aber auch, um den Sozialisten der feindlichen Länder — vor der Stockholmer Konferenz! — einen Ansporn zu geben, endlich auf ihre Regierungen entschieden einzuwirken. Ich hatte u. a. gesagt: „Würden heute die englischen und französischen Regierungen so, wie es die russische Regierung schon getan hat, auf Annexionen verzichten und würde die deutsche Regierung, statt durch den gleichen Verzicht, den Krieg zu beenden, ihn um Eroberungsziele

fortsetzen wollen, dann, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, dann haben Sie die Revolution im Lande.“ So selbstverständlich diese Erwägung für uns sein mußte, so unerhört kam sie unseren Gegnern im Reichstag vor. Der Präsident Kaempf, der den Satz sicherlich gar nicht verstanden hatte, rief mich sogar zur Ordnung. Die Presse der deutschen Welteroberer behandelte mich wie einen Menschen, der des Landesverrats schuldig und glatt überführt worden ist. —

Jeder Versuch, die SPD. beschuldigen zu wollen, daß sie vaterländische Pflichten versäumt habe, ist ebenso zum Scheitern verurteilt, wie der Vorwurf, sie hätte nicht alles mögliche getan, den Frieden herbeizuführen. Alle Bemühungen, die SPD. verantwortlich machen zu wollen für die Politik anderer, die sich von ihr getrennt hatten, weil sie die SPD.-Politik für falsch hielten und deshalb selbst eine eigene Politik machten, sind unehrlich und müssen zerschellen an den Tatsachen, die dokumentarisch feststehen.

Die aus der SPD. ausgeschiedenen Mitglieder hatten sich eine besondere Partei gegründet. So unabhängig diese Organisation von der SPD. war, genau so unabhängig war die SPD. von jener. Es ist selbstverständlich daß man keine dieser Organisationen für die Politik der anderen verantwortlich machen kann.

AUF DER SUCHE NACH FRIEDENSMÖGLICHKEITEN

Selbstverständlich war es ganz und gar unmöglich, über alle unsere Unterredungen mit dem Reichskanzler auch nur in vertrautesten Kreisen Bericht zu erstatten, geschweige denn in der Presse. Ein typisches Beispiel mag zeigen, wie derartige Besprechungen

mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zu verlaufen pflegten. Am 8. November 1915 hatte Unterstaatssekretär Wahnschaffe mich gebeten, abends zum Reichskanzler zu kommen, der unter allen Umständen noch am selben Tage mit mir reden wollte. Er stellte mir anheim, Ebert mitzubringen. Ebert und ich gingen dann zur vereinbarten Stunde in die Wilhelmstraße. Der Reichskanzler war in ernstester Stimmung. Er bat uns, ihm zu helfen, den pessimistischen Strömungen entgegenzutreten, die zum Schaden unseres Landes im Auslande in steigendem Maße ausgenützt würden. Er hätte kürzlich in Gegenwart von Haase, Molkenbuhr und mir gesagt, wie Sembat sich geäußert habe. Er hatte einen neuen Bericht zur Hand, demzufolge Sembat und ein anderer französischer Minister erklärt hätten, daß sie, wie die Dinge jetzt in Deutschland ständen, unter allen Umständen ausharren müßten. Zu Vandervelde habe ein Minister in London gesagt: Die Belgier möchten sich darauf einrichten, daß es 1917 werde, bevor ihr Land wieder frei sei. Wir erklärten dem Reichskanzler, daß die ausländische Presse sich keineswegs nur auf sozialdemokratische Auslassungen berufe. Die Verordnungen und Bekanntmachungen der Regierung genügten vollkommen, dem Ausland reinen Wein einzuschenken über die Lage in Deutschland. Wir schütteten ihm unsere Herzen gründlich aus, wiesen nicht nur auf die Lebensmittelnot hin, sondern sprachen auch von der Friedenssehnsucht, die das ganze Volk ergriffen habe. Wir seien übrigens überzeugt, daß es in den anderen Ländern genau so sei. Darauf antwortete uns der Reichskanzler, daß er seit langem und immer wieder über Friedensmöglichkeiten im Auslande sondieren lasse, „wenn ich es auch dementieren mußte, so in Petersburg, in London und in

Paris. In Rußland hat die Kriegspartei vollkommen die Oberhand“. In Paris bestehe keine Friedensneigung. Und in London? „Sir Edward Grey hat mir sagen lassen durch einen Neutralen, von dem er genau wußte, daß er es mir wiedersagen würde, er sehe noch keine Basis für Friedensverhandlungen. Ich hoffe, daß im Anschluß an die Kämpfe in Serbien vielleicht sich Anhaltspunkte für Friedensverhandlungen bieten. Ich kann nach den Mitteilungen aus den Ententeländern, nach den Reden in London und in Paris öffentliche Friedensangebote nicht machen. Damit würde ich das Gegenteil dessen erreichen, was ich mit Ihnen erreichen will, den baldigen Frieden“.

Wir antworteten ihm, daß wir die Schwierigkeiten der Lage klar sähen. Trotzdem ständen zwei Tatsachen doch fest: erstens ständen wir militärisch besser da als die Entente; zweitens: würde die Bekundung unseres Friedenswillens zurückgewiesen, dann stände das ganze deutsche Volk wieder geschlossen da und die ausländische Presse würde schwerlich brauchbare Zitate aus den deutschen Zeitungen bringen können. Er werde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er das richtige Wort bald finde. — Er sprach die Hoffnung aus, daß sich vielleicht doch bald ein Anknüpfungspunkt für ihn ergeben werde.

Zwecks Besprechung der gesamten Situation gingen Ebert, Müller und ich bald nach dieser Unterredung nach Wien. Wir kamen dort am Abend des 17. November an und hatten noch in der gleichen Nacht eine eingehende Unterhaltung mit Viktor Adler. Die offizielle Besprechung mit unseren österreichischen Parteifreunden fand dann am 18. und 19. November statt. In diesen Verhandlungen war natürlich wiederholt von Annexionen die Rede. „Das ist bei euch etwas anderes, als bei uns. Bei uns ist es fast nur ein Schlagwort,

mit dem wir nichts anfangen können“, sagte Dr. Viktor Adler.

Wenige Tage nach dieser Wiener Konferenz, nämlich am 23. November, bat der Reichskanzler uns erneut zu einer Aussprache. Er hätte gehofft, nach dem Abschluß der Kämpfe in Serbien zu Ende kommen zu können, so daß er offen über seine Friedensbereitschaft hätte reden können. Neuerdings habe er aber wieder Informationen erhalten, aus denen hervorgehe, daß die Entente allerlei Kriegspläne zu verschleiern bemüht ist. Was sie mit ihren Truppen in Saloniki und Gallipoli beabsichtige, sei vollkommen undurchsichtig. Sicher sei auch, daß in kürzester Zeit mit einer neuen Offensive der Franzosen im Westen gerechnet werden müsse. „Unsere Reserven sind jetzt im Westen so stark, daß unsere Stellungen ernstlich nicht gefährdet sind, obwohl damit gerechnet werden muß, daß es den Franzosen gelingen wird, unsere Front hier und da einzudrücken.“ Er habe die Absicht gehabt, im Reichstage deutlicher seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen zu bekunden, als das in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vor kurzem geschehen sei. Nach den Reden, die Asquith in der „Guild-Hall“ als Antwort auf die beiden Reden im Oberhaus gehalten hätte, und nach der Rede Renaudels in der Deputiertenkammer, müsse er jetzt sehr vorsichtig operieren, wenn er nicht das Gegenteil dessen erreichen wolle, was seine Absicht sei. Er hoffe immer noch, daß er seine Absicht würde verwirklichen können, denn bis zum 10. Dezember, dem Tag, an dem er im Reichstage zu reden beabsichtige, könne die Situation sich schon wieder wesentlich geändert haben.

Nachdem er immer wieder darauf zurückgekommen war, daß er seine Bereitschaft zu Friedensverhand-

lungen so deutlich wie möglich zu bekunden wünsche, machten wir ihn wiederholt und bestimmt darauf aufmerksam, daß die Kriegsverdrossenheit ganz sicher in allen Ländern gleich groß sei. Eine möglichst deutliche Erklärung seiner Bereitschaft zu Verhandlungen sei dringend geboten. Wichtig sei, daß er in seiner Rede von den Eroberungsplänen der deutschen Annexionisten abrücke. Je deutlicher er das tun werde, um so besser sei es. Er versprach auf das bestimmteste, daß er unter Würdigung der gesamten Situation seine Friedensbereitschaft so weit als irgendsmöglich zum Ausdruck bringen wolle. —

Ein Zweifel an dem guten Willen Bethmann Hollwegs, jede Gelegenheit, die der Herbeiführung des Friedens dienen könne, wahrnehmen zu wollen, war nicht berechtigt. Viel weniger zufrieden waren wir mit seinem Verhalten gegenüber den von uns immer wieder verlangten demokratischen Reformen. Hier kam er, wie uns schien, aus einem Kreise veralteter Vorstellungen nicht heraus. In einer Unterredung, die ich am 27. November 1915 mit ihm hatte, verlangte ich sehr nachdrücklich die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Darauf antwortete er mir: Im Januar, wenn der Landtag eröffnet wird, gibt es eine Thronrede. Ich will sehen, wie weit dabei gegangen werden kann. „Im Reichstag kann ich nicht vom Preußischen Wahlrecht reden.“ Zu seiner Entlastung will ich feststellen, daß noch viel später hervorragende Mitglieder des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei mit den gleichen Argumenten operierten: über das Wahlrecht in Preußen habe der Reichstag nicht zu befinden.

Die Sozialdemokratische Partei ließ das Jahr 1915 nicht zu Ende gehen, ohne noch einmal vor aller Welt Erklärungen über die Friedensbereitschaft Deutsch-

lands zu veranlassen. Wir interpellierten am 9. Dezember. Landsberg und ich wurden als Redner bestimmt. Die Interpellation sollte von mir begründet werden, Landsberg sollte die Besprechung der Interpellation mit seiner Rede beschließen. Herr v. Bethmann Hollweg hat damals mit Landsberg und mir vor der Verhandlung im Reichstag eingehend gesprochen. Er wußte also mehrere Tage vorher ungefähr, wie wir, wir wußten, wie er reden würde. Ich dankte in meiner Rede, wie schon oftmals vorher, den Soldaten, die so Unerhörtes an Tapferkeit und Entsagung leisteten; das Blutmeer steige aber immer höher, der Opfer seien wirklich genug gefallen. Die Frage sei berechtigt: wie lange noch?

„Das Ziel der Sicherung, soweit es sich um den Schutz gegen feindlichen Einbruch handelt, ist erreicht. Es handelt sich jetzt in Wirklichkeit nur noch um die Frage, ob unsere Gegner zum Frieden bereit sind. Vom Frieden kann und sollte zuerst der reden, dessen militärische Position und wirtschaftliche Stärke ihm gestattet, auch jede Mißdeutung seiner Bereitschaft zum Frieden als eines Zeichens der Schwäche mit ruhigem Kraftbewußtsein hinzunehmen. Demnach können wir vom Frieden reden, demnach müssen wir vom Frieden reden.“

Ich führte alle friedlichen Stimmen des Auslandes an, — es waren leider wenig genug, und sagte dann:

„Wenn der Reichsregierung sich die Möglichkeit bietet, einen Frieden zu schließen, der dem deutschen Volke die politische Unabhängigkeit, die Unversehrtheit des Reichs und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sichert, dann fordern wir, daß sie Frieden schließt. Wenn sie die Möglichkeit hat, auf Grundlage dieser Bedingungen in Friedensverhandlungen einzu-

treten, dann muß sie es tun im Interesse der menschlichen Kultur. Wir werden dann zu ihr stehen und unsere ganze Kraft einsetzen, um diejenigen in die Schranken zu weisen, die etwa einen solchen Frieden nicht wollen.“

Der Reichskanzler sprach von seinem Standpunkte aus verständig und als ehrlicher Mann ganz in dem Sinne, wie er es uns vorausgesagt hatte. Er begann seine Rede mit einem Hinweis auf die Hoffnungen des Auslandes, daß Deutschland schwach werde, „weil es vom Frieden spreche, aber: ich hoffe und glaube, daß die soeben gehörte Begründung der Interpellation in der Hauptsache die freudige Erwartung unserer Feinde nicht ermuntern, sondern enttäuschen wird. Aus den Ausführungen des Herrn Vorredners schien mir die Besorgnis herauszuklingen, wir könnten der Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens aus dem Wege gehen, vernünftige Friedensangebote, die uns gemacht würden, ablehnen, weil wir alle eroberten Länder behalten oder noch neue dazu erobern wollten.“ Die Rede war im weiteren Verlauf dem Nachweis gewidmet, daß die deutsche Reichsregierung den Krieg nicht führe, um die kleinen Völker zu bedrohen. „Nicht um fremde Völker zu unterjochen, führen wir diesen uns aufgezwungenen Kampf, sondern zum Schutze unseres Lebens und unserer Freiheit. Für die deutsche Regierung ist dieser Kampf geblieben, was er von Anfang an war und was in allen unseren Kundgebungen unverändert festgehalten wurde: der Verteidigungskrieg des deutschen Volkes.“

Der Reichskanzler war mit dieser Rede erneut von den deutschen Eroberungspolitikern, die ihn denn auch immer mehr mit ihrem Haß verfolgten, abgerückt. Ganz ausgezeichnet war die Rede Landsbergs. Nur wenige Sätze sollen angeführt werden:

„Ich habe zu meiner Genugtuung von dem Herrn Reichskanzler Worte, wie Herr Briand und Herr Asquith sie ausgesprochen haben, nicht gehört. Hätte ich solche Worte gehört, etwa das Wort von der Vernichtung des französischen Militarismus, — denn etwas derartiges gibt es ja auch — oder des englischen Marinismus, oder hätte ich Worte gehört, die an eine bekannte Petition erinnert hätten (gemeint sind die Eroberungsforderungen der Wirtschaftsverbände) — hätte der Herr Reichskanzler Wendungen gebraucht, wie sie in jener Petition enthalten waren, und die dann an den Ton der Herren Briand und Asquith erinnert hätten, so kann ich für meine gesamte Fraktion die Versicherung geben, daß wir in die allerschärfste Oppositionsstellung eingerückt wären. Denn wir wollen die Vernichtung unseres eigenen Landes verhüten, aber wir wollen auch kein anderes Land vernichten.“

Obwohl Landsberg die weitaus bessere Rede gehalten hatte, wurde er in der Fraktion von einigen Genossen, die sich für radikal hielten, scharf attackiert, während Haase mir Anerkennung zollte: ich hätte gut, wirksam und mit Takt gesprochen; dabei hätte ich auch den Standpunkt der Minderheit wiedergegeben. Dergleichen war mir noch nicht geschehen und ich wurde stutzig. Warum Haase mich loben mußte geht aus folgendem deutlich hervor. In der Fraktions-sitzung vom 17. Dezember stellte es sich nämlich heraus, daß eine Anzahl Mitglieder der Fraktion eine Erklärung formuliert hatten, die in der Reichstags-sitzung am 9. Dezember hatte abgegeben werden sollen, wenn meine Rede in den Augen der in Betracht kommenden Genossen Gnade nicht finden sollte. Haase war die Abgabe der Erklärung in der damaligen Situation wahrscheinlich selbst doch unangebracht erschienen, weshalb er sich lieber mit meiner Rede zu-

frieden erklärt hatte. Damit ist die Anerkennung für meine Rede hinreichend aufgeklärt. —

In den letzten Dezembertagen fuhren Ebert und ich nach dem Haag, wohin man uns eingeladen hatte zu einer Besprechung im Kreise vertrautester Parteigenossen. Die Zusammenkunft fand im Hotel Viktoria statt. Unser holländischer Genosse Wibaut teilte mit, daß am 5. Januar 1916 Vandervelde aus Frankreich nach dem Haag kommen würde. Vielleicht sei es möglich, einige Franzosen und Engländer zu bestimmen, ebenfalls zu kommen. Ob wir bereit seien, dann ebenfalls im Haag erscheinen zu wollen? Wir erklärten uns selbstverständlich dazu bereit, sprachen aber sofort unsere Zweifel aus, daß Engländer und Franzosen kommen würden. Auf unsere Frage, ob Wibaut es überhaupt für möglich halte, daß eine gemeinsame Besprechung zustandekommen könne, äußerte er ebenfalls Zweifel. Wir möchten uns trotzdem bereithalten, um gegebenenfalls sofort zur Hand zu sein. Wir erklärten uns dazu bereit, vorausgesetzt, daß man uns von Berlin abrufe. Wir könnten uns nicht in die Lage bringen lassen, hier etwa vor der Tür zu warten, um uns dann sagen zu lassen, daß man nicht mit uns verhandeln wolle. Das hielten alle Teilnehmer der Besprechung für selbstverständlich. — Wir schenkten dann den Genossen vollkommen reinen Wein ein wegen unserer Stellung zu Elsaß-Lothringen, das deutsches Land sei und bleiben müsse. Das machte sie ein wenig stutzig, um so mehr, weil wir jetzt nachwiesen, daß Renaudel die Herausgabe Elsaß-Lothringens in der Deputiertenkammer verlangt hatte. Wibaut bestritt das. Wir bestanden jedoch darauf, daß die amtlichen französischen Kammerstenogramme aus der Haager Kammerbibliothek geholt wurden. Es stellte sich nunmehr in der Tat heraus, daß wir recht

hatten. Wibaut hatte im „Werkblad“ Renaudel verständiger reden lassen, als es nach dem Kammersteno-gramm der Fall gewesen war. Am nächsten Tage schon reisten wir wieder nach Berlin zurück. Die Fahrt hin und her nahm jedesmal neunzehn Stunden in Anspruch.

In Berlin angekommen, machte ich mich sofort an die von mir angeregte und vom Parteivorstand gutgeheißene Zusammenstellung aller unserer „Bemühungen für den Frieden.“*) Diese Denkschrift wurde dem Internationalen Sozialistischen Büro zugeschickt mit der Bitte, alle übrigen sozialistischen Parteien anzuregen, ähnliche Dokumente zusammenzustellen, damit man später mit Leichtigkeit übersehen könne, was die Genossen eines jeden Landes zugunsten des Friedens unternommen hätten. Auf diese, wie ich zugeben will, etwas boshafte Anregung ist niemals eine Antwort erfolgt. Die Sozialdemokraten keines Landes haben eine ähnliche Zusammenstellung machen können.

* * *

Der letzte Tag des Jahres 1916 brachte die Mitteilung des WTB. über die Beschlüsse des französischen Sozialistenkongresses, der in Paris getagt hatte. Einige Sätze daraus mögen hier Platz finden:

*) „Die Deutsche Sozialdemokratie über Krieg und Frieden.“ — Eine Sammlung der Erklärungen, Aufrufe und Reichstagsreden, in denen in den beiden ersten Kriegsjahren die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg und zu den Friedenszielen dargelegt wurde. — Als Manuskript gedruckt. — Berlin 1916. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. — Das erste Heft umfaßt alle Erklärungen bis zum 7. Juni 1916. Ein weiteres Heft wurde im Mai 1917 herausgegeben und enthält alle bis dahin beschlossenen Erklärungen, sowie Auszüge aus den offiziellen Reichstagsreden.

„Die Partei werde so lange im Kriege verharren, bis das Gebiet des Landes befreit und die Bedingungen eines dauerhaften Friedens sichergestellt seien. Unter den Bedingungen eines dauerhaften Friedens verstehe die Partei, daß die kleinen Märtyrernationen, Belgien und Serbien, welche aus ihren Trümmern wieder erstehen müßten, in ihrer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit wieder hergestellt würden. Die Kundgebung fordert die Regierungen der Alliierten auf, alle Eroberungspolitik zurückzuweisen. Ein fester Ausbau des Völkerrechts erscheine der Sozialistischen Partei als die sicherste Gewähr für einen dauerhaften Frieden.

Die Sozialistische Partei lehnt die politische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands ab, hält aber die des preußischen Militarismus für notwendig, der für die Sicherheit der Welt und für Deutschland selbst gefährlich ist. Die Wiederaufnahme der Beziehungen mit den deutschen Sozialdemokraten wird erst dann ins Auge gefaßt werden können, wenn diese den Grundsätzen der Internationale wieder Kraft und Leben gegeben haben wird.

Der Kongreß beauftragt die sozialistischen Abgeordneten, weiter durch Bewilligung der Kredite das Mittel zu sichern, den Sieg zu erreichen und an der nationalen Verteidigung teilzunehmen; er erklärt im Hinblick darauf, daß kein Sonderfriede geschlossen werden soll, seine Zustimmung zu den von Asquith im Unterhause gesprochenen Worten.“

Mit den deutschen Sozialisten lehnten die französischen Genossen Annexionen ab; die von ihnen als selbstverständlich angesehene Einverleibung Elsaß-Lothringens in Frankreich sahen sie als Annexion nicht an. Sie verneinten die wirtschaftliche und politische Vernichtung Deutschlands, forderten aber die

Vernichtung des preußischen Militarismus. Vom französischen Militarismus sprachen sie nichts. Bis die Vernichtung des preußischen Militarismus erreicht sei, sollten ihre Deputierten die Kriegskredite bewilligen, von den deutschen Sozialisten erwarteten sie, daß sie die Mittel zur Verteidigung ihres Vaterlandes ablehnen sollten!

1917 — DAS JAHR DER ENTSCHEIDUNG

Im Laufe des Jahres 1917 hätte der Krieg unter allen Umständen zum Abschluß gebracht werden müssen, wenn Deutschland wenigstens vor dem vollkommenen Zusammenbruch bewahrt bleiben sollte. Zwischen der Eröffnung des rücksichtslosen U-Bootkrieges am Beginn des Jahres und dem ebenso unehrlichen, wie kurz-sichtigen Verhalten offizieller Stellen gegenüber den Russen am Ende des Jahres, in Brest-Litowsk, sind alle Gelegenheiten, zu einer Verständigung zu kommen, verpaßt oder absichtlich zerstört worden. Es gehört eine eiserne Stirn dazu, jetzt zu behaupten, daß niemand im Ernst damit gerechnet habe, Amerika würde uns den Krieg erklären, falls der rücksichtslose U-Bootkrieg eröffnet werden sollte. Wer nicht geradezu mit Unzurechnungsfähigkeit sich entschuldigen will, muß ehrlicherweise zugeben, daß mit 99 Prozent Wahrscheinlichkeit die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland erwartet werden mußte und auch erwartet worden ist, nicht zuletzt von der Regierung. Amerika selbst hatte deutlich genug gewarnt und gedroht. Graf Bernstorff, der deutsche Botschafter in Washington, hatte mit absoluter Gewißheit die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten vorausgesagt für den Fall, daß der U-Bootkrieg in verschärfter Form geführt werden sollte. Aber auch viele deutsch-freund-

liche Amerikaner, die hüben und drüben über ausgezeichnete Verbindungen verfügten, ließen gar keinen Zweifel über die Folgen, die geradezu automatisch eintreten müßten, falls der U-Bootkrieg in verschärfter Form geführt werden sollte. Von den Hasardeuren des Weltkriegs, die kaum noch an ein gutes Ende des furchtbaren Ringens glauben konnten, wurde jedoch alles auf eine Karte gesetzt. Ludendorff und alle ihm gleichgesinnten Vabanquespieler wollten das letzte und äußerste riskieren. Ludendorff suchte sich selbst und andere zu täuschen mit dem lächerlichen Hinweis auf die kriegsuntauglichen Amerikaner, von denen übrigens der konservativ-deutschnationale Parteiführer Hergt pathetisch versicherte: Sie können nicht fliegen, sie können nicht schwimmen, also werden sie auch nicht kommen!

* * *

Die auf die Eröffnung des verschärften U-Bootkrieges hindrängenden Welteroberer vom Schlage des Grafen Westarp waren wiederholt mit ihren Forderungen im Hauptausschuß des Reichstages abgeblitzt. General Ludendorff, der gewiß niemals an seiner Gottähnlichkeit, wohl aber mitunter an dem glücklichen Ausgang des Krieges gezweifelt haben dürfte, wirkte immer heftiger auf die rücksichtslosere Führung des U-Bootkrieges hin. Das war schließlich vom Standpunkt des Soldaten aus vielleicht noch zu verstehen, nicht zu entschuldigen ist aber, daß die entscheidenden Zivilstellen dem Drängen Ludendorffs nachgegeben haben.

Übrigens möge hier die Bemerkung erlaubt sein, daß viele Unrecht tun, wenn sie immer nur von Hindenburg sprechen, sobald auf gewonnene Schlach-

ten hingewiesen wird, dagegen nur Ludendorff nennen, wenn von verfehlten Unternehmungen, mögen es solche militärischer oder politischer Art sein, gesprochen wird. Wenn Hindenburg ohne Widerrede allen Lorbeer, den er mit Ludendorff teilen müßte, für sich allein einstreicht, müßte er logischerweise mindestens auch ein gerüttelt Maß aller der Vorwürfe annehmen, die Ludendorff gemacht werden. Herr v. Hindenburg war nach dem Kriege entschieden besser beraten, als sein Kriegskamerad Ludendorff. Während dieser vom Auslande aus, wohin er fluchtartig seinen Wohnsitz als Herr Lindström verlegt hatte, Pfeile schnitzte, um die Partei der „Landesverräter“ Ebert und Scheidemann zu beschießen, trat Herr v. Hindenburg in den Dienst der Regierung Ebert-Scheidemann, dieser beiden Bösewichte, und arbeitete ausgezeichnet mit ihnen viele Monate lang, erst vom Hauptquartier in Kassel-Wilhelmshöhe aus, dann, nachdem das Hauptquartier nach Kolberg verlegt worden war, von dort aus. Herr v. Hindenburg, der in jeder Beziehung weniger aktive der beiden Generale, verhielt sich nach seinem Ausscheiden still, während Herr Ludendorff von ebenso aufgeregten wie unwissenden Freunden beraten, sich immer mehr um jedes Ansehen redete, schrieb und putschte. Mit seinem passiven Verhalten wurde der kaiserliche Generalfeldmarschall v. Hindenburg Präsident der Republik, Herr Ludendorff aber, der eigentliche Heerführer, wurde der Reichstagskollege der Antisemiten Ahlemann, Kube und Stöhr. Während Herr v. Hindenburg, als ihm die Kandidatur für die Reichspräsidentenschaft angeboten wurde, offen und ehrlich erklärte, daß er sich in seinem Leben niemals mit Politik befaßt, andere als militärische Bücher seit seiner Kadettenzeit auch nicht gelesen habe, stürzte Herr Ludendorff, nach seiner Rückkehr in das zusammen-

gebrochene Vaterland, sich auf den blöden Schmöcker „Die Weisen von Zion“, eine lächerliche Dreihellerschrift übelster Art, um sich politisch zu bilden. Derart ausgerüstet mit der politischen Wissenschaft eines Keudellschen Konfessionsschul-Quintaners zog der Feldherr dann gegen Juden, Katholiken, Sozi und Freimaurer vom Leder. Von vielen seiner Kriegskameraden mehr mitleidig als gehässig in Acht und Bann getan, kehrte er lärmend dann auch der evangelischen Kirche den Rücken —: ein verärgelter und bedauernswerter Mann.

DER VERSCHÄRFTE U-BOOTKRIEG

Der Staatssekretär Zimmermann hatte mich am 17. Januar 1917 zu sich gebeten, um mir zu sagen, daß die Würfel gefallen seien. Am 1. Februar begänne der verstärkte U-Bootkrieg. Hindenburg und Ludendorff hätten erklärt, daß sie, abgesehen von allen anderen Gründen, die Verschärfung des Kampfes zur See als Aufmunterungsmittel für die Truppen gebrauchen. „Im tiefsten Vertrauen: die Moral der Truppen habe bedenklich nachgelassen. Was wir vor einigen Wochen bei Verdun erlebt hätten, sei das Schmerzlichste im ganzen Kriege. Vier französische Divisionen hätten fünf deutsche in die Flucht geschlagen, bezw. gefangengenommen.“ Im Laufe unserer Unterhaltung stellte Zimmermann auf meine Frage fest, daß Hindenburg und Ludendorff bestimmt hofften (!), im Westen Durchbrüche zu verhüten. Sicher sei das im Osten. „Natürlich werden auch von uns die umfassendsten Vorbereitungen getroffen. Im Westen werden unsere Truppen erheblich zurückgenommen werden, bis zu einer vorbereiteten Stellung, die als unannehmbar bezeichnet wird.“

Aus den weiteren Angaben Zimmermanns mußte ich den Schluß ziehen, daß es schlecht um uns bestellt sei. Als ich unter Hinweis auf den verhängnisvollen Beschluß von einem Vabanquespiel sprach, antwortete Zimmermann: „Wie ich, wie Helfferich und der Reichskanzler zu der U-Bootfrage standen, wissen Sie. Aber jetzt blieb uns keine Wahl mehr. In Pleß (Hauptquartier) ist alles Für und Wider eingehend erörtert worden.“ Schließlich hätte der Reichskanzler gesagt, daß er dem Kaiser gegenüber eine Verneinung ebenso wenig wie eine Bejahung des rücksichtslosen U-Bootkrieges übernehmen könne, er wolle sich deshalb der Entscheidung des Kaisers fügen. Selbstverständlich habe eine Kanzlerkrise bestanden, es sei ein Glück, daß sie hätte verhütet werden können. Es werde heftig gegen Bethmann Hollweg gearbeitet.

Ich kam auf die nächste Folge des U-Bootkrieges zu sprechen, die bevorstehende Kriegserklärung Amerikas. Darauf sagte Zimmermann: „Natürlich werden wir alles Erdenkliche tun, um Amerika aus dem Spiele zu lassen. Wir werden am 1. Februar, also erst, wenn der Krieg beginnt, Wilson eine sehr freundliche Note schicken, in der wir auf seine hochherzigen Versuche, den Frieden zu fördern, hinweisen. Wir werden ihm auseinandersetzen, daß wir nun, nachdem die Situation sich wesentlich anders gestaltet habe, nicht darauf verzichten könnten, die U-Boote anzuwenden. Wir werden ihm bestimmte Vorschläge wegen der amerikanischen Schiffe machen. Zimmermann gab zu, daß die größere Wahrscheinlichkeit für einen Konflikt mit Amerika spreche, aber es gäbe ja verschiedene Formen des Konflikts. „Vielleicht begnüge Wilson sich mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Die Dinge stehen so: dauert der Krieg noch ein Jahr, dann müssen wir

jeden Frieden annehmen, wir müssen also vorher eine Entscheidung herbeizuführen suchen.“

Natürlich habe ich kein Blatt vor den Mund genommen in dieser Unterhaltung; die Gemeingefährlichkeit des wahnwitzigen Unternehmens habe ich mit aller Schärfe betont. Ich fragte schließlich, was er nunmehr von den Neutralen erwarte. Zimmermann suchte mich zu beruhigen. Zunächst werde er nach Wien reisen, um auch dort die Zustimmung zu holen, damit Kaiser Karl später nicht sagen könne, es habe sich nur um einen deutschen Entschluß gehandelt. Holland habe vorgesorgt und werde wahrscheinlich nichts gegen uns unternehmen, dasselbe sei von Dänemark und Schweden zu sagen. Die Schweiz sei ein großes Fragezeichen. „Was soll die Schweiz machen, wenn sie behandelt wird wie Griechenland? Sie wird dann an der Seite der Entente vielleicht zu den Waffen greifen müssen, um die schnelle Entscheidung herbeizuführen, die sie vor dem Verhungern schützt.“ Auf meinen Einwurf, daß die Situation geradezu verzweifelt sei, meinte Zimmermann weiter: „Natürlich sind alle Vorbereitungen getroffen, um eventuell Holland oder Dänemark in Schach zu halten. Als in dem Kriegsrat auf die Möglichkeit eines Krieges mit der Schweiz hingewiesen wurde, hat der alte Herr gesagt: das wäre nicht schlimm, dann könnte man von dort aus die französische Front aufrollen!“

Zum Schluß der sehr eingehenden Unterredung meinte Zimmermann: „Wie es auch gehen mag, die „wilden Männer“ à la Bassermann, werden die Regierung später heftig anklagen. Geht es gut, dann werden sie sagen, daß es auch schon früher gutgegangen wäre, wenn man nicht so lange gezögert hätte. Geht es schief, dann heißt es: „Die Regierung ist schuld, sie hat so lange gezögert.“ Ich habe Zimmermann nicht

im Zweifel gelassen über die Stellung der SPD. zu diesem unglückseligen Beschluß.

In der Sitzung des Hauptausschusses kam es am 31. Januar und 1. Februar 1917 zu eingehender Besprechung des U-Bootkrieges. Die SPD. stellte sich auf schroff ablehnenden Standpunkt. Ihr Sprecher war Dr. David, dessen Rede im Auszug unserer gesamten Parteipresse und den Vertrauensleuten zur Information vertraulich mitgeteilt wurde. David hatte nicht nur die unmöglichen Berechnungen Dr. Helfferichs zerzaust und das zweideutige Verhalten dieses Mannes in der U-Bootfrage gekennzeichnet — Helfferich hatte in einem früheren Stadium die Eröffnung des rücksichtslosen U-Bootkrieges als unmöglich, direkt verhängnisvoll für Deutschland, entschieden abgelehnt! —, sondern auch die Verschlechterung unserer Situation durch den Eintritt Amerikas in den Krieg betont. Der Schluß der Davidschen Rede lautete wie folgt:

„Nachdem der Beschluß wegen des Unterseebootkrieges einmal gefaßt sei, könnten seine politischen Freunde natürlich nicht daran denken, der Durchführung Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Sie würden sich die Zurückhaltung in der Öffentlichkeit auferlegen, die durch die Notlage unseres Landes angesichts einer Welt von Feinden geboten sei. Das solle man ihnen auch von der Gegenseite nicht erschweren, damit das einzige, was uns retten kann, nicht gefährdet werde: der feste innere Zusammenhalt unseres Volkes.“

So sprachen und so handelten die Sozialdemokraten — die „vaterlandslosen“ Gesellen.

* * *

Am Abend des gleichen Tages, an dem Zimmermann mit mir unter vier Augen gesprochen hatte, fand eine Unterredung des Reichskanzlers mit Ebert und mir statt. Bethmann Hollweg, der Gegner des verschärften U-Bootkrieges war, hatte sich gefügt. „Hätte ich gehen sollen? Ich mußte mich fragen, wie ich dem Volke am besten diene.“ Er sei sich darüber klar gewesen, daß die SPD. ihre Politik nicht hätte beibehalten können, wenn er des U-Bootkrieges wegen gegangen wäre.

Der Vollständigkeit wegen soll hier noch festgestellt werden, daß Geheimrat Hans Delbrück, der bekannte Historiker, und ich noch Himmel und Hölle in Bewegung zu setzen versuchten, um die Reichsregierung zu bestimmen, bei der bevorstehenden Verschärfung des Krieges zur See doch noch „dies zu unterlassen und jenes zu tun“, um vielleicht Amerika trotzdem zu bestimmen, von einer Kriegserklärung abzusehen. Ich hatte mancherlei Beziehungen zu Amerika, hatte der amerikanische Botschafter Gerard mich doch in ein Komitee berufen, dem auch Rathenau und Dr. Peter Spahn angehörten, ein Komitee, das über Gelder verfügte, die in Amerika für deutsche Kriegerwitwen gesammelt worden waren. In Gemeinschaft mit einem Deutsch-Amerikaner Noeggerat und dem amerikanischen Journalisten Swing machte ich noch ein Interview für die amerikanische Presse fertig, das an Wilson appellierte. Hans Delbrück billigte den Wortlaut ausdrücklich. Der erwähnte Journalist Swing war ein Prachtmensch, dessen Objektivität, ja ich darf sagen dessen Liebe zu dem Deutschland der Kunst und Wissenschaft auch nicht erschüttert wurde, als ein Schiff, das ihn durch das Mittelmeer führte, von einem deutschen U-Boot torpediert worden ist. Als Swing, der ein guter Amerikaner war und den Eintritt seines

Vaterlandes in den Krieg zu verhüten wünschte, später mit dem Personal der amerikanischen Botschaft Berlin verlassen mußte und über Paris kam, hat er es wirklich fertiggebracht, in einer vielgelesenen Pariser Zeitung bestimmte, auf einen Verständigungsfrieden abzielende Äußerungen, die wir vereinbart hatten, unterzubringen.

Mit der Eröffnung des rücksichtslosen U-Bootkrieges war das Schicksal Deutschlands besiegelt, das war die feste Überzeugung aller führenden Männer der SPD., die nunmehr um so eifriger auf eine Verständigung hinarbeiteten. Kein anderer als der englische Ministerpräsident im Weltkrieg Lloyd George ist es gewesen, der am 20. Oktober 1927, gelegentlich der Enthüllung eines Denkmals in Finchley, gesagt hat, daß der verschärfte U-Bootkrieg die Rettung der Entente gewesen sei:

„Die Statue stellt die Befreiung der Menschheit von der Knechtung und Versklavung Europas durch einen großen militärischen Despotismus dar. Jener militärische Despotismus ist in dem großen Kriege dem Triumph näher gewesen, als einige ahnten. Am Ende des dritten Kriegsjahres lagen vier von sieben kriegführenden alliierten Ländern am Boden und ihre Armeen waren zersprengt. Wenn die deutsche Staatskunst der militärischen Tüchtigkeit Deutschlands ebenbürtig gewesen wäre, wäre Amerika nicht in den Krieg eingetreten, und England und Frankreich hätten allein der furchtbarsten militärischen Maschinerie gegenübergestanden, die die Geschichte kannte.“

Diese wenigen Worte sind ganze Anklagebände gegen die Reichsregierung und deutschen „Eroberer“, die alle Friedensmöglichkeiten sabotiert hatten!

Bald nach der Eröffnung des verschärften Seekriegs begann die Einschiffung amerikanischer Soldaten nach

Frankreich. Nach amtlichen Angaben betrug die Stärke der amerikanischen Truppen auf dem westlichen Kriegsschauplatze:

Ende Mai 1917 . . .	1 308 Mann
„ Dezember 1917 . . .	183 896 „
„ März 1918 . . .	329 005 „
„ Juni 1918 . . .	897 293 „
„ September 1918 . . .	1 783 955 „
„ November 1918 . . .	2 057 675 „

Niemals ist es einem deutschen U-Boot gelungen, auch nur ein einziges feindliches Truppenschiff zu versenken.

Parallel mit der Verschlechterung unserer Lage nach außen lief die Verschlechterung der Verhältnisse im Innern. Nach außen immer weniger Aussicht auf einen leidlichen Ausgang des Krieges, innen immer weniger und immer minderwertiger werdende Nahrungsmittel. Hinzu kam die steigende Verbitterung wegen der offenkundigen Weigerung, längst fällige Reformen, vor allem die Wahlrechtsreform in Preußen, durchzuführen. Dabei war immer deutlicher erkennbar geworden, daß mit dem von der SPD. verfochtenen Verständigungsfrieden die Demokratisierung Hand in Hand gehen müsse.

„ZEIT ZUR TAT“

Im März 1917 machte ich, unabhängig von meinen Reden im Reichstag, einen neuen Vorstoß im „Vorwärts“ mit einem Artikel unter der Überschrift „Zeit zur Tat“. Es bedürfe keiner langen Unterhaltung über die Frage, warum fast die ganze Welt mit ihren Sympathien bei unseren Feinden stehe. „Die Antwort ist leicht gegeben: alle Welt sieht bei unseren Gegnern die mehr oder weniger entwickelte und ausschlag-

gebende Demokratie, bei uns aber nur — Preußen!“ Rußland habe kurz entschlossen reinen Tisch gemacht und mit kräftigem Besenstrich allen Wust und Unrat beiseitegefegt. „Die Uhr zeigt bei uns fünf Minuten vor Zwölf, trotzdem will Herr von Bethmann Hollweg die Preußenkur erst nach dem Kriege beginnen. Für die Zeit nach dem Kriege waren auch in Rußland allerlei Reformen in Aussicht gestellt worden. Den Russen aber dauerte der Krieg zu lange, und je ärger der Hunger sie bedrückte, um so unerträglicher erschien ihnen die Verzögerung. Sie sagten sich wohl, wenn nicht Brot und Kartoffeln für alle zu beschaffen sind, was hindert daran, allen wenigstens gleiche Rechte zu geben?! Und so kam denn der 11. März, sodann der Verzicht des Zaren, und so kam die Demokratie. Warum auf morgen verschieben, was absolut notwendig und als eine der dringendsten Staatsaufgaben vor vielen Jahren schon vom König selbst bezeichnet worden ist, wenn es heute schon geschehen kann!“ Es sei jetzt Zeit zum entschlossenen Handeln. „Die Schwierigkeiten, die entstehen könnten, wenn die Regierung jetzt das Wahlrecht für Preußen verlangt, wiegen federleicht im Vergleich mit den Schwierigkeiten, die entstehen können, wenn eine solche Vorlage nicht kommt. Die Parlamentarier und die Parteien, die jetzt im Landtag noch Nein zu sagen wagen, wenn die Regierung das gleiche Wahlrecht energisch fordert, wären im Handumdrehen erledigt. Man muß also nur ernstlich wollen, jetzt wollen.“

Dieser Artikel verschnupfte nicht nur die Regierung und alle Reaktionsparteien, sondern auch die Fortschrittler und das Zentrum. Auch Ebert, der mit der erhobenen Forderung grundsätzlich einverstanden war, machte mir leider Vorwürfe. Es kam zu einer ernststen Auseinandersetzung, in deren Verlauf ich er-

klärte, daß ich lieber auf alle meine Ämter verzichte, als auf das unveräußerliche Menschenrecht, meine Meinung unter meinem Namen zu sagen.

Der Abgeordnete Payer sowohl, wie auch Erzberger haben mir gesagt, sie könnten nicht zugeben, daß der Reichstag sich in die Wahlrechte der Länder einmische. Der Reichskanzler war geradezu untröstlich. Er ließ mir durch Wahnschaffe sagen, er wisse, daß ich gewiß nichts Böses beabsichtige, aber von der Rechten hätten sie schon allerlei hören müssen: ich predigte die Revolution und wollte den Kaiser in seinen Rechten schmälern. Ich setzte ihm auseinander, daß ich bezwecke, den Reichskanzler darauf aufmerksam zu machen, daß er bei seiner Angst vor der Rechten nicht vergessen sollte, auch ein bißchen Respekt vor dem Volke zu haben. Ich wollte ihn warnen und zu entschlossenen Taten treiben. Wenn die Regierung das Reichstagswahlrecht für den Landtag energisch verlange, würden die Nationalliberalen und das Zentrum nicht wagen zu erklären, daß sie den Soldaten, die jetzt für das Land kämpfen, gleiche Rechte nicht gewähren wollten.

Es wäre nun freilich ein Irrtum, etwa anzunehmen, daß der erwähnte Vorwärtsartikel überall nur böses Blut gemacht hätte. Ganz im Gegenteil! Die Unzufriedenheit mit der ewig zaudernden Regierung, die zwar mit unserer Verständigungspolitik einverstanden war, aber vor den Parteigängern Ludendorffs stramm stand, ging bis tief in die Kreise des Bürgertums hinein. Zahlreiche Zuschriften suchten mich weiterzutreiben. Über einen der interessantesten Besuche, die ich in jenen Tagen empfing, ist schon früher, allerdings ohne Namensnennung, berichtet worden. Jetzt brauche ich Rücksichten in diesem besonderen Falle nicht mehr zu nehmen! Eines Tages empfing ich im

Zeppelinzimmer des Reichstages den ehemaligen Oberbürgermeister von Posen, Herrn Geheimrat Dr. Witting, einen Bruder Maximilian Hardens. Der richtige Name Wittings und Hardens war bekanntlich Wittkowski. Witting versicherte, und zwar in Gegenwart eines meiner Freunde, daß ich gar nicht wisse, wie groß mein Anhang auch in Bürgerkreisen sei. Ich möchte selbst zur „kühnen Tat“ schreiten, die Reichsregierung davonjagen und die Führung übernehmen. Die große Mehrheit des Bürgertums werde zu mir stehen, wie die gesamte Arbeiterschaft. Das ganze Volk lechze nach einer Tat, die uns das Ende des Krieges bringe. Ich antwortete ihm, daß ich vor nichts zurückschrecken würde, wenn ich die Überzeugung haben könnte, dadurch dem Kriege und der Not unseres Volkes ein Ende zu bereiten. Diese Überzeugung hätte ich leider nicht. Die von ihm gewünschte „kühne Tat“ bedeute den Bürgerkrieg und die sichere Niederlage Deutschlands. Geheimrat Witting verließ mich sehr unbefriedigt.

DIE KANZLERSTÜRZER

In dieser Zeit schwerster Sorgen aller Friedensfreunde hatten die Kanzlerstürzer ihre besonderen Sorgen. Wie kann Bethmann Hollweg beseitigt werden? Zahlreiche Schmähschriften gegen den Kanzler hatten bisher zu dem gewünschten Erfolg nicht geführt. Da tagten am 25. Februar 1917 die Kanzlerstürzer im Hotel Adlon. Sie wollten aufs Ganze gehen. In dem Entwurf einer Eingabe, besser gesagt, einer Anklageschrift, beschuldigten sie den Reichskanzler auf das schwerste. Der Kaiser sollte gebeten werden, die Politik vollkommen der Kriegsführung unterzuordnen; das sei am besten zu erreichen, wenn er den General-

feldmarschall von Hindenburg zum Reichskanzler ernenne. „Eine Vermehrung wirklicher Arbeit findet dadurch nicht statt. Die gesamte Diplomatie habe aufzugehen in Kriegführung. Was übrigbleibt an Erledigung politischer und diplomatischer Formalien können die Staatssekretäre und Ministerialdirektoren der Wilhelmstraße besorgen. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg habe ‚in verhängnisvoller Verblendung sich die besten und am meisten königstreuen Kreise entfremdet.‘“ In dem Entwurf einer Eingabe der Kanzlerstürzer an Ludendorff hieß es, daß der Feldmarschall unabsetzbar sei, Gnade oder Ungnade des Kaisers könnten ihn nicht berühren. Es müsse zu dem Gegensatz kommen Hindenburg oder Bethmann Hollweg, dann wäre die Beseitigung Bethmann Hollwegs sicher.

Man muß gestehen, daß der berüchtigte Scheiterhaufenbrief des ehemaligen Hofpredigers Stöcker, durch den Fürst Bismarck gestürzt werden sollte, raffinierter abgefaßt war, als diese Entwürfe scharfmacherischer Großindustrieller und sächsischer Rechtsanwälte. Allerdings, wer könnte auch an teuflischer Intrigantengabung einem politisierenden Hofprediger über sein! Es ist in der Reichstagssitzung vom 2. März 1917 durch den Abgeordneten Konrad Haußmann nachgewiesen worden, wer unter anderem hinter diesen alldeutschen Treibereien gesteckt und an der Sitzung im Hotel Adlon teilgenommen hat: Geheimrat E. Kirdorff (Mühlheim-Ruhr), Geheimrat B. Körting (Hannover), Geheimrat Duisberg, Admiral v. Knorr, Fürst Otto zu Salm-Horstmar, Professor Dr. Metger (Hannover), Graf Luxberg (Weimar), sowie die Rechtsanwälte Petzoldt (Plauen) und Freigang (Chemnitz). Insgesamt waren an dem Verschwörerunternehmen im Hotel Adlon 29 Herren beteiligt, als 30. wäre der Graf v.

Westarp in Betracht gekommen, der sein Erscheinen zuerst zugesagt, dann aber doch abgelehnt hatte. Neben dem Kanzlersturz hatten die Herren noch andere Pläne. „Nicht der Ersatz des Preußischen Landtagswahlrechts durch das Reichstagswahlrecht, sondern die Ersetzung des Reichswahlrechts durch das Landtagswahlrecht sei zeitgemäß.“

Das waren die typischen Vertreter der Kreise, die Deutschland in Not und Tod gebracht haben.

DIE MASSENSTREIKS

Die Kriegsgewinnler hatten trotz aller Not und Notverordnungen selbst in den schlimmsten Tagen des Krieges die Möglichkeit, sich Lebens- und Genußmittel nach Belieben zu beschaffen. Sie haben diese Möglichkeiten auch ausgenützt. Von ihnen und ihren Familiengliedern hat niemand Hunger im Kriege gelitten. Das wußte man im Volke genau, denn die Frauen, die bei dem Anstehen nach wenigen Gramm Brot, Fett oder Fleisch ohnmächtig zusammenbrachen, waren niemals Frauen oder Töchter von Großindustriellen, waren ausnahmslos Frauen von Arbeitern und sonstigen kleinen Leuten. In den Fabriken brachen auch nicht die Industriellen, sondern die Arbeiter zusammen. Die Zustände waren immer schlimmer, im Frühjahr 1917 geradezu unerträglich geworden. Zu der gräßlichen Hungersnot, dem Mangel an Kohlen, Kleidern, Wäsche und Schuhwerk kam immer mehr auch die politische Erbitterung. Wenn man uns schon nichts zu essen geben kann, warum verweigert man uns immer noch politische Rechtsgleichheit! Warum wird nicht Friede gemacht? Weil die Kriegstreiber größere Eroberungen machen wollen! Hunger, Verbitterung und Verzweiflung sind schlechte Berater. Die Stim-

mung war trostlos geworden. Daß es bald zu kleineren und größeren Explosionen kommen, und daß die Arbeiter hier und da in Streiks eintreten würden, war geradezu mit den Händen zu greifen. Die Gewerkschaften wirkten mit allen ihren Kräften Streiks entgegen, ebenso die Vertreter der SPD. Schließlich war trotzdem angekündigt worden, daß am 16. April viele Tausende von Arbeitern in den Streik treten würden.

Am 14. April ließ Wahnschaffe, im Auftrag des Reichskanzlers, Ebert und mich zu sich bitten, um uns seine Besorgnisse vorzutragen. Wir sagten ihm, warum jedes Bemühen, den Streik abbiegen zu wollen, vergeblich sein werde. Ursache sei buchstäblich der Hunger, den man nicht dadurch stillen könne, daß man in der kritischsten Stunde auch noch die Brotration gekürzt hätte. Er möchte dafür sorgen, daß die Behörden nicht Dummheiten machten. Wahnschaffe sagte uns, er hätte den Polizeipräsident v. Oppen bereits zu Rate gezogen. Er beurteile die Lage sehr ruhig und werde bemüht sein, in Berlin die streikenden Massen aus der inneren Stadt fernzuhalten. Ich bat Herrn Wahnschaffe, den Reichskanzler in unserem Namen zu ersuchen, rücksichtslos gegen rechts den Weg zu gehen, den die ungeheure Mehrheit des Volkes als den einzig möglichen beschrritten wissen wolle, also den Weg zu Frieden, zu Brot und Demokratie. Solange nicht vollkommen gleiche Rechte eingeführt seien, werde keine Ruhe ins Land kommen. Die Psyche des Volkes sei eine andere geworden im Kriege, namentlich auch seit der russischen Revolution. Ich konnte es mir nicht versagen, die Bemerkung zu machen: was würde der Zar jetzt alles zu bewilligen bereit sein! Wahnschaffe bemerkte dazu, daß er das auch glaube.

Den größten Umfang nahm die Streikbewegung in

Berlin und Leipzig an. In Berlin kamen etwa 125 000, in Leipzig ungefähr 18 000 Arbeiter in Betracht. Die Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei taten das Menschenmögliche, um auf die Regierung sowohl wie auf die streikenden Arbeiter einzuwirken. Am 20. April besuchten uns Arbeiter der Munitions- und Waffenfabrik im Parteivorstand und erklärten, ganz in Übereinstimmung mit uns, die Fortsetzung des Streiks für Wahnsinn. Wir rieten ihnen, in der für den Nachmittag anberaumten Versammlung eine Geheimabstimmung durchzusetzen, dann würde die Mehrheit wahrscheinlich für Wiederaufnahme der Arbeit sein. Daß weder Brot noch Seife, weder Stiefel noch Wäsche durch den Streik erzwungen werden konnten, sahen die Arbeiter ein. Die politischen Forderungen zu vertreten, war unsere Aufgabe. Daß wir sie nach besten Kräften zu erfüllen suchten, wußten die der SPD. angehörenden Arbeiter. Zu einer heftigen Auseinandersetzung mit der Regierung kam es schon am Mittag desselben Tages, nachdem wir gehört hatten, daß die von den streikenden Arbeitern beabsichtigte Versammlung verboten und die bestreikten Betriebe militarisiert worden waren! Ein militarisierter Betrieb war ein Unternehmen, das unter militärischem Kommando stand mit allen Strafgewalten des Militarismus. Das konnte nicht gut gehen, das mußte böses Blut erzeugen.

Wer objektiv genug ist, um die damalige Zeit einigermaßen abschätzen und ihre Wirkungen auf hungernde, frierende, aus dem Schützengraben kommende oder mit dem Schützengraben bedrohte Arbeiter würdigen zu können, der wird in dem Januarstreik 1918, der hier gleich gestreift werden soll, zwar ein nicht zu billigendes, aber ein begreifliches Unternehmen sehen. Über den Streik ist soviel

geschrieben, geredet und prozessiert worden, daß Neues nicht mehr berichtet werden kann. Interessenten werden auf folgende Schriften aufmerksam gemacht: 1. Brammer, „Der Prozeß des Reichspräsidenten“, 1925, 2. Scheidemann, „Der Zusammenbruch“, 1922, 3. desselben Verfassers „Für Volk und Vaterland“, 1925. Alle drei Schriften sind im Verlag für Sozialwissenschaft erschienen. Das Verhalten des Vorstandes der SPD. zu diesem Streik war nicht nur vollkommen einwandfrei, es war selbstverständlich. Drei Mitglieder des Parteivorstandes, nämlich Ebert, Otto Braun und Scheidemann, die zeitweilig von anderen Kollegen vertreten worden sind, waren auf Wunsch ihrer mit in den Streik genötigten Parteigenossen, gegen den heftigen Widerspruch Ledebours, zum Eintritt in das Streikkomitee gebeten worden. Warum wurden sie von ihren Freunden zum Eintritt gebeten und warum wandte sich Ledebour heftig dagegen? Ihre Freunde wußten, daß sie alles tun würden, um den Streik nicht nur in ruhige Bahnen zu lenken, sondern durch Verhandlungen mit der Regierung schnellstens zum Ende zu bringen. Das aber wollten die um Ledebour gerade nicht. Weil Ebert und seine Freunde schließlich, entgegen ihrer ersten Absage, dann — um ihrem Vaterland zu dienen! — in das Streikkomitee eingetreten sind, wurden sie später des Landesverrats geziehen. Ebert, der als Reichspräsident ganz besonders beschimpft wurde, hatte mehr Vertrauen zu einem deutschen Gericht, als beispielsweise der spätere Justizminister und Reichskanzler Dr. Marx. Er hatte Klage erhoben gegen einen gewissen Rothart, der ihn öffentlich des „Landesverrats“ beschuldigt hatte. Ebert hat sein Vertrauen zu einem deutschen Gericht bitter bereuen müssen. Nach tagelangen Verhandlungen, in denen die Gegner Eberts ihn mit

allerlei Zeugen bedenklichster Art des Landesverrats überführen wollten, fällte das Gericht unter dem Vorsitz des durch diesen Prozeß berühmt gewordenen Herrn Bewersdorf folgendes Urteil:

„Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

In der mündlichen Begründung des Urteils aber sagte Herr Bewersdorf u. a.: Das Gericht hatte zu prüfen, ob auf Grund dieser Feststellungen nachgewiesen ist, daß der Nebenkläger Landesverrat begangen hat. Diese Prüfung ist lediglich vom strafrechtlichen Standpunkt aus vorzunehmen, nicht etwa vom politischen Standpunkt, nicht vom historischen und nicht vom moralischen. Dieselbe Handlung, die politisch und moralisch geboten sein kann, kann trotzdem den Tatbestand eines strafrechtlichen Delikts erfüllen. . . Nicht nur die streikenden Arbeiter selber begingen Landesverrat, sondern auch alle anderen, die den Streik anstifteten, organisierten, stärkten und stützten, machten sich des Delikts schuldig, wenn sie den durch den Streik entstandenen Nachteil für die Wehrmacht kannten und trotzdem eine den Streik organisierende, stärkende oder stützende Tätigkeit entfalteten. Ist nun nachgewiesen, daß der Kläger so etwas getan hat? Die Sozialdemokratische Partei und der Nebenkläger haben den Streik nicht angezettelt. Er ist ohne ihr Mittun entstanden. Der Nebenkläger hat sich aber an der nach dem Willen der Streikenden zur Organisation und Führung des Streiks bestimmten Streikleitung aktiv beteiligt. Er hat an mehreren Versammlungen der Streikleitung teilgenommen und bei der Abfassung von Beschlüssen, die für die Fortführung von Bedeutung sind, mitgewirkt. . . Alle diese Handlungen hat der Nebenkläger als solche ge-

wollt, obwohl er einsah, daß diese Haltung der Kriegsmacht des Reiches Schaden zufügen würde. Er hat also im Sinne des § 89 des Strafgesetzbuches vorsätzlich gehandelt und damit ist erwiesen, daß er im strafrechtlichen Sinne Landesverrat begangen hat. . . Hiernach konnte eine Verurteilung des Angeklagten aus § 186 nicht erfolgen, dagegen war der Angeklagte aus § 185 wegen formaler Beleidigung zu bestrafen. Von den Wendungen, die als beleidigend bezeichnet worden sind, wiegt nach Überzeugung des Gerichts der Ausdruck „Landesverrat“ am allerschwersten.“

Weil der Angeklagte dem Reichspräsidenten Ebert den Vorwurf des Landesverrats gemacht hatte, wurde er wegen öffentlicher formaler Beleidigung (§ 185) zu drei Monaten Gefängnis bestraft. Wegen der üblen Nachrede des Landesverrats (§ 186) aber konnte er nicht bestraft werden, weil das Gericht den Nachweis als erbracht ansah, daß Ebert im strafrechtlichen Sinne Landesverrat begangen habe!

Ein Schrei der Empörung ging durch die Republik, als diese Urteilsbegründung bekannt wurde. Mit diesem Urteil wurde der deutschen Rechtsprechung der schlimmste Stoß versetzt, das Vertrauen zur deutschen Rechtsprechung auf das schwerste erschüttert. Der Mann, der von allen Kommunisten, Spartakisten und Bolschewisten als der wüsteste Kriegswüterich und Sozialpatriot bezeichnet worden ist, soll Landesverrat begangen haben! Derselbe Ebert Landesverräter, weil er aus Liebe zu seinem Volk und seinem Vaterlande auf Wunsch in eine Streikleitung ging, um den Ledebourschen Radikalinski das Feld nicht zu überlassen.

In heftiger Auseinandersetzung mit den Gegnern unserer Politik — bei denen Ledebour führend war — sagte Ebert im September 1916 auf einer Reichs-

konferenz der SPD. im Sitzungssaale des Haushaltsausschusses des Deutschen Reichstags:

„In einer Zeit, in der die englischen Munitionsarbeiter auf Feiertage und Sonntage verzichten (Hört! Hört!), in der die ganze Welt mit äußerster Kraftanstrengung für die Entente Munition und Kriegsmaterial herstellt, in der die Entente ein Land nach dem anderen in den Krieg hineinzwingt, in der alle feindlichen Staatsmänner grundsätzlich jede Friedensbereitschaft ablehnen und unsere Söhne und Brüder an den Fronten im furchtbarsten und mörderischsten Trommelfeuer liegen, in dieser Zeit sollen die deutschen Munitionsarbeiter streiken? (Rufe: Pfui!) Wäre das nicht Wahnsinn?“

Das war nicht etwa nur die Meinung Eberts im September 1916, das entsprach der Einstellung der gesamten Leitung der SPD. Und wenn Deutschland nicht zusammengebrochen ist, bevor Hindenburg und Ludendorff ihre Notschreie nach Waffenstillstand und Frieden Ende September 1918 ausstießen, dann ist das in erster Linie der deutschen Sozialdemokratie zu danken.

Das Echo, das durch das Magdeburger Urteil im Lande geweckt wurde, hatten die Bewersdorf und Gesinnungsgenossen wohl nicht erwartet. Der Reichskanzler Dr. Marx, selbst ein hoher Richter, die ehemaligen Reichsminister Schiffer, Radbruch und Landsberg, ebenso der Vizekanzler a. D. Friedrich v. Payer, ein alter angesehener Rechtsanwalt, Professor Kahl, eine Zierde der juristischen Berliner Fakultät, zahlreiche andere Juristen und Professoren aller Fakultäten, ebenso republikanische und kaufmännische Verbände und die große Weltpresse nahmen öffentlich Stellung gegen das unmögliche Urteil.

Arm ist ein Volk, das einen Krieg verliert und auf

lange Jahre hinaus Tag für Tag die Faust der Sieger noch an der Kehle spürt, arm, aber nicht hoffnungslos. Hoffnungslos ist nur ein Land, das nicht mehr die Kraft aufzubringen vermag, das zerstörte Vertrauen zur Rechtsprechung wieder herzustellen.

* * *

Es bleibt noch ein Wort zu sagen über die Wirkung des Streiks, soweit die Munitionsherstellung in Betracht kommt. Man sagte damals, Ludendorff hamstere Granaten. Die Erzeugung der Kriegsindustrie war über den Verbrauch weit hinausgegangen. Das zeigte sich nicht nur in den zahlreichen Arbeiterentlassungen, das zeigte sich auch darin, daß zahlreiche Feierschichten eingelegt wurden. Vielfach waren auch die Betriebe aus Kohlenmangel gezwungen, zu feiern. In der Hauptsache hat die Wirkung des Streiks darin bestanden, daß die durch den Kohlenmangel eingelegten Feierschichten zusammengelegt worden sind und daß nachher wieder flott gearbeitet werden konnte. Nach Beendigung des Streiks fanden Tausende von Arbeitern keine Beschäftigung. Die „Germania“, das führende Organ der Zentrumspartei, schrieb am 31. Januar 1918 in Betrachtungen über den Streik: „Die Berliner Industrie war ohnehin wegen Kohlenmangels zu einem erheblichen Teil zum Feiern gezwungen. Durch den Berliner Streik wird die Kohlenknappheit in kurzer Zeit behoben sein mit dem Erfolg, daß die Berliner Industriellen rund 100 Millionen Mark ersparen, die sie sonst hätten auslegen müssen für Entschädigungen an die Arbeiter für Kohlenfeierschichten.“ Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, ein typisches Organ der Großindustrie, schrieb damals, „daß eine Schädigung der Kriegsindustrie durch die Streiks nicht habe ein-

treten können, weil im Januar über eine halbe Million Tonnen Brennstoffe nicht abgefahren werden konnten und die Lagerbestände auf den Zechen jetzt auf mehr als drei Millionen Tonnen angewachsen sind".

Diese Äußerungen beweisen die Unsinnigkeit der Behauptungen, daß der Streik dem Vaterlande großen Schaden zugefügt habe. Die grundsätzliche Einstellung der SPD. zu Streiks im Weltkriege, wie sie durch die angeführten Äußerungen Eberts gekennzeichnet wird, wurde durch die Frage, ob damals eine Schädigung der Landesverteidigung eingetreten sei oder nicht, nicht im geringsten berührt.

DIE KRIEGSVERLÄNGERER

In einem früheren Kapitel haben wir gesehen, wie die Welteroberer an den Schreibtischen und auf den Redetribünen siegen und erobern wollten; wie Herr Stresemann, der ein deutsches Gibraltar erstrebte und den Haß gegen England gern verewigt hätte, sich nach dem Diktierfrieden sehnte. Victor Margueritte, der geistreiche Vater der „Garçonne“, hat in seinem Buche „Die Verbrecher“ ganz richtig gesagt, „daß Verbrecher überall gesessen haben“. Wo die größten gesessen hätten, das würde festgestellt werden können, wenn kein Archiv mehr verschlossen sei. Hätte er freilich nur das gesagt, so wäre er nicht über das hinaus gegangen, was in Deutschland viele gesagt haben, besonders die Sozialdemokraten schon Ende 1918. Victor Margueritte hat aber den Mut gehabt, als Franzose vorzugsweise auch die französischen Minister und Diplomaten anzugreifen. Besonders eindrucksvoll sind seine Schilderungen der Tage, die der französische Präsident, unmittelbar vor dem Kriegsausbruch in St. Petersburg verlebt hat. Keine Schonung der Ver-

brecher! — gleichviel, wo sie auch sein mögen — das ist seine Parole: keine Schonung, weder der französischen, englischen, russischen und österreichischen, noch der deutschen.

Was — — der — deutschen „Verbrecher“? Haben wir nicht tausendmal vernommen, daß die Verbrecher ausnahmslos auf der anderen Seite gewesen sind, daß die allein Unschuldigen aber auf deutscher Seite waren? O ja, wir haben es in zahllosen Variationen gehört. Wir haben es 1914 alle geglaubt und bis auf den heutigen Tag wehren wir uns gegen die schändliche Behauptung, daß Deutschland allein schuldig sei am Ausbruch des Weltkrieges. Es ist eine infame Beschimpfung eines friedliebenden Volkes, ihm die Beschuldigung ins Gesicht zu schreien — Herr Clemenceau hat es in Versailles getan! — und ihm die Beschuldigung auch noch schwarz auf weiß auszuhändigen, daß es allein die furchtbare Blutschuld zu tragen habe, daß es allein verantwortlich sei für die vielen Millionen Tote und Krüppel, die Millionen Witwen und Waisen, die grausamen Zerstörungen fruchtbaren Landes, blühender Dörfer und Städte, unersetzlicher Kulturgüter!

EIN WORT ÜBER DIE KRIEGSSCHULDFRAGE

Genau so entschieden, wie wir uns gegen die Deutschland zugeschriebene Alleinschuld am Ausbruch des Krieges wenden, lehnen wir Sozialdemokraten die gegenteilige Behauptung von der Alleinunschuld Deutschlands ab. Wir wissen uns einig mit den Sozialdemokraten der ganzen Welt, wie mit Victor Margueritte, in der Forderung: Öffnet endlich die Archive, damit die Wahrheit ermittelt werden kann. Es

ist eine Torheit sondergleichen, wenn deutsche Nationalisten immer und immer wieder die Kriegsschuldfrage anschneiden, bevor eine uns günstigere Atmosphäre geschaffen, oder bevor die Archive anderer wichtiger Länder geöffnet worden sind. Solange weder das eine noch das andere festgestellt werden kann, wird Deutschland immer der Benachteiligte bleiben. Wir könnten ganze Bibliotheken drucken — der Anfang ist ja gemacht worden mit den Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes —, um den Nachweis unserer Unschuld oder nur relativ geringen Schuld zu erbringen. Was ist damit erreicht? Zunächst gar nichts, denn auf tausend Versuche deutscherseits, uns zu entlasten, folgt regelmäßig, wie ein Keulenschlag, die Anführung irgendeiner Randbemerkung des ehemaligen deutschen Kaisers zu den Berichten eines unserer Diplomaten und alles ist für lange Zeit wieder aus! Man denke nur an die aller Welt bekannten Bemerkungen des Kaisers zu den Berichten des deutschen Botschafters in Wien, des Herrn v. Tschirschky, obwohl das nicht die schlimmsten sind. Herr v. T. schrieb nach Berlin kurz vor Ausbruch des Krieges die folgenden Mitteilungen, zu denen dann der Kaiser die in *Kursivschrift* gedruckten Bemerkungen (in Klammern) machte, mit einem W. gezeichnet.

„Hier höre ich, auch bei ernstesten Leuten, vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden. (*Jetzt oder nie. W.*) Man müsse den Serben zunächst eine Reihe von Forderungen stellen und, falls sie diese nicht akzeptierten, energisch vorgehen. Ich benutze jeden solchen Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen. (*Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm! Geht ihn gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist, was es hierauf zu tun gedenkt.*

Nachher heißt es dann, wenn es schief geht: Deutschland hat nicht gewollt!! Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muß aufgeräumt werden und zwar bald. W.)

Ähnliche Bemerkungen hat der ehemalige Kaiser viele gemacht. Wie er über die österreichische Note dachte, bevor er die serbische Antwort gelesen hatte, zeigen seine Bemerkungen zu einem Telegramm aus Belgrad vom 24. Juli, das er am darauffolgenden Tag gelesen hat. Es teilt mit:

„Der energische Ton und die präzisen Forderungen der österreichischen Note sind der serbischen Regierung vollständig unerwartet gekommen.“ (*„Bravo! Man hatte es den Wienern nicht mehr zugetraut!“ W.)*

Das Telegramm fährt fort:

„Seit heute früh tagt der Ministerrat unter dem Vorsitz des Kronprinzen-Regenten.“ (*„Es scheint, Seine Majestät haben sich gedrückt!“ W.)*

Der hohe deutsche Herr ahnte nicht, wie noch manche Majestät sich „drücken“ sollte, und zwar noch in ganz anderer Weise!

Das Telegramm berichtete weiter:

„Der Ministerrat kann aber zu keinem Entschluß kommen.“ (*„Die stolzen Slawen!“ W.)*

Zum Schluß des Telegramms bemerkt er: (*„Wie hohl zeigt sich der ganze sogenannte serbische Großstaat. So ist es mit allen slawischen Staaten beschaffen. Nur feste auf die Füße des Gesindels getreten!“ W.)*

Das war die Sprache des Friedenskaisers unmittelbar vor Ausbruch des Krieges!

Was unser Botschafter Lichnowsky in London am 22. Juli 1914 nach Berlin telegraphierte, versah der Kaiser mit den wieder in Klammern und in *Kursivdruck* beigefügten Randbemerkungen:

„... Ich begegne hierbei der Erwartung, daß es un-

serem Einfluß in Wien gelungen ist, unerfüllbare Forderungen zu unterdrücken.“ (*„Wie käme ich dazu! Geht mich gar nichts an! Die Kerle haben Agitation mit Mord getrieben und müssen geduckt werden! Das ist eine ungeheuerliche britische Unverschämtheit. Ich bin nicht berufen, à la Grey, S. M. dem Kaiser (von Österreich) Vorschriften über die Wahrung seiner Ehre zu machen.“* W.)

Zu dem gleichen Bericht macht der Kaiser noch mehrfach Randbemerkungen. Unter anderen diese:

(*„... Grey begeht den Fehler, daß er Serbien mit Österreich und anderen Großmächten auf eine Stufe stellt! Das ist unerhört! Serbien ist eine Räuberbande, die für Verbrechen gefaßt werden muß!...“* W.)

Von den Engländern sagt er an anderer Stelle:

(*„Mit solchen Halunken mache ich nie ein Flottenabkommen.“* W.)

Eine solche kaiserliche Kundgebung wiegt für die Propaganda der Ententeländer jetzt noch so schwer, daß man mit hundert Bänden des Auswärtigen Amtes eine Erleichterung kaum zu schaffen vermag. Dabei braucht die Ententepresse immer nur je zehn oder fünfzehn Zeilen Raum für diese Randbemerkungen zu opfern und die Jingo und Chauvinisten haben hundertmal mehr erreicht oder erschlagen, als unsere Alldeutschen mit dicken Folianten, die in der nichtdeutschen Presse günstigstenfalls gelegentlich nebenher erwähnt werden.

Gleichviel wie dereinst die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges auf die einzelnen Regierungen verteilt, wie schwer die „Verbrecher“ mit Schuld belastet werden, zeitgemäßer ist zunächst die Feststellung — die auch leichter zu treffen ist —, wo die Schuldigen sitzen, die aus dem Verteidigungskrieg, den das ganze deutsche Volk zu führen bereit war, einen

Eroberungskrieg machen wollten und dadurch sowohl, wie durch die Sabotierung aller Friedensgelegenheiten den Krieg mehr als vier Jahre lang hinzogen, bis der Zusammenbruch Deutschlands erfolgte.

Während die Daheimkrieger und Welteroberer Westarp, Traub, Dietrich Schäfer und alle die anderen immer noch bereit waren, „den letzten Tropfen Blut“ — derer, die draußen waren — zu opfern, um Nordfrankreich und die russischen Randstaaten zu erobern und möglichst durch einen Diktierfrieden Deutschland einverleiben zu können, sahen wir Sozialisten das gräßliche Ende kommen, wenn es nicht gelänge, eine Verständigung herbeizuführen, solange das Heer nicht nur gerade „noch intakt“ war, sondern — für die ganze Welt ersichtlich — erfolgreich zu kämpfen vermochte, also durchaus ungebrochen in seiner Macht war. Nachdem Anfang 1917 mit dem sogenannten rücksichtslosen U-Bootkrieg begonnen worden war, erschien uns der weitere Kriegsverlauf und auch der Ausgang des immer ungleicher werdenden Ringens fast einem einfachen Rechenexempel ähnlich zu werden. Jeder Verlust auf unserer Seite war unersetzlich, für jedes Opfer auf der Ententeseite sprangen amerikanische Soldaten ein, gut genährte, gesunde Menschen, mit der besten Ausrüstung, gedeckt durch leistungsfähige Geschütze und zahllose Flugzeuge, für den Angriff außerdem glänzend befähigt durch die Tanks. Ein weiteres, ungemein wichtiges Imponderabile war die total verschiedenartige seelische Verfassung der deutschen und der amerikanischen Soldaten. Unsere braven Söhne und Brüder waren zermürbt und halb verhungert. Die Rübenmarmelade, galgenhumoristisch „Heldenfett“ genannt, war wirklich nicht geeignet, immer wieder zur Tapferkeit anzufeuern. Dazu kam die immer mehr um sich fressende

Hoffnungslosigkeit. Friedrich der Große hat wohl an ähnliche Situationen gedacht, als er die denkwürdigen Worte niederschrieb: „Wenn meine Soldaten zu denken anfangen, bleibe auch nicht einer in den Reihen!“ Auf der anderen Seite dagegen, wo nun die Amerikaner, abgehärtete und sportgewohnte Männer, kämpften, herrschte das Gefühl vor, daß es nur noch geringer Anstrengungen bedürfen werde, den Gegner k. o. zu schlagen.

Wenn wir uns verständigen wollten, also einen „Schmach-“, „Verzicht-“ oder — „Scheidemannfrieden“ abschließen wollten, wie unsere Eroberungspolitiker höhnisch sagten, so könnten wir das immer noch haben. Sie wollten aber siegen und diktieren —: Calais — „ein deutsches Gibraltar“ — Belgien — Longwy-Briey — Litauen — Kurland...

Es war der große und ebenso unbegreifliche wie unverzeihliche Irrtum unserer Eroberer, daß sie der Meinung waren, „verständigen“ könne man sich immer noch. Konnte man von Gegnern, die man jahrelang geschlagen, deren Länder man zu Kriegsschauplätzen gemacht, also mehr oder weniger verwüstet hatte, wirklich erwarten, daß sie sich mit dem siegreich gewesenen Gegner verständigten, wenn das Blatt sich gewendet und sie den Feind endlich fest an der Gurgel hatten? Diesen Köhlerglauben hätte mindestens Ludendorff unter gar keinen Umständen teilen dürfen. Daß die Möglichkeit bestanden hat, eine Verständigung rechtzeitig herbeizuführen, ist nicht zu bezweifeln. Auch Professor Hans Delbrück hält in seinem Gutachten über die Ursachen des Zusammenbruchs an der Überzeugung fest, daß die Möglichkeit einer Verständigung sogar noch im Frühjahr 1918 — vor der großen Offensive — keineswegs ausgeschlossen war. Er weist auf Reden Wilsons und Lloyd Georges hin und sagt dann

wörtlich: „Hinterher aber haben wir erfahren, daß, so wenig glaublich es schien, Lloyd George wirklich verhandlungsbereit gewesen ist.“ In der „National Review“ (Septemberheft 1919) hat Leo Maxse, einer der wütendsten Deutschenfeinde, ausgeplaudert, daß Lloyd George in der ganzen Zeit vom Juli 1917 bis Juli 1918 von solchem Pessimismus erfüllt gewesen sei, daß er bereit gewesen wäre, auf jedes plausible Friedensangebot einzugehen. „Erkennen wir offen an“, fügte er hinzu, „daß wir unsere Rettung wieder und wieder unseren Feinden verdanken . . . Wären die Oberste Heeresleitung und die Vaterlandspartei nicht gewesen, so hätte Berlin eine Antwort geben können (Juli 1917), die unsere Panikmacher instandgesetzt hätte, ihr Ziel weiter zu verfolgen, bis alle unsere Kriegsziele geopfert gewesen wären . . . Hätte der Feind damals nur eine befriedigende Erklärung über Belgien abgegeben, so hätten Unterhandlungen begonnen und das Unheil wäre geschehen gewesen, bevor das Publikum von der Intrige auch nur gewußt hätte.“ Wirkliche Gefahr bestand für die Entente, bis der rücksichtslose U-Bootskrieg begonnen wurde. Von da ab konnte sie aufatmen, ja mehr: sie konnte des Sieges sicher sein, denn nun mußte der große und starke Bruder, der Amerikaner, eingreifen.

Siebzehnter Abschnitt

VERSUCHE ZUR VERSTÄNDIGUNG.

Wie war es möglich, einer Verständigung näher zu kommen? Die Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstag waren leider nicht immer von der Eindeutigkeit gewesen, wie wir sie verlangt hatten. Auf das Gerede der Alldeutschen, einerlei ob sie konservativer

oder nationalliberaler Couleur waren, kam es nicht so sehr an, wie auf die Haltung des Reichskanzlers. Weil Herr v. Bethmann Hollweg nicht den Mut fand, mit der Rechten zu brechen, trug er, des sagenhaften Burgfriedens wegen, stets auf zwei Schultern, obwohl er, wie wir mehrfach gesehen haben, in vertraulichen Besprechungen kein Hehl aus seiner Ablehnung der von den Weltmachtsfanatikern erhobenen Forderungen gemacht hatte. Jedenfalls hatte die Gegenseite, wie kaum anders zu erwarten gewesen war, immer nur die Wendungen, die sich zur Mißdeutung eigneten, zur Kenntnis genommen und sich ablehnend verhalten. Unser Bestreben mußte also dahin gehen, durch die Sozialisten in den Ententeländern auf die in Betracht kommenden Regierungen einwirken zu lassen. Das konnte nur durch Zusammenkünfte vorbereitet werden. Nun hatten schon verschiedene interparlamentarische „Konferenzen“, die von den Sozialisten neutraler Länder arrangiert worden waren, stattgefunden, eine wenig befriedigende in der Schweiz und eine für die skandinavischen Länder in Stockholm. Mit solchen Konferenzen, an denen die sozialdemokratischen Parteien aus den kriegführenden Ländern nicht beteiligt waren, konnte dem Frieden leider nicht gedient sein. Wir sondierten vorsichtig in Holland und Dänemark und hatten eines Tages die große Freude, unseren holländischen Genossen Troelstra begrüßen zu können. Er wollte nach Stockholm reisen, um in Gemeinschaft mit dem Internationalen Sozialistischen Büro den Versuch zu machen, eine Konferenz vorzubereiten, an der die Sozialisten aus den kriegführenden Ländern teilnehmen sollten. Wir griffen den Plan auf das freudigste auf und befanden uns dabei in vollkommener Einigkeit mit einigen österreichischen und ungarischen Genossen, die als Vertreter ihrer Parteien von uns nach Berlin gebeten worden waren. Wir waren

in kürzester Zeit einig mit den Vorschlägen Troelstras über die Aufgaben eines solchen internationalen Kongresses. Nur um eines konnte und sollte es sich handeln: Wie kommen wir am schnellsten zum Frieden? Nationale Parteistreitigkeiten, ebenso die Frage nach der Schuld am Kriege müßten nach Möglichkeit der Konferenz ferngehalten werden. Unsere Herzen klopfen höher — ach, wir klammerten uns ja längst alle an Strohhalme. Troelstra ging nach Kopenhagen und Stockholm, Viktor Adler reiste nach der Schweiz, um unseren russischen Freund Axelrod zu informieren. Unsere heißesten Segenswünsche begleiteten beide auf ihren Wegen.

* * *

Wir hatten nun noch mehr zu tun als bisher. Denn wir waren, ich darf es vom Vorstande der SPD. sagen, gewöhnt, Kongresse gründlich vorzubereiten. Und nun gar diesen Kongreß, der uns dem Frieden mindestens näher bringen sollte! Daß die Genossen aus alle den Ländern, die mit uns gegen die Ententemächte standen, mitmachen würden, war eine Selbstverständlichkeit. Aber werden auch Sozialdemokraten aus Frankreich, aus Belgien, aus England, aus Italien kommen? Wir hofften es sehnsuchtsvoll. Gleichviel, wir wollten wohl vorbereitet nach Stockholm gehen. Abgesehen von unseren „Verbündeten“ stand die ganze Welt gegen Deutschland. Die Verhetzung aller Welt gegen unser Vaterland war eine Tatsache, mit der wir rechnen mußten. Es würden ebenso heftige wie ungerechte Angriffe auf uns herniederhageln, wenn die Ententesozialisten kommen sollten. Wir mußten also wohlgerüstet antreten, wenn wir in Ehren bestehen wollten. In Ehren bestehen hieß hier: 1. den Sozialisten der Ententeländer plausibel machen, daß wir als Angehörige eines friedliebenden

Volkes unser Vaterland in der Stunde größter Not nicht im Stich lassen konnten und deshalb auch nicht im Stich gelassen haben, und daß wir 2. als internationale Sozialisten in keiner Stunde vergessen hatten, unsere Pflichten gegenüber der sozialistischen Internationale zu tun. Der an erster Stelle erwähnte, manchem vielleicht überflüssig erscheinende Nachweis war deshalb notwendig, weil viele Sozialisten der Ententestaaten wirklich der merkwürdigen Meinung waren, daß die Pflicht der Vaterlandsverteidigung wohl für sie, nicht aber für uns bestanden habe. Dr. David hat später in Stockholm sehr gründlich über diese Frage gesprochen. Es ist schon an früherer Stelle dargelegt worden, daß vom Parteivorstand beschlossen worden war, eine Sammlung aller Aktenstücke aus unserer Parteiarbeit im Kriege zu drucken. Mit Begeisterung habe ich aus den Reichstagsstenogrammen, aus den Parteiausschußsitzungen und Kongreßprotokollen alle dort geschilderten Bemühungen um die Herbeiführung des Friedens zusammengetragen. So kam ein Dokument zustande, das ebenso einfach und unscheinbar in seiner Aufmachung, wie überzeugend durch seinen Inhalt war. Mit diesen Nachweisen in Händen wollten wir nach Stockholm gehen und die anderen fragen: Wo habt ihr verzeichnet, was ihr für den Frieden getan habt?

* * *

Wenn man unsere Hoffnungen auf Stockholm richtig verstehen will, muß man sich die damalige Situation vor Augen führen. Sie soll hier mit wenigen Strichen skizziert werden. Die Kämpfe um den rücksichtslosen U-Bootkrieg sind bereits geschildert worden. Die Erregung über den unglückseligen Beschluß wirkte noch lange nach und konnte auch durch die großen Erfolge der U-Boote, die naturgemäß von der Kriegsnachrich-

tenstelle noch übertrieben wurden, nicht beruhigt werden.

Die polnische Frage spielte damals eine sehr große Rolle. Ludendorff hatte durch seine Polenpolitik ein großes Rekrutierungsgebiet — „ohne Zwang!“ — erschließen wollen. Das Resultat war zum Schreien tragikomisch, denn sage und schreibe einige Dutzend polnische Kriegsfreiwillige hatten sich, wie in einer vertraulichen Besprechung Mitgliedern des Reichstages offenbart wurde, gemeldet. Diese Unternehmung Ludendorffs war genau so ein Schlag ins Wasser, wie sein berühmter Brief „an die lieben Jidden in Paulen“, den gewisse Kreise gern aus der Welt lügen möchten. Das wird aber niemals gelingen, denn der Brief ist ja in vielen tausend Exemplaren verbreitet worden. Als ein Kulturdokument aus „großer Zeit“ soll er im Auszug hier wiedergegeben werden. Verteilt wurde der Brief im Herbst 1914:

Z u d i e J i d d e n i n P a u l e n .

Die heldische Armees vun die graube mitteleuropäische Regierungen Deitschland un Esterreich-Ungarn, seinen arein in Paulen.

Der mechtiger Marsch vun unsern Armees hat gezwungen die despotische russische Regierung zu antlaufen.

Unsere Fohnen brengen eich Recht un Freiheit, gleiche Bürgerrechte, Freiheit vorn Glauben, Freiheit zu arbeiten un gestert in alle Zweigen vun ekonomischen un kulturellen Leben in eier Geist!

Zu lang hot ihr sich geplogt unter dem eisernen moskovitischen Joch!

Wi Freind kummen mir zu eich, die barbarische fremde Regierung is aus!

Die gleiche Recht vor Jidden soll
werengebaut auf feste Fundamenten.

Eier heiliger Chauw ist ajetzt, zusammen zu nehmen
alle Kreften, mitzuarbeiten bei die Befreiung.

Alle Volkskreften: eier junger Daur, eiere Kehillaus,
eiere Chewraus müssen sich schtellen wie ein Mann,
mitzuhelfen zu die heilige Sach.

Mir erwarten, as ihr wet beweisen durch Fakten eier
Verschand un eier Übergebenheit.

Wendet sich mit dem greßten Bitochau (Vertrauen)
zu die Kommandanten vun unsere Militär in die Oerter,
wos einen nohent zu eich.

Alle Sorten Lieferungen vellen bald un gut be-
zahlt. Bahnt dem Weg, zu bezwingen in ganzen dem
Ssaune un zu bringen dem Nizochaun vun Freiheit un
Gerechtigkeit.

Die obere Leitung
vun die verbindet deutsche un esterreichisch-ungarische
Armees.

Von ganz unerhörter Dauerwirkung zu Deutschlands
Ungunsten war die Verschleppung der belgischen Ar-
beiter aus ihrer Heimat. Das war eine Maßnahme, die
auf Anregung des im Hauptquartier sehr einflußreichen
Hugo Stinnes durchgeführt worden ist. Wenn irgend-
wo in der Welt ein nichtdeutscher Mann noch gewagt
hatte, Partei für Deutschland zu nehmen, so wurde ihm
das durch die Deportationen aus Belgien geradezu zur
Unmöglichkeit gemacht. Die sogenannte Flamenfrage,
die besonders von Stresemann immer wieder angeschnit-
ten wurde, weil die Nationalliberalen der Meinung
waren, daß man auf diese Weise Belgien spalten und
für die Angliederung an Deutschland reif machen könne
— divide et impera! — hatte die belgische Frage für
die gesamte Welt in den Mittelpunkt aller Diskussionen

gestellt. Die Deportation löste wahre Entsetzensschreie aus. Es hat gar keinen Zweck, in dieser Frage nach Entschuldigungsgründen zu suchen. Für diese Torheit gibt es keine Entschuldigung. Sie war das Werk kapitalistisch-militaristischer Weltanschauung: Gewaltpolitik Stinnes-Ludendorff.

In einer Sitzung des Hauptausschusses am 3. März 1917 hatte ich das ganze belgische Problem aufgerollt. Ich warnte vor jedem Versuch, über den Frieden hinaus irgendwie in Belgien mitreden zu wollen. Wie wir uns im Osten durch unsere Polenpolitik die Situation erschwert hätten, so geschehe jetzt im Westen das gleiche durch die Flamenfrage. Dann nahm ich die Gelegenheit wahr, die Frage der aus Belgien nach Deutschland deportierten Arbeiter zu erörtern. Man sollte die Deportierten sofort heimreisen lassen! Die Debatte lief in der Hauptsache in Übereinstimmung mit meinen Forderungen. Eine abweichende Stellung nahm nur der Graf Westarp ein.

Die politische Spannung wurde noch gesteigert durch die Nachricht von der russischen Revolution und dem Siege Tscheidse-Kerenskis. Nach meinen Aufzeichnungen vom 21. März habe ich abends im Reichstag ein Begrüßungstelegramm an Tscheidse und die Duma entworfen, das durch Stauning (Kopenhagen) nach St. Petersburg weiterbefördert werden sollte. Die Kollegen Müller und Molkenbuhr waren mit dem Entwurf einverstanden, ich schickte ihn sofort ins Parteibüro, damit Ebert und die übrigen Kollegen am nächsten Morgen sofort dazu Stellung nehmen möchten. Das Telegramm ging in meiner Formulierung weg. Bei einer Beprechung im Laufe des nächsten Tages, die Ebert und ich bei Wahnschaffe hatten, stellte es sich heraus, daß Ebert aus Gründen, denen ich nicht beistimmen konnte, gegen die Entsendung des Telegramms gewesen war, daß aber

Wahnschaffe darüber seiner Freude Ausdruck gab. Der Reichskanzler selbst, mit dem die Fraktionsvorsitzenden und die von den Fraktionen vorgesehenen Redner über die bevorstehende Etatsberatung konferierten — von der sozialdemokratischen Fraktion waren Noske und ich zugegen —, sprach hoffnungsvoll über die Vorgänge in Rußland und legte ihnen weltgeschichtliche Bedeutung bei. Und wir hätten diese Umwälzung nicht „leidenschaftlich begrüßen“ sollen? In dieser Konferenz fertigte Bethmann Hollweg den Grafen Westarp übrigens ausgezeichnet ab. Westarp hatte auf einen von mir im „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel, in dem auch auf Rußland Bezug genommen war, hingewiesen und dagegen heftigen Einspruch erhoben. Darauf sagte der Reichskanzler wörtlich: „Ich bitte, nichts (in der bevorstehenden Reichstagssitzung) zu sagen, was ausgelegt werden könnte zugunsten des alten Regimes in — Rußland.“

Alles das und vieles mehr spielte zu der Zeit, als wir Stockholm vorbereiteten. Stockholm war die große Hoffnung nicht nur bei uns Sozialdemokraten und in allen Schützengräben, sondern ebenso in den weitesten Kreisen der bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung.

Am 4. April 1917 wurden wir von unseren Parteifreunden Janson und Dr. Helphand, die aus Schweden kamen, wo sie Fühlung mit den Russen gehabt hatten, über die Vorgänge in Rußland informiert: Borgbjerg, unser dänischer Freund, wolle demnächst nach St. Petersburg eine Informationsreise unternehmen! Wir konnten uns denken, was das zu bedeuten hatte. Sofort also nach Kopenhagen zur Rücksprache. Die Pässe wurden auf Anweisung von Staatssekretär Zimmermann, den wir eingeweiht hatten, durch das Auswärtige Amt über Nacht beschafft. Der Staatssekretär war heilfroh über unser Vorhaben; er wünschte uns gute Reise

und guten Erfolg. „Frieden, Frieden!“ Das war der Refrain seiner Ausführungen. „An Polen soll es wahrhaftig nicht scheitern! Ach, wenn es irgend geht, hier und da (am Narew) eine Grenzberichtigung. Mit einem freiheitlichen Rußland können wir uns ganz anders verständigen — aber wer garantiert uns den Bestand —?“ Wir ließen keinen Zweifel darüber, daß wir selbstverständlich mit der nötigen Vorsicht verhandeln würden, aber den Frieden doch jeder Grenzberichtigung, die den Krieg in die Länge ziehen könnte, vorzögen.

Ebert war in diesen Tagen ungemein nervös. Es war ihm jetzt auch peinlich, daß er gegen die Absendung des Telegramms an Tscheidse und die Duma gewesen war. Für die Reise nach Kopenhagen hatte die Generalkommission der Gewerkschaften, mit der wir innig zusammenarbeiteten, uns den Genossen Gustav Bauer vorgeschlagen. Der Parteivorstand schickte Ebert und mich. Für den 6. April hatten wir die Abreise vorgesehen. Der Tag fing vielversprechend an. Als ich etwa zwanzig Minuten vor Abgang des Zuges auf dem Stettiner Bahnhof eintraf, stand Ebert mit unbeschreiblicher Leichenbittermiene auf der Treppe, um mir zu sagen, daß er die Pässe daheim liegengelassen hätte, wir könnten nicht reisen! Da ich nicht gerade freudig überrascht dreingeschaut haben werde, versicherte Ebert, daß Rostock eine sehr schöne Stadt sei, in der man schon einen Tag verbringen könne. Bauer und ich möchten ihn am kommenden Tag in Rostock erwarten. Ach, du lieber Gott, wenn einer von uns ihm mit einem solchen Vorschlag gekommen wäre! Ich machte darauf aufmerksam, daß wir eigentlich nicht die Absicht hätten, Rostock zu bewundern, daß vielmehr Borgbjerg in Kopenhagen mit dem Koffer in der Hand auf uns warte.

Inzwischen war Dr. Helphand-Parvus zu uns gestoßen, der bereits ein Coupé belegt hatte. Kaum

hatten wir ihm Eberts Mißgeschick berichtet, da stürzte ein Sohn Fritzens, der die Pässe brachte, herbei! Allgemeine Befriedigung bis — auf Ebert, denn da er schon auf dem Bahnhof Friedrichstraße entdeckte, daß die Pässe in Treptow liegengeblieben waren, hatte er auf dem Bahnhof Friedrichstraße sein Gepäck deponiert. Wir bestimmten ihn, ohne Gepäck zu reisen. Wir langten abends in Kopenhagen an. Schon auf dem Bahnhofe trennten wir uns, um den vielen Spionen und Agenten zu entgehen. Im Hotel Central trafen wir uns dann.

Zum Abendbrot waren wir in Kopenhagen in das Haus eines wohlbekanntes Parteifreundes eingeladen, wo wir Gelegenheit hatten, uns endlich einmal wieder satt zu essen. Ach, wer hatte es noch für möglich gehalten, daß es so viele Nahrungsmittel gab! Auf allen Tischen Früchte und Blumen. Glückliches Dänemark, du Land des Friedens . . .

In der Eisenbahn wie auf der Fahrt über die Ostsee hatten wir immer und immer wieder erörtert, was wir den Russen durch Borgbjerg sagen lassen wollten. Obwohl wir wußten, daß Borgbjerg nach dem Essen — vorher konnte er seiner Redaktionsarbeit wegen nicht kommen —, erscheinen werde, wir ihn dann also eingehend informieren müßten, trug Ebert bereits während der Mahlzeit alles in aller Ausführlichkeit vor, obwohl außer uns viere, die wir zusammen gereist waren, nur der Wirt und seine Frau zugegen waren. Kaum hatten wir uns dann nach dem Essen in einem anderen Zimmer zum Rauchen niedergesetzt, da kam Borgbjerg und nun mußten wir den Vortrag noch einmal mit anhören. Ich habe Ebert immer bewundert wegen der Fähigkeit, die gleiche Sache wiederholt mit der gleichen Würde und Ausführlichkeit vortragen zu können, z. B. im Parteivorstand, im Parteiausschuß, in der Reichstagsfrak-

tion usw., vielleicht schließlich auch noch vor der Kontrollkommission. War das in Berlin zumeist ein Zeichen wirklich starker Nerven, so war es in Kopenhagen ein Zeichen größter Nervosität. Was hatten wir Borgbjerg mit auf den Weg zu geben? Unserer Verabredung gemäß dies: „Er könne in Rußland sagen, daß wir einen Frieden wünschen ohne jede Vergewaltigung; Polen wird kein Hindernis sein; darin wissen wir uns einig mit der Regierung; keine Annexion kurländischen oder litauischen Gebietes; wohl bestehen Wünsche, vielleicht auf beiden Seiten, kleine Grenzberichtigungen vorzunehmen, darüber wird man sich aber leicht verständigen können bei den Friedensverhandlungen; schwieriger liegen die Dinge auf dem Balkan: Mazedonien, Dobrudscha, Serbien, Bulgarien, Rumänien und dergleichen braucht man nur zu nennen, um sofort zu erkennen, daß, um mit Viktor Adler zu reden, die Formel „keine Annexionen“ nicht alles erschöpft. Deshalb müssen alle diese Fragen der Verständigung vorbehalten bleiben, die gewiss zu erzielen sein wird.“ Ich bat Borgbjerg, ausdrücklich dazu autorisiert, den Russen auch zu sagen, daß von deutscher Seite keinerlei Offensive gegen Rußland ergriffen werden soll. Man wehre lediglich im Bedarfsfalle ab, wie das am Stochod geschehen sei. Man habe sogar im deutschen Heeresbericht verschwiegen, daß man am Stochod große Erfolge erzielte und viele tausende Gefangene machte. Erst als die Russen großen Lärm schlugen in ihren eigenen Berichten, habe man deutscherseits „zugestanden, daß man gesiegt habe“. Dr. Helphand, ein alter russischer Revolutionär, erörterte die Forderungen der Ententeländer, „in Deutschland die Freiheit schaffen zu wollen.“ Borgbjerg möchte in Rußland darauf aufmerksam machen, daß die deutschen Arbeiter zurzeit andere Aufgaben zu erfüllen hätten, als die

russischen: den Zaren zu beseitigen in Übereinstimmung mit der Bourgeoisie sei ein Kinderspiel im Vergleich mit dem Kampf, der in Deutschland gegen das Großkapital, gegen die Schwerindustrie zu führen sei! Was in Rußland zunächst die Hauptsache war, sei in Deutschland relativ nebensächlich, die Staatsform. Immerhin, für die später kommenden Kämpfe im Innern brauchten wir die Massen, deshalb sollten die Russen Frieden machen, damit unsere Massen aus den Schützengräben heimkommen können.

Borgbjergs Plan war dieser: er wollte über Stockholm nach Haparanda und dann nach Petersburg; er wollte aber auch in die Provinz und vor allen Dingen nach Moskau. Interessant war seine Schilderung von Schwierigkeiten zur Erlangung von Pässen. Die dänische Regierung sei ziemlich zugeknöpft gewesen und habe ihm empfohlen, gänzlich als Privatmann zu reisen, ohne besondere Ausweise der dänischen Regierung. Die Regierung verwies ihn vielmehr an die russische Botschaft. Diese spielte sich bei Borgbjerg dann so auf, als sei sie stets schon die Vertreterin des revolutionären Rußlands gewesen; sie stellte unserem Freunde Pässe aus, machte aber zur Bedingung, daß er sich erst bei der englischen Gesandtschaft vorstelle. Diese examinierte Borgbjerg sehr lange und versicherte dann, daß sie gegen seine Reise nach Rußland nichts einzuwenden habe. Borgbjerg wollte am nächsten Tage reisen, obwohl die Niederkunft seiner Frau stündlich erwartet wurde. Seine Frau selbst aber hatte ihn gebeten, die Fahrt anzutreten, da Eile geboten sei. Warum war auf diese große Eile sogar durch die Frau dieses Freundes hingewiesen worden? Sehr einfach: Branting war auf der Reise nach St. Petersburg! Bei seiner ententefreundlichen Einstellung befürchteten nicht nur wir, sondern auch unsere dänischen Freunde, daß er

vielleicht ungünstig wirken könne, bevor Borgbjerg in St. Petersburg eintreffe.

Borgbjerg war am nächsten Tage gerade zwei Stunden von Kopenhagen weg, als seine Frau ihm ein gesundes Mädchen schenkte, das den deutsch-russischen Namen Margarete-Tatjana erhielt, zur Erinnerung an die im Interesse des europäischen Friedens unternommene Reise des Vaters. An der Tauffeierlichkeit habe ich übrigens später, nämlich am 9. Oktober 1917, teilgenommen. Sie wird mir allezeit in fröhlicher Erinnerung bleiben. Die Taufe fand in einer Kirche statt, die der Wohnung Borgbjergs gegenüber lag. Der Geistliche war ein würdiger Diener des Herrn, schielte ein wenig und hatte feuchtschimmernde Augen. Er sang fürchterlich; ein Kirchendiener, der ihm half, sang nicht ganz so gut. Trotz der mangelhaften Gesänge ist Margarete-Tatjana erfreulicherweise ein blühendes Mädchel geworden, der Stolz ihrer braven Eltern.

Unmittelbar nach der Abreise Borgbjergs traf Stauning in Kopenhagen ein, der auswärts dringend zu tun gehabt hatte. Ebert schilderte ihm ausführlich, was er Borgbjerg vorgetragen hatte, war jedoch unzufrieden, weil Stauning nur einigemal Ja oder Nein gesagt hatte. Ebert meinte deshalb später, es sei wohl besser gewesen, wenn für Stauning, der ihn vielleicht nicht vollkommen verstanden habe, sein Vortrag ins Dänische übersetzt worden wäre. Ich stellte anheim, das am nächsten Tage nachzuholen, bat aber um die Erlaubnis, während dieser Zeit ins Thorwaldsen-Museum gehen zu dürfen, denn noch einmal hätte ich den Vortrag wirklich nicht mit anhören können.

DIE VERSCHICKUNG LENINS VON DER SCHWEIZ NACH RUSSLAND

Am Abend des zweiten Ostertags machte Dr. Helphand uns in Kopenhagen folgende Vorschläge: In den nächsten Tagen würden etwa vierzig russische Emigranten aus der Schweiz durch Deutschland nach Malmö kommen. Er selbst werde nach dort reisen, um die Russen zu begrüßen. Es würden sich darunter Lenin, Axelrod, Martov und viele andere bekannte Sozialisten befinden. Da es nicht ausgeschlossen sei, daß einer der einflußreicheren Russen mit uns zu reden geneigt sei, sollte einer in Kopenhagen bleiben, um auf Anruf nach Malmö zu kommen. Ebert war gegen den Vorschlag, weil wir in Berlin zu tun hätten und die Russen bestimmt nicht mit uns verhandeln würden. An eine direkte Aussprache mit uns glaubte ich auch nicht, hielt es jedoch für wahrscheinlich, daß man später Vorwürfe gegen uns erheben würde, wenn wir abreisten. Wir einigten uns schließlich dahin, Dr. Helphand in Form eines Briefes eine Art Vollmacht zu Besprechungen mit den Russen zu geben. Er kenne unsere Anschauungen genau, besonders auch durch die Verhandlungen mit Stauning und Borgbjerg, denen er beigewohnt habe. Eine Begegnung Dr. Helphands mit den Russen hat nicht stattgefunden. Erst viel später habe ich erfahren, daß die Reise Lenins und seiner Freunde von der Schweiz durch Deutschland nach Rußland ein Arrangement Dr. Helphands gewesen ist, über das nur wenige von ihm informiert waren, während er uns gegenüber davon geschwiegen hat. Wahrscheinlich hatte er uns, falls die Sache schief gehen sollte, aus der Schußlinie halten wollen. Der Gedanke Helphands war dieser: Da Lenin ein viel rabiaterer Mensch ist, als Tschaidse und Kerenski, wird er diese

beiden sofort beiseiteschieben und ohne Verzug zum Frieden bereit sein; es wird also nur von Deutschland abhängen, mit den Russen einen verständigen Frieden zu schließen.

Ohne Einverständnis mit den wichtigsten amtlichen Stellen in Deutschland hätte Dr. Helphand seinen Plan natürlich nicht durchführen können. So klug der Plan eingefädelt und in allen Einzelheiten durchdacht worden war, so borniert wurde er von den deutschen Unterhändlern in Brest-Litowsk zerschlagen.

Am 10. April 1917 waren wir wieder in Berlin. Am 13. April kamen Viktor Adler, Karl Renner und Seitz aus Wien. Sie billigten unser Verhalten in Kopenhagen. Adler berichtete über eine Unterredung mit dem Grafen Czernin. Der Graf hatte sich in gleicher Weise ausgesprochen, wie Bethmann Hollweg und Zimmermann uns gegenüber. Die Sehnsucht nach Frieden war gleich groß, in Berlin wie in Wien, aber weder hier noch dort hatte man den Mut, entscheidende Schritte zu tun. Der Wahrheit gemäß soll freilich festgestellt werden, daß Czernin viel eher bereit war, aus seiner Überzeugung heraus weitgehendere Konsequenzen zu ziehen, als seine reichsdeutschen Kollegen, die Berliner Diplomaten. Dabei darf wiederum nicht außer acht gelassen werden, daß Czernin mit weniger Widerständen von „Eroberern“ zu rechnen hatte, als seine Berliner Kollegen.

Aus Haparanda war inzwischen telegraphiert worden, daß die Engländer unseren Freund Borgbjerg nicht über die Grenze gelassen hatten. Sie hatten wohl Branting passieren lassen, aber Borgbjergs Freundschaft zu uns war den englischen Spionen in Kopenhagen nicht unbekannt geblieben. Erst mit schwerer Mühe ist es Borgbjerg gelungen, die Erlaubnis zur Überschreitung der russischen Grenze zu erhalten.

BORGBJERGS BERICHT

Obwohl inzwischen sehr wichtige Dinge vorgingen, soll zunächst, damit die Leser den Zusammenhang nicht verlieren, mitgeteilt werden, was Borgbjerg uns über seine russische Reise berichtete. Die Berichterstattung erfolgte am 25. Mai 1917 in Kopenhagen und zwar in der Wohnung Staunings. Wir hatten in Kopenhagen auf einer Reise nach Stockholm haltgemacht.

Borgbjerg war in St. Petersburg sehr gut aufgenommen worden. Er sprach zuerst mit Tschaidse, der ihn aufmerksam anhörte und zu einer Sitzung im Arbeiter- und Soldatenrat einlud. Alle haben dort seinen Bericht über die Unterredung mit Bauer, Ebert und mir mit dem größten Interesse angehört. Das meiste, was er über das Verhalten der Mehrheit in Deutschland mitteilen konnte, war ihnen neu, erschien ihnen jedenfalls in neuem Lichte. Als er dann in einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats seinen Bericht wiederholte, wurden ihm viele Fragen gestellt. So diese: „Ist der Reichskanzler einverstanden mit dem, was Ihnen Scheidemann und seine Kollegen gesagt haben?“ Darauf habe er geantwortet: „Das kann ich nicht sagen, glaube es aber. Die deutschen Sozialisten sind keine Regierungspartei und stellen ja auch nicht die Mehrheit im Reichstag.“ Weitere Frage: „Wird die sozialdemokratische Fraktionsformulierung von anderen Kreisen und Parteien gutgeheißen?“ Er: „Zweifellos sind nicht unbedeutende Gruppen mit ihnen ganz einverstanden.“ Darauf neue Frage: „Das heißt, es sind bedeutende Gruppen mit ihnen einverstanden!“ Er: „Zwischen dem, was er gesagt habe und der neuen Fragestellung bestehe eine Differenz, aber er könne sie nicht beseitigen.“

Er hat dann die Vorarbeiten der holländischen und

skandinavischen Genossen geschildert und gebeten, an der Stockholmer Konferenz teilzunehmen. Andere Fragen in der Debatte gingen dahin, ob in Deutschland mit einer Revolution zu rechnen sei? Diese Fragen hat er dahin beantwortet: das sei sehr unwahrscheinlich, im Kriege sei eine Revolution sicher nicht zu erwarten. Ob nach dem Kriege, sei davon abhängig, wie der Krieg ausgehe und wie die Regierung sich zu den im Innern geforderten Reformen stelle. Er hat dann aufmerksam gemacht auf den Unterschied zwischen den Verhältnissen in Rußland und denen der westlichen Staaten Europas. In Rußland bedeute die Revolution einen letzten Ausläufer der großen Bestrebungen zur Beseitigung unhaltbar gewordener Zustände, wie es die Revolutionen in England im 17., in Frankreich und Deutschland im 18. bzw. 19. Jahrhundert gewesen seien. Um es ganz deutlich zu kennzeichnen, habe er auf Dänemark verwiesen. Dort sei eine politische Revolution vollkommen sinnlos, weil dort eine demokratische Verfassung bestehe. Wenn auch in Deutschland noch viel zu bessern sei, so könnte eine Revolution doch ebenso wie in Dänemark nur eine soziale sein, die eine vollkommene Enteignung an den kapitalistischen Produktionsmitteln zum Ziele hätte. Eine solche Revolution sei aber für absehbare Zeit nicht zu erwarten usw.

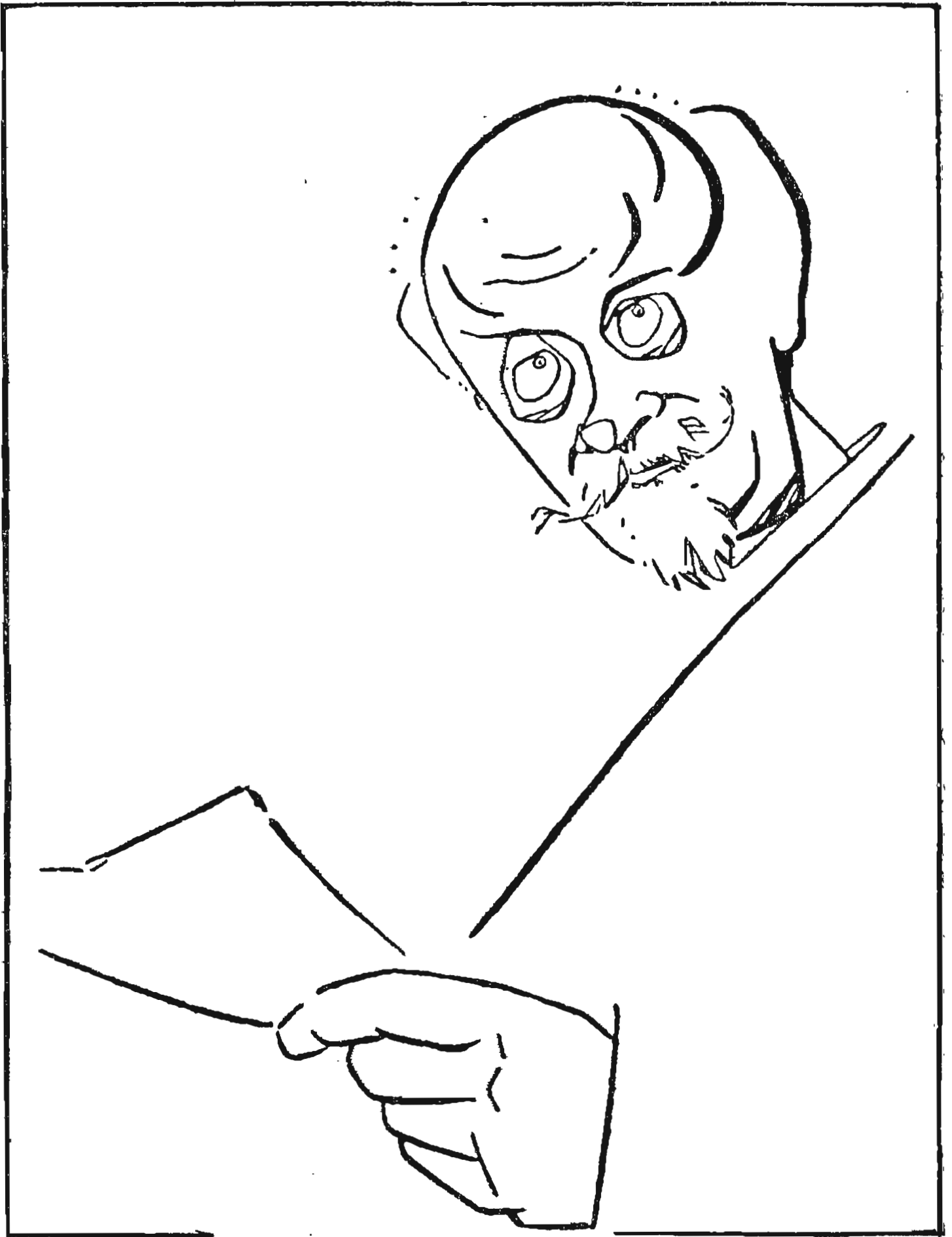
Die Debatte sei sachlich und ruhig gewesen. Man habe ihm schließlich gesagt, daß man ihm die Beschlüsse in einigen Tagen mitteilen werde. — Zwei Tage später sei dann ein Delegierter des Arbeiter- und Soldatenrates zu ihm gekommen und habe mit den Worten begonnen: „Ihre Mission ist geglückt!“ Der Arbeiter- und Soldatenrat habe aber beschlossen — wie inzwischen durch die Presse bekanntgeworden sei —, selbst zu einer Konferenz einzuladen. Dadurch

werde es den Engländern und Franzosen leichter gemacht, sich zu beteiligen. Eine Durchkreuzung der anderen Konferenz komme also gar nicht in Frage.

Was Borgbjerg uns dann weiter über seine Erlebnisse im Arbeiter- und Soldatenrat zu St. Petersburg berichtete, so u. a., daß die neue „Friedensanleihe“ gutgeheißen worden sei, ließ die russischen Sozialisten so vernünftig erscheinen, daß ich bemerkte, damit nehmen die russischen Sozialisten also jetzt den Standpunkt ein, den wir von vornherein eingenommen haben. „Wir haben etwas zu verteidigen, also verteidigen wir es auch.“ Stauning und Borgbjerg stimmten dieser Auffassung vollkommen zu.



Karikatur von Garvens



Karikatur von Hans Lindloff



Karikatur von Karl Holtz



Zur Erinnerung an den 9. Februar 1912, den denkwürdigen „Ehrentag“ der nationalliberalen Fraktion des Reichstages, an dem sie einem roten Genossen die Ehre der Wahl zum ersten Vizepräsidenten zuteil werden ließ

Karikatur und Text von unbekannter Herkunft

Z W E I T E R T E I L

Erster Abschnitt

STOCKHOLM

Am Abend des 22. April 1917 war unser Freund Karl Kiefer mit einem wichtigen Briefe Staunings in Berlin eingetroffen. Stauning hatte mit dem Genossen Albert Thomas, dem französischen Munitionsminister, der auf der Reise nach St. Petersburg in Stockholm gewesen ist, gesprochen. Thomas hatte in Aussicht gestellt, daß die Franzosen nach Stockholm kommen würden. Schwierig sei für sie die elsass-lothringische Frage. Stauning ließ in seinem Schreiben durchblicken, daß er uns mündlich mehr zu sagen wünsche. Der Parteivorstand beauftragte Ebert und mich, sofort nach Kopenhagen zu reisen. Zuvor sprachen wir wegen der elsass-lothringischen Frage mit Wahnschaffe, der sich jedoch sehr reserviert verhielt, auf den Reichskanzler und den Staatssekretär Zimmermann verwies, die in diesen Fragen zuständig seien. Am nächsten Tage hatte ich bereits eine Unterredung mit Zimmermann. Er sagte mir „ganz im Vertrauen“, daß er mit der Obersten Heeresleitung über die Frage geredet hätte. Die Oberste Heeresleitung sei, wenn es den Frieden erleichtere, auch für eine Grenzberichtigung, wie ich sie schon bei Wahnschaffe vertreten hätte. Im Hauptquartier sei er bei Ludendorff auf Verständnis gestoßen, militärisch habe dieser und jener Vorschlag mancherlei Bedenkliches, aber, so habe Ludendorff gesagt, das sei zu überwinden.

Als Fingerzeig für uns war das ganz wertvoll. Als ich von den inneren Verhältnissen sprach und auf die Einschätzung Preußens im feindlichen Auslande zu sprechen kam, meinte Zimmermann: Das wird anders, darauf verlassen Sie sich!

Am 26. April hatten wir schon am frühen Morgen in Kopenhagen eine Unterredung mit Stauning und zwar in seinem Amtszimmer. Er war damals Minister ohne Portefeuille. Wir informierten ihn zur Weitergabe an Thomas mit aller Vorsicht. Unsere ablehnende Haltung gegenüber der Forderung einer Rückgabe Elsaß-Lothringens bedeute nicht auch eine strikte Ablehnung über eine Grenzberichtigung. Von unserem Standpunkt aus lasse sich gewiß reden über eine Grenzberichtigung, bei der — sagen wir — zwanzig oder dreißig Grenzdörfer ausgetauscht werden müßten. Wenn auf Grund einer solchen Lösung die Prestigefrage für Frankreich aus der Welt geschafft werden könne, so ließe sich gewiß darüber sprechen. — Stauning fand unsere Stellungnahme verständig und versprach uns, Thomas genau zu unterrichten, falls es ihm möglich sei, ihn zu sprechen, sobald er von Petersburg zurückkomme. — Stauning teilte dann weiter mit, daß alle seine brieflichen Mitteilungen an uns sich stützten auf direkte Angaben von Branting bezw. Thomas. Branting habe ihm gesagt, daß alle russischen Gruppen ihre Bereitschaft erklärt hätten, nach Stockholm zu kommen. Von Thomas meinte Stauning: er sei offenbar für den Frieden und suche über die elsäß-lothringische Frage hinwegzukommen. Stauning erklärte uns, daß in Stockholm vor Eröffnung der Konferenz Vorverhandlungen stattfinden sollten mit allen nationalen Gruppen und auch mit den verschiedenen Gruppen der einzelnen Nationen.

Während Stauning, sowie van Kol und Troelstra, die inzwischen aus Holland in Kopenhagen eingetroffen

waren, nach Stockholm fahren, mußten wir noch einmal nach Berlin zurückkehren. In Begleitung Viktor Adlers, den die Österreicher in Stockholm als Vertrauensmann lassen wollten, reiste ich bereits am 23. Mai wieder nach Kopenhagen, wo ich, abgesehen von vielen anderen Unterredungen, auch eine solche mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau, dem deutschen Gesandten, hatte. Er sah in der Formel „Ohne Annexionen und Kriegsentschädigung“ ebenso wie wir Sozialdemokraten in erster Linie einen Schutz für Deutschland! Eine sehr kritische Situation, in die der dänische Minister Skavenius infolge der Torpedierung dänischer Schiffe gekommen war, konnte ich glücklicherweise entspannen. Im Einvernehmen mit dem Handelsattaché Dr. Töpfer und unter Zustimmung des Grafen Brockdorff-Rantzau konnte ich persönlich an Zimmermann ein Chiffretelegramm schicken, durch das ich darauf hinwies, wie bösartig die Dinge in Dänemark sich für uns zuspitzen müßten, wenn die sogenannte Bergen-Fahrt nicht freigegeben werde. Sie wurde freigegeben, so daß der sehr verständige und auch Deutschland gegenüber absolut objektive Minister Skavenius bleiben konnte.

Die deutsche Delegation für Stockholm war am 1. Juni 1917 in Kopenhagen eingetroffen, wurde sofort über alle wichtigen Vorgänge in Stockholm und Kopenhagen informiert und reiste am nächsten Morgen nach Stockholm weiter. Viktor Adler wohnte im Grand Hotel, wir quartierten uns im Kontinental-Hotel, einer großen Karawanserei, ein. Adler war sehr ungehalten über die Art des Prozedierens vor dem Internationalen Friedensbureau. Er erzählte uns u. a. von einem umfangreichen Fragebogen, der uns vorgelegt werden sollte und der allerdings, wie wir uns später überzeugen konnten, einem preußischen Geheimrat alle

Ehre gemacht hätte. Wir hielten sofort eine Delegationssitzung ab, an der auch Stauning, Adler und Hueber (Wien) teilnahmen, um uns zu informieren. In dieser Sitzung sagte uns Adler, um hier nur ein Beispiel für die Verhandlungen anzuführen, daß alle Streitigkeiten über das Selbstbestimmungsrecht der Völker töricht seien, weil es ein Unfug sei, den kleinen Nationen und Natiönchen einzureden, daß sie sich in jeder Beziehung selbständig machen könnten. Es müsse sich für das Komitee darum handeln, so rasch wie möglich nur über die eine Frage zu verhandeln und Klarheit zu bekommen: wie arbeiten wir am schnellsten dem Frieden vor. „Aufhören zu schießen“, — darauf kommt es an.

Nach längerer Debatte, an der auch Stauning sich beteiligte, einigten wir uns dahin, zu verlangen: in der ersten Sitzung mit dem Internationalen Bureau lediglich Entgegennahme des Fragebogens; eine Darlegung unserer Politik im Kriege; dann Vertagung, damit wir in der Delegation die Antwort auf den Fragebogen beraten könnten. — Im übrigen: die Protokolle und Erklärungen der Konferenz haben nur dann für uns Bedeutung, wenn wir sie gelesen und gezeichnet haben! Diese Forderungen wurden nötig, weil uns Adler und Hueber mitteilten, daß Camille Huysmans in der französischen Wiedergabe österreichischer Formulierungen willkürlich den Sinn ändernde Streichungen vorgenommen habe.

* * *

Die deutsche Delegation einigte sich auf folgende Taktik in der ersten Sitzung: Wir verlangen 1. absolute Vertraulichkeit der Verhandlungen in dieser Vorkonferenz; 2. Kontrolle und Gegenzeichnung der Protokolle; 3. Verständigung über herauszugebende Notizen

für die Presse; 4. Klarheit über den etwa beabsichtigten Austausch der Erklärungen der einzelnen Sektionen. In bezug auf den umfangreichen Fragebogen soll unsere Stellung vorbehalten bleiben.

Als wir zu unserer ersten „Vernehmung“ antraten, waren vom Internationalen Sozialistischen Büro (ISB.) anwesend: Branting, Stauning, Troelstra, van Kol, Huysmans, Vitnös (Christiania), als Sekretäre Engbjerg und Möller (Stockholm). Unsere Delegation war vollständig erschienen: Bauer, David, Ebert, Fischer, Legien, Molkenbuhr, Müller, Sassenbach und Scheidemann. Ebert, den wir zu unserem Vorsitzenden bestimmten, machte seine Sache ausgezeichnet. In der Form verbindlich, vertrat er unseren sachlichen Standpunkt mit Bestimmtheit. „Auf Erörterung eures Fragebogens können wir uns heute nicht einlassen, weil wir ihn erst prüfen und unter uns besprechen müssen. Dagegen halten wir es für notwendig, Ihnen unsere Politik im Kriege einmal zusammenhängend darzustellen. Zu diesem Zwecke erbitten wir das Wort für Scheidemann“.

Ich erörterte daraufhin in einer fünfviertelstündigen Rede an Hand der mehrfach angeführten „Sammlung“ dokumentarisch unsere Kriegspolitik. Dabei flocht ich allerlei kleine Bosheiten hinein, indem ich beiläufig Entschließungen der französischen Sozialisten anführte usw. Zum Schluß sprach ich die bittere Ironie in verbindlichster Form aus: das ISB. oder die jetzige Konferenzleitung würde sich große Verdienste um die Internationale erwerben und Großes zum gegenseitigen Verstehen beitragen, wenn sie ähnliche Sammlungen dokumentarischer Aktenstücke über die Friedensarbeit der Ententesozialisten herausgeben wollten.

Eine wenig taktvolle Rede des braven Genossen van Kol, der von der deutschen Kriegsschuld sprach, gab das Stichwort für eine Rede, die nun über die

Schuld am Ausbruch des Krieges Dr. David halten mußte. Am 5. Juni konnte keine Sitzung stattfinden, weil Branting und Stauning dringend verhindert waren.

Am 6. Juni nahm David das Wort, um, gestützt auf das Material, das ihm damals zur Verfügung stand, und felsenfest überzeugt von der guten Position Deutschlands, soweit die Schuldfrage in Betracht kam, zu sprechen. Davids Rede hatte zweifellos einen tiefen Eindruck gemacht. Troelstra gab dem unverhohlenen Ausdruck, indem er David seine Bewunderung aussprach.

Vor jeder Sitzung hielten wir sehr eingehende Vorbereitungen ab, oft unter Hinzuziehung Viktor Adlers. Am 8. Juni fand eine Komiteesitzung unter dem Vorsitz von Troelstra statt. Wir berieten die „Technik“ des Fragebogens und stellten allerlei naheliegende Fragen. Da, um nur eines zu nennen, in dem Bogen nur von Belgien, Elsaß-Lothringen, Nordschleswig usw. gesprochen wurde, erkundigten wir uns sehr eingehend nach Irland, Ägypten, Indien, Marokko, Tripolis, Malta, Gibraltar usw. Entweder, so argumentierten wir, soll die ganze Welt bei dem Frieden neu eingeteilt werden, dann muß auch von den Gebieten geredet werden, die wir genannt haben, oder es wird nur von solchen Gebieten geredet, die im Kriege „in Bewegung gesetzt“ oder den Besitzer gewechselt haben, dann scheiden Elsaß-Lothringen und Schleswig ohne weiteres aus. Branting machte ein verdrießliches Gesicht, aber niemand konnte die Logik unserer Darlegungen erschüttern. Zum Schluß wurde auch noch die von mir schon im Referat angeregte, nunmehr aber bestimmt formulierte Frage dem Bogen hinzugefügt: Was haben Sie (an jede Sektion gerichtet) bisher zur Herbeiführung eines sozialistischen Friedens getan? Es würde zu weit führen, über alle Verhandlungen berichten zu wollen.

Am 10. Juni erhielten Dr. David, Hermann Müller und ich den ehrenvollen Auftrag, das Memorandum zu entwerfen als Antwort auf den Fragebogen. Dr. David schrieb zu der Frage I, Müller zu II und ich von III ab den Rest. Das so entstandene Stockholmer Memorandum, das eine große Rolle gespielt hat und seine Bedeutung behalten wird, solange man von den Friedensbemühungen der deutschen Sozialdemokratie im Weltkriege sprechen wird, wurde schließlich von der deutschen Delegation in folgendem Wortlaut gutgeheißen:

DAS STOCKHOLMER MEMORANDUM

I.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt einen Frieden der Verständigung. Wie sie die Gewähr der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsfreiheit des eigenen Volkes fordert, so verurteilt sie auch die Vergewaltigung der Lebensinteressen der anderen Völker. Nur ein solcher Friede trägt die Gewähr der Dauer in sich, nur er ermöglicht es den Völkern, die Atmosphäre feindseliger Spannungen zu überwinden und alle ihre Kräfte in den Dienst des sozialen Aufstiegs und der Förderung höchster nationaler und menschheitlicher Kultur zu stellen.

Von dieser allgemeinen Zielsetzung aus haben wir dem Vorschlag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats auf Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung unsere Zustimmung gegeben. Daraus ergibt sich unsere Stellungnahme zu den Einzelpunkten wie folgt:

1. Annexionen: Wir sind Gegner gewaltsamer Gebietsaneignungen. Bei Grenzveränderungen auf Grund beiderseitiger Verständigung muß der betroffenen Bevölkerung, soweit sie das Verbleiben bei dem alten Staatsverband wünscht, die rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeit der Umsiedelung gesichert werden.

Mit der Verwerfung aller gewaltsamen Annexionen ist selbstverständlich auch die Rückgabe entrissener Kolonien gefordert.

2. Kriegsentschädigungen: Die Aufzwingung einer Kriegsentschädigung ist zu verwerfen. Sie wäre auch nur nach vollständiger Niederschlagung einer der kriegführenden Parteien zu erreichen. Jeder Tag weiteren Kampfes aber erhöht die Summe der Opfer an Gut und Blut für beide Teile so gewaltig, daß schon aus diesem Grunde eine Hinauszögerung des Friedens, um Ent-

schädigungen zu erzwingen, nicht zu verantworten wäre. Die ökonomische Versklavung eines Volkes durch das andere würde aber auch einen dauernden Frieden unmöglich machen.

3. Wiederherstellung. Soweit mit dieser Frage die politische Wiederherstellung, das heißt die Wiederaufrichtung der staatlichen Unabhängigkeit, gemeint ist, beantworten wir sie mit ja.

Ablehnen müssen wir dagegen den Gedanken einer einseitigen Verpflichtung zur Wiederherstellung von Zerstörungen in den vom Kriege betroffenen Gebieten. Diese Schäden sind auf allen Kriegsschauplätzen von Freund und Feind bei Vorstößen oder Rückzügen, zum Teil als mittelbare Maßnahme zur militärischen Sicherung erfolgt . . . Eine nachträgliche Feststellung des Ursprungs der einzelnen Zerstörungen und Prüfung auf ihre militärische Berechtigung hin erscheint uns ungemein schwierig. Eine einseitige Schadenersatzpflicht wäre nichts anderes als eine Kriegsentschädigung in verschleiierter Form.

Für Staaten, die aus eigener Kraft ihr durch den Krieg zerstörtes Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, kann internationale finanzielle Hilfe auf Grund gegenseitiger Vereinbarung vorgesehen werden.

Im übrigen betrachten wir Sozialisten die Zerstörung von privatem Eigentum nur als den geringsten Teil des angerichteten Schadens. Der größte Verlust, der die Menschheit betroffen hat, die Vernichtung von Menschenleben, von Arbeitskraft und Menschenglück, läßt sich nicht ersetzen.

4. Selbstbestimmungsrecht der Nationen: Wir verstehen unter dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht der Völker auf Aufrechterhaltung oder Neuaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit.

Als erste Gruppe kommen hier die Staaten in Betracht, die wie Belgien sowie Serbien und andere Balkanstaaten ihre Unabhängigkeit in diesem Kriege verloren haben.

Wir sind für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens. Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands oder Frankreichs werden.

Hinsichtlich Serbiens und der anderen Balkanstaaten schließen wir uns dem von unseren österreichischen Genossen Gesagten an.

Eine zweite Gruppe, für die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Frage kommt, bilden diejenigen Völker, die ihre ehemalige Selbständigkeit verloren hatten, durch die Ereignisse dieses Krieges aber von der fremden Oberherrschaft sich befreit sehen. Das trifft zu für Kongreßpolen und Finnland. Die An-

erkennung des Rechts der Selbstbestimmung darf ihnen nicht versagt werden. Bei anderen fremdstämmigen Gebieten ist, soweit eine staatliche Unabhängigkeit nicht in Frage kommt, mindestens Autonomie zur Entfaltung des eigenen nationalen Lebens zu gewähren.

Eine dritte Gruppe bilden die ehemals selbständigen Völker gehobener Kultur, die früher das Opfer imperialistischer Unterwerfung geworden sind, deren staatsrechtliche Zugehörigkeit aber durch diesen Krieg keine Änderung erfahren hat. Hierher gehören: Irland, Ägypten, Tripolis, Marokko, Indien, Tibet, Korea und andere Länder ehemaligen eigenen staatlichen Lebens. Die deutsche Sozialdemokratie bringt den Bestrebungen aller dieser Völker auf Wiedererlangung ihrer nationalen Freiheit die größte Sympathie entgegen und würde es begrüßen, wenn die Sozialisten der jene Länder beherrschenden Staaten ihre Stimme zugunsten der Befreiung jener Nationen vom Druck der Fremdherrschaft erheben wollten.

5. Autonomie der Nationalitäten: Soweit hierunter die kulturelle Autonomie der innerhalb eines größeren Staatsverbandes eingegliederten fremdsprachigen Teile gemeint ist, wird die deutsche Sozialdemokratie gemäß ihrer seitherigen Stellung auch fernerhin für deren weitherzigste Einräumung eintreten. Für das Deutsche Reich kommen hier die Ansprüche unserer in Nordschleswig, Posen und Westpreußen sowie in Elsaß-Lothringen wohnenden Mitbürger dänischer, polnischer und französischer Muttersprache in Betracht. Wir verurteilen auf das schärfste jede Beeinträchtigung im Gebrauch der Muttersprache sowie sonstige Behinderung der freien Pflege ihrer besonderen nationalen Eigenart und Kultur, solche in das Gebiet eines Staates übergreifenden Teile anderer Nationen sollten nicht Hemmungen und Hinderungen wechselseitiger freundschaftlicher Beziehungen bilden, sondern Verständigungsbrücken von Volk zu Volk, von Kultur zu Kultur sein. Die Herbeiführung wahrer demokratischer Zustände in allen Ländern wird die Erreichung dieses Zieles ermöglichen.

Was die Verhältnisse der verschiedenen Nationalitäten innerhalb des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes betrifft, so schließen wir uns auch hier dem von unseren österreichischen Parteigenossen Gesagten an.

6. Elsaß-Lothringen: Was das in dem Fragebogen des Komitees unter Nationalitäten mitaufgezählte Elsaß-Lothringen anlangt, so ist zunächst zu sagen, daß Elsaß-Lothringen niemals

weder ein selbständiges nationales Staatswesen war, noch überhaupt als eine besondere Nationalität angesehen werden kann. Seiner ethnographischen Natur nach, das heißt nach Abstammung und Sprache ist die Bewohnerschaft Elsaß-Lothringens zu beinahe neun Zehnteln deutscher Nationalität. Nur 11,4 Proz. der Bevölkerung sprechen Französisch als Muttersprache.

Elsaß-Lothringen gehört weiterhin auch nicht zu den Gebieten, die durch den Gang des Krieges ihren Besitzer gewechselt haben; es ist, von einem schmalen Grenzstreifen abgesehen, im Machtbereich des deutschen Staates geblieben. Die Aufrollung der Frage seiner staatlichen Zugehörigkeit ist also von diesem Gesichtspunkte aus nicht zu begründen.

Die ursprünglich staatsrechtlich wie ethnographisch zu Deutschland gehörigen elsäß-lothringischen Gebiete sind neben anderen Gebieten von Frankreich seinerzeit auf dem Wege gewaltsamer Annexion aus dem Verbande des Deutschen Reiches herausgerissen worden. Durch den Frankfurter Frieden 1871 erhielten sie die ursprüngliche Staatszugehörigkeit wieder. Es ist sonach gänzlich ungerechtfertigt, von einem historischen Recht Frankreichs auf diese Gebiete zu sprechen. Die gewaltsame Erzwingung einer Rückgabe Elsaß-Lothringens wäre nichts anderes als eine Annexion und zudem größtenteils eine Annexion fremdsprachigen Gebiets durch Frankreich. Sie ist somit gemäß dem Grundsatz eines Friedens ohne Annexionen abzulehnen.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert für die Elsaß-Lothringer die Gewährung voller Gleichberechtigung als selbständiger Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches sowie den freiheitlichen demokratischen Ausbau seiner inneren Gesetzgebung und Verwaltung. Sie hat dies zuletzt in einer Beschlußfassung des Jenaer Parteitages von 1913, die von elsäß-lothringischen Genossen eingebracht war, festgelegt. Mit der Regelung der elsäß-lothringischen Frage in diesem Sinne bundesstaatlicher Gleichberechtigung und weitestgehender innerpolitischer Autonomie haben sich auch vor dem Kriege die französischen Parteigenossen einverstanden erklärt. Diese Regelung entspricht außerdem den wiederholt und noch neuerdings kundgegebenen Willensäußerungen der aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen elsäß-lothringischen Volksvertretung.

Der Grundsatz eines Friedens ohne Annexion schließt freundschaftliche Vereinbarungen über Grenzberichtigungen, wo sie auch immer seien, natürlich nicht aus.

II. Hauptgrundzüge internationaler Vereinbarungen.

Das Recht eines jeden Volkes auf politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit kann unter Beachtung der berechtigten Lebensinteressen aller Völker nur dann dauernd garantiert werden, wenn es in den Friedensverträgen gelingt, das künftige Völkerrecht in seinen Grundzügen festzulegen. Aufgabe der kommenden Friedensjahre wird es dann sein, das Staatsrecht, das Arbeiterrecht, das bürgerliche Recht, das Handelsrecht international nach einheitlichen Grundsätzen auszubauen, mit dem Ziele, eine immer engere Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft der Völker zu schaffen.

1. Völkerrechtliche Bestimmungen: Bereits in den Kriegszielleitsätzen, die der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 16. August 1915 aufgestellt haben, ist die Erstrebung eines durch internationale Rechtseinrichtung dauernd gesicherten Weltfriedens als höchstes sittliches Pflichtgebot gefordert.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Kopenhagener internationalen sozialistischen Kongresses von 1910 fordern wir im einzelnen durch die Friedensverträge

die Anerkennung eines internationalen Schiedsgerichts, dem alle Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten vorzulegen sind.

Zur Verhinderung der Verletzung völkerrechtlicher Verträge ist eine überstaatliche Rechtsorganisation zu schaffen.

2. Abrüstung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen. Das Ziel der Abmachungen muß die Schaffung eines Volksheeres sein zur Verteidigung des Landes gegen kriegerische Angriffe und gewaltsame Unterdrückungen. Für die einzelnen Waffengattungen dieses Volksheeres ist die Dienstzeit durch internationalen Vertrag möglichst kurz zu bemessen.

Die im Kriege zulässigen Kriegsmittel sind vertraglich zu beschränken. Die Rüstungsindustrie ist zu verstaatlichen. Die Lieferung von Waffen und Munition aus neutralen Staaten an kriegführende Mächte ist international zu verbieten. Das Seebeuterecht ist zu beseitigen. Die Bewaffnung von Handelsschiffen ist zu verbieten. Die für den Weltverkehr wichtigen Meerengen und interozeanischen Kanäle sind unter internationale Kontrolle zu stellen.

Für die Sicherung des Welthandels während eines Krieges sind wirksame Garantien zu schaffen. Der Begriff der Bannware ist international festzulegen. Rohstoffe zur Bekleidung und Nahrungsmittel sind von der Bannwarenliste auszuschließen. Das Privateigentum ist gegen Eingriffe der Kriegführenden sicherzustellen. Der Postverkehr zwischen Kriegführenden und Neutralen ist auch im Kriegsfall zu sichern. Der Begriff der Blockade ist neu festzusetzen.

3. Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen: Damit die Wiedernäherung der Völker nicht gehemmt wird, sind in die Friedensverträge Bestimmungen aufzunehmen, die Sicherheit dagegen gewähren, daß der Krieg als Wirtschaftskrieg fortgesetzt wird.

Durch die Friedensverträge muß die Verkehrsfreiheit zu Lande und zu Wasser wiederhergestellt werden.

Das Schutzzollsystem ist abzubauen. In die Friedensverträge ist die Meistbegünstigungsklausel aufzunehmen. Das handelspolitische Ziel muß die Beseitigung aller Zoll- und Verkehrschränken bleiben.

Für die Kolonien ist die „offene Tür“, das heißt gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung aller Völker, festzulegen.

Internationale Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Arbeiterinnen- und Kinderschutz und Heimarbeit sind nach dem bekanntgegebenen Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu regeln.

4. Abschaffung der Geheimdiplomatie: Wir fordern die Unterwerfung aller Staatsverträge und zwischenstaatlichen Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen.

III. Praktische Durchführung der Ziele.

Wir beziehen uns auf unsere Darlegungen zu 1 und 2. Im Interesse eines baldigen Friedens scheint es uns dringend geboten, in erster Linie die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu erörtern. Studienkommissionen können zweifellos wertvolle Vorarbeiten für fruchtbringende Auseinandersetzungen über die ökonomischen und nationalen Probleme leisten. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß es sich für den internationalen Sozialismus um die möglichst schnelle Herbeiführung des Friedens handeln muß. Dieser kann nach unserer Überzeugung als ein Verständigungsfrieden auf der Grundlage: „Keine Annexionen, keine Entschädigungen“ erreicht werden, ohne daß zuvor besondere Studienkommissionen eingesetzt werden.

IV. Aktion der Internationale.

Die europäischen Neutralen sind ausnahmslos durch den Krieg in mehr oder weniger große Mitleidenschaft gezogen worden. Sie alle haben ein Interesse am baldigen Frieden. Sie sind deshalb bei der Neuregelung wirtschaftlicher, sozialpolitischer und rechtlicher Fragen internationaler Art heranzuziehen.

Die Mitarbeit der erwählten Volksvertretungen erscheint als eine Selbstverständlichkeit. Angesichts der Erfahrungen, die das Proletariat aller am Kriege beteiligten Länder mit den Parlementsmehrheiten im bisherigen Verlauf des Krieges gemacht hat, wird deren Mitarbeit freilich nur dann kriegsverkürzend sein, wenn die sozialistischen Parteien mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft wie auf ihre Regierungen so auch auf die Parlamente im Sinne der baldigen Herbeiführung des Friedens wirken.

Damit sind auch gleich die weiteren Fragen betreffend Mitarbeit der Internationale während der Friedensverhandlungen hinreichend beantwortet. Die Einwirkung der sozialistischen Parteien auf die Regierungen, die Volksvertretungen und auf die offizielle Friedenskonferenz muß seitens der sozialistischen Parteien aller kriegführenden Länder immer stärker werden.

V. Tätigkeit der sozialistischen Parteien für den Frieden.

Damit kommen wir zu der Frage, die auf Antrag der deutschen Delegation am 7. Juni dem Fragebogen noch hinzugefügt worden ist:

Bericht jeder Delegation über die Arbeit ihrer Partei zugunsten eines dauerhaften Friedens.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in zwei Heften eine „Sammlung der Erklärungen, Aufrufe und Reichstagsreden“, in denen die Stellung der Partei zum Kriege und zu den Friedenszielen dargelegt wird, herausgegeben. In dieser Dokumentensammlung wird der Beweis geführt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die gleich allen anderen sozialistischen Parteien grundsätzlich auf dem Boden der Landesverteidigung steht, für den Friedensschluß seit dem ersten Tage des Krieges gewirkt hat, und daß sie für einen Verständigungsfrieden keine andere Voraussetzung kennt, als die Bereitschaft auch der Gegner zu einem solchen Frieden. Mit den in der Sammlung angeführten Parlamentsreden, Aufrufen und Erklärungen hat sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bei ihrer Friedensarbeit aber nicht begnügt. Sie hat in allen Teilen des Reiches Friedensversammlungen abgehalten, auch im ganzen

Reiche Petitionen verteilt und unterzeichnen lassen, in denen unter strikter Ablehnung aller Eroberungspläne die Bereitschaft der Regierung zu Friedensverhandlungen verlangt wurde.

Diese Friedensarbeit ist von großem Erfolg begleitet gewesen. Erfolglos dagegen waren leider die Versuche der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die zerrissenen Fäden mit den sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs wieder anzuknüpfen.

Die Arbeit für den Frieden kann nur dann Erfolg versprechen, wenn sie gleichzeitig auf beiden Seiten unternommen wird. Das könnte geschehen und hätte unseres Erachtens längst geschehen müssen, ohne daß auf der einen Seite von der anderen etwas verlangt worden wäre, was einer Preisgabe der Sache des eigenen Volkes gleichgekommen wäre. Wir sollten auf allen Seiten aussprechen, daß wir nur die Pflicht haben, das eigene Volk zu verteidigen, nicht aber die Aufgabe, andere Völker für die wirklichen oder vermeintlichen Verbrechen ihrer Regierungen zu züchtigen. In diesem Sinne hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ununterbrochen gewirkt.

VI. Allgemeine sozialistische Konferenz.

Wir sind ohne Vorbehalt zur Teilnahme an einer allgemeinen sozialistischen Friedenskonferenz bereit, weil wir es für die selbstverständliche Pflicht eines jeden Sozialisten halten, für den Frieden zu wirken. Eine Auseinandersetzung über das Verhalten der sozialistischen Parteien wird sehr vereinfacht werden, wenn alle Sektionen in der von uns gewählten Form eine Sammlung der Dokumente über ihre Tätigkeit für den Frieden unterbreiten würden.

Von einer Erörterung der Schuldfrage, der wir nicht aus dem Wege gehen, können wir uns eine Förderung des Zwecks der Konferenz nicht versprechen. Es kann sich nicht darum handeln, über Vergangenes zu streiten, es muß sich vielmehr darum handeln, über das Zukünftige sich zu verständigen, nämlich über die möglichst schnelle Herbeiführung eines dauernden, unseren Grundsätzen und Idealen entsprechenden Friedens.

Gegen die Teilnahme aller sozialistischen Minderheitsparteien an der allgemeinen Konferenz haben wir nichts einzuwenden.

Stockholm, den 12. Juni 1917.

Die Delegation der Sozialdemokratie Deutschlands.
Fr. Ebert. Scheidemann. Herm. Müller. Molkenbuhr.
Ed. David. R. Fischer. Sassenbach. G. Bauer. C. Legien.

Von Tag zu Tag wurden wir pessimistischer gestimmt. Von den erwarteten Franzosen, Engländern, Belgiern, Italienern und Russen war nichts zu merken.

Unser Memorandum wurde in mehreren Sitzungen mit den Komiteemitgliedern sehr eingehend besprochen. Stilistische Änderungen gestatteten wir, sachliche Änderungen lehnten wir ab. Da es sich für die bevorstehende „allgemeine Friedenskonferenz der Sozialisten“ bisher „nur um Vorverhandlungen mit den einzelnen Nationen“ gehandelt hatte, pflanzten wir selbst in der Stunde der Abreise unsere Hoffnungen im Wartesaal noch auf. Bis auf David, Müller und mich reiste die Delegation ab, nachdem Branting, um uns zu ehren, zu einem gemeinsamen Frühstück nach Salzsjöbaden eingeladen hatte. Das war am 16. Juni. Es traf sich gut, daß am Morgen das Petersburger Telegramm veröffentlicht worden war, die Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrats würden bald nach Stockholm kommen. Bei der Mittagstafel begrüßte uns Branting in warmen Tönen. Durch die Begegnung und gründliche Aussprache sei doch wohl dieses und jenes Mißverständnis beseitigt worden. Ebert bat mich, für die Delegation zu antworten. Mein Trinkspruch galt dem Frieden und dem Friedenswerkzeug, der Sozialistischen Internationale.

Es war stundenlang sehr behaglich, vielleicht noch etwas mehr als das. Um acht Uhr brachen die meisten unter Führung Viktor Adlers auf; da ich an diesem Abend in Stockholm nichts zu tun hatte, schlug ich vor, daß die Genossen, die den wundervollen Abend frei hätten, an der See bleiben möchten. Branting stimmte mir zu. Insgesamt blieben wir aber doch nur sechs Mann: Branting, David, Vitnös, Borgbjerg, Albarda und ich.

* * *

Nach der Abreise unserer Kameraden aus Stockholm hielten David, Müller und ich mit dem Komitee die Fühlung aufrecht und harrten, freilich mit immer mehr zusammenschrumpfender Geduld, die schließlich zu ärgerlicher Ungeduld wurde, der Dinge und fremdländischen Sozialisten, die da kommen sollten. Müller, der damals in erschreckender Weise die schlanke Linie zeigte, die die Damenwelt später allgemein zu erreichen suchte, der uns allen, wie jetzt gesagt werden darf, durch sein krankhaftes Aussehen schwere Sorge machte, sollte als unser Vertreter weiter in Stockholm bleiben, um aufzupassen. Jedenfalls sollte er sich in Schweden wieder „herausfressen“, bevor er in unser Kohlrüben-dorado zurückkehrte. Müller hat dann in mehreren Wochen noch mancherlei Interessantes erlebt, nur das eine nicht, worauf wir alle gewartet hatten: die große Friedenskonferenz.

Am Tag vor meiner Abreise von Stockholm berichtete Frau Nina Bang, die später als Mitglied des Ministeriums Stauning das Kultusministerium ausgezeichnet verwaltete, eine ebenso kluge wie sympathische Frau, mir noch von einer Aussprache, die sie mit Albert Thomas gehabt hatte. Er sei wütend über unser Memorandum gewesen und habe auf eine ihrer Fragen geantwortet: „Der Krieg geht weiter, wir können nicht anders.“ Im Mittelpunkt der Unterhaltung hatte wieder Elsaß-Lothringen gestanden. David und Müller, die ich sofort informiert hatte, besprachen dann mit Stauning und mir noch einmal auf das eingehendste die elsäß-lothringische Frage, und zwar im Zusammenhang mit den in unserem Memorandum behandelten Annexionsfragen. Stauning und Frau Bang haben dann wieder mit Thomas sprechen können. Er hat unsere Hinweise auf die historischen und ethnographischen Rechte Deutschlands sowie auf die neun Zehntel deutschspre-

chenden Elsaß-Lothringer abgelehnt. Es komme nicht darauf an, wie man in Elsaß-Lothringen rede, entscheidend sei der Wille des Volkes, wieder zu Frankreich zu kommen. Nach langem Hin und Her habe er aber doch von einer „Arbitrage obligatoire après la guerre“ gesprochen. Stauning und Frau Bang haben den Eindruck gewonnen, daß die Franzosen nach einer Brücke suchen, um über Elsaß-Lothringen hinwegzukommen. Ein Schiedsgericht nach dem Friedensschluß sollte also die Frage prüfen, ob Elsaß-Lothringen über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder Frankreich abstimmen müsse. Das Ergebnis dieser Abstimmung sollte dann bindend sein. Uns schien der Vorschlag wenig glücklich, trotzdem lehnten wir ihn nicht ab. Wir sagten uns, wenn der Krieg erst beendet ist, dann wird ihn bestimmt niemand wieder beginnen wollen wegen Elsaß-Lothringen. Wir hatten das sichere Gefühl, daß Elsaß-Lothringen für die Franzosen in verhängnisvoller Weise eine Prestigefrage geworden war, und daß deshalb ein Ausweg gesucht und gefunden werden müsse.

Am nächsten Tage versicherte Camille Huysmans, der mich zu sich gebeten hatte, daß Thomas sehr verständig gewesen sei. Er wolle sofort nach seiner Ankunft in Paris die Pässe für die Sozialisten zur Reise nach Stockholm erzwingen. Das ist ihm leider nicht gelungen, obwohl er französischer Munitionsminister war.

Stockholm war gescheitert. Millionen friedenssehnsüchtiger Menschen in allen Ländern waren wieder um eine Hoffnung ärmer geworden. Trotzdem ließen wir immer noch nicht locker, wir blieben in Fühlung mit dem Stockholmer Komitee und bohrten immer wieder.

Zweiter Abschnitt

REFORM- UND FRIEDENSARBEIT

Die Fraktion hatte mich nun auch noch mit dem Vorsitz im neuen Verfassungsausschuß des Reichstags betraut. Ebert, der mich dringend gebeten hatte, diese Funktion zu übernehmen, hatte abgelehnt mit dem Hinweis auf seine im Interesse der Parteiorganisation liegende Arbeit im Parteibüro. Dadurch bleibe ihm nicht viel Zeit für parlamentarische Arbeiten übrig. Der Verfassungsausschuß machte mir viel Verdruß, positiv geleistet hat er sehr wenig. Die Konservativen, also die späteren Deutschnationalen, trieben von der ersten Sitzung an Obstruktion, weil sie nicht die geringste Weiterentwicklung der Verfassung zulassen wollten.

Die Reichsregierung half der Reaktion, anstatt entschlossen die Führung zu übernehmen. Wieviel Erbitterung hätte erspart werden können, wenn sie sofort energisch die mehrfach versprochene Reform des preussischen Wahlrechts durchgeführt hätte! Da die bürgerlichen Mittelparteien bei den Verhandlungen im Verfassungsausschuß auch mehr Angst als demokratische Entschlossenheit bekundeten, erwies dieser Ausschuß sich mehr und mehr als ein ungeeignetes Instrument zur Förderung des Parlamentarismus und der Demokratisierung. Daß auch der Reichskanzler von Bethmann Hollweg sich der Arbeit des Verfassungsausschusses widersetzte, habe ich in anderen Schriften ausführlich geschildert (z. B. im „Zusammenbruch“, 1921).

In seinem Gutachten über den Deutschen Reichstag im Weltkriege urteilt Dr. Bredt, Professor an der Universität Marburg, sehr hart nicht nur über die Unentschlossenheit des Reichstags sowohl in der Friedensfrage, wie auch in den Fragen der Verfassungsreform, sondern er kritisiert auch den Verfassungs-

ausschuß selbst in schärfster Weise. Er sagt: „Von einem planvollen Zusammenarbeiten der Mehrheitsparteien im Sinne eines parlamentarischen Regiments konnte keine Rede sein. So war allmählich eine neue Konstellation herausgekommen, die auf eine Dreiteilung hinauslief: Auf dem rechten Flügel standen Konservative und Freikonservative, die grundsätzlich gegen die ganzen Neuerungen waren; auf dem linken Flügel standen Mehrheitssozialisten und Unabhängige, denen die Neuerungen nicht weit genug gingen; in der Mitte standen Nationalliberale, Zentrum und Fortschrittler, die sich mit den Dingen abfanden, so gut es ging. Wie sollte da ein parlamentarisches Regiment herauskommen?“ Bredt macht an verschiedenen Stellen seines Gutachtens dem Reichstag den Vorwurf, daß er sich niemals habe dazu aufrufen können, von der Macht, die er hätte ausüben können, richtigen Gebrauch zu machen. Dieser Verzicht auf Machtanwendung war in erster Linie zurückzuführen auf die unglückselige Parteienzerklüftung im Reiche und die daraus ganz von selbst sich ergebende Konkurrenz — das Wettrennen um die Gunst der Wähler.

In zahllosen Reden und Schriften habe ich der Überzeugung Ausdruck gegeben — vor dem Kriege! —, daß 1912, nach den Reichstagswahlen, bei denen jeder dritte Wähler sozialdemokratisch gewählt hatte, das parlamentarische Regime hätte eingeführt werden müssen. Damals war es die höchste Zeit, der psychologische Moment wurde leider verpaßt. Die kaiserlichen Staatsmänner, die, um mit Bethmann Hollweg zu reden, die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben — ebensowenig wie er selbst! — waren nicht in der Lage, den Ausbruch des Krieges zu verhüten. Ein demokratisiertes, parlamentarisch regiertes Deutschland hätte den Krieg verhüten können.

* * *

Die Erfahrungen im Verfassungsausschuß gaben wiederholt Anlaß zu energischen Vorstellungen bei Wahnschaffe oder seinem Herrn. So auch gelegentlich der Mitteilungen, die teils David und ich, teils Ebert gemeinsam mit mir bei Wahnschaffe, Zimmermann und dem Reichskanzler über unsere Stockholmer Erfahrungen gemacht haben. Alle lobten unser Memorandum. Ganz im allgemeinen lobte es Wahnschaffe, Zimmermann beglückwünschte uns und nannte das Memorandum eine ganz ausgezeichnete Arbeit. Der Reichskanzler sagte, daß unsere Stellungnahme durchaus konsequent und von unserem Standpunkte aus wahrscheinlich auch die einzig richtige gewesen sei. Daß später auch Wilhelm II. gelegentlich einer Begegnung in der Wilhelmstraße unsere Stockholmer Tätigkeit sehr gelobt hat, haben wir als ein Mißgeschick empfunden, durch das die in Stockholm geleistete Arbeit jedoch nicht entwertet werden konnte. Als David und ich den Reichskanzler auf die trostlosen Zustände im Innern des Landes erneut aufmerksam machten und die Erbitterung schilderten, die durch die bisher immer nur angekündigte, niemals jedoch in Angriff genommene Demokratisierung wachse, bat Bethmann Hollweg uns, ihm eine Denkschrift für das Hauptquartier mitzugeben. „Sie sind ja beide schreibgewandte Herren, machen Sie die Denkschrift umgehend, denn ich reise in den nächsten Tagen.“ David übernahm den Entwurf, der vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion gebilligt und von den Vorstandsmitgliedern durch Unterschrift gedeckt wurde. Einige Sätze aus der Denkschrift sollen hier Platz finden:

„... Unsere eigenen Beobachtungen sowie die uns von allen Seiten zugehenden Berichte nötigen uns die Überzeugung auf, daß die innere Widerstandskraft unseres Volkes sich dem Ende nähert. Angesichts dieser

überaus ernsten Lage halten wir es für unsere Pflicht, das auszusprechen, was nach unserer Meinung zu geschehen hat, um Schlimmstes zu verhüten. Wir unse- rerseits wollen keine Verantwortung mittragen, wenn das versäumt wird, was allein unser Land aus dieser furchtbaren Not retten kann. — —“

Es folgte dann ein Hinweis auf die Ernährungs- verhältnisse.

„Die Stimmung der Bevölkerung ist durch die an- haltenden Entbehrungen aufs tiefste herabgedrückt.

... Ein weiteres, die Stimmung verderbendes Mo- ment liegt in dem Ausbleiben einer Neuordnung unse- rer innerpolitischen Verhältnisse auf der Grundlage gleichen Rechtes für alle.

... Der Glaube an die Möglichkeit eines entschei- denden Sieges ist mehr und mehr erschüttert. So be- mächtigt sich der Soldaten draußen ebenso wie der heimischen Bevölkerung das Gefühl, alle ferneren Opfer sind ja doch vergeblich, die Überlegenheit der Gegner an Zahl und materiellen Machtmitteln ist zu groß, je länger der Krieg dauert, um so schlimmer wird sich die Lage für uns gestalten.

Bei diesem Stand der Dinge droht das Auftreten und die skrupellose Politik der Alldutschen vollends zur schwersten Gefährdung für unser Land zu werden. Die Agitation dieser Kreise, die mit großen, nicht zu- letzt aus Kriegsgewinnen stammenden Mitteln betrie- ben wird, erzeugt bei der Bevölkerung die Meinung, daß der Krieg um Eroberungen willen fortgesetzt wird, und daß die Schuld an dem Nichtzustandekommen von Friedensverhandlungen auch auf deutscher Seite liegt. So droht uns ein vierter Kriegswinter. Die Schick- salsfrage erhebt sich: Kann das deutsche Volk ihn noch durchhalten? Kämen wir in ihn hinein, so würden die Leiden der Bevölkerung noch ungeheuer gesteigert...

Sind jetzt schon Verzweiflungsausbrüche in verschiedenen Teilen des Reiches zu verzeichnen gewesen, wieviel furchtbarer würde es dann sein: Katastrophen wären unausbleiblich. Man zeihe uns nicht der Schwarzmalerei, und man wiege sich nicht in der Hoffnung, es werde noch so weitergehen, wie es schon so lange gegangen ist. Die Dinge haben ihre Grenzen. Die Sozialdemokratische Partei hat die Jahre hindurch alles aufgeboten, um die Widerstandskraft der Heimatbevölkerung aufrechtzuerhalten und an der Verteidigung des Landes nach bester Kraft mitzuwirken. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Kräfte unseres Volkes zu Ende gehen... Es gibt jetzt nur einen Ausweg, um schlimmstes Unheil zu verhüten. Die Staatsumwälzung in Rußland bietet eine Anknüpfungsmöglichkeit, die nicht verpaßt werden darf. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Formel aufgestellt: Friede ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen! Die Antwort Eurer Exzellenz im Reichstag war ebensowenig genügend, wie die spätere Erklärung in der „Nordd. Allg. Zeitung“. Rußland wird in der Hand der Ententemächte bleiben, solange die deutsche Regierung sich nicht entschließt, einen allgemeinen Frieden auf Grund der Petersburger Formel zuzugestehen...“

Die Schlußsätze lauteten wie folgt:

„...Es geht jetzt ums Ganze! Das Deutsche Reich und seine Zukunft stehen auf dem Spiel. Das Festhalten an Kriegszielen, die über das eigene Recht und zugleich über das Erreichbare hinausgehen, verlängert den Krieg und führt uns dem Abgrunde zu. Alle Welt soll wissen, daß das deutsche Volk um nichts anderes kämpft als um sein nationales Recht auf Leben und Entwicklung, und daß es zu jeder Stunde bereit ist, einen Frieden zu schließen, der ihm dieses sein Lebens-

recht gewährleistet. Alles, was einen solchen Frieden hinauszögert, muß unterbleiben und alles, was uns ihm näherbringt, muß schleunigst geschehen... Nur wenn in den Massen des Volkes die Überzeugung fest verankert wird, daß das Vaterland, für das sie kämpfen und leiden, auch im Innern eine Stätte der Freiheit und der staatsbürgerlichen Gerechtigkeit ist, werden sie ihr Äußerstes daran setzen und ihr Letztes hingeben, um es zu verteidigen gegen jeden Versuch der Knechtung von außen."

* * *

Als ein Zeichen für die damalige Stimmung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei soll folgender Eintrag aus meinem Tagebuch vom 27. Juni 1917 hier Platz finden: „Es fand eine Sitzung des Parteiaussschusses statt, an der auch der Vorstand der Reichstagsfraktion teilnahm. Ich berichtete über die Stockholmer Verhandlungen. Die Debatte nahm eine charakteristische Wendung: Alle waren vollkommen einverstanden mit unserer Tätigkeit. Aber — das war der Tenor aller Ausführungen —: die bevorstehende Kreditvorlage muß abgelehnt werden, wenn der Reichskanzler nicht klipp und klar seine Kriegsziele angibt und feste Versprechungen über die innere Neuordnung macht. Gradnauer und David, die als Mitglieder des Fraktionsvorstandes das Wort nahmen, waren ganz entsetzt, und suchten die Stimmung zu beeinflussen unter Hinweis auf unsere bisherige Politik: Bewilligung, solange die Gegner nicht zum Frieden bereit sind. Ich gab als Schlußredner den Anklägern des Reichskanzlers vollkommen recht, verwahrte mich aber dagegen, heute eine Festlegung der Fraktion zu beschließen. In der Politik gäbe es nicht nur ein Ja oder Nein. Wer könne wissen, wie die

Dinge in einer Woche liegen! Eine Resolution Löbe, durch die die Fraktion festgelegt werden sollte, war inzwischen, nachdem Ebert auf Löbe eingewirkt hatte, zurückgezogen worden."

Am Abend desselben Tages waren David und ich beim Reichskanzler von Bethmann Hollweg, mit dem wir die Situation besprachen und auch auf die Stimmung, wie sie in unserem Parteiausschuß zutage getreten war, hinwiesen.

Wir gewannen den Eindruck, daß er die Lage als rettungslos ansah und deshalb unter allen einigermaßen erträglichen Umständen Schluß machen möchte. Er erschien uns sogar bereit, Elsaß-Lothringen wenigstens teilweise zu opfern, wenn dadurch der Friede herbeigeführt werden könnte.

DIE FRIEDENSRESOLUTION

Alles schien in einem Zustand heftigster Gärung zu sein: Die Parteien, die Fraktionen, der Interfraktionelle Ausschuß, der Verfassungsausschuß, der Hauptausschuß.

In den Fraktionssitzungen der bürgerlichen Parteien ging es, wie uns versichert worden ist, noch aufgeregter zu, als bei uns. Es herrschte allgemeine Verstimmung. Den Konservativen und den meisten Nationalliberalen war die Regierung nicht schneidig genug in der Kriegspolitik und in der Abwehr der Linksparteien, soweit sie Reformen im Innern verlangten. Alle übrigen Parteien klagten die Regierung der Schwäche gegen rechts an und warfen ihr vor, daß sie die Zügel mehr und mehr sich entgleiten lasse, so daß die OHL immer selbtherrlicher auftreten könne. Dabei war der Glaube an den Sieg oder auch nur an

einen halbwegs erträglichen Ausgang des Krieges in allen Parteien links von den Nationalliberalen — bis auf kümmerliche Reste kurzsichtiger Optimisten — geschwunden. Der U-Bootskrieg hatte England nicht auf die Knie gezwungen, wie bestimmt in Aussicht gestellt worden war. Ein gräßlicher Katzenjammer war dem U-Bootsrausch gefolgt.

So war die Situation, als am 5. Juli 1917 Erzberger in der Sitzung des Hauptausschusses sich auf den Standpunkt stellte, den die Sozialdemokratische Partei seit langer Zeit vertreten hatte: Schluß so bald als möglich, sonst wird das Ende fürchterlich sein.

* * *

Erzberger hatte zunächst darauf hingewiesen, daß ein weiteres Jahr Krieg für Deutschland noch 50 Milliarden Mark Ausgaben bedinge, etwa 36 Milliarden direkt, ungefähr 15 Milliarden Kriegsschäden. Die Ernährung werde immer schlechter werden. Der U-Bootskrieg habe nach den Versicherungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes England in sechs Monaten friedensbereit machen sollen. Davon ist keine Rede. Die Berechnungen des Staatssekretärs waren alle falsch. Das wies Erzberger ausführlich nach an den Ziffern über die Welttonnage. Dann fuhr er, gegen Helfferich gewendet, fort: Der Staatssekretär des Innern habe gesagt, daß man gegenwärtig nur einen Unterwerfungsfrieden bekommen könne. Das könne man mit Sicherheit nicht sagen. Man müsse auch fragen, ob Aussicht vorhanden sei, 1918 einen besseren Frieden erlangen zu können. Man dürfe sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß der Krieg doch nicht „umsonst“ habe geführt werden können und daß die Steuerlast uns ohne Kriegsentschädigung schwer drücken werde. Unser Volk könne eine Zukunft, wie

sie ihm unter den gegenwärtigen Verhältnissen bevorstehe, ertragen. Die Weiterführung des Krieges aber müsse zum Ruin führen. Man müsse auf den Ausgangspunkt des Krieges zurückgehen. Von dem Standpunkt des Verteidigungskrieges aus sei eine Einigung des deutschen Volkes zu erreichen. Erzberger führte dann weiter aus, daß der Krieg zwar weitergeführt werden müsse, und zwar mit allen Mitteln, aber: wenn im Reichstag sich eine große Mehrheit zu dem Gedanken des 4. August zusammenfinden könnte: wir stehen auf dem Standpunkt des Verteidigungskrieges und ziehen daraus alle Konsequenzen; wir streben einen Frieden des Ausgleichs an, der die Machtverhältnisse berücksichtigt, die durch den Krieg geworden sind, einen Frieden, der keine zwangsweise Unterdrückung von Völkern bringt; wenn der Reichstag das der Reichsregierung sagen könne, so sei das der beste Weg zum Frieden.

Erzberger hatte in seiner ganzen Rede, abgesehen von seinen Spezialberechnungen über die Welttonnage, nicht ein Wort gesagt, das zuvor nicht von Sozialdemokraten gesagt oder geschrieben worden wäre. Das Verblüffende für die Regierung und die bürgerlichen Parteien war die Tatsache, daß nun auch ein bürgerlicher Abgeordneter, und zwar gerade der sehr geschäftige und einflußreiche Erzberger, sich auf den sozialdemokratischen Boden gestellt hatte. Wir Sozialdemokraten hatten das Bekenntnis zu dem Verteidigungskrieg vom Reichstag oft genug verlangt, eine Mehrheit des Reichstages für eine entsprechende Entscheidung zu bekommen, wie sie Erzberger angeregt hatte, wäre uns natürlich ganz unmöglich gewesen. Nun kam die Hilfe aus dem Zentrum — jetzt mußte der Reichstag tun, was der Reichskanzler bisher nicht zu tun gewagt hatte mit Rücksicht auf die Rechte.

Über die umfangreichen Auseinandersetzungen im Hauptausschuß des Reichstages nach der Rede Erzbergers kann ganz summarisch berichtet werden. Die sehr heftig angegriffenen Staatssekretäre Capelle und Helfferich spielten keine Rollen, um die man sie hätte beneiden können. Für die Objektivität Bredts spricht, daß er in seinem mehrfach zitierten Buch nicht nur die Reden Erzbergers, Helfferichs und Capelles, des Reichskanzlers und anderer wiedergibt, sondern auch meine Rede, die ich, nachdem ich meinen Sitz im Verfassungsausschuß gegen einen solchen im Hauptausschuß getauscht hatte, auf Beschluß der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder hielt, und zwar am Tage nach Erzbergers Rede, also am 7. Juli. Bredt sagt von der Rede, daß sie „sehr bedeutsam, in der Form vorsichtig, im Inhalt deutlich sei“, er druckte sie im Wortlaut ab — fast sechs enggedruckte Seiten. Leider kann ich meinen Reden in meinem Buche nicht so viel Platz opfern wie Herr Bredt. Immerhin erscheint es notwendig, zur Kennzeichnung der damaligen Situation und der Haltung meiner Partei, einige Sätze aus meiner Rede nach Bredt anzuführen:

„Wenn keine militärische Entscheidung denkbar sei, bleibe uns nichts anderes übrig als die Verständigung. Diese habe natürlich die Voraussetzung, daß wir uns selbst gegenüber die Wahrheit sagen und nach außen hin nicht die nötige Klarheit vermischen lassen. Wir dürfen uns jetzt kein X mehr für ein U vormachen lassen und müßten den Dingen mutig ins Auge sehen, wie sie in Wirklichkeit sind, und uns nicht vom Gefühl leiten lassen, es gehe uns auch nicht besser als den Verbündeten. Man solle sich nicht aus falsch verstandenem Patriotismus über Dinge hinwegtäuschen wollen, über die es ein Hinwegtäuschen leider nicht gebe. Man müsse sich jetzt klar darüber sein, daß wir

nicht mehr weiterkommen können und deshalb Schluß machen müssen.

Hinsichtlich der geeigneten Mittel könne er sich kurz fassen, weil ja bekannt sei, wie er es seit Jahr und Tag in dieser Frage gehalten habe. Er empfinde keinerlei Schadenfreude, daß jetzt immer mehr Abgeordnete anerkennen müßten, daß seine Agitation nur von den lautersten Motiven beseelt gewesen sei; es habe ihm oft genug wehgetan, in dieser Richtung vollkommen verkannt zu sein. Wir müßten jetzt offen vor aller Welt erklären, daß wir bereit seien zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Er verstehe, daß das manchem sehr schwer falle. Je mehr man den Mund vollgenommen habe, um so schwieriger werde es jetzt, bescheidenere Reden zu führen. Das sei verständlich, aber es gebe jetzt keinen anderen Ausweg, und man müsse doch auch bedenken, daß das für uns gar kein Verzichtfrieden sei. Die Formel: ohne Annexionen und Kontributionen ist gerade zu eine Schutzformel für uns. Vor längerer Zeit sei behauptet worden, daß er als erster im Lande die Parole ausgegeben habe, jedes Land trage seine Last. Das sei damals nicht richtig gewesen; aber es sei die Zeit gekommen, wo es im Interesse des Landes notwendig sei, die Formel auszusprechen: „Keine Annexionen und keine Entschädigungen“, damit wir unser Land und unser Geld davor schützen, daß uns die anderen etwas abnehmen... Man sollte sich einmal vorstellen, wie eine der Situation gerecht werdende Kundgebung des Reichstags in der Kriegszielfrage die Kraft der russischen provisorischen Regierung, die doch vollständig die Formel des Arbeiter- und Soldatenrats übernommen habe, stärken müsse. Enorm wird die Wirkung sein, wenn sich Deutschland jetzt zu einem Verständigungsfrieden bekennt... Man müsse jetzt

dem deutschen Volke sagen: Brot, Fleisch und Kartoffeln können wir euch nicht herbeizaubern, aber ihr sollt die Gewißheit haben, daß dieser unglückselige Krieg nicht etwa fortgesetzt wird, weil wir nicht zu einem Verständigungsfrieden bereit gewesen wären... Jetzt sei es noch Zeit, zu verhüten, daß das Ausland den Schluß ziehe, das deutsche Volk sei am Zusammenbrechen, und sich daraufhin Hoffnungen mache. Einmütig müsse man erklären: Wir wollen einen Frieden der Verständigung, wollt ihr ihn nicht, dann halten wir aus bis zum letzten Mann!"

Es wäre eine Unterlassungssünde, kein Wort des Abgeordneten Stresemann aus der Ausschußsitzung zu erwähnen. Er war natürlich als Vertreter der Nationalliberalen und als ad absurdum geführter Eroberer in besonders peinlicher Lage. Einige Sätze aus der bei Bredt ausführlich wiedergegebenen Rede zeigen den damaligen Stresemann ganz ungeschminkt:

„Redner gab zu, daß auch innerhalb seiner Fraktion die Auffassungen nicht einheitlich seien. Er bekannte sich als zu den Annexionisten gehörig. Als solcher wehrte er sich dagegen, daß bei einer einen Diktierfrieden ermöglichenden militärischen Lage aus doktrinären Gründen davon abgesehen werden solle, sich der Möglichkeiten für die Stärkung unseres Reiches zu bedienen. Hochachtbare Persönlichkeiten hätten sich von vornherein auf den Standpunkt gestellt, wie auch der Krieg auslaufe, es dürfe nichts annektiert werden, so der Abgeordnete Gothein im August 1914. Dieser Auffassung sei zu widersprechen. Wenn die Lage der Dinge es ermögliche, stünde nichts entgegen, nach Abwägung aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte beim Friedensschluß eine Angliederung auch gegen den Willen der

Bevölkerung vorzunehmen, die für unsere Zukunft eine Sicherung wäre.“

Nach heftigen Angriffen auf Bethmann Hollweg fuhr Stresemann fort: „Man könne darüber streiten, ob Verhandlungen über ein heute erfolgreiches Friedensangebot auf der Grundlage des status quo geführt werden dürften. Heute würde man nach reiflicher Erwägung den Diplomaten sagen dürfen: Holt aus der Situation heraus, was ihr könnt! Wäre später aber die Situation durch den U-Bootkrieg so, daß England in der vorletzten Ohnmacht liege, und wäre zu erwarten, daß es bei der letzten verrecken würde, so müsse man sagen: bis zum letzten weiter kämpfen! Heute bestehe eine militärisch-wirtschaftliche Gleichgewichtslage, die uns unter Umständen dahin bringen würde, ein derartiges Friedensangebot anzunehmen . . .“

* * *

Wichtiger als der Fortgang der Debatte im Hauptausschuß waren die Verhandlungen, die schon am Tage der Erzbergerschen Rede, also am 6. Juli, im Interfraktionellen Ausschuß begonnen hatten.

Anwesend waren die Abgeordneten Spahn, Erzberger, Müller (Fulda), Fehrenbach, v. Payer, Müller (Meiningen), Haußmann, Gothein, Ebert, David, Südekum, Scheidemann, v. Richthofen, Dr. Junck, Schiffer, Stresemann und van Calker. Es bestand, wie sich bald herausstellte, grundsätzliche Übereinstimmung, eine gemeinsame Erklärung zustandezubringen, Erzberger sprach noch einmal über seinen Vorschlag: Friedensbereitschaft wie am 4. August 1914 und kein anderes Ziel: Verteidigung. Nach längerer Aussprache nahm auch Stresemann das Wort. Er hielt seine grundsätzliche Auffassung über die flandrische Küste, Kurland

usw. aufrecht, gab seine entsprechenden Pläne aber auf, weil er nicht mehr daran glaube, daß deren Durchführung möglich sei. Übrigens sei selbstverständlich, daß weder er noch ein anderer, wenn er nicht auf dem Boden der Erklärung stehe, in ein parlamentarisches Ministerium eintreten könne. Es bestehe jetzt tatsächlich die Gefahr, daß alle Neutralen gegen uns Front machen könnten, weil sie der U-Bootkrieg dazu zwingt. (Siehe das Gespräch Haußmann-Zimmermann über Stresemann auf Seite 282 des ersten Bandes.) Eine Erklärung wie die projektierte, erscheine ihm nicht zeitgemäß, sie erscheine ihm direkt gefährlich angesichts der russischen Offensive. Diese habe Erfolge gehabt, die in Paris ungeheuerlich gefeiert würden. Er möchte gern wissen, wie die Sozialdemokraten sich stellen zu der Frage: Können wir Kurland auf dem Wege der Verständigung bekommen?"

David wies auf unser Stockholmer Memorandum hin. Van Calker: Wir können erklären, was wir wollen, das Ausland glaubt nicht daran, wenn wir nicht einen Personenwechsel vornehmen.

* * *

An der Ausarbeitung der Friedensresolution war Erzberger zunächst gar nicht beteiligt, dagegen hervorragend unser Freund Dr. David in Gemeinschaft mit einem Demokraten und einem Zentrumsabgeordneten. Der Wortlaut erhielt schließlich, nachdem er in den einzelnen Fraktionen vorgelesen und mancherlei Änderungen erfahren hatte, den letzten Schliff — unter Mitwirkung Ludendorffs — im Garten des Innenministeriums in der Wilhelmstraße.

Bevor hier über das Schicksal der Resolution weiter berichtet wird, müssen die Manöver erwähnt werden, die gegen Bethmann Hollweg eingefädelt wurden, um

ihn zu Fall zu bringen. Einer der Hauptakteure war Stresemann, den man im Interfraktionellen Ausschuß als den jungen Mann Ludendorffs bezeichnete. In der Sitzung des Hauptausschusses am 10. Juli hatte Stresemann den Reichskanzler schwer angegriffen, zum großen Vergnügen derer um Westarp. Helfferich gegenüber hat Stresemann ganz deutlich bekundet, wie abhängig er sich von der Obersten Heeresleitung fühle. Im dritten Band seines „Weltkrieges“ berichtet Helfferich, daß Stresemann ihm gesagt habe: „Für die Haltung der nationalliberalen Fraktion gegenüber Herrn v. Bethmann müsse doch auch die Stellungnahme der Obersten Heeresleitung von großer Bedeutung sein. Es könne auf seine Fraktion nicht ohne Eindruck bleiben, wenn er heute genötigt sei, ihr mitzuteilen, daß der General Ludendorff entschlossen sei, seinen Abschied zu nehmen, wenn Bethmann Kanzler bleibe.“ Stresemann und Ludendorff waren die beiden Männer des Diktierfriedens! Nachdem der Vorstand der Zentrumsfraktion am 7. Juli schon eine Resolution beschlossen hatte, durch die dem Reichskanzler Bethmann Hollweg nahegelegt wurde, selbst zu bestimmen, zu welchem Zeitpunkt er nach pflichtgemäßem Ermessen seinen Rücktritt nehmen wolle, kam einige Tage später Stresemann zu dem Vizekanzler Helfferich, um ihm mitzuteilen, „daß die nationalliberale Fraktion beschlossen habe, dem Chef des Zivilkabinetts des Kaisers mitteilen zu lassen, daß nach ihrer Ansicht eine Lösung der Krisis ohne den Rücktritt des Reichskanzlers nicht denkbar sei.“

Daß auch die Sozialdemokratische Partei mit dem Reichskanzler nicht gerade zufrieden war, wissen die Leser dieses Buches. Es ergibt sich also ganz klar folgendes Bild: die Rechte, einschließlich der Nationalliberalen, bekämpfte den Reichskanzler, weil ihr seine

Kriegspolitik zu schlapp war, Zentrum, Demokraten und SPD, waren ungehalten, weil seine Friedenspolitik nicht energisch genug war. Rechts kam hinzu, daß er Reformen, die die Reaktionäre entschieden ablehnten, in Aussicht gestellt hatte; bei den Sozialdemokraten war man verärgert, weil mit den Reformen noch immer nicht ernst gemacht wurde. So hatte der Reichskanzler durch seine Versuche, alle bei der Stange zu halten, sich schließlich zwischen zwei Stühle gesetzt. Er fiel im selben Augenblick, in dem er endlich eine feste Mehrheit für eine entschiedene Friedenspolitik im Reichstag gewonnen und auch den Kaiser für das gleiche Wahlrecht in Preußen umgestimmt hatte!

Am Vormittag des 11. Juli vertagte ich den Verfassungsausschuß, weil Helfferich mir mitgeteilt hatte, daß nach einer Kronratssitzung „der Kaiser mit sich ringe“ wegen der Wahlrechtsreform. Heute oder morgen werde die wichtige Entscheidung fallen. Aber wenn dem Kaiser, der vielleicht um 12 Uhr eine Proklamation für das gleiche Wahlrecht erlassen wolle, um 11 Uhr einen Beschluß des Verfassungsausschusses auf die Brust gesetzt werde, sei das wohl ein Imponderabile, das wir doch nicht ganz außer acht lassen dürften. Am Nachmittag dieses Tages wurde in einer Sitzung des Preußischen Staatsministeriums die Order vorgelegt, in der der Kaiser sich für das gleiche Wahlrecht aussprach. Die preußischen Staatsbonzen waren entsetzt, wollten in ihrer Mehrheit „die Verantwortung für einen solchen Schritt“ nicht übernehmen und stellten ihre Portefeuilles zur Verfügung. Bethmann Hollweg erwies sich jedoch fest, ließ die echten Preußen laufen und veröffentlichte die Order am 12. Juli. Wenn er mit diesem Vorgehen seinen Sturz hatte aufhalten wollen, so war der Versuch zu spät

unternommen. Die Intriganten hatten schon zuviel vorgearbeitet. Für den Vormittag des 12. Juli waren Vertreter der meisten Parteien zu einer Aussprache über Bethmann Hollweg zum — Kronprinzen eingeladen worden, um ihm ihre Meinung über den Reichskanzler zu sagen. Ein Offizier, wie behauptet wurde, der bekannte Oberst Bauer, saß, von den Ausgefragten unbemerkt, dabei und notierte jedes gegen Bethmann Hollweg zu verwendende Wort. Außerdem hatten auch der Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Ludendorff ihre höchsten Trümpfe ausgespielt: entweder geht Bethmann Hollweg oder wir! Der Kaiser hat Bethmann Hollweg gegenüber sich bitter beklagt, daß er als Monarch durch dieses Ultimatum seiner obersten Generale unter solchen Druck gestellt werde.

In einer Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 9. Juli 1917 berichtete Erzberger, der Zuträger in allen Amtsstuben sitzen hatte, der Kriegsminister vom Stein habe Hindenburg und Ludendorff telephonisch nach Berlin gerufen; ihre Anwesenheit sei erforderlich, „weil sich hier merkwürdige Dinge abspielten“. Bethmann Hollweg bekam Wind von der Sache. Er ließ den Kaiser, der ebenfalls nach Berlin kam, schon auf dem Bahnhof abfangen und sofort zu sich dirigieren. Damit hatte er schon gesiegt. Der Kaiser schickte die beiden Heerführer sofort wieder weg. Allerdings hatten sie doch so viel Zeit gehabt, einen Offizier in das Sozialdemokratische Parteibüro zu schicken, „um fragen zu lassen, ob Ebert und Scheidemann nicht mit Ludendorff zu reden bereit seien.“ Selbstverständlich waren wir bereit, den Herren unsere Meinung zu sagen, wir kamen jedoch nicht dazu, weil — wie bereits gesagt worden ist —, der Kaiser ihre sofortige Rückkehr ins Hauptquartier befohlen hatte.

Inzwischen tagte der Interfraktionelle Ausschuß sozusagen in Permanenz. Hin und wider gaben auch nationalliberale Abgeordnete Gastrollen, bei denen es sich jedesmal herausstellte, wie groß die Differenzen in der Fraktion Stresemanns waren. Am 12. Juli wurden die Herren Schiffer, Junck und v. Richthofen von Fehrenbach so schlecht behandelt, daß sie sich zurückzogen, um noch einmal in der nationalliberalen Fraktion ihr Glück wegen der Friedensresolution zu versuchen. Nach etwa einer Stunde kam Richthofen, um offiziell mitzuteilen, daß seine Fraktion die Beteiligung ablehne, die Abstimmung aber freigebe. „Also endlich sind wir die Schaukelfritzen los!“

Die Ereignisse überstürzten sich nun geradezu. Die Herren v. Hindenburg und Ludendorff waren wieder in Berlin eingetroffen, um mit den Fraktionen Fühlung zu nehmen. Die Besprechungen fanden am 14. Juli im Gebäude des Generalstabs statt. Von unserer Seite waren Ebert und ich gebeten worden, vom Zentrum Erzberger und Mayer (Kaufbeuren), von der Fortschrittlichen Volkspartei v. Payer und Fischbeck. Da sich die Besprechung mit den Fortschrittlern, die zuerst angetreten waren, länger hinzog, als die Herren Militärs angenommen hatten, wurden wir gefragt, ob nicht Zentrum und Sozialdemokraten zusammen mit den Herren Generalen verhandeln wollten. Dazu waren wir gern bereit. In einer Zimmerecke saßen Helfferich und Wahnschaffe. Zunächst schilderte Ludendorff die Lage an den Fronten, trug dabei absolute Festigkeit zur Schau, ging aber auch zu meiner Überraschung von der Annahme aus, daß der Krieg noch ein weiteres Jahr dauern würde. Da setzte ich ein, nachdem Erzberger einige Fragen über Munition gestellt hatte. Ich knüpfte an Ludendorffs Darlegungen an: ob er und Hindenburg bedacht hätten,

wie es daheim aussieht. Die Arbeiter fallen täglich zu Hunderten in den Fabriken vor Hunger zusammen, ohnmächtig fallen die Briefträgerinnen auf den Treppen um. Hunger, Not, Schmerz wegen der Todesfälle; dazu Unwillen über die alldeutschen Kriegsziele; keine Aussicht auf ein Ende; summa summarum: Verzweiflung, die sich in Empörung umsetzt. Ich begründete dann die für den Reichstag bestimmte Kriegsziel-erklärung, ohne sie als solche zu nennen, in eingehender Weise. Als ich endete, begann Hindenburg: die Ausführungen hätten großen Eindruck auf ihn gemacht, aber daß nun alles so bleiben solle, wie es war, gehe doch nicht an. Natürlich seien unsinnige Kriegsziele aufgestellt worden. Wir sollen ja auch Länder behalten, die wir noch gar nicht erobert haben. Ähnlich sprach Ludendorff. Ich ergänzte daraufhin meine Rede. Die Erklärung, auf die die Herren hingewiesen hätten, lasse Spielraum genug für Verständigungen. Strikte abgelehnt müsse jede gewaltsame Eroberung werden. Ludendorff: Denken Sie mal an Aachen, wenn wir uns Belgien gegenüber für die Zukunft nicht sichern! Die beiden Herren empfahlen dann, die Erklärung „positiver“ zu fassen. Sie glaubten wohl, daß sie im Innern gut wirken werde, so wie wir annähmen, aber nach außen? Nein! Man werde wieder von Schwäche sprechen. Deshalb eine positivere Form.

Beim Weggehen sagte Helfferich zu mir: Also wir verhandeln noch wegen der Erklärung? Ich antwortete, daß es wegen der Erklärung nichts mehr zu verhandeln gebe.

Um einhalb sieben Uhr abends kamen wir im Interfraktionellen Ausschuß wieder zusammen. Payer, Fischbeck und Erzberger waren nicht anwesend. Da wir die beiden Generale unter dem Eindruck verlassen hatten, daß sie zwar nicht erbaut von der Re-

solution, vielleicht sogar unangenehm berührt waren, sich aber doch damit abgefunden hatten, trugen wir kein Bedenken, die Veröffentlichung der Resolution nunmehr zu beschließen. — Um allen weiteren Quertreibereien einen Riegel vorzuschieben, wurde ein Brief formuliert, der an Helfferich gehen sollte, mit dem Ersuchen, das Schreiben dem Kaiser zu übermitteln. Von der Absendung wurde schließlich abgesehen, weil der Gang der Dinge sie überflüssig gemacht hatte. Das Originalschreiben wurde mir für mein Tagebuch überlassen. Es hatte folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 13. Juli 1917.

Eurer Exzellenz

unterbreiten die unterzeichneten Parteien den beigefügten Beschluß als ihr Kriegszielprogramm, das sie gegenüber jedem Reichskanzler zu vertreten beschlossen haben, mit dem Ersuchen, es Seiner Majestät dem Kaiser unverzüglich vorlegen zu wollen.

Es liegt in der Absicht der Antragsteller, die Erklärung mit einer besonderen Anerkennung für die Leistungen des Heeres und der Marine zu verbinden.

Die Mehrheit setzt sich aus folgenden Teilen des Reichstags zusammen: Fraktion des Zentrums, Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei, Fraktion der Sozialdemokratie, einer Anzahl von Mitgliedern der Deutschen Fraktion und anderen Mitgliedern.

In vorzüglicher Hochachtung

für die vereinigten Parteien.“

DER NEUE MANN

Als Nachfolger für den über Nacht gestürzten Herrn v. Bethmann Hollweg wurde Dr. Michaelis ausgerufen! Wer war das? Wer hatte ihn in diesen

kritischen Stunden empfohlen? Niemand kannte ihn näher, man wußte nur, daß er preußischer Ernährungs-kommissar gewesen war. Im übrigen war er lediglich verschrien als evangelischer Mucker. Man sprach von einem Gesundheitsbeter, der das ganze Reich durch eindringliche Zwiesprache mit dem lieben Gott mindestens auf den Weg der Besserung beten sollte. So also hatte man sich in den höheren Regionen ungefähr den Beginn der Parlamentarisierung vorgestellt? Das war ein vielversprechender Anfang. Oben schienen alle mit Blindheit geschlagen zu sein.

Am 15. Juli wurde ich telephonisch gebeten, in das Reichsamt des Innern zu kommen, es handele sich um äußerst wichtige Dinge. Nur ungern ging ich, weil ich vermutete, daß es sich um eine nochmalige, mir sehr überflüssig erscheinende Aussprache über die Friedensresolution handeln sollte. Ich hatte mich nicht getäuscht. Als ich in der Wilhelmstraße ankam, führte mich ein Diener in den Garten. „Der Feldmarschall hat gebeten, im Garten mit den Herren zu sprechen.“ Zunächst war in dem prachtvollen Park überhaupt kein Mensch zu sehen. Bei einer Wendung nach einer Allee, die rechts abführte, stieß ich auf Hindenburg, Ludendorff, Helfferich und Michaelis. In diesem Augenblick kam die andere Gruppe zu uns: v. Payer, Haußmann, Ebert, Erzberger, Wahnschaffe u. a. Als ich mich dieser Gruppe zugesellen wollte, bat Hindenburg mich, zu bleiben. Wir wechselten einige Worte unpolitischer Art, dann nahm Michaelis mich am Arm und führte mich, zum großen Erstaunen der anderen, davon. „Ich muß gleich mit Ihnen reden, Herr Scheidemann. Was man den Scheidemann-Frieden nennt, mache ich morgen, wenn ich kann. Aber was machen wir mit dieser Resolution?“ Dabei schlug er auf den Vorwärts vom 17. Juli, in dem die Friedensresolution

abgedruckt war. „Das ist doch eine vortreffliche Plattform, Exzellenz!“ antwortete ich ihm. „Nein, nein“, fiel er mir ins Wort, „die Resolution ist mir unbequem, sie fesselt mich zu sehr, das hat Ihnen Hindenburg gestern doch auch schon gesagt.“

Nun gab es eine lange, wohl 25 bis 30 Minuten dauernde Unterhaltung über die Bedeutung der Resolution. Ich setzte ihm Satz für Satz in seiner Bedeutung auseinander. „Verständigen Sie sich über dies und jenes zum Vorteil des Reiches, dann soll und wird Ihnen niemand Vorwürfe machen.“ Michaelis: „Ja, das Verständigen geht schließlich an, obwohl mir das Wort Ausgleich besser gefiele, die „Vergewaltigung“ ist furchtbar. Die kleinste Konzession wird man doch als Vergewaltigung verschreien und ablehnen, wenn die Gegner sich auf diese Resolution berufen. Ich kann Ihnen nähere Mitteilungen nicht machen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß ich vielleicht schon in kürzester Zeit verhandeln kann. „Man fühlt in weitem Bogen“, — dabei machte er mit dem rechten Arm eine weit ausholende Geste — „mehr kann ich nicht sagen. Aber das weiß ich, daß mir dann diese Resolution sehr unbequem ist.“ Ich suchte ihn wieder zu beruhigen und für die Resolution zu gewinnen. Michaelis: „Ich war der Meinung, daß Sie und die Oberste Heeresleitung über die Resolution vollkommen einig seien. Hätte ich gewußt, daß das nicht der Fall ist, so würde ich mich sehr besonnen haben, bevor ich das Amt annahm.“ Scheidemann: „Ja, wenn Sie der Meinung waren, daß die Oberste Heeresleitung und wir vollkommen einig seien und Sie nahmen das Amt an, dann ist doch daraus zu schließen, daß Sie selbst keine Bedenken haben würden, auf den Boden der Resolution zu treten.“ Michaelis: „Ich habe sie ja gar nicht gekannt. Überhaupt bin ich

leider nicht so im Bilde wie Sie und die übrigen Herren. Ich bin doch infolge der vielen Arbeit bisher eigentlich nur als Zeitgenosse neben dem Wagen der großen Politik hergelaufen.“ Ich war geradezu entsetzt. Der Mann sollte das Reich retten? Das war der Nachfolger Bethmann Hollwegs? Kein Mensch würde mir vermutlich glauben, wenn ich über die letzte Auslassung berichten sollte. Michaelis hat sie später, im Garten, in Gegenwart aller anderen Herren, Wort für Wort wiederholt! Der neue Reichskanzler fuhr dann in der Unterhaltung fort: „Jedenfalls ist es verständig, daß wir uns noch besprechen, bevor ich rede.“ — „Es ist mir lieb, daß Sie mir das sagen, sonst hätte ich Sie darum gebeten.“

Helfferich kam in diesem Augenblicke zu uns und bat: „Meine Herren, entziehen Sie sich nicht länger der übrigen Gesellschaft.“ Wir gingen dann auf die Gruppe zu, die gerade im Begriff war, Platz zu nehmen. Links von Hindenburg saßen Michaelis, Wahnschaffe, Haußmann, Ludendorff, Gothein, rechts saßen Fischbeck, Ebert, David, Südekum, v. Payer, Erzberger, Helfferich. Michaelis wiederholte nun alles, was er mir gesagt hatte. Neu war nur dies: Ob es nicht möglich sei, von der Abstimmung über die Resolution abzusehen, wenn seine Rede uns und Hindenburg befriedige. Wir Sozialdemokraten fielen sofort über ihn her: davon könne keine Rede sein! Hindenburg: „Wenn sie nur ein bißchen fester wäre; sie ist mir, nehmen Sie mir das nicht übel, zu weich. Können Sie das denn mit der Vergewaltigung nicht herauslassen? Das wird im Heere nicht gut wirken.“ In der langen Debatte wurde Neues kaum noch gesagt. Der Zeitgenosse Michaelis erklärte schließlich, er wolle eine Rede ausarbeiten und sich mit Hindenburg telephonisch zu verständigen suchen. „Dann will ich mit

einem oder zwei Herren die Rede durchsprechen. Ich werde es hoffentlich fertigbringen, so zu reden, daß ich Sie zufriedenstelle, ohne wörtlich zu sagen, was in der Resolution steht. So kann vielleicht alles zum guten Ende geführt werden.“ David hakte sofort ein: „Nur keine Zweideutigkeiten, daran ist das vorige System gescheitert.“ Im Aufstehen schien sich allgemeines Einverständnis zu ergeben.

Schon vor 9 Uhr am Morgen des nächsten Tages ließ Michaelis mich zu sich bitten, um seine Rede mit mir zu besprechen. Er machte an diesem Morgen den Eindruck eines willensstarken Mannes. Manche Wendungen in seiner Rede klangen weltfremd und ließen deutlich erkennen, wie recht er gehabt hat mit seiner Bemerkung, daß er bisher nur als Zeitgenosse neben dem Wagen der großen Politik hergelaufen sei. Er war gar nicht im Bilde und hatte keine Ahnung von der Stimmung im Auslande. Er sagte mir, mit dem Manuskript seiner Rede in der Hand u. a. folgendes: „Sie werden einsehen, daß ich in meiner Rede Rücksicht nehmen muß auf das Heer und die Stimmung im Heer. Ich werde die Leistungen der Truppen anerkennen, dann auf den Krieg selbst verweisen und die Frage aufwerfen, wie lange noch? Dann will ich sprechen von unseren großen Siegen, daß wir uns militärisch behauptet hätten, trotzdem England die ganze Welt gegen uns aufgehetzt habe. In diesem Siegesbewußtsein könnten wir offener reden als alle anderen.“

Hier erhob ich energischen Widerspruch. Jede Erklärung der Friedensbereitschaft sei von vornherein zwecklos, wenn wir mit unseren Siegen und unserem Siegesbewußtsein auftrumpfen. Keines der anderen Länder, die ernstlich in Betracht kommen, fühlt sich besiegt, würde sich aber schwer verletzt fühlen, wenn

in der Weise geredet wird, wie er es beabsichtige. Michaelis sah mich ziemlich erstaunt an, strich dann aber allerlei weg und machte sich Notizen an den Rand. Dabei sagte ich ihm, er könne vielleicht feststellen, daß wir einer großen Übermacht gegenüber uns immer erfolgreich behauptet hätten, alles, was darüber hinausgehe, sei in unserer Situation von Übel. Michaelis trug dann einige nichtssagende Sätze vor und kam schließlich dazu, fester zu umschließen, was er will. „Wir müßten unsere Reichsgrenzen für alle Zukunft sichern und ebenso die Lebensbedingungen unseres Volkes. Wir wollten einen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs, einen Frieden, der die dauernde Versöhnung der Völker ermöglicht. Wir könnten nicht erneut einen Frieden anbieten, nachdem wir erst vor einem Jahre mit unserer Friedenshand ins Leere gegriffen hätten. Kämen die anderen mit irgendwelchen Friedensangeboten, so sei Deutschland sofort bereit zu Verhandlungen, wie das ja oft genug ausgesprochen sei.“

Er fügte dann hinzu: „Ich will dieses Kapitel schließen mit dem Satz: ‚Unsere Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution erreichen‘.“ Damit konnte ich mich einverstanden erklären, da er bestimmt sagte, daß er darüber hinaus nicht gehen könne, weil er es für absolut schädlich hielt, und auch sofort die heftigsten Konflikte mit der Obersten Heeresleitung haben würde. Mehr könne man aber auch nicht verlangen, als daß er sage, er wolle nichts, was über den Rahmen der Resolution hinausginge.

Ich fragte ihn dann, was er über die innere Politik zu sagen gedenke. Darauf antwortete Michaelis: „Sie müssen mir Zeit lassen. Ich bin jetzt drei Tage im Amt und muß mich doch erst einmal umsehen. Ich bin kaum einigermaßen informiert. Jedenfalls werde:

ich sagen, daß es meine feste Absicht ist, die Beziehungen zwischen Volksvertretern und Regierung lebensvoller und wirksamer zu gestalten.“ Ich antwortete ihm darauf: „Viel ist das nicht.“ Da andere Herren wiederholt angemeldet wurden, suchte ich noch einiges über seine Pläne in bezug auf die Besetzung des Staatssekretärs für das Auswärtige Amt zu erfahren. Wen er für das Staatssekretariat des Äußeren zu berufen gedenke? Es sei das doch zweifellos der wichtigste Posten. Michaelis antwortete: „Diese Frage ist noch unentschieden. Ich bin gewillt, alles einzustellen auf die Wirtschaftsfragen nach dem Kriege, die für Deutschland von der größten Bedeutung sind. Da kommt es nicht darauf an, Leute zur Seite zu haben, die als Diplomaten in Gummischuhen aufgewachsen sind; es sind da Männer notwendig, die etwas vom Wirtschaftsleben verstehen. Und da muß ich mich erst gründlich umsehen. Ich will Ihnen sagen, wie ich so etwas aufzuziehen pflege. Ich werde im Auswärtigen Amt jede Woche zweimal mehrstündige Sitzungen abhalten, in denen eingehend die brennenden Fragen besprochen werden sollen. Bei dieser Gelegenheit werde ich sehr schnell sehen, wer etwas kann und wer nichts kann. Es wird Ihnen ja nicht unbekannt geblieben sein, daß im Auswärtigen Amt eine erhebliche Anzahl von Nulpen sitzen. Ich werde, sobald ich darüber im klaren bin, sehr schnell reine Bahn machen. Ich hoffe, auch die Herren zu überzeugen, daß es nur darauf ankommt, Verstand zu haben, weniger darauf, Diplomatie in Gummischuhen gelernt zu haben.“

* * *

Natürlich wurde über die Besprechung mit Michaelis im Interfraktionellen Ausschuß berichtet; das geschah am 17. Juli. Payer und Erzberger hatten

ähnliche Eindrücke gewonnen wie ich. Während Erzberger noch mancherlei am Manuskript des Herrn Michaelis beanstandet hatte, war Payer im großen und ganzen zufrieden. Es stellte sich allerdings heraus, daß Michaelis jedem folgenden Herrn den Text seiner Rede bereits so erläuterte, wie er ihn nach den vorher gemachten Einwendungen geändert hatte. Erzberger, der oft durch plötzliche Einfälle überraschte, schlug uns nicht mehr und nicht weniger vor, als dem neuen Reichskanzler durch den Reichstag ein Vertrauensvotum ausstellen zu lassen, wenn er sich im Plenum so verhalte, wie er in Aussicht gestellt habe! In Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Fischbeck sprachen wir Sozialdemokraten uns entschieden gegen ein so ungewöhnliches Verfahren dem neuen Mann gegenüber aus.

DER WORTLAUT DER FRIEDENSRESOLUTION

Die Mehrheit des Reichstages, die sich zusammensetzt aus den Fraktionen des Zentrums, der Sozialdemokratie, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Elsaß-Lothringer, einem Teil der Deutschen Fraktion und einzelnen Mitgliedern anderer Fraktionen, hat sich auf folgendes Friedensprogramm geeinigt, das sie dem Reichstag zur Beschlußfassung vorlegen wird:

„Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht!“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung, der dauernden Versöhnung der Völker.

Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebiets-
erwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finan-
zielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf
eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der
Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der
Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirt-
schaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammen-
leben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler
Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf
einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie
Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung
und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche
Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütter-
lich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Ver-
bündeten Recht auf Leben und Entwicklung ge-
sichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüber-
windlich. Der Reichstag weiß sich in dieser Bekundung
eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe
das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank
des ganzen Volkes ist ihnen sicher."

„WIE ICH SIE AUFFASSE“

Michaelis hat am 19. Juli 1917 seine Einführungs-
rede im Reichstag gehalten und auch seine Stel-
lung zur Friedensresolution dargelegt. Bei dieser Ge-
legenheit hat er in unverantwortlicher Weise mit den
höchsten Interessen des deutschen Volkes gespielt.
Er hat die Resolution vollkommen totgeschlagen
durch die gegen alle Abrede von ihm in seine Rede

eingefügte Bemerkung: „Wie ich sie auffasse“. Die Abgeordneten, die nach ihm zu Worte gekommen sind, gingen auf die unheilvolle Wendung nicht ein, vielleicht ist sie im ersten Augenblick in ihrer ganzen Bedeutung gar nicht erkannt worden, vielleicht ist auch absichtlich kein Redner darauf eingegangen, um sie nach außen hin nicht noch zu unterstreichen, oder um die Möglichkeit offenzulassen, ihr, je nachdem, eine harmlose Deutung geben zu können. Das wird heute niemand mehr feststellen können. In welcher schwierigen Lage die Abgeordneten, die gezwungen waren, öffentlich zu reden, im Kriege oft gewesen sind, dürfte jetzt allgemein bekannt sein. In den vertraulichen Sitzungen und in Eingaben wurde wahrheitsgemäß geschildert, daß das deutsche Volk vor Hunger zusammenbricht, an denselben Tagen haben dann die gleichen Abgeordneten, um die Feinde zu täuschen, öffentlich gesagt, daß man sich irre, falls man der Annahme sein sollte, das deutsche Volk sei nicht in der Lage, entschlossen weiterzukämpfen, bis das Ziel der Sicherheit erreicht sei. Wenn die Gemeingefährlichkeit der Bemerkung zunächst auch nicht vollkommen erkannt worden sein sollte, so steht doch einwandfrei fest, daß Michaelis alle diejenigen getäuscht hat, mit denen er zunächst die Resolution und dann auch seine Rede dazu besprochen hatte. Der Beweis für dieses unehrliche Verhalten des gottesfürchtigen Mannes ist inzwischen klipp und klar erbracht worden.

Zehn Jahre nach Einbringung der Friedensresolution im Reichstag wurde ein Briefwechsel zwischen dem ehemaligen Kronprinzen Wilhelm und dem Reichskanzler Michaelis bekannt, der am Tage nach der ersten Rede des neuen Kanzlers durch den Kronprinzen begonnen wurde. Dieser Brief des Kronprinzen rückt die alte gute kaiserliche Zeit mit ihren

Intriganten Treibereien in geradezu bengalische Beleuchtung. Auf das Antwortschreiben des Herrn Michaelis kann man das süddeutsche Wort anwenden: Wie der Herr, so's Gescherr.

Am 18. Juli schrieb Kronprinz Wilhelm an Michaelis:

„Eurer Exzellenz erlaube ich mir anbei die Darstellung der Vorgänge während der Tage vom 10. bis 13. Juli zu übersenden. Dieses Schreiben ist nur für Euer Exzellenz bestimmt. Sie werden daraus ersehen, welche wenig glückliche Rolle der Kabinettschef von Valentini in diesen Tagen schwerwiegendster Entscheidung gespielt hat. Ich möchte mich über die Persönlichkeit des Herrn Kabinettschefs noch etwas eingehender äußern. Die unerhörte Politik des Herrn von Bethmann Hollweg, welche ihre Krönung in der dem König von Preußen vom Deutschen Reichstag abgetrotzten demokratischen Wahlrechtsreform in Preußen gefunden hat, wäre niemals möglich gewesen, wenn Valentini schon seit Jahren seine Pflicht getan hätte und Se. Majestät den Kaiser über die wirklichen Stimmungen im Volke orientiert hätte. An Warnungen meinerseits hat es nicht gefehlt, doch setzte er sich jedesmal mit einem Lächeln über dieselben hinweg. Er hat es nie verstanden, welche schwere Besorgnis mich bei dem Gedanken beseelte an das Erbe, das ich demmaleinst antreten sollte. Die Klagen, welche mir aus allen Kreisen der Bevölkerung seit Jahren zugehen über die Abschließung Sr. Majestät des Kaisers — die sogenannte chinesische Mauer — waren durchaus berechtigt, und alle meine Versuche, Se. Majestät wieder in nähere Beziehungen zu den führenden Leuten im Volke zu bringen, scheiterten an dem Widerstand des Kabinettschefs.“

Nach weiteren Klagen über Valentini schreibt dann der Sohn über den Vater:

„Die Persönlichkeit meines Vaters ist für eine Entwicklung der Dinge in dieser Richtung leider sehr geeignet; es ist ihm sehr viel bequemer, mit seinen Kabinettschefs zu arbeiten, als die Vorträge seiner Minister entgegenzunehmen.“

Er fordert die Ersetzung des Herrn von Valentini durch Herrn von Berg, die ja später auch wirklich erfolgt ist, und fährt fort:

„Auch die beiden anderen Kabinettschefs werden bald ersetzt werden müssen.“

Exzellenz von Lyncker, eine an sich vornehme Natur, mit beschränkten Fähigkeiten, ohne jede Fühlungnahme mit der Armee, durch den Verlust seiner beiden Söhne vollständig verbittert, ist ungeeignet für seinen Posten. Exzellenz von Müller, der in der ganzen Marine allgemein verhaßt ist und dort den Namen ‚der deutsche Rasputin‘ erhalten hat, außerdem als Gesundheitsbeter bekannt ist, muß ersetzt werden. Die drei Herren sind ausgemachte Pessimisten und Flaumacher; sie drücken in der nachteiligsten Weise auf die Stimmung Sr. Majestät.“

Die Antwort des frommen Reichskanzlers Michaelis auf den Brief des Kronprinzen ist sehr interessant. Sie ist vom 26. Juli datiert:

„Durchlauchtigster Kronprinz! Gnädigster Kronprinz und Herr! Euerer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit danke ich untertänigst für das gnädige Schreiben vom 18. dieses Monats und seine Anlagen, insbesondere die mich außerordentlich interessierende Denkschrift über die Ereignisse vom 11. bis 13. Juli 1917 und die Lage Mitte Juli.“

Ich bin nun zehn Tage im Amt, kann aber natür-

Ich noch kein abschließendes Urteil über die Erledigung der Krise berichten. Die berüchtigte Resolution ist mit 212 gegen 126 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen. Durch meine Interpretation derselben habe ich ihr die größte Gefährlichkeit geraubt. Man kann schließlich mit der Resolution jeden Frieden machen, den man will . . ."

Der Kronprinz behauptet in seinem Briefe nicht mehr und nicht weniger, als daß sein Vater, der ehemalige Kaiser, als Männer seines Vertrauens eigentlich lauter Nullen berufen hatte. Schlimmer aber als alle die anderen, die der Kronprinz dem neuen Reichskanzler schildert, war gerade dieser neue Mann, Dr. Michaelis, selbst.

EINE BEGEGNUNG MIT DEM KAISER

Um zeitlich zusammenhängende Vorfälle nicht gar zu sehr auseinanderzureißen, sollen zunächst einige Erlebnisse geschildert werden, von denen angenommen werden darf, daß sie für die Leser nicht ohne Interesse sind.

Schneller als wir befürchtet hatten, sollten wir Gelegenheit finden, den vornehmsten Träger des alten Systems, den Kaiser Wilhelm, aus nächster Nähe kennenzulernen. Gegen Schluß der Reichstagssitzung am 20. Juli 1917 ließ Helfferich uns sagen, daß er um sechs Uhr nachmittags Vertreter der Fraktionen zu einer zwanglosen Aussprache zu sich bitte. Übrigens wünsche der Kaiser an der Aussprache teilzunehmen. Von jeder Fraktion wurden vier Mann gebeten. Die Fraktion, die wir informierten, hielt es für selbstverständlich, daß wir der Einladung Folge leisten sollten. David, Ebert, Molkenbuhr und ich

wurden als Vertreter der Fraktion bestimmt. Als wir uns bei Helfferich einfanden, stand zu unserer Überraschung Südekum bereits da, und zwar als einziger aller Erschienenen in Leutnantsuniform mit dem E. K. geschmückt, den feldgrau überzogenen Helm im Arm. Ebert war wütend, er hatte die von Südekum erwünschte Teilnahme an dieser Begegnung abgelehnt unter Hinweis auf die durch die Fraktion vollzogene Wahl. Südekum hatte dann, wie Ebert feststellte, eine besondere Einladung „als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses“ erhalten. Ebert war durch die an sich in jeder Beziehung kleinkaliberige Sache unsagbar erbittert gegen Südekum und setzte infolgedessen durch, daß Südekum nicht an Stelle Spahns, als dieser zurücktreten mußte, Vorsitzender des Haushaltsausschusses wurde. Ich suchte im stillen zu vermitteln. Ebert schrie mich aber nicht schlecht an, als ich ihm den Vorschlag machte, den Kollegen Südekum zu bitten — um seine begreiflich große Verstimmung zu mildern —, den Vorsitz im Verfassungsausschuß zu übernehmen, weil ich zu sehr überlastet sei.

Der graubärtige Groeber ulkte, daß „ausgerechnet die Sozi den einzigen Leutnant vor den Kaiser stellen, nicht einmal die Konservativen haben einen solchen mitbringen können“. Ich sagte dem witzigen Alten: „Wie kann man nur so neidisch sein!“

Nun die Begegnung mit dem Kaiser! Erster Stock im Reichsamt des Innern. Vier bis fünf Zimmer in einer Flucht, dann zweigt nach dem Garten zu ein Eckzimmer im rechten Winkel ab. Im zweiten Zimmer fanden sich die Mitglieder des Reichstags und des Bundesrats sowie andere Eingeladene ein. Wahnschaffe und der damals im Ministerium beschäftigte Landrat von Braun gruppierten die „zwanglosen Grup-

pen“. Auf der einen Seite standen die Mitglieder des Reichstags, auf der anderen Seite alle übrigen... Da wurden Flügeltüren aufgerissen und, strahlend wie ein beifallsgewohnter Heldentenor, betrat der Kaiser in theatralischer Pose den Saal, einige Offiziere begleiteten ihn. „Seine Majestät“ verneigte sich auffallend tief vor der Gesellschaft, dann sah ich einen Augenblick über lauter krumme Buckel hinweg. In derselben Sekunde war der Kaiser auch schon im Gespräch mit Kaempf, Paasche und Dove, den drei Reichstagspräsidenten. Das Gespräch dauerte einige Minuten, dann ging der Kaiser zu einer zweiten und schließlich zu der dritten Gruppe, das waren wir Sozi. Helfferich stellte uns vor. Südekum war unser rechter, ich der linke Flügelmann. Als Helfferich meinen Namen nannte, sah der Kaiser mich sehr scharf an, blickte dann aber rasch weg, als er bemerkte, daß ich keineswegs gesonnen war, in die Erde zu sinken. Er fragte Südekum, wo er um das Eiserne Kreuz gekämpft habe. Nachdem er darauf die entsprechende Antwort erhalten hatte, fuhr der Kaiser fort: „Sie haben mir heiße Tage gemacht. Ich wollte vorgestern schon im Osten bei unserer Offensive sein, daraus ist nichts geworden. Die Geschichte ist gut gegangen. Die Russen laufen jetzt einfach davon. Übrigens geht's in Rußland toll zu. In Rußland scheinen jetzt alle auf alle zu schießen.“ Mit einem langen Seitenblick auf mich: „Revolution und Krieg lassen sich zusammen nicht gut machen.“ Ich guckte weg, als interessiere mich sein Gerede gar nicht. Dann berichtete er „Neuigkeiten“, die wir alle längst kannten. Sehr plötzlich fuhr er dann fort: „Wer von Ihnen war denn in Stockholm?“ David: „Wir vier.“ Er: „Ihr habt eure Sache famos gemacht; ihr habt euch ja glänzend gepaukt.“ Bei alledem gab es überhaupt keine Möglichkeit, auch nur ein Wort zu

sagen, denn er redete ohne Pause, ein Wort überstürzte sozusagen das andere. Wir hatten also nicht einmal Gelegenheit, ihm zu Gemüte zu führen, daß er nicht vor Rekruten rede. Er redete unausgesetzt, von einem zum andern überspringend, als befürchte er direkt, daß einer eine Bemerkung machen könne. Er sprach dann auch von Branting. „Branting hat die Sache in Stockholm eingefädelt, weil er verhüten will, daß Sie“ — inzwischen war er wohl einigermaßen zur Besinnung gekommen — „direkt mit den Engländern und Franzosen in Berührung kommen.“ — Ich war froh, als wir das fade Geschwätz nicht mehr zu hören brauchten. Mein Entschluß stand jedenfalls fest, einer Einladung zu einer ähnlichen „Besprechung“ zum zweiten Male nicht Folge zu leisten.

Wir gruppierten uns dann in den verschiedenen Zimmern und plauderten mit allerlei Menschen über allerlei Dinge. Als der Kaiser alle Gruppen angeödet hatte, ging er in das letzte Zimmer, wo Zigarren aufgebaut waren. Helfferich und einige andere Bonzen sprachen mit ihm. Nach einiger Zeit ging Helfferich in die Gruppen und holte einzelne „bevorzugte“ Abgeordnete, um sie erneut „Seiner Majestät“ zuzuführen. Als er Ebert und David wegschleppte, warf er mir einen Blick zu, als wenn er hätte sagen wollen: „Siehste, du darfst nicht!“ Ich war heilfroh und bedauerte nur, daß ich mich nicht sofort drücken konnte. Das Geschwätz des Kaisers den Abgeordneten gegenüber — in der Ecke des letzten Zimmers — ist so wahnwitzig gewesen, daß Ebert ganz verstört schien, als er mir später berichtete, was alles auf ihn und die anderen niedergehagelt war. „Wenn ER jetzt alle anderen geschlagen hat, will ER einen zweiten Punischen Krieg beginnen, um England zu erledigen.“

Während die von Helfferich bevorzugten Opfer sich

von dem Obersten Kriegsherrn die auserlesensten Albernheiten und Kindereien vorsetzen lassen mußten, ohne auch nur einmal eine Silbe sagen zu können, standen alle übrigen Eingeladenen zwanglos herum und unterhielten sich.

Mit dem Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco und dem Grafen Dohna, dem tapferen Kommandeur der durch ihre forschen Leistungen rühmlich bekanntgewordenen „Möwe“, bildete ich, nachdem uns die Staatssekretäre Sydow und Krätke verlassen hatten, eine kleine Gruppe. Wir unterhielten uns ausgezeichnet. Der Kaiser hatte etwa eine Stunde lang im Stehen auf seine Opfer eingeredet und heftig gestikuliert, da bemerkte ich spöttisch: „Ich kriege allmählich doch mehr Respekt vor der Monarchie, der Beruf des Monarchen ist anscheinend doch viel schwieriger, als ich bisher angenommen habe. Jetzt redet der Kaiser schon siebzig Minuten lang und steht auf dem gleichen Fleck, das ist doch allerlei!“ Die beiden Herren guckten erst mich und dann sich gegenseitig an, als ob sie sich fragen wollten: Kann man dem Sozi trauen? Müssen wir nicht protestieren oder können wir selbst ulken? Ihre Bedenken sind wohl schnell verflogen, denn nun erzählte u. a. Lisco folgendes Geschichtchen: Im Hause seiner Eltern habe der Leibarzt Sowieso des alten Kaisers Wilhelm I. verkehrt. Oft habe er beklagt, daß der alte Herr allmählich doch recht hinfällig werde, so daß er nur noch schwer zu bewegen sei. Eines Abends hatte er wieder erzählt, daß es kaum noch möglich sei, den alten Herrn irgendwo hinzubringen. „Aber wenn wir ihn erst hier oder da hingestellt haben, dann steht er stundenlang da.“

ZWISCHENSPIELE

Staatssekretär Zimmermann hatte inzwischen sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Dr. Kriege, hatte mich am 25. Juli gerufen, um mich eindringlich zu bitten, „den Reichskanzler zu bestimmen, das Abschiedsgesuch nicht genehmigen zu lassen“. Zimmermann sei an allen ihm gemachten Vorwürfen vollkommen unschuldig. Von der Bombengeschichte in Christiania bleibe auch nicht eine Spur an ihm hängen. Außerdem könne er mir im Vertrauen sagen: Zimmermann bezeichne den als Verbrecher, der den Frieden ablehne, den ich verlangt hätte, wenn er zu haben wäre. Ich antwortete dem Ministerialdirektor, daß mir Zimmermann durchaus sympathisch sei. Er wäre aber nun einmal im Auslande schwer kompromittiert, weil er als Staatssekretär für die Vorgänge in Mexiko und Christiania verantwortlich gemacht werde.

Ich flüchtete aus Berlin, um einige Tage auszuspannen. Zunächst mußte ich freilich noch in Kassel und München Versammlungen abhalten. In Kassel fand die Versammlung unter freiem Himmel statt, und zwar im Garten des „Stadtparkrestaurants“, in München sprach ich im „Wagnerbräu“. Beide Versammlungen waren von vielen tausend Menschen besucht. An der Münchner Versammlung nahmen auch Prof. Brentano, Reichsrat von Miller, Minister Soden und viele andere einflußreiche Männer teil. Meine Forderung, auf den Frieden der Verständigung hinzuarbeiten, fand ungeteilten Beifall, obwohl die Schwanthaler Straße, in der der wichtigstuerische „Verein zur raschen Niederwerfung Englands“ seine weißwurstige Waffenschmiede hatte, keine zwei Minuten vom Versammlungslokal entfernt war.

Nun einmal aber unbedingt Ruhe! Ich fand sie für einige Tage bei meinem Freunde Josef Levi aus Mannheim, der in der Nähe von Kohlgrub in Oberbayern ein einsam gelegenes Landhäuschen in tausend Meter Höhe besaß. Da wird mich gewiß niemand finden und stören! Am 1. August kam ich an, am 6. war ich schon nach Mannheim verschleppt worden, wo ich im „Rosengarten“ vor fünftausend Menschen sprach. Es dauerte allerdings wohl eine halbe Stunde lang, bis ein etwa zwanzig Mann starker Trupp kommunistischer Kraakeeler, die sich für diesen Abend als Rottenführer einen wüsten Knaben Sepp Oerter aus Braunschweig hatten kommen lassen, zur Ruhe gebracht war. Abgesehen von den zwei Dutzend Anhängern des „Friedens um jeden Preis“ fand ich allgemeinen Beifall. Ich kehrte sofort nach Kohlgrub zurück, fand jedoch die ersehnte Ruhe nicht, weil aus der Nähe zuviel Besuch kam. Zu den interessanteren Unterhaltungen dieser unruhigen Tage gehörten die mit dem Oberstleutnant von Ostini, der in Begleitung des Prinzen Reuß kam, einem Diplomaten, der früher in Kopenhagen, zuletzt in Persien tätig gewesen war. Überaus angenehm war die Unterhaltung auch mit dem Generalleutnant von Kühne, der damals als Rekonvaleszent in Kohlgrub weilte. Er besuchte mich in Begleitung seiner Tochter. Herr von Kühne, der sich sofort als ein Mann erwies, der auch nach seiner Kadettenzeit noch andere als militärische Bücher mit Nutzen gelesen hatte, die Welt also nicht nur durch die Kommißbrille sah, hielt die Friedensresolution für einen großen Fehler, hauptsächlich deshalb, weil sie im Heere nicht günstig wirken könne. Für alle diese Herren, mochten sie sonst noch so verständig sein und auch künstlerische, literarische oder andere Interessen in hohem Maße haben, war „das Heer“ in

Wirklichkeit doch nur „das Offizierskorps“, soweit die obersten Grade in Betracht kamen.

Am 21. August war ich schon wieder in dem Berliner Hexenkessel.

* * *

General Gröner, einer der verständigsten Offiziere überhaupt — manchmal mußte man annehmen, daß er der einzige höhere Offizier war, der eine Ahnung vom Leben, Leiden, Streben und Arbeiten des Volkes hatte —, war abgesägt worden. Als Chef des Kriegsamtes war er kleinlichen Kreaturen, die jedoch größeren Einfluß hatten, unbequem geworden. Er war auch den Munitionsarbeitern gegenüber viel zu verständig, wengleich er offenheraus erklärt hatte, daß ein Hundsfott sei, wer im Krieg streike. Mit Blindheit waren die obersten Bonzen geschlagen, sonst hätten sie diesen ausgezeichneten Mann, der in den Stunden größter Not stets opferwillig einsprang, damals nicht so unsagbar blöd behandeln können.

Aber noch Aufregenderes ging in diesen Wochen vor: Die Gasbombe Michaelis war geplatzt. In den Besprechungen des Interfraktionellen Ausschusses fanden erregte Aussprachen statt, im Hauptausschuß wurde das Doppelspiel des kaiserlichen Kanzlers gründlich behandelt. Er leistete sozusagen Abbitte und wirkte dadurch erst recht widerlich.

MICHAELIS UND DIE PAPSTNOTE

Stockholm wurde eine Enttäuschung, weil die Sozialisten aus den Ententeländern nicht kamen. Die Friedensresolution konnte ihren Zweck nicht erreichen, weil der Reichskanzler Michaelis sie im glei-

chen Augenblick, in dem er scheinbar sich zu ihr bekannte, sie zerriß „wie einen Fetzen Papier“. Zu einer dritten Enttäuschung wurde ein Friedensversuch des Papstes, weil auch hier wieder Michaelis ein überaus verhängnisvolles Doppelspiel getrieben hat.

Der päpstliche Nuntius Pacelli hatte am 26. Juni den Reichskanzler Bethmann Hollweg besucht, um ihm zu sagen, daß der Papst beabsichtige, beim Kaiser Schritte zur Herbeiführung des Friedens zu tun. Bethmann Hollweg begrüßte diese Absicht. Der Nuntius reiste darauf in das Große Hauptquartier, um den Kaiser offiziell zu informieren, gleichzeitig allerdings auch von vornherein darauf aufmerksam zu machen, daß die Deportation der belgischen Arbeiter die guten Absichten des Papstes auf jeden Fall riesig erschwere. Der Kaiser war anscheinend sehr erfreut über die Absicht des Papstes, denn er sagte u. a.:

„Die katholische Kirche sei vermöge ihrer internationalen Organisation die berufenste Instanz, den Friedensgedanken zu propagieren, denn sie verfüge technisch über die besten Mittel hierfür. Die Sozialdemokratie habe die Bedeutung solcher Propaganda richtig erkannt und habe als erste den Mut gehabt, sich in den Dienst des Friedens zu stellen, das bleibe dauerndes Verdienst der Sozialdemokratie. Und wenn man nicht wolle und es für verhängnisvoll ansehe, daß ihr allein dieses Verdienst zukomme, so müsse die katholische Kirche die Gelegenheit ergreifen, die durch die Verhältnisse geboten werde. Im Interesse der katholischen Kirche läge es, das sage er als Fürst eines zum größten Teil protestantischen Reiches, daß die Möglichkeit, ernsthaft über den Frieden zu sprechen, nicht durch die Sozialdemokratie, sondern durch den Papst herbeigeführt werde. Denn wenn der Papst in diesem Punkte versage, so werde die Welt nach dem

Kriege über ihn zur Tagesordnung übergehen und er werde nichts anderes sein, als irgendein anderer Bischof."

In dieser Unterredung mit dem Nuntius Pacelli sprudelte der Kaiser auch seine angebliche Wissenschaft über die militärischen Verhältnisse des Vatikans heraus: „Der Papst brauche sich vor der Straße nicht zu fürchten. Sonnino oder der König könnten sich durch die Piazza schrecken lassen, der Papst aber stehe himmelhoch über der Piazza und keine Regierung werde es wagen, die Volksmenge gegen den Papst zu führen. Die ganze katholische Welt würde sich um den Heiligen Stuhl scharen, nicht zu vergessen die Katholiken der neutralen Länder. Soweit er die örtlichen Verhältnisse kenne, könnte der Pöbel den festungsartigen Bau des Vatikans überhaupt nicht stürmen. Man brauche dazu 15 cm-Geschütze. Auch würde der schwarze Adel sich zur Verfügung stellen. Außerdem hätte man im Vatikan auch Vorkehrungen getroffen. Dort seien 30 000 Gewehre, 25 Maschinengewehre und eine Million Patronen auf Lager."

Nuntius Pacelli, der im kleinen Finger mehr Verstand hat als die lebendigen Hohenzollern zusammengenommen in den Köpfen, war über diese kaiserliche Taktlosigkeit nicht wenig erstaunt, gab aber die einzig richtige Antwort, indem er schwieg. Knapp zwei Wochen nach der Begegnung mit dem Nuntius wurde Bethmann Hollweg, der die päpstliche Unternehmung sicherlich nach besten Kräften unterstützt haben würde, gestürzt und durch Michaelis ersetzt. Wie schlecht die deutschen Staatsmänner unter Michaelis den Papst grundsätzlich behandelt zu haben scheinen, geht aus Bemerkungen des Kaisers hervor. Auf einen ihm am 14. Juli vorgelegten Entwurf der Antwort auf ein päpstliches Handschreiben vom 13. Juni schrieb

or an den Rand: „Vier Wochen! Das ist unhöflich gegen den alten Pontifex.“

Am 1. August ging die päpstliche Aktion weiter. Der Papst wandte sich an die Häupter der kriegführenden Völker, die er für den Frieden geneigt zu machen suchte durch bestimmte Richtlinien: Rüstungseinschränkung, Schiedsgerichte, Freiheit der Meere, Verzicht auf Kriegskostenentschädigungen, Rückgabe der besetzten Gebiete. „Daher müßte von deutscher Seite Belgien vollständig geräumt, es müßte eine Bürgschaft festgestellt werden für dessen volle politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, von welcher Macht immer. Desgleichen hätte für die Räumung des französischen Gebiets von seiten der anderen kriegführenden Mächte eine ähnliche Rückerstattung der deutschen Kolonien zu erfolgen.“

Nach allem, was vorausgegangen war, konnte gar kein Zweifel darüber bestehen, daß eine vollkommen eindeutige Erklärung Deutschlands über die Herausgabe Belgiens Voraussetzung für das Gelingen der päpstlichen Unternehmung war. Keine verantwortliche Stelle in Deutschland ist jemals darüber im Zweifel gewesen. Falls Michaelis zunächst nicht begriffen haben sollte, um was es sich in der Hauptsache handelte, so ist ihm am 30. August 1917 jede Ausrede unmöglich gemacht worden. An diesem Tage teilte nämlich der Nuntius Pacelli dem Reichskanzler die Antwort mit, die England auf die Papstnote vom 6. August bereits erteilt hatte: „Es besteht keinerlei Wahrscheinlichkeit, dem Frieden auf den vorgeschlagenen Wegen näherzukommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind und durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor

Wiederholungen der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. Selbst hinsichtlich Belgiens — und in diesem Punkte haben die Mächte selbst anerkannt, im Unrecht zu sein — ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekannt geworden. Seine völlige Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Schäden gutzumachen, die sie das Land ertragen lassen.“

In dem erwähnten Schreiben macht Pacelli nachträglich darauf aufmerksam, daß alles weitere von einer deutschen Erklärung über Belgien abhängig sei. Jedermann wußte, daß von hundert Deutschen fünf- undneunzig einen Frieden der Verständigung freudig gutgeheißen hätten; daß von hundert Deutschen aber sicher neunundneunzig nein gesagt haben würden, wenn man sie gefragt hätte, ob der Krieg fortgesetzt werden sollte, um vielleicht Belgien in dieser oder jener Form unter deutsche Obhut bringen zu können. Und obwohl — man muß es immer wieder betonen — einige Wochen zuvor der Reichstag die Friedensresolution angenommen hatte, in der erzwungene Gebiets-erwerbungen und Vergewaltigungen, also auch jegliche Vergewaltigung Belgiens, ausdrücklich abgelehnt worden waren — trotzdem vereitelte Dr. Michaelis eine eindeutige Erklärung.

Man kann den Reichskanzler Michaelis freilich nicht allein verantwortlich machen für sein damaliges Verhalten, denn ohne Zweifel war sein Mitverantwortlicher der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. von Kühlmann. Für Kühlmann war Belgien ein Faustpfand, das er vor dem endgültigen Abschluß eines Friedens nicht aus der Hand geben wollte. Mehr noch, er wollte, wie wir noch sehen werden, damals angeblich bevorstehende Verhandlungen mit England nicht dadurch gefährden, daß er durch eine Erklärung über

Belgien, wie sie der Papst verlangte, den Verhandlungen mit England den Boden entzog. Michaelis fühlte sich ganz als junger Mann Ludendorffs. Ihm war jedes Mittel recht, das dazu hätte führen können, „in weitgehendem Maß einen wirtschaftlichen und militärischen Einfluß auf Belgien im Wege der Verhandlungen“ zu erreichen. Nie hätte er also eine Erklärung über Belgien abgeben können, ohne mit Ludendorff direkt in Konflikt zu kommen. Ludendorff wollte freilich mehr: Militärische Kontrolle Belgiens bis zum Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Deutschland, oder langfristige Pachtung von Lüttich oder der flandrischen Küste. Michaelis sagte in einem Briefe an Czernin vom 17. August 1917, die OHL, und er stimmten vollkommen darin überein, „daß diese Bedingungen oder wesentlich angenäherte nur zu erreichen sind, wenn England der Frieden aufgezwungen werden kann.“ Hat Michaelis mit dieser Möglichkeit im Sommer 1917 ernstlich noch rechnen können?

Über einen sogenannten Thronrat, der am 11. September 1917 im Schloß Bellevue zu Berlin stattgefunden hat, machte Michaelis u. a. folgende Aufzeichnungen: „Was die Kriegsziele mit Belgien betrifft, so habe Seine Majestät früher dem Falkenhausenschen Gedanken zugestimmt, also Annexionen bis zur Nordsee. Heute sei die Lage eine andere... Belgien könne also wiederhergestellt werden, der König der Belgier könne wiederkommen. Die Wünsche der Heeresleitung und der Marine seien vielfach von ihm besprochen worden... Die flandrische Küste sei nicht zu halten, wenn nicht Belgien annektiert werde. Er sehe ein, daß das nicht möglich sei; aber die Aufgabe müsse mit Kompensationen verknüpft sein, sonst sei die Politik unhaltbar...“

Während nach diesen Aufzeichnungen der Kaiser

endlich zur Vernunft gekommen wäre, hat Ludendorff unbeirrt an weitergehenden Plänen festgehalten. Michaelis, für den die Friedensresolution überhaupt keine Bedeutung mehr gehabt zu haben scheint, stellte sich an die Seite der OHL. Wir wollen uns hier erinnern an sein Schreiben an den Kronprinzen: „Man kann schließlich mit der Resolution jeden Frieden machen, den man will!“ Wörtlich: „Den man will.“ Karlchen Mießnick auf dem Stuhle Bismarcks.

EINE SITZUNG DES SIEBENER- AUSSCHUSSES

Um zu wirklich unbedingt vertraulich zu haltenden Vorgängen Stellung nehmen zu können, war im Einvernehmen mit dem Reichskanzler der sogenannte Siebener-Ausschuß gebildet worden. Von diesem Ausschuß, der vollkommen anders konstruiert war, als jeder sonstige Ausschuß des Reichstages, konnten mit Leichtigkeit die Polen und andere unbequeme Mitglieder des Reichstages ferngehalten werden. Es gehörten ihm an: Für das Zentrum: Erzberger und Fehrenbach, für die Konservativen: Westarp, für die Nationalliberalen: Stresemann, für die Fortschrittliche Volkspartei: von Payer (Ersatzmann Wiemer), für die Sozialdemokraten: Ebert und Scheidemann. Am 28. August 1917 fand die erste Sitzung des Ausschusses statt, um zu der Antwort auf die Papstnote Stellung zu nehmen. Außer den genannten Abgeordneten waren noch anwesend: der Reichskanzler, der Staatssekretär, der Präsident des Reichstages Kaempf, sowie einige Mitglieder des Bundesrats.

Herr von Kühlmann teilte mit, daß die Reichsregie-

rung dem Papst einen Zwischenbescheid gegeben habe. „Damit sei Zeit zur Ausarbeitung der Antwort gewonnen. Übrigens verlautete, daß auch der König von England einen Zwischenbescheid erteilt habe. Das gleiche werde vom König der Belgier gesagt. Wichtig sei bei der Beantwortung die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Zentralmächte. Wenn die vier Mächte in der Antwort vollkommen übereinstimmten, so sei das schon ein großer diplomatischer Gewinn. Wenn es möglich sei, werde man bei der Beantwortung der Entente die Vorhand lassen, weil das nach verschiedenen Seiten hin vorteilhaft sei. Entweder werde die Entente sich auf den Boden der Botschaft stellen, oder vor aller Welt die Schuld an der Fortdauer des Krieges auf sich nehmen müssen. Scheinbar stehe England den päpstlichen Anregungen nicht unsympathisch gegenüber. Frankreich spiele sich entrüstet auf, sei aber vollkommen abhängig von England. Italien könne die Note auch kaum unsympathisch sein...“

Als erster Redner verlangte ich die Betonung der sogenannten idealistischen Gesichtspunkte, mit denen von der anderen Seite stets sehr geschickt operiert werde. Die Hauptsache sei eine ganz einwandfreie Erklärung über Belgien. — Wiemer und Fehrenbach schlossen sich mir an, während Westarp keinerlei Festlegung in bezug auf Belgien will. Stresemann sagte: Wenn über Belgien gesprochen wird, dann müsse auch über Flandern gesprochen werden, damit die Flamen von den Wallonen nicht dauernd unterdrückt werden! Kaempf, der nicht minder tapfer sein wollte als Stresemann, wollte auch über Elsaß-Lothringen geredet haben, „wenn über Belgien geredet wird“. Erzberger und Ebert empfahlen Zustimmung zu den päpstlichen Forderungen. Stresemann wandte sich schließlich noch einmal gegen Erzberger, soweit dieser für die voll-

kommene Unabhängigkeit Belgiens eintrete. Die Bundesratsmitglieder Bode, Biegeleben, Sieveking gefielen sich in den Rollen vorsichtiger „Diplomaten“: für sie war Belgien heißer Brei.

Die Sitzung endete mit einem Resumé des Reichskanzlers:

Es bestehe wohl Einverständnis in folgendem:

1. im allgemeinen wie Kühlmann;
2. besonders Betonung idealistischer Gesichtspunkte;
3. nichts, was Verhandlungen behindern könnte;
4. die Anregungen über Belgien sind so aufzufassen, daß wir Friedensverhandlungen gefährden, wenn wir von Belgien nichts sagen;
5. zunächst abwarten, was unsere Bundesgenossen sagen;
6. demnächst weitere Beratung auf Grund der eingelaufenen Berichte unserer Verbündeten.

BESPRECHUNG MIT KÜHLMANN

Am 9. September, einen Tag vor der zweiten und letzten Sitzung des Siebener-Ausschusses, ließ Herr von Kühlmann zu einer vertraulichen Aussprache über die Antwort an den Papst mich zu sich bitten. Er wollte mich bestimmen, von meiner Forderung, dem Papst klipp und klar zu sagen, daß wir bereit seien, Belgien herauszugeben, Abstand zu nehmen. Im „Zusammenbruch“ und an anderen Stellen habe ich den Verlauf dieser Unterredung so oft ausführlich geschildert, daß hier die knappste Darstellung genügen dürfte. Von Kühlmann versicherte erneut, daß wegen Belgien grundsätzliche Übereinstimmung bestehe zwischen ihm und dem Reichskanzler, sowie allen in Betracht kom-

menden Personen; wäre das nicht der Fall, dann könnte er sein Amt nicht beibehalten; er könne aber ebenso wenig im Amt bleiben, wenn er jetzt gegen seine Überzeugung eine Erklärung abgeben solle, die nicht abgegeben werden dürfe, nachdem die Dinge sich so entwickelt hätten, wie er sie mir schildere. Hier seine Argumente, durch die er mich umstimmen wollte.

„1. In drei bis vier Wochen sind bestimmt Verhandlungen zwischen England und Deutschland über die belgische Frage im Gange. 2. Geben wir jetzt eine Erklärung über Belgien ab, dann wird die Verhandlung mit England hinfällig, weil wir ihr die Grundlage entziehen. 3. Da ich mehr Schwierigkeiten mache, als er vorausgesehen habe, müsse er mir mehr sagen! Die Kurie sei informiert über die Antwort an den Papst und vollkommen damit einverstanden. Die Kurie bestehe in keiner Weise darauf, daß über Belgien in der Antwort öffentlich geredet werde. Es fänden zwischen ihm und dem vatikanischen Staatssekretär Verhandlungen über Belgien statt, so daß auch der Papst vollkommen informiert sei über die Absichten der deutschen Regierung. Er wiederhole, daß die Kurie gar keine andere Antwort erwarte, als er sie dem Siebener-Ausschuß vorlegen werde.“

Das waren natürlich alles Gründe, die nicht von der Hand zu weisen gewesen wären, wenn wir der Regierung und ihren Vertretern noch Glauben hätten schenken können. Ich hatte dem Staatssekretär, der mir persönlich gewiß nicht unsympathisch war, im Laufe der Unterredung jedoch schon deutlich gesagt, daß er es mir nicht übelnehmen möge, wenn ich offen heraus erkläre, daß das die ganze alte Rederei in neuer Aufmachung sei. Ich ließ mich nicht umstimmen, blieb vielmehr fest in meinem Verlangen, daß die jetzt auch vom Papst, wie längst von der Sozialdemokratie ver-

langte Erklärung über Belgien abgegeben werden müsse.

Im Einverständnis mit Kühlmann habe ich meinen engeren Parteifreunden, sowie dem Interfraktionellen Ausschuß von seinen Erklärungen Mitteilung gemacht. Er hatte ausdrücklich auf meine Frage, wie weit ich gehen könne, geantwortet: „Sie können alles sagen, wovon Sie glauben, daß es nicht absolut verschwiegen bleiben muß. Selbstverständlich dürfen Sie keineswegs etwas über die Verhandlungen sagen, von denen ich Ihnen Mitteilung gemacht habe...“ An der Hand der von mir sofort nach der Unterredung gemachten Aufzeichnungen habe ich meinen Freunden und dem Interfraktionellen Ausschuß am nächsten Vormittag berichtet. Herr von Kühlmann hat später wiederholt bestritten, die unter 3. verzeichnete Mitteilung mir gemacht zu haben. Glauben wird er damit nirgends gefunden haben, denn daß ich eine derartige Angabe erfunden haben könnte (um meine eigene Position in der belgischen Frage zu erschweren!), wird kein ernst zu nehmender Mensch annehmen. Kühlmann hat damals, weil er mich unter allen Umständen von meiner Forderung abbringen wollte, wahrscheinlich eine diplomatische Notlüge zur Hilfe genommen. Es wäre gewiß nicht die erste Unrichtigkeit gewesen, die man in der Wilhelmstraße, um einen bestimmten Zweck zu erreichen, ausgesprochen hat. Die unbedingte Richtigkeit meiner Mitteilungen über die Angaben Kühlmanns wird übrigens, wie sich bei der Durchsicht meiner Tagebücher ergab, absolut einwandfrei erwiesen durch die jetzt folgenden Aufzeichnungen über die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses und des Siebener-Ausschusses am 10. September 1917.

Auf erläuternde Anmerkungen kann Verzicht ge-

leistet werden, weil die in Betracht kommenden Redewendungen ganz von selbst zu Vergleichen mit früher gemachten Mitteilungen drängen. So gleich im Anfang die Bemerkungen Erzbergers über seine Unterredung mit Kühlmann, soweit Verhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amt und der Kurie in Betracht kommen. Dann wieder in der Rede Kühlmanns in der Nachmittagsitzung des Siebener-Ausschusses.

SITZUNG DES INTERFRAKTIONELLEN AUSSCHUSSES

am 10. September 1917.

...Erzberger teilt mit, daß er mit Kühlmann geredet habe. Er wußte aber nur, wie sich sehr schnell herausstellte, was das Auswärtige Amt mit der Kurie vereinbart hat. Er ist infolgedessen gänzlich damit einverstanden, daß nunmehr unsere Forderung, daß Belgien in der Antwort erwähnt werden müsse, fallengelassen wird. — Scheidemann sagte in seinem Bericht über die Auseinandersetzung mit Kühlmann u. a.:

„Die einzige Möglichkeit, auf die Erwähnung Belgiens zu verzichten, wäre die, daß ausdrücklich in der Antwort festgestellt wird, was die Regierung in der Friedensfrage auch tun möge, sie werde sich unter allen Umständen an die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli halten. Außerdem sei es empfehlenswert, die ganze Antwort so zu formulieren, daß deutlich zum Ausdruck kommt, wie sie unter unserer Mitwirkung entstanden ist. Das werde die Bedeutung der Antwort für das Ausland erhöhen. Voraussetzung sei, daß der Inhalt der Note im ganzen dergestalt sei, daß wir auch die Verantwortung mit übernehmen können.“ — Gothein war sehr ungehalten über den Gang

der Dinge und sprach sich ungefähr so aus, wie ich tags zuvor gegenüber Kühlmann. — Ebert sprach in gleicher Weise. Nach dem Reichstagsbeschluß vom 19. Juli wisse doch alle Welt, daß an eine Vergewaltigung Belgiens nicht gedacht werden könne, also sollte man es auch sagen. — Erzberger wiederholt, daß er bereit sei, alle Konzessionen zu machen, allerdings auch unter der Voraussetzung, wie Scheidemann es vorgeschlagen habe, daß eine Berufung auf den Reichstagsbeschluß stattfindet. — von Payer: „Auch er sei überzeugt, daß wir zu Verhandlungen kaum kommen könnten, bevor über Belgien öffentlich Klarheit geschaffen sei. Es erscheine ihm nach dem Gehörten aber fraglich, ob die Antwortnote jetzt noch die beste Stelle sei, von der aus öffentlich über Belgien Erklärungen abgegeben werden. Wenn die Hypothesen, Kühlmanns, von denen Scheidemann gesprochen hat, einen Untergrund hätten, so müsse man Kühlmann recht geben. Er wolle sich also seine endgültige Stellungnahme vorbehalten für den Nachmittag. Vielleicht gehe Kühlmann etwas mehr aus sich heraus. Auf jeden Fall akzeptiere er Scheidemanns Vorschlag, der die Bezugnahme auf den 19. Juli verlangt.“ — Fehrenbach sprach sich ähnlich aus. Das Mißtrauen, das wir bisher gehabt haben, und das dem Reichskanzler gegenüber noch gewachsen sei, mahne uns zur Vorsicht. Dieses Mißtrauen sei Kühlmann gegenüber nicht am Platze. — David: „Wenn vertrauliche Auskünfte an den Kardinal-Staatssekretär gegeben werden, so sollte man dies dem Siebener-Ausschuß mitteilen, damit er informiert sei.“ — Erzberger: „Die Regierung müsse dem Ausschuß klaren Wein einschenken, wie sie materiell über Belgien der Kurie gegenüber sich ausspreche. Mit dieser Forderung müssen wir einig sein. Außerdem halte er

es für notwendig, daß in der Antwort gesagt werde, sie sei in Gemeinschaft mit der Volksvertretung gemacht worden.“ — Nach längerer Debatte, an der sich, teils wiederholt, Fehrenbach, Dr. Junck und Fischbeck beteiligten, erklärte ich: „Was soll geschehen, wenn die Reichsregierung sich in jeder Beziehung ablehnend verhält? Das bedeutet meines Erachtens den Bruch zwischen ihr und uns. Jedenfalls muß ich für meine Fraktion vorbehalten, daß wir uns reiflich überlegen werden, ob wir im Siebener-Ausschuß bleiben können, wenn die Regierung auf unsre Ratschläge nicht hört...“

ZWEITE SITZUNG DES SIEBENER- AUSSCHUSSES

am 10. September 1917.

Reichskanzlerpalais. Anwesend: 7 Reichstagsmitglieder, 7 Bundesratsmitglieder, Reichstagspräsident Kaempf, der Reichskanzler, der Staatssekretär des Äußeren und einige andere Regierungsbeamte. Den Vorsitz führt der Reichskanzler. Er gibt das Wort an Herrn von Kühlmann:

„Die endgültige Fassung der Antwort an den Papst ist natürlich noch nicht festgestellt, da sowohl der Kaiser gehört werden muß, wie wir ja auch nicht endgültig abschließen konnten, bevor wir uns heute mit Ihnen erneut besprochen haben. Bevor er auf die Antwort selbst eingehe, wolle er noch einmal nachdrücklich darauf aufmerksam machen, wie schwierig für uns die Feststellung einer derartigen Note deshalb sei, weil wir nur als Teil einer Koalition operieren können. So wie die Note jetzt vorliege, sei Österreich sehr damit einverstanden, ebenso Bulgarien; auch die Türkei habe zugestimmt, nachdem ihr

peinliche Auseinandersetzungen über die „Freiheit der Meere“ erspart worden seien. Bisher hätte nur Amerika auf die Papstnote geantwortet. Man brauche sich über diese Note, deren Ton allgemein verurteilt werde, nicht weiter auszusprechen, sie stellt einen Versuch dar, einen Keil zwischen Regierung und Volk zu treiben, der sicher vergeblich sein werde. Englands Verhalten zeige, daß die Papstnote nicht gegen den Willen der englischen Regierung herausgekommen sei. Dafür gebe es eine ganze Anzahl ziemlich sicherer Anzeichen. So das Verhalten des englischen Botschafters in Italien, und weiter der Umstand, daß gewisse Kreise in England jetzt doch anders über die Möglichkeit von Friedensverhandlungen urteilen als noch vor kurzer Zeit. Aus Frankreich liegen wenig günstige Anzeichen vor, doch spiele Frankreich nur eine sekundäre Rolle. Der Einfluß Londons in Paris sei ein ganz anderer als der Frankreichs in London.“

Er las dann die Antwort vor. Sie war ziemlich umfangreich. Ich konnte sie nur mit Schlagworten nachschreiben, jedenfalls war keine Möglichkeit gegeben, sie in allen Wendungen sofort richtig zu erfassen.

v. Kühlmann erläuterte dann die Note noch. „Der Papst habe durch die Note die Atmosphäre schaffen wollen, die eine Diskussion über den Frieden ermöglicht. Man habe von der Erwähnung Belgiens Abstand genommen, aus zwingenden Gründen.“ Er schildert nun in dürftigster Weise, was er mir am Sonntag vertraulich gesagt hatte, sprach aber kein Wort von Verhandlungen, unterließ es auch, von hypothetischen Verhandlungen zu sprechen. All das genügte schon bei verschiedenen Mitgliedern des Siebener-Ausschusses, sofort zu schwanken in ihrer Stel-

lung. v. Kühlmann sagte u. a.: „Selbst wenn unsere Bundesgenossen nicht darauf bestanden hätten, auch ihre speziellen Wünsche vorzutragen, wenn von Belgien geredet werde, so würden er und der Reichskanzler es doch nicht für möglich gehalten haben, jetzt von Belgien zu sprechen. Er wolle das deshalb besonders hervorheben, weil es ihm nicht leicht gewesen sei, diese Stellung einzunehmen, nachdem der Siebener-Ausschuß mit so großem Nachdruck die Erwähnung Belgiens gewünscht habe. Aber wie stehen wir jetzt den Gegnern gegenüber: Belgien haben wir besetzt und die Entente bezweifelt, ob wir es vollkommen räumen werden. Jedenfalls spielt man fortgesetzt mit dem Gedanken, daß wir die Absicht hätten, uns dauernd einzunisten. So falsch das ist, so ist diese Befürchtung der Gegner doch eine wertvolle Waffe für uns. Sie besitzen Teile von Elsaß-Lothringen, sie beherrschen die See und besitzen unsere Kolonien. Demgegenüber ist Belgien in der Tat eine gute Waffe. Wenn wir öffentlich erklären, was verlangt wird, dann lachen uns die Gegner aus. Er habe vor kurzem gesagt, daß wir in das letzte Jahr des Krieges eingetreten seien, er habe nunmehr gelesen, daß Cecil sogar von der letzten Phase gesprochen habe, in die wir eingetreten seien. In dieser Situation könnten wir Belgien nicht öffentlich preisgeben. Wenn ihm entgegnet werde, ohne diese Belgien-Erklärung keine Brücke zu den anderen Ländern, so müsse er dem erwidern, daß die Kurie vollkommen verstehe, daß Deutschland öffentlich über Belgien schweige. Zwischen ihm und dem Kardinal-Staatssekretär werde gerade über Belgien vertraulich verhandelt. Er wolle ausdrücklich betonen, daß die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli die absolute Richtschnur für die Regierung sei.“ — Kaempf

murmelt etwas von Asquiths Frage im Unterhaus über das Schicksal Belgiens und sprach auch etwas Unverständliches über die Stuttgarter Rede des Reichskanzlers, in der von der Teilung Elsaß-Lothringens die Rede war. — Es folgte nun eine unwesentliche Debatte über Elsaß-Lothringen, an der sich der Reichskanzler und Graf Lerchenfeld beteiligten. — Scheidemann trat energisch für die Erwähnung Belgiens ein und führte alle Gründe an, die seiner Überzeugung nach eine bestimmte Erklärung verlangen. Die Gründe, die der Staatssekretär heute gegen die Erwähnung Belgiens angeführt habe, seien nicht durchschlagend. Wenn er andere Gründe, die uns vielleicht überzeugen könnten, habe, so müsse er sie sagen. (Ich hoffte, ihn damit herauszulocken.) — v. Kühlmann schwieg sich aber aus, weil er längst gemerkt hatte, daß er die Mehrheit des Ausschusses schon gewonnen hatte. — Ich schloß mit der Bemerkung, daß wir auf Beachtung unserer Wünsche im Siebener-Ausschuß dringen müßten. Lege die Regierung keinen Wert auf unsere Meinungsäußerung, dann könnten wir selbstverständlich gar keinen Wert darauf legen, die Verantwortung mit zu tragen für Entscheidungen, auf die wir keinen entscheidenden Einfluß gehabt haben.

Fehrenbach machte sofort die größten Konzessionen.

Der Reichskanzler: „Er sei sich vollkommen einig mit v. Kühlmann, daß die belgische Frage klar gestellt werden muß. Zweifelhaft aber sei es, ob das in der Antwort auf die Papstnote geschehen könne.“

Stresemann kommt auf die Flamenfrage zurück und wünscht zu wissen, ob Michaelis der gleichen Meinung wie Bethmann Hollweg sei. (Michaelis hat auf diese Frage keinerlei Antwort gegeben.) Die Rege-

lung der Flamenfrage stehe seines Erachtens nicht im Widerspruch zu den Beschlüssen vom 19. Juli.

v. Payer: „Die Alldeutschen werden kaum zufrieden sein mit der Note. Daß sechs von den sieben Ausschußmitgliedern die belgische Forderung stellten, hatte seine guten Gründe!.... Es wird alles von der Bevölkerung erwartet. Sonst schein eine große Verstimmung im Volke sicher zu sein. Freilich komme es darauf an, wie man Belgien erwähnte. Wenn man beispielsweise sagt, unter Berufung auf die Reichstagsresolution vom 17. Juli, das gilt auch für Belgien, so habe man wohl alles getan, was man zur Zeit zu sagen braucht.“ Er unterstreicht als eine wertvolle Erklärung die Worte von Kühlmann: „Die Reichstagsresolution vom 19. Juli gilt der Regierung als absolute Richtschnur.“

Erzberger hält die Erklärung, daß die Resolution absolute Richtschnur für die Regierung sei, für die wertvollste, die seit drei Jahren abgegeben wurde. Vor zehn Tagen sei das Verlangen, eine öffentliche Erklärung über Belgien abzugeben, berechtigt gewesen, heute nicht mehr.

Ebert verlangt Hinweis auf den 19. Juli in einer Form, die es leicht mache, unsere Stellungnahme Belgien gegenüber zu erkennen. Was der Papst über Belgien in seiner Note gesagt habe, sei durchaus verständlich. Er könne nicht zugeben, nach dem, was er heute hier gehört habe, daß die Sachlage eine andere sei als vor zehn Tagen. Das mindeste sei die von Scheidemann zuerst aufgestellte und dann von Payer bereits akzeptierte Form in Anlehnung an die Resolution vom 19. Juli. Dies gelte auch in bezug auf Belgien.

v. Westarp: „Das endgültige Urteil müsse er sich vorbehalten, bis er die Note habe lesen können. Gegen

den gesamten Ton habe er keine Bedenken. Wenn aber in der Antwortnote stehe, wie er glaube gehört zu haben, daß die P a p s t n o t e eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen sei, dann müsse er dem widersprechen. Er sehe in der Papstnote eine geeignete Grundlage, durch die deutsche Interessen gewahrt werden, nicht. Auch die Wendungen über die Rüstungsverständigung seien ihm sehr bedenklich. Selbstverständlich sei, daß die Regierung sogar erklärt habe, auch in bezug auf Belgien sei ihr die Resolution absolute Richtschnur. Für mich ist sie das nicht. Er müsse sich vorbehalten, gelegentlich öffentlich zu erklären, in welchen Punkten er die Antwort nicht habe gutheißen können."

Einige Bundesratsmitglieder sprechen sich im Sinne Kühlmanns aus.

Scheidemann: „Ich behalte mir auch noch einmal nachdrücklich vor, daß wir eine endgültige Entscheidung erst treffen können, wenn wir den Text vor Augen haben. v. Westarp habe gesagt, daß er sich vorbehalten müsse, öffentlich Stellung zu nehmen und daß er gegen eine Wendung sei in dem Sinne, daß die Antwort unter Mitwirkung des Ausschusses zustande gekommen sei. Das gehe nur, wenn Einstimmigkeit bestehe. Hier zeige es sich, wie falsch es sei, überhaupt Vertreter, die nicht auf dem Boden der Beschlüsse vom 19. Juli stehen, in diesen Ausschuß delegiert zu haben. Es sei ganz selbstverständlich, daß eine Einstimmigkeit dann niemals zu erzielen sei, wenn man in ein solches Gremium, das auf Grund eines bestimmten Programms arbeite, das auch für die Regierung absolute Richtschnur sei, Männer wähle, die dieses Programm ablehnen. Darüber müsse einmal Klarheit geschaffen werden, wie wir uns da verhalten sollen.

Wenn die Antwort heute endgültig festgestellt werden soll, dann verlange er zunächst eine Erklärung der Regierung; sonst könnte er eine bestimmte Zusicherung nicht geben; halte es aber für möglich, daß wir unter Umständen öffentlich feststellen müßten, die Erklärung sei gegen unseren Widerspruch angenommen."

Kühlmann: „Es sei ungemein schwer, alle die Herren zu befriedigen. Leider könne er auch nicht auf die Anregungen von Payers eingehen, auch nur in cursorischer Weise über Belgien zu sprechen. Er wolle ausdrücklich feststellen: ich bin mit den Herren Ebert und Scheidemann sachlich durchaus einverstanden. Alles, was sie materiell über Belgien gesagt haben, ist vollkommen richtig. Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und mir bestehen nur in bezug auf die Methoden. Es sei auch vollkommen richtig, wenn wir gesagt hätten, ohne Belgien keine Brücke zu den anderen. Aber das ist es ja gerade, worauf es ankomme. Diese Brücke wünsche er nicht zu zerschlagen. Deshalb bitte er dringend, nicht auf der Erwähnung Belgiens zu beharren. Wir sollten mehr Vertrauen zur Regierung haben.“ — (Scheidemann: „Das haben wir nicht.“)

Kühlmann: „Ja! So eng die Beziehungen zwischen der Regierung und dem Reichstag auch sein mögen, in der Methode müssen Sie der Regierung freie Hand lassen, sonst ist sie ja vollständig gelähmt.“

v. Payer: „Ich hätte die Erwähnung Belgiens gewünscht, aber wenn Bezug genommen wird auf den 19. Juli, dann glaube ich, können auch die Sozialdemokraten ihre Bedenken fallenlassen und zustimmen. Wie soll verfahren werden nach dem Verhalten von v. Westarp, wenn wir nicht einstimmig sind? Es muß dann eine Form gefunden

werden, in der von der Mitarbeit oder Fühlungnahme gesprochen wird und jedem einzelnen muß selbstverständlich das Recht zustehen, mindestens in den Fraktionen zu erklären, daß er gegen diesen oder jenen Beschluß gewesen sei."

Stresemann stimmt dem zu.

v. Westarp erklärt noch einmal, daß er das Recht in Anspruch nehme, öffentlich zu erklären, wenn er in Einzelheiten nicht einverstanden sei.

Graf Lerchenfeld: „Wir haben doch keine Abstimmung hier. Die Regierung will aus der Aussprache nur möglichst genau erfahren, wie die Vertreter des Reichstages stehen. Wenn Erklärungen abgegeben werden sollten, so dürfte das auf keinen Fall geschehen in einer Form, die das Reich schädigen könne.“

Kaempff: „Ich glaube, so resumieren zu können: die Reichsregierung will den Beschluß vom 19. Juli auch in bezug auf Belgien als absolute Richtschnur nehmen.“

Ebert: „Bevor wir endgültig Stellung nehmen, noch eine Frage: Wir könnten uns vielleicht auf die Vorschläge Kühlmanns einlassen, wenn zugesagt wird, daß deutlich Bezug genommen wird auf die Friedensresolution vom 19. Juli.“

Reichskanzler: „Ich darf wohl feststellen, daß im allgemeinen hier Ihre Zustimmung zu der Resolution zum Ausdruck gekommen ist. Es wird gewünscht, daß Bezug genommen wird auf die Friedensresolution des Reichstags. Damit sind wir einverstanden. Ich werde also eine entsprechende Wendung in die Antwort hineinarbeiten lassen. Belgien soll dann im speziellen nicht erwähnt werden. Dagegen wird gewünscht, daß festgestellt

wird, die Antwort ist in engster Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes verfaßt worden.“ Damit ist man einverstanden.

Ebert und Scheidemann verabredeten mit Kühlmann, daß sie noch Einblick in die Note nehmen dürfen, bevor sie veröffentlicht wird, um feststellen zu können, ob die Erwähnung der Friedensresolution auch an geeigneter Stelle erfolgt.

v. Kühlmann bittet die beiden, sich mit Herrn v. Bergen, der der Redakteur der Note sei, in Verbindung zu setzen. —

Ebert ist am nächsten Tage mit mir bei Herrn v. Bergen gewesen. Wir konnten jedoch Einsicht in die Antwort nicht nehmen, weil Herr v. Kühlmann vergessen hatte, dem Herrn v. Bergen mitzuteilen, daß wir zur Einsichtnahme erscheinen wollten. Wir wurden auf den nächsten Vormittag vertröstet. Ebert ging dann, weil ich dringende Abhaltungen hatte, allein in die Wilhelmstraße. Er hat mir später berichtet, daß er den Hinweis auf die Friedensresolution an einer Stelle gefunden habe, die er als die geeignetste nicht hätte anerkennen können. Herr v. Bergen habe ihm zugesagt, noch mit dem Reichskanzler, der dem vorgeschlagenen Entwurf bereits zugestimmt hätte, sprechen und ihn bitten zu wollen, seine Genehmigung zu geben, daß der Hinweis an der Stelle erfolge, die Ebert ihm als die am besten geeignete bezeichnete.

ZWEIDEUTIGE DIPLOMATIE

In der Antwort auf die Papstnote lautet der Hauptteil, in dem die belgische Frage „erledigt“ wurde, wie folgt:

„In Würdigung der Bedeutung, die der Kund-

gebung Seiner Heiligkeit zukommt, hat die kaiserliche Regierung nicht verfehlt, die darin enthaltenen Anregungen ernster und gewissenhafter Prüfung zu unterziehen; die besonderen Maßnahmen, die sie in engster Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes für die Beratung und Beantwortung der aufgeworfenen Fragen getroffen hat, legen davon Zeugnis ab, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit und der Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli d. J. brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.“

Die für den Papst bestimmte Antwort konnte mich durchaus nicht befriedigen, ebensowenig natürlich die Kurie, ganz zu schweigen von den Ententemächten. Sie war so formuliert, daß sie dem Reichskanzler Michaelis und den ihm gleichgesinnten deutschen Eroberungspolitikern alle Hintertüren offenlassen sollte. Das Verhalten des Reichskanzlers in dieser Frage empfand ich immer mehr als Zweideutigkeit. Wir müssen uns mit der Angelegenheit noch etwas gründlicher beschäftigen.

Behalten wir im Gedächtnis, daß Michaelis sich in der belgischen Frage vollkommen einig erklärt hatte mit v. Kühlmann, wie dieser mit Michaelis, und daß Kühlmann ausdrücklich in Gegenwart des Reichskanzlers seine grundsätzliche Übereinstimmung in der „Beurteilung der belgischen Frage mit Ebert und Scheidemann“ in der zweiten Sitzung des Siebener-Ausschusses hervorgehoben hat. Angeblich also war Michaelis für die Herausgabe Belgiens, er wollte nur mit seiner Antwort an den Papst, die am 19. September abgeschickt worden ist, Belgien aus taktischen Gründen nicht besonders erwähnt haben. Trotzdem hat dieser selbe Michaelis fünf Tage später, also am

24. September 1917, wie die große Öffentlichkeit allerdings erst viele Jahre später aus dem Gutachten Brechts erfahren hat, an den Vertreter des Papstes, den Nuntius Pacelli, an den auch die offizielle Antwort auf die Papstnote abgegangen war, einen zweiten Brief geschrieben, in dem es u. a. heißt:

„ . . . Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Eurer Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien zu geben, so liegt der Grund hierfür . . . lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen.

Hierüber Klarheit zu gewinnen, wird das Bestreben der kaiserlichen Regierung sein, und sie hofft — falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen —, in nicht allzuferner Zeit in der Lage zu sein, Eure Exzellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien, genauer unterrichten zu können.“

Mit vollem Recht sagt Brecht, daß dieser Brief die eigentliche Antwort auf die Papstnote neben jener formalen, aber nichtssagenden vom 19. September gewesen sei. Aus diesem Briefe hätte der Nuntius Pacelli auf die bestimmte Frage des Papstes nach der Herausgabe Belgiens nur ein glattes Nein hören können. Brecht unterstellt in seinem Gutachten, was später als richtig erwiesen worden ist, daß außer Michaelis wohl sein Staatssekretär v. Kühlmann und der Kaiser den zweiten Brief gekannt hätten. Dann aber fährt er fort: „Von drei maßgebenden Personen steht aber fest, daß sie den Brief nicht gekannt haben, und diese

sind: Ludendorff, Erzberger, Scheidemann. Wenn General Ludendorff ihn nicht gekannt hat, dann kann ihn überhaupt vom ganzen Militär niemand gekannt haben, vor allem nicht der Feldmarschall v. Hindenburg. Wenn aber Erzberger und Scheidemann den Brief nicht gekannt haben, dann kann ihn auch von den ganzen Abgeordneten der Friedensresolutions-Mehrheit keiner gekannt haben. Aber selbst wenn nachgewiesen werden könnte, daß dieser oder jener Abgeordnete den Brief gekannt habe, dann bleibt immer noch eine Tatsache bestehen, dem Siebener-Ausschuß ist der Brief nicht bekanntgegeben worden, und darauf kommt es an!“

In den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses habe ich im Dezember 1926 festgestellt, daß ich von dem zweiten Brief niemals unterrichtet worden bin. Wenn ich irgendwelche Kenntnis von diesem Briefe gehabt hätte, so würde ich ihn selbstverständlich in meiner 1921 erschienenen Schrift „Der Papst“ erwähnt haben. Da diese Schrift vergriffen ist, sollen einige Feststellungen daraus hier noch verwendet werden, um das Bild über die Regierung Michaelis vollkommen zu machen. Zunächst soll zitiert werden, was der Sachverständige Bredt in seinem für den Untersuchungsausschuß des Reichstages erstatteten Gutachten zusammenfassend über das Verhalten des frommen Reichskanzlers Michaelis sagt:

„Dem Siebener-Ausschuß ist dargelegt worden, daß eine sehr ausdrückliche Erklärung über Belgien nicht notwendig sei, und es ist der Glaube erhalten worden, daß in jener Bezugnahme auf die Friedensresolution der Verzicht auf Belgien enthalten sei. Es ist jeder Zweifel ausgeschlossen, daß im Siebener-Ausschuß die Antwort an den Nuntius vom 24. September nicht gutgeheißen worden wäre, wenn sie dem

Ausschuß vorgelegt worden wäre. Dr. Michaelis hatte aber versprochen, die Antwort vorzulegen und hatte auch die formelle Antwort vorgelegt, in der das Entscheidende nicht stand. Warum hat er den Brief vom 24. September nicht auch vorgelesen? Hier ist ein Punkt, wo man sich einfach scheut, die logische Folgerung zu ziehen."

Bis hierher sind nur wenige Daten von der ersten Begegnung des Nuntius Pacelli mit Bethmann Hollweg an bis zur Absendung des zweiten (geheimen) Briefes an den Papst gegeben worden. Diese Angaben genügen zwar vollkommen zur Beurteilung der kaiserlichen Diplomatie unter Wilhelm II., besonders zur Zeit des Reichskanzlers Michaelis. Die ganze Unehrlichkeit dieser Diplomatie erkennen wir aber erst, wenn wir wenigstens eines jener Zwischenspiele genießen, die in der erwähnten Schrift „Der Papst“ näher geschildert worden sind. Am 22. August 1917 telegraphierte Michaelis an Herrn v. Wedel, unseren damaligen Botschafter in Wien:

„Nach einer vom päpstlichen Vertreter hierher übermittelten vertraulichen Mitteilung des Kardinals Gasparri, erklärte der englische Gesandte beim Päpstlichen Stuhl, der König von England habe die Friedensvorschläge mit der aufrichtigsten Wertschätzung der erhabenen und wohlwollenden Gesinnung, welche den Papst beseelten, aufgenommen. Die englische Regierung würde dieselbe mit der größten und ernstesten Aufmerksamkeit erwägen.“

Der Reichskanzler Michaelis bemerkte dazu:

„Meines Erachtens muß unser Bestreben dahin gehen, das Odium eines etwaigen Scheiterns des päpstlichen Vermittlungsversuchs auf unsere Gegner abzuwälzen und sie ins Unrecht zu setzen, wie es im Dezember v. J. mit unserer Friedensaktion der Fall

gewesen ist. Ich beabsichtigte daher, die Angelegenheit ziemlich dilatorisch zu behandeln, mit der Absendung unserer endgültigen Antwort zu warten, bis eine genauere Kenntnis der Stimmungen uns eine zweckdienliche Stellung ermöglicht. . .“

Dem deutschen Reichskanzler Michaelis eilte es nicht mit dem Frieden. Die Hauptsache war, daß er sich später ausreden und die anderen für das Scheitern der Aktion verantwortlich machen konnte.

Aus dem Haag wurde von dem deutschen Vertreter telegraphiert, die in der Form üble amerikanische Antwort auf die päpstliche Anregung sei „bei weitem der wichtigste Friedensschritt seit Ausbruch des Krieges.“ Der Brüsseler Vertreter Deutschlands telegraphierte dem Auswärtigen Amt, daß der Eindruck eines neutralen Botschafters der sei: bei allen Ententevertretern mehr oder weniger betonte Friedenssehnsucht. Lebhafteres Interesse beim amerikanischen Geschäftsträger, der schließlich anerkennt, daß das Interesse Amerikas am besten gewahrt sei, wenn die Note in nicht zu ferner Zeit zum Frieden führe.

Der päpstliche Vertreter drängte indessen. Dr. Michaelis aber behandelte die Sache „dilatorisch.“ Am 21. September 1917 erfolgte noch ein letzter Versuch des Papstes, Deutschland zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Es wurde aus Rom telegraphisch nach Berlin berichtet:

„Im Interesse des Friedens wird der Heilige Stuhl die Antwort der kaiserlichen Regierung nicht veröffentlichen, bis Berlin letztes Wort gesprochen hat über Abschnitt 3 und 4 des päpstlichen Vorschlags.“

Am 22. September 1917 wurde folgendes Telefongespräch des preußischen Vertreters in München im Anschluß an ein Telegramm (Nr. 173) mit dem Auswärtigen Amt registriert:

„Habe Papstvertreter mitgeteilt, daß nichts mehr zu ändern sei. Er schien nach unseren Unterhaltungen keine anderen Entscheidungen erwartet zu haben, wiederholte aber, daß nach Ansicht des Kardinal-Staatssekretärs, wie sie aus heute eingegangenem Telegramm hervorging, die Friedensaktion des Papstes damit als gescheitert anzusehen sein dürfte. Am 21. erneuerte er seinen Versuch zu unserer Umstimmung noch einmal, er war ziemlich aufgeregt.“

Am gleichen 22. September, also am dritten Tage nach der Absendung der ersten, im Siebener-Ausschuß besprochenen Antwort an den Papst, zwei Tage vor der dem Siebener-Ausschuß vorenthaltenen, also geheimen zweiten Antwort an den Papst, telegraphierte Herr v. Kühlmann an den preußischen Gesandten in München:

„Durch Herrn v. L. erfahre ich, daß der Papstvertreter zu Ew. Exzellenz gesagt hat, wir müßten den Vermittlungsvorschlägen des Papstes besonders entgegenkommen, weil wir es wären, die den Frieden wünschten.

Obwohl Ew. Exzellenz dieser Auffassung bereits entgegengetreten sind, bitte ich, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß aus unserer Friedensbereitschaft keineswegs eine Friedensnotwendigkeit zu folgern ist.

Kühlmann.“

Wenn Bredt in seinem Gutachten über die Politik des Herrn Michaelis in der Frage der Papstnote sagt, hier sei ein Punkt, wo man sich scheue, die logischen Folgerungen zu ziehen, so wollen wir, die wir Rücksichten auf die gute alte kaiserliche Zeit nicht zu nehmen haben, ganz offenheraus sagen: Man kann es verstehen, daß die feindlichen Regierungen 1918 sich geweigert haben, mit der kaiserlichen Regierung überhaupt noch zu verhandeln. Daß andere europäische

oder amerikanische Regierungen moralisch sehr viel höher zu bewerten sind, als die ehemals kaiserlich deutsche Regierung, soll damit keineswegs behauptet werden, aber das darf gewiß unterstellt werden, daß sie ihre Zweideutigkeiten und Unehrllichkeiten nicht mit so grenzenloser Dummheit praktiziert haben, wie das in Deutschland unter Wilhelm II. der Fall gewesen ist.

WIENER STIMMUNG

Sofort nach der ersten Sitzung des Siebener-Ausschusses, am 28. August 1917, waren Ebert und ich nach Wien gefahren zu einer Besprechung mit unseren dortigen Freunden. Dabei stellte es sich heraus, daß die Stimmung in Wien unter den Gefrierpunkt angelangt war. Viktor Adler war unsagbar traurig, denn er rechnete mit dem anscheinend unvermeidlichen Verlust von Triest. Wie nahe ging das diesem vaterlandslosen Gesellen. Im Hotel mußten wir stundenlang kämpfen, bis wir die uns zustehenden paar Gramm Brot endlich erobert hatten. Die Österreicher waren unsere besten und treuesten Bundesgenossen — sie piffen damals schon unverkennbar auf dem letzten Loch. In Berlin aber schwatzten manche noch von Eroberungen und Herr v. Kühlmann telegraphierte, daß für uns eine Friedensnotwendigkeit nicht vorliege!

Das Ergebnis unserer Wiener Besprechung wurde in einer Resolution festgehalten, die formell an das holländisch-skandinavische Friedenskomitee in Stockholm adressiert wurde. Es hieß darin u. a.:

„ . . . Die Sozialistische Internationale war nicht imstande, den Krieg zu verhindern; das ist ihr Schicksal, nicht ihre Schuld. Und wenn Schuld besteht, ist es heute nicht an der Zeit, über ihr Ausmaß und den Anteil jedes einzelnen Landes zu rechten. Aber wie

dem auch sein möge, es ist doppelt und hundertfach die Pflicht jedes Sozialisten und jeder sozialistischen Partei, alles zu tun, um dem Krieg ein Ende zu machen. . .”

Unterzeichnet war diese EntschlieÙung von Ebert und Scheidemann für Deutschland, Ferd. Skaret und Dr. V. Adler für Österreich, Bakany und Dr. Kunfy für Ungarn, Mortur, Stein und Burian für die Tschechoslowakei, Grogorivici für Rumänien, Tittoni für Italien, Dr. Tuma und Kristan für Südslawien, Temsytzky für die Ukraine, Zankor und Dr. Fjdroff für Bulgarien.

* * *

Daß in jenen Tagen allerlei berufene und unberufene Helfer und Mittler zwischen Berlin und Wien, zwischen Berlin und der Schweiz, Dänemark, Schweden und Holland, ebenso wie zwischen Wien und — Erzberger und sehr hoher Geistlichkeit am Werke waren, ist im Laufe der Jahre auch weiteren Kreisen bekanntgeworden. Einer dieser Agenten besserer Art war Dr. Viktor Naumann, bei dessen Ableben im November 1927 von der Presse auf seine Tätigkeit im Kriege hingewiesen worden ist. Naumann war früher Schriftsteller und Theaterdirektor in München gewesen. Im besonderen Maße war es ihm gelungen, Vertrauen in den Kreisen der katholischen Geistlichkeit zu erwerben. Jedenfalls waren seine Verbindungen mit der katholischen Kirche ausgezeichnet. Im Jahre 1916 kam Naumann zum ersten Male mit mir zusammen. Er war mir von vertrauenswürdiger Seite warm als zuverlässiger Mann empfohlen worden. Da er wirklich, wie sich schnell herausstellte, hervorragend informiert war, z. B. mancherlei politische und sogar militärische (!) Unternehmungen

mit Sicherheit vorausgesagt hatte, war es selbstverständlich, daß ich ihn nicht abwies, vielmehr gern seine Informationen entgegennahm. Sehr gut war er über die Vorgänge in der nationalliberalen Fraktion unterrichtet, mit der er bis kurz vor seinem Tode enge Beziehungen zu unterhalten verstanden hat. Am besten dürfte er jedoch mit Hertling und gewissen Wiener Kreisen gestanden haben.

Ebert und ich waren aus Wien kaum wieder nach Berlin zurückgekehrt, da schrieb mir Naumann aus Wien unter dem 3. September 1917 einen Brief, in dem es u. a. hieß:

„In Wien angelangt, erfahre ich vom Grafen Collo-rado, daß die (offenbar durch Naumann erfolgte) Benachrichtigung von Ihrer Anwesenheit in Wien leider so spät eintraf, daß Graf Czernin leider nicht mehr in der Lage war, Sie bitten zu lassen, ihn zu besuchen. . . Graf Collorado teilte mir mit, daß sich der Minister sehr gern mit Ihnen besprochen hätte. . . Im Mittelpunkt des Interesses steht natürlich die Beantwortung der päpstlichen Kundgebung. Ich sprach in Berlin hierüber mit dem Herrn Reichskanzler und Herrn v. Bergen, der ja die Note abfaßt. Beiden Herren stellte ich vor, das Tatsächliche nur in einem lapidaren Satz abzutun, der allenfalls, ohne sich auf Einzelheiten einzulassen, dahin lauten sollte, es erkläre die kaiserliche Regierung, daß sie auf der Basis der päpstlichen Vorschläge mit den Gegnern in Verhandlung zu treten bereit sei. . . Im Auswärtigen Amt meinte man, es genüge, wenn man einfach sage: Wir erkennen die absolute Neutralität Belgiens an. Ich bin gänzlich anderer Auffassung. . . Hier ist man ganz richtig der Anschauung, daß die Lösung der belgischen Frage zugleich ein starkes Mittel sei, die Gegner auf die Friedenskonferenz zu bringen. Es wird

für England sehr schwer sein, sich der Wirkung zu entziehen, die ein rundes Entsagen auf Belgien unsererseits in der ganzen Welt hervorbringen wird. . .“

Dieser Brief mag ein Beispiel dafür sein, wie von vollkommen unverantwortlichen Außenseitern, die nur persönliche Beziehungen, sonst aber gar nichts hinter sich hatten, auf die einzelnen Minister eingewirkt worden ist. Naumann war in seiner Art gewiß ein ehrlicher und anständiger Mensch, dennoch haben wir Sozialdemokraten, die wir während der ganzen Kriegsdauer äußerste Vorsicht im Umgang mit „neuen Bekannten“ beobachtet haben, von ihm immer nur „gehört“, gesagt haben wir ihm mitunter andeutungsweise nur solche Dinge, von denen wir wünschten, daß sie an bestimmten Stellen bekannt werden sollten.

Naumann war übrigens ein ausgezeichnete Gesellschafter. Höher als seine sonstigen Künste schätzte ich seine Fertigkeit in der Herrichtung von Punschen und Bowlen aller Art. Bevor er die Universität bezog, hatte er die edle Kochkunst erlernt. Wie ich annehme, hat er als Spezialität das Bowlenbrauen betrieben. Beneidenswert war der, der ihm im Kriege in Kopenhagen oder Stockholm begegnete. Er ruhe sanft!

* * *

Als Auslassungen des Grafen Czernin — und zwar in seinem ausdrücklichen Auftrag — wurden mir im September 1917 von einem ausgezeichneten Mann Aufzeichnungen übergeben, die ich sofort dem Staatssekretär v. Kühlmann und zwar unter vier Augen zur Kenntnis brachte. Das war am 29. September 1917. Ich zitiere einige Stellen:

„Deutschland muß sich endlich zu einer Erklärung

über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens aufschwingen, die keinen Zweifel mehr gestatten. So wie Bethmann Hollweg jahrelang gesprochen hat und auch der neue Reichskanzler begonnen hat zu sprechen, geht es nicht mehr weiter. Dieses unklare Gerede fällt der Welt auf die Nerven und uns in Österreich auch. Wenn die deutsche Regierung sich nicht von selbst zu dieser Klarheit entschließt, muß der Deutsche Reichstag sie von ihr fordern. Der Friede liegt in der Hand des Deutschen Reichstags. Der Kampf zwischen Militärgewalt und Zivilgewalt muß endlich durchgekämpft werden. Der Friede ist reif, wird er durch die Schuld Deutschlands verdorben, so kann ich für nichts mehr eintreten, so nehmen hier die Dinge ihren Lauf. Es ist dann ganz gleichgültig, ob ich an dieser Stelle sitze, oder ob es ein anderer ist, niemand kann sie mehr aufhalten. Springen wir ab, so müssen die Türkei und Bulgarien das gleiche tun, denn wir bilden die Verbindung zwischen Deutschland und ihnen. Dann steht Preußen allein gegen die ganze Welt. Sagen Sie es allen, daß es eine höchst kritische Stunde ist.“

Kühlmann schilderte Czernin als einen hochgradig nervösen Mann. Übrigens, so fügte er hinzu: wenn ich Czernin stellen würde wegen der ihm zugeschriebenen Äußerungen, so würde er zehn Eide schwören, daß er das nicht gesagt hat. Auf meine Bemerkung, daß offenbar wieder alle Hoffnungen auf baldigen Frieden zerstört seien, antwortete er: „Nein, nein! Sie können sich darauf verlassen, daß etwas im Gange ist.“ Auf weitere Bemerkungen von mir, daß die alldeutsche Presse den Reichskanzler für sich reklamiere, bemerkte er: „Die auswärtige Politik mache ich und ganz besonders Belgien. Ich wiederhole, daß ich da vollkommen mit Ihnen übereinstimme. Und ich gehe

durch nach Strich und Faden.“ Ich sprach mein Bedauern darüber aus, daß er nicht bereit sei, vor aller Welt zu sagen, was er mir wiederholt über Belgien gesagt habe. Das würde uns entschieden weiterbringen als die Geheimniskrämerei.

Wenige Tage nach dieser Unterredung hatte der Reichskanzler Michaelis zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, dem ich als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion nicht fernbleiben konnte. Es waren etwa 150 Personen eingeladen, Künstler, Männer der Wissenschaft, Journalisten und Abgeordnete. Michaelis empfing jeden einzelnen beim Eintritt mit einem Händedruck. Dann aber hat ihn niemand mehr am ganzen Abend gesehen. Wahrscheinlich hatte er sich zum Gebet zurückgezogen. Der Mann gehörte in ein Panoptikum, aber nicht in das Reichskanzlerhaus.

ABSCHAFFUNG DER GEHEIMDIPLOMATIE

Eine alte Forderung der Sozialdemokratie geht dahin, die Geheimdiplomatie abzuschaffen. Das bedeutet natürlich nicht, daß jeder Brief, der das Auswärtige Amt verläßt, und jedes Wort, das ein Minister zu sagen beabsichtigt, vorher im Plenum des Reichstags oder in einem Reichstagsausschuß durchberaten werden soll. Davon ist keine Rede. Jedoch eine so anfechtbare Politik, wie sie vor dem Kriege und auch besonders im Kriege von der deutschen Regierung betrieben worden ist — in anderen Ländern wird es wahrscheinlich nicht besser gewesen sein —, muß im Interesse der Völker, der Völkerversöhnung und des Weltfriedens bekämpft werden. Die „Kunst“, heute vor aller

Welt Ja oder Nein zu sagen, um morgen bestimmt das Gegenteil wie eine Selbstverständlichkeit zu tun, mag manchem als politisch besonders klug vorkommen, in Wirklichkeit ist es weder klug, noch, wie manche überschlau zu erläutern suchen, macchiavellistisch; es ist eine Charakterlosigkeit, bei der auf die Dauer nichts Ersprießliches herauskommen kann. Daß nicht nur der Politiker, sondern jeder Mensch seine Meinung und dementsprechend sein Ja oder Nein ändern muß, wenn die Verhältnisse sich ändern, ist ganz klar. Wilhelm Liebknecht hat das einmal in die Worte gekleidet: „Wenn es die Umstände notwendig machen, wenn die Situationen sich entsprechend oft ändern, ändere ich meine Taktik gegebenenfalls am Tage vierundzwanzigmal.“ Von alledem ist hier nicht die Rede. Daß die Forderung der Abschaffung der Geheimdiplomatie zeitgemäß und richtig ist, dürfte dem Leser dieses Buches besonders zum Bewußtsein gekommen sein bei den Kapiteln, die sich mit den Pfiffen und Kniffen des Reichskanzlers Michaelis befaßt haben.

Macchiavellis „Buch vom Fürsten“ ist von Deckung suchenden Politikern oft als Rechtfertigung ihrer eigenen Handlungen angesprochen worden. Zumeist mit Unrecht. Max Oberbreyer, der Herausgeber und Kommentator des vielgeliesenen Buches, sagt vollkommen zutreffend: „Aller Aufwand von Verstand und Talent ist unzureichend, um eine wirklich große Rolle zu spielen: dazu gehört ein großer Charakter.“

Ein Sprichwort sagt, daß die Politik den Charakter verderbe. In dieser absoluten Verallgemeinerung ist das Wort falsch, denn die Charakterverderbnis ist ganz gewiß nicht eine notwendige Folge der Politik. Freilich, wenn man bestimmte Parteien des Deutschen Reichstages herausgreift und ihre Politik prüft, muß

man zu der Annahme kommen, daß reaktionäre Politik den Charakter ganz bestimmt verderben muß. So haben die monarchistischen Deutschnationalen, wie sich besonders bei ihrem Eintritt in die Reichsregierung der Republik Anfang 1927 gezeigt hat, die Unehrllichkeit offenbar zum obersten Prinzip ihrer Politik gemacht.

Kann ein ehrlicher Mensch zu einer Regierung Vertrauen haben, in der die erste Geige von solchen Politikern gespielt wird? Ganz gewiß nicht. Kann von fremden Ländern verlangt werden, daß sie zu einer solchen Regierung mehr Vertrauen haben, als das deutsche Volk selbst?

Eine unerläßliche Voraussetzung im Verkehr der Länder untereinander ist gegenseitiges Vertrauen. Sobald ein Staat einem anderen gegenüber mißtrauisch geworden ist, werden sich daraus Folgerungen ergeben, die beiden Staaten nicht zum Nutzen gereichen können. Zu den herrlichsten Tugenden der alten Deutschen zählt man die Treue. Bereits Tacitus, die jungen Deutschen sind deshalb sehr stolz, hat darauf hingewiesen. Nun ist es ganz gewiß nicht die Aufgabe dieses Buches, etwa den Nachweis zu führen, daß die deutsche Treue im Laufe der Jahrhunderte manchmal schweren Belastungsproben ausgesetzt wurde, wiederholt sogar in die Brüche gegangen ist. Es ließen sich peinliche Kapitel darüber, besonders aus der Zeit Napoleons, anführen. Als im Jahre 1919 um das Ja oder Nein zu dem Versailler Friedensdiktat gerungen wurde, und im Westen und Süden des Reiches Lockungen der Entente in erheblicher Zahl ergingen, also in den schwersten Stunden des Reiches, hat die deutsche Treue sich glänzend bewährt. Darüber wollen wir uns ebenso freuen, wie es uns Ende 1918 — trotz des furchtbaren Kriegsendes und allen sonstigen Elends

— doch unendlich beglückt hat, daß das Reich zusammengehalten werden konnte.

Weniger angenehm ist es, daß wir immer wieder an den Bruch der Neutralität Belgiens im Sommer 1914 erinnert werden, an den zerrissenen Vertrag, den „Fetzen Papier“. Peinlich ist auch die Deportation der belgischen Arbeiter — immerhin: für diese Handlungen des kaiserlichen Regiments, die wir so hart verurteilen, wie sie es verdienen, hatten die Urheber die damals für alle Handlungen immer bereitliegende Ausrede, daß die Kriegsnot sie dazu gezwungen habe. „C'est la guerre!“ Was aber gibt es für Ausreden, wenn das Ausland fragt, ob die deutsche Regierung eine ehrliche Politik mit der Friedensresolution getrieben hat? War ihr Verhalten zu der Papstnote ehrlich? Der wertvollste Besitz eines Volkes ist das Vertrauen, das ihm entgegengebracht wird. Die kaiserliche Regierung hatte schließlich nirgends in der Welt Vertrauen. Die Republik muß dafür sorgen, daß sie das Vertrauen der ganzen Welt gewinnt, deshalb darf sie Zweideutigkeiten, auch bei der Zusammensetzung der Regierung, nicht dulden. Eine Republik, die sich von Monarchisten regieren läßt, wird allezeit nur auf ein sehr mäßiges Vertrauen der Welt rechnen können.

DIE HETZARBEIT DER EROBERER

Schon die Vorbereitung der Friedensresolution des Reichstags hatte bei den Führern der Eroberungspolitik zu neuen Hetzereien gegen Bethmann Hollweg geführt. Sehr wüste Broschüren gegen ihn waren längst verbreitet worden. Die Friedensresolution gab zur Gründung der sogenannten Vaterlandspartei den anscheinend sehr willkommenen Anlaß. In der Agitation gegen den „Scheidemannfrieden“, den „Ver-

acht-, Schmach und Schandfrieden“, wurde in schier maßloser Weise gehetzt. Das letzte dünne Band, durch das das deutsche Volk bis dahin zusammengehalten worden war, wurde durch die Organisation der Kapp und Tirpitz zerrissen. Der in München gegründete „Verein zur raschen Niederwerfung Englands“ hetzte zwar auch nach Kräften, wurde jedoch mehr von der heiteren Seite genommen. In ihrer Skrupellosigkeit gingen die deutschen Welteroerer so weit, immer wieder den Anschein zu erwecken, als ob die OHL ganz und gar mit ihrer Tätigkeit einverstanden sei. Das war insofern recht gefährlich, weil besonders der Name des Generalfeldmarschalls von Hindenburg für viele noch die letzte Hoffnung auf ein einigermaßen erträgliches Kriegsende bedeutete. Je mehr nun der Name Hindenburgs in den Parteienstreit hineingezogen wurde, um so schneller mußte der letzte Rest von Volkseinheit in die Brüche gehen. Gelegentlich einer Aussprache mit Friedrich Naumann wegen einer gemeinsamen Reise an die Ostfront hatte ich auf den Mißbrauch, der mit dem Namen des Generalfeldmarschalls seitens der Alldeutschen geführt wurde, aufmerksam gemacht. Naumann hatte daraufhin mit dem Vertreter Ludendorffs in Berlin, dem Oberstleutnant von Haefen, über diese Angelegenheit gesprochen. Am 11. September bat Naumann mich, in der gleichen Weise, wie er es inzwischen nicht ohne Erfolg getan habe, selbst gegen den geschilderten Unfug bei Haefen zu wirken. Es schien Naumann nicht unmöglich zu sein, Hindenburg veranlassen zu können, von der aufdringlichen Gesellschaft abzurücken. Ich war natürlich sofort einverstanden und ging gemeinsam mit Naumann zu Haefen, der sein Büro Unter den Linden hatte. Haefen war ungemein lebenswürdig und erinnerte mich an eine ihm gut im Gedächtnis gebliebene

Begegnung mit mir in Antwerpen. Er teilte meine Bedenken vollkommen. Er sei ermächtigt worden, jedermann gegenüber offen zu erklären, „daß Hindenburg und Ludendorff keine Politiker seien“, auch nicht wünschten, in die politische Debatte gezogen zu werden. Darauf erwiderte ich, daß der Mißbrauch des Namens der Herren in der OHL. solange weitergehen werde, bis öffentlich erklärt worden sei, was der Oberst soeben mir mitgeteilt habe. Ich bat Herrn von Haeften, daß er doch besonders Hindenburg ersuchen möge, die Hineinziehung seines Namens in die politische Auseinandersetzung sich zu verbitten. Herr von Haeften sagte darauf wörtlich: „Im Vertrauen: heute früh haben wir uns darüber bereits unterhalten, aber gefunden, daß es nicht leicht ist, derartiges zu erklären. Wir erwägen aber ernstlich weiter, denn in der Sache sind wir mit Ihnen einig.“

Da eine Erklärung Hindenburgs ausblieb, wurde der Mißbrauch mit seinem Namen fortgesetzt.

Daß General von Hindenburg damals kein Politiker war, ist später sehr deutlich in Erscheinung getreten. Lassen wir ihn selbst sprechen in einem Briefe aus der Zeit der Friedensverhandlungen mit den Russen in Brest-Litowsk. Der Brief ist in Nowacks „Chaos“ zitiert, aber wenig beachtet worden:

„Großes Hauptquartier, 25. 2. 1918.

In Brest-Litowsk soll behauptet worden sein, daß ich mich für einen annexionslosen Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt hätte, also auf dem Boden der Friedensresolution stände. Indem ich eine derartige Zumutung mit Entrüstung zurückweise, ersuche ich Euer Hochwohlgeboren ergebenst, bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen derartige unwahre Äußerungen energisch einzuschreiten.

von Hindenburg.“

Eine Informationsreise nach dem Osten, die uns bis weit über Riga hinausgeführt hatte, brachte mancherlei interessante Erlebnisse mit sich. General Eichhorn hatte uns in den Kreis seines Stabes zu einem Abendbrot eingeladen. Im Anschluß daran gab es Aussprachen mit den Offizieren, die sich zumeist sehr eroberungslustig und energisch gegen die Friedensresolution des Reichstages aussprachen. Als ich die Bemerkung machte, und zwar an einem Tische, an dem auch der infolge der Erschießung der Miss Cavell viel genannte General Sauberzweig saß, daß die Soldaten darüber anders urteilen dürften, behaupteten sie, daß wir das am nächsten Tage erleben könnten. Wir erlebten in der Tat sehr Merkwürdiges. Einige von uns wurden zu Truppen geführt, die in einem Walde verschanzt waren. Wie ein Lauffeuer war die Kunde, daß wir anwesend seien, durch den Wald gegangen. In kurzer Zeit waren wir von großen Soldatenmassen umringt. Dann zeigte sich der ganze Unverstand — es wird nicht etwa behauptet „der“ Offiziere, sondern der wortführenden Offiziere. Einer sagte im schnarrenden Ton zu den versammelten Truppen: „Die Herren aus dem Reichstag wollen sich bestätigen lassen, daß die Soldaten mit der Friedensresolution einverstanden sind, daß also nach dem Kriege alles bleiben soll, wie es früher gewesen ist; daß nichts erobert werden darf, daß wir überall wieder herausgehen sollen, wo wir durch unsere Tapferkeit Fuß gefaßt haben. Ist einer von euch damit einverstanden?“

Es herrschte Totenstille im Walde, bis ich zum maßlosen Erstaunen der Offiziere sagte, daß wir nach dieser Methode unsere Informationen zu holen nicht gewöhnt seien. „Ich bitte die Herren Offiziere einmal,

hundert Meter abseits zu gehen, damit die Soldaten unbefangen antworten können." Anscheinend in dem sicheren Gefühl, daß die Soldaten uns gehörig abfahren lassen würden, entfernten sich die Offiziere tatsächlich. Nun wurde das Bild sofort ein anderes. Auf die Frage, ob die Soldaten wüßten, was die Friedensresolution bedeute, antworteten sie wie aus einem Munde: „Jawohl!“ Auf die weitere Frage, ob die Soldaten mit der Resolution einverstanden gewesen seien, erfolgte wieder ein vielhundertstimmiges „Jawohl! Schluß! Frieden! Heim wollen wir! Schluß! Schluß! Schluß!“

Wir setzten dann den Mannschaften, die sich in kleinere Gruppen formierten, kurz auseinander, daß es leider nicht allein von uns abhängt, ob Frieden gemacht werden könne oder nicht. Das habe zu unserem großen Leidwesen der Stockholmer Versuch gezeigt. Wir ermahnten zu treuem Ausharren und baten um Vertrauen. Was menschenmöglich sei, würden wir tun, um bald zu einem Frieden zu kommen, den jeder Deutsche annehmen könne. Wir nahmen noch besondere Wünsche und Beschwerden über Verpflegung, Behandlung, Beurlaubung usw. entgegen, verabschiedeten uns in herzlicher Weise von den Soldaten und berichteten dann den Offizieren, die jetzt wieder zurückkehrten, daß sie über die Haltung ihrer Mannschaften nur ungenügend informiert gewesen seien. Sie waren nicht wenig erstaunt, manche machten sogar recht lange Gesichter.

Es soll ausdrücklich festgestellt werden, daß in den Aussprachen mit Offizieren unter vier Augen auch sehr verständige Anschauungen uns zu Gehör kamen und das Einverständnis mit unserer Absicht, so bald als möglich Frieden zu machen, sehr häufig in lebhafter Weise erklärt worden ist.

EINE FRIEDENSTAUBE AUS DEM NORDEN ?

Borgbjerg telegraphierte am 4. Oktober 1917 aus Kopenhagen, daß ich schnellstens kommen möge. „Es gilt die Friedensfrage. Ich reise abends nach Stockholm zu einer Sitzung des holländisch-skandinavischen Friedenskomitees.“ Am Abend des 6. Oktober saß ich schon in der Wohnung Borgbjergs, der am gleichen Tage von Stockholm zurückgekehrt war, wo wieder eine Tagung unseres — — wirklich immer noch unseres Friedenskomitees stattgefunden hatte. „Vier Tage lang hat das Komitee an einer Arbeit des braven und lieben Troelstra herumgedoktert, die er das Memorandum aller Memoranda nennt.“ Jedoch einer anderen Sache wegen, die er für ernsthafter hält, hat Borgbjerg mich gebeten, zu kommen. Ich berichte ganz summarisch über das, was Borgbjerg erzählte und was ich erlebte:

Ein Kopenhagener Rechtsanwalt H. wollte in Gemeinschaft mit einem seiner Klienten, einem ungarischen Gutsbesitzer und Millionär W., der aus angeblich rein ideellen Gründen sich der Friedensfrage widme, mich bitten, an einem wirklich ernststen Friedensversuch teilzunehmen. Die Anregung gehe von englischer Seite aus, so wurde zunächst nicht direkt, später aber ganz offen zugegeben. Der Rechtsanwalt H. war übrigens der Anwalt der englischen Delegation in Kopenhagen, ein aktiver dänischer Minister war sein Schwager. Es fanden langwierige, streng vertraulich geführte Besprechungen in der Wohnung Borgbjergs statt. Die Verhandlungen gestalteten sich mitunter äußerst interessant. Ich besprach mich vertraulich mit dem Gesandten von Brockdorff-Rantzau in Kopenhagen und dem Staatssekretär des Auswärtigen

in Berlin. Beide mahnten natürlich zur größten Vorsicht, waren aber mit den Besprechungen selbst einverstanden.

Am 8. Oktober war es wieder zu einer Begegnung zwischen H. und W. auf der einen, Borgbjerg und mir auf der anderen Seite gekommen. Auf meine Frage an W., ob er mir Neues mitzuteilen habe, antwortete er: Sogar sehr Wichtiges, wie mir scheint. Er könne aber nur unter vier Augen mit mir darüber sprechen, freilich könne — sein Anwalt H. dabeibleiben, da er ohnedies informiert sei. Das lehnte ich selbstverständlich ab. Entweder wirklich, falls er das für unbedingt notwendig halte, unter vier Augen, oder zu viert! Wir verhandelten dann allein, W. und ich. Borgbjerg und H. verließen das Zimmer. H. nannte als erste Bedingung diese: Wenn die wiederholt besprochene Begegnung zwischen englischen und deutschen Vertretern stattfindet, muß sofort festgestellt werden, daß die Initiative von neutraler Seite ausgegangen ist, nicht etwa auf englische Anregung hin. Alle anderen der insgesamt sechs Punkte, die er nannte, betrafen Friedensbedingungen, die ich in anderem Zusammenhang oft erörtert und auch in diesem Buch bearbeitet habe. Ich brauche nicht näher darauf einzugehen. Feststellen will ich nur, daß als Kernfrage Belgien genannt wurde. Von Belgien müßte ich feststellen können, daß es vollkommen zurückgegeben und auch wieder hergestellt werden soll. Die Wiederherstellung beziehe sich auch auf die Herausgabe der aus belgischen Fabriken requirierten Maschinen. Diese Aussprache könne verbunden werden mit der Diskussion über die deutschen Kolonien. Über die sechs Punkte als Grundlage der von W. und H. angeregten Besprechungen wurden wir uns bald einig. Wir verabredeten folgendes: Bis zum 12. Oktober sollte ich an W. telegraphieren, ob ich

am 23. gleichen Monats wieder in Kopenhagen sein könne. In einer für andere unverständlichen Form sollte ich den Namen eines inaktiven Staatsmannes erwähnen, der (im Einverständnis mit der Reichsregierung) mitkommen könnte. Nach Empfang eines solchen Telegramms würde ich innerhalb 48 Stunden telegraphisch benachrichtigt werden, ob die andere Seite kommen werde und, wenn ja, wer sie vertreten würde.

Nachdem H. und W. sich verabschiedet hatten, berichtete Borgbjerg mir über seine Unterredung mit H. in dem anderen Zimmer. Am Abend zuvor noch habe W. nach England telegraphiert und heute von dort Antwort bekommen. Die englische Delegation in Kopenhagen sei informiert. Borgbjerg und ich waren einig, daß wir uns zunächst abwartend verhalten müßten, da ein klares Bild über die Aufrichtigkeit der Herren im Augenblick noch nicht gewonnen werden konnte.

* * *

Der Parteivorstand, dem ich nach meiner Rückkehr sofort Bericht erstattete, hieß mein Verhalten in Kopenhagen gut, stimmte auch meinem Vorschlag zu, die Verhandlungen von unserer Seite nicht zum Scheitern zu bringen, sondern vorsichtig weiter zu operieren, damit nicht der Vorwurf gegen uns erhoben werden könne, wir hätten irgendeine Möglichkeit zum Verhandeln unbeachtet gelassen. Es fand dann noch, von der anderen Seite begonnen, ein umfangreicher Depeschenwechsel zwischen dem Rechtsanwalt H. und mir statt. Ich brach ab, nachdem der Graf Brockdorff-Rantzau durch einen Freund mir hatte sagen lassen, daß er triftigen Grund zu der Bitte habe, Schluß zu machen. Auf der anderen Seite hatten unlautere Elemente sich einschalten können.

Damit war wieder ein Strohalm davongeschwommen.

EIN PARTEITAG IM KRIEGE

Der vom Vorstand der SPD. für den Herbst 1914 vorbereitete Parteitag hatte nicht einberufen werden können, weil der Krieg ausbrach. Im Verlauf des Kriegs wurde die Abhaltung eines Parteitags mehrfach angeregt, die Verwirklichung erwies sich jedoch als vollkommen unmöglich. Erst im Herbst 1917 konnte die Partei in Würzburg tagen und zwar in der Zeit vom 14. bis zum 20. Oktober. Das umfangreiche Protokoll dieses Parteitags gehört mit zu den interessantesten Dokumenten der sozialdemokratischen Parteigeschichte. In den Berichten des Parteivorstands und der Reichstagsfraktion an den Parteitag ist ausführlich und anschaulich die Tätigkeit der SPD. vor und im Kriege dargestellt worden. Ganz ausgezeichnete Aufsätze über die Parteiaufgaben sind dem eigentlichen Verhandlungsprotokoll vorausgeschickt worden. Landsberg schrieb über die Demokratisierung, Heinrich Cuno über die Wirtschaftspolitik, Wilhelm Keil über die Finanzpolitik, Rudolf Wissel über die Sozialpolitik. Diese Arbeiten stellten das Fundament dar für mein Referat über „Die nächsten Aufgaben der Partei.“

Ebert hatte in einer vortrefflichen Rede das Verhalten der Partei im Kriege geschildert. Er hatte besonders scharf die oppositionellen Kampfmethoden getadelt, die bei den Auseinandersetzungen in der Partei vielfach in Anwendung gebracht worden waren und schließlich die Spaltung der Partei herbeiführten: „Diese giftige, haßerfüllte Kampfmethode ist es, die systematisch den Keil in die Parteieinheit hineintrieb.“ Aber er war trotzdem hoffnungsfroh:

„Die Gegner triumphieren: die Internationale und die Sozialdemokratie seien bankerott. Ich fürchte nicht um die Zukunft der Internationale und der Sozialdemokratie. Der Krieg hat

uns manche grausame Lehre gegeben, wir haben manches zu lernen müssen, von unseren Grundsätzen brauchen wir aber nichts preiszugeben. Der Krieg hat furchtbar in das Völkerschicksal hineingegriffen, wer aber glaubt, künftig seine Politik auf den Völkerhaß aufbauen zu können, wird schwere Enttäuschungen erleben. Man frage nur unsere Soldaten an den Fronten, wie sie über den Chauvinismus unserer Philister, Professoren und Kriegsgewinnler denken. . .

Die großen Zukunftsaufgaben werden mit zwingender Logik Einheit und Geschlossenheit der Partei wiederherstellen. Die schweren Kämpfe der Zukunft werden aufräumen mit Eigenbrötelei, mit Lähmung der Schlagkraft der Arbeiterklasse. Eiserne Notwendigkeit wird die Arbeiterklasse sammeln um das Banner der alten Sozialdemokratie, die bleibt, was sie war und ist, die Partei des Klassenkampfes, Ruferin und Führerin im Befreiungskampf der Arbeiterklasse.“

Aus meiner Rede über die Aufgaben der Partei sollen einige Sätze hier Platz finden, aus denen hervorgeht, daß weder die SPD. im allgemeinen, noch ihre Leitung im besonderen sich irgendwelchen Illusionen über die nächste Zeit nach dem Kriege hingegeben haben:

„Während des Krieges hat sich eine Machtverschiebung zugunsten des Proletariats ergeben, eine Machtverschiebung, an deren Anfang wir erst stehen, und durch dieses Stück Klassenkampf, das sich inmitten der kriegerischen Entwicklung vollzogen hat, hat auch die Sozialdemokratische Partei eine ganz andere Bedeutung gewonnen, als sie vor dem Kriege gehabt hat. Die deutsche Sozialdemokratie — ich will es ganz offen aussprechen — ist durch den Krieg zu einer Partei geworden mit der unmittelbaren Anwartschaft auf die Macht im Staate. So oder so wird sich das parlamentarische System durchsetzen, Deutschland wird nach dem Kriege ein parlamentarisch-demokratisches Staatswesen sein. Und es wird bei uns ebenso sein, wie es in England war, daß nämlich die Partei, der die Mehrheit der Parlamentssitze zufällt, auch die Regierung zu stellen und die Verantwortung zu tragen hat. . .

Kann einer von uns wünschen, daß Deutschland in der Zeit nach dem Kriege etwa von einem antisozialdemokratischen Block regiert würde, in dem dann die Konservativen, die Scharfmacher

und Alldeutschen die Führung hätten? Die Antwort auf diese Frage ergibt sich von selbst, und so werden wir bei den ersten Wahlen nach dem Kriege und bei allen folgenden um die politische Macht kämpfen müssen, um die wirkliche politische Macht, um den entscheidenden Einfluß im Staate, um die Regierung selbst. . . Das Problem einer sozialistischen Wirtschaftsordnung steht riesengroß vor uns. Auf unsere Schultern ist die ungeheure Aufgabe gelegt worden, nicht mehr nur Theoretiker und Agitatoren, die wir bisher in der Hauptsache waren, sondern Praktiker des Sozialismus zu sein. Da werden wir nicht vergessen dürfen, daß auch der Sozialismus keine Welt für sich, sondern nur ein Mittel zum Zweck ist. (Sehr gut!) Ein Mittel, die Not zu bekämpfen und den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Wir werden uns vor dem Fehler hüten müssen, Prinzipienreiterei zu treiben, und wir werden uns nicht etwa nur jede Maßregel darauf ansehen müssen, ob sie sozialistisch, sondern auch darauf, ob sie praktisch ist. (Sehr gut!) Durch verkehrte Anwendung unserer Prinzipien und durch verkehrte Anwendung an falscher Stelle würden wir diese Prinzipien nur schädigen. Nutzen werden wir nur, wann und wo wir zu zeigen imstande sind, daß das sozialistische Prinzip den breiten Massen greifbare Vorteile bietet. . .

Wir wollen ganz aufrichtig sein und uns sagen, daß wir — oder richtiger gesagt, daß ein kleiner Teil unseres Volkes und seine eigentümliche Sinnesart — nicht ganz unschuldig sind an dem Welthaß, der uns umbrandet. Damit muß aufgeräumt werden. Das Deutschland nach dem Kriege muß so beschaffen sein, daß an der Freiheitlichkeit seiner Politik im Innern, der Friedlichkeit, Rechtschaffenheit, Offenheit seiner Politik nach außen kein Zweifel möglich ist. Was vor uns liegt, ist wahrhaftig nicht leicht. . . Der Krieg — das ist das hergebrachte Alte, die ewige Wiederkehr des gleichen, nur durch den Fortschritt der Technik ins Wahnsinnige gesteigert. Aber das, was wir wollen und wofür wir kämpfen, das ist das Unerhörte, das Große, das Neue! Das ist die Erhebung der ganzen Menschheit auf eine höhere Kulturstufe zur internationalen Völkergesellschaft und zum Sozialismus. . .

Daß uns in diesen werdenden Ereignissen die schwerste Aufgabe zufallen wird, das wollen wir uns nicht verhehlen. Aber hat dieser Krieg nicht auch gezeigt, was ein Volk kann, wenn es muß? Nach dem Kriege heißt es für uns erst recht: wir müssen! Frieden — das heißt nicht, daß jeder Kampf auf-

hört, es heißt nur, daß wir nicht mehr wie die Bestien miteinander kämpfen, sondern wie zivilisierte Menschen. Wenn draußen der letzte Schuß verhallt ist, dann wollen wir ausrufen: Der Krieg ist tot, es lebe der Kampf! Es lebe die Arbeit und der Kampf für ihr Recht. Wir marschieren und — wenn es sein muß — dann stürmen wir: Vorwärts!

Die Stimmung auf diesem Parteitag im Kriege war ganz einheitlich. Die SPD. stand geschlossen hinter ihren Führern. Wohl drang bereits die Sehnsucht nach einer Wiedervereinigung mit den in der USP. organisierten früheren Genossen durch, niemand gab sich aber der Täuschung hin, daß diese Einigung möglich sein werde, solange die große Verschiedenheit in der Stellungnahme zu den Kriegsfragen fortbestand.

Der Würzburger Parteitag hatte übrigens auch ein ganz praktisch-politisches Ergebnis. In meinem Schlußwort hatte ich besonders die Notwendigkeit der Demokratisierung betont und wörtlich gesagt:

„Vollkommene Klarheit besteht darin: Fort mit allen Hindernissen, die der Demokratisierung des Reichs und der Parlamentarisierung entgegenstehen! Was am schnellsten beseitigt werden muß, scheint mir der Reichskanzler Dr. Michaelis zu sein.“

Nach diesen Worten folgte „stürmischer, lang anhaltender Beifall“. Herr Michaelis, der Saboteur der Friedensresolution des Reichstags und der päpstlichen Friedensbemühungen, wurde bald darauf entlassen und durch den Freiherrn v. Hertling ersetzt. In dem späteren Kapitel „Fürstliche Kanzler-Kandidaten“ lernt der Leser die Umstände, unter denen gerade der Freiherr v. Hertling Reichskanzler wurde, näher kennen.

FÜRSTLICHE KANZLERKANDIDATEN
UNTERREDUNGEN MIT PROF. LUDWIG STEIN UND
DR. AUGUST STEIN,
DEN FÜRSTEN BÜLOW UND HATZFELD.

Prof. Ludwig Stein, der bekannte Herausgeber von „Nord und Süd“, überbrachte mir im Oktober 1917 eine Einladung des Fürsten Bülow zu einer vertraulichen Besprechung im Hotel Adlon. Es muß vorausgeschickt werden, daß in jenen Tagen die Nachfolgerschaft für den unmöglichen Reichskanzler Michaelis in der Presse lebhaft erörtert wurde und neben anderen auch Fürst Bülow als geeigneter Nachfolger genannt worden war. Prof. Stein gehörte zu den Männern, die mit dem Fürsten engere Fühlung hatten. Er war sehr ungehalten, als ich die Einladung ablehnte. Ich blieb jedoch fest, als Stein in der Wandelhalle des Reichstags und später brieflich sowie telephonisch mir eifrigst zusetzte. Er erwies sich als ein ungemein zäher Diplomatikus. Ich hatte meine Abneigung gegen Bülow nicht nur zu erklären gesucht mit den heftigen Kämpfen, die ich früher gegen ihn, den Reichskanzler, als Etatsredner meiner Partei im Reichstag ausgefochten hatte, sondern vor allem anderen auch mit seiner Tätigkeit als Botschafter in Rom während des Krieges. Über diese Tätigkeit Bülows waren mir Informationen zugegangen, die ihn mir als vollkommen ungeeignet für seine Wiederkehr in das Amt des Reichskanzlers erscheinen ließen. Hier nun packte Stein mich fest: ich sei falsch informiert worden, das wolle er mir nachweisen. Schön, sagte ich, wenn Sie das können, will ich der Einladung Folge leisten. Am nächsten Tage, es war am 25. Oktober, hatte Stein wieder mit Bülow gesprochen und überbrachte mir nun einen Briefwechsel, den der Fürst mit Stein in der kritischen Zeit gehabt hatte.

Diese Briefe bewiesen, daß die dem Fürsten gemachten Vorwürfe ungerechtfertigt waren, daß er sich nicht eine Minute lang über die Schwierigkeiten seiner Aufgabe im Zweifel gewesen war und alles aufgeboten hatte, um den Gang der Dinge zugunsten Deutschlands zu beeinflussen. Allerdings hätten die Österreicher Haare lassen müssen. Wenn wir jetzt zurückblicken, so müssen wir zugeben, daß ein nach den Rezepten Bülows geschorenes Österreich immer noch tausendmal besser gewesen wäre, als ein total verstümmeltes... Der Wunsch des Fürsten Bülow, mit mir zu reden, wurde von Stein jetzt noch dringlicher wiederholt, es stünde doch wirklich viel auf dem Spiel.

Am 26. Oktober rief Prof. Ludwig Stein schon sehr früh in meiner Wohnung an, wann der Fürst mich bestimmt erwarten könne. Ich sagte für vier Uhr nachmittags zu. Um die Mittagszeit ging ich zunächst zu dem Namensvetter Prof. Steins, dem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ in Berlin, Dr. August Stein, um mir einige Tips für die Unterredung mit Bülow geben zu lassen. August Stein, der dem Fürsten während dessen Kanzlerschaft nahegestanden hatte, war vielfach auch sein politischer Ratgeber gewesen, wie ich genau wußte. Stein freute sich sehr, daß ich zu ihm kam. Über den Fürsten urteilte er recht hart; zweifellos sei er ein gewandter, hochgebildeter Mann, aber alles andere als fleißig; seine Hauptsorge sei vielfach die gewesen, wie er für seinen persönlichen Ruhm werbe. Im übrigen habe er glänzende Bühnenkünstlertalente; gewisse Reden habe er vor dem Spiegel einstudiert. Eine bestimmte Rede, die Geheimrat Hammann entworfen habe, hätte Bülow in Gegenwart Hammanns vortragen müssen; das sei dreimal hintereinander geschehen, weil die Geschichte nicht zur Zufriedenheit des Geheimrats klappte. Hammann

habe die Szene genau erzählt. Stein schilderte den Hergang in amüsantester Weise folgendermaßen: der Fürst mußte die Rede hersagen und Hammann bestimmte, wie er sprechen mußte: „langsamer, etwas schneller, nunmehr nach dem Worte suchen, schneller, noch schneller, nun mit der Faust auf den Tisch —“

Bülow habe die Befürchtung nicht los werden können, daß man ihn nach der „Embolie“, die er im Reichstage erlitten, für einen kranken Mann halte; darüber habe er immer hinwegzutäuschen gesucht. So besonders bei der Auswahl der Kleidung. Stein wußte dafür ein überaus lustiges Beispiel von Norderney vor dem Empfang eines Diplomaten zu erzählen.

Stein versicherte, daß er auch heute noch nicht sagen könne, Bülow sei ihm etwa zuwider. Er sei ein geistreicher Mann, sich mit ihm zu unterhalten, ein Genuß. Ich dürfte überzeugt sein, daß ich ihm kaum eine Verlegenheit würde bereiten können. Während dieser Unterredung kam ein aktiver Staatsbeamter hinzu, der alle Angaben Steins bestätigte. Wir sprachen dann noch über viele der öffentlich und vertraulich genannten Kanzlerkandidaten.

Stein kam immer wieder auf Bülow zurück. Er schilderte unter anderem, um „die Gefährlichkeit des scharmanten Fürsten“ zu illustrieren, folgende Szene, die er selbst miterlebt habe. Der Fürst habe die Eitelkeit Bassermanns stets von neuem für sich zu nutzen gewußt. Gelegentlich eines parlamentarischen Abends bei Bülow habe Bassermann mit Stein und zwei oder drei anderen Herren zusammengestanden, als Fürst Bülow mit strahlender Liebenswürdigkeit hinzugekommen sei. Im Laufe der Unterhaltung habe Bülow dann plötzlich gesagt: „Ich brauche einen Botschafter für London, einen besseren als Sie, lieber Bassermann, wüßte ich nicht.“ Über das Gesicht Bassermanns sei

ein seliges Lächeln gehuscht, dann aber habe der Fürst hinzugefügt: „Wie aber könnte ich Sie nach London schicken — Sie sind mir in Berlin einfach unersetzlich.“ Bassermann zerfloß geradezu in Glückseligkeit. Er war durch die Liebenswürdigkeit, die ihm der Fürst in Gegenwart anderer gesagt hatte, für alle Zeiten und für alle Situationen dem Fürsten hörig geworden. Bülow hat im Ernst natürlich niemals daran gedacht, Bassermann nach London zu schicken.

„Nehmen Sie sich in acht, lieber Scheidemann, Sie gehen zu einem gefährlichen Diplomaten...“

UNTERREDUNG MIT DEM FÜRST BÜLOW

Bald nach vier Uhr ging ich ins Hotel Adlon. Der Fürst empfing mich wie einen alten lieben Bekannten, dankte für mein Kommen, und versicherte, daß er sich sehr darüber freue. Wir hätten früher schon Zwist miteinander gehabt, darüber werde ich wohl hinwegkommen . . . Ich antwortete ihm: „der Streit, den wir miteinander gehabt haben, ist mir sachlich notwendig erschienen, persönliche Verstimmung besteht bei mir nicht.“

Nachdem wir Platz genommen hatten, begann der Fürst: In einigen Zeitungen sei sein Name genannt worden in Verbindung mit dem bevorstehenden Wechsel im Reichskanzleramt. Er sei dabei ganz unbeteiligt, denn er sei gern aus dem Amte geschieden und sehne sich nicht danach, wieder hineinzukommen. Er hätte allerlei Neigungen, denen er leben könne, Literatur und Kunst. Außerdem interessiere er sich (durch seine Frau) besonders für Musik. Freilich — wenn das Vaterland rufe, werde er nicht Nein sagen. Er bezweifle, daß der Kaiser ihn rufen werde. Rufe er ihn aber, so werde er bestimmt erklären, daß er sich

nicht, wie Michaelis, in zehn oder fünfzehn Minuten entscheiden könne, daß er vielmehr Zeit gebrauche zur vorherigen gründlichen Aussprache mit den Führern des Reichstages. Die Bildung der jetzigen Reichstagsmehrheit sei eine absolute Notwendigkeit und das Zusammenarbeiten gerade dieser Parteien erscheine ihm als ein überaus glückliches. Er könne das Amt natürlich nur annehmen, wenn er die Mehrheit auf seiner Seite wisse. Wenn er zum Beispiel von mir höre, daß meine Partei oder ich ihn ablehne, so sei seine Kandidatur ohne weiteres erledigt. Ohne die Zustimmung der vier Mehrheitsparteien würde er das Amt unter keinen Umständen annehmen.

Er plauderte das in der Tat alles so interessant und in so herzlichen Brusttönen ehrlicher Überzeugung, daß ich immer wieder das vergnügte Gesicht August Steins vor mir sah. Jedenfalls war ich sofort im klaren darüber, daß ich möglichst nur ihn reden lassen, mich selbst aber in der Hauptsache auf die Rolle des Zuhörers beschränken wollte. Ich antwortete ihm zunächst, daß meiner Überzeugung nach der Krieg ohne das Zusammenwirken der Parteien und ohne daß sich die Regierung auf den Standpunkt der Mehrheit stelle, nicht zu Ende zu bringen sei. „Freilich hat die Mehrheit nicht nur die Aufgabe, den Frieden so bald als möglich auf Grund der Resolution vom 19. Juli 1917 herbeizuführen, sie wird und muß auch im Innern ihre Forderungen durchsetzen, also die Demokratisierung unserer gesamten Einrichtungen, vor allen Dingen Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen. Notwendig sei auch etwas Übereifer auf sozialpolitischem Gebiete.“

Fürst Bülow: „Sie haben vollkommen recht, das alles entspricht ganz meiner Meinung. Daraus ersehen Sie, wie ich die Lage beurteile.“ Es sei ihm sehr er-

wünscht, von mir zu hören, wie sich meine Partei zu seiner Kanzlerschaft stellen werde.

„Wir sind eine demokratische Partei. Ich kann also nicht persönlich für meine Partei in diesem Augenblick Erklärungen abgeben. Ich müßte zuvor die Fraktion und auch den Parteivorstand zurate ziehen. Das erscheint mir zur Zeit aber noch verfrüht. Wozu einen derartigen Apparat in Bewegung setzen, in einem Augenblick, in dem Sie mir sagen, daß Sie selbst kaum glauben könnten, daß der Kaiser Sie überhaupt rufen wird. Ich schlage vor, daß wir warten, bis der Ruf an Sie ergeht. Sobald das der Fall ist, kann meine Partei sich innerhalb weniger Stunden entscheiden.“

Fürst Bülow war offenbar überrascht über diese Antwort, denn er sagte nach kurzem Zögern lachend: „Herr Scheidemann, das war eine sehr kluge Antwort, lassen wir das also zunächst. Ich will nur das eine wiederholen: Unter keinen Umständen würde ich das Amt annehmen ohne Zustimmung der Reichstagsmehrheit. Wenn Ihre Partei Bedenken haben sollte, dann ist die Sache für mich erledigt. Aber lassen Sie mich gleich noch einiges hinzufügen: Sie erwähnten auch sozialpolitische Forderungen. Es handelt sich wohl um die Beseitigung des Erpressungsparagraphen?“ Darauf antwortete ich ihm, daß er hier offenbar falsch informiert worden sei, es handle sich nicht um die Beseitigung des Erpressungsparagraphen, sondern um eine Formulierung, die es vollkommen ausschließe, daß Arbeiter wegen Erpressung bestraft werden, wenn sie Lohnforderungen erheben und die Möglichkeit eines Streiks erwähnen für den Fall, daß ihre Forderungen nicht bewilligt werden. „Es handelt sich, soweit noch erheblichere Bedenken bestehen, vornehmlich um die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. Der § 153 müsse so schnell als möglich beseitigt werden.“

Der Fürst dankte mir für die Aufklärung. Was ich ihm über die Anwendung des Erpressungsparagraphen gesagt habe, sei ja geradezu unerhört. Von alledem habe er während seiner Kanzlerschaft nichts erfahren. Er würde selbstverständlich für die sofortige Aufhebung des § 153 und die Korrektur des Erpressungsparagraphen eintreten; eine andere Stellung gäbe es für ihn nicht.

Ich appellierte dann an ihn, „den klugen und erfahrenen Diplomaten“, ob er keine Möglichkeit sehe, bald zum Frieden zu kommen. Ich verstehe es nicht, daß die russische Revolution der deutschen Regierung keine Gelegenheit gegeben habe, mit den Russen Frieden zu schließen. — Der Fürst antwortete, daß er auch darin mit mir vollkommen übereinstimme, es sei unverständlich, daß keiner unserer militärischen Erfolge diplomatisch ausgenutzt worden sei. Er sprach dabei von Belgien, Rumänien und Rußland.

Wir unterhielten uns zwei und eine halbe Stunde lang. Ich gewann dabei immer mehr den Eindruck, daß Bülow tatsächlich recht gealtert und politisch nicht mehr auf der Höhe war. Allem, was ich sagte, stimmte er zu. Alles, was ich forderte, fand er für richtig. Als ich mich verabschiedete, ließ der Fürst noch einmal alle seine Künste im Umgang mit Menschen, die er für sich gewinnen wollte, spielen. Er hielt beim Abschiednehmen lange meine Hand und ging dann mit in den Vorraum seines Zimmers, wo er nicht davon abzubringen war, mir in den Überzieher zu helfen. Ich sträubte mich selbstverständlich, er jedoch fiel mir ins Wort: „Ach, was wollen Sie, Herr Scheidemann, wenn jemand zusehen würde, daß Sie mir behilflich wären, in den Überrock zu kommen, dann wäre die Bemerkung sicher: der Fürst kann nicht mehr in den Rock, der junge Scheidemann muß ihm helfen. Wenn aber

jemand sehen würde, daß ich Ihnen helfe, würde es heißen: dem jungen Scheidemann will der Alte in den Rock helfen, der kann noch allein hinein!“

In Erinnerung an die Instruktionsstunde bei August Stein dachte ich mir: „Dir kenn ick!“ Ihm aber sagte ich, daß mir ein Fürst bisher niemals in den Rock geholfen habe.

UNTERREDUNG MIT DEM FÜRSTEN HATZFELD

Am Tage nach der Unterredung mit dem Fürsten Bülow hatte ich eine Aussprache mit dem Fürsten Hatzfeld. Österreichische Diplomaten hatten wohl von meiner Begegnung mit dem Fürsten Bülow im Hotel Adlon gehört und bemühten sich nun, Gegenminen zu legen. Ein mir seit vielen Jahren befreundeter Schriftsteller, der gute Beziehungen zu Wien hatte, bat mich eindringlich, mittags bei ihm zu frühstücken, auf diese Weise könnte ich unauffällig mit dem Fürsten Hatzfeld mancherlei besprechen. Er lege den größten Wert darauf, daß die Unterredung stattfinde, denn für die Österreicher sei Bülow als deutscher Reichskanzler vollkommen unmöglich, nachdem er als Botschafter in Rom „halb Österreich an die Italiener auszuliefern bereit war, um die Italiener aus dem Kriege herauszuhalten“. Zunächst machte ich mich lustig über die Einladung; ich könne unmöglich jeden Tag mit einem anderen Fürsten, der gern Reichskanzler werden möchte, verhandeln. Dann aber sagte ich ihm in allem Ernst: „Bester Doktor, daß es in Berlin Leute gibt, die den Fürsten Bülow lancieren wollen, verstehe ich noch, aber den ollen Hatzfeld, den ich aus dem Reichstag genau kenne — nein, dafür fehlt mir jedes Verständnis.“ — Was war die Antwort? „Ach, du lieber Gott, worauf muß alles geachtet werden bei einer

solchen Kandidatur! In Wien ist man der Meinung, daß man nur dann Aussicht auf Erfolg in Berlin haben könne, wenn man dem Konkurrenten, der ein Fürst ist, auch einen Fürsten entgegengestellt! Man hat außer Hatzfeld keinen anderen.“

Die Unterredung beim Frühstück war so dürftig, daß ich nur folgendes notiert habe: „Ich kenne Hatzfeld als braven und anständigen Menschen, er kam mir aber noch viel verbrauchter vor als Bülow. Er schluckte alles, was ich sprach und war bereit, alles zu tun, wenn er Reichskanzler werde. Es stellte sich heraus, daß er von sozialpolitischen Dingen überhaupt keine Ahnung hatte. Was er über auswärtige Politik sagte, waren Banalitäten. Ich will nicht behaupten, daß er von der inneren Politik etwa mehr verstanden hätte, als von der auswärtigen. Er empfahl sich schließlich mit der Bemerkung: „Wenn ich nur noch vier Jahre zu leben hätte, so heißt das, ich habe in Wirklichkeit nur noch zwei Jahre zu leben, falls ich Reichskanzler werden sollte.“

Zwei Stunden später hatte ich eine Unterredung mit einem einflußreichen Geheimrat in der Wilhelmstraße. Er machte mich darauf aufmerksam, daß Kühlmann und Rantzau, der eine als Reichskanzler, der andere als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, zusammen unmöglich seien, weil keiner unter dem anderen im Amte bleiben werde. Aus der Verwandtschaft des einen der beiden Herren wurde mir abends bestätigt, daß meine Information richtig sei, „obwohl beide die besten Duzfreunde sind“ —

Inzwischen wurde Freiherr v. Hertling bearbeitet, um ihn für den Kanzlerposten zu gewinnen. Da er als Bayer nicht gut preußischer Ministerpräsident sein könne, sollte er „nur Reichskanzler“ werden, Michaelis aber preußischer Ministerpräsident bleiben! Wir liefen

sofort Sturm gegen eine solche Lösung: vor allem weg mit Michaelis! Als Kandidaten waren inzwischen außer Hertling noch auf die Liste gekommen: Dr. Solf, Peter Spahn, Graf Brockdorff-Rantzau, Fehrenbach, v. Payer, Graf Roedern, Prinz Max v. Baden u. a. Hertling wurde schließlich als Kanzler berufen, nachdem ihn zunächst nicht nur wir Sozialdemokraten, sondern auch die Fortschrittliche Volkspartei und Erzberger abgelehnt hatten. Erzberger war nach einer Unterredung mit Kühlmann umgefallen.

DER KAISER GEISTESKRANK ?

Mitten in unsere Beratungen über die neue Reichskanzlerschaft hinein kam Erzberger am 29. Oktober vom Auswärtigen Amt mit folgenden Mitteilungen: Vor den versammelten Oberpräsidenten und Staatssekretären habe der Kaiser eine Rede gehalten, die ungeheures Aufsehen gemacht habe. Der Kaiser habe auf die glänzenden Siege in Italien hingewiesen und dabei betont, daß sie nicht nach den Rezepten von Hindenburg und Ludendorff errungen seien, sondern nach seinem Rezept. Es handle sich um glänzende Siege! Italien liege am Boden wie Rußland. Mit Frankreich werde man fertig werden, so daß es später an unserer Seite sei. Wenn der Krieg zu Ende sei, werde eine Militärvorlage kommen, die alle Welt in Staunen versetzen müsse. Und dann komme der zweite Punische Krieg, in dem er an der Spitze stehen und England vernichten werde. Früher habe er daran gedacht, Albert wegzujagen und Belgien dem Reich anzugliedern. Davon sei er abgekommen, denn mit Belgien bekämen wir ja noch mehr Schwätzer und davon hätten wir längst genug in der Bude — im Reichstag.

Der Kaiser hatte also noch einmal von dem zweiten Punischen Krieg, den er zu führen beabsichtigte, geschwätzt. Man war allgemein im Ausschuß der Meinung, daß das Wort „geisteskrank“ den Zustand Seiner Majestät nur sehr ungenügend kennzeichnete. Das Gescheiteste wäre vielleicht gewesen, wenn man ihn damals in ein Sanatorium gebracht hätte.

Dritter Abschnitt

IN FÜHLUNG MIT DEN RUSSEN

In Rußland hatten inzwischen Lenin und Trotzki über Kerenski den Sieg davongetragen. Die Bolschewisten waren obenauf. Es handelte sich jetzt darum, so schnell wie möglich mit ihnen zu einem guten, gerechten Frieden zu kommen. Der Interfraktionelle Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich sehr eingehend mit der Frage, wie am besten zu prozedieren sei, um im Osten Schluß machen zu können. Am einfachsten war die Stellung für uns Sozialdemokraten. Wir brauchten nur auf die Friedensresolution und auf die von den Russen ausgegebene Parole hinzuweisen: „Keine Annexionen, keine Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker!“ Schwierig war besonders die letzte Frage, denn sehr gern wollten manche bürgerliche Abgeordnete, wenn sie es auch nicht offen aussprachen, einen sanften Druck auf den einen und anderen der russischen Randstaaten ausüben, damit sie auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes sich für Deutschland entscheiden möchten.

Beschlüsse der „Volksvertretungen“ in den Randstaaten — im Grunde genommen groteske Karikaturen wirklicher Volksvertretungen —, Beschlüsse, die im Laufe der letzten Wochen und Monate zustande gekommen waren, sollten als „Selbstbestimmung der

Völker“ anerkannt werden! Wir Sozialdemokraten wandten uns gegen jeden Versuch einer Umgehung der Friedensresolution, betonten, daß die Russen uns der Unehrlichkeit zeihen würden, und daß, falls die Situation mit Gewalt ausgenützt werden sollte, daraus nur neues Unheil für Deutschland entstehen müsse. Alle Einzelheiten, die hier in Betracht kommen, ausführlich zu schildern, ist nicht nötig. Dagegen sollen Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt erwähnt werden, die von Wichtigkeit sind.

An einer Besprechung, zu der der Staatssekretär von Kühlmann am 27. November 1917 eingeladen hatte, nahmen die Abgeordneten Erzberger, Fischbeck, Stresemann, Ebert und ich, sowie der Unterstaatssekretär v. d. Bussche teil. Von den Ausführungen des Staatssekretärs gebe ich die wichtigsten wieder:

„Sobald Rußland direkt oder indirekt einen Waffenstillstand anregt, kann es ihn sofort haben. Regierung und Oberste Heeresleitung sind darin einig. Natürlich werde es sich um einen befristeten Waffenstillstand handeln müssen, um so bald als möglich zum Frieden zu kommen. Selbstverständlich könne ein befristeter Waffenstillstand immer wieder prolongiert werden. Komme es mit Rußland zum Waffenstillstand, so werde das einen Druck auf die Entente ausüben, besonders auf Italien. — Österreich sei einig, die Schlappe Italiens nicht zur Grenzverbesserung auszunützen, so wünschenswert das auch sei. (Was die Wiener Herren damals noch für möglich hielten!) In der Entente beständen Differenzen; Lloyd George habe an Prestige und Macht eingebüßt; solange Clemenceau regiere, sei freilich an einen Frieden mit Frankreich nicht zu denken.“

Ich bohre erneut: „Wenn auch kein direktes Angebot von Rußland vorliegt, so soll die deutsche Re-

gierung, gleichviel in welcher Form, doch aller Welt erkenntlich machen, daß sie allezeit bereit ist, Schluß zu machen.“ — Erzberger unterstützt mich.

v. Kühlmann sagt: „Wenn sich in die geschlossene Rede des Reichskanzlers eine entsprechende Formel nicht mehr einschieben lasse, dann werde er in der Kommissionssitzung oder öffentlich eine uns befriedigende Erklärung abgeben.“ (Das heißt, so schrieb ich in mein Tagebuch, der Reichskanzler wird nichts sagen!)

Auf meine weitere Frage nach der Art des Friedens im Osten sagte Kühlmann: „Die Russen haben ja selbst die Formel aufgestellt: ohne Annexionen und Kontributionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Wenn also russische Westvölker sich dafür erklären, von Rußland loszukommen, dann müßten deren Wünsche ja wohl erfüllt werden, selbst wenn sie eine Anlehnung in dieser oder jener Form an uns verlangen. Er glaube übrigens nicht, daß den Russen sehr viel an den ja gar nicht russischen Gebieten gelegen sei.“

Am Tage darauf hatte der neue Kanzler selbst zu einer Konferenz eingeladen, um den berufenen Abgeordneten auseinanderzusetzen, was er in seiner bevorstehenden Reichstagsrede sagen werde. Freiherr von Hertling war ungewöhnlich lebendig an diesem Tage. Nach allgemeinen Redensarten, die keine wesentliche Bedeutung hatten, führte er aus:

„1. Nachdem S. M. die Initiative in der Wahlrechtsfrage ergriffen, werde er sich energisch dafür einsetzen, allerdings als Nichtpreuße die Vertretung im Landtag in der Hauptsache seinem Vertreter überlassen. 2. Frieden, so bald als möglich!“

Ich fragte ihn: „Will der Herr Reichskanzler morgen in seiner Rede nicht zum Ausdruck bringen, daß

er selbstverständlich bereit sei, mit Rußland Waffenstillstand zu schließen? Ich nehme das an. Aber ich wünsche, daß er es so deutlich wie möglich tut, im Hinblick auf die Wirkung im In- und Ausland."

Der Reichskanzler antwortete darauf: „Ich werde mich sehr entgegenkommend äußern und besonders auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinweisen! Ich wünsche, daß wir so bald als möglich mit dem russischen Volke wieder in Frieden leben können."

Ebert fragt dann: „Wird der Reichskanzler etwas über die Pläne betreffend Kurland, Litauen und Polen sagen?"

Reichskanzler Hertling: „Ein paar Worte nur: was in der Presse gestanden, ist falsch; alles ist noch in Schweben." Er erinnerte noch einmal an das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

v. Westarp und Heydebrand, die mir gegenüber saßen, waren wütend. v. Westarp sagte wiederholt zu v. Heydebrand: „Alles verabredet, Wort für Wort vereinbart!"

Die Behauptungen Westarps waren falsch, denn die gewundene Rede Hertlings hatte mindestens uns Sozialdemokraten ganz und gar nicht befriedigt. Die wiederholte Betonung des Selbstbestimmungsrechts der Völker klang aus dem Munde Hertlings mehr als verdächtig, besonders für uns, die wir gute Informationen durch einflußreiche Litauer erhalten hatten. Um den Litauern mehr einzuheizen, hatte die OHL durch den Fürsten Isenburg und den General v. Freitag-Loringhoven einer litauischen Deputation sagen lassen: „Wenn die Litauer nicht für ein selbständiges Litauen mit Anlehnung an das Deutsche Reich „freiwillig stimmten“, dann werde die OHL auf folgende Lösung drängen: Errichtung einer neuen strategischen Grenze für Deutschland über Kowno, Grodno, Düna-

burg, dann könnten die Litauer jenseits dieser Grenze machen, was sie wollen.“ Daß es sich nicht um leeres Gerede handelte, wurde mir von dem damaligen Legationsrat von Maltzan, dem späteren Botschafter in Washington, der aus Wilna nach Berlin gekommen war, ausdrücklich bestätigt. Aus seinen Darlegungen, so heißt es in meinen Aufzeichnungen vom 30. November 1917, „gewann ich den Eindruck, daß er im Einverständnis mit Herrn von Kühlmann handelte, um mich zur Vorsicht zu mahnen gegenüber der OHL.“

DIE BOLSCHEWIKI RECHNEN AUF DEUTSCHE UNTERSTÜTZUNG

Am 14. November 1917 war Dr. Helphand, der sich damals in Wien aufhielt, gebeten worden, sofort nach Stockholm zu kommen, weil der dortige Vertreter der Bolschewiki mit den beiden sozialistischen Parteien in Deutschland in Verbindung zu treten beabsichtige. Man gebrauche in Rußland eine Unterstützung der revolutionären Bewegung.

Dr. Helphand informierte uns umgehend — ohne sich die Wünsche der Bolschewisten zu eigen zu machen —, daß den Russen am erwünschtesten natürlich „große Demonstrationen und Streiks“ seien. Ebert und ich widersprachen sofort auf das entschiedenste. Dr. Helphand hatte auch gar nichts anderes erwartet. Wir sagten ihm zum Weiterbericht an die Russen: „Wir haben am Zustandekommen einer neuen Regierung, die sich auf bestimmte Forderungen verpflichtet hat, mitgewirkt. Dieser Regierung durch Demonstrationen in den Rücken zu fallen, müßten wir ablehnen. Ebert und ich seien gerade im Begriff, eine große Agitationstour anzutreten, in der wir erneut für den Ver-

ständigungsfrieden und gegen die Vaterlandspartei auftreten wollten. Wir könnten diese Gelegenheit benutzen, um auch ausführlicher über die Vorgänge in Rußland zu sprechen. Helphand könne ja in Stockholm sagen, daß wir entsprechende Resolutionen beschließen lassen würden.“

Das Resultat unserer Unterredung war folgendes: Helphand reist nach Stockholm und nimmt eine von mir entworfene, von Ebert gutgeheißene Sympathieresolution mit, um sie sofort der russischen Vertretung zu unterbreiten. Wir verabredeten weiter, „daß Helphand sofort an Scheidemann telegraphieren möge, wie man die Resolution beurteile, und ob man nicht geneigt sei, an unsere Versammlungen, denen diese Resolution vorgelegt werden soll, Begrüßungstelegramme zu senden“.

Am 17. November lief ein Stockholmer Telegramm folgenden Inhalts ein: „Einverstanden. Gestern ausführliches Telegramm abgegangen. Nachfragen Bergen.“ — Daraufhin bin ich sofort zu Herrn v. Bergen gegangen, um das Telegramm in Empfang zu nehmen. Er versicherte, daß er ein solches nicht erhalten habe. Wir verhandelten in Gegenwart des Staatssekretärs v. Kühlmann, der über unsere Vereinbarungen mit Stockholm informiert und dringend gebeten wurde, dafür zu sorgen, daß uns die Zensur nicht Schwierigkeiten bei der Veröffentlichung unserer Resolutionen gelegentlich der Versammlungen in Barmen und Dresden machen solle. Ich setzte dem Staatssekretär von neuem zu wegen der von mir gewünschten Auslassung über die russischen Verhältnisse. Kühlmann sagte, daß man selbstverständlich auf die leisesten Fühler hin reagieren werde. Wie die Antwort der deutschen Regierung ausfallen würde, sei doch ganz klar. Aus eigener Initiative könne die Regierung sich jetzt unmög-

lich an Lenin wenden, wisse man doch nicht, wie stark die Herren seien und ob sie nicht morgen bereits wieder alle im Gefängnis sitzen. Bei all unserem Entgegenkommen dürften wir uns nicht Blamagen aussetzen. Wir vereinbarten dann, daß, falls ein Telegramm aus Stockholm einlaufe, mir dasselbe sofort nach Dresden nachgesandt werden sollte.

Im größten Raum, der in Dresden für eine Versammlung zur Verfügung stand, dem Zirkus Sarrasani, sprach ich am 18. November vor vielen tausend Männern und Frauen. Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen. Das erwartete Telegramm aus Stockholm blieb aus. Herr v. Bergen versicherte am nächsten Tage, daß das Telegramm nicht rechtzeitig hätte nach Dresden weitergegeben werden können, weil ein Regierungsvertreter in Stockholm es unnötigerweise chiffriert nach Berlin gegeben hätte. Ich war überzeugt, daß uns das Telegramm absichtlich vorenthalten worden ist. Nach der in der Wilhelmstraße erfolgten Dechiffrierung hatte das Telegramm folgenden Wortlaut:

„Die Revolution in Rußland ist in ein neues Stadium getreten. Rußlands Arbeiter und Soldaten haben die Macht aus den Händen derer gerissen, welche die Friedens- und sozialen Ziele der Revolution fallengelassen haben. Sie haben selbst die Macht an sich genommen und schlagen sofortige Verhandlungen über einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker vor. Jedoch in Rußland wie im Ausland werden sich gegen diesen Frieden der Völker die Kräfte des Kapitals aufbäumen. Es steht noch ein langer Kampf bevor, der nur durch ein gemeinsames internationales Vorgehen des Proletariats siegreich beendet werden kann. Die Vertretung der Bolschewiki im Ausland hat von den französi-

schen, österreichischen und deutschen sozialdemokratischen Parteien und Organisationen die Zusicherung erhalten, daß das russische Proletariat auf kraftvolle Unterstützung rechnen darf. Sie hat diese Nachrichten der russischen Arbeiterschaft übermittelt und übersendet allen sozialdemokratischen Arbeitern, die um den Volksfrieden kämpfen, Brudergrüße. Sie hoffen, daß dem Brudermorden durch solidarischen Kampf des internationalen Proletariats ein Ende bereitet werden möge und damit zur Verwirklichung des Sozialismus die Grundlage gelegt wird."

Damals kam es darauf an, mit den Russen zu einem schnellen und gerechten Frieden zu kommen. — —

WIEDER NACH SCHWEDEN

Für uns Sozialdemokraten lag der Gedanke nahe, durch direkte Verbindung mit Lenin und seinen Freunden die Herbeiführung eines Ostfriedens beschleunigen zu können. Als in jenen Tagen mir Abschrift eines Briefwechsels zwischen Stauning und Troelstra zuzuging, aus dem zu ersehen war, daß Stauning auf eine neue Sozialistenkonferenz drängte, schrieb ich im Auftrag des Parteivorstandes an Stauning: „Wir freuten uns, daß er erneut die Initiative ergriffen habe. Es sei selbstverständlich, daß wir wiederum uns bereit erklärten, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, und zwar auf der Grundlage des von uns in Stockholm vertretenen Memorandums. Als unerläßliche Voraussetzung der Konferenz müsse die Teilnahme mindestens der Russen sichergestellt werden.“

Am 10. Dezember 1917 machte ich auf der Reise nach Stockholm in Kopenhagen halt, um mit Borgbjerg zu sprechen. Er teilte mir mit, daß eine Sozia-

listenkonferenz, die auf den Frieden drängen solle, vielleicht überholt werde durch direkte Verhandlungen zwischen Rußland und Deutschland. Stauning, der nicht in Kopenhagen sei, habe der Meinung Ausdruck gegeben, daß, wenn es sich als empfehlenswert für Rußland herausstelle, die russischen Sozialisten sich direkt an die dänische Partei wenden würden, um diese zu bitten, eine Konferenz zu berufen. Wir besprachen dann die Bedingungen der Russen für einen Waffenstillstand. Sie fordern u. a., daß Truppenverschiebungen auf deutscher Seite vom Osten nach dem Westen nicht stattfinden. Auf diese Weise wollten sie einer Verlängerung des Krieges entgegenwirken.

Im Laufe des Nachmittags sprach ich auf seine Einladung hin mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau, der sich wieder ausgezeichnet informiert erwies und, wie immer, mit großer Offenheit die Situation mit mir besprach. Die Ententevertreter seien dabei, gegen Rußland eine ganz große Sache zu machen, indem sie die Ukraine, den Kaukasus und die Donkosaken gegen die Bolschewisten aufbieten und marschieren lassen wollten. Außerdem rühre sich Amerika. Wenn die Bolschewisten sich bestimmen ließen, den Krieg fortzusetzen, so wolle Amerika ihnen jede Hilfe gewährleisten.

Über Nacht fuhr ich nach Stockholm, wo Dr. Helphand mich am nächsten Morgen am Bahnhof erwartete, um mich in einer unauffällig gelegenen Privatwohnung unterzubringen, weil ich dadurch zahllosen Belästigungen und Spitzeln besser aus dem Wege gehen könnte. Legationsrat Rietzler bat mich brieflich und telephonisch, ihn so bald als möglich zu besuchen. Er war im Besitz eines Chiffertelegramms, das Erzberger und v. d. Busche für mich aus Berlin geschickt hatten. Die Herren teilten mir mit, daß die Entente

alle Minen springen lasse, um einen Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland zu vereiteln. Zu diesem Zwecke suchten jetzt die Ententeregierungen eine Sozialistenkonferenz zu fördern, weil sie annehmen, dadurch Zeit gewinnen zu können. Im Interesse eines baldigen Friedens möchte ich auf Verhandlung von Regierung zu Regierung drängen, dagegen auf die sozialistische Konferenz verzichten.

Die Mitteilungen Erzbergers waren unrichtig. Wer die neue Konferenz gern gewollt hatte, wußte ich entschieden besser als er. Rietzler beschwerte sich übrigens sehr über Erzberger, der durch sein eigenmächtiges Vorgehen große Schwierigkeiten gemacht und ihn für vierzehn Tage geradezu lahmgelegt habe. „Erzberger betätigt sich selbst in delikatzen Dingen wie ein Elefant.“ Er schilderte ein Beispiel, das freilich diesen Vergleich noch als milde erscheinen ließ. Rietzler war schon mehrfach mit dem Vertreter der Russen in Stockholm, Worowsky, in Verbindung gewesen und hatte ihn als einen recht verständigen Menschen kennengelernt. Worowsky war der später in der Schweiz ermordete Sowjetgesandte. Mit ihm in Führung zu kommen, war mit der Hauptzweck meiner Reise. Dr. Helphand-Parvus empfing Worowsky täglich. Er sagte ihm, daß ich in Stockholm sei und eine Begegnung mit ihm wünsche. Worowsky hat darauf gesagt: „Ich verkehre mit Ihnen als einem alten Bekannten und habe Ihnen alles gesagt, was zu wissen auch für Scheidemann gut ist. Mehr könnte ich Scheidemann direkt auch nicht sagen. Wenn wir uns aber begegnen, so besteht die Gefahr, daß großer Lärm gegen mich gemacht wird, falls man von unserem Rendezvous erfährt.“ Worowsky befürchtete also Verdruß, wenn er mit mir direkt in Verbindung treten würde. Parvus mahnte mich wiederholt, die Geduld nicht zu

verlieren, ich würde Worowsky bestimmt noch sprechen. Wir sind uns dann auch tatsächlich zweimal begegnet, das erstemal mehr zufällig, das zweitemal auf Grund einer Verabredung. Diese zweite Unterredung fand am 14. Dezember statt und dauerte nahezu drei Stunden. Ich machte nach der Unterredung ausführliche Aufzeichnungen, die Parvus durchsah und ausdrücklich als richtig anerkannte. Worowsky sah die Dinge in Rußland sehr rosig an. „Er spricht sogar von einer ‚klaren Klassenscheidung‘, bei der die Mittelpartei gar keine Rolle spiele. Ich wies auf die Schwierigkeiten, so wie ich sie sähe, hin, Frieden und Landverteilung! Wenn ersterer nicht sehr schnell und die Landverteilung gar nicht komme, werde es vorbei sein mit dem, was er klare Klassenscheidung nenne. Meines Erachtens sei es die Friedensparole, die den Bolschewisten die Arbeiter, Soldaten und Bauern zugeführt hat. Erst waren sie bei Kerenski, weil er ihnen den Frieden versprach, sie liefen ihm davon, als er nicht Wort hielt. Wenn jetzt die Bolschewisten nicht schneller ans Ziel kommen, werde es drunter und drüber gehen. Worowsky gab alles das nicht ausdrücklich zu, ließ aber doch erkennen, daß er auch seine Bedenken und persönlichen Meinungen habe. Sehr offen gab er zu, daß sie deshalb einen so schwierigen Stand haben, weil sie als „Maximalisten“ auch das Maximum an Forderungen aufstellen müßten, obgleich sie in der Macht, d. h. die Regierung seien. Er sprach sehr offen über die Zustände in Rußland. — Als ich daraufhin bemerkte, daß es doch im eigensten Interesse der Bolschewiki liege, so schnell als möglich Frieden zu schließen und nicht künstlich Verzögerungen herbeizuführen, da ihnen sonst die Soldaten einen Strich durch die Rechnung machen könnten, meinte er: „So stand es vor vier Wochen, da hatten die Soldaten

nichts mehr zu essen und keine Kleidung, das alles ist jetzt wesentlich besser.“

„Wenn die Soldaten vor vier Wochen die Front eigenmächtig verließen, weil sie den Frieden und Land haben wollten, dann sollten sie jetzt bleiben und eventuell weiter Krieg zu führen bereit sein, weil sie inzwischen etwas mehr zu essen und eine Unterhose gekriegt haben?“ Er schwieg. Selbstverständlich wollte Worowsky nichts sagen, was sein Land hätte schädigen können; das habe ich ebensowenig von ihm erwartet, wie er von mir.

Wir kamen dann auf die Versuche zu sprechen, eine internationale sozialistische Konferenz zu berufen. Ich erzählte, was uns Stauning geschrieben und was wir ihm geantwortet hatten. Ich konnte zunächst nicht klug aus ihm werden, wie er persönlich zu der Konferenz steht. Parvus trat lebhaft dafür ein. Worowsky gab allmählich zu, daß er — wenn die Verhandlungen über den Waffenstillstand bzw. den Frieden mit Rußland noch ein wenig hinausgezögert und in der Öffentlichkeit recht viel darüber geschrieben werde, mit der Möglichkeit rechne, daß in allen Westländern die Revolution ausbreche.

„Geben Sie sich keinen Täuschungen hin, soweit Deutschland in Betracht kommt. Ihre Taktik paßt ebensowenig für uns, wie es unsinnig wäre, von den Engländern und Franzosen zu verlangen, daß sie sich genau so verhalten sollten wie wir. Wir kämpfen um die Existenz des Landes; dessen Zusammenbruch — ob im Kriege oder in einer Revolution in dieser Zeit — würde uns in eine Situation bringen, in der es für lange Zeit dem Arbeiter und dem Sozialismus am schlechtesten ergehen werde.“

Parvus: „Ich habe ebenfalls schon oft gesagt: Solange der Krieg währt, gibt es in Deutschland be-

stimmt keine Revolution. Was nachher wird, ist etwas anderes". — Dem fügte ich hinzu: „Das ist natürlich. Kein Mensch weiß heute, wie der Krieg ausgeht, wie sich dann die Verhältnisse gestalten, wie sich die Regierung benehmen wird usw. Darauf kommt's im Augenblick nicht an. Jetzt heißt's m. E.: Schluß so schnell wie irgendmöglich.“ — W o r o w s k y: „In Brest werden die Verhandlungen nicht zu Ende geführt werden können. Wir verlangen die Verlegung in eine neutrale Stadt.“ — „Derartige Schwierigkeiten sollten Sie jetzt nicht machen. Das ist doch das weniger wichtige, wo verhandelt wird; die Hauptsache ist doch, wie und daß mit gutem Erfolg verhandelt wird.“ — W o r o w s k y: „Es ist in Brest nicht genügende Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Unsere Genossen sind ungehalten, daß die Verhandlungsprotokolle, die in Rußland veröffentlicht werden, in der deutschen Presse nicht abgedruckt werden. . .“ „Die Hauptsache sei,“ so antwortete ich ihm, „daß über den Gang der Verhandlungen w a h r h e i t s g e m ä ß berichtet werde. Ob etwa die Zensur den Abdruck hindere, wisse ich nicht.“ — W o r o w s k y: „Rußland verhandelt unter der Kontrolle der Arbeiter und Soldaten. Die Militärs sind lediglich als Sachverständige bei den Verhandlungen. Unsere Unterhändler dürfen nur Russisch sprechen, damit jedes Wort kontrolliert werden kann von den fremder Sprachen nicht mächtigen Arbeitern. Er wünschte, daß die deutschen Sozialdemokraten sich für die Verlegung des Verhandlungsortes ins Zeug legen sollten“. — „Wir würden also dann in Wirklichkeit für eine Verschleppung des Waffenstillstandsabkommens wirken müssen! Legen Sie doch derartigen Nebensächlichkeiten nicht so große Bedeutung bei, solange es sich um den Waffenstillstand handelt. Übrigens wäre es gut, wenn außer den Mili-

tärs auch unsere Regierung vertreten wäre. Dafür könnten Sie eintreten. Wenn Sie, die Sie sozialistische Partei und Regierung sind, dafür wirken wollten, daß Ihre Regierung durch prominente Mitglieder in Brest vertreten wäre, dann — wenn Lenin oder Trotzki dort verhandelten — würde Kühlmann gewiß gern bereit sein, auch nach Brest zu gehen.“ (Ich hatte ein Telegramm Kühlmanns, in dem diese Bereitschaft ausgesprochen war, gesehen.) — W o r o w s k y: „Ich weiß auf Umwegen aus deutschen Regierungskreisen, daß man in Berlin diesen Wunsch hat.“ (Parvus hörte noch aufmerksamer zu!) Worowsky hatte diesen Satz lächelnd, zu mir gewandt, gesprochen, er wollte wohl andeuten, daß er die Quelle meiner Anregung kannte.

Worowsky kam dann immer wieder auf die Friedensverhandlungen zurück. Er wünsche dringend, daß alle Ententeländer noch daran teilnehmen, Rußland werde alles tun, um das zu erreichen bzw. um es den Franzosen und Engländern zu erleichtern. Ob auf die Reichstagsmehrheit wirklich Verlaß sei? — Ich suchte ihn zu beruhigen, indem ich meiner Überzeugung Ausdruck gab, daß außer uns die Fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum treu zu der Resolution vom 19. Juli 1917 stehen würden, unbekümmert um die jeweilige militärische Lage.

Alle meine Versuche, auf besonders aktuell gewordene Fragen zu kommen, so z. B. auf die künftige Gestaltung Polens, Litauens usw., vereitelte er mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Meinen Versuchen, eine innige Verbindung zwischen den russischen Sozialisten und der SPD. zu betreiben, suchte er auch auszuweichen. Dabei entwickelte sich aber doch eine Debatte über die Taktik und die Friedensarbeit der SPD. Er gab sich Mühe, die von uns geleistete Arbeit als „nicht revolutionär“ hin-

zustellen, wogegen er gar keinen Versuch machte etwa die französischen und englischen Sozialisten zu verteidigen, deren Taktik ich als für uns absolut unverständlich bezeichnet hatte. Ich bat ihn schließlich, sich die Mühe zu geben, uns so verstehen zu lernen, wie wir uns bemühten, die russische Bewegung aus den in Rußland herrschenden Verhältnissen zu verstehen. Parvus unterstützte mich dabei. Die Debatte endete mit der Erörterung des Projekts, in Stockholm eine Austauschstelle zu schaffen für russische und deutsche Depeschen über den Stand der Dinge in beiden Ländern.

Worowsky verabschiedete sich dann in der liebenswürdigsten Weise — er müsse jetzt fort zu weiteren dringlichen Besprechungen.

Parvus und ich saßen noch lange beisammen, um alle Einzelheiten der Unterhaltung durchzusprechen.

* * *

Daß es damals unmöglich war, in Stockholm irgendwo auch nur eine Viertelstunde unbeobachtet zu sein, erlebten wir alle Tage. Hinter jedem bekannteren Deutschen war irgendein Ententespion her. Am Tage nach der Unterredung mit Worowsky wurde mir das wieder einmal sehr drastisch demonstriert. Der „Sozialdemokrat“ Brantings, ein Blatt, das uns sehr wenig geneigt war, veröffentlichte einen Artikel über die öffentlichen Verhandlungen in Brest und die geheime Diplomatie in Stockholm. Wilhelm Jansson war der Meinung, daß Huysmans den Artikel verfaßt habe. Er machte mir den Vorwurf, den Artikel geradezu verschuldet zu haben durch einen Besuch bei Camille. „Du hättest ihn einfach schneiden sollen!“ Das wäre ganz unmöglich gewesen, wie gleich berichtet werden soll.

Da Dr. Rietzler mit Worowsky, was dessen Freunde natürlich nicht wußten, häufig Besprechungen hatte, ebenso wie auch Parvus, und da ich von beiden informiert wurde, also auch die Möglichkeit genauester Kontrolle gegeben war, konnte ich meine Mission in Stockholm bald als erledigt ansehen. Dr. Rietzler hat sich in Stockholm damals wirklich sehr geschickt benommen. Wäre in Brest-Litowsk offen und ehrlich verhandelt worden, dann hätte vieles anders kommen können. Wahrscheinlich wäre das Versailler Diktat in der Form, wie es Deutschland später aufgezwungen worden ist, unmöglich gewesen.

Es war natürlich ausgeschlossen, in Stockholm mit unseren offiziellen Regierungsvertretern, mit Dr. Lucius, dem Gesandten, sowie mit dem Legationsrat Riezler, mit Dr. Helphand, Worowsky und vielen anderen bekannten Politikern in Verbindung zu treten, den offiziellen Vertreter des Internationalen Sozialistischen Büros Camille Huysman, der als Geschäftsführer des Friedenskomitees noch immer in Schweden war, aber nicht aufzusuchen. Außerdem gehörte doch auch mit zu meinem offiziellen Auftrag, in Stockholm nachzuforschen, was eigentlich mit der neuen, von Stauning und Parvus angeregten Konferenz los sei. Das fragte ich denn auch Camille, zu dem mich Pohl, der frühere Vertreter der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ und des „Vorwärts“ in Paris, begleitete. „Wir sind im Parteivorstand ohne Berichte über das Schicksal der Anregung Staunings. Briefe und Telegramme kommen verspätet oder gar nicht an, also: wie steht es mit der neuen Konferenz?“ — Es werde noch viel Zeit vergehen, bevor eine Entscheidung fällt, denn die englischen Arbeiter würden nichts tun ohne die französischen, diese nichts ohne die englischen. Darauf antwortete ich ihm:

„U n t e r d e s s e n werden sich die Arbeiter weiter gegenseitig zerfleischen; wir pflegen solche Sachen nicht auf die lange Bank zu schieben. Ich verstehe auch weder das Verhalten der französischen, noch der englischen Arbeiter, wohingegen unser Verhalten doch von Tag zu Tag einwandsfreier und selbstverständlicher auch für unsere Gegner werden müßte — mindestens von dem Tage an, an dem die Geheimdokumente über die Eroberungs- und Vergewaltigungspläne der Entente Deutschland gegenüber bekanntgeworden sind. Es ist doch ganz klar, daß wir in der Tat um die nackte Existenz des Reiches den Kampf zu führen haben — was von den Alldeutschen zusammengeschwafelt wird, haben diese Leute einzig und allein zu verantworten. Weder die Regierung, noch die Mehrheit des Volkes und des Reichstags haben damit etwas zu tun. Solange die französischen und englischen Sozialisten ihre Haltung nicht endlich aufgeben, kann von einer Änderung unserer Taktik noch weniger die Rede sein als bisher. Wir wollen den Frieden, aber wir wollen ihn nicht um jeden Preis. Wenn die Franzosen kämpfen wollen, bis sie Elsaß-Lothringen erobert haben, kann der Krieg noch zehn Jahre fortgesetzt werden. Es ist lächerlich, damit zu rechnen, daß Deutschland wegen Mangel an Nahrung oder Rohstoffen zusammenbrechen kann und an eine militärische Niederwerfung nach dem Zusammenbruch Rußlands noch zu glauben, ist doch naiv. — C a m i l l e H u y s m a n s antwortete darauf, er habe selbst oft darauf aufmerksam gemacht, daß man die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands nicht überschätzen möge — übrigens: England geht es glänzend! (Mit leuchtenden Augen — die ich ihm nicht nachmachen konnte, weil doch zu sehr die Entbehrungen herauslugten): „England hat alles im Überfluß!“ Dann

kam er auf die veröffentlichten Geheimdokumente zu sprechen. Ich lasse hier folgen, was Pohl darüber skizziert hat:

„Trotzkis Veröffentlichung über den Geheimvertrag bezüglich des linken Rheinufers brachte nichts neues. Albert Thomas hatte die Abmachungen seinerzeit in Rußland zu Gesicht bekommen und brachte sie in den Geheimsitzungen der Kammer zur Debatte. Es stellte sich heraus, daß fast kein Minister, d. h. eigentlich nur Briand, darum wußte. Die Sozialisten schlugen Lärm. — Die beteiligten französischen Diplomaten in Petersburg wurden kaltgestellt, Briand fiel. An Poincaré war wegen seiner verfassungsmäßigen Unverantwortlichkeit schwer heranzukommen. Camille zog hier sehr schmerzliche Parallelen: unseren Kaiser könnten wir ja auch für nichts zur Verantwortung ziehen usw. — Die Vorgänge in den Geheimsitzungen blieben kein Geheimnis, da Berichte darüber auf den Boulevards verkauft wurden. Sembat hat in der „Humanité“ anläßlich der Michaelisschen Rede darauf hingewiesen. Huysmans sagt, daß er die Geschichte vom Eingreifen Thomas' und den Inhalt des Geheimvertrags seinerzeit im holländisch-skandinavischen Büro erzählt habe.“

Auf diese von Pohl leider nur dürftig skizzierte Rede Camilles antwortete ich sehr gründlich: „Wenn Thomas seit dem Sommer die Geheimdokumente gekannt hat, sei doch die Sachlage für die französische Partei um so schlimmer! Sie habe keinerlei Konsequenzen daraus gezogen! Was er und seine Freunde sagen würden, wenn sie in der Lage wären, ähnliches den deutschen Sozialdemokraten ankreiden zu können!“ — Huysmans lenkte dann sehr schnell ein und brachte die Sprache auf die Behandlung der Belgier und Serben.

Im Laufe der Unterredung sprach Huysmans übrigens, was ich zu erwähnen nicht vergessen will, mit positiver Bestimmtheit: „Ich weiß, daß die Anregung der neuen Konferenz gar nicht von Stauning ausgeht, sondern von Parvus.“ — —

Huysmans, der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, hätte kaum einseitiger Stellung nehmen können, als er es in dieser Unterredung getan hat. Ich war freilich verständig genug, nicht zu vergessen, daß er Belgier ist, also wirklich keinen Grund hatte, Deutschland besonders zu lieben.

Pohl hat später noch eine Unterredung mit Huysmans gehabt, in der dieser u. a. sagte: „Hält Scheidemann mich für so naiv, daß ich ihm glaube, er sei hierhergekommen, um sich zu informieren? Er war noch keine Stunde in Stockholm, da wußten wir, wo er wohnt und seitdem wissen wir genau, wo er gewesen ist und mit wem er verhandelt hat.“ Parvus sagte später zu mir: „Es sei selbstverständlich, daß Huysmans mit der englischen Gesandtschaft in innigster Verbindung stehe. Er wisse von einer hochstehenden Persönlichkeit in Kopenhagen, daß seine (Parvus) Briefe dort geöffnet und von der englischen Gesandtschaft gelesen worden seien. In einem dieser Briefe habe auch die für Stauning bestimmte Anregung der neuen Konferenz gestanden!“

* * *

Da alle in Betracht kommenden amtlichen Stellen uns deutlich genug hatten wissen lassen, daß ihnen jegliche Tätigkeit von unserer Seite jetzt unwillkommen war, wir aber keine Neigung hatten, in kritischen Augenblicken keine Möglichkeit zu haben, untereinander in Verbindung zu bleiben oder zu kommen, verabredeten wir in Stockholm einen Telegrammcode, der sich glänzend bewährt hat. Als Adressen wählten

wir uns befreundete Geschäftsleute in Stockholm, Kopenhagen und Berlin, die offen telegraphieren durften. Unser Code war derart geschickt gemacht, daß wir auch alles „offen“ depeschieren konnten, ohne befürchten zu müssen, daß irgendein Mensch, und sei es der gerissenste Dechiffreur, den Schlüssel hätte finden können. Auf der Reise von Stockholm über Malmö nach Kopenhagen erhielt ich ein Telegramm folgenden Inhalts: „Walter kommt morgen Helsingör.“ In Wirklichkeit bedeutete das: „Bleibe zunächst in Kopenhagen, denn Radek kommt am Montag von Petersburg nach Stockholm.“ Alles weitere zu kombinieren, war sehr leicht. In Kopenhagen hätte ich von Stockholm aus viel besser informiert werden können, als etwa in Berlin. Im Bedarfsfall konnte ich auch über Nacht wieder in der schwedischen Hauptstadt sein, während von Berlin aus eine Reise nach Stockholm etwa 24 Stunden Zeit in Anspruch nahm. Radek hatte übrigens nichts von erheblicher Bedeutung aus Moskau und Petersburg zu berichten gehabt, so daß ich durch ein weiteres Telegramm aus Stockholm für die Heimreise freigegeben werden konnte.

In Kopenhagen suchte ich Stauning und den Grafen Brockdorff-Rantzau auf, um sie zu informieren und mich informieren zu lassen. In Berlin besuchte ich auf dringende Einladung sofort den Unterstaatssekretär v. d. Bussche. Er wollte Informationen für Kühlmann haben, der bereits die Koffer für Brest-Litowsk packte.

Es gab dann Verhandlungen mit Troelstra in Holland, die ich im Auftrag des Parteivorstandes führte, sowie zahllose Konferenzen in Berlin. Gegenstand der Besprechungen war fast immer der gleiche: Brest-Litowsk!

FRIEDENSRESOLUTION UND BREST-LITOWSK

In den vielen offiziellen Konferenzen, die dann in Berlin stattfanden, war ganz klar zu ersehen, daß „man“ der Friedensresolution vom Juli 1917 eine Nase drehen wollte. Dazu gebrauchte man vor allem Zeit.

Graf Westarp und Stresemann waren mit allen Verschleppungsmanövern einverstanden. Die Fraktion hatte wiederholt die von mir erstatteten Referate über die Situation gebilligt und beschlossen: nicht eine Spur von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wird preisgegeben! Das sollte erklärt werden „mit entsprechender Kampfansage, falls die Regierung den Alldeutschen Konzessionen machen will.“ Zwischen der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli und einigen in Brest-Litowsk inzwischen abgegebenen Erklärungen vom 25. und 28. Dezember klaffte ein Widerspruch. „Die Stellung des Reichskanzlers ist unhaltbar, wenn er von seinem früher eingenommenen Standpunkt abgehen wollte“, erklärte ich. „Wir brauchten jetzt vollkommene Klarheit. Wir bekennen uns auch heute noch zu dem uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wir wünschten nichts sehnlicher, als daß der allgemeine Friede auf der Grundlage der Reichstagsresolution bald geschlossen werden kann. Da das im Augenblick noch nicht möglich ist, müssen wir uns zunächst mit einem Sonderfrieden begnügen. Den aber wünschen wir in keiner Weise zu gefährden.“

Bei allen Verhandlungen über Brest-Litowsk ließ sich eine peinlich wirkende Heuchelei besonders bei manchen Nationalliberalen feststellen. Ihre Eroberungsgelüste suchten sie hinter dem Selbstbestimmungsrecht der Randstaaten zu verbergen. Wie die Katzen das Mäusen nicht lassen können, so brachen bei den

Nationalliberalen immer wieder die Gelüste nach den russischen Randstaaten durch.

Die sozialdemokratische Fraktion hielt am Nachmittag des 6. Januar eine Sitzung ab, in der sich eine nicht alltägliche einmütige Stimmung feststellen ließ, die auch in einer Resolution zum Ausdruck gebracht wurde. Inzwischen war von Ludendorff die Säge in Bewegung gesetzt worden, um Kühlmann zu beseitigen, der in Brest und Berlin nicht so getanzt, wie die Oberste Heeresleitung gepfiffen hatte. Die Situation war damals genau so, wie vor dem Sturz Bethmanns. Ludendorff drohte mit seinem Abschied, wenn nicht v. Kühlmann gehe. Dieses Spiel trieb Ludendorff in dem Augenblick, in dem die von ihm eingeleitete Offensive im Westen beginnen sollte. Max Wiesner, ein trefflich unterrichteter Journalist, der mit der Wilhelmstraße enge Fühlung hatte, sagte mir am Abend des 7. Januar: „Zur Irreführung der öffentlichen Meinung benutze man die gleichen Kanäle wie zurzeit Bethmann Hollwegs: Kriegspresseamt, Stresemann usw. Die Oberste Heeresleitung suche den Anschein zu erwecken, daß v. Kühlmann große Annexionen wolle, während es für die Oberste Heeresleitung nur auf kleine Grenzberichtigungen ankomme aus strategischen Rücksichten. In Wirklichkeit also „decke sich“ die Politik der Obersten Heeresleitung mit der der Reichstagsmehrheit. Die Russen würden mit den Grenzberichtigungen einverstanden sein. v. Kühlmann habe illoyal gehandelt, u. a. dadurch, daß er in Brest-Litowsk den Versuch gemacht habe, den allgemeinen Frieden unter Einbeziehung Englands vorzubereiten. General Hoffmann sei von Kühlmann eingewickelt worden bei dem Abschluß des Waffenstillstandes. v. Kühlmann habe Hoffmann eingeredet, er werde der zukünftige Reichskanzler sein.

Das verständige Verhalten Hoffmanns habe die Oberste Heeresleitung veranlaßt, ihn kaltzustellen. Der Kampf der alldeutschen Presse gegen den Waffenstillstandsvertrag sei von der Obersten Heeresleitung inspiriert worden. — Ludendorff hat ein Abschiedsgesuch eingereicht. Das Dementi ist — ein verlegenes Machwerk — von ihm selbst verfaßt. — Das Ziel der Obersten Heeresleitung sei die Narewlinie. Das hieße zwei Millionen Polen annectieren. Besonders wollen sie die Kohlenwerke im Kreise Benthin. Die Oberste Heeresleitung will auch Grenzberichtigungen in Litauen und Kurland. — v. Kühlmann werfen sie vor, daß er im Osten große Gebiete auf dem Wege über das Selbstbestimmungsrecht gewinnen wolle, um dann — als Anglophile — im Westen nichts zu fordern. Wenn dann das Volk murre, wolle er auf den Gewinn im Osten hinweisen können. Im Westen wolle die Oberste Heeresleitung Longwy und Briey, eine „Abrundung unseres Industriegebietes“. Im Osten und Westen also Krieg im Interesse der Schwerindustrie. — Im Großen Hauptquartier sei der Oberst Bauer der böse Geist.

Am 6. Januar habe der Staatssekretär Dr. Solf die Fortschrittliche Volkspartei, der Staatssekretär Dr. Wallraf das Zentrum ausfragen müssen — auf Hertlings Verlangen —

1. ob sie bereit seien, von ihrem bisherigen Friedensprogramm mit dem Selbstbestimmungsrecht abzugehen und das bescheidene Programm der Obersten Heeresleitung (Grenzberichtigung) zu akzeptieren und ob sie
2. bereit seien, die bisherige Mehrheit durch Ausschaltung der Sozialdemokraten und durch Aufnahme der Nationalliberalen zu einem großen Block der Mitte zu machen.“

Wie die Zentrumsabgeordneten geantwortet hatten, konnte mein Gewährsmann nicht erfahren. Für die Freisinnige Volkspartei hat Fischbeck beide Fragen strikte verneint: „Ein solcher Block der Mitte sei einfach ein Block der Rechten, das heißt der Reaktion.“ — Solf habe diese Antwort freudig aufgenommen. Sie sei vom Reichskanzler Hertling erwartet worden, der entschlossen sei, das Programm zu halten, das er eingegangen sei, als er ins Amt gekommen. Über die Stimmung des Kaisers wurde Max Wiesner von absolut zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß er zwar scheinbar ruhig, aber doch besorgt sei um den Thron, weil die alldeutsche Presse fortgesetzt mit dem Abbruch der monarchischen Gefühle im Volke drohe. Er habe sich durch Solf und Wallraff informieren lassen wollen. Ernstlich gehe S. M. mit dem Gedanken um, sich von Ludendorff zu trennen! S. M. habe als Nachfolger Ludendorffs den General Woyrsch aussersehen, den er am 6. Januar empfangen habe.“

Im Interfraktionellen Ausschuß, in dem die Nationalliberalen immer wieder auftauchten, einigten sich Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokraten, die Situation ohne die unzuverlässigen Nationalliberalen zu besprechen.. Das ist geschehen in Sitzungen am 7. und 8. Januar. In der ersten dieser Sitzungen wurde, wie ich für mein Tagebuch notierte, auf das Bestimmteste behauptet: „Die bösen Geister, die hinter den Kulissen arbeiten, sind Stresemann, Oberst Bauer, Oberst Nicolai u. a. Ludendorffs Plan sei der, im Westen einen großen Sieg zu erringen und damit einen Volksrausch zu entfesseln, der alle der Vaterlandspartei widerstrebenden Kreise wegfege werde!“

Um ein Uhr mittags erstattete ich im Fraktionsvorstand über diese Mitteilungen Bericht. Wir waren

uns einig darin, ruhig Blut zu bewahren, aber auf ein Hinausdrängen der Nationalliberalen aus der Interfraktionellen Konferenz hinzuarbeiten.

In der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses äußerte sich dann Fehrenbach über die Stellung seiner Parteifreunde wie folgt:

1. Sie seien gewillt, ihren Standpunkt vom 19. Juli aufrechtzuerhalten, finden sich aber ab mit „kleinen Grenzberichtigungen“, wie sie die Oberste Heeresleitung zum Beispiel bei Sosnowice und Thorn verlange. Pläne à la Ludendorff, durch die dem Reich zirka zwei Millionen Polen einverleibt werden müßten, lehnten sie mit Entschiedenheit ab.
2. Die staatsrechtliche Gestaltung der einzelnen Gebiete sei Sache der einzelnen Völker; es sei deren Sache, ob sie sich eine republikanische oder monarchische Staatsform geben wollten; ebenso sei es gegebenenfalls ihre eigenste Angelegenheit, wen sie eventl. an die Spitze ihrer Staaten berufen wollten.
3. Die Frist, innerhalb welcher die Völker ihre Entscheidungen treffen wollten, sei nebensächlicher Natur.
4. Wenn heute, wie ihnen gesagt worden sei, die Litauer in Brest-Litowsk ihre Selbständigkeit erklären wollten, so sind sie damit einverstanden, daß verfahren wird, wie im Falle Finnlands.
5. Die Modalität, unter der die Völker ihre Selbständigkeit erklären wollten, sei ihnen im Grunde genommen egal; die sozialdemokratische Resolution vom 6. Januar, nach der eine Willenskundgebung nur durch eine Konstituante erfolgen könne, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts

gewählt sei, gehe ihnen zu weit. Sie hätten gar nichts dagegen, aber man solle es nicht zur unerläßlichen Bedingung machen. — Wir sollten nicht vergessen, daß es sich um ein Land mit ganz primitiven Verhältnissen und vielen Analphabeten handle.

Diese Erklärung Fehrenbachs veranlaßte naturgemäß eine sehr tiefgreifende Aussprache, in der ich auftragsgemäß den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat. Fischbeck stimmte mir in fast allen Punkten zu. „Eine kleine Grenzberichtigung dürfe unter keinen Umständen die Wegnahme von Kohlenbezirken sein.“ Auf eine Bemerkung des fortschrittlichen Abgeordneten Dove, daß der Staatssekretär v. Kühlmann erledigt sei, antwortete Erzberger, das sei falsch. Er könne das versichern auf Grund eines Telegramms, das er am Abend zuvor von Kühlmann erhalten habe. Kühlmann sei empört über die Unterstellung, daß er entgegen einer Bindung gehandelt habe. Er hätte vollkommen freie Hand gehabt. Die Oberste Heeresleitung nehme jetzt Rache für eine Niederlage, die sie im Kronrat im September erlitten hätte in der belgischen Frage. Übrigens, so fügte Erzberger hinzu, werde Kühlmann gedeckt durch den Reichskanzler, so daß eine Kühlmann-Krise zugleich eine Reichskanzler-Krise sei.

* * *

Inzwischen war den Eroberern der Kamm wieder mächtig geschwollen. Das Heldengerede wurde geradezu unerträglich. Der Januarstreik, über den bereits berichtet worden ist, brach aus. Der „Vorwärts“ wurde verboten. Am 25. Januar war es im Hauptausschuß des Reichstags zu einer lebhaften Debatte gekommen, in der ich mir besonders den national-

liberalen Abgeordneten Fuhrmann, der dem Führer seiner Partei, Stresemann, soweit Eroberungsziele in Betracht kamen, immer noch um eine Nasenlänge voraus sein wollte, vornahm. Dieser nationalliberale Herr Fuhrmann hatte in einer Rede im Preußischen Landtag gesagt: „Den Staatsmann, der ohne Longwy-Briey aus dem Kriege zurückkomme, ohne daß Belgien in unserer Hand bleibt, die flandrische Küste dem englischen Machtbereich entzogen wird, und die Maaslinie unseren Interessen gewonnen wird, würde die Geschichte den Totengräber der deutschen Macht nennen!“ — Ich darf ohne Übertreibung sagen, daß die Lektion, die ich diesem Daheimkrieger gegeben habe, gründlich gewesen ist. Ernste Worte richtete ich jedoch auch an die Regierung: „Wir werden nie daran denken, unsere Haut für eine Regierung zu Markte zu tragen, von der wir vielleicht die Überzeugung gewinnen müßten, daß sie ihre Pflicht dem Volke gegenüber nicht erfüllt.“

Leider waren die Einwirkungen aus den Kreisen kurzsichtiger Spießer auf die Fortschrittler so stark, daß es Zeiten gab, in denen auch Männer wie Fischbeck zu schwanken begannen. In einer Sitzung des I. A., die am 12. Februar 1918 stattfand, waren noch Erzberger, Dove und Gothein außer uns Sozialdemokraten fest. Alle anderen waren ersichtlich schlapp geworden.

HERR WALLRAF PACKT EIN

Wer auch nur ein wenig Sinn für Humor hatte, konnte trotz der kläglichen Verhältnisse selbst damals hin und wieder einmal hell auflachen. In der Reichstagssitzung am 26. Februar 1918 hatte der aus Gottes Zorn Staatssekretär des Innern gewordene Herr

Wallraf eine Rede über den Januarstreik gehalten, in der er auf die in Deutschland verbreiteten ausländischen Hetzschriften hinwies, und Sätze daraus vorlas. Als der Abgeordnete Haase, damals Führer der Unabhängigen im Reichstag, in seiner nachfolgenden Rede die Methode Wallrafs verhöhnzte, sah ich, daß Wallraf in seinen dicken Amtsmappen herumkramte und offenbar neues „Beweismaterial“ für die Schuld des Auslandes am Streik produzieren wollte. Ich ließ deshalb den Staatssekretär Graf Roedern, der neben Wallraf auf der Regierungsbank saß, herausbitten, um ihm zu sagen, daß er Wallraf warnen möge. Wenn Wallraf sich von Haase herauslocken lasse, so sei die Gefahr groß, daß Haase mit sehr unbequemen Entgegnungen komme. Zu einer Zeit, in der Haase unserer Fraktion noch angehört habe, sei man von „oben“ wiederholt an Ebert und mich herangetreten mit der Bitte, im Ausland Revolutionen zu arrangieren. Wir hätten damals auch Kenntnis von Schriften erlangt, die die deutsche Regierung ins Ausland hätte schaffen wollen, um die Bevölkerung jedenfalls auch nicht gerade zu beruhigen. Ich wüßte nicht, ob Haase durch uns damals informiert worden sei; wenn es der Fall wäre, so müßte damit gerechnet werden, daß er auspacke, sobald sich eine günstige Gelegenheit biete. Das, so bat ich den Staatssekretär, möge er Wallraf sagen.

Graf Roedern machte ein sehr bedenkliches Gesicht, dankte für den Wink und ging wieder in den Sitzungssaal. Wallraf hat nach der Belehrung durch den Grafen Roedern, wie ich dann in Gemeinschaft mit einigen von mir inzwischen informierten Freunden beobachten konnte, seine Auslandsbeweise wieder eingepackt. Diese Szene war ein Kabinettstückchen. Herr Wallraf, „dieses Erbstück aus dem Nachlaß des

Herrn Michaelis", wie ich ihn in der gleichen Reichstags-sitzung nannte, hatte auf einer Jagd ein Auge eingebüßt und trug deshalb ein Glasauge. Auf dem anderen Auge ist er weitsichtig und trägt deshalb Gläser, durch die man über vier bis sechs Meter Entfernung hinaus nicht mehr genau sehen kann. Er guckte nun, während er seine papierenen Handgranaten wieder einpackte, in der immer komisch wirkenden Art der Weitsichtigen über sein Klemmerglas hinweg — erst in den Saal, dann in seine Mappe und schließlich zum Grafen Roedern. Wir hielten uns die vor Hunger knurrenden Magen vor Lachen.

* * *

In derselben Sitzung, in der die erste Lesung des Etats stattfand, kam es auch zur Darlegung der Forderungen, die von deutscher Seite in Brest-Litowsk durchgesetzt worden waren, nachdem es zuvor mehrfach zu dem heftigsten Krach, Unterbrechungen und auch Abbruch der Verhandlungen gekommen war. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, Freiherr v. d. Bussche trug sie vor. Er sprach von den „Bedingungen“, die wir den Russen gestellt und die sie angenommen hätten:

„Deutschland ist bereit, unter folgenden Bedingungen mit Rußland die Verhandlungen wieder aufzunehmen und Frieden zu schließen:

1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben.
2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Linie liegen und zum Russischen Reich gehört haben,

werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen; die Linie ist in Gegend Dünaburg bis zur Ostgrenze Kurlands zu verlegen. . . Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal der Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen. . .

3. Livland und Estland werden von russischen Truppen und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.
4. Rußland schließt sofort Frieden mit der Ukrainischen Volksrepublik. Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von russischen Truppen und Roter Garde geräumt.
5. Rußland wird alles in seinen Kräften stehende tun, um alsbald die ordnungsmäßige Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen, und erkennt die Abschaffung der türkischen Kapitulationen an.
6. a) Die völlige Demobilmachung des russischen Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile ist unverzüglich durchzuführen.
b) Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere, in der Ostsee und im Eismeer sind . . . sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe der Entente im russischen Machtbereich sind wie russische Kriegsschiffe zu behandeln.
c) Die Handelsschiffahrt im Schwarzen Meere und in der Ostsee wird wieder aufgenommen. . . .

7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1905 tritt wie in Art. VII Ziff. IIA des Friedens mit der Ukraine wieder in Kraft. . . .
8. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden geregelt. . . Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutze deutscher Kriegsgefangenen, Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.
9. Rußland verpflichtet sich, jegliche amtliche Agitation gegen die vier verbündeten Regierungen einzustellen.
10. Vorstehende Bedingungen sind in 48 Stunden anzunehmen. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und dort binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer zwei Wochen ratifiziert sein muß.“

Die Mitteilungen des Regierungsvertreters waren auf der rechten Seite des Hauses mit stürmischem Beifall aufgenommen worden, während die Linke ebenso lebhaft zischte. Unmittelbar nach Freiherrn v. d. Busche bekam ich das Wort. Angesichts der Bedeutung des Vertrags von Brest-Litowsk und seiner Wirkungen, besonders auch im Hinblick auf den tiefen Riß, den er zeitweilig in der sozialdemokratischen Fraktion hervorrief, sollen hier einige Sätze aus meiner Rede, die meine Stellungnahme klar erkennen lassen, angeführt werden.

„Es ist unmöglich, in eine Debatte über die politische Lage einzutreten, ohne des großen Trauerspiels Rußlands zu gedenken, eines Trauerspiels, über dessen fünften Akt wahrscheinlich in diesen Tagen der Vorhang fallen wird. Der Reichskanzler hat uns bereits mitgeteilt, daß die russische Regierung sich bereit erklärt hat, die von Deutschland gestellten Bedingungen

anzunehmen. Was jetzt aus Rußland geworden ist, das zu erreichen, das war — ich sage es ganz offen heraus —, nicht unsere, der deutschen Sozialdemokratie Absicht. Wir kämpften zur Verteidigung unseres Vaterlandes gegen den Zarismus; wir kämpfen noch gegen die Eroberungspläne der Entente; wir kämpfen aber so wenig für die Zerstückelung Rußlands wie für die Unterdrückung der belgischen Unabhängigkeit oder für Longwy und Briey. Wir halten es für notwendig, vor aller Welt zu bekunden, daß die Politik, die gegen Rußland getrieben worden ist, nicht unsere Politik ist. Mit Beifall hat man hier einst die Erklärung des Reichskanzlers vernommen, daß er für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintritt! . . . Nachdem die russische Regierung den deutschen Vorschlägen von Brest-Litowsk zugestimmt hat, und nach dem, was wir eben gehört haben, scheint die Loslösung der russischen Randländer von Rußland ja unvermeidlich. Ob damit für die Zukunft des deutschen Volkes etwas Nützliches erreicht ist, bezweifeln wir, wir befürchten das Gegenteil. Indes haben leere Proteste gegen Dinge, die wir zu hindern bestrebt aber nicht stark genug waren, keinen Zweck. Aber für unsere Pflicht halten wir es, hier auszusprechen, daß man diese Länder nicht in ein Verhältnis zu Deutschland bringt, das sie vielleicht selber nicht wollen. Für unsere Pflicht halten wir es ferner, in letzter Stunde noch einmal zu sagen, daß man nicht Zustände schaffen soll, die nach Ablauf der revolutionären Bewegung das Hervorbringen einer Revanchestimmung in Rußland unvermeidlich machen.

Wenn wir in der Ostpolitik nicht mit unserer Auffassung durchgedrungen sind, wenn gegen unseren Rat ein Weg beschritten worden ist, der nach unserer

Überzeugung nicht zum Wohle unseres Volkes führt, so hat zu dieser Entwicklung der Dinge der russische Bolschewismus sein redlich Teil beigetragen. Er hat Rußland, nachdem der Zarismus seine Schlachten verloren hatte, vollständig entwaffnet und er hat, wenigstens in der ersten Zeit, für die Erhaltung des Russischen Reichs nicht das geringste Interesse gezeigt. Damit hat er allen Abtrennungsplänen geradezu in die Hände gearbeitet. Wenn er jetzt verlangt, wir sollten durch eine Revolution den entstandenen Schaden wieder gutzumachen suchen, so verlangt er zu viel von uns. Noch stehen wir im Westen im Kriege, und die bolschewistischen Rezepte haben sich nicht so bewährt, daß ihre Anwendung auf Deutschland zu empfehlen ist. . . .“ Wir wünschen nicht, unter Umständen zur Macht zu gelangen, die uns zwänge, mit der Entente einen Frieden zu schließen, wie ihn jetzt Trotzki und Lenin mit dem Vierverband schließen.“

* * *

Es erübrigt sich, an dieser Stelle weitere Einzelheiten über den Frieden von Brest-Litowsk zu berichten. Dort hätten, wie ich schon 1921 im „Zusammenbruch“ geschrieben habe, mächtige Quadersteine für den Bau des allgemeinen und wirklichen Friedens gelegt, wenigstens ein dauernd gutes Verhältnis zu Rußland angebahnt werden können. Politische Unzulänglichkeit, diplomatische Unehrllichkeit, und militärischer Machtkitzel ließen es nicht dazu kommen. Der Anteil der Sozialdemokratischen Partei an dieser ausschlaggebenden Aktion der deutschen Außenpolitik war leider ein negativer. Es zeigte sich

hier so recht, welche Macht die offenen und versteckten Annexionspolitiker ausüben konnten, wenn sie sich mit den führenden Militärs verbanden. Aber sicherlich wäre ein Nein der sozialdemokratischen Fraktion, eine Ablehnung des dem Reichstag vorgelegten Friedensschlusses, von gewaltiger Bedeutung gewesen und die einzige, folgerichtige Konsequenz aus der Parteientschließung vom 19. April, in der wir „unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschluß des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen, auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker“ erklärt hatten.

In der sozialdemokratischen Fraktion wurde heftig gerungen um das dem Frieden zustimmende Ja oder das ablehnende Nein. Ich trat entschieden für die Ablehnung ein, blieb aber, wie auch in manchen anderen Fällen, in der Minderheit. Ebert vertrat den für mich absolut unmöglichen Standpunkt, daß die Fraktion Ja sagen müsse, denn es sei nicht angängig, daß wir gegen einen Friedensvertrag stimmten und dadurch vielleicht die Meinung hervorrufen könnten, als seien wir für die Fortsetzung des Krieges. Davon konnte natürlich gar keine Rede sein. Ebert erinnerte sich offenbar an weiter zurückliegende theoretische Auseinandersetzungen, die für diesen praktischen Fall wirklich keine Bedeutung haben konnten. Mit seinen Einwänden gegen meinen ablehnenden Standpunkt errang Ebert zwar nicht den Sieg, aber er zerschlug die Mehrheit, auf die ich bestimmt gerechnet hatte, und brachte der Gruppe die Mehrheit, die aus unseren weit auseinandergelassenen Anschauungen den Schluß gezogen hatte, daß wir uns der Abstimmung enthalten sollten. Im Auftrag der Fraktion mußte ich später eine entsprechende Erklärung abgeben. Leicht ist mir das nicht

gewesen. In ihren Hauptsätzen lautete die Erklärung wie folgt:

„Das Ziel der sozialdemokratischen Politik ist, den Krieg nach erfolgreicher Verteidigung des Landes durch einen wahrhaftigen Völkerfrieden zu beenden, der — auf Verständigung gegründet — für die Zukunft die Anwendung kriegerischer Gewalt ausschließt. Dieses Ziel ist mit dem vorliegenden Friedensvertrag nicht gefördert worden. Die Mittelmächte hatten versprochen, eine Verständigung mit Rußland über das Selbstbestimmungsrecht der Randvölker herbeizuführen. Im Widerspruch damit haben sie den Verzicht Rußlands auf Polen, Litauen und Kurland von vornherein verlangt. Diese im Osten betriebene Machtpolitik wird den Interessen des Deutschen Reiches, die eine dauernde Beruhigung der Verhältnisse und eine enge Freundschaft zwischen dem deutschen und dem russischen Volke erforderte, nicht gerecht. Wir müssen fordern, daß das wirkliche, demokratische Selbstbestimmungsrecht Polens, Litauens, Kurlands gesichert wird, damit ein dauerndes Freundschaftsverhältnis Deutschlands mit ihnen, sowie mit dem russischen Volke nicht unmöglich gemacht wird.

Wir können uns mit der Art des Zustandekommens des Vertrags, bei dem der Reichstag ausgeschlossen war, und mit wesentlichen Teilen seines Inhalts nicht einverstanden erklären.

Da aber durch diesen Vertrag der Kriegszustand im Osten tatsächlich beendet wird, wollen wir ihn auch nicht ablehnen. Aus diesen Erwägungen werden wir uns der Abstimmung enthalten. Dem Vertrag mit Finnland stimmen wir zu.“

Zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Ebert und mir kam es des Ostfriedens wegen später noch einmal. Troelstra hatte mich nach Holland gebeten, weil an-

geblich die Engländer und Franzosen nunmehr bestimmt bereit seien, an einer sozialistischen Konferenz teilzunehmen. Voraussetzung sei, daß die deutschen Sozialisten sich damit einverstanden erklärten, daß erstens auf Grund der Stockholmer neutralen Denkschrift verhandelt werde, und daß zweitens der Friede von Brest-Litowsk kein Hindernis sein dürfe bei dem allgemeinen Frieden. Das letztere hielt ich für ganz selbstverständlich, gegen die erste Forderung hatte ich das Verlangen gestellt, unser Stockholmer Memorandum als Verhandlungsbasis zu nehmen. Diese Forderung hatte ich Troelstra gegenüber, der natürlich schon Verhandlungen mit Engländern und Franzosen gehabt hatte, nicht durchsetzen können. Um die Konferenz nicht scheitern zu lassen, hatte ich schließlich zugestimmt, weil Verhandlungen über eine Denkschrift keineswegs gleichbedeutend sind mit der Anerkennung dieser Denkschrift. Ebert fuhr mich nach meiner Rückkehr an, als hätte ich schnöden Parteiverrat begangen. Er wollte nicht einsehen, daß es zweierlei sei, notgedrungen zunächst ein unbequemes Programm als Verhandlungsbasis zu akzeptieren oder es anzuerkennen. Wels trat an meine Seite und verfocht mit aller Entschiedenheit den von mir eingenommenen Standpunkt. Später hat Ebert mir recht gegeben, nachdem er selbst mit Troelstra verhandelt hatte. Der ganze Streit war übrigens unnütz gewesen, denn die englische Regierung ließ nicht einmal Troelstra in ihr Land, wieviel weniger hätte sie Henderson und MacDonald herausgelassen, um mit uns über den Frieden zu sprechen.

WAS WIRD AUS POLEN?

Daß Ebert den von ihm zu dem Brest-Litowsker Frieden eingenommenen Standpunkt später nicht nur als irrig erkannt und bedauert hat, trat besonders in einigen Sitzungen des I. A. zutage. Wir hatten nun zwar Frieden mit den Russen, aber was sollte mit Polen werden? In vielen Sitzungen hatte der I. A. sich mit der Frage beschäftigt. Es wurde mit den polnischen Mitgliedern des Reichstages und anderen polnischen Politikern verhandelt. Vorgeschlagen wurden u. a. Erklärungen, die von den Polen und der Mehrheit des Reichstags im Plenum — möglichst mit Billigung der Reichsregierung — abgegeben werden sollten. Dann aber wieder wurde das gegenseitige Mißtrauen größer. Herr v. Payer hielt es für unmöglich, daß die Mehrheit des Reichstags der Regierung durch eine Erklärung in der polnischen Frage die Hände für spätere Verhandlungen binde. Um den Lesern Einblick zu geben in die Schwierigkeiten dieser Frage, soll hier einer der Entwürfe, an denen hervorragend der polnische Graf Ronikier, für die Reichstagsmehrheit Friedrich Naumann gearbeitet hatten, wiedergegeben werden:

„Entwurf.

Auf Grund der Überzeugung, daß ein friedliches und freundliches Verhältnis zwischen Polen und Deutschland von der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Bewohner beider Länder trotz aller Schwierigkeiten angestrebt wird, sind die polnischen aktivistischen Parteien bereit, ihren Grundsätzen treu bleibend, weiterhin die Grundlage einer positiven, ehrlichen und beiderseitigen Verständigung mit dem deutschen Volke und seinen Verbündeten zu suchen.

Als Grundlage der Verständigung wird ein politisches und wirtschaftliches Bündnis des polnischen

Staates mit den Zentralmächten erstrebt, das auf Anerkennung der gegenseitigen Interessen und Lebensnotwendigkeiten in Krieg und Frieden beruhen muß.

Beide Teile werden bereit sein, alle aus einem engeren Bündnis hervorgehenden Pflichten zu übernehmen und zu erfüllen.

Zu den Lebensnotwendigkeiten des polnischen Volkes gehört in erster Linie die Sicherstellung der Staatsgrenzen, die baldmöglichste Organisation einer kräftigen nationalen Armee und der rasche Aufbau einer unabhängigen polnischen Staatsverwaltung.

Die aktivistischen Parteien wollen für das polnische Staatswesen die Möglichkeit der Erweiterung polnischen Gebietes nach Osten hin bei voller Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen gewahrt wissen, erklären aber die Abtrennung irgendwelcher Gebiete von Kongreßpolen für ebenso unmöglich, wie die verbündeten Zentralmächte die ungeschmälerte Aufrechterhaltung ihrer Grenzen als selbstverständlich ansehen.

In die inneren Verhältnisse benachbarter und verbündeter Staaten wollen wir uns ebensowenig einmischen, wie wir nach allgemeinem Friedensschlusse eine Einmischung in das freie und selbständige Polen zulassen können.

Der schleunige Ausbau der polnischen Armee und die Übergabe der vollkommenen Regierungsgewalt an die polnische Regierung sind berechtigte Forderungen, die keinen Aufschub erleiden dürfen. Sie sind wichtig mit Rücksicht auf das gegenseitige Verhältnis zwischen Polen und den Zentralmächten, denen viel daran liegen dürfte, daß die polnische Frage durch eine freiwillige Verständigung mit der polnischen Nation vor einem allgemeinen Friedenskongreß endgültig erledigt werde."

Bei diesem Entwurf, der mehrfach geändert wurde, ist es nicht geblieben. In einem anderen Entwurf, den Ebert für weit besser hielt, wurde Bezug genommen auf kaiserliche Versprechungen gegenüber den Polen. Darin hieß es u. a.:

„In Anerkennung der Notwendigkeit, den Polen die durch Erklärungen der zwei Kaiser vom 5. November 1916 und 12. September 1917 gewährleistete selbständige, unabhängige Staatlichkeit in möglichst naher Zukunft zu sichern, erwarten wir von den Regierungen der Zentralmächte, daß sie mit allen Kräften für die Sicherstellung der Staatsgrenzen Polens, für Organisation einer polnischen Armee und für beschleunigte Durchführung einer unabhängigen polnischen Staatsverwaltung eintreten.“

Aus allen diesen im I. A. eingehend beratenen Erklärungen ist nichts geworden, weil die Vertreter der Regierung sich dagegen sträubten. Es kam schließlich zu einer Einigung mit der Regierung über eine Resolution. Der Zentrumsabgeordnete Trimborn sagte in einer Sitzung des I. A. am 18. März 1918: „Die Opposition der Regierung gründet sich ganz sicher auf die Pläne Hindenburgs und Ludendorffs, die, wie er bestimmt zu wissen glaubt, einen polnischen Bezirk annektieren wollen, durch den uns ca. zwei Millionen Polen angegliedert werden. Genau wie das jetzt im Osten gehe, werde es später im Westen sein. Nach dort beständen Pläne, die bis Lüttich reichten. Es fragt sich, ob wir jetzt oder später den Kampf aufnehmen sollen.“ Während Dove, ein prachtvoller Mensch und einer der wenigen wirklich als Demokrat anzusprechenden Fortschrittler, Übergriffe des Reichstags in die Rechte der Regierung befürchtete, sprach ich für die Aufnahme des Kampfes: es sei absolute Notwendigkeit, den Kampf jetzt aufzunehmen. Die Regierung sei zu

schwach, man müsse ihr das Rückgrat steifen. Fehrenbach resumierte wie folgt: „Ich stelle fest, daß wir vollkommen darüber einig sind, Annektionen in Polen wollen wir nicht haben.“

Das schwächliche Verhalten der Reichsregierung gab immer mehr zu großem Mißtrauen Anlaß. In einer Sitzung des I. A. am 19. März erinnerte ich Fehrenbach an seine Unterredung mit dem Reichskanzler, in der Freiherr v. Hertling, wie Fehrenbach berichtet hatte, gesagt haben sollte und zwar mit erfreulicher Entschiedenheit unter Hinweis auf die Oberste Heeresleitung: „Ich habe zu bestimmen, nicht die Oberste Heeresleitung. Ich werde dem Kaiser das mit aller Deutlichkeit sagen und nötigenfalls die entsprechenden Konsequenzen ziehen.“ Herr v. Payer, der an dieser Sitzung des I. A. teilnahm, erklärte, nachdem er auf die ungeheueren Schwierigkeiten der Angelegenheit hingewiesen hatte, er könne versichern, daß die Oberste Heeresleitung ihre Pläne bezüglich Polens nicht durchsetzen werde. Am Tage darauf sprach Ebert in sehr verärgelter Stimmung: „Nach alledem, was wir jetzt wissen, müssen wir fast annehmen, daß die Regierung nicht mehr zum Selbstbestimmungsrecht der Völker steht. . . Die Dinge entwickeln sich so, daß wir wahrscheinlich nicht mehr lange werden mitmachen können.“

Wie ganz anders konnten wir später dastehen, wenn wir dieser Reichsregierung den Friedensvertrag von Brest-Litowsk, so wie ich es verlangt hatte, zerrissen vor die Füße geworfen hätten!

Wenn wir in erster Linie immer nur an die Brest-Litowsker, die „Eroberer“, an Ludendorff, Helfferich, Stresemann und Westarp gedacht hätten, dann wäre unser Weg n a c h Brest-Litowsk klar und deutlich vorgezeichnet gewesen. Wir vergaßen jedoch keine Minute

lang das arme deutsche Volk, dessen Zukunft wir retten wollten. Über alle die bombensicher untergebrachten Generale und die daheimkriegerischen Deklamatoren sahen und hörten wir hinweg, wir sahen unser verzweifelt ringendes Vaterland. Was soll daraus werden? In einem niedergebrochenen Deutschland wird es dem Arbeiter am schlimmsten ergehen. Deshalb keine Niederlage! Wir müssen so stark bleiben, daß die Gegner eine Verständigung schließlich doch der Fortsetzung des Krieges vorziehen müssen. Als die OHL die letzte Karte erfolglos ausgespielt hatte und dann eine Verständigung gern gesehen hätte, da gellte uns das höllische Hohngelächter der Entente markerschütternd in die Ohren.

„Verständigen können wir uns immer noch!“ — mit dieser Quintanerweisheit war unsere Forderung des Verständigungs-Friedens von den Ludendorffern stets abgewiesen worden.

* * *

Legationsrat Dr. Riezler hatte mich am 12. April 1918 zum Abendbrot gebeten. Wir waren nur zu dritt, er, seine Frau, eine Tochter Max Liebermanns, und ich. Früher schon war ich in Gemeinschaft mit Legien und einigen anderen Freunden einmal in der Wohnung Riezlers mit Bethmann Hollweg zusammengetroffen. Riezler, den die Leser bereits als klugen Menschen kennengelernt haben, hielt, genau wie ich, den Frieden mit Rußland für ein Unglück. Was er über die Zustände in Rußland zu berichten wußte, war wenig erbaulich. Er hielt die Macht der Bolschewisten trotzdem auf lange Zeit gesichert. Mit einer revolutionären Bewegung in Deutschland rechnete Riezler ziemlich bestimmt. Ob wir in einem solchen Falle, nach unserer

Überzeugung, die Führung würden in der Hand behalten, d. h. ob uns nicht die Bewegung über den Kopf wachsen würde? Ich antwortete ihm, daß ich an eine Revolution in Deutschland nicht glaube, aber wer könne wissen, was in wenigen Wochen oder Monaten sein werde! Wo immer wir die Führung übernehmen, da würden wir bemüht sein, sie auch zu behalten. Die deutsche Arbeiterschaft sei gut geschult und organisiert, sie verstehe auch Disziplin zu halten. Man dürfe sie nicht in Vergleich stellen mit der russischen. Riezler gab ganz offen zu, daß in Deutschland die Militärdiktatur herrsche. Er werde, wenn er sich in seinen Offiziersrock stecke und in ein besetztes Gebiet abkommandieren lasse, als Leutnant spielend durchsetzen, was jetzt das Auswärtige Amt durchzusetzen vollkommen außerstande sei.

Als ich Riezler wenige Tage später auf der Straße traf, war er nicht gerade fröhlicher Stimmung — er wollte nachts mit dem Grafen Mirbach nach Petersburg und Moskau reisen. Als ich ihn fragte, ob er es für richtig halte, einen so feudalen Herrn wie den Grafen Mirbach nach Rußland zu schicken, antwortete er: Mirbach ist geschickt und gegenüber Radek und Genossen ist es verständig, jemanden zu wählen, der bei den Verhandlungen nicht alles gleich hinwirft, der weiter verhandelt, aber doch immer Distanze halten kann. Das alles verstehe Mirbach ausgezeichnet.

Bald darauf war Graf Mirbach ermordet.

TODESURTEILE ZWISCHENDURCH

Unser Freund Otto Stolten, Chefredakteur des „Hamburger Echos“ und später zweiter Bürgermeister in Hamburg, hatte mir am 6. November 1917 mitgeteilt, daß in Wilhelmshaven schon wieder vier

Todesurteile über Mannschaften von der „Westphalen“ verhängt worden seien. Ich bat sofort den Admiral Capelle, alles zu tun, was in seinen Kräften stehe, um die Vollstreckung der Urteile zu verhüten. Nach dem Kriege werde selbstverständlich eine allgemeine Amnestie erlassen werden. Ein vollstrecktes Todesurteil sei leider nicht mehr zu mildern, daran solle er denken. Noch am selben Tage bearbeitete ich auch die Vertreter der Mehrheitsparteien und bat sie, im gleichen Sinne zu wirken. Wenige Tage später ließ mir Admiral Capelle sagen, daß er dem Admiral Scheer nachdrücklich zur Begnadigung geraten habe, er hoffe auch auf Erfolg, wengleich die Sache, wie er glaube, übel stehe. Scheer werde von anderen als politischen Gesichtspunkten an die Beurteilung herantreten.

Sehr gute Erfolge haben wir bei anderen Todesurteilen gehabt. Der erste, dem wir durch Einsprache das Leben retten konnten, war ein Engländer, ein ehemaliger Straßenbahnschaffner aus London. Er war in deutsche Gefangenschaft geraten und dann, wie uns berichtet wurde, von einem Unteroffizier schlecht behandelt und derart gereizt worden, daß er dem Unteroffizier eine Ohrfeige gab, was ich durchaus verständlich finde. Dafür war er zum Tode verurteilt worden. Er wurde begnadigt und ist hoffentlich gesund nach seiner Heimat zurückgekehrt. Am 28. Februar 1918 telegraphierte Troelstra aus dem Haag: „In Antwerpen sind zwei Genossen, Legros und Colleaux, zum Tode verurteilt worden. Verwenden Sie sich für Begnadigung.“ Selbstverständlich setzte ich sofort Himmel und Hölle in Bewegung, um die beiden zu retten. Namentlich Colleaux war ein weit und breit bekannter Sozialist von großem Ansehen. Telegramme ähnlich dem von Troelstra liefen dann innerhalb 24 Stunden aus allen neutralen Ländern ein, ein Zeichen dafür,

daß in diesem Falle die sozialistische Internationale gut funktioniert hatte.

Es ist wirklich geglückt, die beiden zu retten. Sofort liefen aus allen Ländern, die überhaupt an uns telegraphieren konnten, Danktelegramme ein. Besonders herzlich war das Telegramm der belgischen Arbeiterunion in Holland gehalten. Colleaux, der nach dem Urteil des Militärgerichts dem Tode verfallen war, hat mir später in Berlin einen Besuch machen wollen, mich jedoch leider nicht angetroffen.

DIE LAUBFROSCH-ANNEXIONISTEN

Nach längerer Pause wurde der Interfraktionelle Ausschuß am 22. April 1918 wieder einmal zusammenberufen. Fehrenbach wünschte zu wissen, ob überhaupt noch ein festerer Zusammenhalt bestehe, und ob eine Zusammenarbeit bei den Steuervorlagen möglich sei. Ebert schilderte sehr eingehend, was uns früher zusammengeführt habe: Kriegsziel, bestimmte sozialpolitische Forderungen, Arbeitskammergesetz und Wahlrecht in Preußen. Ständen wir noch zu diesem Programm, dann würde ein gemeinsames Arbeiten in der Steuerfrage vielleicht auch möglich sein.

Der fortschrittliche Abgeordnete Müller (Meiningen), der inzwischen, nach scheinbar erfolgreicher neuer Offensive im Westen, eine wilde Kriegszielbroschüre veröffentlicht hatte, beschwerte sich, daß man daraus nur bestimmte Stellen veröffentlicht hätte und zwar gerade die, die man als „eroberungslustige“ bezeichne. Konrad Haußmann stellte fest, daß Müllers Standpunkt keineswegs der seiner Fraktion sei. Ich wandte mich mit äußerster Schärfe gegen die Abgeordneten aus dem Kreise der Mehrheit des Reichstags, die je nach den besser oder minder guten Be-

richten von den Kriegsschauplätzen ihre Anschauungen über Friedensziele herauf- oder herabsetzten. Ein typisches Beispiel sei Dr. Müller (Meiningen), für den der „Vorwärts“ ein sehr hübsches Wort geprägt habe: Laubfrosch-Annexionist. Sind die Nachrichten gut, so springt diese Art von Politikern auf die oberste Sprosse, je nachdem die Nachrichten schlechter werden, klettern sie wieder herunter. Unser Standpunkt in der Kriegszielresolution sei grundsätzlich und es sei gar nicht einzusehen, daß wir irgendwelche Ursache hätten, davon abzurücken. Aber auch die anderen, die nicht aus grundsätzlicher Erwägung die Friedensresolution gutgeheißen hätten, könnten durchaus keine stichhaltigen Gründe für eine Änderung ihrer Auffassung beibringen. Es sei selbstverständlich, daß wir uns unserer Haut wehren müßten; ebenso selbstverständlich aber sei es doch, daß wir morgen bereit wären, uns mit den Feinden zu verständigen, wenn sich dazu Gelegenheit biete. Wie die jetzige Offensive ausgehen werde, wisse doch kein Mensch. Aber angenommen, daß die Engländer vom Kontinent vertrieben würden, Frankreich und Italien mit uns Frieden machten, dann gehe der Krieg mit England und Amerika doch weiter. Ob jemand glaube, daß wir von diesen beiden Staaten Kriegsschädigungen oder sonstige Kriegserrungenschaften mit heimbringen könnten? Der Krieg dürfe unter keinen Umständen fortgesetzt werden, bis bestimmte Entschädigungsforderungen oder gar Landgebiete gesichert wären. — Ich vertrat den Standpunkt, daß in Zeiten wie den jetzigen, in denen die deutschen „Sieger und Eroberer“ sich wieder einmal obenauf glaubten, immer noch „mehr Mut“ dazu gehöre, den Mund zu halten, als zu reden und den Eroberungspolitikern auch nur die geringsten Konzessionen zu machen.

Fehrenbach und Erzberger sprachen sich recht verständlich aus. Fehrenbach betonte, daß er einen Wunsch Trimborns, jetzt in Köln zu reden, ausdrücklich abgelehnt habe. Erzberger versicherte, daß die Situation für uns leider gar nicht so gut sei, wie sie geschildert werde. In der Ukraine gehe es drunter und drüber, die Verluste an U-Booten würden bald wesentlich größer sein als der Zuwachs. Südekum wies gleichfalls auf den Ernst der Situation hin. Hertling sei alt und schwach, Kühlmanns Stellung schwer unterwühlt. Solf sei so schwer erkrankt, daß er in absehbarer Zeit kaum wieder in sein Amt werde zurückkehren können. Über kurz oder lang müsse also mit einer neuen Regierung gerechnet werden. Dann sei der Block zur Mitarbeit dringend notwendig. Wegen der Steuern werde sich hoffentlich ein modus vivendi finden lassen, sonst gehe die Mehrheit schließlich in die Brüche zum Gaudium der Gegner. Fischbeck teilte dann mit, daß Stresemann ihm einen Brief geschrieben habe, in dem es heiße, die Nationalliberalen seien bereit, in den Mehrheitskonferenzen mitzuarbeiten, wenn ihnen Vertraulichkeit garantiert werde. Sie wünschten aber nur in innerpolitischen Fragen mitzuarbeiten. Fischbeck ist der Meinung, daß man die Nationalliberalen im Hinblick auf die Wahlrechtsreform in Preußen nicht direkt vor den Kopf stoßen solle. — Erzberger ist sehr mißtrauisch gegenüber dem Brief Stresemanns. — Haußmann bittet, daß man die Nationalliberalen nicht direkt ablehne, freilich dürften sie unter keinen Umständen irgendwelchen Einfluß gewinnen. — Dr. David wies auf die Tätigkeit Stresemanns im Sinne von Annexionen hin. Seine Telegramme wegen des Herzoghutes machten es nahezu unmöglich, mit ihm engere Verbindung zu nehmen. Müller (Meiningen) ließ sich sehr despektierlich über Stresemanns Vertraulichkeit aus. —

Fischbeck wünscht den Kontakt nicht zu verlieren mit der Minderheit der Nationalliberalen, die zum Teil sehr verständige Leute seien. Es sei gewiß nicht übel, vom Standpunkte seiner Partei aus, die Nationalliberalen mitmachen zu lassen, damit sie später, wenn bei den Wahlen die „Abrechnung wegen unpopulärer Steuern“ komme, am Ohr genommen werden könnten. Jedenfalls könnten dann die Nationalliberalen den Fortschrittlern gegenüber nicht die übliche Demagogie treiben.

Dr. Waldstein wies darauf hin, daß Stresemann das Gerücht verbreitet habe, es sei ihm gelungen, die Mehrheit in der Friedensfrage zu sprengen. Das einmal öffentlich festzustellen, um das Weiterarbeiten der Mehrheit zu betonen, sei empfehlenswert. — Erzberger regte demgegenüber an, öffentlich zu erklären, die Nationalliberalen hätten mitmachen wollen, sie hätten darum gebeten, man habe Stresemann aber glatt abgewiesen. — Ebert schließt sich Fehrenbach an. Man solle den Nationalliberalen zu verstehen geben, daß man eventuell bereit sei, sie zuzulassen, wenn sie in den Steuerfragen bereit seien, in unserem Sinne mitzuarbeiten.

Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen. In einer späteren Sitzung sollten die Sozialdemokraten ihre Richtlinien in der Steuerfrage mitteilen, dann werde man sehen können, wie weit man gemeinsam arbeiten könne.

HEITERE ZWISCHENSPIELE

Mitte Februar 1918 hatte Herr v. Bergen im Auswärtigen Amte dem Abgeordneten Südekum Kenntnis von einem Geheimtelegramm gegeben, das vermutlich aus dem Berliner Polizeipräsidium stammte.

Südekum hat nicht nur Herrn v. Bergen gegenüber den telegraphischen Unsinn sofort erläutert, sondern auch mich zu meiner Erheiterung unterrichtet. In diesem Telegramm hieß es, „daß durch sichere Gewährsmänner festgestellt worden sei, zwischen Scheidemann und Haase habe eine völlige Wiederaussöhnung stattgefunden, sie verwendeten im Gespräch wie früher das brüderliche Du. Außerdem hätten vertrauenswürdige Auskunftspersonen mitgeteilt, Scheidemann habe geäußert, er würde am 19. Februar von der Tribüne des Reichstags herab den Generalstreik verkünden.“ — Das Telegramm zeigt deutlich genug, was für üble Kräfte selbst im vierten Kriegsjahre noch am Werke gewesen sind. Ein so inniges Verhältnis zwischen Haase und mir hat niemals bestanden, daß das vertrauliche Du hätte in Anwendung kommen können.

Wenige Wochen nach diesem Zwischenspiel suchte mich ein alter Bekannter auf, der mir längst als „im Felde gefallen“ gemeldet war, der Reiterleutnant Hubert Dietzsch, ein früherer Schauspieler, der nach dem Besuch des Gymnasiums in Kassel an der dortigen Akademie als Bildhauer begonnen hatte. Dietzsch war der Sohn eines Arztes im Waldeckschen. Auf vielen Fahrten durch die Lande war ich ihm bald hier, bald da begegnet. Näher waren wir uns in Gießen gekommen, wo er während meiner Tätigkeit hin und wieder auftrat und dann regelmäßig Gast in meiner Familie war. Später waren wir gleichzeitig in Nürnberg tätig.

Nach mehreren Verwundungen und längerer Krankheit war er nicht mehr kriegsverwendungsfähig und deshalb dem Kriegspresseamt zugeteilt worden. Man hatte ihm das Referat über die sozialdemokratische Presse übertragen. „Bis morgen“, also über Nacht, sollte er seinem Chef eine ausführliche Arbeit über das Thema abliefern: Ist die sozialdemokratische Par-

tei reformerisch oder revolutionär? Während ich aus vollem Halse lachte, war Dietzsch todunglücklich, hatte er sich doch niemals um Politik gekümmert. Dann zeigte er mir einige Zeitungen, in denen Artikel über Karl Marx standen. Ob Marx ein Revolutionär gewesen sei?

Wir kannten uns länger als zwanzig Jahre und hatten uns über Gerhart Hauptmann, Sudermann, Ibsen und Strindberg, über Kainz, Matkowsky und viele andere Künstler und Künstlerinnen unterhalten, bis Karl Marx waren wir niemals gekommen, weil Dietzsch auch nicht das geringste Interesse für politische Fragen bekundet hatte. Nun war dieser Künstler plötzlich in die Politik abkommandiert worden, wie früher der Kaiser den Artilleriehauptmann Lauffs zur Dichtkunst abkommandiert hatte. Dietzsch war zunächst in schier verzweifelter Stimmung; mein Anerbieten, ihm bis zum nächsten Tage einen Aufsatz für seinen Chef machen zu wollen, konnte er nicht annehmen, weil er ja schon am nächsten Morgen in aller Frühe mit seinem Opus über den Sozialismus — wie zum Stiefelappell! — antreten mußte. Ich suchte dem Reiter den Unterschied zwischen Reform und Revolution im Galopp beizubringen. Dabei verwies ich auf die Lampe, die auf meinem Tische stand. Stellen Sie sich vor, das sei eine Petroleumlampe, die immer weniger den Ansprüchen, die wir an die Beleuchtung stellen, entspricht. Je unbefriedigender sie brennt, desto häufiger flicken wir an ihr herum, bald wird sie hier, bald da verbessert. Schließlich setzen wir ihr gar ein Glühstrümpfchen auf, das alle zwei bis drei Tage entzweigeht. Alle Erfindungen, die der Verbesserung der Petroleumlampe dienen, probieren wir aus. Wir lassen uns die Mühe nicht verdrießen und „verbessern“ immer wieder an der Lampe. Diese Verbesserung der gegebenen Be-

leuchtungsart durch Beseitigung von Mängeln und Anwendung neuer Erfindungen ist Reformarbeit. Man verbessert das Alte, ohne das System zu ändern. Inzwischen ist aber der Menschheit die Elektrizität dienstbar gemacht worden. Eines Tages werfen wir die alte Petroleumlampe an die Wand oder in den Müllkasten und knipsen das elektrische Licht an! Das ist dann eine Revolution im Beleuchtungswesen, denn wir haben ein veraltetes System durch ein ganz anderes, vollkommen neues, ersetzt. Also, merken Sie sich genau, lieber Dietzsch: Vom Petroleum zum elektrischen Licht als Beispiel für den Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus! Damit es Ihr Chef, der wahrscheinlich schwerer von Begriffen ist als Sie, auch kapiert, gebe ich Ihnen lieber die Lampe als Demonstrationsobjekt mit, Sie müssen Sie aber morgen wiederbringen.

Dietzsch dankte natürlich für die Lampe, es erschien ihm jetzt alles furchtbar einfach. Er war überzeugt, daß er seinem Chef am nächsten Morgen ein fabelhaftes Referat über Reform und Revolution in der Sozialdemokratie werde vorsetzen können. Ich machte ihn aufmerksam auf die nicht ganz unwesentlichen Unterschiede zwischen einer Petroleumlampe und dem Kapitalismus, zwischen elektrischer Beleuchtung und Sozialismus. Die Lampenrevolution könne jeder Familienvater, der das Geld dazu habe, sich leisten. Die Sozialrevolution sei nur durchzusetzen, wenn die Mehrheit eines kulturell hochstehenden Volkes sie wolle und wenn die Voraussetzung dafür, höchst entwickelter Kapitalismus, gegeben sei. Wer die Mehrheit des Volkes zur Erreichung des Zieles erringen will, wie die SPD., der sei demokratischer Sozialist, wissenschaftlich revolutionär. Wer „mit Flint' und Speer“, mit Heugabeln oder Handgranaten das eine System durch das andere ersetzen will, so wie das in Rußland

geschehen ist, geht andere Wege als wir Sozialdemokraten. Diese Gewaltmethode lehnen wir ab . . .

Dietzsch ließ mich gar nicht weitersprechen, weil er glaubte, bereits vollkommen im Bilde zu sein.

Vierter Abschnitt

DIE LETZTE OFFENSIVE

Am Anfang des Jahres 1917 war die Oberste Heeresleitung wahrscheinlich nicht gerade siegesgewiß. Staatssekretär Zimmermann hatte in der geschilderten Unterredung am 17. Januar 1917 mir ausdrücklich versichert, daß Hindenburg und Ludendorff den rücksichtslosen U-Bootkrieg auch als Stimulus für das Heer verlangt hätten. „Die Moral der Truppen hat bedenklich nachgelassen“, so hatte Zimmermann mir damals vertraulich gesagt. Ludendorff hatte nach dem Zeugnis Zimmermanns sich zu gewissen elsäß-lothringischen Grenzberichtigungen bereiterklärt — nicht etwa zu Deutschlands Gunsten. Am 11. September 1917 war in einem Kronrat im Schloß Bellevue beschlossen worden, auf Belgien Verzicht zu leisten, wenn dadurch baldiger Frieden zu erreichen sei. Genau drei Monate nach diesem Kronrat, es war am 11. Dezember, versicherte die Oberste Heeresleitung, die Kriegslage habe sich derart zu unseren Gunsten gebessert, daß man die Notwendigkeit einer Preisgabe Belgiens nicht mehr anerkennen könnte. Ende des Jahres 1917 hing für Ludendorff der Himmel wieder voller Baßgeigen. In dem Gutachten über „Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918“ erinnert Hans Delbrück an Ludendorffs damaliges Kriegsziel: „Bis Belgien für ein Schutz- und Trutzbündnis politisch und wirtschaftlich reif ist, muß es unter deutscher militärischer Kontrolle stehen.“ Del-

brück kennzeichnet dieses Ziel richtig mit einem Hinweis auf ein Wort Napoleons: „Antwerpen sei eine auf das Herz Englands gerichtete Pistole.“ Damit ist deutlich ausgesprochen, daß das Ziel Ludendorffs nur nach völliger Niederwerfung Englands und Frankreichs zu erreichen war. Ludendorff selbst scheint sich darüber auch klar gewesen zu sein, denn er schildert den Kampf im Westen, den das Jahr 1918 bringen werde, als die gewaltigste militärische Aufgabe, die je einem Heere gestellt worden sei. Einen solchen Kampf mit Erfolg führen zu können, waren die deutschen Kräfte längst nicht mehr ausreichend. Das hat Ludendorff nach Ansicht Delbrücks auch gewußt. Gerade deshalb verurteilt der berühmte Historiker das Verhalten des Generals in der schärfsten Weise.

Ludendorff hat in seinen Erinnerungen über die große Offensive gesagt, daß die Taktik über die reine Strategie zu stellen war. Das bedeute, so erklärt Delbrück, „der Angreifer fühlte sich zu schwach, um an demjenigen Punkt der feindlichen Front anzusetzen, wo sich die beste Aussicht auf die strategische Operation bot, sondern wählte die Stelle, wo am leichtesten durchzudringen war. Das war zweifellos richtig gedacht im Hinblick auf das vorhandene Kräfteverhältnis, aber der Satz steht in unausgleichbarem Widerspruch mit der Grundlage des Feldzugs. Diese forderte einen Vernichtungsfeldzug; der Angriff an einer taktisch günstigen, aber strategisch weniger wirksamen Stelle gab nur Aussicht auf einen mehr oder weniger großen taktischen Erfolg, der für das angenommene Kriegsziel nicht genügte. Eine strategische Operation ist falsch angelegt, wenn sie nicht taktisch, d. h. im Kampf Erfolg verspricht. Wenn General Ludendorff an den Stellen, wo ein strategisches Ziel in Aussicht stand, taktisch nicht glaubte durchzudringen zu können und deshalb

den Angriff ansetzte an einer Stelle, die strategisch ins Leere führte, so liegt darin das Bekenntnis, daß der General sich bewußt war, für die Aufgabe, die er sich gestellt hatte, zu schwach zu sein, daß Ziel und Mittel nicht richtig gegeneinander abgewogen waren."

Ich zitiere Delbrück, weil er als Kriegshistoriker eine anerkannte Weltautorität ist. Es will mir scheinen, daß sein Urteil über Ludendorffs Offensive vernichtend ist. Unterstrichen wird das harte Urteil durch das Gutachten des ganz rechtsstehenden Generals v. Kuhl, der Ludendorff gewiß niemals unfreundlich gesinnt war. Kuhl war ebenfalls von dem Untersuchungsausschuß des Reichstags gutachtlich gehört worden und, wie Delbrück, einer der bestellten Referenten gewesen. Er hat in seinem Gutachten nachdrücklich betont, daß die Kriegsmittel auf deutscher Seite sehr beschränkt waren, daß die Ausrüstung bedenkliche Mängel gezeigt habe. Noch kurz vor Beginn der Offensive sei dem Kriegsminister gemeldet worden, daß die Pferde am Verhungern seien! Das Benzin für die Kraftfahrzeuge sei knapp gewesen. Verluste hätten nicht ersetzt werden können.

Die Stöße ins Leere, der Durchbruch an Stellen, die strategisch ohne Bedeutung waren, wurden als große Siege ausposaunt. In Deutschland atmete man deshalb wieder auf, die „Eroberer“ trugen die Monokel wieder höher, ganze Parteien schienen bereit, sich umstellen zu wollen.

Die unglückselige Offensive läßt sich nur aus der politischen Naivität und dem maßlosen Ehrgeiz Ludendorffs erklären, wenn schon der Generalfeldmarschall v. Hindenburg aus dem Spiel bleiben soll. Delbrück sucht, ebenso wie der Oberst Schwerdtfeger und wahrscheinlich sehr viele Offiziere, den Generalfeldmar-

schall von mancherlei Verantwortung zu entlasten, so wenn er schreibt, daß er „durchaus im Banne seines Generalquartiermeisters stand und sich von diesem sogar hat zu Taten bestimmen lassen, die seiner innersten Natur zuwider waren.“ Ich habe schon früher in diesem Buche gesagt, daß der Feldmarschall mit seinem ersten Ratgeber entweder die Verantwortung und den Ruhm teilt, oder er kann die Verantwortung ablehnen um den Preis, daß ihm dann auch nicht viel bleibt von den Großtaten, die man ihm so reichlich zuschreibt. Entweder — oder!

Ludendorff war nach seiner eigenen Versicherung der Meinung, daß es nur Sieg oder Niederlage geben könne. Die Forderung eines Verständigungsfriedens erschien ihm ein Verbrechen. Aus anderen Auslassungen Ludendorffs geht freilich wieder einwandfrei hervor, daß er auf Grund der Wilsonschen Vorschläge an die Möglichkeit, den Krieg zu beenden — also auf Grund einer Verständigung — geglaubt hat. „Ein Wilson-Friede, der abgeschlossen wurde, während unsere militärische Kraft noch ungebrochen war, wäre ein Verständigungsfriede geworden und Ludendorff versichert auch, daß er seinerseits von einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, der dem Selbstbestimmungsrecht der Völker volle Freiheit ließ, nicht sehr weit entfernt gewesen sei.“ Delbrück macht diese Feststellung unter Hinweis auf Ludendorffs „Krieg und Politik“. Er betont den Widerspruch in dem Verhalten Ludendorffs und weist auf Aussagen hin, die der Oberst v. Haeflten, der den General Ludendorff bei dem Auswärtigen Amt in Berlin vertrat, vor dem Untersuchungsausschuß gemacht hat:

„Nach außen hin vertrat die Oberste Heeresleitung die hohen Kriegsziele, ohne die sie, freilich in völliger Verkennung der Psychologie der Massen, glaubte die

Stimmung der Armee nicht aufrechterhalten zu können. Dem Auswärtigen Amt gegenüber zeigt sie sich nicht so ganz unnachgiebig, wenigstens in den Anregungen, die ihr Vertreter dort verlauten ließ. Das läßt sich nur so auslegen, daß sie selber zwar auf den Siegfrieden bestand, es aber nicht unbedingt ungerne gesehen hätte, wenn sie schließlich von der Diplomatie überstimmt und der Verständigungsfriede gegen ihr Votum abgeschlossen worden wäre. Wenn das wirklich, wie es nach der Aussage des Generals v. Haefen kaum zu bezweifeln ist, die innerste Auffassung des Generals Ludendorff gewesen ist, so dürfte kein Ausdruck der Verdammung für dieses Verhalten zu hart erscheinen.“

Delbrück ist dem General Ludendorff gegenüber unerbittlich. Er spricht von der Unehrllichkeit, sich für das, was man selber wünsche, der Verantwortung zu entziehen und sie einer anderen Behörde und dem Kaiser zuzuschreiben, weil man sich nicht unpopulär machen wollte. „Es ist von je eine sehr dankbare Position gewesen, den starken Patrioten darzustellen, und die Schwächlichkeit der aktiven Staatskunst zu verabscheuen. Besonders Soldaten haben immer gern das Wort im Munde geführt, das freilich von Blücher stammt, aber von der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung längst als verfehlt erkannt ist, daß die Feder des Diplomaten verderbe, was das Schwert des Soldaten gewonnen. Würde es im guten Glauben gesagt, so ist es eine Ansicht wie andere. Wird es aber gesagt trotz des Bewußtseins, daß die Diplomatie eine notwendige und deshalb für das Vaterland heilsame Aktion vollführt habe, so ist es eine Ruchlosigkeit.“

Im Schlußsatz seines Gutachtens führt Professor Delbrück einen Keulenschlag gegen Ludendorff. Er sagt, „daß keineswegs das reine Motiv der Vaterlands-

liebe, sondern ein ungezügelter Ehrgeiz sehr wesentlich das Handeln des Generals Ludendorff den Feldzug 1918 mitbestimmt hat.“ Man hat es mir in manchen Kreisen sehr übelgenommen, daß ich General Ludendorff einmal einen genialen Hasardeur genannt habe. Ich nehme den Vorwurf gern auf mich.

Prinz Max von Baden berichtet in seinen Erinnerungen über eine Aussprache, die er mit Ludendorff kurz vor Beginn der Offensive gehabt habe: Der Wagemut des Führers, der schließlich auch bereit war, alles auf eine Karte zu setzen, sei zu spüren gewesen. Wohl leuchtete aus seinen Worten der Glaube an seinen guten Stern, wohl erschrak man, als Ludendorff auf die Frage, was geschieht, wenn die Offensive mißlingt, die Antwort gab: „Dann muß Deutschland eben zugrunde gehen!“

* * *

Bei den Anfangserfolgen der deutschen Offensive sank die Stimmung in England und Frankreich genauso, wie sie in Deutschland gestiegen war. Im Mai 1918 sprach der englische General Smuts in Glasgow: „Es scheint mir, wenn dieser Krieg zu Ende kommen soll, wird es für die Kämpfer von Zeit zu Zeit notwendig sein, zu versuchen, inoffiziell miteinander in Fühlung zu kommen. Die britischen Kriegsziele seien gemäßigt. Wir wollen keine Entschädigungen, keine Länder, keine Annexionen.“ Die Männer der Vaterlandspartei in Deutschland redeten ganz anders. Sie trieben nicht nur die Engländer und Franzosen zu Paaren — hinter ihren Schreibtischen und Rednerpulten —, sie verhöhnten auch die Anhänger des Verständigungsfriedens, die Schmachfriedens-Leute. Deutschland über alles in der Welt! Einer, der damals viel verkannt worden

ist, behielt auch in diesen Tagen eines kriegs- und siegeswütigen Taumels seinen klaren Kopf, das war der bereits mehrfach genannte Oberst v. Haeften. Er reiste ins Hauptquartier und unterbreitete Ludendorff eine Denkschrift, in der er sagte, daß wir uns nicht von den Ereignissen treiben lassen dürften: Ohne das Einsetzen einer planmäßig handelnden Staatskunst vor Abschluß der militärischen Operationen könne der staatsmännische Friede nicht sichergestellt werden, der allein unseren Interessen entspreche!

Ludendorff hat zur Überraschung seines politischen Vertreters diesen nicht hinausgeworfen, ihm vielmehr nachdenklich zugehört. Er soll sich sogar überzeugt haben, daß er von der Regierung eine politische Offensive fordern müsse, weil Siege allein den Frieden nicht schaffen könnten. Es sei höchste Zeit, daß etwas geschehe, soll er zu Haeften gesagt haben. Das war gegen Mitte Juni, als allerdings die Angriffe zum Stehen gekommen waren! Am 17. Juni informierte Haeften den Reichskanzler Hertling in Anwesenheit Kühlmanns. Dieser glaubte damals an die Möglichkeit baldiger Besprechungen mit den Feinden. Deshalb hielt er acht Tage später im Reichstag, es war am 24. Juni, jene verständige Rede, die ihm das Genick brach. Er hatte die Information durch Haeften verwendet, indem er sagte: „Ohne einen Gedankenaustausch — zwischen den feindlichen Mächten — wird bei der ungeheueren Größe dieses Koalitionskrieges . . . durch militärische Entscheidungen allein, ohne alle diplomatischen Verhandlungen, ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.“

Westarp und Stresemann, die wieder auf der obersten Sprosse der Froschleiter saßen und von Belgien, Longwy-Briey und Calais träumten, fielen über Kühlmann her. Ludendorff, durch diese nationalistischen

Reden erneut aufgeputscht, stürzte Kühlmann kurz entschlossen. Entweder gehe der Staatssekretär oder er, Ludendorff. Nachfolger Kühlmanns wurde der Admiral v. Hintze. Die Lage an der Front wurde von Tag zu Tag kritischer, so daß die nationalistischen Laubfrösche allmählich von Stufe zu Stufe herabhupften. Am 8. August erlitt das Heer bei Albert die schlimmste Niederlage. Natürlich wurde die Schuld nicht der Heerführung zugeschrieben, sondern den Soldaten, die bis dahin — mit Recht! — als Helden gefeiert worden waren. Am 12. August 1918 sagte Ludendorff zu dem Oberst v. Haeften, der ins Hauptquartier gekommen war: „Es sei jetzt keine Hoffnung mehr auf eine Offensive, die Führung habe den Boden unter den Füßen verloren.“ Auf die Frage Haeftens, ob die Front halten werde bis im Herbst die Offensive abflaue, antwortete Ludendorff, er habe die Hoffnung, daß durchgehalten werden könne. Haeften hat darauf dem General gesagt, daß die Regierung genau orientiert werden müsse und Bewegungsfreiheit gebrauche. „Die glatte öffentliche Erklärung über Belgien sei nötig: Wiederherstellung der Souveränität und Integrität.“ Ludendorff war einverstanden.

Erinnern wir uns an die Antwort Ludendorffs auf die Frage des Prinzen Max: was wird, wenn die Offensive mißlingt? „Dann muß Deutschland eben untergehen!“

Fünfter Abschnitt

PRINZ MAX MELDET SICH

Während dieser ganzen Zeit hat der Prinz Max von Baden, der von verschiedenen Professoren und Parlamentariern seit langer Zeit als Reichskanzler lanciert werden sollte und offenbar auch längst bereit war,

„Führer“ des Reichs zu werden, mit einigen ihm sehr dienstwilligen Leuten auf eigene Faust, gewiß in der besten Absicht, Politik gemacht. Bald korrespondierte er mit der Obersten Heeresleitung, bald mit dem Kaiser, bald mit dem ehemaligen Kronprinzen Rupprecht oder dem Oberst v. Haeften. Stets bediente er sich dabei eines Herrn Kurt Hahn. Was für Hindenburg Herr Ludendorff, das war für den Prinzen Herr Kurt Hahn, während und nach seiner Reichskanzlerschaft — unsichtbar und unmerklich für die weitere Umwelt. Darauf wird noch zurückzukommen sein. Am 6. September 1918 war Hahn in St. Blasien bei dem Prinzen eingetroffen. Er kam direkt vom Oberst v. Haeften: Die drohende Katastrophe . . . käme unaufhaltsam, wenn wir abwarteten und nichts tun. Was tat nun Herr Hahn? Er schrieb zu den vorhandenen Denkschriften die neunundneunzigste im Namen des Prinzen Max. Hier einige Sätze daraus:

„III. . . 1. . . a) Der „Vorwärts“ verlangt ein neues Friedensangebot.

b) Erzberger und Scheidemann arbeiten auf neue Friedensresolution hin, die auf eine Kapitulation vor Wilsonschen Gedankengängen und Redensarten hinausläuft. . . Das Ganze wird wirken wie ein Buß- und Bittgang an das feindliche Ausland.

c) Erzberger und Scheidemann beabsichtigen eine Generalrechnung gegen die Oberste Heeresleitung und Reichsleitung aufzumachen; unter stillschweigender Begünstigung durch die Nationalliberalen und das Zentrum fordern sie die parlamentarische Regierung, und zwar mit der würdelosen Begründung, sie würde dazu beitragen, den Kriegswillen der Feinde zu erweichen. Sie hoffen, ihre Forderungen durchzusetzen auf Grund des Nachweises, daß die bisherigen Machtfaktoren Deutschlands: Kaiser, Reichsleitung und

Heeresleitung sich unfähig erwiesen hätten, Deutschlands Geschicke zu leiten.

d) Die linksdemokratische Presse verlangt ebenfalls die parlamentarische Regierung, um die Nationalliberalen zu locken, will Theodor Wolff sogar Stresemann einen Platz in dieser Regierung sichern.

e) . . . Auf die Nationalliberalen ist kein Verlaß. . .“

Die jetzige Reichsleitung könne eine Wendung zum Besseren nicht herbeiführen. Dann heißt es weiter in anderen Teilen der Denkschrift:

„In diesem Augenblick des Interregnums hat die Krone noch einmal Gelegenheit zu handeln, ohne Druck von unten. Sie kann aus freiem Entschluß eine Regierung berufen, welche die Reichstagsmajorität lahmlegt, ihr die hauptsächliche Waffe im voraus aus der Hand schlägt, indem sie selbst als der führende Faktor auftritt, den das deutsche Volk in der Stunde der Not herbeisehnt. . .“

Entweder überlassen wir es den Herren Erzberger und Scheidemann, Ende des Monats sich als Führer zum Verständigungsfrieden anzubieten und angenommen zu werden, oder die Krone stellt diese Führer selbst aus der Mitte von Männern, deren Prestige es ihnen im In- und Ausland gestattet, das Wort Frieden heute nicht in den Mund zu nehmen und dennoch die Friedensatmosphäre in Feindesland sichtbar zu stärken. Die Wahl kann nicht zweifelhaft sein.“

Soweit der Prinz Max von mir redet, stelle ich fest, daß ich niemals würdelose Begründungen zu einer Forderung gegeben habe oder habe geben wollen. Meine gesamte politische Tätigkeit und auch dieses Buch dürften ein schlüssiger Beweis dafür sein, daß mir das Gegenteil der Wahrheit in der Denkschrift des Prinzen Max unterstellt worden ist. Wenn in dem

Buche, für das Prinz Max von Baden die Verantwortung trägt, insbesondere auch über Würdelosigkeit gehandelt werden sollte, dann wäre der Widerspruch zwischen dem vom Prinzen am 12. Januar 1918 an seinen Vetter Prinz v. Hohenlohe geschriebene Brief und der Note an Wilson ein durchaus geeignetes Demonstrationsobjekt gewesen.

Eine Abbitte des Prinzen soll hier übrigens Platz finden, die ihm Herr Hahn hätte ersparen können:

„Konrad Haußmann hat mir kurz vor seinem Tode seine Aufzeichnungen über diese Sitzung zur Verfügung gestellt. (Es handelt sich um Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses.) Und ich muß heute bekennen, daß ich den Majoritätsparteien bitter Unrecht getan hatte, als ich den Kaiser Anfang September vor ihnen warnte: sie würden unsere Notlage ausnützen, um Friedensresolutionen zu machen und parlamentarische Machtansprüche zu befriedigen. Wer die Notizen Haußmanns sieht, muß zu dem Urteil kommen: die Abgeordneten sehen die Wirklichkeit der Situation, die Notwendigkeit eines Regierungswechsels, die Pflicht, die Bedürfnisse der Armee voranzustellen, auch den Interessen der Parteien und der Personen.“

In den Erinnerungen des Prinzen Max^{*)} wird immer wieder in einer Weise auf Konrad Haußmann hingewiesen, die bei Uneingeweihten den Anschein erwecken kann, als sei Haußmann in seiner Fraktion der führende Mann gewesen. Das war nicht der Fall. Haußmann, einer der ersten, die den Prinzen Max als Reichskanzler lancieren wollten, war ein ausgezeichnete und überaus geistreiche Mensch, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreute, er war einer der

^{*)} „Erinnerungen und Dokumente.“ Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 1927.

wenigen, die niemand in einem Parlament missen möchte. Darüber waren alle einig, die ihm nähergestanden haben. Er war ein Künstler, ein Dichter meinetwegen, der seine helle Freude hatte an einem Bonmot, an einem gutstilisierten Satz. Er war ein politischer Feuilletonist großen Stils. Das ist und soll ganz gewiß nicht eine Herabsetzung Haußmanns sein, mit dem ich viele Jahre lang sehr gut gestanden habe, es ist lediglich eine Korrektur der Charakterisierung Haußmanns in dem prinzlichen Buche. Prinz Max war auf das tiefste betroffen, als bei der Zusammenstellung seiner parlamentarischen Regierung Konrad Haußmann von keiner Seite in Vorschlag gebracht wurde. Erst mehr als eine Woche später hat der Prinz, nach langem Hängen und Würgen, die Zustimmung der Mehrheitsparteien bekommen, seinen Freund in sein Kabinett berufen zu dürfen.

Die absolut falsche Einschätzung mancher Personen in dem mehrfach erwähnten Buche, ebenso das Operieren mit kautschuckartigen Begriffen, wie dem vom „ethischen Imperialismus“, sind erhebliche Mängel. Der Wert des Buches besteht in den vielen Aktenstücken, die auch ohne Erläuterungen oft genug erschütternd wirken. Zur Entschuldigung des Prinzen darf gesagt werden, daß er gewiß keinem Menschen hat Unrecht tun wollen. Ihm und seinen Ratgebern fehlte u. a. die in so kritischen Zeiten unerläßliche Personenkenntnis; er verließ sich zu sehr auf den jugendlichen Ratgeber Hahn, dem selbst politische Erfahrung gefehlt hat. Die Erfahrung in der Politik ist durch nichts zu ersetzen, sie muß erlebt, kann aber nicht erlernt werden, wie eine fremde Sprache. Wer die damalige Zeit so intensiv miterlebt hat, wie ich, der sieht geradezu bei der Lektüre seines Buches, das hier häufig zitiert wird, die Ratgeber des Prin-

zen: wie sie ihm Namen zuflüstern; wie sie den einen, der sie mit ihren gutgemeinten Ratschlägen vielleicht nicht gerade sanft hat abfahren lassen, schlecht zensurieren, anderen, die scheinbar auf die mitunter phantastischen Anregungen eingegangen sind, gute Noten geben.

VOR DEM ZUSAMMENBRUCH

Das deutsche Volk und seine Vertreter wurden über die Zustände an der Front immer noch getäuscht, als es im Westen tatsächlich längst in allen Fugen krachte. Wer den Verlauf des Krieges mit offenen Augen erlebt hatte, konnte gar nicht daran zweifeln, daß wir schließlich zusammenbrechen müßten, wenn nicht ein Wunder geschehe. Die Zeit der Wunder war aber längst dahin; es sei denn, daß wir die modernsten Flugzeuge und Tanks der Amerikaner als Wunderwerke gelten lassen wollten. Dann mußten wir leider erst recht zugestehen, daß die Wunder alle auf der anderen Seite und gegen uns geschahen.

Je mehr die preußischen Junker und ihre Gesinnungsgenossen allmählich auch von bösen Ahnungen ergriffen wurden, um so mehr schienen sie geneigt, dem gemeinen Volke entgegenzukommen. Im preußischen Landtag war man wirklich im Mai 1918 schon so weit gewesen, ein Pluralstimmrecht zu bewilligen, das den bevorzugten Wählern bis zu sechs Stimmen einräumte! Dieses Sechsstimmrecht sollte, je mehr die Not stieg, „verbessert“ werden, so daß schließlich ein Antrag der Nationalliberalen Lohmann und Fuhrmann das Dreistimmwahlrecht gewähren wollte.

Die Not der Zeit brachte manchen Politiker auf die absonderlichsten Gedanken. Im Juli 1918 suchte Friedrich Naumann mich auf, unverkennbar im Auf-

trage eines höheren Bonzen. Es stände jetzt bei uns Sozialdemokraten, wer Staatssekretär des Auswärtigen Amts werden solle! — Auf mein erstauntes Nanu! antwortete er ausführlich: „Ludendorff und Kühlmann können sich persönlich nicht wieder finden. Kühlmann wird also gehen. — Ludendorff hat den Wunsch, einen Mann in das Auswärtige Amt zu bekommen, mit dem er arbeiten kann, ohne fortwährende Reibungen.“

„Er will einen „jungen Mann“ haben, einen Kuli.“

Naumann: „Diese Bezeichnungen gebrauche ich nicht, aber in der Sache haben Sie recht. Er wünscht also einen Nachfolger für v. Kühlmann, mit dem er arbeiten kann und von dem er wünscht, daß er auch Ihr Vertrauensmann sei.“

„Ich verstehe wirklich nicht, wie Sie ernsthaft einen solchen Plan ventilieren können. Der junge Mann, der den Willen Ludendorffs ausführen soll, als unser Vertrauensmann — das ist doch eine Schnaps-idee. Dieser junge Mann Ludendorffs wäre doch der Strick, mit dem wir unsere eigene Partei fesselten!“

Naumann suchte mich schließlich zu bestimmen, einmal gründlich mit Ludendorff zu reden. „Reisen Sie ins Hauptquartier. Was nicht in einem Tage erledigt wird, müßte in mehreren Tagen besprochen werden. Mit Ludendorff ist zu reden.“

Der brave Naumann ist wenig befriedigt von mir weggegangen.

* * *

Die Regierung wurstelte sich durch; es wurstelten der Reichstag und die Parteien — alle schienen nach dem Worte handeln zu wollen „Zeit gewonnen, viel gewonnen.“ Im Interfraktionellen Ausschuß wurde geredet und geredet. Eine zielklare und feste Mehrheit, die, wie jeder wußte, eine unbedingte Notwendigkeit war, konnte kaum zusammengehalten werden, weil

alle Parteien zuviel Rücksicht nehmen mußten auf Forderungen und Wünsche der hinter ihnen stehenden Wählerkreise. Im Kriege zeigten sich deutlicher als sonst die bösen Folgen der Parteienzersplitterung in Deutschland, wo jeder Stammtisch am liebsten einen eigenen Kandidaten aufstellen möchte. Es war zum Erbrechen, wie an einer Erklärung, die ein Bekenntnis zum Völkerbund sein sollte, herumgetüftelt worden ist. Diese Erklärung sollte eine Ergänzung zu der Friedensresolution vom 19. Juli sein. Einer hatte Bedenken taktischer Art, andere hatten Bedenken, die sie juristisch begründeten, so besonders Groeber, der überhaupt nicht recht an die einem Völkerbund zugeschriebene Macht glaubte. Klägliches Kompromißwerk war alles, was mühsam zustandegebracht wurde.

Es sollte auch eine Denkschrift an die Regierung abgeschickt werden. Ach, du lieber Gott, die wievielte Denkschrift? Statt mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und zu beschließen, daß jetzt soundso zu verfahren sei, wurde von der Mehrheit des Reichstags, die alle paar Wochen, später alle paar Tage aufzuliegen drohte, verhandelt, geredet, kompromisselt. Und schließlich wurde Papier beschrieben mit sorgsam abgewogenen Erwägungen und Empfehlungen. Wir Sozialdemokraten hatten in der Fraktion bestimmte Mindestforderungen aufgestellt und veröffentlicht, um die anderen Parteien für die Denkschrift schon ein wenig zu binden. Großes Hallo deshalb! In all dieses Hasten fielen dann am 26. und 27. September die Sitzungen des Hauptausschusses, in denen über die Trostlosigkeit unserer Verhältnisse geklagt wurde. Österreich war, wie alle Welt wußte, vollkommen bankrott, Bulgarien unternahm seine eigene Friedensaktion — was bedeutete eigentlich noch die Türkei? Trotzdem suchte der Nachfolger Kühlmanns im Aus-

wärtigen Amt, Herr v. Hintze, Hoffnungen zu erwecken, indem er versicherte, daß die bulgarische Friedensaktion ohne Verbindung mit dem König und dem Parlament unternommen worden sei! Deutsche und österreichische Truppen befänden sich bereits in Bulgarien, um die Armeen, die sich sehr schnell nach rückwärts bewegten, zum Stehen zu bringen.

Konnte sich auch nur einer der Abgeordneten im unklaren befinden über die Bedeutung dieser verzweifelten Situation? Erzberger überbrachte Bemerkungen des österreichischen Ministerpräsidenten Hussarek, daß die Türkei, sobald die Bulgaren ausgeschieden, deren Beispiel folgen werde; mit Österreich sei es natürlich dann auch zu Ende. Nun lese man, wie in dem Buche des Prinzen Max über diese Verhandlungen berichtet wird:

„Scheidemann nannte den Optimismus des Staatssekretärs unbegreiflich und beschwor ihn, sich über die Lage um Gottes willen nicht zu täuschen. In acht Tagen könnten in diesem Saale schon Arbeiter- und Soldatenräte sitzen. — Das ist die einzige nervöse Wendung, die sich in diesen Verhandlungen nachweisen läßt.“

Wenn derart am Tage, oder vielleicht auch am Tage nach der Sitzung geschrieben worden wäre, so könnte man sagen, die „Leitung“ bis zum Verständnis des in Betracht kommenden Schreibers ist offenbar ein wenig zu lang. Daß mehr als acht Jahre nach jener Sitzung eine solche Auffassung noch gedruckt werden kann, ist nicht zu verstehen. Die Hoffnungen, die Hintze erwecken wollte, habe ich als unbegreiflichen Optimismus bezeichnet. Am Tage danach hat Herr v. Hintze zugeben müssen, daß ich recht gehabt habe. Am nächsten Tage schon notiert Prinz Max: Die Hoffnung auf eine günstige Wendung in Bulgarien

wurde aufgegeben. Am Tage nach meiner „nervösen Wendung“ saßen Hindenburg und Ludendorff zusammen, um verzweifelt zu beraten, wie sie sich aus der Affäre ziehen könnten! Wenige Tage nach meiner Rede saß ich — sehr wider Willen — im Kabinett des Prinzen Max — ich, Scheidemann, der „wüste Hohenzollernbeschimpfer“, den die politischen Kreuzelzeitungs-Schreiber auf den Sandhaufen hatten stellen wollen — von Kaiser Wilhelm II. berufen und bestätigt als Staatssekretär! Fünf Wochen später gab es Arbeiter- und Soldatenräte in Kiel, in Hamburg, in München und Berlin.

Herr v. Hintze hat mir mehrere Jahre später gesagt, daß meine Auslassung in der oben geschilderten Sitzung auf ihn den tiefsten Eindruck gemacht habe.

Sechster Abschnitt

LUDENDORFF SCHREIT NACH WAFFENSTILLSTAND

Die Schläge fielen nun hageldicht auf die bisher so gründlich Getäuschten, besonders in Berlin. Als Prinz Max am 1. Oktober als Kanzlerkandidat in der Reichshauptstadt eintraf, verabfolgte ihm der Oberst v. Haefen gleich eine kalte Dusche: Die militärische Lage habe sich entscheidend verschlechtert. In Spaa sei der Beschluß gefaßt worden, dem Präsidenten Wilson durch die Reichsregierung (!!) mitzuteilen, daß man seine vierzehn Punkte annehme; er möchte schleunigst einen Waffenstillstand vermitteln und Friedensverhandlungen einleiten. Der Prinz schüttelte sich vor Entsetzen und wäre am liebsten sofort wieder abgereist. „Meine ganze Politik basierte darauf, daß wir die Kampagne durchhielten. Ich hätte keine Vorstellung davon gehabt, wie furchtbar unsere Lage sei, übrigens die Welt auch nicht; sie würde es erst durch

unser Angebot erfahren.“ Die beiden Herren fuhren zu dem Vizekanzler v. Payer, der sofort den aus dem Hauptquartier herbeigeeilten Major v. d. Bussche rief. Wie später vor den zu vertraulicher Besprechung berufenen Fraktionsvorsitzenden, so berichtete Bussche auch dem Prinzen Max:

„In wenigen Tagen habe sich die Lage grundlegend verändert. Der Zusammenbruch der bulgarischen Front habe alle Dispositionen über den Haufen geworfen. Für die Westfront bestimmte Truppen mußten dorthin geschickt werden. Gleichzeitig setzten gewaltige Angriffe auf der Westfront ein. Man hätte ihnen noch standgehalten, aber man müsse damit rechnen, daß die Angriffe fortgesetzt würden. Bestimmend für die Verschlechterung der Lage seien zwei Faktoren gewesen: Erstens die Tanks und zweitens die Ersatzfrage. Den massenhaft eingesetzten Tanks wären die Nerven unserer Soldaten nicht mehr gewachsen gewesen. Von ausgleichendem Ersatz sei keine Rede mehr, jede vierundzwanzig Stunden können die Lage verschlechtern.“

v. d. Bussche gab dann dem Prinzen Max Kenntnis von einer telephonischen Mitteilung, die er wenige Stunden zuvor aus dem Großen Hauptquartier bekommen hatte:

„Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918.
1,30 Uhr nachmittags.

Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis morgen vormittag einverstanden.

Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten. v. Hindenburg.“

Der Prinz sträubte sich, denn so hatte er sich den Anfang seiner Kanzlerschaft gewiß nicht vorgestellt.

ACHTUNDVIERZIG STUNDEN KANN DIE ARMEE NICHT WARTEN!

Freiherr v. Hertling, der als Reichskanzler auf Abbruch immer noch amtierte, war natürlich auch nicht untätig geblieben, nachdem er Kenntnis von den Waffenstillstandsforderungen der OHL. erhalten hatte. Er hatte seinen Vertreter im Großen Hauptquartier, den Freiherrn v. Lersner, um eingehende Besprechungen mit Ludendorff und um sofortigen Bericht ersucht. Die Antwort Lersners war, wie alle Nachrichten aus dem Großen Hauptquartier in diesen Tagen, erschütternd:

„Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918.

General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht warten. Er bäte Eure Exzellenz dringendst, alles zu tun, damit das Angebot auf allerschnellste Weise durchkäme.

Ich wies deutlich darauf hin, daß der Feind trotz aller Beschleunigung kaum vor Ablauf einer Woche antworten werde. Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sein müsse und bittet Eure Exzellenz, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen. Er glaube, daß zur Beschleunigung vielleicht die Note von der schweizerischen Regierung durch Funkpruch von Nauen an den Adressaten mit Schweizer Chiffre gegeben werden könne. gez. Lersner.“

Da immer wieder der Fehler gemacht wird, bei Beurteilung der früheren Verhältnisse die Macht der OHL. auch auf politischem Gebiete zu ignorieren oder viel zu gering einzuschätzen, soll ausdrücklich daran

erinnert werden, wie auch für den Prinzen Max, nach seiner eigenen Schilderung, erst bei der OHL. angefragt wurde, ob sie mit seiner Berufung zum Reichskanzler einverstanden sei. Auch Herr v. Payer, einer der wackersten Demokraten aus der kaiserlichen Zeit, hat nichts dabei gefunden, hier mitzuwirken: „Payer bat Haeften, an das Große Hauptquartier zu telephonieren und die Zustimmung der OHL. zur Kandidatur des Prinzen Max herbeizuführen.“ Selbst in der oben geschilderten Situation, als Hindenburg und Ludendorff am Ende ihres kriegerischen Lateins waren und den Reichskanzler baten, ihnen zu helfen, fragt man erst bei ihnen an, ob ihnen der in Aussicht genommene Kanzler auch genehm sei. Hindenburg und Ludendorff „genehmigten“ die Kandidatur.

Zwischendurch fanden Besprechungen zwischen dem Prinzen Max, Herrn v. Payer, sowie Ebert und mir statt. Ohne sozialdemokratische Teilnahme an seinem Kabinett wollte der Prinz die Kanzlerwürde überhaupt nicht übernehmen. Er bat uns eindringlich, ihm zu helfen. Mit unseren von der Fraktion bereits aufgestellten Bedingungen erklärte er sich einverstanden, ebenso mit dem Programm des Interfraktionellen Ausschusses. Die Bedenken, die er bei uns in einigen Punkten geltend machte, waren wirklich bedeutungslos. Die von der Fraktion aufgestellten sechs Bedingungen lauteten wie folgt:

„1. Uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschliebung des Reichstages vom 19. Juli 1917 mit der Bereitschaftserklärung, einem Völkerbund beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Verhandlung aller Streitfälle und der allgemeinen Abrüstung beruht.

2. Vollkommen einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, Wiederherstellung Belgiens, Verstän-

digung über Entschädigung, ebenso Wiederherstellung Serbiens und Montenegros.

3. Die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß sein; sofortige Einführung der Zivilverwaltung in allen besetzten Gebieten, demokratische Volksvertretungen sind alsbald zu begründen.

4. Autonomie Elsaß-Lothringens, für alle deutschen Bundesstaaten allgemeines, gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht. Der preußische Landtag ist aufzulösen, wenn nicht das gleiche Wahlrecht unverzüglich aus den Beratungen des Herrenhausausschusses hervorgeht.

5. Sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt wurde; die Zensur darf nur auf rein militärische Fragen angewandt werden, Fragen der Kriegsstrategie und Taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial, Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden, Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen.

6. Einheitlichkeit der Reichsleitung, Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen, Berufung von Regierungsvertretern aus der Parlamentsmehrheit oder aus Personen, die der Politik der Parlamentsmehrheit entsprechen. Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung; die politischen Veröffentlichungen der Krone und der Militärbehörden sind vor ihrer Veröffentlichung dem Reichskanzler mitzuteilen.“

Der in dem letzten Satz erwähnte Artikel 9 bestimmte, daß ein Mitglied des Reichstags nicht gleichzeitig Mitglied des Bundesrats sein könne, und daß ein Abgeordneter, der in eine Staats- oder Reichsstelle

berufen werde, sein Mandat niederlegen müsse, allerdings mit dem Recht, wieder zu kandidieren. Die Aufhebung dieses Artikels mußte gefordert werden, weil sonst ein Abgeordneter in dem Augenblick seines Eintritts in eine Regierung oder eines Staatsamts aus dem Reichstag hätte ausscheiden müssen. Mit dem parlamentarischen System wäre das unvereinbar gewesen. Welcher Abgeordnete hätte sich auch bereit gefunden, sein Mandat niederzulegen, um für vielleicht wenige Tage in ein Kabinett eintreten zu können. Ebert ist für, ich bin gegen Beteiligung an der Regierung.

In der Fraktion fiel die Entscheidung über die Frage, ob Parteigenossen an der Regierung teilnehmen sollten oder nicht, am 3. Oktober 1918, nachdem am Tage zuvor die Frage „nur grundsätzlich“ diskutiert, aber nicht zur Entscheidung gebracht worden war. Mit mir waren in dieser Sitzung gegen die Beteiligung Landsberg, Stampfer u. a.; für die Beteiligung waren u. a. David, Noske und Südekum. Ebert nahm an diesem 2. Oktober zu der Frage, ob ja oder nein, keine Stellung. Er und ich hatten, wie bereits erwähnt, mit dem Prinzen Max und Payer mehrfach Besprechungen gehabt. Wie der Prinz in seinem Buche berichtet, hat er am 2. Oktober auch mit Ebert allein verhandelt. Davon war mir bisher nichts bekannt. Vor der Fraktions-sitzung am 3. Oktober fand eine Vorstandssitzung statt, in der ich erneut entschieden gegen die Beteiligung an der Regierung auftrat. Ebert, der während meiner Rede aus einer Sitzung kam, in der v. d. Bussche seinen bereits erwähnten Frontbericht gegeben hatte — ich konnte nicht dorthin gehen, weil ich für die gleiche Stunde eine Vorstandssitzung einberufen hatte —, war sehr erschüttert und sprach für die Beteiligung. Während ich den Standpunkt vertreten hatte, daß man uns

unmöglich zumuten könne, in dem Augenblick des absolut sicheren Zusammenbruchs in ein total bankrottetes Unternehmen einzutreten, an dessen Spitze man auch noch einen Prinzen stelle, argumentierte Ebert wie folgt: „Zwar glaube auch er nicht, daß wir noch irgendetwas würden retten können, aber wir sollten folgende Erwägungen anstellen: Falls nun alles zusammenbricht, außen und innen, wird man uns dann nicht den Vorwurf machen, daß wir in einem Augenblick unsere Mitwirkung versagt hätten, in dem man uns dringend von allen Seiten darum gebeten habe?“

Der Fraktionsvorstand beschloß leider mit Mehrheit Beteiligung, die Fraktion hieß diesen Beschluß gut und bestimmte einmütig Bauer und mich, in die Regierung zu gehen. Bauer sollte das Arbeitsministerium übernehmen, während ich ohne Portefeuille in das engere Kriegskabinett eintreten sollte.

Der Prinz erzählt an mehreren Stellen seines Buches, wie sehr er bemüht gewesen sei, Ebert in das Kabinett zu bekommen. Ich bedauere sehr, daß ihm diese Bemühungen, von denen ich damals nichts erfahren habe, mißlungen sind. Bis auf den heutigen Tag bereue ich, daß ich mich damals dem Fraktionsbeschluß gefügt und nicht darauf bestanden habe, Ebert zu wählen. Daß er, der ja, wie wir schon gesehen haben, grundsätzlich für den Eintritt war, auch persönlich zum Eintritt bereit gewesen wäre, hat er später gemeinsamen Freunden, ich erwähne besonders Otto Braun, ausdrücklich gesagt.

Am 4. Oktober trat die erste parlamentarische Regierung in Aktion. Sie sah wesentlich anders aus, als Prinz Max sie gewünscht hatte. Er hatte folgende Herren verlangt: Dernburg, Ebert, Gothein, Harnack, Haußmann, Fürst Hohenlohe, Junck, Naumann, von Payer, Rechenberg, Schwander, Solf (oder Brockdorff-

Rantzau). In die Reichskanzlei hatte er berufen wollen: Rosenberg, Simons, Kardorff. Ich erspare mir jede Bemerkung zu diesem Wunschzettel des Prinzen. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie eine solche Regierung gearbeitet hätte.

In Wirklichkeit wurde die Regierung nach den Vorschlägen der betreffenden Parteien wie folgt zusammengesetzt: 1. Reichskanzler Max, Prinz von Baden; 2. Staatssekretär des Arbeitsamts Bauer; 3., 4. und 5. Staatssekretäre ohne Portefeuilles: Erzberger, Groeber und Scheidemann; 6. Staatssekretär des Auswärtigen Amts: Solf; 7. Staatssekretär des Reichsamts des Innern: Trimborn; als Fachmänner, die nur bei besonderen Gelegenheiten zu den Sitzungen des eigentlichen „Kriegskabinetts“ hinzugezogen werden sollten, wurden aus den alten Ministerien übernommen: Dr. von Krause, Justiz, Ritter von Mann, Marine, Graf von Roedern, Schatzamt, Rücklin, Reichspost, Freiherr von Stein, Wirtschaftsamt, von Waldow, Ernährungsamt. Nach zehntägigem Kampfe gelang es dem Prinzen dann, seinen persönlichen Vertrauten Haußmann dem Kabinetts noch zugesellen zu dürfen. Mir wurde ein Dokument folgenden Wortlauts zugestellt:

„Ich beauftrage Sie hiermit, die Geschäfte eines Staatssekretärs nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers wahrzunehmen.

Großes Hauptquartier, den 4. Oktober 1918.

Wilhelm I. R.

Max Prinz von Baden.

An den Vizepräsidenten

des Reichstags Scheidemann.“

Die eigentliche „Bestallung“ kam erst kurz vor Tor-schluß, sie war vom 31. Oktober 1918 datiert. Sie begann in der schwülstigen Form der guten alten Zeit

mit den Worten: „Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., tun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir im Namen des Reichs Allergnädigst geruht haben, den Vizepräsidenten des Reichstags Philipp Scheidemann zum Staatssekretär zu ernennen...“

Die Unterschriften waren die gleichen wie auf dem ersten Dokument.

DER KANZLER UND SEIN KABINETT

Am 5. Oktober, etwa eine Stunde vor der Sitzung des Reichstags, las Herr v. Payer den Staatssekretären Groeber, Erzberger und mir die Rede vor, die der Prinz Max nachher dem Reichstag vortragen wollte. Ein solches Verfahren war unerträglich. Daß diese erste Rede des Reichskanzlers auf das Konto der neuen Regierung gesetzt wurde, war doch ganz selbstverständlich. Ich würde also mitverantwortlich gemacht werden für eine Rede, auf deren Inhalt ich keinen Einfluß hatte ausüben können. Wie diese Rede damals zustande gekommen ist, haben Erzberger und ich vermutet, jedoch habe ich erst aus dem Buche des Prinzen Max Gewißheit erlangt:

„Erst am späten Nachmittag kam ich dazu, auf wenige Minuten die Herren zu besuchen, die mit der Vorbereitung der Rede beschäftigt waren. Ich fand sie in der freudigen Stimmung gelingender Arbeit. Simons hatte seine 14 Punkte formuliert. Man spürte in jedem Wort die verhaltene Leidenschaft, mit der er daran ging, den Prozeß für Deutschland vor der ganzen Welt zu führen. Während der Arbeit hatte er zu Hahn gesagt: „Ich weiß gar nicht, ob der Prinz mich als Mitarbeiter gebrauchen kann. Wissen Sie denn, welchem Grundsatz ich in der äußeren Politik folge?“

„Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes, und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen.“ Hahn konnte ihm erwidern: „Im ethischen Imperialismus hat sich der Prinz zu dem gleichen Wahlspruch bekannt.“

Wer die damaligen Verhältnisse und Personen gekannt hat, für den ist ganz klar, nach welchen ethisch-imperialistischen, biblisch-dynastischen Gesichtspunkten der Prinz Max seine Regierung am liebsten zusammengesetzt hätte. Dem engeren Kriegskabinett gehörten neben dem Reichskanzler, dem Vizekanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen nur Groeber, Erzberger und ich an. Mit wem hatte der prinzliche Reichskanzler seine Rede, die Simons und Hahn gebaut hatten, besprochen?

In seinem Buche wird ausgeplaudert: „Erst um elf Uhr abends war der erste Entwurf der Rede fertig. Ich hatte in meinem Hotelzimmer u. a. Haeften, Solf, Warburg, Simons, Haußmann, Hahn versammelt; alle im Grunde Gegner des Waffenstillstandsangebots.“ Einziges Mitglied des Kabinetts war also zugegen gewesen, Solf. Hören wir uns den prinzlichen Reichskanzler weiter an: „Als ich die Verlesung beendet hatte, fühlte ich aus Blicken und Worten, daß es den Zuhörern ging wie mir: das Gefühl der nationalen Erniedrigung begann zu weichen. Wir richteten uns auf an dem Kampf ums Recht, den meine Rede einleiten wollte. Solf und Haeften gingen zu Herrn v. Payer, um im Kreise der dort versammelten Staatssekretäre die Rede zu verlesen und zu vertreten. Ich hielt das für einen bloßen Akt der Höflichkeit...“

Sieht man von dem ganz und gar unmöglichen Herrn Michaelis ab, so ist dieser badische Fürst jedenfalls der merkwürdigste aller deutschen Reichskanzler gewesen. Das Bild ist aber vollkommen klar für die Ken-

ner der damaligen Verhältnisse: Max war der Kandidat des lebenswürdigen Konrad Haußmann, dieser war neben dem ethischen Imperialisten Hahn der Vertrauensmann des Prinzen; dazu kam der ausgezeichnete Jurist und in jeder Beziehung vorbildliche Staatsbürger Simons — alles unvergleichlich gute und hochgebildete Menschen, aber Politiker, wie sie damals gebraucht wurden, waren sie nicht.

In der Annahme, daß es sich bei der endlichen Bekanntgabe seiner von Hahn und Simons ausgearbeiteten Rede an die bei Payer versammelten Staatssekretäre nur um einen Akt der Höflichkeit handele, hatten der Prinz und seine Ratgeber sich in wahrhaft erschütternder Weise geirrt. Doch der Prinz soll selbst das Wort nehmen:

„Da trat um Mitternacht Haeften ins Zimmer, er war totenblaß, ich glaubte, er würde eine Unglücksbotschaft von der Front bringen. Er meldete: Die versammelten Staatssekretäre und auch die hinzugezogenen Mitglieder des Auswärtigen Amts, darunter der Referent für Amerika, seien einstimmig der Meinung, unsere Lage verträge nicht eine Rede, wie ich sie halten wollte. An der guten Wirkung im Innern zweifelten die Herren nicht, die außenpolitischen Folgen aber würden verheerend sein... Wir aber brauchten den Waffenstillstand. Das Auswärtige Amt halte nur die allgemeine Annahme der vierzehn Punkte für möglich.“ — Ich unterbrach Haeften mit der Frage: „Was sagt Exzellenz Solf dazu?“

„Exzellenz Solf schließt sich dem Gutachten des Auswärtigen Amts an und ich muß im Namen der OHL die Forderung stellen: die Rede darf nicht gehalten werden.“

Wenn der Prinz, wie es seine selbstverständliche

Pflicht als parlamentarischer Reichskanzler gewesen wäre, wenigstens für fünf Minuten einen der parlamentarischen Staatssekretäre hinzugezogen hätte, statt nur mit den Herren Hahn, Simons und Haußmann sich in patriotische Stimmung zu versetzen, dann wäre ihm das soeben geschilderte Erlebnis erspart geblieben. Die Leser mögen übrigens nicht außer acht lassen, was für merkwürdige Rollen die Herren Solf und Haeften in diesem Falle gespielt haben. In Gegenwart der ethischen Imperialisten war nach der Verlesung der von ihnen gutgeheißenen Rede „das Gefühl der nationalen Erniedrigung gewichen!“ Sie gingen mit geschwellten Brüsten zu den versammelten Staatssekretären, um dort, auf die Unmöglichkeit der ganzen Rede aufmerksam gemacht, sofort umzufallen und alle Einwände des Auswärtigen Amts und der OHL. zu den ihrigen zu machen. Der Prinz Max war wirklich blendend beraten. Er hätte erst seine blauen Wunder erleben können, wenn er die Regierung, die er sich gewünscht hatte, bekommen hätte.

Ich will einmal ganz offen über den Prinzen meine Meinung sagen. Er war gewiß einer der gescheitesten unter den deutschen Fürsten; das will an sich aber nicht viel bedeuten. Er hatte gewiß mancherlei Politik gelesen und war auch mit vielen Leuten, die sich für Politiker hielten, und wenigen, die es wirklich waren, gelegentlich zusammengekommen. Schmeichler, die sich immer bei Männern in einflußreicher Stellung finden — es hat an solchen auch nach dem 9. November 1918 in der Wilhelmstraße zu keiner Zeit gefehlt —, haben ihm eingeredet, er sei ein großer Politiker, wahrscheinlich hat er es schließlich geglaubt. Dabei habe ich in meiner ganzen politischen Laufbahn nicht einen Menschen kennengelernt, der sich in so vollkommener Abhängigkeit befand, wie Prinz Max als

Reichskanzler. Wer die damalige Zeit in der Wilhelmstraße miterlebt hat, wird auf hundert Blättern des prinzlichen Buchs daran erinnert werden, daß der Reichskanzler ohne Herrn Kurt Hahn völlig hilflos war. Ich erinnere mich an folgendes Erlebnis: In einer Kabinettsitzung stellte der Prinz plötzlich an mich persönlich eine bestimmte Frage, die er, wie es schien, von einem Zettel ablas. Meine Antwort war offenbar ganz anders, als er sie erwartet hatte. Es gab eine peinliche Pause, dann trat der Reichskanzler den Vorsitz an Herrn v. Payer ab und verließ das Zimmer. Erzberger höhnte über den Tisch hinweg: Er holt sich Rat bei Hahn. Sogar Haußmann flüsterte mir zu, daß das nicht mehr gehe „mit dem jungen Mann“. Nach einiger Zeit kehrte der Prinz zurück, stellte eine Ergänzungsfrage an mich und gab dann eine Antwort, die er sich ganz bestimmt geholt hatte. In einem privaten Gespräch, an dem außer Groeber, Erzberger, Haußmann und mir noch einer der Staatssekretäre aus kaiserlicher Zeit teilnahm, haben wir die Frage besprochen, wie man den Prinzen von dem jungen Mann loslösen könnte. Mit Bestimmtheit erinnere ich mich, daß Haußmann damals gesagt hat, es werde kaum gelingen, Herrn Hahn aus dem Reichskanzlerpalais zu entfernen. Auch aus gelegentlichen Gesprächen, die ich mit dem Prinzen führte, gewann ich den Eindruck, daß er ein guter und verständiger Mensch, bestimmt aber kein Politiker sei.

Im Reichstag stieg die Rede des Prinzen am 5. Oktober ohne Zwischenfälle, das sei hier vorweg festgestellt. Allerdings hatte sie sich wesentlich verändert. Der sehr geschickte Unterstaatssekretär Dr. Lewald hatte aus dem zerfetzten Entwurf der engeren Freunde des Prinzen eine neue Rede hergestellt. Prinz Max charakterisiert die neue Rede selbst so: „Jedes

Wort wurde vermieden, das Wilson reizen und ihm einen Vorwand geben konnte, abzulehnen. Über die Außenpolitik stand wenig mehr in der Rede als die Ankündigung des Friedenschrittes. Es gelang noch, die Linie festzuhalten: Bereitschaft zu einem Frieden des Rechts; wenn die Feinde ihn uns versagen, Entschlossenheit zum Kampf.

LUDENDORFFS VERZWEIFLUNG

Der besseren Übersicht wegen soll, zusammengefaßt, wiederholt werden:

Am 29. September war der Major v. d. Bussche aus dem Hauptquartier nach Berlin geschickt worden, um der Regierung zu berichten, daß die Lage an der Front sich grundlegend verschlechtert habe; der Zusammenbruch der bulgarischen Front habe alle Dispositionen über den Haufen geworfen...

Am 1. Oktober nachmittags 2 Uhr wurde aus dem Großen Hauptquartier an Major v. d. Bussche telegraphiert: Wenn bis abends 8 Uhr die neue Regierung gebildet sei, sei die OHL. mit dem Aufschub bis morgen einverstanden, anderenfalls nicht.

Am 1. Oktober telegraphierte Freiherr v. Lersner aus dem Großen Hauptquartier an den Reichskanzler: 48 Stunden könne die Armee nicht mehr warten!

Prinz Max wehrte sich sowohl gegen das ihm angedonnene Verfahren, sowie auch gegen die Übernahme der Kanzlerschaft unter diesen Umständen; er läßt sich dann doch bestimmen, Reichskanzler zu werden; seine Regierung kommt zustande.

Seine Rede wird unter sehr merkwürdigen Umständen ausgearbeitet, vom Kabinett, der OHL. und dem Auswärtigen Amt verworfen, von Dr. Lewald umgebaut und am 5. Oktober im Reichstag gehalten.

Die Verzweiflung der Heeresleitung war offenbar riesengroß. Ihre Bittschreie an Wilson gingen ihr nicht schnell genug über den Ozean. Major v. d. Bussche drängte und drängte immer ärger. Dem Oberst v. Haef-ten sagte er, wenn die Zivilisten weiter zögerten, müsse man ihnen die eiserne Faust ins Genick setzen! In der Nacht vom 29. zum 30. September hatte das Auswärtige Amt unsere Bundesgenossen in Wien und Konstantinopel über die Waffenstillstands- und Friedensforderungen der OHL. informiert. Bulgarien, das am 26. September auf eigene Faust um Frieden gebeten hatte, unterzeichnet das Abkommen drei Tage später. In der Tat — eine verzweifelte Situation. Dem Prinzen Max fällt es wie Schuppen von den Augen: Morgen wird alle Welt — natürlich auch unsere Soldaten! — wissen, wie es um uns steht. Das bedeutet, daß die entsetzlichen Hilferufe Ludendorffs eine Folge ganz bestimmt haben werden: „Daß unser Millionenheer die Waffen wegwerfen und die Meute der Feinde jubelnd zur Todeshatz antritt.“

Der Reichskanzler wollte vor allen Dingen Zeit gewinnen. Er hoffte, daß auch Ludendorff zur Besinnung kommen und es dann verschmähen werde, in dieser jämmerlichen Weise die Feinde um Gnade anzuflehen. Prinz Max ließ Kurt Hahn bei Oberst v. Haef-ten anrufen, um ihn auf die Zustände in — — England aufmerksam zu machen, England wolle unter allen Umständen in diesem Jahre Frieden machen —. v. Haef-ten wies ihn kurz ab: „Sie kennen die militärische Lage nicht!“ In der Nacht gab es ein stundenlanges telephonisches Gespräch zwischen Haef-ten und Ludendorff. Dabei stellte es sich heraus, daß Ludendorff der kindischen Auffassung war, der Feind würde ihm die erbetene Ruhepause gewähren, nachher hoffe er wieder kämpfen zu können, um das Schlimmste ab-

zuwenden. Folgendes muß übrigens zur Kennzeichnung der Situation noch nachgetragen werden:

Am 2. Oktober hatte Prinz Max die Abgeordneten Stresemann und Fischbeck empfangen. Stresemann soll sehr betroffen gewesen sein über die Mitteilung, daß der Prinz ihn nicht in der Regierung, sondern nur in der Opposition gebrauchen könne! Der Prinz hatte in seiner Not auch den Hamburger Bankier Warburg zu Hilfe gerufen, der ihm riet, die Kanzlerschaft nicht anzunehmen, denn er sei ja nach den obwaltenden Umständen sofort lahmgelegt. Wenn die OHL. die Lage so verzweifelt ansehe, sollte sie selber mit der weißen Fahne hinübergehen!

Bravo! Bravo! das war auch mein Standpunkt, mit dem ich in der Fraktion Ebert gegenüber leider unterlag. Ludendorff hätte die Bittgänge, die er anderen zumutete, selbst machen müssen. Wäre er vor diese Forderung gestellt worden, dann hätte er sie entweder erfüllen und dann für alle Zeiten den Mund halten müssen, oder aber er konnte sie ablehnen und hätte dann seine Schwedenreise noch um einige Tage früher antreten können.

Damit es selbst in dieser verzweifelten Lage nicht an Humor fehlte, verkündete Graf Westarp am 29. September in der „Kreuzzeitung“, es sei falsch, wenn die Konservativen (die späteren Deutschnationalen) jetzt auf Sicherungen in Belgien oder auf Kriegsentschädigungen verzichteten!

Das Telephon war Tag und Nacht zwischen Berlin und der Obersten Heeresleitung im Betrieb, Kuriere gingen und kamen; am 2. Oktober traf Hindenburg selbst in Berlin ein. Alle Beschwörungsformeln des Prinzen blieben erfolglos. „Der Ernst der militärischen Lage läßt keinen Aufschub zu.“ Der Prinz nimmt ihn

beiseite und redet unter vier Augen steinerweichend auf ihn ein. Aber das Echo? „Ich erwarte innerhalb von acht Tagen einen neuen Großangriff, kann aber keine Garantie dafür übernehmen, daß dann nicht eine Katastrophe eintritt.“ Der Prinz hat den Eindruck gewonnen, daß trotz allem Hindenburg ruhiger ist als Ludendorff. Oberst v. Haeften dagegen hält die Lage ebenfalls für katastrophal. Der Kaiser will einen Kronrat abhalten. Es kommt zuvor zu einer Unterhaltung zwischen dem noch amtierenden Reichskanzler v. Hertling und Oberst v. Haeften. Der Oberst sagt zu Hertling: „Was geschieht, wenn Wilson die Abdankung des Kaisers fordert?“ Darauf antwortet v. Hertling: „Das hat mich der Kaiser am vorigen Sonntag auch gefragt, und ich erwiderte ihm: „Majestät, ich glaube nicht, daß er das tut, aber wenn die Forderung kommt, dann werden wir den Kampf eben wieder aufnehmen.“ Haeften, der Offizier, hat darauf Hertling, den Kanzler, gefragt, ob er glaube, daß dann noch ein Soldat die Finger krumm machen würde!

Im Kronrat stellte es sich heraus, daß der Kaiser für die Friedens- und Waffenstillstandsbitte war. Er sagte zu dem sich sträubenden Prinzen Max: „Du bist nicht hierher gekommen, um der Obersten Heeresleitung Schwierigkeiten zu machen.“ Am nächsten Tage sprach Prinz Max den Generalfeldmarschall v. Hindenburg noch einmal unter vier Augen. Er unterbreitete ihm eine Reihe Thesen. Da der Generalfeldmarschall ohne seinen Kurt Hahn — will sagen: ohne Ludendorff war, gab er nicht sofort Antwort, sondern schrieb dem Prinzen folgenden Brief, der sicherlich nach vorausgegangener telephonischer Verständigung mit Ludendorff abgefaßt worden war:

„Berlin, den 3. Oktober 1918.

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.“

Dieser Brief ist von größter historischer Bedeutung, weil er die wahren Gründe für den Zusammenbruch angibt. Warum ist die Bitte um Frieden und Waffenstillstand notwendig geworden?

1. weil die mazedonische Front zusammengebrochen ist;
2. weil infolgedessen auch die Westfront geschwächt worden ist;

3. weil die in den letzten Kämpfen erlittenen großen Verluste nicht ersetzt werden können, während
4. der Gegner ständig neue und frische Truppen in die Schlacht führt und weil
5. aus allen diesen Gründen keine Möglichkeit mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Die Unwahrhaftigkeit der Kriegsberichte war in ein bestimmtes System gebracht, nach dem das deutsche Volk jeden Tag neu belogen wurde. Dieses System war elendiglich zusammengebrochen. Der Chef des Nachrichtenwesens war der Oberst Nicolai, Hand in Hand mit ihm ging der Generalquartiermeister Ludendorff. Nicolai hat selbst für die Nachwelt aufgezeichnet, wie unwahrhaft er hat berichten lassen. Der rücksichtslose U-Bootkrieg, der England innerhalb weniger Monate auf die Knie zwingen sollte, war ein Versager. Die Behauptung des konservativen Parteiführers Hergt, daß die Amerikaner weder fliegen noch schwimmen könnten, also nicht kommen würden, war Schaumschlägerei gewesen. Die von dem ehemaligen Kapitän und späteren volksparteilichen Abgeordneten Brüninghaus in vielen Versammlungen vorgetragene Behauptung, daß durch den Eintritt Amerikas in den Krieg „sich so gut wie gar nichts geändert habe“, war sträflich leichtfertig für einen Offizier. Die deutsche Heerführung hatte versagt und schließlich va banque gespielt. Daß das Heer nicht versagt hatte, stand ja auch klar und deutlich in dem abgedruckten Briefe: „Noch steht das Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. . . aber jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.“ Zum Ruhm und zur Ehre der deutschen Soldaten stand mancherlei in diesem nicht für die Öffentlichkeit be-

stimmten Briefe. Nichts stand darin von der angeblichen Zertrümmerung der Front durch Revolutionäre oder landesverräterische Umtriebe; nichts stand darin von dem Dolchstoß, den Ludendorff erst viel später zu seiner vermeintlichen Entlastung in Schweden erfunden hat, wohin er sich unter dem Namen Lindström „in eine wohl vorbereitete sichere Stellung zurückgezogen hatte“ — um einmal im Stil seiner Kriegsberichte zu sprechen.

Prinz Max war begreiflicherweise in den schwersten Nöten. War er doch nicht ein x-beliebiger Michaelis oder Hertling auf dem Kanzlerstuhl — er war auch der Thronfolger im Großherzogtum Baden! Nun sollte gerade seine Führung der Reichspolitik damit beginnen, den republikanischen Amerikaner Wilson um Frieden und Waffenstillstand zu bitten? Ach, wie so ganz anders hatte er sich alles vorgestellt! Die Situation war so entsetzlich geworden, daß er in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober an Wilson telegraphieren mußte:

„Berlin, den 3. Oktober 1918.

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreß-Botschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines

Waffenstillstands zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

gez.: M a x, Prinz v. Baden, Reichskanzler.“

Am nächsten Morgen, so erzählt er selbst, war ihm zumute, wie einem Menschen, der zum Tode verurteilt ist und es im Schlafe vergessen hatte. Nun wollte er wieder gutzumachen suchen, was seiner Meinung nach durch das von ihm abgeschickte Telegramm verdorben worden war. „Simons! Hahn! Zu Hilfe!“ Er wollte eine Rede für den Reichstag bauen lassen, die „zähe unser Recht verteidigt.“

* * *

Haußmann, so berichtet der Prinz, habe darunter gelitten, daß Payer ihm gegenüber stets die Haltung des älteren und weiseren Freundes eingenommen habe. Von mir sagt er, daß ich mich von meinen Parteigenossen zu abhängig gefühlt hätte, die ich immer wieder hätte befragen wollen. Im Gegensatz zu dem Prinzen und Haußmann standen Payer und ich eben mit beiden Beinen auf festem Grunde. Was der Prinz mit seinen Freunden bei seiner Rede für den Reichstag erleben mußte, hätte ihn im Verlauf von fast neun Jahren wirklich zu der Erkenntnis bringen können, daß ihm mit Mitarbeitern, die ohne Verbindung mit ihren Parteien arbeiteten, gar nicht gedient sein konnte. Es kam nicht darauf an, ein halbes Dutzend Minister, sondern das ganze Volk, mindestens aber doch die im Kabinett vertretenen Parteien bei der Stange zu halten. Mitunter scheint dem Prinzen auch das richtige Verständnis gedämpft zu haben für die Festigkeit, mit der parlamentarische Minister wirken können, wenn sie ihre Parteien an ihrer Seite wissen.

Darüber erzählt er einmal ganz unterhaltsam: Auch Erzberger und Scheidemann hätten die Länder und Menschen, auf die sie wirken wollten, nicht gekannt — die kannte wohl nur Herr Hahn! „Aber sie hatten ein unbegrenztes Zutrauen zu ihrem gesunden Menschenverstand und zu ihrer Intuition, seitdem sie rechtzeitig gefordert hatten, den Verteidigungscharakter des deutschen Krieges zu betonen. So traten sie mit dem Sicherheitsgefühl in mein Kabinett ein: Wir haben uns in der auswärtigen Politik bewährt. — Auch in den Beratungen des Oktober und November fehlte es ihnen nicht an guten Einfällen und treffenden Worten. In der entscheidenden Frage der auswärtigen Politik trog sie ihr Instinkt. Sie hatten eine übertriebene Scheu, Wilson durch eine stolze Sprache zu reizen, und wollten nicht glauben, daß Herrenvölker wie die angelsächsischen nur härter werden, wenn sie der Unterwürfigkeit begegnen.“ Diese immer wiederkehrenden Unterstellungen, wie Würdelosigkeit und Unterwürfigkeit, würden eine entsprechende Kennzeichnung rechtfertigen auch durch harte Worte, diese erübrigen sich jedoch, weil es genügt, den Prinzen für solche Ungezogenheiten immer wieder mit der Erinnerung an seine eigenen Erlebnisse zu strafen. Es soll an späterer Stelle auf seine Bemerkungen hingewiesen werden.

Die Herren v. Haeflten und Solf waren mit Herrn Kurt Hahn in der Nacht zum 5. Oktober in „dramatischen Konflikt“ gekommen wegen seiner für ernste politische Situationen ganz unmöglichen Einstellung. Niemand wollte mit dem jungen Mann arbeiten. Deshalb gab der Prinz den Plan, Hahn in seine unmittelbare Umgebung zu ziehen, auf, sorgte aber dafür, daß er Simons unterstellt wurde. So war er ihm wenigstens immer nahe.

PEINLICHE ZWEIDEUTIGKEITEN

Der für den ethischen Imperialismus schwärmende neue Reichskanzler gefiel sich in der Rolle des Mannes, der dem Feinde niemals hat Böses antun wollen, fern allen Eroberungsgelüsten und Bedrückungsabsichten, habe er immer nur dem gerechten Frieden gelebt. Oder etwa nicht? Mein Glaube an ihn erlitt eine fürchterliche Erschütterung, als die „Freie Zeitung“ in Bern bald nach Übernahme der Reichskanzlerschaft durch den Prinzen einen Brief veröffentlichte, den er am 12. Januar 1918 an seinen Fürstlichen Vetter Hohenlohe geschrieben hatte. Dieser sehr umfangreiche Brief, der dem Kabinett von der Gesandtschaft in Bern telegraphisch zur Kenntnis gebracht wurde, war die Antwort auf einen Brief des Fürsten v. Hohenlohe, in dem er Stellung genommen hatte zu einer vom Prinzen Max in Karlsruhe gehaltenen Rede. Aus dem Inhalte des Briefes mögen diese Stellen hier Platz finden:

„ . . . Den Feinden einmal ordentlich an den Kragen zu gehen und ihre affektierte Richterhaltung in Dingen der Schuldfrage und der demokratischen Parole zu verhöhnen, war mir schon lange ein Bedürfnis. . . . Da ich den westlichen Parlamentarismus für Deutschland und Baden ablehne, so mußte ich dem badischen resp. deutschen Volke sagen, daß ich seine Nöte verstehe, daß aber die Institutionen keine Heilmittel seien. . . . Die Badener lassen sich gern führen, wenn sie fühlen, daß man für ihre Sorgen und Nöte Verständnis hat. In der Friedensfrage stellte ich mich auf denselben Standpunkt. Ich wollte nur den Geist andeuten, in dem wir an diese Frage herantreten wollten im Gegensatz zu den Machthabern des Westens. Das „wie“ ist mir hier deshalb von größtem Wert, weil das

„was“ so schwer zu bestimmen ist, denn auch ich wünsche natürlich eine möglichste Ausnutzung unserer Erfolge und im Gegensatz zu der sogenannten Friedensresolution, die ein scheußliches Kind der Angst und der Berliner Hundstage war, wünsche ich möglichst große Vergütungen in irgendwelcher Form, damit wir nach dem Kriege nicht zu arm werden. . . .“

Die „Freie Zeitung“ bemerkte zu dem Briefe, daß er den wahren Charakter des neuen deutschen Prinz-Reichskanzlers kennzeichne. Der Brief zeige, welcher Wert dem deutschen Friedensvorschlage beizumessen sei. Ich war auf das peinlichste berührt und entschlossen, nicht im Kabinett zu bleiben, wenn der Prinz nicht eine befriedigende Aufklärung geben könne. Es konnte kein Mensch verkennen, daß zwischen dem Brief des Prinzen und der Rede, die er im Reichstag am 5. Oktober gehalten hatte, ein geradezu schreiender Widerspruch bestand. In derselben Kabinettsitzung, in der ich Kenntnis von dem Briefe erhielt, bat ich den Prinzen um eine Unterredung sofort nach Schluß der Sitzung. Er war dazu bereit und wollte mich zunächst unter vier Augen sprechen, zog dann aber gern, wie er sagte, auch gleich die Staatssekretäre Erzberger und Groeber hinzu, sowie Unterstaatssekretär Wahnschaffe und Direktor Deutmoser. Ich sagte ihm ohne viel Umschweife, ob er in der Lage sei, über den Brief befriedigenden Aufschluß geben zu können, andernfalls werde es mir nicht möglich sein, seinem Kabinett weiter anzugehören. Der Prinz gab die Echtheit des Briefes unumwunden zu, suchte ihn aber als harmlos darzustellen. Ich dürfe nicht vergessen, daß es sich um einen Privatbrief an seinen Vetter handle, und da dieser in der Kriegsfrage eine

ganz besondere Stellung eingenommen habe, hätte ihn das natürlich reizen müssen, ihm auch in besonderer Weise zu schreiben. Sein Standpunkt sei der, den er in seiner Reichstagsrede vertreten habe. „Aber“, so fügte er hinzu, „ich bin bereit, sofort zurückzutreten, falls das für nötig gehalten wird. Unter gar keinen Umständen will ich im Amte bleiben, wenn auch nur das geringste Bedenken besteht.“ Die Staatssekretäre Groeber und Erzberger verhielten sich bei dieser Unterredung passiv. Die Herren Wahnschaffe und Deutmoser suchten den Prinzen nach Möglichkeit zu decken. Ich ließ nicht locker: „Bedenken Sie selbst, wie die Veröffentlichung in den feindlichen Ländern wirken muß und wie schwer das Vertrauen bereits in diesem Augenblick Ihnen gegenüber erschüttert sein wird. Vergleichen Sie, bitte, genau den Wortlaut des Briefes mit Ihrer Rede, und Sie werden sich nicht darüber wundern dürfen, wenn das Ausland erneut von deutscher Zweideutigkeit spricht.“ Darauf sagte der Prinz: „Ich bin gern bereit, sofort die Konsequenzen zu ziehen. . .“ Ich fiel ihm ins Wort: „Handeln Sie nicht übereilt, sondern überlegen Sie die Sache; ob ich im Amt werde bleiben können, muß meine Fraktion entscheiden.“

Ich brachte die Angelegenheit sofort in meiner Fraktion und dann im Interfraktionellen Ausschuß zur Sprache. Hier bestätigten Groeber und Erzberger die Richtigkeit meiner Schilderung, baten aber trotzdem, nicht aus dem Kabinett zu gehen. Ebert billigte ausdrücklich meine Stellungnahme. Dove warf die Frage auf, ob denn etwas gebessert werde, wenn sich jetzt schon wieder ein Wechsel im Reichskanzleramt vollziehe; seiner Überzeugung nach werde das Gegenteil der Fall sein. Der Abgeordnete Stresemann hielt es für zweifelhaft, ob der Prinz bleiben könne, jedenfalls

sollte er so lange gehalten werden, bis er die Note (Bitte um Waffentillstand) unterzeichnet habe. Solange müßten auch die Sozialdemokraten unter allen Umständen aushalten. Am meisten hat mir der Abgeordnete Haußmann leid getan, den ich als aufrichtigen Freund des Prinzen kennengelernt hatte; er war über den Brief ganz unglücklich.

Nach vielen Sitzungen und Besprechungen in mancherlei Körperschaften gab eine Auskunft des Gesandten v. Brockdorff-Rantzau, den man als Sachverständigen zu Rate gezogen hatte, die Entscheidung: Auf Grund seiner bisherigen Erfahrungen würde ein Kanzlerwechsel in diesem Augenblick entschieden das schädlichere sein. Eine von mir geschriebene und von Bauer mitunterzeichnete Erklärung vom 12. Oktober, die ich dem Interfraktionellen Ausschuß bereits vertraulich zur Kenntnis gegeben hatte, durfte nicht abgehen, weil die sozialdemokratische Fraktion den Beschluß faßte, daß wir im Kabinett bleiben müßten. Der Brief, der sein Ziel nicht erreichte, hatte folgenden Wortlaut:

„An Seine Exzellenz
den Herrn Vizekanzler v. Payer.

Eurer Exzellenz

beehren sich die Unterzeichneten ergebenst mitzuteilen, daß es ihnen nicht möglich ist, dem Kabinett fernerhin anzugehören, wenn an dessen Spitze Se. Großherzogliche Hoheit Prinz Max von Baden verbleibt.

Der Herr Reichskanzler ist durch den Brief, den er am 12. Januar 1918 an seinen Vetter, den Prinzen Hohenlohe, geschrieben hat, und der jetzt die Runde durch die Ententepresse macht, derart kompromittiert, daß wir von seiner Tätigkeit für die Herbeiführung

des Friedens und der inneren Entwicklung Ersprießliches für unser Volk nicht erwarten können.

Eurer Exzellenz

ergebenste gez. Scheidemann.

gez. Bauer."

Es wird dem Leser immer klarer geworden sein, warum der Prinz von meiner Zugehörigkeit zu seinem Kabinett nicht gerade erbaut war. Vermutlich war er der Meinung, daß ein anderer Sozialdemokrat wesentlich anders gehandelt haben würde.

Die neue Kanzlerkrise war knapp vermieden worden, da traf uns der erste Stein aus der Wilsonschleuder.

ZWISCHENFRAGE UND ANTWORT

Die erste Anfrage des Prinzen Max an Wilson war am 3. Oktober abgegangen. Die Antwort des Präsidenten lief erst am 9. Oktober in Berlin ein. Diese sechs Tage des Hangens und Bangens gehören mit zu den schlimmsten, die ich erlebt habe. Die ersten Folgen des durch Ludendorff erzwungenen Betteltelegramms waren genau so, wie sie vorauszusehen gewesen waren: alle Welt sah den vollendeten Zusammenbruch Deutschlands. Die Entente presse raste vor Jubel: „die Verbrecher strecken uns flehend die bluttriefenden Hände entgegen!“ Die deutschen Soldaten waren der Meinung, daß jetzt jeder Schuß eine irrsinnige Materialverschwendung, jede Verwundung ein Verbrechen war. Wozu noch weiter verlaust in den Schützengräben liegen, in Schmutz und Blut! Wozu noch weiter Leiber zerfetzen und dann zerschossen in den Stacheldrähten hängen lassen! Wozu noch schießen? Das Ende war doch da! Die Oberste Heeresleitung hatte das Weiter-

kämpfen doch selbst als aussichtslos aufgegeben — den Soldaten waren damit die Waffen aus der Hand geschlagen. Das Schlimmste war, daß mit der Erfüllung der Ludendorffschen Forderung, die Hindenburg unterzeichnet hatte, selbst die bescheidenste Aussicht auf einen Verständigungsfrieden ein für allemal zerschlagen war. Die Oberste Heeresleitung hatte durch ihre Forderungen Deutschland der Entente auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

PRINZ MAX POLITISIERT AUF EIGNE FAUST!

Wie wird Wilson antworten? Was alles wird er dem kaiserlichen Deutschland zumuten, um es zu demütigen, um es vollends in den Staub zu zwingen. Das „kaiserliche“ Deutschland machte dem Prinzen Max natürlich den meisten Kummer. Sicher ging ihm, der ein guter Patriot war, das Schicksal Deutschlands nahe. Aber wer kann aus seiner Haut heraus? Wir alle sahen in erster Linie ein ausgeblutetes Volk, das mehr als vier Jahre lang geschunden und gequält worden war. Wir sahen ein schaffensfreudiges und friedliebendes Volk, das gegen seinen Willen das grausame Kriegshandwerk hatte ausüben müssen, einer trostlosen Zukunft entgegenwanken — dem Prinzen ließ die Sorge keine Ruhe, der Präsident möchte in seiner Antwort die Abdankung des Kaisers fordern. „Ich suchte vorzubeugen. Durch einen besonders geschätzten neutralen Gesandten ließ ich in die Kanäle des amerikanischen Auswärtigen Amtes die Warnung leiten, Wilson möchte sich nicht in unsere inneren Verhältnisse einmischen, das Friedenswerk müßte sonst scheitern: der Krieg würde weitergehen mit unserer ganzen nationalen Kraft, und das Vertrauen in den Völkerbundgedanken wäre er-

schütter, ebenso wie das Vertrauen in die Menschen, die dafür eingetreten sind. Aber ich hatte im Grunde wenig Hoffnung, daß Wilson sich zurückhalten würde. Meinen Kollegen gab ich von dem unternommenen Schritt keine Kenntnis. . .“

Daß der Reichskanzler hinter dem Rücken des Kabinetts die von ihm selbst in seinem Buche zugegebene „Warnung“ — wirklich die *W a r n u n g*!! — an Wilson hat ergehen lassen und auch nachher dem Kabinett keine Mitteilung davon gemacht hat, ist ein sträfliches Unternehmen gewesen. Sein Verhalten in diesem Falle ähnelt durchaus dem Treiben des Herrn Michaelis, der der öffentlichen Antwort an den Papst auf dessen Friedensvermittlungsversuch eine vertrauliche, dem Siebener-Ausschuß des Reichstags vorenthaltene, folgen ließ. Das Verhalten des Reichskanzlers Michaelis ist einmütig in der schärfsten Weise verurteilt worden. Den Prinzen hat man in diesem Falle wohl nur deshalb bisher ungeschoren gelassen, weil die betreffende Stelle seines Buches weniger beachtet worden ist, als sie verdient. Man mache sich den Sachverhalt vollkommen klar: weil die Oberste Heeresleitung versichert, daß sie nicht einmal mehr achtundvierzig Stunden warten könne, bittet der Reichskanzler namens der deutschen Reichsregierung den Präsidenten Wilson, die Herstellung des Friedens und eines Waffenstillstands sofort herbeizuführen. Hinter diesem Bittelegramm läßt er aber persönlich im geheimen eine *W a r n u n g* an Wilson ergehen: bleibe uns von unserem Kaiser, sonst —!

Wer vermag zu sagen, ob nicht durch dieses Verhalten des Prinzen der Präsident Wilson gegen Deutschland erst recht aufgeputscht worden ist! Mußte oder konnte das Verhalten des Prinzen nicht wieder wie eine „Zweideutigkeit“ wirken? In der ersten Antwort-

note Wilsons war ausdrücklich gefragt worden, „ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkte aus für außerordentlich wichtig.“

So hart das Verhalten des Prinzen in diesem Falle zu verurteilen ist, so sehr widerlegt es freilich die Behauptung der unentwegt Kaiserlichen, daß der badiſche Thronerbe den Kaiser verraten habe. Der Rettung des Kaisers wegen hat er nach meiner Auffassung in dem eben geschilderten Fall Lebensinteressen des Volks zurückgestellt. Der bestimmte Wunsch des Prinzen, unter allen Umständen den Kaiser zu retten, hat ihn vermutlich veranlaßt, von Ludendorff selbst bestimmte Auskunft über die militärischen Grundlagen, auf die sich weitere Entschließungen aufbauen müßten, zu erhalten. Am 8. Oktober ließ der Reichskanzler eine Anzahl Fragen formulieren, die Ludendorff, sobald er in Berlin eintreffen werde, beantworten sollte. Ob er die Schlacht in Feindesland zum Stehen bringen könne? das war die Grundfrage. Je nachdem die Antwort ausfiel, konnte entschieden werden, so meinte der Prinz, ob ein zu erwartendes Räumungsverlangen abgelehnt werden könne, oder angenommen werden müsse.

WILSONS ERSTE ANTWORT

Noch bevor Ludendorff die vielen Fragen beantworteten konnte, lief die Antwort Wilsons ein — es war am Vormittag des 9. Oktober. Sie war unterzeichnet vom Staatssekretär des Auswärtigen Robert Lansing. Hier die Note, von der wir nur die Einleitungsworte fortlassen:

„ . . . Ehe er auf das Ansuchen der Kaiserlich Deutschen Regierung antwortet und damit die Ant-

wort so aufrichtig und gradsinzig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, es erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern.

Meint der Herr Reichskanzler, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt, und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?

Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlage eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden sind, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube jeder Diskussion würde offensichtlich von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen.

Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reichs spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung. Robert Lansing."

Wenige Stunden nach Eingang und Kenntnisnahme dieser Note hatte auch Ludendorff, der am selben Tage in Berlin eingetroffen war, die ihm vorgelegten Fragen beantwortet. Wir heben nur wenige heraus, da

manche der geforderten Auskünfte zu sehr an eine Frage erinnern, die in der Instruktionsstunde des kaiserlichen Heeres gestellt worden sein soll. Da fragte der Unteroffizier die Rekruten: Mit ohne was darf der Soldat nicht über den Kasernenhof gehen? Als keine Antwort erfolgte, sagte er: Ihr Schafsköpfe, das ist doch klar wie dicke Tinte: er darf nicht mit der Pfeife ohne Deckel über den Kasernenhof gehen! Eine Frage des Prinzen Max lautete: Muß auch heute noch mit der Möglichkeit eines militärischen Zusammenbruchs vor dem Frühjahr gerechnet werden und, bejahenden Falles, besteht diese Gefahr schon für die nächsten drei bis vier Wochen? Die Antwort Ludendorffs lautete: die Gefahr des Durchbruchs besteht immer. Die Engländer hätten beim ersten Tankangriff durchbrechen können. Daraufhin fragte der Prinz wieder: Wie lange wird der augenblickliche kritische Zustand voraussichtlich noch dauern? Ist der Gefahrpunkt überschritten, wenn der Feind sich zur Einstellung seiner Großangriffe genötigt sieht, und wann wird dies voraussichtlich der Fall sein? — Ludendorff: Ja, nur Großangriffe gefährlich. — Prinz Max: Kann nach Überwindung des Gefahrpunktes auf Konsolidierung unserer Front gerechnet werden, und durch welche Mittel kann sie erreicht werden? — Antwort Ludendorffs: Wenn die Angriffe eingestellt werden, ist Gefahr beseitigt.

Wenn die Franzosen, Engländer und Amerikaner mit der verfluchten Schießerei aufhören und uns in Ruhe lassen, dann halten wir es aus! Es fehlten monatlich 70 000 Mann Ersatz nach Ludendorffs weiteren Angaben. Von einer levée en masse hält Ludendorff nichts, die darauf bezugnehmende Frage beantwortete er mit einem glatten Nein. „Sie würde mehr zerstören, als man vertragen kann.“

Von nun ab wird wörtlich nach dem Bericht des Prinzen zitiert:

„Frage: Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls eines der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg von uns allein bis zum Frühjahr fortgeführt werden? — Ich erhielt darauf die Antwort: Wir brauchen eine Pause dazu, dann können wir uns wieder konsolidieren. — Also mit anderen Worten? Ich fragte: Können wir uns halten, wenn es nicht zu einer Pause kommt? und erhielt darauf die Antwort: Ja, wenn wir eine Pause bekommen, dann können wir uns halten.“

Unsere Lage war also denkbar schwer und dunkel.

Der General Ludendorff widersprach nicht, als Oberst Heye sagte: „Es wäre Hasardspiel der Obersten Heeresleitung, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte. . . Gestern hing es an einem Faden, ob ein Durchbruch gelang.“

DIE SCHLECHTEN NERVEN DER OHL.

Wenngleich Ludendorff etwas weniger verzweifelt schien, als Ende September und in den ersten Oktobertagen, so streifte er doch mit keinem Worte die Möglichkeit, die verlangte Räumung abzulehnen. Die gegen den Willen Ludendorffs und Hindenburgs als Sachverständige zu Rate gezogenen Generale v. Mudra und v. Gallwitz bekundeten, daß ihre Frontabschnitte noch vollkommen intakt gewesen seien (als die Friedensbitte abging). Es wurde immer klarer, daß die verzweifelten Forderungen der Obersten Heeresleitung ein Ausfluß schlimmster Nervosität gewesen waren. Die freikonservative „Post“ schrieb damals, daß Ludendorff durch sein Verhalten das ganze Volk in schwerstes Elend gebracht habe.

Daß nach dem Abgang des ersten Telegramms an Wilson ernsthafter und längerer Widerstand nicht mehr geleistet werden konnte, liegt klar auf der Hand. Erinnern wir uns doch, was Hindenburg am 3. Oktober dem Prinzen Max schwarz auf weiß gegeben hat: „die Lage verschärft sich täglich. . . es ist geboten, den Kampf abubrechen, jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben!“ Es war eine über alle Maßen abscheuliche Unehrllichkeit, wenn später der Versuch gemacht worden ist, unsere Situation günstiger zu schildern, als sie in Wirklichkeit gewesen ist. Das böse Gewissen der am meisten mit Schuld Beladenen hat später den „Dolchstoß“ erfunden. Der Zusammenbruch war nicht die Folge der Revolution, sondern umgekehrt; ohne den Zusammenbruch wäre die sechs Wochen später ausgebrochene Revolution wahrscheinlich gar nicht gekommen.

Auf die entsprechende Anfrage Ludendorffs an den damals neu ernannten Kriegsminister Scheuch nach neuen Truppen, sagte ihm Scheuch schon am Tage darauf, er könne nach und nach noch etwa 600 000 Mann auf die Beine bringen. Diese neuen Schlachtopfer wollte er auf folgende Weise beschaffen:

Genesende (davon aus der Heimat 40 000, von der Front 15 000 Mann)	55 000	Mann
Rest des Jahrgangs 1900 (ausgebildete Mannschaften 54 000, noch nicht ausgebildete Mannschaften 196 000 Mann)	250 000	„
In Rußland gefangen gewesen	5 000	„
Aus den Ersatzformationen der Heimat	75 000	„
Aus der Etappe	20 000	„
Aus der Industrie	73 000	„
Nachgemusterte	5 000	„

Insgesamt also in Preußen 483 000 Mann

Erfahrungsgemäß könne er dazu 100 000 Mann rechnen aus Bayern, Sachsen und Württemberg. Ludendorff war froh, als er diese Zahlen vernahm, er wäre jetzt zweifellos wieder bereit gewesen, auch diese neuen Hunderttausende in einem nach seinen eigenen früheren Angaben vollkommen aussichtslosen Kampf zu opfern. Ich habe mich mit aller Entschiedenheit diesen neuen Massenopfern widersetzt. Seit den Hilferufen Ludendorffs hatte ich keine Spur Vertrauen mehr zu ihm. In diesen Stunden deutscher Not betätigte sich erneut der Graf Westarp als unfreiwilliger Spaßmacher: Er erschien bei dem Prinzen Max und General Ludendorff, um im Namen seiner Freunde zu fordern, daß das Räumungsverlangen Wilsons abgelehnt werde. Alle hatten die Notwendigkeit der Räumung eingesehen, nur der deutschnationale Graf nicht. Der wäre bereit gewesen, so wie er vier Jahre lang tatsächlich getan hatte, noch vier weitere Jahre mit dem Säbel an der Seite in Berlin tapfer zu sein.

Der damalige Oberst Heye, der 1926 Chef der Reichswehr geworden ist, sagte klipp und klar: „Der Schritt zum Frieden, noch mehr zum Waffenstillstand, ist unbedingt notwendig. Die Truppe hat keine Ruhe mehr. Es ist unberechenbar, ob die Truppe hält oder nicht. Jeden Tag neue Überraschungen. . .“ Prinz Max, dem die Zustimmung zur Räumung — wie uns allen! — doch wahrhaftig sehr gegen den Strich ging, sagte: „Für die Regierung war die klare Schlußfolgerung aus dem Gutachten der Heeresleitung die Fortsetzung der Waffenstillstandsaktion, d. h. prinzipielle Zustimmung zum Räumungsverlangen. Der Staatssekretär Ritter v. Mann wies noch einmal am 12. Oktober auf die Gefahr hin, die dem deutschen Industriegebiet durch feindliche Kanonen und Flieger droht. Aber auch er beugte sich dem Gutachten der

Obersten Heeresleitung. Nachdem er seine Bedenken vorgebracht habe, müsse er sie in Anbetracht der Stellungnahme der Obersten Heeresleitung zurücksetzen. — Stresemann forderte für die Nationalliberalen, daß noch militärische Gutachter gehört werden müßten, bevor eine Entscheidung getroffen werde. „Rathenau, Graf Westarp und Stresemann rechneten immer noch damit, daß wir die Schlacht in Feindesland zum Stehen bringen könnten. Das war ein grundlegender Irrtum. Der General Ludendorff ließ darüber keinen Zweifel, daß wir an die Landesgrenze zurückmußten, entweder vom Feinde getrieben, oder nach Vereinbarung räumen.“ Der Prinz teilte Ludendorffs Meinung: Lieber räumen als abbrechen.

DIE ZWEITE NOTE AN WILSON

Nach langem Hin und Her ging die zweite Note in folgender Fassung an Wilson ab:

„Berlin, den 12. Oktober 1918.

. . . Die deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Ansprachen als Grundlagen eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebung des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes dem

Räumungsvorschläge des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zutritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.“

Uns blieb wirklich nichts erspart! Am selben 12. Oktober, an dem wir diese de- und wehmütige Note notgedrungen abschicken müssen, wurde von einem deutschen U-Boot der englische Passagierdampfer „Leister“ torpediert. Mehrere hundert Passagiere kamen dabei um. Was wird nun wieder geschehen? Wird Wilson jetzt überhaupt noch weiter verhandeln? Wird er die „Boches“ höhrend abweisen mit dem Bemerkens, daß „man sie vernichten müsse, aber nicht weiter verhandeln könne!“ Die Affäre ging glücklicherweise besser aus, als erwartet worden war. Nach schweren Kämpfen in den Amtshäusern der Wilhelmstraße wurde der U-Bootkrieg abgeblasen — eigentlich eine Selbstverständlichkeit von der Absendung der ersten Bitte ab. Der deutsche Gesandte in der Schweiz, Herr v. Romberg, hatte schon am Tage vor der Torpedierung aufmerksam gemacht auf die Möglichkeit, daß die U-Boote die ganze Situation verschlechtern könnten.

Bevor die zweite Note Wilsons in Berlin eintraf, liefen ihr Gerüchte voraus, die viele Leute erzittern machten: der Waffenstillstand könne nur dann ge-

währt werden, wenn sofort der Kaiser abdankte. Zwei Tage vor dem Eintreffen der Note waren schon zwei Söhne Seiner Majestät bei dem Prinzen Max vorstellig geworden, Adalbert und August Wilhelm. Adalbert hat dem Prinzen direkt gesagt: „Soll ich zu Papa gehen und ihm die Notwendigkeit vorstellen?“ Prinz Max hat die beiden Hohenzollern zu beruhigen gesucht, er hoffe, daß die Abdankung des Kaisers gar nicht notwendig werde.

WILSONS ZWEITE NOTE

Die zweite Note Wilsons, die am 16. Oktober, vormittags um halb sechs Uhr in Berlin eintraf, hatte folgenden Wortlaut:

„Staatsdepartement 14. Oktober

. . . Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des Deutschen Reichstages berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. Oktober und 12. Oktober 1918 abzugeben.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rate der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten

Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch, dessen ist er ganz gewiß, die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands mit den ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken fortfahren, bei denen sie noch verharren.

Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Bewohner, beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen fortgesetzt werden, auf die sie

gerechterweise mit Schrecken und empörtem Herzen hinblicken.

Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt: „Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim, und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht.“ Und die Macht, welche bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist von der hier beschriebenen Art. Die deutsche Nation hat die Wahl dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bindung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen sich gegen Zufälligkeiten geschützt wissen in bezug auf diejenigen, mit denen sie verhandeln. Der Präsident wird eine besondere Antwort an die k. und k. Regierung von Österreich-Ungarn absenden.“

Diese Note wirkte zunächst wie eine betäubende Gasgranate. Allmählich wurde das Gesichtsfeld klar:

Wilson wollte nur mit einer für ihn einwandfreien Volksvertretung verhandeln. Offenbar rächte sich auch jetzt die Tatsache, daß ein Prinz an der Spitze der Regierung stand, und daß dieser Prinz, wie wir schon gesehen haben, neben der offiziellen Bitte um Frieden eine geheime Warnung an Wilson hatte übermitteln lassen. Immerhin war auch diese Note in so diplomatischen Wendungen abgefaßt, daß keineswegs mit unbedingter Sicherheit herausgelesen werden mußte, für Wilson sei die Abdankung des Kaisers eine unerläßliche Voraussetzung für seine weitere Vermittlertätigkeit. Dem wurde im Laufe einer Debatte in einer Kabinettsitzung auch Ausdruck gegeben. Wahrscheinlich genüge es Wilson, die Monarchie in Deutschland in ihrer Bedeutung auf ein Minimum zurückzuschrauben, wie in England, Belgien, Dänemark und Schweden. Prinz Max sagt in seinem Buche, daß gerade ich dem allgemeinen Gefühle wie folgt Ausdruck gegeben habe: „Persönlich empfinde ich es als schmachvoll, daß wir alle freiheitlichen Änderungen jetzt unter dem Druck der Feinde vornehmen müßten.“ Der Leser wird sich erinnern, daß ich schon viel früher den Regierungsvertretern gegenüber, wenn ich die freiheitliche Fortentwicklung unserer Verfassung forderte, gesagt habe: was glauben Sie, was der russische Zar bereit wäre, jetzt alles zu gewähren!

Unter den militärischen Sachverständigen, die vom Kabinett im Laufe der Tage zu Rate gezogen worden sind, war auch der General Hoffmann, den ich damals kennenlernte, mit dem ich im Laufe der folgenden Jahre in privaten Gesellschaften dann wiederholt zusammengetroffen bin. Je mehr ich mit dem General Hofmann, der übrigens mein engerer Landsmann war, zusammenkam, um so mehr erkannte ich, ein wie kluger und tapferer Mensch er war. Es hat nicht geringes

Aufsehen gemacht, daß General Hoffmann in der Nachkriegszeit, als es in Berlin wirklich noch drunter und drüber ging, in einer sozialdemokratischen Volksversammlung erschien, um frisch von der Leber weg in die Debatte einzugreifen. Hoffmann hat in einer Kabinettsitzung am 17. Oktober 1918 gesagt, daß aus dem Osten zehn Divisionen nach dem Westen abgegeben werden könnten, aber: „daß die Divisionen zu einem Angriff nicht mehr brauchbar sind, möchte ich wiederholen. Defensiv haben sie noch Kraft. Gegen die Machtmittel der Feinde im Westen sind sie nicht mehr zu verwenden.“

Auf die Bemerkung des Kanzlers, daß er also die Wegnahme an sich für möglich halte, antwortete Hoffmann, er brauche dazu freilich drei Monate Zeit. In der gleichen Kabinettsitzung sagte dann Staatssekretär Solff: „Ich habe Herrn v. Mumm gefragt, was in der Ukraine geschehen würde, wenn wir die deutschen Truppen wegnehmen. Er war ganz sicher, daß dann die Bolschewiken in der wildesten, fürchterlichsten Weise hausen würden. Alle Reichen würden geköpft werden.“

General Ludendorff: „Auch das müssen wir in Kauf nehmen, selbst wenn es gegen Treu und Glauben geht, wenn es für das Heil des deutschen Vaterlandes nötig sei . . .“

Prinz Max: „. . . Wieviel Amerikaner kommen monatlich nach Frankreich?“

Oberst Heye: „Nach dem Durchschnitt der letzten Monate 250 000.“

General Ludendorff: „Im April, Mai und Juni waren es 350 000.“

Reichskanzler: „Wie groß wird die Stärke des amerikanischen Heeres im nächsten Frühjahr sein?“

Oberst Heye: „Die amerikanische Heeresleitung

berechnet die Truppenzahl für das nächste Frühjahr mit 2 300 000 Mann."

Reichskanzler: „Und ist das entsprechende Material da?“

Oberst Heye: „Ja, wenn es so weitergeht wie bisher, kann man damit rechnen. Die Amerikaner sind in ihren Angaben immer wahr gewesen . . .“

Zwischendurch nahm Ludendorff, der uns in die schrecklichste Situation gebracht hatte, den Mund immer wieder sehr voll. Als Prinz Max ihn fragte, ob die Lage nicht mehr dieselbe sei, wie damals, als wir gezwungen wurden, den Friedensschritt bei Wilson zu tun, antwortete Ludendorff: „Ich habe den Eindruck, ehe wir durch diese Note Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, müßten wir dem Feinde sagen: Erkämpft euch solche Bedingungen.“

Reichskanzler: „Und wenn er sie erkämpft hat, wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?“

Ludendorff: „Schlechtere gibt es nicht.“

Reichskanzler: „O ja, sie brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land.“

DIE DRITTE NOTE AN WILSON

Nach heftigsten Kämpfen zwischen den Männern, die die ganze Schwere der Verantwortung vor dem Volke fühlten, auf der einen Seite, und den engbrüstigen Kraftmeiern auf der anderen Seite, kam endlich die dritte Note an Wilson zustande.

„Berlin, den 20. Oktober 1918,
abgegangen 21. Oktober.

Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlags zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung

und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen sei und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen, sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer nötig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft. Die deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet habe. Die deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen. Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr nicht dafür übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes auf See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Empfinden, den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstands-

angebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. Solf."

DER KAISER:

„— BIS AUF DEN LETZTEN HIEB!“

Nachdem ich durch den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion gezwungen worden war, in die Regierung einzutreten, blieb mir eine zweite Begegnung mit dem Kaiser leider nicht erspart. Am 21. Oktober 1918, als ich durch den Tiergarten zum Schloß Bellevue fuhr, wo der Prinz Max dem Kaiser die neuen Mitglieder der Reichsregierung vorstellen wollte, jagten mir merkwürdige Gedanken durch den Kopf. Richtig — heute ist doch — richtig: heute ist der 21. Oktober. Das ist der Tag, an dem 1878 das Sozialistengesetz in Kraft trat! Jawohl — heute vor vierzig Jahren!! Das wilhelminische Schandgesetz, aufgebaut auf Lug und Trug, gerichtet gegen „die gemeingefährlichen Bestrebungen“ der Sozialdemokratischen Partei! Und dann der Triumph über die brutale Gewalt! Bismarck von der SPD. besiegt, vom Kaiser weggejagt! . . . Und dann alle die Bemühungen des „jungen Herrn“, uns auszurotten! „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich!“ — „Die Sozialdemokratie ist eine vorübergehende Erscheinung!“ — „Sic volo sic iubeo!“ — „Einer nur ist Herr im Lande, das bin ich!“ — Dann alle die anderen Erlebnisse mit diesem kaiserlichen Psychopathen, vor dem die ganze vermuckerte und privilegierte Gesellschaft jahrzehntelang gekatzbuckelt hatte, wengleich jeder einzelne im geheimen oft genug die Fäuste geballt haben mag. . .

Und nun fuhr ich zum zweiten Male zu diesem Menschen, der so unendlich viel Unheil über sein Volk gebracht hat!

Was wird er sagen, nachdem sich mit Ach und Krach gerade noch einer seiner Vettern bereitgefunden hat, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen, allerdings nur unter der Bedingung, daß Sozialdemokraten ihm helfen! Sozialdemokraten — wahr und wahrhaftig Sozialdemokraten, „Menschen. nicht wert den Namen Deutsche zu tragen“, Sozialdemokraten, „vaterlandslose Gesellen!“ — Wird er noch, wie vor Jahresfrist Ebert und anderen gegenüber, von dem zweiten Punischen Krieg schwatzen, den er zur Vernichtung Englands führen will — — —? Wird er wieder — — ein Ruck, das Auto hält: Bellevue!

Kaiserliche Diener, die in großer Zahl herumstehen, helfen uns aus den Röcken. Im Empfangszimmer ist der Reichskanzler schon anwesend. Eine Minute später waren alle eingeladenen Herren am Platze: Groeber und Erzberger vom Zentrum, Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei, außerdem die vaterlandslosen Gesellen Bauer, Dr. David, Dr. August Müller, Scheidemann, Robert Schmidt. Wir waren kaum versammelt, als der Kaiser, mit einem Pappblatt in der rechten Hand, erschien. Er stellte sich einige Schritte vor uns hin, stützte den verkümmerten linken Arm, mit dem er auch den Helm hielt, auf den Säbelknauf, verneigte sich und sagte dann: „Meine Herren, ich habe mir erlaubt, einige Zeilen zu Papier zu bringen“, dabei hob er den Pappdeckel mit der Rechten in die Höhe und wir konnten nun sehen, daß auf beiden Seiten mit der Schreibmaschine vollgeschriebene Blätter aufgeklebt waren. Er lächelte etwas gezwungen und hantierte dabei mit dem Pappdeckel so, als wenn er hätte sagen wollen: „Ihr wißt doch, wie

solche Sache gemacht wird." Dann las er mit lauter Stimme den Text vor:

„Meine Herren! Ich heiÙe Sie in Ihren neuen Ämtern willkommen, in die Sie als die Vertrauensmänner des Volkes berufen sind. Mit Meinem ErlaÙ vom 30. September, auf Grund dessen Ihre Ernennung erfolgt ist, habe Ich den entscheidenden Schritt getan, der das deutsche Volk in neue Verfassungszustände hinüberführt. In den furchtbaren Stürmen des Weltkrieges ist uns die Aufgabe gestellt worden, den Bau des Reiches im Innern durch neue und breitere Grundlagen zu sichern. Die Erschütterungen des Krieges haben uns erkennen lassen, wo die Stützen des uns alle schirmenden Hauses schwach und veraltet sind, wo sie der Erneuerung bedürfen. Sie haben uns aber auch die frischen quellenden Kräfte zur Anschauung gebracht, die in unserem Volke zum Lichte streben. . . Ein Volk, das so heldenhaft gekämpft, so Übermenschliches geleistet hat, steht für alle Zeiten in Ehren da. All dies ist Mir tief ins Herz geschrieben, und erneut lege Ich davon heute Zeugnis ab.

In einer Reihe von Kundgebungen habe Ich Meinen Entschluß bekräftigt, daß der neuen Zeit eine neue Ordnung entsprechen soll. In umfassender Weise soll das deutsche Volk berufen sein, an der Gestaltung seiner Geschieke mitzuwirken, an politischer Freiheit keinem Volk der Erde nachstehend, an innerer Tüchtigkeit und fester Staatsgesinnung keinen Vergleich scheuend. . . Ich hoffe, daß es uns, durch heiÙe Vaterlandsliebe und das Gefühl starker Verantwortung verbunden, gelingen wird, dem neuen Deutschland den Weg zu einer hellen und glücklichen Zukunft zu bahnen. Daran wollen wir all unsere Kraft setzen, bereit, den Weg des Friedens zu gehen, bereit aber

auch zu kämpfen bis auf den letzten Hauch und den letzten Hieb, wenn unsere Feinde es nicht anders wollen.“

Diese Proklamation würde einen ausgezeichneten Eindruck gemacht haben, wenn sie erheblich früher vorgelesen worden wäre. Die Schlußbemerkung vom letzten Hauch und letzten Hieb erschien mir in der gegebenen Situation geschmacklos.

„Ein Volk von wahrhaft erhabener Größe“, — nichts von Landesverrat! — „ein Volk, das so heldenhaft gekämpft und so Übermenschliches geleistet hat“ — nichts vom Dolchstoß! — „ein Volk, das sich leider auch die Herrschaft eines Mannes hat gefallen lassen, der an diesem 21. Oktober nicht nur so klein, so winzig klein erschien, der in Wirklichkeit noch kleiner war, solange er als Deutscher Kaiser weltgeschichtlichen Unfug angerichtet hatte.

Der Kummer drückte mich fast zu Boden. Ich hatte zunächst nur den dringenden Wunsch, aus diesem Hause so schnell wie möglich wieder herauszukommen. Der Kaiser sah ganz unbekümmert aus. Vielleicht war das gleichmütig ausschauende Gesicht nur das Resultat einer ausgezeichneten Dressur. Aber was sollte ein solch unbefangenes Getue, ein solch geradezu fröhliches Dreinschauen uns gegenüber? Sollte er sich wirklich eingebildet haben, auch vor uns den durch nichts in seiner siegesgewissen Ruhe zu erschütternden Heldendarsteller spielen zu können?

Der Reichskanzler stellte dem Kaiser jeden einzelnen der Erschienenen vor. Es erwies sich dabei, daß S. M. ausgezeichnet präpariert worden war. Mit Bauer, der von Breslau nach Berlin übergesiedelt war, sprach er von Breslau, mit Dr. David, der den größten Teil seines Lebens in Hessen gelebt hat, über Hessen, Robert Schmidt redete er als seinen Berliner Landsmann

an und zu mir sagte er: „Wir haben ja zusammen in Kassel die Schule besucht.“

Ich berichtigte das, soweit seine näheren Angaben falsch waren. Wie schon bei der ersten Begegnung in der Wilhelmstraße, so machte Wilhelm II. auch bei der zweiten Begegnung den ungünstigsten Eindruck. Seine Schwatzhaftigkeit war mir direkt zuwider.

DIE AMNESTIERUNG LIEBKNECHTS

Eine der zwischendurch zu erledigenden Arbeiten des Kabinetts betraf eine allgemeine Amnestie. Umfang und Art derselben dürften allgemeinen Beifall gefunden haben. Nur zwei Fälle gaben Anlaß zu längeren Auseinandersetzungen. Der Abgeordnete Dittmann war zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden, von denen er neun Monate bereits verbüßt hatte. Die Frage eines militärischen Vertreters, ob man nicht den Abgeordneten Dittmann ausschließen müsse, wurde glatt verneint. Es wurde sogar von einem gut bürgerlichen Staatssekretär betont, daß der Abgeordnete Dittmann ein durchaus harmloser Mitbürger sei. Ernstliche Schwierigkeiten entstanden wegen Liebknecht. Die militärischen Stellen wollten unter gar keinen Umständen in eine Amnestierung Liebknechts einwilligen. Ich setzte dem den heftigsten Widerspruch entgegen und machte neben allen prinzipiellen Erwägungen darauf aufmerksam, wie absolut falsch, politisch gesehen, ein solches Verfahren sein würde. Die allgemeine Amnestie werde man in allen Kreisen freudig begrüßen. Behalte man aber den einen einzigen Abgeordneten im Zuchthaus, dann sei für Millionen von Arbeitern die Amnestie ein Nichts. Man müsse die Psyche der Arbeiter kennen, um das zu verstehen.

Der Kampf um die Freilassung Liebknechts währte

tagelang, immer neue Autoritäten, militärischer und zivilisierterer Art traten auf, um die Unmöglichkeit zu erweisen, daß man Liebknecht freilassen dürfe. — Schließlich trug ich den Sieg davon und setzte seine Freilassung durch.

DER PRINZ REDET WIEDER IM REICHSTAG

Am 22. Oktober fand eine Reichstagssitzung statt, in der der Reichskanzler eine Rede hielt, über deren Inhalt er dem Kabinett vorher nähere Mitteilungen nicht gemacht hatte. Wahrscheinlich haben ihn nur die Herren Simons und Hahn gekannt. In seinen Memoiren sagt Prinz Max, daß er, „durch Schaden klug geworden“, seine Rede im Kabinett nicht besprochen habe. Er wird sich im Laufe der Jahre wohl darüber klar geworden sein, daß er mit einem solchen Verhalten auf die Dauer auch nur weniger Wochen kein Glück gehabt haben würde. Er kann froh sein, daß Herr Wilson von seinem selbstherrlichen Gebaren nichts gewußt hat, sonst wären die Noten vielleicht noch demütigender ausgefallen. Weniger bemerkenswert als die prinzliche Rede, in der wieder davon die Rede war, daß sich gegebenenfalls das Volk mit seiner ganzen Kraft zur Wehr setzen müsse, war die Debatte, die ich mir von der Regierungsbank aus mit anhören mußte. Über die Rede Eberts, der für die sozialdemokratische Fraktion sprach, bemerkt der Prinz, er habe Wert darauf gelegt, „keinerlei Zufriedenheit mit der bisher geleisteten Reformarbeit zu zeigen, offenbar bestrebt, vor den Massen als der vorwärtsdrängende Arbeiterführer dazustehen“. Der sonst für Ebert sehr erheblich begeisterte Prinz versucht hier unseren Genossen als Demagogen übelster Sorte zu kennzeichnen. Zum Schluß sei Ebert der ungestümen Friedenssehnsucht des Volkes

bedenklich entgegengekommen. — Stresemann wies auf die Bedeutung der Mitarbeit der SPD. hin: „Hätte ein Bismarck jemals eine große mächtige Arbeiterpartei zur Verfügung gehabt —! Wir sind und bleiben Monarchisten.“ — Im weiteren Verlauf der Debatte kam Haase für die Unabhängigen, Stychel für die Polen, Ricklin für die Elsaß-Lothringer und Hansen für die Dänen zu Worte. Schön war es nicht, was die Regierung da alles zu hören bekam! Noske, der am nächsten Tage für die sozialdemokratische Fraktion sprach, hat den Prinzen Max fürchterlich aufgeregt. Er sagt in seinen Erinnerungen darüber: „In seiner langen und widerspruchsvollen Rede schlug er sich zwar wacker mit Polen und Unabhängigen herum, aber wie Ebert war er besorgt über die Stimmung der Massen und hatte offenbar Auftrag, seine Partei vor dem Vorwurf zu schützen, sie sei regierungsfremd geworden.“ „Bei einer Bemerkung“, so sagt Prinz Max, „fuhr das Haus zusammen . . .“ Noske erwähnte die konservative Forderung nach einer starken Monarchie und fügte die Worte hinzu: Das ändere nichts an der im Lande herrschenden Stimmung, daß „lediglich eine einzige große Geste des Trägers der Kaiserkrone den Druck von Millionen nehmen könnte“.

WILSONS NEUE ANTWORT

Innerhalb 48 Stunden war auf die Berliner Note die Antwort Wilsons eingelaufen. In der Einleitung wurden alle Erklärungen der Berliner Regierung in der in der Diplomatie üblichen Weise rekapituliert und unter Bezugnahme auf „die feierlichen und deutlichen Erklärungen“ gesagt, der Präsident empfinde, daß er sich nicht mehr weigern könne, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet sind, mit der Frage eines Waffenstillstandes näherzutreten:

Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzuschlagen er sich für berechtigt erachten würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen.

Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht assoziiert ist, mit dem Vorschlag übermittelt, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland assoziierten Regierungen die notwendigen Bedingungen für einen Waffenstillstand zu unterbreiten, der die Interessen der betreffenden Völker völlig wahren und das unbeschränkte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens gewährleisten würde, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür bringen, daß es die Bedingungen und Grundsätze des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion entspringt.

Der Präsident fühlt, daß er nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form, betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Äußeren in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden. Außerdem tritt nicht hervor, daß der Kern der gegenwärtigen Schwierigkeit erreicht worden ist. Es mag sein, daß künftige Kriege unter die Kontrolle des deutschen Volkes gestellt worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht, und mit dem

gegenwärtigen Krieg haben wir es zu tun. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reichs unter den Volkswillen zu erzwingen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches zu bestimmen und zu lenken, unvermindert ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bisher die Beherrscher Deutschlands waren. In dem Gefühl, daß der ganze Weltfriede jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und gerade gehandelt wird, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch Worte, die schroff klingen mögen, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Beherrscher der deutschen Politik gewesen sind, und noch einmal darauf hinzuweisen, daß beim Friedensschluß und bei dem Versuch, die unendlichen Schäden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges gutzumachen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinen anderen als wahrhaftigen Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, denen eine echte konstitutionelle Stellung als den wirklichen Beherrschern Deutschlands gesichert ist. Wenn sie mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandeln muß, oder der Wahrscheinlichkeit nach später mit ihnen zu verhandeln haben wird, in bezug auf die internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches, dann muß sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe fordern. Nichts kann dadurch gewonnen werden, daß man diese wesentlichen Dinge unausgesprochen ließe."

Nun waren für Alle die letzten Zweifel und für Manche auch die letzten Hoffnungen beseitigt. Die Tage Wilhelms II. als Kaiser waren gezählt. Dr. Solf gab als Fachmann, das heißt in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Auswärtigen Amts folgende Auskunft:

„Aus vielen Umständen ergebe sich das Resultat, daß man allgemein die Abdankung des Kaisers erwarte. Man verlange offenbar, daß ein weithin sichtbar gewesenes Symbol des deutschen Militarismus falle.“

Im Kabinett lief alles glatter, als ich erwartet hatte. Was hätte in der obwaltenden Situation auch noch irgendwelches Versteckspielen nützen können! Für das Bleiben des Kaisers hat kein Mitglied des Kabinetts sein Herzblut angeboten. „Bedenken“ werden immer und bei allen Gelegenheiten geäußert. Die gewichtigsten Bedenken gegen den Rücktritt des Kaisers und den Verzicht des Kronprinzen hat der damalige Kriegsminister Scheuch geltend gemacht. Trotzdem wogen seine Argumente leicht. Was führte er an? Schritte in der Richtung einer Abdankung des Kaisers würden in der Armee besonders schwere Folgen haben. Die Generale und Offiziere dächten an das, was sie beschworen haben, an die Treue gegen ihren Kaiser. Nehme man ihnen das weg, so nehme man ihnen auch das, was sie vornehmlich befähige, weiter auszuharren. Der immer wiederkehrende Gedanke, die Abdankung führe vielleicht zum Frieden, führe irre.

Wie die Offiziere, besonders die im Großen Hauptquartier, sich mit dem Verschwinden des Kaisers abgefunden haben, darüber werden wir noch mancherlei hören. Mehrfach war der Reichskanzler aufgefordert worden, die Note Wilsons nicht zu veröffentlichen, bis der Kaiser das Prävenire gespielt, also schon vor der Bekanntwerdung der Note abgedankt habe. Das hatte auch Ludendorffs Vertreter in Berlin, Oberst v. Haef-ten, angeregt.

Längst bevor die Kaiserfrage in das Stadium äußerster Dringlichkeit gekommen war, beschäftigten sich alle Kreise des Volkes damit. Am eifrigsten und von den höchsten Würdenträgern wurde die Abdankung aus Bayern verlangt. Der preußische Gesandte in München, Herr v. Treutler, telegraphierte schon am 25. Oktober, daß sowohl der Ministerpräsident Dandl (der auch mir persönlich bei einem Besuch die Notwendig-

keit des Rücktritts betonte), wie auch der bayrische Kriegsminister dafür einträten, dem Kaiser offen zu sagen, er müsse das Opfer bringen, weil sonst ein annehmbarer Friede nicht bewilligt werde. „Graf Lerchenfeld erhält entsprechende Instruktionen.“ Lerchenfeld war der Vertreter Bayerns im Bundesrat, jahrzehntelang persona grata am Hofe, — seine Instruktion ging dahin, auf den schleunigen Rücktritt des Kaisers hinzuwirken. In allen öffentlichen Lokalen, in allen Bahnen und Läden, in allen Fabriken und Werkstätten das gleiche Thema: Weg mit dem Kaiser! Mehr und mehr hatte sich inzwischen auch die Presse hervorgewagt, obwohl es die Zensoren an Warnungen und Drohungen nicht hatten fehlen lassen. Zuerst wurde die Frage in sozialdemokratischen Blättern angeschnitten. Am 25. Oktober forderte auch die dem Prinzen Max „sehr unsympathische“ „Frankfurter Zeitung“ die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen ganz offen, „um die demokratischen Garantien zu schaffen, die Wilson verlangte und die ihn befriedigen würden“. Zu einem schweren Konflikt kam es zwischen einem Vertreter des Auswärtigen Amtes und mir, als der Herr Diplomat das niedliche Ansinnen an mich stellte, ihm behilflich zu sein, die Presse in der Kaiserfrage noch fester an die Kette zu nehmen! Ich sagte und schrieb ihm gründlich Bescheid.

Für die Mitglieder des Kabinetts war die Kaiserfrage das Thema geworden. Einige Auslassungen, die es verdienen, nicht in Vergessenheit zu geraten, sollen hier angeführt werden.

v. P a y e r äußerte das Vertrauen, daß sowohl der Kaiser wie auch der Reichskanzler das Richtige tun würden.

T r i m b o r n : „Ich kann nur bestätigen, was Scheidemann gesagt hat; die Strömung gegen den Kaiser ist ungemein gewachsen; besonders kann ich bestätigen, was Scheidemann über

die Beamten gesagt hat; auch aus deren Kreisen, also von einer Seite, von der man es am wenigsten hätte erwarten dürfen, kommen die Forderungen, daß der Kaiser gehen müsse. Aber die Schwierigkeiten, die sich bei einem Rücktritt des Kaisers auf-türmen, sind riesengroß. Natürlich könnte ihm der Kronprinz auf dem Thron nicht folgen, die Krone fiel also einem Minder-jährigen zu (Zwischenruf G r o e b e r s : Wehe dem Lande, dessen König ein Kind ist!), es käme also eine Regentschaft in Frage. . . Man könne auch die Frage aufwerfen, ob nicht eine Stell-vertretung des Kaisers zu erwägen wäre.

E r z b e r g e r urteilt genau so wie der Reichskanzler: „keinen Druck auf den Kaiser ausüben, für ihn käme nur ein freiwilliger Rücktritt in Frage.“

D r e w s, Minister des Inneren in Preußen, erörterte dann eingehend die Rechtslage und verwies auf alle in Frage kommen-den Bestimmungen. Wenn eine Regentschaft in Preußen möglich ist, dann auch im Reich.

v. P a y e r beharrt auf seiner Meinung, „daß es falsch wäre, auf den Kaiser einzuwirken. Wenn er nicht freiwillig geht, dann kann das allerdings von schlimmer Wirkung sein, weil wir dann vielleicht schlechtere Friedensbedingungen bekommen. Man werde dann nach einem Schuldigen suchen und „nicht ganz ohne Grund“ auf den Kaiser hinweisen. Der Kaiser wird sich nicht halten können. Insofern habe Scheidemann recht, daß es sich dann um die ganze Institution, also um die Monarchie als solche, nicht allein um Kaiser und Kronprinzen handele.“

H a u ß m a n n kam in sehr ernster Weise auf verschiedene Auslassungen zurück und sagte u.a.: „Stimmungen sind auch Tat-sachen. Der Bolschewismus scheint mir am bedrohlichsten, wenn jetzt gewisse Konsequenzen nicht gezogen werden.“

Der Tenor nahezu aller Äußerungen war der: Wenn der Kaiser nicht freiwillig geht, kann es mit den Friedensbedingungen furchtbar werden, aber trotzdem dürfen wir einen Druck auf S. M. nicht ausüben. Diese Stellungnahme erklärte ich für schwächlich und un-logisch. Das suchte ich den Herren auch klarzumachen, indem ich auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen ihrer und meiner politischen Stellung nachdrücklich hin-wies. Sie seien Monarchisten, ich als Sozialdemokrat natürlich Republikaner. Wenn ich versuchen wollte,

mich einmal in ihre Lage zu versetzen, mich also auf den monarchischen Standpunkt zu stellen, so erscheine mir das einzig Mögliche jetzt doch dies zu sein: Wenn Sie die Monarchie als Institution retten wollen, müßten Sie den jetzigen Monarchen veranlassen, seinen Rücktritt zu erklären. — Diese Folgerung zogen die Herren nicht. Obwohl die Entscheidung bei ihnen lag, hofften sie, daß der Kaiser sich entschlossener zeigen werde als sie selber. Noch schien das Kabinett mir in der Kaiserfrage nicht sturmreif zu sein. Etwas zu tun, was seine Sprengung in dieser furchtbaren Situation hätte herbeiführen müssen, konnte ich natürlich nicht beabsichtigen. Nachdem die ganze Partei infolge des von Ebert herbeigeführten Fraktionsbeschlusses an dieser Regierung des zusammenbrechenden Kaiserreiches beteiligt worden war, mußte ich versuchen, die tausend Übel, unter denen das deutsche Volk litt, nicht noch zu vermehren.

LUDENDORFF MACHT POLITIK

Ludendorff hatte inzwischen wieder einmal auf eigene Faust Politik gemacht. Er hatte unter dem 24. Oktober an alle Truppenteile einen Armeebefehl erlassen, in dem es hieß, daß Wilson die militärische Kapitulation fordere, also Unannehmbares verlange. Die Antwort Wilsons könne daher für die Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen. Dieses neue Politisieren auf eigene Faust war für den Prinzen Max doch der letzte Tropfen gewesen, der das Maß zum Überlaufen brachte. Er stellte den Kaiser vor die Entscheidung, entweder Ludendorff zu entlassen oder ihn. Ludendorff wurde fortgeschickt, Hindenburg blieb und erhielt in der Person des Generals Groener einen verständigen Mann zur Seite.

Die Forderung: Fort mit dem Kaiser! wurde immer stürmischer gestellt. Und immer größer wurde die Zahl der Stimmen, die auch die Abdankung des Kronprinzen verlangten. Die Zahl der mir in jenen Tagen zugegangenen Briefe, die sich dahin aussprachen, daß der Kaiser von seinem Amte beseitigt werden müsse, war Legion. Ich empfang Besuche aus allen Kreisen des Volkes; Staatsmänner und Offiziere legten mir dar, daß der Kaiser unmöglich bleiben könne. Die Stimmung im Lande verschlechterte sich nicht mehr von Tag zu Tag, sondern von Stunde zu Stunde. Anderen Politikern erging es gewiß nicht besser als mir. Auch der Reichskanzler wird bestürmt worden sein mit der Forderung, auf die Abdankung des Kaisers hinzuwirken, obgleich er selbst nur ein Beispiel anführt. Sein Vetter Fürst Ernst zu Hohenlohe-Langenburg hatte ihm telegraphiert, man deute in der Schweiz die Wilsonnote nur dahin, „daß der einzige Weg zu einigermaßen erträglichem Frieden über den Rücktritt des Kaisers führe“.

NEUE ANTWORT AN WILSON

In einem frühern Kapitel ist bereits darauf hingewiesen worden, daß Prinz Max mehrfach in wenig vorbildlicher Weise über Politiker, die er nicht zu verstehen vermochte, geurteilt hat. So hatte er in einem schon besonders behandelten Fall dem Staatssekretär Erzberger und mir unterstellt, wir hätten „eine übertriebene Scheu gehabt, Wilson durch eine stolze Sprache zu reizen“, des weiteren hatte er das Wort „Unterwürfigkeit“ gebraucht. Ob der Prinz gar nicht empfunden hat, wie unlogisch seine Worte sind? Er hatte einen fremden Staatsmann verzweifelt um Vermittlung gebeten und wollte nicht begreifen, daß man diesen Staatsmann mindestens doch nicht reizen durfte,

bevor er den erbetenen Dienst geleistet hatte. Der Vollständigkeit wegen sei übrigens nicht verschwiegen, daß Prinz Max in gleichem Zusammenhang auch von dem „gesunden Menschenverstand“ gesprochen hatte, zu dem Erzberger und ich unbegrenztes Vertrauen gehabt hätten. Allerdings: mehr Vertrauen als zu der Politik mancher der prinzlichen Ratgeber hatten wir schon zu unserem eigenen Verstand. Was dieser „gesunde Menschenverstand“ in kritischen Situationen bedeutet, soll dem Prinzen noch einmal drastisch vor Augen geführt werden, das mag Strafe genug sein für die bereits erwähnten Ungehörigkeiten.

* * *

Was sollte dem Präsidenten Wilson auf die letzte Note, an der es nichts mehr zu deuteln gab, geantwortet werden? Simons hatte dem Reichskanzler zwei Entwürfe gemacht, von denen im Kabinett am 26. Oktober folgender Text vorgetragen wurde:

„Die deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die der Präsident als die Grundlage eines Rechtsfriedens aufgestellt hat. Sie hat demgemäß einen Waffenstillstand herbeiführen wollen, nicht aber eine Waffenstreckung, einen Frieden kraft freier Zustimmung, nicht aber einen Frieden durch Gewalt. Gerade eine Regierung, die dem Volke verantwortlich ist, darf sich einem Gewaltfrieden nicht beugen, solange das Volk noch Kraft zum Widerstand hat.

Die deutsche Regierung entnimmt der Note des Präsidenten, daß er einem demokratisch regierten deutschen Volke einen Gewaltfrieden nicht zumuten will, wenn die neue Regierungsweise ihm die Gewähr der Dauer bietet. Der Präsident kennt die entscheidenden Wendungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben in diesen Tagen vollzogen haben und noch weiter vollziehen. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß es nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht der Selbstbestimmung gibt, die dem deutschen Volke gebietet, die Umgestaltung seiner Verfassung nicht anders vorzunehmen, als es seiner Eigenart und seiner Überzeugung entspricht.“

Das wäre die Sprache gewesen, würdig eines Volkes, dessen Heere intakt waren und noch hätten kämpfen können, dessen Heerführer noch nicht verzweifelt nach sofortigem Waffenstillstand und Frieden gerufen hatten. In der verzweifelten Lage, in die Ludendorff das ganze Land und seine Regierung gebracht hatte, war diese Sprache unangebracht, denn sie hätte Wilson todsicher zu der Antwort veranlaßt, daß für ihn die Sache erledigt sei, die Herren v. Hindenburg und Ludendorff möchten doch mit der weißen Fahne zu Herrn Foch gehen! In dem Buche des Prinzen Max wird der Vortrag seines zitierten Notenentwurfs im Kabinett wie folgt geschildert:

„Schon während der Verlesung hatte Scheidemann dazwischengerufen: „er springt ab, er springt ab.“ Erzberger und Scheidemann hatten sich zu der Abfassung eines demütigen Dokumentes verbündet und liefen nun Sturm gegen meinen Entwurf. Jetzt handelte es sich nicht mehr um Streitfragen des Takts und des Geschmacks: die beiden Staatssekretäre hatten aufgehört, an die nationale Verteidigung zu glauben.“

Diese Stelle ist eine der unbegreiflichsten des Buches. Ob Erzberger, mit dem ich niemals „verbündet“ war, eine demütige Antwort geben wollte, weiß ich nicht, glaube es aber nicht. Ich, der ich die Unterzeichnung des Versailler Diktats abgelehnt habe, weil es zu demütigend war, wollte es bestimmt nicht. Ich wollte eine Antwort geben, die nach Lage der Dinge zum bestmöglichen Ziele, nicht aber mit absoluter Sicherheit in noch tieferes Elend führen sollte. Daß der Prinz Max damals selbst nicht mehr an die Möglichkeit der nationalen Verteidigung — „levée en masse“ — glaubte, wußte jedes Mitglied des Kabinetts.

Nach langer Beratung erhielt die Note im Kabinett folgende Fassung:

„ . . . Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich im deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und

vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer demokratischen Regierung geführt werden, deren entscheidende Machtbefugnisse in der Verfassung des Deutschen Reiches dauernd verankert sind. Die deutsche Regierung erwartet demgemäß Vorschläge für einen Waffenstillstand, nicht für eine Waffenstreckung. Nur so könnte der Waffenstillstand einen Rechtsfrieden einleiten, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat."

Die Milderung und damit — in unserer schrecklichen Lage! — verständigere Formulierung ist unverkennbar. Wie vollkommen unberechtigt die oben zitierten hämischen Bemerkungen des Prinzen Max mir gegenüber sind, bestätigt er auf der nächsten Seite seines Buches selbst in nachdrücklichster Weise. Er berichtet:

„Während unsere Note chiffriert wurde, nahm der Staatssekretär Solf an einem Abendessen bei Herrn v. Holtzendorff teil, bei dem Bundesratsmitglieder, Staatsminister und auch eine führende Persönlichkeit des Wirtschaftslebens zugegen waren. Als Solf von dem Text unserer Note Mitteilung machte, erfolgte einstimmiger Protest. Die Herren erklärten, angesichts der jetzt entstandenen Lage sei eine so stolze Sprache weder nach außen noch nach innen möglich. Wir dürften nicht riskieren, daß Wilson abbreche. Das könnte das deutsche Volk nicht mehr ertragen. Darauf hielt Solf auf eigene Verantwortung die Note in dieser Nacht auf und orientierte am nächsten Morgen das Kabinett. Die Mehrzahl der Staatssekretäre billigte seinen Entschluß und hielt eine ausdrückliche Verwahrung gegen die Waffenstreckung nicht mehr für möglich . . .“

Der Unterschied zwischen den Bundesratsmitgliedern und Staatsministern, der führenden Persönlichkeit des Wirtschaftslebens und mir bestand also darin, daß ich bereits nach Vorlage eines schärferen Textes schon vormittags die Befürchtung ausgesprochen hatte, Wilson könne abspringen, während alle die großen Würdenträger nach Vorlage eines bereits gemilderten Textes abends schrien, daß Wilson abbrechen werde. Die Herren hatten übr-

gens inzwischen den Abfall Österreichs privatim erfahren. Am nächsten Tage stimmte dann Prinz Max einem noch weiter gemilderten Wortlaut zu. Dem damaligen Reichskanzler wird es nicht gerade behaglich zumute sein, wenn er seine unberechtigten Vorwürfe jetzt vergleicht mit den eben noch einmal festgestellten tatsächlichen Vorgängen. Das scheinbar tapfere Auftreten gegenüber dem vorher angeflehten Präsidenten Wilson und das absolut nicht tapfere Verhalten dem Kaiser gegenüber konnte wirklich keine Hochachtung hervorrufen.

KAISER KARL IN TREUER FREUND- SCHAFT AN KAISER WILHELM

Die Beratung der Antwort an Wilson hatte am 26. Oktober stattgefunden. Am 27. Oktober übergab der österreichische Botschafter Prinz Hohenlohe dem Prinzen Max die Abschrift eines Briefes, den Kaiser Karl zu gleicher Zeit an Kaiser Wilhelm hatte abgehen lassen:

„27. Oktober 1918.

Teurer Freund!

Es ist meine Pflicht, Dir, so schwer es Mir auch fällt, zur Kenntnis zu bringen, daß Mein Volk weder imstande noch willens ist, den Krieg weiter fortzusetzen. Ich habe nicht das Recht, Mich diesem Willen zu widersetzen, da Ich nicht mehr die Hoffnung auf einen guten Ausgang hege, für welchen die moralischen und technischen Vorbedingungen fehlen, und da unnützes Blutvergießen ein Verbrechen wäre, das zu begehen Mir Mein Gewissen verbietet.

Die Ordnung im Innern und das monarchische Prinzip sind in der ernstesten Gefahr, wenn wir dem Kampf nicht sofort ein Ende bereiten. Selbst die innigsten bundesbrüderlichen und freundschaftlichsten Gefühle müssen vor der Erwägung zurückstehen, daß Ich den Bestand jener Staaten rette, deren Geschicke Mir die göttliche Vorsehung anvertraut hat. Deshalb kündige Ich Dir an, daß Ich den unabänderlichen Entschluß gefaßt habe,

innerhalb 24 Stunden um einen Separatfrieden und um sofortigen Waffenstillstand anzusuchen.

Ich kann nicht anders, Mein Gewissen als Herrscher befiehlt Mir, also zu handeln.

In treuer Freundschaft

Karl."

DIE WIENER BITTEN BERLIN UMBROT!

Seine apostolische Majestät, von Gottes Gnaden Kaiser von Österreich, König von Ungarn, Böhmen usw., teilt seinem teuren Freund Wilhelm in „treuer Freundschaft“ mit, daß er ihn und sein Volk nunmehr „verraten“ müsse! So ist die Sache von den monarchistisch fühlenden Patrioten doch wohl aufgefaßt worden. Am Abend des Tages, an dem diese Botschaft des einen Kaisers an den anderen in treuer Freundschaft nach Berlin kam, war dort gleichzeitig ein schrecklicher Hilferuf des Wiener Volkes an das hungernde Berlin eingetroffen: „Gebt uns ein wenig Brot, wir hungern!“

Der Staatssekretär v. Waldow, ein stockkonservativer, christlich-monarchistischer Preuße, stellte sich auf einen ablehnenden Standpunkt. Er könne nicht empfehlen, Brotfrucht herzugeben, das werde einen schlechten Eindruck auf die deutsche Arbeiterschaft machen. Diesem unangenehmsten Typ des in der ganzen Welt verhaßten „echten Preußen“ fuhr ich nicht schlecht in die Parade: „Gewiß hungert Berlin, hungert ganz Deutschland, und doch — die hungern den deutschen Millionen sind bereit, ihren letzten Bissen Brot zu teilen mit ihren Brüdern und Schwestern in Österreich, die gar nichts mehr haben! Ich weiß, daß meine Partei in diesem Falle geschlossen hinter mir stehen und jede Verantwortung vor der deutschen Arbeiterschaft übernehmen wird.“

Das Kabinett billigte dann einstimmig zehn- bis

zwölftausend Tonnen Brotfrucht für Wien und Deutschböhmen. Deutlicher als in diesem Vorgang konnte der Unterschied zwischen „treuer Freundschaft“ unter Monarchen und „Untertanen“ kaum zum Ausdruck kommen.

REFORMEN IM GALOPP

Um die in den Noten an Wilson betonten Wandlungen im deutschen Verfassungsleben wahrhaftig zu machen, mußte der Reichstag im schnellsten Tempo arbeiten. Dem Reichskanzler ging das begreiflicherweise alles sehr gegen den Strich, und trotzdem: „nicht der Inhalt unserer Gesetzgebung war das Unwürdige, sondern der Zeitpunkt“. Das ist sehr richtig. Auch jetzt wieder rächte es sich, daß die früheren Regierungen sich jahrzehntelang gesträubt hatten, die mehr als überfällig gewordenen Verfassungsreformen vorzunehmen. Sie hatten sich gesträubt, weil von den Vorrechten des Monarchen und der Junker nicht ein i-Tipferl preisgegeben werden sollte. Gleichviel, wo man den tieferen Ursachen des Zusammenbruchs unseres Vaterlandes nachgeht, überall stößt man auf die Schuld der preußischen Konservativen. Sie wußten auch genau, wie groß ihr Sündenregister ist. Und weil sie sich der furchtbaren Schuld, die auf ihnen lastete, bewußt waren und Angst vor der Abrechnung des Volkes hatten, wagten sie nach dem Zusammenbruch nicht mehr, unter der alten Firma aufzutreten: sie schminkten sich um als Deutschnationale.

Während in den Sälen des Reichstags mit Hochdruck an der Verfassungsreform gearbeitet wurde, ging es im und um das Kabinett herum zu, wie in einem Bienenschwarm. Das Kabinett selbst kam nicht zu einem Entschluß in der Kaiserfrage, obwohl die Zahl der Ratgeber und Drängenden immer größer wurde.

Prinz Max bremste hinter den Kulissen — nur nicht drängeln, wir dürfen keinen Druck auf ihn ausüben! Er wird gehen, er wird von selbst gehen — — er ging aber nicht, dachte gar nicht daran. Da wurde der Prinz am 28. Oktober von dem General v. Chelius aufgesucht, der direkt aus Brüssel kam. v. Chelius suchte dem Prinzen klarzumachen, daß der Rücktritt des Kaisers eine brennende Notwendigkeit sei. Der Chef der politischen Abteilung beim Generalgouverneur von Belgien, der Gesandte v. d. Lancken, hatte ihm allerlei Informationen mitgegeben, die zurückzuführen waren auf einen amerikanischen Vertrauensmann. „Ohne die Abdankung des Kaisers würde der Krieg weitergehen und Deutschland einen furchtbaren Waffenstillstand und einen ebenso furchtbaren Frieden erhalten.“ Zu betonen ist, daß der General v. Chelius lange Jahre Flügeladjutant des Kaisers gewesen war! Trotzdem „bestand er darauf, daß Seine Majestät das große Opfer bringen müsse, um die Dynastie und das Land zu retten“.

Anstatt selbst endlich zuzupacken und dem Kaiser zu sagen „Geh!“, steckte der Prinz sich immer wieder hinter andere Männer, die ihr Glück beim Kaiser versuchen sollten: v. Chelius, General Groener, Graf August Eulenburg, Hofprediger v. Dryander u. a. — alle dankten. Inzwischen brannte uns das Feuer schon auf den Fingernägeln. Österreich hatte in seiner Bitte an Wilson erklärt, die Regierung sei „bereit, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, in Verhandlungen über den Frieden zwischen Österreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über sofortigen Waffenstillstand auf allen Fronten Österreich-Ungarns einzutreten und bittet — —“

Bulgarien abgefallen — Österreich davongelaufen, die Türken kamen gar nicht mehr in Betracht. Daß Österreich-Ungarn glatt kapitulieren werde, nahm Solf

ohne weiteres an. Wie lange wird es dauern, bis die Italiener über den Brenner kommen und in Bayern einbrechen? Die dringlichsten Hilferufe aus Bayern gelangten bereits an die „Saupreußen“. Muß man nicht sofort den Brenner sprengen?

BOLSCHEWISTISCHE PROPAGANDA

Während unser Bestreben im Kriege dahin gegangen war, schnellstens zum Frieden zu kommen und eine Niederlage zu verhüten, waren wir nach dem Hilfeschrei der Obersten Heeresleitung bemüht, chaotische Zustände nicht aufkommen zu lassen. Wenn wir Deutschland vor dem Zerfall in die kläglichste Kleinstaaterei behüten und die hungernde Arbeiterschaft möglichst zusammenhalten wollten, um nach dem Friedensschluß ein neues Deutschland auf demokratischer Basis aufbauen zu können, dann mußten wir der giftig-bolschewistischen Verhetzung der Arbeiterschaft entgegenwirken.

Im Oktober 1918, in den Tagen der größten Not, wurden besonders in Berlin und anderen Großstädten fortdauernd Flugschriften verbreitet, die der Verhetzung der Arbeiterschaft zugunsten der Bolschewiki dienen sollten. Die Regierung bestand nach diesen Flugschriften aus Massenmördern, die jedoch immer noch turmhoch über den „verräterischen Sozialdemokraten“ ständen. Abgesehen von der für die Arbeiterschaft besonders schädlichen Wirkung der Schriften, waren sie auch geeignet, die Situation Deutschlands der Entente gegenüber von Tag zu Tag zu verschlimmern. Selbstverständlich wurde der Inhalt der Flugblätter dem Auslande sofort bekannt. Kann ein Kriegsgegner noch die geringste Befürchtung vor einem Lande haben, in dem — wie es nach diesen Flugschriften er-

scheinen mußte — jede Autorität ebenso fehlte, wie Brot und Fett? In dem alle gegen alle kämpften? In dem die Bolschewisten nur noch auf die Minute warteten, in der sie, von keiner Seite behindert, die deutsche Sowjetunion — sozusagen als Filiale des bolschewistischen Rußland — ausrufen konnten? Fast jeder Tag brachte neue Schriften dieser Art. Daß die Herstellung enorme Geldsummen verschlang, war klar. Woher kamen die Gelder? Wer hatte das größte Interesse an diesen Hetzereien, — wenn wir von den Entente-staaten absehen? Die Machthaber Rußlands, die die Weltrevolution wollten! Wie sie die zaristische Schreckensherrschaft in Rußland durch den bolschewistischen Terror ersetzt hatten, so wollten sie auch Deutschland glücklich machen durch ihre asiatischen Methoden. Bei uns hätte es freilich mehr zu zerschlagen gegeben als in Rußland, denn was war das bißchen russische Industrie und Handel im Vergleich mit der hochentwickelten deutschen Wirtschaft? Deutschland, ein Land der Schulen seit Jahrhunderten, Rußland, ein Land der Millionen Analphabeten. Nein, nein! Wir dankten bestens für die Ablösung der Kriegsnot durch das bolschewistische Elend. Wir dankten auch für die Ablösung der wenig verhüllten Diktatur Ludendorffs durch die gar nicht verhüllte Diktatur der Sobelsohn-Radek, Sinowjew, Lenin und Kamenew.

Gab es gar keine Möglichkeit, die giftige Quelle, die diese Hetzpapiere ausspie, zu ermitteln und dann zu verstopfen? Immer deutlicher war es geworden, daß die Quelle sich Unter den Linden befand und zwar im Hause der russischen Botschaft, wo als Vertreter des bolschewistischen Rußlands Herr Joffe residierte. Die Zahl der russischen „Kuriere“, die mit auffällig viel „diplomatischem“ Gepäck, mit Kisten und Kästen, zwischen Moskau und Berlin reisten, war enorm. Diplo-

matisches Kuriergepäck ist unantastbar, wie die Kuriere selbst, wie auch die Botschaft. „Exterritoriales Gebiet“ ist heilig, kann und darf nicht ohne Erlaubnis betreten oder gar untersucht werden. Kurz und bündig: aus der russischen Botschaft heraus wurden die Flugschriften verbreitet, daran war gar nicht mehr zu zweifeln. Was sollte denn anders in den zahllosen Kisten stecken, die der Botschaft ununterbrochen aus Rußland zugeführt wurden? Jedes Mitglied des Kabinetts wünschte, daß die fortgesetzte Hetze zugunsten der Bolschewiki unterbunden werde, keines aber wußte einen Weg, der gangbar erschien. Als wieder einmal eine besonders gehässige Schrift, die alles übertraf, was bisher an Schädigung der höchsten Landesinteressen — wir befanden uns im Notenaustausch mit Wilson! — verbreitet worden war, hatte der Unwille der Kabinettsmitglieder sich ganz wesentlich gesteigert. Gleich zu Beginn der Sitzung am 28. Oktober wandte der Reichskanzler sich unvermittelt über den Tisch hinweg an mich mit der Frage nach einem Weg, der begangen werden müsse, um das Treiben zu unterbinden. Ich sah nur zwei Möglichkeiten. Vielleicht fände sich ein höherer Beamter, der bereit sei, sich „davonjagen“ zu lassen, nachdem er am Tage zuvor mit einigen Unterbeamten „auf eigene Faust“ in die russische Botschaft eingedrungen sei, um Flugblätter zu beschlagnahmen. Mein anderer Vorschlag war dieser: Man müßte einige Dienstleute üben lassen, wie sie eine Kiste beim Heruntertragen auf einer steinernen Treppe derart von der Schulter auf eine Ecke fallen lassen, daß sie bestimmt zerbrechen müsse. Dann würden die Flugblätter herausquellen, der Beweis, daß die Botschaft ihre Exterritorialität in unzulässiger Weise mißbrauche, wäre erbracht und man könne die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Es ist über diese

Vorschläge im Kabinett gelacht, aber nicht weiter gesprochen worden. Der Öffentlichkeit wurden sie erst bekannt durch das Buch, in dem Prinz Max sie ausgeplaudert hat. Wenige Tage nach meinem Vorschlag, es war am 4. November, wurde uns durch Dr. Solf bekanntgegeben, daß auf einem Berliner Bahnhof beim Transport russischer Kurierkisten durch Dienstleute eine Kiste zerbrochen sei; der Inhalt habe aus bolschewistischen Flugschriften übelster Art bestanden. Am Tage darauf wurden alle „diplomatischen“ Russen ausgewiesen. So wie sie hatten wohl nie zuvor Vertreter eines fremden Landes ihre bevorzugte Stellung mißbraucht.

DER KAISER SOLL GEHEN!

Der Oberbefehlshaber in den Marken hatte der Presse verboten, die Forderung, daß der Kaiser zurücktreten müsse, überhaupt zu stellen. Dagegen opponierte ich sofort im Kabinett, weil die Zensurverfügung unserem Regierungsprogramm schnurstracks widersprach. Ich verlangte nunmehr die ausdrückliche Freigabe der Erörterungen in der Kaiserfrage für die Presse. Dem widersetzte sich das Kabinett. Es wurde der Versuch gemacht, die Frage von neuem zu verschleppen. Das gab mit Veranlassung, sofort den folgenden Brief zu diktieren und dem Prinzen durch Boten zustellen zu lassen:

„Berlin, den 29. Oktober 1918.

Eurer Großherzoglichen Hoheit

beehre ich mich folgendes zu unterbreiten:

In der Sitzung der Herren Staatssekretäre vom 28. Oktober ging die vorwiegende Meinung dahin, sich vorläufig mit der Verfügung des Herrn Oberbefehlshabers abzufinden, die der Presse verbietet, die Forderung nach dem Rücktritt des Kaisers zu erheben.

In dem Programm, das für die neue Regierung maßgebend sein soll, und das von Eurer Großherzogl. Hoheit in der Reichstags-sitzung vom 5. Oktober d. J. feierlich anerkannt worden ist, wird gesagt, daß die Zensur gegebenenfalls nur noch in Fragen der militärischen Strategie und Taktik, der Kriegsgerätebeschaffung und -verwendung, außerdem nur bei Erörterung der Beziehungen zu den Regierungen ausländischer Staaten eingreifen kann. Es ist demnach das Gebiet der Zensur genau abgegrenzt worden. Entsprechend diesem Programm wurde in einer etwa acht bis zehn Tage zurückliegenden Kabinettsitzung auf eine Anregung hin, die von Herrn Staatssekretär Erzberger und mir ausging, eine Einigung darüber herbeigeführt, daß alle bestehenden Zensurvorschriften aufzuheben sind und die Vorzensur zu beseitigen ist. In späteren Besprechungen des Kabinetts traten Meinungsverschiedenheiten zutage. Einige der Herren Staatssekretäre waren der Meinung, daß eine Einigung, wie ich sie soeben skizziert habe, nicht herbeigeführt worden sei, daß vielmehr die eine oder andere Zensurvorschrift in Geltung bleiben sollte. Das vom Herrn Oberbefehlshaber erlassene Verbot, die Forderung nach dem Thronverzicht des Kaisers zu erheben, macht den bedauerlichen Rückschritt in der Richtung zu einer schärferen Handhabung der Zensur vollkommen.

Nachdem der Öffentlichkeit die Möglichkeit genommen ist, durch Diskussion eine Frage zu klären, die zu einer brennenden Schicksalsfrage des deutschen Volks geworden ist, tritt an das Kabinett mit verdoppeltem Ernst die Notwendigkeit heran, sie in seinem Schoße zu erörtern und zum Austrag zu bringen. Aus diesem Grunde sehe ich mich gezwungen, nunmehr die Forderung, die in der Presse nicht gestellt werden darf, im Kabinett zu stellen, nämlich diese: die Herren Staatssekretäre möchten den Herrn Reichskanzler bitten, Seiner Majestät dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten.

Begründung.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung des deutschen Reiches die Überzeugung gewonnen hat, daß die Aussicht, zu erträglichen Bedingungen des Waffenstillstands und des Friedens zu gelangen, durch das Verbleiben des Kaisers in seinem hohen Amte verschlechtert wird. Würde ein ungünstiger Friede geschlossen werden, während der Kaiser in seinem Amt verbleibt, so würde später gegen ihn und die Regierung der Vorwurf erhoben werden, daß sie lieber

schwere Nachteile für das Volk auf sich genommen, als daß sie aus einer nun einmal gegebenen Sachlage die zum Wohle des Ganzen notwendigen Konsequenzen gezogen hätten.

Es kann weiter nicht bezweifelt werden, daß die Friedensverhandlungen beträchtlich günstigere Aussichten bieten, wenn die im Deutschen Reich vollzogene Änderung des Systems durch einen Wechsel an der höchsten Stelle des Reiches nach innen und außen deutlich sichtbar gemacht wird. Die ganze politische Situation legt die Vermutung nahe, daß der hier vorgeschlagene Schritt nur hinausgezögert, aber doch nicht vermieden werden kann. Deshalb ist es besser, wenn der Kaiser jetzt schon aus der gesamten Situation die Konsequenzen, die nach Auffassung auch zahlreicher deutscher Staatsmänner gezogen werden müssen, so schnell als möglich zieht.

Eurer Großherzoglicher Hoheit

ganz ergebener

gez. P h. S c h e i d e m a n n."

* * *

Der Reichskanzler lag leicht erkältet im Bett, als er mich am nächsten Morgen zu sich bitten ließ. Er habe sich die ganze Nacht hindurch mit meinem Briefe beschäftigt. Es würde leichter sein, den freiwilligen Rücktritt des Kaisers zu erreichen, wenn er, der Prinz, nicht unter solchen Druck gestellt werde. Er sang immer die gleiche Melodie! Als ich darauf aufmerksam machte, daß die Entscheidung schnellstens getroffen werden müsse, betonte er immer wieder die „furchtbar schwere Entscheidung“. Wie jetzt die Stimmung des Volkes sei?

„Die Stimmung verschlechtert sich von Tag zu Tag, ich habe überhaupt noch keinen Menschen getroffen, der sich für das Verbleiben des Kaisers aussprach. Ich habe nicht nur mit Arbeitern und Geschäftsleuten geredet, sondern auch mit bekannten Staatsmännern. Ein Bundesratsmitglied hat mir gesagt, daß ein Bundesfürst in einem Briefe geschrieben habe: Er muß weg! In Bayern wird die Loslösung vom Reich ganz ernst-

natt betrieben. Es ist wirklich keine Zeit mehr zu verlieren.“

Wenige Tage später hat Herr v. Payer, der sich zu einer klaren Erkenntnis der Situation längst durchgerungen hatte, dem Prinzen gesagt: „Die allerwildesten Kaiserstürzer sind die rechtsstehenden Leute. Die Herren der Hochfinanz und der Großindustrie, ja bis hoch in die Offizierskreise hinein kann man mit einer erstaunlichen Offenherzigkeit sagen hören: Der Kaiser muß sofort zurücktreten . . . Je länger die Hetze fort-dauert, desto stärker wird die Forderung hervortreten, daß man überhaupt keine Monarchie mehr brauchte, sondern eine Republik errichten sollte.“

DER KAISER FLIEHT INS GROSSE HAUPTQUARTIER

Fast zufällig erfuhr der Reichskanzler am 29. Oktober durch den Freiherrn v. Grünau, daß der Kaiser, der bis dahin in Potsdam residiert hatte, in der kommenden Nacht ins Große Hauptquartier fahren werde. Prinz Max war entsetzt und hielt die Kunde zunächst für einen schlechten Scherz. Dann aber bemühte er sich, den Kaiser von seinem Vorhaben abzubringen. Vergebens! Seine Majestät wollte „nur für drei Tage“ fort, also eine Art Spritztour hatte er angeblich vor, wie er sie früher so gern unternommen hatte. Der Reichskanzler ging selbst zum Kaiser, um ihm zu sagen, daß er jetzt unter keinen Umständen Berlin verlassen dürfe, ständen wir doch vor den schwersten Tagen! Ach was: „Wenn Ihr tut, was ich Euch geraten habe, kann noch alles gut werden.“ Er hatte nämlich die merkwürdige Idee gehabt, „Wilson laufen zu lassen, um mit England anzubandeln.“

Wie ist der Kaiser auf diesen merkwürdigen Vor-

schlag gekommen? Er ist vielleicht zurückzuführen auf bemerkenswerte Bemühungen des englischen Königs, von denen die größere Öffentlichkeit erst Anfang 1928 einiges erfahren hat. Dem König von England dürfte in den ersten Novembertagen 1918 schon bekanntgewesen sein, daß zu den Friedensbedingungen der Entente auch die Auslieferung des Kaisers gehören werde. Vor diesem Schicksal habe der englische König seinen Vetter bewahren wollen, er habe deshalb die Königin von Holland bitten lassen, im Notfall dem Kaiser eine Zufluchtsstätte zu gewähren. Die Königin hat diese Bitte nicht ablehnen können, obgleich sie ihr äußerst unbequem war. Wenige Tage vor der Flucht des Kaisers war tatsächlich ein holländischer Generaladjutant im Großen Hauptquartier, ohne daß weiteren Kreisen bekanntgeworden wäre, was er dort gewollt hat.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist die Flucht sorgsam vorbereitet gewesen. Der Kaiser sah damals drei Wege vor sich. Den ersten hatten ihm bekanntlich General Groener und andere höhere Offiziere gewiesen: er sollte in die Schützengräben gehen und eine Kugel erwarten. Das war ihm zu lebensgefährlich, deshalb lehnte er diesen Vorschlag ab. Der zweite Weg war der, den er auch mit dem General Heutsz besprochen haben soll: Rückführung der Truppen nach Berlin. Diesen Weg hat er für möglich gehalten, bis ihm vom General Groener gesagt worden ist, „daß das Heer wohl unter seinen Kommandierenden Generalen, nicht aber unter der Führung Seiner Majestät in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückkehren würde.“

Wilhelm zog dann den Weg vor, der ihm am ungefährlichsten erschien und seiner heldischen Natur am meisten entsprach — er floh!

UNBEKANNTE RATGEBER

Während meiner Zugehörigkeit zum Kabinett hatte ich mit mancherlei Schwierigkeiten zu rechnen. Bald wollte dieser, bald jener Staatssekretär mit einem „bekannten Sozialdemokraten“ gesprochen und andere Auffassungen als die von mir vertretenen vernommen haben. Wenn ich Namen genannt haben wollte, so hieß es meistens: „Es handelt sich wirklich um einen Ihrer führenden Männer.“ Mehr war nicht herauszubringen. Um an einem Beispiel zu zeigen, wie operiert worden ist, schildere ich folgende Szene aus einer geheimen Besprechung, die Prinz Max am Nachmittag des 31. Oktober mit wenigen seiner auserwählten Freunde gehabt hat. Diese geheime Besprechung, unter Ausschluß der parlamentarischen Staatssekretäre des Zentrums und der SPD., ebenso vertrauliche Besprechungen unter vier Augen, stellen der Auffassung des Prinzen von parlamentarisch - demokratischen Verhältnissen ein gutes Zeugnis nicht aus. Von den meisten dieser „Fehlritte“ habe ich erst Kenntnis durch das Buch des Prinzen Max erhalten. Er selbst führte in der erwähnten Geheimsitzung, wie er in seinem Buche berichtet, u. a. aus: Millionen von Deutschen werden die Abdankung nicht verstehen, sogar innerhalb der Gewerkschaften sind die Meinungen sehr geteilt. Einzelne Führer haben gesagt, die Abdankung würde in den Gewerkschaften wie eine Sprengbombe wirken! Wenn der Prinz, wie anzunehmen ist, freigewerkschaftliche Organisationen gemeint hat, so ist seine Äußerung direkt unsinnig gewesen. In Arbeiterkreisen gab es vielleicht Meinungsverschiedenheiten darüber, wann die ultimative Forderung des Rücktritts gestellt werden müsse, daß der Rücktritt des Kaisers selbstverständlich sei, wurde allgemein als notwendig empfunden. An dieser Tatsache änderte die abweichende Meinung des einen oder an-

deren nichts. Dr. Simons hat in der erwähnten Geheimbesprechung auch über eine Unterredung mit Hugo Haase berichtet: dieser hätte von der Abdankung des Kaisers als von einer Sache gesprochen, für die er und seine Freunde kein besonderes Interesse hätten.

Unbequemer war mir natürlich jede Bezugnahme auf Ebert, besonders dann, wenn ich wußte, daß er richtig gegen mich zitiert wurde. Es ist auf keinen Fall angenehm, wenn Dritte in kritischen Situationen Kenntnis haben von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei. So berichtete in der gleichen Geheimsitzung der Unterstaatssekretär Wahnschaffe über folgende Äußerung Eberts: „Die allgemeine Auffassung gehe dahin, daß der Kaiser nicht mehr zu halten sei. Er, Ebert, tue alles, um seine Partei zurückzuhalten, und versuche mit dem Argument zu bremsen, es sei ein viel größeres Hindernis für einen Frieden, wenn die Partei wegen der Kaiserfrage aus der Regierung herausgehe, als wenn der Kaiser nicht abdanke. Er hoffe, die Parteipresse noch einige Tage zurückhalten zu können.“

Wahnschaffe fügte hinzu, in bezug auf die sozialdemokratische Presse habe Ebert sich getäuscht, denn er habe sie nicht zurückhalten können, „er habe sie also nicht mehr in der Hand.“ Nach diesen Bemerkungen Wahnschaffes fragte der Reichskanzler den Staatsminister Dr. Friedberg, wie er sich jetzt eine Regierung des Reichs ohne Sozialdemokraten denke? Friedberg hat darauf geantwortet: „Sie ist kaum möglich.“ Das war vollkommen richtig, trotzdem hatte ich meine Forderung, der Kaiser müsse zurücktreten, nicht mit der Drohung begleitet, sofort aus der Regierung austreten zu wollen, falls meine Forderung nicht erfüllt werde. Aber ich hielt den Reichskanzler doch dauernd unter Druck; wenn ich ihn in der Abdankungsfrage,

die ihm ein glühendes Eisen war, zur Entscheidung treiben wollte, war dieses Unterdrückstellen die einzig mögliche Taktik. Er sollte jede Stunde damit rechnen, und hat auch damit gerechnet, daß ich anderer Meinung werden, also durch meinen Austritt das Kabinett sprengen könnte, falls er weiterhin zaudere. An Äußerungen, wie die dem Prinzen durch Wahnschaffe überbrachte, klammerte sich der Prinz natürlich, weil sie ihm immer wieder eine Frist, wenn auch nur eine Galgenfrist, gewährten.

Ebert nahm in der Kaiserfrage eine besondere Stellung ein. Schon im „Zusammenbruch“, der 1921 erschienen ist, habe ich geschrieben, daß „selbst in den Reihen der führenden Genossen der eigenen Partei Anschauungen vertreten wurden, die mir absolut nicht verständlich waren. Ich werde nicht vergessen, wie einer meiner Freunde noch unmittelbar vor dem Zusammenbruch am 9. November ein akademisch gebildetes Parteimitglied auf das heftigste anfuhr, weil dieses die Forderung nach Abdankung des Monarchen als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet hatte.“ Der Parteifreund, von dem da die Rede ist, war kein anderer als Ebert. Sein Gegner war ein Sozialdemokrat, der seit dem Zusammenbruch ununterbrochen hohe Staatsstellungen eingenommen hat.

Meine taktische Stellung zu der Kaiserfrage im Oktober 1918 dürfte, wie ich auch heute noch bestimmt glaube, gebilligt worden sein von der erdrückenden Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei. Als Sozialdemokrat war und bin ich selbstverständlich republikanischer Gesinnung. Nach den Noten Wilsons mußte angenommen werden, daß erträglichere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen erlangt werden könnten, wenn das vom Prinzen Max in seinen Antwortnoten feierlich versicherte neue demokratisch-parla-

mentarische System kräftigste Bestätigung fände durch die Abdankung des Kaisers. Wie aus dem Buche des Prinzen Max zu ersehen, ist der von ihm über die Situation befragte Graf Brockdorff-Rantzau der gleichen Auffassung gewesen wie ich: „Das deutsche Volk werde nicht in der Lage sein, sich gegen entehrende Waffenstillstandsbedingungen zu wehren, wenn der Kaiser seine Abdankung hinauszögere!“ Das Zögern und Zaudern in der Politik trägt die meiste Schuld an vielerlei Unheil, das über das deutsche Volk gekommen ist.

Wiederholt hatte ich dem Prinzen gesagt, daß ich gerade sein Zaudern absolut nicht verstehen könne. Von seinem Standpunkt aus als Monarchist müsse er sich doch sagen, daß er die Monarchie als Institution nur — vielleicht! — retten könne, wenn er den Kaiser schleunigst zur Abdankung veranlasse. Müsse der Kaiser, gezwungen vom eigenen Volke, gehen, dann sei doch die selbstverständliche Folge die Ablösung der Monarchie durch die Republik. Der Reichskanzler hat mich zweifellos sehr gut verstanden, aber trotzdem nicht den Mut aufgebracht, entsprechend zu handeln. Er wollte retten, was seiner Meinung nach für die Monarchie zu retten war, und gab den wankenden Thronen und Thrönchen ungewollt den letzten Stoß.

Eine demokratische Verfassungsreform war eingeleitet worden, sie hätte später fortgesetzt werden können. Stellen wir uns vor, der Kaiser wäre rechtzeitig zurückgetreten, ein modern denkender Mensch wäre an seine Stelle gekommen — was dann? Dann wären die Noten des Prinzen Max an Wilson wirksam unterstrichen, sowie die ultimativen Forderungen der Kieler Matrosen und später der Sozialdemokratischen Partei in einem wesentlichen Punkte erfüllt gewesen, bevor sie überhaupt gestellt worden sind! Der Rück-

tritt hätte überdies noch den Anschein einer freiwillig unternommenen Handlung gehabt. Und weiter mit aller Offenheit: ein „Landesvater“ mit Rede- und Telegraphierzensur in politischen Angelegenheiten, gebunden an hieb- und stichfeste Bestimmungen einer demokratischen Verfassung — glaubt ein Mensch, daß zur Beseitigung eines solchen „Herrschers“ in Deutschland eine Revolution ausgebrochen wäre?

Weder im Unterhause Englands, noch in den Parlamenten Hollands, Dänemarks, Schwedens oder Norwegens haben die Sozialdemokraten oder Kommunisten bisher die Abschaffung der Monarchie gefordert! Das hat gewiß seine guten Gründe in diesen demokratischen Ländern.

Für mich lag die Kaiserfrage nach der Wilsonnote vom 23. Oktober relativ einfach: Der Kaiser muß gehen; geht er rechtzeitig und es kommt ein erträglicher Nachfolger, dann wird sich das geduldige deutsche Volk wahrscheinlich vorläufig damit abfinden. Geht er nicht, dann wird der Katze der Schwanz nicht stückweise abgehackt, dann weg mit der Monarchie auf einen Hieb.

Meinen Brief an den Prinzen Max vom 29. Oktober habe ich geschrieben, ohne zuvor auch nur mit einem einzigen meiner Freunde in Fühlung zu treten. Ich hätte es nicht beweisen können, fühlte aber mitunter sehr deutlich, daß der Reichskanzler mit dem einen oder anderen meiner Parteifreunde Fühlung hatte, ohne daß ich darüber informiert worden wäre. Da ich der Zustimmung der großen Mehrheit meiner Partei absolut sicher war, schrieb ich den Brief in der Absicht, ein *fait accompli* zu schaffen.

EBERTS STELLUNG ZUR KAISERFRAGE

Wie wir aus dem Bericht des Prinzen Max wissen, hat Ebert zu dem Unterstaatssekretär Wahnschaffe gesagt, daß er in der Kaiserfrage eine zurückhaltende Taktik beobachte. Selbstverständlich hat er das nicht aus den Gründen getan, die ihm von kommunistischer Seite unterstellt worden sind. Er war als Sozialdemokrat ebenso republikanischer Gesinnung, wie alle seine Parteigenossen auch. Seine besondere Einstellung in bestimmter Zeit ist nur zu erklären aus seiner optimistischen, vielleicht ist es richtig, zu sagen: zu eigenartigen Einschätzung der damaligen Situation. In Wirklichkeit hat er nicht nur am Abend vor dem 9. November in der Kaiserfrage die bereits erwähnte Stellung eingenommen, sondern selbst noch am 9. November nach Ausrufung der Republik. Darauf wird später noch kurz zurückzukommen sein.

Am 6. November war aus Washington die neue Note Wilsons in Berlin eingetroffen. Sie ließ keinen Zweifel mehr, die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen würden furchtbar sein. In der Note wurde mitgeteilt,

„daß die alliierten Regierungen zu dem bisherigen Notenwechsel zwischen der deutschen Reichsregierung und Wilson Stellung genommen hätten. Dann wurde erklärt, was für die Alliierten selbstverständliche Voraussetzung sei: „daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die alliierten Regierungen fühlen, daß kein Zweifel bestehen bleiben dürfe über das, was diese Bedingung in sich schließt. Sie verstehen darunter, daß Deutschland Entschädigung leisten wird für allen Schaden, der der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum durch den Angriff zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügt worden ist.“

Wilson's Note schloß mit der Mitteilung,

„daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden

ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen."

Kein Wort also von Verhandlungen. Die Gegenseite wird bestimmen, welchen Bedingungen Deutschland sich unterwerfen muß, wenn ihm der erbetene Waffenstillstand bewilligt werden soll!

Am Tage des Einlaufs dieser Note tagte die sozialdemokratische Fraktion in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß, um erneut zu der Kaiserfrage Stellung zu nehmen, und zwar nach Kenntnisnahme der jüngsten Wilsonnote. Ich mußte die Sitzung bald verlassen, weil ich in der Wilhelmstraße amtlich zu tun hatte. Der Prinz berichtet in seinen „Erinnerungen“, daß ich ihm über die eben erwähnte Sitzung eröffnet hätte,

„wir müßten unter allen Umständen mit einem offiziellen Schritt in der Abdankungsfrage rechnen. Im Augenblick kämpften noch zwei Strömungen miteinander. Ein Teil der Partei dränge auf ein befristetes Ultimatum, der andere wolle sich damit zufriedengeben, daß der Parteiausschuß öffentlich seine Billigung mit dem von Scheidemann an mich gerichteten Briefe ausspreche. Scheidemann drohte: Die Kaiserfrage schlage in die republikanische über, wenn sie nicht eine rasche Lösung findet. Die Erregung unter den Arbeitern sei groß, er hoffe auf Beruhigung durch den unmittelbar bevorstehenden Waffenstillstand — aber nur dann, wenn die Abdankung vorher erfolgt sei.“

Ich hatte ein kurz befristetes Ultimatum für eine Selbstverständlichkeit gehalten, als ich den Prinzen in der eben geschilderten Weise informierte. Trotzdem hatten die Parteikörperschaften noch einmal davon Abstand genommen. Beschlossen wurde lediglich folgende Resolution:

„Fraktion und Parteiausschuß fordern, daß der Waffenstillstand ohne jeden Verzug durchgeführt wird. Die Fraktion und der Parteiausschuß fordern weiter die Amnestie für militärische Vergehen und Straffreiheit für Mannschaften, die sich gegen die

Disziplin vergangen haben. Sie fordern die unverzügliche Demokratisierung der Regierung sowie der Verwaltung Preußens und der anderen Bundesstaaten. Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß beauftragen die Parteileitung, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß Fraktion und Parteiausschuß den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung der Frage erwarten.“

Diesen Beschluß habe ich für eine bedauerliche, kaum wieder gutzumachende Halbheit gehalten. Daß ich dem Prinzen durch mein entschiedenes Drängen immer unbequemer geworden war, ist durchaus verständlich. Er suchte deshalb immer wieder andere Parteigenossen, die er für gutartiger hielt, für seine Zauderpolitik zu gewinnen. Er erzählt selbst:

„Jeden Tag konnten die Bedingungen des Waffenstillstandes eintreffen. Wir hatten den Aufruhr im Lande und die revolutionäre Unruhe wuchs von Stunde zu Stunde: „Der Kaiser will sich nicht opfern“, das war der Schlachtruf derer, die den Umsturz betrieben. Wann würden die Sozialdemokraten ihn aufnehmen?“

Die Situation schien wahrhaft verzweifelt, aber ich mußte mir sagen: noch war das letzte nicht versucht. Der Kanzler mußte zum Kaiser sprechen. Ich faßte den Entschluß, morgen ins Hauptquartier zu reisen.

Vorher wollte ich zwei führende Männer der Sozialdemokratie einweihen und sie fragen, ob sie mir noch ein paar Tage lang Ruhe im Rücken schaffen könnten. Ich wählte zwei Persönlichkeiten, für die es im Augenblicke nationaler Gefahr Parteirücksichten nicht gab, Ebert und David. Ich hoffte, sie zu bitten, daß sie mir das ultimative Drängen ihrer Partei fernhielten, solange ich im Hauptquartier sein würde . . .“

Ich verliere kein Wort über die kindlichen Versuche des Prinzen, die Sozialdemokraten in zwei Gruppen einzuteilen, mehr oder weniger national zuverlässige. Am nächsten Morgen stand im „Vorwärts“ ein Artikel, der mir ganz und gar aus der Seele geschrieben war: „Keiner, dem die Gedanken der neuen Zeit aufgegangen sind, wird sich in seinem Empfinden von den

Massen trennen, er wird es auch dort nicht tun, wo er nicht jedes einzelne Vorkommnis zu billigen imstande ist.“ Der Prinz war entsetzt, als er das las. Er berichtet in seinem Buche:

„Stand die Partei hinter diesem Artikel. Ich sah Ebert am frühen Vormittag allein im Garten. Zunächst unterrichtete ich ihn von meiner geplanten Reise: Sie wissen, was ich vorhabe. Wenn es mir gelingt, den Kaiser zu überzeugen, habe ich Sie dann an meiner Seite im Kampf gegen die soziale Revolution?“

Eberts Antwort erfolgte ohne Zögern und zwar unzweideutig:

„Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“

Nach der Abdankung des Kaisers, so berichtet Prinz Max weiter, hoffe er (Ebert), die Parteien und die Massen hinter die Regierung zu bringen.

„Wir streiften die Frage der Regentschaft. Ich nannte den Prinzen Eitel-Friedrich als den nach der Verfassung gegebenen Regenten für Preußen und das Reich. Ebert erklärte für sich und seine Partei, sie würden der Regierung in diesen Verfassungsfragen keine Schwierigkeiten machen. Dann wünschte er mir in bewegten Worten Erfolg für meine Reise. David, den ich unmittelbar nachher sah, war nicht minder entschieden in seiner Abwehrstellung gegen die Revolution.“

Was der merkwürdige Zauderprinz unter „Revolution“ verstand, ist etwas ganz anderes als das, was Ebert, Dr. David, ich und die gesamte SPD. haßten: den russisch-asiatischen Bolschewismus.

DAS FEUER VON KIEL

Während das Kabinett sich mit den Wilson-Noten abquälte, mit Ludendorff wenig erbauliche Zwiesprache gehalten hatte und dann um die Kaiserfrage herumzukommen versuchte, wie die Katze um den heißen Brei, nahm die Gärung im Lande zu. Besonders

schlimm hatte sich die Stimmung in der Marine gestaltet.

Im Kabinett saß zu meiner Linken zumeist der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Mann. Am 4. November kam er, als die Sitzung bereits begonnen hatte, unverkennbar sehr aufgereggt in das Zimmer, setzte sich neben mich und übergab mir Depeschen aus Kiel . . . Was ist das? Ein Zweifel war nicht möglich — das war die offene Rebellion, das konnte mehr sein: der Funke, der ins Pulverfaß fliegt! In Kiel ging also schon alles drunter und drüber, aber — und das war der letzte Hoffnungsschimmer — man rief aus dem Kreise der Matrosen heraus nach einem Abgeordneten, ein Abgeordneter der Reichstagsmehrheit sollte sofort nach Kiel kommen, man dürfe jedoch nur einen energischen Mann schicken.

Noch bevor dem Kabinett Mitteilung von dem Vorfall gemacht worden war, hatte ich telephonische Verbindung mit Ebert im Parteibüro und Noske, der sich im Reichstag aufhielt. Ebert erklärte sich mit der von mir vorgeschlagenen Entsendung Noskes nach Kiel einverstanden. Das Kabinett beschloß, mit Noske den Staatssekretär Haußmann nach Kiel zu schicken.

Nachrichten ähnlich den Kielern jagten einander aus Lübeck, Schwerin, Flensburg, Cuxhaven, Brunsbüttel, Hamburg! Die Forderungen der Matrosen waren fast überall dieselben: Sofortiger Rücktritt des Kaisers, Amnestie, Waffenstillstand, Frieden, Wahlrecht!

Der erste Bericht Noskes war in der Nacht vom 5. zum 6. November eingelaufen. Er hatte die Stadtkommandantur übernommen und zur Waffenablieferung aufgefordert. Er hatte gebeten, Kiel nicht etwa militärisch anzugreifen, und gefragt, wieweit das Kabinett die Forderungen der Matrosen bewilligen wolle? Während der Beratung des Berichts im Kabinett hatte

Noske mit dem Marinestaatssekretär v. Mann ein telephonisches Gespräch. Es herrsche augenblicklich Ruhe in der Stadt. Großes Gewicht legten die Matrosen auf die Bewilligung der Amnestie. Der Rücktritt oder die Absetzung des Kaisers sei unbedingt notwendig. Noske glaubt an die Wiederherstellung der alten Ordnung, wenn die entsprechenden Konzessionen gemacht würden . . .

Neue Hiobsbotschaften liefen im Kabinett ein: „In Wittenberg sind 40 Matrosen eingetroffen, die festgenommen werden konnten. In Lübeck ist der Bahnhof von Meuterern besetzt, ebenso in Schwerin und Cuxhaven. — In Kiel, wo sich ein Soldatenrat gebildet hat, ist die Parole ausgegeben worden, Blutvergießen zu verhüten. Der Infanterie war gesagt worden, sie könne abziehen, wenn sie die Waffen vorher abliefern.“

Graf Rödern regte an, die Marine aufzulösen! Ich trat für die Bewilligung der erhobenen Forderungen ein, soweit sie nicht, wie die Wahlrechtsreform, vom Reichstag beschlossen werden müßten. Straffreiheit sollte man zusichern, ebenso die Amnestie und sofortige Entlassung der früher Verurteilten, soweit es sich nicht um schwere Verbrechen handelte. Noske müsse selbstverständlich in Kiel bleiben und mit größter Autorität ausgestattet werden. Über die Kaiserfrage hätte ich mich mehrfach so deutlich ausgesprochen, daß sich jedes weitere Wort im Augenblick erübrige.

Erzberger war für sofortige Amnestie und Entlassung der Verurteilten, wenn bis abends sechs Uhr die Ruhe in Kiel wiederhergestellt sei. Ausgerechnet — bis sechs Uhr abends, keine Minute später. Überdies sprach er kein Wort über die Absetzung des Kaisers! Haußmann, der bereits von Kiel wieder

zurückgekehrt war, sprach ähnlich wie Erzberger. Kriegsminister Scheuch wandte sich gegen den Graf Rödern — keine Auflösung der Marine!

v. Payer hatte von 10 000 Soldaten in Friedrichs-ort eine Resolution erhalten, die gleiches Wahlrecht verlangte. Alle anderen Forderungen glichen denen der Kieler Matrosen. Graf Rödern forderte die sofortige Rückkehr des Kaisers nach Berlin. Dr. Simons bemerkte, daß in dieser Beziehung „der Prinz bereits alle Stränge gezogen“ habe. In diesem Augenblick betrat der Reichskanzler das Kabinett: Scheidemann wird von Noske am Telephon verlangt — um erneut zur Eile zu mahnen. Ich telephonierte ihm: „Sage den Soldaten und Arbeitern, daß in der Regierung vollkommene Einigkeit besteht in der Amnestiefrage. Wir sind uns auch einig darin, daß Straffreiheit gewährt werden soll allen denen, die sich jetzt gegen die Manneszucht vergangen haben. Ausgenommen müssen natürlich bleiben für beide Fälle, und da befinden wir uns ja in Übereinstimmung mit den Forderungen, die gestellt worden sind, diejenigen, die gemeine Verbrechen begangen haben. Voraussetzung ist in beiden Fällen, daß die Mannschaften bis heute abend in ihre Stellungen und auf ihre Stationen zurückkehren, und daß sie die Waffen und die Munition, deren sie sich gewaltsam bemächtigt haben, zurückgeben. Es ist in den nächsten Tagen der Beginn der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu erwarten. Mache die Mannschaften darauf aufmerksam, daß alle Verhandlungen schwer gefährdet sind, wenn die Feinde von den Ereignissen in Kiel Kenntnis erhalten. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß sofort Ruhe einkehrt. Die Mannschaften sollen ihren Dienst wieder aufnehmen, dann kann man alles als abgetan ansehen. Sage den Leuten weiter, daß die von ihnen aufgestell-

ten politischen Forderungen, Wahlrecht usw., unmöglich von der Regierung durchgeführt werden können auf Grund von örtlichen Beschlüssen. Es ist das eine Angelegenheit, die nur vom Reichstag erledigt werden kann. Der Reichstag tritt sofort zusammen, sobald die Waffenstillstandsverhandlungen beginnen. Ich hoffe, daß die Mannschaften das einsehen werden, und daß dann heute abend wieder Ruhe eintritt.“

Auf eine Frage Noskes antwortete ich: „Die Kaiserfrage ist noch in der Schwebelage. Darüber wird in den nächsten Tagen wohl die Entscheidung fallen.“

Mein Gespräch war von einem diensttuenden Offizier auf meinen Wunsch stenographisch aufgezeichnet worden. Nach erfolgtem Bericht billigte die Regierung mein Verhalten in der Aussprache mit Noske. Das letzte Telegramm Noskes vor dem 9. November war vom 7. datiert, es lautete wie folgt:

„Ich mußte soeben die Leitung der Marineangelegenheiten in Kiel übernehmen. Der bisherige Stationschef hat mir die Geschäfte übergeben. Wie die Aufgabe zu bewältigen ist, vermag ich noch nicht zu übersehen. Soeben traf auch Haase hier ein. Wenn es Streitigkeiten gibt, ist die Sache natürlich unmöglich zu machen. Haase gab mir die Versicherung, daß die Einigkeit nicht gestört werden soll. Er erwarte dafür Gegenleistung in Berlin. Wahnschaffe sagte mir heute am Telephon, als ich ihm andeutete, wie die Sache hier laufen werde, die Regierung erwarte, daß ich solange wie möglich hier ausharre. Ich bin gespannt darauf, ob sie diese Anschauung jetzt noch hegen wird.“

Die Kieler Matrosen hatten wahrscheinlich längst alle Hoffnung auf die Bewilligung ihrer Forderungen aufgegeben. Sie hörten nichts von der Hauptsache, nichts von der Abdankung des Kaisers, die — von der bayerischen Regierung bis zum letzten Kieler Schiffsjungen — jeder erwartete: sie verließen Kiel in hellen Haufen, um bald überall aufzutauchen: wie in Hamburg, so in München, wie in Köln, so in Königsberg.

DIE URSACHEN DER KIELER VORGÄNGE

Zwischen den Marineoffizieren und dem „gemeinen Mann“ an Bord, so wurde früher erzählt, herrsche ein weit besseres Verhältnis als zwischen den Offizieren und Mannschaften des Landheeres. Es kann sein, daß in weit zurückliegender Zeit ein solcher Unterschied, der gewiß nur mit der Goldwage hätte ermittelt werden können, bestanden hat. Im Kriege sind diese feinen Unterschiede sehr bald ausgeglichen worden. Zuerst alles ein Herz und eine Seele, dann allmählich, je näher der Etappe, der Heimat, dem Druckposten, die progressiv zunehmende Überheblichkeit namentlich solcher Vorgesetzten, deren militärische Tüchtigkeit im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Schnoddrigkeit und Brutalität stand. Hut ab vor den Offizieren, die wirklich das maßlose Leid, die furchtbaren Strapazen, das letzte Brot, Not und Tod mit dem gemeinen Manne geteilt haben. Die liegen zu Zehntausenden neben Hunderttausenden ihrer „gemeinen“ Kameraden in fremder Erde.

Auf den schwimmenden Särgen, wegen denen Deutschland sich mit aller Welt verkrachen mußte, anstatt sich mit Großbritannien, wie es dessen Regierung dreimal um die Jahrhundertwende gewollt hatte, zu verbünden, auf diesen schwimmenden Särgen befanden sich in größerer Zahl Mannschaften, die schon seit 1910 im Dienste waren! Sieben, acht Jahre lang an Bord ein und desselben Schiffes, unter Verhältnissen, die von Jahr zu Jahr, dann von Monat zu Monat schlechter wurden, bis sie schließlich unerträglich waren! Den Lesern dieses Buches braucht hier nicht noch einmal berichtet zu werden über Kohlrüben und Marmelade, dem berühmtesten Heldenfett unserer Soldaten, das immer neue Begeisterung, Kampfeslust und

Todesmut wecken sollte. An Bord der Schiffe war es zunächst mit der Verpflegung besser bestellt, als bei den kämpfenden Heeren in Frankreich, Rußland und auf dem Balkan. Dann aber ging es rapid bergab. „Im Zuchthause zu Rendsburg war die Ernährung 1918 noch besser, als auf dem Schiff „Friedrich der Große“ 1917“, so bekundete ein wegen „Meuterei“ zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilter Matrose.

Ja, so war's: erbärmliche Nahrung, schikanöser Dienst, Unterschiede aller Art bei der Urlaubserteilung, ungerechte Behandlung durch die Offiziere. Immer unerträglicher wurden die Zustände. Die Strafen hagelten zeitweilig auf die „blauen Jungen“ hernieder. Seit dem Ausbruch des Krieges bis Ende 1917 waren schon auf den Schiffen 180 Jahre und fünf Wochen Gefängnis, 181 Jahre und ein Monat Zuchthaus, sowie zehn Todesurteile verhängt worden . . .

Am 1. und 2. August war es auf dem „Prinzregent Luitpold“ zu einem großen Ausmarsch, d. h. zu Vorgängen gekommen, die den Anlaß boten, eine feldkriegsgerichtliche Untersuchung einzuleiten, die mit Todes- und Zuchthausstrafen endete.

Die Kriegsgerichtsräte waren in Aktion getreten, um eine „politische Verschwörung“ aufzudecken. Hoch- und Landesverrat! Sie konstruierten einen Zusammenhang zwischen der USP., die auf den Schiffen Zentralen geschaffen hätte, um eine Revolution anzuzetteln, um die Flotte überhaupt lahmlegen zu können. Die Feststellungen Dittmanns vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags im Frühjahr 1926, durchweg aus den geheim geführten Akten geschöpft, lassen uns bei der Lektüre das Blut in den Adern erstarren. Die USP., so ist überzeugend nachgewiesen, hat mit irgendwelchen revolutionären Unternehmungen innerhalb der Marine nichts zu tun gehabt.

Die in die Untersuchung einbezogenen Matrosen wurden unter stärksten Druck bei den Zeugenvernehmungen gestellt. Es wurde auch, wie absolut klar festgestellt werden konnte, mit Lockspitzeln gearbeitet. Wer friedlicher Gesinnung war und „nur“ das Vaterland verteidigen wollte, aber Eroberungen ablehnte, war ein Schuft. Für die Vaterlandspartei einzutreten, war dagegen ehrenvolle Pflicht auch für die aktiven Offiziere. Dem Staatssekretär des Reichsmarineamts, Capelle, hatte man im Hauptausschuß des Reichstags heftig zugesetzt, weil für die Bestrebungen der Vaterlandspartei ganz offen von und unter den Marineoffizieren agitiert wurde. Er schrieb deshalb nach Kiel, es sei nicht angängig, die Schriften des Münchner Lehmann-Verlags zu verteilen:

„Das kaiserliche Kommando ersuche ich daher ergebenst, von dienstlicher Verteilung derartiger Literatur grundsätzlich abzusehen.“

Damit kam er bei dem Prinzen Heinrich, dem Oberbefehlshaber der Ostseeflotte, aber schön an. Er verbat sich derartige Eingriffe. Unter Berufung auf Seine Majestät den Kaiser schrieb er zurück:

„Ich bedaure, dem Ersuchen Ew. Exzellenz nicht stattgeben zu können.“

Also direkte Auflehnung gegen Berlin von der obersten Spitze der Marine aus!

Alle von den Kriegsgerichtsräten vernommenen Matrosen und Heizer gaben als Ursache ihrer Unzufriedenheit an: Schlechtes und ungenügendes Essen, Urlaubsverweigerung, schlechte Behandlung. Auf seine Beschwerden war dem Matrosen Calmus von der „Rheinland“ von seinem Kommandanten geantwortet worden:

„Ob Sie verrecken oder nicht, das ist uns egal, die Hauptsache ist die Gefechtsbereitschaft des Schiffes. Leute sind Nebensache, denn die können wir kriegen, soviel wir haben wollen.“

Mit welcher Skrupellosigkeit der Kriegsgerichtsrat Dr. Dobring seine Anklagen zu stützen suchte, geht aus folgenden Sätzen hervor:

„Die Organisation, deren Nervenzentrum auf S. M. S. Friedrich der Große sich befand, steht mit der USP. in Verbindung. Sie bezweckt eine Propaganda für sofortigen Frieden durch Verweigerung aller Kriegsmittel, also letzten Endes auch des Dienstes . . .“

Es ist festgestellt worden, daß alle diese Behauptungen falsch gewesen sind. In der Voruntersuchung, so bezeugt ein Matrose Adomeit, wurde ihm schon gesagt, er sei überführt, so daß er erschossen werde oder lebenslänglich ins Zuchthaus komme, deshalb solle er gestehen. Er hatte nichts zu gestehen und wurde freigesprochen. Gegen das über seine Vernehmung aufgenommene Protokoll hat er später protestiert, weil es gefälscht gewesen sei.

Bei der Urteilsfällung gegen die anderen Angeklagten wurden ohne rechtliche Unterlagen „Aufstand im Kriege“ und „Kriegsverrat“ unterstellt. Zuchthausstrafen hagelte es, außerdem aber wurden am 26. August 1917 fünf Todesurteile gefällt. In dem Rechtsgutachten, das vor der Verurteilung an den Staatssekretär Capelle erstattet werden mußte, hatte der Admiraltätsrat Dr. Felisch gesagt:

„Die Vorbedingungen des vollendeten Verbrechens sind nicht als erfüllt anzusehen, da ein wirklicher ‚Aufstand‘ noch nicht ausgebrochen ist. Es ist deshalb nur eine Bestrafung wegen Versuchs zu gewärtigen.“

Trotzdem wurden die Todesurteile gefällt. Nach der Militärstrafgerichtsordnung war zur Bestätigungsorder, also auch noch nach der Urteilsfällung, ein Rechtsgutachten zu erstatten. Oberkriegsgerichtsrat Debary erstattete es. Er kam zu dem gleichen Resultat wie der Admiraltätsrat vorher, daß ein Todesurteil nicht hätte gefällt werden dürfen.

In seinem 1925 erschienenen Buche „Vom Segelschiff zum U-Boot“ schreibt Admiral Scheer:

„Das Bestätigungsrecht der Urteile lag beim Flottenchef. Ich hätte darauf verzichten und sie der Entscheidung des Obersten Kriegsherrn unterbreiten können, die darauf hinausgelaufen wäre, daß das Reichsmilitärgericht ein Gutachten abgegeben haben würde, dem sich der Kaiser für seine Entschlie-ßung voraussichtlich angeschlossen hätte. Warum aber sollte ich die Verantwortung dem Kaiser zuschieben, wenn das Bestätigungsrecht in meiner Befugnis lag, hier kam es darauf an, durchzugreifen. Gegen die beiden Hauptträdelsführer ließ ich das Todesurteil vollstrecken.“

Der Flottenchef v. Scheer hatte also befürchtet, daß der Kaiser auf Grund eines neuen Gutachtens zu einer Begnadigung hätte kommen müssen.

Dieser selbe Herr v. Scheer ist es gewesen, der durch seine Meuterei gegen die Regierung Ende 1918 die Marine erst zum Widerstand gegen ihre Führung provoziert und dadurch von Kiel aus die „Revolution“ entfacht hat. Obwohl die Regierung des Prinzen Max auf die Bitten Ludendorffs hin mit Wilson in Unterhandlungen eingetreten war und der U-Bootkrieg infolgedessen hatte eingestellt werden müssen, operierte Scheer gegen die Regierung auf eigene Faust weiter. Zwar hatte er in einer Eingabe an den Kaiser schon 1916 folgendes geschrieben:

„Es kann kein Zweifel bestehen, daß selbst der glücklichste Ausgang einer Hochseeschlacht England in diesem Kriege nicht zum Frieden zwingen wird.“

Nach dem Telegramm Ludendorffs Ende September 1918, so stellt er in seinem Buche fest, war er dieser Überzeugung:

„Nach dem Zusammenbruch Bulgariens und Österreichs blieb allerdings keine andere Wahl als das Eingeständnis, daß wir den Krieg verloren hatten.“

Trotz alledem, sozusagen fünf Minuten vor endgültigem Schluß, fiel es dem Flottenchef plötzlich ein, daß er vielleicht England doch noch schnell besiegen

könnte. Deshalb gab er zum 28. Oktober 1918 folgenden Befehl:

„Hochseestreitkräfte sollen zum Angriff und Schlagen gegen englische Flotte angesetzt werden.“

Die Mannschaften erfuhren, daß die Schiffe mit- samt der Besatzung sinn- und zwecklos ge- opfert werden sollten, sie weigerten sich, die Schiffe auslaufen zu lassen. Wäre dem Befehl Scheers Folge geleistet worden, so hätte das am Ausgang des Krieges nicht das geringste geändert, aber Zehn- tausende von Toten, Tausende von Witwen und Wai- sen hätten wir heute mehr zu beklagen und zu be- treuen.

DER KAISER FÜR DIE WEISSE FLAGGE!

An der Front hatten die Verhältnisse sich inzwischen weiter verschlechtert. Am 5. November hatte der Kaiser durch Herrn v. Grünau, den Verbindungsmann zwischen ihm und dem Reichskanzler, nach Berlin tele- phonieren lassen, daß seine Neigung zur Rückkehr nach Berlin nur sehr gering sei! Weiter aber hatte der Kaiser dem Reichskanzler melden lassen, daß die Waffenstill- standsbedingungen wahrscheinlich erst „auf einen Schritt von Armee zu Armee“ zu erfahren sein dürften. Man beachte, daß der Kaiser es selbst ist, der am 5. November geradezu anregt, unter dem Schutze der weißen Flagge den schlimmsten Bittgang zu Foch zu unternehmen. Dieser Gang wäre, nachdem die Regierung offiziell schon seit vier Wochen mit Wilson verhandelte, eine Übergabe auf Gnade und Ungnade gewesen. Am 2. November hatte der Kriegsminister Scheuch berichtet, „daß sich nach der Behauptung bayerischer Militärs die bayerischen Truppen im Westen nicht mehr halten!“

Der Abgeordnete Held, der spätere bayerische Mi-

nisterpräsident, sollte, wie in der gleichen Kabinettsitzung berichtet wurde, ganz offen die Möglichkeit eines bayerischen Sonderfriedens angeregt haben. Held hat die Richtigkeit dieser Meldung durch den damaligen Ministerpräsidenten Dandl entschieden bestreiten lassen. Zugeben mußte Dandl, „daß in Oberbayern, Niederbayern und an der böhmischen Grenze viel von einem Sonderfrieden gesprochen werde. Eine unmittelbare Bedrohung der bayerischen Grenzen würde unabsehbaren Einfluß auf die Volksstimmung haben. Er bat jedoch, das Geschimpfe in Bayern nicht so ernst zu nehmen.“ Der Vizekanzler aber stellte fest: „in Bayern würden heute viele Worte gesprochen, die mit einer großen Anhänglichkeit an das Reich nicht mehr vereinbar wären.“

Am 5. November hatte General Groener noch gegen die erwähnte Anschauung des Kaisers sich gewandt, am 6. November erklärte er dem Reichskanzler, „daß wir mit der weißen Fahne hinübergehen müßten“. Die Frage des Prinzen: doch wohl nicht vor acht Tagen? beantwortete der General so: Das ist zu lange, Sonnabend ist der letzte Tag! Das geschah, wie gesagt, am 6. November, der Sonnabend, drei Tage später, war der 9.!

In diesen Tagen wurde Prinz Max von Baden von einer besonderen Sorge gequält. Er hat das Gefühl, daß ein Entlassungsgesuch von ihm jetzt angenommen werden könnte. „Was dann? Erst später habe ich erfahren, daß Scheidemann im Auftrag des Chefs des Zivilkabinetts in diesen Tagen sondiert worden ist, ob der Kaiser noch zu halten wäre, wenn er, Scheidemann, die Reichskanzlerschaft übernehmen würde.“ — Die Mitteilung des Prinzen ist richtig. Bedauerlicherweise teilt er nicht mit, was ich den Herrschaften geantwortet habe.

Während Prinz Max den Grafen Brockdorff-Rantzau als geeigneten Reichskanzler nennt, weist Dr. Simons auf Ebert hin.

HANNEMANN, GEH' DU VORAN!

Mit Fabius Cunctator kann man den Zauderprinzen Max wirklich nicht vergleichen. Der römische Zauderer verfolgte eine den Verhältnissen angepaßte, sehr kluge Taktik: er wollte den Hannibalschrecken bannen und suchte deshalb Zeit zu gewinnen, um den Mut des römischen Volkes, der auf den Nullpunkt gesunken war, neu beleben zu können. Der badische Zauderer dachte an das gepeitschte deutsche Volk damals anscheinend überhaupt nicht. Er blickte wie hypnotisiert auf Wilhelm II., zauderte und zauderte und verstimmte das Volk immer mehr. „Wie könnte ich in Freiheit handeln, wenn Scheidemann auf die Abdankung drängt!“ schreit er verzweifelt auf. Am 7. November sah er also „Ebert allein im Garten“. Die sozialdemokratische Fraktion soll noch einmal von einem Ultimatum absehen! Der Reichskanzler will bei Ebert neue Hoffnungen wecken: er selbst, Prinz Max, wolle nunmehr in das große Hauptquartier fahren, um den Kaiser zu bestimmen, seinen Rücktritt zu erklären. Wer das noch glauben konnte! Die Sachlage war vollkommen klar. Der Prinz hätte nur zuzupacken brauchen. Dazu hatte er jedoch nicht den Mut. Deshalb klammerte er sich immer wieder an geradezu phantastische Vorstellungen. Er sortierte die Sozialdemokraten nach einer geheimnisvollen Methode in Gute und Böse, sonderte die Schafe von den Böcken. Ich selbst war bei ihm vollkommen untendurch infolge meines Drängens. Ebert aber, so phantasiert er, soll Noskes Kieler Leistungen „im großen wiederholen“, das hieß für ihn: „die Bewegung im ganzen Lande zurückrollen.“

Wann wird denn der Prinz nun endlich zum Kaiser fahren? Ach, immer wieder schob er andere vor: bitte, Herr General Groener — bitte, Herr Minister Drews — bitte, Exzellenz Delbrück, bitte, bitte, bitte, — aber niemand darf auf den Kaiser drücken, denn er muß ganz freiwillig gehen! — Hannemann, geh' du voran, du hast die größern Stiefeln an!

Schließlich war der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Geduldfaden doch gerissen. Sie hatte in ihrer Nachmittagssitzung am 7. November — in München putschte Eisner bereits und der König dankte ab! — endlich ein Ultimatum gestellt. Es war wirklich die höchste Zeit gewesen. Der Beschluß war einstimmig gefaßt worden und sollte sofort, noch während der Sitzung, dem Reichskanzler überbracht werden. Der Beschluß lautete:

- „Die Sozialdemokratische Partei fordert, daß
1. die Versammlungsverbote für die gestrigen Versammlungen aufgehoben werden,
 2. Polizei und Militär zu äußerster Zurückhaltung angehalten werden,
 3. die preußische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird,
 4. der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird,
 5. die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis Freitag mittag (8. November) bewirkt werden.

Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus. Gleichzeitig ergeht eine neue Mahnung an die Arbeiter zur Besonnenheit.“

Prinz Max klagt, daß mit diesem Ultimatum die Grundlage seiner Kanzlerschaft zerbrochen sei. Seine Reise zum Kaiser sei nunmehr zwecklos geworden.

Wieder aber tritt seine Zauderernatur noch einmal drastisch zutage in dem, was er nach dem Empfang des Ultimatums durch Ebert und mich zu Papier gebracht hat:

„Unmittelbar nachdem das Ultimatum überreicht war, rief einer meiner Mitarbeiter den Abgeordneten David an: „Welche Illoyalität! Heute morgen ist der Pakt zwischen Ihnen und dem Reichskanzler geschlossen worden.“ — Die Antwort lautete: „Lassen Sie! Auch ich bedauere die Entwicklung. Die Dinge gehen über meinen Kopf.“ Der Prinz wollte, wie er berichtet, nicht im Zorn handeln. „So beauftragte ich Simons, den Sozialdemokraten noch eine letzte Verständigung anzubieten. Er sollte in den Reichstag zu Ebert fahren und von ihm zu erreichen suchen, daß er sein Ultimatum formell zurücknehme und für die Geheimhaltung Sorge. Für diesen Fall ermächtigte ich Simons, daß ich dann doch noch heute abend meine Reise nach Spaa antreten würde. Simons kehrte rasch zurück. Ebert hatte den ehrenvollen Rückzug verweigert: „Heute abend finden 26 Versammlungen statt in allen großen Lokalen. Heute abend müssen wir das Ultimatum von jeder Tribüne verkünden, sonst läuft uns die ganze Gesellschaft zu den Unabhängigen.“

„Ebert sei wie verändert gewesen. Simons sah sich einer unerwarteten Entschlossenheit gegenüber: Ebert schien plötzlich die Hand nach der Führerschaft des Staates auszustrecken. So stark war dieser Eindruck, daß Simons die Frage stellte: dann wollen Sie wohl Reichskanzler werden? Darauf antwortete Ebert: Das steht noch nicht fest.“

* * *

Hatte man bisher nur das Krachen in den großen Fugen des Reichs gehört, so war jetzt auch das Knistern

Wieder aber tritt seine Zauderernatur noch einmal drastisch zutage in dem, was er nach dem Empfang des Ultimatums durch Ebert und mich zu Papier gebracht hat:

„Unmittelbar nachdem das Ultimatum überreicht war, rief einer meiner Mitarbeiter den Abgeordneten David an: „Welche Illoyalität! Heute morgen ist der Pakt zwischen Ihnen und dem Reichskanzler geschlossen worden.“ — Die Antwort lautete: „Lassen Sie! Auch ich bedauere die Entwicklung. Die Dinge gehen über meinen Kopf.“ Der Prinz wollte, wie er berichtet, nicht im Zorn handeln. „So beauftragte ich Simons, den Sozialdemokraten noch eine letzte Verständigung anzubieten. Er sollte in den Reichstag zu Ebert fahren und von ihm zu erreichen suchen, daß er sein Ultimatum formell zurücknehme und für die Geheimhaltung Sorge. Für diesen Fall ermächtigte ich Simons, daß ich dann doch noch heute abend meine Reise nach Spaa antreten würde. Simons kehrte rasch zurück. Ebert hatte den ehrenvollen Rückzug verweigert: „Heute abend finden 26 Versammlungen statt in allen großen Lokalen. Heute abend müssen wir das Ultimatum von jeder Tribüne verkünden, sonst läuft uns die ganze Gesellschaft zu den Unabhängigen.“

„Ebert sei wie verändert gewesen. Simons sah sich einer unerwarteten Entschlossenheit gegenüber; Ebert schien plötzlich die Hand nach der Führerschaft des Staates auszustrecken. So stark war dieser Eindruck, daß Simons die Frage stellte: dann wollen Sie wohl Reichskanzler werden? Darauf antwortete Ebert: Das steht noch nicht fest.“

* * *

Hatte man bisher nur das Krachen in den großen Fugen des Reichs gehört, so war jetzt auch das Knistern

im kleinen Gebälk zu vernehmen. Wann würde der Zusammensturz erfolgen? Prinz Max reichte seine Demission beim Kaiser ein. Sie war mehr als kläglich begründet; sie schenkte selbst im letzten Augenblick dem Kaiser keinen reinen Wein ein. Kein Wort von der Notwendigkeit des Rücktritts, doch bitte —; da ist die alleruntertänigste Mitteilung, in der es zum Schluß heißt, der Prinz werde „bis zur Entscheidung die Leitung der Reichsgeschäfte in der Hand behalten“:

„Berlin, den 7. November 1918.

Seiner Majestät dem Kaiser und König.

Ew. Majestät wissen, daß das sogenannte Kriegskabinett trotz meiner ernststen und nachdrücklichen Warnungen seit einiger Zeit die allerhöchste Person in die Erörterung hineingezogen hat. Das geschah zunächst in meiner Abwesenheit. Nachdem aber der Staatssekretär Scheidemann mir schriftlich die Mitteilung hatte zugehen lassen, seine Partei erwarte, daß ich Ew. Majestät den Rat erteile, dem Throne zu entsagen, und ich mich vergebens bemüht hatte, ihn zur Zurücknahme seines Briefes zu veranlassen, mußte ich Stellung nehmen. Ich las daher dem Kabinett eine schriftliche Erklärung vor, wonach ich weder zulassen könne, daß auf Ew. Majestät in der Frage der Thronentsagung ein Druck ausgeübt werde, noch bei Beratung Ew. Majestät mir selbst einen Druck gefallen lassen würde . . .

Trotzdem war ich nach der Gesamtheit der Umstände und aus reiflich erwogenen Gründen entschlossen, noch heute abend zu Ew. Majestät aufzuberechnen, um die Informationen zu ergänzen, die in meinem Auftrag die Staatsminister Delbrück und Drews Ew. Majestät vorgetragen hatten. Heute nachmittag überbrachten mir aber Scheidemann und Ebert namens der Sozialdemokratischen Partei ein Ultimatum, worin

unter anderem gefordert wurde, daß der Bevölkerung bis morgen nachmittag die Nachricht von der Thronentsagung Ew. Majestät mitgeteilt werden könne.

Meine Bemühungen, die beiden Parteiführer von dem für das Vaterland verhängnisvollen Charakter dieser Forderung zu überzeugen, waren fruchtlos. Die Parteiführer sind überzeugt, daß heute nacht noch in Berlin Revolten großen Umfangs ausbrechen werden, wenn sie die Menge nicht mit der Aussicht auf eine solche Nachricht vertrösten können . . .“

Wenn der Prinz die „Leitung“ der Reichsgeschäfte auch nur einen Tag wirklich in Händen gehabt hätte, dann würde er schon acht Tage früher dem Kaiser gesagt haben: „Du mußt abdanken, so und so steht's!“ Statt mir, der ich als Vertreter der SPD. in sein Kabinett geschickt worden war, zu glauben und zu folgen, hing er sich fortgesetzt an die Rockschöße anderer, in der törichten Annahme, eine Millionenpartei tanze, wie der eine oder der andere pfeife. Wenn ich mitunter, den Finger am Pulse meiner Partei, ihm gesagt habe, daß ich in dieser und jener Frage erst mit meinen Freunden Fühlung zu nehmen wünsche, dann sah er darin „Abhängigkeit“. Wäre ihm mehr damit gedient gewesen, wenn ich, seinen Wünschen entsprechend, ja oder nein gesagt hätte, dann aber von meiner Partei desavouiert worden wäre?

In einer der letzten Kabinettsitzungen, kurz vor dem Zusammenbruch, wurde unser Ultimatum besprochen und von allen übrigen Staatssekretären gründlich verdonnert. Die Unterstellung, daß die SPD. die schwerste Verantwortung mit diesem Ultimatum auf sich nehme, wies ich zurück. Die schwerste Verantwortung trage der Kaiser, der sich weigere, ein Opfer zu bringen, das er im Interesse des Volkes längst hätte bringen müssen; auch der Reichskanzler, der immer

gezögert habe, ebenso das Kabinett, das seine Zauderpolitik mitgemacht habe —: „Sie alle tragen schwere Verantwortung, nicht wir!“ — Herr v. Payer war sehr ungehalten, weil ich dem Reichskanzler zugemutet hatte, die Entscheidung des Kaisers nunmehr innerhalb vierundzwanzig Stunden auf telephonischem Wege herbeizuführen. Das könne man keinem Menschen zumuten. Das Unglück der nichtsozialistischen Mitglieder der Regierung war, daß sie eine geschichtliche Notwendigkeit nicht einsahen und sich im letzten Augenblicke noch an Formalitäten klammerten. Seit nahezu zwei Wochen war die Kaiserfrage akut, Tag um Tag hatten die Herren vergehen lassen — nun mußte ich sie einfach auf das Telephon verweisen. In fünf Minuten konnte man die Verbindung haben und dann dem Kaiser endlich den Tatbestand schildern. Daß sich weltgeschichtliche Wendepunkte unter Umständen innerhalb einer Minute entscheiden, begriffen sie nicht. Wie kläglich nimmt sich in dem Abschiedsgesuch des Prinzen Max an den Kaiser die Versicherung aus, daß er das Kabinett gewarnt habe! Oh, oh, im Felde wären sie alle wahrscheinlich unübertreffliche Helden gewesen, leider fehlte ihnen die Zivilcourage.

Es war in der Kabinettsitzung auch die Rede von militärischer Autorität gewesen aus Anlaß verbotener Versammlungen am Abend des 6. November. Wie ich das wiederholt nicht offiziell vor und nach den Kabinettsitzungen getan hatte, warnte ich wieder vor dem Spiel mit dem Feuer. „Laßt das Schießen sein!“ Jedenfalls habe ich mich auf das eifrigste bemüht, dafür zu sorgen, daß — möge nun kommen, was wolle — nach dem vierjährigen Morden kein Blut mehr fließen dürfe. Ich habe auch oft darauf hingewiesen, daß die Soldaten gar nicht auf die Arbeiter, die doch nahezu ausnahmslos in den Schützengräben gewesen seien, schie-

ben würden. Um großes Unheil zu verhüten, habe ich immer wieder ein Schießverbot gefordert. Wiederholt ist mir später gesagt worden, daß die Schießverbote in letzter Linie auf mein Verlangen erlassen worden sind. Das ist wohl auch anderen berichtet worden, denn vielfach wurde mir attestiert, daß ich „an dem unblutigen Sieg der Revolution ein besonderes Verdienst“ habe. So heißt es auch in einer Schrift von E. Heilmann über „Die Noskegarde“. Das wäre die Anerkennung wenigstens eines Verdienstes. Ich nehme sie dankbar zur Kenntnis.

Bemerkenswert ist übrigens eine Auslassung des Prinzen, nach der ich am 7. November im Kabinett eine Anspielung mir „hätte entschlüpfen lassen“, daß ich über sein geheimnisvolles Gespräch mit Ebert informiert worden sei. Es wäre möglich, daß irgendein zufälliger Beobachter mir damals gesagt hätte, der Prinz habe mit einem meiner Parteigenossen sich vertraulich im Garten getroffen, und daß ich auf die geheimnisvolle Begegnung im Kabinett angespielt hätte. Daran habe ich heute keine Erinnerung mehr. Über die Aussprache selbst habe ich bestimmt keine Anspielung gemacht, obwohl es keine besondere geistige Leistung gewesen wäre, den Inhalt des Gesprächs zu erraten. Wahrscheinlich hat das, gerade in diesem Falle nicht ganz gute Gewissen des Prinzen mehr aus meiner Rede gehört, als in Wirklichkeit darin enthalten war.

DES PRINZEN VERTRAUEN ZU EBERT

Obwohl auch Ebert, wie wir gesehen haben, den Prinzen wiederholt schwer enttäuscht hatte, blieb dieser ihm doch gewogen:

„Mein Vertrauen zu Ebert hielt stand. Der Mann war entschlossen, sich mit seiner ganzen ungebroche-

nen Autorität der Revolution entgegenzustemmen. Ich legte mir in dieser Nacht den Hergang folgendermaßen zurecht: Die Worte, die man dem Kaiser zuschrieb, 'ich weiche nur der Gewalt', hatten weitergearbeitet. Scheidemanns Temperament, immer schwer zu zügeln, wenn er Revolutionsluft witterte, war aufgeschreckt worden, durch die Nachrichten aus dem Lande, durch militärische Maßnahmen auf dem Lehrter Bahnhof, überhaupt durch die ganze Spannung, die über Berlin lag.

Eberts vertrauliche Eröffnung wird bei ihm nicht Beruhigung, sondern Kränkung hervorgerufen haben, vielleicht sogar den Wunsch: nicht der Prinz, sondern die Partei soll es sein, die den Kaiser zur Abdankung bringt. Ausschlaggebend aber war sicher das Gefühl: wir haben die Massen verloren, wenn wir nicht sofort etwas in ihrem Geiste unternehmen. Unter seinem Einfluß wird dann wohl auch Ebert der Panik erlegen sein, und er griff nach der revolutionären Geste, um die Revolution zu verhüten."

Es wäre für Deutschland und auch für den Prinzen viel nützlicher gewesen, wenn er damals nachts mehr geschlafen und weniger phantasiert hätte. Der Prinz hat von meinem Temperament und der Revolutionsluft, die ich witterte, gesprochen. Ja, wahrhaftig, es ist mir manchmal schwer genug gefallen, mein Temperament zu zügeln. Es zuckte mir schon wochenlang in den Fingerspitzen, ich verspürte das konvulsivische Zucken des Volkskörpers und glaubte deutlich vor mir zu sehen, was dann auch gekommen ist. Wie gern hätte ich dem Prinzen und seinen ethisch-imperialistischen Freunden mein Mandat als Staatssekretär vor die Füße geworfen und ihnen ins Gesicht geschrien: Was bildet ihr euch eigentlich ein! Ihr wollt gegen den Strom der seit Jahren gepeinigten, Tag für Tag belogenen und

betrogenen Millionen schwimmen? Ihr gegen den Strom, der zusehends reißender wird? Ihr, ausgerechnet ihr, die ihr nicht einmal das bißchen Courage aufbringen konntet, dem Kaiser zu sagen, daß er endlich gehen soll? Was wollt ihr überhaupt noch hier, ihr Träumer, Zauderer und Phantasten — schert euch zum Teufel!

* * *

Auch in den sozialdemokratischen Fraktionssitzungen hatte zeitweilig eine Stimmung geherrscht, die mir so unverständlich schien, daß ich fast verzweifelte. Ich hatte in einer der letzten Sitzungen vor dem 9. November über die Vorgänge im Kabinett berichtet und die Ermächtigung zu meinem Rücktritt gefordert, falls der Kaiser bis zum anderen Mittag nicht zurückgetreten sei. Das Kabinett habe nicht den Mut, absolut notwendige Konsequenzen zu ziehen und verzögere Unaufschiebbares. Dafür könne die Fraktion, dafür könne und wolle auch ich die Verantwortung nicht übernehmen. Es müßte unter allen Umständen ein befristetes Ultimatum gestellt werden.

Es kam zu einer Aussprache, in der einige Kollegen empfahlen, ein solches kurzfristiges Ultimatum nicht zu stellen, sonst gehe die Reichstagsmehrheit in die Brüche! Ich war nicht wenig erstaunt über eine derartige Auffassung der Situation, und wandte mich sehr entschieden gegen eine Taktik des Harrens und Hoffens in einer Stunde, in der wir vor den folgenschwersten Entscheidungen der deutschen Geschichte ständen. „Verspürt ihr denn nicht, daß wir unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Reiches stehen — und da wird ein Zusammenbruch der Reichstagsmehrheit befürchtet! Jetzt heißt es, sich an die Spitze der Bewegung stellen, sonst gibt es anarchische Zu-

stände im Reich.“ Das müsse man doch in den Fingerspitzen fühlen, daß die von Kiel und Hamburg ausgehende Bewegung heute, morgen oder übermorgen auch nach Berlin übergreifen werde. Vielleicht sei das Schlimmste noch zu verhüten, wenn der Kaiser sofort abdanke und außer der Amnestie die restlose Demokratisierung des Reichs, der Staaten und der Gemeinden in bindender Form zugesagt werde.

Otto Braun und Wels standen mir tapfer bei, aber „die Staatsmänner“ der Fraktion siegten. Otto Braun hatte in berechtigtem Zorn erklärt, daß er diese Politik nicht mehr mitmache. Er konnte nur schwer davon abgehalten werden, die Sitzung zu verlassen. Die Fraktion verbot mir, aus der Regierung zu gehen. Noch sei die Stunde des Ultimatums nicht da. Als sie endlich, am nächsten Tage, trotz der Bemühungen des badischen Prinzen, gekommen war, da fiel, wie wir bereits gesehen haben, der Reichskanzler vor Schrecken fast vom Stuhl.

AM TAGE VOR DEM ZUSAMMENBRUCH

Die Stimmung in den Arbeiterkreisen war äußerst gespannt. Große Volksversammlungen, die am 6. November stattfinden sollten, waren verboten worden, ebenso die Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten. Es herrschte die drückende Schwüle vor dem Sturm. Der General von Linsingen hatte eine Frage des Prinzen Max nach der Sicherheit der Reichshauptstadt „mit Bestimmtheit“ dahin beantwortet, er könne Berlin halten. Auch Kriegsminister Scheuch hielt Berlin für unbedingt sicher, er baute seine Hoffnungen auf die 4. Jäger.

Dem Prinzen waren trotz dieser Versicherungen

einige Schuppen von den Augen gefallen, denn er telegraphierte dem Kaiser hinter seinem Abschiedsgesuche her, daß jede gewaltsame Unternehmung gegen das Volk, das die Abdankung fordere, Bürgerkrieg bedeute. Die Truppen würden größtenteils zu den Auführern übergehen, in Bayern hätten der König, in Braunschweig der Herzog schon abgedankt.

Im Laufe des Vormittags liefen aus vielen Teilen des Reichs Berichte ein über die alles mitreißende Volksbewegung. Wenn in Einzelheiten auch die aufgestellten Forderungen differieren mochten, in der einen Forderung waren alle einig von Kiel bis München: Fort mit dem Kaiser! Der Umschwung in München ging dem Prinzen besonders nahe. Dennoch war er immer wieder der unbelehrbare Phantast. Er orientierte den Kaiser telephonisch und telegraphisch über die Lage im Land und riet ihm nun selbst — es klingt fast unglaublich! —, abzdanken. Er möge aber nicht das sozialdemokratische Ultimatum annehmen, sondern so verfahren, „daß die Krone nicht vor der Sozialdemokratie kapituliere, sondern die Sozialdemokratie zu zwingen, vor dem Throne zu kapitulieren“. — Dof bleibt dof, da helfen keene Pillen! — sagt der Berliner.

In der Kabinettsitzung wurde berichtet, daß Soldaten, die sich mit roten Schleifen geschmückt hätten, bereits auf den Straßen zu sehen seien. Dr. Solf sah Deutschland bereits in den Händen der Bolschewiki, auf deren Proskriptionslisten, das war ihm bestimmt versichert worden, auch mein Name verzeichnet sei. „Scheidemann“, so erzählt der Prinz in seinem Buch, „sei ‚hochgestimmt‘ gewesen. Nur eine Sorge hätte ich gehabt, daß die Truppen als Banden nach der Heimat zurückkehren könnten. Und dann“, so berichtet er über meine Ausführungen, „dann kam ein großes

Wort, das später wahr geworden ist: Meine Partei wird dafür sorgen, daß Deutschland vom Bolschewismus verschont bleibt“.

DER KAISER STRÄUBT SICH

Aus dem Großen Hauptquartier telegraphierte am 8. November der Kaiser selbst nach Berlin, daß er über das Abschiedsgesuch des Reichskanzlers nach abgeschlossenem Waffenstillstand befinden werde. Alle weiteren Entschließungen (über seinen Rücktritt) würden sich aus der alsdann herrschenden Stimmung ergeben. Freiherr von Grünau war deutlicher in seinem Telegramm: Seine Majestät habe die Abdankung abgelehnt! Damit waren dem Prinzen alle Felle weggeschwommen. Sein Lohgerbersang soll hier eine bleibende Stätte finden:

„Ich halte heute noch daran fest: Wenn der Kaiser den rettenden Weg gegangen wäre, den ich ihm wies — vor dem 8. abends, ja bis zum 9. früh, ehe die Massen auf der Straße waren —, dann hätten wir keine Revolution erlebt, auch keine Räterepublik, keinen Kapp-Putsch und keinen Erzbergermord . . . Die Errungenschaften der Oktoberregierung wären erhalten geblieben, der Weg der Reformen wäre weiter beschritten worden in organischer Verbindung mit der Vergangenheit, ohne Millionen zu verbittern und in ihrer Überzeugung zu vergewaltigen . . .“

Was der Prinz da sagt, ist richtig bis auf einen Punkt, den wichtigsten: der Kaiser wäre wegzubringen gewesen, wenn der Prinz rechtzeitig seine Pflicht getan hätte! Die Vorwürfe, die Prinz Max in seiner verspäteten Wehklage gegen den Kaiser erhebt, treffen in vollem Umfange ihn selbst. Das,

woran er so spät „festhält“, war nichts anderes als der Gedanke, den ich wiederholt rechtzeitig und eindringlich genug an ihn herangebracht habe: Wenn Sie etwas retten wollen, dann handeln Sie schnell, schnell! Schon am Morgen des 30. Oktober hatte ich bei der Besprechung meines Briefes vom Tage zuvor für meine Person eine Frist von vierundzwanzig Stunden genannt. Aber er wollte ja nicht „unter Druck“ gestellt werden, weil der „Kaiser freiwillig“ gehen müsse.

Die Wehklage des Prinzen ist die schärfste Anklage, die er gegen sich selbst richtet, aber auch die beste Rechtfertigung für mein Verhalten in seiner Regierung. Mich rangierte er unter die „bösen Sozi“ ein, unter die „Böcke“, weil ich ihm allezeit und in jeder Situation nach bestem Wissen ungeschminkt die Wahrheit gesagt habe. Daß das manche Menschen nicht vertragen können, habe ich nicht nur bei dem Prinzen Max erleben müssen. Wieviel lebenswürdiger als ich kamen ihm alle die vor, die durch ihr Verhalten Hoffnungen bei ihm erweckten, die nicht in Erfüllung gehen konnten. Daß der Prinz das auch heute noch nicht begriffen hat, beweist sein Buch auf jeder Seite.

IN DER FRAKTION AM 8. NOVEMBER

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den kritischen Tagen vor dem Zusammenbruch zeitweilig eine philosophische Ruhe bewahrt, die heute noch jeden in Erstaunen setzen muß, der davon Kenntnis nimmt. Zwanzig Stunden vor dem Ausmarsch der vielen Hunderttausende aus den Fabriken saß die Fraktion beisammen — am 8. November, mittags um 12 Uhr —, um einen Bericht von mir entgegenzuneh-

men über die Verhandlungen der Regierung. Und was beschloß die Fraktion:

„Nachdem der Reichskanzler erklärt hat, daß er dem Kaiser das gestern gestellte Ultimatum der Fraktion mitgeteilt hat, wünscht sie, um die Waffenstillstandsverhandlungen nicht zu gefährden, nicht den Rücktritt des Kanzlers und will selber auch nicht die Konsequenzen des Rücktritts ihrer Mitglieder aus der Regierung ziehen, solange, bis der Waffenstillstand geschlossen ist.“

Von philosophischer Ruhe war in den Berliner Betrieben nichts zu merken. In den großen Fabriken kochte und brodelte es. Da schienen die Transmissionen noch schneller zu jagen und die Räder noch nervöser zu schnurren. Temperamentvoller waren die Zurufe, die die Arbeiter sich machten; gehässiger die Schimpfereien der Spartakusleute und Kommunisten gegen die Mehrheitssozialisten, heißer als sonst brannten alle Feuer. So war alles im Fieber . . . Während in der Fraktion, wo die Herzen natürlich auch lauter und schneller pochten als sonst, der Kopf die Herrschaft über die Herzen behalten hatte, war es bei den Männern der schwierigen Faust zumeist umgekehrt. Da sah man nichts von alle den vielen Schwierigkeiten, die todsicher kommen mußten, wenn alles zusammenbrach. Da beherrschte das Gefühl, daß die Zustände unerträglich geworden waren, alles. Lieber ein Ende mit Schrecken, als dieser unaufhörliche Schrecken, der uns zermürbt, ohne Ende! Das war die Stimmung, die allmählich überall herrschte und alles andere überwog. Wozu noch das Zögern — „warum geht Willem nich, Ludendorff hat doch um Frieden und Waffenstillstand betteln lassen, weil er nicht mehr weiter kann!“ Warum gibt's denn nun immer noch keinen Frieden! „Willem will nich von

die Futterkrippe weg!“ Deshalb sollen wir noch weiter hungern und in Lumpen herumlaufen — —?

Die Vertrauensleute der SPD. hatten gegenüber den politisch und gewerkschaftlich ungeschulten Schreihälsen der „radikalen“ Gruppen in den Betrieben einen schweren Stand. Immer wieder mußten sie zur Vernunft mahnen und sich dadurch in den Ruf von Bremsern und „Arbeiterverrätern“ bringen lassen. Sie haben alles auf sich genommen als wohldisziplinierte, klassenbewußte Arbeiter, haben ihre Pflicht und Schuldigkeit in schier erstaunlichem Maße getan. Hut ab vor diesen wirklichen Pionieren der deutschen Arbeiterklasse, diesen stillen Helden, die für ihre ehrliche Überzeugung selbst die niederträchtigsten Beschimpfungen hingenommen, dagegen ausgeharrt und ausgeführt haben, was ihnen von den Organisationen als Aufgabe gestellt worden war. Das sind in erster Linie die Männer, denen Deutschland die Rettung vor dem Bolschewismus zu danken hat. Denn sie sind es gewesen, die allen Lockungen gegenüber standgehalten haben, die tapfer bei der Fahne blieben, der sie Treue geschworen hatten. Was hätten alle Mahnungen ihrer Führer und Vertrauensleute genützt, wenn sie nicht selbst gewußt hätten, was auf dem Spiel stand! Sie waren im Klassenkampf gestählte Arbeiter, die den russisch-kommunistischen Lockungen widerstanden und widerstehen konnten, gerade weil sie politisch gebildet, gewerkschaftlich erzogen waren, im Gegensatz zu den Radikalinski, die die Kommunisten „aus dem Loch in der deutschen Arbeiterbewegung“ rekrutierten, das 1914 gerissen und mindestens sechs Jahre lang nicht zugestopft werden konnte. Die durch die Bildungsarbeit der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften geschulten Arbeiter Deutschlands haben mit Stolz auf ihre Überzeugung pochen

können, als man sie für den Bolschewismus, dieses barbarisch-asiatische Zerrbild des wissenschaftlichen Sozialismus, gewinnen wollte, wie sie später mit V e r - a c h t u n g auf die gefügigen Mitläufer einer Bewegung blicken konnten, in der jede eigene Überzeugung mit Ausschluß aus der Partei oder gar mit der Verbannung nach Sibirien bestraft wird.

* * *

Durch das Ultimatum der sozialdemokratischen Fraktion war es gelungen, die Berliner Arbeiterschaft noch einmal für einen Tag zurückzuhalten. Über die Stimmung in den Betrieben war die Parteileitung gut informiert. Selbst nach dem Ultimatum wurde durch einen Flugzettel der Versuch gemacht, noch einige weitere Stunden zu gewinnen. Es wurde in dieser Flugschrift auf die Zusagen der Regierung verwiesen, auf die Gefährdung des Waffenstillstands aufmerksam gemacht, wenn wir vor dem Abschluß aus der Regierung austreten sollten. Wenige Stunden noch möchten die Arbeiter warten, dann werde hoffentlich die Kaiserfrage erledigt sein.

Aus den Schilderungen des Prinzen Max gewinnt man hin und wieder den Eindruck, daß er sich die SPD. ungefähr vorgestellt hat wie ein Gardekorps, das einschwenkt oder wenigstens einschwenken sollte, wie der Kommandierende General befiehlt: „Ich erfahre, daß Ebert die Frist bis zum Sonnabend vormittag (9. November) verlängert und am 8. November einen Aufruf an die Arbeiter erlassen hat . . .“ Wie wunderbar nahm in den Köpfen des Prinzen Max, des Generals Ludendorff und anderer die Sozialdemokratische Partei sich aus!

AM VORABEND DES 9. NOVEMBER

Die sozialdemokratischen Obleute aus den Berliner Betrieben waren in großer Zahl im Sitzungssaale des Parteivorstandes in der Lindenstraße erschienen. Sie berichteten über die Stimmung in den Fabriken. Die Bewegung sei nicht mehr aufzuhalten, die Enttäuschung der Arbeiter sei zu groß. Wenn die SPD. der Bewegung sich entgegenstellen wollte, würde sie einfach überrannt werden.

Niemand denke daran, das Notwendige nicht zu tun, dem Unaufhaltsamen sich entgegenstellen zu wollen. Aber wir wollen besonnen bleiben bis zum äußersten. Es wird auf die Flugschrift verwiesen, die — keinen großen Eindruck gemacht hat. Es reden viele. Der Tenor der Ausführungen ist stets der gleiche: wir können den Gang der Dinge nicht mehr aufhalten. Der eine sagt: die Arbeiter werden morgen früh in die Betriebe kommen, dann werden sie sofort marschieren. Ein anderer: das Äußerste wäre, die Massen vielleicht bis zum Frühstück in den Betrieben zu halten. Ein Dritter erklärt: Wir können hier beschließen, was wir wollen, morgen früh hängt alles von einem Wort, einem Zufall ab. Zurückzuhalten sind die Arbeiter überhaupt nicht mehr. —

Ausführlich mußte ich dann schildern, wie das Kabinett und besonders der Reichskanzler in den letzten Tagen sich benommen haben. Ich schilderte die Herren tatsächlich noch besser, als sie es verdient haben. Das gleiche Wahlrecht für Preußen in allen anderen Bundesstaaten sei absolut gesichert. Die Parlamentarisierung auch der preußischen Regierung wird vorgenommen. In die Reichsregierung sollen noch einige Sozialdemokraten eintreten. Der peinlichste Rest ist die Kaiserfrage. Hier nahm ich kein Blatt vor den Mund, sondern schilderte wahrheitsgemäß die

Zauderpolitik des Prinzen Max und seiner Freunde innerhalb und außerhalb des Kabinetts. „Jetzt, nachdem ihnen das Feuer auf den Fingernägeln brennt, sind sie dem Kaiser endlich zu Leibe gegangen. Sie hoffen von Stunde zu Stunde. Nachdem wir ihnen erst wochenlang, dann tagelang immer wieder Frist gegeben haben, laßt uns ihnen jetzt die erbetene Stundenfrist nicht abschlagen. Glaubt mir, daß ich ganz mit euch fühle, daß ich am liebsten losschlagen möchte — so ist mir's ums Herz! Aber vergeßt nicht, eine wie große Verantwortung wir alle tragen, wir dürfen nicht verantwortungslos handeln, wie die Spartakisten und die kommunistischen Schwätzer, deren Weizen um so üppiger blüht, je mehr alles drunter und drüber geht.

Wir wollen unsere Forderungen unter allen Umständen durchsetzen, dürfen aber die Waffenstillstandsverhandlungen nicht gefährden. Deshalb wollen wir unter uns nicht um eine Stunde feilschen, der Regierung vielmehr die Galgenfrist bis 9 Uhr morgen früh gewähren. Wissen die, die unter allen Umständen auf die Straße wollen, was das für Folgen haben kann? Wie dergleichen beginnt, wissen wir alle. Wie es endet, weiß keiner. Und denkt an das Blut, das mehr als vier Jahre lang geflossen ist. Sollen nun auch noch die Straßen Berlins durch Arbeiterblut gerötet werden? Ich weiß, daß ihr alle einverstanden mit mir seid, wenn ich sage, wie wir alles Erreichbare erringen wollen: wenn es irgend geht, ohne daß ein Tropfen Blut vergossen wird. Wir wollen und müssen alles tun, um Blutvergießen zu verhüten. Ob um neun oder um sieben Uhr marschiert und der Generalstreik erklärt wird, kann von ungeheurer Bedeutung sein. Denkt weniger an die unverantwortlichen Schreihälse in den Betrieben, desto mehr an eure Familien und Deutschland! Es kann sein, daß bis neun Uhr alles erreicht

ist, was wir erreichen müssen — vor allem also Waffenstillstand und Abdankung des Kaisers. Es könnte aber auch sein, daß bis um neun Uhr schon Hunderte sich im Blute auf der Straße wälzen, wenn wir die erbetene Frist verweigern und um sieben Uhr marschieren. Übrigens weiß keiner von euch, wie das Militär sich in der entscheidenden Stunde verhalten wird. Zwei Stunden Zeit können morgen alles sein! In der Zeit von sieben bis neun kann sich viel ereignen — stimmt unseren Vorschlägen zu.“

Die Obleute stimmten zu, sie wollten das Menschenmögliche tun, um die Arbeiter bis 9 Uhr in den Betrieben zu halten.

DER 9. NOVEMBER

Die Nacht zum 9. November war schlaflos gewesen, sie kam mir endlos vor. Obwohl ich sehr spät zu Bett gekommen war, stand ich morgens um 6 Uhr schon wieder marschbereit da. Mit meiner Frau besprach ich die Situation. Nach dem Genuß eines undefinierbaren „deutschen Tees“ und trockenen Brotes rief ich in der Reichskanzlei an, es war kaum 7 Uhr: „Ist der Kaiser zurückgetreten?“

„Noch nicht, aber wir erwarten die Nachricht seines Rücktrittes jeden Augenblick!“ — „Ich will noch eine Stunde warten, ist er dann noch nicht gegangen, dann gehe ich!“

Um keine Zeit zu verlieren, fuhr ich sofort in den Reichstag, um immer wieder in der Reichskanzlei anzurufen. Im Reichstag ging es schon lebhaft zu. Allerlei wenig vertrauenerweckende Gestalten trieben sich in den Wandelgängen herum. Gegen 9 Uhr rief ich die Reichskanzlei wiederum an. — „Noch nicht! — Vielleicht mittags!“ — „Solange brauche ich zu meiner

Entschließung nicht. Bitte, sagen Sie dem Reichskanzler, daß ich mein Amt hiermit niederlege. In einer Viertelstunde haben Sie die Meldung meines Rücktritts auch schriftlich dort . . . Ich soll nichts übereilen? Bitte, man soll vor allem auch nichts verzögern, bis es zu spät ist!“

Ein Eilbote brachte meine Rücktrittsmeldung für den Reichskanzler in die Wilhelmstraße: „Ich beehre mich mitzuteilen, daß ich mein Amt als Staatssekretär hiermit niederlege.“ Das Kabinett war zu dieser Stunde schon versammelt. Konrad Haußmann hat im „Berliner Tageblatt“ am 21. November 1920 festgestellt:

„Am 9. November, vormittags 9 Uhr, wurde dem Kriegskabinett mitgeteilt, daß Staatssekretär Scheidemann sein Amt niedergelegt habe. Die Kabinettsitzung wurde auf 12 Uhr vertagt . . .“

Nun war ich wieder frei! Frei, nachdem ich, mehr als vier Wochen lang, Tag für Tag menschliche Unzulänglichkeit, Unzuverlässigkeit und Unentschlossenheit in schier unausdenkbarem Maße hatte beobachten müssen. Im Sitzungssaale der Fraktion hatten sich schon vor 9 Uhr zahlreiche Abgeordnete eingefunden, ebenso die Mitglieder des Fraktions- und Parteivorstandes, Vertrauensmänner der Berliner Organisation und eine Abordnung der Berliner Betriebsobleute. Nachrichten liefen ein, die sich zum Teil erheblich widersprachen. An einer Kaserne sollte es zwischen Arbeitern und Soldaten zu Kämpfen gekommen sein, von anderen Kasernen wurde gemeldet, daß die Soldaten, als habe es sich um die selbstverständlichste Sache der Welt gehandelt, ohne weiteres zu den Arbeitern übergegangen seien. In manchen Schriften werden Heldenszenen geschildert, die an die Berichte des braven Soldaten Schwejk erinnern. Viel-

leicht eignen diese Schilderungen sich als Vorwürfe für später zu malende Revolutionsbilder, an denen unsere Enkel und Enkelkinder sich einmal ergötzen. Historische Bedeutung haben sie nicht. Es wäre unrecht, die Tätigkeit irgendeines Mannes, der damals sich in den Dienst der revolutionären Bewegung gestellt hat, verkleinern zu wollen, töricht aber sind die Versuche, die Arbeit einzelner auf Kosten der anderen ins Riesenhafte steigern zu wollen.

Als die Beratungen der sozialdemokratischen Vertrauensmänner im Reichstage begannen, hatte der Generalstreik bereits eingesetzt. Ungeheure Massen marschierten dem Stadttinnern zu. Ganze Truppenteile, so „die absolut zuverlässigen Jäger“, dann die in der Alexanderkaserne liegenden Truppen, ebenso die für die revolutionäre Bewegung äußerst wichtigen Kraftfahrer hatten sich bereits der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung gestellt. Gegen Mittag hatte der Kommandierende General v. Linsingen ein Schießverbot herausgegeben. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Fraktionsleitung hatten in einer Besprechung sich dahin geeinigt, sofort mit den Unabhängigen in Verbindung zu treten. Wir trafen nur Vogtherr und Dittmann, die ohne Ledebour nicht zu Verhandlungen bereit oder bevollmächtigt waren. Ledebour schlief aber noch, denn nach seinem Revolutionskalender durfte die Revolution erst am 11. November beginnen, nachdem sie am 4. um eine Woche vertagt worden war. So hatte er wirklich seine Revolution verschlafen. Als er endlich sehr verärgert kam, hauchte er seinen Freund Dittmann fürchterlich an, weil dieser uns gegenüber eine entgegenkommende Bemerkung gemacht hatte, „die du nicht gemacht haben würdest, wenn du an der Sitzung am soundsovielten teilgenommen hättest!“ Die Unabhängigen waren ohne Kopf, solange

Haase nicht von Kiel zurück war. Wir boten den Unabhängigen an, gemeinsam mit uns die Regierung zu übernehmen. Ledebour nahm das nur „zur Kenntnis“, zum Entsetzen seiner beiden Freunde. In unserer Vertrauensmännersitzung wurde sofort auch über diese bemerkenswerte Besprechung mit den Unabhängigen berichtet. Ebert sagte:

„Die Unabhängigen haben keinerlei positive Zusagen gegeben. Sie berufen sich darauf, daß ihr Vorstand nicht vollzählig beisammen ist. Es sollen jetzt sofort Verhandlungen mit den Arbeiter- und Soldatenräten gepflogen und dann die Regierung aufgefordert werden, uns die Macht zu übergeben. Geschieht das nicht, soll die Aktion weitergeführt werden.“

Die Unabhängigen, die uns bis 12 Uhr mittags vertröstet hatten, konnten nicht Wort halten, weil sie unter sich vollkommen uneins waren. Während Ebert anderweitig beschäftigt war, traf ich vom Reichstag aus mancherlei Anordnungen. Heute muß ich über manche der von mir getroffenen Bestimmungen herzlich lachen. Ununterbrochen stellte ich zunächst Passierscheine aus. Dann ernannte ich auf mancherlei Anregungen hin den einen zum Beigeordneten für dieses, den anderen zum Beigeordneten für jenes Amt. Auf der Treppe des Reichstages vom Obergeschoß zum Hauptgeschoß lief der Kollege Göhre mir in den Weg, als gerade andere mich bestürmten, dem Kriegsminister einen sozialdemokratischen Vertrauensmann zur Seite zu geben, der „aufpassen“ müsse, damit nichts gegen uns geschehe. „Hallo, Göhre, das trifft sich ausgezeichnet, Sie sind doch Leutnant! Gehn Sie gleich in das Kriegsministerium, wo Sie alles, was hinausgeht, kontrollieren und gegenzeichnen müssen, wenn es Gültigkeit haben soll.“ — Göhre: „Ich bin gern bereit, aber gerade für den Posten wird es besser sein, wenn ich

meine Uniform anziehe!“ — „Gut, ziehen Sie Ihre Uniform an.“ — Der Abgeordnete Max Cohen, der im Kriege ebenso wie Konrad Hänisch einige Tage als Soldat eingekleidet war, als untauglich jedoch wieder zur Entlassung kam, trat hinzu mit dem Bemerkten, daß er auch eine Uniform besitze. — „Gut, gehen Sie heim und ziehn auch Sie Ihre Uniform an.“ Zwei Stunden später traten Göhre und Cohen, die beide in Vororten an der Wannseebahn wohnten, in Uniform an. Göhre war sehr verstimmt; man hatte ihm auf der Straße die Achselstücke abgerissen.

* * *

Werfen wir schnell einen Blick in die Wilhelmstraße, wo dem Reichskanzler nun eine Hiobsbotschaft nach der andern überbracht wurde. Er klammerte sich immer noch an törichte Hoffnungen: Wenn jetzt der Kaiser telegraphieren würde, daß er zurücktrete, so könnte vielleicht noch alles anders kommen! Dabei waren schon im Zentrum Berlins viele hunderttausend Arbeiter aufmarschiert, denen der Rücktritt des Kaisers jetzt vollkommen gleichgültig geworden war; sie verlangten jetzt mehr: „Gleich darauf kam die Schreckensnachricht, welche die Grundlage aller Zuversicht brach. Die Naumburger Jäger sind zu den Aufständischen übergegangen.“ Jedoch am Grabe noch pflanzt er die Hoffnung auf! Von Stunde zu Stunde hofft der Prinz — —. Er selbst telegraphierte und ließ unausgesetzt nach Spaa telephonieren. Die Antworten waren immer die gleichen: „Wir sollten noch etwas warten und dergleichen mehr!“ Nach 11 Uhr lauten die Nachrichten bestimmter; die für mich (den Prinzen) maßgebenden Telephonmeldungen waren:

„Die Angelegenheit sei jetzt sachlich entschieden; sie seien jetzt bei der Formulierung. — Der Kaiser

habe sich zur Abdankung entschlossen. Wir würden in einer halben Stunde die Formulierung erhalten.“

Der Prinz verständigte sich mit Simons. Dessen Gedanke von gestern erschien ihm richtig: „Ebert ist in dieser Situation der einzig mögliche Reichskanzler. Ich sagte mir: Die Revolution ist im Begriff, siegreich zu sein; wir können sie nicht niederschlagen, vielleicht aber ersticken. Jetzt heraus mit der Abdankung, mit der Berufung Eberts, mit dem Appell an das Volk, durch die verfassunggebende Nationalversammlung seine eigene Staatsform zu bestimmen. Wird Ebert als Volkstribun mir von der Straße präsentiert, dann kommt die Republik, ist es Liebknecht, auch der Bolschewismus. Aber wenn der abdankende Kaiser Ebert zum Reichskanzler ernannt, dann besteht noch eine schmale Hoffnung für die Monarchie . . .“

Dr. Simons hatte dem Reichskanzler wiederholt gesagt und später schriftlich geäußert: „Ich wußte, daß Ebert kein grundsätzlicher Gegner der Monarchie war!“

* * *

Zwischendurch werfen wir einen Blick ins große Hauptquartier zu Spaa. Dort klingelt das Berliner Telephon unaufhörlich. Das wird lästig, deshalb hängt man die Hörer einfach ab! Die Eile der Berliner Herren ist geradezu ekelhaft. Rücktritt — äh — S. M. — äh, ist doch — äh — kein Pappentiel. Dann werden General Groener und Generaloberst v. Plessen aber doch von einer Hörmuschel erwischt. Es gellt ihnen in die Ohren: „Um Gottes willen, bestimmt doch den Kaiser, daß er sofort zurücktritt, sonst ist alles verloren! In Berlin gehen die Soldaten zu den Aufständischen über!“ Groener und Plessen lehnen ab, sie sind zu kaisertreu, als daß sie ihm sagen könnten: „Geh!“ — In tollem Tempo rast ein Auto heran. Der

Kronprinz stürzt heraus und betritt den Garten der Villa Farnaise zu Spaa, wo der Kaiser wohnt. „Feste druff“ rennt er in den Garten hinein, „sind denn die paar Kieler Matrosen immer noch nicht an die Wand gestellt . . .?“

Inzwischen sind von 50 aufgeforderten Frontgeneralen 39 in Spaa eingetroffen, 19 hatten unterwegs Pannen erlitten — ein Zeichen unserer defekten Schlagkraft! Aber schließlich sind 39 Kommandeure von der Front auch schon allerlei. Sie werden gründlich ausgefragt:

A.: „Wird das Heer dem Kaiser im Kampfe gegen die Heimat folgen?“ — Einer sagt ja, 15 wissen nichts genaueres, 23 Generale sagen **g l a t t n e i n !**

B.: „Wie steht das Heer zum Bolschewismus? Wird es gegen den Feind im Innern marschieren?“ — Acht Generale zweifeln, 12 sagen: **Wenn die Familien in Gefahr sind, wird das Heer vielleicht marschieren, 19 Generale sagen n e i n.**

* * *

Die letzte halbe Stunde, die man dem Reichskanzler von Spaa aus noch abgebettelt hatte, war abgelaufen, ohne daß die Abdankung des Kaisers gemeldet wurde. Nun sprachen Prinz Max und Simons („außer mit Simons sprach ich mit niemand über mein Vorhaben“) darüber, ob sie die Abdankung des Kaisers nicht einfach verkünden sollten, bevor sie tatsächlich als vollzogen gemeldet worden sei! Dr. Simons hat dem Prinzen geraten, so zu verfahren. Über formelle Bedenken müsse er sich jetzt hinwegsetzen.

* * *

Obwohl der Reichskanzler immer wieder von **Ebert** spricht, berichtet er doch nichts von einer **vertraulichen** Unterredung, die er am Vormittag des **9. No-**

vember mit ihm gehabt haben soll. Pfarrer Felden, der Verehrer Eberts und Verfasser des Ebert-Buches „Eines Menschen Weg“ (Friesenverlag, Bremen), stützt sich bei seinen Angaben unverkennbar auf Mitteilungen intimster Freunde Eberts, sowie besonders auch auf Angaben aus der Familie unseres verstorbenen Genossen. Felden berichtet in seinem Buche, was bis dahin noch von keiner Seite mitgeteilt worden ist:

„Am 9. November bittet ihn Prinz Max von Baden um eine Unterredung. Sie ist streng geheim. Der Reichskanzler sieht, daß er nicht mehr wirken, geschweige denn retten kann. Nun beschwört er Ebert, das Reichskanzleramt* aus seinen Händen zu übernehmen. Er sei der rechte Mann, das deutsche Volk durch das wild heranstürmende Meer hindurchzuführen. Ebert weigert sich. Dieses Amt — jetzt? Jetzt diese riesengroße Verantwortung? Diese Last, die eines Menschen Kraft übersteigt, auf seine Schultern? Prinz Max läßt nicht nach, Ebert zu bestürmen. Er macht ihn darauf aufmerksam, von welcher ungeheurer staatsrechtlicher Wichtigkeit es sei, wenn er die Regierung weiterführe, die er aus seiner, des ersten Vertreters Handlungsgemäß empfangen habe. Dem Vaterland zu Liebe müsse er die Last auf sich nehmen; er sei der Mann, sie zu tragen. „Ich habe Sie als einen Mann kennengelernt, der reinen Willens ist und die Überzeugung hegt, daß Deutschland seinen internationalen Pflichten nur dann genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält.“ Darum habe er ihn dazu auszuersuchen, das schwerste zu tun, was einem Menschen zugemutet werden könne. — Da willigte Ebert ein. Er weiß ja, daß sein Leben Opfern ist.“

Um die Mittagszeit des 9. November machte sich die von der Vertrauensmännersitzung bestimmte Deputation auf den Weg zu dem Reichskanzler: Otto

Braun, Ebert, Scheidemann, sowie als Vertreter der Berliner Betriebsobleute Brolat und Heller. Keiner von uns hat von der vorausgegangenen Besprechung Eberts mit dem Prinzen Max etwas gewußt. Wenn ich mir jetzt den Verlauf dieser Besprechung ins Gedächtnis zurückrufe, Feldens Mitteilung und meine Notizen durchlese, kommt mir die Aussprache sehr überflüssig, um nicht zu sagen unwürdig vor — immer vorausgesetzt, daß Felden recht hat mit seiner Schilderung der geheimen Besprechung. In dieser Besprechung war doch schon alles, was nachher bei unserer offiziellen Zusammenkunft noch besprochen wurde, längst erledigt, es sei denn, daß der Prinz den „staatsrechtlichen“ Unsinn der Übergabe seines Amtes an einen anderen vor einer größeren Zeugenschaft begehen wollte.

Der Prinz ist, soweit er sich nur auf sein Gedächtnis stützt, nicht immer zuverlässig. So sagt er, daß der sozialdemokratischen Deputation Heinrich Schulz angehört habe. Heinrich Schulz war gar nicht Mitglied der Deputation, dagegen Otto Braun, den der Prinz nicht nennt. Der Prinz berichtet über die Besprechung mit uns:

„Herr Ebert begann: „Damit die Ruhe und Ordnung gewahrt werden, haben unsere Parteigenossen uns beauftragt, dem Herrn Reichskanzler zu erklären, daß wir es zur Vermeidung von Blutvergießen für unbedingt erforderlich halten, daß die Regierungsgewalt an Männer übergeht, die das volle Vertrauen des Volkes besitzen. Wir halten es deshalb für nötig, daß das Amt des Reichskanzlers und das des Oberkommandierenden in den Marken durch Vertrauensmänner unserer Partei besetzt werden . . .“

Was Ebert dem Reichskanzler nach diesem Bericht gesagt haben soll, wäre an sich natürlich verständlich

gewesen, keines der Mitglieder der Deputation hat damals an dem, was Ebert wirklich gesagt hat, Anstoß genommen. Die Aufzeichnungen des Prinzen Max gewinnen jedoch besondere Bedeutung im Hinblick auf die uns anderen unbekannt gewesene vorausgegangene Besprechung. Den Arbeitermassen, ebenso den Parteikörperschaften, die die Deputation zum Reichskanzler schickten, war es nur darauf angekommen, den noch Regierenden zu sagen, daß ihre Uhr abgelaufen sei und daß nunmehr das arbeitende Volk die Regierung übernehmen werde.

Von den noch lebenden Teilnehmern an der Besprechung, dem Ministerpräsidenten Braun und dem Direktor Brolat, ist mir bestätigt worden, daß meine Erinnerung durchaus richtig sei. Felden, der die geheime Besprechung sehr genau schildert und die anerkennenden Worte des Prinzen für Ebert sogar in Anführungszeichen gedruckt hat, legt auf die offizielle Begegnung der sozialdemokratischen Deputation mit dem Prinzen Max kaum noch Wert: „Aus der Reichskanzlei wird telephonierte: Ebert, Scheidemann und Otto Braun werden hingebeten, „aber sofort kommen!“ Prinz Max von Baden ernennt Ebert in aller Form zum Reichskanzler.“ Nicht einmal vier volle Zeilen gebraucht Felden für den Bericht.

Ich bin im Laufe der Jahre mehrfach gezwungen gewesen, über die eben geschilderte Aussprache der Deputation mit dem Prinzen Max am 9. November 1918 zu reden und zu schreiben. Wie wenig gerade die Worte, die Prinz Max aus der Begegnung zitiert, für mich zu bedeuten hatten, geht daraus hervor, daß ich sie niemals erwähnt habe. Dagegen ist in meinem Gedächtnis hauptsächlich haftengeblieben und auch wiederholt von mir zitiert worden, wie der Prinz in der

ganz richtigen Erkenntnis, daß nur die Sozialdemokratie Herrin der Situation werden könnte, Ebert in unserer Gegenwart gefragt hat, ob er bereit sei, das Reichskanzleramt zu übernehmen —:

„Wenn überhaupt jemand in der Lage ist, jetzt unser Vaterland vor dem Schlimmsten zu bewahren, ist es Ihre Partei. Sie haben die größte Organisation und den größten Einfluß. Herr Ebert, übernehmen Sie das Reichskanzleramt! Ebert äußerte Bedenken, „ob er nicht zuvor die Partei befragen müsse“. Braun und ich sagten à tempo: „Ach was, sag' einfach ja!“

Gerade die Frage Eberts an uns, seine Parteigenossen, ob er vor Annahme des Amts die Partei nicht fragen müsse, eine Frage, an die Braun, Brolat und ich mich mit aller Bestimmtheit erinnern, machte es mir bis auf den heutigen Tag schwer, an die vorausgegangene geheime Besprechung mit dem Prinzen zu glauben. K. Fr. Nowak spricht in seinem Buche „Chaos“ (Verlag für Kulturpolitik, München) wie folgt von der Übergabe der Reichskanzlerschaft an Ebert:

„ . . . Den Abgeordneten Fritz Ebert hatte Prinz Max dem Kaiser als seinen Nachfolger bereits vorgeschlagen. Jetzt wandte er sich an den Sprecher, ob er selbst von seiner Partei dazu ausersehen sei, die Geschäfte zu übernehmen. Der Abgeordnete bestätigte den Willen der Partei. Die Frage wurde ihm noch vorgelegt, ob die Übernahme der Geschäfte auf Grund der Reichsverfassung erfolgen solle.

„Im Rahmen der Reichsverfassung“, erwiderte der Abgeordnete Ebert. Nicht deutlich wurde, den Zuhörern überlassen blieb, ob damit auch die monarchistische Staatsform gewahrt bleibe oder nicht. Der Abgeordnete hatte sich bei seiner Forderung auf den Übergang aller Truppen zu der Bewegung berufen. Der

Staatssekretär Haußmann forderte Bestätigung für solche Behauptung. Der frühere Staatssekretär Scheidemann lud den Prinzen und Mitglieder des Kabinetts ein, unter dem Schutze der roten Flagge im Automobil von Kaserne zu Kaserne zu fahren, um sich Bestätigung zu holen . . .“

Es ist bereits betont worden, daß die „Übergabe des Reichskanzleramtes“ ein staatsrechtlicher Unsinn war. Die Wendung „im Rahmen der Reichsverfassung“ — bei Nowack — ist staatsrechtlich genau so zu bewerten, wie die „Übergabe“ auch. Bei dem Prinzen Max heißt es über die Begegnung weiter:

„Ich erklärte Herrn Ebert: „Ich habe dem Kaiser bereits vorgeschlagen, daß im Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die Wahlen zu einer verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung ausschreibt. Diese Versammlung würde dann entscheiden, wie Deutschland künftig regiert werden soll.“

Ebert: „Mit dem Gedanken dieser Nationalversammlung könnten wir uns einverstanden erklären.“

Wie wunderbarlich muß es damals in manchen Köpfen ausgesehen haben! Um die Abdankung des Kaisers war wochenlang gekämpft worden. Schließlich hatte der Kanzler, der „auf den Kaiser einen Druck unter gar keinen Umständen“ hatte ausüben wollen, die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen in Berlin verkündet, bevor weder der eine noch der andere sich entschlossen hatten, ja oder nein zu sagen! Die Soldaten waren längst zu den Revolutionären übergegangen. Der Kanzler hatte sein Amt de facto an einen der revolutionären Führer abgegeben, sagt dann trotzdem zu diesem, daß er den — Kaiser wegen der Nationalversammlung, die über die Zukunft Deutschlands — Monarchie oder Republik — beschlie-

Ben solle, informiert habe!! Was in drei Teufels Namen sollte in dieser Stunde der Hinweis des Reichskanzlers, der selbst doch auch erledigt war, auf den Kaiser überhaupt noch bedeuten? Für mich waren in jener Stunde der Kaiser mitsamt der Monarchie erledigt. Ebert sah die Situation, wie wir bald erkennen werden, anders an.

SCHIESSVERBOT UND THRONVERZICHT

Gegen Mittag des 9. November, fast zugleich mit Herausgabe der Nachricht, daß der Kaiser und der Kronprinz verzichtet hätten, wurde offiziell verkündet, daß ein Schießverbot für das Militär erlassen sei. Am Tage zuvor hatte der Oberkommandierende in den Marken, General von Linsingen, die Revolution streng und endgültig verboten. Wehe dem, der Arbeiter- und Soldatenräte gründen wollte! — Possenstoff, wie manches andere aus jenen Tagen auch.

In der den Tatsachen nunmehr vorauseilenden Bekanntgabe der kaiserlichen und kronprinzlichen Verzichtserklärungen hieß es, der Reichskanzler beabsichtige:

„dem Regenten (??) die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.“

EBERT EINEN TAG REICHSKANZLER

Ebert blieb in der Reichskanzlei, wir anderen eilten in den Reichstag, wo unsere Freunde versammelt waren. Ich berichtete kurz über die Geschehnisse des Vormittags. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag zu, sofort ein Plakat herstellen zu lassen, durch das aufgefordert werden soll, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht zu gefährden. Die Bevölkerung möge sich geschlossen hinter die SPD stellen.

In dieser Stunde hatte Ebert in der Reichskanzlei mit einer Deputation der Unabhängigen, die aus Dr. Oskar Cohn, Vogtherr und Dittmann bestand, verhandelt. Herr v. Payer soll, wie Prinz Max berichtet, auf Wunsch Eberts zugezogen worden sein. Das erscheint durchaus glaublich, denn der Prinz könnte sonst über diese Besprechung kaum berichten. Er schildert sie wie folgt:

„Ebert eröffnete den Herren „ziemlich schroff“ und „von oben herab“, daß die Sozialdemokratische Partei entschlossen sei, die Regierung zu übernehmen. Er forderte als Reichskanzler die Unabhängigen zur Erklärung auf, ob sie in die Regierung eintreten wollten und wie sie sich zu der etwaigen Beteiligung weiterer Parteien an der Regierung stellen würden. Die Herren wiesen „recht kleinlaut“ darauf hin, daß sie ohne Rücksprache mit ihren Freunden überhaupt keine Erklärung abgeben könnten, lehnten aber nicht grundsätzlich ab.“

Siebenter Abschnitt

DIE REPUBLIK WIRD AUSGERUFEN

Am 9. November 1918 glich der Reichstag schon in den Morgenstunden einem großen Heerlager. Arbeiter und Soldaten gingen ein und aus. Viele trugen

Waffen. Mit Ebert, der nun auch aus der Reichskanzlei in den Reichstag gekommen war, und anderen Freunden saß ich hungrig im Speisesaal. Es gab wieder nur eine dünne Wassersuppe . . . Da stürmte ein Haufen von Arbeitern und Soldaten in den Saal, gerade auf unseren Tisch zu.

Fünzig Menschen schrien zugleich: „Scheidemann, kommen Sie gleich mit!“ — „Philipp, du mußt herauskommen und reden!“

Ich wehrte ab — ach, wieviel hatte ich schon reden müssen!

„Du mußt! Du mußt, wenn Unheil verhütet werden soll!“ — „Draußen stehen Zehntausende, die verlangen, daß Sie reden.“ — „Jawohl, Scheidemann, komm' schnell, vom Schloßbalkon aus redet Liebknecht . . .!“

„Na, wenn schon!“

„Nein, nein, kommen Sie mit!“ — „Du mußt reden!“

Dutzende redeten auf mich ein, bis ich mit ihnen ging.

Die große Wandelhalle zeigte ein dramatisch bewegtes Bild. Gewehre waren in Pyramiden zusammengestellt. Vom Hofe herauf hörte man Pferdegetrappel und Gewieher. In der Halle schienen tausend durcheinanderjagende Menschen gleichzeitig zu reden und zu schreien.

Wir gingen eiligen Schritts dem Lesesaal zu. Von einem Fenster aus wollte ich zu den Massen sprechen.

Links und rechts von mir redeten meine Begleiter auf mich ein, um mich über die Vorgänge auf der Straße zu unterrichten. Zwischen dem Schloß und dem Reichstag, so wurde versichert, bewegten sich ungeheure Menschenmassen hin und her.

„Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen —!“

Nun sah ich die Situation klar vor Augen. Ich kannte seine Forderung: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!“

Deutschland also eine russische Provinz, eine Sowjet-Filiale?? Nein! Tausendmal nein!

Kein Zweifel: Wer jetzt die Massen vom Schloß her „bolschewistisch“ oder vom Reichstag zum Schloß hin „sozialdemokratisch“ in Bewegung bringt, der hat gesiegt!

Ich sah den russischen Wahnsinn vor mir, die Ablösung der zaristischen Schreckensherrschaft durch die bolschewistische. „Nein! Nein! Nur nicht auch das noch in Deutschland nach all dem anderen Elend —!“

Schon stand ich im Fenster. Viele Tausende von Armen reckten sich, um Hüte und Mützen zu schwenken. Mächtig hallten die Zurufe der Massen mir entgegen. Dann wurde es still.

Ich sprach nur wenige Sätze, die mit großem Beifall aufgenommen wurden:

„Arbeiter und Soldaten!

Furchtbar waren die vier Kriegsjahre. Grauenhaft waren die Opfer, die das Volk an Gut und Blut hat bringen müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende. Das Morden ist vorbei. Die Folgen des Kriegs, Not und Elend, werden noch viele Jahre lang auf uns lasten. Die Niederlage, die wir unter allen Umständen verhüten wollten, ist uns nicht erspart geblieben, weil unsere Verständigungsvorschläge sabotiert wurden, wir selbst wurden verhöhnt und verleumdet.

Die Feinde des werktätigen Volkes, die wirklichen „inneren Feinde“, die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben, sind still und unsichtbar geworden. Das waren die Daheimkrieger, die ihre Eroberungsforderungen bis zum gestrigen Tage ebenso aufrechterhielten, wie sie den verbissensten Kampf gegen jede

Reform der Verfassung und besonders des schändlichen preußischen Wahlsystems geführt haben. Diese Volksfeinde sind hoffentlich für immer erledigt. Der Kaiser hat abgedankt. Er und seine Freunde sind verschwunden. Über sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt!

Der Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden. Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden, in der Sorge um Brot und Arbeit.

Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewußt. Unerhörtes ist geschehen. Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor.

Alles für das Volk, alles durch das Volk! Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht.

Seid einig, treu und pflichtbewußt!
Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!"

Schier endloser Jubel ertönte. Dann setzten sich die Massen in Bewegung nach dem Schloß. Die bolschewistische Welle, die an diesem Tage unser Vaterland bedrohte, war gebrochen! Die Deutsche Republik war in den Köpfen und Herzen der Massen lebendig geworden.

FÜNF MINUTEN SPÄTER

Sofort nach meiner Rede war ich wieder in den Speisesaal des Reichstags zurückgegangen, um den Rest meiner Wassersuppe zu retten. — Die Szene, die sich dann abspielte, habe ich niemals auch nur

mit einem Worte erwähnt, würde auch darüber geschwiegen haben, wenn nicht Pfarrer Felden in seinem Ebertbuche darüber berichtet hätte. Einige Arbeiter und Soldaten, die den jetzt nur ganz schwach besetzten Saal mit mir betreten hatten, waren wirklich „hochgestimmt“, um einmal mit dem Prinzen Max zu reden, und schrien in den Saal: „Scheidemann hat die Republik ausgerufen!“ Sehen wir uns nun zunächst an, was Felden, der nur von Ebert selbst oder einem seiner intimsten Freunde über die Szene informiert sein kann, in seinem Buche schreibt:

„Ebert ist entsetzt und ruft dem Freunde zu: Das war unrecht. Über die zukünftige Staatsform wird die Konstituante zu bestimmen haben!“

So friedlich-freundlich, wie die Szene sich nach dieser Darstellung ausnimmt, war sie leider nicht. Ebert war vor Zorn dunkelrot im Gesicht geworden, als er von meinem Verhalten hörte. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie mich an: „Ist das wahr?“ Als ich ihm antwortete, daß „es“ nicht nur wahr, sondern selbstverständlich gewesen sei, machte er mir eine Szene, bei der ich wie vor einem Rätsel stand. „Du hast kein Recht, die Republik auszurufen! Was aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, das entscheidet eine Konstituante!“ Wie konnte ein so kluger Mensch die Situation derart falsch einschätzen, daß er selbst am 9. November noch von Regentschaft, Stellvertretung, Reichsverweser und anderem total erledigtem monarchischem Gerümpel sprach! Jetzt, viele Jahre nach jenem bedeutsamen Tag, verstehe ich das Verhalten Eberts besser, denn jetzt liegen mancherlei Bücher und sonstige Berichte vor, aus denen zu ersehen ist, daß damals vertrauliche Gespräche über Monarchie, Republik, Stellvertretung des Kaisers usw., von denen ich keine Kenntnis hatte,

stattgefunden haben. Ebert fühlte sich deshalb wohl bis zu einem gewissen Grade gebunden. Für die Sozialdemokratische Partei und mich bestand eine solche Bindung nicht.

Prinz Max erzählt, daß er am Nachmittag des 9. November zwischen fünf und sechs Uhr von Ebert noch dringend ersucht worden sei, in Berlin zu bleiben. Auf die Frage des Prinzen, zu welchem Zweck er bleiben solle, habe Ebert geantwortet: „Ich möchte, daß Sie als Reichsverweser bleiben.“ Prinz Max von Baden als Reichsverweser! Wer muß da nicht an den Beschluß der Nationalversammlung vom Jahre 1848 denken: auf die Ausübung revolutionärer Macht zu verzichten und — einen Reichsverweser zu küren! Damals wurde der Erzherzog Johann bestimmt — diesmal hätte es ein badischer Prinz sein sollen! Mir scheint, daß der Prinz Max die Situation richtig erfaßte, indem er mich um die Ausstellung eines Geleitscheines bat, um nach seiner schönen Heimat abzdampfen — am Abend des 9. November 1918. Hermann Müller sagt in einer sehr eingehenden und umfangreichen Besprechung des prinzlichen Buchs, die er 1927 im 9. Heft der „Gesellschaft“ veröffentlichte, daß Ebert seines Wissens zu keinem anderen je von dieser Episode gesprochen habe. Der Darstellung des Prinzen Max könne er nicht widersprechen, nehme jedoch an, „daß Ebert diesen Vorschlag gemacht hat, weil Konrad Haußmann ihn dazu anregte“. Der Prinz, so sagt Hermann Müller weiter, sei damals in keiner Stellung möglich gewesen. Eberts Angebot könne „deshalb nur als Akt übertriebener Höflichkeit gewertet werden“. Nach den Erlebnissen, die ich in jenen kritischen Tagen gemacht habe, vermag ich der Darstellung des Prinzen ebensowenig zu widersprechen, wie Müller. —

Auf meine briefliche Anfrage nach der Zuverlässigkeit seiner Mitteilungen über die Unterredungen Eberts mit dem Prinzen Max hat Felden mir versichert, daß seine „Quelle durchaus sicher“ sei. Felden, der als Freund Eberts und als hochgeachteter Geistlicher ganz bestimmt nicht leichtfertig Behauptungen aufgestellt hat, bestätigte mir auch die Richtigkeit seiner Schilderung über die letzten Ferientage Eberts vor dem Ausbruch des Kriegs. Seine Schilderung beruhe auf authentischen Mitteilungen. „Ebert hat an den Krieg einfach nicht glauben wollen.“

Wie unterschiedlich die Situation selbst am 9. November eingeschätzt worden ist, ergibt sich auch aus folgenden Tatsachen. Ich hatte, als ich die Republik ausrief, in meiner kurzen Ansprache von einer „Arbeiterregierung“ gesprochen und vorher schon gesagt: „Ebert wird eine Regierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden.“ Das alles hatte ich für selbstverständlich gehalten. Als dann die erste „Reichskanzler Ebert“ unterzeichnete Bekanntmachung herauskam, hieß es: „Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einverständnis mit den Parteien zu bilden...“

Diese erste Bekanntmachung Eberts ist zweifellos, ohne daß ein sozialdemokratischer Berater hinzugezogen wurde, von einem Vertreter des alten Regimes verfaßt worden. Der letzte Reichskanzler hatte unserem Genossen „die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers“ übertragen, genau so, wie „Seine Majestät der Kaiser“ einmal (wörtlich) „die Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatssekretärs“ mir übertragen hatte. Freilich erfolgte die Beauftragung

Eberts durch den Prinzen Max „mit Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre“. Um dieses revolutionäre Bild nicht noch grotesker zu gestalten, will ich die sämtlichen Staatssekretäre bis zu dem erzreaktionär-konservativen Herrn v. Waldow nicht aufmarschieren lassen. Daß sich mit derart merkwürdigen „staatsrechtlichen“ Auffassungen und Begebenheiten die Ausrufung der Republik nicht vertrug, leuchtet ohne weiteres ein.

Ebert hat seine irrige Einschätzung der Situation übrigens über Nacht korrigiert, wie ja „die Taktik“ seine besondere Begabung war. Der „Vorwärts“ vom 11. November berichtet bereits über ein Interview, das Ebert am Tage zuvor einem Vertreter des „Hollandsch Nieuws Büro“ gegeben hatte: „Deutschland hat seine Revolution vollendet . . . Jetzt wird wohl auch der Zweifelsüchtigste erkennen, daß es mit dem Monarchismus und Imperialismus in Deutschland endgültig vorbei ist . . . Deutschlands künftige Staatsform ist die Republik . . .“ So sehr die Schlußsätze mir eine große Genugtuung bereiteten, so wenig konnte ich dem ersten Satze zustimmen.

KEINE WAFFENRUHE

In den Morgenblättern vom 9. November wurden vom Tage zuvor datierte amtliche Mitteilungen über die Waffenstillstandsverhandlungen gemacht: „Die Waffenstillstandsverhandlungen sind unseren Unterhändlern mitgeteilt worden. Ihre Annahme in ihrer Gesamtheit wird bis Montag, den 11. November — also innerhalb 72 Stunden — verlangt. Der deutsche Vorschlag zum sofortigen Abschluß einer vorläufigen Waffenruhe wurde vom Marschall Foch abgelehnt.“ Wohlgemerkt: das geschah alles noch unter der Herrschaft des frühe-

ren Kaisers und seines prinzlichen Kanzlers. Auf die Anfrage der Waffenstillstandskommission bei der OHL., ob die grausamen Bedingungen angenommen oder abgelehnt werden sollten, kam die telegraphische Anweisung des Generalfeldmarschalls Hindenburg: es müsse versucht werden, diese und jene Bedingung mildern zu lassen, aber, so hieß es weiter: „gelingt die Durchführung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. Gegen die Ablehnung der Punkte 1, 4, 5, 6, 8, 9 wäre flammender Protest unter Berufung auf Wilson zu erheben. Bitte den Entschluß der Regierung schleunigst herbeizuführen. v. Hindenburg.“

Die Bitten bei Wilson um Waffenstillstand erfolgten durch die letzte kaiserliche Regierung auf Grund der herzzaureißenden Hilferufe der OHL.! Die Unterzeichnung des Waffenstillstands erfolgte auf Grund des eben zitierten Hindenburgschen Telegramms!

* * *

Nachdem Ebert die Reichskanzlerschaft aus den Händen des Prinzen Max entgegengenommen hatte, mußte er natürlich dafür sorgen, daß bis zum Montag früh unter allen Umständen eine Regierung auf die Beine gebracht wurde, die die Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnete, weil sonst die feindlichen Heere in Deutschland eingebrochen wären. An einen ernstlichen Widerstand der deutschen Truppen war nicht zu denken.

So entschlossen die SPD. sich sofort hinter Ebert stellte, so zerfahren ging es bei den Unabhängigen zu. Ihnen fehlte der Kopf, Haase. Wir waren uns schnell und vollkommen einig geworden. Die Regierung sollte aus je drei Mitgliedern der SPD. und der USPD. zusammengesetzt werden. Als Leiter ihrer Fachministe-

rien sollten die amtierenden Staatssekretäre gebeten werden, ihre Ämter weiterzuführen. Mit Ebert sollten Landsberg und ich in das eigentliche Kabinett eintreten. Ich mahnte und rief die Unabhängigen unter Hinweis auf die knappe Frist für den Waffenstillstand unausgesetzt. Sie vertrösteten mich von Stunde zu Stunde. Als sie am Abend des 9. November immer noch redeten und redeten — übrigens kein Wunder, denn Liebknecht und Ledebour gaben den Ton an —, da rückte ich ihnen mit den beiden Arbeitern Brolat und Heller in das Fraktionszimmer. Zuvor schon hatten mir einige Mitglieder der USP. ihren Unmut über das Verhalten ihrer Fraktion zu erkennen gegeben. Breitscheid bekannte sich unbedingt zu unserem Vorschlag, eine gemeinsame Regierung zu bilden und sobald wie tunlich die Nationalversammlung zu berufen. Als wir in das Fraktionszimmer eintraten, bot sich uns ein wenig erfreulicher Anblick. Fast alle Anwesenden redeten und gestikulierten lebhaft. Außer den Abgeordneten waren auch zahlreiche Gäste vertreten. Offenbar hatten die heftigsten Auseinandersetzungen stattgefunden, bei denen, wie der weitere Verlauf unserer Besprechung zeigte, die „Radikalen“ gesiegt hatten. Im Mittelpunkt des Ganzen stand Liebknecht, der auch ausschließlich als Wortführer mit uns verhandelte. Er war bereit, in eine Regierung mit uns für drei Tage einzutreten unter der Bedingung: „Alle legislative, exekutive und jurisdiktionelle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten.“ Weitere ähnlich geistreiche Bedingungen fielen ihm wohl im Augenblick nicht ein. Liebknecht erschien mir damals direkt lächerlich. Die Unabhängigen verstand ich in dieser Situation überhaupt nicht. Auf meine Frage, wie es komme, daß Liebknecht ausschließlich das Wort führe, obwohl er gar nicht Mit-

glied der USP. sei, wurde geantwortet: „Er ist jetzt unser Mitglied.“

Eduard Bernstein, der damals als Mitglied der USP. an dieser Sitzung teilgenommen hat, schildert sie in seiner Schrift über die deutsche Revolution (Verlag für Geschichte und Erziehung, Berlin) sehr anschaulich. Von Liebknecht sagt er: „Er hatte am Nachmittag an der Spitze seines Anhangs auf dem Berliner Schloß die rote Fahne aufziehen lassen und von einem Fenster des Schlosses herab an die unten versammelte, Kopf an Kopf gedrängte Menge eine revolutionäre Ansprache gehalten, die jubelnden Beifall fand und endlose Hochs auslöste.“ In einer Fußnote fügt Bernstein hinzu: „Ich hatte bis dahin trotz weitgehender Meinungsverschiedenheiten zwischen uns viel Sympathien für Karl Liebknecht gehabt. Als er aber in der geschilderten Weise der Partei das Bolschewistensystem aufzudiktieren sich anschickte, zuckte es mir wie ein Blitz durch den Kopf, der bringt uns die Konterrevolution.“ Von mir sagt Bernstein, daß ich in „fast väterlichem Ton“ geredet hätte. Die Liebknecht-Rede vom Schloßfenster aus, über die Bernstein spricht, ist wahrscheinlich dieselbe, der ich mit meiner Rede vom Reichstage aus ein vorzeitiges Ende bereitet hatte.

EINE BASIS FÜR SPD. UND USPD.

In der sozialdemokratischen Fraktion schilderte ich sofort meine Erlebnisse mit den Unabhängigen, beschönigte nichts, mahnte aber, was mir wirklich nicht leicht geworden ist, zur Geduld. Da inzwischen die Forderungen der Unabhängigen endlich zu Papier gebracht und uns übermittelt worden waren, antworteten wir sofort. Aus unserer Antwort ist auch ersichtlich, was von uns gefordert worden war.

„Von dem aufrichtigen Wunsch geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen: Sie fordern:

1. Deutschland soll eine soziale Republik sein.

Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.

Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teiles einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.

3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.

Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde.

4. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage, als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstandes fähige Regierung zu schaffen.

Wir halten ein Zusammenwirken der sozialistischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der Konstituante für erforderlich.

5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts.

Dieser Forderung stimmen wir zu.

6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.

Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder, indessen hat die konstituierende Versammlung darüber zu entscheiden.“

Die Vernunft hatte sich schließlich bei den Unabhängigen durchgesetzt, Liebknecht war unterlegen. Am nächsten Morgen, einem Sonntag, überbrachte eine Deputation uns die folgende Antwort:

„Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialistischen Errungenschaften zu festigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten bestehen, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinanderstehen.

Für die Fachminister gilt diese Beschränkung nicht, sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts. Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gegeben, aus jeder Partei einer.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett, in das jede Partei drei Mitglieder entsendet, nicht geknüpft.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.“

Damit waren zunächst große Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. Wir stimmten zu, namentlich im Hinblick auf die furchtbare Notlage unseres Landes. Noch bevor eine vom Arbeiter- und Soldatenrat nach dem Zirkus Busch einberufene Volksversammlung, die von mehr als 3000 Arbeitern und Soldaten besucht war, am Spätnachmittag ihre Zustimmung zu der Regierung Ebert — Haase — Scheidemann — Landsberg — Dittmann — Barth gegeben hatte, war sie in Funktion getreten, um die Waffenstillstandsbedingungen, der Hindenburgschen Bitte entsprechend, zu unterzeichnen. Damit war zunächst dem weiteren Morden ein Ziel gesetzt.

DER 9. NOVEMBER IM GROSSEN HAUPTQUARTIER

Bevor hier über die weitere Tätigkeit der Volksbeauftragten berichtet wird, wollen wir einen Blick in das Große Hauptquartier werfen. Der vielgenannte Oberst Bauer, der dem General Ludendorff dienstlich und persönlich besonders nahegestanden hat, schildert in seinem Buch „Der große Krieg in Feld und Heimat“ (Osiandersche Buchhandlung in Tübingen) den Verlauf des 9. November im Hauptquartier sehr eingehend. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg habe den zur Berichterstattung über die Stimmung im Heere berufenen höheren Frontoffizieren „die Lage in der Heimat schwarz in schwarz geschildert und direkt vernichtend gewirkt.“ Den General Groener, der dem Kaiser reinen Wein eingeschenkt hat, attackiert Bauer viel schlimmer. Die einzigen, die dem Kaiser beigestanden hätten, seien „der Kronprinz, Schulenburg und Plessen“ gewesen. Dann entläßt Bauer seinen Zorn wie folgt: „Und wo waren die 500 Offiziere

des Großen Hauptquartiers? Auch sie rührten sich nicht: kam doch das Ärgernis von oben. Aber gerufen, hätten sie sich gerührt, und sie waren allein schon imstande, den Kaiser zu schützen.“

Das Leben im Großen Hauptquartier am 9. November wäre unvollkommen geschildert, wollten wir verschweigen, daß den Berichten Bauers zufolge „Offiziere der OHL. in Autos mit roten Fahnen erschienen sind!“ Und weiter sagt er: „Noch am Abend kamen Soldatenräte aus der Heimat an, um Fühlung zu nehmen. Sie sahen die völlige Schlappheit, und nun änderte sich das Bild; sie nahmen die am Boden schleifenden Zügel und — desorganisierten alles . . . Willenlos fügten sich die Offiziere, ja es entstand das Wort: ‚Nun müsse man eben umlernen.‘ Der Feldmarschall, dem vom Kaiser das Heer und die Rückführung desselben hinter den Rhein aufgetragen war, stellte sich der inzwischen gebildeten Regierung Ebert zur Verfügung.“

Oberst Bauer hat es wahrscheinlich nicht fertiggebracht, die Regierung, der sich Hindenburg zur Verfügung stellte, deutlicher zu bezeichnen: es war nicht die Regierung des vom Prinzen Max beauftragten „Reichskanzlers“ Ebert, es handelte sich vielmehr um den „Rat der Volksbeauftragten“, zu dem auch die Unabhängigen, einschließlich Barths, gehörten. Nebenbei sei gesagt, daß die OHL. die Arbeiter- und Soldatenräte, die nach der Behauptung Bauers alles desorganisiert haben sollen, ausdrücklich anerkannt und ausgezeichnet mit ihrer Unterstützung gearbeitet hat; von Köln aus erbat sie sogar die Hilfe zur Einrichtung eines Arbeiter- und Soldatenrats im Großen Hauptquartier! Der spätere Abgeordnete Sollmann hatte die Aufgabe übernommen und vortrefflich durchgeführt.

Achter Abschnitt

DIE VOLKSBEAUFTRAGTEN AN DER ARBEIT

Noch nicht einmal achtundvierzig Stunden waren nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die sechs Volksbeauftragten verflossen, da veröffentlichten sie bereits folgenden Aufruf:

„An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz für den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegen-

heit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. Die Wohnungsnot wird durch die Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater, sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg,
Dittmann, Barth."

Was mit dieser knappen Verordnung dekretiert worden ist, hätte unter anderen Umständen in Deutschland in vielen Jahren nicht erreicht werden können. Leider haben viele Deutsche schon wieder vergessen, wie es bis zum Kriegsende bei uns in Wirklichkeit gewesen ist.

Die preußische Regierung war in gleicher Weise paritätisch zusammengesetzt worden wie die Reichsregierung. Eine ihrer ersten Bekanntmachungen hatte folgenden Wortlaut:

„Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Regierung aufgehoben sind, in Kraft bleiben und von jedermann zu beachten sind, wie auch jedermann in ungestörtem Genuß der ihm dadurch gewährten Rechte verbleibt. Danach besteht für alle Staatsangehörigen die Verpflichtung zur Ent-

richtung der bisherigen Steuern und Abgaben unverändert fort.

Berlin, den 14. November 1918.

Namens der Preußischen Regierung:
Dr. Breitscheid. Dr. Südekum.“

Sicherlich sind alle Volksbeauftragten mit den besten Absichten an die Arbeit gegangen. Schon in den ersten Tagen stellte es sich leider heraus, daß zwischen den Unabhängigen und uns fast unüberbrückbar erscheinende Gegensätze klafften. Während wir Sozialdemokraten vollkommen einig und in unseren Zielen klar waren, war es bei den Unabhängigen umgekehrt. Sie hatten keine in sich geschlossene Partei hinter sich. Vom ersten Tage an machten ihnen Liebknecht und Ledebour die größten Schwierigkeiten. In das Kabinett hatten sie den hyperradikalen Emil Barth aufnehmen müssen. Mit Haase und Dittmann wäre sicherlich zu arbeiten gewesen, wenn sie nicht bei jeder Frage ihren Genossen Barth erst hätten geistig massieren und für sich gewinnen müssen. So kam es, daß die drei Unabhängigen auf die die Straßen durchziehenden Massen, von denen sicherlich neun Zehntel politisch und gewerkschaftlich vollkommen unerzogene Arbeiter und Soldaten waren, mehr Rücksicht nahmen, als der Regierung und den Bedürfnissen der jungen Republik dienlich war. Liebknecht und Rosa Luxemburg hielten vor den Spartakisten und auch in „Versammlungen der Deserteure“ wüste Reden gegen die „Scheidemänner“ und propagierten ganz offen den Bolschewismus. Bereits wenige Tage nach dem 9. November trennte sich Spartakus von der USP. Liebknecht und Rosa Luxemburg tobten sich nun in der „Roten Fahne“ aus. Die Folgen machten sich bald genug bemerkbar. Unausgesetzt brachen wilde Haufen

aufgeputschter Arbeiter und Soldaten in die Reichskanzlei ein und hinderten durch ihr Treiben die Volksbeauftragten an den dringlichsten Arbeiten. Die Volksbeauftragten hatten die Arbeiter und Soldaten aufgefordert, die Straßen zu verlassen und die Waffen abzuliefern. Liebknecht und Rosa Luxemburg forderten in der „Roten Fahne“ auf, das Gegenteil zu tun. Die Folge war, daß immer wieder die Berliner Straßen mit Arbeiterblut gerötet wurden . . .

VERSCHIEDENERLEI SORGEN

Die Maschinengewehre knatterten Tag und Nacht in der Wilhelmstraße. Wir gewöhnten uns allmählich daran. Nachdem wir festgestellt hatten, daß die Kugeln wohl unsere Zimmerdecken, nicht aber die Betten hätten treffen können, gingen wir sogar in den nach der Wilhelmstraße gelegenen Zimmern „zur Ruhe“. Von Schlaf war allerdings nicht viel die Rede. Deputationen, die uns Handgranaten unter die Nase hielten, wenn sie ihre Forderungen stellten, regten uns schließlich ebensowenig auf, wie die wilden Drohreden Liebknechts. Eine andere Sorge lastete schwer auf uns: Wird es gelingen, das Reich zusammenzuhalten? Es muß gelingen, mag es kosten, was es will! Schlimme Meldungen liefen bei uns ein über den „Rheinbund“, die „Pfälzische Republik“, die „Nordische Republik“, das selbständige „Bayern“, vereint mit Tirol, aber losgelöst vom Reich! Der Zentrumsabgeordnete Osel hatte diese Trennung nicht nur bei Eisner angeregt, sondern auch die Frage aufgeworfen, ob Bayern nicht bei Frankreich um einen Separatfrieden nachsuchen soll. Die Rolle, die in schwierigster Zeit der bayerische Abgeordnete Dr. Heim gespielt hat, ist leider niemals restlos aufgeklärt worden. Es war herz-

zerreißend, als wir auf der von uns einberufenen Reichskonferenz, die am 25. November 1918 in der Reichskanzlei tagte, von den Vertretern der Freistaaten „radikale“ Worte vernehmen mußten, die dem Sinne nach etwa so lauteten: Wir lassen uns in unsere Verhältnisse nicht hineinreden, „wir machen auch unsere Finanzen alleene!“ Und der radikalste aller Schneider, die jemals Hosen und Revolution gemacht haben, der Braunschweiger Merges, fuhr uns nicht schlecht an, als er aus unseren privaten und offiziellen Äußerungen bemerkt zu haben glaubte, daß ein einiges Reich — das ganze Deutschland soll es sein! — schließlich doch noch ein herrliches Ergebnis des Zusammenbruchs sein könnte! Was? Einheitsstaat? Sachsen! Detmolder! Waldecker! Bayern! Schleizer an die Front! Eure heiligsten Güter sind gefährdet durch die Bluthunde Ebert, Scheidemann und Landsberg. Die wollen eine einzige große deutsche Republik — —!

* * *

Seine Majestät, der Allergnädigste Kaiser, König und Herr, der nach Holland geflohen war, hatte andere Sorgen —: Wir fanden keine Ruhe bei dem Gedanken, was aus unserem armen Vaterlande werden sollte. Der ehemalige Oberste Kriegsherr schrieb uns am 28. November:

„Ich habe meinen Thronverzicht in der von der Regierung vorgeschlagenen Form vollzogen. Ich spreche dabei die bestimmte Erwartung aus, daß die Regierung gemäß ihrer früheren Kundgebung mein und meiner Familie Vermögen freigibt und auch den uneingeschränkten Schutz von Leben, Ehre und Eigentum der gesamten Königlichen Familie gewährleistet.

Wilhelm II.“

Sprechen wir nicht weiter über diesen Brief. Werfen wir lieber einen Blick in die Kellerräume des kaiserlichen Schlosses. Hatten die Frauen nicht stundenlang anstehen müssen um einige Gramm gefälschter oder verdorbener Lebensmittel? Brachen nicht Tag für Tag verhungerte Männer und Frauen zusammen? War nicht meine eigene Frau beim Anstehen um ein paar Gramm Fett ohnmächtig in Friedenau zusammengebrochen? . . . Ja, ist es denn nicht wahr, daß man uns den letzten kupfernen Kochtopf aus der Küche geholt, die Türklinken abgeschraubt und die Kirchenglocken eingeschmolzen hat? Buchstäblich wahr ist das alles . . . Nur einer blieb von alledem verschont, der eine, für den alle darben, bluten und auch sterben sollten, der eine, der sich nicht einmal dazu verstehen konnte, im Interesse des deutschen Volkes im richtigen Augenblick abzudanken. Er anerkannte nur die erste Hälfte des Satzes: Alle für einen, einer für alle.

In seinen Keller wollen wir einen Blick werfen. Wie es darin noch 1918 ausgesehen hat, wollen wir feststellen. Wir berichten nach dem „Berliner Tageblatt“ vom 20. November 1918. Dort heißt es, daß ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats das Schloß eingehend besichtigt und folgende Mitteilungen gemacht habe: „Ich war darauf gefaßt, ein Lager vorzufinden, aber das dort Gesehene übertrifft doch alle meine Erwartungen. In großen, weißgetäfelten Kammern stand hier alles, aber auch wirklich alles, was man sich an Lebensmittelvorräten überhaupt denken kann. Nein, ich muß mich verbessern, man kann es sich nicht ausdenken, daß nach vierjährigem Krieg noch solche ungeheuren Mengen von Lebensmitteln aufgespeichert sind. Da finden wir Fleisch und Geflügel auf Eis, Saucen in großen Kisten, blütenweißes Mehl in Säcken bis an die hohe Decke auf-

gestapelt, Tausende von Eiern, Riesenbassins mit Schmalz, Kaffee, Tee, Schokolade. Gelees und Konserven jeder Art aufgeschichtet in unendlich scheinenden Reihen. Hunderte von blauen Zuckerhüten, Hülsenfrüchte, Dörrobst, Zwieback usw. Man ist sprachlos . . . Der Wert der Vorräte beläuft sich auf mehrere hunderttausend Mark . . .“ Man stellte ausdrücklich fest, daß die Vorräte für die kaiserliche Privathaushaltung, nicht etwa für den Hofstaat aufgespeichert waren.

DIE LIEBKNECHTSCHEN REVOLUTIONÄRE

Die Aufrufe der „Roten Fahne“ waren schlimm, schlimmer waren die Flugblätter, die vielfach anonym erschienen. In Bremen, wo der vielgenannte und rührige Radek sein Unwesen jahrelang in der „Bürgerzeitung“ hatte treiben dürfen, war in bösester Weise bolschewistisch geputscht worden. Es mußte mit militärischer Macht Ruhe geschaffen werden. Das Bewußtsein, daß die Regierung überhaupt einige bewaffnete Macht zur Verfügung hatte, verwirrte den blutrünstigen Schreibern der „Roten Fahne“ offenbar die Sinne:

„Sie (die Regierung Ebert—Scheidemann) wollen dem Proletariat den Fuß in den Nacken setzen. Tiefer als je soll es jetzt gebeugt werden. Mit Blut und Eisen wollen die Ebert—Scheidemann—Noske dem Kapitalismus den Triumph sichern. Nie in der Geschichte der Klassenkämpfe aller Zeiten ist frivoler, brutaler, mit zynischerer Frechheit Blut vergossen worden, als von den Ebert—Scheidemann . . . Heraus mit den Ebert—Scheidemännern, mit den Bluthunden . . . Wir verlangen, daß auch der Berliner Arbeiterrat sofort

sich versammle und Gericht halte über die Bluthunde! Massenproteste gegen die Mörder . . .!“

Mit ähnlichen Beispielen könnten ganze Bücher angefüllt werden. Irrenhäusler tobten sich da aus und — russische Sendboten. In den Flugblättern war die Sprache noch wüster. Dem Sinne nach schloß eigentlich jedes mit der Aufforderung zum Morden: „Geht auf die Straßen! Treibt die Revolution vorwärts! Nieder mit den Henkern der Arbeiterklasse!“ Die grausame Ermordung eines Offiziers v. Klüber in Halle an der Saale und des sozialdemokratischen Ministers für Heereswesen Neuring in Dresden durch fanatisierte Massen, die bis zum Wahnsinn aufgehetzt worden waren, müssen auf das Konto der „Roten Fahne“ geschrieben werden.

Der erste, dem der Titel „Bluthund“ angehängt wurde, war Otto Wels. Der hatte die Kommandantur in Berlin übernehmen müssen und war dann wiederholt gezwungen, einzugreifen und die mit bewaffneten Spartakisten und Kommunisten gefüllten Straßen freimachen zu lassen. Die Stimmung war immer gereizter geworden. Das Bürgertum, das sich zunächst vollkommen ruhig verhalten hatte, ebenso die Beamten, verlangten immer nachdrücklicher, daß dem unverantwortlichen Treiben der bolschewistischen Elemente entgegengetreten werden müsse. Für die sozialdemokratischen Arbeiter waren die Zustände auch unerträglich geworden. Jeder sozialdemokratische Arbeiter mußte sich von jedem Lausbuben, der sich für einen Revolutionär hielt, weil er ein Gewehr gestohlen oder eine Handgranate in der Tasche hatte, beschimpfen lassen. Alle Versuche, eine bewaffnete Macht zu schaffen, waren bisher fehlgegangen. Die Polizei erklärte sich jedesmal „neutral“, sobald sie angerufen wurde. Die „königlichen“ Schutzleute der guten alten

Zeit haben sich jämmerlich benommen, als sie berufen waren, Ordnung zu schaffen. Die Soldaten liefen fast ausnahmslos davon, sobald sie in Berlin eingetroffen waren, oder sie stellten sich, soweit sie in Berlin blieben, nur zum Lohnappell ein. Die in geschlossenen Verbänden unter Führung ihrer Generäle anscheinend durchaus geordnet heimkehrenden Soldaten wurden am Brandenburger Tor von Ebert, Haase und mir durch feierliche Ansprachen begrüßt. Wir schilderten ihnen den Kriegsverlauf, den Zusammenbruch, das nunmehr neu gewordene und forderten zur Treue für das Vaterland und seine Regierung auf. Von den zuerst eingetroffenen Truppen haben die Führer uns sogar Treugelöbnisse für sich und ihre Truppen abgelegt. Von Tag zu Tag rechneten wir darauf, daß es gelingen werde, wenigstens einige Truppenteile zusammenzuhalten und dann zu verwenden im Kampfe für die demokratische Republik gegen den Sowjetwahnsinn. Nichts wurde daraus. Über Nacht schon verschwanden die Soldaten spurlos, sie waren nicht mehr zu halten, sie wollten heim.

EIN DUNKLES UNTERNEHMEN

Zu einem tollen Spuk kam es am Abend des 6. Dezember 1918. Ein Haufen bewaffneter Arbeiter und Soldaten marschierte unter Führung eines Mannes namens Spiro und unter Teilnahme einiger Herren aus dem Auswärtigen Amt — Freiherren v. Stumm und Rochus v. Rheinbaben, Graf Matuschka und andere — vor der Reichskanzlei auf, um Ebert zum Präsidenten auszurufen. Doch hier lassen wir besser wieder den Pfarrer Felden berichten: „Gerade telephonierte ihm (Ebert) ein Vertrauensmann über eine spartakistische Versammlung in den Germaniasälen, in der wilde

Drohungen gegen die Regierung ausgestoßen wurden. Dann marschierten plötzlich hundertfünfzig Mann vor der Reichskanzlei auf. Was war nun wieder das! Ein Vizefeldwebel Fischer trat ein und meldete: ‚Befehl ausgeführt. Vollzugsrat verhaftet. Bitte, mir Verhaftungsbefehl zu bestätigen.‘ „Ebert“, so erzählt Felden, „habe seinen Ohren nicht getraut und sofort die Freilassung der Verhafteten befohlen. Was steckte hinter dieser Komödie? Es stellte sich heraus, daß zwei Herren vom Auswärtigen Amt mit dem Gelde des Herrn v. Stumm einen Putsch inszeniert hatten. Kaum sei diese Schar verschwunden gewesen, da hätten sich Matrosen und Soldaten, die Gewehre fest in der Hand, vor der Reichskanzlei gestaut. Der bereits genannte Spiro habe dann eine Rede an Ebert gehalten, in der er den baldigen Zusammentritt der Nationalversammlung forderte: ‚Der Vollzugsrat darf nicht mehr mit linkischen Händen in die Regierungsmaschine eingreifen und die Regierung unter Druck setzen. Gestützt auf die bewaffnete Macht, in dem Bewußtsein, für die ganze Nation zu sprechen, rufe ich Sie, Herr Ebert, zum Präsidenten der Deutschen Republik aus. Die Deutsche Republik und ihr Präsident, Fritz Ebert, sie leben hoch!‘“

Ebert hat dankend abgelehnt. Das sonderbare Unternehmen hat damals ungeheures Aufsehen gemacht, vollkommen aufgeklärt ist es bis auf den heutigen Tag nicht. Daß diese Aufklärung erfolgt, ist sehr zu wünschen, weil dann alle die Redereien über Eberts angebliches Mitwissen bestimmt zu Boden geschlagen werden. Nach dem Mißlingen des Putsches verlangte Ledebour im Vollzugsrat die Verhaftung des Dr. Simons, des späteren Reichsgerichtspräsidenten, andere verlangten sogar, daß er an die Wand gestellt werden müßte, weil er Gelder für das Unternehmen beschafft

haben sollte. Von den genannten Herren aus dem Auswärtigen Amt ist Graf Matuschka sofort geflohen, bald nach ihm auch Freiherr v. Stumm. Aus den Kreisen der an dem Unternehmen beteiligt gewesenen Herren, besonders auch von dem Freiherrn Rochus v. Rheinbaben, wird bis auf den heutigen Tag behauptet, daß das Unternehmen im Einverständnis mit Ebert eingeleitet worden sei. Ebert habe zur peinlichen Überraschung der Beteiligten, die ihre Existenz und ihr Leben aufs Spiel gesetzt hätten, im entscheidenden Augenblick versagt, wahrscheinlich deshalb, weil er kurz vor dem Aufmarsch des Haufens die Nachricht von Unruhen im Berliner Norden — siehe weiter oben auch den Bericht Feldens! — erhalten habe. Freiherr v. Rheinbaben hat mir berichtet, ursprünglich sei nicht Spiro, sondern ein gewisser Marten bestimmt gewesen, Ebert zum Präsidenten auszurufen. Und weiter: „Von unserer Seite handelte es sich nur um Soldaten“. Am Tage vor dem Unternehmen seien ihm — dem Freiherrn v. Rheinbaben — von Erzberger 100 000 Mark übergeben worden und zwar im Erzbergerschen Büro. Er habe die Summe an die ihm genau bezeichnete Stelle weitergegeben.

Daß damals, unter Hinweis auf den Vollzugsrat und die Unabhängigen in der Regierung, auf den einen und anderen sozialdemokratischen Volksbeauftragten eingewirkt worden ist, „die Diktatur an sich zu reißen und Ordnung zu schaffen“, ist ebensowenig ein Geheimnis geblieben, wie die Abweisung aller derartigen Ansinnen.

Lärmende Aufzüge vieler Tausende, die meist bis an die Zähne bewaffnet waren, wurden unter Führung Liebknechts immer wieder vor der Reichskanzlei veranstaltet. Dutzende von Lastautomobilen führten zahllose Maschinengewehre, Minenwerfer und ähnliche

Mordwerkzeuge mit. Die Volksbeauftragten hatten fast keinen Schutz. Eine mühsam zusammengebrachte „Wache“ stellte eines Tages bestimmte Forderungen, die nicht bewilligt worden waren. Die Matrosen besetzten darauf die Telephonzentrale in der Reichskanzlei und verhafteten die im Hause anwesenden sozialdemokratischen Volksbeauftragten. Ihre Befreiung gelang schließlich, weil die Musterwache eine Telephonleitung, die von der Reichskanzlei aus direkt ins Große Hauptquartier nach Kassel ging, nicht kannten. Über diese Leitung konnte der im alten Kriegsministerium in der Leipziger Straße amtierende Kriegsminister Scheuch informiert werden. Es gelang ihm, ein paar Dutzend Unteroffiziere mobil zu machen, die dann die unzuverlässige Matrosenwache zur Vernunft brachten.

Die Volksbeauftragten walteten ihrer Ämter in der Wilhelmstraße überhaupt wie Gefangene. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung konnten bei Tage sich nicht auf die Straße begeben, weil man sie totgeschlagen haben würde. Wir täuschten den Anhängern Liebknechts eine militärische Macht vor, die wir gar nicht hatten. Keiner von uns war jedoch gewillt, den Platz zu räumen, weil das die Auslieferung Deutschlands an den Bolschewismus gewesen wäre. Liebknecht redete und redete, übertroffen wurde er in seiner Redefreudigkeit nur noch von Ledebour. An der Spitze der bewaffneten Massen zog Liebknecht bald hier, bald da, zum Schluß aber immer wieder vor der Reichskanzlei auf, um furchtbar klingende Drohreden zu halten.

Zwischendurch wurden der „Vorwärts“ und das ganze Zeitungsviertel von den Spartakisten gestürmt. Es kam zwischen den wie irrsinnig sich gebärdenden Anhängern Liebknechts und den kleinen Truppenteilen, die sich allmählich zur Verfügung ge-

stellt hatten, zu schweren Kämpfen. Auf beiden Seiten fielen zahlreiche Opfer; wir behielten die Oberhand. Die Verhandlungen, die von unabhängigen Führern mit uns wegen einer Verständigung über den Abschluß dieser Kämpfe mit Spartakus angeknüpft wurden, führten zu nichts. Die Unterhändler stellten sich nämlich auf den gleichen Standpunkt, wie die frühere Regierung gegenüber der Entente in der belgischen Frage: Sie wollten zwar alle übrigen Zeitungen herausgeben, nicht aber den „Vorwärts“, den wollten sie als „Faustpfand“ behalten bis zur endgültigen Erledigung „aller Fragen“. Hätten wir uns auf diesen Vorschlag eingelassen, so würde die bolschewistische Welle alle Dämme, die wir unter den schwierigsten Umständen zur Sicherung der demokratischen Republik bereits errichtet hatten, weggerissen haben.

DER KAMPF UM DIE NATIONALVERSAMMLUNG

Im Rate der Volksbeauftragten kam es immer wieder zu Zusammenstößen wegen der einzuberufenden Nationalversammlung. Wir Sozialdemokraten wollten sie schnellstens, die Unabhängigen wollten die Wahl hinausschieben. Sie waren der Meinung, daß das Volk noch nicht genügend aufgeklärt sei, um so wählen zu können, wie das Proletariat es wünschen müsse. Außerdem dürften doch die Kriegsgefangenen nicht um ihr Wahlrecht gebracht werden. Da hätten wir lange warten müssen! Wir Sozialdemokraten waren überzeugt, daß die Wahl um so ungünstiger ausfallen würde, je länger man sie hinausschiebe, wurden doch immer mehr Wahlberechtigte angewidert von dem tollen kommunistischen Treiben. Wiederholt bestand die Gefahr, daß der Rat der Volksbeauftragten wegen der Unstimmigkeiten in dieser Frage aufliegen werde.

Ebert, Landsberg und ich hatten in den ersten Wochen nach Bildung des Rates mit unserem Austritt gedroht, wenn nicht schon bis Ende November der Wahltermin für die Nationalversammlung bekanntgegeben werde. Die Diktatur Liebknechts und Ledebours lehnten wir energisch ab. Schließlich kam ein Beschluß zustande, nach dem die Entscheidung über den Wahltermin dem einzuberufenden allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte überlassen bleiben sollte. Wir Sozialdemokraten zweifelten nicht daran, daß der Kongreß ganz im Sinne unserer Wünsche entscheiden würde. Der Kongreß tagte vom 16. bis 21. Dezember in Berlin und zwar im Gebäude des Preußischen Landtags. Die Verhandlungen wurden wiederholt gestört durch Liebknecht, der ebensowenig wie Rosa Luxemburg ein Mandat zum Kongreß hatte erlangen können. Er zog mit seinen Haufen der seit Wochen „generalstreikenden“ Männer und Frauen vor den Landtag und redete und redete zu jeglicher Tageszeit — bald vor dem Tore, bald vom Balkon aus. Er redete immer wieder von den „da drinnen sitzenden Arbeiterverrätern und Bluthunden“. Die von ihm aufgeputschten Arbeiter brachen in kleineren und größeren Trupps wiederholt unter Vorantragung von Plakaten mit teils rätselhaften Inschriften in den Sitzungssaal des Kongresses ein, um zu lärmern, zu reden und zu schimpfen. Ich war ein besonders auserwähltes Opfer ihres Zornes. Der Kongreß mußte seine Sitzungen wiederholt für längere Zeit unterbrechen, ließ sich jedoch nicht lahmlegen und brachte seine Verhandlungen ordentlich zum Abschluß. Es darf nicht etwa angenommen werden, daß alle Kongreßteilnehmer gegen Liebknecht gestanden haben. Keineswegs! Sehr wilde unabhängige Mitglieder des Kongresses standen ihm sehr nahe. Als Beweis dafür darf wohl auf die merk-

würdigen Ovationen, die mir wiederholt bereitet worden sind, hingewiesen werden. Aus dem stenographischen Protokoll des Kongresses geht hervor, daß ich für die baldige Berufung der Nationalversammlung eingetreten bin und gegen die Arbeiter- und Soldatenräte „als Dauereinrichtung“ gesprochen habe. Ich wurde, besonders natürlich von den Tribünen aus, häufig unterbrochen, aber — das charakterisiert die damalige Situation (nach dem Stenogramm) viel besser: Während meiner Rede „erscheint eine Gruppe der geeinten Revolutionäre unter Vorantritt von Haase wieder im Saal“. Als ich für den 19. Januar als Wahltag eintrat, erntete ich von der Mehrheit, wie das Protokoll feststellt, stürmischen Beifall, jedoch: „Pfeifen auf den Tribünen.“ Im weiteren Verlauf der Verhandlungen hatte Ledebour geschrien: „Wir stehen zusammen gegen die bürgerliche Gesellschaft, gegen die Männer auf dieser Bank — —“ Auf dieser Bank saßen seine engsten Freunde: Haase, Dittmann und Barth als Volksbeauftragte. Der temperamentvolle Gustav Rickelt, der Präsident der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, schrie mit Stentorstimme Ledebour zu: „Verbohrt und verrannt!“ Als ich das Wort nehmen wollte, um Ledebour sofort zu antworten, ging es wieder toll zu. Im amtlichen Stenogramm heißt es: „Volksbeauftragter Scheidemann, mit stürmischem und demonstrativem Beifall und Händeklatschen von der Mehrheit begrüßt. Auf einer Tribüne ertönt ein Pfiff. Große, minutenlang anhaltende Unruhe. Der Versammlung hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Es kommt fast zum Handgemenge. Es dauert Minuten, bis sich der Redner endlich Gehör verschaffen kann.“

Ich wurde zwar oft unterbrochen, konnte meine Rede jedoch mit den Worten beenden: „Die Antwort

auf die Rede Ledebours wird die Arbeiterschaft am 19. Januar geben!" — Der Kongreß beschloß mit erdrückender Mehrheit, als Wahltag den 19. Januar festzusetzen. Prof. Dr. Bredt sagt in seiner ausgezeichneten Schrift über den Reichstag im Kriege, daß der Allgemeine Rätekongreß die Rettung Deutschlands gewesen sei.

Hatte der „einzuberufende Rätekongreß“ erst das Ideal, die Krönung der revolutionären Bewegung für alle Mannen Ledebours sein sollen, so wurde er nachher als ein „Instrument für die Konterrevolution“ beschimpft. Natürlich: wer nicht so wollte wie Liebknecht, Luxemburg und Ledebour, war stets ein Reaktionär. Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte hatte bewiesen, daß die große Mehrheit des arbeitenden Volkes hinter der SPD. stand. Nach dem Beschluß des Rätekongresses war der Streit um die Nationalversammlung für den Rat der Volksbeauftragten erledigt. Während der Wahlvorbereitungen, die mit großem Eifer betrieben wurden, drohten die Kommunisten mit Störung der Wahlhandlung: „Wir werden die Wahl mit Gewalt zu verhindern wissen!“ „Die Wahl der Nationalversammlung geht nur über meine Leiche!“ hatte der radikale Richard Müller schon am 10. November verkündet. Er hat später eingesehen, daß es besser sei, in der Republik zu leben, als für den russischen Rätespuk zu sterben.

Die Stimmung wurde gegen Ende 1918 immer gereizter. Aus Anlaß eines der vielen Konflikte, in die Wels als Kommandant für Berlin nahezu jeden Tag mit den Banden Liebknechts verwickelt wurde, kam es kurz vor Weihnachten zu einem Angriff auf die Kommandantur, der mit der Verschleppung des Kommandanten Wels in den ehemals kaiserlichen Marstall, in dem die Volksmarinedivision im Sinne Lieb-

knechts Tag und Nacht redete, sein Ende fand. Wels wurde immer wieder mit Erschießen bedroht.

Gegen Abend kam von dem Führer der Matrosen, Radke, der immer wieder versicherte, daß er die Matrosen zu beruhigen suche, die telephonische Mitteilung, daß er für das Leben von Otto Wels nicht mehr einstehen könne. Ebert, der die Militärangelegenheiten sich vorbehalten hatte, gab darauf spät abends in Gegenwart von Landsberg und mir — von den unabhängigen Volksbeauftragten war keiner mehr im Hause — dem Kriegsminister Scheuch Anweisung, den „mit seinen Truppen bei Potsdam stehenden General v. Lequis die Befreiung des Kommandanten Wels vornehmen zu lassen“. Da die wiederholte Forderung, Wels freizugeben, nicht beachtet wurde, begann der Kampf gegen das Schloß und den Marstall. Diese blutigen Weihnachten sind noch in böser Erinnerung. Geschützfeuer zerstörte einen Teil der Marstallfassade. Erneute Verhandlungen führten endlich zum Abbruch des Kampfes und zur Freigabe von Wels. Die Verluste waren auf beiden Seiten groß. 70 Tote oder mehr lagen am Weihnachtsabend auf den Berliner Straßen. Während des Kampfes hatten sich zwar einige Unabhängige mehrfach um eine Beilegung des Bürgerkrieges und Brudermordes bemüht, aber schon am 25. abends brach der Kampf aufs neue aus, indem die von den revolutionären Obleuten aufgeputschten Massen das „Vorwärts“-Gebäude stürmten und besetzten. Am 26. wurde diese erste Besetzung noch einmal gütlich beseitigt. Die nächsten Tage waren sozusagen der Generalmusterung der beiderseitigen Anhängerschaft gewidmet. In riesenhaften Demonstrationen zeigten die Sozialdemokraten, wie wenig ihre Anhänger mit diesen blutigen Verfechtern des Umsturzes zu tun haben wollten. In diesen Tagen fand

auch die erste Reichskonferenz des Spartakusbundes statt, bei der Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegenüber den Überradikalen bereits in der Minderheit blieben. Die preußische Regierung beschloß im Anschluß an diese Vorgänge die Absetzung des unabhängigen Polizeipräsidenten Eichhorn, der am 24. Dezember, als er von dem Kampf um den Marstall hörte, in eigener Person die Arbeiter der spartakistisch organisierten Betriebe, wie Schwartzkopff usw., aufgefordert hatte, sofort die Arbeit einzustellen und sich beim Polizeipräsidium Waffen zu holen. Bezeichnend für Eichhorn war, daß er in jenen Tagen noch von der Rosta, dem Nachrichtendienst Moskaus, Gehalt bezogen hat. Am 5. Januar wurde Eugen Ernst zum Nachfolger Eichhorns ernannt. Am gleichen Tage fanden überall in Berlin große Wahlversammlungen zur Nationalversammlung statt. Am Abend des 5. Januar brach der Bürgerkrieg aufs neue und mit bisher ungeahnter Stärke aus, indem unter Führung von Ledebour und Liebknecht, die sich als neue Regierung aufgetan und die Regierung Ebert—Scheidemann auf dem Papier abgesetzt hatten, die schon früher erwähnte Besetzung des Zeitungsviertels und zahlreicher öffentlicher Gebäude stattfand.

OTTO WELS

Nach einer Besprechung mit Ebert betrat ich den Korridor, um mein Zimmer aufzusuchen. Da — ich traute meinen Augen nicht — — um Gottes willen! — Wer ist das? Das — das ist doch unmöglich! Das — ist — Otto Wels? Ja und nein — er war es wirklich. Infolge der Verhandlungen hatten die Matrosen ihn endlich freigelassen. Er sah gespenstisch genug aus. Das Gesicht war grau und faltig, die Augen, die den

Tod geschaut, waren hohl. Einmal, zweimal, dann noch ein drittes Mal hatten ihn die irrsinnigen Soldaten an die Wand gestellt und — die Gewehre in den Fäusten — gesagt: „Jetzt ist Schluß — jetzt wirst du erledigt!“ Mein Gefühl der Freude, ihn lebendig wiederzusehen, wurde fast erdrückt durch die Wut, die mich schüttelte. Wehe uns, wehe dem ganzen Volk, wenn diese Wahnwitzigen das Ruder würden in die Hand nehmen können! Rußland hat deutlich genug gezeigt, wie es weitergeht, wenn der erste Mord begangen ist . . . Die Kleidung meines Freundes war beschmutzt und zerrissen, die Weste war in Fetzen. Seine Hände zitterten. Er konnte sich offenbar kaum auf den Beinen halten. In einer kleinen Medizinflasche hatte ich, wie mir einfiel, noch einen Schluck Kognak. Ich sprang fort, um ihn zu holen. Der Schluck wirkte Wunder. Wels wird niemals im Leben einen Schnaps mit größerer Inbrunst getrunken haben. Während er Platz nahm, ging ich zu Ebert, um ihm die Rückkehr des fast schon Aufgegebenen zu melden. Ebert freute sich natürlich, daß Wels noch am Leben war, wälzte aber offenbar ganz andere Gedanken.

Ich fragte ihn: „Was fangen wir mit Otto an?“ — „Ja, was fangen wir mit ihm an — der ist erledigt, das wird er selbst einsehen. In die Kommandantur kann er unter keinen Umständen zurück. Er ist für uns nicht mehr zu verwenden.“ — „Was willst du damit sagen?“ — „Wie die Situation ist, kann er doch für die Kommandantur oder ein anderes Amt nicht in Betracht kommen!“ — „Ich verstehe dich wahrhaftig nicht! Weil Irre ihn morden wollten — —“ — „Wir könnten ihn vielleicht mitnehmen, um ihn weiteren Gefahren nicht auszusetzen.“ — „Was redest du da, was soll das heißen? Ich verstehe dich nicht mehr!“ — „Ich habe durch Baake einen Zug bereitstellen

lassen, der uns heute nacht nach auswärts bringen soll. Wir können hier nicht bleiben.

Während der Szene, die sich dann abspielte, hatte ich den halbtoten Wels fast vergessen. Ich rannte zu Landsberg, mit dem im Bunde Ebert dann von seinem Reiseplan abgebracht werden konnte. Es war dies nicht das erste- und nicht das letztmal, daß Ebert den Sitz der Regierung verlegen wollte. Bis auf den Entschluß, die Nationalversammlung nach Weimar zu berufen, ist es stets gelungen, den Umzug zu verhüten.

NOSKE BAUT EINE WEHR AUF

Als Protest gegen den blutigen Kampf, der um die Befreiung von Wels geführt worden war, traten die Unabhängigen aus dem Rate der Volksbeauftragten aus. Sie wollten die Verantwortung für das dort von ihren und Liebknechts Anhängern heraufbeschworene Blutvergießen nicht tragen. Nun hatten wir die Möglichkeit und auch die Pflicht, die Regierung einheitlich zusammensetzen. Wissell, den wir wegen seiner gediegenen Kenntnisse, besonders des Wirtschaftslebens, gebeten hatten, in die Regierung einzutreten, folgte dem Rufe sofort. Noske sträubte sich zunächst, weil er keine Lust habe, „in kurzer Zeit abzuwirtschaften, wie das jedem Mann passieren wird, der jetzt in die Regierung geht“. Er leistete unserem Rufe aber doch Folge. Loebe, den wir ebenfalls gebeten hatten, lehnte ab, weil er in Breslau unabkömmlich sei. Wir verzichteten schließlich auf den sechsten Mann und regierten zu fünft weiter. Noske wurde beauftragt, eine zuverlässige Wehr aufzustellen. Solange wir eine solche nicht hatten, war die „Macht der Regierung“ eine Fiktion. Wenn die Volksmarinedivision im Marstall am ersten Weihnachtstage die Truppen

noch eine Stunde lang mit den Verhandlungen hingehalten hätte, was gar keine Kunst gewesen wäre, wie sich später herausgestellt hat, dann hätte der General v. Lequis kapitulieren müssen, hatte er uns doch bereits einen Offizier in die Reichskanzlei geschickt, der um Verhaltensmaßregeln bitten sollte! „Entweder werden Verhandlungen genehmigt, oder —“ — „Na, oder?“ — „Oder wir müssen den Kampf aufgeben.“ Die Truppen hatten sich im Laufe weniger Stunden von kommunistischen Frauen und deren Kindern vollkommen umzingeln und durchsetzen, also lahmlegen lassen! Die russischen Kommunisten hatten ihre deutschen Genossen gut instruiert.

Noske mußte tatsächlich von Grund auf neu aufbauen. So schwierig das war, er konnte wenigstens damit beginnen, ohne von unentschlossenen Volksbeauftragten, die nicht den Mut hatten, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, daran gehindert zu werden. Noske ging sofort an die Arbeit. Er begann damit in Dahlem, und zwar in einem Mädchenpensionat, das gerade infolge der Ferien leerstand. Er hatte schnell genug gesehen, wie kläglich die „Macht“ der Volksbeauftragten beschaffen war. „Meine Regierungskollegen saßen wie in einer Mausefalle, an geregelter Arbeit war bei der Schießerei in unmittelbarer Nähe nicht zu denken“, so sagt er in seiner Schrift: „Von Kiel bis Kapp.“

Nach dem Austritt der Unabhängigen aus der Regierung schlugen die bolschewistischen Wellen im ganzen Reiche wieder höher. Geputscht wurde u. a. in Bremen, Leipzig und im Ruhrgebiet.

Auf dem kommunistischen Parteitag, der Ende Dezember in Berlin stattfand, forderte Radek die Arbeiter auf, gemeinsam mit den roten Armeen Rußlands die Entscheidungsschlacht gegen den englischen Kapitalismus am Rhein zu schlagen. Rühle, ein in der

Revolutionszeit hypernervös gewordener sächsischer Lehrer, forderte den rücksichtslosen Straßenkampf. Ein von ihm gestellter, von Rosa Luxemburg bekämpfter Antrag, das Zustandekommen der Nationalversammlung „mit allen Mitteln“ zu verhindern, wurde mit 62 gegen nur 23 Stimmen angenommen. Bald darauf raste dann auch Spartakus wieder durch die Straßen Berlins — sieben Tage lang. Noske hatte inzwischen eine Truppe auf die Beine gebracht, von der angenommen werden durfte, daß sie einigermaßen zuverlässig sei. Am 11. Januar rückte er von Dahlem aus in Berlin ein, um seine Truppe zu zeigen. Ich war auf Eberts Wunsch dem Zug entgegengefahren und marschierte von der Schöneberger Hauptstraße bis zum Potsdamer Platz an der Seite Noskes mit. Die Truppe wurde auf dem ganzen Wege freudig begrüßt, war doch die große Mehrheit der Bevölkerung über den Terror der Kommunisten empört. Die Truppe wirkte Wunder: Zwar tobten Liebknecht und Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“, in Flugblättern und Versammlungen sich weiter aus, aber die ebenso wilden wie sinnlosen Straßenkämpfe fanden doch nicht mehr täglich statt.

Die wilden „Revolutionäre“ à la Ledebour sind gerade von kommunistischer Seite am blutigsten verhöhnt worden. Über die unter dem besonderen Einfluß Ledebours zustande gekommenen Massendemonstrationen am 5. Januar 1919 hat die „Rote Fahne“ furchtbar gehöhnt. Ledebour hatte den entscheidenden Kampf führen wollen. Die Revolutionsobleute hatten auf seine Forderung hin mit 80 gegen 6 Stimmen den Kampf, den wirklichen Kampf mit der Waffe beschlossen. Tatsächlich marschierten die Massen im Tiergarten auf. — Doch lassen wir der „Roten Fahne“ das Wort:

„ . . . Vom Roland zur Viktoria standen die Proletarier Kopf an Kopf. Bis weit hinein in den Tiergarten standen sie. Sie hatten ihre Waffen mitgebracht, sie ließen ihre Banner wehen. Sie waren bereit, alles zu tun, alles zu geben, das Leben selbst. Eine Armee von 100 000 Mann, wie kein Ludendorff sie gesehen.

Und da geschah das Unerhörte, die Massen standen von früh um 9 Uhr in Kälte und Nebel. Und irgendwo saßen die Führer und berieten. Der Nebel stieg und die Massen standen weiter. Aber die Führer berieten. Die Massen fieberten vor Erregung: sie wollten eine Tat, auch nur ein Wort, das ihre Erregung besänftigte. Fast keiner wußte, welches. Denn die Führer berieten. Der Nebel fiel wieder, und mit ihm die Dämmerung. Traurig gingen die Massen nach Hause: sie hatten Großes gewollt und nichts getan. Denn die Führer berieten. Im Marstall hatten sie beraten, dann gingen sie ins Polizeipräsidium und berieten weiter. Draußen standen die Proletarier auf dem leeren Alexanderplatz, die Knarre in der Hand, mit leichten und schweren Maschinengewehren. Und drinnen berieten die Führer. Im Präsidium wurden die Geschütze klargemacht; Matrosen standen an jeder Ecke der Gänge. . . Und drinnen saßen die Führer und berieten. Sie saßen den ganzen Tag und die ganze Nacht und berieten. . . Sie berieten, berieten, berieten.“

Mit anderen Worten heißt das: die Schwätzer schwatzten, wie sie immer geschwätzt hatten.

Es ist gar kein Zweifel, daß 1918 viel mehr im Interesse des werktätigen Volkes hätte geschaffen werden können, als geschaffen worden ist. Die besten Absichten waren bei den sozialdemokratischen Volksbeauftragten vorhanden. Die russisch-revolutionären Redereien führten jedoch immer wieder zu Straßenkämpfen und Putschen, durch die die Volksbeauftragten für positive Arbeit nahezu lahmgelegt wurden. Ihre Hauptaufgabe war ganz zwangsläufig geworden: Sie mußten bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung sich „an der Macht“ zu halten suchen, weil anderenfalls der Bolschewismus auch das deutsche Volk todsicher überflutet haben würde. Das Gerede jener allzeit Überschlauen, die d a m a l s verlangt haben, daß

man die „Bolschewisten zusammenschießen müsse“, und die jetzt sagen: „damals hätte man die Reaktion von rechts ein für allemal erledigen müssen“, sei nur als Beispiel für eine weitverbreitete Gedächtnisschwäche erwähnt.

ZUR ERMORDUNG LIEBKNECHTS UND ROSA LUXEMBURGS

Mit meinen Freunden in Kassel war für den Abend des 16. Januar 1919 eine Versammlung vereinbart worden, in der ich reden sollte, war ich doch Kandidat für die Nationalversammlung. Ich sollte wenigstens einmal zu meinen Wählern sprechen. In der Nacht vom 15. auf den 16. Januar reiste ich von Berlin nach Kassel. Im Zuge traf ich den Oberst v. Feldmann, den späteren Staatssekretär im Reichswehrministerium, einen uns wegen seiner zudringlichen Hilfsbereitschaft wenig sympathischen Menschen. Er wäre gar zu gern „etwas“ geworden. Als ich später einmal gelesen habe, daß er der politische Berater Hindenburgs in Hannover gewesen ist und daß der zweite Reichspräsident mit dem Gedanken umgegangen sei, ihn zu seinem Staatssekretär zu machen, da ist mir mancherlei klargeworden. Der kaiserlich-republikanische Oberst und ich hatten das gleiche Reiseziel: Kassel. Er wollte dienstlich auf der Wilhelmshöhe, wo damals das Hauptquartier war, berichten. Im Laufe des Vormittags am 16. wurde im Hotel „Kasseler Hof“ von Wilhelmshöhe aus bei mir angerufen. Feldmann hatte erzählt, daß ich in Kassel sei, die Generale v. Hindenburg und Groener baten mich zum Mittagessen. Ich sagte zu und fuhr im Auto, das mir die Herren schickten, in das Hotel, in dem sie ihr Quartier hatten.

Das Menü brachte mir keine Überraschung, es

glich unserem Berliner Mittagessen wie eine Kartoffelsuppe der andern: Messer und Gabel waren also nicht erforderlich. Nur General Groener, der kränklich war, hatte eine Scheibe Fleisch bekommen. Ich saß zur Rechten Hindenburgs, gegenüber saß Groener, links und rechts von uns hatten die Offiziere des Hauptquartiers Platz genommen.

Während des Mahles rief eine Ordonnanz den General Groener an den Fernsprecher seines im ersten Stock gelegenen Zimmers: eine wichtige Meldung von Berlin sei da. Eine Minute später ließ der General mich rufen mit dem Bemerkten, daß die Meldung für mich bestimmt sei. In Berlin meldete sich Staatssekretär B a a k e : „Ich habe eine sehr schlimme Mitteilung zu machen. In dieser Nacht sind K a r l L i e b k n e c h t und R o s a L u x e m b u r g e r m o r d e t worden. Ebert wünscht, daß du sofort zurückkehrst, denn es steht zu befürchten, daß es drunter und drüber gehen wird. Du sollst mit General Groener reden, damit er dir schleunigst einen Zug stellen läßt.“ Ich war auf das tiefste erschüttert, erklärte aber, daß es ganz unmöglich sei, sofort zu fahren, das sei wohl auch nicht erforderlich, weil ich ja nur spät in der Nacht in Berlin eintreffen könne. Damit sei niemandem gedient. In Kassel seien 22 000 Karten für meine Versammlung verkauft worden. Ich wolle also erst meinen Vortrag halten und dann in der Nacht reisen. Ebert, der dann selbst an das Telephon kam, war auf das höchste erregt und bat mich zunächst, sofort zu fahren, erklärte sich aber mit meinem Vorschlag schließlich einverstanden, denn ich konnte am nächsten Morgen in aller Frühe in Berlin sein.

Nach meinen Reden in der Stadthalle — ich mußte viermal sprechen, vor der Halle, im Vestibül, im großen, dann auch noch im blauen Saale — eilte ich gleich zur

Bahn. General Groener hatte alles besorgt, so daß ich sofort reisen konnte. Auf der Bahn wurde mir von dem Vorsteher ein Plan überreicht, aus dem ich ersah, daß jede Station, die der Zug passieren mußte, telegraphisch benachrichtigt war. Das machte mich schon stutzig. Ich legte mich jedoch unbesorgt in das Bett und schlief auch bald ein. In Eichenberg wurde ich aber schon geweckt durch den Zugführer oder den Stationsvorsteher, der mir sagte, daß der Zug nach dem ausgearbeiteten Plane nicht weiterfahren könne, denn es sei aus Seesen gemeldet worden, daß dort seit einer halben Stunde die Spartakisten den Bahnhof besetzt hätten, um mich in Empfang zu nehmen. Das war die Folge der telegraphischen Meldung, der man tōrichterweise die Bemerkung beigefügt hatte, daß ich mich in dem Zuge befände. Der Beamte machte den Vorschlag, nach einem neuen Plan den Versuch zu machen, mich über Nordhausen nach Berlin zu bringen. Ich erklärte mich damit einverstanden und schlief bald wieder ein. Doch bevor wir Nordhausen erreicht hatten, wurde ich abermals geweckt und erhielt von einem Beamten die Mitteilung, daß auch der zweite Plan nicht durchgeführt werden könne. Der Bahnhof in — den Namen verstand ich nicht — sei, wie gemeldet worden wäre, inzwischen auch von den Spartakisten besetzt worden. Er empfehle mir, zuzustimmen, daß der Versuch gemacht werden solle, mich auf einer Nebenbahn nach Berlin zu befördern. Ich war selbstverständlich damit einverstanden. Als ich mich wieder zum Schlaf umlegen wollte, fragte mich der Beamte, ob ich mich nicht doch lieber angekleidet legen wolle. Das lehnte ich ab, bat ihn aber, mir den Rock, der an der Wand hing, so zu mir herüberzuziehen, daß ich in die Taschen fassen könne. Ich nahm mein

Schießisen, legte es entsichert unter das Kopfkissen und schlief mit dem besten Gewissen, und übermüdet, durch, bis ich auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin um 7 Uhr geweckt wurde. Auf dem sonst vollkommen menschenleeren Bahnhof, der abgesperrt war, so daß ich ihn durch den Seitenausgang nach der Wanneseebahn verlassen mußte, standen Dutzende von Bahnbeamten und viele Gepäckträger. Die waren nicht wenig erstaunt, als ich mit meinem kleinen Täschchen in der Hand allein den Bahnhof verließ und mich zu Fuß nach der Wilhelmstraße begab.

DIE WAHLEN ZUR NATIONAL- VERSAMMLUNG

Die Wahlen zur Nationalversammlung waren im Allgemeinen ruhig verlaufen. Die blutrünstigen Drohungen der Kommunisten hatten in Berlin nicht verwirklicht werden können, weil selbst die bescheidene Truppenmacht, die inzwischen auf die Beine gebracht worden war, den Moskaumännern allerlei Respekt eingeflößt hatte. Zu einem blutigen Überfall auf friedliche Demonstranten war es in Düsseldorf gekommen. Sozialdemokraten und Demokraten veranstalteten eine gemeinsame Demonstration für die demokratische Republik. Diese Demonstration wurde von kommunistischen Banden überfallen und beschossen. Resultat: Vierzehn Tote und zahlreiche Verwundete! Sobald jedesmal zum Schutze des Publikums gegen solche Anarchie Truppen in Bewegung gesetzt wurden — Polizei kam nach Lage der Verhältnisse gar nicht in Betracht —, ging die kommunistische Schreierei gegen die Regierung los: „Die Mörderbanden der Ebert-Scheidemann-Regierung sind im Anmarsch. Die Erlangung einer besseren Menschenwürdigkeit soll mit

Gewalt niedergedrückt werden.“ Die feige Ermordung demokratischer Demonstranten war in den Augen der Kommunisten „ein Kampf für bessere Menschenwürdigkeit“. Der Schutz der Bevölkerung vor diesen merkwürdigen Menschenfreunden war der „Anmarsch von Mörderbanden!“ —

Für die Sozialdemokratische Partei waren 11 446 716 Stimmen, für die Unabhängigen 2 314 332 Stimmen abgegeben worden. Das Zentrum zählte 6 021 456, die Demokraten 5 601 621, die Deutsche Volkspartei 1 240 303 und die Deutschnationale Volkspartei 3 199 573 Wähler. In die Nationalversammlung kam auf Grund der proportionalen Verteilung nach der Stimmenzahl: 163 Sozialdemokraten, 22 Unabhängige, 88 Mitglieder des Zentrums, 75 Demokraten, 42 Deutschnationale, 21 Deutsche Volksparteiler und 10 Vertreter verschiedener Splittergruppen, zusammen also 421 Abgeordnete. Eine sozialdemokratische Regierung konnte nicht gebildet werden, weil die für eine Mehrheit notwendigen 211 Stimmen nicht einmal von den Sozialdemokraten und Unabhängigen gemeinsam aufzubringen gewesen wären. Sicherlich steckten übrigens in den unabhängigen Stimmen auch die der Kommunisten, trotz der proklamierten Wahlenthaltung. Die allgemeinen Wahlen hatten mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie schwach die sogenannte radikale Linke war. Von insgesamt 421 Abgeordneten gehörten nur 22 zu ihr. Ohne die heftigen Bruderkämpfe unter den Arbeitern hätte das Wahlergebnis ein besseres sein müssen.

Ich war zweimal gewählt worden, in Kassel und in Berlin. Das Mandat für Kassel nahm ich an.

Zwei Tage nach der Wahl zur Nationalversammlung weigerte sich der Chauffeur, der mich hin und wieder in einem Amtswagen fuhr, mich noch zu fahren, wenn er nicht bewaffnet würde und einen be-

waffneten Begleiter bekomme. In der Annahme, daß ich in seinem Wagen säße, hatten ihn wiederholt Strolche, die sich für Revolutionäre ausgaben, angehalten und bedroht.

Ebert wollte die Nationalversammlung unter keinen Umständen in Berlin tagen lassen. Er hatte den damaligen Direktor beim Reichstag, Geheimrat Jungheim, gebeten, einige Städte zu besichtigen, die für eine Tagung der Nationalversammlung in Betracht kommen könnten. Jungheim kehrte mit der Meldung zurück, daß er Weimar für geeignet halte, weil sich auch das dortige Theatergebäude recht gut für Parlamentstagungen herrichten lasse. Noske gab den Ausschlag zugunsten Weimars, weil er der Meinung war, daß die Sicherheit der Nationalversammlung in Berlin nicht unter allen Umständen gewährleistet werden könne, dazu sei seine „bewaffnete Macht“ noch zu gering.

EBERT ÜBER DIE AUFGABEN DES REICHSPRÄSIDENTEN

Immer häufiger wurde ich in jenen Tagen und Wochen gefragt, wie wir Weimar aufziehen und was für Vorschläge wir der Fraktion über die Zusammensetzung der Regierung machen wollten. Ich verwies alle an Ebert, keiner aber hat mir jemals eine Antwort überbracht. Da ich zum dritten Male mit ihm gleichberechtigter Vorsitzender war — im Parteivorstand, im Fraktionsvorstand und im Rate der Volksbeauftragten —, mußte ich ihn wohl oder übel interpellieren. „Bist du im klaren über Weimar? Welche Rede willst du halten?“ — Ebert: „Ich will die erste Rede halten, das Repräsentative liegt mir besser.“ — Was nun folgte, war selbst für mich überraschend, weil

ganz klar zu erkennen war, wie Dinge, die wir anderen zunächst nebenbei behandelt oder kaum erwogen hatten, von Ebert bis ins kleinste sorgsam überlegt waren. Mit wirklich bewundernswertem, von mir stets rückhaltlos anerkanntem taktischem Geschick hat er seine Pläne dann konsequent verfolgt.

„Wir müssen uns doch auch klar werden über die Vorschläge für die neue Regierung. Die Fraktion erwartet das bestimmt von uns.“ — „Ich habe mir das schon durch den Kopf gehen lassen und bin zu der Überzeugung gekommen, daß du den Posten des Reichskanzlers übernehmen mußt.“ — „Ich? Ich verstehe dich nicht. Nachdem du bisher die leitenden Geschäfte in der Hauptsache besorgt hast, halte ich es für das Gegebene, daß du das Amt des Reichskanzlers oder Ministerpräsidenten übernimmst. Auf mich brauchst du nicht die geringste Rücksicht zu nehmen. Mein Regierungsbedarf ist wirklich mehr als gedeckt.“ — „Ach, das ist ja dummes Zeug. Wir haben doch sonst überhaupt — —“ — „Versteh mich nicht falsch, Fritz, wenn du Wert darauf legst und die Fraktion ebenfalls, daß ich Minister unter deiner Kanzlerschaft werde, bin ich dazu natürlich bereit.“ — „Du hast mich noch nicht ausreden lassen. Wir brauchen doch auch einen Reichspräsidenten.“ — „Ah, hast du das auch reiflich überlegt?“ — „Ich glaube, daß mir das Repräsentative liegt —“ — „Fritz, in allem Ernst, darüber müssen wir uns gründlich aussprechen. Ob ein Reichspräsident von der Fraktion und der Nationalversammlung für notwendig gehalten wird, ist nach den Auseinandersetzungen in der letzten Zeit doch noch gar nicht sicher — —“ — „Aber

*) Zum besseren Verständnis dieser nicht zum Abschluß gebrachten Unterredung zwischen Ebert und mir sei bemerkt, daß in jener Zeit die Frage der Reichspräsidentschaft vielfach „grund-

selbstverständlich!“ — „Angenommen, daß das selbstverständlich ist, so scheint es mir nicht selbstverständlich zu sein, daß ein Parteigenosse gerade dieses Amt übernehmen muß.“ — „Das verstehe ich wirklich nicht.“ — „Vergleiche mal die ‚Macht‘, die ein Reichspräsident in einer Republik mit stark sozialdemokratischem Einschlag haben wird, mit der eines starken Reichskanzlers! Außerdem: wir sind die stärkste Partei in der Nationalversammlung, werden also Anspruch auf das Präsidium im Parlament erheben, den Reichskanzler wollen wir unter allen Umständen haben — dazu auch noch den Reichspräsidenten? Alle drei? Das werden wir nicht durchsetzen können. Außerdem: von den radikalen Arbeitern werden alle Angriffe, wenn aus der Sozialisierung zunächst nichts wird, sich gegen den sozialdemokratischen Präsidenten richten. Man wird ihn zum Schaden der Partei angreifen. Um ein mir vorschwebendes Bild zu skizzieren: der sozialdemokratische Reichspräsident ist der rote Wimpel, der über dem Schiffe flattert und nicht viel zu bedeuten hat. Der Reichskanzler dagegen wäre dem Kapitän oder dem Steuermann vergleichbar. Du hast die erforderlichen Ellbogen für diesen Posten. Dagegen als Dekoration — da bist du mir zu schade.“ — „Ich

sätzlich“ diskutiert worden ist. Es wurde von einigen Kreisen lebhaft Propaganda dafür gemacht, auch für Preußen einen Landespräsidenten zu schaffen. Gegen diesen Preußenplan wurde sofort heftig angekämpft. In engstem Zusammenhang mit allen diesen Fragen war gerade zur Zeit unserer Unterredung eine Diskussion im Gange über die Frage, ob für das Reich ein Präsident notwendig sei. Es wurden Vergleiche mit der Schweiz und anderen Republiken angestellt. Ich hatte bei diesen Debatten u. a. der Meinung Ausdruck gegeben, daß es vielleicht empfehlenswert sei, einen außerhalb aller Parteigetriebe stehenden Mann der Kunst oder Wissenschaft, der republikanisch unbedingt zuverlässig und — selbstverständlich — allgemein geachtet sei, als Reichspräsident in Vorschlag zu bringen.

stelle mir unter dem Reichspräsidenten eine andere Machtposition vor als du. Der Reichspräsident wird ungeheuer viel machen können." — „Unsere Ansichten gehen hier auseinander. Für das Reichspräsidium wird durch den ersten Präsidenten schon ein Vorbild für die Nachfolger geschaffen. Ist der erste Präsident ein Sozialdemokrat, der sehr aktiv ist, und er nützt die Position politisch aus, dann können uns seine Nachfolger sehr unbequem werden. Ob der zweite Reichspräsident wieder ein Sozialdemokrat sein würde, steht noch dahin.“

Es trat, je länger die Unterredung dauerte, immer klarer zutage, daß unsere Anschauungen in der Beurteilung der Aufgaben des Reichspräsidenten weit auseinandergingen. Was Ebert unter diesen Aufgaben verstand, war wirklich nur so zu formulieren: der Reichspräsident bestimmt die Politik und der Reichskanzler deckt sie.

* * *

Als ich diese Aufzeichnungen, die im Januar 1919 gemacht worden sind, viele Jahre später durchgelesen habe, ist mir erneut zum Bewußtsein gekommen, daß Ebert über die Seßhaftigkeit und Machtfülle eines Reichspräsidenten im Gegensatz zu dem Reichskanzler die bessere Voraussicht gehabt hat. Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs wirkte immer noch der zweite Reichspräsident, aber wir hatten schon fünfzehn Regierungswechsel gehabt! Freilich waren in den verschiedenen Regierungen achtmal Sozialdemokraten als Kanzler und Minister beteiligt; das Amt des Reichspräsidenten haben die Sozialdemokraten nur einmal innegehabt.

Daß das deutsche Volk nach allen seinen Erlebnissen im Kaiserreich und im Krieg innerhalb eines

Jahrzehnts nicht lernen sollte, auf Grund der neuen Verfassung ein arbeitsfähiges Parlament mit starker Regierung zu schaffen, hatte ich nicht angenommen, ebensowenig, daß gerade in der Deutschen Republik dem Reichspräsidenten einmal eine meines Erachtens viel zu große politische Macht eingeräumt werden könnte.

Neunter Abschnitt

IN WEIMAR

Die Fahrt nach Weimar ging sehr gut vonstatten. **D**Es herrschte in dem für die Mitglieder der Regierung und ihre Hilfsmannschaften besonders zusammengesetzten Zug zeitweilig sogar eine angeregte Stimmung. Das war übrigens kein Wunder nach den hinter uns liegenden schweren Monaten. In dem Wagen wurde, als wir uns dem als bolschewistisch verschrienen Halle näherten, gescherzt über die uns wahrscheinlich erwartenden Kommunisten. Als der Zug in die Bahnhofshalle einlief, schaute Ulrich Rauscher, der spätere Gesandte in Warschau, zum Fenster hinaus und rief uns dann nach einem Blick auf die vielen Gepäckträger beruhigend zu: „Hier herrscht die beste Ordnung, hier haben die Kommunisten schon alle Menschen numeriert.“

Kurt Baake, ein treuer alter Parteigenosse, vielseitiger Berater Eberts in der Kriegszeit, war seit dem 9. November als Unterstaatssekretär die rechte Hand Eberts. Nur mit größter Mühe und Not war es mir freilich in Berlin gelungen, Baake zu veranlassen, sein Amt nicht niederzulegen. Einmal hatte er mit vor Zorn bebender Stimme zu mir gesagt, daß das Amt aus persönlichen Gründen ihm unerträglich

geworden sei. Mit dem Hinweis auf meine eigenen Erlebnisse suchte ich ihn zu trösten und stimmte ihn wieder um.

In Weimar bekam Noske den ersten Krach mit den dortigen „radikalen“ Genossen, die als internationale Revolutionäre keine landesfremden Truppen in Thüringen haben wollten. Anstelle der zur Sicherung Weimars von Noske in die Nähe verlegten Soldaten wollten sie Landeskinder berufen wissen. Thüringen den Thüringern! — wie Amerika den Amerikanern! Selbstverständlich wurden die mit Mühe und Not formierten Truppenteile, die sich allerdings hauptsächlich aus Preußen zusammensetzten, nicht fortgeschickt.

Zunächst ging alles wie am Schnürchen. Peinliche Stockungen gab es erst, als in der Fraktion die Forderung erhoben wurde, Vorschläge für die Regierungsbildung zu machen. Da zur großen Überraschung der Fraktion keiner der Volksbeauftragten ein Wort sagte, wurde beschlossen, daß der Fraktionsvorstand in Gemeinschaft mit den Volksbeauftragten beraten und dann der Fraktion entsprechende Vorschläge machen sollte. Diese gemeinsame Sitzung fand im Garderobenzimmer eines Weimarer Künstlers statt. Ich berichtete nach den damals gemachten Aufzeichnungen: „Auf die Frage Loebes, was für Vorschläge der Fraktion gemacht werden sollten, gab es auch hier zunächst eine Pause. Dann nahm Dr. David das Wort: „Wir wollen Ebert als Reichspräsidenten und Scheidemann als Ministerpräsidenten vorschlagen.“ Darauf E. Auer-München: „Der Vorschlag Davids überrascht mich; in der Fraktion . . .“ Ebert machte jede weitere Erörterung überflüssig, indem er sagte: „Ich bitte, es bei dem Vorschlag Davids zu belassen; er entspricht einer in Berlin getroffenen Abmachung.“

Friedrich Ebert war zweifellos, wie er auch jetzt wieder bewiesen hatte, unser geeignetster Mann für das Amt des Reichspräsidenten. Er war nicht nur ein gescheiter, sondern auch ein energischer Politiker.

DIE ERSTE REPUBLIKANISCHE REGIERUNG

Die Eröffnung der Nationalversammlung durch den Alterspräsidenten Wilhelm Pfannkuch, meinem Landsmann und ersten politischen Lehrer, fand am 6. Februar 1919 statt. Ebert hielt die Begrüßungsansprache. Er stellte fest, daß die provisorische Regierung ihr Mandat der Revolution verdanke. Sie werde es in die Hand der Nationalversammlung zurückgeben. „Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst.“ Diese Freiheit sei der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist.

Die ausgezeichnete Rede gefiel Herrn Dr. Stresemann ganz und gar nicht. Er nannte sie am 22. Februar 1919 eine „kleinliche Parteired“, es wachse eben „nicht jeder Mensch mit seinen höheren Zwecken, auch Herr Ebert nicht.“ Stresemann suchte damals, in den schwersten Tagen der jungen Republik, den Deutschnationalen den Rang abzulaufen in agitatorischer Betätigung. Am 13. April 1919 machte er sich über Ebert lustig und löste damit die „Heiterkeit“ seiner volksparteilichen Freunde aus. Er verglich den sozialdemokratischen Reichspräsidenten mit der Bedeutung eines preußischen Königs oder deutschen Kaisers, „Mittelpunkten, um die sich alles Nationale findet.“ „Ein Ebert ist dieser Mittelpunkt nicht.“ Von dem ersten sozialdemokratischen Außenminister, Hermann Müller, sagte er höhrend, daß er deshalb

Staatssekretär des Auswärtigen geworden sei, weil er an einigen internationalen Kongressen teilgenommen habe. Die erfreuliche Wandlung, die innerhalb weniger Jahre bei Herrn Stresemann festgestellt werden kann, ist ungewöhnlich groß.

Zurück zur Nationalversammlung! Sie wählte Dr. David zum Präsidenten mit 374 Stimmen. Am 11. Februar fand die Wahl des Reichspräsidenten statt. Von 379 Stimmen erhielt Ebert 277, Graf Posadowsky 51, 50 Stimmen waren zersplittert. Zum Ministerpräsidenten, der den Auftrag erhielt, eine Regierung zu bilden, wurde ich berufen. Am 13. Februar konnte ich das erste nach dem Zusammenbruch ordnungsmäßig auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage gebildete Kabinett der Nationalversammlung vorstellen:

Sozialdemokraten:

Philipp Scheidemann, Reichsministerpräsident

Bauer, Reichsarbeitsminister

Eduard David, Minister ohne Portefeuille

Otto Landsberg, Reichsjustizminister

Noske, Reichswehrminister

Robert Schmidt, Reichsernährungsminister

Rudolf Wissell, Reichswirtschaftsminister

Zentrum:

Johannes Bell, Reichskolonialminister

Erzberger, Minister ohne Portefeuille

Giesberts, Reichspostminister

Demokraten:

Eugen Schiffer, Reichsfinanzminister

Gothein, Minister ohne Portefeuille

Hugo Preuß, Minister des Innern.

Als Reichsaußenminister war Graf Brockdorff-Rantzau berufen worden. Wir zählten ihn den Demo-

kraten zu, obwohl er nicht Mitglied der Demokratischen Partei war.

Die Berufung Davids als Minister ohne Portefeuille erfolgte deshalb, weil das Zentrum darauf bestand, den Präsidenten für die Nationalversammlung zu stellen. „Alle drei Präsidenten können Sie nicht verlangen.“ Das war bestimmt vorauszusehen gewesen. Anstelle Davids wurde Fehrenbach Präsident der Nationalversammlung. Ich hielt die Programmrede, die für die Innenpolitik „die Festigung der Einheit des Reichs durch eine starke Zentralgewalt“ als Ziel aufstellte. Für die Außenpolitik wurde ein baldiger Friedensschluß im Sinne der Wilsonschen Grundsätze unter Ablehnung jedes Gewaltfriedens gefordert. Außerdem wurde die sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen, Beteiligung am Völkerbund, gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung, Abschaffung der Geheimdiplomatie und ähnliches mehr gefordert. Selbstverständlich wurden auch die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen eingehend behandelt, namentlich auch die Frage der Bodenkultur und Bodenreform. Das uns Sozialdemokraten natürlich nicht genügende Programm — es war ein Kompromißwerk — klang aus in diese Zusagen: Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen, Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Gesellschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigung.

Die Nationalversammlung hieß die von den Volksbeauftragten erlassenen Gesetze und Verordnungen gut, schaffte eine Notverfassung und ging überhaupt fleißig an die Arbeit — es fehlte daran nicht. Außer den zahllosen Entscheidungen und Maßnahmen, die infolge des Zusammenbruches getroffen werden mußten,

um das vollkommene Chaos zu verhüten, waren besonders die mit dem Waffenstillstand verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen. Ernährungsfragen, die Versorgung der Kriegsbeschädigten und die Neuordnung des Heerwesens verursachten viel Arbeit, ebenso wie die Regelung der Frage, wie die vielen tausend Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamten, die entlassen werden mußten, versorgt werden sollten. Die Erledigung der vielen Aufgaben erforderte zahllose Kabinettsitzungen, Ministerbesprechungen, Empfänge von Deputationen, Fraktions- und Kommissionssitzungen.

Inzwischen putschten die Kommunisten bald hier, bald da. Besonders schlimm war es an der Wasserkante und in Thüringen, hier besonders in Gotha, Eisenach und Erfurt. In München wurde Kurt Eisner, der bayerische Ministerpräsident, am 21. Februar von dem Grafen Arco ermordet. In Berlin nahmen wilde Generalstreiks, bei denen selbst den Krankenhäusern Licht und Wasser gesperrt wurde, übelste Formen an. Für die Gewissenlosigkeit, mit der die Kommunisten zu Streiks und Putschen hetzten, legen die damals verbreiteten Flugblätter erschütterndes Zeugnis ab. Da hieß es z. B.: „Die Ebert—Scheidemann—Noske sind die Feinde der Revolution. Sie haben um ihrer Ministersessel willen Euch an die Bourgeoisie verkauft, sie haben Euch verraten. Sie haben Euch die Stricke der Nationalversammlung gelegt, sie haben Euch täglich morden lassen. Die Revolution kann nur weiter-schreiten über das Grab jener Mehrheitssozialdemokratie.“

Die Nervösität steigerte sich in allen Kreisen. Zu den häßlichsten Erinnerungen an jene Zeit gehört die Erschießung von 29 unschuldigen Matrosen in Berlin, die bei der Empfangnahme ihrer Löhnung in einen Hof geführt und auf Befehl eines Oberleutnants Marloh füsi-

liert wurden, sowie die Ermordung von zehn „Geiseln“ durch Kommunisten, und die Erschießung katholischer Gesellenvereinsmitglieder durch eine wildgewordene Soldateska in München. Die Kommunisten, Spartakisten und viele Unabhängige, die die „Revolution weitertreiben“ wollten, sind die Väter der „Technischen Nothilfe“ sowie der Reichswehr und die besten Helfer der Reaktion gewesen.

Die großen Erlebnisse der Nationalversammlung waren die Schaffung der Reichsverfassung und die Verhandlungen über das Versailler Diktat. Die Verfassung der Deutschen Republik hat gewiß noch mancherlei Mängel, wie es überhaupt nichts Vollkommenes in der Politik gibt. Daß sie die freiheitlichste Verfassung der Welt ist, kann im Ernst nicht bestritten werden. Der größte Fehler, der ihr bisher anhaftete, ist der, daß das Volk sie noch nicht hat lebendig werden lassen! Alles will freilich erlernt sein. Ein Volk ohne nationale Einheit, das — in ohnmächtige Kleinstaaten zerfallen — dann viele Jahrzehnte lang die Junkerherrschaft unter dem preußischen Klassenwahl-Unrecht erduldet hat, muß erst lernen, in der Freiheit zu leben und die Rechte der Verfassung zu nützen.

Zehnter Abschnitt

DAS VERSAILLER DIKTAT

In die Friedensdelegation, die sich Ende April nach Versailles begab, wurden unter dem Präsidium des Außenministers Grafen Brockdorff-Rantzau berufen der Justizminister Landsberg, Postminister Giesberts und Landtagspräsident Leinert, Bankier Dr. Melchior-Hamburg und der Staatsrechtslehrer Prof. Schücking, Mitglied der Nationalversammlung. Der Friedensvertrag,

der dieser Delegation am 7. Mai überreicht wurde, war das infamste Machwerk, das blinder Haß und sinnlose Wut jemals produziert haben. Die Regierung des Prinzen Max hatte sich ausdrücklich bei ihrem Depeschenwechsel mit Wilson auf die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellten Punkte berufen. Diese Wilsonschen Punkte existierten für die Entente jetzt ebensowenig, wie die feierlichen Versicherungen, daß sie „nicht Krieg führen gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen das Kaisertum und den preußischen Militarismus“. Obwohl der Kaiser geflohen, also für immer erledigt war; obwohl der preußische Militarismus vollkommen am Boden lag, während die der Entente angehörenden Länder in Waffen starrten; obwohl ein vom Volk gewähltes Parlament und eine Regierung mit sozialdemokratischen Reichs- und Ministerpräsidenten das deutsche Volk vertraten —; trotzdem das wahnsinnige Diktat, durch das ein 70-Millionen-Volk für viele Jahrzehnte versklavt, ehr- und wehrlos gemacht werden sollte.

Niemals! Niemals! so gellte es verzweifelt und entschlossen durch die Lande. Niemals? so hörte man aber schon bald in kleineren Kreisen zweifelnd munkeln. Niemals! so beteuerte auch Erzberger in den ersten Tagen, als unabhängige Redner sofort für ein Ja plädierten. Es sind genug dicke Wälzer über das Friedensdiktat gedruckt worden. Es ist nicht meine Aufgabe, eine Geschichte des Kampfes um den Frieden zu schreiben. Meine Aufgabe kann nur die sein, einige der Höhepunkte herauszuheben, die für mein ablehnendes Verhalten besonders maßgebend gewesen sind. Ich greife dabei auf meine frühere Schrift zurück und ergänze sie, soweit das erforderlich geworden ist. Für mich wird es immer das krasseste Beispiel schamloser Parteiverhetzung bleiben, wie die Rechte mich

bei diesen Vorgängen verunglimpft und mit einer Verantwortung beladen hat, die gerade ich in jedem Augenblick der Verhandlungen mitzutragen abgelehnt habe. So stark wirkte die Kriegsverlängererhetze gegen den „Scheidemann-Frieden“ nach, den sie nach dem von ihnen herbeigezwungenen Vernichtungsfrieden nur zu gern und mit aller Inbrunst angenommen hätten.

Die Besprechungen, die sich mit dem Frieden befaßten, hatten schon in der Zeit der sechs Volksbeauftragten begonnen und gaben, zugleich mit den Verhandlungen über die jeweils nötig werdende Verlängerung des Waffenstillstandes, den ersten Monaten der Weimarer Tagung das Gepräge. Es galt nicht nur, jedes einzelne in Frage kommende Gebiet genau durchzuarbeiten, sondern auch die Auswahl der zu beteiligenden Personen zu treffen, die nötigen organisatorischen Vorbereitungen zu machen und die Riesenzahl der vorgeschlagenen und notwendigen Sachverständigen zu sichten. In all diesen Fragen bedurfte es zwar langwieriger Verhandlungen, aber es spielte in sie die prinzipielle Frage der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung noch nicht hinein. Selbst als der Friedensvorschlag der Feinde vorlag und ganz Deutschland diesen hemmungslosen Vernichtungswillen erst fassungslos und dann mit einer elementaren Volksempörung ohnegleichen aufnahm, siegte über eine sofort auszusprechende Ablehnung zuerst noch der Wille, um jeden Preis in Verhandlungen und damit in ein Fahrwasser vielleicht noch möglichen Ausgleiches zu kommen.

DAS KABINETT ÄNDERT MEINE REDE

Diesem politisch einzig möglichen Willen trug ich unter Zustimmung des Kabinetts Rechnung, als ich in seinem Namen zum ersten Male, gleich nach der Überreichung des Versailler Dokuments, im Friedensausschuß der Nationalversammlung, der im Reichsfinanzministerium in Berlin tagte, referierte. Ich sparte keine Worte der Verurteilung, verwies aber gleichzeitig auf das einzige Gebot der Stunde: Verhandeln, Verhandlungsmöglichkeiten suchen! Dieselbe Ansicht beherrschte mich später bei der Vorbereitung meiner in der Aula vor der Nationalversammlung zu haltenden Rede. Es kam mir, der ich persönlich zur Ablehnung des Vertrages in der vorliegenden Form fest entschlossen war, nicht auf einen billigen rhetorischen Erfolg an, sondern ich wollte vor allem keine Gelegenheit zum Ausgleich zerstören.

In der Kabinettsitzung am Montag, dem 12. Mai, vormittags waren es hauptsächlich die Demokraten, die auf ein unbedingtes Nein hindrängten. Die anderen Minister, mit der alleinigen Ausnahme von David, der aber infolge eines Zufalls erst nach der Sitzung Einspruch erhob, schlossen sich ihnen an, und so wurde anstelle des zitierten Satzes der neue gesetzt: „Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar!“ Damit mußte meines Erachtens die Frage für die Mitglieder des Kabinetts insofern unbedingt als erledigt gelten, als für sie an eine Unterschrift nicht mehr zu denken war, wenn nicht ganz gewichtige Zugeständnisse gemacht wurden.

IN DER BERLINER UNIVERSITÄTS-AULA

Am Nachmittag des 12. Mai fand eine Sitzung der Nationalversammlung in der neuen Aula der Berliner Universität statt. Im Namen der Regierung sprach ich als Ministerpräsident über das Versailler Diktat. Einige Teile dieser Rede sollen hier wiedergegeben werden:

„In fremden Räumen, in einem Notquartier, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist.

Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten, die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: **Wir gehören zusammen!** Wir müssen beieinander bleiben. Wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere höchste Pflicht.

Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Machthunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt.

Lassen Sie mich ganz ohne taktische Erwägungen reden: was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungenweisend), in dem hundert Absätze beginnen: „Deutschland verzichtet — verzichtet — verzichtet“, dieser schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem

großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll — dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden!“

Es folgten dann Vergleiche des Diktats mit den Wilsonschen Programmpunkten und eine Schilderung der vernichtenden Wirkungen des Diktats für Deutschlands Innen- und Außenpolitik. Dann fuhr ich fort:

„Ich frage Sie: wer kann als ehrlicher Mann, ich will gar nicht sagen als Deutscher, nur als ehrlicher vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßten nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? (Lebhafter Beifall.)

Und nun genug, übergenug! . . .

Wir haben Gegenvorschläge gemacht, wir werden noch weitere machen. Wir sehen, mit Ihrem Einverständnis, unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar. (Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. — Die Versammlung erhebt sich.)“

Präsident: „Ich bitte nunmehr, den Herrn Redner fortfahren zu lassen.“

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: „Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und aber Millionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: ‚Weg mit diesem Mordplan!‘“

Meine Rede schloß mit den Worten:

„Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schauernd von dem jahrelangen Mord.

Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern!“

Stürmischer Beifall und Händeklatschen folgte, wie der stenographische Bericht feststellt.

Für die Sozialdemokratische Partei erklärte Hermann Müller, daß der Vertrag in der vorliegenden Form unannehmbar sei. Gröber sagte für das Zentrum, wir lehnen ihn ab! Dasselbe erklärte für die Demokraten Konrad Haußmann. Stresemann sprach für die Deutsche Volkspartei: „Dieses Friedensangebot ist ein Mischgericht aus französischer Rachsucht und englischer Brutalität.“ Für die Unabhängigen kritisierte Haase den Vertrag, er sprach aber das Wort „unannehmbar“ nicht aus. Dagegen veranstaltete seine Partei sofort Demonstrationsversammlungen gegen das Nein der Nationalversammlung. Das war ein schwerer Schlag für die Politik der Regierung, die auf Verhandlungen abzielte, denn nun wußte die Entente, daß sie einem gegen das Diktat vollkommen einigen Volk nicht gegenüberstand. Die SPD. beantwortete die unabhängigen Demonstrationen mit einer gewaltigen Kundgebung gegen den Gewaltfrieden, bei der ich ausführte: „In der jetzigen Regierung sitzt kein Mann, der so unehrlich wäre, etwas zu versprechen, wovon er weiß, daß er es nicht halten kann . . . Wir wollen den Frieden, wir wollen ihn auf Grund der Wilsonschen Punkte, wir sind bereit zu Verhandlungen. Unser ganzes Streben ist auf Anbahnung von Verhandlungen gerichtet, die nicht abweichen dürfen von dem, was der Welt wirklich den Frieden bringen kann.“

Ich glaube, konsequenter konnte die Haltung eines Politikers vom ersten Anfange bis zum bitteren Ende nicht durchgeführt werden.

* * *

Ebert, mit dem ich natürlich in jenen Tagen in dauernder Fühlung stand, erklärte sich absolut einig mit meiner Stellungnahme. Selbst ausländischen Freunden gegenüber versicherte er, unter keinen Umständen

den Vertrag zu akzeptieren, wenn er nicht ganz wesentlich verbessert werde; er nahm auch öffentlich das Wort, um in diesem Sinne Erklärungen abzugeben. Ich hatte ihn gewarnt, öffentlich sich festzulegen, wie ich das als Ministerpräsident habe tun müssen und meiner inneren Überzeugung gemäß auch habe tun können. Ebert fühlte sich direkt verletzt und versicherte, daß er genau so entschlossen sei, Nein zu sagen, wie ich. Am nächsten Tage stand er in der Wilhelmstraße auf dem Balkon und versicherte der versammelten Menge: „Wir werden diesen Vertrag nicht unterzeichnen, mag da kommen, was da will!“ Bildlich und wörtlich ist diese Szene von den illustrierten Zeitungen festgehalten worden. Da Ebert wußte, daß unsere Auslandsvertreter — in Schweden, Dänemark, Holland und der Schweiz — die Ablehnung mit aller Bestimmtheit erwarteten, malte ich mir bereits die großen Schwierigkeiten aus, die entstehen könnten, wenn Ebert wirklich Nein sagen und demissionieren würde. Ich hatte ihm offiziell und anderen meiner Freunde bestimmt versichert, daß ich das Diktat unter gar keinen Umständen unterzeichnen würde, auch dann nicht, wenn die Partei einen dahingehenden Beschluß fassen sollte. „Die Partei mag, so leid mir das wäre, unterzeichnen lassen, durch wen sie will, mein Name kommt nicht unter einen Vertrag, in dem wir bestätigen, daß die Feinde mit uns machen können, was sie wollen, weil wir der Auswurf der Menschheit seien — schlechthin wir Deutsche!“

DIE SPALTUNG IM KABINETT

Erschüttert wurde ich in meinem Glauben an die unbedingte Festigkeit der Männer im Reichskabinett, als ich bemerkte, daß Erzberger sich anders ein-

gestellt hatte und nun Tag für Tag bei Ebert bohrte. Ein Hamburger Kaufmann, der für die kaiserliche Reichsregierung während des ganzen Krieges in Skandinavien bestimmte kaufmännische Aufträge erledigte und sich allgemeiner Achtung erfreute, ging auch noch in der Revolutionszeit in den Reichsämtern ein und aus. Viele Monate lang hatte ich ihn nicht gesehen, als er eines Tages in der Reichskanzlei mir einen Besuch machte, um mich zu „warnen“. „Es wird gegen Sie intrigiert.“ Ich fragte ihn, ob er bisher etwa angenommen habe, daß in dem Hause Wilhelmstraße 77 schon einmal ein Mann amtiert habe, gegen den nicht intrigiert worden sei? „Sie müssen die Sache sehr ernst nehmen.“ Nach längerer Unterhaltung rückte er offen heraus: „Krüger“, das war damals der Vorsteher im Büro des Reichspräsidenten, „hat mir in nicht mißzuverstehender Weise gesagt: ‚Scheidemann werden wir los, sobald es zur Entscheidung über die Friedensfrage kommt. Der unterzeichnet wirklich nicht.‘“ Als ich dem Hamburger darauf sagte, das sei gar nichts Intrigantes, entspreche vielmehr vollkommen den Tatsachen, antwortete der Freund: „Geben Sie sich keiner Täuschung hin. Um ganz offen zu sein: Sie sind nicht gefügig genug.“ —

Alle Bemühungen, zu Verhandlungen mit der Entente zu kommen, blieben vergeblich. Einige Arabesken gab Clémenceau preis, sonst nichts, nichts, nichts! Friß, Vogel, oder stirb — unterschreibt, ihr Boches, oder wir marschieren!

Unter den Ministern war es immer wieder zu lebhaften Aussprachen über die Friedensbedingungen gekommen. Erzberger hatte nach einer mit mir sehr lebhaft geführten Auseinandersetzung unter vier Augen eine Denkschrift ausgearbeitet, in der er darlegte, wie nach seiner Meinung die Folgen für Deutschland bei

einem Ja oder bei einem Nein sein würden. Über die Denkschrift wurde am 3. und 4. Juni im Kabinett diskutiert. In mein Tagebuch habe ich damals geschrieben:

„ . . . Ich bin wie an allen Gliedern geschlagen. Vermag ich vielleicht die ganze Furchtbarkeit der Situation, in die unser Volk kommen kann, wenn wir Nein sagen, nicht zu überschauen? Sind Erzberger, Noske und David politisch so viel klüger und weitsichtiger als ich? Aber, wenn es schon sein muß, was ich auch jetzt noch, nach der Aussprache im Kabinett, an der auch Ebert und die Preußen teilnahmen, bestreite, und zwar leidenschaftlich bestreite, müssen denn wir Ja sagen, wir, die wir im Kabinett sitzen und vor aller Welt schon Nein gesagt haben?

„Unser Volk ist national so verlumpt, daß wir unterzeichnen müssen.— Unser Volk ist moralisch und national so verlumpt —“, dreimal hat es Noske vorgestern gesagt. Und der Vorreiter bei dieser Retirade war Erzberger, der irgendwelchen Gegenreden in dieser Frage vollkommen unzugänglich ist. — Sonst sprach niemand für die Annahme. Von den Demokraten sprachen sehr entschieden für Ablehnung: Gothein, Dernburg und Preuß; Giesberts vom Zentrum schlug sehr energische Töne an und begründete die Unmöglichkeit der Annahme besonders auch mit den vielgenannten Ehrenpunkten.

Von uns Sozialdemokraten war ich der erste, der seinen ablehnenden Standpunkt begründete. Ich enthielt mich aller großen Worte, sprach aber mit Deutlichkeit aus, daß ich mich unter keinen Umständen in Widerspruch setzen würde zu dem, was ich öffentlich, zum Teil auch als Präsident des Kabinetts, schon erklärt hätte.“

Ich hatte als Ministerpräsident nachdrücklichst betont, daß jeder Minister selbstverständlich nach bestem Gewissen, ausschließlich im Interesse des Landes entscheiden müsse, persönliche Rücksichten hätten unter allen Umständen auszuscheiden. Wiederholt hätte ich öffentlich erklärt, ebenso, wie freilich die anderen Herren auch, daß wir diesen Vertrag nicht unterzeichnen könnten. Wohl könne ich mir denken, daß das Reich der Gewalt weichen und schließlich Ja sagen müsse. „Ich werde es nicht sein, der es tut. Ich nehme

den Standpunkt ein, daß wir der Entente ganz offen und ehrlich sagen: „Was ihr von uns verlangt, kann von uns nicht erfüllt werden. Wollt ihr das nicht einsehen, dann kommt und versucht es selbst in Berlin. Mutet uns nicht zu, euer Gerichtsvollzieher und Henkersknecht am eigenen Volke zu sein.“ Der Vertrag ist — selbst wenn größere Konzessionen gemacht werden — unerfüllbar. Deshalb bedeutet er für mich einen Fetzen Papier, auf den ich meinen Namen nicht schreibe.“ —

Bauer, der an Eberts unbedingte Festigkeit glaubte, schlug stark nationale Töne an und war sehr energisch gegen die Unterzeichnung. Ebenso der Postminister Giesberts. Nach diesen sprach Ebert. 1921 veröffentlichte ich aus meinem Tagebuch darüber folgende Aufzeichnungen: „Er ist sich treugeblieben. Er erklärt die Annahme für unmöglich. Als gründlicher Mann geht er auf einzelne besonders schmachvolle Bedingungen und solche, die platterdings unerfüllbar sind, näher ein. Er stehe zu dem, was er bereits mehrfach, auch schon öffentlich gesagt habe.“ Landsberg, dessen messerscharfe Logik mich immer wieder von neuem mit Bewunderung erfüllte, zerzauste das Monstrum und erklärte: „Wenn wir die Unmöglichkeit einsehen, den Vertrag erfüllen zu können, dürfen wir als ehrliche Leute auch nicht unterzeichnen.“ — Wissell: „Nein!“ — Für die preußische Regierung verlangte deren Präsident Paul Hirsch die Ablehnung.

Dr. David, der in dem bei Dr. Glas & Co. in Charlottenburg erschienenen Werk „Friedrich Ebert und seine Zeit“ den Abschnitt: „Die Nationalversammlung zu Weimar und ihr Werk“ geschrieben hat, sagt dort: „. . . Man konnte sich gegenseitig nicht überzeugen. Die zwei Übel, von denen man eines wählen mußte, waren leider so furchtbar und von so unabsehbarer Tragweite für das Schicksal des deutschen Volkes, für

das das eine wie das andere gleich schwer erschien . . . Wie man sich aber auch entschied, man wußte, diese Entscheidung konnte ins Verderben führen.“ —

Die Friedensdelegation war am 17. Juni aus Versailles nach Weimar zurückgekehrt. Das wertvollste Zugeständnis war, daß Oberschlesien nicht mehr den Polen bedingungslos zugesprochen wurde, daß vielmehr eine Abstimmung der Bevölkerung vorgesehen wurde. Graf Brockdorff-Rantzau erstattete für die Delegation am 18. Juni der Regierung Bericht. Er verlangte die Ablehnung des Diktats, denn es sei unerträglich und unerfüllbar. „Es gibt in Deutschland keinen Menschen, der den uns jetzt zugemuteten Frieden für durchführbar hält. In unseren Augen ist Ehrlichkeit die beste Politik. Dieser Grundsatz läßt die Übernahme undurchführbarer Verpflichtungen nicht zu.“ Im Schlußsatz hieß es: „Wenn die Gegner Gewalt gegen uns anwenden wollten, so könnten wir überzeugt sein, daß die fortschreitende friedliche Entwicklung der Welt uns bald den unparteiischen Gerichtshof bringen wird, vor dem wir unser Recht suchen werden.“

Im Kabinett wurde um das Ja oder Nein gekämpft bis nachts um 3 Uhr. Es war wirklich ausgeschlossen, daß einer den anderen hätte überzeugen können. Mit Landsberg, dem Grafen Brockdorff-Rantzau und den demokratischen Kabinettsmitgliedern war ich vollkommen einig. Wozu die fortgesetzte Silbenstecherei, bei der nichts mehr herauskommen konnte, noch länger fortsetzen? Ich machte dem grausamen Spiel ein Ende, indem ich Ebert aufsuchte und demissionierte. Auf die vertrauliche Frage Eberts an Landsberg und mich, wen er als Ministerpräsidenten jetzt berufen sollte, machte Landsberg einen Vorschlag, den Ebert entschieden ablehnte. Mein Nachfolger wurde dann Bauer, der dem

Reichspräsidenten unbedingt ergeben war. Außenminister wurde Hermann Müller. Anstelle Bauers wurde Schlicke Arbeitsminister. Das neue Kabinett, das jetzt nur noch aus Mitgliedern des Zentrums und der SPD. bestand, machte noch verzweifelte Versuche, diese und jene Zugeständnisse zu erhalten, suchte auch nach immer neuen Formulierungen gewisser „Vorbehalte“ — alledem bereitete Clémenceau ein brutales Ende: „Sie haben nicht mehr 24 Stunden Zeit, die Zeit der Erörterungen ist vorbei. Entweder — Ja oder Nein!“

Als Landsberg und Stampfer, der als Chefredakteur des „Vorwärts“ ebenfalls demissioniert hatte, gemeinsam mit mir am Sonntag, dem 22. Juni, Weimar verließen, läuteten die Glocken, um die Gläubigen zur Kirche zu rufen. Die Volksvertreter strömten der Nationalversammlung zu und beschlossen mit 237 gegen 138 Stimmen, der „Unterzeichnung des Friedensvorschlages zuzustimmen“. Fünf Abgeordnete hatten sich der Abstimmung enthalten.

EINE ERKLÄRUNG DER MINDERHEIT

Am selben Tage schon veröffentlichte der „Vorwärts“ folgende Erklärung:

„Wir unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Verfassunggebenden Nationalversammlung sind, wie die Gesamtheit der Fraktion, überzeugt, daß die Annahme des von der Entente angebotenen Gewaltfriedens dem Wohle des Reiches und der deutschen Arbeiterklasse sowie dem Weltfrieden schädlich ist.

Wir lehnen deshalb die Zustimmung zu diesem Frieden ab. Wir wollen jedoch in Würdigung der Motive, die für den Beschluß der Mehrheit maßgebend sind,

im Interesse der Aufrechterhaltung der Partei davon absehen, in der Nationalversammlung abweichend von der Fraktion zu stimmen.

Wolfgang Heine, M. Quarck, Adolf Braun,
Georg Schöpflin, Voigt, Antonie Pfülf, Klara Bohm-
Schuch, Hans Vogel, Michael Hierl, Th. Wolff, Hoff-
mann (Pfalz), Fischer-Berlin, Ad. Thiele, Th. Katzner,
Otto Landsberg."

Es ist hin und wieder noch die Frage diskutiert worden, ob das Ja am 22. Juni in Weimar richtig gewesen ist, oder ob ein Nein nicht besser gewesen wäre. Solche Diskussionen sind von sehr fragwürdigem Wert. Was das Ja gebracht hat, wissen wir, wir haben es alle erlebt. Was ein Nein für Folgen gehabt haben würde, wissen wir nicht. Als Beispiel für die grenzenlose Unwissenheit oder Gewissenlosigkeit rechtsparteilicher Agitatoren soll erwähnt werden, daß gerade ich immer in der gehässigsten Weise beschimpft wurde und werde, weil ich den Friedensvertrag — unterzeichnet hätte! Ausgerechnet ich.

* * *

Um ihre Parteiinteressen zu fördern, haben Deutschnationale und Volksparteiler, ganz zu schweigen von den Kreisen um Ludendorff, gegen die Parteien, die der Unterzeichnung des Versailler Diktats schließlich zugestimmt haben, die häßlichsten Vorwürfe erhoben, das ist ein verächtliches Gebaren. Daß in jenen Schicksalsstunden jeder Abgeordnete bestrebt war, nach bestem Gewissen die Interessen seines Vaterlandes wahrzunehmen, ist so selbstverständlich, daß unter anständigen Menschen darüber kein Wort zu reden ist. Da die Männer und Frauen der zustimmenden Parteien ihre politischen Antipoden jedoch genau kannten, hatten sie von ihnen öffentliche

Erklärungen verlangt, durch die ausdrücklich festgestellt werden müsse, daß das Ja ebenso aus vaterländischer Gesinnung herauskäme, wie das Nein. Für die Deutschnationalen gab der Abg. Schultze-Bromberg eine solche Erklärung ab, für die Deutsche Volkspartei der Abg. Dr. Heinze, für die Demokraten der Abg. Dr. Schiffer. Der Präsident der Nationalversammlung, der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach, stellte nach Abgabe dieser Erklärungen fest, es sei damit anerkannt, „daß alle Teile des Hauses, ob ja, ob nein, nur aus vaterländischen Gründen sich bei ihrer Abstimmung leiten lassen, getragen von großen Gewissensbedenken, von der ernstesten Auffassung über die Lage unseres Vaterlandes.“ Er fügte dann hinzu: „Das wäre das schlimmste, wenn man sich nun in Verdächtigungen gegen die nationale Gesinnung der Andersdenkenden ergehen wollte. Das wäre als das größte Verbrechen zu bezeichnen, das von innen heraus am deutschen Volke begangen werden konnte.“

Die größten Schwierigkeiten vor der Entscheidung über das Diktat kamen nicht einmal aus der Nationalversammlung heraus! Die Heeresverbände ließen durch ihre Offiziere offiziell erklären, daß sie sich gegen die Regierung stellen, mindestens ihren Dienst aufsagen würden, wenn das Diktat mit dem Schmachparagraphen (Auslieferung Wilhelms II. und vieler Offiziere) angenommen werden sollte. Die Kommunisten und alle ihre Hilfsvölker drohten mit Putschen, falls der „Vertrag“ abgelehnt werde. Die Generale v. Hindenburg und Groener hatten auf Anfragen der Regierung offen zugegeben, daß an einen ernsthaften Widerstand gar nicht zu denken sei. Warum hätte man sonst auch um Waffenstillstand und Frieden gebeten! Hindenburg hatte seinem Gutachten die Bemerkung hinzugefügt, daß er „als Soldat den ehren-

vollen Untergang einem schmähhlichen Frieden vorziehen müsse.“ Das war der Standpunkt des Soldaten, der sein eigenes Leben zu opfern bereit ist, nicht der Standpunkt eines Politikers, der für das Leben des ganzen Volkes verantwortlich ist und versuchen muß, das Volk in seinem Bestande zu erhalten. An sein Telegramm an Erzberger, die Waffenstillstandsbedingungen Fochs zu unterzeichnen, hat der Generalfeldmarschall wohl nicht gedacht, als er die angeführte Bemerkung gemacht hat.

Zu allen diesen unerhörten Schwierigkeiten kamen viele andere. Es fehlte dem Volke immer noch an Kleidung, Wäsche, Schuhwerk und — Brot! Das Volk mußte weiter hungern. „Wird unterzeichnet, dann gibt es Brot“ — das war die Hoffnung von Millionen. Auf die Folter gespannt waren die vielen Hunderttausende, die Angehörige in fremder Gefangenschaft hatten. Wir waren verpflichtet, alle Kriegsgefangenen sofort herauszugeben, wann aber sollten unsere Väter, Brüder und Söhne, die in Gefangenschaft geraten waren, zur Entlassung kommen? Das wußte niemand, aber alle wußten, daß sie — besonders in Frankreich — vielfach sehr schlecht behandelt und kläglich ernährt wurden. Unvergessen wird der Brief bleiben, den Arbeiterinnen aus St. Etienne du Rouvray bei Rouen (Seine-Inférieure) am 15. Februar 1919 an die deutsche Friedenskommission hatten gelangen lassen:

„Entschuldigen Sie, wenn wir Frauen von Einberufenen uns erlauben, Ihnen zu schreiben. Wir möchten Ihnen mitteilen, was sich in unserer Stadt St. Etienne abspielt: Die deutschen Gefangenen, die auf der Eisenbahn beschäftigt sind, werden wie Sträflinge behandelt. Sie werden wie die Hunde geschlagen und schlecht ernährt, das bricht uns Frauen und Müttern der Einberufenen das Herz. Denn wir sehen, daß diese Männer vor Hunger sterben. Trotzdem es uns selbst an Brot fehlt, können wir nicht anders, als ihnen von Zeit zu Zeit, wenn der Zufall es gestattet, Brot zuzuwerfen. Sie stürzen sich darauf wie hungrige

Tiere. . . Wir hoffen, daß Sie in dieser Angelegenheit einschreiten werden. . .“

Die „Bestie im Menschen“ kommt im Kriege überall heraus, deshalb hätten wenigstens die offiziellen Franzosen gut daran getan, das Wort von den „Boches“ nicht zu gebrauchen. Was das deutsche Volk und die deutschen Kriegsgefangenen noch nach dem Waffenstillstand haben erdulden müssen, ist unverantwortlich. Je mehr man die Erlebnisse jener entsetzlichen Zeit im Gedächtnis wieder lebendig werden läßt, umso klarer erkennbar wird das Kriegsverbrechen, wird die Schuld der Regierungen, deren politische Weisheit in dem Satze gipfelte: Wer den Frieden will, rüste zum Krieg! Si vis pacem, para bellum! So rüsteten sie alle den Krieg. Wie immer die Schuld am Ausbruch dieses völkermordenden Krieges einmal festgestellt und verteilt werden mag, wie groß schließlich auch der Anteil sein mag, den man der (gewiß nicht „alleinschuldigen“) kaiserlich-deutschen Regierung zusprechen wird — das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit hat keinen Anteil an dieser furchtbaren Schuld.

* * *

Meinen Standpunkt zu der vollzogenen Unterzeichnung des Friedensdiktates durch den Zentrumsabgeordneten Bell und den parteigenössischen Abgeordneten Müller-Franken habe ich als Redner meiner Fraktion schon am 7. Oktober 1919 in der Nationalversammlung deutlich genug präzisiert: „Die Unterzeichnung ist ein weltgeschichtliches Faktum. Gegen die Weltgeschichte polemisiert man nicht.“

Elfter Abschnitt

URLAUB VON DER FRAKTION

Von der Fraktion erhielt ich auf meine Bitte für einige Wochen Urlaub. Loebe dankte mir namens der Fraktion „herzlichst für die in den letzten Jahren und Monaten an schwerer und verantwortungsvollster Stelle „der Partei geleistete Arbeit“. Ich reiste nach der Schweiz. An der Grenze entging ich durch einen glücklichen Zufall der Verschleppung durch unabhängige „Radikale“. In einem südbadischen Blatt, das den Unabhängigen damals zur Verfügung stand, hat der „Vertrauensmann Thiergärtner“ bekanntgegeben, daß er den leider vergeblichen Versuch unternommen habe, unter Zuhilfenahme von Motorradfahrern mich vor Überschreitung der Grenze festzunehmen und vor ein Tribunal nach Lörrach bringen zu lassen. Dort hätte man mich zur Rechenschaft ziehen wollen wegen meiner Politik. Die Rennfahrer waren erst an der Grenze angekommen, als sich der schweizerische Schlagbaum hinter mir schon wieder gesenkt hatte.

Ich habe erst später durch die erwähnte Zeitung und von schweizerischen Grenzbeamten Kenntnis von dem mißglückten Unternehmen erhalten.

IN DER SCHWEIZ

Auf der Eisenbahnfahrt nach Zürich saß ich mit einem mir unbekanntem Herrn, der mich jedoch sofort erkannt hatte, in einem Abteil allein. Auf einer größeren Station war der mir Unbekannte ausgestiegen, um mit neuen Zeitungen zurückzukehren. Nach einigen Minuten gab er mir schweigend ein Züricher Blatt mit Nachrichten über Auseinandersetzungen, die Noske nach meinem Rücktritt in Weimar mit Offi-

zieren der Reichswehr über das Friedensdiktat gehabt hatte. Der Menschheit ganzer Jammer erfaßte mich — ich sah das unglückliche deutsche Volk in seinem gräßlichen Elend wehrlos vor mir. Seit meiner Kindheit hatte ich bestimmt nicht mehr geweint, nun schüttelte es mich so, daß mein Gegenüber stillschweigend das Coupé verließ, um mich allein zu lassen. Als er in Zürich mit mir aus dem Bahnhof ging, drückte er mir herzhaft die Hand, obwohl auf der ganzen Fahrt kein Wort zwischen uns gewechselt worden war.

Mit einem Freunde, der eifrig bemüht war, mich zu zerstreuen, war ich am 28. Juni auf den Rigi gekommen. Im Kamin prasselte das Feuer. Wir rückten ihm immer näher, denn es war dort oben empfindlich kalt. „Hier hat auch Lassalle gesessen“, sagte mein Freund nebenbei. — „Oh, wie viele haben hier schon gesessen!“ — „Auch Tartarin!“ — Der Ablenkungsversuch mißlang. Unter anderen Umständen würde ich im Gedenken an den tapferen Südfranzosen herzlichst gelacht haben. Aber nun? Das war ja auch ein gerader Weg für meine Gedanken: Tartarin — Tarascon — Provence — Paris — Versailles! — —

„Heute soll das Diktat unterzeichnet werden! Ich litt unbeschreibliche Qualen. — — Vielleicht sitzt gerade jetzt, in dieser Stunde, in dieser Minute, Hermann Müller am Tische zu Versailles, um seinen guten Namen unter das infame Schriftstück zu setzen. Und Clémenceau und alle die anderen Sieger schauen gierig auf seine Hände. Wird er unterzeichnen oder wird er das Tintenfaß den haßgierigen Gesellen ins Gesicht werfen!“

* * *

Ich erholte mich schnell in der Schweiz, so daß ich bald beginnen konnte, mit Weimar zu korrespon-

dieren. Jetzt, weit vom Schuß, empfand und sah ich mancherlei anders, als ich es in Weimar gesehen und empfunden haben würde. Der Verfassungsausschuß war inzwischen fleißig an der Arbeit gewesen. War die Nachgiebigkeit dem Zentrum gegenüber richtig? War besonders die Nachgiebigkeit in der Schulfrage nicht ein Fehler? Ich teilte meine Bedenken nach Weimar mit — vergebens. Ein aufrichtiger Verehrer Eberts, aus dem engsten Regierungskreise, schrieb mir ein bitteres Klagegedicht: eine peinliche Neigung für intensiv-persönliche Betätigung mache sich geltend, der besonders mein Nachfolger gar keinen Widerstand leiste. Es braucht nicht verschwiegen zu werden, daß, wie schon in Berlin, so auch in Weimar, die Meinungen zwischen Ebert und mir über die Aufgaben eines Reichspräsidenten erheblich auseinandergingen. Um ein Beispiel anzuführen: Ebert hatte mir eines Tages einen Entwurf für den Etat geschickt, betreffend das „Büro des Reichspräsidenten“. Er bat mich, die Sache schleunigst zur Erledigung zu bringen. Sein Wunsch erschien mir, besonders was die Personalfrage anbelangte, für die damalige Zeit unerfüllbar, sachlich auch ungerechtfertigt.

Was Ebert wollte, war im Grunde genommen ein vollkommen selbständiges Reichsamt mit einem großen Apparat. Ich besprach die Vorlage vertraulich mit einigen Kollegen, die ausnahmslos meine Gedanken teilten. Als ich dann meine Bedenken dem Reichspräsidenten sachlich vortrug, machte er seinen Unterstaatssekretär für den Entwurf verantwortlich, es handle sich um dessen private Arbeit. Baake bestritt das mit aller Entschiedenheit, der Entwurf sei nach den Angaben seines Chefs gemacht und Tag für Tag stundenlang besprochen worden, bevor er mir übergeben worden sei. Baake versicherte auch da-

mals, daß er unter keinen Umständen bleiben werde. Der Erfolg der Aussprache war die Zunahme einer schon vorhandenen Gereiztheit bei Ebert.

* * *

Der politische Einfluß, den Ebert allezeit ausgeübt hat, war größer, als er nach außen hin in die Erscheinung getreten ist. Freilich hat es ihm infolge seiner starken Aktivität auch nicht an Zerwürfnissen gefehlt. Scharf gekennzeichnet wurde ein solches durch sein oft gehässig kolportiertes Wort „mit Rathenau und seiner Sippe bin ich fertig“. Nach dem Rapallo-Vertrag mit den Russen war für Ebert eine weitere Zusammenarbeit mit Rathenau und Wirth geradezu eine Unmöglichkeit geworden. Rathenau und Wirth haben über die verfassungsmäßigen Rechte eines Reichspräsidenten ebenfalls Anschauungen vertreten, die erheblich abwichen von den Ansichten Eberts. Dr. Wirth hat in dem Prachtwerk „Friedrich Ebert und seine Zeit“ festgestellt, daß er es sich „vorerst versagen müsse“, sich „zu äußern“.

In der Form vorsichtig, für die aufmerksamen Leser aber deutlich genug, hat auch der Ministerpräsident Braun wiederholt die von dem Reichspräsidenten ausgegangene Flaggenverordnung, die ein großes Entgegenkommen nach rechts war, für unzulässig erklärt. Ministerpräsident Braun hat auch viel später noch, am 7. September 1927, in einer öffentlichen Versammlung in Hamburg nach dem ausführlichen Bericht im „Vorwärts“ gesagt: „Mir ist auch bekannt, daß, obwohl die Reichsverfassung nur die schwarz-rot-goldene Nationalflagge und schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit der Gösch kennt, eine schwarz-weiß-rote Kriegsflagge existiert, die ich, worüber ich nie einen Zweifel gelassen habe, für verfassungswidrig ansehe.“ Daß mancherlei

Amtshandlungen, zu denen Ebert wahrscheinlich sogar verpflichtet war, auch in sozialdemokratischen Kreisen nicht immer verstanden worden sind, wurde am drastischsten erwiesen durch den 1924 an den Parteitag in Berlin gerichteten Antrag, ihn aus der Partei auszuschließen, wie man ihn bereits aus der Sattler-Gewerkschaft ausgeschlossen hatte. Ich bin den Antragstellern damals auf dem Parteitag sehr energisch entgegengetreten:

„Mit Abscheu habe ich die Anträge vernommen, die sich mit der Person Eberts beschäftigen. Habt ihr, die ihr euch dafür interessiert, Ebert zu rüffeln oder gar aus der Partei auszuschließen, denn gar kein bißchen Schamgefühl! (Anhaltender Beifall und Händeklatschen.) . . . Gewiß hat er Fehler gemacht. Wer wäre mit allem einverstanden, was er auf Grund der Verfassung mit seinem guten Namen hat decken müssen (Sehr richtig!), was ihm wahrscheinlich genau so gegen den Strich gegangen ist wie uns auch. Ich bitte dringend: blamiert euch nicht und schweigt.“

Die Politik der politischen Briefe des Reichspräsidenten v. Hindenburg ist vielleicht nur deshalb so nachsichtig behandelt worden, weil seine Umgebung auf die politische Aktivität seines Vorgängers hätte hinweisen können. Bei dem Hinweis auf Eberts Betätigung darf allerdings die schlimme Zeit, in der er sein Amt übernommen und durchgeführt hat, nicht außer acht gelassen werden.

Wir Sozialdemokraten haben nicht die geringste Ursache, die politische Macht des Reichspräsidenten zu stärken, gleichviel, ob es sich um einen sozialdemokratischen oder einen politisch anders eingestellten Inhaber des Amtes handelt. Daß gerade die reaktionärsten Parteien auf eine Vergrößerung der politischen Macht des Reichspräsidenten hinarbeiten, ist durchaus verständlich. Wir haben an der Macht des Parlaments das denkbar größte Interesse, nicht an der des Präsidenten.

MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN

Meine Kasseler Freunde hatten verlangt, daß ich auf der Rückreise von der Schweiz nach Berlin bei ihnen reden müsse. Ich sagte zu. Inzwischen hatte die Presse berichtet, daß der Kommandant der Berliner Truppen, der Oberst Reinhardt — nicht zu verwechseln mit dem späteren Kriegsminister und Reichswehrgeneral —, die Regierung vor versammelten Truppen als Lumpengesindel beschimpft hatte. Von einer Entlassung dieses Offiziers vernahm man nichts. Selbstverständlich besprach ich in meiner Kasseler Rede den Fall und bedauerte, daß die Entlassung Reinhardts so lange auf sich warten lasse. Als ich am nächsten Morgen in Berlin eintraf, ersah ich aus der Presse, daß meine Rede vom WTB. auszugsweise weiterverbreitet worden war. Ebert bat mich, ich war kaum in meiner Wohnung angekommen, telephonisch sofort zu sich, um mich wegen meiner Ausführungen zur Rede zu stellen. Im Anschluß an diese Besprechung fand eine solche mit Noske statt. Beide hatten zweifellos meine schwere Insubordination schon besprochen, denn ihre Mißbilligung war gleich stark, sogar die Ausdrücke deckten sich: „Du willst uns wohl Knüppel zwischen die Beine werfen? Wir denken nicht daran, einen sonst so tüchtigen Offizier deshalb zu entlassen.“ Ich stand vor zwei Rätseln.

Als ich am Tage darauf in Gegenwart des mit Ebert besonders gut befreundeten Dr. Helphand eine zweite Unterredung mit dem Reichspräsidenten hatte, sagte dieser wörtlich: „Ihr müßt doch berücksichtigen, daß Reinhardt nicht damit gerechnet hat, daß die vor seinen Truppen gemachten Äußerungen an die Öffentlichkeit kommen würden.“ Wir waren beide zunächst sprachlos. Je eindringlicher wir dann Ebert auseinanderzusetzen suchten, wie unmöglich dieser Stand-

punkt im Interesse der Regierung und der Sicherheit der Republik sei, um so ungehaltener wurde er. Als ich darauf hinwies, wie heilsam es auf alle gegen die Republik eingestellten Offiziere wirken müsse, wenn Reinhardt sofort entlassen werde, erklärte Ebert schroff: „Ich denke nicht daran!“ Wir gingen.

Die ungeheuren Schwierigkeiten, die mir in der Parteileitung entstehen würden, sah ich klar vor Augen. Als Vorsitzender der SPD. war ich natürlich gezwungen, ab und zu öffentlich zu reden und in die Presse zu schreiben. Bald ließ Ebert mich zu sich rufen, um mir nahezu legen, stets erst mit ihm zu sprechen, bevor ich öffentlich Stellung nähme. Das konnte ich ihm unmöglich zusagen, wengleich ich mich bereiterklärte, Fragen, die in der Partei umstritten seien, gern mit ihm zu besprechen.

Nach einiger Zeit sah der Parteivorstand sich gezwungen, an die sozialdemokratischen Minister eine Eingabe zu machen, in der allerlei Beschwerden erhoben wurden. Wir wiesen u. a. auf Vorkommnisse in der Reichswehr hin, machten auf die großen Gefahren für die Republik und die zunehmende Unzufriedenheit in der Partei aufmerksam. Der Schluß lautete wörtlich: „Der Unwille wird immer größer. Nachdem der Genosse Heine, ein aktiver Minister, dazu übergegangen ist, öffentlich Kritik zu üben, wird es ganz unmöglich sein, andere Genossen, die sich nicht in einer solchen Stellung befinden, davon abzuhalten, auch öffentlich das Wort zu nehmen.“

Unterzeichnet wurde die Eingabe von Wels, der damals noch Sekretär in der Parteileitung war, und mir. Aus dem entrüsteten Protest Bauers gegen die Eingabe war zu erkennen, wie empört Ebert über sie gewesen sein muß.

Als es nach kurzer Zeit zwischen Ebert und mir

wieder zu einer Besprechung, ähnlich der bereits geschilderten, kam, verhandelten wir erneut ganz offen, durchaus freundschaftlich und kameradschaftlich. Ich sagte ihm im Laufe der Unterhaltung: „Du bist so daran gewöhnt, die Partei zu leiten, daß du sie auch jetzt nebenher leiten möchtest, vergiß aber nicht, daß der Parteivorsitzende nicht dein Reichskanzler ist. Jedenfalls eigne ich mich für die Rolle eines Sitzredakteurs ganz und gar nicht.“ Es war mir vollkommen klar, daß binnen kürzester Zeit stärkere Konflikte unvermeidlich sein würden.

Aus Liebe zur Partei und um ihr möglichst jede Unbequemlichkeit zu ersparen, sagte ich jetzt, als die Kasseler Freunde mir zum dritten Male eine Deputation schickten, um mich erneut zu bitten, in die Vaterstadt zu kommen und das Amt des Oberbürgermeisters zu übernehmen: Ja!

DER FEIND STEHT RECHTS!

Am 7. Oktober 1919 sprach ich im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung zum Etat. Wie schon in der erwähnten Kasseler Rede, so wies ich auch in der Nationalversammlung auf die große Gefahr hin, die der Republik von rechts her drohe. Die Regierung müsse also besonders stark gegen rechts sein. Ich sagte in der Nationalversammlung u. a.: „Wer als Offizier freiwillig den Rock der Republik trägt, der soll provozierende Redensarten und provozierende Taten gegen die Republik unterlassen. Wenn er das nicht kann, so zeigt er damit, daß er seine Pflicht nicht kennt, und daß seine Ehrbegriffe in bedenkliches Schwanken geraten sind.“ Weiter sprach ich den Wunsch aus, daß sich die große Energie Noskes nach dieser Richtung hin erfolgreich

betätigen möchte. „Monarchische Offiziere, die die republikanische Regierung sogar vor Mannschaften wüst beschimpfen, sind vollkommen unmöglich in der Reichswehr!“

Der Fall Reinhardt wurde in der Presse und in Versammlungen lebhaft erörtert. Links stimmte man mir allgemein zu. Rechts pries man die unerhörten Verdienste Reinhardts „als Retter Berlins“. Diese Überschätzung lehnt Noske in seinem Buche „Von Kiel bis Kapp“ entschieden ab. Denn sie erfolge „durchaus zu Unrecht“, wengleich Reinhardt seine Verdienste um die Wiederherstellung der Ordnung habe.

In der Rede, die ich in der Nationalversammlung am 7. Oktober 1919 gehalten habe, rief ich der Regierung auch zu: „Der Feind steht rechts!“ Unter diesem Titel wurden meine beiden Reden, die Kasseler und die in der Nationalversammlung gehaltene, von dem Verlag für Sozialwissenschaft in einer Broschüre herausgegeben, von der nach einer Bekanntmachung des Verlages 200 000 Exemplare verkauft worden sind. Ich habe dann über das Thema: „Der Feind steht rechts!“ mehrere Artikel geschrieben, u. a. für den „Vorwärts“, und zahlreiche Versammlungsreden gehalten. Nachdem Dr. Wirth fast drei Jahre später, nach der Ermordung Rathenaus, in einer Reichstagsrede das gleiche Wort gebraucht hat, ist es von Büchmann den „Geflügelten Worten“ zugesellt worden. Die Vaterschaft ist unbestritten.

DER KAPP-PUTSCH

Der Putsch vom 13. März 1920 gegen die Regierung Ebert—Bauer—Noske wurde bisher immer als „Kapp-Putsch“ behandelt. Zukünftige Historiker werden den Namen Ludendorffs neben dem des Herrn Kapp nennen, denn es ist gar nicht zu bezweifeln, daß Ludendorff seine ungeschickten Finger von Anfang an auch in diesem Unternehmen gehabt hat. Vielleicht ist es gerade deshalb so schnell mißglückt. Den Putschisten fehlte es nicht an reichlichem Agitationsstoff gegen die Republik und ihre Regierung. Das Elend, das ein unerhört verlustreicher Krieg von mehr als fünfzig Monaten Dauer über Deutschland gebracht hatte, konnte natürlich nicht in fünfzig Wochen wieder beseitigt werden. Die Zahl der Unzufriedenen war sehr groß, sie gegen die Regierung aufzuhetzen, war nicht schwer. Die Führer der Rechtskreise, die sich angstschlotternd zunächst mäuschenstill benommen hatten, waren allmählich aus ihren Schlupfwinkeln hervorgekommen. Die Fühlung mit der Reichswehr konnten sie schnell aufnehmen, denn infolge des Versailler Diktats war die Unzufriedenheit unter den Soldaten, vornehmlich unter den Offizieren, ebenso groß, wie bei den immer noch hungernden Millionen der werktätigen Bevölkerung. Während diese ein fruchtbares Rekrutierungsgebiet für die Kommunisten waren, liefen viele Offiziere und Beamte den reaktionären Cliques zu. Das beste Verständnis für Staatsnotwendigkeiten bekundeten die in den Gewerkschaften und in der SPD. geschulten Arbeitermassen. Die sozialdemokratische Erziehungsarbeit, jahrzehntelang vor dem Kriege in vorbildlicher Weise und unter schweren Opfern geleistet, hatte köstliche Früchte getragen.

Ohne diese sozialdemokratische Arbeit wäre Deutschland rettungslos das Opfer des Bolschewismus geworden.

Nach dem Versailler Diktat mußte das Heer zu festgesetzten Terminen auf eine bestimmte Kopfzahl herabgebracht werden. Dieser Zwang wirkte unheilvoll. Außer den bis an die ersten März tage bereits entlassenen Mannschaften mußten bis zum 10. April weitere 50 000 Mann ausscheiden. Die Atmosphäre im Heer wurde zudem noch weiter vergiftet durch eine Agitation, an der sich in hervorragender Weise auch der bedeutendste Kriegsverlierer Ludendorff beteiligte. Von ihm stammte der Vorwurf, daß die Soldaten zu schlecht gepflegt, gekleidet und besoldet würden. Weiter hatte tatsächlich nichts gefehlt, als diese Leistung, um das Charakterbild Ludendorffs vollkommen zu machen. Allerlei „vaterländische“ Organisationen wurden gegründet. In der „Nationalen Vereinigung“ schaffte man eine Dachorganisation, unter die alle ähnlichen Verbände schlüpfen sollten. Die Soldaten wurden aufgeputscht, die Rechtskreise verhetzt und in geheimnisvollen Andeutungen auf bessere Zeiten, die bald kommen müßten, getröstet. Für die Folgen des verlorenen Krieges wurde die Koalitionsregierung verantwortlich gemacht. Wüste Verleumdungskampagnen setzten ein, um das Mißtrauen gegen bekannte Republikaner und damit gegen die Republik selbst zu schüren.

In der Reichswehr waren ganz ausschließlich die alten kaiserlichen Offiziere geblieben. Offiziere, die sich auf die neue Zeit umstellen wollten, weil sie durch den Zusammenbruch allerlei gelernt hatten, wurden von ihren Kameraden geächtet, von den für sie in Betracht kommenden Behörden mit Mißtrauen angesehen. Leider nahm auch Noske den Offizieren gegenüber

eine Stellung ein, die mir unverständlich war, von der er jedoch nicht abgebracht werden konnte. Er hatte sich auf die Formel festgebissen, daß ihm „ein kaiserlicher Offizier, der aus seiner monarchischen Gesinnung auch jetzt kein Hehl macht, lieber sei, als ein Offizier, der sich als Republikaner vorstelle“. Dabei ging er von der Annahme aus, daß die kaiserlichen Offiziere sich loyal in den Dienst der Republik gestellt hätten. Diese Annahme war bestimmt nicht besser fundiert als die andere, daß es vielen Offizieren im Verlaufe des Kriegs und besonders nach der Flucht ihres Obersten Kriegsherrn „doch wie Schuppen von den Augen gefallen war“. Es gab nicht nur Offiziere im Hauptquartier am 9. November, die, wie Oberst Bauer festgestellt hat, der Meinung Ausdruck gaben, daß sie nun umlernen müßten, es gab auch Offiziere, die schon vor dem 9. November umgelernt hatten.

Daß der Feind rechts stand, wurde immer mehr erkennbar. Leider stand er, wie ich im Reichstag schon im Oktober 1919 gesagt hatte, nicht nur rechts. Die Kommunisten betrugten sich immer wieder so unbesonnen wie möglich und besorgten dadurch die Geschäfte der Reaktion. Sie hätten 1920 die demokratische Republik nicht mehr in einen Sowjetstaat umwandeln können, weil die gesamte übrige Bevölkerung gegen sie stand. Die Gefahr, die wirkliche Gefahr, drohte von rechts, und deshalb war die geschilderte Behandlung des Falles Reinhardt ein Fehler gewesen, der nicht wieder gutzumachen war. Die Offiziere Reinhardt, Ehrhardt und Lüttwitz „fühlten sich“, ihnen waren die Kämme gar gewaltig geschwollen. Woher hätte bei ihnen noch der Respekt vor dem „Gesindel“ in der Regierung kommen sollen! General v. Lüttwitz, anstatt Befehlen zu gehorchen,

sträubte sich, in die weitere Entlassung von Soldaten und Offizieren zu willigen. Wie würde er sich 1920 geküsst haben, wenn man den Oberst Reinhardt im September 1919 auf der Stelle entlassen hätte. Ich suchte wiederholt auf Ebert einzuwirken. Am 20. Februar 1920 mahnte ich ihn von Kassel aus noch sehr eindringlich:

„Lieber Fritz! . . . Schlimmer als die Spartakisten wüten zurzeit die Deutschnationalen gegen die Regierung. Wie frech die Gesellschaft sich gebärdet, ergibt sich aus dem beiliegenden Flugblatt. Man versteht, wie ich hundertfach höre, nicht, daß USP.-Blätter mit der Begründung, sie hetzten gegen die Regierung, verboten werden. Wie harmlos sind manche der verbotenen USP.-Zeitungen im Vergleich mit den Wirkungen, die Flugblätter von der Art des beiliegenden auslösen. Der Agitation der Deutschnationalen muß eine viel größere Aufmerksamkeit geschenkt werden als seither, wenn wir nicht sehr trübe Erfahrungen machen wollen. Es müßte unter allen Umständen gegen die Blätter der Deutschnationalen vorgegangen werden, solange von dem Vorgehen gegen die äußerste Linke nicht Abstand genommen wird. Vielleicht sprichst Du einmal mit unseren Kabinettsmitgliedern über die Frage . . .“

Als wenige Tage später der Staatskommissar v. Berger in einer Denkschrift die Regierung auf die Umtriebe von rechts aufmerksam machte, war es schon zu spät zur sofortigen Vereitelung des sorgsam vorbereiteten Anschlags. Wenige Tage vor dem Putsch war der General v. Lüttwitz in Begleitung der Generale v. Oldershausen und v. Oven beim Reichspräsidenten angetreten, um seine — Forderungen zu stellen. Noske war auf seinen Wunsch vom Reichspräsidenten hinzugezogen worden. Lüttwitz verlangte, in Übereinstimmung mit dem von Kapp und seinen Spießgesellen Bredereck, Papst e tutti quanti später aufgestellten Programm, baldige Wahlen zum Reichstag, Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk, sowie die Berufung von Fachministern.

Wenn Noske und Ebert der Reichswehr einigermaßen sicher gewesen wären, würden sie, wie ich annehme, den General v. Lüttwitz jetzt doch wohl an die Luft gesetzt haben. Sie waren der „loyalen“ Offiziere aber nicht sicher, deshalb hörten sie den Putschgeneral an. Noch am Abend des 12. März konnte Noske, wie er in seinem Buch feststellt, bestimmte Angaben über ein etwa geplantes Unternehmen nicht machen. Er schickte einen Offizier nach Döberitz, um dort feststellen zu lassen, ob Ungewöhnliches vorgehe. Da der betreffende Offizier, Admiral v. Trotha, seinen Besuch in Döberitz — — telephonisch angesagt hatte, sah er natürlich „nichts Ungewöhnliches“. Als schließlich die Vorbereitung der Meuterei in Döberitz unverkennbar geworden war — Kapitän Ehrhardt hatte ein Ultimatum an die Regierung gestellt! —, versammelte Noske eine Anzahl höherer Offiziere, denen er die Folgen eines Putsches auseinandersetzte. Seine Aufforderung, ihre Truppen zum Kampfe gegen die Meuterer zu führen, fand nur bei zwei Offizieren Zustimmung, alle übrigen machten Einwände. „Der Kampf würde höchstens zu einem furchtbaren Blutbad führen, mit einer unvermeidlichen Niederlage für die zu schwachen Berliner Truppen.“ „Der Erfolg der Rebellen sei sicher.“ Noch in derselben Nacht, vom 12. zum 13. März, floh die Reichsregierung mit dem Reichspräsidenten zunächst nach Dresden, ging aber von dort, weil ihre Sicherheit nicht gewährleistet werden konnte, weiter nach Stuttgart.

DER KAPP-PUTSCH IN DER PROVINZ

Das erste Lebenszeichen der „neuen Regierung“ in der Provinz war diese Bekanntmachung:

„Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den Mitunterzeichneten General-

landschaftsdirektor Kapp (Königsberg) als Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister, wird vom Reichskanzler der General Lüttwitz berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet. Kapp, Reichskanzler. v. Lüttwitz, General d. Infanterie."

Gleichzeitig waren die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung für aufgelöst erklärt worden.

* * *

Die Vorgänge in Berlin unmittelbar vor dem Putsch, ebenso die Flucht der Reichsregierung nach Stuttgart, sind im allgemeinen bekannt. Dagegen herrscht über die Vorgänge in der Provinz noch große Unkenntnis. Daß die Reichswehr damals keineswegs zweifelsfrei für die zu Recht bestehende Reichsregierung war, ging auch aus ihrem Verhalten in Kassel hervor.

Die „Taktik“ der Reichswehr erinnerte an das Verhalten der königlichen Berliner Schutzleute, die sich in den kritischen Tagen nach dem Zusammenbruch, wenn sie zum Schutz angerufen wurden, „neutral“ erklärten, um sich jederzeit auf die Seite der Stärkeren schlagen zu können.

Am 13. März 1920 schrieb ich in Kassel in mein Tagebuch: „Es ist also noch schneller zur Explosion gekommen, als ich erwartet hatte. Ich habe die Geschichte todsicher kommen sehen. Deshalb in den letzten Wochen meine häufigen Artikel über die Reaktion; deshalb auch das Thema: „Die Reaktion im Reich“ für eine Volksversammlung, in der ich am 16. März sprechen sollte.“

Mit zwei Vertrauensleuten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ging ich in aller Frühe am 13. März zum Oberpräsidenten Schwander, um die Situation mit ihm zu besprechen. Er hatte leider schon

„im Einverständnis mit der Reichswehrbrigade den verschärften Belagerungszustand verhängt“. Es wurde dann das Blatt der Unabhängigen verboten, obwohl von rechts her geputscht wurde! Wir bemerkten sofort, daß der Oberpräsident stark unter dem Einfluß der Reichswehr stand. Er berichtete uns über seine Aussprache mit dem Major v. d. Bussche: „Wir sind beide der Meinung, daß in letzter Linie der Stimmzettel entscheiden muß!“ Worauf ich einwarf, daß der Stimmzettel bereits im Januar 1919 entschieden habe. Meine beiden Genossen wollten auf das schärfste gegen den Oberpräsidenten vorgegangen wissen, sobald die Regierung wieder in Berlin sei. Nur mit Mühe konnte ich sie beruhigen.

Einen Aufruf, den ich als Mitglied der Nationalversammlung an die arbeitende Bevölkerung richten wollte, um sie zur eisernen Disziplin zu mahnen, falls ihre Vertrauensleute sie rufen sollten — eine Andeutung der zu erwartenden Generalstreiksparole! —, vereitelte Schwander. Zwar hatte er sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, verlangte aber die Hinzuziehung eines reaktionären „demokratischen“ Bürgervereinsvorsitzenden und des Majors v. d. Bussche. Auf Grund dieser Erfahrungen ging ich nunmehr, fest überzeugt, daß ich im Sinne meiner Freunde handelte, ganz auf eigene Faust vor. Meine politische Aktivität außerhalb meines Amtes ist von manchen Bürokraten allezeit übel vermerkt worden. Einer Ehrenpflicht gegenüber einem Toten soll übrigens hier genügt werden: ausgezeichnet hat sich der damalige Regierungspräsident Springorum benommen, ein alter preußischer Beamter. Auf die erste Putschkunde hin hatte er sofort an alle ihm unterstellten Landräte telegraphiert, daß sie ohne Schwanken zu der Regierung Ebert-Bauer zu stehen hätten.

Daß es allerlei zu tun gab auch für beamtete Republikaner, beweist wohl anschaulich das folgende Flugblatt, aus dem zu ersehen ist, wie die Reichswehr so und auch anders gekonnt hätte:

Extrablatt des Casseler Volksblatt
Scheidemann

an das

Reichswehr-Gruppen-Kommando II.

Der Abgeordnete Scheidemann hat am Sonntag vormittag an das Reichswehr-Gruppen-Kommando, zu Händen Sr. Exzellenz v. Schöler, folgendes Schreiben gerichtet:

Cassel, den 14. März 1920.

Die deutschnationale „Casseler Allgemeine Zeitung“ hat am Abend des 13. d. M. ein Sonderblatt verbreitet, das mit diesen Sätzen beginnt:

„Vom Reichswehr-Gruppen-Kommando II wird uns mitgeteilt: In Berlin hat sich eine neue Regierung der Arbeit unter General-Landschaftsdirektor Kapp als Reichskanzler gebildet. Es sollen nur Fachminister herangezogen werden. Alle Parteien sind ausnahmslos zur Bildung der neuen Regierung aufgefordert. Der Regierungswechsel hat sich ohne Blutvergießen in größter Ordnung vollzogen — —“

Wenn es sich nicht um eine Fälschung des genannten Blattes handelt und das Reichswehr-Gruppen-Kommando II in der Tat eine solche Veröffentlichung veranlaßt hat, so lege ich als Mitglied der Nationalversammlung für den Bezirk Cassel-Frankfurt a. M. im Einverständnis mit meinen vielen Zehntausenden von Wählern entschiedene Verwahrung ein. Die Veröffentlichung muß von der Bevölkerung als eine Parteinahme zugunsten meuternder Soldaten, die sich gegen die Reichsregierung erhoben haben, aufgefaßt werden.

Die Reichsregierung unter der Präsidentschaft Ebert und der Reichskanzlerschaft Bauer ist ordnungsmäßig gebildet worden nach den Bestimmungen der Reichsverfassung. Die Reichsverfassung ist gesetzmäßig beraten und verabschiedet worden von der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Die Truppen der Reichswehr und deren Führer sind auf die deutsche Verfassung vereidigt worden Soldaten, die sich hinter Herrn Kapp stellen.

brechen ihren Schwur. Die Regierung Ebert-Bauer ist die rechtmäßig bestehende, augenblicklich von gewissenlosen Menschen vergewaltigte Reichsregierung, und für die Reichswehr kann es zurzeit nur die eine Aufgabe geben, diese gesetzmäßig geschaffene und zu Recht bestehende Regierung zu schützen.

In der Erwartung, daß Euer Exzellenz die Veröffentlichung der „Casseler Allgemeinen Zeitung“ als Fälschung bezeichnen können,

zeichne ich

Scheidemann,

Mitglied der Nationalversammlung.

An das
Reichswehr-Gruppen-Kommando,
z. H. Sr. Exz. Herrn Generalleutnant v. Schöler
Cassel.

Kurze Zeit nach Empfang dieses Schreibens hat Herr v. Schöler dem Abg. Scheidemann durch einen Offizier ein Schreiben überreichen lassen, das die Kernfrage nicht beantwortet. Es ist also richtig, daß das Reichswehr-Gruppen-Kommando von einer „neuen Regierung der Arbeit“ in der Veröffentlichung der „Casseler Allgemeinen Zeitung“ gesprochen hat.

Eine neue Regierung gibt es nicht! Die neue Regierung besteht aus Meuterern. Wer sich mit diesen Meuterern solidarisch erklären sollte, ist ein Hoch- und Landesverräter, gleichviel ob er Soldat, Beamter, Bürger oder Bauer ist.

Wer unser Volk vor innerem furchtbarem Unglück bewahren, wer es vor neuen Repressalien der Entente, wer es vor der Zersplitterung und der dauernden Verelendung retten will, der stelle sich an die Seite der rechtmäßigen Regierung Ebert-Bauer!

Die erwähnte Antwort des Reichswehrkommandos konnte in der Flugschrift nur kurz erwähnt werden, weil diese überhaupt nur unter den schwierigsten Umständen — am Sonntag — herzustellen war. Der erste Satz in dem Antwortschreiben lautete wörtlich: „Das Reichswehr-Gruppen-Kommando II in Kassel, welches den militärischen Befehl über das westliche Deutschland hat, steht auf dem Standpunkt, daß die Verfassung zu schützen ist. Es hat deshalb der durch

Putsch in Berlin gebildeten neuen Regierung keine Gefolgschaft geleistet, sondern hält zu der verfassungsmäßig eingesetzten alten Regierung . . .“ Es folgten dann Einwendungen gegen den ausgerufenen Generalstreik; dagegen müsse die Reichswehr sich wenden. Der Schlußsatz lautete: „Der Bürgerkrieg und der damit verbundene Zusammenbruch Deutschlands muß unbedingt vermieden werden.“ — Das Schreiben war mir auf offener Straße von einem Offizier überreicht worden. Eine Antwort auf die Frage, ob das Reichswehr-Gruppen-Kommando die oben zitierte Mitteilung an das deutschnationale Blatt gemacht habe, gab die Reichswehr nicht — das war deutlich genug: die Mitteilung über die „neue Regierung“ war also tatsächlich von dem Reichswehr-Gruppen-Kommando ausgegangen. Wahrscheinlich war die schnelle Umstellung nicht nur auf mein Flugblatt zurückzuführen; jedenfalls hatte die Reichswehr inzwischen auch Zweifel an der einundfünfzigprozentigen Wahrscheinlichkeit für das Gelingen des Putsches bekommen; vielleicht war ihr auch nicht unbekannt geblieben, daß die Kasseler Arbeiterschaft damals wie ein Mann dastand, zur Abwehr bereit. Eine putschende Reichswehr hätte im März 1920 in Kassel ihr blaues Wunder erleben können.

* * *

In unverantwortlicher Weise haben sich damals in Kassel die Kommunisten benommen. Erst war es ihnen angeblich ganz gleichgültig gewesen, w e r „diese“ Republik regiere, als dann durch den Generalstreik, an dem sich in Kassel Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum beteiligten, der Kapp-Putsch bereits niedergeworfen und die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit ausgegeben war, begannen die Kommunisten am 18. März ihren Spezialkampf gegen alle und alles. Sie

hatten einige Maschinengewehre in Stellung gebracht und bedrohten das Reichswehr-Gruppen-Kommando. Da sie allem Zureden unzugänglich waren, kam es zu verhängnisvollen Schießereien. Resultat: 17 Tote, 43 Schwer- und 21 Leichtverwundete. Das waren ausnahmslos Opfer unsinniger Parolen verantwortungsloser Menschen.

IN STUTTGART

Die Einberufung der Nationalversammlung nach Stuttgart war leichter, als die Befolgung durch die Mitglieder. Der Generalstreik war vollkommen. Alle Räder standen still, kein Eisenbahnzug konnte fahren. In Kassel herrschte absolute Ruhe. Mein Verhalten gegenüber der Reichswehr, so wurde mir auch aus der Bürgerschaft heraus gesagt, habe einen sehr beruhigenden Eindruck gemacht. Wie sollte ich dem Rufe nach Stuttgart folgen? Meine Freunde drängten mich zur Reise. „Vielleicht könnten Sie mit einem städtischen Auto fahren“, wurde mir gesagt. Gab es damals ein Auto, mit dem man eine so weite Fahrt hätte unternehmen können, ohne hundert Pannen befürchten zu müssen?“ „Die Feuerwehr hat Wagen!“ — „Gut, erkundigen wir uns.“ — Der Branddirektor, den ich kommen ließ, war, wie er versicherte, gern bereit, mich nach Stuttgart zu fahren, wenn Gummi und Benzin beschafft werden könnten. Städtische Angestellte, lauter brave Menschen, kamen zu mir, um Einspruch zu erheben: sie hielten es für ihre Pflicht, mich dringend vor einer Fahrt mit dem erzreaktionären Branddirektor am Steuer zu warnen. Er habe erklärt, daß er mich selbst fahren würde. Das würden sie unter allen Umständen verhüten. Alle diese Erörterungen, ebenso das Anerbieten eines Kasseler Bürgers, mich mit seinem Auto nach Stuttgart fahren zu wollen, wurden

überflüssig, weil ein Telegramm des Magdeburger Oberpräsidenten Hörsing mitteilte, daß es gelungen sei, einen Extrazug zu sichern, der über Kassel fahre, um mich zur Nationalversammlung mitzunehmen. Dieser Zug wurde zu einem Sammelzug: wir nahmen alle Mitglieder des Reichsparlaments mit, die auf der Strecke zwischen Kassel und Stuttgart Anschluß an uns finden konnten. In Stuttgart waren schon viele Mitglieder der Nationalversammlung anwesend, die in Automobilen gekommen waren.

Sobald ich in Stuttgart eingetroffen war, suchte ich sofort Ebert auf, den ich bei Bauer fand. Als ich fragte, was mit Noske los sei, antwortete Bauer, da man Ebert gerade ans Telephon gerufen hatte: „Was soll mit Noske sein? Nichts! Das bleibt alles, wie es war.“ — „Das wird wohl kaum möglich sein“, antwortete ich. „Dagegen wird, wie ich annehme, die Partei sich auflehnen.“ — An diesem Dienstagabend fand eine Besprechung der Fraktion statt, an der 20 bis 22 Kollegen teilnahmen. Loebe berichtete über eine Kabinettsitzung, die am Tage vor dem Putsch stattgefunden hatte. Das Peinlichste, das wir jetzt erfuhren, war, daß schon am Dienstag vor dem Putsch, also zu einer Zeit, zu der die Fraktion noch in Berlin versammelt war, Lüttwitz mit seinen schon erörterten Forderungen an die Reichsregierung herangetreten war! Das war der Fraktion verschwiegen worden! — Loebe führte weiter aus: „Die größte Sorge des Kabinetts bestand darin, daß jetzt vielleicht die Reichswehr vernichtet werden würde und daß man dann gegen Spartakisten und Plünderer keinen Schutz mehr habe . . .“ Ich unterlasse jegliche Bemerkung zu dieser Botschaft. — Der Besprechung am Dienstag abend folgte eine neue am Mittwoch morgen. Diesmal waren schon etwa dreimal soviel Abgeordnete anwesend. Noske wurde ersucht, zu

berichten. Er gebrauchte dazu die ganze Vormittags-sitzung, um den Beweis zu versuchen, daß alles, was er in der Reichswehr getan habe, richtig gewesen sei. In der Sitzung am Nachmittag mußte ich Noske widersprechen. Er habe gegenüber der Rechten versagt. Bei diesen Ausführungen zeigte sich zwar einiger Widerstand in der Fraktion, doch wurde ich — abends zuvor war ich zum Redner bestimmt worden — ein-stimmig als Redner für das Plenum bestätigt, obwohl ich anheimgestellt hatte, einen anderen Kollegen zu beauftragen. Donnerstag früh war wiederum Sitzung der Fraktion. Es gab zahlreiche Angriffe auf Noske, freilich auch Versuche, ihn zu verteidigen.

Am Nachmittag fand die denkwürdige Sitzung der Nationalversammlung statt. Eine ungeheure Spannung herrschte sowohl bei den Abgeordneten, wie auch bei den Vertretern der Presse und allen anderen Zuhörern. Ich war ungehalten wegen mancher Überheblichkeit, der ich begegnete, und wegen der lächerlich wirkenden Geheimniskrämerei, auf die ich stellenweise gestoßen war. Dennoch sprach ich, längst daran gewöhnt, mich im Zaum zu halten, mit großer Ruhe. Gerade diese Stuttgarter Rede ist mir, ebenso wie die Rede in der Berliner Universitätsaula, unauslöschbar in Erinnerung geblieben.

AUS MEINER REDE ZUM KAPP-PUTSCH in der Nationalversammlung zu Stuttgart am 18. März 1920.

„Wer Augen und Ohren nicht absichtlich verschloß, mußte herankommen sehen, was wir im Laufe der letzten Tage mit Abscheu und Empörung erlebt haben. Immer frecher wurden die preußischen Reaktionäre, die in der Reichswehr eine Position nach der anderen gewannen und in der deutsch-nationalen Presse immer kräftigere Unterstützung fanden.

Die Frechheit gewisser Cliques wuchs offensichtlich von Tag zu Tag, nachdem der Oberst Reinhardt die Regierung in der wüstesten Weise beschimpft hatte, trotzdem aber in der Reichswehr bleiben konnte. Gewisse Zustände in der Reichswehr wurden immer unerträglicher. . .

Die Arbeiter begingen einen großen Fehler, indem sie der Reichswehr fernblieben. Es war weithin bekannt, daß Großgrundbesitzer sich Waffenlager zulegten; man wußte, daß die Studenten Waffen in großen Mengen sammelten. In der Reichswehr waren besondere Offizierskompagnien gebildet worden. Die Ausschließung sozialdemokratischer Arbeiter von den Einwohnerwehren war eine sehr verdächtige Maßnahme. Anzeichen in Hülle und Fülle! Ich nenne noch die provozierende Sabotierung der Nationalfarben, die Verhöhnung der neuen Abzeichen; ganz ungeniert und, von oben toleriert, wurden die Achselstücke wieder getragen, die besonders auf die Feldsoldaten direkt aufreizend wirkten. Dazu kam das Ausmerzen des einzigen republikanischen Blattes aus dem Heere und die Einführung deutschnationaler Zeitungen. Wer von alledem nichts direkt erfuhr, konnte sich informieren auf Grund der Alarmrufe in Versammlungen, in den parlamentarischen Fraktionen und in der Presse!

Ich will mich bei den Sturmzeichen der Reaktion jetzt nicht länger aufhalten, aber folgendes vor aller Welt feststellen: Dieselben Kreise, die uns in den Krieg getrieben, die unser Volk in Not und Elend gebracht, dieselben Kreise und Personen sind es auch, die das Verbrechen gegen die Republik und gegen die Demokratie vorbereitet und zu vollenden gesucht haben. . . .

Vor allem muß die Haltung der zwei Rechtsparteien festgehalten werden. Keine hat sich für die Karnevalsregierung des Herrn Kapp erklärt, bei Leibe nicht, obwohl Herr Kapp Mitglied des Gesamtvorstandes der Deutschnationalen Volkspartei ist. Bei der Deutschen Volkspartei kann von einer Stellungnahme der Partei auch nicht die Rede sein. Dr. Heinze hat sich in loyaler Weise — eigentlich eine Selbstverständlichkeit — auf den Boden der Verfassung gestellt. Herr Stresemann, der so gern einmal Gründungsmitglied der Demokratischen Partei geworden wäre und — als das nicht ging — sich selbständig machte mit seiner gut eingeschossenen Phrasenkanone, aber hat einen Aufruf erlassen, der ebenso wie der der Deutschnationalen nicht ein Sterbenswörtchen der Verurteilung für den kleinen, harmlosen Staatsstreich enthielt, der sich in Berlin vollzogen hatte. Mehr noch: der Auf-

ruf nannte die angebliche Absicht, auf verfassungsmäßigem Wege eine Änderung eines Artikels der Verfassung anzustreben, „einen Bruch der Verfassung“, aber das Abenteuerkleeblatt Kapp—Lüttwitz—Jagow—Bredereck wird ehrerbietig als „die neue Regierung“ angedet und zum Zusammenwirken aller Kräfte gegen „innere Kämpfe“ aufgerufen. . . .

Ich stelle fest:

1. An diesem Putsch, an diesem Verbrechen waren nur Leute der Rechten beteiligt!
2. Kein Wort der Verurteilung dieses Verbrechens durch die Rechtsparteien!
3. Die Versicherung der Rechten zu treuer Mitarbeit.

Was wollten die Herren Kapp und Ludendorff, Jagow, Traub und Bredereck? Die Herren wollten baldigste Präsidentenwahl durch das Volk. Sie wollten ferner Wahlen, noch bevor die wichtigsten Arbeiten der Nationalversammlung beendet waren. Dieselben Leute, denen die Legislaturperioden früher nie lange genug dauerten, wollten Nichterfüllung des Friedensvertrages, keinen Abbau der Reichswehr, keine Auslieferung der Waffen, um gerüstet zu sein für einen neuen Krieg!

Um „Fachminister“ zu gewinnen, wurden 50 000 Soldaten in Berlin konzentriert, wurde das ganze Reich an den Rand des Abgrundes geführt, mußten vielleicht Tausende von Menschen Leben und Gesundheit opfern. Um der Fachminister willen sammelten die Kapps, Ludendorffs und Brederecks seit Monaten Waffen im Lande, organisierten sie Studenten und Reserveoffiziere. Das Volk steht auf, der Sturm bricht los — — für Fachminister!. . .

Wer hat die Durchführung des Verbrechens gegen die Republik verhindert? Ich nenne zuerst die Truppen und Truppenführer, die ihrem Eide auf die Verfassung gemäß treu zur Republik gestanden haben. Ihnen gebührt unser wärmster Dank. Ich nenne weiter die Beamenschaft, deren erdrückende Mehrheit bewiesen hat, daß sie loyal der Republik dient. Auch ihr danken wir herzlich. . . Der Hauptdank gebührt aber der deutschen Arbeiterschaft. Das Wort „Generalstreik ist Generalunsinn“ hat keine Gültigkeit mehr. Der Sieg des Generalstreiks über die Militärgewalt — darüber sind wir uns wohl alle klar — ist eine Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung. Der Sieg konnte aber nur erreicht werden von einer geschlossenen Arbeiterschaft. Daraus müssen die Arbeiter ihre Lehre ziehen. . . .

Wie heute vor 72 Jahren am 18. März 1848 die Straßen Berlins vom Blute der Gefallenen sich röteten, so röten sich heute die Straßen vieler deutscher Städte mit dem Blute derer, die wieder für die Freiheit stritten. Hut ab vor denen, die für die Freiheit gekämpft haben! (Die ganze Versammlung erhebt sich.)

Wir verlangen gründliche Säuberung der Reichswehr, wir verlangen Entlassung aller Offiziere, deren Loyalität der Republik gegenüber nicht außer Zweifel steht, wir verlangen die Entwaffnung der Truppen, die gemeutert haben.

Wer seiner monarchistischen Überzeugung wegen der Republik nicht loyal dienen kann, der soll gehen. Die Republik ist zwar arm, aber sie wird auch die in Pension gehenden monarchistischen Beamten nicht verhungern lassen.

Wir verlangen strengste Bestrafung der Verbrecher in Uniform und Zivil, die die Republik in so heimtückischer Weise aus dem Hinterhalt überfallen haben, die unser gesamtes Wirtschaftsleben erschüttert und über unser Volk neues Elend, Not und Tod gebracht haben. Die schärfste Bestrafung dieser Verbrecher im denkbar schnellsten Verfahren sowie die restlose Konfiskation ihrer Vermögen — das ist unsere Forderung. Das Ausland, das unserer jungen Republik und unserer Demokratie nicht restloses Vertrauen entgegengebracht hat, mag aus den Ereignissen der letzten Tage ersehen, daß es uns ernst ist, mit der Demokratie und Republik. . .

Unberechtigt, verbrecherisch ist die Anwendung von Gewalt überall da, wo absolut gleiche politische Rechte für alle bestehen, wo einer Mehrheitsbildung zur Erreichung bestimmter Ziele nicht die geringsten Hemmnisse gemacht werden. Wo die Gewalt in Anwendung gebracht wird, um einer Minderheit die Herrschaft zu sichern, da ist sie ein Verbrechen. Dagegen wird das deutsche Volk sich alle Zeit zu wehren wissen. Wir wollen keine Junkerherrschaft. Wir wollen aber auch keine Spartakistenherrschaft. Wir wollen die ehrliche restlose Demokratie, wir wollen sie nicht zuletzt deshalb, weil durch sie auch die Wege geebnet werden können, die zum Sozialismus führen. . . Und so schließe ich mit den Worten: „Es lebe die Republik, deren Grundmauer die Demokratie ist, die Demokratie, die zum Sozialismus führt!“

Obwohl meiner Rede nicht nur Beifall, sondern auch Händeklatschen folgte, früher ein ganz seltener Vorgang, war sie auch in der sozialdemokratischen

Fraktion doch nicht restlos freudig aufgenommen worden. Das zeigte sich in der Fraktionssitzung am nächsten Morgen. Nahezu alle sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung waren anwesend. Ebert sprach wiederholt und berichtete über Verhandlungen mit Legien. Um die Mittagszeit war ich nahezu eine Stunde lang abwesend, nachdem Loebe, der zu meiner Rechten saß, mir die wirklich nicht aufregende Rednerliste gezeigt, und Ebert, der zu meiner Linken saß, mir gesagt hatte, daß er nicht mehr reden werde. Es war absolut nichts Überraschendes in der nächsten Stunde zu erwarten. Während meiner Abwesenheit hat Ebert dann doch sehr ausführlich gesprochen. Die Fraktion war vertagt worden, nachdem sie den Beschluß gefaßt hatte, Noske zu ersuchen, nicht zurückzutreten. Bemerkenswert war immerhin, daß ein besonderes Vertrauensvotum gar nicht beantragt wurde. Man wollte den Kameraden halten, weil man einen geeigneten Ersatz für ihn nicht wußte.

Als ich nach einer knappen Stunde zurückkehrte, war die Sitzung bereits zu Ende. Ich stand vor verschlossenen Türen. Bei dem Betreten des Restaurants, in dem ich mit Rauscher speisen wollte, wurde uns bereits ein Telegramm des WTB. überreicht, das die Überschrift trug: „Scheidemann desavouiert!“ Ich kannte meine Freunde, die es so eilig gehabt hatten, aus der Fraktionssitzung zu berichten. Als ich bei Tisch eine Einladung zu einer Besprechung mit der Regierung im Schloß erhielt, lehnte ich ärgerlich ab, ging jedoch schließlich, nachdem Rauscher mir mit Recht auseinandergesetzt hatte, daß es bestimmt empfehlenswerter sei, offen meine Meinung zu sagen, als schweigend fortzubleiben. Ebert berichtete in der Kabinettsitzung, an der die Vorsitzenden der an der Regierung beteiligten Fraktionen teilnahmen, allerlei über

Verhandlungen mit der Kommission, die sich in Berlin unter dem Vorsitz Legiens gebildet und mehrere handfeste Forderungen aufgestellt hatte. Ich hatte schon am Vormittag aus Telegrammen, die Ebert mich lesen ließ, gesehen, daß der Rücktritt Noskes als erste Forderung gestellt worden war. Da Ebert diesen Punkt jetzt ebensowenig erwähnte, wie vormittags in der Fraktion, stellte ich die berechtigte Frage: „Ich bitte den Reichspräsidenten oder den Reichskanzler um Auskunft, ob nicht noch andere Forderungen gestellt worden sind als die vorgetragenen.“ Als Ebert mit dem Kopfe schüttelte, fragte ich genauer: „Ist der Rücktritt Noskes nicht gefordert worden?“ Darauf antwortete Ebert: „Es wird jetzt nur noch eine Umbildung des Kabinetts gefordert.“ Darauf bemerkte ich, daß damit doch Noske in erster Linie gemeint sei.

Die Szene war äußerst unerquicklich, denn jeder hatte das Gefühl, daß von einer objektiven Information keine Rede sein könne. Es wurde schließlich eine gemischte Kommission bestellt, die mit Legien verhandeln sollte. Für die Regierung wurden Bauer, Giesberts und Geßler bestimmt, für die Regierungsparteien Meerfeld (Soz.), Brauns (Ztr.) und Haas (Dem.).

EINE FRAKTIONSREDE

Kurz nach der eben geschilderten Kabinettsitzung fand abermals eine Fraktionsversammlung statt, in der ich sofort das Wort nahm, um nun, zwar immer noch mit kameradschaftlicher Zurückhaltung, aber doch mit möglichster Deutlichkeit zu sprechen. Da der Verlauf des Kapp-Putsches bereits zu vielen Legenden geführt hat, will ich, um späteren Historikern ein wenig Material zu liefern, etwas ausführlicher berichten. Während meiner Rede in der Fraktion war ein Schrift-

führer nicht anwesend. Ich schrieb deshalb an Hand meiner Notizen meine Rede nachher fast wörtlich nieder und bat Loebe, mit dem ich die Rede gründlich durchgesprochen hatte, sie dem Protokoll einzuverleiben, sobald sie auf der Maschine geschrieben sei. Loebe, der mit der gesamten Situation, besonders auch mit dem Verhalten der Regierung, höchst unzufrieden war, legte selbst großen Wert auf die Festhaltung bestimmter Tatsachen. Er war ohne weiteres damit einverstanden, daß meine Rede dem Protokoll einverleibt werde. In einem Briefe aus Kassel vom 24. März erinnerte ich ihn an unsere Abrede. Sobald ich nach Berlin kam, konnte ich mich überzeugen, daß der Fraktionssekretär die Anweisung Loebes bereits befolgt hatte.

Ich gebe aus dem Protokollbuch der sozialdemokratischen Fraktion folgenden Auszug aus meiner Rede vom 19. März 1918:

„Ich stehe mit allen sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung seit Jahrzehnten in bester Freundschaft. Ich hoffe, daß sich auch für die Zukunft dieses Verhältnis nach keiner Richtung hin trüben möge. . . Jetzt handelt es sich darum, höchste Pflichten zu erfüllen, diese Pflichten gehen über Kameraderie. In erster Linie beschwere ich mich darüber, daß die Regierung die Fraktion nicht informiert hat über das, was heraufzog. Wir haben auch aus dem Munde Eberts heute gehört, daß er bereits am 9. März in Gegenwart Noskes eine hochwichtige Aussprache mit dem General Lüttwitz gehabt hat. Am Freitag, den 12. März sind die Abgeordneten heimgereist und als sie am Sonnabend in ihrer Heimat angelangt waren, ersahen sie aus den Zeitungen, was in Berlin vor sich gegangen war. Stellen Sie sich vor, wie Ebert und ich mit Bethmann Hollweg umgesprungen sein würden, wenn er uns im Verlaufe des Krieges eine derart hochwichtige Nachricht verschwiegen haben würde.

Und jetzt? Ebert schweigt, Bauer sagt deutsche Sprichwörter her: „Wenn wir gewußt hätten . . .“ „Wenn man vom Rathause kommt . . .“ usw. Es fehlt nur, daß er auch gesagt hätte: „Schmücke Dein Heim“ oder „Bade zu Hause“. Die Kunst der Politik ist eben: **V o r a u s z u s e h e n!** Das „Zu spät“ der früheren

Regierungen muß leider im vorliegenden Falle auch der jetzigen Regierung zum Vorwurf gemacht werden. Unter Bezugnahme auf Lüttwitz hat Bauer gesagt und zwar wörtlich: „Man hat nicht alles gleich so ernst genommen! Was für Gerüchte durchschwirren fortwährend das Land!“ Zu Quarck (Quarck hatte seine Verwunderung ausgesprochen darüber, daß Lüttwitz nicht gleich verhaftet worden sei) gewandt, sagte er: „Wie oft kommen zu uns kommunistische Arbeiter mit ultimativen Forderungen. Solche Arbeiter verhaften wir doch auch nicht. Wie hätten wir dazu kommen sollen, einen der angesehensten Generale zu verhaften! . . . Ein Wort zu meiner gestrigen Rede (die in der Fraktion vereinzelt kritisiert worden war). Wenn ich bisher mit meinen Parlamentsreden zumeist unzufrieden war, will ich kein Hehl daraus machen, daß ich mich heute der gestrigen Rede freue. Ich bin der Überzeugung, daß 90 Prozent der Partei geschlossen hinter mir und meiner Rede stehen werden. Halten Sie mich meinethalben für einen eingebildeten Menschen. Auf diese Gefahr hin will ich doch feststellen: ich habe das politische Fingergefühl gehabt, das vielen in dieser Zeit zu fehlen scheint. . .

Ich habe über die Vorgänge in der Reichswehr gesprochen. Sie sollten froh sein, daß ich es getan habe; sonst hätte es doch Payer in noch viel entschiedener Weise getan, als er es ohnedies getan hat, und außerdem würde Henke (damals USP.) sich die günstige Gelegenheit nicht haben entgehen lassen. Muß denn unbedingt immer von anderen gesagt werden, was zu sagen unsere Pflicht ist? Antworten Sie mir, was Sie wollen, ich bin froh, mich offen ausgesprochen zu haben. Denn es waren ja nichts als Tatsachen unerschütterlicher Art, Tatsachen, die wir x-mal mit Noske, mit Ebert, mit Bauer, mit der ganzen Fraktion besprochen haben! Ich erinnere an die Erörterung des Falles Reinhardt. Würde die Regierung jetzt nicht heilfroh gewesen sein, wenn Sie damals meinem Rate gefolgt und Reinhardt zum Teufel gejagt hätte? Meine Rede, so weit sie sich auf die Reichswehr bezog, war nichts anderes als ein Niederschlag dessen, was in der Fraktion von den meisten Rednern behandelt worden war. Allerdings stimme ich vollständig mit Ihnen überein in der Ablehnung des Antrages, den Quessel gestellt hatte. Quessel hat bekanntlich verlangt, daß die Fraktion Noskes Rücktritt fordern sollte. Das habe ich für durchaus falsch gehalten. So weit darf es nicht kommen, daß man einen Genossen direkt auffordern muß, zurückzutreten. Aber, ich bitte mir das nicht übel zu deuten, die jetzige Situation erinnert mich lebhaft an die

im Oktober 1918, als Wilhelm II. auch nicht begreifen wollte, daß er gehen müsse. Wie spielten sich denn die Verhandlungen bei uns in der Fraktion ab? Zumeist ist keiner von unseren Genossen aus der Regierung anwesend. Als wir vorgestern morgen hier den Bericht Loebes über die Vorgänge in der letzten Zeit anhören sollten, gab Loebe das Wort an Noske. Noske füllte mit seiner Rede die ganze Vormittagssitzung aus. Und was hat er uns in dieser Rede vorgetragen? Etwa eine genaue Schilderung der Etappen der peinlichen Ereignisse? Nein! Er hat stundenlang versucht, den Beweis zu erbringen, daß er die richtige Taktik und Politik in seinem Amte vertreten habe. Er hat den Versuch gemacht, das, was sich jetzt abspielt, als eine zwangsläufige Erscheinung zu erklären, für die er nach keiner Richtung hin verantwortlich sei. Das ist falsch, ich habe Noske immer objektiv beurteilt.

Jeder von euch weiß genau, wie ich ihn schätze. Ich kenne seine Verdienste. Aber jetzt stehen wir doch vor der Tatsache, daß seine Institution infolge eines Mangels an Energie n a c h r e c h t s ein komplettes Debacle erlitten hat. Nun täuscht euch doch nicht darüber, wie jetzt die Reichswehr und damit Noske im ganzen Lande beurteilt werden. Wenn eine Möglichkeit bestände, ihn zu halten, dann müßten wir es selbstverständlich versuchen. Aber ich sehe diese Möglichkeit nicht. Ich habe die Überzeugung, daß die erdrückende Mehrheit der Partei es als selbstverständlich ansieht, daß ein Wechsel im Reichswehrministerium eintritt. Ich habe kein Wort gewußt von dem, was in Berlin im Laufe der vorigen Woche vor sich gegangen ist. Ich habe kein Wort gewußt von dem Zusammentreten der Genossen unter Legien. Und trotzdem habe ich hier Ausführungen am vorgestrigen Tage gemacht, die doch zeigen, daß ich über die eigene Nasenspitze hinweggesehen habe. (Ich hatte Forderungen erhoben, die sich mit den von Legien aufgestellten vollkommen deckten!) Was habe ich denn hier vorgestern zum Entsetzen Stoltens und anderer gesagt: Das Steuer muß nach links geschmissen werden! Heute ist Ebert im Besitze eines Telegramms von seinem Bürodirektor Krüger, in dem mit an erster Stelle die Forderung der Gewerkschaften steht: Fort mit Noske! Warum hat Ebert, der heute vormittag mehrfach geredet hat, der heute nachmittag im Kabinett über die Forderungen der Gewerkschaften ebenfalls geredet hat, nicht gesagt, daß die Forderung, Noske müßte gehen, erhoben wird? Auf meine Anfrage im Kabinett, ob denn außer den von Ebert vorgetragenen Forderungen

keine anderen erhoben würden, hat Ebert erklärt: Nein! Und erst als ich unter Bezugnahme auf das Telegramm, das Ebert mir heute vormittag hier selber gezeigt hat, nun direkt fragte: Ist nicht verlangt, daß Noske gehen soll? antwortete Ebert: Diese Forderung sei früher erhoben worden, jetzt nicht mehr. Darauf antwortete ich in der Kabinettsitzung heute: Sie ist jetzt nicht mehr mit der Nennung eines Namens erhoben worden, weil nunmehr, wie ich aus anderen Telegrammen weiß, von einer Umbildung des ganzen Kabinetts die Rede ist, das heißt also, man begnügt sich gar nicht mehr damit, daß Noske geht. . .

Mir ist vollkommen unverständlich, daß wir erstens über die Vorgänge in Berlin nicht unterrichtet wurden, und zweitens, daß uns diese Forderung der Berliner Gewerkschaften nicht mit dem Detail, daß Noske gehen soll, bekanntgegeben wurde. Das ist eine Geheimniskrämerei, die ich nicht verstehe. Wir haben der früheren Regierung oft das Bethmannsche Wort unter die Nase gerieben: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht!“ Und was tun unsere Freunde in der Regierung? Auch sie lassen sich treiben und treiben, anstatt freiwillig zu geben, was gegeben werden muß. Mir ist die Taktik, die David, der hier anwesend ist, vorgestern wieder vertreten hat, unverständlich, die sich kurz zusammengedrängt immer wieder in der Devise erschöpft: Wir müssen als Koalitionspartei Rücksicht nehmen auf Zentrum und Demokraten. Zum Teufel ja, wir müssen es . . . Aber ich möchte den sehen, der im Ernste bestreiten will, daß wir unter allen Umständen mehr Rücksicht auf die eigene Partei zu nehmen haben, als auf die anderen. Ich bitte euch von ganzem Herzen, seht doch ein, um was es sich heute handelt: um das Land und um die Partei, nicht um das Schicksal Noskes!

* * *

Der Putsch des Jahres 1920 ist dank der Energie, mit der die Arbeiterschaft sofort den Generalstreik in Anwendung brachte, bald zusammengebrochen. Trotzdem ist und bleibt er das blamabelste Erlebnis der jungen Republik. Einen bitterbösen Eindruck hatte überall die Nachricht hervorgerufen, daß die Reichsregierung mit dem Reichspräsidenten an der Spitze von Berlin geflohen war, um zunächst in Dresden vergeblich anzuklopfen, bis sie dann im Schwabenlande

eine Zufluchtsstätte fand. Der Putsch hätte meiner Überzeugung nach nicht nur verhütet werden können (— man erinnere sich der Unterredung der Lüttwitz mit Ebert und Noske am 9. März —), er hätte auch nach seiner Erledigung ganz andere Folgen zeitigen müssen. Die Regierung wurde umgebildet, anstelle Noskes kam der „Demokrat“ Geßler. Von Kassel aus hatte ich dem Reichspräsidenten den späteren preussischen Innenminister Grzesinski in einem Telegramm vom 23. März auf das wärmste als Nachfolger Noskes empfohlen. Vergeblich, obwohl gerade Grzesinski die Energie besaß, die damals in der Reichswehr hätte in Anwendung gebracht werden müssen. Es fanden auch bald Neuwahlen statt. Das Vermögen der Putschisten wurde nicht konfisziert, wie feierlich und bestimmt angekündigt worden war, dagegen wurden ihnen von den kaiserlichen Richtern, die in der Republik Recht sprechen, später die Pensionen gesichert.

NACHKLÄNGE ZUM KAPP-PUTSCH

Zu den tiefer einschneidenden Folgen des niedergeschlagenen Putsches vom 13. März gehörten die für Juni 1920 angeordneten Neuwahlen. Um dazu Stellung zu nehmen, hatte die SPD. für den 5. Mai eine Reichskonferenz in den großen Sitzungssaal des Reichstages einberufen. Das Referat war mir übertragen worden. Vielfach, besonders von Noske selbst, wie sich aus seiner Rede einwandfrei ergab, war erwartet worden, daß ich eine heftige Attacke gegen ihn reiten würde. Daran habe ich damals gar nicht gedacht. Was hätte das auch für einen Sinn gehabt? Noske, der seine Verdienste um die Republik hatte, war zu vertrauensselig gewesen, er hatte den kaiserlichen Offizieren der republikanischen Wehr mehr Vertrauen ge-

schenkt, als angebracht war. Darüber war er zu Fall gekommen. Das war ein durchaus logischer Ablauf der Dinge gewesen, über den nicht nur in der Fraktion, also im geschlossenen Kreis, sondern auch in der Presse noch nach dem Rücktritt Noskes sehr eingehend diskutiert worden war. Mit zu den am meisten beachteten Auseinandersetzungen gehörte die zwischen Noske und Erich Kuttner, seinem vieljährigen Chemnitzer Redaktionskollegen. Kuttner, der die Vorzüge und Fehler Noskes wirklich genau kannte, hatte am 3. April 1920 im „Vorwärts“ festgestellt, daß er noch am 12. März, nachts um 11 Uhr, also unmittelbar vor dem Anmarsch der meuternden Truppen nach Berlin, eine telephonische Unterredung mit Noske gehabt habe. Im Verlaufe dieser Unterredung habe Noske erklärt, „daß er seinen bisherigen Optimismus nicht fahren lasse. An das Gerede aufgeregter Leute von einer bevorstehenden militärischen Katastrophe glaube er nicht, Ehrhardt sehe gar nicht so aus, als ob er auf Berlin marschieren wolle, in Döberitz sei es ganz ruhig, und im übrigen habe er hier alle Vorkehrungen getroffen.“

Kuttner war geradezu fassungslos über dieses Verhalten Noskes. Er sagte an der erwähnten Stelle über jene Unterredung:

„Sechs Stunden später waren Lüttwitz und Ehrhardt die Herren von Berlin, die militärischen Gegenmaßnahmen Noskes in nichts zerfallen, die Regierung samt dem Reichswehrminister auf der Fahrt nach Dresden. Bisher habe ich geglaubt, daß Leute, die auf dem richtigen Wege zu sein glauben, in Wirklichkeit aber sich verlaufen, wenigstens dann von ihrem Irrtum zurücktreten, wenn sie plötzlich in den Sumpf fallen. Vor dem Optimismus aber, der, bis an den Hals im Sumpf steckend, noch immer fröhlich ausruft: ‚Mein Weg war durchaus der richtige!‘, vor dem versagt jedes Einfühlungsvermögen.“

Kuttner führte dann erschütternde Beispiele für den Irrtum Noskes an. Er schloß seine Betrachtungen mit

diesem Satze: „Die dringende Reform der Reichswehr kann nur durchgeführt werden durch einen Reichswehrminister, dessen Geist völlig frei ist von den Einflüssen, die Noske in Irrtümer verstrickt haben — Irrtümer, deren Größe er trotz des 13. März noch nicht erkennt.“

In meiner Rede auf der erwähnten Reichskonferenz im Reichstag schilderte ich die politische Lage. Da ich natürlich auch den Kapp-Putsch besprechen mußte, wandte ich mich gegen die Reaktion und die Linksradikalen, die uns durch ihre blöde Politik in die schwierigste Situation gebracht hatten: „Die Linksunabhängigen und die Kommunisten haben in ihrer Torheit den reaktionären Offizieren einen Teil der damals völlig verlorenen Macht in die Hände gespielt. Ohne Januar-Putsch von 1919 kein März-Putsch von 1920, ohne Ledebour kein Lüttwitz.“ Zur Koalitionspolitik haben uns die „Radikalen“ gezwungen, die abergläubisch annehmen, daß bei uns alles hätte so gehen müssen wie in Rußland:

„Die bisherige Koalitionspolitik wäre leichter zu verteidigen, wäre sie nicht belastet durch die sogenannte Noske-Politik. Ich halte es für eine Ehrenpflicht, hier zu erklären, daß ich den Genossen Noske heute noch als Parteigenossen schätze, daß ich seiner Persönlichkeit und seinen ehrlichen Absichten alle Achtung zolle, die sie verdienen, ich möchte hier so laut wie möglich sagen: Diejenigen, ganz links, außerhalb unserer Partei, die Noske am heftigsten schmähen, haben am wenigsten Recht dazu, denn sie haben ihn dazu gemacht, was er geworden ist, sie haben ihn zu seinen Fehlern geradezu gezwungen. Es ist nicht Noskes Schuld und es ist nicht unsere Schuld, wenn es zwischen verschiedenen Teilen der Arbeiterbewegung zu blutigen Auseinandersetzungen kam, bei denen naturgemäß jeder Teil die Hilfe nahm, die sich ihm bot. Daß aber Noske sich durch das Geschrei, die Drohungen, die gewaltsamen Angriffe von links blind machen ließ für die Gefahren von rechts, das war sein Fehler und sein Verhängnis. In dieser Beziehung hat Noske schwer geirrt. Die moralische Entrüstung muß sich aber gegen diejenigen wenden,

die ihn, den allzu Vertrauensseligen, verraten und im Stich gelassen haben. Das sind jene Offiziere, die in der Nacht vom 12. zum 13. März ihren Eid brachen, und jene anderen, die Noske gegen die Eidbrecher und Meuterer die Hilfe versagten.“

Ich schloß meine Rede mit diesem Satz: „Fort mit allem Hader und aller Selbstzerfleischung! Ein Ziel — ein Weg — ein Wille — und so vorwärts in den Kampf!“

DIE REAKTIONÄRE HOCHFLUT

Der dreiste Versuch, die Republik mit einem Schlag über den Haufen zu rennen, war den kaiserlichen Offizieren und ihren zivilen Helfershelfern mißglückt. Die Reaktion begann nunmehr mit einer neuen Methode: sie wollten die bekannteren Republikaner und mit ihnen die Republik selbst kompromittieren. Bereits begonnene Verleumdungskampagnen wurden in verschärfter Form fortgesetzt, neue Kampagnen wurden eingeleitet. Daß gerade ich zu den Männern gehörte, die im besonderen Maße beschimpft, verleumdet und — im wahren Sinne des Wortes — mit Gift bespritzt worden sind, buche ich als eine Anerkennung meines Kampfes gegen die Reaktion. Noch bevor die Hetze gegen Erzberger begonnen hatte, wurde durch die niederträchtigsten Verdächtigungen versucht, mich für alle Zeiten politisch unmöglich zu machen. Wer denkt heute noch daran, daß ich mich in zahlreichen Prozessen (bis zu dreiwöchentlicher Dauer!) wehren mußte gegen die Behauptungen gekaufter Subjekte! Einer dieser Helfershelfer der Reaktion hatte Dutzende von Briefen und Depeschen gefälscht, weil mich seine Geldgeber der schäbigsten Vergehen und Verbrechen überführen wollten. Man suchte mich mit den Geschäften privater Leute in Verbindung zu bringen, zieh mich der Bestechlichkeit und Begünstigung. Alles das geschah schon bald nach meinem Rücktritt von der

Regierung. Immer neue Verdächtigungen kamen hinzu. Als ich in Kassel eintraf, um mein Amt als Oberbürgermeister anzutreten, begrüßte mich ein deutschnationales Blatt mit den Worten: „Wir werden diesen Menschen jeden Tag an den Pranger stellen!“ Das war zwar nicht gut möglich, würde für die Einwohnerschaft schließlich auch langweilig geworden sein, doch glückte es immer wieder, das Haus, in dem ich wohnte, zu besudeln und mit ätzenden Farben in metergroßen Buchstaben allerlei Schimpfereien anzuschreiben.

Da jede gegen mich erhobene Verleumdung und Verdächtigung durch die gesamte reaktionäre Presse lief, war die Zahl der Schimpf- und Drohbriefe, die mir zgingen, zeitweise ungeheuer groß. Wo ich ging oder stand, saß oder fuhr, wurde ich, zumeist mehr blöde als gehässig, begafft, häufig genug auch angepöbelf. Als ich 1921 Bad Kissingen aufgesucht hatte, um mich ein wenig aufzufrischen, wurde ich täglich derart belästigt, daß ich schließlich gar nicht mehr zum Brunnen ging. Schimpf- und Drohbriefe gingen mir täglich zu. Da lief die Nachricht von der Ermordung Erzbergers ein! Zwei oder drei Tage später kam eine meiner Töchter nach Kissingen, angeblich weil sie der Erholung ebenfalls bedürfe, in Wirklichkeit zu meinem Schutze. Als die Kissinger Arbeiter, die inzwischen von den Belästigungen gehört hatten, versicherten, daß sie von nun ab mich beobachten und jeden zu Boden schlagen würden, der mich belästigen sollte, reiste ich ab. Ich wollte dem Bad unter allen Umständen Skandalszenen ersparen.

Die Hetze gegen mich wurde in Kassel und von Kassel aus immer intensiver betrieben. Die Verleumdungen wurden zwar immer lächerlicher, aber sie verfehlten ihre Wirkungen, besonders auf politisch unreife junge Leute, nicht. — —

EIN SCHLIMMES JAHR

Das Jahr 1922 war ein rechtes Leidensjahr für mich. Die jämmerliche Ernährung im Kriege und die un-
ausgesetzten Aufregungen rächten sich mehr und mehr. Auch mein Magen, so meinte ich, wollte nicht mehr
oder nicht wieder richtig arbeiten. In Wirklichkeit
waren die meisten meiner Beschwerden auf ein Ulcus
duodeni zurückzuführen. Ich gab dem Drängen der
Spezialisten nach und legte mich am 16. März in die
Privatklinik Dr. Schlesingers in Berlin. „In vier Wochen
können Sie vielleicht wieder hergestellt sein!“ Um
Gottes willen, vier Wochen im Bett liegen! Ernäh-
rung: Brei, Milch und Pudding in homöopathischen
Dosen, Heizkissen, Wismuth, Belladonna und Ein-
spritzungen unter die Haut, in die Adern und in die
Muskeln. Das war ein Vergnügen! Ich las eine ganze
Bibliothek, Geschichte und Politik, zwischendurch
auch Belletristik.

Besuch empfing ich Tag für Tag und jeder Besuch
war ein Fest. Außer meiner Familie kamen die Genossen
aus den Fraktionen des Reichtags und Landtags in
hellen Haufen, es kamen auch viele andere Besucher,
befreundete Kaufleute, Anwälte, Ärzte und Künstler.
Leopold Jeßner war wiederholt bei mir. Aus dem Aus-
lande kamen Freunde: aus Dänemark Frau Bang, Kie-
fer und Stauning, Camille Huysmans aus Brüssel, Ram-
say Macdonald aus London und viele, viele andere.

Ich lag schwerkrank vier, fünf und schließlich sechs
Wochen lang, ohne völlig zu gesunden. Trotzdem rieten
die Ärzte von einer Operation, die mit großer Gefahr
verbunden sei, ab. Ich ging, mit vielen Vorschriften
versehen, in die Heimat. Dort lagen schon seit Wochen
zwei nationale Buben auf der Lauer, um festzustellen,
wie ich am sichersten und am schnellsten in ein
besseres Jenseits befördert werden könnte. Tag für

Tag verfolgten und beobachteten sie mich, ohne den Mut zu finden, sich „national“ zu betätigen. Am ersten Pfingstfeiertag, als ihr reichlicher Mordvorschub für Alkohol und Weiber vertan war, fielen sie im einsamen Habichtswalde, wo ich auf einem Spaziergang Erholung suchte, über mich her. Der eine sollte hinter einem Baum, mit dem Armeerevolver in der Faust, bereitstehen, um mit einem Schuß nachzuhelfen, falls die Blausäure, die der andere mir ins Gesicht spritzen sollte, ohne tödliche Wirkung blieb.

Meine Tochter Luise und ihre achtjährige Nichte Hanna, mein Enkelkind, gingen Hand in Hand auf stillem Pfad im herrlichen Hochwald etwa 20 Meter hinter mir her. Da sahen sie, wie hinter einem starken Baum ein Mann hervorsprang, der auf mich zulief und die rechte Faust erhob — — in dem Augenblick, in dem meine immer vorsichtig beobachtende Tochter schrie: „Vater schieß!“ stand der Kerl, den ich auf dem weichen Waldboden nicht hatte hören können, auch schon vor mir und spritzte aus einer faustdicken Ohrenspritze die Blausäure mir ins Gesicht. Sie wirkte sofort, jedoch nicht tödlich, weil sie nicht Schleimhäute traf, weder die Augen noch die vom Schnurrbart geschützten Lippen. Freilich verkrampften sich a tempo Arme, Beine und Hände. Auf den Ruf meiner Tochter hin hatte ich jedoch sofort den in der rechten Hosentasche steckenden ungesicherten Browning gefaßt, so daß ich im Hinsinken noch zwei Schüsse abgeben konnte. Ich weiß heute noch so genau, als sei es vor wenigen Minuten gewesen, daß ich in der eintretenden Bewußtlosigkeit noch die Absicht verwirklichen wollte, durch die Schüsse Hilfe herbeizurufen. Der Giftspritzer sowohl wie der Reservemörder hinter dem Baume hatten auf meine Schüsse hin das Hasenpanier ergriffen. Unter den Leuten, die sich nach einigen Minuten ein-

finden, war auch ein Arzt, der mich, als ich noch in bewußtlosem Zustande lag, untersuchte. Er stellte ohne weiteres fest, daß es sich um ein Blausäureattentat gehandelt hatte, denn der Geruch nach bitteren Mandeln war unverkennbar.

Die Nachrichten von dem Überfall gaben der Rechtspresse zunächst auch noch Anlaß zu spöttischen Bemerkungen. Die „Deutsche Tageszeitung“ höhnte über das „Attentat mit der Klistierspritze“. Links hatte man schneller erfaßt, um was es sich handelte. Das erste der bei mir eingelaufenen Glückwunschtelegramme kam von Rathenau, der einige Wochen später dem noch sorgsamer vorbereiteten Anschlag zum Opfer fiel. Wie sich später herausgestellt hat, war der Plan der hinter den Mördern steckenden Nationalisten dieser gewesen: Die Arbeiterschaft sollte zu einem Putsch provoziert werden, den dann die Rechtsverbände mit Hilfe der Reichswehr unterdrücken sollten. Dann wären sie die Retter des Vaterlandes gewesen, die die völkische Diktatur hätten errichten können. „Wie bringt man die Arbeiterschaft am schnellsten zum Putschen, durch die Ermordung Scheidemanns oder Rathenaus?“ Sie hatten sich zunächst für mich entschieden.

Mehrere Monate später wurden die beiden Burschen gefaßt und vom Staatsgerichtshof zu je zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Schon in der Gerichtsverhandlung habe ich erklärt, daß mir an einer harten Bestrafung nichts gelegen sei, die beiden Unglücksraben seien doch nur Opfer der nationalistischen Pressehetze gegen mich. Tatsächlich haben die beiden zur Rechtfertigung ihrer Tat immer wieder die Verleumdungen angeführt, die in den Rechtsblättern gestanden hatten. Nachdem sie die Hälfte ihrer Strafe verbüßt hatten, sind sie auf mein Ersuchen begnadigt worden.

Nervöse Einwirkungen hatten für mein Leiden

immer viel schlimmere Folgen als Diätfehler. Der Überfall hatte sich nachträglich auch ungünstig ausgewirkt, so daß ich gegen Ende des Jahres wieder wochenlang in der Klinik liegen mußte.

Die jahrelang andauernde Hetze hat meine Gesundheit natürlich nicht gefördert, ich bin aber nicht daran gestorben. Dagegen hat der Hauptmacher der Hetzarbeit gegen mich den Tod meiner lieben und unvergeßlichen Frau ganz zweifellos auf dem Gewissen. In der Befürchtung, daß ich mich über die einlaufenden Schimpf- und Drohbrieife und die verlogenen und hetzerischen Zeitungsartikel aufregen könnte, fing sie, ohne daß ich es wußte, täglich die Briefträger ab, um mir alles vorenthalten zu können, was meine Gesundheit ihrer Meinung nach schädigen könnte.

Im Sommer 1926 wurde wieder eine Hetzschrift gegen mich verbreitet. Meine Frau wurde immer nervöser. Als eines Tages auch amerikanische Zeitungen mit giftigen Auszügen aus der erwähnten Schrift in mein Haus gebracht wurden, erlitt sie einen Schlaganfall und schloß die Augen für immer. Das war der größte politische Erfolg, den nationale Verleumdung bisher gegen mich erzielt hat.

WARNUNGEN VOR ATTENTATEN

Während meiner nahezu sechsjährigen Amtstätigkeit als Oberbürgermeister meiner Vaterstadt Kassel bin ich aus Hamburg, München und wiederholt aus Berlin vor Anschlägen, die auf mich geplant waren, amtlich gewarnt und zur Vorsicht gemahnt worden. Wiederholt gingen mir auch positive Mitteilungen über beabsichtigte Attentate von privater Seite zu, so u. a. von einem philosophischen Schriftsteller und einem Professor der Medizin. In einem Falle war eine Frau

dazu bestimmt, mir das Lebenslicht auszublases, in allen anderen Fällen handelte es sich angeblich um Studenten und verkrachte Offiziere. Die Polizei wußte, daß ich alle diese Zuschriften, genau so wie die Drohbriefe, unbeachtet ließ. Dauernden geheimen Polizeischutz, der mir wiederholt angeboten worden ist, habe ich abgelehnt. Die Kasseler Polizei war durch die immer wieder von auswärtigen Behörden bei ihr einlaufenden Berichte, wahrscheinlich aber auch durch gehässige Artikel eines „rechten“ Kasseler Blattes, nervös geworden, denn eines Tages verlangte sie von mir, daß ich einen Polizeihund, den sie mir ins Haus schickte, zu meinem Schutze übernehmen müßte! Sie verlangte allerdings mehr von mir. Um zu zeigen, wie ein republikanischer Oberbürgermeister in der jungen Republik nach polizeilicher Anschauung sich vorsehen sollte, um nicht von nationalistisch verhetzten Burschen gemeuchelt zu werden, lasse ich hier eine fürsorgliche Anweisung der Polizei folgen, deren Innehaltung sie ernstlich, aber vergebens, von mir forderte:

1. Dauernder Verschuß der Fenster im Erdgeschoß bei Dunkelheit . . .
2. Die Fenster der Wohnung sind mit Vorhängen zu versehen, die für elektrisches Licht undurchlässig sind, damit keine Beobachtung von draußen möglich ist.
3. Stets unauffällige Begleitung durch einen Bekannten. Beide Herren Hand an den schußbereiten Waffen in der Tasche. Selbstverteidigungsgriffe zur Abwehr eines Angriffs bei Schlag, Stich, Schuß (folgen sechs Zeilen Anweisung!).
4. Unauffällige Beschaffung einer leichten Panzerweste . . .

5. Entfernung oder scharfe Beobachtung der Büsche am Wilhelmshöher Platz . . .

Die weiteren drei Punkte betrafen Maßnahmen, die die Polizei durchführen wollte.

Ist das nicht ein wirklich lehrreiches Kulturbild aus dem ersten Jahrfünft der Deutschen Republik?

DEUTSCHLAND ÜBER ALLES

Nach der Ermordung Rathenaus ist von den Koalitionsparteien ein großer politischer Fehler gemacht worden. Zwar gab es interessante Demonstrationen gegen die Nationalisten, zwar gab es ein schwächliches Gesetz zum Schutze der Republik, das die kaiserlichen Richter später immer mehr gegen links in Anwendung brachten, aber die von mir dringend empfohlene Neuwahl des Reichstags gab es nicht. Meine Anregung wurde an allen Stellen, wo immer ich sie auch vorbringen mochte, abgelehnt. Damals hätte man das Eisen schmieden müssen! Man stelle sich vor, was es politisch zu bedeuten gehabt hätte, wenn ein 1922 gewählter Reichstag bis 1926 — vier Jahre lang — hätte wirken können! Eine nach der Ermordung Erzbergers und Rathenaus gewählte Volksvertretung wäre anders zusammengesetzt gewesen, als das 1920 gewählte Parlament, auch anders als der 1924 unter dem deutschnationalen Aufwertungsschwindel gewählte Reichstag. Auf 1922 folgte das Jahr der Ruhrbesetzung mit der verwüstenden Inflation unter dem Reichskanzler Cuno, folgte der Hitlerputsch, folgten die Prozesse, in denen Ebert um seine Ehre ringen mußte.

An manche Dinge ist die Republik mit einer Zimperlichkeit herangegangen, die geradezu unverständlich ist. Ich erinnere an die früher schon besprochenen

Konzessionen, die hinsichtlich der republikanischen Flagge schwarz-rot-gold gemacht worden sind. Fast ebenso zimperlich ging man an die Frage heran, wie man den Verfassungstag feiern und was man bei der Feier singen sollte. Es gab keine neue republikanische Nationalhymne, und nicht alle getrauten sich, das treffliche Deutschlandlied zu übernehmen, weil es die Rechtsparteien sangen. Schon mehrere Male war der 11. August gefeiert worden, immer wieder hatte es Mißhelligkeiten gegeben. Zufällig hörte ich im Sommer 1922 in der Wandelhalle des Reichstags einige republikanische Geheimräte Sanges-Schmerzen und Lieder-Bedenken äußern. Ich ging schweigend in den Schreiksaal, um für die sozialdemokratische Presse einen Artikel zu verfassen unter der Überschrift: „Deutschland über alles!“ Darin hieß es:

„... Die echte Liebe zum Vaterlande war allezeit bei denen, die nicht davon redeten, die aber für ihr Vaterland arbeiteten, um es wohnlich für alle zu gestalten und gleiche Rechte für alle zu sichern.

Erbittert standen die Massen beiseite, Groll im Herzen wegen der empörenden Rechtsungleichheit in allen Staaten des Reichs. Und wenn die Bevorrechteten, entzückt von den sie befriedigenden Staatseinrichtungen sangen: „Deutschland über alles“, dann fühlten sich die Arbeiter auch noch verhöhnt. Dem herrlichen Liede Hoffmanns wurde schließlich von den Säbelpatrioten — besonders für das Ausland — ein Sinn eingezwängt, der dem Liede so fremd ist, wie Vaterlandsliebe dem Landesverräter; es wurde ein nationalistischer Tendenzgesang, wie der Haßgesang an England. So wie die Arbeitermillionen aus politischer Einsicht die Republik sichern, so werden sie aus echter Vaterlandsliebe auch weiterhin die größten Opfer auf sich nehmen, um Deutschland wieder auf die Beine und zu Ansehen und Ehren zu bringen. Jetzt, wo das Reich in der schwersten Not ist, gerade jetzt wollen wir ihm in unerschütterlicher Treue und Opferwilligkeit zur Seite stehen. Niemand kann ein besseres Recht auf das Lied der Deutschen geltend machen als die schaffenden, demokratisch und republikanisch gesinnten Volksmassen. Wenn deshalb die Ar-

beiter am 11. August, dem Geburtstage der freien deutschen Verfassung, singen:

Deutschland, Deutschland über alles,
über alles in der Welt . . .

so weiß jeder, was das heißt: so lieb uns alle übrigen Länder, mit denen wir in Frieden und Freundschaft leben wollen, sind, so lieb uns das schöne Frankreich, das sonnige Italien sind, mehr als alles andere lieben wir die Heimat. Und unser Vaterland wollen wir so ausbauen, daß nicht nur jedes Landeskind, sondern auch jeder Gast sich wohl bei uns fühlen soll. Deshalb:

Einigkeit und Recht und Freiheit
für das deutsche Vaterland!
Danach laßt uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand!

Viele stimmten mir zu, manche schimpften. Einer aber brach den Stab — ein Entrüsteter schrieb mir aus dem deutschen Westen folgenden Brief:

„Den 1. August 1922.

... In einem Leitartikel, den ich für unser Blatt verhütet habe, kommen Sie u. a. auch dazu, das Lied der Deutschen als für den Verfassungstag geeignet anzupreisen. Leider habe ich des öfteren schon bemerken müssen, daß Sie vieles in der Seele der Massen nicht mehr zu lesen vermögen. Da das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ nicht nur in den letzten Jahrzehnten, sondern gerade nach dem Zusammenbruch des Krieges von den Nationalisten und Deutschvölkischen gesungen wird, ist es in unseren Reihen um so verpönter geworden. Genau wie schwarz-weiß-rot, ein Zeichen für die Feinde der Republik, gilt diesen auch das Lied der „Deutschen“ als ein Trutzgesang gegen die Republik. Deshalb bedauere ich Ihren Artikel und wünschte, daß er in keiner Zeitung abgedruckt würde. Nicht nur der Sache, sondern auch Ihrem Namen und Ihrer Stellung wird mit solchen falschen Einstellungen nur geschadet...“

Mein Artikel war in zahlreichen sozialdemokratischen Parteiblättern abgedruckt worden. Ob Ebert ihn zu Gesicht bekommen hat, weiß ich nicht. Die Tatsache, daß er 1922 noch vor der Verfassungsfeier das Deutschlandlied zur Nationalhymne be-

stimmte, beweist jedoch auf jeden Fall, daß wir in dieser Frage vollkommen einer Meinung gewesen sind: Deutschland über alles.

Ach, die ewig Blinden von gestern und vorgestern werden es niemals verstehen und begreifen können, daß die von dem letzten Hohenzollernkaiser als vaterlandslose Gesellen beschimpften und von den kaiserlich gesinnten Richtern auch noch in der Republik als Landesverräter „gebrandmarkten“ Sozialdemokraten ihr Vaterland lieben können aus tiefstem Herzen heraus — über alles in der Welt.

Verträgt sich diese Liebe zum eigenen Vaterland mit der Internationalität der Sozialdemokratie? Warum betonen wir denn unsere internationale Gesinnung? Etwa deshalb, weil das Vaterland uns gleichgültig ist, weil wir möglichst alle Staaten der Welt zu einem einzigen Völkerbri zusammenrühren möchten? Nein und tausendmal nein!

Wir sind international, weil wir wissen, daß eine jede Nation nur dann ihr Höchstes und Bestes an Kulturwerten, an Kunst und Wissenschaft wird leisten und aller Welt geben können, wenn sie nach jeder Richtung hin durch eine „Internationale“ gesichert ist: in ihrem Bestande, ihrer Arbeit, ihrem Welthandel, ihrem Frieden. International gesicherter Frieden heißt überwundener Militarismus, heißt international gesicherte Sozialpolitik: Achtstundentag, Arbeiterschutz, Frauenschutz, Kinderschutz. Begeistert habe ich Jean Jaurès zugestimmt, als er den Begriff der Nation in diese schönen Worte kleidete:

Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stünde dem Proletariat schlecht an, die kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern.

Unsere nationale Gesinnung ist himmelweit entfernt von der nationalistischen Gesinnung vieler un-

serer Gegner. Bei diesen ist national gleichbedeutend mit der Gier nach der Macht im Reich und der Vormachtstellung des Reichs in der Welt. So haben sie auch das schöne Lied Hoffmanns tendenziös geschändet und aller Welt die Überzeugung beigebracht, daß Deutschland über alle und über alles zu herrschen bestrebt sei. „An deutschem Wesen soll die Welt genesen.“ Was haben derartig törichte Worte dazu beigetragen, alle Welt gegen Deutschland aufzuhetzen. Nationalistische Gesinnung ist Intoleranz, Überheblichkeit, ist Bedrohung, ist Krieg oder mindestens dauernde Rüstung zum Krieg. Nationale Gesinnung ist innige Liebe zum Vaterlande, ist die Selbstverständlichkeit, alle Nationen, alle Menschen als gleichberechtigt anzuerkennen; ist der Wille, durch internationale Garantien jedem Volke die Möglichkeit zu schaffen, alles seiner besonderen Veranlagung und Begabung entsprechend in höchster Vollendung zu sichern und mit aller Welt austauschen zu können.

Für den wahrhaft nationalen Menschen in unserem Sinne, gleichviel, ob er Deutscher, Franzose, Italiener oder Engländer ist, ist die Internationale der Schutz und Schirm für die Heimat, an der er mit allen Fasern seines Herzens hängt, die er liebt — über alles in der Welt.

DAS ZIEL

Mehr denn je zuvor bin ich überzeugt, daß der demokratische Sozialismus der einzig mögliche Ausweg ist aus dem Massenelend, in das der internationale Kapitalismus alle Völker treibt. Immer klarer und brutaler zeigt sich, daß es in allen modernen Staaten der Welt wenigen Großkapitalisten möglich geworden ist, durch einen Federstrich Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße zu setzen. Das ist ein auf die Dauer unerträglicher Zustand, nicht nur für die Arbeiter und ihre Familien, sondern auch für jedes Staatswesen.

Wie die deutsche Sozialdemokratie in den schlimmsten Wirren der Jahre 1918 und 1919 den Boden der Demokratie nicht verlassen hat, so wird sie auch im Kampfe um den Sozialismus ihrer grundsätzlichen Anschauung treu bleiben und ihrem Namen Ehre machen. Über die Demokratie höhnen die Bolschewisten ebenso wie die Nationalisten. Sie beten die Gewalt an und weisen auf das Rußland Lenin-Stalins und das Italien Mussolinis hin. Solche Vorbilder wird die Sozialdemokratie allezeit ablehnen. Die Demokratie hat, solange der private Kapitalismus sich austoben kann, gewiß ihre Mängel, aber turmhoch steht sie über den Regierungsmethoden Russlands und Italiens.

Die Unvollkommenheit der Demokratie in unserer Zeit hat vielleicht niemand geistreicher gekennzeichnet als Anatole France. „Ja, das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet dem Reichen wie dem Armen, zu betteln, Brot zu stehlen und unter Brückenbögen zu übernachten.“ So treffsicher das auch klingt, das Wesen der Demokratie wird damit nicht gekennzeichnet, denn die Demokratie verbietet nicht nur Armen und Reichen Brot zu stehlen, sie gibt

auch Reichen und Armen die gleichen Rechte, über die Staatsform, die Politik und die Wirtschaft des Landes zu bestimmen. Die Zahl der Reichen ist im Vergleich zu der der Armen lächerlich gering. Das Übergewicht des Kapitalismus, dessen Vertreter unter Brückenbögen nicht zu schlafen und Brot nicht zu stehlen brauchen, ist zu erschüttern: die Massen der Armen sollen nur die politischen Rechte, die die Demokratie ihnen sichert, wahrnehmen!

Ziel meiner politischen Kämpfe war und ist der demokratische Sozialismus. Für ihn, der die Völker versöhnen und den Weltfrieden sichern wird, habe ich in der bis heute unerschüttert gebliebenen Überzeugung gekämpft, daß seine Verwirklichung für das internationale Proletariat Erlösung aus kapitalistischer Fesselung, für unser Vaterland Vorbedingung höchster Kulturentfaltung ist. Demokratischer Sozialismus — das soll der Weg zur Freiheit und zum Glücke des friedlich gesinnten und fleißigen deutschen Volkes sein.

NAMENSVERZEICHNIS

- Abdul Asis, Sultan: I 189.
 Adalbert, Prinz: II 221.
 Adler, Dr. Viktor, Führer der
 österr. Sozialdemokratie: I 264,
 341, 342, 376, 377, 416, 424,
 428; II 7, 8, 10, 19, 88, 89.
 Adomeit, Matrose: II 274.
 Ahlemann, Antisemit: I 387.
 Ahlwardt, antis. M. d. R.: I 65.
 Albarda, holländ. Abg.: I 132;
 II 19.
 Albert, König v. Belgien: II 117.
 Axelrod, russ. Sozialdemokrat:
 I 416; II 427.
 Arco, Graf: II 361.
 Armin, Sixt v., Kriegsminister:
 I 172.
 Arons, Dr. Leo, Privatdozent,
 Sd.: I 147, 148.
 Asquith, Lord, engl. Premier-
 min.: I 377, 381, 384; II 76.
 Auer, E., Führer d. Bayer. Sd.:
 II 357.
 Auer, Nazi, M. d. R., bek. sd.
 Parteif.: I 79, 120, 121, 154.
 August Wilhelm, Prinz: II 221.
- Baake, Kurt, Schriftstell., Unter-
 staatssekr. a. D.: II 348, 356,
 381.
 Baden, Prinz Max von, Reichs-
 kanzler: II 117 ff. bis 323.
 Bader, Paul, M. d. R.: I 57, 58, 67.
 Bakany, ungar. Sd.: II 89.
 Ballestrem, Graf von, Präsident,
 Zentr.-Abg.: I 161, 162.
 Bang, Nina, dän. Sozialistin:
 II 20, 21, 415.
 Bartels, Friedr., Präs. d. Preuß.
 Landtags: sd. Abg.: I 333.
 Barth, Emil, Vertr. d. USPD.:
 I 357; II 321, 322, 323, 325,
 326, 338.
 Barth, Dr. Theod., dem. Schrift-
 steller: I 183.
 Bartling, ehem. natlib. Abg.:
 I 208, 215.
 Bassermann, natlib. Parteiführ.:
 I 117, 131, 182, 211, 277, 280,
 390; II 110.
- Bauer, Gustav, sd. M. d. R.:
 I 329, 422, 429; II 9, 18, 38,
 140, 141, 190, 191, 209, 210,
 230, 232, 322, 332, 359, 372,
 373, 374, 385, 388, 390, 394,
 395, 396, 399, 405, 407.
 Bebel, August, sd. Parteiführer:
 I 100, 103, 109, 113, 114, 115,
 116, 118, 119, 120, 121, 126,
 154, 158, 162, 166, 173, 174,
 175, 176, 180, 184, 188, 201,
 205, 206, 207, 211, 212, 213,
 230, 249, 254.
 Bell, Johannes, M. d. R., Zentr.-
 Abg.: II 359, 378.
 Berg, von, ehem. Chef d. Zivil-
 kabinetts: II 52.
 Bergen, von, ehem. Min.-Dir. im
 A. A.: II 81, 90, 123, 124, 164,
 165.
 Berger, von, Staatskommissar:
 II 391.
 Bergsträsser, Dr., dem. M. d. R.:
 I 357.
 Bernhardt, v., General: I 235.
 Bernstorff, Graf, ehemal. Bot-
 schafter in Washington, dem.
 M. d. R.: I 385.
 Bernstein, Eduard, sd. Schrift-
 steller: I 118, 262, 263, 306,
 309, 324, 339, 365; II 319.
 Bethmann Hollweg, Reichskanz-
 ler: I 187, 193, 197, 217, 237,
 249, 250, 258, 279, 318, 319,
 321, 335, 343, 345, 349, 350,
 351, 354, 375, 378, 379, 389,
 392, 395, 397, 398, 415, 421,
 428; II 22, 23, 24, 28, 34, 35,
 36, 37, 38, 41, 44, 51, 61, 62,
 76, 85, 92, 96, 139, 158, 406.
 Bewersdorff, ein Magdeburger
 Richter: I 403, 405.
 Biegeleben, Frhr. v., hess. Ge-
 sandter: II 68.
 Bismarck, Fürst v., Reichskanz-
 ler: I 28, 29, 30, 31, 32, 84, 158,
 195, 205, 283, 398; II 66, 229,
 235.
 Blankenhorn, ehem. natlib. Abg.:
 I 250.
 Blocher, schweiz. Sd.: I 225.

- Blücher, Gen.-Feldmarschall:
II 172.
- Böckel, Dr. Otto, ehem. antis.
M. d. R.: I 57.
- Bode, ehem. Mitgl. d. Bundes-
rates: II 68.
- Böckh, v. d., Generalltm. a. D.:
I 93, 96.
- Bohm-Schuch, Klara, sd. M. d.
R.: II 375.
- Borchardt, Julian, sd. Schrift-
steller: I 355.
- Borgbjerg, dän. Sd.: I 132, 421,
422, 423, 424, 425, 426, 427,
428, 429, 431; II 19, 101, 102,
103, 125.
- Böttinger, v., Mitgl. des ehemal.
Preuß. Herrenhauses: I 209,
211.
- Brammer, dem. Schriftsteller:
I 402.
- Brandau, Lehrer: I 183.
- Branting, Führer d. schwed. Sd.:
I 262, 425, 428; II 6, 9, 10, 19,
56, 132.
- Braun, Adolf, sd. Schriftsteller:
II 375.
- Braun, Otto, Pr. Min.-Präsident,
sd. Abg.: I 100, 230, 245, 260,
318, 332, 334, 402; II 54, 190,
287, 304, 305, 306, 382.
- Brauns, Heinrich, M. d. R., Zen-
trums-Abg., Reichsminister:
II 405.
- Bredereck, ehem. Rechtsanwalt,
Vertrauensmann Kapps: II 391,
402.
- Bredt, Prof. Dr., M. d. R.: I 5;
II 22, 23, 31, 33, 83, 84, 87,
339.
- Breitscheid, Dr., sd. M. d. R.:
II 318, 326.
- Brentano, Prof., bek. National-
ökonom: II 58.
- Briand, Aristide, französ. Min.:
I 381; II 135.
- Brockdorff-Rantzau, Graf, Diplo-
mat: II 7, 101, 103, 116, 117,
126, 137, 190, 209, 261, 278,
359, 373.
- Brolat, führd. Mitgl. d. Zentrale
d. A. u. S. Räte: II 304, 305,
306, 318.
- de Brouckère, belg. Führer der
Sd.: I 132.
- Brühne, Friedr., M. d. R.: I 160.
- Brüninghaus, v., Admiral a. D.,
M. d. R., Abg. d. dtsh. Vp.:
II 202.
- Bryan, amerik. Staatssekretär:
I 228.
- Bülow, v., Fürst, Reichskanzler:
I 106, 179, 180, 183, 184, 185,
187, 191, 312, 344; II 108, 109,
110, 113, 114, 115.
- Bunsen, von, Rittm. a. D., I 275.
- Burian, Graf, österr. Min.: II 89.
- Bussche, v. d., Generalstabsoff.:
II 119, 126, 137, 146, 148, 185,
189, 197, 198, 394.
- Caillaux, französ. Min.: I 320.
- Calker, von, Prof., ehem. natlib.
Abg.: II 34, 35.
- Capelle, v., Admiral, ehemal.
Staatssekr. des Marineamts:
II 31, 160, 273, 274.
- Cecil, Lord Robert, engl. Staats-
mann: II 75.
- Chelius, v., Generaladj. d. ehe-
mal. Kaisers: II 249.
- Clemenceau, französ. Staats-
mann: I 302, 408; II 119, 370,
374, 380.
- Cohen, Hermann, Marburger
Prof.: I 58.
- Cohn, Dr. Oskar, ehem. Abg.:
I 254, 257; II 309.
- Colleaux, belg. Sen.: II 160, 161.
- Crispien, sd. M. d. R.: I 318.
- Cunow, Heinrich, Professor, sd.
Schriftsteller: I 101; II 104,
420.
- Czernin, Graf, österr. Minister:
I 428; II 65, 90, 91, 92.
- Dandl, von, Bayer, Min.-Präs.:
II 238, 277.
- Däumig, Vertr. d. USPD.: I 269.
- David, Dr. Eduard, sd. Schrift-
steller u. M. d. R., Reichsmin.
a. D.: I 59, 63, 64, 84, 173, 174,
249, 254, 275, 322, 324, 361,
363, 391, 417; II 9, 10, 11, 18,
19, 20, 24, 27, 28, 34, 35, 44,
45, 53, 56, 72, 163, 189, 230,

- 232, 265, 266, 280, 357, 359, 360, 371, 372, 409.
- Delbrück, Hans, Prof.: I 392, 413; II 168 ff.
- Delbrück, v., Staatssekr.: I 250, 266, 310, 311, 312, 317, 321, 329, 343, 361; II 279, 281.
- Dernburg, ehem. Kolonialmin., dem. M. d. R.: I 155, 180; II 190, 371.
- Deutelmoser, Major a. D.: II 207, 208.
- Dietrich, ehem. dtschn. M. d. R.: I 207.
- Dietz, Heinr., sd. Verleger und M. d. R.: I 277, 363.
- Dietzsch, Hubert, Schauspieler: II 165 ff.
- Dissmann, Vertr. d. USPD., später sd. M. d. R.: I 304.
- Dittmann, Führ. d. ehem. USPD., später sd. M. d. R.: I 157, 257, 258, 324, 327, 335, 336, 337; II 233, 272, 298, 309, 321, 322, 325, 326, 338.
- Dobring, Dr., Kriegsgerichtsrat a. D.: II 274.
- Dohna, Graf zu: II 57.
- Dove, ehem. M. d. R.: I 209, 216, 218; II 55, 143, 144, 156, 208.
- Drews, Pr. Min. d. Innern: II 240, 279, 281.
- Dryander, v., ehem. Hofpred.: II 249.
- Duisberg, Geheimrat, Industrieller: I 398.
- Ebert, sd. Parteiführer, später erster Reichspräs.: I 100 ff., 157, 158, 230, 237, 243 ff., 260, 270 ff., 299 ff. bis 307, 318, 322, 329 ff., 340 ff., 360 ff. bis 366, 375, 376, 382, 387, 392, 395, 400 ff., 420 ff. bis 429; II 5, 9, 18, 19, 22, 24, 28, 34, 38, 39, 42, 44, 53, 54, 56, 66, 67, 72, 77, 79 ff., 88, 89, 90, 104, 119, 121 ff., 145, 151 ff. bis 157, 161, 164, 187, 189, 190, 199, 208, 230, 234, 235, 241, 259, 260, 263 ff. bis 267, 278, 280, 281, 284, 293, 299, 301 ff. bis 422.
- Ehrhardt, Franz Joseph, Bayer. Sd., M. d. R.: I 73; II 390, 392, 411.
- Eichhorn, ehem. Pol.-Präs. von Berlin: II 99, 341.
- Eisner, Kurt, sd. Schriftsteller, später Bayer. Min.-Präs.: I 57, 58; II 279, 327, 361.
- Eltzbacher, Jurist: I 329.
- Engbjerg, schw. Sd.: I 132; II 9.
- Engels, Friedrich, Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus: I 232, 254.
- Ernst, Eugen, sd. Pol.-Präs. von Berlin: I 334; II 341.
- Erzberger, Mathias, M. d. R., Zentr.-Abg.: I 246, 250, 280, 287, 296, 396; II 29 ff. bis 48, 66 ff. bis 89, 117, 119, 120, 126, 143, 144, 163, 164, 176, 177, 183, 191 ff., 205, 207, 208, 230, 240 ff. bis 244, 254, 268, 269, 289, 334, 359, 369, 370, 371, 377, 413, 414, 420.
- Eulenburg, Graf August: II 249.
- Falkenhausen, Frhr. v.: II 65.
- Fehrenbach, Constantin, M. d. R.: Zentr.-Abg., Reichskanzler: II 34, 66, 67, 72, 73, 76, 117, 142, 143, 157, 161, 163, 164, 360, 376.
- Felden, Pfarrer in Bremen: I 243, 360; II 303, 304, 305, 313, 332, 333, 334.
- Feldmann, v., Oberstltm. a. D.: II 347.
- Felisch, Dr., Admiralitätsrat: II 274.
- Fjdroff, Dr., bulgar. Sd.: II 89.
- Fischbeck, dem. M. d. R.: I 250; II 39, 40, 44, 48, 73, 119, 141, 143, 144, 163, 164, 199.
- Fischer, Richard, sd. M. d. R.: I 206, 249, 272, 363, 364, 365, 366, 367; II 9, 18, 333, 375.
- Fleißner, sd. M. d. R., sächs. Kultusmin. a. D.: I 300, 304, 328.
- Foch, Marschall: II 244, 263, 276, 316.
- Frank, Dr. Ludwig, sd. M. d. R.: I 126, 173, 174, 224, 227, 259.

- Freigang, Rechtsanwalt: I 398.
 Freytag-Loringhoven, Professor,
 dtschnat. M. d. R.: II 121.
 Friedberg, Dr., natlib. Partei-
 führer: II 259.
 Fuhrmann, natlib. M. d. Pr. L.:
 II 144, 180.
- Gallwitz, von, General: II 216.
 Gasparri, Kardinal: II 85.
 Geck, Adolf, sd. M. d. R.: I 115.
 George, Lloyd, engl. Min.-Präs.:
 I 281, 296, 393, 413, 414; II 119.
 Gérard, ehem. amerik. Botschaf-
 ter in Berlin: I 392.
 Gerisch, sd. M. d. R.: I 81, 82,
 89, 90, 100, 147 ff. bis 152.
 Gerlach, v., Schriftsteller: I 64.
 Geßler, Reichswehrmin. a. D.:
 II 405, 410.
 Giesberts, Joh., M. d. R., Zentr.-
 Abg.: II 359, 371, 372, 405.
 Giolitti, ital. Min.: I 182, 344.
 Göhre, sd. Schriftsteller u. M.
 d. R.: II 299.
 Gothein, ehem. dem. M. d. R.:
 II 33, 34, 44, 71, 144, 190, 359,
 371.
 Gradnauer, Dr., sächs. Gesandt.
 in Berlin: I 363; II 27.
 O'Grady, engl. Mitgl. d. Unter-
 hauses: I 224.
 Greulich, schweiz. Führer der
 internat. Sd.: I 356.
 Grey, Eduard, engl. Min.: I 330,
 376, 411.
 Grillenberger, Führer d. Bayer.
 Sd.: I 20, 78, 79, 84.
 Groeber, M. d. R., Zentr.-Abg.,
 Staatssekr. a. D.: I 311; II 54,
 182, 191, 192, 193, 196, 207,
 208, 230, 240.
 Gröner, General, später Reichs-
 wehrminister: II 60; 241, 249,
 257, 277, 279, 301, 322, 347,
 348, 349, 376.
 Grünau v.: II 256, 276, 289.
 Grzesinski, Pr. Min. d. Innern,
 sd. Abg.: II 410.
 Guesdes, Jules, französ. Führer
 d. Sd.: I 131, 224.
 Gutfleisch, Dr., ehem. fortschr.
 Parteif.: I 75, 76, 77.
- Haas, Dr. Ludwig, dem. M. d. R.:
 II 405.
 Haase, Hugo, Führer der ehem.
 USPD.: I 100, 103, 230, 237,
 238, 247 ff. bis 258, 264, 267 ff.,
 299 ff. bis 362, 369, 375, 381;
 II 145, 165, 235, 259, 270, 299,
 317, 321, 322, 325, 332, 338.
 Haeften, v., General: II 97, 98,
 171, 172, 174, 175, 176, 184,
 187, 193, 194, 195, 198, 200,
 205, 238.
 Hafid, Muley, Sultan: I 189.
 Hahn, Dr. Dietrich, ehem. M. d.
 R., Führer d. Bundes d. Land-
 wirte: I 170.
 Hahn, Kurt, Privatsekr. d. Prin-
 zen Max: II 176, 178, 179,
 192 ff. bis 198, 200, 204, 205,
 234.
 Hammann, Geheimrat: I 107,
 II 109.
 Hammerstein, Freiherr v., kons.
 Parteif.: I 194, 195, 219.
 Haenisch, Konrad, sd. Schrift-
 steller, Pr. Kultusmin.: I 260;
 II 300.
 Harden, Maximilian: I 397.
 Hardie, Keir, engl. sd. Partei-
 führer: I 237.
 Harnack, v., Geheimrat: II 190.
 Hatzfeld, Fürst, v.: II 108, 115, 116.
 Haußmann, Konrad, dem. M. d.
 R.: I 282, 398; II 34, 35, 42,
 44, 161, 178, 179, 190 ff. bis
 196, 204, 209, 230, 240, 267,
 268, 297, 307, 314.
 Heim, Dr., Bayer. Politiker und
 Bauernführer: I 315; II 327.
 Heine, Wolfgang, bek. Jurist,
 ehem. Pr. Min. d. Innern u.
 sd. Abg.: I 206, 208, 320; II 375,
 385.
 Heinemann, Dr. Hugo, Straf-
 rechtl., ehem. Pr. Staatssekr.:
 I 101, 268, 340.
 Heinrich, ehem. Prinz v. Preu-
 ßen: I 14; II 273.
 Heinze, Dr., natlib. Abg.: II 376,
 401.
 Held, Bayer. Min.-Präs.: II 276.
 Helfferich, Dr. Karl, ehemal.
 Staatssekr. d. Innern, dtsch.-

- nat. Parteiführer: I 287, 389, 391; II 22, 29, 31, 36, 37, 39, 40 ff. bis 44, 53 ff., 157.
- Heller, führd. Mitgl. d. Zentrale d. A. u. S. Räte: II 304, 318.
- Heilmann, Ernst, Führer d. Sd. im Pr. Landtag: II 284.
- Helphand, Dr. (Parvus), sd. Schriftsteller: I 3, 421, 422, 424, 427, 428; II 122, 123, 126, 127, 133, 384.
- Henderson, engl. Sozialist: I 186; II 153.
- Henke, Alfred, sd. M. d. R.: II 407.
- Hergt, dtshn. Politiker: I 117, 386; II 202.
- Hertling, Graf von, Reichskanzler: I 208, 215; II 90, 107, 116, 117, 120, 121, 140, 141, 157, 163, 174, 186, 200, 203.
- Heutsz, holländ. Generalltn.: II 257.
- Heydebrand, von, konservativer Parteif.: I 117, 179, 194; II 121.
- Heye, General, später Chef d. Heeresleitung: II 216, 218, 225, 226.
- Hilferding, Dr., Reichsfinanzmin.: I 300, 304.
- Hindenburg, v., Feldmarschall: I 386, 387, 388, 398, 405; II 38 ff. bis 44, 84, 97, 98, 117, 156, 168, 170, 176, 184, 185, 187, 199, 200, 201, 211, 216, 217, 241, 244, 317, 322, 323, 347, 348, 376, 383.
- Hintze, v., Admiral: II 175, 183, 184.
- Hirsch, Paul, ehem. Pr. Min.-Präs.: II 372.
- Hoffmann, General: II 139, 140, 224, 225.
- Hohenlohe - Langenburg, Fürst Ernst zu: II 178, 190, 206, 209, 242, 246.
- Holtzendorff, v., Admiral: II 245.
- Hörsing, Oberpräs. a. D.: II 399.
- Hussarek, österr. Min.: II 183.
- Huysman, Camille, Sekr. d. soz. Internationale, später belg. Min.: I 132; II 8, 9, 21, 132, 133, 134, 135, 136, 415.
- Isenburg, Fürst, b. Stabe Obost: II 121.
- Jagow, von, Staatssekr. d. Äuß.: I 327.
- Janson, Wilh., sd. Gewerkschf.: I 262, 268, 273, 421; II 132.
- Jaurès, Jean, Führer d. französ. Sd.: I 131, 132, 222, 223, 224, 230, 237, 248, 302, 320; II 423.
- Joffe, russ. Botschaft. in Berlin: II 251.
- Joffre, General: I 319.
- Karl, ehem. Kaiser von Österreich: I 390; II 246, 247.
- Kaempff, ehem. dem. Abg.: I 209, 216, 217, 218, 250, 251, 310, 321, 343, 374; II 55, 66, 67, 73, 75, 80.
- Kamenew, bek. Bolschewist: II 251.
- Kämpfer, J., sd. Verleg.: I 3, 92.
- Kapp, Landschaftsdirektor: II 97, 388, 391, 393, 395, 401, 402, 405.
- Kardorff, v., freik. M. d. R., II 191.
- Kautsky, Karl, sd. Theoretiker: I 306, 329, 339, 357.
- Keil, sd. M. d. R.: I 299, 318; II 104.
- Kerenski, russ. Politiker: II 118, 128.
- Kessel, Generaloberst v., Komm. i. d. Marken: I 270, 271.
- Kiefer, Karl, dän. Sd.: I 132; II 5, 415.
- Kimpell, Lehrer: I 183.
- Kirdorff, Industrieller: I 398.
- Klüber, v., ermord. Off.: II 331.
- Knorr, Admiral von: I 398.
- Köhler, Philipp, antis. M. d. R.: I 65, 66, 67, 68, 71.
- van Kol, holländ. Sd.: I 132, II 6, 9.
- König von England, Georg V.: II 257.
- Königin von Holland: II 257.
- Körting, B., Geheimrat: I 398.
- Köster, Dr., Gesandter in Belgrad: I 275.
- Kraetke, ehem. Postmin.: I 171.
- Krause, Dr. von, ehem. natlib. pr. Abg.: II 191.

- Kriege, Dr., ehem. Min.-Dir. i. A. A.: II 58.
- Kronprinz von Bayern: I 288.
- Kuhl, v., General: II 170.
- Kühlmann, Dr. v., ehem. Staatssekr. d. Äußeren: II 64, 66, 68 ff. bis 92, 116 ff. bis 123, 131, 137, 139, 140, 143, 163, 174, 175, 181.
- Kühne, von, Generalltn.: II 59.
- Kuhnert, ehem. sd. M. d. R.: I 258.
- Kuttner, Erich, sd. M. d. Pr. L.: II 411.
- Lancken, v. d., Gouvern.: II 249.
- Landsberg, sd. M. d. R., Reichsjustizmin. a. D.: I 173, 379 ff., 405; II 104, 189, 318, 322, 325, 328, 337, 340, 343, 359, 372 ff.
- Lansing, Robert, amerik. Staatssekretär: II 213, 214.
- Lassalle, Ferdinand: I 16, 146, 254, 302; II 380.
- Lattmann, ehem. antis. M. d. R.: I 98.
- Laufenberg, Dr., sd. Schriftsteller: I 126.
- Ledebour, ehem. sd. M. d. R.: I 126, 174 ff., 247 ff., 254, 258, 322, 323, 324, 355, 356, 357, 402, 404; II 298, 299, 318, 326, 333, 335 ff., 341, 345.
- Legien, Karl, Führer d. Freien Gewerksch.: I 329, 361; II 9, 18, 158, 404, 405, 408.
- Legros, belg. Sd.: II 160.
- Leinert, Robert, sd. M. d. Pr. L.: I 304.
- Lenin, Bolschewist: I 427; II 118, 124, 125, 131, 150, 251, 425.
- Lensch, Dr., Schriftsteller: I 254.
- Léquis, v., General: II 340, 344.
- Lerchenfeld, Graf von, Mitgl. d. Bundesrats: II 76, 80, 239.
- Lersner, v., Vertr. des Reichskanzlers b. d. OHL.: II 186, 197.
- Lesche, Fritz, ehem. sd. M. d. R.: I 49.
- Levi, Josef, Stadtrat in Mannheim: II 59.
- Lewald, Dr., ehem. Unterstaatssekr.: I 317, 318; II 196 f.
- Liehnowsky, Fürst von, ehem. Botsch. in London: I 410.
- Liebert, v., Generalltn.: I 93.
- Liebknecht, Wilhelm, Führer d. SPD.: I 58, 73, 74, 120, 126, 128, 153, 154, 173, 201, 202, 254, 258, 265, 298, 302, 327, 330, 331, 353, 355, 356, 357; II 94, 233, 234, 301, 310, 318, 319, 321, 326, 327, 334, 335, 337, 339, 341, 343, 345, 348.
- Lisco, Dr., Staatssekr.: II 57
- Lindström (Ludendorff): I 387; II 203.
- Linsingen, von, General: II 287, 298, 308.
- Löbe, sd. M. d. R., Reichstagspräs.: II 28, 343, 357, 379, 399, 404, 406.
- Loebell, von, ehem. Pr. Innenmin.: I 314.
- Longuet, französ. Sd.: I 368.
- Ludendorff, Gen.: I 129, 386 f., 396, 398, 405, 406, 413, 418; II 5, 35 ff., 65, 66, 84, 97, 98, 117, 139 ff., 156, 158, 168, 170 ff. bis 203, 210 ff. bis 219, 225, 226, 241, 244, 251, 266, 275, 293, 322, 346, 375, 388, 389, 402.
- Ludwig, sd. M. d. R.: I 113.
- Lüttwitz, von, General: II 390, 391, 392, 393, 399, 402 ff.
- Luxberg, Graf: I 398.
- Luxemburg, Rosa, sozial. Schriftstellerin: I 101, 118, 126, 127, 128, 268, 270, 298, 305, 324, 355, 357; II 326, 327, 337 ff.
- Lucius, Dr., Gesandter: II 133.
- Lyncker, Frhr. v.: II 52.
- Macdonald, Führer d. engl. Arb-Partei: I 224; II 153, 415.
- Maltzan, Frhr. von, ehem. Botschafter in Washington: II 122.
- Mann, Ritter von, ehem. Staatssekr.: II 191, 218, 267, 268.
- Margorie, it. Sd.: I 237.
- Margueritte, Viktor, französisch. Schriftsteller: I 407, 408.
- Marloh, Oberltn.: II 361.
- Martov, russ. Sozialist: I 427.
- Marx, Karl: I 232; II 166.

- Marx, Wilh., Reichskanzler a. D.: I 402, 405.
- Matuschka, Graf: II 332, 334.
- Max, Prinz v. Baden, s. u. Baden.
- Maxse, Leo, engl. Publiz.: I 414.
- Mayer, ehem. M. d. R., Zentr.-Abg.: II 39.
- Meerfeld, ehem. sd. M. d. R.: I 299; II 405.
- Mehring, Franz, Dr., soz. Schriftsteller: I 101 204, 205, 355.
- Meinecke, Friedr., Prof.: I 296.
- Meister, Hein, ehem. M. d. R.: I 159, 160.
- Merges, Braunschw. Soz.: II 328.
- Michaelis, Dr., Reichskanzler: II 41, 42 ff. bis 53, 60 ff., 76, 82 ff., 93, 94, 107, 108, 112, 116, 117, 146, 193, 203, 212.
- Mirbach, Graf: II 159.
- Molkenbuhr, Hermann, sd. M. d. R.: I 100, 224, 230, 249, 312, 318, 321, 330, 340, 341, 343, 345, 346, 349, 361, 375, 420; II 9, 18, 53.
- Möller, schwed. Sd.: I 132; II 9.
- Morawski, v., poln. Abg.: I 250.
- Mudra, v., General: II 216.
- Müller, Dr. Adolf, Gesandter in Bern: I 246.
- Müller (Fulda), ehem. M. d. R., Zentr.-Abg.: II 34.
- Müller (Meiningen), ehem. M. d. R., freis. Abg.: II 34, 161 f.
- Müller, Dr. Aug., Staatssek. a. D.: I 329, 333, 341, 342; II 230.
- Müller, von, Admiral: II 52.
- Müller, Hermann, Reichskanzler, sd. M. d. R.: I 100, 101, 102, 247, 252, 253, 270, 304, 358, 359, 376, 420; II 9, 11, 18, 19, 20, 314, 358, 374, 378, 380.
- Mumm, von: II 225.
- Mussolini: I 303; II 425.
- Naumann, Friedrich, ehem. dem. M. d. R.: I 64; II 97, 154, 180, 181, 190.
- Naumann, Dr. Viktor, Schriftsteller: II 89 ff.
- Neuring, sd. sächs. Arbeitsmin.: II 331.
- Nicolai, Oberst: II 141, 202.
- Nielsen, I. P., dän. Soz.: I 132.
- Nowak, K. Fr., Schriftst.: II 306.
- Nobiling, Dr.: I 13 f.
- Noske, ehem. sd. M. d. R., erster Reichswehrmin.: I 421; II 189, 267 ff., 278, 330, 343 f., 352, 357, 359, 361, 371, 379, 384, 386 ff., 399, 400, 404 ff. bis 412.
- Oertel, Karl, ehem. sd. M. d. R.: I 78, 79.
- Oldenburg-Januschau, v., ehem. kons. M. d. R.: I 314.
- Oldershausen, v., General: II 391.
- Oncken, Hermann, Prof.: I 296.
- Oppen, v., ehem. Berliner Pol.-Präs.: I 400.
- Osel, ehem. M. d. R., Zentr.-Abg.: II 327.
- Oven, v., General: II 391.
- Paasche, Dr., ehem. natlib. M. d. R.: I 163, 206, 207, 208, 210, 217; II 55.
- Pacelli, Nuntius: II 61, 62, 63, 64, 83, 84, 85.
- Pannenkook, Dr., holländ. soz., Schriftsteller: I 126, 265.
- Parvus (Helphand), Schriftsteller: I 3; II 128 ff., 136.
- Payer, von, ehem. dem. M. d. R., Vizekanzler: I 277, 396, 405; II 34, 39, 40, 42, 44, 47, 48, 66, 72, 77, 79, 117, 154, 157, 184, 187, 189, 190, 192, 193, 194, 196, 204, 209, 239, 240, 256, 269, 283, 309, 407.
- Pernerstorffer, Engelbert, österr. sd. Parteiführer: I 87, 88, 131, 132, 224.
- Petzoldt, Rechtsanwalt: I 398.
- Pfannkuch, Wilhelm, ehem. sd. M. d. R.: I 12, 22, 50, 51, 53, 73, 81, 82, 100, 149, 333, 340; II 358.
- Pfleger, Dr., M. d. R.: I 283, 285.
- Pfülf, Antonie, sd. M. d. R.: II 375.
- Pichon, französ. Politiker: I 302.
- Plessen, v., Generaladj. d. ehem. Kaisers: II 301.
- Pohl, österr. soz. Publiz.: II 133, 135 f.

- Poincaré, französ. Min.-Präs.: II 135.
- Pourtalès, Graf, ehem. Botsch. in St. Petersburg: I 273.
- Posadowsky, Graf, ehem. Staatssek.: I 160, 165; II 359.
- Preuß, Hugo, ehem. dem. M. d. R.: II 359, 371.
- Quarck, Dr. Max, ehem. sd. M. d. R.: I 72; II 375.
- Radbruch, Prof., ehem. sd. M. d. R.: I 405.
- Radek, Karl, bek. Bolschewist: I 330; II 137, 159, 251, 344.
- Rathenau, Walther: I 392; II 219, 382, 387, 417, 420.
- Rauscher, Ulrich, Gesandter in Warschau: II 356, 404.
- Rechenberg, Frhr. v., ehemalig. M. d. R. (Zentr.): II 190.
- Reinhardt, Oberst: II 384, 385, 387, 390, 391, 401, 407.
- Renaudel, Pierre, französ. Sd.: I 230, 252, 377, 382, 383.
- Renner, Dr., österr. Staatskanzler a. D.: I 224, 428.
- Reventlow, Graf, völk. M. d. R.: I 372.
- Rheinbaben, Rochus, Frhr. von, Schriftsteller: I 280, 281, 285, 288; II 332, 334.
- Richter, Eugen, Führer d. fortschr. Volkspartei: I 71, 75, 202, 313, 317.
- Richthofen, Frhr. v., dem. M. d. R.: II 34, 39.
- Rickelt, Gustav, Präs. d. Gen. d. Bühnengehör.: II 338.
- Riezler, früh. Gesandter, spät. Professor in Frankfurt a. M.: II 126, 127, 133, 158, 159.
- Roberts, Lord, engl. General: I 178, 182.
- Roedern, Graf, ehem. Staatssek.: II 117, 145, 146, 191, 268, 269.
- Romberg, v., Gesandter: II 220.
- Ronikier, Graf, poln. Pol.: II 154.
- de Roode, holl. Sd.: I 132.
- Rosenberg, v., ehem. Außenminister: II 191.
- Rüddinghausen, ehem. sd. M. d. R.: I 62.
- Rupprecht, ehem. Kronprinz v. Bayern: II 176.
- Salandra, ital. Minister: I 344.
- Salm, Fürst: I 208, 215, 398.
- Sassenbach, sd. Gewerkschafter: II 9, 18.
- Sauberzweig, General: II 99.
- Schäfer, Prof. Dietrich: I 283, 285, 296, 372, 412.
- Scheele, ehem. M. d. R. (Welfe): I 250.
- Schenkeli, russ. Soz.: I 264.
- Scheer, Adm.: II 160, 275, 276.
- Scheuch, General: II 217, 238, 269, 276, 287, 335, 340.
- Schiffer, ehem. natlib. M. d. R., Reichsfinanzmin. a. D.: I 405; II 34, 39, 359.
- Schlesinger, Dr., Berliner Arzt: II 415.
- Schlicke, Arbeitsminister a. D.: II 374.
- Schmidt, Robert, Wirtschaftsmin. a. D.: I 343, 350; II 230, 232, 359.
- Scholz, Dr., Führer der DVP.: I 117.
- Schönaich-Carolath, Prinz zu: I 206, 207, 210, 211, 250.
- Schönlank, Dr. Bruno, ehem. sd. M. d. R.: I 72.
- Schöpflin, sd. M. d. R.: I 249, 275; II 375.
- Schücking, Prof., ehem. dem. M. d. R.: I 57.
- Schulenburg, Graf v. d., Flügeladjut. d. früh. Kaisers: II 322.
- Schultz-Bromberg, dn. M. d. R.: I 250; II 376.
- Schulz, H., sd. M. d. R.: I 101, 298; II 304.
- Schumacher, ehem. sd. M. d. R.: I 146, 147, 148, 152, 153, 154, 296.
- Schwander, Dr., Oberpräsident: II 190, 393, 394.
- Schwertfeger, General: II 170.
- Schwerin, Graf, ehem. kons. Präs. d. R.: I 215.

- Segitz, ehem. sd. M. d. R.: I 79.
- Seitz, 1. Bürgermstr. von Wien: I 341, 342, 428.
- Sembat, französ. Soz.: I 230, 375; II 135.
- Severing, sd. Reichs-Innenmin.: I 304.
- Seyda, ehem. poln. M. d. R.: I 311.
- Sieveking, ehem. dem. M. d. R.: II 68.
- Simons, Dr., Präs. d. Reichsgerichts: II 191, 192, 193, 194, 195, 204, 205, 234, 243, 259, 269, 278, 280, 301, 302, 333.
- Singer, Paul, ehem. erster Vors. der SPD.: I 100, 158, 173, 174, 175, 176, 179.
- Sinowjew, Bolschewist: II 251.
- Skaret, Ferd., österr. Sd.: II 89.
- Smuts, engl. General: II 173.
- Solf, Dr., Botschafter in Japan: II 117, 140, 141, 163, 190, 191, 193, 194, 195, 205, 220, 225, 229, 237, 245, 249, 253, 288.
- Sollmann, sd. M. d. R.: II 323, II 375.
- Sonnino, ehem. ital. Min.: I 344.
- Spahn, Dr., ehem. M. d. R., Zentr.: I 206, 207, 208, 209, 210, 250, 277, 392; II 34, 54, 117.
- Spiro, Vertrauensmann Berliner Offiz. in d. Umsturzmonaten: II 332, 333, 334.
- Springorum, ehem. Reg.-Präs. in Kassel: II 394.
- Stadthagen, ehem. sd. M. d. R.: I 101, 266, 267, 318.
- Stampfer, sd. M. d. R., Chefredakteur d. Vorw.: I 227, 238, 239, 242, 243; II 189, 374.
- Stauning, dän. Sd., ehem. dän. Ministerpräs.: I 132, 420, 426, 427, 429, 431; II 5, 6, 8, 9, 10, 20, 21, 125, 126, 129, 133, 136, 415.
- Stein, vom, Preuß. Kriegsmin.: II 38.
- Stein, Dr. August, ehem. Vertr. der Frankf. Zeitg. in Berlin: II 108, 109, 112, 115.
- Stein, Ludwig, Prof.: II 108, 109, 110.
- Stengel, Prof., ehem. freis. M. d. R.: I 57.
- Stinnes, Hugo: I 419.
- Stoecker, ehem. Hofprediger u. kons. M. d. R.: I 195, 398.
- Stolten, ehem. sd. M. d. R., Bürgermeister in Hamburg: I 257; II 159.
- Stresemann, Dr., Außenminister: I 189, 280 ff. bis 297, 407, 419, 433; II 34 ff., 66, 67, 76, 80, 119, 138 ff., 157, 163, 164, 174, 177, 199, 208, 219, 235, 358, 359, 401.
- Ströbel, sd. M. d. R.: I 238.
- Stücklen, Daniel, sd. M. d. R.: I 167, 260.
- Stumm, v., ehem. Legationsrat im A. A.: I 194, 236; II 332, 333, 334.
- Südekum, Dr., ehem. sd. M. d. R.: I 79, 80, 249, 262; II 34, 44, 54, 55, 163, 164, 165, 189, 326.
- Thiele, Ad., ehem. sd. M. d. R.: I 230; II 5, 6, 20, 21, 135.
- Thomas, Albert, französ. Munitionsmin. im Krieg: I 230; II 5, 6, 20, 21, 135.
- Timm, Johannes, sd. M. d. Bayr. Landtags: I 306.
- Tirpitz, v., Großadmiral: II 97.
- Tittoni, ehem. ital. Min.: II 89.
- Töpfer, Dr., ehem. Handelsattaché d. d. Gesandtschaft in Kopenhagen: II 7.
- Träger, Albert, ehem. freis. M. d. R.: I 169, 206.
- Traub, Pfarrer, ehem. freis. Pol., später d.-nat. Redakt.: I 283, 412; II 402.
- Treitschke, Heinrich v.: I 235.
- Treutler, v., ehem. Preuß. Gesandter in München: II 238.
- Trimborn, ehem. M. d. R., Zentr.: II 156, 163, 191, 239.
- Troelstra, ehem. Führer d. holländ. SD.: I 132, 237, 263, 265, 340, 341, 415, 416; II 6, 9, 10, 101, 125, 137, 152, 153, 160.
- Trotha, v., Admiral: II 392.
- Trotzki, russ. Bolschewist: II 118, 131, 135, 150.

- Tscheidse und Kerenski, Mitgl. der 1. russ. Rev.-Reg. 1917: I 420, 422, 427, 429.
- Tschirschky, v., deutscher Botschafter in Wien (1914): I 409, 410.
- Ulrich, sd. M. d. R., hess. Landes-Präs. a. D.: I 82, 84, 85, 86, 88.
- Vaillant, Edouard, ehem. Führer franz. Soz.: I 131, 224, 230, 303.
- Valentini, v., Kabinettschef des ehem. dtsh. Kaisers: II 51, 52.
- Vandervelde, Führer der belg. Sd.: I 132, 237, 375, 382.
- Vietsch, v., Hauptmann: I 269.
- Vitnös, norweg. Soz.: II 9, 19.
- Viviani, französ. Politiker: I 302.
- Vliegen, sd. Parteiführer i. Holland: I 132, 261, 263.
- Vogel, Hans, sd. M. d. R.: II 375.
- Vogtherr, ehem. sd. M. d. R.: II 298, 309.
- Vollmar, v., ehem. Führer der Bayer. SD.: I 81, 114, 120, 173.
- Wahnschaffe, ehem. U.-St.-Skr. des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg: I 250, 267, 321, 322, 361, 375, 396, 400, 420, 421; II 5, 24, 39, 42, 44, 54, 207, 208, 259, 260, 263, 270.
- Waldow, von, ehem. Preuß. Min. u. Staats-Sekretär: II 191, 247, 316.
- Waldstein, Dr., ehem. dem. M. d. R.: II 164.
- Wallraf, dn. M. d. R.: II 140, 141, 144, 145.
- Warburg, Hamburger Bankier: II 193, 199.
- Wedel, Graf, Botschaft. in Wien (1917): II 85.
- Wels, Vors. d. SPD., M. d. R.: I 249, 254, 267, 362; II 153, 287, 331, 339, 340, 341, 343, 385.
- Werner-Hersfeld, ehem. antis. M. d. R.: I 65.
- Westarp, Graf, dn. M. d. R.: I 117, 250, 283, 285, 386, 399, 412, 420, 421; II 36, 66, 67, 77, 78, 79, 80, 121, 138, 157, 174, 199, 218, 219.
- Wibaut, holländ. Sozialdemokr.: I 132, 382, 383.
- Wiemer, Otto, ehem. dem. M. d. R., später v.-part. M. d. Pr. L.: I 78, 250; II 66, 67.
- Wiemer, Philipp, ehem. sozialdem. M. d. R.: I 78.
- Wilhelm I.: I 12, 14; II 53, 57.
- Wilhelm II.: I 178 ff., 197, 216 f., 244, 245, 397, 409 ff.; II 24, 36 f., 41, 51, 53, 54, 55, 57, 61 ff., 73, 85, 117, 184, 200, 211, 212, 213, 221, 229, 232, 237 ff., 246, 253 ff.
- Wilhelm, ehem. Kronprinz: II 50.
- Wilson: I 346, 389, 392, 413; II 171, 176, 178, 184, 197 ff. bis 226, 235 bis 275, 276, 317, 360.
- Wirth, Dr., M. d. R., Zentrum, ehem. Reichskanzler: I 360; II 382, 387.
- Wissel, Rudolf, R.-Wirtschaftsminister, M. d. R.: II 104, 343, 359, 372.
- Witte, russ. Minister: I 278, 351.
- Witting, Geheimrat Dr., ehem. Oberbürgermeister v. Posen: I 397.
- Wolff, Theodor, Chefredakteur d. Berl. Tagebl.: II 177, 375.
- Worowsky, russ. Bolschewist: II 127 ff.
- Woyrsch, von, General: II 141.
- Zedlitz-Trützschler, Graf, Hofmarschall: I 99.
- Zetkin, Klara, Sozialistin später Bolschew.: I 126, 268, 277, 298.
- Zietz, Luise, ehem. Mitgl. für d. USPD. in der National-Vers.: I 100, 304, 332, 342.
- Zimmermann, Staatssekr.: I 282, 321, 388, 390, 392, 421, 428; II 5, 6, 7, 24, 35, 58, 168.
- Zubeil, ehem. sozialdem. M. d. R.: I 170.